Verhandlungen

der

Kammer der Abgeordneten

des bayerischen Landtages

XXXV. Landtagsversammlung
II. Session

im Jahre 1909/1910.

Beilagen-Band XII.

(Enthaltend den Entwurf des Finanzgesetzes und das Budget für die Jahre 1910 und 1911.)

Gedruckt in München.

Inhalt des zwölften Beilagen-Bandes.

Entwurf des Finanzgesetzes

für die Jahre 1910 und 1911.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Luitpold,

von Gottes Gnaden Königlicher Prinz von Bayern, Regent.

Wir haben nach Vernehmung des Staatsrats mit Beirat und, soweit die Erhebung der direkten Steuern und die Festsetzung der Maximalbeträge der Tarife für den Transport auf den Eisenbahnen und der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Main-Kanal in Betracht kommt, mit Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten über die Staats-Einnahmen und -Ausgaben für die Jahre 1910 und 1911 beschlossen und verordnen, was folgt:

§ 1.

1. Das Budget der Jahre 1910 und 1911 wird nach Maßgabe der beigefügten Übersicht

im ordentlichen Bedarf

mit 625'794,818 ℳ Ausgaben,
625'794,818 ℳ Einnahmen;

im außerordentlichen Bedarf

mit 41'478,445 ℳ Ausgaben,
41'478,445 ℳ Einnahmen

für ein Jahr festgesetzt.

2. Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt, den im außerordentlichen Budget vorgesehenen, nicht durch anderweitige Mittel gedeckten Bedarf von 46'088,000 ℳ durch Aufnahme eines Allgemeinen Anlehens im gleichen Betrage flüssig zu machen.

§ 2.

1. An direkten Steuern sind zu erheben:

für das Jahr 1910:

a) an Grundsteuer $7^{6}/_{10}$ Pfennig für jede Einheit der Steuerverhältniszahl,

b) an Haussteuer und zwar an Arealsteuer wie an Mietsteuer $3^{85}/_{100}$ Pfennig für jede Mark der Steuerverhältniszahl,

c) die Gewerbsteuer nach dem Gesetze vom 9. Juni 1899,

d) die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen nach dem Gesetze vom $\frac{\text{10. März 1879}}{\text{20. Dezember 1897}}$,

e) die Kapitalrentensteuer nach dem Gesetze vom 9. Juni 1899,

f) die Einkommensteuer nach dem Gesetze vom 9. Juni 1899,

je mit einem Zuschlage von zwanzig vom Hundert;

für das Jahr 1911:

a) die Normalsteuer nach dem Einkommensteuergesetze, dem Gewerbsteuergesetz und dem Kapitalrentensteuergesetze vom . . . ., dann dem Grundsteuergesetz und dem Haussteuergesetz in der Fassung des Gesetzes vom . . . ., betreffend die Änderung der Gesetze über die allgemeine Grund- und Haussteuer,

b) die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen nach dem Gesetze vom $\frac{\text{10. März 1879}}{\text{20. Dezember 1897}}$ mit einem Zuschlage von zwanzig vom Hundert.

2. Der nach dem Abs. 1 zu erhebende Zuschlag bleibt für die Berechnung der Umlagen außer Betracht.

§ 3.

Bezüglich der Maximalsätze der Tarife für den Transport auf den Staatseisenbahnen sowie der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Mainkanal verbleiben die in Art. 2 des Gesetzes vom 7. Februar 1874, die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1874 betreffend, getroffenen Bestimmungen auch für die Jahre 1910 und 1911 mit dem Abmaß in Geltung, daß in Ansehung der Staatseisenbahnen

a) der bei Benutzung von Schnellzügen zur Erhebung gelangende Zuschlag, für welchen unter dem 7. Februar 1874 der Betrag von 3 Kreuzer für die Meile als Maximalsatz festgesetzt wurde, 85 Pfennig für je auch nur angefangene 75 Kilometer in keiner Klasse übersteigen,

b) für den Transport von Reisegepäck an Stelle des ebenda bekanntgegebenen Satzes von 7,3 Kreuzer für den Zentner und die Meile ein solcher von 35 Pfennig für je angefangene 25 Kilogramm und 25 Kilometer als Maximalsatz gelten soll.

§ 4.

Die von der Brandversicherungsanstalt nach Art. 90 des Brandversicherungsgesetzes an die Staatskasse zu zahlende Bauschsumme zur Bestreitung der Gesamtausgaben, die für den Bedarf der Versicherungskammer und durch die Aufstellung der Brandversicherungsinspektoren entstehen, wird für jedes Jahr der Finanzperiode auf 1'000,000 ℳ festgesetzt.

§ 5.

¹. Die Staatsregierung wird ermächtigt, den Witwen und Waisen derjenigen pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen statusmäßigen Staatsbeamten und Staatsbediensteten, die vor dem 1. Januar 1909 gestorben sind oder am 1. Januar 1909 sich im Ruhestande befanden und nach diesem Zeitpunkte nicht mehr wiederangestellt worden sind, Pensionszulagen nach folgenden Bestimmungen zu gewähren.

². Die Witwen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 11, 12 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu einhundertfünfzig Mark einschließlich:
   den zur Erreichung eines Bezugs von einhundertachtzig Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als einhundertfünfzig Mark bis zu dreihundert Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als dreihundert Mark bis zu neunhundert Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens sechzig Mark;
4. bei einem Pensionsbezuge von mehr als neunhundert Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

³. Eine Zulage zu der Witwenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 2 Ziff. 3 bezeichneten Witwen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von neunhundertneunzig Mark und bei den in Abs. 2 Ziff. 4 bezeichneten Witwen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zwölfhundert Mark übersteigt.

⁴. Die Doppelwaisen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 11, 12 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu fünfundvierzig Mark einschließlich:
   den zur Erreichung eines Bezugs von vierundfünfzig Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als fünfundvierzig Mark bis zu neunzig Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als neunzig Mark bis zu zweihundertsiebzig Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens achtzehn Mark;
4. bei einem Pensionsbezuge von mehr als zweihundertsiebzig Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

⁵. Eine Zulage zur Doppelwaisenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 4 Ziff. 3 bezeichneten Doppelwaisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zweihundertsiebenundneunzig Mark und bei den in Abs. 4 Ziff. 4 bezeichneten Doppelwaisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von dreihundertsechzig Mark übersteigt.

⁶. Die einfachen Waisen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 11, 12 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu dreißig Mark einschließlich:
   den zur Erreichung eines Bezugs von sechsunddreißig Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als dreißig Mark bis zu sechzig Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als sechzig Mark bis zu einhundertachtzig Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens zwölf Mark;
4. bei einem Pensionsbezuge von mehr als einhundertachtzig Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

⁷. Eine Zulage zur Waisenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 6 Ziff. 3 bezeichneten Waisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von einhundertachtundneunzig Mark und bei den in Abs. 6 Ziff. 4 bezeichneten Waisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zweihundertvierzig Mark übersteigt.

⁸. Vorstehende Zulagen werden auch zu den aus der Staatskasse fließenden Bezügen der Witwen und Waisen von solchen Beamten oder Bediensteten gewährt, die im Zeitpunkt ihres Ablebens oder ihres Ausscheidens aus dem Dienste weder zu den pragmatischen noch zu den statusmäßigen nichtpragmatischen Beamten zählten, jedoch nach den in diesem Zeitpunkt in Geltung gestandenen Normen Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag aus der Staatskasse hatten.

⁹. Die Pensionszulagen werden aus dem Pensionsbezug einschließlich der etwaigen Hälftezulage und der finanzgesetzlichen Zulage berechnet.

¹⁰. Die Pensionszulagen werden vom Beginne der Pensionsberechtigung, jedoch frühestens vom 1. Januar 1910 an gewährt und erlöschen mit dem Pensionsbezug, aus welchem sie berechnet worden sind. Den einmaligen Abfertigungen nach Art. XXIV § 17 der Dienstespragmatik vom 1. Januar 1805 ist der Jahresbetrag der Pensionszulage hinzuzurechnen.

¹¹. Bezieht eine Witwe oder Waise zwei oder mehrere Pensionen, auf welche vorstehende Bestimmungen Anwendung finden, so wird die Zulage nach dem Gesamtbetrage berechnet, den sie an solchen Pensionen erhält.

¹². Ruht die Witwen- oder Waisenpension wegen eines anderweitigen Bezugs, aus welchen keine Zulage zu gewähren ist, teilweise, so wird die Zulage aus dem nicht ruhenden Teile der Witwen- oder Waisenpension, mindestens aber in dem Betrage gewährt, welcher unter Hinzurechnung des

anderweitigen Bezugs zur Erreichung des Gesamtbetrags der Pension und Pensionszulage erforderlich ist. Ruht die Witwen- oder Waisenpension wegen eines anderweitigen Bezugs, aus welchem keine Zulage zu gewähren ist, im ganzen Betrage, so wird die Zulage aus der Pension insoweit gewährt, als es unter Hinzurechnung des anderweitigen Bezugs zur Erreichung des Gesamtbetrags der Pension und Pensionszulage erforderlich ist.

13. Sofern die Witwen- oder Waisenpension einschließlich der Zulage nicht bereits einen durch drei teilbaren vollen Markbetrag ergibt, wird die Zulage auf denjenigen nächsthöheren Betrag festgesetzt, welcher unter Hinzurechnung der Pension einen durch drei teilbaren vollen Markbetrag ergibt.

14. Die vorstehenden Grundsätze für die Gewährung von Pensionszulagen finden auf die Witwen und Waisen von solchen Beamten und Bediensteten entsprechende Anwendung, die im Zeitpunkt ihres Ablebens oder ihres Ausscheidens aus dem Dienste gegenüber der Kreisgemeinde ihres Dienstorts Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag gehabt haben. Die Kreisgemeinden sind verpflichtet, den erforderlichen Bedarf bereit zu stellen.

Gegeben . . . .

Für den Entwurf:

Übersicht

der

veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

für die Jahre 1910 und 1911.

I. Ordentliches

A. Einnahme-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebs-ausgaben	Reineinnahme
		ℳ	ℳ	ℳ
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	94,273	—	94,273
2	Direkte Steuern	57'000,000	209,070	56'790,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	33'964,100	540,000	33'424,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	66'983,700	19'921,880	47'061,820
5	Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung	18'241,025	17'234,093	1'006,932
6	Münzanstalt	506,218	402,236	103,982
7	Betrieb der K. Bank in Nürnberg	3'400,000	—	3'400,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	278'767,510	195'524,000	83'243,510
9	Post- und Telegraphenverwaltung	71'944,910	58'941,220	13'003,690
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	739,640	689,910	49,730
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	77,022	105,060	Fehlbetrag 28,038
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	121,470	217,040	Fehlbetrag 95,570
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	220,600	216,700	3,900
14	Frankenthaler Kanal	6,870	8,003	Fehlbetrag 1,133
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	74,230	32,243	41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	59'508,000	27'301,393	32'206,607
17	Besondere Betriebe des Staates	4'448,250	2'480,490	1'967,760
18	Grundgefälle	4'800,100	1,470,200	3'329,900
19	Leistungen der Pfälzischen Eisenbahnen	—	—	—
20	Überweisungen seitens des Reiches	21'001,300	—	21'001,300
21	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	3'895,600	6,000	3'889,600
	Abschluß der Einnahme-Etats . . .	625'794,818	325'299,538	300'495,280

Budget.

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
		ℳ
22	K. Haus und Hof	5'402,475
23	Staatsschuld	84'796,665
24	Landtag	701,450
25	Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	1'762,665
26	Staatsministerium der Justiz	26'976,521
27	Staatsministerium des Innern	38'768,659
28	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	50'619,664
29	Staatsministerium der Finanzen	14'120,950
30	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	66,990
20	Ausgaben für Reichszwecke	45'103,225
31	Pensionen und Unterstützungen	31'441,000
32	Allgemeine Reserve	735,016
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	300'495,280
	Abgleichung des ordentlichen Budgets.	
	Staatseinnahmen	625'794,818
	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	325'299,538
	Staatsaufwandsausgaben	300'495'280
	Gesamtbetrag der Ausgaben	625'794,818
	Verbleibt	—

II. Außerordentliches

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Ausgaben
	ℳ	ℳ
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	8'367,695	
a. Für Zwecke der Bergwerksverwaltung		300,000
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		900,000
c. Für Zwecke der Bodensee-Dampfschiffahrt		300,000
d. Für Zwecke der besonderen Betriebe des Staates		2'000,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern		106,500
f. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		432,000
g. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		1'303,500
h. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten		738,925
i. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen		2'166,770
k. Für Zwecke der Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen		120,000
Summe I	8'367,695	8'367,695
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	7'566,750	
a. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern		1'250,000
b. Für Zwecke der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung		1'837,000
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		4'479,750
Summe II	7'566,750	7'566,750

Budget.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:	
	Einnahmen	Ausgaben
	ℳ	ℳ
III. Auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens	25'544,000	
a. Für allgemeine Staatszwecke		7'500,000
b. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern		1'300,000
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		750,000
d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		800,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		10'744,000
f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten		4'450,000
Summe III	25'544,000	25'544,000
(Von der Summe zu 25'544,000 ℳ wird der Teilbetrag von 2'500,000 ℳ dadurch beglichen, daß zu seiner Deckung die im ordentlichen Budget der Jahre 1908/09 vorgesehene Summe für Tilgung der allgemeinen Staatsschuld im gleichen Betrage verwendet wird, so daß als neu aufzunehmendes Anlehen nur die Summe von 23'044,000 ℳ für je ein Jahr der Finanzperiode verbleibt.)		
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	—	—
Summe IV für sich.		
Hiezu „ III . . .	25'544,000	25'544,000
„ II . . .	7'566,750	7'566,750
„ I . . .	8'367,695	8'367,695
Abschluß des außerordentlichen Budgets . . .	41'478,445	41'478,445

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
	ℳ
A. Einnahmen.	
Einnahmen des ordentlichen Budgets	625'794,818
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	41'478,445
Gesamtbetrag der Einnahmen	667'273,263
B. Ausgaben.	
Ausgaben des ordentlichen Budgets	625'794,818
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	41'478,445
Gesamtbetrag der Ausgaben	667'273,263
Verbleibt	—

Begründung

zu dem

Entwurfe des Finanzgesetzes

für die Jahre 1910 und 1911.

Der Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1910 und 1911 konnte dem zurzeit gültigen Finanzgesetze vom 16. August 1908 gegenüber — hauptsächlich infolge der veränderten Grundsätze über die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets — eine weitere Vereinfachung dadurch erfahren, daß, wie schon in der Begründung zu dem letzten Finanzgesetz-Entwurf angedeutet war, die Bestimmungen der §§ 1, 2, 6 und 8 des derzeitigen Finanzgesetzes als entbehrlich wegbleiben konnten. Den §§ 9 und 10 kam ohnehin lediglich vorübergehende Bedeutung zu.

Soweit die in dem § 1 des Finanzgesetzes vom 16. August 1908 aufrecht erhaltenen Kredite noch nicht vollständig ihrer Verwendung zugeführt sind, soll angenommen werden, daß diese Kredite in der gleichen Weise fortwirken, als wenn sie seinerzeit — den nunmehrigen Grundsätzen entsprechend — durch das Budget als „auf spätere Finanzperioden übertragbar" erklärt worden wären.

Im übrigen wird zu den einzelnen Bestimmungen des Entwurfs nachstehendes bemerkt:

Zu § 1.

Der nunmehrige § 1 des Finanzgesetz-Entwurfs gibt den Abschluß des Staatsbudgets wieder und sieht zugleich für den nicht durch anderweitige Mittel gedeckten Ausgabsbedarf des außerordentlichen Budgets im Betrage von 46'088,000 ℳ (23'044,000 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode) die Ermächtigung zur Deckung im Anlehenswege vor.

Zu § 2.

Zur Abgleichung des ordentlichen Budgets der Jahre 1910 und 1911 erscheint für jedes dieser beiden Jahre ein Steuererträgnis von 57'000,000 ℳ erforderlich, wie es als Ergebnis der geplanten Steuerreform in Aussicht genommen werden kann. Da indes die neuen Steuergesetze keinesfalls vor dem 1. Januar 1911 in Kraft treten können, erscheint es notwendig, daß auf die gleiche Summe das Steuererträgnis auch für das erste Jahr der Finanzperiode durch einen gleichmäßig bemessenen Zuschlag zu den bestehenden direkten Steuern gebracht wird. Auf Grund der zurzeit maßgebenden Steuergesetze kann für das Jahr 1910 auf eine Einnahme an direkten Steuern von rund 47'500,000 ℳ gerechnet werden. Um diese Summe auf den benötigten Betrag von 57'000,000 ℳ zu erhöhen, bedarf es für das Jahr 1910 eines 20 %igen Zuschlags. Dieser Zuschlag soll zu der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen auch für das Jahr 1911 erhoben werden, da das hiefür maßgebende Gesetz vorläufig nicht in die Reform einbezogen wurde und kein ausreichender Grund besteht, vom Gewerbebetrieb im Umherziehen für das Jahr 1911 eine geringere Steuer zu erheben als für das Jahr 1910.

Da der in Aussicht genommene 20 %ige Zuschlag lediglich dazu bestimmt ist, vorübergehend die Mittel zur Abgleichung des Staatsbudgets zu bieten, bis durch die neuen Steuergesetze in dieser Hinsicht dauernde Fürsorge geschaffen ist, erscheint es veranlaßt, diesen Zuschlag auf die direkten Staatssteuern zu beschränken und zu verfügen, daß dieser Zuschlag für die Berechnung der Umlagen außer Betracht bleibt, wie dies in dem zweiten Absatze des § 2 vorgeschlagen ist. Als Umlagen in diesem Sinne gelten der Natur der Sache nach nicht nur die Kreis-, Distrikts- und Gemeindeumlagen, sondern auch alle sonstigen Abgaben, für welche die direkten Steuern die Berechnungsgrundlage bilden, insbesondere also auch die Kirchensteuern, Kirchenumlagen, die Beiträge für die land- und forstwirtschaftliche Unfallversicherung usw.

Sollten die neuen Steuergesetze wider Erwarten nicht vom 1. Januar 1911 in Wirksamkeit treten können, so müßte der für das Jahr 1910 in Aussicht genommene Zuschlag zu den bestehenden direkten Steuern auch für das zweite Jahr der Finanzperiode forterhoben werden, da anderweitige Mittel zur Abgleichung des Staatsbudgets nicht zur Verfügung stehen.

Zu § 3.

Der § 3 des Entwurfs entspricht genau der Bestimmung in dem § 5 des letzten Finanzgesetzes.

Zu § 4.

Die gemäß Artikel 90 des Brandversicherungsgesetzes vom $\frac{\text{3. April 1875}}{\text{5. Mai 1890}}$ von der Brandversicherungsanstalt an die Staatskasse zu leistende Bauschsumme war für jedes Jahr
der Finanzperiode 1904/05 auf . . . . . . 860,000 ℳ,
der Finanzperiode 1906/07 auf . . . . . . 889,000 ℳ,
für das erste Jahr der Finanzperiode 1908/09 auf 920,000 ℳ,
für das zweite Jahr der Finanzperiode 1908/09 auf 980,000 ℳ
festgesetzt.

Die Versicherungssumme bei der Brandversicherungsanstalt hat am

1. Oktober 1904 . . . . 6'807'778,740 ℳ,
1. „ 1905 . . . . 7'043'649,490 ℳ,
1. „ 1906 . . . . 7'274'464,920 ℳ,
1. „ 1907 . . . . 7'531'379,380 ℳ,
1. „ 1908 . . . . 7'830'421,520 ℳ

erreicht und wird nach Maßgabe des bisherigen Zugangs am 1. Oktober 1909 etwa 8'120'000,000 ℳ und bis zur Mitte der Finanzperiode 1910 und 1911 voraussichtlich 8'410'000,000 ℳ betragen.

Von der finanzgesetzlich bestimmten Bauschsumme entfielen auf 100 ℳ der Versicherungssumme

in den Jahren 1881/82 bis 1900/01 . . . 1,34 ₰,
„ „ „ 1902/03 . . . . 1,28 ₰,
„ „ „ 1904/05 . . . . 1,27 ₰,
„ „ „ 1906/07 . . . . 1,21 ₰,
„ „ „ 1908/09 . . . . 1,19 ₰.

Die für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 erforderlich erscheinende Bauschsumme von 1'000,000 ℳ entspricht bei einer Versicherungssumme von 8'410'000,000 ℳ einem Beitragssatze von wiederum 1,19 ₰ auf 100 ℳ der Versicherungssumme, so daß eine Erhöhung in dem Prozentverhältnisse der Verwaltungskosten zur Versicherungssumme nicht eintritt.

Zu § 5.

Im Pensionsetat für die Jahre 1910 und 1911 konnte ein Betrag von 1'500,000 ℳ für den Zweck bereitgestellt werden, um hiemit die Lage der im Pensionsgenusse stehenden Witwen und Waisen sowie der pensionierten Beamten und Bediensteten zu verbessern. Dieser Betrag soll vorzugsweise denjenigen Beteiligten zugewendet werden, die nach ihrer finanziellen Lage einer Erhöhung ihrer fortlaufenden Bezüge besonders bedürftig sind. Es sind dies diejenigen Witwen und Waisen von Staatsbeamten und Staatsbediensteten, die mit Rücksicht auf den Zeitpunkt des Ablebens oder der Ruhestandsversetzung ihres Gatten bezw. Vaters an den Vorteilen, die das Beamtengesetz in Bezug auf die Witwen- und Waisenpensionen bietet, nicht teilnehmen. Der im Vergleich zum Beamtengesetze weniger günstige Witwenpensionssatz der Dienstespragmatik vom 1. Januar 1805 sowie der Verordnung vom 26. Juni 1894 macht sich für diese Witwen und Waisen um so fühlbarer, je geringer der Gehalt oder Ruhegehalt ist, aus dem die betreffende Pension berechnet wurde oder zu berechnen ist. Der Entwurf schlägt deshalb eine prozentuale Aufbesserung der Witwen und Waisen in der Weise vor, daß die Zulagen zu den geringeren Pensionen nach einem höheren Prozentsatze berechnet werden als bei den größeren Pensionen und daß eine solche Pensionszulage nicht gewährt wird, soweit die Zulage mit der Pension bei den Witwenpensionen den Betrag von 1200 ℳ, bei den einfachen Waisen den Betrag von 240 ℳ und bei den Doppelwaisen den Betrag von 360 ℳ übersteigen würde. Bei dieser Art der Gewährung von Pensionszulagen würde der weitaus größte Teil der pensionsberechtigten Witwen, nämlich von 12 977 ungefähr 12 012 oder 92,56% und ein noch größerer Teil der pensionsberechtigten (einfachen wie Doppel-) Waisen, nämlich von 11 067 im ganzen 10 311 oder 93,2% eine Pensionszulage erhalten. Diejenigen Witwen und Waisen, die bei dieser Regelung eine Zulage nicht empfangen, beziehen zum größten Teile neben ihren staatlichen Pensionen noch die Pensionen aus den Unterstützungsvereinen, die Doppelwaisen vielfach die Töchterkasse Präbenden. Sollten übrigens einzelne solcher Witwen oder Waisen nach ihren Gesundheits-, Vermögen- oder Familienverhältnissen einer weiteren Beihilfe bedürfen, kann diese aus dem Unterstützungsfonds gewährt werden.

Was sodann die Verbesserung der Lage der Pensionisten betrifft, so ist eine allgemeine Erhöhung ihrer Pensionen schon mit Rücksicht auf die verfügbaren Mittel nicht durchführbar, da von dem für die obenbezeichneten Zwecke verfügbaren Gesamtbetrage von 1'500,000 ℳ bereits ein Betrag von rund 1'000,000 ℳ für die Zulagen der Witwen und Waisen erfordert wird. Eine allgemeine Aufbesserung der Pensionisten ist aber auch nicht durch Billigkeitsgründe geboten, weil die Ruhegehälter der Beamten nach dem neuen Beamtengesetze vielfach sich auf geringere Beträge berechnen, als die Pensionen, die den pragmatischen Pensionisten nach der IX. Verfassungsbeilage und den nichtpragmatischen Pensionisten nach der Verordnung vom 26. Juni 1894 anzuweisen waren. Es wird daher vorgeschlagen, den für die Pensionisten dermalen verfügbaren Betrag von 500,000 ℳ in der Weise zu verwenden, daß hieraus Pensionisten, die wegen der Geringfügigkeit ihres Pensionsbezugs oder durch Krankheit, durch den ihnen obliegenden Unterhalt einer zahlreichen Familie oder aus ähnlichen Gründen einer besonderen Berücksichtigung bedürfen, in der Form fortlaufender oder einmaliger Beihilfen eine Erhöhung ihrer Bezüge bewilligt wird.

Im einzelnen ist noch nachstehendes zu bemerken:

Zu Absatz 1.

Absatz 1 bezeichnet diejenigen Witwen und Waisen, für welche die Gewährung von Zulagen in den aus den folgenden Absätzen ersichtlichen Beträgen beabsichtigt ist. An den Zulagen können hienach grundsätzlich nur die pensionsberechtigten Hinterbliebenen derjenigen pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen Staatsbeamten und Staatsbediensteten teilnehmen, die vor dem 1. Januar 1909 gestorben sind oder am 1. Januar 1909 sich im Ruhestande befanden und nach diesem Zeitpunkte nicht mehr wiederangestellt worden sind.

Zu Absatz 2 mit 7.

Die Zulagen zu den Witwenpensionen betragen im allgemeinen für die unteren Pensionen 20%, für die mittleren Pensionen 15%, für die höheren Pensionen 10%. Daneben sind für die einzelnen Klassen teils gewisse Mindestbeträge, unter welche die Pension und Pensionszulage nicht herabsinken soll, teils gewisse Höchstbeträge vorgesehen, welche von der Pension und Zulage zusammen nicht überschritten werden dürfen. Eine erhöhte Aufbesserung möchte den Witwen mit den geringsten Pensionen durch Festsetzung eines Mindestbetrags von 180 ℳ zuzuwenden sein, den die Pension mit der Pensionszulage erreichen soll. Durch die Mindestbeträge und Höchstbeträge für die Witwen ergeben sich von selbst die Mindest- und Höchstbeträge sowie die einzelnen Klassen für die Zulagen der Waisen und Doppelwaisen, da nach der Dienstespragmatik vom 1. Januar 1805 wie nach der Verordnung vom 26. Juni 1894 die Pension der einfachen Waisen ein Fünftel, die der Doppelwaisen drei Zehntel der Witwenpension beträgt.

Zu Absatz 8.

Neben den pragmatischen Staatsbeamten und den nichtpragmatischen Staatsbeamten und Staatsbediensteten gab es in der Zeit vor dem Inkrafttreten des Beamtengesetzes verschiedene

Kategorien von Beamten und Bediensteten, die, ohne zu den pragmatischen Beamten oder zu den nichtpragmatischen Beamten und Bediensteten zu zählen, nach der für die betreffende Klasse von Bediensteten bestehenden Norm oder Übung einen Anspruch oder mindestens eine gewisse Anwartschaft auf Pension oder Sustenstation aus der Staatskasse hatten. Zu diesen Kategorien zählten z. B. die Gerichtsvollzieher bis zu ihrer durch die Verordnung vom 16. Dezember 1899 (Ges. u. VOBl. S. 1015) erfolgten Einreihung unter das nichtpragmatische statusmäßige Personal, ferner die Mannschaften der Gendarmerie, bis sie durch Verordnung vom 7. Dezember 1906 (Ges. u. VOBl. S. 849) die Eigenschaft nichtpragmatischer statusmäßiger Staatsbeamten erlangten. Es erscheint angemessen, den Hinterbliebenen dieses Personals, deren Bezüge in früherer Zeit teils nach der Dienstespragmatik vom 1. Januar 1805, teils nach besonderen Verordnungen oder Satzungsbestimmungen reguliert wurden, die Pensionszulagen ebenfalls zu gewähren und zwar umsomehr, als es sich hiebei meistens um Witwen und Waisen mit geringen Bezügen handelt.

Zu Absatz 9.

Die Pensionszulagen der Witwen und Waisen sind aus dem staatlichen Gesamtbezuge jeder einzelnen Person zu berechnen. Hieraus folgt, daß einer Witwe oder Waise, welche bereits an den durch § 21 des Finanzgesetzes vom 27. Juli 1874 oder § 18 des Finanzgesetzes vom 29. Juli 1876 festgesetzten Pensionszulagen teilnimmt, die Zulage aus dem Gesamtbetrag ihrer bisherigen Pension und bisherigen Zulage gewährt wird. Ebenso soll eine Witwe oder Waise, welche neben ihrer Pension auf Grund der Dienstespragmatik die Zulage der Hälfte bezieht, die neue Zulage aus dem Gesamtbetrage, d. h. aus der anderthalbfachen Pension, erhalten. Letzteres gilt auch schon für die bisherigen finanzgesetzlichen Zulagen.

Zu Absatz 10.

Es ist selbstverständlich, daß die Pensionszulagen, die für die bereits angewiesenen Pensionen vom 1. Januar 1910 an gewährt werden sollen, in der Folgezeit in dem gleichen Zeitpunkte wie die Pensionen, zu denen sie bewilligt werden, beginnen, erlöschen, eine etwaige Erhöhung oder Minderung erfahren. Daß die Zulagen bei Berechnung der einmaligen Abfertigungen nach Artikel XXIV § 17 der Dienstespragmatik mitzuberücksichtigen sind, entspricht ebenfalls einer für die bisherigen finanzgesetzlichen Zulagen ergangenen Anordnung.

Zu Absatz 11 und 12.

Es dürfte angemessen sein, daß für eine Witwe oder Waise, welche zwei oder mehrere unter Absatz 1 oder Absatz 8 fallende Pensionen bezieht, die Zulage nach dem Gesamtbetrage berechnet wird, den sie an solchen Pensionen erhält. Bezieht z. B. eine Landgerichtsdienerswitwe einen Unterhaltsbeitrag von 64 ℳ 80 ₰ und daneben eine Gendarmeriepension von 178 ℳ 20 ₰, zusammen 243 ℳ, so wird ihr eine Zulage von 48 ℳ 60 ₰ gewährt, welche nach Absatz 13 auf 51 ℳ aufzurunden ist. Bezieht eine andere Witwe die Zivilpension und die Gendarmeriepension auf Grund des § 35 Absatz 2 der Verordnung vom 26. Juni 1894 ungeschmälert nebeneinander, z. B. 195 ℳ Zivilpension und 228 ℳ Gendarmeriepension, so erhält sie aus 423 ℳ eine Zulage von 63 ℳ 45 ₰, welche auf 66 ℳ aufzurunden ist.

Für die Fälle, in denen die Pension wegen eines anderen Bezugs ganz oder teilweise ruht, sind Bestimmungen darüber erforderlich, aus welchem Betrage die Zulage gewährt wird. Der Entwurf bestimmt, daß die Zulage aus dem nicht ruhenden Teile der Zivilpension berechnet, jedoch in diesem Falle sowie dann, wenn die Pension wegen des anderweitigen Bezugs ganz ruht, als Zulage mindestens der Betrag gewährt wird, der erforderlich ist, um den anderweitigen Bezug sowie den etwa nicht ruhenden Teil der Pension auf den Gesamtbetrag zu erhöhen, der sich aus Pension und Pensionszulage berechnet. Es wird hiedurch verhindert, daß eine Witwe, welche einen solchen Bezug hat, ein geringeres Gesamteinkommen erhält als eine Witwe ohne einen solchen Bezug. Hervorzuheben möchte endlich noch sein, daß z. B. die Bezüge aus dem allgemeinen Staatsdiener-Unterstützungsverein und aus der hiemit verbundenen Töchterkasse sowie aus dem Unterstützungsvereine für das K. B. Forstpersonal und aus der hiemit verbundenen Töchterkasse für die Bemessung der Zulagen unter allen Umständen ohne Einfluß sind.

Zu Absatz 13.

Absatz 13 sieht die Aufrundung des Gesamtbetrags aus Pension und Pensionszulage auf jenen nächsthöheren vollen Markbetrag vor, welcher durch drei teilbar ist. Diese Aufrundung empfiehlt sich im Interesse der möglichsten Vereinfachung der Kasse- und Rechnungsgeschäfte. Sie ist deshalb auch durch die Verordnung vom 26. Juni 1894 sowie das Beamtengesetz vom 16. August 1908 für die hierunter fallenden Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge vorgeschrieben worden.

Zu Absatz 14.

Diese Bestimmung ist erforderlich, um auch jenen Witwen und Waisen die Teilnahme an den Pensionszulagen zu sichern, deren Pensionen oder Unterhaltsbeiträge nicht aus der Staatskasse, sondern aus den Pensionsfonds derjenigen Kreisgemeinde zu bestreiten sind, in deren Bezirk der Gatte oder Vater der betreffenden Hinterbliebenen im Zeitpunkte seines Ablebens oder Ausscheidens aus dem Dienste angestellt war.

Budget

des

Königreichs Bayern

für die Jahre

1910 und 1911.

München.
E. Mühlthaler's Buch= und Kunstdruckerei A.G.
1909.

Beil. z. d. Verhandl. d. K. d. Abg. 1909.

Inhalt.

I.

Haupt-Übersicht.

I. Teil.

Ordentliches Budget.

A. Einnahme-

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:		
		Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebs-ausgaben	Reineinnahme
		M	M	M
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	94,273	—	94,273
2	Direkte Steuern	57'000,000	209,070	56'790,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	33'964,100	540,000	33'424,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	66'983,700	19'921,880	47'061,820
5	Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung	18'241,025	17'234,093	1'006,932
6	Münzanstalt	506,218	402,236	103,982
7	Betrieb der K. Bank in Nürnberg	3'400,000	—	3'400,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	278'767,510	195'524,000	83'243,510
9	Post- und Telegraphenverwaltung	71'944,910	58'941,220	13'003,690
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	739,640	689,910	49,730
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	77,022	105,060	28,038 Fehlbetrag
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	121,470	217,040	95,570 Fehlbetrag
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	220,600	216,700	3,900
14	Frankenthaler Kanal	6,870	8,003	1,133 Fehlbetrag
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	74,230	32,243	41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	59'508,000	27'301,393	32'206,607
17	Besondere Betriebe des Staates	4'448,250	2'480,490	1'967,760
18	Grundgefälle	4'800,100	1'470,200	3'329,900
19	Leistungen der Pfälzischen Eisenbahnen	—	—	—
20	Überweisungen seitens des Reichs	21'001,300	—	21'001,300
21	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	3'895,600	6,000	3'889,600
	Abschluß der Einnahme-Etats	625'794,818	325'299,538	300'495,280

Etats.

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:			Sohin für 1910 und 1911					
Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebs-ausgaben	Reineinnahme	an Einnahmen		an Verwaltungs- und Betriebsausgaben		Reineinnahme	
			mehr	weniger	mehr	weniger	mehr	weniger
M	M	M	M	M	M	M	M	M
—	—	—	94,273	—	—	—	94,273	—
46'000,000	1'376,930	44'623,070	11'000,000	—	—	1'167,860	12'167,860	—
31'434,200	609,145	30'825,055	2'529,900	—	—	69,145	2'599,045	—
48'847,680	16'215,800	32'631,880	18'136,020	—	3'706,080	—	14'429,940	—
13'409,094	12'778,283	630,811	4'831,931	—	4'455,810	—	376,121	—
598,890	406,754	192,136	—	92,672	—	4,518	—	88,154
3'400,000	—	3'400,000	—	—	—	—	—	—
250'484,400	177'696,820	72'787,580	28'283,110	—	17'827,180	—	10'455,930	—
66'113,345	51'499,035	14'614,310	5'831,565	—	7'442,185	—	—	1'610,620
631,505	590,905	40,600	108,135	—	99,005	—	9,130	—
63,250	77,950	14,700 Fehlbetrag	13,772	—	27,110	—	—	13,338
111,370	200,095	88,725 Fehlbetrag	10,100	—	16,945	—	—	6,845
235,600	214,988	20,612	—	15,000	1,712	—	—	16,712
7,100	7,618	518 Fehlbetrag	—	230	385	—	—	615
72,850	33,692	39,158	1,380	—	—	1,449	2,829	—
52'288,000	23'252,100	29'035,900	7'220,000	—	4'049,293	—	3'170,707	—
2'948,110	1'809,816	1'138,294	1'500,140	—	670,674	—	829,466	—
5'248,300	1'536,200	3'712,100	—	448,200	—	66,000	—	382,200
360,000	—	360,000	—	360,000	—	—	—	360,000
21'060,800	—	21'060,800	—	59,500	—	—	—	59,500
2'717,600	8,310	2'709,290	1'178,000	—	—	2,310	1'180,310	—
546'032,094	288'314,441	257'717,653	80'738,326	975,602	38'296,379	1'311,282	45'315,611	2'537,984
			79'762,724		36'985,097		42'777,627	

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
22	K. Haus und Hof	5'402,475	5'402,475	—	—
23	Staatsschuld	84'796,665	74'015,680	10'780,985	—
24	Landtag	701,450	754,720	—	53,270
25	Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern	1'762,665	1'584,173	178,492	—
26	Staatsministerium der Justiz	26'976,521	25'547,264	1'429,257	—
27	Staatsministerium des Innern	38'768,659	35'131,944	3'636,715	—
28	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	50'619,664	44'053,152	6'566,512	—
29	Staatsministerium der Finanzen	14'120,950	10'117,105	4'003,845	—
30	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	66,990	97,475	—	30,485
20	Ausgaben für Reichszwecke	45'103,225	36'700,386	8'402,839	—
31	Pensionen und Unterstützungen	31'441,000	26'102,270	5'338,730	—
32	Allgemeine Reserve	735,016	511,009	224,007	—
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	300'495,280	260'017,653	40'561,382	83,755
				40'477,627	
	Abgleichung des ordentlichen Budgets.				
	Staatseinnahmen	625'794,818	546'032,094	79'762,724	—
	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	325'299,538	288'314,441	36'985,097	—
	Staatsaufwandsausgaben	300'495,280	260'017,653	40'477,627	—
	Gesamtbetrag der Ausgaben	625'794,818	548'332,094	77'462,724	—
	Verbleibt	—	2'300,000 Fehlbetrag	2'300,000	—

II. Teil.

Außerordentliches Budget.

Einnahmen.

Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
			mehr	weniger
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
I. Überschüsse früherer Finanzperioden	8′367,695	3′816,712	4′550,983	—
Summe I für sich.				
II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds	7′566,750	6′341,300	1′225,450	—
Summe II für sich .				

Ausgaben

Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
			mehr	weniger
	M	M	M	M
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden.				
a. Für Zwecke der Bergwerksverwaltung	300,000			
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung	900,000			
c. Für Zwecke der Bodensee-Dampfschiffahrt	300,000			
d. Für Zwecke der besonderen Betriebe des Staates .	2'000,000			
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern	106,500			
f. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz . .	432,000			
g. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern .	1'303,500			
h. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	738,925			
i. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen	2'166,770			
k. Für Zwecke der Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen	120,000			
Summe I	8'367,695	3'816,712	4'550,983	—
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds.				
a. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	1'250,000			
b. Für Zwecke der Bergwerks-, Hütten- und Salinen-verwaltung	1'837,000			
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung	4'479,750			
Summe II	7'566,750	6'341,300	1'225,450	—

Einnahmen.

Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
			mehr	weniger
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
III. Allgemeines Staatsanlehen	25'544,000	20'569,550	4'974,450	—
(Von der Summe zu 25'544,000 ℳ wird der Teilbetrag von 2'500,000 ℳ dadurch beglichen, daß zu seiner Deckung die im ordentlichen Budget der Jahre 1908/09 vorgesehene Summe für Tilgung der Allgemeinen Staatsschuld im gleichen Betrage verwendet wird, so daß als neu aufzunehmendes Anlehen nur die Summe von 23'044,000 ℳ für je ein Jahr der Finanzperiode verbleibt.)				
Summe III für sich.				
IV. Staatseisenbahnanlehen	—	52'195,450	—	52'195,450
Summe IV für sich.				
Hiezu „ III . . .	25'544,000	20'569,550	4'974,450	—
„ II . . .	7'566,750	6'341,300	1'225,450	—
„ I . . .	8'367,695	3'816,712	4'550,983	—
Summe der Einnahmen . . .	41'478'445	82'923,012	10'750,883	52'195,450
				41'444,567

Ausgaben.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
			mehr	weniger
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens.				
a. Für allgemeine Staatszwecke	7'500,000			
b. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	1'300,000			
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung	750,000			
d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz .	800,000			
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern .	10'744,000			
f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	4'450,000			
Summe III	25'544,000	20'569,550	4'974,450	—
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens.	— *	52'195,450	—	52'195,450
Summe IV für sich.				
Hiezu " III . . .	25'544,000	20'569,550	4'974,450	—
" II . . .	7'566,750	6'341,300	1'225,450	—
" I . . .	8'367,695	3'816,712	4'550,983	—
Summe der Ausgaben . . .	41'478,445	82'923,012	10'750,883	52'195,450
				41'444,567
Abgleichung des außerordentlichen Budgets.				
Einnahmen	41'478,445	82'923,012	—	41'444,567
Ausgaben	41'478,445	82'923,012	—	41'444,567
Rest . . .	—	—	—	—

*) Zu Ziffer IV bleibt die Einbringung von Nachtragsetats vorbehalten.

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
			mehr	weniger
	M	M	M	M
A. Einnahmen.				
Einnahmen des ordentlichen Budgets	625'794,818	546'032,094	79'762,724	—
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	41'478,445	82'923,012	—	41'444,567
Gesamtbetrag der Einnahmen . . .	667'273,263	628'955,106	79'762,724	41'444,567
			38'318,157	
B. Ausgaben.				
Ausgaben des ordentlichen Budgets	625'794,818	548'332,094	77'462,724	—
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	41'478,445	82'923,012	—	41'444,567
Gesamtbetrag der Ausgaben . . .	667'273,263	631'255,106	77'462,724	41'444,567
			36'018,157	
Verbleibt . . .	—	2'300,000 Fehlbetrag	2'300,000	—

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

II.

Einzel-Übersichten

zum

ordentlichen Budget.

Etat Nr. 1.

Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden.

Wirklicher Anfall nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
M	$\mathcal{S}$					M
—	—				**Einnahmen**	94,273
—	—				**Ausgaben**	—
—	—				**Reineinnahme** . . .	94,273

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
—	94,273	—	Nach der Nachweisung der Ausgabe auf die übertragenen Kredite der ordentlichen Budgets früherer Finanzperioden für das Jahr 1907 (Einzelnachweisung II zu den Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1906 und 1907) ist der Betrag von 188,547 M 96 ₰ für die ursprünglich bestimmten Zwecke nicht mehr benötigt. Er war daher entsprechend den allgemeinen Grundsätzen für die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets je mit der Hälfte hier in Einnahme zu stellen.
—	—	—	
—	94,273	—	

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 2.

Direkte Steuern.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag		
						für 1910	für 1911	im Durchschnitte
M	₰					M	M	M
					Einnahmen.			
10'380,919	23	1			**Grundsteuer**	10'380,000	5'200,000	7'790,000
		2			**Haussteuer.**			
788,140	90		1		Arealsteuer	780,000	379,000	579,500
9'194,460	73		2		Mietsteuer	9'200,000	4'321,000	6'760,500
9'982,601	63				Summe Kap. 2	9'980,000	4'700,000	7'340,000
		3			**Gewerbsteuer.**			
13'635,708	20		1		Im allgemeinen	13'600,000	4'150,000	8'875,000
211,927	—		2		Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen . .	210,000	250,000	230,000
13'847,635	20				Summe Kap. 3	13'810,000	4'400,000	9'105,000
7'891,352	23	4			**Kapitalrentensteuer**	7'900,000	4'200,000	6'050,000
5'120,184	82	5			**Einkommensteuer nach dem Gesetze vom 9. Juni 1899**	5'430,000	—	2'715,000
47'222,693	11				**Summe**	47'500,000	18'500,000	33'000,000
—	—				**20 % iger Zuschlag**	9'500,000	—	4'750,000
—	—	5			**Allgemeine Einkommensteuer**	—	38'500,000	19'250,000
47'222,693	11				**Gesamtbetrag der Einnahmen**	57'000,000	57'000,000	57'000,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
	mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ
10'380,000	—	2'590,000
780,000	—	200,500
8'900,000	—	2'139,500
9'680,000	—	2'340,000
13'400,000	—	4'525,000
210,000	20,000	—
13'610,000	—	4'505,000
7'400,000	—	1'350,000
4'930,000	—	2'215,000
46'000,000	—	13'000,000
—	4'750,000	—
—	19'250,000	—
46'000,000	24'000,000	13'000,000
	11'000,000	

Erläuterungen

Solleinnahme	57'230,000 ℳ
Nachlässe	230,000 ℳ
Bruttoeinnahme	57'000,000 ℳ.

Das Erträgnis der direkten Steuern infolge der geplanten Steuerreform ist auf jährlich 57'000,000 ℳ zu veranschlagen.

Mit Rücksicht darauf, daß die neuen Steuergesetze keinesfalls vor dem 1. Januar 1911 in Wirksamkeit treten können, mußte für das erste Jahr der Finanzperiode ein Zuschlag zu den bestehenden direkten Steuern in einer Höhe in Aussicht genommen werden, die der Staatskasse auch in diesem Jahre ein Aufkommen an direkten Steuern im Betrage von 57'000,000 ℳ sichert. Nach den bisherigen Steuergesetzen kann für das Jahr 1910 auf eine Einnahme an direkten Steuern von rund $47\frac{1}{2}$ Millionen Mark gerechnet werden. Um diese Summe auf den benötigten Betrag von 57'000,000 ℳ zu erhöhen, bedarf es für das Jahr 1910 eines 20 %igen Zuschlags zu den sämtlichen direkten Steuern. Dieser Zuschlag soll zu der Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen auch für das Jahr 1911 erhoben werden (vergl. die Begründung zu § 2 des Finanzgesetzentwurfs für die Jahre 1910 und 1911).

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
612,793	04	1			**Persönliche Ausgaben**	—
		2			**Sächliche Ausgaben.**	
416,708	14		1		Kosten auf die Verwaltung der Grund- und der Haussteuer	50,000
144,539	21		2		Kosten auf die Verwaltung der Gewerbsteuer	80,000
104,604	16		3		Kosten auf die Verwaltung der Kapitalrenten- und der Einkommensteuer	50,000
28,279	41		4		Übrige sächliche Ausgaben	28,000[2)]
694,130	92				Summe Kap. 2	208,000
368	90	3			**Umzugskosten für das Geometerpersonal**	—
1,064	09	4			**Passivreichnisse**, und zwar Steuerentschädigungen der Standesherrn . .	1,070
—	—	5			**Übrige Ausgaben**	—
1,064	09				Hiezu Summe Kap. 4	1,070
368	90				" " 3	—
694,130	92				" " 2	208,000
612,793	04				" " 1	—
1'308,356	95				**Gesamtbetrag der Ausgaben**	209,070
					Abgleichung zum Etat Nr. 2.	
47'222,693	11				**Einnahmen**	57'000,000
1'308,356	95				**Ausgaben**	209,070
45'914,336	16				**Reineinnahme** . . .	56'790,930

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
761,000	—	761,000[1]	[1]) Die Minderung bei Kap. 1, Kap. 2 § 1, dann bei Kap. 3 und Kap. 5 erklärt sich dadurch, daß der Bedarf für den Ummessungsdienst nunmehr bei dem Etat des Staatsministeriums der Finanzen (Etat Nr. 29) veranschlagt ist.
296,000	—	246,000[1])	
80,860	—	860	
60,000	—	10,000	
25,000	3,000	—	[2]) Nach dem Aufwande des Jahres 1908 veranschlagt.
461,860	3,000	256,860	
		253,860	
3,000	—	3,000[1])	
1,070	—	—	
150,000	—	150,000[1])	
1,070	—	—	
3,000	—	3,000	
461,860	—	253,860	
761,000	—	761,000	
1'376,930*	—	1'167,860	* 1'256,930 M ursprünglicher Budgetbetrag, 120,000 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 1'376,930 M Summe wie neben.
46'000,000	11'000,000	—	
1'376,930	—	1'167,860	
44'623,070	11'000,000	1'167,860	
	12'167,860		

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 3.

Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
2'808,891	67	1			**Erbschaftssteuern**	3'190,000
					Summe Kap. 1 für sich.	
		2			**Gebühren und Stempelabgaben.**	
3'429,392	10		1		In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursprozeß . . . . . . Schreibgebühren	3'000,000 550,000
20'681,138	92		2		In der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in der Justizverwaltung . . . . Schreibgebühren	20'000,000 50,000
			3		In der gerichtlichen Strafrechtspflege.	
659,651	48			1	In Verbrechens-, Vergehens- und Übertretungssachen	520,000
30,064	86			2	In Forstrügesachen	30,000
689,716	34				Summe § 3 Schreibgebühren	550,000 50,000
52,310	64		4		Gebühren aus der Führung von Notariaten für Rechnung des Staates	60,000
1'165,413	30		5		Gebühren der Gerichtsvollzieher	1'000,000
1'340,403	68		6		In der inneren, Polizei- und Finanzverwaltung, in der Verwaltungsrechtspflege, dann für Anstellungen und besondere Verleihungen . .	1'300,000
1'138,666	31		7		Übrige Gebühren	1'100,000
50,065	—		8		Erlös aus dem Verkaufe von Gebührenmarken und von Stempelmaterial	60,000
			9		Anteil an den Reichsstempelabgaben.	
104,518	13			1	Nach § 81 des Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909	250,000
366	01			2	Erlös aus dem Verkauf ungestempelter Formulare ꝛc.	1,000
26,740	82		10		Anteil an der Wechselstempelsteuer des Deutschen Reiches	20,000
—	—		11		Sonstige Einnahme	100,000
28'678,731	25				Summe Kap. 2	28'091,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
	mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ
3'190,000	—	—
2'700,000	300,000	—
322,000	228,000	—
19'300,000	700,000	—
46,000	4,000	—
520,000	—	—
50,000	—	20,000
570,000	—	20,000
92,000	—	42,000
60,000	—	—
1'000,000	—	—
1'180,000	120,000	—
1'000,000	100,000	—
60,000	—	—
100,000	150,000	—
1,000	—	—
20,000	—	—
100	99,900	—
26'451,100	1,701,900	62,000
	1'639,900	

Erläuterungen

Zu Kap. 1 bis 5.

Solleinnahme . . . . 34'314,100 ℳ
Nachlässe . . . . 350,000 ℳ
Bruttoeinnahme 33'964,100 ℳ.

Zu Kap. 1.

Die Erbschaftssteuereinnahmen bestehen aus dem Anteile Bayerns an den in Bayern aufgekommenen Erbschaftssteuern nach dem Reichs-Erbschaftssteuergesetze vom 3. Juni 1906 (§ 2 Abs. 2 des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1906, betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld), ferner aus den noch nach dem bisherigen bayerischen Erbschaftssteuergesetze anfallenden Erbschaftssteuern von solchen Anfällen, die noch vor dem 1. Juli 1906 begründet wurden, sowie von solchen Anfällen, die zwar nach diesem Zeitpunkte begründet wurden, aber an leibliche Eltern, Großeltern oder entferntere Voreltern gelangen und 10,000 ℳ nicht übersteigen (§§ 59, 60, 61 des Reichs-Erbschaftssteuergesetzes). Da diese Einnahmen den Betrag der Erbschaftssteuer-Durchschnittseinnahme nicht erreichen, der Bayern auf Grund des § 7 des Reichsgesetzes vom 3. Juni 1906, betreffend die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld, bis zum Ablaufe des Reichsrechnungsjahrs 1910 garantiert ist, ist im Voranschlage diese Durchschnittseinnahme eingestellt.

Zu Kap. 2 § 1.

Die Gebühren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und Konkursen können mit Rücksicht auf die Einnahme des Jahres 1908 um 300,000 ℳ höher veranschlagt werden. Die Höherveranschlagung der Schreibgebühren rechtfertigt sich mit Rücksicht auf den Mehranfall, der infolge der durch das Reichsgesetz vom 1. Juni 1909 — R.G.Bl. S. 475 — eingeführten Neuregelung der Schreibgebühren zu erwarten ist.

Zu Kap. 2 § 2.

Die Immobiliargebühren sind in fortschreitendem Steigen begriffen. Mit Rücksicht hierauf sowie auf den Anfall von zirka 100,000 ℳ an Botengebühren, welche infolge des Beamtengesetzes künftig der Staatskasse zukommen, rechtfertigt sich der Ansatz von 20'000,000 ℳ.

Zu Kap. 2 § 3 Tit. 2.

Der Ansatz von 30,000 ℳ entspricht dem Durchschnitte der letzten drei Jahre.

Zu Kap. 2 § 6.

Mit dem Ablaufe des Jahres 1909 kommen die bisherigen Zuschläge zu den Jagdkartengebühren mit zirka 150,000 ℳ in Wegfall. Dagegen kommen in Zugang die Fischkartengebühren mit zirka 50,000 ℳ und die Zustellgebühren der Boten mit zirka 100,000 ℳ, die infolge des Beamtengesetzes nicht mehr dem Botenpersonale verabfolgt werden, sondern in die Staatskasse fließen.

Zu Kap. 2 § 7.

Mehrung mit Rücksicht auf das Durchschnittsergebnis der letzten 3 Jahre.

Zu Kap. 2 § 9 Tit. 1.

Mehrung infolge des neuen Reichsstempelgesetzes vom 15. Juli 1909 (Erhöhung des Effektenstempels, Einführung des Reichsstempels für Gewinnanteilscheine und Zinsbogen, des Scheckstempels sowie des Reichsstempels von Grundstücksübertragungen).

Zu Kap. 2 § 11.

In Zugang kommen hier die tierärztlichen Viehbesichtigungsgebühren mit zirka 100,000 ℳ, die seither nicht durch das Staatsbudget geführt wurden.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		3			**Strafen.**	
3,917	90		1		In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten und im Konkursprozeß	6,000
2,034	60		2		In der freiwilligen Gerichtsbarkeit und in der Justizverwaltung	2,100
			3		In der gerichtlichen Strafrechtspflege.	
930,776	38			1	In Verbrechens-, Vergehens- und Übertretungssachen	920,000
99,597	10			2	In Forstrügesachen	100,000
1'030,373	48				Summe § 3	1'020,000
33,912	88		4		In der inneren, Polizei- und Finanzverwaltung, dann in der Verwaltungsrechtspflege	35,000
1'070,238	86				Summe Kap. 3	1'063,100
—	—	4			**Zuschläge zu den Gebühren**	—
					Summe Kap. 4 für sich.	
—	—	5			**Mehraufkommen infolge Änderung des Gesetzes über das Gebührenwesen**	1'620,000
					Summe Kap. 5 für sich.	
—	—				Hiezu " " 4	—
1'070,238	86				" " 3	1'063,100
28'678,731	25				" " 2	28'091,000
2'808,891	67				" " 1	3'190,000
32,557,861	78				**Summe der Einnahmen** . . .	33'964,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
6,000	—	—	
2,100	—	—	
900,000	20,000	—	**Zu Kap. 3 § 3 Tit. 1.** Der Ansatz entspricht der Durchschnittseinnahme der letzten 3 Jahre.
100,000	—	—	
1'000,000	20,000	—	
35,000	—	—	
1'043,100	20,000	—	
750,000	—	750,000	**Zu Kap. 4.** Die Zuschläge zu den Gebühren, welche im Laufe der Jahre 1908/09 noch auf Grund des Gesetzes vom 14. Dezember 1907 — G. u. V.Bl. S. 1075 — erhoben wurden, kommen mit dem 31. Dezember 1909 in Wegfall.
—	1'620,000	—	
750,000	—	750,000	
1'043,100	20,000	—	
26'451,100	1'639,900	—	
3'190,000	—	—	
31'434,200	3'279,900	750,000	
	2'529,900		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
		1			**Auf die Erbschaftssteuern.**	
—	—		1		Persönliche Ausgaben	—
1,792	51		2		Sächliche Ausgaben	5,000
1,792	51				Summe Kap. 1	5,000
		2			**Auf die Gebühren und Strafen.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
7,677	50			1	Besoldungen der Beamten	—
—	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
75,193	95			3	Tagegelder und Reisekosten für die örtliche Prüfung der Gebührenansätze einschließlich der Erbschaftssteuer	80,000
82,871	45				Summe § 1	80,000
62,180	16		2		Sächliche Ausgaben	85,000
					Summe § 2 für sich.	
			3		Tantiemen.	
296,350	79			1	Der Notare	310,000
110,196	50			2	Der Gerichtsschreiber	—
7,877	13			3	Des bezirksamtlichen Personals	—
3,302	12			4	Der übrigen Gebühreneinnehmer	—
417,726	54				Summe § 3	310,000
62,180	16				Hiezu „ § 2	85,000
82,871	45				„ § 1	80,000
562,778	15				Summe Kap. 2	475,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	
—	—	—	
5,000	—	—	
5,000	—	—	
8,045	—	8,045	Die Besoldungen, die früher hier veranschlagt waren, erscheinen nunmehr bei den Etats der Staatsministerien der Justiz und des Innern.
—	—	—	
80,000	—	—	
88,045	—	8,045	
64,300	20,700	—	**Zu Kap. 2 §§ 2 und 3.** Die Tantiemen der Gerichtsschreiber, des bezirksamtlichen Personals sowie der sonstigen Gebühreneinnehmer sind infolge des Beamtengesetzes in Wegfall gekommen. Dafür hat die Staatskasse den Aufwand für zahlreiche Formulare, insbesondere für die Gebührenregister und Einzugsregister zu tragen. Die Tantiemen der Notare werden wie bisher an die Pensionsvereine für die Notare und ihre Hinterbliebenen fortgezahlt. Die Erhöhung ist veranlaßt durch die höhere Veranschlagung der Immobiliargebühreneinnahme.
300,000	10,000	—	
100,000	—	100,000	
8,000	—	8,000	
3,300	—	3,300	
411,300	10,000	111,300	
		101,300	
64,300	20,700	—	
88,045	—	8,045	
563,645	20,700	109,345	
		88,645	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		3			**Auf die Stempelabgaben.**	
—	—		1		Persönliche Ausgaben	—
38,742	94		2		Sächliche Ausgaben	60,000
38,742	94				Summe Kap. 3	60,000
562,778	15				Hiezu „ „ 2	475,000
1,792	51				„ „ 1	5,000
603,313	60				**Summe der Ausgaben**	540,000
					Abgleichung zum Etat Nr. 3.	
32'557,861	78				**Einnahmen**	33'964,100
603,313	60				**Ausgaben**	540,000
31'954,548	18				**Reineinnahme**	33'424,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
500	—	500	
40,000	20,000	—	Zu Kap. 3 § 2. Mehrung infolge der Einführung neuer Reichsstempelabgaben durch das Reichsstempelgesetz vom 15. Juli 1909.
40,500	20,000	500	
	19,500		
563,645	—	88,645	
5,000	—	—	
609,145	19,500	88,645	
		69,145	
31'434,200	2'529,900	—	
609,145	—	69,145	
30'825,055	2'529 900	69,145	
	2'599,045		

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 4.

Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Einnahmen.	
		1			**Malzaufschlaggefälle.**	
39'913,910	25		1		Aufschlag von Malz	59'800,000
245,997	75		2		Übergangsabgabe von eingeführtem Bier	364,000
40'159,908	—				Summe Kap. 1	60'164,000
		2			**Vergütungen aus der Reichskasse für die Erhebung und Verwaltung der Zölle und Steuergefälle.**	
3'104,867	41		1		Für die Kosten der Zollverwaltung an der Grenze	3'493,500
					Wirkliche Einnahme an Zöllen für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 41'305,674 ℳ 38 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 3'104,867 ℳ 41 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 38'200,806 ℳ 97 ₰	
63,165	65		2		Für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Tabaksteuer	68,000
					Wirkliche Einnahme an Tabaksteuer für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 881,664 ℳ — ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 63,165 ℳ 65 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 818,498 ℳ 35 ₰	
3'168,033	06				Seite 39'019,305 ℳ 32 ₰	3'561,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
41'400,000	18'400,000	—		**Zu Kap. 1 §§ 1 und 2.** Mehrung infolge der beantragten Erhöhung des Malzaufschlags.
232,000	132,000	—		
41'632,000	18'532,000	—		
3'067,000	426,500	—		**Zu Kap. 2 § 1.** Die Vergütung der Kosten, welche an den gegen das Ausland gelegenen Grenzen und im Grenzbezirke für den Schutz und die Erhebung der Zölle erforderlich sind (Art. 38 Ziff. 3a der Reichsverfassung), findet seit 1. April 1882 nach den durch den Bundesratsbeschluß vom 30. Juni 1882 genehmigten Vorschriften für die Vergütung der Zollverwaltungskosten statt. Hienach stellt der Bundesrat für jeden Grenzstaat einen Zollverwaltungskostenetat fest; jeder Grenzstaat ist berechtigt, auf die in den einzelnen Monaten jeden Rechnungsjahres der Reichskasse vorläufig zu überweisende Zolleinnahmen a) den entsprechenden Teil der Schlußsumme des letzten berichtigten Etats, b) die durch die Etatssumme nicht gedeckten, bei der Jahresabrechnung besonders aufzunehmenden Ausgaben, soweit sie im abgelaufenen Jahresteil geleistet worden sind, in Anrechnung zu bringen.
62,000	6,000	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Nach dem Bundesratsbeschlusse vom 4. Dezember 1884 sind als Vergütung für die Verwaltung der Tabaksteuer bewilligt: a) 20 ₰ für jedes volle Ar der mit Tabak bepflanzten Grundstücke, b) 2 vom Hundert der zur Erhebung gekommenen Roh-Solleinnahme an Tabaksteuer und an Abgabe von Tabaksurrogaten. Nach diesen Vergütungssätzen hat Bayern vom Reich erhalten: für das Rechnungsjahr 1906 . . . . . . 62,645 ℳ " " " 1907 . . . . . 66,574 ℳ " " " 1908 . . . . . . 64,100 ℳ Die Gesamtfläche der mit Tabak bepflanzten Grundstücke hat betragen: im Jahre 1906 . . . . 224,585 Ar " " 1907 . . . . 240,462 " " " 1908 . . . . 225,334 " Eine wesentliche Steigerung des Tabakbaues wird in Bayern auch unter der neuen Tabakbesteuerung nicht zu erwarten sein. Dagegen wird die Roh-Solleinnahme an Tabak mit Rücksicht auf die Erhöhung der Tabaksteuer etwa um ein Viertel des bisherigen Betrags und damit auch der zur Erhebung gelangenden Verwaltungskostenbeträge gerechnet werden können. Nach der vorläufigen Feststellung betrug die Roh-Solleinnahme an Tabaksteuer für das Rechnungsjahr 1908 in Bayern 951,702 ℳ; es wäre deshalb dieser Betrag um 238,000 ℳ und damit die Vergütung nach 2 vom Hundert um rund 4800 ℳ zu erhöhen. Es werden daher eingesetzt: 68,000 ℳ.
3'129,000	432,500	—		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
3'168,033	06	2			Übertrag 39'019,305 M 32 ₰	3'561,500
58,248	77		3		Für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Zigarettensteuer . . Wirkliche Einnahme an Zigarettensteuer für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 1'485,189 M 73 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 58,248 M 77 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 1'426,940 M 96 ₰	84,000
324,198	97		4		Für die Kosten der Erhebung und Verwaltung der Zuckersteuer . . . . Wirkliche Einnahme an Zuckersteuer für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 12'731,323 M 42 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 324,198 M 97 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 12'407,124 M 45 ₰	350,000
32,278	75		5		Für die Salzsteuer-Erhebungs- und Aufsichtskosten . . . . Wirkliche Einnahmen an Salzsteuer für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 5'614,988 M 90 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 32,278 M 75 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 5'582,710 M 15 ₰	34,000
3'582,759	55				Seite 58'436,080 M 88 ₰	4'029,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3'129,000	432,500	—		
52,000	32,000	—		Zu Kap. 2 § 3.
306,000	44,000	—		Zu Kap. 2 § 4.
31,800	2,200	—		Zu Kap. 2 § 5.
3'518,800	510,700	—		

Zu Kap. 2 § 3.

Nach § 45 der Ausführungsbestimmungen zum Zigarettensteuergesetz vom 3. Juni 1906 werden für die Erhebung und Verwaltung der Zigarettensteuer jedem Bundesstaate vorläufig 4 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme vergütet. Die Roh-Solleinnahme an Zigarettensteuer hat betragen

im Rechnungsjahr 1907 . . . . . . 1'316,710 ℳ
" " 1908 . . . . . . 1'691,730 ℳ;

an Vergütung hat Bayern vom Reich erhalten

für das Rechnungsjahr 1907 . . . . . . 52,668 ℳ
" " " 1908 . . . . . . 67,669 ℳ.

Bei der Zigarettensteuer ist eine ständige, auch im Jahre 1909 wahrnehmbare Zunahme festzustellen. Mit Rücksicht auf diese Steigerung wird auch bei der nunmehr erfolgten Erhöhung der Zigarettensteuer künftig mit einer Mehrung der Einnahme zu rechnen sein.

Nachdem, wie oben bemerkt, die Einnahme im Rechnungsjahre 1908 1'691,730 ℳ betragen hat, wird der Ertrag für ein Jahr der künftigen Finanzperiode auf 2'100,000 ℳ und unter Annahme der Fortdauer der geltenden Vorschriften für die Verwaltungskostenvergütung diese Vergütung mit 4 vom Hundert hieraus auf 84,000 ℳ berechnet.

Zu Kap. 2 § 4.

Nach Anlage G der Ausführungsbestimmungen zum Zuckersteuergesetze vom 6. Januar 1903 werden für die Verwaltung und Erhebung der Zuckersteuer vom Reiche 4 vom Hundert der zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme, und zwar 3 vom Hundert für die Verwaltung und 1 vom Hundert für die Erhebung vergütet.

Die Vergütung von 3 vom Hundert wird vierteljährlich nach der Gesamt-Roh-Solleinnahme an Zuckersteuer festgestellt und nach dem Verhältnisse der aus den Zuckerfabriken entnommenen Zuckererzeugnisse auf die einzelnen Staaten verteilt.

Der Berechnung der Vergütung von 1 vom Hundert ist die Roh-Solleinnahme in den einzelnen Staaten zu Grunde zu legen.

Die Menge der aus den bayerischen Zuckerfabriken entnommenen Zuckerprodukte hat betragen:

im Rechnungsjahr 1906 . . . 1'360,132 dz
" " 1907 . . . 1'287,307 "
" " 1908 . . . 1'344,919 "

bei einer Roh-Solleinnahme

für 1906 von . . . . 13'248,318 ℳ
" 1907 " . . . . 12'990,194 ℳ
" 1908 " . . . . 13'992,555 ℳ.

An Vergütung hat Bayern erhalten:

für das Rechnungsjahr 1906 . . 296,840 ℳ
" " " 1907 . . 288,888 ℳ
" " " 1908 . . 337,142 ℳ.

Es darf auf eine mäßige Steigerung des Inlandsverbrauchs an Zucker und daher auch auf eine Erhöhung der Roh-Solleinnahme gerechnet werden.

Die auf Bayern für jedes der Jahre 1910 und 1911 treffende Vergütung wird hienach in der Höhe von 350,000 ℳ bemessen.

Zu Kap. 2 § 5.

Seit 1. April 1882 wird die Vergütung der Kosten der Besoldung der mit der Erhebung und Kontrollierung der Salzsteuer auf den Salzwerken beauftragten Beamten (Art. 38 Ziff. 3 b der Reichsverfassung) nach den durch Beschluß des Bundesrats vom 30. Juni 1882 genehmigten Vorschriften geleistet.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
3'582,759	55	2			Übertrag 58'436,080 ℳ 88 ₰	4'029,500
1'031,780	96		6		Für die Erhebungs- und Verwaltungskosten der Verbrauchsabgabe für Branntwein und Essigsäure . . . . Wirkliche Einnahme an Branntweinsteuer für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 5'206,215 ℳ 89 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 1'031,780 ℳ 96 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 4'174,434 ℳ 93 ₰	800,000
12,257	94		7		Für die Erhebungs- und Verwaltungskosten der Schaumweinsteuer . . Wirkliche Einnahme an Schaumweinsteuer für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 283,851 ℳ 80 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 12,257 ℳ 94 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 271,593 ℳ 86 ₰	24,000
7,773	21		8		Für die Erhebungs- und Verwaltungskosten der in Bayern zur Erhebung gelangenden Stempelabgaben an Spielkarten . . . . Wirkliche Einnahme an Spielkartenstempel für 1908 . . . 155,680 ℳ 40 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 7,773 ℳ 21 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 147,907 ℳ 19 ₰	7,500
3,641	15		9		Reichsstempelabgaben für Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge nach Nr. 8 des Tarifs . . . . Wirkliche Einnahme an Reichsstempelabgaben für 1908 abzüglich der Rückvergütungen . . . . 182,057 ℳ 55 ₰ ab Verwaltungskosten . . . . 3,641 ℳ 15 ₰ verbleiben für das Reich . . . . 178,416 ℳ 40 ₰	3,700
4'638,212	81				Seite 63'208,433 ℳ 26 ₰	4'864,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3'518,800	510,700	—		
970,000	—	170,000		Zu Kap. 2 § 6.
12,000	12,000	—		Zu Kap. 2 § 7.
7,000	500	—		Zu Kap. 2 § 8.
3,500	200	—		Zu Kap. 2 § 9.
4'511,300	523,400	170,000		

Zu Kap. 2 § 6.

Die Gesamteinnahme aus dem Branntweinsteuergesetz vom 15. Juli 1909 ist veranschlagt für das ganze Branntweinsteuergebiet mit etwa 200'000,000 ℳ jährlich.

Gemäß §§ 23 und 110 des Gesetzes wird für die Erhebung und Verwaltung der im Gesetze bezeichneten Verbrauchsabgaben den Bundesstaaten eine Vergütung von 8 vom Hundert der Gesamteinnahme gewährt. Nach überschlägiger Berechnung würden von dieser Vergütung auf Bayern in jedem der Jahre 1910 und 1911 etwa 800,000 ℳ entfallen.

Zu Kap. 2 § 7.

Nach § 25 der zu § 28 des Schaumweinsteuergesetzes vom $\frac{\text{9. Mai 1902}}{\text{15. Juli 1909}}$ vom Bundesrate erlassenen Ausführungsbestimmungen werden für die Erhebung und Verwaltung der Schaumweinsteuer jedem Bundesstaate vorläufig 4 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Verrechnung gekommenen Roh-Solleinnahme vergütet.

Die Roh-Solleinnahme hat in Bayern betragen:
im Rechnungsjahre 1906 . . . . . . 295,184 ℳ
" " 1907 . . . . . . 296,946 ℳ
" " 1908 . . . . . . 309,775 ℳ.

An Vergütung hat Bayern erhalten:
für das Rechnungsjahr 1906 . . . . 11,807 ℳ
" " " 1907 . . . . 11,877 ℳ
" " " 1908 . . . . 12,391 ℳ.

Mit Rücksicht auf die als Folge der Erhöhung der Schaumweinsteuer zu erwartende Steigerung der Einnahmen um das Doppelte wird die im Jahre 1908 erhaltene Vergütung auf den doppelten Betrag erhöht und mit rund 24,000 ℳ eingestellt.

Zu Kap. 2 § 8.

Nach § 23 des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1878 werden an Erhebungs- und Verwaltungskosten jedem Bundesstaate 5 vom Hundert der in seinem Gebiete zur Erhebung gelangenden Stempelabgabe vergütet.

Bei einer Roh-Solleinnahme
im Rechnungsjahre 1906 von . . . 140,981 ℳ
" " 1907 " . . . 154,043 ℳ
" " 1908 " . . . 155,156 ℳ
hat Bayern erhalten an Vergütungen
für das Rechnungsjahr 1906 . . . . 7,049 ℳ
" " " 1907 . . . . 7,702 ℳ
" " " 1908 . . . . 7,757 ℳ
zusammen 22,508 ℳ,
also im Durchschnitte 7503 ℳ. Es werden daher in Ansatz gebracht 7500 ℳ.

Zu Kap. 2 § 9.

Nach § 81 des Reichsstempelgesetzes vom 3. Juni 1906 wird jedem Bundesstaat an Erhebungs- und Verwaltungskosten von der in seinem Gebiete für ausgestellte Erlaubniskarten für Kraftfahrzeuge erzielten jährlichen Einnahme der Betrag von 2 vom Hundert aus der Reichskasse vergütet.

Diese Einnahmen haben in Bayern betragen
im Rechnungsjahre 1907 . . . . 164,400 ℳ
" " " 1908 . . . . 184,355 ℳ.

An Vergütungen hieraus hat Bayern erhalten
für das Rechnungsjahr 1907 . . . . . 3,288 ℳ
" " " 1908 . . . . . 3,687 ℳ.

Unter Zugrundelegung des Anfalls an Steuer für das Jahr 1908 wird auch für die Jahre 1910 und 1911 die gleiche Einnahme angenommen, daher die Vergütung mit 3700 ℳ eingestellt.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
4'638,212	81	2			Übertrag 63'208,433 M 26 ₰	4'864,700
—	—		10		Für die Erhebung und Verwaltung der Leuchtmittelsteuer	80,000
—	—		11		Für die Erhebung und Verwaltung der Zündwarensteuer	100,000
4'638,212	81				Summe Kap. 2 für das Reich: 63'208,433 M 26 ₰	5,044,700
		3			**Eigene Einnahmen der Zollverwaltung, und zwar Hafengefälle und Zollnebeneinnahmen.**	
9,117	22		1		Hafengefälle zu Lindau und Ludwigshafen a. Rh.	6,600
40,402	57		2		Lagergeld, Lände-, Wag-, Kranen- und Übersatzgebühren	39,740
49,519	79				Summe Kap. 3	46,340
2'201,338	35	4			**Gebühren für das Halten von Hunden** . . . . Summe Kap. 4 für sich.	1'116,000
		5			**Gemischte Einnahmen.**	
118,921	93		1		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	232,000
10,199	49		2		Erlöse aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen . . .	10,400
56,936	81		3		Gebühren und Strafen aus der Verwaltung	54,000
186,058	23				Seite	296,400

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
4'511,300	523,400	170,000		
—	80,000	—		**Zu Kap. 2 § 10.** Aus der Besteuerung der Beleuchtungsmittel — Leuchtmittelsteuergesetz vom 15. Juli 1909 — wird auf einen Ertrag von 20'000,000 M jährlich gerechnet. Bei einer Verwaltungskostenvergütung von 4 vom Hundert aus dieser Roh-Solleinnahme werden auf Bayern ungefähr 80,000 M treffen.
—	100,000	—		**Zu Kap. 2 § 11.** Aus der Besteuerung der Zündwaren — Zündwarensteuergesetz vom 15. Juli 1909 — wird auf einen Ertrag von etwa 25'000,000 M jährlich gerechnet. Bei einer Verwaltungskostenvergütung von 4 vom Hundert aus dieser Roh-Solleinnahme werden auf Bayern ungefähr 100,000 M treffen.
4'511,300	703,400	170,000		
	533,400			
9,100	—	2,500		**Zu Kap. 3 § 1.** Die in Lindau anfallenden, nach der durchschnittlichen Einnahme in den Jahren 1906 mit 1908 zu veranschlagenden Hafengefälle betragen rund 4100 M jährlich. Nach Verstaatlichung der Pfälzischen Eisenbahnen ist der Gesamtgüterumschlag im Zollhofe, am Zollhafen und am Winterhafen zu Ludwigshafen a. Rh. auf die Staatseisenbahnverwaltung unter Überlassung der Betriebsanlagen, der Lagerhäuser und Lagerplätze übergegangen. Eine Mietentschädigung hat die Staatseisenbahnverwaltung für diese Überlassung nicht zu leisten. Dagegen sind die anfallenden Lagergebühren an das Zollärar abzuführen. Diese Lagergebühren werden nach dem bisherigen Anfalle mit jährlich 2500 M berechnet, daher werden im ganzen 6600 M in Ansatz gebracht.
39,100	640	—		**Zu Kap. 3 § 2.** Voranschlag nach dem Durchschnitte der Einnahmen in den Jahren 1906 mit 1908. Die Einnahmen sind hienach im einzelnen veranschlagt: an Lagergeld auf 37,850 M, an Ländegebühren auf 1680 M, an Waggebühren auf 200 M, an Kranen- und Übersatzgebühren auf 10 M.
48,200	640	2,500		
		1,860		
2'160,000	—	1'044,000		**Zu Kap. 4.** Nach dem Ergebnis der Anmeldung des Jahres 1909 sind für das Jahr 1910 2'232,000 M anzusetzen. Da die Hundegebühr voraussichtlich mit dem Jahre 1911 den Gemeinden vollständig überwiesen werden wird, ist dieser Betrag für jedes der Jahre 1910 und 1911 nur mit der Hälfte eingestellt.
123,600	108,400	—		**Zu Kap. 5 § 1.** Mehrung mit Rücksicht auf die Einnahmen an Mietzinsen und Mietentschädigungen gemäß Art. 37 des Beamtengesetzes.
9,000	1,400	—		**Zu Kap. 5 § 2.** Der Ansatz erfolgte nach dem durchschnittlichen Anfalle in den Jahren 1906 mit 1908.
45,000	9,000	—		**Zu Kap. 5 § 3.** Der Anschlag ist berechnet nach dem Durchschnitte der Einnahme der Jahre 1907 und 1908 unter Berücksichtigung des Wegfalls an Einnahmen aus Hundegebührenstraffällen im Jahre 1911.
177,600	118,800	—		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
186,058	23	5			Übertrag	296,400
			4		Nebengebühren für besondere Leistungen.	
139,821	06			1	Vergütungen der Gemeinden für die Erhebung des Lokalmalzaufschlags	140,000
154,202	96			2	Gebühren für Zoll- und Steuerabfertigungen	157,500
6,767	48			3	Tantiemen für die Einhebung der tierärztlichen Viehbesichtigungsgebühren, der Gebühren für die Untersuchung des in das Zollinland eingehenden Fleisches und für die Einhebung städtischer Lagergebühren	7,300
326	05			4	Vergütung der Österreich-Ungarischen Staatsregierung für die Erhebung und Verwaltung des Malzaufschlags in der österreichischen Gemeinde Mittelberg gemäß Artikel II des Übereinkommens vom 2. Dezember 1890	460
13,001	25		5		Übrige Einnahmen	11,000
500,177	03				Summe Kap. 5	612,660
2'201,338	35				Hiezu „ „ 4	1'116,000
49,519	79				„ „ 3	46,340
4'638,212	81				„ „ 2 für das Reich: 63'208,433 ℳ 26 ₰	5'044,700
40'159,908	—				„ „ 1	60'164,000
47'549,155	98				**Summe der Einnahmen** für das Reich: 63'208,433 ℳ 26 ₰	66'983,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
177,600	118,800	—	
143,500	—	3,500	
153,800	3,700	—	
8,500	—	1,200	
280	180	—	
12,500	—	1,500	
496,180	122,680	6,200	
	116,480		
2'160,000	—	1'044,000	
48,200	—	1,860	
4'511,300	533,400	—	
41'632,000	18'532,000	—	
48'847,680	19'181,880	1'045,860	
	18'136,020		

Erläuterungen

Zu Kap. 5 § 4 Tit. 1.

Der Ansatz von rund 140,000 ℳ für jedes der Jahre 1910 und 1911 entspricht der Einnahme für das Jahr 1908.

Zu Kap. 5 § 4 Tit. 2.

Einnahmen an Gebühren für Zoll- und Steuerabfertigungen nach Maßgabe der vom Bundesrat beschlossenen Zollgebührenordnung vom 28. Juni 1905. Der Ansatz entspricht dem Anfalle des Jahres 1908 unter Berücksichtigung der wegen der Gehaltsfestsetzungen erhöhten Verwaltungskostenbeiträge.

Die hier verrechneten Gebühren für die Zuteilung der Kennzeichen für außerdeutsche Kraftfahrzeuge bemessen sich nach den vom Bundesrate beschlossenen Ausführungsbestimmungen vom 29. Mai 1908.

Zu Kap. 5 § 4 Tit. 3.

Ansatz nach dem durchschnittlichen Anfalle der Jahre 1906 mit 1908.

Zu Kap. 5 § 4 Tit. 4.

Nach Art. II des Übereinkommens zwischen Bayern und Österreich-Ungarn vom 2. Dezember 1890 betreffend den Anschluß der österreichischen Gemeinde Mittelberg an das System der Besteuerung des Bieres und des Essigs in Bayern fließt das Erträgnis des Malzaufschlags in dieser Gemeinde sowie die zur Erhebung kommende Übergangsabgabe von Malz und Bier nach Abzug von 15 % für die Erhebungs- und Verwaltungskosten in die österreichische Staatskasse.

Mit Rücksicht auf die Erhöhung des Malzaufschlags ist auch für diese Vergütungen ein erhöhter Betrag in Ansatz zu bringen.

Zu Kap. 5 § 5.

Minderung wegen Absetzung der von den Parteien zu ersetzenden, bisher hier verrechneten Postgebühren an den Ausgaben.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
6'353,279	38		1		Besoldungen der Beamten	7'631,950
213,255	09		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	217,600
237,861	56		3		Tagegelder und Reisekosten	256,400
6'804,396	03				Summe Kap. 1	8'105,950
		2			**Sächliche Ausgaben.**	
199,032	47		1		Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	215,000
86,097	64		2		Mietzinse für Amtsräume	94,000
7,658	39		3		Übrige sächliche Ausgaben (einschließlich der Kosten der Bewaffnung und Ausrüstung der Grenzwachmannschaft)	7,700
292,788	50				Summe Kap. 2	316,700

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
6'632,550	999,400	—	A S. 21/29	**Zu Kap. 1 § 1.** Hierunter 36,105 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
223,000	—	5,400		**Zu Kap. 1 § 2.** Ansatz nach dem Durchschnitte der Jahre 1907 und 1908 unter Berücksichtigung der Kosten für die neu zu errichtende Grenzwachschule und der durch die Gewährung von Urlaub nach Art. 35 des Beamtengesetzes vom Staate zu übernehmenden Stellvertretungskosten. Die Minderung ergibt sich, weil bisher hier verrechnete Bezüge von nichtetatsmäßigen Beamten nunmehr bei den Besoldungen der Beamten eingestellt sind.
237,330	19,070	—		**Zu Kap. 1 § 3.** Ansatz nach dem Durchschnitte der Jahre 1907 und 1908 unter Berücksichtigung der Erhöhung der Pferdeunterhaltungsgelder und der Ausgaben für das Halten der Fahrräder mit rund 23,000 M. Hienach ist für Tagegelder und Reisekosten ein geringerer Bedarf in Ansatz gebracht als für die Jahre 1908 und 1909.
7'092,880	1'018,470	5,400		
	1'013,070			
202,700	12,300	—		**Zu Kap. 2 § 1.** Mehrung wegen Änderung und Anschaffung von Amtsschildern, Änderung der Amtsiegel und -stempel der Steuerämter und -stellen, Erhöhung der Kosten durch Steigerung der Löhne und der Preise für Heizmaterialien, dann Mehrung der Kosten wegen Beheizung und Reinigung neu errichteter Ämter und neu beschaffter Amtsräume. Mehrausgaben für Drucksachen und Bücher infolge der Einführung neuer Reichssteuern. Ferner Mehrung wegen hier zu verrechnender Ausgaben für Unterhaltung von Viehwagen, Reinigung der Niederlagen usw.
84,000	10,000	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Mehrung insbesondere durch die räumliche Unterbringung der Zollämter in Freising, Frankenthal und Obernzell und wegen Steigerung der Mietpreise.
6,000	1,700	—		**Zu Kap. 2 § 3.** Erhöhung wegen Mehrung der Ausgaben für die Technische Prüfungs- und Lehranstalt der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.
292,700	24,000	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
8,600	02	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	6,600
					Summe Kap. 3 für sich.	
25,992	39	4			**Umzugskosten**	27,000
					Summe Kap. 4 für sich.	
65,000	—	5			**Aufwand für Unterstützungen**	65,000
					Summe Kap. 5 für sich.	
		6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
30,094	39		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	35,000
102,683	29		2		Für Gebäudeunterhaltung	169,350
35,661	20		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	166,500
168,438	88				Summe Kap. 6	370,850
		7			**Lasten.**	
4,157	38		1		Kreisumlagen	5,000
439	76		2		Distriktsumlagen	650
4,708	01		3		Gemeindeumlagen	5,500
41,071	76		4		Umgeldentschädigungen und Aufschlagbonifikationen	41,070
38,660	66		5		Passivreichnisse (Zolläquivalente)	38,660
89,037	57				Summe Kap. 7	90,880

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
9,000	—	2,400		**Zu Kap. 3.** Minderung wegen Absetzung der von den Parteien zu ersetzenden Postgebühren an den Ausgaben.
27,000	—	—		
65,000	—	—		
32,000	3,000	—		**Zu Kap. 6 § 1.** Mehrung wegen Zugangs neuer Dienstgebäude und wegen Steigerung der Arbeitslöhne.
125,490	43,860	—		**Zu Kap. 6 § 2.** Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hievon sind eingestellt 110,000 ℳ als ordentliche fortlaufende Ausgaben, Mehrung hauptsächlich infolge Zugang mehrerer neuer Amtsgebäude; 59,350 ℳ künftig wegfallend. Diese Forderung ist für verschiedene größere Bauvornahmen bestimmt, die sich einerseits nicht zur Einstellung in den Neubauetat eignen, andererseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse nicht aus dem ordentlichen Landbauunterhaltungsetat ihre Deckung finden können. Mehrung infolge von in größerem Umfange notwendig gewordenen baulichen Instandsetzungsarbeiten.
290,900	—	124,400	B S. 31/33	**Zu Kap. 6 § 3.** Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
448,390	46,860	124,400		
		77,540		
4,000	1,000	—		**Zu Kap. 7 § 1 mit 3.** Mehrung infolge Zugangs neuer Gebäude und stetiger Erhöhung der Umlagen.
600	50	—		
5,000	500	—		
41,070	—	—		
38,660	—	—		
89,330	1,550	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		8			**Aufschlagrückvergütungen und Hinauszahlungen.**	
6'834,415	20		1		Rückvergütung für ausgeführtes Bier	9'800,000
9,618	22		2		Hinauszahlung an das Großherzogtum Sachsen für die auf das Vordergericht Ostheim treffenden Anteile an den Aufschlaggefällen	14,400
2,164	91		3		Hinauszahlung an das Herzogtum Sachsen-Koburg-Gotha für die auf den Amtsgerichtsbezirk Königsberg treffenden Anteile an den Aufschlaggefällen	3,200
6'846,198	33				Summe Kap. 8	9'817,600
49,544	62	9			**Zoll- und Steuervergütungen** . . . . Summe Kap. 9 für sich.	50,000
61,080	08	10			**Besondere Aufsichts- und Betriebskosten auf die Zoll- und Hafengefälle** . Summe Kap. 10 für sich.	31,600
		11			**Ausgaben auf die Erhebung und Verwaltung der Gebühren für das Halten von Hunden.**	
129,009	38		1		Gemeinschaftliche Ausgaben für die Visitation der Hunde, für Hundezeichen und die Erhebung der Hundegebühren	65,000
1'036,157	24		2		Vergütungen an die Gemeinden	525,500
7,635	50		3		Sonstige Ausgaben	3,900
1'172,802	12				Summe Kap. 11	594,400

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
6'900,000	2'900,000	—		**Zu Kap. 8 § 1, 2 und 3.** Mehrung infolge der beantragten Erhöhung des Malzaufschlags.
12,000	2,400	—		
1,800	1,400	—		
6'913,800	2'903,800	—		
31,000	19,000	—		**Zu Kap. 9.** Mehrung wegen eingetretener Erhöhung der Zölle, der Zigaretten- und der Schaumweinsteuer.
34,200	—	2,600		**Zu Kap. 10.** Von dem veranschlagten Betrage treffen auf: a) Eskortgebühren und übrige Aufsichtskosten . . . . 100 ℳ b) Kosten für Versicherung der Frachtgüter . . . . 10,000 ℳ c) Kosten für die nächtliche Bewachung der Niederlagen und für Versicherung der Lagergüter . . . . 1,500 ℳ d) Kosten der Unbrauchbarmachung von Gerste zur Malzbereitung 20,000 ℳ Diese Kosten werden von der Zollgemeinschaft erstattet und in der Zollverwaltungskostenliquidation aufgerechnet. Summe 31,600 ℳ. **Zu Kap. 11.** Diese Ausgaben sind mit 1'188,800 ℳ berechnet, die Mehrung entspricht der Zunahme der Einnahmen an Hundegebühren. Wegen voraussichtlicher Überweisung der Hundegebühren an die Gemeinden mit dem Jahre 1911 ist dieser Betrag für jedes Jahr der Finanzperiode nur mit der Hälfte angesetzt.
124,000	—	59,000		
1'018,000	—	492,500		
7,800	—	3,900		
1'149,800	—	555,400		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
61,700	—	12			Staatszuschüsse an Versuchsanstalten für Bierbrauereien sowie an die Brennereitechnische Anstalt	72,000
					Summe Kap. 12 für sich.	
—	—	13			Für Anlehensverzinsung und Tilgung	372,000
					Summe Kap. 13 für sich.	
806	77	14			Übrige Ausgaben (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte usw.)	1,300
					Summe Kap. 14 für sich.	
—	—				Hiezu „ „ 13 . . .	372,000
61,700	—				„ „ 12 . . .	72,000
1'172,802	12				„ „ 11 . .	594,400
61,080	08				„ „ 10 . .	31,600
49,544	62				„ „ 9 . . .	50,000
6'846,198	33				„ „ 8 . . .	9'817,600
89,037	57				„ „ 7 . .	90,880
168,438	88				„ „ 6 . .	370,850
65,000	—				„ „ 5 . .	65,000
25,992	39				„ „ 4 . .	27,000
8,600	02				„ „ 3 . .	6,600
292,788	50				„ „ 2 . . .	316,700
6'804,396	03				„ „ 1 . . .	8'105,950
15'646,385	31				Summe der Ausgaben . . .	19'921,880
					Abgleichung zum Etat Nr. 4.	
47'549,155	98				Einnahmen	66'983,700
15'646,385	31				Ausgaben	19'921,880
31'902,770	67				Reineinnahme . . .	47'061,820

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
61,700	10,300	—		**Zu Kap. 12.** Der Mehrbedarf ist vorgesehen, um den Brauereiversuchsanstalten eine ausgedehntere Revision der kleinen Brauereibetriebe zum Zwecke der Durchführung von Betriebsverbesserungen zu ermöglichen.
—	372,000	—		**Zu Kap. 13.** Nach dem Entwurf eines Malzaufschlaggesetzes soll künftig das zur Bierbereitung bestimmte Malz nach dem Gewichte besteuert werden. Die Kosten, welche für den Ersatz der jetzt an den Malzmühlen angebrachten Meßapparate durch selbsttätige Wägevorrichtungen entstehen, sollen von der Staatskasse übernommen werden. Im außerordentlichen Budget ist hiefür der Betrag von 2'500,000 ℳ vorgesehen. Der zur Verzinsung und Tilgung dieser Summe in der Finanzperiode 1910 und 1911 erforderliche Betrag ist hier eingestellt.
1,000	300	—		**Zu Kap. 14.** Mehrung wegen Ansatzes von Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte.
—	372,000	—		
61,700	10,300	—		
1'149,800	—	555,400		
34,200	—	2,600		
31,000	19,000	—		
6'913,800	2'903,800	—		
89,330	1,550	—		
448,390	—	77,540		
65,000	—	—		
27,000	—	—		
9,000	—	2,400		
292,700	24,000	—		
7'092,880	1'013,070	—		
16'215,800*)	4'344,020	637,940		
	3'706,080			
48'847,680	18'136,020	—		
16'215,800	3'706,080	—		
32'631,880	14'429,940	—		

*) 16'120,800 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
95,000 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
16'215,800 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31
an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
auf Rechnung des Etats der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 800,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . . . 450,000 ℳ

Summe 1'250 000 ℳ.
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit 19'921,880 ℳ.

Summe der Ausgaben auf den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern im ordentlichen Budget . . . . 21'171,880 ℳ.

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:

a) für Rechnung des Gefällsablösungsfonds (Ziffer IIa):
2'500,000 ℳ oder für ein Jahr 1'250'000 ℳ
b) für Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens (Ziffer IIIb):
2'600,000 ℳ oder für ein Jahr 1'300,000 ℳ
im ganzen . . . . . 2'550,000 ℳ.

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern . . . . 23'721,880 ℳ.

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.
von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als esondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Auf-esserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsident der K. Generaldirektion	1	—	14,000	—			
5	Regierungsdirektoren . . .	2	9000 und 9600	18,600	—			
6	Oberregierungsrat	1[1]	—	8,700	—			[1]) Diese Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Regierungsratsstelle (Klasse 7 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
7	Regierungsräte bei der K. Generaldirektion . .	8	6000 bis 7500	56,000	—			
"	Vorstände der Hauptzollämter	24[2]	6000 bis 7500	169,500	—			[2]) Hievon 2 Regierungsräte und 22 Oberzollinspektoren. Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 28 Vorstände der Hauptzollämter, und zwar: 3 Regierungsräte und 25 Oberzollinspektoren; während der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde ein Hauptzollamt statt mit einem Regierungsrat mit einem Oberzollinspektor als Vorstand besetzt, daher 2 Regierungsräte und 26 Oberzollinspektoren als Vorstände von Hauptzollämtern in der Finanzperiode 1908 und 1909. Während der Finanzperiode 1910 und 1911 werden 4 Vorstände von Hauptzollämtern (Oberzollinspektoren) wegen Aufhebung von Hauptzollämtern in Abgang kommen, sohin 24 Vorstände der Hauptzollämter wie neben.
"	Vorstand der Technischen Prüfungs- und Lehranstalt der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern .	1	—	6,000	—			
	Seite	37		272,800	—			

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	37		272,800	—			
7	Rechnungsdirektor	1[1]	—	6,500	—			[1]) Diese Stelle wird aus Anlaß der in Aussicht genommenen Neuordnung der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern für die Leitung des gesamten Rechnungswesens der K. Generaldirektion beantragt.
"	Oberzollinspektoren . . .	3[2]	6500 bis 7500	21,000	—			[2]) Hievon 1 Oberzollinspektor bei der K. Generaldirektion und 2 Oberzollinspektoren als Vertreter des Amtsvorstandes bei den mit einem Regierungsrat als Vorstand besetzten Hauptzollämtern. Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 6 Oberzollinspektoren, und zwar: 3 bei der K. Generaldirektion u. 3 als Vertreter des Amtsvorstandes bei Hauptzollämtern; hievon wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909 3 Oberzollinspektoren, und zwar 2 bei der K. Generaldirektion, 1 als Vertreter des Amtsvorstandes bei einem mit einem Regierungsrat als Vorstand besetzten Hauptzollamt in niedrigere Stellen umgewandelt, sohin 3 Oberzollinspektoren wie neben. Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung in niedrigere Stellen umgewandelt werden.
"	Oberzollkassier	1[3]	—	7,500	—			[3]) Der derzeitige Zentralzollkassier ist für seine Person der Klasse 7 der Gehaltsordnung zugeteilt.
9	Regierungsassessoren . . .	5	4800 bis 5300	25,000	—			
"	Hauptzollamtsverwalter . .	25[4]	4800 bis 6300	156,500	—			[4]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 28 Hauptzollamtsverwalter; während der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde 1 Stelle eingezogen, daher 27 Hauptzollamtsverwalter in der Finanzperiode 1908 und 1909; hievon werden während der Finanzperiode 1910 und 1911 2 weitere Stellen eingezogen werden, sohin 25 Hauptzollamtsverwalter wie neben.
	Seite	72		489,300	—			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	72		489,300	—			
9	Zoll- und Steuerinspektoren (einschließlich des Materialverwalters)	90[1]	4800 bis 6300	519,500	2,400[2]			[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 94 Zoll- und Steuerinspektoren. Hievon wurde 1 im letzten Etat vorgesehene neue Zollinspektorstelle nicht errichtet, ferner wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909 2 Zollinspektorstellen in niedrigere Stellen umgewandelt, sohin 91 Stellen in der Finanzperiode 1908 und 1909; während der Finanzperiode 1910 und 1911 wird 1 Zollinspektorstelle bei der K. Generaldirektion bei Schaffung einer Rechnungsdirektorstelle in Abgang kommen, daher 90 Zoll- und Steuerinspektoren wie neben. Bei eintretender Erledigung werden 23 Zollinspektoren durch Zolloberkontrolleure (Klasse 12 der Gehaltsordnung) ersetzt werden. Der derzeitige Materialverwalter ist für seine Person der Klasse 9 der Gehaltsordnung zugeteilt. [2]) Die Nebenbezüge sind 8 örtliche Zulagen zu je 300 M.
"	Oberzollkassekontrolleur . .	1[3]	—	6,300	—			[3]) Der derzeitige Zentralzollkassekontrolleur ist für seine Person der Klasse 9 der Gehaltsordnung zugeteilt.
11	Hauptzollamtskontrolleure (einschließlich des Materialverwaltungskontrolleurs) .	28[4]	4600 bis 5100	142,300	—			[4]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 29 Hauptzollamtskontrolleure; 1 Stelle wurde während der Finanzperiode 1908 und 1909 in eine niedrigere Stellung umgewandelt, sohin 28 Hauptzollamtskontrolleure wie neben.
12	Finanzassessoren	9[5]	3000 und 3500	29,500	—			[5]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für 7 Rechnungskommissäre — nun Finanzassessoren —; 2 Stellen wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909 aus je einer Oberzollinspektorstelle und einer Rechnungskommissärstelle errichtet, daher 9 Finanzassessoren wie neben.
	Seite	200		1'186,900	2,400			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	200		1'186,900	2,400		
12	Zolloberkontrolleure und Rechnungskommissäre . .	376[1]					
"	Grenzoberkontrolleure . .	46[2]					
"	Steueroberkontrolleure . .	49[3]					
		471	3000 bis 5000	1'749,200	10,500[4]		
	Seite	671		2'936,100	12,900		

Erläuterungen

[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
392 Rechnungskommissäre und Zolloberkontrolleure.
Während der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden
16 Zolloberkontrolleurstellen in niedrigere Stellen,
1 Rechnungskommissärstelle in eine Finanzassessorstelle umgewandelt, sohin
375 Stellen, dagegen wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909
2 Zolloberkontrolleurstellen aus höheren Stellen errichtet, sohin
377 Stellen in der Finanzperiode 1908 und 1909; hievon wird während der Finanzperiode 1910 und 1911
1 im letzten Etat bereits vorgesehene neue, aber noch nicht errichtete Stelle bei Eröffnung des Winter-Umschlags- und Petroleumhafens in Regensburg in eine niedrigere Stelle umgewandelt werden, daher
376 Stellen wie neben.

[2]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
47 Grenzoberkontrolleure;
1 Stelle wurde während der Finanzperiode 1908 und 1909 infolge Aufhebung einer Grenzoberkontrolle eingezogen, sohin
46 Stellen wie neben.

[3]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
53 Steueroberkontrolleure; hievon wurde
1 im letzten Etat vorgesehene neue Stelle nicht errichtet, ferner wurden
3 Stellen während der Finanzperiode 1908 und 1909 aus Anlaß der Neuordnung der Steuerämter eingezogen, sohin
49 Stellen wie neben.

[4]) Die Nebenbezüge sind 35 örtliche Zulagen von je 300 M.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:					
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	671		2'936,100	12,900		
14	Steuerverwalter	236[1]	3000 bis 4500	863,000	9,240[2]		
"	Präsidialsekretär der K. Generaldirektion	1	—	4,500	—		
"	I. Registrator der K. Generaldirektion	1[3]	—	3,900	—		
16	Steuerrevisoren[4]	235[5]	2700 bis 3900	854,600	—		
17	Sekretäre und Registratoren bei der K. Generaldirektion und bei den Hauptzollämtern	23[6]	2100 bis 3300	69,300	—		
"	Kanzlisten bei der K. Generaldirektion	6[7]	2400 bis 3300	15,600	—		
"	Zollrevisoren (Zollkontrolleure)	61[8]	1800 bis 2100	123,000	3,600[9]		
	Seite	1234	—	4'870,000	25,740		

Erläuterungen

[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
250 Steuerverwalter;
15 Stellen wurden infolge Schaffung einer geringeren Anzahl von Steuerämtern nicht errichtet, daher
235 Stellen, dagegen wurde während der Finanzperiode 1908 und 1909
1 Stelle aus einer Zolloberkontrolleurstelle errichtet, sohin
236 Stellen wie neben.

[2]) Die Nebenbezüge sind 77 Zuschüsse für das Halten eines Amtsraumes von je 120 M.

[3]) Der derzeitige I. Registrator ist für seine Person der Klasse 14 der Gehaltsordnung zugewiesen.

[4]) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung durch Steuerrevisoren mit dem Gehalte der Klasse 17 besetzt werden.

[5]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
251 Steuerrevisoren der Klasse 16 der Gehaltsordnung 9; hievon erledigten sich während der Finanzperiode 1908 und 1909
16 Stellen, welche mit Steuerrevisoren der Klasse 17 der Gehaltsordnung besetzt worden sind, daher
235 Stellen wie neben.

[6]) Hiezu 1 Stelle (I. Registrator der K. Generaldirektion) siehe oben.

[7]) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung in Kanzleiassistentenstellen (Klasse 23 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.

[8]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
61 Zollrevisoren; hievon wurden
2 im letzten Etat vorgesehene neue Stellen nicht errichtet, ferner wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909
3 Stellen in Steuerrevisorstellen umgewandelt, sohin
56 Stellen, dagegen wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909
5 Zollrevisorstellen aus höheren Stellen errichtet, daher
61 Stellen wie neben.

[9]) Die Nebenbezüge sind 15 örtliche Zulagen von je 240 M.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Übertrag	1234		4'870,000	25,740		
17	Steuerrevisoren	248[1]	1800 bis 3300	570,800	—		
19	Zolleinnehmer (einschließlich Übergangssteuereinnehmer)	58[2]	2100 bis 2800	149,100	360[3]		
22	Hafenmeister	4[4]	1800 bis 3300[5]	8,700	—		
	Seite	1544		5'598,600	26,100		

Erläuterungen

[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
205 Steuerrevisoren in der Klasse 17 der Gehaltsordnung; hievon wurde während der Finanzperiode 1908 und 1909
1 Stelle in eine niedrigere Stelle umgewandelt, sohin
204 Stellen; dagegen wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909
13 Stellen aus höheren Stellen bezw. Zollrevisorstellen errichtet, ferner sind während der Finanzperiode 1908 und 1909
31 Stellen infolge Erledigung von mit Steuerverwaltern bezw. Steuerrevisoren der Klasse 16 besetzten Stellen in Zugang gekommen, daher
248 Stellen wie neben.

[2]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
57 Zolleinnehmer; während der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde
1 Stelle eingezogen wegen Aufhebung eines Nebenzollamts II. Klasse, sohin
56 Stellen, dagegen wurden
2 Stellen neu errichtet infolge Umwandlung von 2 Nebenzollämtern I. Klasse in solche II. Klasse, daher
58 Stellen wie neben.

[3]) Die Nebenbezüge sind 2 örtliche Zulagen von je 180 ℳ.

[4]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
2 Hafenmeister; während der Finanzperiode 1910 und 1911 werden
2 Stellen — hievon eine durch Umwandlung einer Oberaufseherstelle — infolge Mehrung der Dienstgeschäfte beim Hauptzollamte Ludwigshafen a/Rh. bezw. Eröffnung des Winter-Umschlags- und Petroleumhafens in Regensburg in Zugang kommen, sohin
4 Stellen.

[5]) 2 Beamten ist für ihre Person der Gehalt der Klasse 17 zugewiesen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	1544		5'598,600	26,100			
23	Kanzlei- und Registraturassistenten der K. Generaldirektion und bei den Hauptzollämtern . . .	41[1]	1500 bis 2250	74,550	—			[1]
25	Boten und Diener der K. Generaldirektion . . .	12	1700 bis 2000	23,500	—			
25	Oberaufseher	470[2]	1500 bis 2000	864,895	15,120[3]			[2]
28	Grenzaufseher	685	1300 bis 1800	1'026,600	1,080[4]			[3] [4]
	Summe a	2752	—	7'588,145	42,300	36,105	7'666,550	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessisten bei der K. Generaldirektion	3[5]	1800	5,400	—	—	5,400	[5]
	Gesamtsumme	2755		7'593,545	42,300	36,105	7'671,950	

[1]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
30 Kanzlei- und Registraturassistenten; während der Finanzperiode 1910 und 1911 werden
11 Stellen — durch Umwandlung von Oberaufseherstellen — infolge Mehrung der Kanzlei- und Registraturgeschäfte bei den äußeren Stellen in Zugang kommen, sohin
41 Stellen wie neben.

[2]) Im letzten Etat waren die Mittel vorgesehen für
481 Oberaufseher; hievon wurden
2 im letzten Etat vorgesehene neue Stellen nicht errichtet, daher
479 Stellen, dagegen wurden während der Finanzperiode 1908 und 1909
2 Stellen aus höheren Stellen errichtet, sohin
481 Stellen in der Finanzperiode 1908 und 1909; während der Finanzperiode 1910 und 1911 werden
11 Stellen in Kanzlei- und Registraturassistentenstellen,
1 Stelle in eine Hafenmeisterstelle umgewandelt werden, sohin
469 Stellen, dagegen wird
1 Stelle aus einer höheren Stelle errichtet werden, daher
470 Stellen wie neben.

[3]) Die Nebenbezüge sind 84 örtliche Zulagen von je 180 M.

[4]) Die Nebenbezüge sind 6 örtliche Zulagen von je 180 M.

[5]) Die Bezüge dieser Beamten sind bisher auf den Titel „Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen“ verrechnet worden.

Anlage A.

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
		M	M	M	M	M	
Übertrag	2755		7'593,545	42,300	36,105	7'671,950	
Pauschalabstrich für den Abgang an Stellen der Klassen 9, 11 und 12 der Gehaltsordnung, welche infolge der Neuordnung der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern nicht mehr besetzt werden	—		40,000	—	—	40,000	
Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 . . .	2755		7'553,545	42,300	36,105[1]	7'631,950	
Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
Ursprünglicher Budgetbetrag	2769[2]					6'537,550[3]	
Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					95,000	
Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	2769					6'632,550	
Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					999,400[3]	
weniger	14					—	

[1]) Künftig wegfallend.

[2])
632 Beamte mit 2'494,710 M Bedarf nach Anlage A,
2137 Beamte mit 4'042,840 M Bedarf nach Anlage B,
2769 Beamte mit 6'537,550 M Bedarf.

[3]) Hievon treffen
95,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
184,300 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
7,400 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.
Weiter werden ausgeglichen:
108,000 M durch den Mehranfall an Mietentschädigungen,
404,000 M durch die Mehrvergütung an Zollverwaltungskosten seitens des Reichs.
Weitere
5,400 M entfallen auf die Übertragung der Bezüge der Akzessisten vom Etat für Stellvertretung hieher.
Hienach verbleibt noch ein Mehrbedarf von
195,300 M, der teils in der günstigeren Überleitung aus Anlaß der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, teils in dem Umstande seinen Grund hat, daß für das Jahr 1909 ausnahmsweise eine höhere Zollverwaltungskostenvergütung angefallen ist.

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche

der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Fortl. Nummer	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamt-kostenbedarf	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
1	Oberbayern	Mittenwald	Neubau von Beamtenwohngebäuden am Bahnhofe Mittenwald sowie Umbau und Erweiterung des Zollamtsgebäudes an der Landstraße in Mittenwald	318,000	159,000
			Reserve . . .	15,000	7,500
			Summe . . .	333,000	166,500

Erläuterungen

Mit Inbetriebsetzung der infolge Staatsvertrags vom 22. November 1904 zu erbauenden Bahn von Garmisch-Partenkirchen bis zur Landesgrenze bei Scharnitz zur Herstellung einer Eisenbahnverbindung über Mittenwald nach Innsbruck ist die Errichtung eines Zollamts am Grenzbahnhofe Mittenwald notwendig. Bei den in Mittenwald bestehenden Wohnungsverhältnissen müssen Dienstwohnungen wenigstens für einen Teil der Beamten des künftigen Bahnzollamts Mittenwald beschafft werden. Bei dieser Gelegenheit sollen zugleich die Gebäude des dermaligen Landstraßenzollamts und der Grenzwachstation Mittenwald mit Rücksicht auf deren insbesondere auch in gesundheitlicher Beziehung sehr bedenklichen baulichen Zustand einem umfassenden Umbau und in Verbindung hiemit einer entsprechenden Erweiterung unterzogen werden. Auf der vorhandenen zolleigenen Grundfläche soll zugleich ein Wohngebäude für den Grenzoberkontrolleur und den berittenen Grenzoberaufseher nebst Stallung, Wagenremise und sonstigen Nebenanlagen sowie ein bis jetzt nicht vorhandener besonderer Viehabfertigungsplatz mit Viehkontrolleschuppen neuhergestellt werden.

Als Bauplatz für die für Beamte des Bahnzollamts Mittenwald zu errichtenden Gebäude ist ein in unmittelbarer Nähe des künftigen Bahnhofs Mittenwald gelegenes — bahneigenes — Grundstück in Aussicht genommen, für das an das Eisenbahnärar ein Kaufpreis von 21,600 ℳ zu leisten ist. Der Bauplatz ist in einer Größe ausgewählt worden, welche auch die Ausführung von etwa notwendig werdenden Erweiterungsbauten ermöglicht. Die Gesamtbauten selbst, durch welche 8 Dienstwohnungen, darunter 7 für Beamte des künftigen Bahnzollamts und eine für die Grenzwachstation Mittenwald neu beschafft werden sollen, erfordern einen Aufwand von 296,400 ℳ an Baukosten.

Die Reserve ist zur Deckung unvermeidlicher Kostenüberschreitung (infolge etwaiger Steigerung der Arbeitslöhne, der Materialpreise und ähnlicher unvorhergesehener Verhältnisse) bestimmt.

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Erläuterungen

zum

Etat der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Eine durchgreifende Neugestaltung der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern ist bereits in der Denkschrift über die Neuordnung dieser Verwaltung vom 14. August 1905 — Anlage D zum Etat Nr. 4 der Finanzperiode 1906 und 1907 — für den Zeitpunkt in Aussicht gestellt worden, in dem eine Änderung der derzeitigen, auf Vereinbarungen der Zollvereinsstaaten beruhenden Verfassung der Hauptzollämter angängig ist.

Inzwischen ist auf Antrag Preußens vom Bundesrat einer Neugestaltung der Hauptzoll- und Hauptsteuerämter auf anderer als der vereinbarten Grundlage zugestimmt worden.

Die vom Bundesrate gebilligten Maßnahmen bestehen in der Hauptsache darin, daß das hauptamtliche Kassenwesen, d. h. die Sammlung der in den Hauptzollamtsbezirken aufkommenden Einnahmen und die Rechnungsstellung über die Einnahmen und Ausgaben, von den Hauptämtern losgelöst und einer in jedem Direktivbezirke zu errichtenden besonderen Kasse, der Oberzollkasse, übertragen wird. Gleichzeitig ist die bisher bestandene kollegialische Verfassung der Hauptämter beseitigt und die Leitung des Hauptamts und eine Vertretung nach außen allein in die Hände des Oberzollinspektors gelegt worden. Preußen hat eine derartige Neugestaltung der Hauptzollämter bereits durchgeführt; diese hat dort eine weitgehende Entlastung der Hauptämter bewirkt und den Betrieb bei diesen Ämtern einfacher und übersichtlicher gestaltet.

Die eingehende Prüfung der Angelegenheit hat ergeben, daß die Schaffung ähnlicher Einrichtungen auch in Bayern angängig und im dienstlichen Interesse gelegen ist. Es wird hiedurch neben einer wesentlichen Vereinfachung der Geschäfte sich auch eine nicht unerhebliche Minderung des Personalaufwandes erzielen lassen. Die letztere Wirkung kann umsomehr erreicht werden, als in Aussicht genommen ist, höhere, jedoch mit einfachen Dienstgeschäften betraute Beamte in noch weiterem Umfang, als in der Neuordnung vom Jahre 1906 vorgesehen ist, durch Beamte zu ersetzen, die aus der Grenzwache hervorgegangen sind.

Für die Durchführung der geplanten durchgreifenden Neuordnung der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern kommen folgende Maßnahmen in Betracht:

1. Errichtung einer Oberzollkasse und Neugestaltung des Kassen- und Rechnungswesens.

Nach den derzeit geltenden Bestimmungen hat jedes Hauptzollamt die gesamten, in seinem Bezirk anfallenden Einnahmen zu sammeln. Das Hauptzollamt hat über alle Einnahmen und Ausgaben im Hauptzollamtsbezirke Rechnung zu stellen und den Einnahmeüberschuß an die Zentralzollkasse abzuführen. Der Vollzug der hauptamtlichen Kassen- und Rechnungsgeschäfte obliegt zwei höheren Beamten, dem Hauptzollamtsverwalter (Klasse 9 der Gehaltsordnung) und dem Hauptzollamtskontrolleur (Klasse 11 der Gehaltsordnung); zur Unterstützung dieser Beamten sind bei größeren Ämtern zur Vereinnahmung der Gefälle Zolloberkontrolleure (Klasse 12 der Gehaltsordnung) beigezogen. Die Kassenaufsicht hat der Vorstand des Hauptzollamts — ein Beamter der Klasse 7 der Gehaltsordnung — auszuüben. Hienach sind zurzeit mit der Verwaltung des hauptamtlichen Kassen- und Rechnungswesens drei höhere, wissenschaftlich vorgebildete Beamte befaßt. Bei der Erledigung der hiefür in Betracht kommenden Geschäfte handelt es sich indessen meist um Arbeiten einfacher Natur, die ebenso zuverlässig von Beamten ohne wissenschaftliche Vorbildung geleistet werden können. Hiezu kommt noch, daß die alljährliche Rechnungsstellung bei 28 Hauptzollämtern zu einer unnötigen Zersplitterung der Arbeitskräfte sowie zu einer Häufung des Schreibwerks und damit auch zu einer bedeutenden Vermehrung der Beamtenstellen geführt hat.

Diesem Zustande soll dadurch abgeholfen werden, daß die Sammlung der Einnahmen und die Rechnungsstellung von den Hauptzollämtern losgelöst und einer einzigen Kasse, der Oberzollkasse, übertragen wird. Die Oberzollkasse soll bei der K. Generaldirektion der Zölle und indirekten Steuern in München errichtet werden; ihr sollen als Unterkassen die Kassen der Hauptzollämter, der größeren von den Hauptzollämtern räumlich getrennten Abfertigungsstellen, der Nebenzollämter I. Klasse, der Zollämter sowie der Steuerämter **unmittelbar** angeschlossen werden. Die übrigen Hebestellen — Nebenzollämter II. Klasse und Steuerstellen — sollen einer Unterkasse angegliedert werden. Diese letztere Maßnahme ist notwendig, um die Zahl der mit der Oberzollkasse

in unmittelbaren Geschäftsverkehr tretenden Stellen zu vermindern. Die Unterkassen würden ihre eigenen Einnahmen sowie die Einnahmen der ihnen angegliederten Stellen unmittelbar an die Oberzollkasse abzuführen haben. Zur Vermeidung einer mehrfachen Versendung der Gelder kann den an eine Unterkasse angeschlossenen Hebestellen gestattet werden, ihre Einnahmen der Oberzollkasse unmittelbar, jedoch auf Rechnung der zuständigen Unterkasse einzusenden.

Durch tunlichst ausgedehnte Anwendung des Giroverkehrs soll eine Versendung von Bargeld möglichst vermieden werden. Der Giroverkehr ist mit der K. Bank schon bisher von den Zoll- und Steuerbehörden zur Anwendung gebracht worden, doch ist infolge der Sammlung der Einnahmen bei den Hauptzollämtern zunächst die Einzahlung auf Rechnung des zuständigen Hauptzollamts erfolgt; von diesem erst ist dann später die Überweisung auf die K. Zentralzollkasse vorgenommen worden. Die Vereinnahmung der Gefälle soll grundsätzlich den bisher hiemit befaßten Hebestellen verbleiben. Die Ausgaben sollen von der Oberzollkasse entweder unmittelbar oder durch Vermittelung einer Unterkasse bestritten werden. Eine Rechnungsstellung über die Einnahmen und Ausgaben der gesamten Verwaltung soll künftig nur mehr durch die Oberzollkasse erfolgen. Auf eine tunlichst einfache Gestaltung des Kassen- und Rechnungswesens soll Bedacht genommen werden.

Durch die voraufgeführten Maßnahmen wird eine bedeutende geschäftliche Entlastung der Hauptzollämter eintreten. Die künftig bei den Hauptzollämtern bestehenden Kassen werden lediglich Einhebungs- und Zahlstellen sein; es besteht kein Anlaß, für den Vollzug der Geschäfte bei den Zollkassen wie bisher höhere Beamte zu verwenden; die Geschäfte dieser Kassen werden vielmehr durch Beamte der Klassen 12, 14 und gegebenenfalls auch 17 der Gehaltsordnung versehen werden können. Von den derzeit vorhandenen Kassenbeamtenstellen werden die Stellen von 28 Hauptzollamtskontrolleuren entbehrlich. Diese Stellen werden, insoweit sie nicht zur Deckung des Personalbedarfs der Oberzollkasse benötigt werden, im Erledigungsfalle dem Einzug unterstellt werden können. Die Hauptzollamtsverwalterstellen werden, soweit dies im Bedürfnisse gelegen ist, für die Stellvertretung des Hauptzollamtsvorstands belassen oder in niedrigere Stellen umgewandelt werden.

Bayern bildet zurzeit für die Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern einen Direktivbezirk. Es kann daher nach den vom Bundesrate genehmigten Grundsätzen, soferne nicht etwa die Bildung mehrerer Direktivbezirke in Aussicht genommen werden wollte, nur die Errichtung einer Oberzollkasse für Bayern in Betracht kommen. Zur Bildung mehrerer Direktivbezirke und damit auch mehrerer Oberzollkassen kann in der derzeitigen Geschäftslage der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern in Bayern ein begründeter Anlaß nicht gefunden werden. Auch vom Verwaltungsstandpunkt aus ist hiefür ein Bedürfnis in keiner Weise anzuerkennen. Die derzeitige einheitliche Leitung der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern hat sich durchaus bewährt und bietet bedeutende geschäftliche Vorzüge. Die Bildung mehrerer Direktivbezirke würde der Forderung einer einfachen Verwaltung in keiner Hinsicht entsprechen und sicherlich einen bedeutenden Mehraufwand an Verwaltungskosten erfordern.

Die Oberzollkasse kann aus der derzeitigen Zentralzollkasse gebildet werden. Sie soll mit folgenden Beamten besetzt werden:

1 Vorstand (Oberzollkassier) — Klasse 9 der Geh.-O.,
1 Oberzollkassekontrolleur — „ 11 „ „ ,
12 Zolloberkontrolleuren — „ 12 „ „ ,
(hievon sollen später 5 Stellen in Zollrevisorstellen umgewandelt werden)
2 Sekretären — Klasse 17 der Geh.O.,
2 Kanzleiassistenten — „ 23 „ „ ,
2 Dienern — „ 25 „ „ .

zus. 20 Beamten.

Der Vorstand, der Oberzollkassekontrolleur, 2 Sekretäre und 1 Diener sind in dem derzeitigen Personale der Oberzollkasse bereits vorhanden; 2 Zolloberkontrolleurstellen können dem Rechnungskommissariate der K. Generaldirektion entnommen werden. Die übrigen 10 Zolloberkontrolleurstellen können mit Beamten besetzt werden, die dadurch verfügbar werden, daß die Hauptzollamtskontrolleure zu anderen Dienstgeschäften als bisher verwendet werden können. 2 Kanzleiassistentenstellen sowie 1 Dienerstelle können ebenfalls mit anderwärts entbehrlich gewordenen Beamten (s. unten Ziffer 3 und 4) besetzt werden. Für die Errichtung einer Oberzollkasse ist hienach im Etat für die Jahre 1910 und 1911 ein Mehrbedarf nicht zu fordern.

Neben der Oberzollkasse soll bei der K. Generaldirektion zur Bearbeitung der Kassen- und Rechnungsangelegenheiten eine Rechnungsstelle eingerichtet werden. Dieser Rechnungsstelle wäre insbesondere die Aufstellung des Etats, die Prüfung der von der Oberzollkasse gestellten Rechnung, die Prüfung der Bücher und Belege für den gesamten Verwaltungsbezirk sowie die Betätigung der damit in Zusammenhang stehenden Einweisungen zu übertragen. Die Rechnungsstelle soll besetzt werden mit einem Beamten der Klasse 9 der Gehaltsordnung (Zollinspektor) als Vorstand und außerdem mit Beamten der Klassen 12 u. ff. der Gehaltsordnung. Die Rechnungsstelle soll aus dem derzeitigen Rechnungskommissariate der K. Generaldirektion gebildet und zunächst mit den dort vorhandenen Beamten besetzt werden; die Schaffung von neuen Beamtenstellen für die Rechnungsstelle ist nicht erforderlich.

Zur Leitung des gesamten Rechnungswesens der K. Generaldirektion soll ein Rechnungsdirektor — Klasse 7 der Gehaltsordnung — aufgestellt werden. Diesem Beamten wäre die Aufsicht sowohl über die Oberzollkasse als auch über die Rechnungsstelle zu übertragen. Bei Schaffung der Stelle des Rechnungsdirektors wird eine Zollinspektorstelle im Rechnungskommissariate der K. Generaldirektion eingezogen werden.

Die Oberzollkasse und die Rechnungsstelle sollen der K. Generaldirektion als besondere Dienststellen angegliedert und der Oberaufsicht des Präsidenten der K. Generaldirektion unterstellt werden.

Durch die Aufstellung eines Rechnungsdirektors wird ein Mitglied des Kollegiums der K. Generaldirektion, dem bisher die Bearbeitung der das Kassen- und Rechnungswesen betreffenden Angelegenheiten übertragen war, für andere Dienstgeschäfte verfügbar. Es ist beabsichtigt, an Stelle dieses Mitgliedes — Regierungsrat — bei sich bietender Gelegenheit einen Baurat aufzustellen, um dem längst empfundenen Mangel eines technischen Referenten für Bausachen bei der K. Generaldirektion abzuhelfen.

2. Änderung der Verfassung der Hauptzollämter und Aufhebung von Hauptzollämtern.

Die kollegialische Verfassung der Hauptzollämter — Leitung des Hauptzollamts durch die drei Hauptzollamtsmitglieder (Oberzollinspektor, Hauptzollamtsverwalter und Hauptzollamtskontrolleur) — entspricht den heutigen Verkehrsverhältnissen in keiner Weise mehr; sie ist ohnehin bei den größeren Hauptzollämtern zu einer leeren Form herabgesunken und hat nur eine Verzögerung der Geschäfte zu Folge. Künftig soll die Leitung des Hauptzollamts und seine Vertretung nach außen hin allein in die Hände des Oberzollinspektors gelegt werden; es sollen ihm nach Bedarf Zollinspektoren beigegeben werden, die innerhalb des ihnen zugewiesenen Geschäftskreises im Auftrage des Oberzollinspektors oder in dessen Vertretung die hauptamtlichen Geschäfte zu führen haben.

Der Wegfall des oberamtlichen Kassen- und Rechnungsdienstes kann nicht ohne Rückwirkung auf den Bestand der Hauptzollämter bleiben. Eine Reihe von Hauptzollämtern wird durch die beabsichtigte Neuregelung des Kassen- und Rechnungswesens eine derartige Entlastung erfahren, daß es sich nicht mehr rechtfertigen läßt, diese Stellen als Hauptzollämter mit Beamten der Klasse 7 der Gehaltsordnung als Vorständen zu belassen. Nach dem Ergebnisse der gepflogenen Erhebungen ist es angängig, bis zu 10 Hauptzollämter als solche aufzuheben. Hiedurch kann neben einer Vereinfachung der Geschäfte der K. Generaldirektion eine bedeutende Minderung des Personalaufwandes erzielt werden.

Die Interessen des Handels und Verkehrs werden durch die Aufhebung von Hauptzollämtern in keiner Weise beeinträchtigt; es wird diesen Interessen dadurch in vollem Umfange Rechnung getragen werden, daß an Orten, die bisher der Sitz eines Hauptzollamts waren, künftig ein Zollamt errichtet wird mit den gleichen Abfertigungsbefugnissen, wie das frühere Hauptzollamt sie besessen hatte. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 ist in Aussicht genommen, zunächst 4 Hauptzollämter aufzulösen. Die Gelegenheit hiezu wird sich voraussichtlich zu Beginn des Jahres 1910 ergeben.

3. Verwendung von Beamten ohne besondere Vorbildung im Zollabfertigungsdienste.

In der Denkschrift vom 14. August 1905 ist bereits darauf hingewiesen worden, daß es in der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern eine Reihe von Dienstgeschäften gibt, zu deren Erledigung es keiner umfassenden Vorbildung bedarf. Mit Rücksicht hierauf ist damals die Schaffung von 50 Zolladjunkten- und 50 Zollrevisorenstellen statt 100 Zollassistentenstellen in Aussicht genommen worden. Diese Stellen sollten mit Bewerbern besetzt werden, welche die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligendienst besitzen.

Durch die Gehaltsordnung sind den Zollassistenten und den Zolloberkontrolleuren die Bezüge der Klasse 12 — 3000 bis 6000 ℳ — gewährt worden. In dieser Gehaltsklasse befinden sich nur Beamte mit höherer wissenschaftlicher Vorbildung. Mit Rücksicht hierauf bestand Veranlassung, zu prüfen, ob die den nunmehrigen Zolloberkontrolleuren zurzeit zugewiesenen Dienstgeschäfte auch in allen Fällen der Stellung dieser Beamten in der Gehaltsordnung entsprechen. Die angestellten umfangreichen Erhebungen haben ergeben, daß gegenwärtig Beamte mit höherer Vorbildung im Bureaudienste, bei der Registerführung, im Kassendienste sowie bei der Zollabfertigung vielfach mit Dienstesaufgaben beschäftigt sind, die eine höhere Vorbildung durchaus nicht erfordern. Bei der nunmehrigen Gestaltung der Besoldungsverhältnisse kann eine derartige Verwendung höher vorgebildeter Beamter nicht mehr angängig erscheinen. Es wird vielmehr davon ausgegangen werden müssen, daß diese Beamten nur zur Erledigung von Aufgaben verwendet werden, die tatsächlich eine höhere Vorbildung erfordern, während alle übrigen Geschäfte durch Beamte versehen werden, die eine wissenschaftliche Vorbildung nicht besitzen. Mit der Frage, welchen Beamten künftig die einfacheren Geschäfte im Zolldienste zuzuweisen wären, war neuerlich zu würdigen, ob hiefür die bevorzugte Stellung, welche die Neuordnung im Jahre 1906 Bewerbern mit der Berechtigung zum Einjährigfreiwilligendienst eingeräumt hat, auch für die Folge aufrecht zu erhalten sei. Im Steuerdienste sind schon bisher lediglich Beamte verwendet worden, die aus der Grenzwache hervorgegangen sind und eine besondere Vorbildung nicht nachzuweisen hatten. Diese Beamten haben den an sie gestellten Anforderungen in vollem Umfang entsprochen. Die im Zolldienste für Beamte ohne besondere Vorbildung in Betracht kommenden Geschäfte erfordern in der Regel kaum mehr Kenntnisse, Geschäftsgewandheit und Selbständigkeit als die Erledigung der Geschäfte bei den Steuerämtern und Steuerstellen. Nachdem auch in anderen Bundesstaaten im Zolldienste Beamte ohne Vorbildung mit gutem Erfolge verwendet werden, möchte es auch in Bayern angängig erscheinen, Beamte, die aus der Grenzwache hervorgegangen sind, im Zolldienste zu verwenden, und zwar gleichviel, ob sie die Berechtigung zum Einjährigfreiwilligendienst oder lediglich Volksschulbildung besitzen. Die Bewerber hätten ihre Befähigung durch das Bestehen einer Prüfung nachzuweisen. Bewerber mit der Berechtigung zum Einjährigfreiwilligendienste könnten hiebei durch eine frühere Zulassung zur Prüfung berücksichtigt werden. Die Prüfung hätte sich sowohl auf den Zolldienst als auch auf den Steuerdienst zu erstrecken; für die Reihenfolge der Anstellung sollen nur Prüfungsergebnis und Qualifikation maßgebend sein. Um den Grenzaufsehern das Bestehen der Prüfung zu erleichtern, soll auf die Ausbildung dieser Beamten für die Folge besondere Sorgfalt verwendet werden. Ferner ist beabsichtigt, Bewerber, die in die Grenzwache aufgenommen werden wollen, vorher in den für sie in Betracht kommenden Dienstesaufgaben entsprechend zu unterweisen.

Was die Zahl der Stellen anlangt, die den Grenzaufsehern im Zolldienste zugänglich gemacht werden können, so besteht die Möglichkeit, außer den bereits vorhandenen 61 Zollrevisorstellen (Klasse 17 der Gehaltsordnung) weitere 47 Zollrevisorstellen und 100 Zollverwalterstellen zu schaffen; außerdem könnten noch 10 Steuerrevisoren- und 9 Steuerverwalterstellen sowie 1 Kanzleiassistentenstelle aus Zolloberkontrolleurstellen geschaffen werden. Es werden hienach 167 höhere Zollbeamtenstellen — Klassen 9, 11 und 12 der Gehaltsordnung — entbehrlich. Mit der Umwandlung dieser Stellen in Zoll- oder Steuerrevisorstellen wird indessen in den Jahren 1910 und 1911 noch nicht begonnen werden können, da in diesen Jahren zunächst die durch den Wegfall der Hauptzollamtskontrolleure sowie von 4 Hauptzollämtern entbehrlich gewordenen Stellen bei eintretender Erledigung dem Einzuge zu unterstellen sind.

Da ein Bedarf an Bewerbern mit höherer technischer Vorbildung bei der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern auf Jahre hinaus nicht bestehen wird, werden vom Jahre 1910 an die Prüfungen für derartige Bewerber an der Technischen Hochschule zu München eingestellt.

4. Wirkung der in Aussicht genommenen Maßnahmen auf den Personalaufwand.

Schon während der Jahre 1908 und 1909 sind teils im Vollzuge der Gehaltsordnung, teils infolge der Neuordnung der Steuerämter Beamtenstellen eingezogen oder in niedrigere Stellen umgewandelt worden. Es sind in den den Jahren 1908 und 1909 eingezogen worden:

1	Regierungsrat	6,000 ℳ,
2	Oberzollinspektoren zu je 6000 ℳ	12,000 ℳ,
1	Hauptzollamtsverwalter	4,800 ℳ,
3	Zollinspektoren zu je 4800 ℳ	14,400 ℳ,
1	Hauptzollamtskontrolleur	3,600 ℳ,
1	Grenzoberkontrolleur	3,000 ℳ,
4	Steueroberkontrolleure zu je 3000 ℳ	12,000 ℳ,
17	Zolloberkontrolleure zu je 3000 ℳ	51,000 ℳ,
5	Zollrevisoren zu je 1800 ℳ	9,000 ℳ,
1	Steuerrevisor	1,800 ℳ,
1	Zolleinnehmer	2,100 ℳ,
2	Oberaufseher zu je 1500 ℳ	3,000 ℳ,
38	Beamte	122,700 ℳ.

Hiefür sind in den genannten Jahren neu errichtet worden:

1	Finanzassessor	3,000 ℳ,
2	Zolloberkontrolleure zu je 3000 ℳ	6,000 ℳ,
1	Steuerverwalter	3,000 ℳ,
13	Steuerrevisoren zu je 1800 ℳ	23,400 ℳ,
5	Zollrevisoren zu je 1800 ℳ	9,000 ℳ,
2	Zolleinnehmer zu je 2100 ℳ	4,200 ℳ,
2	Oberaufseher zu je 1500 ℳ	3,000 ℳ,
26	Beamte	51,600 ℳ.

Hienach sind bereits im Laufe der Finanzperiode 1908 und 1909 12 Beamte und ein Betrag von 71,100 ℳ eingespart worden.

Im Laufe der Jahre 1909 und 1910 werden mit Bestimmtheit eingezogen werden können:

4	Oberzollinspektoren zu je 7500 ℳ	30,000 ℳ,
3	Zollinspektoren oder Hauptzollamtsverwalter zu je 6300 ℳ	18,900 ℳ;
	ferner wird zu erwarten sein, daß infolge der weiter möglichen Einziehung von Stellen der Klassen 9, 11 und 12 der Gehaltsordnung für ein Jahr der Finanzperiode eingespart werden können	40,000 ℳ,
		88,900 ℳ.

Dieser Einsparung steht gegenüber ein Mehraufwand für

1	Rechnungsdirektor	6,500 ℳ,
1	Hafenmeister	1,200 ℳ,
1	Hafenmeister statt eines Oberaufsehers	200 ℳ,
		7,900 ℳ.

Gegenüber den etatsmäßig für das Jahr 1909 zur Verfügung stehenden Stellen ergibt sich hienach für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 infolge Einziehung und Umwandlung von Beamtenstellen ein Minderaufwand von 71,100 + 88,900 — 7,900 = 152,100 ℳ. Bei vollständiger Durchführung der Neuordnung, die erst nach einer Reihe von Jahren möglich sein wird, wird nach einer annähernden Berechnung sich der Personalaufwand der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern gegenüber dem Etatsstande 1909 um etwa 450,000 ℳ im Jahre mindern.

5. Schlußbemerkungen.

Die Neugestaltung des Kassen- und Rechnungswesens der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern soll am 1. Januar 1910 in Wirksamkeit treten. Dieser Zeitpunkt muß gewählt werden, einerseits wegen des Beginns eines Rechnungsjahres andererseits um die gegen Ende des Jahres 1909 sowie zu Beginn des Jahres 1910 eintretenden Stellenerledigungen zur Durchführung organisatorischer Maßnahmen benutzen zu können. Es wäre kaum angängig, diese Stellen bei Belassung der bestehenden Verhältnisse längere Zeit unbesetzt zu lassen. Müßten diese Stellen im Jahre 1910 wieder besetzt werden, so würden bei einem etwaigen Inkrafttreten der Neuordnung am 1. Januar 1911 verschiedene am 1. Januar 1910 mögliche Maßnahmen nicht durchgeführt werden können.

Es ist nicht zu verkennen, daß die vorgeschlagene Neuordnung die Möglichkeit der Beförderung von Beamten der Klasse 12 der Gehaltsordnung auf eine Reihe von Jahren wesentlich beschränken wird. Allein die Rücksichtnahme auf die Beförderungsaussichten der Beamten mußte zurücktreten gegenüber der Notwendigkeit einer Vereinfachung der Verwaltung und der Herabsetzung der Verwaltungskosten auf das gebotene Maß. Der Zeitpunkt für die Einführung der geplanten Neuordnung erscheint jetzt mit Rücksicht darauf gegeben, daß seit Inkrafttreten der Gehaltsordnung sämtliche Beamte der Klasse 12 auch ohne Beförderung in den Bezug von Gehältern gelangen können, deren Erreichung vor dem 1. Januar 1909 nur einzelnen bei einer Beförderung zum Oberzollinspektor möglich gewesen wäre.

Die Wirkung der in Aussicht genommenen Neuordnung wird sich darin zeigen, daß künftig Beamte mit höherer Vorbildung im Dienste der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern nur mehr zur Erledigung von Aufgaben verwendet werden, die tatsächlich eine höhere Vorbildung erfordern, daß für die Beamten mit technischer Vorbildung die Anfangsstellen zu den Vorrückungsstellen in ein tunlichst entsprechendes Verhältnis gebracht werden und daß weiter den in der Grenzwache befindlichen Beamten in erheblich erhöhtem Maße die Aufrückung in Stellen mit höheren Gehaltsbezügen ermöglicht wird.

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 5.

Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
					Einnahmen.				
		1			**Aus dem Produktenverschleiß.**				
6'644,529	53				A. Aus rohen Bergprodukten . . .	8'793,300	—	—	—
4'343,551	41				B. Aus Hüttenprodukten und Abfällen	—	6'089,300	—	—
2'296,848	82				C. Aus Salzberg- und Salinenprodukten	—	—	2'307,725	—
13'284,929	76				Summe Kap. 1	8'793,300	6'089,300	2'307,725	—
		2			**Verschiedene Einnahmen.**				
15,217	22		1		Forstgefälle	5,000	3,700	1,036	—
52,846	75		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	29,400	27,605	37,305	560
700,637	36		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	227,000	62,150	373,000	—
2,329	72		4		Gebühren für besondere Bewilligungen	67	195	1,987	—
214,959	83		5		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	90,545	82,910	74,374	—
44,723	08		6		Übrige Einnahmen	3,000	1,255	29,411	200
1'030,713	96				Summe Kap. 2	355,012	177,815	517,113	760
13'284,929	76				Hiezu " " 1	8'793,300	6'089,300	2'307,725	—
14'315,643	72				**Summe der Einnahmen**	9'148,312	6'267,115	2'824,838	760

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
		mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
8'793,300	5'875,075	2'918,225	—	A S. 14/15	
6'089,300	4'486,800	1'602,500	—	B S. 28/29	
2'307,725	2'138,016	169,709	—	C S. 44/45	
17'190,325	12'499,891	4'690,434	—		
9,736	9,151	585	—	A S. 14/15 B S. 28/29 C S. 44/45 D S. 62/63	
94,870	47,632	47,238	—		
662,150	618,760	43,390	—		
2,249	2,100	149	—		
247,829	205,770	42,059	—		
33,866	25,790	8,076	—		
1'050,700	909,203	141,497	—		
17'190,325	12'499,891	4'690,434	—		
18'241,025	13'409,094	4'831,931	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
					Ausgaben.				
		1			**Persönliche Ausgaben.**				
633,125	24		1		Besoldungen der Beamten	239,497	236,595	201,548	163,805
11,060	07		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	11,400	16,500	3,550	15,000
41,746	90		3		Tagegelder und Reisekosten	7,700	14,800	8,250	21,000
685,932	21				Summe Kap. 1	258,597	267,895	213,348	199,805
65,604	47	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen) . .	14,850	26,565	10,750	18,000
					Summe Kap. 2 für sich.				
14,296	48	3			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	2,600	6,150	2,670	6,000
					Summe Kap. 3 für sich.				
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**				
4'999,636	77		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamter, Betriebsbediensteter und Betriebslöhne	5'254,510	1'374,900	290,066	—
4'437,023	10		2		Betriebsmaterialien	1'203,300	3'497,454	803,200	—
366,726	63		3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten	306,750	220,600	44,370	—
			4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen)				
423,015	64			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten	104,900	75,250	201,500	—
58	61			2	Erweiterungs- und Neubauten . .	10,200	—	—	—
423,074	25				Summe § 4	115,100	75,250	201,500	—
974,885	22		5		Übrige Betriebsausgaben . . .	93,700	157,020	711,700	200
11'201,345	97				Summe Kap. 4	6'973,360	5'325,224	2'050,836	200

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
		mehr	weniger		
M	M	M	M		
				A S.16/17 B S.30/31 C S.46/47 D S.58/59	
841,445*)	731,115	110,330	—	E S.66/67	*) Hierunter 7845 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
46,450	11,310	35,140	—		
51,750	35,900	15,850	—		
939,645	778,325	161,320	—		
70,165	60,295	9,870	—		
17,420	11,600	5,820	—		
6'919,476	4'390,310	2'529,166	—		
5'503,954	4'434,960	1'068,994	—		
571,720	408,350	163,370	—		
381,650	405,300	—	23,650		
10,200	40.900	—	30,700	F S. 70/71	
391,850	446,200	—	54,350		
962,620	889,157	73,463	—		
14'349,620	10'568,977	3'834,993	54,350		
		3'780,643			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 Bergwerke ℳ	Hüttenwerke ℳ	Salzwerke ℳ	Bergwerks-Hauptkasse ℳ
6,746	71	5			**Umzugskosten**	—	—	—	—
					Summe Kap. 5 für sich.				
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal.**				
6,120	90		1		Für Gottesdienst und Schulen . . .	925	8,540	190	—
366,625	65		2		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskrankenkassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	322,330	117,110	44,060	—
119,070	55		3		Unfallversicherung	113,550	22,110	7,280	—
36,359	49		4		Invalidenversicherung	31,420	14,600	4,000	—
25,034	77		5		Unterstützungen und Alimentationen	484	1,760	6,398	18,000
—	—		6		Kur- und Begräbniskosten	—	—	28	—
—	—		7		Sonstige Ausgaben	42,400	20,500	7,090	66,000
553,211	36				Summe Kap. 6	511,109	184,620	69,046	84,000
		7			**Lasten.**				
162	46		1		Steuern	350	—	—	1,060
18,488	03		2		Kreisumlagen	13,925	3,265	6,087	160
11,327	18		3		Distriktsumlagen	11,120	2,685	1,273	—
64,591	03		4		Gemeindeumlagen	50,530	10,590	21,295	—
8,037	68		5		Passiv-Reichnisse	6,811	30	2,778	5,150
102,606	38				Summe Kap. 7	82,736	16,570	32,063	6,370

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
—	—	—	—		
9,655	6,030	3,625	—		
483,500	360,193	123,307	—		
142,940	115,056	27,884	—		
50,020	35,890	14,130	—		
26,642	51,556	—	24,914		
28	28	—	—		
135,990	—	135,990	—		Zu Kap. 6 § 7. Hierunter sind — ebenso wie im Etat des Staatsministeriums des K. Hauses und des Äußern — 3000 ℳ als Beitrag an die Bergschule Saarbrücken behufs Ausbildung bayerischer Bergschüler inbegriffen, welcher Betrag auf die einzelnen Werke verteilt wurde.
848,775	568,753	304,936	24,914		
		280,022			
1,410	53	1,357	—		
23,437	18,625	4,812	—		
15,078	10,875	4,203	—		
83,045	71,990	11,055	—		
14,769	7,993	6,776	—		
137,739	109,536	28,203	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Bergwerke ℳ	Hüttenwerke ℳ	Salzwerke ℳ	Bergwerks-Hauptkasse ℳ
		8			**Ausgaben auf die Gebäude**				
					(mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen hinsichtlich §§ 2 und 3).				
28,726	40		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	8,600	15,950	19,600	1,300
31,878	47		2		Für Gebäude-Unterhaltung	9,500	9,650	6,250	3,000
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten . . .	—	—	—	—
60,604	87				Summe Kap. 8	18,100	25,600	25,850	4,300
		9			**Zinsen und Rückersätze.**				
229,930	—		1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds	164,812	94,790	—	—
—	—		2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	221,336	170,850	25,190	—
229,930	—				Summe Kap. 9	386,148	265,640	25,190	—
135,450	09	10			**Übrige Ausgaben**	78,693	9,074	21,134	11,000
					Summe Kap. 10 für sich.				

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
		mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
45,450	48,500	—	3,050		
28,400	32,050	—	3,650		
—	38,000	—	38,000		
73,850	118,550	—	44,700		
259,602	229,930	29,672	—		
417,376	153,002	264,374	—		
676,978	382,932	294,046	—		
119,901	179,315	—	59,414		

Wirklicher Anfall nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 Bergwerke M	Hüttenwerke M	Salzwerke M	Bergwerks-Hauptkasse M
					Wiederholung der Ausgaben.				
685,932	21				Summe Kap. 1	258,597	267,895	213,348	199,805
65,604	47				" " 2	14,850	26,565	10,750	18,000
14,296	48				" " 3	2,600	6,150	2,670	6,000
11'201,345	97				" " 4	6'973,360	5'325,224	2'050,836	200
6,746	71				" " 5	—	—	—	—
553,211	36				" " 6	511,109	184,620	69,046	84,000
102,606	38				" " 7	82,736	16,570	32,063	6,370
60,604	87				" " 8	18,100	25,600	25,850	4,300
229,930	—				" " 9	386,148	265,640	25,190	—
135,450	09				" " 10	78,693	9,074	21,134	11,000
13'055,728	54				**Summe der Ausgaben**	8'326,193	6'127,338	2'450,887	329,675
					Abgleichung zum Etat Nr. 5.				
14'315,643	72				**Einnahmen**	9'148,312	6'267,115	2'824,838	760
13'055,728	54				**Ausgaben**	8'326,193	6'127,338	2'450,887	329,675
1'259,915	18				**Reineinnahme**	822,119	139,777	373,951	328,915 Passivrest

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
		mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ		
939,645	778,325	161,320	—		
70,165	60,295	9,870	—		
17,420	11,600	5,820	—		
14'349,620	10'568,977	3'780,643	—		
—	—	—	—		
848,775	568,753	280,022	—		
137,739	109,536	28,203	—		
73,850	118,550	—	44,700		
676,978	382,932	294,046	—		
119,901	179,315	—	59,414		
17'234,093	12'778,283*	4'559,924	104,114		
		4'455,810			
18'241,025	13'409,094	4'831,931	—		
17'234,093	12'778,283	4'455,810	—		
1'006,932	630,811	376,121	—		

* 12'738,283 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
40,000 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
12'778,283 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung vorgesehen:

1. Pensionen und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . . 100,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . . 48,000 ℳ

Summe 148,000 ℳ

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . . . 17'234,093 ℳ

Summe der Ausgaben im ordentlichen Budget . . . . 17'382,093 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:

a) auf Rechnung der Einnahmsüberschüsse früherer Finanzperioden (Ziffer Ia): 600,000 ℳ oder für ein Jahr . . . . 300,000 ℳ
b) auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds (Ziffer IIb): 3'674,000 ℳ oder für ein Jahr 1'837,000 ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung . 19'519,093 ℳ

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Bergwerks-Gefälle.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
					Einnahmen.			
6'644,529	53	1			**Aus rohen Bergprodukten**	3'609,900	1'412,500	2'605,600
					Summe Kap. 1 für sich.			
		2			**Verschiedene Einnahmen.**			
9,288	93		1		Forstgefälle	—	—	5,000
16,992	61		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken . . .	13,560	3,440	8,400
248,857	57		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	133,000	42,000	50,000
65	—		4		Gebühren für besondere Bewilligungen	16	11	40
80,654	89		5		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	24,995	20,200	30,000
16,179	18		6		übrige Einnahmen	200	2,000	800
372,038	18				Summe Kap. 2	171,771	67,651	94,240
6'644,529	53				Hiezu „ „ 1	3'609,900	1'412,500	2'605,600
7'016,567	71				**Summe der Einnahmen**	3'781,671	1'480,151	2'699,840

und 1911:		Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
Stockheim*)	Summe		mehr	weniger	
M	M	M	M	M	
					*) Im Etat der Bergwerke erscheint zum ersten Male das im Jahre 1908 für den Staat erworbene Kohlenbergwerk Stockheim (VII. Nachtrag zum außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909). Hierauf beruhen zunächst die bei den Bergwerken in ihrer Gesamtheit gegenüber den Budgetsätzen der Jahre 1908 und 1909 erhöhten Jahresvoranschläge in Einnahme und Ausgabe. Im übrigen ist nachstehendes zu bemerken:
1'165,300	8'793,300	5'875,075	2'918,225	—	Zu Kap. 1. Vermehrter Absatz bei erhöhter Förderung rechtfertigen die veranschlagte Mehreinnahme, wobei hinsichtlich der Preise die derzeitige Marktlage Berücksichtigung gefunden hat.
—	5,000	5,000	—	—	
4,000	29,400	15,440	13,960	—	Zu Kap. 2 § 2. Der Mehranfall ist hauptsächlich durch die Neuregelung der Mietzinse für die Dienstwohnungen der Beamten, dann durch die Verpachtung neuerworbener Grundstücke veranlaßt.
2,000	227,000	195,000	32,000	—	Zu Kap. 2 § 3. Der Etatssatz ist der angenommenen erhöhten Förderung entsprechend bemessen.
—	67	61	6	—	
15,350	90,545	46,500	44,045	—	Zu Kap. 2 § 5. Mit Rücksicht auf die in Aussicht genommene Mehrförderung und die vorgesehenen Bauvornahmen war ein höherer Betrag in Ansatz zu bringen.
—	3,000	7,500	—	4,500	Zu Kap. 2 § 6. Mindereinnahme infolge Wegfalls der Vergütung für das den Bergleuten gelieferte Geleucht, das ihnen nunmehr durch den Werksbesitzer unentgeltlich gestellt wird.
21,350	355,012	269,501	90,011	4,500	
			85,511	—	
1'165,300	8'793,300	5'875,075	2'918,225	—	
1'186,650	9'148,312	6'144,576	3'003,736	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 St. Ingbert ℳ	Mittelbexbach ℳ	Peißenberg ℳ
					Ausgaben.			
		1			**Persönliche Ausgaben.**			
179,802	02		1		Besoldungen der Beamten	97,529	38,286	76,273
3,220	88		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,000	2,200	3,200
6,252	95		3		Tagegelder und Reisekosten	1,500	1,200	4,000
189,275	85				Summe Kap. 1	100,029	41,686	83,473
11,212	84	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	4,300	2,900	4,800
					Summe Kap. 2 für sich.			
1,479	43	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren** . . .	500	400	900
					Summe Kap. 3 für sich.			
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**			
3'967,319	90		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamter, Betriebsbediensteter und Betriebslöhne	2'228,868	831,198	1'567,264
954,707	83		2		Betriebsmaterialien	460,100	167,400	368,000
205,753	46		3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten	95,000	102,500	69,250
5'127,781	19				Seite	2'783,968	1'101,098	2'004,514

und 1911:		Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
Stockheim	Summe		mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
27,409	239,497	197,435	42,062	—
5,000	11,400	1,200	10,200	—
1,000	7,700	6,200	1,500	—
33,409	258,597	204,835	53,762	—
2,850	14,850	10,650	4,200	—
800	2,600	1,750	850	—
627,180	5'254,510	3'365,600	1'888,910	—
207,800	1'203,300	760,710	442,590	—
40,000	306,750	194,950	111,800	—
874,980	6'764,560	4'321,260	2'443,300	—

Erläuterungen

Zu Kap. 1 § 2.

Mehraufwand durch die Veranschlagung der Kosten für Schreibaushilfen bei den Ämtern Mittelbexbach, Peißenberg und Stockheim veranlaßt.

Zu Kap. 1 § 3.

Die mit der Steigerung der Förderung zusammenhängende Vermehrung der Betriebsgeschäfte bedingt eine Erhöhung dieser Position.

Zu Kap. 2.

Von dem Gesamtvoranschlage zu 14,850 ℳ kommen 1500 ℳ künftig in Wegfall.

Der Etatssatz für die fortdauernden Ausgaben beträgt sohin 13,350 ℳ und ist dem wirklichen Aufwande im Jahre 1908 angeglichen.

Der künftig wegfallende Bedarf zu 1500 ℳ ist für die Anschaffung einer Schreibmaschine bei dem Bergamte St. Ingbert (800 : 2 = 400 ℳ), von Bureaueinrichtungsgegenständen bei dem Bergamte Mittelbexbach (400 : 2 = 200 ℳ), dann für Beschaffung der Einrichtung eines Bureaus für den Amtsvorstand des Bergamts Stockheim (600 : 2 = 300 ℳ), für die Ergänzung der übrigen Bureaueinrichtungen (300 : 2 = 150 ℳ), für den Ankauf einer Schreibmaschine (600 : 2 = 300 ℳ), endlich für die Anschaffung von Literalien (300 : 2 = 150 ℳ) bei diesem Amte bestimmt.

Zu Kap. 4 §§ 1 und 2.

Die Erhöhung der Etatsposition § 1 hat zum Teile darin ihren Grund, daß hier nunmehr auch die Bezüge des nichtetatsmäßigen Betriebspersonals veranschlagt sind. Im übrigen bedingen bei den Positionen §§ 1 und 2 die erhöhte Förderung und die Vermehrung der Belegschaft bei gleichzeitiger Betriebsausdehnung den Mehrbedarf.

Zu Kap. 4 § 3.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Von dem Voranschlage zu 306,750 ℳ kommen 122,500 ℳ künftig in Wegfall.

Dieser Betrag ist bestimmt zur Anschaffung von neuen Maschinen und Werkzeugen, und zwar für die Grube

St. Ingbert	mit	51,000 : 2 = 25,500 ℳ	bezw. 26,500 : 2 = 13,250 ℳ
Mittelbexbach	„	111,000 : 2 = 55,500 ℳ	bezw. 22,000 : 2 = 11,000 ℳ
Peißenberg	„	6,000 : 2 = 3,000 ℳ	bezw. 8,500 : 2 = 4,250 ℳ
Stockheim	„	20,000 : 2 = 10,000 ℳ	
		245,000 : 2 = 122,500 ℳ	

Die verbleibenden fortdauernden Ausgaben entfallen auf die regelmäßigen Reparatur- und Unterhaltungskosten.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
5'127,781	19	4			Übertrag	2'783,968	1'101,098	2'004,514
			4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen)			
132,126	09			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten . . .	24,700	16,250	36,950
—	—			2	Erweiterungs- und Neubauten	3,200	7,000	—
132,126	09				Summe § 4	27,900	23,250	36,950
79,563	85		5		Übrige Betriebsausgaben	15,000	22,000	47,500
5'339,471	13				Summe Kap. 4	2'826,868	1'146,348	2'088,964
754	40	5			**Umzugskosten** . . . . Summe Kap. 5 für sich.	—	—	—

und 1911:		Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
Stockheim	Summe		mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
874,980	6'764,560	4'321,260	2'443,300	—
27,000	104,900	101,500	3,400	—
—	10,200	1,900	8,300	—
27,000	115,100	103,400	11,700	—
9,200	93,700	58,300	35,400	—
911,180	6'973,360	4'482,960	2'490,400	—
—	—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Hierunter 18,550 ℳ künftig wegfallend.

Dieser Posten ist bestimmt zur Bestreitung von Ausgaben für verschiedene größere Bauvornahmen, die sich einerseits nicht zur Einstellung unter die Position „Erweiterungs- und Neubauten" eignen, anderseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse nicht mit ordentlichen Mitteln für Reparatur und Unterhaltung ausgeführt werden können. Hievon entfallen

a) auf die Grube Peißenberg 21,900 ℳ : 2 = 10,950 ℳ, nämlich:

6000 : 2 = 3000 ℳ Umbau der Bergausstur̈zhalle beim Schacht,
1200 : 2 = 600 ℳ Aufführung einer Stützmauer bei der Beladestation,
1000 : 2 = 500 ℳ Herstellung eines Brettermagazins auf der Halde am Unterbau,
500 : 2 = 250 ℳ Einrichtung eines Spirituskellers für Lokomotivenheizung,
2000 : 2 = 1000 ℳ Verlegung der Säge vom Schacht nach der Halde,
1200 : 2 = 600 ℳ Aufführung einer Stützmauer am Tiefstollen bei der Endstation der Drahtseilbahn,
2000 : 2 = 1000 ℳ Herstellung eines Brettermagazins am Tiefstollen,
2400 : 2 = 1200 ℳ Anbau an Lampenkaue und Einrichtung der Markenkontrolle am Tiefstollen,
600 : 2 = 300 ℳ Einrichtung eines Ölkellers am Tiefstollen,
5000 : 2 = 2500 ℳ Zuschuß zur Herstellung einer Wasserleitung an die Gemeinde Hohenpeißenberg.

b) auf die Grube Stockheim 15,200 : 2 = 7,600 ℳ, nämlich:

1000 : 2 = 500 ℳ Anschluß der beiden Batteriekessel auf Maxschacht an den gemauerten Kamin,
8000 : 2 = 4000 ℳ Einrichtung von Magazinräumen im Erdgeschoß der Wäsche,
3200 : 2 = 1600 ℳ Herrichtung des Kohlenschuppens beim Brikettwerk zu einem Magazin,
3000 : 2 = 1500 ℳ Einrichtung einer Werkstätte auf Sophienschacht in einem vorhandenen Gebäude.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 2.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar; künftig wegfallend.

6,400 : 2 = 3,200 ℳ bei dem Bergwerke St. Ingbert für Schutzhütte über Ventilator am Dirkelbachschacht, (2000 : 2 = 1000 ℳ) und Imprägnieranstalt für Grubenhölzer (4400 : 2 = 2200 ℳ),
14,000 : 2 = 7,000 ℳ bei dem Bergwerke Mittelbexbach für Erweiterung des Kesselhauses und Beschaffung von Speisewasser.

Zu Kap. 4 § 5.

Mit Rücksicht auf den durch die erhöhte Förderung bedingten Mehrabsatz und die Vermehrung der Belegschaft ist ein höherer Ansatz erforderlich.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal rc.**			
3,700	—		1		Für Gottesdienste und Schulen	—	—	925
215,509	77		2		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskrankenkassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	136,880	54,200	94,000
93,637	71		3		Unfallversicherung	47,110	18,860	37,700
23,145	89		4		Invalidenversicherung	11,500	5,300	9,500
483	60		5		Unterstützungen und Alimentationen	484	—	—
—	—		6		Kur- und Begräbniskosten	—	—	—
—	—		7		Sonstige Ausgaben	18,200	9,000	11,000
336,476	97				Summe Kap. 6	214,174	87,360	153,125
		7			**/ Lasten.**			
3	46		1		Steuern	—	—	—
10,135	68		2		Kreisumlagen	8,775	1,700	3,350
8,025	99		3		Distriktsumlagen	6,240	2,100	2,650
38,505	64		4		Gemeindeumlagen	34,130	11,050	4,600
104	—		5		Passivreichnisse	1	—	110
56,774	77				Summe Kap. 7	49,146	14,850	10,710

und 1911: Stockheim	Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	weniger	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
—	925	3,500	—	2,575	**Zu Kap. 6 § 1.** Die Ausgaben für Peißenberg zu 925 ℳ scheiden sich aus in: 1600 : 2 = 800 ℳ Besoldung einer Kindergärtnerin, 250 : 2 = 125 ℳ Zuschuß zum Orgelbau in der katholischen Kirche zu Hohenpeißenberg, letzteres Postulat künftig wegfallend.
37,250	322,330	241,300	81,030	—	**Zu Kap. 6 §§ 2—4.** Der Mehrbedarf ist verursacht durch den höheren Aufwand für Löhne und die mit der Sanierung der Knappschaftskassen zusammenhängenden höheren Leistungen des Werkbesitzers.
9,880	113,550	89,496	24,054	—	
5,120	31,420	22,100	9,320	—	
—	484	484	—	—	
—	—	—	—	—	
4,200	42,400	—	42,400	—	**Zu Kap. 6 § 7.** Hieher sind etatiert: a) die Ausgaben für Vergütungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Urlaubsgelder und Entschädigungen bei Einberufungen zu militärischen Übungen mit zusammen 40,000 ℳ, wovon treffen 14,200 ℳ auf St. Ingbert, 8500 ℳ, auf Mittelbexbach, 10,500 ℳ auf Peißenberg und 4200 ℳ auf Stockheim; b) der Beitrag an die Bergschule Saarbrücken zur Ausbildung bayerischer Bergschüler mit 1000 ℳ für St. Ingbert und je 500 ℳ für Mittelbexbach und Peißenberg.
56,450	511,109	356,880	156,804	2,575	
			154,229	—	
350	350	53	297	—	**Zu Kap. 7.** Die günstigere Gestaltung der Betriebsergebnisse begründet die höheren Umlagenleistungen.
100	13,925	10,500	3,425	—	
130	11,120	7,300	3,820	—	
750	50,530	42,800	7,730	—	
6,700	6,811	111	6,700	—	
8,030	82,736	60,764	21,972	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 St. Ingbert	Mittelbexbach	Peißenberg
ℳ	₰					ℳ	ℳ	ℳ
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen hinsichtlich der §§ 2 und 3).			
4,298	35		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	4,800	1,000	1,600
6,175	59		2		Für Gebäude-Unterhaltung	3,500	2,000	1,000
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten	—	—	—
10,473	94				Summe Kap. 8	8,300	3,000	2,600
		9			**Zinsen und Rückersätze.**			
146,155	—		1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds	19,606	25,478	107,968
—	—		2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	29,707	—	82,009
146,155	—				Summe Kap. 9	49,313	25,478	189,977

und 1911:		Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
Stockheim	Summe		mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1,200	8,600	7,400	1,200	—
3,000	9,500	7,300	2,200	—
—	—	—	—	—
4,200	18,100	14,700	3,400	—
11,760	164,812	146,155	18,657	—
109,620	221,336	93,822	127,514	—
121,380	386,148	239,977	146,171	—

Erläuterungen

Zu Kap. 8 § 2.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Zu Kap. 9 § 1.

Das Postulat entspricht zunächst dem im Etat für die Jahre 1906 und 1907 (vergl. Anlage A zu diesem Etat S. 29/31) für die Bergämter St. Ingbert, Mittelbexbach und Peißenberg vorgesehenen Tilgungsplan unter Einbeziehung der alten Schuld des Werkes Peißenberg.

Hienach sind an den Betriebsreservefonds zu ersetzen

34,470 ℳ für Errichtung einer elektrischen Streckenförderung usw. in der Grube St. Ingbert,
49,840 ℳ für Beschaffung einer elektrischen Fördermaschine usw. in der Grube Mittelbexbach,
208,000 ℳ zur Tilgung der älteren Schuld des Werkes Peißenberg, dann für Erbauung einer Aufbereitungsanlage und Aufstellung elektrischer Förderhaspel bei diesem Werke,
292,310 ℳ (für 1 Jahr 146,155 ℳ).

Hiezu kommt

a) 4,742 ℳ Tilgungsraten für 2 Vorschüsse zu Lasten des Bergwerks St. Ingbert im Jahre 1909 zu 16,050 ℳ für die Anschaffung von 150 Stück eisernen Grubenwagen und zu 721 ℳ 51 ₰ Mehraufwand für den Spülversatz (für ersteren Vorschuß ist eine Refundierung in 4 Finanzperioden in Aussicht genommen),
b) 1,116 ℳ zur Refundierung eines Vorschusses zu Lasten des Bergamts Mittelbexbach im Jahre 1909 zu 1115 ℳ 14 ₰ für die Anschaffung von 3 Preßlufthämmern,
c) 7,936 ℳ Tilgungsraten für 2 Vorschüsse zu Lasten des Bergamts Peißenberg in den Jahren 1908 und 1909 zu 11,700 ℳ für 2 Feinkornsetzmaschinen und zu 20,047 ℳ 75 ₰ für den Ankauf von Immobilien (die Tilgung soll auf 4 Finanzperioden verteilt werden),
d) 23,520 ℳ Tilgungsraten für die zur Deckung des Passivrestes für 1908 (zu 68,193 ℳ) und für Grundankauf zur Kokerei (mit 25,260 ℳ) zu Lasten des Bergamts Stockheim entnommenen Vorschüsse, die innerhalb 4 Finanzperioden refundiert werden sollen.

37,314 ℳ : 2 = 18,657 ℳ (für 1 Jahr).

Insgesamt sind sohin von den Bergwerken an den Betriebsreservefonds zu ersetzen (292,310 + 37,314 =) 329,624 : 2 = 164,812 ℳ (für 1 Jahr).

Zu Kap. 9 § 2.

Für Werksverbesserungen und Neubauten sind durch das außerordentliche Budget für die Jahre 1908 und 1909 (II. Teil Ziff. 2 a) aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds bewilligt

a) 194,800 ℳ für die Grube St. Ingbert,
b) 373,800 ℳ „ „ „ Peißenberg.

Nachdem diese Summen mit 4 % zu verzinsen und in 8 Jahren zu amortisieren sind, sind hier vorzusehen

a) 5,737 ℳ + 24,330 ℳ = 29,707 ℳ,
b) 10,279 ℳ + 46,730 ℳ = 57,009 ℳ.

Für die Grube Peißenberg ist außerdem im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 zwecks Anlage eines neuen Schachtes aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 1'250,000 ℳ vorgesehen. Zur 4 %igen Verzinsung dieses Kapitals sind unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Abhebungen erforderlich 50,000 : 2 = 25,000 ℳ jährlich, so daß für Peißenberg insgesamt (57,009 + 25,000 =) 82,009 ℳ zu etatieren sind. Mit der Amortisation der neuen Schuld soll erst nach Fertigstellung des Schachtes begonnen werden.

Für das Bergwerk Stockheim sind aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds im außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 vorgesehen:

250,000 ℳ Kaufpreisanzahlung,
640,000 ℳ für vordringliche Werkverbesserungen und Bohrungen im Stockheimer Grubenfelde,
890,000 ℳ Summe.

(Fortsetzung der Erläuterung zu Kap. 9 § 2 siehe nächste Seite.)

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 St. Ingbert M	Mittelbexbach M	Peißenberg M
61,155	44	10			Übrige Ausgaben	23,493	7,500	2,000
					Summe Kap. 10 für sich.			
146,155	—				Hiezu „ „ 9	49,313	25,478	189,977
10,473	94				„ „ 8	8,300	3,000	2,600
56,774	77				„ „ 7	49,146	14,850	10,710
336,476	97				„ „ 6	214,174	87,360	153,125
754	40				„ „ 5	—	—	—
5'339,471	13				„ „ 4	2'826,868	1'146,348	2 088,964
1,479	43				„ „ 3	500	400	900
11,212	84				„ „ 2	4,300	2,900	4,800
189,275	85				„ „ 1	100,029	41,686	83,473
6'153,229	77				**Summe der Ausgaben**	3'276,123	1'329,522	2'536,549
					Abgleichung.			
7'016,567	71				**Einnahmen**	3'781,671	1'480,151	2'699,840
6'153,229	77				**Ausgaben**	3'276,123	1'329,522	2'536,549
863,337	94				**Reineinnahme** . . .	505,548	150,629	163,291

und 1911: Stockheim	Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
45,700	78,693	39,250	39,443	—
121,380	386,148	239,977	146,171	—
4,200	18,100	14,700	3,400	—
8,030	82,736	60,764	21,972	—
56,450	511,109	356,880	154,229	—
—	—	—	—	—
911,180	6'973,360	4'482,960	2'490,400	—
800	2,600	1,750	850	—
2,850	14,850	10,650	4,200	—
33,409	258,597	204,835	53,762	—
1'183,999	8'326,193	5'411,766	2'914,427	—
1'186,650	9'148,312	6'144,576	3'003,736	—
1'183,999	8'326,193	5'411,766	2'914,427	—
2,651	822,119	732,810	89,309	—

Erläuterungen

Noch zu Kap. 9 § 2.

Zur Verzinsung dieses Kapitals und zu seiner Tilgung in 12 Jahren ist eine Annuität von 94,340 ℳ erforderlich. Dazu tritt der Betrag von 10,400 ℳ, welcher zu der von der Bergwerksverwaltung in den nächsten 4 Jahren auf Rechnung der Verkäufer vorschußweise zu leistenden Teilverzinsung des zur Wegfertigung der Passiven aus dem Gefällsablösungsfonds bereitgestellten Kapitals von 510,000 ℳ aufzuwenden ist.

Endlich sind im außerordentlichen Budget der Jahre 1910 und 1911 für Werksverbesserungen bei dem Bergwerke Stockheim 244,000 ℳ aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds vorgesehen, für deren Verzinsung unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen jährlich 4880 ℳ vorzusehen sind.

Für das Bergamt Stockheim ist daher bei dieser Position insgesamt eine Ausgabe von 109,620 ℳ zu etatieren.

Zu Kap. 10.

Von der Gesamtforderung zu 78,693 ℳ kommen künftig in Wegfall 27,500 ℳ, und zwar:

bei dem Bergamte St. Ingbert

43,600 : 2 = 21,800 ℳ für Ablösung von Immobilien wegen Bergschaden;

bei dem Bergamte Mittelbexbach

1,400 : 2 = 700 ℳ Beitrag an die Gemeinde Mittelbexbach zur Unterhaltung der Grubenstraße,

10,000 : 2 = 5,000 ℳ für Ankauf von Grundstücken.

Unter den fortdauernden Ausgaben ist bei dem Bergamte Stockheim der Betrag von 42,500 ℳ an die Vorbesitzer des Bergwerks Stockheim vertragsgemäß zu leistende jährliche Nutzungsvergütung (Zins aus dem gestundeten Kaufschillinge) enthalten.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Hütten-Gefälle.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 Bergen M	Bodenwöhr M	Sonthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
					Einnahmen.					
4'342,762	41	1			**Aus Hüttenprodukten und Abfällen** .	445,100	545,450	750,000	205,000	619,000
					Summe Kap. 1 für sich.					
		2			**Verschiedene Einnahmen.**					
4,327	27		1		Forstgefälle	—	1,700	2,000	—	—
15,283	05		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	4,220	5,850	2,465	2,600	3,200
79,500	49		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	4,000	2,250	5,000	1,300	1,500
285	59		4		Gebühren für besondere Bewilligungen	90	100	5	—	—
64,948	68		5		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	10,000	13,200	8,000	5,000	5,510
2,782	14		6		Übrige Einnahmen	—	810	195	100	100
167,127	22				Summe Kap. 2	18,310	23,910	17,665	9,000	10,310
4'342,762	41				Hiezu „ „ 1	445,100	545,450	750,000	205,000	619,000
4'509,889	63				**Summe der Einnahmen**	463,410	569,360	767,665	214,000	629,310

und 1911:			Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
238,500	3'286,250	6'089,300	4'486,800	1'602,500	—	**Zu Kap. 1.** Infolge der ungünstigen Konjunktur auf dem Eisenmarkte mußten die Verkaufspreise besonders für Roheisen gegenüber dem Etat der letzten Finanzperiode wesentlich herabgesetzt worden. Die veranschlagte Gesamtmehreinnahme für die Gruppe der Hüttenwerke hat ihren Grund in der Inbetriebsetzung der Gießerei und Zementfabrik bei dem Hüttenwerk Amberg.
—	—	3,700	3,120	580	—	**Zu Kap. 2 § 1.** Höhere Nutzung der Waldungen in Bodenwöhr.
1,570	7,770	27,605	12,385	15,220	—	**Zu Kap. 2 § 2.** Mehreinnahme infolge der Neuregelung der Mietzinse für die Dienstwohnungen der Beamten sowie infolge von Neuverpachtungen.
12,000	36,100	62,150	66,950	—	4,800	**Zu Kap. 2 § 3.** Gegenüber der letzten Finanzperiode wird sich speziell in Amberg ein Minderanfall ergeben, da nach der Vollendung der Gießerei und Zementfabrik der Verkauf von Schlackensand und Schlackensteinen an die Bauunternehmer in Wegfall kommt.
—	—	195	175	20	—	
5,550	35,650	82,910	83,820	—	910	**Zu Kap. 2 § 5.** Minderung bei Bodenmais wegen Vollendung der im außerordentlichen Budget 1908 und 1909 vorgesehenen Bauten, bei Amberg Steigerung infolge höheren Anfalls an Materialien für Maschinen- und Werkzeugeunterhalt bei den Neuanlagen und für Ankauf von Säcken bei der Zementfabrik.
—	50	1,255	1,290	—	35	
19,120	79,500	177,815	167,740	15,820	5,745	
				10,075		
238,500	3'286,250	6'089,300	4'486,800	1'602,500	—	
257,620	3'365,750	6'267,115	4'654,540	1'612,575	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Bergen M	Bodenwöhr M	Sonthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
					Ausgaben.					
		1			**Persönliche Ausgaben.**					
176,500	42		1		Besoldungen der Beamten	22,250	37,029	37,780	17,130	27,696
4,623	80		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,200	1,200	3,000	100	1,000
9,869	23		3		Tagegelder und Reisekosten	2,500	1,200	4,500	1,000	1,800
190,993	45				Summe Kap. 1	25,950	39,429	45,280	18,230	30,496
21,439	84	2			Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	3,500	4,600	5,315	2,100	2,850
					Summe Kap. 2 für sich.					
4,455	71	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	600	450	1,400	800	800
					Summe Kap. 3 für sich.					
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**					
761,107	51		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamten und Betriebsbediensteten und Betriebslöhne	144,100	173,350	219,600	78,000	160,900
761,107	51				Seite	144,100	173,350	219,600	78,000	160,900

und 1911:			Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
19,779	74,931	236,595	214,776	21,819	—	
2,000	8,000	16,500	4,460	12,040	—	Zu Kap. 1 § 2. Der Mehraufwand ist durch die Veranschlagung der Bezüge für das unständige Bureaupersonal beim Etat für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen verursacht.
1,800	2,000	14,800	11,200	3,600	—	Zu Kap. 1 § 3. Die Vermehrung der Betriebsgeschäfte bedingt eine Erhöhung der Position.
23,579	84,931	267,895	230,436	37,459	—	
2,400	5,800	26,565	24,600	1,965	—	Zu Kap. 2. Von dem Voranschlage zu 26,565 ℳ kommen 3500 ℳ künftig in Wegfall. Der Voranschlag für die fortdauernden Ausgaben beträgt sohin 23,065 ℳ, gegenüber der letzten Finanzperiode mehr um 2765 ℳ, da die vorgesehene Personalvermehrung höheren Aufwand für Beheizung und Reinigung von neuzuschaffenden Bureauräumen erfordert. Der künftig in Wegfall kommende Bedarf zu 3500 ℳ ist zur Anschaffung von Schreibmaschinen und Bureaumöbeln bei dem Hüttenwerk Amberg bestimmt.
600	1,500	6,150	3,260	2,890	—	Zu Kap. 3. Vermehrter Aufwand infolge lebhafteren Betriebes.
22,300	576,650	1'374,900	767,740	607,160	—	Zu Kap. 4 § 1. Die Erhöhung der Etatsposition hat zum Teil darin ihren Grund, daß hier nunmehr auch die Bezüge des nichtetatsmäßigen Betriebspersonals veranschlagt sind. Im übrigen ist die Mehrforderung in dem durch die Produktionssteigerung bedingten höheren Lohnaufwande begründet.
22,300	576,650	1'374,900	767,740	607,160	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Bergen ℳ	Bodenwöhr ℳ	Sonthofen ℳ	Obereichstätt ℳ	Weiherhammer ℳ
761,107	51	4			Übertrag	144,100	173,350	219,600	78,000	160,900
2'728,116	97		2		Betriebsmaterialien	206,400	239,300	323,100	102,050	268,500
129,383	08		3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten	33,600	28,500	36,000	7,000	45,000
			4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen)					
95,818	72			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten	9,100	11,550	7,900	7,500	5,900
49	10			2	Erweiterungs- und Neubauten .	—	—	—	—	—
95,867	82				Summe § 4	9,100	11,550	7,900	7,500	5,900
127,026	83		5		Übrige Betriebsausgaben	14,300	13,000	38,500	9,400	21,700
3'841,502	21				Summe Kap. 4	407,500	465,700	625,100	203,950	502,000

und 1911:			Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
22,300	576,650	1'374,900	767,740	607,160	—
122,700	2'235,404	3'497,454	2'974,990	522,464	—
5,000	65,500	220,600	155,550	65,050	—
14,500	18,800	75,250	112,000	—	36,750
—	—	—	35,000	—	35,000
14,500	18,800	75,250	147,000	—	71,750
21,000	39,120	157,020	107,450	49,570	—
185,500	2'935,474	5'325,224	4'152,730	1'244,244	71,750
				1'172,494	

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 2.

Die gesamten auf die Erzgewinnung in Amberg und Bodenmais erlaufenden Betriebsausgaben mit Ausnahme der Generalkosten werden hier „als Betriebsmaterial" für den Hüttenbetrieb rechnerisch behandelt und gelangen deshalb auch unter vorstehender Position zur Veranschlagung.

Die Mehrung gegenüber der letzten Finanzperiode ist begründet durch die gesteigerte Produktion infolge der neuen Betriebe in Amberg und der weiteren Entwicklung der Maschinenfabrikation in Sonthofen und Weiherhammer.

Unter dieser Position sind insbesondere enthalten:

Künftig in Wegfall kommend:

a) 4,000 ℳ für Anschaffung einer Grubenlokomotive bei dem Berg- und Hüttenwerk Amberg,
b) 5,700 ℳ für Beschaffung von Grubenwagen bei den Werken Amberg und Bodenmais,
c) 1,500 ℳ für Anschaffung von Bohrhämmern bei dem Werke Bodenmais,
d) 1,200 ℳ für Ankauf eines Reservefördercorbes bei dem Werk Amberg,
e) 70,000 ℳ Löhne auf Vorrichtung des III. Tiefbaues und sonstige Ausrichtungsarbeiten in gedeckten Eisenerzfeldern bei dem Bergwerk Amberg.

(Zu Position lit. a mit e: Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.)

Zu Kap. 4 § 3.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Hievon 47,100 ℳ künftig wegfallend.

Dieses Postulat ist bestimmt zur Neubeschaffung von Maschinen und Werkzeugen für die einzelnen Werke, und zwar entfallen auf Bergen 10,600 ℳ, auf Bodenwöhr 3500 ℳ, auf Sonthofen 10,000 ℳ und auf Weiherhammer 23,000 ℳ.

Der fortdauernde Aufwand zu 173,500 ℳ stellt den ordentlichen Bedarf für Unterhalt der Maschinen und Werkzeuge dar und trifft hievon ein nicht unbedeutender Teil auf die Neuanlagen in Amberg.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Hievon 15,850 ℳ künftig wegfallend.

Dieser Posten ist bestimmt zur Bestreitung von Ausgaben für verschiedene größere Bauvornahmen, die sich einerseits nicht zur Einstellung unter die Position „Erweiterungs- und Neubauten" eignen, anderseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse nicht mit ordentlichen Mitteln für Reparatur und Unterhaltung ausgeführt werden können.

Auf die einzelnen Werke entfallen:

750 ℳ auf Bergen (zur Errichtung eines Magazins für leichtentzündliche Stoffe und für Wildbachverbauung),
1500 ℳ auf Bodenwöhr (für die versuchsweise Einrichtung einer galvanischen Vernickelungsanlage),
3600 ℳ auf Obereichstätt (für Ausbesserung der Gießereidächer und für schmalspurige Gleisanlage),
6000 ℳ auf Bodenmais (für Durchführung von Versuchen mit neuen Betriebseinrichtungen bei der Poteefabrikation) und
4000 ℳ auf Amberg (zur Errichtung von Erfrischungsbuden für die Arbeiter innerhalb des Hüttenwerks Amberg, Anschaffung von Feuerlöschrequisiten und Anlage von Erzfüllrümpfen).

Zu Kap. 4 § 5.

Hierunter 4900 ℳ künftig wegfallend.

Dieses Postulat stellt den Aufwand für Beteiligung an gewerblichen Ausstellungen dar; die fortdauernden Ausgaben betragen sohin 152,120 ℳ gegenüber der letzten Finanzperiode mehr um 47,670 ℳ und sind unter anderem veranlaßt durch den erhöhten Aufwand für Reklamezwecke und Anfertigung von Katalogen und Musterbüchern (22,700 ℳ).

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 Bergen M	Bodenwöhr M	Sonthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
3,072	32	5			**Umzugskosten**	—	—	—	—	—
					Summe Kap. 5 für sich.					
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal.**					
2,231	47		1		Für Gottesdienste und Schulen . .	220	1,120	—	—	6,200
65,860	77		2		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskrankenkassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	9,200	12,000	15,900	5,000	12,010
18,144	30		3		Unfallversicherung	2,110	1,720	3,400	1,070	1,980
9,071	79		4		Invalidenversicherung	900	1,450	1,650	650	1,200
2,018	45		5		Unterstützungen und Alimentationen .	450	110	900	30	—
—	—		6		Kur- und Begräbniskosten	—	—	—	—	—
—	—		7		Sonstige Ausgaben	2,100	2,500	3,900	800	3,150
97,326	78				Summe Kap. 6	14,980	18,900	25,750	7,550	24,540
		7			**Lasten.**					
—	—		1		Steuern	—	—	—	—	—
2,169	31		2		Kreisumlagen	350	600	500	250	400
2,133	07		3		Distriktsumlagen	400	790	450	320	300
5,697	29		4		Gemeindeumlagen	770	2,000	1,900	600	500
11	88		5		Passivreichnisse	—	10	—	—	—
10,011	55				Summe Kap. 7	1,520	3,400	2,850	1,170	1,200

und 1911:			Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
—	—	—	—	—	—	
1,000	—	8,540	2,340	6,200	—	**Zu Kap. 6 § 1.** Hierunter 6200 ℳ künftig wegfallend, und zwar 200 ℳ Beitrag zur Verschönerung der katholischen Kirche in Bergen, 5000 ℳ desgl. zur Erbauung einer Schule in Weiherhammer, 1000 ℳ desgl. für den Neubau einer protestantischen Kirche in Mantel (Weiherhammer). Unter den fortdauernden Ausgaben befinden sich 200 ℳ Bezug des Zeichenlehrers der Hüttenschule in Weiherhammer und 1000 ℳ zur Haltung einer Kindergärtnerin in Bodenmais.
6,000	57,000	117,110	84,710	32,400	—	**Zu Kap. 6 §§ 2 bis 4.** Der Mehrbedarf ist auf die Vermehrung der Belegschaft, den erhöhten Lohnaufwand und die staatliche Beihilfe zur Sanierung der Knappschaftsvereine zurückzuführen.
1,410	10,420	22,110	18,660	3,450	—	
750	8,000	14,600	9,950	4,650	—	
50	220	1,760	2,210	—	450	**Zu Kap. 6 § 5.** Minderbedarf wegen allmählichen Abganges der nach älteren Normen alimentierten Personen.
—	—	—	—	—	—	
1,750	6,300	20,500	—	20,500	—	**Zu Kap. 6 § 7.** Hier sind etatiert: 3,000 ℳ für Ausbildung von jungen Hüttenleuten zu Meistern, 750 ℳ Beitrag an die Bergschule Saarbrücken zur Ausbildung bayerischer Bergschüler (250 ℳ für Bodenmais und 500 ℳ für Amberg), 16,750 ℳ für Vergütungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Urlaubsgelder und Entschädigungen bei Einberufungen zu militärischen Übungen (1400 ℳ für Bergen, 2500 ℳ für Bodenwöhr, 2400 ℳ für Sonthofen, 800 ℳ für Obereichstätt, 2350 ℳ für Weiherhammer, 1500 ℳ für Bodenmais, 5800 ℳ für Amberg).
10,960	81,940	184,620	117,870	67,200	450	
				66,750		
—	—	—	—	—	—	**Zu Kap. 7.** Die Erhöhung der Umlagenlasten hängt hauptsächlich mit der Ausgestaltung des Hüttenwerks Amberg zusammen, von der eine Mehrung des steuerbaren Erträgnisses zu erwarten ist.
225	940	3,265	2,145	1,120	—	
325	100	2,685	2,285	400	—	
640	4,180	10,590	6,510	4,080	—	
10	10	30	30	—	—	
1,200	5,230	16,570	10,970	5,600	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Bergen M	Bodenwöhr M	Sonthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen hinsichtlich der §§ 2 und 3).					
7,357	65		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,200	1,350	3,000	1,200	2,000
8,598	81		2		Für Gebäudeunterhaltung	800	1,650	3,500	900	500
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten . . .	—	—	—	—	—
15,956	46				Summe Kap. 8	2,000	3,000	6,500	2,100	2,500
		9			**Zinsen und Rückersätze.**					
82,815	—		1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds	3,875	1,910	—	—	14,000
82,815	—				Seite	3,875	1,910	—	—	14,000

und 1911:			Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger
M	*M*	*M*	*M*	*M*	*M*
1,800	5,400	15,950	15,950	—	—
500	1,800	9,650	10,200	—	550
—	—	—	38,000	—	38,000
2,300	7,200	25,600	64,150	—	38,550
—	75,005	94,790	82,815	11,975	—
—	75,005	94,700	82,815	11,975	—

Erläuterungen

Zu Kap. 8 § 2.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Als künftig wegfallend kommt der Betrag von 2500 *M* für den Umbau des alten Amtsgebäudes in Sonthofen zur Gewinnung weiterer Bureauräume in Betracht.

Zu Kap. 9 § 1.

Zur Refundierung an den Betrirbsreservefonds kommen nachstehende Vorschüsse in Betracht:

1. 31,000 *M* für Anschaffung einer Lokomobile und von Werkzeugmaschinen beim Hüttenamte Bergen;
2. 15,264 *M* für das neue Industriegeleise beim Hüttenamte Bodenwöhr;
3. 112,000 *M* für Werksverbesserungen beim Hüttenamte Weiherhammer;
4. 180,040 *M* für Grundstücksankäufe . . . . . . } beim Werk Amberg.
5. 60,000 *M* für Ausmauern des Förderschachtes }
6. 450,000 *M* Restbedarf für die Erbauung einer Gießerei und Zementfabrik . . . . }

Die Ausführung der unter Nr. 6 erwähnten Anlagen, für welche durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 eine Summe von 1'715,000 *M* bewilligt wurde, verursachte einen Mehraufwand von 500,000 *M*. Ungefähr die Hälfte dieses Betrages mußte aufgewendet werden, um bei den sehr ungünstigen Untergrundverhältnissen (Schwimmsand und flüssiges Gebirge), welche nach der Bodenbeschaffenheit des dem Bauplatz unmittelbar benachbarten Geländes unmöglich vorhergesehen werden konnte, eine für die Gießerei und Zementfabrik und deren schwere Maschinen und mit flüssigem Eisen arbeitenden Apparate vollkommen sichere Fundamente (Betonsimplex) zu erlangen. Im übrigen erwies sich der Mehrkostenaufwand als nötig, um die Gießereianlage mit den Vervollkommnungen und Verbesserungen auszustatten, welche die allerneuesten, im Zeitpunkte der Aufstellung und Beratung des außerordentlichen Budgets der Jahre 1908 und 1909 noch nicht bekannt gewesenen Fortschritte auf dem Gebiete der Er-

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908		Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910				
						Bergen	Bodenwöhr	Sontshofen	Obereichstätt	Weiherhammer
M	$\mathcal{S}$					M	M	M	M	M
82,815	—	9			Übertrag	3,875	1,910	—	—	14,000
—	–		2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	—	29,600	4,000	—	—
82,815	–				Summe Kap. 9	3,875	31,510	4,000	—	14,000

und 1911:			Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
—	75,005	94,790	82,815	11,975	—	Noch zu Kap. 9 § 1.
21,000	116,250	176,850	49,180	121,670	—	Zu Kap. 9 § 2.
21,000	191,255	265,640	131,995	133,645	—	

Erläuterungen

Noch zu Kap. 9 § 1.

zeugung von Gußröhren berücksichtigen, und um die Disposition der Gesamtanlage des Hüttenwerkes Amberg derart zu gestalten, daß die voraussichtlich in absehbarer Zeit kommende Erzeugung des gegossenen Stahlrohres ohne erheblichen Neuaufwand für Umbauten möglich sein wird.

Die Hinausschiebung der Fertigstellung der in Ausführung begriffenen Neuanlagen bis zur budgetmäßigen Bewilligung eines Ergänzungspostulats, sohin um 2 Jahre, hätte für das Amberger Werk, welches dadurch mit der Erzeugung der Produkte in den neuen Betrieben gegenüber der Konkurrenz bedeutend in Rückstand geraten wäre, einerseits schon wegen des Verlustes an Zinsen aus den bereits aufgewendeten Kapitalien und anderseits wegen des Entganges eines zweijährigen Betriebsgewinnes eine nicht unerhebliche finanzielle Schädigung zur Folge gehabt. Aus wirtschaftlichen Erwägungen erschien es deshalb geboten, die schon ziemlich weit vorgeschrittenen Bauarbeiten ohne Unterbrechung ihrer Vollendung zuführen zu lassen, zumal im Betriebsreservefonds die Mittel zur vorschußweisen Bestreitung des Mehrbedarfs vorhanden waren. Von letzterem konnte übrigens ein Teilbetrag von 50,000 ℳ durch Heranziehung der Einsparungen, welche sich bei den Hüttenwerken Bodenwöhr und Bodenmais an den für Neuanlagen durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 gleichfalls auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds bewilligten Mitteln mit 20,000 ℳ und 30,000 ℳ ergeben hatten, gedeckt werden.

Die Refundierung der dem Betriebsreservefonds entnommenen Kostensumme von 450,000 ℳ soll in zehn Jahren, sohin unter Verteilung auf fünf Finanzperioden bewirkt werden.

Unter Zugrundelegung einer achtjährigen Refundierungszeit für die Vorschüsse Nr. 1—5 und einer zehnjährigen Refundierungszeit für den Vorschuß Nr. 6, dann Berücksichtigung des Umstandes, daß von dem Vorschusse zu 60,000 ℳ für Ausmauern des Förderschachtes in Amberg die ersten 2 Tilgungsraten bereits unter Kap. 4 § 2 des Etats der Hüttenwerke für die Jahre 1908 und 1909 mit je 7500 ℳ postuliert sind, ergeben sich folgende Refundierungsquoten:

7,750 ℳ	für Bergen,
3,820 ℳ	„ Bodenwöhr,
28,000 ℳ	„ Weiherhammer,
45,000 ℳ	
15,000 ℳ	„ Amberg,
90,000 ℳ	
189,580 ℳ	(für ein Jahr 94,790 ℳ).

Zu Kap. 9 § 2.

1. Wie zu Kap 9 § 1 bemerkt ist, werden zur teilweisen Deckung des Mehrbedarfs für die Gießerei und die Zementfabrik in Amberg die Einsparungen von 20,000 ℳ und 30,000 ℳ herangezogen, welche bei den Hüttenwerken Bodenwöhr und Bodenmais gegenüber den für Neuanlagen durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds bewilligten Summen von 364,000 ℳ und 380,000 ℳ gemacht worden sind. Die Schuld des Amberger Werkes an den Gefällsablösungsfonds erhöht sich demgemäß von 1'715,000 ℳ auf 1'765,000 ℳ.

Da das Kapital von 1'765,000 ℳ mit 4%, das ist mit 70,600 ℳ zu verzinsen und zunächst eine 1%ige Amortisationsquote mit 17,650 ℳ vorzusehen ist, beziffert sich der Aufwand auf 88,250 ℳ.

Außerdem ist bei dem Hüttenwerk Amberg zum Betriebe des zweiten Hochofens, zur besseren Ausnützung der Hochofengase und Schaffung von Kläranlagen für die Abwässer im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 1'400,000 ℳ

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Bergen M	Bodenwöhr M	Sontthofen M	Obereichstätt M	Weiherhammer M
18,146	89	10			Übrige Ausgaben	1,100	600	1,150	300	724
					Summe Kap. 10 für sich.					
82,815	—				Hiezu Summe Kap. 9	3,875	31,510	4,000	—	14,000
15,956	46				" " 8	2,000	3,000	6,500	2,100	2,500
10,011	55				" " 7	1,520	3,400	2,850	1,170	1,200
97,326	78				" " 6	14,980	18,900	25,750	7,550	24,540
3,072	32				" " 5	—	—	—	—	—
3'841,502	21				" " 4	407,500	465,700	625,100	203,950	502,000
4,455	71				" " 3	600	450	1,400	800	800
21,439	84				" " 2	3,500	4,600	5,315	2,100	2,850
190,993	45				" " 1	25,950	39,429	45,280	18,230	30,496
4'285,720	21				**Summe der Ausgaben**	461,025	567,589	717,345	236,200	579,110
					Abgleichung.					
4'509,889	63				**Einnahmen**	463,410	569,360	767,665	214,000	629,310
4'285,720	21				**Ausgaben**	461,025	567,589	717,345	236,200	579,110
224,169	42				**Reineinnahme** . . .	2,385	1,771	50,320	22,200 Passivrest	50,200

und 1911:			Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
Bodenmais	Amberg	Summe		mehr	weniger
M	M	M	M	M	M
500	4,700	9,074	15,600	—	6,526
21,000	191,255	265,640	131,995	133,645	—
2,300	7,200	25,600	64,150	—	38,550
1,200	5,230	16,570	10,970	5,600	—
10,960	81,940	184,620	117,870	66,750	—
—	—	—	—	—	—
185,500	2'935,474	5'325,224	4'152,730	1'172,494	—
600	1,500	6,150	3,260	2,890	—
2,400	5,800	26,565	24,600	1,965	—
23,579	84,931	267,895	230,436	37,459	—
248,039	3'318,030	6'127,338	4'751,611	1'420,803	45,076
				1'375,727	
257,620	3'365,750	6'267,115	4'654,540	1'612,575	—
248,039	3'318,030	6'127,338	4'751,611	1'375,727	—
9,581	47,720	139,777	97,071 Passivrest	236,848	—

Erläuterungen

Noch zu Kap. 9 § 2.

vorgesehen. Die 4%ige Verzinsung dieser Summe erfordert unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalsabhebungen voraussichtlich einen jährlichen Zinsenaufwand von 28,000 M, so daß für Amberg insgesamt 116,250 M zu etatieren sind.

2. Für das Kapital zu 364,000 M, welches für das Werk Bodenwöhr im außerordentlichen Budget der Jahre 1908 und 1909 aus Mitteln des Gefällablösungsfonds bewilligt wurde, soll unter Berücksichtigung einer Einsparung von 20,000 M Amortisation und Verzinsung in 16 Jahren nach einer Quote von 8,6% (4% und 4,6% Amortisation) erfolgen, weshalb hier 29,600 M vorzusehen sind.

3. Für Bodenmais beträgt die Verzinsung nebst 2%iger Amortisation des aus dem Gefällsablösungsfonds auf Grund des außerordentlichen Budgets der Jahre 1908 und 1909 entnommenen Betrages zu 350,000 M — unter Berücksichtigung einer Einsparung von 30,000 M — (14,000+7000=) 21,000 M.

4. Endlich ist im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 zum Zwecke des weiteren Ausbaues des Werkes Sonthofen aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds ein Aufwand von 200,000 M vorgesehen. Die 4%ige Verzinsung erfordert unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalserhebungen voraussichtlich einen jährlichen Zinsenaufwand von 4000 M, der hier in Ansatz zu bringen ist.

Zu Kap. 10.

Hierunter 5200 M künftig wegfallend, und zwar
1900 M zur Bestreitung von Mobiliarfeuerversicherungsprämien für zu erneuernde Versicherungen der Werke Bergen, Sonthofen und Amberg,
500 M für Stenographiekurse bei den Werken Amberg (200 M), Sonthofen (100 M), Weiherhammer (100 M) und Bodenmais (100 M),
2500 M zur Erwerbung eines Grundstücks zur Formsandgewinnung beim Werke Amberg.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Salzwerks-Gefälle.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Traunstein M	Rosenheim M
					Einnahmen.					
		1			**Aus Salzberg- und Salinenprodukten.**					
			1		Salzbergprodukte.					
7,840	73			1	Steinsalz und Steinsalzmehl . .	8,282	—	—	—	—
19,959	76			2	Denaturiertes Steinsalzmehl . .	18,593	—	—	—	—
236,450	36			3	Sole	127,100	—	138,000	—	—
264,250	85				Summe § 1	153,975	—	138,000	—	—
			2		Salinenprodukte.					
1'266,723	35			1	Reines Salz	—	120,000	198,000	211,500	721,800
752,763	85			2	Denaturiertes Salz	—	78,000	120,800	157,500	395,800
13,110	77			3	Dungsalz und Abfälle	—	—	160	2,760	9,430
2'032,597	97				Summe § 2	—	198,000	318,960	371,760	1'127,030
264,250	85				Hiezu „ § 1	153,975	—	138,000	—	—
2'296,848	82				Summe Kap. 1	153,975	198,000	456,960	371,760	1'127,030
		2			**Verschiedene Einnahmen.**					
1,601	02		1		Forstgefälle	1,000	—	5	—	31
20,221	09		2		Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	5,356	1,524	8,555	7,650	14,220
372,216	70		3		Erlös aus verkauften Materialien und Einrichtungsgegenständen	17,000	41,500	57,000	60,500	197,000
1,979	13		4		Gebühren für besondere Bewilligungen	450	23	1,094	170	250
69,356	26		5		Rückersätze der aus den Vorräten verwendeten Bau- und Betriebsmaterialien	8,000	4,000	9,930	25,000	27,444
25,582	14		6		Übrige Einnahmen	200	40	6	22,500	6,665
490,956	34				Summe Kap. 2	32,006	47,087	76,590	115,820	245,610
2'296,848	82				Hiezu „ „ 1	153,975	198,000	456,960	371,760	1'127,030
2'787,805	16				**Summe der Einnahmen** . . .	185,981	245,087	533,550	487,580	1'372,640

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
8,282	8,750	—	468	
18,593	15,040	3,553	—	
265,100	201,136	63,964	—	**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 3.** Mehreinnahme infolge Solepreiserhöhung wegen Steigerung der Sole Selbstkosten im Salzbergbau Berchtesgaden. Die auf die Saline Reichenhall treffende Erhöhung kehrt als Mehrausgabe für Materialien (Kap. 4 § 2 der Ausgaben) bei den Salinen Traunstein und Rosenheim wieder.
291,975	224,926	67,517	468	
		67,049		**Zu Kap. 1 § 2.** Erhöhte Budgetansätze auf Grund der in 1908 erzielten Preise und des Absatzes in diesem Jahre unter der Voraussetzung des Fortbestandes geordneter Absatzverhältnisse, wobei in Reichenhall mit Rücksicht auf den beabsichtigten Pfannenumbau eine Minderproduktion vorgesehen ist.
1′251,300	1′179,550	71,750	—	
752,100	722,450	29,650	—	
12,350	11,090	1,260	—	
2′015,750	1′913,090	102,660	—	
291,975	224,926	67,049	—	
2′307,725	2′138,016	169,709	—	
1,036	1,031	5	—	
37,305	19,697	17,608	—	**Zu Kap. 2 § 2.** Mehranfall infolge der Neuregelung der Mietzinse für die Dienstwohnungen der Beamten, dann der Erträgnisse von kultivierten Teilen des Kolbermoores (1161 ℳ).
373,000	356,810	16,190	—	**Zu Kap. 2 § 3.** Mehreinnahme aus dem Torfverkauf der Saline Rosenheim an die Saline Traunstein.
1,987	1,864	123	—	
74,374	75,450	—	1,076	**Zu Kap. 2 § 5.** Minderanfall ist in dem Minderaufwand für Bauzwecke begründet.
29,411	16,800	12,611	—	**Zu Kap. 2 § 6.** Mehransatz infolge Erhöhung der von der Saline Rosenheim an die Saline Traunstein für Instandhaltung und Betrieb der Soleleitungsstrecke Hammer-Staudach nach Maßgabe der durchschnittlichen Selbstkosten zu zahlenden Vergütung.
517,113	471,652	46 537	1,076	
		45,461		
2′307,725	2′138,016	169,709	—	
2′824,838	2′609,668	215,170	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Traunstein M	Rosenheim M
					Ausgaben.					
		1			**Persönliche Ausgaben.**					
155,223	01		1		Besoldungen der Beamten	32,400	14,397	50,734	44,859	59,158
1,347	01		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	650	500	900	500	1,000
9,314	80		3		Tagegelder und Reisekosten	1,500	250	1,200	2,300	3,000
165,884	82				Summe Kap. 1	34,550	15,147	52,834	47,659	63,158
10,894	19	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen) .	1,450	1,450	2,750	2,400	2,700
					Summe Kap. 2 für sich					
2,318	01	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	300	350	400	500	950
					Summe Kap. 3 für sich.					
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben.**					
271,209	36		1		Bezüge nichtetatsmäßiger Betriebsbeamter und Betriebsbediensteter und Betriebslöhne	61,340	27,000	45,100	53,400	103,226
754,198	30		2		Betriebsmaterialien	27,000	79,600	208,000	155,800	332,800
1'025,407	66				Seite	88,340	106,600	253,100	209,200	436,026

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
		mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
201,548	173,715	27,833	—	
3,550	2,650	900	—	**Zu Kap. 1 § 2.** Nach dem voraussichtlichen Bedarfe bemessen.
8,250	8,500	—	250	**Zu Kap. 1 § 3.** Für die Salinen Traunstein und Rosenheim ergibt sich infolge des neuaufgenommenen Torfstichbetriebs in den Kendelmühlfilzen und der Aufschließung der Hochrunstfilze ein Mehrbedarf, dem Einsparungen infolge Wegfalls des früheren sogenannten Pferdegeldaversums der Salinenamtsvorstände seit der Wirksamkeit der neuen Gehaltsordnung gegenüberstehen.
213,348	184,865	28,733	250	
		28,483		
10,750	11,445	—	295	**Zu Kap. 2.** Der seitherige Etatsatz war teilweise zu hoch bemessen. Von dem Voranschlage zu 10,750 ℳ kommen 250 ℳ künftig in Wegfall. Die fortdauernden Ausgaben betragen 10,500 ℳ und sind in Angleichung an den tatsächlichen Anfall des Jahres 1908 veranschlagt. Der künftig in Wegfall kommende Bedarf zu 500 : 2 = 250 ℳ ist für die Anschaffung einer Schreibmaschine in Traunstein bestimmt.
2,670	2,590	80	—	
290,066	256,970	33,096	—	**Zu Kap. 4 § 1.** Der Mehraufwand ist hauptsächlich veranlaßt durch die notwendige Ausführung bergmännischer Sicherungsarbeiten gegen Süßwassereinbrüche im Salzbergbau Berchtesgaden und durch die in der letzten Finanzperiode eingeleitete Lohnregulierung; ferner hat er seinen Grund in der nunmehrigen Veranschlagung der Bezüge der nichtetatsmäßigen Brunngehilfen bei dieser Position.
803,200	699,260	103,940	—	**Zu Kap. 4 § 2.** Die Erhöhung der Position gegenüber dem bisherigen Etatsatze enthält zunächst den Gegenposten für Erhöhung des Solepreises (siehe Bemerkung zu Kap. 1 § 1 Tit. 3 der Einnahmen); außerdem beruht sie auf der Erhöhung der Transportkosten der Saline Rosenheim seit Erschöpfung des salinarischen Kolbermoors, auf der notwendigen Ergänzung der Torfvorräte in der Hochrunstfilze bei Rosenheim und endlich auf dem Mehrbedarf an Grubenbauholz im Salzbergbau Berchtesgaden. Von den hier postulierten Ausgaben kommen bei der Saline Rosenheim künftig in Wegfall 1400 ℳ (2800 : 2) Kosten für Verlegung des Schupfens vom Kolbermoore zur Hochrunstfilze.
1'093,266	956,230	137,036	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Traunstein M	Rosenheim M
1'025,407	66	4			Übertrag	88,340	106,600	253,100	209,200	436,026
31,590	09		3		Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen, Werkzeugen und Betriebsgeräten	14,000	4,000	7,000	5,700	13,670
			4		Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen).					
195,070	83			1	Reparatur- und Unterhaltungskosten	12,500	11,000	48,800	51,700	77,500
9	51			2	Erweiterungs- und Neubauten .	—	—	—	—	—
195,080	34				Summe § 4	12,500	11,000	48,800	51,700	77,500
768,094	54		5		Übrige Betriebsausgaben	10,400	66,800	108,500	117,000	409,000
2'020,172	63				Summe Kap. 4	125,240	188,400	417,400	383,600	936,196
967	30	5			**Umzugskosten**	—	—	—	—	—
					Summe Kap. 5 für sich.					

und 1911:	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
Summe		mehr	weniger
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
1'093,266	956,230	137,036	—
44,370	57,850	—	13,480
201,500	191,800	9,700	—
—	4,000	—	4,000
201,500	195,800	9,700	4,000
711,700	723,207	—	11,507
2'050,836	1'933,087	146,736	28,987
		117,749	
—	—	—	—

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 3.

Hierunter 12,750 ℳ künftig wegfallend, nämlich:

17,500 : 2 = 8,750 ℳ für Beschaffung einer elektrischen Schräm- und Bohranlage in Berchtesgaden (Bergbau),
3,000 : 2 = 1,500 ℳ für Instandsetzung der Lokomotive der Torfbahn Rosenheim—Kolbermoor und Einrichtung der Maschine auf Normalspurgleis bei der Saline Rosenheim,
2,000 : 2 = 1,000 ℳ Aufwand für eine Blechschere und
3,000 : 2 = 1,500 ℳ Einrichtung des mechanischen Antriebs der Siebvorrichtungen bei der Saline Reichenhall.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
Hievon 22,300 ℳ künftig wegfallend.

Dieser Posten ist bestimmt zur Bestreitung von Ausgaben für verschiedene größere Bauvornahmen, die sich einerseits nicht zur Einstellung unter die Position „Erweiterungs- und Neubauten" eignen, anderseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse nicht mit ordentlichen Mitteln für Reparatur und Unterhaltung ausgeführt werden können.

Hievon sind bestimmt:

1,600 : 2 = 800 ℳ zur Errichtung einer Badekaue für Salinenarbeiter bei dem Salzwerke Berchtesgaden,
8,000 : 2 = 4,000 ℳ für Einrichtung eines Mannschaftsbades bei der Saline Traunstein,
20,000 : 2 = 10,000 ℳ für Instandsetzung und Ausbau des Gruttenschlosses zu Arbeiterwohnungen . } bei der Saline Reichenhall.
8,000 : 2 = 4,000 ℳ für Anschluß der Klosetts in den Sudhäusern an die städtische Kanalisation . } bei der Saline Reichenhall.
7,000 : 2 = 3,500 ℳ für Umbau des Wassersammelreservoirs im Alpgarten . . . . } bei der Saline Reichenhall.

Zu Kap. 4 § 5.

Geringere Veranschlagung des Bedarfs an Verpackungsmaterialien unter Berücksichtigung des heutigen Standes der Preise und der Minderproduktion in Reichenhall (siehe Bemerkung zu Kap. 1 § 2 der Einnahmen).

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Traunstein M	Rosenheim M
		6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal.**					
189	43		1		Für Gottesdienste und Schulen . .	—	—	120	70	—
35,888	51		2		Beiträge an Knappschaftsvereine, Betriebskrankenkassen, Pensionskassen sowie zur Gemeindekrankenversicherung	7,600	3,025	6,500	6,035	20,900
7,288	54		3		Unfallversicherung	1,010	640	930	1,450	3,250
4,116	31		4		Invalidenversicherung	600	300	500	700	1,900
6,932	72		5		Unterstützungen und Alimentationen .	3,800	386	410	1,000	802
—	—		6		Kur- und Begräbniskosten	—	—	—	20	8
—	—		7		Sonstige Ausgaben	2,250	180	900	1,100	2,660
54,415	51				Summe Kap. 6	15,260	4,531	9,360	10,375	29,520
		7			**Lasten.**					
—	—		1		Steuern	—	—	—	—	—
6,029	32		2		Kreisumlagen	90	237	260	500	5,000
1,168	12		3		Distriktsumlagen	123	350	100	600	100
20,388	10		4		Gemeindeumlagen	375	800	600	2,700	17,450
2,776	69		5		Passivreichnisse	712	16	700	800	550
30,362	23				Summe Kap. 7	1,300	1,403	1,660	4,600	23,100

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	weniger	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
190	190	—	—	
44,060	34,183	9,877	—	**Zu Kap. 6 §§ 2 bis 4.** Mehrbedarf infolge der mit der Sanierung der Knappschaftsvereine zusammenhängenden höheren Leistungen des Werkbesitzers.
7,280	6,900	380	—	
4,000	3,840	160	—	
6,398	8,602	—	2,204	**Zu Kap. 6 § 5.** Minderbedarf wegen allmählichen Abganges der nach älteren Normen alimentierten Personen.
28	28	—	—	
7,090	—	7,090	—	**Zu Kap. 6 § 7.** Hier sind etatiert: a) die Ausgaben für Vergütungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs, Urlaubsgelder und Entschädigung bei Einberufungen zu militärischen Übungen (2600 ℳ für Rosenheim, 1100 ℳ für Traunstein, 900 ℳ für Reichenhall und 2180 ℳ für Berchtesgaden), b) der Beitrag zu 250 ℳ an die Bergschule Saarbrücken für Berchtesgaden-Bergbau.
69,046	53,743	17,507	2,204	
		15,303		
—	—	—	—	
6,087	5,840	247	—	
1,273	1,290	—	17	
21,925	22,680	—	755	
2,778	2,722	56	—	
32,063	32,532	303	772	
			469	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Traunstein M	Rosenheim M
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen hinsichtlich der §§ 2 und 3).					
15,795	41		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,500	1,500	4,000	6,000	6,600
12,383	07		2		Für Gebäudeunterhaltung	1,000	750	2,000	800	1,700
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten . . .	—	—	—	—	—
28,178	48				Summe Kap. 8	2,500	2,250	6,000	6,800	8,300
		9			**Zinsen und Rückersätze.**					
960	—		1		Rückersätze an den Betriebsreservefonds	—	—	—	—	—
—	—		2		Zinsen und Rückersätze an den Gefällsablösungsfonds	—	—	10,400	—	14,790
960	—				Summe Kap. 9	—	—	10,400	—	14,790

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
		mehr	weniger
M	*M*	*M*	*M*
19,600	23,850	—	4,250
6,250	10,550	—	4,300
—	—	—	—
25,850	34,400	—	8,550
—	960	—	960
25,190	10,000	15,190	—
25,190	10,960	15,190	960
		14,230	

Erläuterungen

Zu Kap. 8 §§ 1 und 2.

Dem voraussichtlichen tatsächlichen Aufwand entsprechend bemessen; die Postulate unter Kap. 8 § 2 auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Zu Kap. 9 § 2.

Zum Zwecke der Aufschließung der Hochrunstfilze sind durch das außerordentliche Budget für die Jahre 1908 und 1909 (II. Teil Ziff. II a) aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds 95,000 *M* bewilligt.

Da diese Summe mit 4 % zu verzinsen und in 12 Jahren zu amortisieren ist, sind zunächst bei dem Salinenamte Rosenheim 11,090 *M* (8000 *M* Amortisation wie in den Jahren 1908 und 1909 und 2990 *M* Zinsen) zu etatieren.

Zu dem gleichen Zwecke — Verlängerung der Feldbahnen und Herstellung einer Lokomotivremise mit Heizerwohnung und Werkstätten — ist im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 ein aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds zu bestreitender Bedarf von 60,000 *M* vorgesehen, welche Schuld unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalserhebungen einen Zinsenaufwand von jährlich 1200 *M* und für die Amortisation in 12 Jahren eine Ausgabe von 2500 *M* erfordert.

Im ganzen sind daher bei dem Salinenamte Rosenheim 11,090 + 1200 + 2500 = 14,790 *M* in Ansatz zu bringen.

Weiter ist für die Saline Reichenhall im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 zur Anlage von mechanischen Pfannen mit einem Vakuumapparat ein aus Mitteln des Gefällsablösungsfonds zu deckenden Bedarf von 520,000 *M* vorgesehen. Die Verzinsung mit 4 % erfordert unter Berücksichtigung des Zeitpunktes der Kapitalserhebungen voraussichtlich einen Betrag von 10,400 *M*, der hier zu veranschlagen ist.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910: Berchtesgaden, Bergbau M	Berchtesgaden, Saline M	Reichenhall M	Traunstein M	Rosenheim M
13,727	73	10			Übrige Ausgaben	3,994	600	2,100	6,400	8,040
					Summe Kap. 10 für sich.					
960	—				Hiezu „ „ 9	—	—	10,400	—	14,790
28,178	48				„ „ 8	2,500	2,250	6,000	6,800	8,300
30,362	23				„ „ 7	1,300	1,403	1,660	4,600	23,100
54,415	51				„ „ 6	15,260	4,531	9,360	10,375	29,520
967	30				„ „ 5	—	—	—	—	—
2'020,172	63				„ „ 4	125,240	188,400	417,400	383,600	936,196
2,318	01				„ „ 3	390	350	480	500	950
10,894	19				„ „ 2	1,450	1,450	2,750	2,400	2,700
165,884	82				„ „ 1	34,550	15,147	52,834	47,659	63,158
2'327,880	90				**Summe der Ausgaben**	184,684	214,131	502,984	462,334	1'086,754
					Abgleichung.					
2'787,805	16				**Einnahmen** . . .	185,981	245,087	533,550	487,580	1'372,640
2'327,880	90				**Ausgaben**	184,684	214,131	502,984	462,334	1'086,754
459,924	26				**Reineinnahme**	1,297	30,956	30,566	25,246	285,886

und 1911: Summe	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	weniger	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
21,134	17,965	3,169	—	Zu Kap. 10. Hierunter 12,675 ℳ künftig in Wegfall kommend, und zwar: 3,290 ℳ zur Bestreitung von Mobiliarfeuerversicherungs- und Haftpflichtversicherungsprämien für die 4 Salinen, 1,460 ℳ Beitrag der Saline Reichenhall zur Wildbachverbauung im inneren Weißbach, 5,925 ℳ Zuschuß der Saline Traunstein zu den Kosten der Korrektion der Traun behufs Beseitigung der Hochwassergefahr in den Gemeinden Au und Traunstein, 1,000 ℳ für die Entwässerung des östlichen Mieselfeldes beim Salzwerke Berchtesgaden, 1,000 ℳ für die Verbauung des Larosbaches und den Einbau von Wasserfängern bei dem Salzwerke Berchtesgaden. Unter den fortdauernden Ausgaben sind unter anderem enthalten: 315 ℳ Wohnungsentschädigung an den Salinenkaplan in Traunstein, 5,000 ℳ für Kultivierung des Kolbermoors bei Rosenheim, letzteres Postulat auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
25,190	10,960	14,230	—	
25,850	34,400	—	8,550	
32,063	32,532	—	469	
69,046	53,743	15,303	—	
—	—	—	—	
2'050,836	1'933,087	117,749	—	
2,670	2'590	80	—	
10,750	11,045	—	295	
213,348	184,865	28,483	—	
2'450,887	2'281,187	179,014	9,314	
		169,700		
2'824,838	2'609,668	215,170	—	
2'450,887	2'281,187	169,700	—	
373,951	328,481	45,470	—	

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Bergwerks-Hauptkasse.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
121,599	79		1		Besoldungen der Beamten	163,805
1,868	38		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	15,000
16,309	92		3		Tagegelder und Reisekosten	21,000
139,778	09				Summe Kap. 1	199,805
22,057	60	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	18,000
					Summe Kap. 2 für sich.	
6,043	33	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	6,000
					Summe Kap. 3 für sich.	
		4			**Eigentliche Betriebsausgaben,** und zwar	
—	—		4	1	Betriebsgebäude und Werksanlagen (mit Ausschluß der Maschinen) . . .	—
200	—		5	4	Auf Salzverkauf und Verpackung, und zwar Frachten, Fuhrlöhne und Lagerzinse	200
200	—				Summe Kap. 4	200
1,952	69	5			**Umzugskosten**	—
					Summe Kap. 5 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
145,189	18,616	—	
3,000	12,000	—	**Zu Kap. 1 § 2.** Mehraufwand infolge Veranschlagung der Bezüge des unständigen Bureaupersonals bei dieser Position.
10,000	11,000	—	**Zu Kap. 1 § 3.** Der bisherige Etatsatz hat sich als unzureichend erwiesen. Eine Erhöhung ist auch deshalb erforderlich, weil die Tagegelder und Reisekosten des kaufmännischen Vertreters im Handelsbureau, die bisher bei den einzelnen Hüttenwerken zur Verrechnung gelangten, nunmehr hier zu etatieren sind; im übrigen in Angleichung an den wirklichen Aufwand im Jahre 1908.
158,189	41,616	—	
14,000	4,000	—	**Zu Kap. 2.** Der Bedarf ist der Erweiterung des Geschäftsumfanges entsprechend höher veranschlagt.
4,000	2,000	—	**Zu Kap. 3.** Nach dem wirklichen Aufwande für das Jahr 1908 veranschlagt.
—	—	—	
200	—	—	
200	—	—	
—	—	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ		Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
64,992	10	6			**Besondere Ausgaben für das Arbeiterpersonal** rc., und zwar	
			5		Unterstützungen und Alimentationen	18,000
			7		Sonstige Ausgaben	66,000
64,992	10				Summe Kap. 6	84,000
		7			**Lasten**, und zwar	
159	—		1		Steuern	1,060
153	72		2		Kreisumlagen	160
5,145	11		5		Passivreichnisse	5,150
5,457	83				Summe Kap. 7	6,370
		8			**Ausgaben auf die Gebäude** (mit Ausschluß der Betriebsgebäude und Werksanlagen).	
1,274	99		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,300
4,721	—		2		Für Gebäudeunterhaltung	3,000
—	—		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
5,995	99				Summe Kap. 8	4,300
—	—	9			**Zinsen und Rückersätze**	—
					Summe Kap. 9 für sich.	
42,420	03	10			**Übrige Ausgaben**	11,000
					Summe Kap. 10 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
40,260	—	22,260	**Zu Kap. 6 § 5.** Es sind im ganzen um 22,260 M weniger angefordert, was darin seinen Grund hat, daß zur Dotierung der Knappschaftsverbandskasse weitere Mittel zunächst nicht erforderlich sind. Andererseits ist jedoch für Unterstützungen insbesondere wegen des Zugangs von Stockheim ein größerer Bedarf vorgesehen.
—	66,000	—	**Zu Kap. 6 § 7.** Hier sind etatiert: 1. 15,000 M weiterer Zuschuß an den Fonds zur Beschaffung und Verbesserung der Arbeiterwohnungen, 2. 1,000 M Zuschuß zur Abhaltung von Kochkursen und Nähkursen, 3. 50,000 M zur Ausgleichung unverschuldeter Lohnrückgänge. Die Postulate zu Nr. 1 und 2 künftig wegfallend.
40,260	66,000	22,260	
	43,740	—	
—	1,060	—	**Zu Kap. 7 § 1.** Grubenfeldabgabe für die im Fürstentum Reuß erworbenen Grubenfelder.
140	20	—	
5,130	20	—	**Zu Kap. 7 § 5.** Nach der Ausgabe für das Jahr 1908 bemessen.
5,270	1,100	—	
1,300	—	—	
4,000	—	1,000	**Zu Kap. 8 § 2.** Entsprechend dem fortlaufenden Aufwande nach dem Etat der Finanzperiode 1908 und 1909. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
—	—	—	
5,300	—	1,000	
—	—	—	
106,500	—	95,500	**Zu Kap. 10.** Der niedrigere Ansatz erklärt sich daraus, daß die Urlaubsgelder ꝛc. ꝛc. bei den einzelnen Werken postuliert sind und der Zuschuß an den Arbeiterwohnungsfonds bei Kap. 6 § 7 vorgesehen ist.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Wiederholung der Ausgaben.	
139,778	09				Summe Kap. 1	199,805
22,057	60				„ „ 2	18,000
6,043	33				„ „ 3	6,000
200	—				„ „ 4	200
1,952	69				„ „ 5	—
64,992	10				„ „ 6	84,000
5,457	83				„ „ 7	6,370
5,995	99				„ „ 8	4,300
—	—				„ „ 9	—
42,420	03				„ „ 10	11,000
288,897	66				**Summe der Ausgaben** . . .	329,675
		vgl. Hauptetat:			Hievon ab die **eigenen Einnahmen**, nämlich:	
789	—	1 B			Ertrag von Anteilen gewerkschaftlicher Hüttenwerke	—
350	—	2	2		Mietertrag von Gebäuden	560
242	22		6		Übrige Einnahmen	200
1,381	22				**Summe der eigenen Einnahmen**	760
287,516	44				**Mehrausgabe**	328,915

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
158,189	41,616	—	
14,000	4,000	—	
4,000	2,000	—	
200	—	—	
—	—	—	
40,260	43,740	—	
5,270	1,100	—	
5,300	—	1,000	
—	—	—	
106,500	—	95,500	
333,719	92,456	96,500	
		4,044	
—	—	—	
110	450	—	Zu Kap. 2 § 2. Erhöhung infolge der Neuregulierung des Mietzinses für die Hausmeisterwohnung und eines weiteren Mietzinses.
200	—	—	
310	450	—	
333,409	—	4,494	

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als *persönliche* Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als *besondere* Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Generaldirektor	1	—	9,000				Die Schaffung der vorgesehenen neuen Stellen erscheint außer durch den Zugang des Bergwerks Stockheim durch die Steigerung der Geschäftslast im Betriebs- und Verwaltungsdienste sowie zur befriedigenden Lösung der erweiterten Betriebsaufgaben veranlaßt.
7	Oberberg- und Salinenräte, Regierungsrat	7	6000 bis 7500	46,000				
9	Bergmeister	15	4800 bis 6300	82,500				
"	Oberingenieur der Hochofenanlage Amberg	1	—	6,300				
"	Hauptkassier	1	—	4,800				
11	Hauptkasse-Kontrolleur . .	1	—	4,600				
12	Assessoren der Berg-, Hütten- und Salinenämter . . .	10	3000	25,600				5 neue Stellen.
14	Rechnungskommissäre . . .	10	3000 bis 4500	38,400				2 neue Stellen; hievon 1 Beamter bereits in Klasse 14.
"	Direktorialsekretär	1	—	3,000				
"	Kassiere und Materialverwalter	28	3000 bis 4500	105,600				1 neue Stelle.
16	Hütteningenieure	2	2400	4,800				1 neue Stelle.
"	Obersteiger	8	2400 bis 3900	21,400				4 neue Stellen.
"	Einfahrer	1	—	3,600				
"	Oberwerkmeister	13	2400 bis 3900	38,700				1 Stelle weniger.
17	Sekretäre und Registratoren	48	1800 bis 3000	105,600				1 neue Stelle.
"	Steiger	44	1800 bis 3000	94,800				8 neue Stellen.
	Seite	191		594,700				

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	191		594,700				
19	Werkmeister	27	2100 bis 2850	63,600				7 Stellen weniger.
21	Bauzeichner	5	1800 bis 2550	10,200				1 neue Stelle.
22	Wagmeister und Schlossereiaufseher	7	1800 bis 2300	14,100				
23	Kanzlei- und Registratur-Assistenten	14	1500 bis 1800	23,100				2 neue Stellen.
25	Boten und Diener der Generaldirektion und der Hauptkasse	3	1500 bis 2000	5,100				
25	Aufseher der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung	55	1500 bis 2000	95,300				11 neue Stellen.
28	Amtsdiener	7	1300 bis 1800	11,300				1 neue Stelle.
29	Kanzleiassistentin	1	—	1,200				1 neue Stelle.
	Summe a	310	—	818,600	—	7,845	826,445	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
—	Geprüfte Praktikanten . .	8	1800 bis 2100	15,000	—	—	15,000	2 Regierungsbaumeister à 2100 ℳ = 4200 ℳ. 6 geprüfte Praktikanten à 1800 ℳ = 10,800 ℳ.
	Summe b für sich.							
	Summe Jahresvoranschlag für 1910 u. 1911	318	—	833,600	—	7,845*	841,445	* Künftig wegfallend.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag des Jahresvoranschlags für 1910 und 1911	318					841,445	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	328[1]					691,115[1]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					40,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	—					731,115	
	Sohin für 1910 und 1911:							
	mehr	—					110,330[2]	
	weniger	10					—	

Erläuterungen:

[1])
72 Beamte mit . . . 278,671 M Bedarf nach Anlage A,
256 Beamte mit . . . 412,444 M Bedarf nach Anlage B,
328 Beamte mit . . 691,115 M Bedarf.
Hiezu kommen die neu vorgesehenen Stellen für
5 Assessoren,
2 Rechnungskommissäre,
1 Kassier,
1 Hütteningenieur,
4 Obersteiger,
1 Sekretär,
8 Steiger,
1 Bauzeichner,
2 Kanzlei- und Registraturassistenten,
11 Aufseher,
1 Amtsdiener und
1 Kanzleiassistentin,
366 Stellen
In Abgang kommen:
1 Oberwerkmeisterstelle,
7 Werkmeisterstellen,
40 Stellen für nicht etatsmäßige Betriebsbeamte und -Bedienstete,
48 Stellen; verbleiben
318 Stellen wie neben ausgewiesen.

[2]) Hievon treffen:
40,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
14,080 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
65,500 M auf die ausgewiesenen Personalvermehrungen.
Weiter werden ausgeglichen:
40,000 M durch den Mehranfall an Mietzinsen,
6,400 M durch den Wegfall von Nebenbezügen.
Die Differenz zu
55,650 M erklärt sich dadurch, daß die Bezüge von 40 nichtetatsmäßigen Betriebsbeamten und -Bediensteten nunmehr teilweise unter den Kosten für Stellvertretung, teils unter den Betriebslöhnen veranschlagt sind.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche der

Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Fortl. Nummer	Regierungs-bezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamt-kostenbedarf	Jahres-voranschlag für 1910 u. 1911
				M	M
			Etat der Bergwerke.		
			Auf Rechnung der Betriebsausgaben Kap. 4 § 4 Tit. 2 (Betriebsgebäude und Werksanlagen).		
1	Pfalz	St. Ingbert	Erbauung einer Schutzhütte über Ventilator Birkelbach und Imprägnieranstalt für Grubenhölzer	6,400	3,200
2	"	Mittelbexbach	Erweiterung des Kesselhauses und Beschaffung von Speisewasser	14,000	7,000
			Summe	20,400	10,200

Erläuterungen

Veranlaßt zum Schutze des Ventilators und zur Erzielung von größerer Haltbarkeit der Grubenhölzer.

Eine Folge der Betriebsvergrößerung.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 6.

Münzanstalt.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Einnahmen.	
		1			**Ertrag der Ausprägung von Münzen und Medaillen.**	
			1		Aus der Prägung von Münzen.	
—	—			1	Von Goldmünzen	4,640
85,549	71			2	„ Silbermünzen	60,260
35,292	46			3	„ Nickelmünzen	12,650
36,108	36			4	„ Kupfermünzen	14,760
156,950	53				Summe § 1	92,310
			2		Aus der Prägung von Medaillen.	
7,727	97			1	Für goldene Medaillen	9,240
9,854	48			2	„ silberne „	12,100
1,561	15			3	„ kupferne und sonstige Medaillen	2,800
19,143	60				Summe § 2	24,140
156,950	53				Hiezu „ § 1	92,310
176,094	13				Summe Kap. 1	116,450
		2			**Ertrag der Scheidungsanstalt.**	
3,214	42		1		Vergütung der Scheide- und Affinierungskosten	2,000
561	—		2		Erlös aus erzeugtem Kupfervitriol	280
122,087	49		3		Erlös aus dem Verkaufe des Scheidegoldes und des feinen Kornsilbers	91,740
125,862	91				Summe Kap. 2	94,020
362,436	09	3			**Ertrag der Druckereianstalt**	282,900
					Summe Kap. 3 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Zu Kap. 1 § 1. Veranschlagt nach den mutmaßlichen Münzausprägungen.
5,800	—	1,160		
70,000	—	9,740		
12,650	—	—		
27,410	—	12,650		
115,860	—	23,550		
				Zu Kap. 1 § 2. Nach dem durchschnittlichen Ertrage der letzten zehn Jahre.
10,100	—	860		
12,250	—	150		
2,880	—	80		
25,230	—	1,090		
115,860	—	23,550		
141,090	—	24,640		
				Zu Kap. 2 § 1.
3,030	—	1,030		Durchschnittsbetrag der letzten zehn Jahre nach Abzug der Probegebühren, welche bei Kap. 6 der Einnahmen veranschlagt sind.
110	170	—		**Zu Kap. 2 §§ 2—3.**
79,730	12,010	—		Durchschnittliches Ergebnis der letzten zehn Jahre.
82,870	12,180	1,030		
	11,150			
				Zu Kap. 3.
368,230	—	85,330		Minderansatz einerseits infolge Ermäßigung der von der Postverwaltung für den Druck zu leistenden Vergütungssätze, andererseits infolge Wegfalls der in den bisherigen Vergütungen zum Teil mitenthaltenen Kosten des Papiermaterials, welches nunmehr vollständig von der Postverwaltung auf ihre Kosten geliefert wird. Der Ermäßigung der Einnahme steht eine Ermäßigung der Ausgabe von 31,000 ℳ bei Kap. 6 § 1 gegenüber.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		4			**Nebeneinnahmen.**	
192	70		1		Schmelzkosten-Vergütungen	230
2,849	35		2		Vergütung für Anfertigung von Dienstsiegeln	2,880
33	—		3		Erlös aus verkauftem Münzstahl und Eisen	430
122	46		4		Erlös aus Münzkrätz	140
3,197	51				Summe Kap. 4	3,680
1,959	12	5			**Mietzinse und Rekognitionsgebühren**	7,068
					Summe Kap. 5 für sich.	
69	60	6			**Übrige Einnahmen**	2,100
					Summe Kap. 6 für sich.	
1,959	12				Hiezu „ „ 5	7,068
3,197	51				„ „ 4	3,680
362,436	09				„ „ 3	282,900
125,862	91				„ „ 2	94,020
176,094	13				„ „ 1	116,450
669,619	36				**Summe der Einnahmen**	506,218

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
230	—	—		
3,050	—	170		**Zu Kap. 4 § 2.** Durchschnittliches Ergebnis der letzten zehn Jahre nach Abzug der außerordentlichen Anfälle.
430	—	—		
140	—	—		
3,850	—	170		
2,710	4,358	—		
140	1,960	—		**Zu Kap. 6.** Die Mehrung ist hauptsächlich durch die Verrechnung der Probegebühren an dieser Stelle veranlaßt.
2,710	4,358	—		
3,850	—	170		
368,230	—	85,330		
82,870	11,150	—		
141,090	—	24,640		
598,890	17,468	110,140		
		92,672		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
76,145	—		1		Besoldungen der Beamten	89,856
2,081	40		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	300
—	—		3		Tagegelder und Reisekosten	400
78,226	40				Summe Kap. 1	90,556
		2			**Sächliche Ausgaben.**	
3,330	72		1		Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher und Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	3,400
201	85		2		Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	300
3,532	57				Summe Kap. 2	3,700
		3			**Betriebsausgaben.**	
72,839	54		1		Löhne der nichtständigen Arbeiter	80,000
275	60		2		Graveurkosten	500
9,876	25		3		Für Neuanschaffung, Nachschaffung und Reparatur von Maschinen und Werkzeugen	19,570
20,229	82		4		Für Feuerungsmaterialien	13,000
618	28		5		Für Fettwaren	1,500
808	22		6		Für Stahl und Eisen	1,700
21,537	90		7		Für sonstige Betriebsausgaben, wie z. B. für Beleuchtung, Schmelztiegel, Geldsäcke, Frachten, Salpeter 2c.	22,000
126,185	61				Summe Kap. 3	138,270

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
78,358	11,498	—	S. 13/14	Zu Kap. 1 § 1. Hierunter 3,006 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
2,000	—	1,700		
400	—	—		
80,758	11,498	1,700		
	9,798			
3,400	—	—		
300	—	—		
3,700	—	—		
84,000	—	4,000		Zu Kap. 3 § 1. Minderansatz infolge geringerer Münzausprägung.
500	—	—		
10,000	9,570	—		Zu Kap. 3 § 3. a) Für eine Rotationsdruckmaschine für wechselnde Formate mit pneumatischer Bogenführung nebst Zubehör 29,140 M, für 1 Jahr . . . . . 14,570 M, künftig wegfallend; b) für Reparaturen und Nachschaffungen jährlich . . . . 5,000 M, Summe 19,570 M.
13,000	—	—		
1,500	—	—		
1,700	—	—		
22,500	—	500		
133,200	9,570	4,500		
	5,070			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
12,240	49	4			Kosten für den Ankauf von Gold, Silber und Kupfer zur Ausprägung von Medaillen	17,200
					Summe Kap. 4 für sich.	
		5			**Besondere Ausgaben für die Scheidungsanstalt.**	
119,485	07		1		Für den Ankauf von Gold und Silber	88,990
3,788	07		2		Für Betriebsmaterialien, Requisiten und sonstige Erfordernisse	2,350
123,273	14				Summe Kap. 5	91,340
		6			**Besondere Ausgaben für die Druckereianstalt.**	
43,772	89		1		Für Beschaffung von Karton und Papiermaterial	11,000
26,967	94		2		Für Betriebsmaterialien und sonstige Erfordernisse	27,000
70,740	83				Summe Kap. 6	38,000
		7			**Lasten.**	
1,112	78		1		Kreis- und Gemeindeumlagen	1,200
26	—		2		Beiträge für Unterhaltung der Kanäle	70
1,138	78				Summe Kap. 7	1,270
		8			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
2,994	14		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	3,500
5,500	—		2		Für Gebäudeunterhaltung	5,500
—	—		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
8,494	14				Summe Kap. 8	9,000
		9			**Unterstützungen.**	
450	—		1		Für das Dienst- und Arbeiterpersonal	450
750	—		2		Für Witwen und Waisen	750
966	67		3		Krankenunterstützungen für die unständigen Arbeiter und Arbeiterinnen .	900
25	—		4		Zu Unterstützungen an dienstunfähige ehemalige Arbeiterinnen mit langjähriger Dienstzeit	400
2,191	67				Summe Kap. 9	2,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
18,610	—	1,410		Zu Kap. 4. Entsprechend der Einnahme unter Kap. 1 § 2.
77,330	11,660	—		Zu Kap. 5 § 1. Berechnet aus den oben unter Kap. 2 § 3 eingestellten Einnahmen.
3,500	—	1,150		Zu Kap. 5 § 2. Die Hinausvergütung der Probegebühren kommt fortan in Wegfall.
80,830	11,660	1,150		
	10,510			
42,000	—	31,000		Zu Kap. 6 § 1. Minderung infolge Beschaffung von Papiermaterial durch die Postverwaltung auf ihre Kosten; siehe oben Einnahme Kap. 3.
32,000	—	5,000		Zu Kap. 6 § 2. Weniger mit Rücksicht auf die Ausgaben im Jahre 1908.
74,000	—	36,000		
1,000	200	—		Zu Kap. 7 § 1. Mehr wegen Unzureichendheit des bisherigen Etatssatzes.
70	—	—		
1,070	200	—		
3,500	—	—		Zu Kap. 8 § 2. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
5,500	—	—		
—	—	—		
9,000	—	—		
450	—	—		
750	—	—		
900	—	—		
200	200	—		Zu Kap. 9 § 4. Im Laufe der nächsten Finanzperiode werden weitere drei Arbeiterinnen eine 25 jährige Dienstzeit zurücklegen. Es erscheint daher eine Erhöhung des Ansatzes veranlaßt.
2,300	200	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		10			**Versicherungsbeiträge für das nichtständige Arbeiterpersonal.**	
1,029	14		1		Für Krankenversicherung	1,050
621	28		2		Für Unfallversicherung	700
488	94		3		Für Invalidenversicherung	550
2,139	36				Summe Kap. 10	2,300
972	85	11			**Übrige Ausgaben**	8,100
					Summe Kap. 11 für sich.	
2,139	36				Hiezu „ „ 10	2,300
2,191	67				„ „ 9	2,500
8,494	14				„ „ 8	9,000
1,138	78				„ „ 7	1,270
70,740	83				„ „ 6	38,000
123,273	14				„ „ 5	91,340
12,240	49				„ „ 4	17,200
126,185	61				„ „ 3	138,270
3,532	57				„ „ 2	3,700
78,226	40				„ „ 1	90,556
429,135	84				**Summe der Ausgaben** . . .	402,236
					Abgleichung zum Etat Nr. 6.	
669,619	36				**Einnahmen**	506,218
429,135	84				**Ausgaben**	402,236
240,483	52				**Reineinnahme** . . .	103,982

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
1,050	—	—	
700	—	—	
550	—	—	
2,300	—	—	
986	7 114	—	
2,300	—	—	
2,300	200	—	
9,000	—	—	
1,070	200	—	
74,000	—	36,000	
80,830	10,510	—	
18,610	—	1,410	
133,200	5,070	—	
3,700	—	—	
80,758	9,798	—	
406,754*	32,892	37,410	
		4,518	
598,890	—	92,672	
406,754	—	4,518	
192,136	—	88,154	

Erläuterungen

Zu Kap. 11.

Hievon sind 16,000, somit für jedes Jahr der Finanzperiode 8000 ℳ (künftig wegfallend) für Kosten der Plananfertigung und für Vorarbeiten zu einem neuen Hauptmünzamtsgebäude bestimmt.

* 405,544 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag
1,210 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
406,754 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31
an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
auf Rechnung des Etats der Münzanstalt vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	2,400 ℳ,
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . .	7,900 ℳ.
Summe	10,300 ℳ.
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . .	402,236 ℳ.
Summe der Ausgaben auf den Etat der Münzanstalt im ordentlichen Budget	412,536 ℳ.
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	—
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Münzanstalt	412,536 ℳ.

München, den 9. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	8,700				
9	Münzwardein	1	—	6,300				
12	Technischer Assessor . . .	1	—	3,000				
13	Kassier	1	—	5,400				
14	Medailleur	1	—	4,500				
14	Kassekontrolleur	1	—	4,500				
17	Sekretäre	3	1800 bis 3300	7,525				
19	Druckereifaktor	1	—	2,400				
22	Vorarbeiter	10	1800 bis 2300	20,796				
25	Diener	1	—	1,600				
25	Ständige Arbeiter	13	1500 bis 2000	22,129				
	Summe a	34	—	86,850	—	3,006	89,856	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Zusammen: Jahresvoranschlag für 1910 u. 1911:	34	—	86,850	—	3,006[1]	89,856	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 u. 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	34[2]					77,148[2]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					1,210	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 u. 1909:	34					78,358	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr:	—					11,498[3]	

[1]) Künftig wegfallend.

[2]) 6 Beamte mit 27 885 M Bedar[f] nach Anlage A,
28 Beamte mit 49 263 M Bedar[f] nach Anlage B,
34 Beamte mit 77 148 M Bedarf.

[3]) Hievon treffen:
1 210 M auf den Mehrbedarf fü[r] die Neuregelung der Be[-]soldungsverhältnisse in[-]folge der nunmehrigen Ver[-]anschlagung des volle[n] Bedarfs,
1 838 M auf den Mehrbedarf fü[r] Gehaltsvorrückungen,
4 100 M werden ausgeglichen durc[h] den Mehranfall an Miet[-]entschädigungen,
4 350 M durch den Wegfall vo[n] Nebenbezügen.

München, den 9. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 7.

K. Bank.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
					Einnahmen.	
2'776,227	34	1			Ärarialrente von der K. Bank nach § 7 Abs. 5 der Formationsverordnung vom 13. Dezember 1878	2'500,000
900,000	–	2			Zinsvergütung aus hinterlegten Staatsgeldern	900,000
3'676,227	34				Summe der Einnahmen	3'400,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
2'500,000	—	—	**Zu Kap. 1.** Die Ärarialrente der K. Bank betrug im Jahre 1906 . . . . 1'805,349 ℳ, „ „ 1907 . . . . 2'341,222 ℳ, „ „ 1908 . . . . 2'776,227 ℳ, sohin durchschnittlich . . . . 2'307,600 ℳ. Mit Rücksicht hierauf wurde der bisherige Voranschlag unverändert beibehalten.
900,000	—	—	**Zu Kap. 2.** Die Einnahmen an Zinsvergütungen für hinterlegte Staatsgelder haben betragen im Jahre 1906 . . . . 900,000 ℳ, „ „ 1907 . . . . 1'200,000 ℳ, „ „ 1908 . . . . 900,000 ℳ. Mit Rücksicht hierauf wurde auch hier der bisherige Voranschlag aufrecht erhalten.
3'400,000	—	—	

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 8.

Staatseisenbahnen.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Einnahmen.	
		1			**Aus dem Personen- und Gepäckverkehr.**	
a) 59'543,556	35		1		Für Beförderung von Personen	77'000,000
b) 9'416,041	54					
68'959,597	89					
a) 843,780	12		2		Für Beförderung von Militär auf Militärfahrscheine und Militärfahrkarten	1'245,000
b) 396,699	64					
1'240,479	76					
a) 3'177,240	32		3		Für Beförderung von Reisegepäck	4'100,000
b) 310,046	78					
3'487,287	10					
a) 165,153	20		4		Für Beförderung von Hunden auf Hundekarten, Beförderungs- und Gepäckscheine	190,000
b) 14,804	76					
179,957	96					
a) 81,310	01		5		Für bestellte Sonderzüge nach besonderem Tarif	85,000
b) 19,963	13					
101,273	14					
a) 244,527	32		6		Nebenerträge	280,000
b) 29,350	20					
273,877	52					
a) 64'055,567	32				Summe Kap. 1	82'900,000
b) 10'186,906	05					
74'242,473	37					
		2			**Aus dem Güterverkehr.**	
a) 6'011,519	64		1		Für Beförderung von Eilgut und Expreßgut einschließlich Fahrzeuge aller Art	7'510,000
b) 980,318	37					
6'991,838	01					
a) 118'473,244	49		2		Für Beförderung von Frachtgut einschließlich Fahrzeuge aller Art .	156'130,000
b) 25'332,233	34					
143'805,477	83					
a) —	—		3		Für Beförderung von Postgut	—
b) —	—					
—	—					
a) 124'484,764	13				Seite	163 640,000
b) 26 312,551	71					
150'797,315	84					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
71'000,000	6'000,000	—		
1'015,000	230,000	—		
4'060,000	40,000	—		
143,000	47,000	—		
57,000	28,000	—		
235,000	45,000	—		
76'510,000	6'390,000	—	B Ziff. 1 (S. 46)	
7'220,000	290,000	—		
156'280,000	—	150,000		
—	—	—		
163'500,000	290,000	150,000		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
a) 124'484,764	13	2			Übertrag	163'640,000
b) 26'312,551	71					
150'797,315	84					
a) 515,573	20		4		Für Beförderung von Militärgut auf Militärfahrscheine oder Frachtbriefe einschließlich Pferde und Fahrzeuge	370,000
b 67,947	13					
583,520	33					
a) 3'793,830	26		5		Für Beförderung von Vieh einschließlich Pferde, auch Luxuspferde, ausgenommen Hunde auf Hundekarten, Beförderungs- oder Gepäckscheine	4'410,000
b) 377,521	38					
4'171,351	64					
a) 106,770	56		6		Für Beförderung von Leichen	120,000
b) 8,417	15					
115,187	71					
a) 442,904	65		7		Für Beförderung von frachtpflichtigem Dienstgut	320,000
b) 10,180	90					
453,085	55					
a) 2'790,180	94		8		Nebenerträge	3'840,000
b) 878,792	16					
3'668,973	10					
a) 132'134,023	74				Summe Kap. 2	172'700,000
b) 27'655,410	43					
159'789,434	17					
		3			**Für Überlassung von Bahnanlagen und für Leistungen zu Gunsten Dritter.**	
a) 1'293,853	59		1		Vergütung für verpachtete Bahnstrecken	1'300,000
b) —	—					
1'293,853	59					
a) 2'943,350	05		2		Vergütung fremder Eisenbahnverwaltungen oder Besitzer von Anschlußgleisen usw. für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten sowie für Wahrnehmung des Dienstes in fremden oder gemeinschaftlichen Verkehren	2'935,000
b) 171,735	54					
3'115,085	59					
a) 130,709	87		3		Vergütung für Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen	180,000
b) 25,625	73					
156,335	60					
a) 17,693	50		4		Vergütung für die in den Staatsbahnwerkstätten ausgeführten Arbeiten:	
b) 145,863	20					
163,556	70			1	Von der Neubauverwaltung	16,000
a) 50,039	44			2	Von der Bodenseedampfschiffahrt und Kettenschleppschiffahrt sowie von der staatlichen Schiffahrt auf dem Ammersee und der Amper	62,000
b) —	—					
50,039	44					
a) 4'435 646	45				Seite	4'493,000
b) 343,224	47					
4'778,870	92					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
163'500,000	290,000	150,000		
395,000	—	25,000		
4'010,000	400,000	—		
78,000	42,000	—		
334,000	—	14,000		
3'873,000	—	33,000		
172'190,000	732,000	222,000	B Ziff. 2 (S. 47)	
	510,000			
1'287,000	13,000	—		**Zu Kap. 3 § 1.** Mehr wegen höherer Pachtzinsen infolge Ergänzungs- und Erweiterungsbauten in den Gemeinschaftsbahnhöfen, besonders im Gemeinschaftsbahnhofe Passau.
2'585,000	350,000	—		**Zu Kap. 3 § 2.** Höher veranschlagt, weil die Aufwendungen in den Gemeinschaftsbahnhöfen, insbesondere durch die Aufbesserung der Beamtengehälter und Taglöhne sich erhöht haben. Ferner wurde der Gemeinschaftsdienst im Bahnhofe Passau erweitert. Von der Postverwaltung ist für Mitbenützung der Gepäckaufzüge in Nürnb rg H.B. eine Vergütung zu leisten. Außerdem hat sich der Anfall an Gebühren für Anschlußgleise gesteigert.
142,000	38,000	—		**Zu Kap. 3 § 3.** Die Erhöhung dieser Einnahme wie der Ausgabe zu Kap. 8 § 3 ist durch die Aufbesserung der Beamtengehälter veranlaßt.
10,000	6,000	—		**Zu Kap. 3 § 4 Tit. 1.** Der Etatssatz ist für das rechtsrheinische Netz nach den Durchschnittsergebnissen der Jahre 1906—1908 bemessen worden. Bei den Pfalzbahnen wurden die für Weichen- und Signalzentralisierung erwachsenen und auf den Neubau übernommenen Kosten bisher durch die Betriebsrechnung geführt, wodurch die hohen Einnahmen für 1908 sich ergeben haben. Vom Jahre 1909 an werden diese Kosten unmittelbar auf den Neubau verrechnet. Es wurde daher für das pfälzische Netz mangels anderer Anhaltspunkte nur der Etatssatz für 1909 in Rechnung gesetzt.
62,000	—	—		
4'086,000	407,000	—		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
a) 4'435,646	45	3			Übertrag	4'493,000
b) 343,224	47					
4'778,870	92					
a) 395,629	90		4	3	Von fremden Eisenbahnverwaltungen, der Postverwaltung sowie von Privaten ꝛc. ꝛc.	550,000
b) 52,608	99					
448,238	89					
			5		Vergütung der Postverwaltung:	
a) 3'000'537	90			1	Für Benützung von Wagenabteilungen zum Postdienst, Beförderung von Eisenbahnpostwagen und Gestellung von Beiwagen	3'700,000
b) 173,581	75					
3'174,119	65					
a) 732	—			2	Für das Unterstellen, Reinigen, Beleuchten, Schmieren, Rangieren ꝛc. ꝛc. der Eisenbahnpostwagen	730
b) 3,624	64					
4,356	64					
a) 279,037	40			3	Für den von Bahnbeamten geleisteten Postdienst	325,000
b) —	—					
279,037	40					
a) 2'865,772	16		6		Vergütung der Neubauverwaltung für Dienstleistung von Beamten, Gestellung von Diensträumen ꝛc. ꝛc.	3'000,000
b) 40,649	97					
2'906,422	13					
a) —	—		7		Sonstige Vergütungen	—
b) —	—					
—	—					
a) 10'977,355	82				Summe Kap. 3	12'068,730
b) 613,689	92					
11'591,045	63					
		4			**Für Überlassung von Fahrzeugen.**	
a) 64,478	40		1		Miete und Leihgeld für Lokomotiven	55,000
b) —	—					
64,478	40					
a) 3'213,390	13		2		Miete und Leihgeld für Wagen	1'200,000
b) 1'917,983	04					
5'131,373	17					
a) 3'277,868	53				Summe Kap. 4	1'255,000
b) 1'917,983	04					
5'195,851	57					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
4'086,000	407,000	—		
340,000	210,000	—		Zu Kap. 3 § 4 Tit. 3. Nach den Bestimmungen des deutschen Staatsbahnwagenverbandes werden die Güterwagen der anderen Verbandsbahnen, wenn eine Beschädigung auf bayerischem Gebiete festgestellt wird, in bayerischen Werkstätten gegen Kostenersatz ausgebessert. Hiedurch erwachsen Mehreinnahmen, denen auch Mehrausgaben auf Kap. 7 §§ 1, 2 und 3 — Kosten für Unterhaltung der Fahrzeuge — gegenüberstehen.
3'142,000	558,000	—		Zu Kap. 3 § 5 Tit. 1. Die Vergütung der Postverwaltung für Beschaffung, Unterhaltung, Beförderung, Beleuchtung und äußere Reinigung der Eisenbahnpostwagen ist nach dem Satze von 5 Pf. für das Postwagenachskilometer und bei gemischten Wagen für das Wagenkilometer veranschlagt. Vom Jahre 1910 an soll diese Regelung auch für die Pfalz Platz greifen.
—	730	—		Zu Kap. 3 § 5 Tit. 2. Für das Rangieren der Reichspostwagen in der Station Ritschenhausen ist von der preußischen Eisenbahndirektion Erfurt der Betrag von täglich 2 M zu vergüten.
347,500	—	22,500		Zu Kap. 3 § 5 Tit. 3. Für den von Bahnbeamten geleisteten Post-, Telegraphen- und Telephondienst werden 25 % der Einnahmen vergütet. Die Minderung ergibt sich durch die Trennung des Postdienstes vom Bahndienste bei mehreren Stationen.
3'500,000	—	500,000		Zu Kap. 3 § 6. Der Betrag ist nach dem voraussichtlichen Bauaufwande in den Jahren 1910 und 1911 berechnet worden.
—	—	—		
11'415,500	1'175,730	522,500		
	653,230			
55,000	—	—		Zu Kap. 4 § 2. Durch die Einführung des Staatsbahnwagenverbandes haben sich die für die Bemessung dieser Einnahmen sowie der Ausgaben zu Kap. 9 § 2 in Betracht kommenden Verhältnisse vollständig geändert. Bei der kurzen Zeit, seit der sich der Verband in Kraft befindet, waren völlig zuverlässige Anhaltspunkte für die hierdurch beeinflußten Etatziffern nicht zu gewinnen. Die Gegenüberstellung der Voranschläge zu Kap. 4 § 2 und Kap. 9 § 2 ergibt, daß die Minderung der Ausgaben die Minderung der Einnahmen um den Betrag von 360,000 M übersteigt.
5'400,000	—	4'200,000		
5'455,000	—	4'200,000		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		5			**Erträge aus Veräußerungen.**	
a) 3'561,243 b) 1'109,148 4'670,391	34 64 98		1		Aus dem Verkaufe von Materialien und Materialienabfällen sowie von sonstigen Gegenständen	3'800,000
			2		Aus der Abgabe von Materialien an die Neubauverwaltung, Postverwaltung, fremde Eisenbahnverwaltungen, Privatpersonen:	
a) 340,050 b) 544,499 884,549	13 — 13			1	Von Betriebsmaterialien	317,000
a) 2'620,776 b) 118,504 2'739,281	55 82 37			2	Von Oberbaumaterialien	1,592,000
a) 75,979 b) 863 76,843	80 97 77			3	Von Werkstättematerialien	51,000
a) 308,278 b) 49,761 358,039	01 88 89		3		Aus der Abgabe von Wasser, Gas und elektrischem Strom usw. . .	326,000
a) 6'906,327 b) 1'822,778 8'729,106	83 31 14				Summe Kap. 5	6'086,000
		6			**Verschiedene Einnahmen.**	
a) — b) 12,385 12,385	— 63 63		1		Telegrammgebühren	—
			2		Pächte und Mietzinse sowie wirtschaftliche Nutzungen aus Gebäuden und Grundstücken:	
a) 409,734 b) 55,872 465,606	19 14 33			1	Bahnhofwirtschaften	466,000
a) 686,415 b) 8.279 694,695	85 33 18			2	Dienst- und Mietwohnungen	1,520,000
a) 1'096,150 b) 76,537 1'172,687	04 10 14				Seite	1'986,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
3'320,000	480,000	—	
297,000	20,000	—	
992,000	600,000	—	
36,000	15,000	—	
286,000	40,000	—	
4'931,000	1'155,000	—	
—	—	—	
424,000	42,000	—	
615,000	905,000	—	
1'039,000	947,000	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 5 § 1.

Die Einnahmen sind im allgemeinen nach den Durchschnittsergebnissen für die Jahre 1906—1908 veranschlagt worden; hiebei wurde jedoch berücksichtigt, daß in den Jahren 1910 und 1911 geringere Mengen von alten Oberbaumaterialien anfallen werden, weil weniger Gleise als in der Finanzperiode 1908 und 1909 umgebaut werden. Die Einnahmen der Pfalzbahnen im Jahre 1908 konnten nicht zur Grundlage der für das pfälzische Netz zu veranschlagenden Einnahmen genommen werden, da die vorhandenen Altmaterialien von den Pfalzbahnen vor der Verstaatlichung vertragsgemäß veräußert wurden. Dagegen ist der Reinertrag aus dem Betriebe des Rammelsbacher Steinbruches zu 170,000 ℳ hier veranschlagt.

Zu Kap. 5 §§ 2 und 3.

Auch hier konnten die Einnahmen der Pfalzbahnen zu § 2 Tit. 1 und 2 nicht zum Maßstab für die zu erwartenden Einnahmen genommen werden, da die für den Neubau benötigten Betriebs- und Oberbaumaterialien künftig nicht mehr durch die Eisenbahnbetriebsrechnung geführt, sondern in der Regel unmittelbar auf die Neubaukredite angeschafft werden. Es wurde daher für das pfälzische Netz mangels anderer Anhaltspunkte der für das Jahr 1909 veranschlagte Betrag von 92,000 ℳ angesetzt.

Der Ansatz für das rechtsrheinische Netz entspricht dem Durchschnitt der Einnahmen, die aus der Abgabe von Oberbaumaterialien in den Jahren 1906, 1907 und 1908 angefallen sind, unter Berücksichtigung des Umstandes, daß im Jahre 1908 infolge des Baues der Hauptbahn Mühldorf—Freilassing außergewöhnliche Mengen von Oberbaumaterialien aus Beständen des Betriebes an den Neubau abgegeben werden mußten. Im übrigen sind die Voranschläge nach den Durchschnittsergebnissen der Jahre 1906 bis 1908 berechnet.

Zu Kap. 6 § 2 Tit. 1.

Die Ansätze entsprechen den Einnahmen des Jahres 1908.

Zu Kap. 6 § 2 Tit. 2.

Die Einnahmen sind höher zu bemessen, weil nach Art. 37 des Beamtengesetzes die Beamten, denen eine Dienstwohnung zusteht, an Stelle der bisherigen Kürzung der Bezüge eine auf diesen Titel zu vereinnahmende Mietentschädigung zu entrichten haben.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
a) 1'096,150	04	6			Übertrag	1'986,000
b) 76,537	10					
1'172,687	14					
a) 89,319	87		2	3	Diensträume für Post, Telegraphie, Zoll und Steuer, Polizei ꝛc.	108,000
b) 13,329	46					
102,649	33					
a) 634,362	52			4	Lagerplätze, Grasplätze, Pflanzungen, Aborte, Steinbrüche usw.	1'005,000
b) 529,683	80					
1'164,046	32					
a) 4,206	02		3		Einnahmen aus Brücken- und Fährgeld sowie Werft- und Hafengebühren	124,000
b) 123,644	92					
127,850	94					
a) —	—		4		Pensionsbeiträge	1,380
b) —	—					
—	—					
a) 161,131	64		5		Zinsen und Kursgewinne	250,000
b) 252,553	94					
413,685	58					
a) 455	70		6		Gebühren aus der Verwaltung	400
b) —	—					
455	70					
a) 40,134	80		7		Kaufschillinge von Liegenschaften und Zinsen hieraus	20,000
b) —	—					
40,134	80					
a) 30,208	12		8		Gebühren für Aushang von Anzeigen und Geschäftsempfehlungen . .	28,000
b) 2,579	30					
32,787	42					
a) 251,790	21		9		Ersatzleistungen	162,000
b) 55,612	67					
307,402	88					
a) 80,721	88		10		Übrige Einnahmen	73,000
b) 52,429	44					
133,151	32					
a) 2'388,480	80				Summe Kap. 6	3'757,780
b) 1'106,370	63					
3'494,851	43					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'039,000	947 000	—		
108,000	—	—		
932,000	73,000	—		Zu Kap. 6 § 2 Tit. 4. Die Einnahmen wurden für das rechtsrheinische Netz nach den Ergebnissen des Jahres 1908 unter Berücksichtigung der durchschnittlichen Steigerung der letzten drei Jahre angesetzt. An den Einnahmen der Pfalzbahn im Jahre 1908 mußte der Reinertrag des Rammelsbacher Steinbruches zu 184,110 M 66 Pf. abgezogen werden, da dieser nunmehr an anderer Stelle vorgetragen wird (vgl. Bemerkung zu Kap. 5 § 1).
124,000	—	—		
—	1,380	—		Zu Kap. 6 § 4. Pensionsbeiträge der nicht in den Staatsbahndienst übergetretenen Pfalzbahnbeamten.
152,000	98,000	—		Zu Kap. 6 § 5. Die Erhöhung entspricht den Darlehen an die Baugenossenschaften nach dem für 1910 und 1911 zu gewärtigenden Stande. Die Einnahmen an Zinsen und die Ausgaben für den Geldverkehr mit Banken (Kap. 10 § 7 der Ausgaben), die von den Pfalzbahnen für 1908 verrechnet wurden, kommen vom Jahre 1909 an infolge Einführung des Giroverkehrs mit der K. Bank in Wegfall.
400	—	—		
4,000	16,000	—		Zu Kap. 6 § 7. Die Erträge aus Veräußerungen von Liegenschaften haben bisher den im Budget eingesetzten Betrag von 4000 M erheblich überschritten. Wenn auch mit der Veräußerung von Liegenschaften vorsichtig verfahren wird, kann immerhin der Anfall an Kaufschillingen mit der Hälfte des im Jahre 1908 erreichten Betrages veranschlagt werden.
23,000	5,000	—		Zu Kap. 6 § 8. Veranschlagt nach dem Durchschnitte der Jahre 1906 mit 1908.
142,000	20,000	—		Zu Kap. 6 § 9. Die Umsätze sind nach dem Durchschnitte der Jahre 1906 mit 1908 bemessen, wobei die mehr zufällig angefallenen Ersatzleistungen außer Berechnung gelassen wurden.
73,000	—	—		
2'597,400	1'160,380	—		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Wiederholung der Einnahmen.	
a) 64'055,567	32					
b) 10'186,906	05				Summe Kap. 1	82'900,000
74'242,473	37					
a) 132'134,023	74					
b) 27'655,410	43				" " 2	172'700,000
159'789,434	17					
a) 10'977,355	81					
b) 613,689	82				" " 3	12'068,730
11'591,045	63					
a) 3'277,868	53					
b) 1'917,983	04				" " 4	1'255,000
5'195,851	57					
a) 6'906,327	83					
b) 1'822,778	31				" " 5	6'086,000
8'729,106	14					
a) 2'388,480	80					
b) 1'106 370	63				" " 6	3'757,780
3'494,851	43					
a) 219'739,624	03					
b) 43'303,138	28				**Summe der Einnahmen**	278'767,510
263'042,762	31					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
76'510,000	6'390,000	—		
172'190,000	510,000	—		
11'415,500	653,230	—		
5'455,000	—	4'200,000		
4'931,000	1'155,000	—		
2'597,400	1'160,380	—		
273'098,900	9'868,610	4'200,000	B Ziff. 3 (S. 47)	
	5'668,610			
—22'614,500*	+22'614,500*			* Hälftebetrag der Einnahmen aus den Pfälzischen Eisenbahnen, da hier auf die volle Einnahme abgeglichen wurde, während im Budget für 1908 und 1909 nur die Hälfte veranschlagt ist.
250'484,400	28'283,110			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
a) 49'346,160	94					
b) 6'851,026	97	1			Besoldungen der Beamten	68'592,000
56'197,187	91				Summe Kap. 1 für sich.	
		2			**Diätarische Besoldungen, Tag- und Stücklöhne ausschließlich jener im Bahnunterhaltungs- und Werkstättedienst.**	
a) 243,161	36					
b) 46,620	35		1		Diätarische Besoldungen	120,000
289,781	71					
a) 12'506,864	16					
b) 4'686,704	92		2		Löhne der Gehilfen	18'200,000
17'193,569	08					
a) 4'122,371	70					
b) 110,411	40		3		Dienstaushilfen	4'951,000
4'232,783	10					
a) 16'872,397	22					
b) 4'843,736	67				Summe Kap. 2	23'271,000
21'716,133	89					
		3			**Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**	
a) 546,486	43					
b) 71,578	04		1		Taggelder und Reisekosten	850,000
618,064	47					
a) 171,289	30					
b) 5,499	54		2		Umzugskosten	240,000
176,788	84					
a) 5'392,327	54					
b) 1'173,331	27		3		Fahr-, Stunden- und Nachtgelder	6'617,000
6'565,658	81					
a) —	—					
b) 248,335	23		4		Stundengelder und andere Nebenbezüge	—
248,335	23					
a) 6'110,103	27					
b) 1'498,744	08				Seite	7'707,000
7'608,847	35					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
61'086,650	7'505,350	—	A S. 35–43 B Ziff. 4 (S. 47.)	**Zu Kap. 1.** Hierunter 222,331 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend. Die Bezüge der geprüften Anwärter für den höheren und mittleren Dienst sind hier veranschlagt.
250,000	—	130,000		**Zu Kap. 2 § 1.** Weniger, weil die Bezüge der nicht etatsmäßigen Beamten, die bisher unter diesem Rechnungstitel verausgabt wurden, nunmehr unter Kap. 1 veranschlagt sind.
17'630,000	570,000	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Mehr entsprechend der angenommenen Steigerung der Verkehrseinnahmen, ferner wegen der für einzelne kleinere Orte vorgesehenen Grundlohnerhöhung im Betrage von 40,000 M.
4'280,000	671,000	—		**Zu Kap. 2 § 3.** Mehr entsprechend der angenommenen Steigerung der Verkehrseinnahmen sowie wegen der für einzelne kleinere Orte vorgesehenen Grundlohnerhöhungen im Betrage von 6000 M.
22'160,000	1'241,000	130,000		
	1'111,000			
580,000	270,000	—		**Zu Kap. 3 §§ 1, 3 und 4.** Die für die Vornahme auswärtiger Dienstgeschäfte an bestimmte Klassen von Beamten gewährten Bauschvergütungen haben bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht zur Anrechnung zu kommen. Das gleiche gilt für die Stundengelder, Fahrgelder sowie die Vergütungen an Lokomotivpersonal für Rangierleistungen. Wo jedoch für die betreffende Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen nicht vorgesehen ist, ist von den Fahrgeldern bei Festsetzung der Unfallfürsorgebezüge ein Drittel des während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen. Der gleiche Betrag ist von den an das Lokomotivpersonal für Brennmaterialersparnis gewährten Vergütungen auch dann in Anrechnung zu bringen, wenn für die betreffende Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen vorgesehen ist.
216,000	24,000	—		
6'380,000	237,000	—		**Zu Kap. 3 § 1.** Die Erhöhung ist hauptsächlich dadurch begründet, daß die Reise- und Auszahlaversen nicht mehr unter Kap. 1, sondern unter Kap. 3 § 1 verrechnet werden. Außerdem ist der Etatsatz deshalb höher bemessen, weil infolge Wegfalles der Aspiranten nunmehr Eisenbahnsekretäre zu Dienstaushilfen bei Erkrankungen und Beurlaubungen herangezogen werden, die Taggeldsätze für Eisenbahnsekretäre und technische Sekretäre von 6 auf 7 M erhöht wurden und infolge des Fortgangs der Beförderungen nach dem Organisationsprogramm erhöhte Taggeldsätze anfallen.
—	—	—		
7'176,000	531,000	—		**Zu Kap. 3 § 2.** Mehr, weil sich infolge der durch die Gehaltsordnung eingetretenen Erhöhung der Gehälter auch die Umzugskosten erhöhen. **Zu Kap. 3 §§ 2 und 4.** Mehr wegen der erhöhten Fahrdienstleistungen infolge der Zunahme der Verkehrs.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Ausgabe 1908 rechtsrhein. Netz ℳ	₰	Voranschlag 1910 u. 1911 rechtsrhein. u. pfälzisches Netz ℳ	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
a) 6'110,103 b) 1'498,744 7'608,847	27 08 35	3			Übertrag				7'707,000
a) 540,739 b) 67,477 608,216	42 12 54		4		Vergütungen für Materialersparnisse, für Entdeckung von Radreif-, Achs- und Schienenbrüchen				678,000
a) — b) 32,004 32,004	— 17 17		5		Verlustentschädigungen für Kassenführer				—
a) 5,248 b) 852,796 858,045	73 87 60		6		Außerordentliche Belohnungen				7,000
a) — b) 201,006 201,006	— 84 84		—		Dienstkleidung und Dienstkleider-Entschädigungen				—
a) 6'656,091 b) 2'652,029 9'308,120	42 08 50				Summe Kap. 3				8'392,000
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**				
a) 333,387 b) 4,352 337,739	03 — 03		1		Kosten für den bahnärztlichen Dienst				382,000
a) 20,096 b) 700 20,796	75 — 75		2		Zuschüsse zu Badekuren für erkrankte Beamte				23,000
			3		Ruhegehälter				—
a) — b) 573,900 573,900	— 22 22			1	Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	6'369,435	67	8'390,000	
				2	Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . .	2'493,207	85	3'360,000	
					Summe	8'862,643	52	11'750,000	
a) — b) 2,100 2,100	— — —		—		Zuschüsse zur Lebensversicherungskasse				—
a) 433,316 b) 102,281 535,598	89 71 60		4		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes				775,000
a) 786,800 b) 683,333 1'470,134	67 93 60				Seite				1'180,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
7'176,000	531,000	—		
638,000	40,000	—		
—	—	—		
7,000	—	—		
—	—	—		
7'821,000	571,000	—		
390,000	—	8,000		
23,000	—	—		
1'100,000	—	1'100,000		
—	—	—		
553,000	222,000	—		
2'066,000	222,000	1'108,000		

Zu Kap. 4 § 1.

Die Bauschvergütungen für den bahnärztlichen Dienst im rechtsrheinischen Bayern sind höher zu veranschlagen wegen Aufstellung von Bahnärzten an neuen Bahnstrecken und Vermehrung der Spezialärzte sowie Erhöhung der Vergütungen. Dagegen sind die bisher unter diesem Rechnungstitel vorgesehenen Beträge für Kur- und Heilungskosten bei Betriebsunfällen vor erfolgter Pensionierung, die bisher nur zum Teil und aus Billigkeitsrücksichten ersetzt wurden, nunmehr nach dem Beamtengesetz voll zu ersetzen und unter Kap. 4 § 7 zu verrechnen.

Im pfälzischen Netz kann ein bahnärztlicher Dienst in der gleichen Weise wie im rechtsrheinischen Bayern nicht eingerichtet werden, weil die pfälzischen Ärzte sich nur auf freie Arztwahl einlassen würden. Es wurden daher Bahnärzte nur für den rein amtsärztlichen Teil des bahnärztlichen Dienstes aufgestellt.

Der Betrag von 32,000 M, der dadurch erspart wird, daß das pfälzische Personal freie bahnärztliche Behandlung nicht genießt, wurde für Beihilfen an dieses Personal bei Kap. 4 § 9 — Unterstützungen ꝛc. ꝛc. — vorgesehen.

Zu Kap. 4 § 3.

Der im Etat Nr. 9 für das pfälzische Netz vorgesehene Betrag von 1'100,000 M kommt in Wegfall, weil die Pensionen der Pfalzbahnbeamten im Etat für Pensionen und Unterstützungen veranschlagt sind.

Zu Kap. 4 § 4.

Bei Veranschlagung der Ausgaben ist die regelmäßige Steigerung im rechtsrheinischen Netz berücksichtigt worden. Eine Erhöhung des Etatssatzes ist auch deshalb vorzusehen, weil bei der Betriebskrankenkasse I vom 5. April 1909 ab die Kassenbeiträge von 3 auf 4% des durchschnittlichen Taglohnsatzes erhöht worden sind. Die Betriebskrankenkasse II hat zwar z. Z. noch als Beitrag den Satz von 3% des durchschnittlichen Taglohnes. Da aber voraussichtlich schon für das Jahr 1910 diese Beiträge um 1/2% erhöht werden, ist auch für die Pfalz eine weitere Erhöhung des Zuschusses der Staatseisenbahnverwaltung vorgesehen.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911 ℳ
a) 786,800	67	4			Übertrag	1'180,000
b) 683,333	93					
1'470,134	60					
			5		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der Staatseisenbahnverwaltung:	
a) 261,932	71			1	Abteilung A	374,000
b) 64,837	76					
326,770	47					
a) 424,785	24			2	Abteilung B	1'159,000
b) —	—					
424,785	24					
			6		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze:	
a) 684,136	10			1	Unfallrenten und Krankengeldbeträge	900,000
b) 256,154	04					
940,290	14					
a) 45,791	23			2	Kosten des Heilverfahrens und der Beerdigung	59,000
b) 1,254	55					
47,045	78					
a) 18,800	21		7		Renten für Verwandte der aufsteigenden Linie und elternlose Enkel, Heilungskosten und Sterbegelder auf Grund der Unfallfürsorge-verordnungen	46,000
b) —	—					
18,800	21					
a) 4,384	76		8		Besondere Verwaltungskosten auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes sowie des Invalidenversicherungsgesetzes	8,000
b) —	—					
4,384	76					
a) 242,030	68		9		Unterstützungen an Beamte der Gehaltsklassen 1 bis 14 sowie deren Hinterbliebene	312,000
b) 2,319	50					
244,350	18					
a) 2'468,661	60				Summe Kap. 4	4'038,000
b) 1'007,899	78					
3'476,561	38					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2'066,000	222,000	1'108,000		
346,000	28,000	—		**Zu Kap. 4 § 5.** Der Etatssatz ist unter Berücksichtigung der durchschnittlichen jährlichen Steigerung der letzten Jahre sowie deshalb erhöht worden, weil infolge der seit 1. Januar 1909 eingetretenen Änderungen der Satzungen der Arbeiterpensionskasse B von der Verwaltung das Doppelte des bisherigen Beitrages zu leisten ist.
895,000	264,000	—		
878,000	22,000	—		**Zu Kap. 4 § 6 Tit. 1.** Der Ansatz entspricht der durchschnittlichen Zunahme der Ausgaben in den Jahren 1903 bis 1908 für das rechtsrheinische Netz, während für das pfälzische Netz der gleiche Etatssatz wie für das Jahr 1909 angenommen wurde.
59,000	—	—		
22,000	24,000	—		**Zu Kap. 4 § 7.** Durch das Beamtengesetz ist der Kreis der unfallfürsorgeberechtigten Personen erheblich erweitert worden. Wegen der Kosten des Heilverfahrens vor erfolgter Pensionierung s. die Erläuterungen zu Kap. 4 § 1 der Ausgaben.
8,000	—	—		
280,000	32,000	—		**Zu Kap. 4 § 9.** Vgl. die Bemerkung zu Kap 4 § 1.
4'554,000	592,000	1'108,000		
		516,000		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Für Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände sowie für Beschaffung der Betriebsmaterialien.**	
a) 1'098,424 b) 207,358 1'305,782	49 14 63		1		Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände	1'280,000
			2		Beschaffung der Betriebsmaterialien:	
a) 1'261,767 b) 200,674 1'462,441	17 40 57			1	Drucksachen, Schreib- und Zeichnungsmaterialien	1'310,000
a) 18'943,318 b) 4'455,508 23'398,826	33 24 57			2	Kohlen, Koks und Briketts	26'050,000
a) 3'617,963 b) 794,299 4'412,263	95 05 —			3	Sonstige Betriebsmaterialien	4'670,000
a) 1'755,968 b) 359,462 2'135,431	86 23 09		3		Bezug von Wasser, Gas und elektrischem Strom aus fremden Werken	2'170,000
a) 26'697,442 b) 6'017,302 32'714,744	80 06 86				Summe Kap. 5	35'480,000
		6			**Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der baulichen Anlagen.**	
					a) Kosten der Unterhaltung, Erneuerung und kleinerer Ergänzungen.	
a) 8'067,447 b) 1'507,052 9'574,500	83 64 47		1		Löhne im Bahnunterhaltungsdienst	8'800,000
			2		Beschaffung der Oberbaumaterialien:	
a) 2'789,677 b) 204,680 2'994,357	18 56 74			1	Schienen	1'604,000
a) 2'067,513 b) 114,933 2'182,446	13 14 27			2	Kleineisen	1'223,000
a) 12'924,638 b) 1'826,666 14'751,304	14 34 48				Seite	11'627,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
1'100,000	180,000	—	
1'290,000	20,000	—	
22'300,000	3'750,000	—	
4'300,000	370,000	—	
2'010,000	160,000	—	
31'000,000	4'480,000	—	
9'377,000	—	577,000	B Ziff. 5 (S. 49)
2'100,000	—	496,000	B Ziff. 6 (S. 49)
2'250,000	—	1'027,000	
13'727,000	—	2'100,000	

Erläuterungen

Zu Kap. 5 § 1.

Die Etatssätze sind höher bemessen worden, weil die Reparaturen der in den Vorjahren beschafften Winterschutzkleider größere Kosten verursachen. Außerdem mehren sich die Kosten der Werkzeuge für den Werkstättedienst, dann die Kosten der Ersatzteile für einzelne Ausstattungsgegenstände, die nach Ziff. 36 der Erläuterungen zum Etat für die 29. Finanzperiode nunmehr auf Kap. 5 § 1 — Unterhaltung und Ergänzung der Ausstattungsgegenstände — zu verausgaben sind.

Zu Kap. 5 § 2 Tit. 1.

Mehr, weil in Aussicht genommen ist, die als vorläufig erlassenen Geschäftsordnungen zusammenzufassen und ebenso wie die materiellen Vorschriften als Sammlung neu herauszugeben.

Außerdem erhöhen sich die Kosten infolge der angenommenen Verkehrsmehrung und Erweiterung des Netzes durch den Bau und Betrieb neuer Lokalbahnen.

Zu Kap. 5 § 2 Tit. 2.

Die durchschnittliche Lokomotivleistung in den Jahren 1910 und 1911 ist auf 94 640 000 Lokomotivkilometer berechnet.

Der Aufwand für Lokomotivfeuerung ist nach dem durchschnittlichen Verbrauche von 13,5 t Kohlen für das rechtsrheinische Netz — nach Ruhrkohlen umgerechnet — und 18,2 t Kohlen für das pfälzische Netz — nicht nach Ruhrkohlen umgerechnet — für 1000 Lokomotivkilometer, insgesamt auf 23'850,000 ℳ zu veranschlagen. Die übrigen Aufwendungen für Kohlen, Koks und Briketts (Stationsfeuerung 2c. 2c.) sind mit 2'200,000 ℳ veranschlagt. Hiebei wurde die Preissteigerung der Kohlen berücksichtigt.

Zu Kap. 5 § 2 Tit. 3.

Der Aufwand für Beleuchtungs-, Schmier- und Putzmaterialien hat im Jahre 1908 = 4'412,263 ℳ betragen Im Anschlusse hieran sind in Rücksicht auf die erhöhten Fahrdienstleistungen 4'670,000 ℳ veranschlagt worden.

Zu Kap. 5 § 3.

Der Etatssatz wurde erhöht, weil der Verbrauch an Lokomotivspeisewasser infolge Mehrung der Fahrdienstleistungen steigen wird. Auch werden sich die Kosten für elektrischen Strom durch die weitere Ausdehnung der elektrischen Beleuchtung, besonders im pfälzischen Netz, erhöhen.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
a) 12'924,638	14	6			Übertrag	11'627,000
b) 1'826,666	34					
14'751,304	48					
a) 1'318,207	76		2	3	Weichen	1'080,000
b) 245,451	98					
1'563,659	74					
a) 4'377,108	33			4	Schwellen	2'761,000
b) 621,595	06					
4'998,703	39					
a) 336,102	75			5	Sonstige Oberbaumaterialien	310,000
b) 152,153	71					
488,256	46					
a) 5'010,725	09		3		Sonstige Ausgaben	5'726,000
b) 556,810	67					
5'567,535	76					
a) 1'688,577	86				b) Kosten erheblicherer Ergänzungen	1'000,000
b) 86,222	42					
1'774,800	28					
a) 25'655,359	93				Summe Kap. 6	22'504,000
b) 3'488,900	18					
29'144,260	11					
		7			**Für Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge und der maschinellen Anlagen.**	
a) 7'618,102	32		1		Löhne im Werkstättedienst	10'600,000
b) 2'314,437	90					
9'932,540	22					
a) 5'156,672	90		2		Beschaffung der Werkstättematerialien	6'800,000
b) 1'680,914	–					
6'837,586	90					
a) 674,776	96		3		Sonstige Ausgaben	935,000
b) 48,350	37					
723,127	33					
a) 13'449,552	18				Seite	18'335,000
b) 4'043,702	27					
17'493,254	45					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
13'727,000	—	2'100,000		
1'080,000	—	—	B Ziff. 6 (S. 49)	
3'300,000	—	539,000		
170,000	140,000	—		
6'100,000	—	374,000	B Ziff. 5 (S. 49)	
2'300,000	—	1'300,000		Zu Kap. 6b. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
26'677,000	140,000	4'313,000		
		4'173,000		
10'040,000	560,000	—		Zu Kap. 7 §§ 1 mit 3. (siehe unten)
6'150,000	650,000	—		
830,000	105,000	—		
17'020,000	1'315,000	—		

Zu Kap. 7 §§ 1 mit 3.

Die Etatssätze wurden höher bemessen, weil infolge Vermehrung der Fahrzeuge und Steigerung des Verkehrs auch die Kosten für deren Unterhaltung sich erhöhen.

Nach den Vereinbarungen des Deutschen Staatsbahnwagenverbandes sind die beschädigten Güterwagen der anderen Verbandsbahnen in bayerischen Werkstätten gegen Kostenersatz auszubessern. Den hierdurch erwachsenden Mehrausgaben stehen Mehreinnahmen auf Kap. 3 § 4 Tit. 3 — Vergütungen von fremden Eisenbahnverwaltungen ꝛc. — gegenüber.

Außerdem sind auf Kap. 7 § 1 Lohnerhöhungen im Betrage von 27,000 ℳ vorgesehen; bei Kap. 7 § 2 ist auf die Erhöhung der Materialpreise Rücksicht genommen.

Die Mehrung bei Kap. 7 § 3 ist vorzugsweise infolge der Durchführung von Verbesserungen an dem vorhandenen Fahrmaterial, besonders durch die Einführung der Glühlichtbeleuchtung veranlaßt.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
a) 13'449,552	18					
b) 4'043,702	27	7			Übertrag	18'335,000
17'493,254	45					
			4		Beschaffung ganzer Fahrzeuge:	
a) 2'431,500	—					
b) 178,785	08			1	Lokomotiven	2'125,000
2'610,285	08					
a) —	—					
b) —	—			2	Triebwagen	—
—	—					
a) 3'960,275	—					
b) 23,073	49			3	Personenwagen	2'190,000
3'983,348	49					
a) 2'410,782	—					
b) 60,485	60			4	Gepäck- und Güterwagen	1'050,000
2'471,267	60					
a) 22'252,109	18					
b) 4'306,046	44				Summe Kap. 7	23'700,000
26'558,155	62					
		8			**Für Benützung fremder Bahnanlagen und für Dienstleistungen fremder Beamten.**	
a) 2'107'784	65					
b) —	—		1		Vergütung für gepachtete Bahnstrecken	2'160,000
2'107,784	65					
a) 441,598	88		2		Vergütung für Mitbenützung von Bahnhöfen, Bahnstrecken und sonstigen Anlagen, für Dienstleistungen von Beamten anderer Verwaltungen oder der Besitzer von Anschlußgleisen sowie für Wahrnehmung des Betriebsdienstes auf der eigenen Strecke oder in gemeinsamen Verkehren durch andere Verwaltungen	559,000
b) 69,141	84					
480,740	72					
a) 108,153	54					
b) 35,914	39		3		Vergütung für Verwaltungskosten von Eisenbahnverbänden und Abrechnungsstellen	170,000
144,067	93					
a) —	—					
b) —	—		4		Sonstige Vergütungen	—
—	—					
a) 2'627,537	07					
b) 105,056	23				Summe Kap. 8	2'889,000
2'732,593	30					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
17‘020,000	1‘315,000	—		
3‘090,000	—	965,000	B Ziff. 7 (S. 50)	
—	—	—		
4‘000,000	—	1‘810,000	B Ziff. 8 (S. 50)	
2‘410,000	—	1‘360,000	B Ziff. 9 (S. 50)	
26‘520,000	1‘315,000	4‘135,000		
		2‘820,000		
2‘160,000	—	—		
445,000	114,000	—		Zu Kap. 8 § 2.
145,000	25,000	—		Zu Kap. 8 § 3.
—	—	—		
2‘750,000	139,000	—		

Zu Kap. 8 § 2.

Mehr, weil durch die Aufbesserung der Gehälter der fremden Beamten für Mitbesorgung des bayerischen Dienstes auf den preußischen und sächsischen Anschlußbahnhöfen Mehrkosten erwachsen. Ferner erhöhen sich die Vergütungen für Besorgung des Fahrdienstes zwischen Markt Oberdorf und Kaufbeuren durch die Lokalbahnaktiengesellschaft München. Außerdem ist der Postverwaltung für den Betrieb der Gepäckaufzüge in München HB. eine Vergütung zu leisten.

Zu Kap. 8 § 3.

Durch die Erhöhung der Beamtengehälter erhöhen sich auch die Vergütungen für Verwaltungskosten (vgl. die Einnahmen auf Kap. 3 § 3).

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
		9			**Für Benützung fremder Fahrzeuge.**	
a) 984 b) — 984	— — —		1		Miete und Leihgeld für Lokomotiven	—
a) 5'876,819 b) 1'461,609 7'338,428	21 73 94		2		Miete und Leihgeld für Wagen	3'200,000
a) 5'877,803 b) 1'461,609 7'339,412	21 73 94				Summe Kap. 9	3'200,000
		10			**Verschiedene Ausgaben.**	
			1		Entschädigungen auf Grund der Haftpflichtgesetze.	
a) 346,069 b) 24,876 370,946	66 71 37			1	Einmalige Abfindungen	475,000
a) 383,936 b) 52,375 436,311	26 02 28			2	Fortlaufende Zahlungen	445,000
a) 33,510 b) 8,871 42,381	11 69 80			3	Kosten des Heilverfahrens und der Beerdigung	51,000
			2		Ersatzleistungen, insbesondere:	
a) 375,558 b) 100,478 476,036	82 11 93			1	Für verlorene, verdorbene und beschädigte Transportgegenstände, Ergänzungen beschädigter Verpackungen sowie für Lieferfristüberschreitungen	670,000
a) 84,916 b) 47,464 132,380	— 70 70			2	Sonstige Entschädigungen und Ersatzleistungen	100,000
a) 25,398 b) 42,282 67,680	01 27 28		3		Entschädigungen für Benützung fremder Grundstücke, Miete für Dienstgebäude und Dienstwohnungen	123,000
a) 1'249,388 b) 276,348 1'525,737	86 50 36				Seite	1'864,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
—	—	—		
7'760,000	—	4'560,000		**Zu Kap. 9 § 2.** Vgl. die Bemerkung zu Kap. 4 § 2 der Einnahmen.
7'760,000	—	4'560,000		
475,000	—	—		
445,000	—	—		
51,000	—	—		
240,000	430,000	—		**Zu Kap. 10 § 2 Tit. 1.** Die Ausgaben zu diesem Titel sind seit einer Reihe von Jahren bei allen deutschen Eisenbahnverwaltungen stetig gewachsen. Auch im Jahre 1908 ist der im Etat vorgesehene Betrag erheblich überschritten worden. Da inzwischen neue Tatsachen eingetreten sind, die eine weitere Steigerung dieser Ausgaben zur Folge haben werden (Ausdehnung der Haftungsgemeinschaft im deutsch-italienischen Verkehr und die durch die neue Eisenbahnverkehrsordnung eingeführte unbedingte Haftung bei Lieferfristversäumnis), mußte der Voranschlag auch gegenüber den wirklichen Ausgaben des Jahres 1908 nicht unbedeutend erhöht werden.
100,000	—	—		
80,000	43,000	—		**Zu Kap. 10 § 3.** Mehr hauptsächlich deshalb, weil auf diesen Rechnungstitel die Zinsen und Annuitäten für unkündbare Hypotheken, die auf den an der Landsbergerstraße in München erworbenen Miethäusern lasten, im Betrage von jährlich rund 35,000 ℳ zu verausgaben sind. Ferner erwachsen durch Errichtung weiterer Neubauinspektionen erhöhte Kosten für Mieten.
1'391,000	473,000	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
a) 1'249,388	86	10				
b) 276,348	50				Übertrag	1'864,000
1'525,737	36					
a) 113,954	82					
b) 727,875	38		4		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	180,000
841,830	20					
a) 147,272	01					
b) 13,738	75		5		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	227,000
161,010	76					
a) 877,842	91					
b) —	—		6		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	810,000
877,842	91					
a) 67,464	12					
b) 59,112	47		7		Gebührenbeträge und sonstige Frachtgebühren für dienstliche Sendungen, dann Gerichtskosten und Kosten für Bekanntmachungen	112,000
126,576	59					
a) —	—					
b) 156,148	35		—		Kosten des Geldverkehrs mit Banken	—
156,148	35					
a) 214,072	18					
b) 31,057	52		8		Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben	265,000
245,129	70					
a) 2'669,994	90					
b) 1'264,280	97				Summe Kap. 10	3'458,000
3'934,275	87					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'391,000	473,000	—		
125,000	55,000	—		Zu Kap. 10 § 4. Mehr im Hinblick auf die eintretende Erhöhung von Steuern und Umlagen.
227,000	—	—		
1'858,000	—	1'048,000		Zu Kap. 10 § 6. Der Anfall des Jahres 1908 an Dienstmarken ist weit hinter der für die 29. Finanzperiode 1908 und 1909 vorgesehenen Summe zurückgeblieben.
76,000	36,000	—		Zu Kap. 10 § 7. Die Frachtgebühren für dienstliche Sendungen, die Gerichtskosten und insbesondere die Bekanntmachungskosten sind ebenso wie der Verkehr im Steigen begriffen. Außerdem waren hier die Auslagen, die infolge des durch das Beamtengesetz eingeführten neuen Disziplinarverfahrens erwachsen, vorzusehen. — Vgl. im übrigen Bemerkung zu Kap. 6 § 5 der Einnahmen.
—	—	—		
192,000	73,000	—		Zu Kap. 10 § 8. Die Ausgaben erhöhen sich im wesentlichen durch die Aufwendungen für eine weitere private Fahrkartenausgabe und durch die Gewährung von Tantiemen aus dem Verkaufe von Fahrkarten durch Reiseagenturen und Auskunftsbureaus.
3'869,000	637,000	1'048,000		
		411,000		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Wiederholung der Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
a) 49'346,160	94					
b) 6'851,026	97				Summe Kap. 1	68'592,000
56'197,187	91					
a) 16'872,397	22					
b) 4'843,736	67				" " 2	23'271,000
21'716,133	89					
a) 6'656,091	42					
b) 2'652,029	08				" " 3	8'392,000
9'308,120	50					
a) 2'468,661	60					
b) 1'007,899	78				" " 4	4'038,000
3'476,561	38					
					Sächliche Ausgaben.	
a) 26'697,442	80					
b) 6'017,302	06				Summe Kap. 5	35'480,000
32'714,744	86					
a) 25'655,359	93					
b) 3'488,900	18				" " 6	22'504,000
29'144,260	11					
a) 22'252,109	18					
b) 4'306,046	44				" " 7	23'700,000
26'558,155	62					
a) 2'627,537	07					
b) 105,056	23				" " 8	2'889,000
2'732,593	30					
a) 5'877,803	21					
b) 1'461,609	73				" " 9	3'200,000
7'339,412	94					
a) 2'669,994	90					
b) 1'264,280	97				" 10	3'458,000
3'934,275	87					
a) 161'123,558	27					
b) 31'997,888	11				**Summe der Ausgaben**	195'524,000
193'121,446	38					

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
61'086,650	7'505,350	—		
22'160,000	1'111,000	—		
7'821,000	571,000	—		
4'554,000	—	516,000		
31'000,000	4'480,000	—		
26'677,000	—	4'173,000		
26'520,000	—	2'820,000		
2'750,000	139,000	—		
7'760,000	—	4'560,000		
3'869,000	—	411,000		
194'197,650[1]	13'806,350	12'480,000	B Ziff. 10 (S. 50)	
	1'326,350			
—16'500,830[2]	+16'500,830			
117'696,820	17'827,180			

[1]) 191'397,650 M ursprünglicher Budgetbetrag,
2'800,000 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
194'197,650 M Summe wie neben.

[2]) Hälftebetrag der Ausgaben auf die Pfälzischen Eisenbahnen, da hier auf die volle Ausgabe abgeglichen wurde, während im Budget für 1908 und 1909 nur die Hälfte veranschlagt ist.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 a) rechtsrheinisches b) pfälzisches Netz		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
M	₰					M
					Abgleichung zum Etat Nr. 8	
a) 219'739,624	03					
b) 43'303,138	28					
263'042,762	31				**Einnahmen**	278'767,510
a) 161'123,558	27					
b) 31'997,888	11					
193'121,446	38				**Ausgaben**	195'524,000
a) 58'616,065	76					
b) 11'305,250	17					
69'921,315	93				**Reineinnahme**	83'243,510*

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
				Außerdem sind im Etat Nr. 31 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen auf Rechnung des Etats der Staatseisenbahnen vorgesehen:
250'484,400	28'283,110	—		1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten 8'390,000 M 2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 3'360,000 M Summe 11'750,000 M
177'696,820	17'827,180	—		Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . 195'524,000 M Summe der Ausgaben auf den Etat der Staatseisenbahnen im ordentlichen Budget . . . . 207'274,000 M
72'787,580	10'455,930	—		Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — (hierüber werden dem Landtage Nachtragsetats zugehen) Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Staatseisenbahnen . . . . 207'274,000 M

*) Aus der veranschlagten Reineinnahme von . . . . 83'243,510 M
sind zu bestreiten:
für Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Eisenbahnschuld 68'468,975 M
Pensionen und Unterhaltsbeiträge . . . . 11'750,000 M
Summe 80'218,975 M,
so daß als eigentliche Reineinnahme verbleiben . . . . 3'024,535 M.

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 6. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommen bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
4	Ministerialdirektoren . . .	2						
	Präsidenten der Eisenbahndirektionen	6						
		8	12000	96,000	2,400[1]			[1]) Zulage für den als Staatsrat i. o. D. mit der Vertretung des Staatsministers betrauten Ministerialdirektors, die weiter in der Spalte „Nebenbezüge" ausgewiesenen Beträge sind ausnahmslos örtliche Zulagen.
5	Ministerialräte	13[2])	8400 bis 10200	113,400	—			[2]) Die bisher im Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten vorgesehene Ministerialratstelle soll in den Eisenbahnetat übertragen werden.
6	Oberregierungsräte (einschl. Generaldirektionsräte) .	30	7200 bis 7800	235,000	—			
7	Regierungsräte	111[3])	6000 bis 7500	783,500	—			[3]) 1 Regierungsratstelle ist vom Kanaletat in den Eisenbahnetat übertragen worden — Vgl. Beil. 532 S. 991 z. d. Verh. d. K. d. Abg. 1908 Bd. III.
9	Direktionsräte, Oberinspektoren, Oberbauinspektoren, Obermaschineninspektoren, Oberarzt	223[4])						[4]) Die beim Bodenseeetat entbehrliche Oberinspektorstelle ist im Eisenbahnetat als Mehrung vorgesehen worden.
	Obergeometer	6[5])						[5]) 1 Stelle für einen Obergeometer als Vorstand des Messungsbureaus der D. Ludwigshafen mehr gegen Einziehung einer Eisenbahngeometerstelle der Klasse 12.
		229	5300 bis 6300	1'395,200	2,664			
11	Direktionsassessoren, Inspektoren . .	114[6])	4600 bis 5600	584,900	900			[6]) 63 Stellen der Klasse 11 weniger infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.
12	Eisenbahnassessoren . . .	32[7])						[7]) 3 Eisenbahnassessoren mehr, dagegen 3 Offiziale weniger.
	Offiziale	—						
	Eisenbahngeometer . . .	25[8])						[8]) 1 Eisenbahngeometerstelle weniger, dagegen eine Obergeometerstelle — Klasse 9 — mehr, ferner 2 Eisenbahngeometerstellen weniger infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.
	Chemiker	1						
		58	3000 bis 5000	204,000	—			
13	Oberbahnverwalter . . . (einschl. der technischen Oberbahnverwalter)	27[9])	5400	145,800	—			[9]) Die neu vorgesehenen 13 Oberbahnverwalterstellen sind für Beamte bestimmt, die auf wichtigen Posten des mittleren Dienstes verwendet sind.
	Seite	590		3'557,800	5,964			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	590		3'557,800	5,964		
14	Bahnverwalter (einschl. der technischen Bahnverwalter)	1687[1]	3000 bis 5100	6'757,200	9,120		
16	Technische Eisenbahnsekretäre	252[2]					
	Oberbahnmeister . . .	132[3]					
		384	2400 bis 3900	1'149,000	2,400		
17	Eisenbahnsekretäre	4348[4]	1800 bis 3300	12'161,700	21,600		
18	Oberwerkführer	276[5]					
	Oberstationsmeister . . .	150					
	Bahnmeister	195[6]					
	Oberwagenmeister	40[7]					
	Oberrangiermeister . . .	180					
	Technische Oberassistenten .	214					
		1055	2250 bis 3000	2'667,450	2,880		
	Seite	8064		26'293,150	41,964		

Erläuterungen

[1]) 3 Bahnverwalterstellen als Mehrung. Von den bisher im Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten vorgesehenen 3 Bahnverwalterstellen ist eine Stelle auf den Eisenbahnetat übernommen worden; ferner sind die in dem Ministerialetat ausgewiesenen 2 Sekretärstellen als Bahnverwalterstellen in den Eisenbahnetat übertragen worden.

[2]) Die auf S. 981 d. Beil. 532 z. d. Verh. d. K. d. Abg. 1908 Bd. III ausgewiesenen 2 Geometerstellen sind in Stellen für technische Eisenbahnsekretäre umgewandelt worden; ferner 20 technische Eisenbahnsekretärstellen weniger infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.

[3]) 20 Oberbahnmeisterstellen mehr zur Besetzung von wichtigen Bahnmeistereien mit Oberbahnmeistern gegen Einziehung von 20 Bahnmeisterstellen der Kl. 18 (s. Ziff. 6 der Erl.).

[4]) 200 Eisenbahnsekretärstellen weniger infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung.

[5]) 41 Oberwerkführerstellen als Mehrbedarf. Zur Durchführung plangemäßer Postenbesetzung im Betriebs- und im Werkstättedienste sind zusammen 42 Stellen mehr erforderlich, wogegen im telegr. techn. Dienste eine nicht mehr benötigte Stelle eingezogen werden kann.

[6]) 27 Bahnmeisterstellen weniger. Im rechtsrheinischen Netz sollen 20 Stellen in Stellen der Kl. 16 umgewandelt werden (s. Ziff. 3 der Erl.); ferner sind von den im Etat der Pfälzischen Eisenbahnen vorgesehenen 47 Stellen nur 36 erforderlich. Da sich jedoch im rechtsrheinischen Netz infolge Eröffnung neuer Linien (Mühldorf–Freilassing und Langenbach—Au) eine Mehrung der Bahnmeistereien um 4 ergab, können nur 27 Bahnmeisterstellen eingezogen werden.

[7]) 3 Oberwagenmeisterstellen, die durch Einführung des Staatsbahnwagenverbandes im rechtsrheinischen Netz entbehrlich geworden sind, können eingezogen werden.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	8064		26'293,150	41,964		
19	Kanzlisten	22					
	Oberpackmeister	82					
	Gasmeister	4[1]					
	Poliere	5[2]					
		113	2100 bis 2850	269,100	720		
20	Oberlokomotivführer	1516[3]	1950 bis 2700	3'626,850	3,600		
21	Boten d. Staatsministeriums	12[4]					
	Zeichner und Bauassistenten	240[5]					
	Zugführer	769					
	Wagenmeister	194[6]					
		1215	1800 bis 2550	2'597,550	3,420		
22	Steindrucker des Staatsministeriums	9					
	Werkführer	226[7]					
	Geldzähler	13[8]					
	Stationsmeister	475					
	Rangiermeister	558					
	Turmwärter	470					
	Oberportiers	8					
	Imprägniermeister	—[9]					
		1759	1800 bis 2300	3'448,900	6,120		
	Seite	12667		36'235,550	55,824		

Erläuterungen

[1]) 1 Gasmeisterstelle Mehrbedarf zur plangemäßen Besetzung des Postens des Leiters der Gasanstalt in Ludwigshafen.

[2]) Die vorhandenen Paliere werden, soweit erforderlich, bei ihrem Abgange durch Beamte der Kl. 21 (Bauassistenten) ersetzt; die derzeit erledigten 5 Stellen sind einzuziehen.

[3]) 57 Oberlokomotivführerstellen Mehrbedarf wegen vermehrter Zugleistungen im rechtsrheinischen Netz, dann zur Regelung der Dienstverhältnisse der pfälzischen Lokomotivführer (Art. 5 der Übernahmsgrundsätze).

[4]) 4 Ministerialbotenstellen sind von den 6 bisher im Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten vorgesehenen Stellen auf den Eisenbahnetat übernommen worden.

[5]) 53 Stellen weniger. Im rechtsrheinischen Netz sind infolge der Neuordnung der Verkehrsverwaltung 55 Stellen verfügbar geworden, wogegen für die Pfalz zur programmgemäßen Besetzung der Posten 2 Stellen mehr benötigt sind.

[6]) 6 Wagenmeisterstellen weniger. Im rechtsrheinischen Netz sind 12 Stellen durch die Einführung des Staatsbahnwagenverbandes entbehrlich geworden, während für die Pfalz 6 Stellen mehr erforderlich sind zur programmgemäßen Postenbesetzung.

[7]) 35 Werkführerstellen Mehrbedarf zur Durchführung plangemäßer Postenbesetzung und zur Regelung der Dienstverhältnisse des Personals in der Pfalz; hierunter 1 Stelle für den Schwellenwerkdienst als Ersatz für eine der entfallenden Imprägniermeisterstellen (s. Ziff. 9 der Erl.).

[8]) 1 Geldzählerstelle entbehrlich.

[9]) 2 Imprägniermeisterstellen kommen in Wegfall; davon ist jedoch 1 Stelle in eine Werkführerstelle für den Schwellenwerkdienst umgewandelt worden (s. Ziff. der Erl.).

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	12667		36'235,550	55,824		
23	Bureau- und Magazinsassistenten	322[1]					
	Amtsgehilfen . . .	7[2]					
		329	1500 bis 2250	548,400	1,080		
24	Packmeister	605					
	Lokomotivführer . .	1144[3]					
	Wagenwärter . . .	700[4]					
		2449	1700 bis 2200	4'604,200	8,640		
25	Direktionsdiener . .	210					
	Stationsaufseher . .	900[5]					
	Zugspackmeister . .	122[6]					
	Packer im Stationsdienst	203[7]					
	Schaffner	1134[8]					
	Lokomotivheizer . .	2576[9]					
	Fahrkartendrucker . .	8[10]					
	Steindrucker	17[11]					
	Weichensteller . . .	2046[12]					
	Vorarbeiter	1068[13]					
		8284	1500 bis 2000	14'352,300	39,960		
	Seite	23729		55'740,450	105,504		

Erläuterungen

[1]) 100 Stellen Mehrbedarf zur plangemäßen Besetzung höherwertiger Posten, dagegen Minderung bei Kl. 26 (s. Erl. Ziff. 1 S. 40).

[2]) Die durch Abgang freigewordenen 8 Amtsgehilfenstellen sind einzuziehen.

[3]) 62 Lokomotivführer Mehrbedarf wegen erhöhter Zugleistungen im rechtsrheinischen Bayern, dann zur Deckung des Bedarfs für neue Lokalbahnen und zur Regelung der Dienstverhältnisse des pfälzischen Lokomotivpersonals.

[4]) 5 Wagenwärterstellen können als entbehrlich eingezogen werden.

[5]) 207 Stationsaufseherstellen Mehrbedarf wegen fortschreitender Vereinfachung der Stationsbesetzung. Dagegen können 153 Stationsdienerstellen der Kl. 27 eingezogen werden (s. Ziff. 6 S. 40 der Erl.).

[6]) 12 Zugspackmeisterstellen Mehrbedarf zur plangemäßen Postenbesetzung; hievon können 10 Stellen aus der Kl. 27 gewonnen werden (Ziff. 3 S. 40 der Erl.).

[7]) 12 Packerstellen im Stationsdienste Mehrbedarf zur Regelung der Dienstverhältnisse des pfälzischen Personals.

[8]) 40 Schaffnerstellen Minderbedarf wegen Ausdehnung der Einrichtung leichter Züge im rechtsrheinischen Bayern.

[9]) 136 Lokomotivheizerstellen Mehrbedarf wegen Erhöhung der Fahrdienstleistungen im rechtsrheinischen Netz, dann für die neu zu eröffnenden Lokalbahnen endlich zur Regelung der Dienstverhältnisse des pfälzischen Personals.

[10]) 9 Fahrkartendruckerstellen Minderung wegen Überführung in Kl. 22 als Werkführer (s. Ziff. 7 S. 38 der Erl.)

[11]) 4 Steindruckerstellen Mehrbedarf; zur plangemäßen Postenbesetzung sind 5 Stellen benötigt, eine Stelle Minderung wegen Umwandlung in eine Werkführerstelle der Kl. 22 (s. Ziff. 7 S. 38 der Erl.).

[12]) 36 Weichenstellerstellen Mehrbedarf zur Regelung der Dienstverhältnisse des pfälzischen Personals.

[13]) 45 Vorarbeiterstellen Minderbedarf. Im Rangierdienst sind verfügbar wegen Änderung der Postenbesetzung im rechtsrheinischen Bayern 18, in der Pfalz 22 = 40 Stellen;
dagegen erforderlich für die Regelung der Dienstverhältnisse des pfälzischen Personals 15 Stellen,
daher Minderbedarf 25 Stellen.

Bei der Bahnunterhaltung können entbehrt werden wegen Minderung der Arbeiterpartien und Überführung der pfälzischen Stellwerkschlosser in Kl. 22 20 Stellen, daher insgesamt entbehrlich 45 Stellen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	23729		55'740,450	104,504			
26	Kanzlei- und Magazinsgehilfen	335[1]	1200 bis 1950	468,750	2,700			
27	Heizer	60[2]						
	Packer im Fahrdienst	70[3]						
	Wagenwärtergehilfen	2739[4]						
	Portiers	87[5]						
	Stationsdiener	2938[6]						
	Bahnsteigschaffner	244[7]						
	Maschinenwärter	94[8]						
	Streckenwärter	635						
	Blockwärter	216						
	Nachtwächter	66[9]						
		7149	1400 bis 1900	11'390,300	12,420			
	Seite	31213		67'599,500	120,624			

[1]) 70 Stellen Minderbedarf. Unter Berücksichtigung der erwartungsgemäßen Abgänge und der in Aussicht genommenen Vorrückungen von Beamten der Kl. 26 in die Kl. 23 (s. Erl. Ziff. 1 S. 39) werden im rechtsrheinischen Bayern 113 Stellen verfügbar; zur Durchführung einer plangemäßen Postenbesetzung in der Pfalz sind jedoch 43 Stellen wieder benötigt, so daß im ganzen 70 Stellen eingezogen werden können.

[2]) 5 Heizerstellen mehr benötigt zur plangemäßen Postenbesetzung.

[3]) 10 Packerstellen im Fahrdienste verfügbar wegen Entfallens von Fahrdienstleistungen im rechtsrhein. Bayern, wogegen 10 Stellen in der Kl. 25 — Zugspackmeister — für die Pfalz benötigt sind (s. Ziff. 6 S. 39 der Erl.).

[4]) 95 Wagenwärtergehilfenstellen Mehrbedarf zur Regelung der Dienstverhältnisse des pfälzischen Personals.

[5]) 5 Portierstellen können wegen Änderung des Postenbesetzungsplanes eingezogen werden.

[6]) 29 Stationsdienerstellen Minderung. Im rechtsrheinischen Bayern können infolge der fortschreitenden Vereinfachung der Stationsbesetzung 153 der seither vorgesehenen Stellen entbehrt werden, die jedoch wiederum zur Deckung des Mehrbedarfs an Stationsaufseherstellen der Kl. 25 dienen sollen (s. Ziff. 5 S. 39 der Erl.). Andrerseits sind zur Regelung der Dienstverhältnisse des pfälzischen Personals mehr erforderlich 124 Stellen. Es können daher 29 Stellen eingezogen werden.

[7]) 26 Bahnsteigschaffnerstellen Minderbedarf. Wegen anderweitiger Postenbesetzung im rechtsrheinischen Bayern werden 40 Stellen verfügbar; von diesen sind jedoch 14 Stellen für die plangemäße Postenbesetzung in der Pfalz benötigt; es können daher 26 Stellen zur Einziehung gelangen.

[8]) 12 Maschinenwärterstellen können wegen Änderung des Postenbesetzungsplanes eingezogen werden.

[9]) 13 Nachtwächterstellen können wegen Änderung des Postenbesetzungsplanes eingezogen werden.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	31213		67'599,500	120,624			
28	Bureaudiener	88 [1]	1300 bis 1800	127,000	180			[1]) 20 Bureaudienerstellen Minderbedarf. Durch die Neuordnung der Verkehrsverwaltung sind im rechtsrheinischen Netz 30 Stellen entbehrlich geworden; hievon sind jedoch 10 Stellen zur plangemäßen Postenbesetzung in der Pfalz benötigt; es können somit 20 Stellen eingezogen werden.
29	Kanzlei- und Telegraphenassistentinnen	48 [2]	1200 bis 1500	65,200	—			[2]) Von den in der Pfalz im Kanzlei- und Telegraphendienst vorhandenen weiblichen Arbeitskräften waren nach Maßgabe der Übernahmsgrundsätze für das Personal der vorm. Pfalzbahnen und des Beamtengesetzes 40 als Beamtinnen der Kl. 29 in den Staatseisenbahndienst zu übernehmen. Zur Durchführung der plangemäßen Postenbesetzung werden in der Finanzperiode 1910 und 1911 weitere 8 Stellen erforderlich.
30	Bahnwärter, Schrankenwärter	1812 [3]	1200 bis 1600	2'533,250	900			[3]) 39 Stellen Minderbedarf. Im rechtsrheinischen Bayern werden wegen fortschreitender Trennung des Schranken- und Streckendienstes, dann wegen Beseitigung schienengleicher Wegübergänge 115 Stellen verfügbar; hievon sind jedoch wieder 76 Stellen zur Regelung der Verhältnisse des pfälzischen Personals in Anspruch zu nehmen, so daß nur 39 Stellen eingezogen werden können.
	Summe a	33,161	—	70'324,950	121,704	222,331	70'668,985	Bei Überführung eines Packers im Stationsdienste (Kl. 25) zum Packer im Fahrdienste (Kl. 27), dann eines Packmeisters (Kl. 24) zum Zugspackmeister (Kl. 25) oder umgekehrt wird der Gehalt so berechnet, wie wenn der zu Überführende schon von seinem Eintritte in eine etatsmäßige Stelle des Packerdienstes an ausschließlich im Fahrdienste bezw. im Stationsdienste verwendet gewesen wäre.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	76,000	—	—	76,000	Bei Verwendung eines Wagenwärters im Wagenaufsichtsdienste erhöht sich der Gehalt auf die Dauer dieser Verwendung um den jährlichen Betrag von 150 M; bei Beförderung eines Wagenwärters zum Wagenmeister wird der um 150 M erhöhte Wagenwärtergehalt der Gehaltsermittlung nach Art. 30 Abs. 1—3 des Beamtengesetzes zu Grunde gelegt.
	Seite	33161		70'400,950	121,704	222,331	70'744,985	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	33161		70'400,950	121,704	222,331	70'744,985
	c. Bezüge der nicht übergetretenen Beamten der vormaligen Pfalzbahnen. .	—	—	27,015	—	—	27,015
	Summe	33161	—	70'427,965	121,704	222,331[1]	70'772,000
	Pauschalabstrich			2'180,000			2'180,000[2]
	Summe: Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:	33161		68'247,965	121,704	222,331	68'592,000
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	32810[3]					58'286,650[3]
		170[3]					
		32980					
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					2'800,000
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	32980					61'086,650
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	181					7'505,350
	Hiezu: zur Herstellung des ganzjährigen Bedarfes für 1910 und 1911 Ergänzung der Willigung aus Etat 34						2'800,000
	Ganzjähriger Mehrbedarf 1910 und 1911						10'305,350
	Hievon ab: der auf das Pfälzische Netz entfallende Mehrbedarf für 1910 und 1911 . .						1'502,190*
	Verbleibt Mehrbedarf 1910 und 1911 für das rechtsrheinische Netz						8'803,160

Erläuterungen

[1]) Künftig wegfallend.

[2]) Bei der Berechnung der Gehaltsbezüge ist angenommen worden, daß die vorgesehenen Stellen während des ganzen Jahres besetzt sind. Die erledigten Stellen können jedoch nicht immer sofort besetzt werden. Es darf angenommen werden, daß ungefähr 1120 Stellen fortwährend nicht mit etatsmäßigem Personal besetzt sind, weshalb hiefür der Betrag von 2'180,000 M abgesetzt worden ist.

[3])
2 233 Beamte m. 8'809,018 M Bez. nach Anl. A
30 577 Beamte m. 49'477,632 M Bez. nach Anl. B
32 810 Beamte m. 58'286,650 M Bez.
Nach Gesamtbeschluß der beiden Kammern wurden noch weiter genehmigt:
als Mehrung 70 Lokomotivheizerstellen (Kl. 25)
und 100 Wagenwärtergehilfenstellen (Kl. 27)
zusammen 170 Stellen, für die Mittel nicht bewilligt worden sind.

*) Dieser Mehrbedarf berechnet sich, wie folgt:
Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 9'818,850 M
Budgetbetrag für 1909 8'316,660 M
Verbleibt Mehrbedarf für 1910 und 1911 w. n. 1'502,190 M

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag						8'803,160	
	Hiezu: Ursprünglicher Budgetbetrag für 1908 und 1909 — rechtsrheinisches Netz — . . .						49'969,990	
	Summe Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 — rechtsrheinisches Netz — . . .						58'773,150	
	Ab: Aufwand für 1909 an Besoldung für die Beamten des rechtsrheinischen Netzes infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse						58'086,000	
	Verbleibt als weiterer Mehrbedarf für 1910 und 1911 gegenüber 1909						687,150	
	Hievon sind abzusetzen: Bezüge der nichtetatsmäßigen Beamten, die bisher auf Kap. 2 § 1 der Eisenbahnbetriebsrechnung — diätarische Besoldungen — verrechnet wurden und in dem Aufwand für 1909 zu 58'086,000 M. nicht enthalten sind						76,000	
	Verbleibt						611,150	
	Dagegen sind hinzuzurechnen Reiseaversen, die in dem Aufwand für 1909 zu 58'086,000 M. eingerechnet sind und nunmehr auf Kap. 3 § 1 der Eisenbahnbetriebsrechnung verausgabt werden						66,960	
	Summe						678,110	
	die durch den Mehrbedarf an Gehaltsvorrückungen gedeckt ist.							

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Erläuterungen.

Allgemeine Bemerkungen.

1. Der Etat der Einnahmen und Ausgaben der Staatseisenbahnen für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 hat sich auch auf die linksrheinischen Linien zu erstrecken, die durch die am 1. Januar 1909 in Kraft getretene Verstaatlichung der Pfälzischen Eisenbahnen dem Staatseisenbahnnetze einverleibt worden sind. Die Voranschläge, die für das rechtsrheinische Netz — bisher Etat Nr. 8 — und das pfälzische Netz — übergangsweise Etat Nr. 9 — in einer Summe zusammengefaßt sind, wurden unter Zugrundelegung der Rechnungsergebnisse des Jahres 1908 aufgestellt. Hiebei sind jedoch alle Umstände, die auf die Gestaltung der Etatziffern einen Einfluß haben, soweit sie überhaupt vorausgesehen werden konnten, berücksichtigt worden.

2. Der wirtschaftliche Niedergang, der im Jahre 1908 eingetreten und insbesondere durch Mindereinnahmen des Güterverkehrs zum Ausdruck gekommen ist, scheint allmählich wieder normalen Verhältnissen Platz zu machen. Es konnten daher die Verkehrseinnahmen namentlich im Personenverkehr, der von dem Rückschlage überhaupt weniger betroffen wurde, sogar höher als in der Finanzperiode 1908 und 1909 veranschlagt werden, wenn auch bei dem Umstande, daß die allgemeine Wirtschaftslage immerhin noch nicht genügend gefestigt erscheint, Vorsicht und Zurückhaltung in der Veranschlagung der Einnahmen geboten war.

3. Auch die übrigen Einnahmen sind in den durch die Verhältnisse bedingten mäßigen Grenzen höher als in der vorigen Finanzperiode bemessen worden.

4. Durch die Einführung der Deutschen Güterwagengemeinschaft am 1. April 1909 sind die Grundlagen für die Veranschlagung der Etatsätze zu Kap. 4 § 2 der Einnahmen und Kap. 9 § 2 der Ausgaben — Miete und Leihgeld für Wagen — völlig verschoben worden. Da zur Zeit der Aufstellung des Etats noch die erforderlichen Erfahrungen über die finanzielle Wirkung der Güterwagengemeinschaft fehlten, mußten die Sätze sowohl in Einnahme als in Ausgabe möglichst vorsichtig gegriffen werden.

5. Das Beamtengesetz und die neue Gehaltsordnung haben auf den Personalbedarf zu Kap. 1 der Ausgaben einen sehr fühlbaren, übrigens nicht unerwarteten Einfluß ausgeübt. Der erheblichen Steigerung der Personalausgaben, die durch das Beamtengesetz und die Gehaltsordnung bedingt ist, konnte einigermaßen durch Einsparungen bei der Stellenfestsetzung entgegengewirkt werden.

6. Während einerseits nur mit einer verhältnismäßig geringen Verkehrszunahme zu rechnen ist, weisen namentlich die Personalausgaben eine ganz bedeutende Steigerung auf. Hieraus folgert sich das unabweisbare Gebot, alle diejenigen Ausgaben, die nicht von vorneherein festgelegt sind, auf das dringendste Bedürfnis zu beschränken.

7. Für Lohnerhöhung sind in den vorhergegangenen Finanzperioden beträchtliche Mittel bereitgestellt worden. Trotz der ungünstigen Finanzlage ist auch diesmal ein Betrag von jährlich 100,000 ℳ vorgesehen, um für einige kleinere Orte die wünschenswerten Lohnregelungen durchführen zu können. Andererseits sind in das außerordentliche Budget erhebliche Summen eingestellt, um den erfolgreich beschrittenen Weg der Wohnungsfürsorge weiter zu verfolgen und auf diese Weise insbesondere den Taglohnbediensteten eine ausgiebigere und nachhaltige wirtschaftliche Verbesserung zu gewähren.

8. Die Betriebslänge der K. B. Staatseisenbahnen — rechtsrheinisches und pfälzisches Netz — wird mit Hinzurechnung der im Laufe des Jahres 1909 eröffneten und noch zur Eröffnung gelangenden Lokalbahnstrecken, nämlich:

Beilngries—Dietfurt	mit	$9_{,82}$	km
Kempten—Sibratshofen	„	$25_{,42}$	„
Reuth—Erbendorf	„	$6_{,54}$	„
Obernburg—Heimbuchenthal	„	$16_{,89}$	„

am 31. Dezember 1909 . . . . . . $7742_{,89}$ km betragen.

Im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 werden voraussichtlich die nachbezeichneten Lokalbahnstrecken mit den beigesetzten Längen eröffnet werden, nämlich:

im Frühjahr 1910 die Lokalbahn	Lampertsmühle—Otterberg	mit	3,98 km
„ Sommer „ „ „	Amberg—Schmidmühlen	„	23,72 „
„ „ „ „ „	Naila—Schwarzenbach	„	9,70 „
„ Herbst „ „ „	Obernzell—Wegscheid (Reststrecke)	„	21,05 „
„ „ „ „ „	Schongau—Peißenberg	„	15,35 „
„ „ „ „ „	Gundelfingen—Landesgrenze	„	5,96 „
„ „ „ „ „	Pfaffenhausen—Krumbach	„	17,20 „
„ „ „ „ „	Simbach—Tutting (Teilstrecke)	„	19,60 „
„ „ „ „ „	Schliersee—Bayerischzell	„	16,71 „
„ „ „ „ „	Trostberg—Garching	„	12,48 „
„ „ „ „ „	Nürnberg Nwbf.—Großreuth	„	2,48 „
„ „ „ „ „	Neuses—Weißenbrunn	„	5,53 „
„ „ „ „ „	Untersteinach—Stadtsteinach	„	4,10 „
„ „ „ „ „	Waldkirchen—Haidmühle—Landesgrenze	„	24,72 „
„ „ „ „ „	Dannstadt—Meckenheim	„	5,25 „
„ Frühjahr 1911 „ „	Tutting—Kößlarn (Reststrecke)	„	9,67 „
„ „ „ „ „	Breitengüßbach—Dietersdorf	„	31,84 „
„ „ „ „ „	Stadtprozelten—Landesgrenze b/Wertheim	„	8,57 „
„ Sommer „ „ „	Floß-Floßenbürg	„	6,23 „
„ „ „ „ „	Wunsiedel—Leupoldsdorf	„	6,66 „
„ Herbst „ „ „	Ebermannstadt—Heiligenstadt	„	10,70 „
„ „ „ „ „	Kalteneck—Eging (Teilstrecke)	„	23,34 „
„ „ „ „ „	Aschaffenburg—Höchst	„	31,55 „
„ „ „ „ „	Kaiserslautern—Waldfischbach	„	22,54 „
„ „ „ „ „	Kaltenbach—Bundenthal	„	14,22 „

Hierdurch werden die K. B. Staatseisenbahnen — rechtsrheinisches und pfälzisches Netz — bis zum Schlusse der Finanzperiode 1910 und 1911 eine Betriebslänge von 8101,01 km erreichen. Die durchschnittliche Betriebslänge berechnet sich auf 7916,55 km oder rund 7917 km und übersteigt die durchschnittliche Betriebslänge des Jahres 1908 mit 7459,78 km, oder rund 7460 km um 457 km oder 6,13 %.

Von der durchschnittlichen Betriebslänge zu 7916,55 km treffen 7762,38 km gemeinschaftlich auf den Personen- und Güterverkehr, während 24,28 km nur dem Personenverkehr und 129,89 km nur dem Güterverkehr dienen.

Einnahmen.

Verkehrseinnahmen im allgemeinen.

Bei der Veranschlagung der Verkehrseinnahmen ist von den Ergebnissen des Jahres 1908 ausgegangen worden.

Die bisher übliche Berechnung nach der durchschnittlichen Verkehrssteigerung in den vorausgegangenen Jahren konnte nicht angewendet werden, weil im Jahre 1908 der wirtschaftliche Niedergang eingetreten ist und infolge hievon die Verkehrseinnahmen insbesondere im Güterverkehr gegenüber dem Voranschlage für 1908 und 1909 zurückgeblieben sind.

Aus den Ergebnissen der ersten sechs Monate des Jahres 1909 ist eine Besserung der wirtschaftlichen Lage zu entnehmen. Insbesondere bei dem rechtsrheinischen Netze mehren sich die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr; auch der Güterverkehr zeigt eine allmähliche Zunahme.

Im pfälzischen Netze weisen die Ergebnisse des gleichen Zeitraumes eine mäßige Erhöhung im Personen- und Gepäckverkehr auf; die Einnahmen aus dem Güterverkehr haben zwar jene des Jahres 1908 noch nicht erreicht, jedoch ist auch hier eine Besserung nicht zu verkennen.

1.

Kap. 1. Personen- und Gepäckverkehr.

Die Einnahmen aus dem Personen- und Gepäckverkehr haben im Jahre 1908

im rechtsrheinischen Netz den Betrag von	64'055,567 ℳ 32 ₰
„ pfälzischen „ „ „ „	10'186,906 ℳ 05 ₰

erreicht.

An den Einnahmen des rechtsrheinischen Netzes ist die durch die Ausstellung in München hervorgerufene Einnahme, an den Einnahmen für beide Netze die Einnahme für den Schalttag zu kürzen. Die hiernach verbleibenden Beträge bilden die Grundlage für die Berechnung der voraussichtlichen Einnahmen der Jahre 1909, 1910 und 1911.

Für das rechtsrheinische Netz konnte für die Jahre 1909 mit 1911 je eine 5%ige Verkehrssteigerung angenommen werden, wobei noch die Einnahmen aus dem im Jahre 1910 stattfindenden Oberammergauer Passionsspiele, ferner die Einnahmen der in den Jahren 1910 und 1911 in Betrieb zu nehmenden Lokalbahnen zu berücksichtigen waren.

Für das pfälzische Netz ist eine Mehrung der Einnahmen im Jahre 1909 gegenüber 1908 von 2% und für die Jahre 1910 und 1911 eine 4%ige Zunahme in Ansatz gebracht, außerdem die Einnahme aus den in Betrieb zu nehmenden Lokalbahnen sowie aus dem für die pfälzischen Lokalbahnen neu zur Einführung gelangten 20%igen Entfernungszuschlag in Rechnung gezogen worden. Die Annahme eines größeren Verkehrszuwachses verbot das bisherige Ergebnis des Jahres 1909; auch stehen in der Pfalz besondere zugkräftige Veranstaltungen für die Jahre 1910 und 1911 nicht in Aussicht.

Hiernach berechnet sich der Etatsatz für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911

für das rechtsrheinische Netz auf	71'900,000 ℳ
„ „ pfälzische „ „	11'000,000 ℳ
in Summe auf	82'900,000 ℳ

2.

Kap. 2. Güterverkehr.

Die Einnahmen aus dem Güterverkehr haben im Jahre 1908 betragen

im rechtsrheinischen Netz	132'134,023 ℳ 74 ₰
„ pfälzischen „	27'655,410 ℳ 43 ₰
in Summe	159'789,434 ℳ 17 ₰

An dieser Einnahme ist zunächst für den Schalttag eine Tageseinnahme zu kürzen. Im übrigen darf angenommen werden, daß im Jahre 1909 die wirtschaftliche Lage sich soweit bessern wird, daß gegenüber den Einnahmen des Jahres 1908 eine 2%ige Mehrung eintritt.

Bei Veranschlagung der Einnahmen ist demnach für das Jahr 1909 eine Einnahme von rund 162'500,000 ℳ zu Grunde gelegt worden, während für 1910 und 1911, in der Annahme entsprechenden Fortschreitens des wirtschaftlichen Aufschwunges, je eine weitere 4%ige Verkehrsmehrung angesetzt wurde.

Unter Berücksichtigung der Einnahmen für die neu hinzukommenden Lokalbahnen berechnet sich hiernach der Voranschlag für

das rechtsrheinische Netz auf	142'850,000 ℳ
„ pfälzische „ „	29'850,000 ℳ
in Summe auf	172'700,000 ℳ

3.

Die **Gesamteinnahmen** waren im Etat Nr. 8 der Finanzperiode 1908 und 1909 auf 227'869,900 ℳ veranschlagt, wonach auf 1 km der für das Jahr 1908 berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 6805 km 33,486 ℳ treffen. Ab 1. Januar 1909 erweiterte sich das Netz der K. B. Staatseisenbahnen durch die Erwerbung der Pfälzischen Eisenbahnen um 865 km, sodaß für das Jahr 1909 eine durchschnittliche Betriebslänge von 7670 km in Betracht kommt, der eine für 1909 veranschlagte Gesamteinnahme von 273'098,900 ℳ gegenübersteht.

Das Treffnis auf 1 km durchschnittlicher Betriebslänge berechnet sich hiernach für 1909 auf 35,606 ℳ.

Im Jahre 1908 wurde eine Gesamteinnahme (rechtsrheinisches und pfälzisches Netz) von 263'042,762 ℳ 31 ₰ d. i. auf 1 km der durchschnittlichen Betriebslänge zu 7670 km eine Einnahme von 34,295 ℳ erzielt. Die Gesamteinnahmen für die Finanzperiode 1910 und 1911 wurden mit dem Betrage von 278'767,510 ℳ veranschlagt, wonach auf 1 km der für ein Jahr dieser Finanzperiode berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 7917 km der Betrag von 35,211 ℳ entfällt.

Ausgaben.

4.

Persönliche Ausgaben.

Kap. 1. Besoldungen der Beamten.

Im allgemeinen.

In dem Ausweise Anlage A sind, soweit das bereits vorhandene Personal in Betracht kommt, die Gehalte und Nebenbezüge nach dem mutmaßlichen Stande am 1. Januar 1910 und zwar zur Gewinnung einer ausreichenden Reserve für die eintretenden Gehaltsvorrückungen mit Berechnung der Bezüge, wie sie am 1. Januar 1911 treffen würden, vorgetragen

worden, während die persönlichen und besonderen Zulagen sowie die Ausgleichsgelder der von den vorm. Pfälzischen Eisenbahnen übernommenen Beamten mit dem Aufwande in Ansatz gebracht wurden, wie er sich unter Berücksichtigung der im Laufe der Jahre 1910 und 1911 eintretenden Gehaltsvorrückungen ergibt.

Der wahrscheinliche Abgang durch Beförderung, Pensionierung, Ableben usw. ist hiebei berücksichtigt worden.

Zur Bewältigung der auch für die Jahre 1910 und 1911 angenommenen Verkehrssteigerung, zum Betriebe der während der Finanzperiode zu eröffnenden Bahnlinien, sowie zur programmäßigen Besetzung der einzelnen Dienstposten, insbesondere des pfälzischen Netzes sind Mehrungen in verschiedenen Dienstklassen notwendig geworden, denen andererseits beträchtliche Minderungen gegenüberstehen. Im Falle einer größeren als der bei der Budgetaufstellung angenommenen Verkehrssteigerung wird der K. Staatsregierung wie seither die Ermächtigung zu erteilen sein, etatsmäßiges Fahrpersonal nach Maßgabe des eintretenden Bedürfnisses vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtages über den budgetmäßigen Stand hinaus sowohl in Anfangsstellen wie auch in den Vorrückungsstellen zu vermehren.

Nach dem Ausweise der Besoldungen — Anlage A — sind 181 Stellen für etatmäßige Beamte als reine Mehrung vorgesehen worden.

Im besonderen.

Gegenüber den Willigungen für die Finanzperiode 1908 und 1909 — rechtsrheinisches und pfälzisches Netz — ergeben sich für die Finanzperiode 1910/11 als Mehrungen:

Zahl	Stelle	Klasse	Bemerkung
1	Ministerialrat	Klasse 5	Übertragung aus dem Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten
1	Regierungsrat	" 7	Übertragung aus dem Etat der Kanalverwaltung
1	Direktionsrat (Oberinspektor)	" 9	Übertragung aus dem Etat der Bodenseedampfschiffahrt
1	Obergeometer	" 9	
3	Eisenbahnassessoren	" 12	
13	Oberbahnverwalter	" 13	
3	Bahnverwalter	" 14	Übertragung aus dem Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten
2	technische Eisenbahnsekretäre	" 16	
20	Oberbahnmeister	" 16	
41	Oberwerkführer	" 18	
1	Gasmeister	" 19	
57	Oberlokomotivführer	" 20	
4	Ministerialboten	" 21	desgl.
35	Werkführer	" 22	
100	Bureau- und Magazinsassistenten	" 23	
62	Lokomotivführer	" 24	
207	Stationsaufseher	" 25	
12	Zugspackmeister	" 25	
12	Packer im Stationsdienst	" 25	
136	Lokomotivheizer	" 25	
4	Steindrucker	" 25	
36	Weichensteller	" 25	
5	Heizer	" 27	
95	Wagenwärtergehilfen	" 27	
48	Kanzlei- und Telegraphenassistentinnen	" 29	

Summe 900 Stellen, hierunter 10 Übertragungen aus anderen Etats,

dagegen als Minderungen:

Zahl	Stelle	Klasse
63	Direktionsassessoren und Inspektoren	Klasse 11
3	Offiziale	" 12
3	Eisenbahngeometer	" 12
2	Geometer	" 16
20	technische Eisenbahnsekretäre	" 16
200	Eisenbahnsekretäre	" 17
27	Bahnmeister	" 18
3	Oberwagenmeister	" 18
5	Paliere	" 19
53	Zeichner und Bauassistenten	" 21
6	Wagenmeister	" 21
1	Geldzähler	" 22
2	Imprägniermeister	" 22
8	Amtsgehilfen	" 23

	5	Wagenwärter	Klasse 24
	40	Schaffner	„ 25
	9	Fahrkartendrucker	„ 25
	45	Vorarbeiter	„ 25
	70	Kanzlei- und Magazinsgehilfen	„ 26
	10	Packer im Fahrdienst	„ 27
	5	Portiers	„ 27
	29	Stationsdiener	„ 27
	26	Bahnsteigschaffner	„ 27
	12	Maschinenwärter	„ 27
	13	Nachtwächter	„ 27
	20	Bureaudiener	„ 28
	39	Bahn- und Schrankenwärter	„ 30
Summe	719	Stellen.	

Nach Abgleichung der Mehrungen mit den Minderungen verbleibt eine reine Mehrung von 181 Stellen.

5.

Kap. 6a § 1 und 3. Kosten der Unterhaltung, Erneuerung und kleinerer Ergänzungen der baulichen Anlagen.

Die Ausgaben für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 sind veranschlagt worden auf

A. Unterhaltung des Unterbaues	2'300,000 ℳ
B. Unterhaltung des Oberbaues	7'330,000 ℳ
C. Unterhaltung der Telegraphen- und Signaleinrichtungen	1'076,000 ℳ
D. Unterhaltung der Hochbauten und sonstigen Anlagen	3'320,000 ℳ
E. Beseitigung des Schnees	450,000 ℳ
F. Leistungen für Dritte	50,000 ℳ
Summe	14'526,000 ℳ.

Hiervon entfallen auf

Löhne im Bahnunterhaltungsdienst	8'800,000 ℳ
Sonstige Ausgaben (für Leistungen und Lieferungen durch Unternehmer und Handwerksmeister)	5'726,000 ℳ
Summe	14'526,000 ℳ.

Gegenüber dem Etat für ein Jahr der Finanzperiode 1908 und 1909 zu	15'477'000 ℳ
sind die Ansätze um den Betrag von	951,000 ℳ

geringer.

Die Minderung hat ihren Grund hauptsächlich darin, daß im rechtsrheinischen Netz statt 300 km, da der Umbau der mit älteren Schienenformen belegten Bahnlinien ersten Ranges so ziemlich abgeschlossen ist, nur rund 150 km Gleis von Schienen älterer Form mit Schienen der Form X umgebaut werden sollen.

Auch sind die Kosten für Verstärkung von Gleisen der Form IX, wofür im Etat der Finanzperiode 1908 und 1909 350 km vorgesehen waren, diesmal nicht aufgenommen worden.

Außerdem war im Voretat der durch die Einführung des Hauptbahnbetriebes veranlaßte Umbau der Lokalbahn Murnau—Garmisch-Partenkirchen berücksichtigt.

Dagegen sind die Kosten für den Umbau von rund 70 km Gleis im rechtsrheinischen Netz von Schienen verschiedener Form mit Schienen der Form IX, dann für die Ausstattung der Einfahrsignale mit zweiten Flügeln, ferner für Vergrößerung der Abstände der Vorsignale von den Hauptsignalen, endlich für Verbesserung der Gleise in München H.B. veranschlagt worden.

Im pfälzischen Netz sollen rund 6 km Gleis mit Schienen der Form X und rund 11 km mit Schienen der Form IX umgebaut werden.

Für Lohnerhöhungen ist der Betrag von 27,000 ℳ vorgesehen.

6.

Kap. 6a § 2. Beschaffung der Oberbaumaterialien.

Die Kosten für die Beschaffung der Oberbaumaterialien sind für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 auf 5'978,000 ℳ, sohin um 1'922,000 ℳ niedriger als für die Finanzperiode 1908 und 1909 veranschlagt.

Die Verminderung dieses Aufwandes steht mit der Einschränkung des Gleisumbaues (vgl. Erläuterungen zu Kap. 6a §§ 1 und 3) im Zusammenhang.

7.

Kap. 7. Unterhaltung, Erneuerung und Ergänzung der Fahrzeuge und der maschinellen Anlagen.

Beschaffung ganzer Fahrzeuge.

Lokomotiven.

Es ist in Aussicht genommen, in den Jahren 1910 und 1911

15 Schnellzuglokomotiven
3 Personenzuglokomotiven
35 Lokomotiven für leichte Personenzüge
10 Güterzuglokomotiven

Summe 63 Lokomotiven nachzuschaffen.

Der Aufwand hiefür ist auf 4'250,000 ℳ veranschlagt, weshalb der Betrag von 2'125,000 ℳ in den Etat eingestellt wurde.

8.

Personenwagen.

In den Jahren 1910 und 1911 sollen

77 vierachsige Personenwagen
20 dreiachsige Personenwagen
100 zweiachsige Personenwagen

zusammen 197 Personenwagen mit einem Aufwand von . . . . 4'190,000 ℳ
10 Eisenbahnpostwagen mit einem Aufwand von . . . . 190,000 ℳ

Summe 207 Personen- und Postwagen mit einem Gesamtaufwande von . . . . 4'380,000 ℳ

beschafft werden.

Für ein Jahr der Finanzperiode 1910/11 ist der Betrag von 2'190,000 ℳ in den Etat eingestellt worden.

9.

Gepäck- und Güterwagen.

In den Jahren 1910 und 1911 sollen

56 Gepäckwagen
500 Güterwagen

Summe 556 Gepäck- und Güterwagen im Kostenvoranschlage von 2'100,000 ℳ nachgeschafft werden. In den Etat sind deshalb 1'050,000 ℳ eingestellt worden.

10.

Die Gesamtausgaben waren im Etat Nr. 8 der Finanzperiode 1908 und 1909 auf 158'395,990 ℳ festgesetzt, wozu infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse aus der budgetmäßigen Willigung zum Etat Nr. 34 2'800,000 ℳ kommen, so daß die Gesamtbefugnis für die Ausgaben auf 161'195,990 ℳ sich erhöht.

Hiernach trifft auf 1 km der für die Jahre 1908 und 1909 berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 6 805 km = 23,688 ℳ.

Ab 1. Januar 1909 erweitert sich das Netz der K. B. Staatseisenbahnen durch die Erwerbung der Pfälzischen Eisenbahnen um 865 km, so daß für das Jahr 1909 eine durchschnittliche Betriebslänge von 7 670 km in Betracht kommt, der eine für 1909 veranschlagte Gesamtausgabe von 194'197,650 ℳ gegenübersteht. Das Treffnis auf 1 km durchschnittlicher Betriebslänge berechnet sich hiernach für 1909 auf 25,319 ℳ.

Die wirklichen Ausgaben im Jahre 1908 betragen für das rechtsrheinische und pfälzische Netz 193'121,446 ℳ 38 Pf., wonach auf 1 km der durchschnittlichen Betriebslänge für das Jahr 1908 zu 7 670 km ein Betrag von 25,179 ℳ entfällt. Die Voranschläge für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 weisen einen Gesamtbedarf von 195'524,000 ℳ aus, wonach für 1 km der für ein Jahr dieser Finanzperiode berechneten durchschnittlichen Betriebslänge von 7 917 km ein Betrag von 24,607 ℳ sich ergibt.

Das Verhältnis der Ausgaben zu den Einnahmen ist folgendes:

Nach dem Etat Nr. 8 für ein Jahr der Finanzperiode 1908 und 1909 und dem Etat Nr. 9 — pfälzisches Netz — ir 1909 berechnen sich die Ausgaben unter Hinzurechnung der budgetmäßigen Willigung für Neuregelung der Besoldungs- erhältnisse auf 71,11 % der Einnahmen, während sie sich im Jahre 1908 auf 73,42 % beliefen und nach dem Voranschlag ir ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 ohne Abzug der für verpachtete und gepachtete Bahnstrecken veranschlagten ɔeträge 70,14 % der Einnahmen in Anspruch nehmen werden.

Um jedoch das Verhältnis der eigentlichen Betriebseinnahmen zu den eigentlichen Betriebsausgaben festzustellen, rerden nur die Einnahmen und Ausgaben nach Abzug der Vergütungen für verpachtete und gepachtete Bahnstrecken in Betracht ı ziehen sein.

Es werden hiernach den Einnahmen zu	278'767,510 ℳ
ach Abzug der Vergütungen für verpachtete Bahnstrecken zu	1'300,000 ℳ
sohin mit	277'467,510 ℳ
ie Ausgaben zu	195'524,000 ℳ
bzüglich der für gepachtete Bahnstrecken zu zahlenden Vergütungen zu	2'160,000 ℳ
sohin mit	193'364,000 ℳ

egenüberzustellen sein, wonach die Betriebsausgaben 69,69 % der Betriebseinnahmen beanspruchen.

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 9.

Post- und Telegraphenverwaltung.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
		1			**Aus dem Postverkehr.**	
			1		Beförderungsgebühren.	
40'698,643	43			1	Aus abgesetzten Postwertzeichen und vereinbarten Bauschbeträgen . .	45'246,600
2'213,808	76			2	Aus unfrankierten Postsendungen	2'465,800
1'535,255	70			3	An Zeitungsgebühren	1'793,900
2'820,870	75		2		Zustellgebühren	3'222,600
47'268,578	64				Seite	52'728,900

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
44'151,600	1'095,000	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 1.** Die Einnahmen aus Postwertzeichen sind in den Jahren 1904 mit 1907 um durchschnittlich jährlich 5,07 %, im Jahre 1908 um 2,61 % und im ersten Halbjahr 1909 um 3,23 % gestiegen. Da eine weitere Zunahme der Einnahmesteigerung erwartet werden darf, wurde der Voranschlag mit 4,5 % Jahresmehrung berechnet. Zu der hiernach veranschlagten Einnahme von . . . . 39'950,380 ℳ treten die von den Zivilstaatsverwaltungen zu zahlenden Bauschvergütungen und zwar vom K. Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern . . . . . . 114,667 ℳ der Justiz . . . . 1'708,490 ℳ des Innern . . . . 1'442,904 ℳ des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten 370,098 ℳ der Finanzen . . . . 960,114 ℳ zusammen 4'596,273 ℳ ferner die Einnahmen aus Dienstmarken der K. Staatseisenbahnverwaltung im Anschlage von . . . . 700,000 ℳ woraus sich ein Gesamtanfall ergibt von . . . . 45'246,653 ℳ oder rund 45'246,600 ℳ.
2'155,600	310,200	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 2.** Die Einnahmesteigerung betrug im Jahre 1908 4,60 % und in den ersten 6 Monaten 1909 4,92 %. Der Etatssatz ist mit 4,5 % Steigerung berechnet.
1'691,000	102,900	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 3.** Die durchschnittliche Mehrung der letzten Jahre beträgt 6,46 %, die Mehrung im ersten Halbjahr 1909 6,12 %. Der Voranschlag ist nach 6,5 % mit dem Betrage von . . . . 1'764,148 ℳ berechnet. Hiezu kommen die Bauschvergütungen und zwar: vom K. Staatsministerium des Innern . . 29,000 ℳ vom K. Staatsministerinm des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . . . 780 ℳ zusammen 29,780 ℳ woraus sich ein Gesamtanfall von . . . . 1'793,928 ℳ ergibt.
2'823,200	399,400	—		**Zu Kap. 1 § 2.** Die Einnahmesteigerung betrug im Durchschnitt der letzten Jahre 4,01 %, für die ersten 6 Monate 1909 5,63 %. Der Voranschlag ist nach 5,5 % mit 3'195,161 ℳ berechnet. Hiezu kommt die Bauschvergütung des K. Staatsministeriums des Innern mit 27,500 ℳ. Die Gesamteinnahme beträgt hienach 3'222,661 ℳ oder rund 3'222,600 ℳ.
50'821,400	1'907,500	—		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
47'268,578	64	1			Übertrag	52'728,900
—	—		3		Einnahmen aus dem Überweisungs- und Scheckverkehre	718,000
			4		Einnahmen aus der Beförderung auf Landstraßen.	
109,309	05			1	Einschreibgebühren für Postomnibusreisende	105,000
482,623	88			2	Einnahmen aus der Motorwagenbeförderung	800,000
			5		Vergütungen von fremden Verwaltungen.	
865,695	66				a) Hereinzahlungen aus der Abrechnung	928,000
69,729	75				b) Für Dienstleistungen und überlassene Betriebsmittel	69,600
48'795,936	98				Summe Kap. 1	55'349,500
		2			Einnahmen aus dem Telegraphen- und Telephonverkehr.	
2'446,034	81		1		Telegrammgebühren	2'698,200
9'443,708	34		2		Telephongebühren	12'653,600
4,030	40		3		Hereinzahlungen fremder Verwaltungen aus der Abrechnung	4,900
11'893,773	55				Summe Kap. 2	15'356,700
40,393	98	3			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken** Summe Kap. 3 für sich.	85,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
50'821,400	1'907,500	—		
—	718,000	—		**Zu Kap. 1 § 3 (neu).** Die Einnahmen aus dem Postüberweisungs- und Scheckverkehr waren im Nachtrag zum Etat Nr. 9 für das Jahr 1909 mit 230,910 ℳ veranschlagt und unter Kap. 4 § 5 der Einnahmen für je ein Jahr der Finanzperiode mit 115,455 ℳ in den Etat eingestellt. Der Voranschlag für die Jahre 1910/11 beruht auf Schätzung. Ende Juni 1909 waren 3799 Kontoinhaber vorhanden. Es wird angenommen, daß die Zahl der Kontoinhaber bis Ende 1911 7000 betragen wird und daß im Durchschnitt der beiden Jahre anfallen werden a) Gebühren . . . . 468,000 ℳ b) Erlös für Formulare . . . . . 31,000 ℳ c) Zinsen aus Kontoguthaben . . . 219,000 ℳ zusammen 718,000 ℳ.
104,100	900	—		**Zu Kap. 1 § 4 (bisher 3) Tit. 1.** Durchschnittseinnahme in den letzten Jahren 106,423 ℳ. Der Voranschlag bleibt hinter diesem Betrage zurück wegen Errichtung neuer Motorpostlinien.
340,000	460 000	—		**Zu Kap. 1 § 4 Tit. 2.** Die Einnahmen sind in der Höhe der bei den einzelnen Ausgabetiteln vorgesehenen Beträge veranschlagt.
827,000	101,000	—		**Zu Kap. 1 § 5 (bisher 4).** a) Jährliche Einnahmesteigerung . . . . . 25,000 ℳ b) Gegenwärtiger Stand . . . . 69,608 ℳ.
68,300	1,300	—		
52'160,800	3'188,700	—		
2'688,000	10,200	—		**Zu Kap. 2 § 1.** Durchschnittliche Mehrung in den letzten Jahren 2,34 %, im ersten Halbjahr 1909 6,02 %. Voranschlag wie bisher nach 3 % mit 2'528,497 ℳ. Hiezu kommen die Bauschvergütungen für Verbreitung der Wettertelegramme mit insgesamt 169,700 ℳ, so daß sich ein Gesamtanfall von 2'698,197 ℳ oder rund 2'698,200 ℳ ergibt.
10'058,200	2'595,400	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Durchschnittliche Zunahme in den letzten 5 Jahren 14,45 %, im ersten Halbjahr 1909 11,29 %; veranschlagt mit 12,5 % Jahressteigerung.
1,400	3,500	—		**Zu Kap. 2 § 3.** Mehransatz wegen Ausdehnung des Fernsprechverkehrs mit dem Auslande.
12'747,600	2'609,100	—		
35,790	49,210	—		**Zu Kap. 3.** Nach dem gegenwärtigen Stand veranschlagt. Der Mehransatz ist begründet durch die Neuregelung der Mietentschädigungen für Dienstwohnungen auf Grund des Beamtengesetzes.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		4			**Verschiedene Einnahmen.**	
1,884	35		1		Gebühren aus der Verwaltung	2,000
14,414	02		2		Aus dem Verkaufe von Materialien und Materialienabfällen sowie von sonstigen Gegenständen	14,000
296,629	25		3		Erlös aus Telegraphen- und Telephonbaumaterialien und Rückersätze für auf fremde Rechnung hergestellte Telegraphen- und Telephoneinrichtungen	336,810
			4		Entschädigungen für den Verkauf	
65,392	65			1	der Reichsstempelmarken	65,300
1,001	30			2	der Gebührenmarken	1,000
1'010,911	22		5		Übrige Einnahmen	734,600
1'390,232	79				Summe Kap. 4	1'153,710
40,393	98				Hiezu „ „ 3	85,000
11'893,773	55				„ „ 2	15'356,700
48'795,936	98				„ „ 1	55'349,500
62'120,337	30				**Gesamtbetrag der Einnahmen**	71'944,910

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1,300	700	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Veranschlagt entsprechend der Zunahme der letzten Jahre.
8,500	5,500	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Mehransatz entsprechend den Ergebnissen der letzten Jahre.
287,600	49,210	—		**Zu Kap. 4 § 3.** Die Vergütungen der K. Staatseisenbahnverwaltung für die Unterhaltung der ausschließlich für den Eisenbahndienst bestimmten Telegraphen- und Telephonleitungen ist mit jährlich 190,930 M veranschlagt, hierunter für die rechtsrheinischen Bahnen 176,930 M gegen bisher 144,800 M, Mehransatz wegen Neuregelung des Vergütungssatzes. Im übrigen entspricht die Erhöhung des Etatssatzes der Einnahmemehrung der letzten Jahre.
62,700	2,600	—		**Zu Kap. 4 § 4.** Ansätze nach der durchschnittlichen Steigerung der letzten Jahre. (Vergl. auch Kap. 10 § 2 der Ausgaben.)
800	200	—		
808,255	—	73,655		**Zu Kap. 4 § 5.** Der Minderansatz ist darauf zurückzuführen, daß die Einnahmen aus dem Postüberweisungs- und Scheckverkehr im bisherigen Anschlage von 115,455 M nunmehr auf dem neuen Etatstitel bei Kap. 1 § 3 vorgesehen sind. Die Zuschläge für allgemeine Unkosten bei Arbeiten für Rechnung von Neubaukrediten und für Rechnung von Behörden und Privaten sind mit jährlich rund 500,000 M veranschlagt, die übrigen Einnahmen nach dem durchschnittlichen Anfall.
1'169,155	58,210	73,655		
35,790	49,210	—		
12'747,600	2'609,100	—		
52,160,800	3'188,700	—		
66'113,345	5'905,220	73,655		
	5'831,565			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
28'503,568	74			1	Besoldungen der Beamten	34'737,211
406,111	10			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2'261,800
101,229	06			3	Tagegelder und Reisekosten	182,000
744,899	29			4	Fahrtgelder des Fahrdienstpersonals im Postdienste	743,600
29'755,808	19				Summe § 1	37'924,61[illegible]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
31'494,955	3'242,256	—	A S. 25/31	**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 1.** Hierunter 65,687 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
431,450	1'830,350	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 2.** Von den bisher auf Kap. 1 § 1 Tit. 1 verrechneten Bezügen des nichtstatusmäßigen Personals sind die Bezüge der Personen, die nicht als Beamte im Sinne des Art. 1 des Beamtengesetzes erklärt sind, im bisherigen Anschlage von 1'472,099 M hieher übertragen worden (vgl. Besoldungsausweis Anl. A Bem. bei b „Nichtetatsmäßige Beamte"). Der weitere Mehrbedarf von 358,251 M wird sich ergeben wegen Vermehrung des Aushilfspersonals infolge von Verkehrszunahme und wegen Verwendung von Aushilfsbediensteten als Ersatz für die im höherwertigen Dienste beschäftigten etatmäßigen Beamten, dann wegen Aufbesserung der Bezüge der ständig bezahlten Aushilfsbediensteten und wegen Erhöhung des ortsüblichen Taglohnes für das zur vorübergehenden Dienstleistung herangezogene Taglohnpersonal, ferner wegen Vermehrung des Standes der Aushilfstelephonistinnen infolge Verkehrszunahme und infolge Verwendung der Assistentinnen im mittleren Dienst, endlich wegen Mehreinstellung von Wagenführern usw. infolge Ausdehnung des Motorpostbetriebes.
120,000	62,000	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 3.** An Stelle der bisher unter Kap. 1 § 1 Tit. 1 bei den Besoldungen verrechneten und im Besoldungsausweis, Anlage B, bei den einzelnen Kategorien in der Spalte „Nebenbezüge" ausgewiesenen Dienstzulagen werden dem Personal des unteren telegraphentechnischen Dienstes nunmehr feste Vergütungen für auswärtige Dienstleistung gewährt. Diese sind nebst den bisher unter Kap. 5 § 3 vorgesehenen Übernachtungsgebühren und Reiseauslagen dieses Personals nunmehr bei gegenwärtigem Etatstitel mit zusammen 67,000 M veranschlagt, wodurch der erhöhte Etatsansatz begründet ist. Die Bauschvergütungen, die an das Personal des unteren telegraphentechnischen Dienstes für die Vornahme auswärtiger Dienstgeschäfte und an die im Stadtaufsichtsdienste verwendeten Beamten gewährt werden, haben bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht zur Anrechnung zu kommen.
722,340	21,260	—		**Zu Kap. 1 § 1 Tit. 4.** Mehransatz entsprechend der durchschnittlichen Jahreszunahme sowie wegen des Zuganges neuer Motorpostlinien. Von den Fahrtgeldern des im Fahrdienste verwendeten Personals ist, wenn für die betreffende Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen nicht vorgesehen ist, bei Festsetzung der Unfallfürsorgebezüge in das Diensteinkommen ein Drittel des Betrags einzurechnen, der während der letzten drei Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogen wurde.
32'768,745	5'155,866	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		1	2		Sächliche Ausgaben.	
2'173,909	02			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	2'331,300
598,624	86			2	Mietzinse für Amtslokalitäten	690,000
4,374	57			3	Für elektrotechnische Versuche und das Postmuseum	4,000
2'776,908	45				Summe § 2	3'025,300
29'755,808	19				Hiezu „ § 1	37'924,611
32'532,716	64				Summe Kap. 1	40'949,911
13,704	02	2			**Umzugskosten**	16,000
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			**Aufwand an Unterstützungen.**	
80,000	—		1		Zuschuß zum Unterstützungsfonds für die Beamten der Gehaltsklassen 16—29 sowie deren Hinterbliebene	90,000
79,979	84		2		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	114,250
			3		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten	
35,293	91			1	Abteilung A	41,800
—	—			2	Abteilung B	81,000
195,273	75				Seite	327,050

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
2'237,950	93,350	—		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 1.** Mehrbedarf wegen Verkehrszunahme, Preissteigerung bei den Materialien und Erhöhung der Arbeitslöhne, dann wegen Neuauflage mehrerer Abschnitte der Dienstanweisung, wegen Anschaffung von Briefstempelmaschinen, Postwertzeichenautomaten und von Schutzkleidern für den Motordienst, ferner wegen des Bezuges neuer Posthäuser, Erweiterung von Diensträumen, Einrichtung von elektrischer oder Gasbeleuchtung usw.
660,200	29,800	—		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 2.** Mehransatz entsprechend dem durchschnittlichen Jahreszugang wegen Erhöhung der Mietzinse und Vergrößerung der Diensträume, dann wegen unmittelbarer Anmietung der Diensträume für die mit Expeditorinnen besetzten Postagenturen. Die an die Staatseisenbahnverwaltung zu leistenden Mieten für in Bahndienstgebäuden benützte Räume sind mit 90,000 M veranschlagt.
6,000	—	2,000		**Zu Kap. 1 § 2 Tit. 3.** Minderansatz entsprechend dem Anfall der letzten Jahre.
2'904,150	123,150	2,000		
32'768,745	5'155,866	—		
35'672,895	5'297,016	2,000		
14,500	1,500	—		**Zu Kap. 2.** Mehrbedarf infolge der neuen Gehaltsordnung.
80,000	10,000	—		**Zu Kap. 3 § 1.** Der erhöhte Etatsatz ist erforderlich wegen Vermehrung des Personals sowie behufs Gewährung entsprechender Beihilfen zum Besuche von Heilstätten.
83,000	31,250	—		**Zu Kap. 3 § 2 (früher Kap. 3 § 3a).** Die frühere Überschrift „Zuschuß zur Postbetriebskrankenkasse" ist abgeändert in „Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes". Zugleich wurden die Ausgaben für Krankenversicherung auf Kap. 3 § 2 übertragen, dagegen die Ausgaben für die Arbeiterpensionskasse unter Kap. 3 § 3 vereinigt. Die Erhöhung des Etatsatzes ist veranlaßt durch Vermehrung des versicherungspflichtigen Personales, Erhöhung der Beiträge zur Postkrankenkasse und Erhöhung der Arbeitslöhne.
36,500	5,300	—		**Zu Kap. 3 § 3 Tit. 1 und 2 (bisher Kap. 3 § 3b und Kap. 3 § 2).** Unter Kap. 3 § 3 Tit 1 und 2 werden nunmehr die Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der K. B. Verkehrsanstalten Abteilung A und B (bisher Kap. 3 § 3b „Beiträge zur Invalidenversicherung" und Kap. 3 § 2 „Zuschuß zur Arbeiterpensionskasse B der Staatseisenbahnverwaltung") vorgetragen.
52,500	28,500	—		Der Mehransatz bei Tit. 1 ist veranlaßt durch Personalmehrung und Lohnerhöhung. Der Voranschlag bei Tit. 2 ist nach den Ergebnissen der ersten 5 Monate des Jahres 1909 geringer bemessen als der bisherige Jahresvoranschlag zu 105,000 M oder 52,500 M für jedes Jahr der Finanzperiode.
252,000	75,050	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
195,273	75	3			Übertrag	327,050
			4		Entschädigungen und fortlaufende Renten.	
41,394	19				a) auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	45,550
19,396	63				b) auf Grund sonstiger Bestimmungen und Vereinbarungen .	18,500
14,186	50		5		Unterstützungen an Beamte der Gehaltsklassen 1—14 sowie deren Hinterbliebene	15,000
270,251	07				Summe Kap. 3	406,100
		4			**Betriebskosten.**	
1'690,989	41		1		Vergütung für Besorgung des Post- und Telegraphendienstes	1'768,500
417,125	68		2		Kosten der Anfertigung von Postwertzeichen	348,500
31,188	60		3		Kosten der Briefkästen	35,000
			4		Beförderungskosten.	
954,859	56			1	Vergütung für Beförderung und zugleich Zustellung der Postsendungen und Telegramme	1'102,920
3'094,163	25				Seite	3'254,920

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
252,000	75,050	—		
53,000	—	7,450		**Zu Kap. 3 § 4 a und b.** Die Ansätze sind nach den Ergebnissen der letzten Jahre berechnet.
16,000	2,500	—		
14,500	500	—		**Zu Kap. 3 § 5.** Mehransatz zur Gewährung von Beihilfen zum Besuche von Heilstätten.
335,500	78,050	7,450		
1'700,500	68,000	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1910 und 1911 . . . . 1'706,650 *M* Mehrbedarf wegen Erhöhung der Aversen und Vergütungen infolge Geschäftsmehrung und Einrichtung des Telegraphen- und Telephondienstes, Neuerrichtung von Postagenturen (ungefähr 20) und Posthilfstellen (ungefähr 100) usw., insgesamt . . . . 61,850 *M* Gesamtbedarf für ein Jahr der Finanzperiode . . . . . . 1'768,500 *M*. An dauernden Ausgaben werden in die Finanzperiode 1912 und 1913 voraussichtlich 1'775,700 *M* übergehen.
449,300	—	100,800		**Zu Kap. 4 § 2.** Der Minderbedarf ergibt sich wegen Herabsetzung der Materialpreise und Ermäßigung der Herstellungskosten.
35,000	—	—		
995,260	107,660	—		**Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1.** Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1910 und 1911 . . . . 1'017,764 *M* Hiezu die bisher auf Besoldungen verrechneten Dienstaufwandsentschädigungen für das im Fahrraddienste verwendete Personal im Anschlage von . . . . 39,200 *M* zusammen 1'056,964 *M*. Für Aufstellung weiterer aversionierter Hilfspostboten, Erhöhung der Vergütungen an Hilfspostboten, Agenturen und Posthilfstellen infolge Geschäftsmehrung, für Verbesserungen im Landzustelldienste, für Sonntagsablösung der Landpostboten usw. werden insgesamt vorgesehen . . . . 45,956 *M* Gesamtbedarf für ein Jahr der Finanzperiode . . . . . . 1'102,920 *M*. An dauernden Ausgaben werden in die Finanzperiode 1912 und 1913 voraussichtlich 1'134,000 *M* übergehen.
3'180,060	175,660	100,800		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
3'094,163	25	4	4		Übertrag	3'254,920
3'865,619	72			2	Beförderungskosten auf Landstraßen	3'727,000
3'190,506	27			3	Beförderungskosten auf Eisenbahnen	3'735,00[illegible]
913,994	21			4	Unterhaltung und Neuanschaffung von Postfahrzeugen	1'025,00[illegible]
70,137	77		5		Kosten der Dienstkleidungen der Postillione	72,00[illegible]
			6		Vergütungen an fremde Verwaltungen.	
				1	Im Postverkehr.	
974,643	44				a) Hinauszahlungen aus der Abrechnung	1'078,62[illegible]
90,512	90				b) Für Dienstleistungen und überlassene Betriebsmittel	94,00[illegible]
181,223	19			2	Im Telegraphen- und Telephonverkehr	193,10[illegible]
12'380,800	75				Seite	13'179,64[illegible]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	M	M	
3'180,060	175,660	100,800	
3'912,660	—	185,660	
3'208,600	526,400	—	
760,750	264,250	—	
75,000	—	3,000	
978,500	100,120	—	
85,000	9,000	—	
209,950	—	16,850	
12'410,520	1'075,430	306,310	

Erläuterungen

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 2.

Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1910 und 1911 . . . . 3'701,030 M

Der Minderübergang gegenüber dem Voranschlage im Etat für die Finanzperiode 1908/09 zu 3'892,660 M ergibt sich wegen Einführung von Motorverbindungsfahrten in größeren Städten und von Motorpostlinien auf dem Lande.

Für die Finanzperiode wird ein Zugang von . . . . 25,970 M für Vermehrung von Postbotenfahrten und Benützung von Straßenbahnen vorgesehen, woraus sich der Etatsansatz von 3'727,000 M ergibt. Für Neueinrichtung von Postfahrten, Erhöhung der Postfuhrvergütungen infolge Preissteigerung usw. werden besondere Mittel nicht angesetzt, da infolge Einrichtung von Motorfahrten im Laufe der Finanzperiode Einsparungen an den in die Finanzperiode übergegangenen dauernden Ausgaben sich ergeben werden.

An dauernden Ausgaben werden in die Finanzperiode 1912 und 1913 voraussichtlich 3'691,000 M übergehen.

	Übergang an dauernden Ausgaben in die Finanzperiode 1912 und 1913	Etatsvoranschläge	An dauernden Ausgaben Mehrübergang	An dauernden Ausgaben Minderübergang
bei Kap. 4 § 1 . . .	1'775,700 M	1'768,500 M	7,200 M	—
„ „ 4 § 4 Tit. 1	1'134'000 M	1'102,920 M	31,080 M	—
„ „ 4 § 4 Tit. 2	3'691,000 M	3'727,000 M	—	36,000 M
	6'600,700 M	6'598,420 M	38,280 M	36,000 M

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 3.

Die Vergütung an die Staatseisenbahnverwaltung für Beschaffung, Unterhaltung, Beförderung, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Bahnpostwagen nach dem Satze von 5 Pf. für das Postwagen-Achskilometer und bei gemischten Wagen für das Wagenkilometer ist mit 3'350,000 M (gegen bisher 3'000,000 M) veranschlagt. Vom Jahre 1910 an soll die gleiche Regelung auch für die Pfalzbahn eintreten; hiefür sind 280,000 M (gegen bisher 99,500 M) angesetzt.

Zu Kap. 4 § 4 Tit. 4.

Mehransatz wegen Ausdehnung des Motorpostbetriebes auf dem Lande sowie wegen Einrichtung von Motorverbindungsfahrten in größeren Städten. Die Unterhaltungskosten (Reparaturen an den Postfahrzeugen, Gummireifenersatz usw.) sind mit 682,860 M, die Kosten für Neuanschaffungen mit 342,140 M veranschlagt, hierunter 189,965 M Rücklagen an den Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien und 84,000 M für Motorwagen im Stadtverbindungsdienst.

Zu Kap. 4 § 5.

Minderung der Zahl der Postillione wegen Zunahme des Motorbetriebs.

Zu Kap. 4 § 6 Tit. 1.

a) Nach der jährlichen Durchschnittssteigerung berechnet.
b) Gegenwärtiger Stand 91,000 M.

Zu Kap. 4 § 6 Tit. 2.

Entsprechend den Ergebnissen der letzten Jahre veranschlagt.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
M	₰					M
12'380,800	75	4			Übertrag	13'179,640
268	46		7		Pflaster- und Brückenzölle	270
20,761	34		8		Versicherungsprämien	42,850
			9		Entschädigungen und Ersatzleistungen.	
49,376	18			1	Im Postdienste	35,000
252	70			2	Im Telegraphendienste	350
24,376	57			3	Im Telephondienste	33,200
144,576	45		10		Sonstige Betriebsausgaben	230,500
12'620,412	45				Summe Kap. 4	13'521,810
		5			**Unterhaltungskosten der Telegraphen- und Telephonanlagen.**	
			1		Telegraphenanlagen.	
				1	Leitungen.	
183,404	24				a) Arbeitslöhne	212,000
145,138	59				b) Materialien und Werkzeuge	192,000
				2	Einrichtungen der Telegraphenanstalten.	
49,316	77				a) Arbeitslöhne	58,000
53,944	67				b) Apparate, Batterien, Werkzeuge und Maschinen	62,500
431,804	27				Summe § 1	524,500
			2		Telephonanlagen.	
				1	Leitungen.	
349,086	86				a) Arbeitslöhne	441,600
248,189	78				b) Materialien und Werkzeuge	320,000
				2	Einrichtungen der Umschalt- und Sprechstellen.	
303,753	63				a) Arbeitslöhne	353,400
252,980	57				b) Apparate, Batterien, Werkzeuge und Maschinen	332,000
1'154,010	84				Summe § 2	1'447,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
12'410,520	1'075,430	306,310		
270	—	—		
24,200	18,650	—		**Zu Kap. 4 § 8.** Mehransatz wegen Erhöhung von Versicherungssummen und für Neuzugänge, namentlich im Motordienste.
				Zu Kap. 4 § 9. Die Ansätze entsprechen dem Anfall der letzten Jahre.
28,000	7,000	—		
150	200	—		
24,000	9,200	—		
118,700	111,800	—		**Zu Kap. 4 § 10.** Mehransatz zur Beschaffung von Materialien, Benzol usw. für den Motorwagendienst.
12'605,840	1'222,280	306,310		
				Zu Kap. 5 § 1 und 2. Die Mehransätze bei den einzelnen Etatstiteln sind durch Vermehrung der Telegraphenanstalten mit Telephonbetrieb, Umschalte- und Sprechstellen sowie durch Neuregelung der Arbeiterverhältnisse veranlaßt.
202,000	10,000	—		
180,000	12,000	—		
53,000	5,000	—		
57,500	5,000	—		
492,500	32,000	—		
438,500	3,100	—		
302,000	18,000	—		
312,000	41,400	—		
293,500	38,500	—		
1'346,000	101,000	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
		5	3		Übernachtungsgebühren und Reiseauslagen der Werkführer, Telegraphen-Mechaniker und -Wärter.	
3,251	34			1	Telegraphenbetrieb	—
11,632	83			2	Telephonbetrieb	—
14,884	17				Summe § 3	—
1'154'010	84				Hiezu „ § 2	1'447,000
431,804	27				„ § 1	524,500
1'600,699	28				Summe Kap. 5	1'971,500
		6			**Ergänzung bestehender Telegraphen- und Telephoneinrichtungen.**	
29,213	66		1		Telegraphenanlagen	25,000
58,048	74		2		Telephonanlagen	60,000
87,262	40				Summe Kap. 6	85,000
		7			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
72,408	45		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen- und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	97,400
292,403	95		2		Für Gebäudeunterhaltung	300,000
85,430	11		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	214,500
450,242	51				Summe Kap. 7	611,900

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
5,000	—	5,000		**Zu Kap. 5 § 3.** Ohne Ansatz, da die Übernachtungsgebühren und Reisekosten des unteren telegraphentechnischen Personals nunmehr bei Kap. 1 § 1 Tit. 3 „Tagegelder und Reisekosten" veranschlagt sind.
16,500	—	16,500		
21,500	—	21,500		
1'346,000	101,000	—		
492,500	32,000	—		
1'860,000	133,000	21,500		
65,000	—	40,000		**Zu Kap. 6 § 1.** Der im Etat für 1908 und 1909 als künftig wegfallend bezeichnete Betrag von 70,000 M oder jährlich 35,000 M ist nicht mehr in Ansatz gebracht; für die regelmäßigen Ergänzungskosten erscheint der Betrag von 25,000 M ausreichend.
80,000	—	20,000		**Zu Kap. 6 § 2.** Nach dem Anfall des letzten Jahres veranschlagt.
145,000	—	60,000		
97,400	—	—		
298,000	2,000	—		**Zu Kap. 7 § 2.** Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Der im Nachtragsetat für die Jahre 1908 und 1909 zur Herstellung der Bureauräume für die Postscheckämter enthaltene, als künftig wegfallend bezeichnete Betrag von 16,000 M oder jährlich 8000 M bleibt außer Ansatz; dagegen ergibt sich ein höherer Bedarf wegen des Zuganges neuerbauter Posthäuser, Motorwagenhallen usw.
230,000	—	15,500	B S. 33/37	**Zu Kap. 7 § 3.** Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
625,400	2,000	15,500		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		8			**Lasten der Staatsrealitäten.**	
—	—		1		Steuern an auswärtige Staaten	—
9,084	93		2		Kreisumlagen	11,900
849	99		3		Distriktsumlagen	1,200
1,329	10		4		Gemeindeumlagen	1,800
—	—		5		Passivreichnisse	—
11,264	02				Summe Kap. 8	14,900
—	—	9			**Verzinsung und Tilgung der zur Herstellung von Telegraphen- und Telephonanlagen aufgewendeten Kapitalien**	1'336,899
					Summe Kap. 9 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
				Zu Kap. 8. Die Mehransätze sind durch Zugang neuer Posthäuser, Motorwagenhallen usw. bei § 4 durch den Zugang von Mietwohnungen veranlaßt.
—	—	—		
9,200	2,700	—		
1,000	200	—		
1,000	700	—		
—	—	—		
11,300	3,600	—		
180,000	1'156,899	—		**Zu Kap. 9.** (siehe unten)

Zu Kap. 9.

Auf diesen Titel waren in der Finanzperiode 1908 und 1909 zunächst nur die Mittel für Verzinsung des nach dem außerordentlichen Budget dem Gefällsablösungsfonds entnommenen Kapitals von 6'000,000 ℳ vorgesehen. Nunmehr soll mit einer vollen Verzinsung der Kapitalien, die von der Finanzperiode 1908 und 1909 an für Postzwecke im Anlehenswege beschafft oder auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds übernommen werden, und mit einer regelmäßigen Schuldentilgung begonnen werden. Die Verzinsung soll zu 4 %, die Tilgung der für Telegraphen- und Telephonanlagen verwendeten Kapitalien in 30 Jahren und die Tilgung der für Postbauten aufgenommenen Anlehen in 50 Jahren erfolgen. Für die beiden Betriebsfonds (für Motorpostlinien und für Telegraphen- und Telephonbaumaterialien usw.) soll nur Verzinsung, dagegen keine Tilgung vorgesehen werden, da diese Fonds durch Rückzahlungen aus dem ordentlichen Etat oder aus den einzelnen Willigungen des außerordentlichen Etats fortlaufend erneuert werden. Hiernach sind vorgesehen:

		Für Verzinsung	Für Tilgung	Zusammen
		ℳ	ℳ	ℳ
A. Außerordentliches Budget 1908 und 1909:				
Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds (II b):				
für Vervollständigung des bayer. Telephonnetzes	6'000,000 ℳ	237,860	109,120	346,980
Auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (III b):				
aa) für Postbauten	2'876,900 ℳ			
bb) für Vervollständigung des bayer. Telegraphennetzes	904,200 ℳ			
cc) für Vervollständigung des bayer. Telephonnetzes	6'950,300 ℳ			
ff) für Beschaffung von Wohnungen	485,100 ℳ			
zusammen	11'216,500 ℳ	445,418	165,311	610,729
dd) für den Betrieb- und Reservefonds der Motorpostlinien	2'500,000 ℳ			
ee) für den Betriebsfonds für ständige Haltung eines Vorrats an Telegraphen- und Telephonbaumaterialien usw.	2,500,000 ℳ			
zusammen	5'000,000 ℳ	200,000	—	200,000
Summe A		883,278	274,431	1'157,709
B. Außerordentliches Budget 1910 und 1911:				
Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds:				
für Vervollständigung des bayer. Telegraphennetzes	731,500 ℳ			
für Vervollständigung des bayer. Telephonnetzes	8'228,000 ℳ			
zusammen	8'959,500 ℳ	179,190	—	179,190
Gesamtsumme		1'062,468	274,431	1'336,899

Bei B sind die Zinsen entsprechend der allmählichen Abhebung halbjährig angesetzt; die Tilgung beginnt in der nächsten Finanzperiode.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		10			**Verschiedene Ausgaben.**	
530	44		1		Prozeßkosten	700
					Vergütung für den Verkauf	
55,900	33				der Reichsstempelmarken	—
975	—				der Gebührenmarken	—
8,665	91		2		Sonstige und unvorhergesehene Ausgaben	26,500
66,071	68				Summe Kap. 10	27,200
—	—				Hiezu „ „ 9	1'336,899
11,264	02				„ „ 8	14,900
450,242	51				„ „ 7	611,900
87,262	40				„ „ 6	85,000
1'600,699	28				„ „ 5	1'971,500
12'620,412	45				„ „ 4	13'521,810
270,251	07				„ „ 3	406,100
13,704	02				„ „ 2	16,000
32'532,716	64				„ „ 1	40'949,911
47'652,624	07				**Gesamtbetrag der Ausgaben** . . .	58'941,220
					Abgleichung zum Etat Nr. 9.	
62'120,337	30				**Einnahmen**	71'944,910
47'652,624	07				**Ausgaben**	58'941,220
14'467,713	23				**Reineinnahme** . . .	13'003,690

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
400	300	—		**Zu Kap. 10 § 1.** Der Ansatz entspricht der Durchschnittsausgabe der letzten Jahre.
35,900	—	35,900		**Zu bisher Kap. 10 § 2.** Die bisher dem beteiligten Personal ausbezahlten Vergütungen für den Verkauf der fremden Marken können nach den Bestimmungen des Beamtengesetzes nicht mehr gewährt werden, daher ohne Ansatz.
800	—	800		
11,500	15,000	—		**Zu Kap. 10 § 2 (bisher § 3).** Mehransatz wegen Übernahme der Kosten für die ärztliche Untersuchung der Bewerber für den Postdienst auf die Postkasse und für Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte; ferner ist der Betrag von 10,000 M oder jährlich 5000 M für Kosten des Umzuges in das neue Verkehrsministerialgebäude vorgesehen.
48,600	15,300	36,700		
180,000	1'156,899	—		
11,300	3,600	—		
625,400	2,000	15,500		
145,000	—	60,000		
1'860,000	133,000	21,500		
12'605,840	1'222,280	306,310		
335,500	78,050	7,450		
14,500	1,500	—		
35'672,895	5'279,016	2,000		
*) 51'499,035	7'891,645	449,460		
	7'442,185			
66'113,345	5'831,565	—		
51'499,035	7'442,185	—		
14'614,310	—	1'610,620		

*) 49'499,035 M ursprünglicher Budgetbetrag
2'000,000 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse
51'499,035 M Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31
an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
auf Rechnung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten 1'961,800 M
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 1'133,800 M

Summe 3'095,600 M.

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . 58'941,220 M

Summe der Ausgaben auf den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung im ordentlichen Budget 62'036,820 M.

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:

a) auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziffer I b) 1'800,000 M oder für ein Jahr 900,000 M
b) auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds (Ziffer II c) 8'959,500 M oder für ein Jahr 4'479,750 M
c) auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziffer III c) 1'500,000 M oder für ein Jahr 750,000 M

6'129,750 M.

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Post- und Telegraphenverwaltung . . . . 68'166,570 M.

München, den 14. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
4	Ministerialdirektor . . .	1	—	12,000				
5	Ministerialräte	4						
	Oberpostdirektoren	8						
		12	8400 bis 10200	106,200				
6	Oberregierungsräte . . .	8						
	Oberposträte ä. O. . . .	—						
		8	7200 bis 8700	62,100				5 Oberposträte ä. O. weniger im Laufe des Jahres 1909 gegen ebenso viele Oberposträte n. O. mehr.
7	Oberposträte n. O. . . .	45	6000 bis 7500	319,000				5 Oberposträte n. O. mehr im Laufe des Jahres 1909 gegen ebenso viele Oberposträte ä. O. weniger.
9	Posträte u. Oberpostinspektoren	69						
	Postamtsdirektoren . . .	53						
	Telegraphenamtsdirektoren .	2						
		124	4800 bis 6300	715,217				Vgl. Seite 30 Buchstabe a.
11	Oberpostassessoren u. Postinspektoren	117						
	Postmeister	70						
		187	4600 bis 5600	1'050,667				28 Postmeister weniger im Laufe der Finanzperiode 1908 u. 1909 gegen ebenso viele Postverwalter mehr.
12	Postassessoren u. Postoffiziale	31	3000 bis 5000	152,500				20 Postoffiziale weniger im Laufe der Finanzperiode 1908 u. 1909 gegen ebenso viele Postverwalter mehr.
14	Postverwalter	624	3300 bis 5100	2'559,000				48 Postverwalter mehr im Laufe der Finanzperiode 1908 u. 1909 gegen 28 Postmeister u. 20 Postoffiziale weniger.
16	Technische Postsekretäre . .	51	2400 bis 3900	155,100				
	Seite	1083		5'131,784				

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	1083		5'131,784	—			
17	Postsekretäre	3320						
	Postexpeditoren (vor 1909)	394						
		3714	1800 bis 3300	10 301,100	240*			* Auslandszulage.
18	Oberwerkführer	137						
	Postexpeditoren (neue) . .	16						
		153	2250 bis 3000	354,824	—			Vgl. Seite 30 Buchstabe b.
19	Oberassistenten	27						
	Kanzlisten	25						
	Werkstätteleiter	15						
	Obermaschinisten	4						
		71	2100 bis 2700	152,525	—			Vgl. Seite 30 Buchstabe c.
21	Boten und Diener des Staatsministeriums . .	13						
	Oberschaffner	339						
	Oberpackmeister	80						
	Oberbriefträger	241						
	Bauzeichner	27						
		700	1800 bis 2550	1'598,100	—			Vgl. Seite 30 Buchstabe d.
22	Werkführer	113						
	Geldzähler	9						
	Maschinisten	17						
	Werkstätteleiter	10						
		149	1800 bis 2300	277,068	—			Vgl. Seite 30/31 Buchstabe e u. k.
23	Kanzlei- u. Bureauassistenten	493						
	Postadjunkten	574						
		1067	1500 bis 2250	1'816,688	180*			* Auslandszulage.
	Seite	6937		19'632,089	420			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	6937		19'632,089	420			
24	Packmeister	855						
	Fahrpostschaffner	178						
	Briefträger	1767						
		2800	1700 bis 2200	5'177,541	—			Vgl. Seite 30 Buchstabe f.
25	Direktionsdiener	94						
	Expeditorinnen	200						
		294	1500 bis 2000	455,150	—			Vgl. Seite 30 Buchstabe g.
27	Schaffner	3015						
	Heizer	9						
		3024	1400 bis 1900	4'475,192	—			
28	Bureaudiener	2	1500	3,000	—			
29	Kanzlei-, Bureau- und Rechnungsassistentinnen, Telegraphenassistentinnen, Telephonassistentinnen . .	1008						
	Postboten	3010						
		4018	1200 bis 1700	5'615,600	360*			Vgl. Seite 31 Buchstabe h. * Auslandszulage.
	Summe	17075		35'358,572	780	67,719	35'427,071	
	Bauschalabstrich	—	—	1'060,757	23	2,032	1'062,812	
	Summe a	17075	—	34'297,815	757	65,687	34'364,259	

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
	Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
		ein-zeln	zusammen				
		M	M	M	M	M	
b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
Bezahlte geprüfte Anwärter des höheren Dienstes . .	—	—	9,600	—			
Bezahlte geprüfte Anwärter des mittleren Dienstes .	—	—	103,518	32,000			
Bezahlte geprüfte Postgehilfen	—	—	20,800	4,500			
Bezahlte auf festen Stellen ständig verwendete Telephonistinnen	218	—	199,034	3,500			
Summe b	218	—	332,952	40,000	—	372,952	
Hiezu „ a	17075	—	34'297,815	757	65,687	34'364,259	
Summe des Jahresvoranschlags für 1910 und 1911	17293	—	34'630,767	40,757	65,687	34'737,211	
Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
Ursprünglicher Budgetbetrag	* 17096	—	—	—	—	* 29'494,955	
Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—	—	—	—	—	2'000,000	
Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	17096	—	—	—	—	31'494,955	
Sohin für 1910 und 1911 mehr	197	—	—	—	—	** 3 242,256	

Erläuterungen

Zu b.:
Von den bisher unter dem nichtstatusmäßigen Personal vorgetragenen Bezügen verbleiben nach Ausscheiden der zu den etatsmäßigen Beamten überführten Personen 1'845,051 M. Hierunter befinden sich die Bezüge von Personen, die nicht als Beamte im Sinne des Art. 1 des Beamtengesetzes erklärt sind und bei Kap. 1 § 1 Tit. 2 „Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen" verrechnet werden, im Betrage von 1'472,099 M. Der Rest von 372,952 M ist für die als Beamte im Sinne des Art. 1 des Beamtengesetzes erklärten Personen neben ausgewiesen.

* 972 Beamte mit Bedarf nach Anlage A, 3'915,276 M
16 124 Beamte mit Bedarf nach Anlage B, 25,579,679 M
17 096 Beamte mit Bedarf. 29'494,955 M

** Wird dem Mehraufwand von . . . . 3'242,256 M
die auf Kap. 1 § 1 Tit. 2 übertragene Bedarfssumme für das Hilfspersonal von . . . . 1'472,099 M
zugesetzt, so ergibt sich eine Mehrausgabe an Besoldungen von . . 4'714,355 M
Hierunter befinden sich:
Ergänzung der vom Etat Nr. 34 übertragenen 2'000,000 M auf die für 1909 benötigte Jahressumme von 4'900,000 M mit . . 2'900,000 M
Ergänzung der abgesetzten Teilbeträge für Stellenmehrungen für die Jahre 1908 und 1909 . . . . 859,477 M
Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen 1910 und 1911 . . . . . 729,856 M
Mehrbedarf für Stellenmehrungen 1910 und 1911 . . . . 225,022 M
Summe wie oben 4'714,355 M

167 Stellen (20 Postbeiboten und 147 Depeschenträger) gehen mit ihren Bezügen auf Kap. 1 § 1 Tit. 2 über,
197 Stellen mehr neben ausgewiesen
364 Stellenzugang laut Anlage B.

Begründung

der

ausgewiesenen Stellenmehrungen und Stellenminderungen.

Mehr		Wenige[r]
a)	14 Stellen der Klasse 9	—
b)	20 Stellen der Klasse 18 (Oberwerkführer)	—
c)	2 Stellen der Klasse 19 (Oberassistenten)	—
d)	2 Stellen der Klasse 21 (Ministerialboten)	—
e)	10 Stellen der Klasse 22 (Werkführer)	—
f)	70 Stellen der Klasse 24	—
g)	30 Stellen der Klasse 35 (Expeditorinnen)	—
h)	245 Stellen der Klasse 29 (Assistentinnen, Postboten)	—
i)	— Stellen der Klasse 11	14
k)	— Stellen der Klasse 22	15
	393	29

Es ergibt sich daher eine Mehrung der Stellen um 364.

Zur Begründung des Personalbedarfs wird angeführt:

Zu a. Die Stellen der Klasse 9 sind erforderlich zur Weiterführung des Stellenbesetzungsprogrammes nach § [3] der Denkschrift über die Neuordnung der Verkehrsverwaltung (Beilage 232 z. d. Verhandl. d. K. d. Abg. 190[7] Bd. II). Auf einer Anzahl von Posten, die nach ihrer Wichtigkeit mit Beamten der Gehaltsklasse 9 besetzt se[in] sollten, sind schon seit längerer Zeit Beamte der Klasse 11 verwendet. Aus Sparsamkeitsrücksichten wird d[ie] programmäßige Stellenbesetzung auf mehrere Finanzperioden verteilt.

Zu b. 5 Oberwerkführerstellen sind erforderlich zur technischen Bedienung der neu einzurichtenden automatisch[en] Umschaltestellen in Schwabing und am Ostbahnhofe in München. Die Dienstaufgaben, die an das bei diese[n] Umschaltestellen verwendete Personal des unteren Dienstes herantreten, sind hochwertig und rechtfertigen d[ie] Aufstellung von Personal der Klasse 18 (Oberwerkführer). Die durch die Entwicklung der Apparatentechnik u[nd] des Leitungsbaues hochwertig gewordenen Posten, die an ihre Inhaber besonders große Anforderungen stelle[n,] sollen allmählich programmgemäß mit Oberwerkführern besetzt werden. Hiezu sind für die Finanzperio[de] 15 Stellen vorgesehen.

Zu c. Die Stellen sind erforderlich infolge Geschäftszunahme bei den 6 Postdirektionen. Es handelt sich u[m] höher zu bewertende, aber für Personal des unteren Dienstes geeignete Posten.

Zu d. Die hier vorgetragenen 2 Ministerialbotenstellen sind beim Etat des Verkehrsministeriums wie[der] abgesetzt.

Zu e. Die Stellen (Werkstätteleiter) sind erforderlich infolge der Einrichtung neuer Motorpostlinien.

Zu f. Die Stellen sind hauptsächlich für den Zustell- und Abfertigungsdienst in den größeren Städt[en] erforderlich.

Zu g. 5 Stellen sind voraussichtlich erforderlich, um größere Agenturen, bei denen der Dienst wegen sein[es] Umfanges neben einer anderen Erwerbstätigkeit nicht mehr besorgt werden kann, mit Personen, die den P[ost]dienst berufsmäßig ausüben, besetzen zu können.

25 weitere Stellen werden gefordert, um einen Teil der mit weiblichem Personal besetzten, höherbewertet[en] Posten, namentlich im Telephonaufsichts- und Rechnungsdienst, programmäßig besetzen zu können.

Zu h. 235 Assistentinnenstellen sind als Mehrung erforderlich wegen des Neuzuganges von Telephonteilnehmern, der Zunahme der Gespräche, namentlich des telephonischen Fernverkehrs, insbesondere aber für den Postscheckverkehr.

Die im Nachtrage zum Etat Nr. 9 des ordentlichen Budgets für die Jahre 1908 und 1909 (Beilage 453 z. d. Verhandl. d. K. d. Abg. 1908 Bd. III) für die Postscheckämter vorgesehenen Stellen haben infolge des die Annahme weit übertreffenden Zugangs an Kontoinhabern nicht ausgereicht. Schon Ende Mai 1909 waren rund 100 Arbeitskräfte mehr verwendet, als ursprünglich vorgesehen waren. Mitte Juli 1909 betrug die Zahl der Kontoinhaber 3860, Ende Juni der Geldumsatz 462'000,000 ℳ. Die Zahl der Buchungen wird bis Ende des Jahres 1909 voraussichtlich auf über $2^1/_2$ Millionen steigen. In der erwähnten Beilage 453 ist bis Ende 1909 ein Stand von 3000 Teilnehmern und etwa 1 720 000 Buchungen angenommen worden. Der Personalbedarf für die Postscheckämter wird noch weiter steigen, wenn auch nicht mehr so rasch als bisher.

10 Postbotenstellen sind als Mehrungen für den Landzustelldienst erforderlich.

Zu i u. k. Die Stellen sind wegen normaler Besetzung der Posten (vgl. a u. b) nicht mehr benötigt.

Frei werdende Stellen der Klasse 11 der Gehaltsordnung werden, soweit sie nicht für Beamte des höheren Dienstes beansprucht werden, in Stellen der Klassen 13 oder 14 umgewandelt werden.

Nach etatsmäßiger Anstellung der noch vorhandenen geprüften Aspiranten werden die sich erledigenden Beamtenstellen zum Teil durch Beamte des unteren Dienstes besetzt, wie dies bereits in der Denkschrift über die Neuordnung der Verkehrsverwaltung vorgesehen ist, und demnach in Stellen der Klassen 19, 21, 25, 27 oder 29 der Gehaltsordnung umgewandelt werden.

München, den 14. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche der Post- und Telegraphenverwaltung.

Fortl. Nr.	Oberpostdirektionsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
1	Würzburg	Amorbach	Neubau eines Posthauses	56,000	28,000
2	Augsburg	Augsburg	Errichtung einer Motorwagenhalle	32,000	16,000
3	Speyer	Edenkoben	Erwerbung eines Grundstückes	2,000	1,000
4	Bamberg	Münchberg	Erweiterung des Posthauses	11,500	5,750
5	Nürnberg	Nürnberg	Herstellung einer unterirdischen Halle und von zwei elektrischen Aufzügen im Hauptbahnhof Nürnberg	63,700	31,850
			Seite	165,200	82,600

Erläuterungen

Die in einem Privathaus gemieteten Diensträume des Postamtes Amorbach sind für den gegenwärtigen Verkehr zu klein. Sie haben bei 12 m Tiefe des Hauses ungenügendes Tageslicht und andere in der Bauanlage begründete Mängel. Mietlokale, die sich für das Postamt besser eignen würden, sind in Amorbach nicht zu haben.

Es soll deshalb ein Posthaus in der Nähe des Bahnhofes Amorbach erbaut werden. Die Eisenbahnverwaltung wird einen Bauplatz zur Verfügung stellen. Als Ersatz und Gegenwert muß aber ein Privatgrundstück um 3400 ℳ gekauft und zu einem Lagerplatz hergerichtet werden. Die Postverwaltung hat für den Bauplatz ungefähr 4000 ℳ aufzuwenden. Die Baukosten sind zu 52,000 ℳ, die Gesamtkosten zu 56,000 ℳ veranschlagt.

Zur Hinterstellung der Postmotorwagen, die künftig für die Verbindungsfahrten zwischen den Stadtpostanstalten und dem Posthaus am Bahnhof in Augsburg verwendet werden, ist eine Wagenhalle mit Werkstätte, Lager- und Nebenräume einzurichten.

Hiefür wird ein Betrag von 32,000 ℳ vorgesehen.

Der Hof beim Posthaus in Edenkoben ist sehr eng und hat nur eine Zufahrt von der Straße. Die bespannten Fuhrwerke, die in den Hof einfahren müssen, können darin nur bei größter Achtsamkeit umwenden. An den Hof grenzt ein 400 qm großer Garten, der um einen Preis von 2000 ℳ der Postverwaltung zum Kauf angeboten wurde. Die Gelegenheit zur Erwerbung dieses Gartens soll nicht versäumt werden, da nur hiedurch die Vergrößerung des Posthofes und eine allenfallsige spätere Erweiterung des Posthauses ermöglicht werden kann.

Das Posthaus in Münchberg muß erweitert werden, da der Schaltervorplatz mit drei Schaltern nicht mehr ausreicht, die vom Vorstand und für die Umschaltestelle benützten zwei Zimmer zu klein sind, und im Abfertigungsraum der nötige Platz zu einer geordneten Abwickelung des Postverkehrs fehlt. Das Posthaus soll in seiner ganzen Länge auf der Nordseite einen 5 m breiten, erdgeschossigen Anbau erhalten. Der hiefür erforderliche Baugrund wird von der Staatseisenbahnverwaltung überlassen. Die Kosten für die Erweiterung und den Umbau des Hauses sind zu 11,500 ℳ veranschlagt.

a) Die zahlreichen Paketsendungen, die im Hauptbahnhof Nürnberg von einer Zugsrichtung zu einer anderen übergehen, mußten bisher, wenn sie längeres Stillager hatten, in das Paketpostgebäude gebracht werden. Um den damit verbundenen Aufwand an Arbeit und Zeit zu ersparen und um die beschränkten Diensträume im Paketpostgebäude zu entlasten, soll im Anschluß an den neuen Posttunnel unter den Zugsgleisen eine 30 m lange und 7 m breite Halle hergestellt werden, in der die umzuleitenden Paketsendungen vorübergehend aufbewahrt werden können. Die Halle wird mit Oberlichtern versehen, elektrisch beleuchtet und mit Gas geheizt werden. Die Baukosten sind zu 33,500 ℳ berechnet.

b) Der an die nördliche Stützmauer des Hauptbahnhofes angrenzende Posthof soll mit den hochgelegenen Bahngleisen durch zwei elektrische Aufzüge und eine Freitreppe verbunden werden. Die elektrischen Aufzüge werden zur Hebung oder Senkung der Paketsendungen benützt werden, die in vollständigen Wagenladungen auf dem besonderen, für Postzwecke bestimmten Bahngleise abgehen oder einlaufen. Außerdem können die Aufzüge auch für den Verkehr zwischen dem Paketpostgebäude und den Bahnzügen und für die Beförderung von Reisegepäck und Expreßgütern in dem Falle dienen, daß die in die Bahntunnel eingebauten hydraulischen Aufzüge versagen.

Die Kosten der beiden elektrischen Aufzüge und der Freitreppe werden 27,600 ℳ betragen.

c) Der Hof südlich des Paketpostgebäudes muß den künftigen Verhältnissen entsprechend umgepflastert werden. Die Kosten hiefür werden sich auf 2600 ℳ belaufen.

Die Gesamtkosten der unter a, b und c beschriebenen Bauten werden also 63,700 ℳ betragen.

Fortl. Nr.	Oberpostdirektionsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	165,200	82,600
6	München	Starnberg	Erweiterung des Posthauses	13,000	6,500
7	Augsburg	Weiler i. Algäu	Neubau eines Posthauses	93,000	46,500
8	Regensburg	Wiesau	Neubau eines Posthauses	60,500	30,250
9	Nürnberg Bamberg Landshut Nürnberg	Ansbach Kronach Landshut Vilshofen Weißenburg i. Bay.	Herstellung von Telegraphenwärtermagazinen . . .	43,600	21,800
10	—	—	Reserve und Verwaltungskosten	53,700	26,850
			Summe . . .	429,000	214,500

Erläuterungen

Das Postamt Starnberg hatte im Jahre 1898 eine Gesamteinnahme von 47,871 ℳ, im Jahre 1908 von 80,020 ℳ. Infolge dieser Verkehrssteigerung reichen die Diensträume im Posthaus am Bahnhof Starnberg nicht mehr aus. Das Haus soll deshalb auf der Westseite um 5 m und auf der Ostseite um 2,5 m verlängert werden. Der hiezu erforderliche Bauplatz ist vorhanden.

Die Kosten für die Erweiterung des Posthauses sind zu 13,000 ℳ veranschlagt.

Das Postamt Weiler i/Algäu ist im Bahnbetriebsgebäude untergebracht. Der Verkehr des Postamtes hat in den letzten Jahren durch die Entstehung neuer Strohhutfabriken bedeutend zugenommen. Die Gesamteinnahmen des Postamts sind von 15,561 ℳ im Jahre 1898 auf 30,799 ℳ im Jahre 1908 gestiegen. Die Versuche, größere Diensträume anzumieten, waren erfolglos. Die Herstellung eines eigenen Posthauses ist daher dringend nötig. Ein in der Nähe des Bahnhofes gelegenes Grundstück von 830 qm Fläche würde von der Gemeinde Weiler an die Postverwaltung um den Preis von 5000 ℳ als Bauplatz für ein Posthaus verkauft werden.

Die Baukosten werden 88,000 ℳ, die Gesamtkosten für das Posthaus demnach 93,000 ℳ betragen.

Die Diensträume des Postamtes Wiesau sind im Erdgeschoß eines Privathauses gemietet, in dem sich auch eine Wirtschaft befindet. Der Hauseingang und Flur werden gemeinschaftlich benützt. Die Diensträume haben nur 41 qm Bodenfläche. Da dem Postamt 5 Postboten zugeteilt sind, ist der Raum ungenügend. Zudem fehlen in der Nähe des Bahnhofes und Postamtes passende, preiswerte Wohnungen für das Postpersonal. Die Erbauung eines posteigenen Hauses, in dem außer den Diensträumen für das Postamt auch vier Wohnungen für das Personal vorgesehen werden sollen, ist deshalb sehr notwendig.

Das für den Neubau bestimmte Grundstück liegt dem Bahnbetriebshauptgebäude gegenüber. Es hat 988 qm Fläche und kostet 2900 ℳ. Die Baukosten sind zu 57,600 ℳ berechnet.

Die Gesamtkosten des Posthausneubaues werden also 60,500 ℳ betragen.

Neue Telegraphenwärtermagazine sind an den Bahnhöfen Ansbach, Kronach, Landshut, Vilshofen und Weißenburg i/Bay. zu erbauen. Das Magazin in Kronach wird auf einer Verlandungsfläche am rechten Ufer der Haslach errichtet werden, die Bauplätze für die anderen Magazine kann die Staatseisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen.

Die Gesamtkosten der fünf neuen Telegraphenwärtermagazine werden sich auf 43,600 ℳ belaufen.

Die Gesamtbaukosten für die nach Ziff. 1, 2 und 4 bis 9 auszuführenden Bauten betragen 361,400 ℳ. Zur Deckung der Mehrkosten bei jenen Bauten, für welche infolge unvorhergesehener baulicher Schwierigkeiten, Preissteigerungen u. dergl., die veranschlagten Beträge nicht ausreichen sollten, wird eine Reserve von (ungefähr 5%) 18,000 ℳ eingesetzt.

Außerdem sind für Bauleitung und Oberleitung 35,700 ℳ (etwa 10% der Baukosten) vorzusehen.

München, den 14. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 10.

Bodensee-Dampfschiffahrt.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
					Einnahmen.	
		1			**Schiffahrtsgebühren.**	
302,593	57		1		Aus der Personenbeförderung	300,000
11,190	72		2		Aus der Beförderung von Reisegepäck	11,500
137	60		3		Aus der Beförderung von Fahrzeugen	100
2,348	35		4		Aus der Beförderung von Tieren	2,400
360,128	62		5		Aus der Güterbeförderung	360,000
676,398	86				Summe Kap. 1	674,000
62,712	09	2			**Ersatzleistungen**	62,000
1,099	60	3			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken**	1,940
1,793	90	4			**Übrige Einnahmen**	1,700
742,004	45				**Summe der Einnahmen**	739,640

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Zu Kap. 1. Die Einnahmen zu Kap. 1 wurden nach den Ergebnissen des Jahres 1908 veranschlagt.
265,000	35,000	—		
8,000	3,500	—		
—	100	—		
2,000	400	—		
305,000	55,000	—		
580,000	94,000	—		
49,400	12,600	—		**Zu Kap. 2.** Mehr hauptsächlich deshalb, weil die Vergütung der schweizerischen Verwaltung für Mehrleistungen Bayerns im Fusionsdienst, die im Jahre 1908 9606 ℳ 79 Pf. betragen hat und bisher unter Kap. 1 vereinnahmt wurde, sich besser zur Vereinnahmung auf Kap. 2 eignet, dann wegen höherer Einnahmen des Jahres 1908.
1,075	865	—		**Zu Kap. 3.** Mehr infolge der Mieterträgnisse für Dienstwohnungen nach Art. 37 des Beamtengesetzes.
1,030	670	—		**Zu Kap. 4.** Nach den Einnahmen des Jahres 1908.
631,505	108,135	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
135,541	05	1			**Besoldungen der Beamten**	157,880
					Summe Kap. 1 für sich.	
63,609	51	2			**Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen**	64,000
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			**Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**	
946	45		1		Taggelder und Reisekosten	900
—	—		2		Umzugskosten	100
31,896	20		3		Fahrgelder	32,000
4,444	23		4		Vergütungen für Materialersparnisse	4,600
37,286	88				Summe Kap. 3	37,600
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
531	36		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	910
			2		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der Staatseisenbahnverwaltung	
323	55				Abteilung A	400
540	75				Abteilung B	1,380
1,075	60		3		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	1,200
228	—		4		Unterstützungen an Beamte der Gehaltsklassen 1 bis 14 und deren Hinterbliebene	330
2,699	26				Summe Kap. 4	4,220

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
148,106	9,774	—	S. 12/13	**Zu Kap. 1.** Hierunter 1480 *M* persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
59,450	4,550	—		**Zu Kap. 2.** Mehr wegen Erhöhung der Taglöhne ab 1908 und wegen gesteigerten Verkehrs.
900	—	—		**Zu Kap. 3 §§ 3 und 4.** Die Stundengelder des Dienstpersonals sind bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht anzurechnen. Dagegen ist von den Fahrgeldern ein Drittel des während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen, soferne für die Beamtenklasse, der der Verletzte oder Getötete angehört hat, in der Gehaltsordnung kein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen vorgesehen ist. Der gleiche Betrag ist von den an das Fahrpersonal für Brennmaterialersparnis gewährten Vergütungen auch dann in Anrechnung zu bringen, wenn für die betreffende Beamtenklasse in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen vorgesehen ist.
100	—	—		
30,000	2,000	—		**Zu Kap. 3 § 3.** Mehr wegen größerer Fahrdienstleistungen infolge gesteigerten Verkehrs.
4,100	500	—		**Zu Kap. 3 § 4.** Mehr wegen Erhöhung der Vergütungssätze für die Schiffsheizer.
35,100	2,500	—		
425	485	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Mehr wegen Erhöhung der Kassenbeiträge von 3 % auf 4 %.
300	100	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Zu Abt. A mehr wegen Lohnerhöhungen, zu Abt. B mehr, weil von der Verwaltung nach den neuen Satzungen das Doppelte des bisherigen Zuschusses zu leisten ist.
675	705	—		
1,200	—	—		
100	230	—		**Zu Kap. 4 § 4.** Mehr wegen Zuschusses zur Pension eines Beamten der vorm. Kategorie A V b.
2,700	1,520	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
3,970	17		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	2,800
364	49		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	400
4,334	66				Summe Kap. 5	3,200
		6			**Ausgaben auf die Gebäude, Werften, Hafenbecken und Ländeplätze.**	
26,180	90		1		Unterhaltungskosten	30,000
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
26,180	90				Summe Kap. 6	30,000
		7			**Betriebsausgaben.**	
158,113	20		1		Betriebsmaterialien	161,000
48,670	46		2		Schiffe nebst Zubehör	80,000
5,859	25		3		Besondere Ausgaben für den Schleppdienst	6,000
3,916	38		4		Sonstige Ausgaben	4,100
216,559	29				Summe Kap. 7	251,100
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
62	95		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	70
2,401	18		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	2,760
599	33		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	200
11	70		4		Sonstige Ausgaben	70
3,075	16				Summe Kap. 8	3,100

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
3,700	—	900		Zu Kap. 5 § 1. Minder infolge Übergangs der Geschäftsführung für die vereinigten Bodensee-Dampfschiffahrtsverwaltungen an Österreich.
500	—	100		
4,200	—	1,000		
26,235	3,765	—		Zu Kap. 6 § 1. Mehr wegen Baggerungsarbeiten, die für die Aufrechthaltung des ungehinderten Schiffahrtsbetriebes auszuführen sind.
—	—	—		
26,235	3,765	—		
149,000	12,000	—		Zu Kap. 7 § 1. Mehr wegen Verkehrszunahme und erhöhter Kohlenpreise.
73,000	7,000	—		Zu Kap. 7 § 2. Von dem Voranschlage zu 80,000 M betragen die fortdauernden Ausgaben 53,000 M und die künftig wegfallenden 27,000 M. Der letztere Betrag ist notwendig, zur Beschaffung von zwei neuen Kesseln für das Dampfboot „Wittelsbach" zu 32,000 M, für den Umbau der Radschaufeln des gleichen Dampfbootes zu 16,250 M, für die Umänderung der Beleuchtungseinrichtungen der Dampfboote „Rupprecht" und „Wittelsbach" zu 5000 M und für die Anschaffung eines Hafenbootes zu 750 M.
6,000	—	—		
4,100	—	—		
232,100	19,000	—		
70	—	—		
2,760	—	—		
200	—	—		
70	—	—		
3,100	—	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
211,431	62	9			Rücklagen für den Erneuerungsfonds	138,810
					Summe Kap. 9 für sich.	
3,075	16				Hiezu " " 8 . . .	3,100
216,559	29				" " 7 . . .	251,100
26,180	90				" " 6 . . .	30,000
4,334	66				" " 5 . . .	3,200
2,699	26				" " 4 . . .	4,220
37,286	88				" " 3 . . .	37,600
63,609	51				" " 2 . . .	64,000
135,541	05				" " 1 . . .	157,880
700,718	33				**Summe der Ausgaben** . . .	689,910
					Abgleichung zum Etat Nr. 10.	
742,004	45				**Einnahmen**	739,640
700,718	33				**Ausgaben**	689,910
41,286	12				**Reineinnahme** . . .	49,730

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
79,914	58,896	—	
3,100	—	—	
232,100	19,000	—	
26,235	3,765	—	
4,200	—	1,000	
2,700	1,520	—	
35,100	2,500	—	
59,450	4,550	—	
148,106	9,774	—	
590,905	100 005	1,000	
	99,005		
631,505	108,135	—	
590,905	99,005	—	
40,600	9,130	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 9.

Dem Erneuerungsfonds werden, bis der Fonds die dem Alter des Schiffsparkes entsprechende Höhe erreicht hat, die gesamten Betriebsüberschüsse nach Abzug des Aufwandes für Ruhegehälter und Unterhaltsbeiträge zugewendet. Jedenfalls sind ihm aber jährlich wenigstens 3% des Wertes des vorhandenen Schiffsparkes zuzuführen.

Die Rücklage berechnet sich hiernach auf 138,810 ℳ. Der Erneuerungsfonds, der am Schlusse des Jahres 1908 in barem 211,431 ℳ 62 ₰ betrug, ist in Wertpapieren zum Nennwerte von 205,200 ℳ verzinslich angelegt, außerdem sind noch 7 ℳ 20 ₰ in barem vorhanden.

Außerdem sind im Etat Nr. 31

an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats der Bodensee-Dampfschiffahrt vorgesehen:

1. Pensionen und Unterhaltsbeiträge der Beamten	43,100 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . .	6,500 ℳ
Summe	49,600 ℳ
hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit	689,910 ℳ
Summe der Ausgaben auf den Etat der Bodensee-Dampfschiffahrt im ordentlichen Budget	739,510 ℳ
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget und zwar auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziff. I c) 600,000 ℳ oder für ein Jahr	300,000 ℳ
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Bodensee-Dampfschiffahrt	1'039,510 ℳ

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als *persönliche* Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom
5. August 1908 (Ges. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt
erden; als *besondere* Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten
ufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:					
			M	M	M	M	M	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Oberinspektor	—[1]	—	—				[1]) Die Stelle ist in den Etat Nr. 8 — Staatseisenbahnen — übertragen worden.
14	Bahnverwalter	3	3000 bis 4500	11,100				
17	Eisenbahnsekretär	—[2]	—	—				[2]) Minderung infolge Neuordnung der Verkehrsverwaltung.
	Kapitäne I. Klasse . . .	3[3]						[3]) Umwandlung einer erledigten Stelle in eine Stelle der Klasse 19.
		3	2700 bis 3300	9,300				
19	Kapitäne	4[4]						[4]) Vgl. Bemerkung zu Klasse 17.
	Oberpackmeister	1						
		5	2100 bis 2400	11,100				
22	Maschinisten	10						
	Ländemeister	1						
		11	1800 bis 2300	22,800				
24	Packmeister	1						
	Steuermänner	20						
		21	1700 bis 2200	43,200				
25	Schiffsheizer	13	1500 bis 2000	23,300				
27	Matrosen	21	1400 bis 1900	33,800				
28	Bureaudiener	1	1800	1,800				
	Summe a	78	—	156,400	—	1,480	157,880	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	78	—	156,400	—	1,480	157,880	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe des Jahresvoranschlags für 1910 u. 1911:	78	—	156,400	—	1,480[5]	157,880	[5] Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:	80[6]	—	—	—	—	148,106	[6]) 4 Beamte mit 16,665 M Bedarf nach Anl. A 76 Beamte mit 131,441 M „ nach Anl. B 80 Beamte mit 148,106 M Bedarf
	Sohin für 1910 und 1911 mehr: minder:	— 2	—	—	—	—	9,774[7]	[7]) Hievon treffen: 17,074 M auf den Mehrbedarf für Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 770 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen 17,844 M 8,070 M ab Minderbedarf infolge Personalminderung und Stellenumwandlung 9,774 M Summe wie neben.

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 11.

Dampfschiffahrt auf dem Ammersee und Schiffahrt auf der Amper.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
		1			**Schiffahrtsgebühren.**	
67,611	10		1		Aus der Personenbeförderung	72,000
1,256	75		2		Aus der Gepäck- und Güterbeförderung	1,300
322	—		3		Sonstige Einnahmen	322
69,189	85				Summe Kap. 1	73,622
		2			**Übrige Einnahmen.**	
2,750	—		1		Leistungen zur Instandhaltung der Stege	2,750
653	46		2		Sonstige Einnahmen	650
3,403	46				Summe Kap. 2	3,400
69,189	85				hiezu „ „ 1	73,622
72,593	31				**Summe der Einnahmen**	17,022

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
60,000	12,000	—		**Zu Kap. 1 § 1.** Die Schiffahrtgebühren wurden mit Rücksicht auf die günstige Entwickelung des Verkehrs höher veranschlagt.
200	1,100	—		**Zu Kap. 1 § 2.** Nach dem Anfalle im Jahre 1908.
—	322	—		**Zu Kap. 1 § 3.** Vergütung der Postverwaltung für Beförderung der Postsendungen auf den Dampfschiffen.
60,200	13,422	—		
2,750	—	—		
300	350	—		**Zu Kap. 2 § 2.** Mehr, weil die Pachtsumme für den Wirtschaftsbetrieb auf den Dampfschiffen erhöht worden ist.
3,050	350	—		
60,200	13,422	—		
63,250	13,772	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
22,536	25	1			Besoldungen der Beamten	18,800
					Summe Kap. 1 für sich.	
5,286	10	2			Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	15,660
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			**Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.**	
1,703	—			1	Taggelder und Reisekosten	1,350
—	—			2	Umzugskosten	200
2,779	10			3	Fahrgelder	2,800
4,482	10				Summe Kap. 3	4,350
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
332	41			1	Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	20[illegible]
				2	Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der Staatseisenbahnverwaltung	
208	11				Abteilung A	9[illegible]
386	51				Abteilung B	30[illegible]
—	—			3	Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	—
927	03				Summe Kap. 4	59[illegible]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				Vorbemerkung. Der Ausgaben-Etat ist zur größeren Übersichtlichkeit nach einem neuen Rechnungsschema aufgestellt, das sich möglichst an das für den Eisenbahnbetrieb anschließt.
25,300	–	6,500	S. 12	**Zu Kap. 1 und 2.** Im Betriebe der Ammersee-Dampfschiffahrt war bisher nur Taglohnpersonal verwendet, dessen Bezüge unter Kap. 1 verrechnet wurden. Wegen Überführung eines Teiles dieses Taglohnpersonales in etatsmäßige Stellungen ist der unter Kap. 1 vorgesehene Betrag erforderlich. Die Bezüge des noch vorhandenen Taglohnpersonales sind unter Kap. 2 veranschlagt worden. Nach Abgleichung der Minderungen zu Kap. 1 mit der Mehrung zu Kap. 2 verbleibt eine Mehrung von 7,16[illegible] ℳ, die auf die neue Gehaltsordnung sowie auf die vermehrten Dienstaushilfen wegen Verkehrszunahme zurückzuführen ist.
2,000	13,660	–		
1,200	150	–		**Zu Kap. 3 § 1.** Mehr wegen Gewährung von Übernachtungsgebühren. Der Budgetsatz war bisher bei Kap. 1 § 2 vorgetragen.
200	–	–		
2,500	300	–		**Zu Kap. 3 § 3.** Mehr wegen erhöhter Fahrdienstleistungen infolge Verkehrszunahme. Der Budgetsatz war bisher bei Kap. 1 § 2 vorgetragen. Von den Fahrgeldern des Dienstpersonals ist bei Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge ein Drittel des während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahre, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen, soferne nicht für die Beamtenklasse, der der Verletzte oder Getötete angehört hat, in der Gehaltsordnung ein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen vorgesehen ist.
3,900	450	–		
				Zu Kap. 4. Die Budgetsätze für 1908 und 1909 sind in dem früheren Kap. 1 § 2 enthalten.
300	–	100		**Zu Kap. 4 §§ 1 und 2 A.** Minder wegen Überführung von Taglohnpersonal in etatsmäßige Stellungen.
200	–	110		
300	–	–		
–	–	–		
800	–	210		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 191[…] M
					Sächliche Ausgaben.	
					Kanzleikosten und Regieerfordernisse.	
		5				
158	60		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl.	1,20[…]
14	05		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	10[…]
172	65				Summe Kap. 5	1,30[…]
					Ausgaben auf die Gebäude, Stege und Ländeplätze.	
		6				
			1		Unterhaltungskosten	
11,025	50			1	Stege	2,75[…]
8,194	22			2	Sonstige Anlagen	9,65[…]
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
19,219	72				Summe Kap. 6	12,4[…]
					Betriebsausgaben.	
		7				
19,397	21		1		Betriebsmaterialien	22,0[…]
3,773	86		2		Schiffe nebst Zubehör	4,7[…]
86	22		3		Sonstige Ausgaben	1[…]
23,257	29				Summe Kap. 7	26,9[…]
					Verschiedene Ausgaben.	
		8				
—	42		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	[…]
15	71		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	[…]0
—	—		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	[…]40
—	—		4		Sonstige Ausgaben	[…]0
16	13				Summe Kap. 8	[…]0

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1,000	200	—		**Zu Kap. 5 § 1.** Mehr wegen Herstellung eines Reklameplakates. Der Budgetsatz für 1908 und 1909 setzt sich zusammen: aus einem Teilbetrage vom früheren Kap. 2 § 1 mit . . . . 950 ℳ " " " " " " 2 § 5 " . . . . 50 ℳ Summe 1,000 ℳ
150	—	50		**Zu Kap. 5 § 2.** Der Budgetsatz für 1908 und 1909 setzt sich zusammen: aus einem Teilbetrage vom früheren Kap. 2 § 1 mit . . . . 50 ℳ " " " " " " 2 § 5 " . . . . 100 ℳ Summe 150 ℳ
1,150	200	50		
	150			
2,750	—	—		
6,500	3,150	—		**Zu Kap. 6 § 1 Tit. 2.** Die Erhöhung des Voranschlages ist hauptsächlich für bessere Instandsetzung der Wehranlage und der Stauvorrichtung am Landungsplatze Stegen vorgesehen.
—	—	—		
9,250	3,150	—		
18,000	4,000	—		**Zu Kap. 7 § 1.** Mehr wegen Indienststellung von 2 weiteren Dampfschiffen, wegen Betriebs eines Dampfbaggers und Erhöhung der Kohlenpreise.
3,000	1,750	—		**Zu Kap. 7 § 2.** Mehr wegen Erwerbung eines gebrauchten Dampfbaggers.
150	40	—		**Zu Kap. 7 § 3.** Mehr wegen Beschaffung von Werkzeugen zu Schiffsreparaturen. Der Budgetsatz für 1908 und 1909 ist in dem früheren Kap. 2 § 5 enthalten.
21,150	5,790	—		
10	—	—		**Zu Kap. 8 §§ 1—4.** Die Budgetsätze für 1908 und 1909 sind in dem früheren Kap. 2 § 5 enthalten.
70	—	—		
100	300	—		**Zu Kap. 8 § 3.** Mehr wegen Anfalles von Entschädigungsansprüchen.
20	—	—		
200	300	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
10,982	—	9			Rücklagen für den Erneuerungsfonds	15,770
					Summe Kap. 9 für sich.	
—	—	10			Verzinsung und Tilgung	8,750
					Summe Kap. 10 für sich.	
10,982	—				Hiezu " " 9	15,770
16	13				" " 8	500
23 257	29				" " 7	26,940
19,219	72				" " 6	12,400
172	65				" " 5	1,300
927	03				" " 4	590
4,482	10				" " 3	4,350
5,286	10				" " 2	15,660
22,536	25				" " 1	18,800
86,879	27				Summe der Ausgaben	105,060
					Abgleichung zum Etat Nr. 11.	
72,593	31				Einnahmen	77,02[illegible]
86,879	27				Ausgaben	105,06[illegible]
14,285	96				Fehlbetrag	28,03[illegible]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
11,000	4,770	—		
3,200	5,550	—		
11,000	4,770	—		
200	300	—		
21,150	5,790	—		
9,250	3,150	—		
1,150	150	—		
800	—	210		
3,900	450	—		
2,000	13,660	—		
25,300	—	6,500		
77,950	33,820	6,710		
	27,110			
	13,772	—		
63,250				
	27,110	—		
77,950				
14,700	13,338	—		

Zu Kap. 9.

Die Rücklagen für den Erneuerungsfonds berechnen sich wie folgt:

a) für das Dampfschiff „Gisela“	4 %	aus	200,000 ℳ =	8,000 ℳ
b) „ „ „ „Andechs“	3 %	„	100,000 ℳ =	3,000 ℳ
c) „ „ „ „Diessen“	3 %	„	129,000 ℳ =	3,870 ℳ
d) „ „ Schraubenboot	3 %	„	29,800 ℳ =	894 ℳ
			Summe:	15,764 ℳ
			rund:	15,770 ℳ

Stand des Erneuerungsfonds am Schlusse des Jahres 1908:
in Staatsobligationen . . . . 30,400 ℳ — ₰
in barem . . . . 23 ℳ — ₰

Zu Kap. 10.

Die Kosten der in der 29 Finanzperiode 1908 und 1909 beschafften zwei Schiffe sind dem G fällsablösungsfonds mit 4 % zu verzinsen und das Kapital vom Jahre 1910 an zu tilgen. Unter Annahme einer Tilgung von jährlich 1½ % sind im ganzen 8750 ℳ in den Etat eingestellt worden.

Pensionen: Ohne Anfall.

Außerordentliches Budget: Ohne Ansatz.

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
21	Kapitäne	2	1800 bis 2100	3,900	—			
24	Steuermänner	3	1600 bis 1700	5,000	—			
25	Heizer	4	1400 bis 1500	5,700	—			
27	Matrosen	3	1400	4,200	—			
	Summe a	12	—	18,800	—	—	18,800	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 . .	12	—	18,800	—	—	18,800	

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 12.

Ludwig-Donau-Main-Kanal.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
		1			**Einnahmen aus dem Kanalbetriebe.**	
30,900	48		1		Schiffahrtsgebühren	36,000
27,180	78		2		Sonstige Einnahmen	27,000
58,081	26				Summe Kap. 1	63,000
48,023	37	2			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken**	58,000
605	—	3			**übrige Einnahmen**	470
106,709	63				**Summe der Einnahmen**	121,470

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
44,000	—	8,000		Zu Kap. 1 §§ 1 und 2.
26,000	1,000	—		
70,000	1,000	8,000		
		7,000		
40,900	17,100	—		Zu Kap. 2.
470	—	—		
111,370	17,100	7,000		
	10,100			

Zu Kap. 1 §§ 1 und 2.

Die Einnahmen haben betragen zu

	§ 1	§ 2
im Jahre 1906:	37,411 ℳ 23 Pf.	25,637 ℳ 42 Pf.
„ „ 1907:	38,624 ℳ 62 Pf.	27,093 ℳ 43 Pf.
„ „ 1908:	30,900 ℳ 48 Pf.	27,180 ℳ 78 Pf.
zusammen:	106,936 ℳ 33 Pf.	79,911 ℳ 63 Pf.
sohin durchschnittlich in einem Jahr	35,645 ℳ 44 Pf.	26,637 ℳ 21 Pf.

Es sind deshalb rund zu § 1 = 36,000 ℳ und zu § 2 = 27,000 ℳ in den Etat eingestellt worden.

Zu Kap. 2.

Mehr wegen Vereinnahmung der Mieterträgnisse für Dienstwohnungen auf Grund des Art. 37 des Beamtengesetzes und infolge höheren Ertrages aus Grundstücken.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
103,963	23	1			Besoldungen der Beamten	120,840
					Summe Kap. 1 für sich.	
17,734	68	2			Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	18,000
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			**Reise- und Umzugskosten.**	
1,697	05			1	Taggelder und Reisekosten	1,40[illegible]
—	—			2	Umzugskosten	15[illegible]
1,697	05				Summe Kap. 3	1,55[illegible]
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
554	55			1	Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	80[illegible]
				2	Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der Staatseisenbahnverwaltung	
372	15				Abteilung A	40[illegible]
618	86				Abteilung B	1,30[illegible]
1,464	45			3	Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	1,50[illegible]
100	—			4	Unterstützungen von Beamten der Gehaltsklassen 1 mit 14 und deren Hinterbliebenen	10[illegible]
3,110	01				Summe Kap. 4	4,1[illegible]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
106,465	14,375	—	A S. 11/12	**Zu Kap. 1.** Hierunter 2540 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
17,100	900	—		**Zu Kap. 2.** Mehr wegen Lohnregelung.
1,400	—	—		
150	—	—		
1,550	—	—		
600	200	—		**Zu Kap. 4 § 1.** Mehr infolge Erhöhung der Kassenbeiträge von 3 % auf 4 %, wodurch sich auch die Zuschüsse der Kanalverwaltung erhöhen.
400	—	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Bei Abt. B mehr deshalb, weil ab 1. Januar 1909 die Verwaltung zum Zwecke der Erhöhung der Kassenleistungen das Doppelte des bisherigen Betrages zu zahlen hat.
750	550	—		
1,500	—	—		
100	—	—		
3,350	750	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908		Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
2,074	98		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl.	2,300
757	50		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	800
2,832	48				Summe Kap. 5	3,100
		6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
19,011	56		1		Unterhaltungskosten	5,54
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
19,011	56				Summe Kap. 6	5,54
56,165	87	7			**Unterhaltung des Kanales und der Kanalanlagen** . . . . Summe Kap. 7 für sich.	61,20
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
801	48		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	85
409	92		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	74
8	—		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	50
536	40		4		Sonstige Ausgaben	62
1,755	80				Summe Kap. 8	2,7

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2,580	—	280		
1,000	—	200		
3,580	—	480		
4,340	1,200	—		Zu Kap. 6 § 1. Mehr für die Unterhaltung und den Anschluß des bisher an die Postverwaltung verpachteten Kanalgebäudes in Bamberg an das städtische Kanalnetz.
—	—	—		
4,340	1,200	—		
61,200	—	—		
650	200	—		Zu Kap. 8 § 1. Mehr im Hinblick auf die Erhöhung von Steuern und Umlagen.
740	—	—		
500	—	—		
620	—	—		
2,510	200	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Wiederholung der Ausgaben.	
103,963	23				Summe Kap. 1	120,840
17,734	68				" " 2	18,000
1,697	05				" " 3	1,550
3,110	01				" " 4	4,100
2,832	48				" " 5	3,100
19,011	56				" " 6	5,540
56,165	87				" " 7	61,200
1,755	80				" " 8	2,710
206,270	68				**Summe der Ausgaben** . . .	217,040
					Abgleichung zum Etat Nr. 12.	
106,709	63				**Einnahmen**	121,470
206,270	68				**Ausgaben**	217,040
99,561	05				**Fehlbetrag** . . .	95,570

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
106,465	14,375	—		
17,100	900	—		
1,550	—	—		
3,350	750	—		
3,580	—	480		
4,340	1,200	—		
61,200	—	—		
2,510	200	—		
200,095	17,425	480		Außerdem sind im Etat Nr. 31 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen auf Rechnung des Etats des Ludwig-Donau-Main-Kanals vorgesehen:
	16,945			1. Pensionen und Unterhaltsbeiträge der Beamten 18,000 ℳ
				2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 17,000 ℳ
				Summe 35,000 ℳ
				Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . 217,040 ℳ
111,370	10,100	—		Summe der Ausgaben auf den Etat des Ludwig-Donau-Main-Kanales im ordentlichen Budget . . 252,040 ℳ
200,095	16,945	—		Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — ℳ
88,725	6,845	—		Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Ludwig-Donau-Main-Kanales . . . . 252,040 ℳ

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikels 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 1. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Bamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	a. **Etatsmäßige Beamte.**							
7	Regierungsrat	—[1]	—	—				[1]) Die Stelle ist in den Etat Nr. 8 — Staatseisenbahnen — übertragen worden.
9	Direktionsrat	1	6300	6,300				
14	Bahnverwalter	1	4200	4,200				
17	Eisenbahnsekretäre	2	2700 bis 3000	5,700				
21	Zeichner	—[2]	—	—				[2]) Minderung infolge Neuordnung der Verkehrsverwaltung.
22	Kanalmeister	10	1800 bis 2300	21,900				
28	Kanalaufseher	47[3]	1300 bis 1800	80,200				[3]) 1 Stelle weniger, weil entbehrlich.
	Summe a	61		118,300	—	2,540	120,840	
	b. **Nichtetatsmäßige Beamte.**	—		—	—	—	—	
	Summe Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	61		118,300	—	2,540[4]	120,840	[4]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	64[5]		—	—	—	106,465	[5]) 3 Beamte mit 15,923 M Bedarf nach Anl. A, 61 Beamte mit 90,542 M Bedarf nach Anl. B, 64 Beamte mit 106'465 M Bedarf
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—		—	—	—	14,375[6]	[6]) Hievon treffen: 23,852 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse; 357 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen; 24,209 M; 9,834 M ab Minderbedarf infolge Stellenminderungen; 14,375 M Summe wie neben.
	minder	3						

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 13.

Kettenschleppschiffahrt auf dem Main.

Inhaltsangabe.

Wirklicher Anfall nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
210,642	50	1			Schleppgebühren	220,000
312	91	2			Sonstige Einnahmen	600
210,955	41				Summe der Einnahmen	220,600
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
35,882	50	1			Besoldungen der Beamten	46,080
					Summe Kap. 1 für sich.	
12,702	60	2			Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	10,600
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			Reise- und Umzugskosten sowie andere Nebenbezüge.	
—	—		1		Taggelder und Reisekosten	100
—	—		2		Umzugskosten	100
11,966	30		3		Fahrgelder	13,000
11,966	30				Summe Kap. 3	13,200

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		**Vorbemerkung.** Bei der Aufstellung des Etats ist angenommen worden, daß von den vorhandenen fünf Kettendampfern vier im Betrieb sich befinden, der fünfte aber als Reserveschiff hintergestellt ist. Der Betrieb erstreckt sich auf die mit der Kette versehene Mainstrecke Aschaffenburg—Kitzingen. Der Ausgaben-Etat ist zur Vereinfachung und größeren Übersichtlichkeit nach einem neuen Rechnungsschema aufgestellt, das sich möglichst an das für den Eisenbahnbetrieb anschließt.
235,000	—	15,000		**Zu Kap. 1.** Da die Einnahmen des Jahres 1908 wegen schwächeren Verkehrs und zeitweiliger Einstellung der Schiffahrt infolge Eisgangs gegenüber dem Budgetsatze zurückgeblieben sind, jedoch der Schiffahrtsverkehr in den ersten Monaten des Jahres 1909 sich wieder etwas gehoben hat, wurden die Schiffahrtsgebühren zwar etwas höher als die Einnahmen des Jahres 1908, aber niedriger als der Budgetbetrag der vorigen Finanzperiode veranschlagt.
600	—	—		
235,600	—	15,000		
42,138	3,942	—	S. 9/10	
9,500	1,100	—		**Zu Kap. 2.** Mehr wegen höherer Stellvertretungskosten infolge Erkrankung und Beurlaubung der Beamten. Der Budgetsatz für 1908 und 1909 setzt sich zusammen: aus dem früheren Kap. 1 § 2 zu . . . . 6,500 M und Kap. 1 § 3 zu . . . . 3,000 M Summe 9,500 M.
100	—	—		**Zu Kap. 3 §§ 1—3.** Die Budgetsätze für 1908 und 1909 sind in dem früheren Kap. 1 § 4 — Sonstige Personalausgaben — enthalten.
100	—	—		**Zu Kap. 3 § 3.** Die Stundengelder des Dienstpersonals sind bei der Festsetzung der nach den Art. 89—101 des Beamtengesetzes zu gewährenden Unfallfürsorgebezüge nicht anzurechnen. Dagegen ist von den Fahrgeldern ein Drittel des während der drei letzten Rechnungsjahre vor dem Rechnungsjahr, in dem die Pension oder Rente festgesetzt wird, durchschnittlich bezogenen Betrages in das Diensteinkommen einzurechnen, soferne für die Beamtenkasse, der der Verletzte oder Getötete angehört hat, in der Gehaltsordnung kein pensionsfähiger Anschlag von Nebenbezügen vorgesehen ist.
13,000	—	—		
13,200	—	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		4			**Für Wohlfahrtszwecke.**	
195	31		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	270
			2		Zuschüsse zur Arbeiterpensionskasse der Staatseisenbahnverwaltung	
129	93				Abteilung A	150
194	41				Abteilung B	450
1,017	73		3		Zahlungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	900
1,537	38				Summe Kap. 4	1,770
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
1,177	02		1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dergl.	900
558	80		2		Post-, Telegramm- und Telephongebühren	600
1,735	82				Summe Kap. 5	1,500
		6			**Ausgaben auf die Gebäude und Werftanlagen.**	
55	80		1		Unterhaltungskosten	500
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
55	80				Summe Kap. 6	500
		7			**Betriebsausgaben.**	
43,784	49		1		Betriebsmaterialien	49,000
13,207	73		2		Schiffe nebst Zubehör	15,500
182	75		3		Kette	250
108	—		4		Sonstige Ausgaben	200
57,282	97				Summe Kap. 7	64,950

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
200	70	—	
150	—	—	
350	100	—	
100	800	—	
800	970	—	
1,200	—	300	
300	300	—	
1,500	300	300	
500	—	—	
—	—	—	
500	—	—	
45,800	3,200	—	
23,000	—	7,500	
250	—	—	
200	—	—	
69,250	3,200	7,500	
		4,300	

Erläuterungen

Zu Kap. 4 §§ 1–3.

Die Budgetsätze für 1908 und 1909 sind in dem früheren Kap. 1 § 4 — Sonstige Personalausgaben — enthalten.

Zu Kap. 4 § 1.

Mehr infolge Erhöhung der Kassenbeiträge von 3 % auf 4 %, wodurch sich auch die Zuschüsse der Verwaltung erhöhen.

Zu Kap. 4 § 2B.

Mehr wegen der ab 1. Januar 1909 eingetretenen Erhöhung der Kassenleistungen ohne gleichzeitige Erhöhung der Beiträge.

Zu Kap. 4 § 3.

Veranschlagt nach dem dermaligen Stande der Leistungen an die Unfallrentner.

Zu Kap. 5 § 1.

Der Budgetsatz für 1908 und 1909 ist in dem früheren Kap. 2 § 1 — Kanzleikosten und Regieerfordernisse — enthalten.

Zu Kap. 5 § 2.

Mehr wegen des höheren Anfalles an Telephongebühren.
Der Budgetsatz für 1908 und 1909 setzt sich zusammen:

	aus einem Teilbetrage von Kap. 2 § 1 zu	100 ℳ
und	„ „ „ „ „ 2 § 6 „	200 ℳ
	Summe	300 ℳ

Zu Kap. 7 § 1.

Mehr wegen Erhöhung der Kohlenpreise.

Zu Kap. 7 § 2.

Minder infolge Wegfalles der einmaligen Ausgaben von 7500 ℳ für Beschaffung eines Kessels für Kettendampfer I.

Zu Kap. 7 § 4.

Der Budgetsatz für 1908 und 1909 ist in dem früheren Kap. 2 § 6 — Sonstige Ausgaben — enthalten.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
—	—		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	—
—	—		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	50
—	—		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	100
—	—		4		Sonstige Ausgaben	50
—	—				Summe Kap. 8	200
77,887	—	9			**Rücklagen für den Erneuerungsfonds**	77,900
					Summe Kap. 9 für sich.	
—	—				Hiezu " " 8 . . .	200
57,282	97				" " 7 . . .	64,950
55	80				" " 6	500
1,735	82				" " 5	1,500
1,537	38				" " 4 . . .	1,770
11,966	30				" " 3	13,200
12,702	60				" " 2 .	10,600
35,882	50				" " 1 . . .	46,080
199,050	37				**Summe der Ausgaben** . . .	216,700
					Abgleichung zum Etat Nr. 13.	
210,955	41				**Einnahmen**	220,600
199,050	37				**Ausgaben**	216,700
11,905	04				**Reineinnahme** . . .	3,900

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	weniger	mehr		
ℳ	ℳ	ℳ		
—	—	—		
50	—	—		
100	—	—		
50	—	—		
200	—	—		
77,900	—	—		
200	—	—		
69,250	—	4,300		
500	—	—		
1,500	—	—		
800	970	—		
13,200	—	—		
9,500	1,100	—		
42,138	3,942	—		
214,988	6,012	4,300		
	1,712			
235,600	—	15,000		
214,988	1,712	—		
20,612	—	16,712		

Zu Kap. 8 §§ 2—4.

Die Budgetsätze für 1908 und 1909 sind in dem früheren Kap. 2 § 6 — Sonstige Ausgaben — enthalten.

Zu Kap. 9.

Die Rücklagen in den Erneuerungsfonds für die Kette Aschaffenburg—Kitzingen, dann für 5 Kettendampfer und für 4 Kohlenschiffe berechnen sich für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 wie folgt:

a) für die Kette auf der Mainstrecke Aschaffenburg—Kitzingen nach 5% der Anschaffungs- und Verlegungskosten zu 866,540 ℳ = 43,327 ℳ
b) für die 5 Dampfer nach 4% aus den Anschaffungskosten von zusammen . . . . 824,400 ℳ = 32,976 ℳ
c) für die 4 Kohlenschiffe nach 4% aus den Anschaffungskosten von zusammen . . . . 39,600 ℳ = 1,584 ℳ

Summe 77,887 ℳ
oder rund 77,900 ℳ

Stand des Erneuerungsfonds am Schlusse des Jahres 1908:
in Staatsobligationen . . . . 1'017,600 ℳ — Pf.
in barem . . . . 810 ℳ 79 Pf.

Außerdem sind im Etat Nr. 31

an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats der Kettenschleppschiffahrt vorgesehen:

1. Pensionen und Unterhaltsbeiträge der Beamten 1,500 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 400 ℳ

Summe 1,900 ℳ

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . 216,700 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat der Kettenschleppschiffahrt im ordentlichen Budget . . . . . . 218,600 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Kettenschleppschiffahrt . . . . 218,600 ℳ

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 1[6.] August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt [wur]den; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) [ge]währten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
21	Schiffsführer	4	2100 bis 2250	8,700				
22	Maschinisten	4[1]	1800 bis 2100	7,800				[1]) 4 Stellen sind in Schiffs heizerstellen der Klasse 2[…] umzuwandeln, da die Stellen inhaber Heizerdienste ver sehen.
24	Steuermänner	5	1700 bis 2000	9,100				
25	Schiffsheizer	8[2]	1500 bis 1600	12,100				[2]) Vgl. Bemerkung bei Klasse 22
27	Matrosen	5	1500 bis 1700	7,700				
	Summe a	26	—	45,400	—	680	46,080	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	26	—	45,400	—	680[3]	46,080	[3]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	26[4]	—	—	—	—	42,138	[4]) 26 Beamte mit 42,138 […] Bedarf nach Anlage A.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—	—	—	—	—	3,942[5]	[5]) Hievon treffen: 4,298 ℳ auf den Mehrbeda[rf] für die Neuregelun[g] der Besoldungsver[…] hältnisse, 521 ℳ auf den Mehrbeda[rf] für Gehaltsvorrück[…]; 4,819 ℳ; 877 ℳ ab Minderbedarf in folge Umwandlun[g] von Beamtenstelle[n] der Klasse 22 i[n] Klasse 25. 3,942 ℳ Summe wie nebe[n].

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 14.

Frankenthaler Kanal.

Wirklicher Anfall nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
2,679	61	1			Aus dem Kanalbetriebe	2,700
4,191	63	2			Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken	3,970
108	–	3			Übrige Einnahmen	200
6,979	24				Summe der Einnahmen	6,870
					Ausgaben.	
					Persönliche Ausgaben.	
840	–	1			Besoldungen der Beamten	1,27
					Summe Kap. 1 für sich.	
510	–	2			Taglöhne, Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	55
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			Reise- und Umzugskosten.	
—	—		1		Taggelder und Reisekosten	14
—	—		2		Umzugskosten	—
—	—				Summe Kap. 3	14
		4			Für Wohlfahrtszwecke.	
51	99		1		Leistungen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes	6
32	22		2		Leistungen auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes	9
—	—		3		Leistungen auf Grund der Unfallversicherungsgesetze	2
84	21				Summe Kap. 4	17

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
2,800	—	100	**Zu Kap. 1.** Nach dem Durchschnitte der letzten 3 Jahre veranschlagt.
4,100	—	130	**Zu Kap. 2.** Minder wegen des niedrigeren Verpachtungsergebnisses.
200	—	—	
7,100	—	230	
843	435	—	**Zu Kap. 1.** Gehalt für einen Schleusenwärter der Klasse 30 = 1,250 M; Für Gehaltsvorrückung . . . . 28 „; Zusammen 1,278 M
550	—	—	
140	—	—	
—	—	—	
140	—	—	
60	—	—	
40	50	—	**Zu Kap. 4 § 2.** Mehr wegen Erhöhung der Kassenleistungen.
25	—	—	
125	50	—	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Sächliche Ausgaben.	
		5			**Kanzleikosten und Regieerfordernisse.**	
25	71				Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	50
					Summe Kap. 5 für sich.	
		6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
783	40		1		Unterhaltungskosten	700
—	—		2		Erweiterungs- und Neubauten	—
783	40				Summe Kap. 6	700
4,611	81	7			**Unterhaltung des Kanales und der Kanalanlagen**	4,875
					Summe Kap. 7 für sich.	
		8			**Verschiedene Ausgaben.**	
135	36		1		Steuern, Umlagen und sonstige öffentliche Lasten	160
—	—		2		Feuer- und andere Versicherungsbeiträge	25
—	—		3		Entschädigungen und Ersatzleistungen	—
45	—		4		Sonstige Ausgaben	50
180	36				Summe Kap. 8	235

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
50	—	—	
800	—	100	
—	—	—	
800	—	100	
4 875	—	—	
160	—	—	
25	—	—	
—	—	—	
50	—	—	
235	—	—	

Wirkliche Ausgaben nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Wiederholung der Ausgaben.	
840	–				Summe Kap. 1	1,278
510	—				„ „ 2	550
—	—				„ „ 3	140
84	21				„ „ 4	175
25	71				„ „ 5	50
783	40				„ „ 6	700
4,611	81				„ „ 7	4,875
180	36				„ „ 8	235
7,035	49				**Summe der Ausgaben** . . .	8,003
					Abgleichung zum Etat Nr. 14.	
6,979	24				**Einnahmen**	6,870
7,035	49				**Ausgaben**	8,003
56	25				**Fehlbetrag** . . .	1,133

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
843	435	—	
550	—	—	
140	—	—	
125	50	—	
50	—	—	
800	—	100	
4,875	—	—	
235	—	—	
7,618	485	100	
	385		
7,100	—	230	
7,618	385	—	
518	615	—	

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats des Frankenthaler Kanals vorgesehen:

1. Pensionen und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . . . 300 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . . . — ℳ

Summe 300 ℳ

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . . . 8,003 ℳ

Summe der Ausgaben im ordentlichen Budget . . . . . . 8,303 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . — ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Frankenthaler Kanals . . . . 8,303 ℳ

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 15.

Gesetz- und Verordnungsblatt.

Wirklicher Anfall nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
		1			Erträgnisse aus dem Verkaufe.	
73,665	68		1		Des Gesetz- und Verordnungsblattes	74,000
31	02		2		Der Vakanzenliste für Militäranwärter	130
73,696	70				Summe Kap. 1	74,130
469	66	2			Für Ausschreibung der Fideikommisse und Familienverträge	100
112	25	3			Sonstige Einnahmen	—
74,278	61				Summe der Einnahmen	74,230
					Ausgaben.	
		1			Persönliche Ausgaben.	
5,745	—		1		Besoldungen der Beamten	—
483	—		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	633
6,228	—				Summe Kap. 1	633
		2			Sächliche und Betriebsausgaben.	
40,936	38		1		Für Papier und Druck der Blätter	30,000
609	47		2		Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände u. dergl.	610
1,025	34		3		Erhebungskosten	1,000
42,571	19				Summe Kap. 2	31,610
6,228	–				Hiezu „ „ 1	633
48,799	19				Summe der Ausgaben	32,243
					Abgleichung zum Etat Nr. 15.	
74,278	61				Einnahmen	74,230
48,799	19				Ausgaben	32,243
25,479	42				Reineinnahme . . .	41,987

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
72,600	1,400[1])	—	[1]) Durch das Anwachsen der Bestellungen sowohl auf ganze Jahrgänge als auch auf einzelne Nummern veranlaßt.
150	—	20[2])	[2]) Das Erträgnis aus dem Verkauf der Vakanzenliste hat seit dem Jahre 1902 den Betrag von 32 ℳ nicht mehr überschritten, während der Beitrag des K. Kriegsministeriums zu den Herstellungskosten mit rund 100 ℳ sich gleichbleibt.
72,750	1,400	20	
100	—	—	
—	—	—	
72,850	1,400	20	
	1,380		
5,895	—	5,895[3])	[3]) Die Besoldungen sind seit 1. Januar 1909 auf den Etat des K. Staatsministeriums des Innern übernommen worden.
633	—	—	
6,528	—	5,895	
26,000	4,000[4])	—	[4]) Erhöhung veranlaßt durch die zu erwartenden Bekanntmachungen umfangreicherer Gesetze und deren Ausführungsbestimmungen (Steuergesetz, Kirchengemeindeordnung, Gemeindebeamten- und Lehrergesetz ꝛc.).
364	246[5])	—	[5]) Durch Aufhebung der Portofreiheit für die an die K. Behörden einzuweisenden Stücke des Gesetz- und Verordnungsblattes veranlaßt.
800	200[6])	—	[6]) Die Erhebungskosten übersteigen seit Jahren den Betrag von 800 ℳ.
27,164	4,446	—	
6,528	—	5,895	
33,692	4,446	5,895	
	—	1,449	Pensionen: Ohne Bedarf.
			Außerordentliches Budget: Ohne Ansatz.
72,850	1,380	—	
33,692	—	1,449	
39,158	2,829	—	

München, den 15. Juni 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Etat Nr. 16.

Forst-, Jagd- und Triftverwaltung.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 191[1] M
					Einnahmen.	
		1			**Aus Forsten.**	
49'080,383	33		1		Aus der forstamtlichen Holzverwertung	56'330,00[0]
49'080,383	33				Seite	56'330,00[0]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
49'810,000	6'520,000	—		Zu Kap. 1 § 1 und Kap. 3 § 1 (Einnahmen aus der Holzverwertung).
49'810,000	6'520,000	—		

Zu Kap. 1 § 1 und Kap. 3 § 1 (Einnahmen aus der Holzverwertung).

I. Produktive, d. i. zur Holzzucht geeignete und bestimmte Staatswaldfläche . . . . 821 813 ha.

II. Hauptnutzungs-Hiebssatz am 1. Juli 1909:
in den Hochwaldungen an Stammholz . . . . . 2 737 650 fm
in den Mittel- und Niederwaldungen an Stammholz 53 290 fm
im ganzen 2 790 940 fm = 3,396 fm pro ha;
Anschlag des jährlichen Ergebnisses der Zwischennutzungen in den Betriebswerken . . . . . 551 320 fm = 0,671 fm pro ha;
Summe 3 342 260 fm = 4,067 fm pro ha.

III. Jährliche Nutzung in den Jahren 1910 und 1911.

Behufs rascherer Aufnutzung der Vorräte an Stammholz in den überalten Beständen und, soweit veranlaßt, zum Zwecke einer angemessenen, allmählich herbeizuführenden Regulierung der Umtriebe sollen eingeschlagen werden:
an Hauptnutzungen . . 3 100 000 fm = 3,772 fm pro ha
an Zwischennutzungen . 1 000 000 fm = 1,217 fm pro ha } Stammholz
Summe 4 100 000 fm = 4,989 fm pro ha

Bei dieser Stammholz-Nutzung werden anfallen: Reisigholz 436 000 fm
Stockholz 121 100 fm.

IV. Verwertung.

Von dem jährlichen Nutzungsquantum sollen mit Einschluß der Berechtigungsabgaben (41 025 fm Nutzholz, 163 525 fm Brenn- Scheit- und Prügelholz, zusammen 204 550 fm Stammholz, ferner 32 000 fm Reisigholz und 11 650 fm Stockholz) verwertet werden:
a) forstamtlich . . . . 4 050 000 fm
b) trift- und holzhofamtlich . . . . 50 000 fm.

Mit Rücksicht auf die hauptsächlich in Fichten- und Tannenwaldungen auszuführenden Mehrfällungen und nach Maßgabe der zu erwartenden Holzabsatzverhältnisse wird für die in jedem Jahre zur Nutzung zu bringende Holzmasse (einschließlich der Berechtigungsabgaben und unter Berücksichtigung der Einnahme aus der Verwertung des angekauften Forstrechtholzes) die Soll-Einnahme veranschlagt:

a) bei der forstamtlichen Verwertung:
für 2 349 000 fm (58%) Stamm-Nutzholz auf . . . . 40'872,600 M
d. i. durchschnittlich für 1 fm 17,40 M,
für 1 701 000 fm (42%) Stamm-Brennholz (Scheit- und Prügelholz) nebst dem Gesamtanfall an Reisig- und Stockholz auf . . . 15'479,100 M
d. i. durchschnittlich für 1 fm 9,10 M,
Summe 56'351,700 M;

b) bei der trift- und holzhofamtlichen Verwertung:
für 50 000 fm Stamm-Brenn- und Schichtnutzholz auf . . . . . . 520,000 M
d. i. durchschnittlich für 1 fm 10,40 M;

c) bei der gesamten Holzverwertung:
für 4 100 000 fm Stammholz nebst dem anfallenden Reisig- und Stockholz auf . . . . 56'871,700 M
d. i. durchschnittlich für 1 fm 13,87 M.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
49'080,383	33	1	1		Übertrag	56'330,000
1'155,343	46		2		Aus Forstnebennutzungen	1'400,000
56,460	69		3		An Gegenleistungen der Forstberechtigten	38,000
14,859	42		4		An Ersätzen wegen Forstfrevel	13,000
146,069	69		5		An Besoldungsbeiträgen von Stiftungen, Gemeinden und Privaten . .	320,000
37,552	36		6		An Steuerbeiträgen der Forstberechtigten nach dem Gesetze vom 28. März 1852	37,000
14,813	02		7		Sonstige Einnahmen aus Forsten	42,000
50'505,481	97				Summe Kap. 1	58'180,000
		2			**Aus Jagden.**	
115,963	61		1		Aus dem Staatsregiebetriebe	160,000
127,821	14		2		Aus der Jagdverpachtung und aus Entschädigungen nach Artikel 3 und 8 des Jagdgesetzes vom 30. März 1850	200,000
2,016	26		3		Sonstige Einnahmen aus Jagden	6,000
245,801	01				Summe Kap. 2	366,000
		3			**Aus Holztriften und Holzhöfen.**	
492,928	79		1		Aus der trift- und holzhofamtlichen Holzverwertung	520,000
45,436	97		2		Sonstige Einnahmen aus Holztriften und Holzhöfen	100,000
538,365	76				Summe Kap. 3	620,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
49'810,000	6'520,000	—		
1'270,000	130,000	—		**Zu Kap. 1 § 2.** Der Erlösentgang durch die Abgewährung der Forstnebennutzungen „auf Berechtigung" ist nach den Rechnungsergebnissen der letzten Jahre auf 934,000 *M* zu veranschlagen.
38,000	—	—		
13,000	—	—		
175,000	145,000	—		**Zu Kap. 1 § 5.** Mehrung der Einnahme infolge der Neuordnung des Kommunalforstwesens in der Pfalz.
37,000	—	—		
12,000	30,000	—		**Zu Kap. 1 § 7.** Erhöhter Ansatz wegen Anfalls von Gebühren für Benützung einer neuhergestellten Waldeisenbahn im K. Forstamte Spiegelau.
51'355,000	6'825,000	—		**Zu Kap. 1 § 1—7.** Soll-Einnahme . . . . 58'201,700 *M*, Nachläſſe . . . . 21,700 *M*, verbleibt Brutto-Einnahme 58'180,000 *M*.
170,000	—	10,000		**Zu Kap. 2 § 1—3.** Soll-Einnahme . . . . 366,000 *M*, Nachläſſe . . . . — *M*. verbleibt Brutto-Einnahme . 366,000 *M*.
140,000	60,000	—		
6,000	—	—		
316,000	60,000	10,000		
	50,000			
365,400	154,600	—		**Zu Kap. 3 § 2.** In der Voranschlagssumme ist der unter Kap. 5 § 3 Tit. 3 der Ausgaben vorgesehene Betrag von 40,000 *M* als Rückeinnahmeposten inbegriffen.
91,600	8,400	—		
457,000	163,000	—		**Zu Kap. 3 § 1 und 2.** Soll-Einnahme . . . . 620,000 *M*, Nachläſſe . . . . — *M*, verbleibt Brutto-Einnahme 620,000 *M*.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		4			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken.**	
154,755	55		1		Mietzinse von Gebäuden und Pachtschillinge für Grundstücke	337,000
2,884	91		2		Sonstige Einnahmen aus Gebäuden und Grundstücken	3,000
157,640	46				Summe Kap. 4	340,000
362	15	5			**Übrige Einnahmen auf den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung**	2,000
					Summe Kap. 5 für sich.	
157,640	46				Hiezu „ „ 4	340,000
538,365	76				„ „ 3	620,000
245,801	01				„ „ 2	366,000
50‘505,481	97				„ „ 1	58‘180,000
51‘447,651	35				**Summe der Einnahmen** . . .	59‘508,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
156,000	181,000	—		**Zu Kap. 4 § 1 und 2.** Erhöhte Veranschlagung aus Anlaß des Vollzugs des Art. 37 des Beamtengesetzes nach den näheren Bestimmungen in der Bekanntmachung vom 28. Juni 1909 (Fin.Min.Bl. Nr. 14).
2,000	1,000	—		**Zu Kap. 4 § 1 und 2.** Soll-Einnahme . . . . 340,000 *M*, Nachlässe . . . . — *M*, verbleibt Brutto-Einnahme 340,000 *M*.
158,000	182,000	—		
2,000	—	—		**Zu Kap. 5.** Soll-Einnahme . . . . 2,000 *M*, Nachlässe . . . . — *M*, verbleibt Brutto-Einnahme 2,000 *M*.
158,000	182,000	—		
457,000	163,000	—		
316,000	50,000	—		
51'355,000	6'825,000	—		
52'288,000	7'220,000	—		**Zur Summe der Einnahmen.** Soll-Einnahme . . . . 59'529,700 *M*, Nachlässe . . . . 21,700 *M*, verbleibt Brutto-Einnahme 59'508,000 *M*.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Ausgaben.	
					Ziffer I. **Auf die Verwaltung und den Betrieb der Forsten, Jagden und Triften.**	
		1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
					A. Ministerial-Forstabteilung.	
			1		Persönliche Ausgaben.	
97,180	70			1	Besoldungen der Beamten	126,100
—	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,100
8,684	10			3	Tagegelder und Reisekosten	12,000
105,864	80				Summe § 1	140,200
			2		Sächliche Ausgaben.	
8,000	—			1	Aversalleistung an die Ministerial-Regiekasse	10,000
2,242	12			2	Bedarf der Kartographischen Anstalt der Ministerial-Forstabteilung .	2,500
—	—			3	Sonstige Ausgaben	200
10,242	12				Summe § 2	12,700
105,864	80				Hiezu „ § 1	140,200
116,106	92				Summe A	152,900
					B. Regierungs-Forstkammern.	
			1		Persönliche Ausgaben.	
620,330	67			1	Besoldungen der Beamten	776,021
47,746	09			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	51,100
96,229	91			3	Tagegelder und Reisekosten	122,500
764,306	67				Summe § 1	949,621
			2		Sächliche Ausgaben.	
33,071	66			1	Aversalleistungen an die Regierungs-Regieverwaltungen sowie für Bücher, Einrichtungsgegenstände und Instrumente	36,000
205	80			2	Sonstige Ausgaben	400
33,277	46				Summe § 2	36,400
764,306	67				Hiezu „ § 1	949,621
797,584	13				Summe B	986,021

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
100,968	25,132	—	A S. 28	**Zu Kap. 1 A § 1 Tit. 1.** Hierunter 300 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
2,282	—	182		
12,000	—	—		
115,250	25,132	182		
	24,950			
8,000	2,000	—		**Zu Kap. 1 A § 2 Tit. 1.** Mehr mit Rücksicht auf den gesteigerten Bedarf infolge der eingetretenen Personalvermehrung.
2,500	—	—		
200	—	—		
10,700	2,000	—		
115,250	24,950	—		
125,950	26,950	—		
681,642	94,379	—	A S. 29	**Zu Kap. 1 B § 1 Tit. 1.** Hierunter 621 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend. **Zu Kap. 1 B § 1 Tit. 2.** In der Voranschlagssumme sind inbegriffen die Bezüge von 8 Kanzleigehilfen, die an Stelle bisher verwendeter Forstassistenten die formellen Kanzleigeschäfte zu besorgen haben und hauptsächlich aus dienstunfähig gewordenen Beamten der Forstverwaltung oder anderer Staatsdienstzweige entnommen werden sollen.
50,000	1,100	—		
92,500	30,000	—		**Zu Kap. 1 B § 1 Tit. 3.** Aus etatsmäßigen Gründen werden auf diesen Titel 30,000 ℳ, welche bisher auf Kap. 5 § 1 Tit. 3 „Für Forsteinrichtung" verrechnet wurden, übertragen.
824,142	125,479	—		
36,000	—	—		
358	42	—		
36,358	42	—		
824,142	125,479	—		
860,500	125,521	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
		1			**C. Forstämter.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
4'892,535	20			1	Besoldungen der Beamten	6'590,838
197,851	10			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	259,000
476,679	81			3	Tagegelder und Reisekosten	575,000
5'567,066	11				Summe § 1	7'424,838
			2		Sächliche Ausgaben.	
216,625	92			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Fuhr- und Botenlöhne und dergleichen	280,000
12,012	66			2	Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	20,000
9,719	61			3	Mietzinse für Geschäftsräume	15,000
5,142	90			4	Sonstige Ausgaben	6,000
243,501	09				Summe § 2	321,000
5'567,066	11				Hiezu „ § 1	7'424,838
5'810,567	20				Summe C	7'745,838
797,584	13				Hiezu „ B	986,021
116,106	92				„ A	152,900
6'724,258	25				Summe Kap. 1	8'884,759

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
5'585,624	1'005,214	—	A S.30/31	**Zu Kap. 1 C § 1 Tit. 1.** Hierunter 28,478 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
218,000	41,000	—		**Zu Kap. 1 C § 1 Tit. 2.** Mehrbedarf wegen Übertragung von Funktionsbezügen und besonderen Vergütungen ꝛc. (an nicht vollbeschäftigte Waldwärter und an Hof- und herrschaftliche Jagdbedienstete), die bisher auf Tit. 1 „Besoldungen" verrechnet wurden; in der Voranschlagssumme sind auch inbegriffen die Bezüge von neuaufzustellenden 10 Kanzleigehilfen bei Forstämtern an Stelle von etatsmäßigen Forstassistenten zur Besorgung des formellen Kanzleidienstes.
512,000	63,000	—		**Zu Kap. 1 C § 1 Tit. 3.** Im ursprünglichen Etatsvoranschlage für 1908/09 waren 472,000 ℳ vorgesehen. Diese Summe sollte nach dem Nachtrage zum Voranschlage behufs Durchführung forstorganisatorischer Maßnahmen um 80,000 ℳ erhöht werden. Nachdem aber jene Maßnahmen erst mit dem 1. Januar 1909 auszuführen waren, wurde nur der Hälftebetrag für je ein Jahr der Finanzperiode in Ansatz gebracht, daher jährlicher Budgetbetrag 512,000 ℳ für 1908 und 1909. Für die Folge ist die Einstellung des vollen Betrages (512,000 ℳ + 40,000 ℳ) veranlaßt. Der weitere Mehrbedarf von 23,000 ℳ ist durch die Neuordnung des Kommunalforstwesens in der Pfalz notwendig (zu vergl. die Erläuterung zu Kap. 1 § 5 der Einnahmen).
6'315,624	1'109,214	—		
264,000	16,000	—		
10,000	10,000	—		
9,376	5,624	—		
8,000	—	2,000		
291,376	31,624	2,000		
	29,624			
6'315,624	1'109,214	—		
6'607,000	1'138,838	—		
860,500	125,521	—		
125,950	26,950	—		
7'593,450	1'291,309	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
25,761	55	2			Umzugskosten	30,000
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			**Aufwand an Unterstützungen.**	
100,000	—		1		Staatsbeitrag zum Unterstützungsverein für das K. B. Forstpersonal	100,000
55,915	—		2		Für Unterstützung der Pensionisten und Relikten des Forst-, Jagd- und Triftpersonals	56,000
155,915	—				Summe Kap. 3	156,000
		4			**Ausgaben auf die Dienstgebäude der Beamten.**	
38,521	23		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	40,000
480,917	55		2		Für Gebäudeunterhaltung	650,000
88,133	30		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	324,000
607,572	08				Summe Kap. 4	1'014,000
		5			**Eigentliche Betriebskosten.**	
			1		Auf die Forstgefälle.	
7'301,428	74			1	Holzhauer-, Setz-, Rücker- und Ausfuhrlöhne	8'250,000
2'232,179	19			2	Auf die Herstellung und Unterhaltung von Waldwegen	2'400,000
139,222	33			3	Auf Forsteinrichtung	78,000
2'215,890	28			4	Auf Forstkulturen	2'500,000
116,322	87			5	Für Herstellung und Unterhaltung von Forstbetriebsgebäuden (Forstdiensthütten, Holzerhütten, Mähnhütten rc.) sowie für Beschaffung von Arbeiterbaracken und Schutzzelten	120,000
359,995	67			6	Auf Gewinnung von Forstnebennutzungen	360,000
228,994	05			7	Auf Vorbeugungs- und Vernichtungs-Maßnahmen gegen tierische und pflanzliche Forstschädlinge	200,000
171,635	63			8	Sonstige Forstbetriebskosten	130,000
12'765,668	76				Summe § 1	14'038,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
30,000	—	—		
100,000	—	—		
56,000	—	—		
156,000	—	—		
33,000	7,000	—		**Zu Kap. 4 § 2.** Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Hievon 250,000 M künftig wegfallend. Dringende Baufälle an Forstdienstgebäuden, welche sich nach Art und Umfang nicht zur Einstellung bei den Neu- und Erweiterungsbauten eignen, haben den Mehrbedarf veranlaßt.
500,000	150,000	—		
324,000	—	—	B S. 37/47	**Zu Kap. 4 § 3.** Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
857,000	157,000	—		
6,100,000	2'150,000	—		
1'900,000	500,000	—		
125,000	—	47,000		**Zu Kap. 5 § 1 Tit. 3.** Von dem mit 145,000 M zu bemessenden Gesamtbedarf „Für Forsteinrichtung" sind 47,000 M aus etatsmäßigen Gründen auf Kap. 1 B § 1 Tit. 1 und Tit. 3 übernommen.
1'860,000	640,000	—		
90,000	30,000	—		
320,000	40,000	—		
160,000	40,000	—		
145,000	—	15,000		**Zu Kap. 5 § 1 Tit. 8.** Minderbedarf wegen Wegfalls des Zuschusses zur Begleichung der Fehlbeträge der Kommunalforstfonds-Rechnung der Pfalz infolge der Neuordnung des Kommunalforstwesens.
10'700,000	3'400,000	62,000		
	3'338,000			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		5	2		Auf die Jagdgefälle.	
27,538	97			1	Für Wildpflege	18,000
23,072	26			2	Für Jagddienste	25,000
2,370	09			3	Für Abschätzung und Ersatz von Wildschaden	5,000
15,629	08			4	Auf Jagdpachtzinse und Entschädigungen nach Artikel 3 des Jagdgesetzes vom 30. März 1850	18,000
6,536	82			5	Sonstige Jagdbetriebskosten	8,000
75,147	22				Summe § 2	74,000
			3		Auf die Trift- und Holzhofgefälle.	
96,207	70			1	Auf Unterhaltung der Triftanstalten und Holzhöfe	90,000
231,337	38			2	Auf Gewinnung und Verbringung (Land-, Trift- und Eisenbahn-Transport) von Triftholz	280,000
48,540	74			3	Auf den Ankauf von Holz zu Triften und für Holzhöfe	40,000
8,179	75			4	Sonstige Trift- und Holzhof-Betriebskosten	6,000
384,265	57				Summe § 3	416,000
			4		Aufwand für Unterstützung von verunglückten Betriebsbeamten sowie von im Betriebe erkrankten oder verletzten Arbeitern, und zwar:	
202	43			1	Für Unterstützung von verunglückten Betriebsbeamten	1,000
341,425	82			2	Für Unterstützung von im Betriebe erkrankten oder verletzten Arbeitern	350,000
341,628	25				Summe § 4	351,000
384,265	57				Hiezu " § 3	416,000
75,147	22				" § 2	74,000
12'765,668	76				" § 1	14'038,000
13'566,709	80				Summe Kap. 5	14'879,000
414,674	79	6			**Entschädigungen an Forstberechtigte für nichtbezogenes Rechtholz**	400,000
					Summe Kap. 6 für sich.	
—	—	7			**Für Einlösung von Forstrechten**	—
					Summe Kap. 7 für sich.	
27,872	66	8			**Für Grundankäufe**	50,000
					Summe Kap. 8 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
18,000	—	—		
31,000	—	6,000		
8,000	—	3,000		
14,000	4,000	—		
8,000	—	—		
79,000	4,000	9,000		
		5,000		
90,000	—	—		
188,000	92,000	—		
40,000	—	—		Zu Kap. 5 § 3 Tit. 3. Zu vergl. die Erläuterung zu Kap. 3 § 2 der Einnahmen.
12,000	—	6,000		
330,000	92,000	6,000		
	86,000			
1,000	—	—		
265,000	85,000	—		
266,000	85,000	—		
330,000	86,000	—		
79,000	—	5,000		
10'700,000	3'338,000	—		
11'375,000	3'509,000	5,000		
	3'504,000			
360,000	40,000	—		
—	—	—		Zu Kap. 7. Zur Einlösung von Forstrechten werden für die Jahre 1910 und 1911 hinlängliche Mittel aus dem Staatsgüterkaufschillingsfonds zur Verfügung stehen.
30,000	20,000	—		Zu Kap. 8. Die Voranschlagssumme ist zunächst zu kleineren Grunderwerbungen für Betriebszwecke bestimmt, die Mittel zu Grundankäufen behufs der Arrondierung und Erweiterung des Staatswaldes sollen dem Staatsgüterkaufschillingsfonds entnommen werden.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
		9			**Lasten der Forst-, Jagd- und Triftrealitäten.**	
1'235,643	41		1		Kreis-, Distrikts- und Gemeinde-Umlagen	1'150,000
30,334	35		2		Passivreichnisse	31,000
286,959	56		3		Für Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung) .	286,000
1'552,937	32				Summe Kap. 9	1'467,000
169,515	71	10			**Kosten auf die Erhebung und Auszahlung der Waldarbeiterlöhne** . . . Summe Kap. 10 für sich.	190,000
1,866	91	11			**Übrige Ausgaben auf die Verwaltung und den Betrieb der Forsten, Jagden und Triften** . . . . Summe Kap. 11 für sich.	3,000
—	—	12	1 u. 2		**Bauschalbetrag zur Durchführung einer außerordentlichen Holzfällung und zur Aufbesserung der Löhne der Waldarbeiter** . . . . Summe Kap. 12 für sich.	—
1,866	91				Hiezu Summe Kap. 11	3,000
169,515	71				" " 10	190,000
1'552,937	32				" " 9	1'467,000
27,872	66				" " 8	50,000
—	—				" " 7	—
414,674	79				" " 6	400,000
13'566,709	80				" " 5	14'879,000
607,572	08				" " 4	1'014,000
155,915	—				" " 3	156,000
25,761	55				" " 2	30,000
6'724,258	25				" " 1	8'884,759
23'247,084	07				Summe Ziffer I (Ausgaben auf die Verwaltung und den Betrieb der Forste, Jagden und Triften	27,073,759

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1'048,000	102,000	—		
45,000	—	14,000		
256,000	30,000	—		
1'349,000	132,000	14,000		
	118,000			
138,000	52,000	—		
3,000	—	—		
1'185,000	—	1'185,000		
3,000	—	—		
138,000	52,000	—		
1'349,000	118,000	—		
30,000	20,000	—		
—	—	—		
360,000	40,000	—		
11'375,000	3'504,000	—		
857,000	157,000	—		
156,000	—	—		
30,000	—	—		
7'593,450	1'291,309	—		
23'076,450	5'182,309	1'185,000		
	3'997,309			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ziffer II. Auf den forstlichen Unterricht.	
		1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
					A. Forstliche Hochschule Aschaffenburg.	
			1		Persönliche Ausgaben.	
38,742	—			1	Besoldungen der Beamten	51,660
2,400	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,825
			2		Sächliche Ausgaben.	
3,148	29			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	3,330
3,495	47			2	Unterrichtsmittel	4,500
794	62			3	Sonstige Ausgaben	1,000
48,580	38				Summe A	63,315
					B. Forstliche Versuchsanstalt.	
			1		Persönliche Ausgaben.	
13,072	50			1	Besoldungen der Beamten	26,219
—	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	14,500
			2		Sächliche Ausgaben.	
8,528	88			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	11,000
8,761	40			2	Unterrichtsmittel	12,700
223	85			3	Sonstige Ausgaben	300
30,586	63				Summe B	64,719

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
44,062	7,598	—	A S. 33	
2,400	425	—		
3,000	330	—		**Zu Kap. 1 A § 2 Tit. 1 mit 3.** Gesamtbedarf . . . . . . 9230 M, Zur Deckung der Ausgaben mitzuverwendende einbehaltene Kollegiengelder . . . . . . 400 M, demgemäß im Etat vorgesehen 8830 M.
3,838	662	—		
1,000	—	—		
54,300	9,015	—		
15,265	10,954	—	A S. 34	**Zu Kap. 1 B § 1 Tit. 1.** Hierunter 119 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
4,500	10,000	—		**Zu Kap. 1 B § 1 Tit. 2.** Erhöhter Bedarf zur Bestreitung der Tagegelder der nichtetatsmäßigen Hilfsarbeiter sowie der bisher auf Kap. 2 (Für Reisen 2c.) verrechneten persönlichen Funktionszulagen der Professoren.
9,100	1,900	—		**Zu Kap. 1 B § 2 Tit. 1 mit 3.** Gesamtbedarf . . . . . . 24,800 M, Zur Deckung der Ausgaben mitzuverwendende Laboratorienkostenzuschüsse der Studierenden . . . . . 800 M, demgemäß im Etat vorgesehen 24,000 M.
9,700	3,000	—		
485	—	185		
39,050	25,854	185		
	25,669			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M.	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		1			**C. Waldbauschulen.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
28,511	—			1	Besoldungen der Beamten	37,400
7,595	57			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	8,000
			2		Sächliche Ausgaben.	
1,171	46			1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	1,400
507	36			2	Unterrichtsmittel	700
345	68			3	Sonstige Ausgaben	400
38,131	07				Summe C	47,900
30,586	63				Hiezu „ B	64,719
48,580	38				„ A	63,315
117,298	08				Summe Kap. 1	175,934
18,399	64	2			**Für Reisen, Exkursionen und wissenschaftliche Arbeiten** . . . . Summe Kap. 2 für sich.	14,000
11,980	—	3			**Für Stipendien** . . . . Summe Kap. 3 für sich.	15,000
1,367	74	4			**Für Unterhaltung der Unterrichtsgärten** . . . . Summe Kap. 4 für sich.	1,600
		5			**Ausgaben auf die Unterrichtsgebäude.**	
1,904	38		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminfehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	2,000
3,887	57		2		Für Gebäudeunterhaltung	4,000
—	—		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
5,791	95				Summe Kap. 5	6,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
32,600	4,800	—	A S. 35	
8,000	—	—		
1,300	100	—		**Zu Kap. 1 C § 2 Tit. 1 mit 3.** Gesamtbedarf . . . . 5500 ℳ, Zur Deckung der Ausgaben mitzuverwendende eigene Einnahme der Waldbauschulen an Schulgeldern ꝛc. . 3000 ℳ, demgemäß im Etat vorgesehen 2500 ℳ.
600	100	—		
400	—	—		
42,900	5,000	—		
39,050	25,669	—		
54,300	9,015	—		
136,250	39,684	—		
19,000	—	5000		**Zu Kap. 2.** A = 1200 ℳ; B = 12,000 ℳ; C = 800 ℳ. (Zu vergl. die Erläuterung zu Kap. 1 B § 1 Tit. 2.)
12,000	3,000	—		**Zu Kap. 3.** Unterrichtsstipendien für A und B zusammen . . . . . 6000 ℳ Unterrichtsstipendien für C . . . . 5000 ℳ Reisestipendien . . . . 4000 ℳ.
1,900	—	300		**Zu Kap. 4.** A = 500 ℳ; B = 1050 ℳ; C = 50 ℳ.
1,900	100	—		**Zu Kap. 5 § 1.** A = 300 ℳ; B = 1600 ℳ; C = 100 ℳ.
4,500	—	500		**Zu Kap. 5 § 2.** A = — ℳ; B = 4000 ℳ; C = — ℳ.
—	—	—		
6,400	100	500		
		400		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
—	—	6			**übrige Ausgaben auf den forstlichen Unterricht**	15,100
					Summe Kap. 6 für sich.	
5,791	95				Hiezu „ „ 5 . . .	6,000
1,367	74				„ „ 4 . . .	1,600
11,980	—				„ „ 3 . . .	15,000
18,399	64				„ „ 2 . . .	14,000
117,298	08				„ „ 1 . . .	175,934
154,837	41				**Summe Ziffer** II (Ausgaben auf den forstlichen Unterricht)	227,634
					Zusammenstellung der Ausgaben.	
23'247,084	07				Ziffer I. Auf die Verwaltung und den Betrieb der Forste, Jagden und Triften	27'073,759
154,837	41				Ziffer II. Auf den forstlichen Unterricht	227,634
23'401,921	48				**Summe der Ausgaben** . . .	27'301,393

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
100	15,000	—		**Zu Kap. 6.** Einmaliger (im ganzen Betrage künftig wegfallender) Mehrbedarf, veranlaßt durch die Zusammenlegung des gesamten akademischen forstlichen Unterrichts an der Universität München unter Auflassung der Forstlichen Hochschule Aschaffenburg (siehe Etatsanlage C).
6,400	—	400		
1,900	—	300		
12,000	3,000	—		
19,000	—	5,000		
136,250	39,684	—		
175,650	57,684	5,700		
	51,984			
23'076,450	3'997,309	—		
175,650	51,984	—		
23'252,100 *)	4'049,293	—		*) 22'567,500 M ursprünglicher Budgetbetrag, 684,600 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 23'252,100 M Summe wie neben.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Abgleichung zum Etat Nr. 16.	
51'447,651	35				**Einnahmen**	59'508,000
23'401,921	48				**Ausgaben**	27'301,393
28'045,729	87				**Reineinnahme** . . .	32'206,607

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911	
	mehr	weniger
M	M	M
52'288,000	7'220,000	—
23'252,100	4'049,293	—
29'035,900	3'170,707	—

Erläuterungen

Zur Summe der wirklichen Einnahmen und bezw. der Reineinnahmen nach der Rechnung für 1908.

Das Zurückbleiben der wirklichen Einnahmen für 1908 hinter der Budgetsumme hat seinen Grund darin, daß die vom Landtage für die Finanzperiode 1908/09 beschlossene außerordentliche Mehrnutzung von 550,000 fm fast im ganzen Umfang erst für Rechnung des Etatsjahres 1909 in Vollzug gesetzt werden konnte, während anderseits mancherlei größere Betriebsausgaben, die zunächst der Verwirklichung der fraglichen Mehrnutzung zu dienen bestimmt waren, schon im Laufe und für Rechnung des Jahres 1908 bestritten werden mußten.

Schlußbemerkungen.

Im gegenwärtigen Etat sind für je ein Jahr der Finanzperiode vorgesehen:
Brutto-Einnahmen (ausschließlich des Erlösentgangs durch die Holz- und Forstnebennutzungsabgaben auf Berechtigung) . . . . 59'508,000 M,
Ausgaben . . . . 27'301,393 M.

Die veranschlagten jährlichen Brutto-Einnahmen zerfallen in:
1. Einnahmen aus Forsten . . . . 58'180,000 M,
2. Einnahmen aus Jagden . . . . 366,000 M,
3. Einnahmen aus Triften und Holzhöfen . 620,000 M,
4. Sonstige Einnahmen . . . . 342,000 M.

Von den veranschlagten jährlichen Ausgaben sind:
1. Ausgaben auf die Verwaltung . . . . . 10'084,759 M,
2. Ausgaben auf den Betrieb . . . . 15'565,000 M,
3. Sonstige Ausgaben . . . . 1'651,634 M.

Die Ausgabe beträgt 46%, somit die Reineinnahme 54% der etatierten Brutto-Einnahme.

Aus dieser etatierten Brutto-Einnahme zuzüglich des Erlösentgangs durch die Holz- und Forstnebennutzungsabgaben auf Berechtigung im veranschlagten Betrage von 1'711,000 M bezw. 934,000 M berechnet sich ein Gesamt-Bruttoertrag (Rohertrag) von 66,33 M pro Hektar der Gesamt-Staatswaldfläche zu rund 937,000 Hektar und von 75,62 M pro Hektar der produktiven (zum Holzwuchs geeigneten und bestimmten) Staatswaldfläche zu 821,813 Hektar.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an
Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
auf Rechnung des Etats der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung vorgesehen:
1. Pensionen und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . 900,000 M,
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . . . 620,000 M,

Summe 1'520,000 M.

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . . . . 27'301,393 M.

Summe der Ausgaben auf den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung im ordentlichen Budget . . . . 28'821,393 M.

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget — M.

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung . . . . 28'821,393 M.

München, den 6. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als *persönliche* Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als *besondere* Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer I.							
	Verwaltung der Forste, Jagden und Triften.							
	A. Ministerial-Forstabteilung.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
4	Ministerialdirektor	1		12,000				
5	Ministerialräte	4	8400 bis 10200	37,800				
7	Regierungs- und Forsträte	5[1]	6000 bis 7000	32,000				[1] Zwei Regierungs- und Forsträte neu zugegangen als Mitglieder der Kommission für die Neuregelung der Nutzungen in den Staatswaldungen.
12	Forstamtsassessoren . . .	4	3000	12,000				
13	Geheime Sekretäre	3	4200 und 5000	13,400				
14	Sekretäre	3[2]	3000 und 3900	8,900				[2] Ein Sekretär mehr aus dem in der Bemerkung Ziff. 1 bezeichneten Anlaß. Der Mehrbedarf ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.
16	Kartographen	2	2400 und 2700	5,100				
22	Steindrucker	2	2300	4,600				
	Summe a	24	—	125,800	—	300	126,100	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	24	—	125,800	—	300[3]	126,100	[3] Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	21					92,718[4]	[4] 16 Beamte mit 81,981 M Bedarf nach Anl. A, 5 Beamte mit 10,737 M Bedarf nach Anl. B, 21 Beamte mit 92,718 M Bedarf
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					8,250	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	21					100,968	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	3					25,132[5]	[5] Hievon treffen: 8,250 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2,382 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 14,500 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.

Anlage A.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf
			M	M	M	M	M
	B. Regierungs-Forstkammern.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
5	Regierungsdirektoren . . .	8	8400 bis 10200	71,400			
7	Regierungs- und Forsträte .	47[1]	6000 bis 7500	328,500			
12	Forstamts-Assessoren (Referats-Hilfsarbeiter) . .	30[2]	3000	90,000			
14	Regierungsbuchhalter . .	8	3900 bis 4500	35,100			
16	Rechnungskommissäre . .	44	3000 bis 3900	159,300			
17	Regierungssekretäre . . .	19[3]	1800 bis 3300	41,400			
25	Boten und Diener	8	1500 bis 2000	15,500			
	Summe a	164	—	741,200	—	621	741,821
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
—	Geprüfte Forstpraktikanten .	19[4]	1800	34,200	—	—	34,200
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	183	—	775,400	—	621[5]	776,021
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	161					633,942[6]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					47,700
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	161					681,642
	Sohin für 1910 und 1911 mehr:	22					94,379[7]

Erläuterungen

[1]) Im Etat 1908 und 1909 waren 48 Stellen vorgesehen.
Eine Stelle ist in Wegfall gekommen.

[2]) Die Aufstellung von 2 weiteren Forstamtsassessoren als ordentliche Hilfsarbeiter im Forsteinrichtungsreferate ist durch das Anwachsen dieser Geschäfte dringend notwendig. Dafür sollen 2 Assessorstellen bei den Forstämtern eingezogen werden, so daß eine Stellenmehrung hiedurch nicht eintritt (conf. Bemerkung unter C Ziff. 3).

[3]) Zur Bewältigung des Buchhaltungsdienstes, der durch die Mehrfällungen in den Staatswaldungen in fortgesetzter Zunahme begriffen ist, erweist sich die Aufstellung von 2 weiteren Sekretären als unabweisbares Bedürfnis. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1910 ab berücksichtigt.

[4]) Die Bezüge dieser im Referatsdienste als Hilfsarbeiter ständig beschäftigten geprüften Forstpraktikanten waren bisher auf Kap. 1 B § 1 Tit. 2 und auf Kap. 5 § 1 Tit. 3 verrechnet.

[5]) Künftig wegfallend.

[6])
127 Beamte mit 569,460 M Bedarf nach Anl. A,
34 Beamte mit 64,482 M Bedarf nach Anl. B,
161 Beamte mit 633,942 M Bedarf.

[7]) Hievon treffen:
47,700 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
10,099 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
8,400 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung. Weitere
480 M finden ihre Ausgleichung durch den Mehranfall an Mietentschädigungen.
Der noch verbleibende Mehrbedarf zu
27,700 M erklärt sich dadurch, daß einerseits die Bezüge der gepr. Forstpraktikanten mit
34,200 M von dem Etat für Stellvertretung hieher übertragen und andererseits eine Forstratsstelle eingezogen wurde.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	C. Forstämter.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
9	Forstmeister	375[1]	4800 bis 6300	2'219,900	900[2]		
12	Forstamtsassessoren . . .	283[3]	3000 bis 5000	916,500	—		
17	Förster	769[4]	1800 bis 3300	2'242,950	960[2]		
	Seite	1427		5'379,350	1,860		

Erläuterungen

Zu Kap. 1 C § 1.

In den nachstehenden Voranschlagssummen ist der durch die Neuordnung des Kommunalforstwesens der Pfalz verursachte Mehrbedarf von 126,135 ℳ inbegriffen.

[1]) Im Etat 1908 und 1909 waren
368 Forstämter vorgesehen. Hiezu kam durch Ankauf des von Heimburg'schen Waldguts in der Pfalz
1 Forstamt (Landstuhl-Süd)
369 Forstämter. Infolge organisatorischer Änderungen kommen zu diesen Forstämtern ab 1. Januar 1910
18 Kommunalforstämter in der Pfalz
387 Forstämter.
Hievon sind durch Änderung der Territorialorganisation
6 bereits aufgelöst und sollen im Laufe der Jahre 1910 und 1911 noch
6 Forstämter eingezogen werden. Hienach verbleiben
375 Forstämter.
Für die noch einzuziehenden Forstämter ist der Bedarf mit dem Hälftebetrag in Ansatz gebracht.

[2]) Auslandszulagen.

[3]) Für Beamte dieser Kategorie waren im Etat 1908 und 1909
135 Forstamtsassessoren-
64 Forstamtsassistenten I. Kl.-
82 Forstamtsassistenten- } Stellen
281 vorgesehen. Hiezu kamen durch organisatorische Änderungen
8 Kommunalforstamts-Assessorstellen in der Pfalz
289. Hievon sind durch organisatorische Änderungen
5 Stellen eingezogen worden,
3 Stellen wurden neugebildet,
4 Stellen sollen im Laufe der Jahre 1910 und 1911 aufgelöst wurden (vid. Erläuterungen zu B Ziff. 2). Sohin Gesamtzahl der Assessorstellen
283.
Der Minderbedarf ist voll berücksichtigt.

[4]) Im Etat 1908 und 1909 waren
361 Förster und
420 Forstwarte
781 vorgesehen. Infolge organisatorischer Änderungen sind
13 Stellen eingezogen,
6 Stellen neugebildet worden. Im Laufe der Jahre 1910 und 1911 sollen noch
5 Stellen aufgelöst werden. Sohin Gesamtzahl der Försterstellen
769.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	1427		5'379,350	1,860			
26	Forstassistenten	567[1]	1200 bis 1950	753,200	900[2]			[1]) Im Etat 1908 und 1909 waren 265 Forstgehilfen und 292 Forstaufseher 557 vorgesehen. Infolge organisatorischer Änderungen durch Einziehung von Assessor- und Försterstellen und wegen dringlichen Personalmehrbedarfs aus Anlaß der stärkeren Ausnützung der Staatswaldungen sind weitere 10 Forstassistenten unabweisbar notwendig. 567. Der Mehrbedarf ist vom 1. September 1910 ab vorgesehen.
30	Vollbeschäftigte Waldwärter	280[3]	1200 bis 1600	405,450	—			[2]) Auslandszulagen. [3]) Die Zahl der auf Grund der neuen Gehaltsordnung am 1. Januar 1909 ausgeschiedenen etatsmäßigen Waldwärterstellen betrug 255. Durch organisatorische Änderungen und Einziehung höher besoldeter Stellen wurde sie auf 263 erhöht. Mit dem Fortschreiten der Änderungen der Territorialorganisation und der Dienststellenbesetzung sowie behufs Umwandlung von einzelnen bisher nicht etatsmäßigen Waldwärterstellen in etatsmäßige wegen voller Inanspruchnahme der Stelleninhaber durch vergrößerte Geschäftsaufgabe sind 17 weitere etatsmäßige Waldwärterstellen dringend notwendig. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1910 ab berücksichtigt.
	Summe a	2274		6,538,000	2,760	28,478	6,569,238[4]	[4]) An dem gesamten Besoldungsaufwand für etatsmäßige Beamte bei den Forstämtern ergibt sich infolge der organisatorischen Änderungen durch den Einzug von Dienststellen (12 Forstmeister, 4 Forstamtsassessoren, 12 Förster) nach Abzug des Aufwands für Stellenvermehrungen (10 Forstassistenten und 17 Waldwärter) eine dauernde — aus den Durchschnitten der ausgewiesenen Gehalte berechnete — Einsparung von jährlich 80,626 M.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
—	Geprüfte Forstpraktikanten .	12[5]	1800	21,600	—	—	21,600	[5]) Die Bezüge dieser als Hilfsarbeiter bei Forstämtern ständig beschäftigten geprüften Forstpraktikanten waren bisher auf Kap. 1 C § 1 Tit. 2 verrechnet.
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	2286		6'559,600	2,760	28,478[6]	6'590,838	[6]) Künftig wegfallend.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	2286	—	6'599,000	2,760	28,478	6'590,838
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2399					4'966,624 [1]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					619,000
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2399					5'585,624
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1'005,214 [2]
	weniger	113					
	Zusammenstellung von Ziffer I.						
	Summe A . .	24	—	125,800	—	300	126,100
	Summe B . .	183	—	775,400	—	621	776,021
	Summe C . .	2286	—	6'559,600	2,760	28,478	6'590,838
	Summe Ziffer I. Jahresvoranschlag für die Verwaltung der Forste, Jagden und Triften für 1910 und 1911 . .	2493		7'460,800	2,760	29,399	7'492,959
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2581					5'693,284 [3]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					674,950
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2581					6'368,234
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1'124,725
	weniger	88					

Erläuterungen

[1]
928 Beamte mit 3'121,790 M Bed. nach Anl. A,
1471 Beamte mit 1'844,834 M Bed. nach Anl. B,
2399 Beamte mit 4'966,624 M Bed.
Hiezu kommen
19 Forstmeisterstellen,
8 Forstamtsassessorenstellen,
10 Forstassistentenstellen,
280 etatsmäßige Waldwärterstellen,
12 Stellen für geprüfte Forstpraktikanten,
2728 Stellen.
In Abgang kommen
12 Forstmeisterstellen,
6 Forstamtsassessorenstellen,
12 Försterstellen,
412 nichtetatsmäßige Stellen.
442 Stellen ab
2286 Stellen wie neben.

[2] Hievon treffen
619,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
166,064 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
20,300 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.
Weitere
179,890 M werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.
Der noch verbleibende Mehrbedarf zu
19,960 M erklärt sich dadurch, daß einerseits für die Neuordnung des Kommunalforstwesens der Pfalz ein Mehraufwand von
126,135 M sich ergibt, ferner der Betrag von
21,600 M für die Bezüge der gepr. Forstpraktikanten von dem Etat für Stellvertretung hieher übertragen wurde und andererseits infolge Stelleneinzuges sowie durch Übertragung der Bezüge der nicht vollbeschäftigten Waldwärter rc. zu dem Etat für Stellvertretung ein Minderaufwand von rund
125,000 M eintritt.

[3]
1071 Beamte mit 3'773,231 M Bed. nach Anl. A,
1510 Beamte mit 1'920,053 M Bed. nach Anl. B,
2581 Beamte mit 5'693,284 M Bed.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer II.							
	Forstlicher Unterricht.							
	A. Forstliche Hochschule.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor (zugl. o. Professor)	1	—	7,500	360[1]			[1]) Direktorialzulage.
7	Ordentliche Professoren . .	5	7000 und 7500	37,000	—			
12	Forstamtsassessor	1	—	3,000	—			
25	Hausmeister und Diener .	1	—	2,000	—			
	Summe a	8	—	49,500	360	—	49,860	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
—	Gepr. Forstpraktikant . .	1[2])	—	1,800	—	—	1,800	[2]) Die Bezüge des als ständiger Assistent dem Professor für Physik beigegebenen geprüften Forstpraktikanten waren bisher auf Kap. 1 § 1 Tit. 2 verrechnet.
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1910	9	—	51,300	360	—	51,660	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							[3]) 7 Beamte mit 37,032 ℳ Bedarf nach Anl. A, 1 Beamter mit 1,530 ℳ Bedarf nach Anl. B, 8 Beamte mit 38,562 ℳ Bedarf.
	Ursprünglicher Budgetbetrag	8					38,562[3])	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					5,500	[4]) Hievon treffen 5500 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 148 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen. Weitere 150 ℳ werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen. Der noch verbleibende Mehrbedarf zu 1800 ℳ erklärt sich dadurch, daß der Bezug eines gepr. Forstpraktikanten von dem Etat für Stellvertretung hieher übertragen wurde.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	8					44,062	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					7,598[4])	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	B. Forstliche Versuchsanstalt.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
12	Forstamtsassessoren . . .	5[1]	3000	13,000			
12	Assistenten mit Beamteneigenschaft	2[1]	3000	4,800			
21	Präparator	1	—	1,800			
25	Hausmeister und Diener .	3[2]	1500 bis 2000	4,700			
	Summe a	11	—	24,300	—	119	24,419
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
—	Gepr. Forstpraktikant . .	1[1]	—	1,800	—	—	1,800
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	12	—	26,100	—	119[3]	26,219
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	7					14,115[4]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					1,150
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	7					15,265
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	5					10,954[5]

Erläuterungen

[1]) An der Forstlichen Versuchsanstalt waren bisher 3 Forstamtsassessoren und 1 Chemiker (Assistent mit Beamteneigenschaft) als etatsmäßige Hilfsarbeiter vorhanden.

Die übrigen Hilfsarbeiter wurden aus dem Personalbestande der Forstämter und aus den geprüften Forstpraktikanten entnommen und ihre Bezüge auf den Besoldungsetat der Forstämter bezw. auf Ziff. II B Kap. 1 § 1 Tit. 2 und auf einschlägige Betriebskostentitel verrechnet.

Aus etatsmäßigen Gründen sollen künftig
der forsttechnischen Abteilung
2 Forstamtsassessoren (wie bisher),
der botanischen Abteilung
1 Forstamtsassessor (wie bisher) und
1 Botaniker (neuzugehender Assistent mit Beamteneigenschaft),
der zoologischen Abteilung
1 Forstamtsassessor und } (neu zu-
1 gepr. Forstpraktikant } gehend)
und der chemisch-bodenkundlichen Abteilung
1 Forstamtsassessor (neu zugehend) und
1 Chemiker (wie bisher — Assistent mit Beamteneigenschaft —)
beigegeben werden.

[2]) Die Dienergeschäfte der zoologischen Abteilung sind vom etatsmäßigen Diener der botanischen Abteilung mitzuversehen. Durch die Inanspruchnahme dieses Dieners als Präparator erweist sich die Aufstellung eines eigenen Dieners für die zoologische Abteilung als dringendes Bedürfnis. Der Bedarf ist ab 1. September 1910 eingestellt.

[3]) Künftig wegfallend.

[4]) 3 Beamte mit 7,650 M Bedarf nach Anl. A,
4 Beamte mit 6,465 M Bedarf nach Anl. B,
7 Beamte mit 14,115 M Bedarf.

[5]) Hievon treffen:
1150 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
124 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
9200 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.
Weitere
480 M werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte: einzeln	Gehalte: zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	C. Waldbauschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Forstamtsassessoren . . .	5	5000	15,000				
12	Realienlehrer	4	3000	20,000				
15		1	—	2,400				
	Summe a	10	—	37,400	—	—	37,400	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	10	—	37,400	—	—	37,400	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	10					29,600[1]	[1] 10 Beamte mit 29,600 ℳ Bedarf nach Anlage A.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					3,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	10					32,600	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					4,800[2]	[2] Hievon treffen: 3000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs und 1800 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen.
	Zusammenstellung von Ziffer II.							
	Summe A	9	—	51,300	360	—	51,660	
	„ B . . .	12	—	26,100	—	119	26,219	
	„ C	10	—	37,400	—	—	37,400	
	Summe Ziffer II. Jahresvoranschlag für den Forstlichen Unterricht für 1910 und 1911 .	31	—	114,800	360	119	115,279	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	25					82,277[3]	[3] 20 Beamte mit 74,282 ℳ Bedarf nach Anl. A, 5 Beamte mit 7,995 ℳ Bedarf nach Anl. B; 25 Beamte mit 82,277 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					9,650	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	25					91,927	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	6					23,352	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe Ziffer I. .	2493	—	7'460,800	2,760	29,399	7'492,959	
	" " II. .	31	—	114,800	360	119	115,279	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung für 1910 und 1911 . .	2524	—	7'575,600	3,120	29,518	7'608,238	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2606					5'775,561	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					684,600	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2606					6'460,161	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1'148,077	
	weniger	82						

München, den 6. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche der

Forst-, Jagd- und Triftverwaltung.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M	M
1	Oberbayern	Ernsgaden	Neubau eines Dienstgebäudes für den Förster in Ernsgaden, K. Forstamts Geisenfeld . .	22,800	11,400
2	"	Mittenwald	Neubau eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Mittenwald	50,000	25,000
3	"	Salzburghofen	Neubau eines Dienstgebäudes für den Förster von Surheim, K. Forstamts Teisendorf, in Salzburghofen	18,500	9,250
4	"	Schongau	Erstellung eines Anbaues bei dem Forstamtsgebäude in Schongau zur Beschaffung geeigneter Geschäfts- und Wohnräume, dann Herstellung eines Nebengebäudes für Waschküche und Holzlege	15,000	7,500
5	Niederbayern	Deggendorf	Erbauung eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Deggendorf	46,000	23,000
6	Pfalz	Iggelbach	Erbauung eines Dienstgebäudes für einen Förster in Iggelbach, K. Forstamts Elmstein-Süd .	20,600	10,300
			Seite	172,900	86,450

Erläuterungen

Das derzeitige Förstergebäude in Ernsgaden ist räumlich außerordentlich beschränkt; es hat nur ein größeres Zimmer und drei Kammern. Alle Räume sind feucht und ungesund; zudem ist das Haus baufällig. Ein geeigneter Bauplatz kann um entsprechenden Preis erworben werden. Das alte Anwesen ist zu veräußern und der Erlös zur teilweisen Deckung der Neubaukosten zu verwenden; es war demnach hier nur ein Bedarf von 22 800 ℳ vorzusehen.

Das Forstamtsgebäude in Mittenwald kann nach seinen räumlichen, vor allem aber nach seinen ärztlich konstatierten gesundheitsschädlichen Verhältnissen nicht mehr länger als Amtsgebäude beibehalten werden. Untergrund und Hausmauern — und infolgedessen auch die Wohnräume und das Geschäftszimmer — sind feucht und ungesund, nur zwei Zimmer können als einigermaßen bewohnbar bezeichnet werden.

Ein seit mehreren Finanzperioden als notwendig befundener, wegen Vordringlichkeit anderer Bauten aber immer wieder zurückgestellter Neubau läßt sich nicht mehr länger verschieben. Ein passender Bauplatz in guter Lage ist erhältlich. Der Bezug der Baumaterialien ist sehr erschwert.

Da zur teilweisen Deckung der Neubaukosten der Erlös aus dem Verkaufe des alten Anwesens Verwendung finden soll, war ein Bedarf von 50 000 ℳ vorzusehen.

Das Förstergebäude in Surheim hat durch das Hochwasser vom Jahre 1899 sehr gelitten. Die erdgeschossigen Räume sind seit dieser Zeit aus Gesundheitsrücksichten unbewohnbar; die oberen, ohnehin teilweise sehr kleinen Räume reichen zur wohnlichen Unterbringung des Försters und seiner Familie auf die Dauer nicht aus. Ein Neubau ist dringend geboten; er soll aus dienstlichen Rücksichten nicht mehr in Surheim, sondern in Salzburghofen erstellt werden.

Das alte Anwesen ist zu veräußern und der Erlös zur teilweisen Deckung der Neubaukosten zu verwenden; mit Rücksicht hierauf war nur ein Bedarf von 18 500 ℳ vorzusehen.

In dem Forstamtsgebäude zu Schongau steht nur ein einziger Geschäftsraum (von 18,8 qm Bodenfläche) für den Amtsvorstand und das Personal sowie für den dienstlichen Verkehr mit dem Publikum zur Verfügung. Da auch die Wohnräume nach Zahl und Größe als beschränkt zu bezeichnen sind, ist eine Zuziehung einzelner derzeit zur Wohnung zählender Zimmer zu den Geschäftsräumen ausgeschlossen. Es ist dringend geboten hier Abhilfe zu schaffen, was nur durch einen Anbau an das Hauptgebäude geschehen kann.

Das alte, umfangreiche Nebengebäude, welches derzeit auch Waschküche und Holzlege enthält, muß wegen Baufälligkeit abgebrochen und durch ein neues Nebengebäude für Waschküche und Holzlege ersetzt werden.

Der Forstmeister von Deggendorf hat bei Errichtung des Forstamts im Jahre 1900 eine Villa gemietet, welche außer der Wohnung des Forstmeisters auch die forstamtlichen Geschäftsräume enthält. Eine Kündigung der Miete ist jederzeit zu gewärtigen, da das Haus — im Besitze einer Erbgemeinschaft stehend — bei günstiger Gelegenheit veräußert werden soll. Die Beschaffung einer anderen geeigneten Wohnung wäre in diesem Falle, wie die Verhältnisse in Deggendorf derzeit liegen, vollständig ausgeschlossen. Es erscheint daher die Erbauung eines Dienstgebäudes für das Forstamt Deggendorf als ein dringendes Bedürfnis.

Mit dem bevorstehenden Abgange des Waldwärters in Iggelbach muß der Posten aus dienstlichen Gründen mit einem Förster besetzt werden. Da ein solcher in Iggelbach nicht unterkommen kann, eine Sitzverlegung aber ausgeschlossen ist, erscheint die Erbauung eines Dienstgebäudes in Iggelbach geboten.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	172,900	86,450
7	Pfalz	Kirchheimbolanden	Erbauung eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Kirchheimbolanden	42,000	21,000
8	"	Münchweiler a. R.	Erbauung eines Dienstgebäudes für den Förster in Münchweiler (an der Rodalb), K. Forstamts Pirmasens-Nord	23,600	11,800
9	Oberpfalz	Biberbach	Neubau einer Dienstwohnung für den Förster in Biberbach, K. Forstamts Beilngries . . .	22,000	11,000
10	"	Bodenwöhr	Erweiterungs- und teilweiser Umbau bei dem Forstamtsgebäude zu Bodenwöhr	12,000	6,000
11	"	Kleinschwand	Neubau einer Dienstwohnung für den Förster von Großenschwand, K. Forstamts Tännesberg, in Kleinschwand	20,500	10,250
			Seite	293,000	146,500

Erläuterungen

Die Beschaffung einer geeigneten Mietwohnung sowie entsprechender forstamtlicher Diensträume ist für den Vorstand des Forstamts Kirchheimbolanden mit vielen Schwierigkeiten verbunden, ohne daß es gelingt zufriedenstellende Verhältnisse zu schaffen. Diesem seit Jahren bestehenden Mißstande abzuhelfen, wird seitens der äußeren Behörden schon seit dem Jahre 1892 der Bau eines Forstamtsgebäudes in Antrag gebracht. Da eine Änderung der Wohnungsverhältnisse in Kirchheimbolanden nicht zu erwarten steht, soll der wegen Vordringlichkeit anderer Neubauten schon mehrfach zurückgestellte Neubau nunmehr zur Ausführung kommen. Ein ärarialischer Bauplatz ist vorhanden.

Der Förster in Münchweiler a/R. ist — trotz hohen Mietzinses — nur notdürftig in einer Mietwohnung untergebracht und hat ständig Kündigung zu gewärtigen; andere Mietwohnungen sind nicht vorhanden. Die Beschaffung einer Dienstwohnung liegt im Interesse des Dienstes und des Beamten. Ein Bauplatz ist um angemessenen Preis erhältlich.

Das Försterdienstgebäude in Biberbach ist — da es nur drei kleine Zimmer enthält — räumlich vollständig unzureichend und sollte schon in den 1880er Jahren umgebaut werden; der Bau mußte aber wegen Vordringlichkeit anderer Bauten wieder zurückgestellt werden. Die baulichen Verhältnisse erheischen mit Rücksicht auf die von Wohnungsaufsichts wegen zu stellenden Forderungen dringendste Abhilfe, die nur durch einen Neubau erreicht werden kann; dieser soll auf dem zum Anwesen gehörigen Gelände erstellt werden.

Die Dienstwohnung des Forstmeisters zu Bodenwöhr ist äußerst beschränkt, unzweckmäßig angelegt und eingeteilt und im Erdgeschosse feucht und ungesund. Von den vorhandenen sechs an sich schon kleinen Räumen sind nur drei vor den Vorplätzen aus zugänglich. Die wegen Verteilung der Wohnung auf zwei Geschosse in ständiger Benützung stehende Stockwerkstreppe hat sehr ungünstige Steigungsverhältnisse und ist sehr schwer zu begehen. Die Küche ist äußerst klein, eine Speisekammer fehlt ganz, ebenso ein Abort im Erdgeschosse.

Diesen Mängeln muß durch einen Erweiterungs- und teilweisen Umbau abgeholfen werden, wobei auch die erdgeschossigen Räume entfeuchtet werden sollen.

Die Försterdienstwohnung in Großenschwand — ein 1831 erbautes und 1841 für das Ärar erworbenes Bauernhaus — mußte wegen vollständiger Durchfeuchtung aus gesundheitlichen Rücksichten im Jahre 1907 verlassen und dem Beamten die zeitweilige Wohnungsnahme in Tännesberg gestattet werden. Der bauliche Zustand des Gebäudes schließt eine entsprechende Wiederinstandsetzung aus.

Ein Neubau ist dringend geboten. Dieser soll aus dienstlichen Rücksichten und mit Bedachtnahme auf den leichteren Schulbesuch in dem Orte Kleinschwand erstellt werden, woselbst ein geeigneter Bauplatz erworben werden kann.

Für das alte Anwesen, das veräußert werden soll, dürfte ein nennenswerter, zur Berücksichtigung bei der Bedarfsbemessung sich eignender Erlös nicht erwartet werden können; dieser wäre demgemäß dem Staatsgüterfonds zuzuführen.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M	M
			Übertrag	293,000	146,500
12	Oberfranken	Bamberg	Anteil an den Kosten für Ankauf eines neuen Dienstgebäudes für das Bezirksamt Bamberg I anläßlich der Verwendung des alten Bezirksamtsgebäudes als Dienstgebäude für das K. Forstamt Bamberg-West	50,000	
			ferner Rückersatz von Adaptierungskosten . .	5,500	
				55,500	27,750
13	"	Kulmbach	Neubau eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Kulmbach	30,000	15,000
14	Mittelfranken	Rothenburg o. T.	Erbauung eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Rothenburg o. T.	45,000	22,500
			Seite	423,500	211,750

Erläuterungen

Der Dienstesvorgänger des derzeitigen Vorstandes des K. Forstamts Bamberg-West war im Besitz eines eigenen Anwesens, in welchem mietweise auch die forstamtlichen Geschäftsräume untergebracht waren. Seinem Dienstesnachfolger ist es nicht gelungen, eine Mietwohnung zu finden, welche zugleich auch die nötigen und entsprechenden Diensträume geboten hätte; die dadurch veranlaßte gesonderte Beschaffung der letzteren war mit Schwierigkeiten verbunden, ohne daß befriedigende Verhältnisse geschaffen werden konnten.

Durch Freiwerden des alten Bezirksamtsgebäudes Bamberg I war Gelegenheit geboten, dem Mangel eines Dienstgebäudes für das Forstamt Bamberg-West abzuhelfen. Zunächst wurde das Anwesen, welches der Finanzverwaltung untersteht, von dieser hinsichtlich der oberen Räume an den Vorstand des genannten Forstamts als Mietwohnung, hinsichtlich der unteren Räume behufs Verwendung zu Geschäftsräumen an die Staatsforstverwaltung vermietet. Diese vorläufige Ordnung der Angelegenheit hat sich bewährt und gibt — da die Beschaffung eines Dienstanwesens für das Forstamt Bamberg-West sich als notwendig erweist — Veranlassung, das alte Bezirksamtsanwesen ganz und förmlich an die Staatsforstverwaltung als Dienstanwesen für das nebenbezeichnete Forstamt zu überweisen.

Da als Wert des Anwesens seinerzeit der Betrag von 50,000 ℳ angenommen war und da weiter die Instandsetzungskosten für den erwähnten Verwendungszweck 5500 ℳ betragen haben, ist im ganzen der Betrag von 55,500 ℳ als Gesamtbedarf vorzusehen. Hievon hat seitens der Finanzverwaltung der Betrag von 50,000 ℳ zur restigen Deckung der Kaufskosten für das neue Bezirksamtsgebäude Bamberg I zu dienen, wogegen der Betrag von 5500 ℳ der Finanzverwaltung — Etat der sonstigen Betriebe des Staates — als Ersatz des vorgesehenen Betrags gleicher Höhe für die Instandsetzung des Gebäudes zugeht.

Als Ersatz für das alte Forstamtsanwesen in Kulmbach — infolge seiner Lage zwischen sehr schmalen Gäßchen und in der unmittelbaren Nähe von Fabriken ohnehin sehr eingeengt und finster und schon seit langem als seinem Zwecke nicht entsprechend bezeichnet — war schon seit etwa zwanzig Jahren ein Neubau in Aussicht genommen, der aber mit Rücksicht auf andere vordringliche Forsthausneubauten immer wieder zurückgestellt werden mußte. Da nunmehr auch am Gebäude selbst und in dessen Innerem mehrfache Bauvornahmen notwendig werden, die im Falle der Durchführung große Kosten erfordern würden und doch die ungeeigneten Wohnungs- und Bureauverhältnisse nicht wesentlich zu bessern imstande wären, soll ein Neubau hergestellt werden, für welchen ein geeigneter Bauplatz schon im forsteigenen Besitze steht.

Das alte Forstamtsanwesen ist zu veräußern. Der Erlös hätte zur teilweisen Deckung der Neubaukosten Verwendung zu finden. Demgemäß wird nur ein Bedarf von 30,000 ℳ vorgesehen.

Bei Verlegung des Forstamts Windelsbach nach Rothenburg o. T. hat der Stadtmagistrat Rothenburg o. T. ein städtisches Haus mietweise dem Forstmeister zur Verfügung gestellt. Auf Drängen der Stadtverwaltung, die das vermietete Haus anderen Zwecken zuführen will, hat das Staatsärar im Jahre 1906 einen Bauplatz für ein Forstamtsgebäude von der Stadt erworben und den Bau für die Finanzperiode 1908 und 1909 in Aussicht genommen. Der damals wegen Vordringlichkeit anderer Forstbauten zurückgestellte Neubau soll nunmehr zur Ausführung kommen.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Übertrag	423,500	211,750
15	Unterfranken	Amorbach	Erbauung eines Dienstgebäudes für das K. Forstamt Amorbach	48,000	24,000
16	"	Römershag	Erbauung eines Dienstgebäudes für den Förster in Römershag, K. Forstamts Brückenau . .	24,000	12,000
17	"	Windshausen	Erbauung eines Dienstgebäudes für den Förster von Windshausen, K. Forstamts Steinach a. S.	24,500	12,250
18	"	Wustviel	Neubau eines Dienstgebäudes für den K. Forstamtsassessor in Wustviel, K. Forstamts Hundelshausen	27,000	13,500
19	Schwaben	Rettenbach	Neubau eines Dienstgebäudes für den Förster in Rettenbach, K. Forstamts Sachsenried . . .	22,000	11,000
			Seite	569,000	284,500

Erläuterungen

Dem Vorstande des Forstamts Amorbach ist es nicht möglich, daselbst eine geeignete Wohnung zu finden; besondere Schwierigkeit bietet die Miete entsprechender Geschäftsräume. Bei den dortigen mißlichen Wohnungsverhältnissen dürfte dem schon seit mehreren Finanzperioden an das Finanzministerium gebrachten Antrag auf Beschaffung eines forstamtlichen Dienstgebäudes nunmehr stattzugeben sein. Bei der besonderen Dringlichkeit der Sache wurde in Benützung einer günstigen Gelegenheit ein entsprechender Bauplatz für das Staatsärar bereits erworben.

Für den Förster in Römershag ist eine Dienstwohnung nicht vorhanden. Die Mietwohnungsverhältnisse sind äußerst ungünstig; die einzige zurzeit verfügbare Mietwohnung hat der Förster inne; diese entspricht aber nach keiner Richtung den zu stellenden Anforderungen; daß im Falle einer Kündigung eine andere Mietwohnung zur Verfügung gelangen würde, ist ausgeschlossen.

Es erscheint daher der Bau einer Dienstwohnung, welche auf einem Dienstgrundacker erstellt werden kann, dringend geboten.

An dem Dienstsitze des Försters von Windshausen ist eine Mietwohnung nicht erhältlich. Infolgedessen ist er gezwungen, in dem 4 Kilometer von seinem Dienstbezirke entfernten Weiler Querbachshof zu wohnen. Die weite Entfernung und die schlechten Wegverhältnisse erschweren den Dienst außerordentlich, was sich namentlich zur Winterszeit, in welche die wichtigsten äußeren Dienstgeschäfte fallen, geltend macht.

Unter diesen Verhältnissen ist die Beschaffung einer Försterdienstwohnung in Windshausen, woselbst ein geeigneter Bauplatz erworben werden kann, im Interesse des Dienstes wie des Beamten dringendst geboten.

Das Forstamtsassessordienstgebäude in Wustviel ist räumlich derart beschränkt, daß es als vollständig unzureichend — selbst für eine kleine Familie — bezeichnet werden muß. Auch der äußerst mangelhafte bauliche Zustand des Gebäudes erfordert dringende Abhilfe. Da ein Auf- oder Erweiterungsbau nicht angängig erscheint, erübrigt zur endlichen Beseitigung des unhaltbaren Zustandes nur der Neubau eines Dienstgebäudes; dieses soll auf dem Areal des alten Anwesens erbaut werden.

Das sehr alte Försterdienstgebäude in Rettenbach leidet an vielen Mängeln. Die Räume im Erdgeschosse sind sehr feucht, dumpf und unbewohnbar; im Obergeschosse befinden sich nur drei kleine Wohnräume von 10, 15 und 19 Quadratmeter Bodenfläche. Der bauliche Zustand des Hauses ist schlecht, die Wände sind dünn, das Mauerwerk besteht zumeist aus sogenannten Luftziegeln, die überall ausbröckeln. Das Dach ist undicht, der Dachstuhl hat bereits Schaden gelitten; die Fußböden in den bewohnten (oberen) Räumen sind erneuerungsbedürftig.

Statt weiterer und zwar beträchtlicher und keinen Erfolg sichernder Bauvornahmen wäre ein Neubau zu erstellen, wozu ein geeigneter Bauplatz um einen angemessenen Preis erworben werden kann.

Zur Deckung der Neubaukosten soll in erster Linie der Erlös aus dem Verkaufe des alten Anwesens Verwendung finden. Es wird deshalb hier nur ein Bedarf von 22,000 ℳ vorgesehen.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
					ℳ
			Übertrag	569,000	284,500
20	Schwaben	Sachsenried	Neubau eines Dienstgebäudes für das Forstamt Sachsenried	50,000	25,000
21	—	—	Reserve	29,000	14,500
			Summe	648,000	324,000

Erläuterungen

Das Forstamtsgebäude in Sachsenried hat nur ein Erdgeschoß und ein Dachgeschoß, ein Obergeschoß fehlt. Das Erdgeschoß enthält an Wohnräumen das einzige größere Zimmer des Hauses, dann noch ein kleineres Zimmer und zwei nicht einmal trockene Räume von 14 und 15 Quadratmeter Bodenfläche. In den Dachraum sind drei kleine Kammern von 11 bzw. 12 und bzw. 14 Quadratmeter Bodenfläche eingebaut, die aber wegen der dünnen Wände im Winter nicht benützbar sind. Andere Räume enthält das Gebäude nicht; die kleinen Geschäftsräume sind an das im Hof stehende Waschhaus angebaut. Der allgemeine bauliche Zustand des Hauses ist schlecht.

Diese gänzlich unhaltbaren Verhältnisse haben schon seit Jahren einen Neubau erstreben lassen; nunmehr kann ein solcher nicht mehr länger hinausgeschoben werden. Ein geeigneter Bauplatz ist vorhanden.

Eine Verfügung über das alte Anwesen kann noch nicht getroffen werden. Sollte es bei der Neuregelung der Forstverwaltungsverhältnisse gänzlich entbehrt werden können, so wäre es zu veräußern und der Erlös dem Staatsgüterfonds zuzuführen.

Die Reserve soll wie in den Vorjahren zuzüglich der etwa bei einzelnen Bauten sich ergebenden Kreditsersparungen zunächst zur Ausgleichung allenfallsiger unvermeidlicher Kreditsüberschreitungen bei den im Etat vorgesehenen Bauten dienen. Der hienach verbleibende Betrag der Reserve wäre zu verwenden zum gelegentlichen Ankauf von Bauplätzen bei solchen Diensteposten, an welchen in nächster Zeit der Neubau eines Dienstgebäudes erforderlich werden wird.

München, den 6. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Erläuterungen

zu

Ziffer II „Auf den forstlichen Unterricht".

Die Veranschlagung der Ausgaben auf den forstlichen Unterricht wurde für den derzeitigen Stand der Anstalten (A. Forstliche Hochschule, B. Forstliche Versuchsanstalt und C. Waldbauschulen) zunächst unter Beschränkung der Anforderungen auf die als dringend zu erachtenden gegenwärtigen Bedürfnisse vorgenommen. Hiebei wurden nach Maßgabe des Etatsschemas die „Persönlichen und sächlichen Ausgaben" für die drei Anstaltskategorien getrennt festgesetzt und abgeglichen, wogegen bezüglich der übrigen Ausgaben je der Gesamtbedarf für die drei Anstaltskategorien in Vortrag gebracht wurde.

Im Verfolg der Verhandlungen über den einschlägigen Teil des Forstetats für 1908 und 1909 im Landtage (zunächst in der Plenarsitzung der Kammer der Abgeordneten vom 20. und 21. Mai 1908 — Stenogr. Bericht Nr. 136 und 137) beabsichtigt die Staatsregierung im Laufe der Finanzperiode 1910 und 1911 folgende organisatorische Maßnahmen im Bereiche des forstlichen Unterrichts sowie des der forstwissenschaftlichen Forschung dienenden Versuchswesens durchzuführen, nämlich:

a) die Erweiterung des öffentlichen forstlichen Unterrichts an der Universität München auf den Umfang der sämtlichen Grund-, Hilfs- und Fachdisziplinen (einschließlich der forstlich-naturwissenschaftlichen und forstlich-mathematischen Fächer) unter gleichzeitiger Auflassung der Forstlichen Hochschule Aschaffenburg und unter Neuregelung des forstlichen Versuchswesens;

b) eine Revision des Programms nebst Satzungen sowie des Lehrplans der Waldbauschulen.

Die zu unternehmenden Schritte lassen in zweifacher Hinsicht eine Begründung angezeigt erscheinen.

1. Hinsichtlich des Anlasses und der Notwendigkeit der geplanten organisatorischen Maßnahmen glaubt die Staatsregierung in Ergänzung der Erklärungen, die sie bei den erwähnten Landtagsverhandlungen abgegeben hat, nachstehendes erläuternd ausführen zu sollen, nämlich

zu a. Akademischer forstlicher Unterricht und forstliches Versuchswesen.

Nachdem der von der Staatsregierung im Herbste 1877 unter Vorlage einer umfassenden Denkschrift an den Landtag gestellte Antrag auf Verlegung des gesamten höheren forstlichen Unterrichts an die Universität München abgelehnt worden war, kam eine Vereinbarung dahin zustande, daß die grundlegenden Disziplinen, zunächst die forstlich-naturwissenschaftlichen und -mathematischen Fächer, in einem zweijährigen Studiengang an der Forstlehranstalt Aschaffenburg, dagegen die forstlichen Hauptfächer und die staatswissenschaftlichen Fächer in einem anschließenden, gleichfalls zweijährigen Studiengang an der Universität München zu lehren bezw. fortan von den sämtlichen Anwärtern des bayerischen Staatsforstverwaltungsdienstes zu hören und zu absolvieren seien. Zu diesem Zwecke wurden an der Universität München, an welcher damals nur eine forstliche Professur bestand, weitere 5 Lehrstühle für die forstlichen und die angewandten forstlich-naturwissenschaftlichen Fächer errichtet; und mit gleicher Anzahl von Lehrstühlen ist seitdem auch die forstliche Unterrichtsanstalt in Aschaffenburg ausgestattet.

Die Verteilung des Unterrichtsstoffs auf die beiden, in organisatorischer Hinsicht nicht gleichartigen Bildungsstätten erschwerte in hohem Grade den Unterrichtsbetrieb und erwies sich im Laufe der Zeit mehr und mehr als eine unzweckmäßige Einrichtung. Da in Aschaffenburg neben der geringen Zahl von Staatsdienstaspiranten zahlreichere Hospitanten ihre forstliche Ausbildung erstrebten, war es geboten im Interesse der letzteren auch forsttechnische Fächer, wenn auch nur in Form enzyklopädischer Vorlesungen, in den Lehrplan aufzunehmen; dies hatte zur Folge, daß mancher Studierende während der späteren Universitätsjahre den fraglichen schon einmal gehörten bezw. bereits absolvierten forsttechnischen Gegenständen nicht mehr die erforderliche Studienzeit zuwendete. An der Universität nahmen bisher viele Forstbeflissene — namentlich Nichtbayern und Ausländer — das forstliche Fachstudium auf, welche die erforderliche Ausbildung in den mathematischen, zunächst aber in den naturwissenschaftlichen Grunddisziplinen noch nicht erworben hatten; solche Studierende gründeten ihr Fachstudium an der Universität auf die angewandten naturwissenschaftlichen Fächer; diesen Fächern mußte deshalb eine unverhältnismäßig große

Ausdehnung gewährt werden; dies hatte zur weiteren Folge, daß an der Universität für die Ausbildung der Staatsdienstaspiranten zweifellos sehr wichtige volks- und rechtswissenschaftliche Fächer, wie z. B. praktische Nationalökonomie, Staats- und Verwaltungsrecht ꝛc., als obligatorische Studien- und Prüfungsfächer nicht bestimmt werden konnten. An der Universität ergaben sich aus der tatsächlichen Verteilung der forstlich-naturwissenschaftlichen Fächer auf die ganze Studienzeit der Forstkandidaten auch Schwierigkeiten hinsichtlich der Anberaumung der Unterrichts-Exkursionen und der praktischen Übungen usw. Die zur Behebung der vorstehend erörterten Unzukömmlichkeiten ins Auge gefaßte Vereinheitlichung des Unterrichts an der Universität erweist sich mehr und mehr als eine dringende, keinen weiteren Aufschub zulassende Maßnahme.

Daß zudem die Ausbildung der Anwärter für den bayerischen Forstverwaltungsdienst bei der gegenwärtigen Unterrichtseinrichtung (mit insgesamt 12 Professuren) einen unverhältnismäßig hohen Kostenaufwand verursacht, möchte in diesem Zusammenhange nicht unerwähnt gelassen werden.

Zu b. Forstlicher Unterricht an den Waldbauschulen.

Die Staatsregierung hat in Aussicht genommen, das Programm nebst Satzungen der seit 1888 bestehenden, damals ohne vorbildliche Schuleinrichtungen gleicher Art ins Leben gerufenen Waldbauschulen unter grundsätzlicher Festhaltung der organischen Einrichtung der Schulen sowie der Unterrichtsziele einer Überprüfung zu unterziehen; die hievon bedingten voraussichtlich nicht erheblichen Änderungen des Lehrplans sollen mit Beginn des nächsten Schuljahrs in Vollzug gesetzt und im Laufe der Finanzperiode vollständig durchgeführt werden.

2. Hinsichtlich der Kosten für die Durchführung der beabsichtigten Maßnahmen und des künftigen Gesamtaufwandes für den Unterricht möchte folgendes bemerkt werden.

Zu a. Akademischer forstlicher Unterricht und forstliches Versuchswesen.

Die Erweiterung des forstlichen Universitätsunterrichts mit der gleichzeitigen Neuregelung des Versuchswesens ist ausführbar ohne Vermehrung der bestehenden 6 forstlichen Lehrstühle (5 ordentliche Professuren und 1 außerordentliche Professur) und ohne Erstellung eines neuen Gebäudes für Hörsäle und Laboratorien zu den schon vorhandenen 2 Gebäuden der Versuchsanstalt. Erforderlich ist lediglich die Beschaffung weiterer Sammlungsräume durch Ausbau des Dachgeschosses im Hauptgebäude (Neubau) der Versuchsanstalt an der Amalienstraße mit dem landbauamtlich veranschlagten Kostenaufwande von 27,500 ℳ. Hiezu dürften weiter noch Kosten von etwa 2500 ℳ für Überführung einzelner Unterrichtssammlungen der Hochschule Aschaffenburg nach München sowie für Neuaufstellung ꝛc. der Sammlungen in den gewonnenen neuen Räumen erwachsen. Demgemäß ist im gegenwärtigen Etat der einmalige Bedarf von 30,000 ℳ — d. i. von 15,000 ℳ für ein Jahr — vorgesehen.

Da der geeignete Zeitpunkt für die Auflassung der Forstlichen Hochschule erst nach den erwähnten Bauvornahmen an der Versuchsanstalt und nach Entscheidung verschiedener noch schwebender Vorfragen festgesetzt werden kann, möchte der Staatsregierung zu überlassen sein, diejenigen im gegenwärtigen Etat für die Forstliche Hochschule in Aschaffenburg veranschlagten Geldmittel, die im Zeitpunkte der Auflassung der Anstalt noch nicht zur bestimmungsgemäßen Verwendung gelangt sein werden, soweit notwendig zur Verbesserung der einschlägigen dauernden Unterrichtseinrichtungen an der Universität zu benützen.

Zurzeit werden von den jährlichen Ausgaben für den akademischen forstlichen Unterricht auf den Forstetat 154,000 ℳ und auf den Universitätsetat 45,000 ℳ verrechnet; es beträgt somit die jährliche Gesamtausgabe 199,000 ℳ. Hieraus berechnet sich für jeden der alljährlich neuaufzunehmenden 15 Staatsdienstaspiranten eine Ausgabe von 3317 ℳ für ein Jahr und von rund 13,200 ℳ für die 4jährige Ausbildungszeit. Der künftige Aufwand für den einzurichtenden ungeteilten forstlichen Unterricht einschließlich der forstwissenschaftlichen Forschung wird den Gesamtaufwand für den bisherigen zweiteiligen Unterricht keinesfalls überschreiten, es dürfte vielmehr die beabsichtigte Neuordnung der Verhältnisse eine nicht unbeträchtliche dauernde Kostenersparung zur Folge haben.

Mit einer Mehrausgabe für den umfassenden Universitätsunterricht gegenüber dem jetzt als genügend zu erachtenden Aufwande dürfte — abgesehen von einem etwa durch äußere Verhältnisse bedingten und nicht voraussehbaren Anwachsen einzelner Aufwandskategorien — nur in dem Falle zu rechnen sein, daß sich mit einer erheblich zunehmenden Frequenz an Studierenden der Forstwissenschaft, insbesondere von Nichtbayern, die Erweiterung der Gebäulichkeiten der Forstlichen Versuchsanstalt jetziger Einrichtung als dringendes Bedürfnis erweisen würde.

Zu b. Forstlicher Unterricht an den Waldbauschulen.

Die beabsichtigte eventuelle Änderung des Lehrplans der Waldbauschulen dürfte vielleicht einen geringen Mehrbedarf für Aushilfeunterricht zur Folge haben. Dieser erhöhte Personalaufwand würde indes für die Finanzperiode 1910 und 1911 und dauernd einen Ausgleich dadurch finden, daß wenigstens eine der bestehenden 5 Schulen wegen Entbehrlichkeit für die Heranbildung der erforderlichen Anzahl von Dienstanwärtern im Laufe der Finanzperiode aufgelassen werden kann.

München, den 6. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 17.

Besondere Betriebe des Staates.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Einnahmen.	
2'753,292	49	1			**Hofbräuhaus München**	2'818,800
109,329	04	2			**Weingut in Unterfranken**	91,000
10,967	83	3			**Hoffischerei auf dem Chiemsee**	12'350
161,116	04	4			**Ertrag aus Mineralbädern**	161,000
445,876	82	5			**Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken**	1'056,600
205,487	48	6			**Ertrag der Fischereien, sonstigen Nutzungen und Rechte**	180,000
		7			**Entschädigung von der Militärverwaltung.**	
101,384	35		1		Für verpachtete Realitäten ꝛc. gemäß § 39 Ziff. 2 des Landtagsabschieds vom 28. April 1872	74,000
54,500	—		2		Für Benützung der zivilärarialischen Fohlenhofsobjekte gemäß § 29 des Landtagsabschieds vom 15. April 1875	54,500
155,884	35				Summe Kap. 7	128,500
3'841,954	05				**Summe der Einnahmen**	4'448,250

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
2'003,700	815,100	—	A S. 10/11
80,250	10,750	—	B S. 20/21
12,170	180	—	C S. 28/29
158,490	2,510	—	
425,000	631,600	—	
140,000	40,000	—	
74,000	—	—	
54,500	—	—	
128,500	—	—	
2'948,110	1'500,140	—	

Erläuterungen

Zu Kap. 1—7.

Solleinnahme	4'449,250 ℳ
Nachlässe	1,000 ℳ
Bruttoeinnahme	4'448,250 ℳ.

Zu Kap. 4 (Ertrag aus Mineralbädern).

Von dem veranschlagten Ertrag aus Mineralbädern treffen:
- a) 115,000 ℳ auf die Bäder Kissingen und Bocklet (einschließlich des Aktienbades),
- b) 30,000 ℳ auf das Bad Brückenau,
- c) 16,000 ℳ auf das Bad Steben.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Denkschrift Bezug genommen, die dem Landtage gesondert zugehen wird.

Zu Kap. 5 (Ertrag aus Gebäuden und Grundstücken).

Die Mehreinnahme ist durch die im Vollzuge des Art. 37 des Beamtengesetzes erfolgte Festsetzung der Mietentschädigungen für die Dienstwohnungen und Dienstzimmer der Staatsbeamten veranlaßt.

Zu Kap. 6 (Ertrag der Fischereien, sonstigen Nutzungen und Rechte).

Der Voranschlag ist im Anhalt an das Rechnungsergebnis des Jahres 1908 sowie unter Berücksichtigung der für die kommende Finanzperiode zu gewärtigenden Änderungen bemessen.

Zu Kap. 7 (Entschädigung von der Militärverwaltung).

Der Voranschlag entspricht dem Ansatz im Militäretat.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Ausgaben.	
1'871,869	76	1			**Hofbräuhaus München**	1'922,820
66,509	92	2			**Weingut in Unterfranken**	83,070
7,871	26	3			**Hoffischerei auf dem Chiemsee**	9,270
		4			**Auf die verpachteten und vermieteten Staatsrealitäten.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
5,341	48			1	Besoldungen der Beamten	7,280
—	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,550
—	—			3	Tagegelder und Reisekosten	—
5,341	48				Summe § 1	8,830
42,307	41		2		Sächliche und Betriebsausgaben . . . . Summe § 2 für sich.	50,000
			3		Lasten.	
42,251	13			1	Kreisumlagen	44,000
11,000	11			2	Distriktsumlagen	11,000
56,077	29			3	Gemeindeumlagen	35,000
126,321	83			4	Passivreichnisse	120,000
235,650	36				Summe § 3	210,000
			4		Ausgaben auf die Gebäude.	
51,171	41			1	Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	50,000
139,659	74			2	Für Gebäudeunterhaltung	145,000
—	—			3	Für Erweiterungs- und Neubauten	—
190,831	15				Summe § 4	195,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1'322,090	600,730	—	A S. 12/17	
68,510	14,560	—	B S. 20/25	
8,436	834	—	C S. 30/33	
7,580	—	300	D S. 39	Zu Kap. 4 § 1 Tit. 2 (Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen). Die Verrechnung der hier in Betracht kommenden Bezüge erfolgte bisher teils unter den Besoldungen teils unter den sächlichen und Betriebsausgaben, während sie sich ihrer Natur nach zur Verrechnung auf den Etat für Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen eignen.
—	1,550	—		
—	—	—		
7,580	1,550	300		
	1,250	—		Zu Kap. 4 § 2 (Sächliche und Betriebsausgaben). 7000 ℳ künftig wegfallend. Dieser Betrag ist für einmalige Instandsetzungsarbeiten am Ampermühlkanal und bei den Schleißheimer Kanälen erforderlich. Der Rest des Mehrbedarfs ist durch die Erhöhung der Löhne und Materialienpreise veranlaßt.
39,700	10,300	—		
35,000	9,000	—		Zu Kap. 4 § 3 (Lasten). Im allgemeinen im Anhalt an das Rechnungsergebnis des Jahres 1908 veranschlagt.
10,000	1,000	—		
20,000	15,000	—		
116,000	4,000	—		
181,000	29,000	—		
36,000	14,000	—		Zu Kap. 4 § 4 Tit. 1 (Brandversicherungsbeiträge ꝛc.). Im Anhalt an den Aufwand des Jahres 1908 veranschlagt.
145,000	—	—		Zu Kap. 4 § 4 Tit. 2 (für Gebäudeunterhaltung). Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. 45,000 ℳ künftig wegfallend. Dieses Postulat ist für verschiedene größere Bauvornahmen bestimmt, die sich einerseits nicht zur Einstellung in den Neubauetat eignen, anderseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse auch nicht aus dem ordentlichen Landbauunterhaltungsetat ihre Deckung finden können.
—	—	—		
181,000	14,000	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
1,329	88	4	5		Sonstige Ausgaben	1,500
					Summe § 5 für sich.	
190,831	15				Hiezu „ § 4	195,000
235,650	36				„ § 3	210,000
42,307	41				„ § 2	50,000
5,341	48				„ § 1	8,830
475,460	28				Summe Kap. 4	465,330
7,871	26				Hiezu „ „ 3	9,270
66,509	92				„ „ 2	83,070
1'871,869	76				„ „ 1	1'922,820
2'421,711	22				**Summe der Ausgaben** . . .	2'480,490
					Abgleichung zum Etat Nr. 17.	
3'841,954	05				**Einnahmen**	4'448,250
2'421,711	22				**Ausgaben**	2'480,490
1'420,242	83				**Reineinnahme** . . .	1'967,760

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1,500	—	—		
181,000	14,000	—		
181,000	29,000	—		
39,700	10,300	—		
7,580	1,250	—		
410,780	54,550	—		
8,436	834	—		
68,510	14,560	—		
1'322,090	600,730	—		
1'809,816 *)	670,674	—		
2'948,110	1'500,140	—		
1'809,816	670'674	—		
1'138,294	829,466	—		

*) 1'807,570 M ursprünglicher Budgetbetrag,
2,246 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
1'809,816 M Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen auf Rechnung des Etats der besonderen Betriebe des Staates vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 21,800 M
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . 7,600 M

Summe 29,400 M

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . 2'480,490 M

Summe der Ausgaben auf den Etat der besonderen Betriebe des Staates im ordentlichen Budget . . . . 2'509,890 M

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:
für Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziffer I d) 4'000,000 M oder für ein Jahr 2'000,000 M

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der besonderen Betriebe des Staates . . . . . . 4'509,890 M.

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Hofbräuhaus München.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
		1			**Aus dem Betriebe der Bierbrauerei.**	
2'479,904	46		1		Hauptprodukte	2'550,000
96,707	46		2		Nebenprodukte	100,000
51,343	81		3		Ertrag des Flaschenbiergeschäfts	38,000
2'627,955	73				Summe Kap. 1	2'688,000
		2			**Pacht- und sonstige Nutzungen.**	
114,047	20		1		Pachtschillinge und Mietzinse	119,800
11,289	56		2		Übrige Einnahmen	11,000
125,336	76				Summe Kap. 2	130,800
2'627,955	73				Hiezu " " 1	2'688,000
2'753,292	49				**Summe der Einnahmen**	2'818,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1'780,000	770,000	—		Im Anhalt an den Durchschnitt der letzten 2 Jahre veranschlagt.
66,000	34,000	—		
35,000	3,000	—		Mehr mit Rücksicht auf den erhöhten Bierabsatz.
1'881,000	807,000	—		
113,000	6,800	—		Mehr wegen Verpachtung der Kolportage im Hofbräuhaus am Platzl.
9,700	1,300	—		Nach dem Durchschnitte der letzten 3 Jahre.
122,700	8,100	—		
1'881,000	807,000	—		
2'003,700	815,100	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
36,038	—		1		Besoldungen der Beamten und Bediensteten	48,530
400	—		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen .	2,000
4,504	77		3		Tagegelder und Reisekosten	5,200
40,942	77				Summe Kap. 1	55,730
2,361	38	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	2,000
					Summe Kap. 2 für sich.	
772	98	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	800
					Summe Kap. 3 für sich.	
		4			**Betriebskosten.**	
133,923	60		1		Löhnungen des ständigen Betriebspersonals	132,000
9,048	82		2		Taglöhne	10,000
24,260	30		3		Für Fuhrwerk	30,000
932,269	19		4		Für Malz, Gerste und Hopfen	910,000
88,817	62		5		Für Brennholz und sonstiges Feuerungsmaterial	80,000
3,036	81		6		Für Nutz- und Werkholz	2,100
10,061	53		7		Für Pech	11,000
128,548	25		8		Für Gerätschaften und Requisiten	90,000
2,472	19		9		Für Wasserzinse und Wasserleitungsunterhaltung	6,000
91,006	16		10		Auf den Bierverschleiß	96,000
10,272	80		11		Sonstige Betriebsausgaben	6,000
1'433,717	27				Summe Kap. 4	1'373,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
36,330	12,200	—	D S. 36	Hierunter 5380 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
800	1,200	—		Mehr, da der seither unter den Löhnungen veranschlagte Bezug eines Aushilfsbediensteten nunmehr hier berücksichtigt ist.
5,200	—	—		
42,330	13,400	—		
1,700	300	—		
1,200	—	400		
122,000	10,000	—		Mehrbedarf wegen Erhöhung der Bezüge infolge Einführung des neuen Tarifvertrags.
9,000	1,000	—		Die seither hier verrechneten Bezüge eines Sekretärs (Expedienten), des Obermaschinisten und des Baupaliers sind nunmehr unter Kap. 1 § 1 veranschlagt.
40,000	—	10,000		
580,000	330,000	—		Mehr mit Rücksicht auf die erhöhte Biererzeugung.
72,000	8,000	—		
1,700	400	—		
8,000	3,000	—		Mehr wegen Vermehrung der Faßtage.
80,000	10,000	—		Hierunter 5000 M künftig wegfallend für Abänderung der Gerstenaufzüge in der Mälzerei.
6,000	—	—		
55,000	41,000	—		Mehrausgaben an Rückfrachtspesen für leere Fässer infolge Vermehrung der auswärtigen Kundschaft sowie wegen Gewährung von Absatz-Bonifikationen an dieselbe.
5,000	1,000	—		
978,700	404,400	10,000		
	394,400			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
300	—	5			**Unterstützungen**	1,000
					Summe Kap. 5 für sich.	
		6			**Versicherungsbeiträge.**	
2,067	12		1		Für Krankenversicherung	2,100
4,247	43		2		Für Unfallversicherung	6,300
904	38		3		Für Invalidenversicherung	1,000
7,218	93				Summe Kap. 6	9,400
		7			**Lasten.**	
235,793	58		1		Malzaufschlag	240,000
10,155	48		2		Kreisumlagen	11,000
34,620	95		3		Gemeindeumlagen	37,000
262	28		4		Passivreichnisse	260
—	—		5		Handelskammerbeiträge	530
280,832	29				Summe Kap. 7	288,790
		8			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
6,775	69		1		Für Brandversicherungsbeiträge, Kaminfehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung, Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	7,000
33,948	45		2		Für Gebäudeunterhaltung	35,000
—	—		3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
40,724	14				Summe Kap. 8	42,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1,000	—	—		
1,500	600	—		Mehr mit Rücksicht auf die Ausgaben des Jahres 1907/08.
5,100	1,200	—		
600	400	—		
7,200	2,200	—		
150,000	90,000	—		Mehr wegen erhöhten Malzabsuds.
8,200	2,800	—		Mehr mit Rücksicht auf die Ausgabe des Jahres 1907/08.
26,500	10,500	—		
260	—	—		
—	530	—		Zugang wegen Beitrags-Veranlagung des Hofbräuhauses zur Handels- und Gewerbekammer.
184,960	103,830	—		
7,000	—	—		
33,000	2,000	—		
—	—	—		
40,000	2,000	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		9			**Überweisungen an den Reservefonds.**	
50,000	—				a) Zur Ansammlung eines Reservefonds	50,000
15,000	—				b) Besondere Reserve für die infolge der beabsichtigten Einführung der kaufmännischen Buchführung bedingten Abschreibungen	100,000
65,000	—				Summe Kap. 9	150,000
40,724	14				Hiezu „ „ 8	42,000
280,832	29				„ „ 7	288,790
7,218	93				„ „ 6	9,400
300	—				„ „ 5	1,000
1'433,717	27				„ „ 4	1'373,100
772	98				„ „ 3	800
2,361	38				„ „ 2	2,000
40,942	77				„ „ 1	55,730
1'871,869	76				**Summe der Ausgaben** . . .	1'922,820
					Abgleichung.	
2'753,292	49				**Einnahmen**	2'818,800
1'871,869	76				**Ausgaben**	1'922,820
881,422	73				**Reineinnahme** . . .	895,980

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
50,000	—	—		
15,000	85,000	—		
65,000	85,000	—		
40,000	2,000	—		
184,960	108,830	—		
7,200	2,200	—		
1,000	—	—		
978,700	394,400	—		
1,200	—	400		
1,700	300	—		
42,330	13,400	—		
1,322,090*)	601,130	400		*) 1'321,170 M ursprünglicher Budgetbetrag, 920 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 1'322,090 M Summe wie neben.
	600,730			
2'003,700	815,100	—		
1'322,090	600,730	—		
681,610	214,370	—		

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Weingut in Unterfranken.

Wirklicher Anfall nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
105,931	89	1			Erlös aus dem Verkaufe von Wein	85,000
—	—	2			Erlös aus dem Verkaufe von Möften	1,000
—	—	3			Abfüllungs- und Versandgebühren	3,100
3,397	15	4			Übrige Einnahmen	1,900
109,329	04				Summe der Einnahmen	91,000
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
10,822	05		1		Besoldungen der Beamten	13,570*)
1,124	55		2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,500
719	65		3		Tagegelder und Reisekosten	750
12,666	25				Summe Kap. 1	15,820
1,007	12	2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume u. dergl.)	1,000
					Summe Kap. 2 für sich.	
206	62	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	200
					Summe Kap. 3 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
77,350	7,650	—		Die Einnahmen sind im allgemeinen unter Berücksichtigung des Materialbestandes veranschlagt. Die Mehreinnahme bei Kap. 3 hat ihren Grund darin, daß die Kellereigeschäfte, die bisher von dem Büttner auf eigene Rechnung besorgt wurden, künftig in Regiebetrieb übernommen werden sollen. Infolgedessen sind einerseits die Gebühren für Füllung, Verpackung, Faßzeug ꝛc. für die Staatskasse zu vereinnahmen, andererseits aber auch die hierauf erwachsenden Kosten vom Staate zu bestreiten.
1,000	—	—		
—	3,100	—		
1,900	—	—		
80,250	10,750	—		
11,890	1,680	—	D S. 37	*) Hierunter 490 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
1,080	420	—		Mehr wegen Erhöhung des Bezugs des Schreibgehilfen.
750	—	—		
13,720	2,100	—		
760	240	—		Im Anhalt an den Aufwand des Jahres 1908 veranschlagt.
200	—	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
		4			**Betriebskosten.**	
137	14		1		Aufsichtsgebühren für die Weinberge	140
30,703	34		2		Taglöhne der Weinbergsleute	33,500
10,835	13		3		Auf den Ankauf von Weinbergsmaterialien	12,500
29	20		4		Auf Herstellung und Unterhaltung der Weinbergswege und -Mauern	1,500
4,433	12		5		Kosten auf das Einheimsen der Erträgnisse (sog. Herbstkosten)	4,000
160	95		6		Auf die Einbringung und Verwertung von Möſten	300
1,837	74		7		Auf Kellerwirtschaft (Löhne der Büttnergehilfen, Kosten für Versandmaterial ꝛc.) sowie Unterhaltung der Keller, Anschaffung von Kellermaterialien, Kellerwerkzeuge und Unterhaltung der letzteren	6,170*)
179	44		8		Auf Beheizung, Beleuchtung und Reinigung	180
1,289	44		9		Fuhrlöhne	2,300
4	50		10		Auf die Abgabe von Wein- und Mostproben	50
778	65		11		Sonstige Ausgaben	230
50,388	65				Summe Kap. 4	60,870
		5			**Versicherungsbeiträge.**	
319	18		1		Für Krankenversicherung	400
250	91		2		Für Unfallversicherung	250
389	56		3		Für Invalidenversicherung	450
959	65				Summe Kap. 5	1,100
		6			**Lasten.**	
173	71		1		Kreisumlagen	180
46	—		2		Distriktsumlagen	50
484	36		3		Gemeindeumlagen	530
704	07				Summe Kap. 6	760

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
140	—	—		Die erhöhten Ansätze bei den Betriebskosten sind hauptsächlich durch die Erhöhung der Löhne und der Materialienpreise veranlaßt. Außerdem kommt — abgesehen von der Übernahme der Kellereigeschäfte in den Regiebetrieb — in Betracht, daß in den nächsten Jahren ein größeres Areal neu zu bepflanzen ist.
28,500	5,000	—		
12,000	500	—		
900	600	—		
3,500	500	—		
300	—	—		
2,200	3,970	—		*) Hievon 1170 ℳ für Anschaffung einer hydraulischen Presse künftig wegfallend.
100	80	—		
2,300	—	—		
50	—	—		
700	—	470		
50,690	10,650	470		
	10,180			
350	50	—		
150	100	—		
350	100	—		
850	250	—		
150	30	—		
50	—	—		
530	—	—		
730	30	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		7			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
94	96		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne und Wasserzinse . . .	120[1]
482	60		2		Für Gebäudeunterhaltung	2,100[2]
—	—		3		Erweiterungs- und Neubauten	—
577	56				Summe Kap. 7	2,220
—	—	8			**Übrige Ausgaben**	100
					Summe Kap. 8 für sich.	
—	—	9			**Reserve für unvorhergesehene Fälle**	1,000
					Summe Kap. 9 für sich.	
—	—				Hiezu " " 8	100
577	56				" " 7	2,220
704	07				" " 6	760
959	65				" " 5	1,100
50,388	65				" " 4	60,870
206	62				" " 3	200
1,007	12				" " 2	1,000
12,666	25				" " 1	15,820
66,509	92				**Summe der Ausgaben**	83,070
					Abgleichung.	
109,329	04				**Einnahmen**	91,000
66,509	92				**Ausgaben**	83,070
42,819	12				**Reineinnahme**	7,930

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
60	60	—		1) Durch die Wasserleitungseinrichtung in der Budelei erhöhen sich die Wasserzinse.
400	1,700	—		2) Hierunter 1500 ℳ künftig wegfallend für die Heizbarmachung des Gärkellers.
—	—	—		
460	1,760	—		
100	—	—		
1,000	—	—		
100	—	—		
460	1,760	—		
3	30	—		
850	250	—		
50,690	10,180	—		
200	—	—		
760	240	—		
13,720	2,100	—		
68,510*)	14,560	—		*) 67,510 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 1,000 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 68,510 ℳ Summe wie neben.
80,250	10,750	—		
68,510	14,560	—		
11,740	—	3,810		

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Hoffischerei auf dem Chiemsee.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
		1			**Erlös aus dem Regiebetriebe.**	
4,993	85		1		Für verkaufte Fische	6,400
312	50		2		Für Fischbrut und embryonierte Fischeier	300
5,306	35				Summe Kap. 1	6,700
		2			**Pacht- und sonstige Nutzungen.**	
3,418	—		1		Pachtschillinge für die Fischerei	3,420
1,016	—		2		Pachtschillinge für die Nutzung von Schilf und Geröhricht	1,000
1,105	08		3		Rekognitionen für Fischereirechte und sonstige Bewilligungen	1,100
122	40		4		Zufällige Einnahmen	130
5,661	48				Summe Kap. 2	5,650
5,306	35				Hiezu " " 1	6,700
10,967	83				**Summe der Einnahmen . . .**	12,350

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
6,400	—	—		
400	—	100		
6,800	—	100		
3,420	—	—		
1,000	—	—		
800	300	—		
150	—	20		
5,370	300	20		
	280			
6,800	—	100		
12,170	280	100		
	180			

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 ℳ	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
					Ausgaben.	
		1			**Persönliche Ausgaben.**	
2,520	—		1		Besoldungen der Beamten	3,530
1,130	—		2		Tagegelder und Reisekosten	1,130
3,650	—				Summe Kap. 1	4,660
203	13	2			**Sächliche Ausgaben**	340
					Summe Kap. 2 für sich.	
120	65	3			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	130
					Summe Kap. 3 für sich.	
		4			**Betriebskosten.**	
1,800	79		1		Fischfanggebühren	2,000
500	—		2		Für Anschaffung und Reparatur von Werkzeugen und Fischbehältern .	650
594	30		3		Auf Fischzucht	400
142	80		4		Sonstige Betriebsausgaben	200
3,037	89				Summe Kap. 4	3,250
		5			**Versicherungsbeiträge.**	
—	—		1		Für Krankenversicherung	—
73	31		2		Für Unfallversicherung	75
—	—		3		Für Invalidenversicherung	5
73	31				Summe Kap. 5	80

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2,846	684	—	D S. 38	
1,130	—	—		
3,976	684	—		
250	90	—		
130	—	—		
2,150	—	150		
400	250	—		
600	—	200		
200	—	—		
3,350	250	350		
		100		
—	—	—		
60	15	—		
5	—	—		
65	15	—		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
		6			**Lasten.**	
121	—		1		Kreisumlagen	125
120	84		2		Distriktsumlagen	125
55	03		3		Gemeindeumlagen	60
296	87				Summe Kap. 6	310
		7			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
42	36		1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminfehrerlöhne	50
447	05		2		Für Gebäudeunterhaltung	450
489	41				Summe Kap. 7	500
—	—	8			**Übrige Ausgaben**	—
					Summe Kap. 8 für sich.	
489	41				Hiezu " " 7	500
296	87				" " 6	310
73	31				" " 5	80
3,037	89				" " 4	3,250
120	65				" " 3	130
203	13				" " 2	340
3,650	—				" " 1	4,660
7,871	26				**Summe der Ausgaben**	9,270
					Abgleichung.	
10,967	83				**Einnahmen**	12,350
7,871	26				**Ausgaben**	9,270
3,096	57				**Reineinnahme** . . .	3,080

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
70	55	—		
80	45	—		
15	45	—		
165	145	—		
50	—	—		
450	—	—		
500	—	—		
—	—	—		
500	—	—		
165	145	—		
65	15	—		
3,350	—	100		
130	—	—		
250	90	—		
3,976	684	—		
8,436*	934 834	100		* 8110 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 326 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 8436 ℳ Summe wie neben.
12,170	180	—		
8,436	834	—		
3,734	—	654		

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als *persönliche* Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als *besondere* Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Etat der besonderen Betriebe des Staates.							
	A. Hofbräuhaus München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	6,500	9,000 [1]			[1]) Tantiemenaversum.
13	Inspektor	1	—	4,200	—			
14	Flaschenfüllereiverwalter .	1	—	3,000	—			
17	Sekretäre	5	1800 bis 2700	11,050	—			
17	Ökonomieverwalter	1	—	1,800	—			
17	Materialverwalter	1	—	1,800	—			
19	Obermaschinist	1	—	2,100	—			
21	Baupalier	1	—	1,800	—			
25	Diener	1	—	1,900	—			
	Summe a	13	—	34,150	9,000	5,380	48,530	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	13	—	34,150	9,000	5,380 [2]	48,530	[2]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							[3]) 2 Beamte mit 17,440 M Bedarf nach Anlage D, 8 Beamte mit 17,970 M Bedarf nach Anlage E, 10 Beamte mit 35,410 M Bedarf.
	Ursprünglicher Budgetbetrag	10 [3]					35,410 [3]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					920	[4]) Hievon treffen 920 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 400 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 2,080 M werden ausgeglichen durch den Mehranfall an Mietentschädigungen, 400 M durch den Wegfall eines Nebenbezugs. Der weitere Mehrbedarf zu 8,400 M hat seinen Grund darin, daß die Bezüge von 3 Beamten, die seither unter den Betriebskosten verrechnet waren, nunmehr hier veranschlagt sind.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909:	10					36,330	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr:	3					12,200 [4]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	B. Weingut in Unterfranken.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Weingutsinspektor	1	—	5,630				
22	Büttner	1	—	2,300				
25	Weinbergsgärtner	3	1500 bis 1800	5,150				
	Summe a	5	—	13,080	—	490	13,570	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	5		13,080	—	490[1]	13,570	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	5[2]					10,890[2]	[2]) 1 Beamter mit 4,470 ℳ Bedarf nach Anl. D, 4 Beamte mit 6,420 ℳ Bedarf nach Anl. E, 5 Beamte mit 10,890 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					1,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	5					11,890	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1,680[3]	[3]) Hievon treffen 1000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 380 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen. Weitere 300 ℳ werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1908 und 1909:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	C. Hoffischerei auf dem Chiemsee.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
25	Seewart	1	—	1,930				
30	Fischereigehilfe	1	—	1,600				
	Summe a	2	—	3,530	—	—	3,530	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	2	—	3,530	—	—	3,530	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2[1]					2,520[1]	[1]) Nach Anlage E.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					326	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2					2,846	
	Sohin							
	für 1910 und 1911 mehr	—					684[2]	[2]) Hievon treffen: 326 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 118 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen. Weitere 240 M werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	D. Auf die verpachteten und vermieteten Staatsrealitäten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
22	Flußmeister	1	—	1800				
30	Brunnwärter	2	1200 bis 1250	2435				
30	Wiesenwärter	2	1400 bis 1600	3000				
	Summe a	5		7235	—	45	7280	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	5		7235	—	45[1]	7280	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6[2]					7580[2]	[2]) Nach Anlage E.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					—	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909 . .	6					7580	
	Sohin für 1910 und 1911 weniger	1					300	Minderbedarf infolge Einzugs der Stelle eines Wiesenbaumeisters 2970 M, hievon ab der Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse zu 2640 M, 300 M Minderbedarf.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Zusammenstellung.							
	Summe A . . .	13		34,150	9,000	5,380	48,530	
	„ B . . .	5		13,080	—	490	13,570	
	„ C . . .	2		3,530	—	—	3,530	
	„ D . . .	5		7,235	—	45	7,280	
	Summe des Jahresvoranschlags für den Etat der besonderen Betriebe für 1910 und 1911	25		57,995	9,000	5,915	72,910	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	23					56,400	3 Beamte mit 21,910 ℳ Bedarf nach Anlage D, 20 Beamte mit 34,490 ℳ Bedarf nach Anlage E, 23 Beamte mit 56,400 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					2,246	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	23					58,646	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					14,264	

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 18.

Grundgefälle.

Inhaltsangabe.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
		1			Ältere Grundgefälle.	
220,591	54		1		Ständige nach Artikel 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848	200,000
614	08		2		Handlohnsfixa	100
221,205	62				Summe Kap. 1	200,100
4'689,557	94	2			Neuere Grundgefälle . . . . Summe Kap. 2 für sich.	4'600,000
4'910,763	56				**Summe der Einnahmen** . . .	4'800,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger
ℳ	ℳ	ℳ
218,000	—	18,000
300	—	300
218,300	—	18,200
5'030,000	—	430,000
5'248,300	—	448,200

Erläuterungen

	Zu Kap. 1 § 1.	§ 2.	Kap. 2.
Solleinnahme	210,100 ℳ	100 ℳ	4'990,000 ℳ
Nachlässe	10,000 ℳ	—	390,000 ℳ
Bruttoeinnahme	200,000 ℳ	100 ℳ	4'600,000 ℳ

Wie sich die Solleinnahme auf die einzelnen Regierungsbezirke verteilt, läßt die Anlage entnehmen, in der zugleich der Stand der Grundgefälle zur Grundrentenablösungskasse nachgewiesen ist.

Zu Kap. 1 § 1 und Kap. 2.

Die Einnahmen an älteren ständigen Grundgefällen (Kap. 1 § 1) und an neueren Grundgefällen (Kap. 2) sind im Anhalt an den rechnungsmäßigen Stand am Schlusse des Jahres 1908 sowie unter Berücksichtigung der mutmaßlichen Abgänge veranschlagt, die sich im Laufe der Jahre 1909, 1910 und 1911 infolge der Gefällsablösungen ergeben werden.

Nach Artikel 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ (Gef. u. VOBl. 1898 S. 26 und 1899 S. 1004) ist indes das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, an den jährlichen Bodenzinsleistungen zur Staats- und zur Ablösungskasse bedürftigen Pflichtigen auf Ansuchen in unverschuldeten Unglücksfällen oder bei unverhältnismäßig hoher Belastung des Grundbesitzes mit Bodenzinsen einen angemessenen Nachlaß zu gewähren. Des weiteren ist daselbst die Ermächtigung erteilt, Pflichtigen in Fällen, in welchen die begründete Vermutung besteht, daß die Höhe der Grundgefälle mit Rücksicht auf besonders verliehene, inzwischen aber in Wegfall gekommene oder wesentlich entwertete Rechte bemessen war, auf Ansuchen einen angemessenen Nachlaß zu gewähren. Endlich ist das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt, in allen Fällen mit den Grundgefällspflichtigen eine Ablösung auf einen geringeren Kapitalsbetrag zu vereinbaren. Die Summe der Nachlässe soll zur Staats- und zur Ablösungskasse zusammen den Betrag von 500,000 ℳ per Jahr in der Regel nicht übersteigen, wobei der in einem Jahr unverwendet gebliebene Betrag zur Verwendung in späteren Jahren übertragen werden darf.

Diese Bestimmungen haben durch § 15 Abs. 3 des Finanzgesetzes vom 20. August 1906 eine Änderung insofern erfahren, als hiedurch das Staatsministerium der Finanzen ermächtigt wurde, zur Fortsetzung der Grundentlastung durch Förderung der freiwilligen Ablösungen nach Art. 25 Abs. 2 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 und Art. 2 Ziff. II des Gesetzes vom 12. Dezember 1899 dem Gefällsablösungsfonds eine Summe bis zu 6'000,000 ℳ zu entnehmen und als Ersatz für die ausfallenden Zinsen sowie zur Wiederergänzung des Fonds von dem vorerwähnten Betrage von 500,000 ℳ während 35 Jahren jährlich eine Summe zu verwenden, die 5 % des entnommenen Kapitals entspricht.

Demgemäß ist von der ursprünglich für die Gewährung von Nachlässen bestimmten Summe von 500,000 ℳ der Teilbetrag von jährlich 300,000 ℳ zur Verzinsung und Tilgung des dem Gefällsablösungsfonds entnommenen Kapitals von 6'000,000 ℳ zu verwenden, so daß für die Gewährung von Nachlässen im Sinne des Art. 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ nur mehr die Summe von 200,000 ℳ per Jahr zur Verfügung steht.

Der Bedarf für die Verzinsung und Tilgung der Summe von 6'000,000 ℳ ist im vollen Betrage von 300,000 ℳ an der Einnahme zu Kap. 2 gekürzt, während der für die Gewährung von Nachlässen verfügbare Betrag von 200,000 ℳ zur Hälfte an der Einnahme zu Kap. 1 § 1 und Kap. 2 dieses Etats gekürzt, mit der anderen Hälfte aber bei dem Etat der Grundrentenablösungsschuld berücksichtigt wurde. Infolgedessen erscheint zu Kap. 1 § 1 der Betrag von . . . . 10,000 ℳ
und zu Kap. 2 der Betrag von . . . . 390,000 ℳ
sohin insgesamt der Betrag von . . . . 400,000 ℳ
in dem vorliegenden Etat an der Solleinnahme gekürzt und nur der Betrag von 200,000 ℳ und bezw. 4'600,000 ℳ als Bruttoeinnahme ausgewiesen.

Nach dem Stande am Schlusse des Jahres 1908 betrugen:

a) das Vermögen des durch Art. 11 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 gegründeten Bodenzinsamortisationsfonds . . . . 24'107,343 ℳ,
b) die Bodenzinskapitalien zur Staatskasse . . . . 152'641,376 ℳ,
c) die Summe der bei der Zentralstaatskasse angesammelten und verzinslich angelegten Ablösungsschillinge von Grundgefällen zur Staatskasse . . . . 22'241,440 ℳ,

wozu noch anderweitige Guthaben im Gesamtbetrage von . . . . 10'818,324 ℳ kommen.

Zu Kap. 1 § 2.

An Handlohnsfixen werden nach den Anzeigen der Regierungen am Schlusse des Jahres 1909 nur noch etwa . . . . 950 ℳ
bestehen, wovon nach der Veranschlagung der Regierungsfinanzkammern in den Jahren 1910 und 1911 ungefähr . . . . 200 ℳ
oder für ein Jahr der Finanzperiode — wie im Etat ausgewiesen — . . . . 100 ℳ
zum Anfall kommen werden.

Der voraussichtlich am Schlusse des Jahres 1911 verbleibende Restbestand an Handlohnsfixen ist in der Anlage — ausgeschieden für die einzelnen Regierungsbezirke — nachgewiesen.

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
—	—	1			**Persönliche Ausgaben**	—
					Summe Kap. 1 für sich.	
5,494	67	2			**Sächliche Ausgaben**	6,400
					Summe Kap. 2 für sich.	
		3			**Auflagen und Lasten auf die Grundgefälle.**	
12,954	04		1		Steuerbeiträge nach dem Gesetze vom 28. März 1852	12,000
48,000	—		2		Entschädigung der Standesherrn wegen eingezogener Renten	48,000
627	32		3		Ständige Reichnisse an vormalige Lehenschultheißen	590
61,581	36				Summe Kap. 3	60,590
1'468,000	—	4			**Zuschuß an den Fonds zur Tilgung der Bodenzinse** gemäß Artikel 11 Abs. 3 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 in der Fassung des Gesetzes vom 16. August 1908	1'403,210
					Summe Kap. 4 für sich.	
61,581	36				Hiezu " " 3	60,590
5,494	67				" " 2	6,400
—	—				" " 1	—
1,535,076	03				**Summe der Ausgaben** . . .	1'470,200
					Abgleichung zum Etat Nr. 18.	
4'910,763	56				**Einnahmen**	4'800,100
1'535,076	03				**Ausgaben**	1'470,200
3'375,687	53				**Reineinnahme** . . .	3'329,900

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
—	—	—	
6,400	—	—	
13,300	—	1,300	
48,000	—	—	
500	90	—	Zu Kap. 3 § 3. Nach der durchschnittlichen Ausgabe der letzten drei Jahre veranschlagt.
61,800	90	1,300	
		1,210	
1'468,000	—	64,790	Zu Kap. 4. Nach dem Gesetze vom 16. August 1908, die Fortsetzung der Grundentlastung betr., (Ges.- u. VOBl. S. 521/22) ist der Amortisationsfonds, beginnend mit dem Jahre 1908, durch jährliche Zuschüsse von gleicher Höhe so zu verstärken, daß er bei Zugrundelegung eines 3½ proz. Zinsfußes mit Schluß des Jahres 1940 die Höhe der Bodenzinskapitalien erreicht. Zur Verwirklichung dieser Absicht bedarf es des ausgewiesenen Zuschusses von jährlich 1'403,210 M.
61,800	—	1,210	
6,400	—	—	
—	—	—	
1'536,200*	—	66,000	* 68,200 M ursprünglicher Budgetbetrag, 1'468,000 M Zugang vom Etat Nr. 33, 1'536,200 M Summe wie neben.
5'248,300	—	448,200	
1'536,200	—	66,000	
3'712,100	—	382,200	

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Nachweisung

des

Standes der Grundgefälle

unter Ausscheidung auf die einzelnen Regierungsbezirke.

Regierungsbezirk	A. Grundgefälle zur Staatskasse: Jährliche Solleinnahme für 1910 und 1911, Kap. 1 Ältere Grundgefälle, § 1. Ständige nach Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848	A. Kap. 1, § 2. Handlohnsfixa	A. Kap. 2. Neuere Grundgefälle	A. Voraussichtlicher Restbestand an Handlohnsfixen am Schlusse des Jahres 1911	B. Grundgefälle zur Grundrentenablösungskasse: Jährliche Solleinnahme an Bodenzinsen für 1910 und 1911	B. Voraussichtlicher Restbestand an Handlohnsäquivalenten am Schlusse des Jahres 1911
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Oberbayern	28,000	—	716,000	—	615,000	—
Niederbayern	55,300	—	700,000	—	800,000	—
Pfalz	—	—	—	—	—	—
Oberpfalz	32,500	—	570,000	—	545,000	—
Oberfranken	26,400	50	608,000	650	485,000	2,340
Mittelfranken	32,300	50	816,000	100	645,000	80
Unterfranken	7,000	—	860,000	—	560,000	280
Schwaben	28,500	—	720,000	—	575,000	—
Summe	210,000	100	4'990,000	750	4'225,000	2,700

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 19.

Leistungen der Pfälzischen Eisenbahnen.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
421,090	07				**Einnahmen**	—
—	—				**Ausgaben**	—
421,090	07				**Reineinnahme** . .	—

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
360,000	—	360,000	
—	—	—	
360,000	—	360,000	

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 20.

Überweisungen seitens des Reichs

und

Ausgaben für Reichszwecke.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
					Einnahmen.	
12'762,406	*) 40	1			**Anteil an der Reineinnahme aus der Branntweinsteuer** gemäß § 5 Abs. 3 des Gesetzes, betreffend Änderungen im Finanzwesen, vom 15. Juli 1909 (Reichsgesetzblatt S. 743)	21'001,300
8'298,411	*) 15	2			**Anteil am Ertrage der Reichsstempelabgaben** gemäß § 82 des Reichsstempelgesetzes (Reichsgesetzblatt 1906 S. 695)	—
21'060,817	55				**Summe der Einnahmen** . . .	21'001,300

*) Die hier bei Kap. 1 u. 2 der Einnahmen u. Kap. 1 der Ausgaben vorgetragenen Ziffern verstehen sich für die Zeit vom 1. April 1908 bis einschl. 31. März 1909.

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
12'567,460	8'433,840	—	**Zu Kapitel 1.** Infolge des Branntweinsteuergesetzes vom 15. Juli 1909 (Reichsgesetzblatt S. 661 ff.) wird sich die Reineinnahme aus der Besteuerung des Branntweins voraussichtlich um jährlich etwa 80 Millionen Mark erhöhen, so daß angenommen werden darf, daß die gesamte den Bundesstaaten zu überweisende Reineinnahme aus dieser Steuer den Betrag von 195'178,250 M, wie er nach dem Reichshaushaltsetat für 1909 für Überweisungen an die Bundesstaaten vorgesehen ist, erreichen wird. Aus dieser Summe trifft auf Bayern ein Betrag von 21'001,299 M 71 ₰ oder rund 21'001,300 M.
8'493,340	—	8'493,340	**Zu Kapitel 2.** Die Überweisungen der Reichsstempelabgaben kommen nach § 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1909, betreffend Änderungen im Finanzwesen, (Reichsgesetzblatt S. 743) vom 1. April 1909 an in Wegfall.
21'060,800	8'433,840	8'493,340	
		59,500	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Ausgaben.	
		1			**Leistungen an das Reich.**	
22'217,213	*) —		1		Matrikularbeiträge	24'673'112
11'249,406	*) —		2		Ausgleichungsbeträge	20'380,813
32,280	43				Rückersatz des im Jahre 1901 seitens des Reichs an Bayern zu viel überwiesenen Anteils an dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer.	
33'498,899	43				Summe Kap. 1	45'053,925

*) Vgl. die Bemerkung bei den Einnahmen.

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
22'217,213	2'455,899	—	Zu Kap. 1 § 1.
14'440,098	5'940,715	—	Zu Kap. 1 § 2.
36'657,311	8'396,614	—	

Zu Kap. 1 § 1.

Eine Grenze, bis zu welcher die Bundesstaaten mit ungedeckten Matrikularbeiträgen herangezogen werden können, besteht zwar nicht. Bei dem Anschlage wurde jedoch davon ausgegangen, daß die vom Reiche zu erhebenden ungedeckten Matrikularbeiträge den Betrag von 80 ₰ auf den Kopf der Bevölkerung nicht überschreiten werden. Der Gesamtbetrag der Matrikularbeiträge würde sich sonach auf 243'691,272 ℳ beziffern, wovon auf Bayern 24'673,112 ℳ treffen würden.

Zu Kap. 1 § 2.

Die Ausgleichungsbeträge setzen sich wie folgt zusammen:

1. Für die Brausteuer:

Die Reineinnahme an Brausteuer und Übergangsabgabe von Bier für die Reichskasse aus den bisher zur Brausteuergemeinschaft gehörigen Staaten nach dem Gesetze vom 15. Juli 1909 wegen Änderung des Brausteuergesetzes (Reichsgesetzblatt S. 695 ff.) ist veranschlagt auf jährlich 134'151,862 ℳ. Der von Bayern zu entrichtende Ausgleichungsbetrag berechnet sich hieraus auf 18'238,528 ℳ. Da aber nach Art. VII Abs. 2 dieses Gesetzes von Bayern für das Reichs-Rechnungsjahr 1909 keinesfalls ein höherer Ausgleichungsbetrag zu zahlen ist, als er sich nach der Einnahme für das Reichs-Rechnungsjahr 1908 ergeben würde, so ist für das I. Quartal des bayerischen Rechnungsjahrs 1910 der von Bayern zu zahlende Ausgleichungsbetrag höchstens aus einer Reineinnahme von 51'056,876 ℳ auf jährlich 6'941,404 ℳ zu berechnen. Hienach ergibt sich

für 1910 ein Ausgleichungsbetrag von	15'414,247 ℳ
„ 1911 „ „ „	18'238,528 ℳ
Summe	33'652,775 ℳ
somit für ein Jahr der Finanzperiode ein Ausgleichungsbetrag von .	16'826,388 ℳ.

2. Für den Überschuß der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung:

Von der Reichsverwaltung wurden die Einnahmen und Ausgaben der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung für die Jahre 1910 und 1911 wie folgt veranschlagt (Drucksachen des Reichstags I. Session 1907/09 Nr. 1436 S. 107 und 110):

	1910	1911
Einnahmen	711,0 Millionen ℳ,	753,7 Millionen ℳ
Ausgaben	638,5 „ ℳ,	672,3 „ ℳ
Die Ausgaben mehren sich aber infolge des Besoldungsgesetzes vom 15. Juli 1909 (Reichsgesetzblatt S. 573) voraussichtlich um .	59,3 „ ℳ,	62,8 „ ℳ
Summe der Ausgaben	697,8 Millionen ℳ,	735,1 Millionen ℳ
verbleibt somit ein Überschuß von	13,2 Millionen ℳ,	18,6 Millionen ℳ.
Der bayerische Ausgleichungsbetrag berechnet sich hieraus auf	1,66 „ ℳ,	2,34 „ ℳ

somit für ein Jahr der Finanzperiode auf durchschnittlich 2 Millionen ℳ.

Vorsorglich wird der Ausgleichungsbetrag mit 2½ Millionen ℳ in Anschlag gebracht.

3. Für die eigenen Einnahmen der Verwaltung des Reichsheers:

Der im Reichshaushalts-Etats für das Rechnungsjahr 1909 angesetzte Ausgleichungsbetrag von 1'054,425 ℳ kann auch für die Rechnungsjahre 1910 und 1911 zugrunde gelegt werden.

4. Zusammenstellung der Ausgleichungsbeträge:

16'826,388 ℳ	für die Brausteuer,
2'500,000 ℳ	für den Überschuß der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung,
1'054,425 ℳ	für die eigenen Einnahmen der Verwaltung des Reichsheers,
Summe 20'380,813 ℳ.	

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
185	41	2			**Kosten der Reichstagswahlen**	1,600
		3			**Kosten der Vertretung im Bundesrate.**	
			1		Persönliche Ausgaben.	
13,770	—			1	Besoldungen der Beamten	21,000
—	—			2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
24,974	30			3	Tagegelder und Reisekosten der Bundesratsbevollmächtigten . . .	26,000
38,744	30				Summe § 1	47,000
700	—		2		Sächliche Ausgaben (Regieaversum des ständigen Bundesratsbevollmächtigten)	700
700	—				Summe § 2	700
38,744	30				Hiezu „ § 1	47,000
39,444	30				Summe Kap. 3	47,700
185	41				Hiezu „ „ 2	1'600
33'498,899	43				„ „ „ 1	45'053,925
33'538,529	14				**Summe der Ausgaben (Etat Nr. 20)**	45'103,225

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
1'600	—	—	
14,775	6,225	—	Zu Kap. 3 § 1 Tit. 1. 12,000 ℳ Gehalt eines Ministerialdirektors, 9,000 ℳ Dienstaufwandsentschädigung.
—	—	—	
26,000	—	—	
40,775	6,225	—	
700	—	—	
700	—	—	
40,775	6,225	—	
41,475	6,225	—	
1,600	—	—	
36'657,311	8'396,614	—	
36'700,386*)	8'402,839	—	*) 36'699,381 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 1,005 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 36'700,386 ℳ Summe wie neben.

München, den 9. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 21.

Übrige Einnahmen

und

übrige Verwaltungsausgaben.

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
					Einnahmen.	
994,698	28	1			**Zinsen aus Staatsgüter-Kaufschillingen und Aktivkapitalien des Staates** Summe Kap. 1 für sich.	1'200,000
		2			**Renten aus Staats- und anderen Verträgen.**	
148,738	85		1		Kontiguitätsentschädigung von der Krone Österreich	148,000
53,150	—		2		Leistung der Bayerischen Notenbank	53,150
201,888	85				Summe Kap. 2	201,150
		3			**Besondere Abgaben.**	
61,364	98		1		Grubenfeldabgaben vom Bergbau	63,000
4,337	02		2		Baukostenbeiträge der Geistlichen, Kirchengefälle und dergl.	4,600
1,712	54		3		Abgaben von geistlichen Pfründen	1,700
63,351	05		4		Sonstige Abgaben (Brückengelder, Schleusengelder, Gebühren für Abhaltung von Messen, Jahrmärkten ꝛc., Anerkennungsgebühren für besondere Bewilligungen und Zugeständnisse und dergleichen)	63,000
130,765	59				Summe Kap. 3	132,300

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
			Zu Kap. 1, 2, 4—8. Ohne Nachlässe. **Zu Kap. 3.** Solleinnahme . . . . 133,300 M, Nachlässe . . . . 1,000 M, Bruttoeinnahme 132,300 M.
900,000	300,000	—	**Zu Kap. 1 (Zinsen aus Staatsgüterkaufschillingen ꝛc.).** Die Zinsen sind nach dem voraussichtlichen Kapitalienstande veranschlagt und hiebei zugleich die Raten-, Fristen- und Verzugszinsen nach dem durchschnittlichen Anfalle der Jahre 1906, 1907 und 1908 berücksichtigt.
148,000	—	—	**Zu Kap. 2 § 1 (Kontiguitätsentschädigung von der Krone Österreich).** Dem Voranschlage liegt der durchschnittliche Reinertrag der letzten drei Jahre zu Grunde.
53,150	—	—	**Zu Kap. 2 § 2 (Leistung der Bayerischen Notenbank).** Nach Vertrag vom 9. Dezember 1899 hat die Bayerische Staatsregierung die ihr nach § 47 des Reichsbankgesetzes vom 14. März 1875 zustehende Befugnis zur Ausgabe von Banknoten auch fernerhin der Bayerischen Notenbank übertragen, wie dies schon seit dem Jahre 1876 der Fall war. Dagegen machte sich die Bank verbindlich, auf die Dauer des Fortbestandes dieses Rechtes aus dem den $4^1/_2$prozentigen Aktienzins aus einem einbezahlten Grundkapital von 7'500,000 M dann die gesetzliche Rücklage zum Reservefonds übersteigenden Reingewinn den festen Betrag von 53,150 M an die Staatskasse zu leisten.
201,150	—	—	
58,000	5,000	—	**Zu Kap. 3 (Besondere Abgaben).** Die besonderen Abgaben sind im allgemeinen nach dem derzeitigen Stande veranschlagt. Der Beitrag der Universität Würzburg für das dortige Alte Gymnasium zu 12,000 M, der bisher unter § 2 veranschlagt war, wurde seiner Natur entsprechend auf § 4 übertragen.
16,300	—	11,700	
2,000	—	300	
50,000	13,000	—	
126,300	18,000	12,000	
	6,000		

Wirkliche Einnahme nach der Rechnung für 1908 M	₰	Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 M
440,736	42	4			**Vergütungen für die Besorgung von Nebengeschäften durch die Rentämter**	440,000
					Summe Kap. 4 für sich.	
539,923	65	5			**Zustell-, Mahn- und Vollstreckungsgebühren der Rentämter**	540,000
					Summe Kap. 5 für sich.	
—	—	6			**Messungsgebühren und Messungsämter**	975,000
					Summe Kap. 6 für sich.	
381,918	71	7			**Eigene Einnahmen der Militärverwaltung aus dem Verkaufe von entbehrlichen und unbrauchbaren Gegenständen**	342,150
					Summe Kap. 7 für sich.	
		8			**Gemischte Einnahmen.**	
14,210	57		1		Erlöse aus Einrichtungsgegenständen, Drucksachen, Akten und dergl. . .	15,000
41,444	16		2		Aus Vermächtnissen und herrenlosen Gegenständen	15,000
—	—		3		Aus der Perlenfischerei	—
267,745	19		4		Sonstige Einnahmen	35,000
323,399	92				Summe Kap. 8 . . .	65,000
381,918	71				Hiezu " " 7 . . .	342,150
—	—				" " 6 . . .	975,000
539,923	65				" " 5 . . .	540,000
440,736	42				" " 4 . . .	440,000
130,765	59				" " 3 . . .	132,300
201,888	85				" " 2 . . .	201,150
994,698	28				" " 1 . . .	1'200,000
3'013,331	42				**Summe der Einnahmen** . . .	3'895,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
409,000	31,000	—	**Zu Kap. 4 und 5 (Vergütungen für die Besorgung von Nebengeschäften durch die Rentämter, Zustell-, Mahn- und Vollstreckungsgebühren).** Im Anhalt an das Rechnungsergebnis des Jahres 1908 veranschlagt.
517,000	23,000	—	
—	975,000	—	**Zu Kap. 6 (Messungsgebühren).** Die Messungsgebühren kommen infolge der Neuorganisation des Messungsdienstes mit dem für die kommende Finanzperiode zu gewärtigenden Erträgnisse hier in Zugang.
342,150	—	—	**Zu Kap. 7 (Eigene Einnahmen der Militärverwaltung).** Der Voranschlag entspricht der in dem Militäretat ausgewiesenen Einnahme.
17,000	—	2,000	**Zu Kap. 8 (Gemischte Einnahmen).** Dem Voranschlage liegt im allgemeinen der durchschnittliche Einnahmsanfall der letzten Jahre zu Grunde.
5,000	10,000	—	Die Minderung zu § 4 erklärt sich dadurch, daß die Zinsen aus den Betriebsvorschüssen der Landwirtschaftsbank, der Zentraldarlehenskasse und der Zentralhandwerkergenossenschaft nunmehr unter den Zinsen aus den Aktivkapitalien des Staates (Kap. 1) veranschlagt sind.
—	—	—	
200,000	—	165,000	
222,000	10,000	167,000	
		157,000	
342,150	—	—	
—	975,000	—	
517,000	23,000	—	
409,000	31,000	—	
126,300	6,000	—	
201,150	—	—	
900,000	300,000	—	
2'717,600	1'335,000	157,000	
	1'178,000		

Wirkliche Ausgabe nach der Rechnung für 1908		Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
ℳ	₰					ℳ
					Ausgaben.	
2,441	01	1			Persönliche Ausgaben	3,000
3,016	87	2			Sächliche Ausgaben	2,000
778	34	3			Sonstige Ausgaben	1,000
6,236	22				Summe der Ausgaben	6,000
					Abgleichung zum Etat Nr. 21.	
3'013'331	42				Einnahmen	3'895,600
6,236	22				Ausgaben	6,000
3'007,095	20				Reineinnahme	3'889,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
			Die Ausgaben sind nach dem voraussichtlichen Bedarfe veranschlagt.
3,210	—	210	
1,700	300	—	
3,400	—	2,400	
8,310	300	2,610	
		2,310	
2'717,600	1'178,000	—	
8,310	—	2,310	
2'709,290	1'180,310	—	

München, den 12. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 22.

K. Haus und Hof.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
1			**Permanente Zivilliste Seiner Majestät des Königs**	4'231,044
			Summe Kap. 1 für sich.	
2			**Aufwand für die Reichsverwesung nach Tit. II § 20 der Verfassungsurkunde.**	
	1		Aversalbeitrag zu den Kosten des Unterhaltes Seiner Königlichen Hoheit des Reichsverwesers	100,000
	2		Zur eigenen Verfügung Allerhöchstdesselben	342,857
			Summe Kap. 2	442,857
3			**Apanagen.**	
	1		Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Luitpold	171,429
	2		Ihrer Königlichen Hoheiten der Prinzen Ludwig Ferdinand und Alfons von Bayern .	171,429
	3		Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Karl in Bayern	385,716
			Summa Kap. 3	728,574
			„ „ 2	442,857
			„ „ 1	4'231,044
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 22)	5'402,475

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
4'231,044	—	—	
100,000	—	—	
342,857	—	—	
442,857	—	—	
171,429	—	—	
171,429	—	—	
385,716	—	—	
728,574	—	—	
442,857	—	—	
4'231,044	—	—	
5'402,475	—	—	

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 23.

Staatsschuld.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			A. Gemeinsamer Aufwand für die Verwaltung der Staatsschuld.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
			a. Direktion.	
		1	Besoldungen der Beamten	82,460[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	450
		3	Tagegelder und Reisekosten	210
			Summe a	83,120
			b. Hauptkasse der Staatsschuldenverwaltung.	
		1	Besoldungen der Beamten	214,730[2]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
			Summe b	214,730
			Hiezu „ a	83,120
			Summe § 1	297,850
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	
			a. Direktion	13,400
			b. Hauptkasse	15,740
			Summe § 2	29,140
	3		Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	400
			Summe § 3 für sich.	
	4		Umzugskosten	—
			Summe § 4 für sich.	
	5		Unterstützungen	5,300
			Summe § 5 für sich.	
	6		Lasten.	
		1	Kreisumlagen	380
		2	Gemeindeumlagen	125
			Summe § 6	505

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
74,100	8,360	—	A S. 22	1) Hierunter 760 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
600	—	150		
210	—	—		
74,910	8,360	150		
	8,210			
249,430	—	34,700	A S. 23	2) Hierunter 92,350 M Besoldungen, 6,480 M persönliche und besondere Zulagen, im ganzen 98,830 M künftig wegfallend.
—	—	—		
249,430	—	34,700		
74,910	8,210	—		
324,340	8,210	34,700		
		26,490		
13,400	—	—		
15,740	—	—		
29,140	—	—		
400	—	—		
—	—	—		
5,300	—	—		
340	40	—		Zu § 6. Nach dem Anfalle des Jahres 1908 bemessen.
—	125	—		
340	165	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
	7		Ausgaben auf die Gebäude.	
		1	Brandversicherungsbeiträge, Kaminfehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung des Gebäudes bei festlichen Gelegenheiten	3,000
		2	Für Gebäudeunterhaltung	9,000
		3	Für Erweiterungs- und Neubauten	—
			Summe § 7	12,000
	8		Übrige Ausgaben	380
			Summe § 8 für sich.	
			Hiezu " " 7 . . .	12,000
			" " 6 . . .	505
			" " 5 . . .	5,300
			" " 4 . . .	—
			" " 3 . . .	400
			" " 2 . . .	29,140
			" " 1 . . .	297,850
			Summe A . . .	345,575
			Hievon ab die eigenen Einnahmen, und zwar:	
			1. Mietentschädigungen und Mietzinse	1,980
			2. Sonstige Einnahmen	450*
			Summe der Einnahmen . . .	2,430
			Rest des gemeinsamen Aufwandes für die Verwaltung der Staatsschuld .	343,145
			Hievon treffen:	
			a) auf den Etat der allgemeinen Staatsschuld (14,03%) .	48,145
			b) " " " " Eisenbahnschuld (80,25%) .	275,375
			c) " " " " Grundrentenschuld (4,51%) .	15,475
			d) " " " " Kulturrentenschuld (1,21%) .	4,150
			Summe wie oben (100%) .	343,145

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
3,220	—	220		Zu § 7 Tit. 2. Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
9,000	—	—		
—	—	—		
12,220	—	220		Zu § 8. Nach dem durchschnittlichen Anfalle der letzten drei Jahre veranschlagt.
270	110	—		
12,220	—	220		
340	165	—		
5,300	—	—		
—	—	—		
400	—	—		
29,140	—	—		
324,340	—	26,490		
372,010	275	26,710		
		26,435		
1,200	780	—		
390	60	—		* Nach dem durchschnittlichen Anfalle der letzten drei Jahre veranschlagt.
1,590	840	—		
370,420	—	27,275		
85,820	—	37,675		Der Stand der verzinslichen Schuld war am 1. Juli 1909 folgender: Allgemeine Staatsschuld . . . . . 322'686,523 ℳ, Eisenbahnschuld . . . . 1'845'805,300 ℳ, Grundrentenschuld . . . . 103'694,700 ℳ, Landeskultur-Rentenschuld . . . . 27'792,700 ℳ, zusammen 2'299'979,223 ℳ. Hieraus berechnet sich das nebige Prozentverhältnis.
244,130	31,245	—		
31,315	—	15,840		
9,155	—	5,005		
370,420	31,245	58,520		
		27,275		

Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			B. Aufwand für die einzelnen Schuldgattungen.	
			Ziffer I. Etat der allgemeinen Staatsschuld.	
1			**Verwaltungskosten.**	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	48,145
			Summe a für sich.	
			b. **Besonderer Aufwand.**	
	1		Verlosungskosten	600
	2		Kosten für die Anfertigung neuer Schuldverschreibungen und Zinsscheine, für die Ausgabe neuer Zinsscheinbogen und für die Begebung von Schatzanweisungen, dann für die Herstellung von Schuldkatastern ꝛc.	7,000
	3		Sonstige Ausgaben	100
			Summe b	7,700
			Hiezu " a	48,145
			Summe Kap. 1	55,845
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	1,070**
			Rest zu Kap. 1	54,775
2			**Aufwand für Verzinsung und Tilgung.**	
	1		Für Verzinsung der Schuld.	
		1	Laufende Zinsen . . . . 13'295,265 ℳ	
			Hievon werden gedeckt durch die Zinsvergütungen: a) der Post- und Telegraphenverwaltung . . . . . . 645,418 ℳ b) des Staatsministeriums des Innern . . . . 418,600 ℳ zusammen ab 1'064,018 ℳ	
			Verbleiben zu Lasten des Etats der Staatsschuld . . . 12'231,247 ℳ =	12'231,250
		2	Hinausvergütete Depositalzinsen	500
			Summe § 1	12'231,750
			Hievon ab die Einnahmen, und zwar: 1. die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien . 900 ℳ 2. die übrigen Aktivzinsen . . . . 7,700 ℳ zusammen	8,600
			Rest des Aufwandes für Verzinsung, zugleich Rest von Summe § 1	12'223,150

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
85,820*	—	37,675	
5,000	2,600	—	
230	—	130	
5,230	2,470	—	
85,820	—	37,675	
91,050	—	35,205	
4,500	—	3,430	
86,550	—	31,775	
10'964,180	1'267,070	—	B S. 30-37
500	—	—	
10'964,680	1'267,070	—	
8,500	100	—	
10'956,180	1'266,970	—	

Erläuterungen

* Anteil an den gemeinsamen Ausgaben für die Kommission . . . 13,950 ℳ,
persönliche und sächliche Ausgaben der Staatsschuldentilgungs-Hauptkasse . . . . 65,870 ℳ,
Zugang vom Etat Nr. 34 . . . . 6,000 ℳ,
Summe wie neben 85,820 ℳ.

Zu § 1.

Bedarf für die Kosten der Bekanntmachungen über die unerhobenen Kapitalien pro Jahr rund . . . . 6,000 ℳ.

Zu § 2.

Bedarf für die Kosten der Herstellung und Begebung von Schatzanweisungen, für ein Jahr rund . . . . 1,000 ℳ,
Bedarf für
Herstellung neuer Schuldverschreibungen und Kataster des 4prozentigen Allgemeinen Anlehens, Herstellung und Emission neuer Zinsscheine für die 3½prozentige Stiftungsschuld, Herstellung neuer Zinsbelierungsregister für nahezu das gesamte Allgemeine Anlehen, endlich für Beschaffung eines Papiervorrats zu neuen Schuldverschreibungen und Zinsscheinen, zusammen 12,000 ℳ, sohin für ein Jahr . . 6,000 ℳ,
Summe 7,000 ℳ,
hievon 6000 ℳ künftig wegfallend.

** Der Anschlag entspricht dem Anfalle des Jahres 1908.

Kap.	§	Tit.	Vortrag		Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer I.		ℳ
1	2		Für Tilgung der Schuld.		
		1	Auf Tilgung der alten Schuld		150,000
		2	Auf Tilgung des Allgemeinen Anlehens	2'771,901 ℳ	
			Hievon werden gedeckt durch die Tilgungsbeträge:		
			a) der Post- und Telegraphenverwaltung	165,311 ℳ	
			b) des Staatsministeriums des Innern	106,590 ℳ	
			zusammen ab	271,901 ℳ	
			Verbleiben zu Lasten des Etats der Staatsschuld		2'500,000
			Summe § 2		2'650,000
			Hiezu „ § 1		12'223,150
			Summe Kap. 2		14,873,150
			Hiezu „ „ 1		54,775
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Allgemeinen Staatsschuld (Ziffer I)		14'927,925

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
150,000	—	—	B S. 38	
2'500,000	—	—		
2'650,000	—	—		
10'956,180	1'266,970	—		
13'606,180	1'266,970	—		
86,550	—	31,775		
13'692,730	1'266,970	31,775		
	1'235,195			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer II. Etat der Eisenbahnschuld.	
1			**Verwaltungskosten.**	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	275,375
			Summe a. für sich.	
			b. **Besonderer Aufwand.**	
	1		Verlosungskosten	4,500
	2		Kosten für die Anfertigung neuer Schuldverschreibungen und Zinsscheine dann für die Ausgabe neuer Zinsscheinbogen	17,000
	3		Sonstige Ausgaben	100
			Summe b	21,600
			Hiezu „ a	275,375
			Summe Kap. 1	296,975
			Hievon ab die eigenen Einnahmen . . .	5,500**
			Rest zu Kap. 1	291,475
2			**Aufwand für Verzinsung und Tilgung.**	
	1		Für Verzinsung der Schuld.	
			Laufende Zinsen	65'632,950
			Hinausvergütete Depositalzinsen	1,000
			Summe § 1	65'633,950
			Hievon ab die Einnahmen, und zwar:	
			die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien	1,500
			Rest des Aufwandes für Verzinsung, zugleich Rest von Summe § 1	65,632,450
	2		Für Tilgung der Schuld.	
		1	Auf Tilgung der Pfalzbahnprioritätsanlehen zu 4%	232,750
		2	„ „ „ „ „ 3½%	2'312,300
			Summe § 2	2'545,050
			Hiezu „ „ 1	65'632,450
			Summe Kap. 2	68'177,500
			Hiezu „ „ 1	291,475
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Eisenbahnschuld (Ziff. II)	68'468,975

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
244,130*	31,245	—	
900	3,600	—	
6,500	10,500	—	
1,260	—	1,160	
8,660	14,100	1,160	
	12,940		
244,130	31,245	—	
252,790	44,185	—	
22,500	—	17,000	
230,290	61,185	—	
52'874,540	12'758'410	—	
400	600	—	
52'874,940	12'759,010**	—	
720	780	—	
52'874,220	12 758,230	—	C. S. 39—45
—	232,750	—	
—	2'312,300	—	
—	2'545,050	—	
52'874,220	12'758,230	—	
52'874,220	15'303,280	—	
230,290	61,185	—	
53'104,510	15'364,465	—	
+ 5,785,000*)	—5'785,000		
58'889,510	9'579,465		

Erläuterungen

* Anteil an den gemeinsamen Ausgaben für die Kommission . . . 79,190 ℳ,
persönliche und sächliche Ausgaben der Eisenbahnbau-Dotations-Hauptkasse . . . . 164,940 ℳ
Summe wie neben 244,130 ℳ.

Zu § 1.

Mehrbedarf, weil die Kosten für die Verlosung der Pfalzbahnprioritätenschuld zu veranschlagen sind.

Zu § 2.

Bedarf für Herstellung neuer Schuldverschreibungen des 4 prozentigen Eisenbahnanlehens und neuer Schuldkataster hiezu, Herstellung neuer Zinsdelierungsregister für die Eisenbahnschuld, Herstellung und Emission neuer Zinsscheinbogen zu einer Anzahl Prioritätsanlehen, deren Zinsscheine in den Jahren 1910 und 1911 endigen, ferner für Beschaffung eines Vorrats an Papier zu den neuen Zinsscheinbogen für die 4, 3½ und 3 prozentigen Eisenbahnschuldverschreibungen, deren Zinsscheine in den Jahren 1913, 1914 und 1915 auslaufen,
zusammen rund . . . . . . 34,000 ℳ,
sohin für 1 Jahr . . . . . 17,000 ℳ.

** Der Anfall entspricht dem Anfalle des Jahres 1908.

*) Zugang vom Etat Nr. 9 (Pfälzische Eisenbahnen) für die Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Pfalzbahnschuld (Hälftebetrag des im Budget für die Jahre 1908 und 1909 für das Jahr 1909 veranschlagten Bedarfs zu 11'570,000 ℳ).

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer III. Etat der Grundrentenschuld.	
1			**Verwaltungskosten.**	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	15,475
			Summe a für sich.	
			b. **Besonderer Aufwand.**	
	1		Verlosungskosten	4,000
	2		Kosten für die Anfertigung und die Ausgabe neuer Zinsscheinbogen	9,000
	3		Sonstige Ausgaben	100
			Summe b	13,100
			Hiezu „ a	15,475
			Summe Kap. 1	28,575
			Hievon ab die eigenen Einnahmen . . .	645**
			Rest zu Kap. 1	27,930
2			**Aufwand für Verzinsung und Tilgung.**	
	1		Für Verzinsung der Schuld.	
		1	Laufende Zinsen	3'944,470
		2	Hinausvergütete Depositalzinsen	500
		3	Zur Deckung der auf Grund des Artikel 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ gewährten Nachlässe an den jährlichen Bodenzinsen	100,000
			Seite	4'044,970

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
31,315*	—	15,840		* Anteil an den gemeinsamen Ausgaben für die Kommission . . . 6,170 M, persönliche und sächliche Ausgaben der Grundrentenablösungskasse 24,880 M, Zugang vom Etat Nr. 34 . . . . 265 M, Summe wie neben 31,315 M.
3,450	550	—		Zu § 1. Mehransatz mit Rücksicht auf den voraussichtlich großen Betrag der Verlosungen.
—	9,000	—		Zu § 2. Im Jahre 1911 laufen die Zinsscheinbogen zu den sämtlichen Grundrenten-Ablösungsschuldbriefen aus. Der Bedarf für die Herstellung und Emission der neuen Zinsscheinbogen wird veranschlagt auf . . . . 18,000 M, sohin für ein Jahr auf . . . . 9,000 M, (künftig wegfallend).
230	—	130		
3,680	9,550	130		
	9,420			
31,315	—	15,840		
34,995	—	6,420		
2,900	—	2,255		** Der Anschlag entspricht dem Ergebnisse des Jahres 1908.
32,095	—	4,165		
4'284,740	—	340,270	D S. 47—51	
220	280	—		
100,000	—	—		
4'384,960	280	340,270		

Notiz für den Buchbinder: Für Seite 13 und 14 in Sig. 58 ist dieses Blatt einzukleben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer III.	
			Übertrag	4'044,970
2	1	4	Vergütung an die Tilgungskasse für Zinsen und Zinseszinsen aus den angefallenen Tilgungsraten nach Artikel 8 des Gesetzes vom 28. April 1872, Artikel 15 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 und Artikel 1 des Gesetzes vom 16. August 1908	758,900
			Summe § 1	4'803,870
			Hievon ab die Einnahmen, und zwar:	
			1. die eingehenden Grundrenten . . . . 4'376,590 ℳ	
			2. die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien 1,500 ℳ	
			zusammen	4'378,090
			Rest des Aufwandes für Verzinsung, zugleich Summe § 1	425,780
	2		Staatszuschuß zur Tilgung der Schuld.	
		1	Nach Artikel 15 Abs. 1 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{16. August 1908}}$ zur Deckung der den Pflichtigen erlassenen Tilgungsraten	739,380
		2	Nach Artikel 16 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ zur Deckung der Nachlässe bei freiwilligen Ablösungen	93,520
			Summe § 2	832,900
			Hiezu " § 1	425,780
			Summe Kap. 2	1'258,680
			Hiezu " " 1	27,930
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Grundrentenschuld (Ziff. III)	1'286,610

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
4'384,960	280	340,270		
691,000	67,900	—		
5'075,960	68,180	340,270		
		272,090		
4'641,180	—	263,090		
434,780	—	9,000	D S. 50—53	
799,300*	—	59,920		* Ursprünglicher Budgetbetrag . . . 647,300 M, hiezu vom Etat der allgemeinen Reserve . . . 152,000 M, Summe wie neben 799,300 M.
81,100	12,420	—		
880,400	12,420	59,920		
		47,500		
434,780	—	9,000		
1'315,180	—	56,500		
32,095	—	4,165		
1'347,275	—	60,665		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911.
				M
			Ziffer IV. Etat der Landeskulturrentenschuld.	
1			**Verwaltungskosten.**	
			a. **Anteil an dem gemeinsamen Aufwande**	4,150
			Summe a für sich.	
			b. **Besonderer Aufwand.**	
	1		Verlosungskosten	500
	2		Kosten für Anfertigung neuer Kulturrentenscheine und Zinsscheine, dann für Herstellung von Schuldkatastern rc.	2,000
	3		Sonstige Ausgaben	100
			Summe b	2,600
			Hiezu „ a	4,150
			Summe Kap. 1	6,750
			Hievon ab die eigenen Einnahmen . . .	75*
			Rest zu Kap. 1	6,675
2			**Aufwand für Verzinsung und Tilgung.**	
	1		Für Verzinsung der Schuld.	
		1	Laufende Zinsen	1'478,020
			Hievon ab die von den Darlehensnehmern zu entrichtenden Zinsen	1'371,540
			Rest zu Tit. 1	106,480
		2	Hinausvergütete Depositalzinsen	—
			Summe § 1 für	106,480
	2		Für Tilgung der Schuld	—
			Summe Kap. 2	106,480
			Hiezu „ „ 1	6,675
			Summe der Ausgaben auf den Etat der Kulturrentenschuld (Ziff. IV)	113,155

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
9,155*	—	5,005		* Anteil an den gemeinsamen Ausgaben für die Kommission . . . 1,040 M, persönliche und sächliche Ausgaben der Landeskultur-Rentenkasse . 7,985 M, Zugang vom Etat Nr. 34 . . . . 130 M, Summe wie neben 9,155 M.
500	—	—		
2,000	—	—		
110	—	10		
2,610	—	10		
9,155	—	5,005		
11,765	—	5,015		
200	—	125		** Der Anschlag entspricht dem Ergebnisse des Jahres 1908.
11,565	—	4,890		
905,430	572,590	—	E S. 55—61	
830,830	540,710	—		
74,600	31,880	—		
—	—	—		
74,600	31,880	—		
—	—	—		
74,600	31,880	—		
11,565	—	4,890		
68,165	31,880	4,890		
	26,990			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Zusammenstellung der Ausgaben.	
			Ziffer I. Allgemeine Staatsschuld	14'927,925
			„ II. Eisenbahnschuld	68'468,975
			„ III. Grundrentenschuld	1'286,610
			„ IV. Landeskulturrentenschuld	113,155
			Summe der Ausgaben (Etat Nr. 23) . . .	84'796,665

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
13'692,730	1'235,195	—		
58'889,510	9'579,465	—		
1'347,275	—	60,665		
86,165	26,990	—		
74'015,680*)	10'841,650	60,665		
	10'780,985			

*) 68'072,285 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
6,395 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse
5'785,000 ℳ Zugang vom Etat Nr. 9 für Verwaltung, Verzinsung und Tilgung der Pfalzbahnschuld,
152,000 ℳ Zugang vom Etat Nr. 33 (allgemeine Reserve) zur Förderung der Grundentlastung,
74'015,680 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats der Staatsschuld vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	109,300 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . .	34,700 ℳ
Summe	144,000 ℳ
Hiezu die nebenveranschlagten Ausgaben mit . . .	84'796,665 ℳ
Summe der Ausgaben auf den Etat der Staatsschuld im ordentlichen Budget	84'940,665 ℳ
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget	— ℳ
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat der Staatsschuld	84'940,665 ℳ

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als *persönliche* Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als *besondere* Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	A. Direktion. a. Etatsmäßige Beamte.							Im allgemeinen wird auf die als Anhang beigefügten Erläuterungen Bezug genommen.
5	Vorstand	1	—	10,200				
7	Regierungsräte	2	6000 bis 6500	12,500				
14	Rechnungskommissäre . . .	10	3900 bis 4500	42,000				
17	Sekretär	1	—	4,500[1]				[1]) Der dermalige Stelleninhaber ist für seine Person in die Klasse 14 eingereiht.
17	"	1	—	2,700				
17	Registrator	1	—	3,900[2]				[2]) Der dermalige Stelleninhaber ist für seine Person in die Klasse 16 eingereiht.
23	Kanzleiassistent	1	—	2,400[3]				[3]) Der dermalige Stelleninhaber ist für seine Person in die Klasse 17 eingereiht.
25	Boten und Diener . . .	2	1700 bis 1800	3,500				
	Summe a	19	—	81,700	—	760	82,460	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	19		81,700		760[4]	82,460	[4]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909: Ursprünglicher Budgetbetrag	19[5]					69,200[5]	[5]) 14 Beamte mit 60,485 ℳ Bedarf nach Anlage A, 5 Beamte mit 8,715 ℳ Bedarf nach Anlage B, 19 Beamte mit 69,200 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					4,900	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	19					74,100	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					8,360	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte: einzeln	Gehalte: zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Hauptkasse der Staatsschuldenverwaltung.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Hauptkassier	1	—	6,300				
11	Hauptkassekontrolleur . . .	1	—	5,100				
11	Oberbuchhalter	2	5100	10,200				
17	Sekretäre	23	1800	41,400				
25	Boten und Diener . . .	5	1800 bis 2000	9,700				
29	Bureauassistentinnen . . .	36	1200	43,200				
	Summe	68	—	115,900	—	2,040	117,940	
	Bedarf für die künftig in Wegfall kommenden Beamten für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1910 . .	—	—	92,350[1]	—	4,440	96,790	[1]) Künftig wegfallend.
	Summe a	68	—	208,250	—	6,480	214,730	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	68	—	208,250	—	6,480[2]	214,730	[2]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag							
	Staatsschuldentilgungs-Hauptkasse	19[3]					61,570[3]	[3]) 13 Beamte mit 50,325 M Bedarf nach Anlage A, 6 Beamte mit 11,245 M Bedarf nach Anlage B;
	Eisenbahnbau-Dotations-Hauptkasse	47[4]					157,020[4]	[4]) 39 Beamte mit 141,060 M Bedarf nach Anlage A, 8 Beamte mit 15,960 M Bedarf nach Anlage B;
	Grundrentenablösungskasse .	8[5]					23,060[5]	[5]) 5 Beamte mit 17,350 M Bedarf nach Anlage A, 3 Beamte mit 5,710 M Bedarf nach Anlage B;
	Landeskultur-Rentenkasse .	2[6]					6,285[6]	[6]) 2 Beamte mit 6,285 M Bedarf nach Anlage A;
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					1,495	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	76					249,430	76 Beamte mit 247,935 M Bedarf.
	Sohin für 1910 und 1911 weniger	8					34,700	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung.							
	Summe A . . .	19	—	81,700	—	760	82,460	
	Summe B . . .	68	—	208,250	—	6,480	214,730	
	Summe des Jahresvoranschlags für den Etat der Staatsschuld für 1910 und 1911 . . .	87	—	289,950	—	7,239	297,190	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	95[1]					317,135[1]	[1]) 73 Beamte mit 275,505 M Bedarf nach Anlage A, 22 Beamte mit 41,630 M Bedarf nach Anlage B, 95 Beamte mit 317,135 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					6,395	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	95					323,530	
	Sohin für 1910 und 1911 weniger	8[2]					26,340	[2]) Außerdem kommen 7 Beamte in Wegfall, deren Besoldungen in dem Etat Nr. 9 der Jahre 1908 und 1909 (Pfälzische Eisenbahnen) veranschlagt waren.

Erläuterungen.

In der 60. Sitzung des Finanzausschusses vom 11. Februar 1908 wurden von der Staatsregierung Maßnahmen zur Verbilligung der staatlichen Schuldenverwaltung in Aussicht gestellt. Über diese Frage haben inzwischen eingehende Verhandlungen stattgefunden, als deren Ergebnis nunmehr verschiedene Geschäftsvereinfachungsmaßnahmen in Aussicht genommen sind.

I. Grundlagen.

Als Grundlagen für eine vereinfachte Verwaltung der bayerischen Staatsschuld sind folgende leitende Gesichtspunkte aufgestellt worden:

1. Schaffung einer einzigen Hauptkasse,
2. Scheidung des Kapitalien- und Zinsendienstes,
3. Übertragung der mehr mechanischen Tätigkeit an geringer besoldetes Personal,
4. Geschäftsvereinfachungen im Buchhaltungsdienste, bei der Revision, beim Zahlungswesen und bei der Verwaltung der Landeskulturrentenschuld.

Zu 1.

Bei der Bayerischen Staatsschuldenverwaltung bestehen zurzeit vier Hauptkassen, nämlich

die K. Staats-Schuldentilgungs-Hauptkasse,
die K. Eisenbahnbau-Dotations-Hauptkasse,
die K. Grundrenten-Ablösungskasse und
die K. Grundrenten-Ablösungskasse als Landeskultur-Rentenkasse.

An der Spitze der beiden erstgenannten Kassen steht je ein Hauptkassier und ein Hauptkasse-Kontrolleur, während die Geschäfte der Grundrenten-Ablösungskasse und der Landeskultur-Rentenkasse den Kassebeamten der Staats-Schuldentilgungs-Hauptkasse mitübertragen sind.

Zur Erleichterung des dienstlichen Verkehrs nach außen und innen sowie zur Einsparung von Personal soll mit Wirkung vom 1. Juli 1910 die Aufhebung der Eisenbahnbau-Dotations-Hauptkasse in der Weise erfolgen, daß auch die Geschäfte dieser Kasse den Kassebeamten der Staats-Schuldentilgungs-Hauptkasse übertragen werden, und gleichzeitig soll für die sämtlichen Kassengeschäfte der Schuldenverwaltung nur eine einzige Kasse geschaffen werden, welche fortan die Bezeichnung „Hauptkasse der K. Staatsschuldenverwaltung" zu führen hat. Dadurch kommen künftighin 1 Hauptkassier, 1 Hauptkassekontrolleur und 2 Diener in Wegfall, auch ist damit eine Verringerung des Regieaufwandes verknüpft.

Zu 2.

Bisher hatten die Kapitalienschuldkataster zugleich auch für die Behandlung (Löschung) der eingelösten Zinsscheine zu dienen. Infolgedessen waren die Geschäfte des Kapitalien- und des Zinsendienstes in der Praxis nicht voneinander zu trennen. Dadurch ergab sich aber der Mißstand, daß das für den Kapitaliendienst erforderliche finanztechnisch vorgebildete Personal auch für den Zinsendienst Verwendung finden mußte, obwohl für den Zinsendienst eine finanztechnische Vorbildung an sich nicht nötig erscheint. Dieser Mißstand steigerte sich naturgemäß mit dem Anwachsen der Staatsschuld.

Um in dieser Beziehung Abhilfe zu schaffen, werden der Kapitalien- und Zinsendienst vollständig voneinander getrennt und auch die Buchhaltung dementsprechend in 2 Abteilungen, nämlich in die Abteilung für den Kapitaliendienst und in die Abteilung für den Zinsendienst, zerlegt werden. Jede dieser Abteilungen soll der selbständigen Leitung eines Oberbuchhalters unterstellt werden; die bisherige gesonderte Buchhaltung für die Eisenbahnschuld käme dagegen in Wegfall.

Eine Personalvermehrung erfordert diese Einrichtung nicht, da schon seither 2 Oberbuchhalter für den Buchhaltungsdienst aufgestellt waren.

Ausgenommen von dieser Regelung muß nur die Stiftungsschuld bleiben, weil bei dieser auch die Zinsscheine abzuquittieren sind und die Legitimationsprüfung der Quittanten nur an der Hand der Kapitalienkataster erfolgen kann.

Um die Scheidung des Kapitalien- und Zinsendienstes in Vollzug zu setzen, bedarf es lediglich der Anordnung, daß künftighin die bisherigen Kataster für die Behandlung der Kapitalien weiter beizubehalten und für den Zinsendienst, soweit erforderlich, gesonderte Zinsdelierungsregister anzulegen sind.

Zu 3.

Für den Kapitaliendienst sind nach wie vor finanztechnisch vorgebildete Arbeitskräfte erforderlich, da bei diesem Dienste schwierigere Legitimationsfragen zu prüfen und wichtigere Einträge, wie Namens-Einschreibungen und -Löschungen, Kraftloserklärungen, Verlosungen 2c. zu vollziehen sind.

Anders beim Zinsendienste: Hier sinkt, wenn namentlich die später noch zu erörternden Vereinfachungen vorgenommen werden, die Tätigkeit des Personals auf eine mehr mechanische Beschäftigung herab. Dieser Dienst wird daher seiner Qualität nach unbedenklich einem Personal übertragen werden können, von dem eine finanztechnische Vorbildung nicht gefordert zu werden braucht, und zwar sind nach den bei anderen Stellen gemachten günstigen Erfahrungen weibliche Arbeitskräfte dafür in Aussicht genommen. Auch für sonstige einfachere Arbeiten bei der Staatsschuldenverwaltung, wie z. B. für das Ausscheiden der Coupons im Zurechnungsbureau, für das Schreibwerk in der Kanzlei und bei der Landeskulturrentenschuld, ist künftighin weibliches Personal vorgesehen, während alle wichtigen Kasse- und Buchhaltungsgeschäfte, vor allem die Rechnungsstellung, männlichen Beamten (Sekretären) vorbehalten bleiben.

Die Bewerberinnen werden zunächst nur probeweise eingestellt und nach einer längeren befriedigenden Dienstleistung zu Bureauassistentinnen nach Klasse 29 der Gehaltsordnung ernannt werden.

Die Zahl dieser Stellen ist auf 36 veranschlagt.

Zu 4.

Durch Geschäftsvereinfachungen in der formalen Sachbehandlung, hauptsächlich durch den Wegfall der bisher angefertigten spezifizierten Coupons-Einlösungsverzeichnisse, wird eine so bedeutende Geschäftserleichterung erzielt werden, daß sich die Anzahl der Schuldposten, welche künftighin einer Person zur Behandlung zugewiesen werden kann, ohne Schädigung des Dienstes um ein beträchtliches steigern läßt. Es wird hiedurch eine Einsparung von 9 Stellen in der Buchhaltung erzielt werden können.

Mit dem Wegfalle der spezifizierten Verzeichnisse tritt von selbst auch eine Vereinfachung des Revisionsdienstes ein; andererseits erwächst aber damit die Notwendigkeit, die richtige Führung der Zinsdelierungsregister durch öftere örtliche Revisionen seitens des Rechnungskommissariatspersonals prüfen zu lassen, so daß nur 1 Revident erspart werden kann.

Im Zahlamte soll durch eine Arbeitsverschiebung und Aufstellung von Anweisungsbeamten erzielt werden, daß der Zahlmeister lediglich mit Zahlgeschäften beschäftigt und so nur eine Person statt der bisherigen 2 Zahlmeister für diese Arbeit benötigt sein wird.

Bei der Verwaltung der Landeskulturrentenschuld endlich soll durch die Schaffung eines eigenen Bureaus eine Entlastung der Kassebeamten erreicht werden, so daß, wie unter Ziffer 1 vorgesehen, künftig 1 Hauptkassier und 1 Hauptkassekontrolleur die gesamten Kassegeschäfte werden bewältigen können.

II. Künftiger Personalstand und finanzielle Wirkung der Geschäftsvereinfachungen.

Durch die beabsichtigten Geschäftsvereinfachungen werden von den im Staatsschuld- und Pfalzbahnetat vorgesehenen 11 Stellen des Rechnungskommissariats und 82 Stellen des Kassendienstes im ganzen 15 Stellen eingezogen werden, nämlich 1 Hauptkassier, 1 Hauptkassekontrolleur, 1 Rechnungskommissär, 10 Sekretäre und 2 Diener; ferner sollen 36 Sekretärstellen in Bureauassistentinnenstellen umgewandelt werden.

Die verbleibenden 68 Stellen des Kassendienstes verteilen sich mit 1 Hauptkassier und 1 Hauptkassekontrolleur, 4 Sekretären, 5 Boten und Dienern auf die eigentliche Hauptkasse, 1 Oberbuchhalter und 7 Sekretären auf die Buchhaltungsabteilung für den Kapitaliendienst, 1 Oberbuchhalter, 1 Sekretär und 26 Bureauassistentinnen auf die Buchhaltungsabteilung für den Zinsendienst, 1 Sekretär und 5 Bureauassistentinnen auf das Zurechnungsbureau, 5 Sekretäre auf das Zahlamt, 3 Sekretären, 2 Bureauassistentinnen auf das Bureau für die Landeskulturrentenschuld; 2 weitere Sekretäre und 3 weitere Bureauassistentinnen sollen für anderweitige Arbeiten zur Verfügung stehen.

Was die finanzielle Wirkung der vorgeschlagenen Maßnahmen anlangt, so werden die Einsparungen im regulativmäßigen Höchstgehalt allmählich 123,000 ℳ betragen, wobei die Abminderungen an den Pensionen und sächlichen Ausgaben einerseits sowie die derzeitigen persönlichen Besserstellungen andererseits außer Berechnung geblieben sind.

III. Durchführung der Geschäftsvereinfachungen.

Die Änderungen bei der Verwaltung der Staatsschuld können in der Hauptsache bis zum 1. Juli 1910 durchgeführt werden, nur die Personalverschiebungen lassen sich im Interesse eines gedeihlichen Fortgangs des laufenden Dienstes nicht auf einmal, sondern nur allmählich bewerkstelligen. Dementsprechend soll schrittweise ein Teil des männlichen Personals, soweit sich nicht schon durch Todesfälle und regelmäßige Versetzungen in den Ruhestand nach Artikel 47 und 48 des Beamtengesetzes die Möglichkeit der Verwendung weiblichen Personals ergibt, anderweitig im Finanzdienste verwendet werden. Als Zeitpunkt für die Versetzung der für den rentamtlichen Dienst geeigneten Beamten ist der Zeitpunkt, in dem die anläßlich der Steuerreform vorzusehenden neuen Sekretärstellen besetzt werden sollen, in Aussicht genommen.

Schon vor diesem Zeitpunkte soll indes ein Teil des weiblichen Personals zur probeweisen Dienstleistung einberufen werden, damit bei der Versetzung von Beamten sofort der erforderliche und entsprechend vorgebildete Ersatz von Arbeitskräften zur Verfügung steht.

Es ist nicht beabsichtigt, vorzeitige Pensionierungen oder einstweilige Versetzungen in den Ruhestand mit Wartegeld nach Artikel 38 des Beamtengesetzes eintreten zu lassen.

IV. Aufstellung des Etats für 1910 und 1911.

Der Etat für die Jahre 1910 und 1911 ist im Interesse der Übersichtlichkeit und Vereinfachung bereits in vollem Umfange nach den Grundsätzen der künftigen Geschäftseinteilung aufgestellt worden, während die Abweichungen, die dadurch veranlaßt erscheinen, daß die in Aussicht genommenen Maßnahmen im wesentlichen erst vom 1. Juli 1910 an ins Leben treten sollen, nur in summarischer Weise berücksichtigt wurden.

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung und Tilgung

der

Allgemeinen Staatsschuld.

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	M	M
I. Berechnung des Bedarfs zur Verzinsung.		
Kap. 2 § 1 Tit. 1. Für laufende Zinsen.		
a) Für das Jahr 1910.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1908 und zwar:		
Ältere, nicht mobilisierte Schuld . . . . . . zu 5 %	1'435,643	71,782
„ 4 %	51,429	2,057
„ 3½ %	8'133,549	284,674
„ 3 %	141,171	4,235
Zins aus 684,382 M Idealkapitalien . . . . „ 5 %	—	34,219
Schuld an Stiftungen und Gemeinden . . . „ 4 %	52'566,394	2'102,656
„ 3½ %	813,238	28,463
Allgemeines Anlehen . . . . „ 4 %	40'000,000	1'600,000
„ 3½ %	199'546,200*)	6'984,117
Summe	302'687,624	11'112,203
Zugang im Jahre 1909:		
Allgemeines Anlehen zu 4%	20'000,000	800,000
zusammen	322'687,624	11'912,203
Abgang im Jahre 1909:		
Außerordentliche Heimzahlungen an Stiftungen zu 4 %	100,000	4,000
„ 3½ %	50,000	1,750
Abgangssumme	150,000	5,750
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1909 . . .	322'537,624	11'906,453

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	

*) Hierunter 8600 M mit $3^1/_2$% verzinslicher, noch nicht umgetauschter Rest des vor dem 17. Juni 1896 ausgegebenen 4%igen Allgemeinen Anlehens.

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	M	M
Kap. 2 § 1 Tit. 1. Für laufende Zinsen.		
Noch a. Für das Jahr 1910.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1909	322'537,624	11'906,453
Zugang im Jahre 1910.		
Allgemeines Anlehen zu 4%	30'000,000	1'200,000
zusammen	352'537,624	13'106,453
Abgang im Jahre 1910.		
Alte Schuld.		
Außerordentliche Heimzahlungen an Stiftungen zu 4%	100,000	4,000
zu 3 1/2%	50,000	1,750
Allgemeines Anlehen.		
1. Zur Tilgung des Allgemeinen Anlehens zu 4%	2'500,000	100,000
2. Zur allmählichen Tilgung der im außerordentlichen Budget der Jahre 1908/09 bewilligten Anlehen		
a) zu 3'362,000 M für Postbauten und die Beschaffung von Wohnungen	22,463	898
b) zu 7'854,500 M für die Vervollständigung des Telegraphen- und Telephonnetzes	142,848	5,714
3. Zur allmählichen Tilgung des im außerordentlichen Budget der Jahre 1910/11 vorgesehenen Anlehens zu 14'000,000 M zur rascheren Förderung der Wasserbauten an den Gebirgsflüssen und -gewässern	106,590	4,264
Abgangssumme	2'921,901	116,626
Zinsbedarf für 1910		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910	349'615,723	12'989,827

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	
11'906,453	
950,000	Hievon 15'000,000 M zur Verstärkung des Allgemeinen Betriebskapitals. Mutmaßlicher Zinsbedarf aus 15'000'000 M für 7 Monate, „ 15'000,000 M „ 12 „ .
12'856,453	Für das Anlehen zu 15'000,000 M, das zur Verstärkung des Allgemeinen Betriebskapitals bestimmt ist, wurden die Zinsen bereits vom 1. Januar 1910 an vorgesehen, da von diesem Zeitpunkte an die Verstärkung des Allgemeinen Betriebskapitals — sei es durch Anlehensaufnahme oder durch Ausgabe von Schatzanweisungen — sich unter allen Umständen als notwendig erweist.
2,000	Von dem Jahreszins zu 5750 M wird infolge Tilgung der Stückzins für durchschnittlich 6 Monate zu 2875 M erspart werden.
875	
58,333	Von dem Jahreszins zu 100,000 M wird infolge Tilgung der Stückzins für ungefähr 7 Monate zu 58,333 M erspart werden.
—	
—	
—	
61,208	
12'795,245	

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	ℳ	ℳ
Kap. 2 § 1 Tit. 1. Für laufende Zinsen.		
b. Für das Jahr 1911.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910	349'615,723	12'989,827
Zugang im Jahre 1911.		
Allgemeines Anlehen zu 4 %	20'000,000	800,000
zusammen	369'615,723	13'789,827
Abgang im Jahre 1911.		
Alte Schuld.		
Außerordentliche Heimzahlungen an Stiftungen zu 4 %	100,000	4,000
zu $3^1/_2$ %	50,000	1,750
Allgemeines Anlehen.		
1. Zur Tilgung des Allgemeinen Anlehens zu 4 %	2'500,000	100,000
2. Zur allmählichen Tilgung der im außerordentlichen Budget der Jahre 1908/09 bewilligten Anlehen		
a) zu 3'362,000 ℳ für Postbauten und die Beschaffung von Wohnungen	22,463	898
b) zu 7'854,500 ℳ für die Vervollständigung des Telegraphen- und Telephonnetzes	142,848	5,714
3. zur allmählichen Tilgung des im außerordentlichen Budget der Jahre 1910/11 vorgesehenen Anlehens zu 14'000,000 ℳ zur rascheren Förderung der Wasserbauten an den Gebirgsflüssen und -gewässern	106,590	4,264
Abgangssumme	2'921,901	116,626
Zinsbedarf für 1911		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1911	366'693,822	13'673,201

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	
12'989,827	
466,667	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 7 Monate.
13'456,494	
2,000	Von dem Jahreszins zu 5750 ℳ wird infolge Tilgung der Stückzins für durchschnittlich 6 Monate zu 2875 ℳ erspart werden.
875	
58,333	Von dem Jahreszins zu 100,000 ℳ wird infolge Tilgung der Stückzins für ungefähr 7 Monate zu 58,333 ℳ erspart werden.
—	
—	
—	
61,208	
13'395,286	

Vortrag	Bedarf für Verzinsung
	ℳ
Kap. 2 § 1 Tit. 1. Für laufende Zinsen.	
Zusammenstellung.	
Zinsbedarf für 1910	12'795,245
„ „ 1911	13'395,286
Summe Tit. 1 für 1910 und 1911	26'190,531
Durchschnitt für ein Jahr	13'095,265
Hiezu:	
Mutmaßlicher Bedarf an Zinsen für Schatzanweisungen zur Verstärkung des allgemeinen Betriebskapitals der Zentralstaatskasse (Art. 1 des Gesetzes vom 15. März 1904 (Ges. u. VOBl. S. 59/60)	200,000
Summe	13'295,265
Dagegen ab:	
1. Die Zinsvergütung der Post- und Telegraphenverwaltung für die im außerordentlichen Budget der Jahre 1908/09 bewilligten Anlehen:	
a) zu 3'362,000 ℳ für Postbauten und zur Beschaffung von Wohnungen mit	134,039
b) zu 7'854,500 ℳ für die Vervollständigung des Telegraphen- und Telephonnetzes mit . . .	311,379
c) zu 5'000,000 ℳ für die Schaffung von Betriebs- und Reservefonds für die Motorpostlinien und für die ständige Haltung eines Vorrats an Telegraphen- und Telephonbaumaterialien mit	200,000
2. Die Zinsvergütung des Staatsministeriums des Innern für das im außerordentlichen Budget der Jahre 1910 und 1911 vorgesehene Anlehen zu 14'000,000 ℳ für die raschere Förderung der Wasserbauten an den Gebirgsflüssen und -gewässern mit	418,600
Abgangssumme	1'064,018
Rest des Zinsenbedarfes für ein Jahr	12'231,247
rund	12'231,250

Vortrag	Bedarf für Verzinsung
	ℳ
Kap. 2 § 1 Tit. 2. Hinausvergütete Depositalzinsen	500
Summe Tit. 2 für sich.	
Hiezu Summe Tit. 1	12'231,250
Summe	12'231,750
Hievon ab die Einnahmen an Aktivzinsen, und zwar:	
1. Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien zu mutmaßlich 30,000 ℳ nach 3 %	900
2. Aus den übrigen Aktivkapitalien:	
An Aktivkapitalien bestehen zurzeit noch:	
94,400 fl. à 1 ℳ 70 ₰ = 160,480 ℳ in Papier zahlbare österreichische Staatsobligationen mit Zinstermin 1. Februar und 1. August und	
28,300 Kronen à — ℳ 85 ₰ = 24,055 ℳ in Silber zahlbare österreichische Staatsobligationen mit Zinstermin 1. Januar und 1. Juli.	
Hieraus berechnen sich an Zinsen:	
aus 94,400 fl. = 160,480 ℳ zu 4 1/5 % . . . . 6740 ℳ 16 ₰	
„ 28,300 Kronen = 24,055 ℳ „ 4 „ . . . . 962 „ 20 ₰	
Summe 7702 ℳ 36 ₰	
rund	7,700
Summe der Aktivzinsen	8,600
Rest des Bedarfes zur Verzinsung	12'223,150

Vortrag	Zu tilgender Kapitalsbetrag	Jahresbedarf für Tilgung
	ℳ	ℳ
II. Berechnung des Bedarfs für Tilgung.		
Kap. 2 § 2.		
Tit. 1. Alte Schuld.		
Außerordentliche Heimzahlungen an Stiftungen zu 4 und 3½%		
für das Jahr 1910	150,000	
„ „ „ 1911	150,000	
Summe Tit. 1	300,000	
Durchschnitt für ein Jahr		150,000
Tit. 2. Allgemeines Anlehen.		
Tilgung für 1910	2'771,901	
„ „ 1911	2'771,901	
Summe Tit. 2	5'543,802	
Durchschnitt für ein Jahr	2'771,901	
Hievon werden gedeckt:		
1. Durch die Tilgungsquote der Post- und Telegraphenverwaltung von den Anlehen		
a) zu 3'362,000 ℳ für Postbauten und für Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter . . . . 22,463 ℳ		
b) zu 7'854,500 ℳ für Vervollständigung des Telegraphen- und Telephonnetzes . . . . 142,848 ℳ		
2. Durch die Tilgungsquote des Staatsministerium des Innern von dem Anlehen zu 14'000,000 ℳ für die raschere Förderung der Wasserbauten an den Gebirgsflüssen und -gewässern . . . . 106'590 ℳ		
zusammen	271,901	
Verbleiben zu Lasten des Etats der Staatsschuld		2'500,000
Summe des Jahresbedarfs für Tilgung		2'650,000

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.
von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung und Tilgung

der

Eisenbahnschuld.

Mit einer Berechnung der durch Erhöhung der Anlehenskredite zu deckenden Zinsen der Eisenbahnschuld für das Jahr 1910 aus em im Jahre 1907 aufgenommenen Anlehen. Diese Berechnung kommt künftig in Wegfall, da nach § 7 Abs. 5 der Vorschriften für die Aufstellung nd den Vollzug des Budgets vom 23. Juni 1907 (Fin.Min.Bl. S. 226) der Zinsenbedarf für die seit dem Jahre 1908 aufgenommenen Anlehen om Zeitpunkte der Anlehensaufnahme an im ordentlichen Budget durch Einstellung in den Etat der Staatsschuld vorzusehen ist.

Vortrag		Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
		M	M
I. Berechnung des Bedarfs zur Verzinsung.			
Kap. 2 § 1 Tit. 1. Laufende Zinsen.			
a. Für das Jahr 1910.			
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1908, und zwar:			
zu 4 %		160'000,000	6'400,000
„ 3½ %		1,335'386,400*	46'738,524
„ 3 %		56'000,000	1'680,000
Summe		1,551'386,400	54'818,524
Zugang im Jahre 1909:			
1. Infolge Erwerbung der Pfälzischen Eisenbahnen für das K. Bayerische Staatsärar:			
Prioritätsanlehen zu 4%	40'476,000 M		
nach Abzug des Ergebnisses der im Juni 1909 abgehaltenen Verlosung zu	218,500 „		
		40'257,500	1'610,300
Prioritätsanlehen zu 3½%	121'475,500 M		
nach Abzug des Ergebnisses der im Juni 1909 abgehaltenen Verlosung zu	2'181,500 „		
		119'294,000	4'175,290
Eisenbahnanlehen zu 3½% (Gegenwert für die Aktien der drei Pfalzbahngesellschaften)		92'467,400	3'236,359
2. Infolge Aufnahme eines Eisenbahnanlehens zu 4%		40'000,000	1'600,000
Zugang im Jahre 1910:			
Aufnahme eines Eisenbahnanlehens zu 4%		50'000,000	2'000,000
Seite		1,893'405,300	67'440,473

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	
	* Hierunter 166,400 ℳ nunmehr mit $3^1/_2$% verzinslicher, noch nicht umgetauschter Rest des vor dem 17. Juni 1896 ausgegebenen 4%igen Eisenbahnanlehens.
54'818,524	
1'207,725	Zinsbedarf für 9 Monate.
3'131,468	
1'618,180	Zinsbedarf für 6 Monate.
1'600,000	
1'166,667	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 7 Monate.
63'542,564	

Vortrag	Kapitals-betrag	Jahreszins hieraus
	M	M
Kap. 2 § 1 Tit. 1. Für laufende Zinsen.		
Noch a. Für das Jahr 1910.		
Übertrag	1,893'405,300	67'440,473
Abgang im Jahre 1910.		
Verlosung der Prioritätsanlehen zu 4 %	227,500	9,100
" " " " 3½ %	2'268,500	79,397
Abgangssumme	2'496,000	88,497
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910	1,890'909,300	67'351,976
Hievon sind in Abgang zu bringen die durch Anlehenszuschlag zu deckenden Zinsen während der Bauzeit aus dem im Jahre 1907 aufgenommenen Anlehen laut nachfolgender Berechnung (vgl. S. 45)		
Zinsbedarf für 1910		
b. Für das Jahr 1911.		
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1910	1,890'909,300	67'351,976
Zugang im Jahre 1911.		
Aufnahme eines Eisenbahnanlehens zu 4 %	40'000,000	1'600,000
zusammen	1,930'909,300	68'951,976
Abgang im Jahre 1911.		
Verlosung der Prioritätsanlehen zu 4 %	238,000	9,520
" " " " 3½ %	2'356,100	82,464
Abgangssumme	2'594,100	91,984
Stand der verzinslichen Schuld Ende 1911	1,928'315,200	68'859,992
Zinsbedarf für 1911		
Hiezu " " 1910		
Summe Tit. 1 für 1910 und 1911		
Durchschnitt für ein Jahr		
rund		
Tit. 2. Hinausvergütete Depositalzinsen		
Summe		
Hievon ab die Einnahme, und zwar:		
Die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien		
Rest des Jahreszinsenbedarfs für 1910 und 1911		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	
63'542,564	
561,974	
62'980,590	
67'351,976	
933,333	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 7 Monate.
68'285,309	
68'285,309	
62'980,590	
131'265,899	
65'632,950	
65'632,950	
1,000	
65'633,950	
1,500	
65'632,450	

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jährlicher Bedarf für Tilgung
	M	M
II. Berechnung des Bedarfes zur Tilgung.		
Kap. 2 § 2.		
Tit. 1. Prioritätsanlehen zu 4 %.		
Tilgung für 1910	227,500	
„ „ 1911	238,000	
Summe Tit. 1	465,500	
Durchschnitt für ein Jahr		232,750
Tit. 2. Prioritätsanlehen zu $3^1/_2$ %.		
Tilgung für 1910	2'268,500	
„ „ 1911	2'356,100	
Summe Tit. 2	4'624,600	
Durchschnitt für ein Jahr		2'312,300
Summe des Jahresbedarfs zur Tilgung für 1910 und 1911		2'545,050

Berechnung

der

durch Erhöhung der Anlehenskredite zu deckenden Zinsen der Eisenbahnschuld.

Zeit der Anlehensaufnahme	Aufgenommener Kapitalsbetrag		Betrag der Zinsen in							
			1907		1908		1909		1910	
	M	₰	M	₰	M	₰	M	₰	M	₰
1907	**Anlehen für 1907.** 22 Millionen Mark zu 4 %. — Zinstermin 1. Mai und 1. November.									
18. Juni	19'164,000	—	4 Monate 13 Tage 283,201	30	1 Jahr 766,560	—	1 Jahr 766,560	—	7 Monate 17 Tage 483,358	70
22. „	630,000	—	4 Monate 9 Tage 9,030	—	1 Jahr 25,200	—	1 Jahr 25,200	—	7 Monate 21 Tage 16,170	—
28. „	419,000	—	4 Monate 3 Tage 5,726	35	1 Jahr 16,760	—	1 Jahr 16,760	—	7 Monate 27 Tage 11,033	65
2. Juli	290,000	—	3 Monate 29 Tage 3,834	45	1 Jahr 11,600	—	1 Jahr 11,600	—	8 Monate 1 Tag 7,765	55
4. „	408,500	—	3 Monate 27 Tage 5,310	50	1 Jahr 16,340	—	1 Jahr 16,340	—	8 Monate 3 Tage 11,029	50
23. „	445,000	—	3 Monate 8 Tage 4,845	55	1 Jahr 17,800	—	1 Jahr 17,800	—	8 Monate 22 Tage 12,954	45
6. August	643,500	—	2 Monate 25 Tage 6,077	50	1 Jahr 25,740	—	1 Jahr 25,740	—	9 Monate 5 Tage 19,662	50
Summe	22'000,000	—	318,025	65	880,000	—	880,000	—	561,974	35

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung und Tilgung

der

Grundrentenschuld.

Vortrag	Kapitals-betrag	Jahreszins hieraus
	M	M
Kap. 2 § 1. Bedarf für Verzinsung der Schuld.		
Tit. 1. Laufende Zinsen.		
a. Bedarf für 1910.		
Stand der verzinslichen Schuld mit Schluß des Jahres 1908	104'799,432	4'191,977
Abgang im Jahre 1909:		
Infolge Verlosung	6'068,300	242,732
Rest	98'731,132	3'949,245
Hiezu kommen noch die Stückzinsen aus den im Jahre 1910 zu tilgenden 3'454,000 M zu beiläufig 2 %		
Bedarf für 1910		
b. Bedarf für 1911.		
Stand der verzinslichen Schuld mit Schluß des Jahres 1909 ist vorstehend berechnet mit	98'731,132	3'949,245
Abgang im Jahre 1910:		
Infolge Verlosung	3'454,400	138,176
Rest	95'276,732	3'811,069
Hiezu kommen noch die Stückzinsen aus den im Jahre 1911 zu tilgenden 2'977,000 M zu beiläufig 2 %		
Bedarf für 1911		
Hiezu " " 1910		
Summe Titel 1 für 1910 und 1911		
Durchschnitt für ein Jahr		
rund		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	
3'949,245	
69,088	
4'018,333	
3'811,069	
59,540	
3'870,609	
4'018,333	
7'888,942	
3'944,471	
3'944,470	

Vortrag

Tit. 2. **Hinausvergütete Depositalzinsen** . . . .

Summe Tit. 2 für sich.

Tit. 3. **Zur Deckung der auf Grund des Art. 25 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ gewährten Nachlässe an den jährlichen Bodenzinsen** . . . .

Summe Tit. 3 für sich.

Tit. 4. **Vergütung an die Tilgungskasse für Zinsen und Zinseszinsen aus den angefallenen Tilgungsraten und bezw. Bodenzinsen [nach Art. 8 des Gesetzes vom 28. April 1872, Artikel 15 des Gesetzes vom 2. Februar 1898 und Artikel 1 des Gesetzes vom 16. August 1908** . . . .

Summe Tit. 4 für sich.

Hiezu " " 3 . . .

" " 2 . . .

" " 1 . . .

Summe § 1

Hievon ab die Einnahmen, und zwar:

1. die eingehenden Grundrenten . . . . 4'376,590 M
2. die Zinsen aus dem Depositum für unerhobene Kapitalien . . . . . 1,500 M

zusammen

Rest des Bedarfes für Verzinsung der Schuld, zugleich Summe § 1 . . .

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	
500	**Zu Tit. 2.** Nach dem durchschnittlichen Anfalle der letzten drei Jahre veranschlagt.
100,000	
758,900	
100,000	
500	
3'944,470	
4'803,870	
4'378,090	
425,780	

Zu Ziffer 1 der Einnahmen.

Der mutmaßliche Anfall von Grundrenten beträgt:			
a) für 1909 an Jahresbodenzinsen	4'348,570 ℳ,		
an Zinsraten	87,990 ℳ,		
		4'436,560 ℳ.	
Hievon sind im Jahre 1909 zu verwenden: zur Zahlung der Stückzinsen aus den im Jahre 1909 zu tilgenden Kapitalien	121,366 ℳ,		
zur Vergütung an die Tilgungskasse für Zinsen und Zinseszinsen aus den angefallenen Tilgungsraten bezw. Bodenzinsen	694,421 ℳ,		
		815,787 ℳ,	
es verbleiben daher zur Verzinsung der Schuld im Jahre 1910			3'620,773 ℳ;
b) für 1910 an Bodenzinsen		4'252,683 ℳ,	
an Zinsraten		38,350 ℳ,	
			4'291,033 ℳ;
c) für 1911 an Bodenzinsen		4'180,276 ℳ,	
an Zinsraten		28,960 ℳ,	
			4'209,236 ℳ;
		Summe	12'121,042 ℳ.
Hievon ist auf das Jahr 1912 zur Zinsenzahlung im Jahre 1912 die Einnahme an Grundrenten für 1911 zu		4'209,236 ℳ	
überzutragen nach Abzug der im Jahre 1911 zu verwendenden Beträge für Stückzinsen aus den im Jahre 1911 zu tilgenden Kapitalien zu	59,540 ℳ		
und für Zinsen und Zinseszinsen aus den angefallenen Tilgungsraten bezw. Bodenzinsen zu	781,833 ℳ		
		841,373 ℳ	
			3'367,863 ℳ,
		Rest für die Jahre 1910 und 1911	8'753,179 ℳ,
		Durchschnitt	4'376,589 ℳ,
		rund	4'376,590 ℳ.

Vortrag

Kap. 2 § 2. Staatszuschuß zur Tilgung der Schuld.

a) Nach Art. 15 Abs. 1 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{16. August 1908}}$ zur Deckung der den Pflichtigen erlassenen Tilgungsraten

b) Nach Art. 16 des Gesetzes vom $\frac{\text{2. Februar 1898}}{\text{12. Dezember 1899}}$ zur Deckung der Nachlässe bei freiwilligen Ablösungen . . .

Bedarf für Tilgung der Schuld, zugleich Summe § 2 . . .

Bedarf für Tilgung	Erläuterungen
ℳ	
739,380	An Tilgungsraten berechnen sich aus den von den Kreisregierungen mitgeteilten Anfällen an Bodenzinsen für 1910 . . . . 745,728 ℳ, „ 1911 . . . . 733,031 ℳ, Summe . . . 1'478,759 ℳ, Durchschnitt . . . . 739,380 ℳ.
93,520	Nach den von den Kreisregierungen erholten Mitteilungen sind die Nachlässe nach Art. 16 zu veranschlagen für 1910 auf . . . . 94,394 ℳ, „ 1911 „ . . . . 92,659 ℳ, Summe . . . 187,053 ℳ, Durchschnitt . . 93,527 ℳ rund . . . . 93,520 ℳ.
832,900	

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

des

Bedarfs für Verzinsung

der

Landeskulturrentenschuld.

Vortrag

Kap. 2 § 1. Bedarf für Verzinsung der Schuld.

Tit. 1. Laufende Zinsen.

Durch § 9 des Finanzgesetzes vom 16. August 1908 (Ges.- u. VOBl. S. 409 ff.) wurde der Höchstbetrag, welchen der gleichzeitige Umlauf der auf Grund des Gesetzes, die Landeskulturrentenanstalt betr., in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 1908 und des § 22 des Finanzgesetzes vom 10. August 1904 auszugebenden Landeskulturrentenscheine nicht übersteigen darf, auf 50 Millionen Mark erhöht.

Der nach Abzug der geleisteten Tilgungsbeträge verbleibende Restbestand an Darlehenskapitalien hat Ende 1908 25'832,034 ℳ 20 ₰ betragen, während Landeskulturrentenscheine im Nennwerte von 25'816,400 ℳ im Umlauf sich befanden.

Im ersten Halbjahr 1909 sind zusammen 760,615 ℳ neue Darlehen zu 3¾ %, 289,000 ℳ zu 3½ % und 1'767,948 ℳ zu 3¼ % angewiesen worden, für das zweite Halbjahr 1909, dann für die Jahre 1910 und 1911 steht nach Mitteilung der K. Landeskulturrentenkommission folgender mutmaßlicher Zugang an Landeskulturrentendarlehen zu erwarten:

	zu 3¾ %	zu 3½ %	zu 3¼ %
für das zweite Halbjahr 1909	1'000,000 ℳ	2'000,000 ℳ	1'000,000 ℳ
" " erste " 1910	1'500,000 ℳ	4'000,000 ℳ	1'500,000 ℳ
" " zweite " 1910	1'500,000 ℳ	1'000,000 ℳ	1'500,000 ℳ
" " erste " 1911	1'500,000 ℳ	1'000,000 ℳ	1'500,000 ℳ
" " zweite " 1911	1'500,000 ℳ	1'000,000 ℳ	1'500,000 ℳ

Durch die hiewegen erforderliche Ausgabe von Rentenscheinen wird bei Berücksichtigung der anfallenden Tilgungsfonds, welche entweder zur Hingabe neuer Darlehen oder zur Verlosung Verwendung zu finden haben, eine Erhöhung des Betrags der umlaufenden Rentenscheine in folgender Weise sich ergeben:

	zu 4 %	zu 3½ %
für das erste Halbjahr 1909 um	760,700 ℳ	1'672,600 ℳ
" " zweite " 1909 "	994,100 ℳ	2'607,300 ℳ
" " erste " 1910 "	1'487,800 ℳ	5'086,200 ℳ
" " zweite " 1910 "	1'478,200 ℳ	2'053,000 ℳ
" " erste " 1911 "	1'468,400 ℳ	2'030,500 ℳ
" " zweite " 1911 "	1'458,400 ℳ	2'007,500 ℳ

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	ℳ	ℳ
Mit Rücksicht darauf, daß die Landeskultur-Rentenscheine mit halbjährigen Zinsterminen (1. Juni und 1. Dezember) ausgegeben werden, berechnet sich nachstehender Bedarf:		
1. Für das Jahr 1910.		
Stand der Landeskulturrentenschuld Ende 1908		
zu 4 %	—	—
zu $3^1/_2$ %	25'816,400	903,574
Zugang im Jahre 1909		
zu 4 %	1'754,800	70,192
zu $3^1/_2$ %	4'279,900	149,796
Stand der Schuld Ende 1909	31'851,100	1'123,562
Zugang im Jahre 1910		
im ersten Halbjahr zu 4 %	1'487,800	59,512
zu $3^1/_2$ %	5'086,200	178,017
im zweiten Halbjahr zu 4 %	1'478,200	59,128
zu $3^1/_2$ %	2'053,000	71,855
Stand der Schuld Ende 1910	41'956,300	1'492,074
Summe		
Hievon ab die von den Darlehensnehmern für 1910 zu entrichtenden Zinsen und Zinsraten zu		
verbleibt Zinsbedarf für 1910		
2. Für das Jahr 1911.		
Stand der Schuld Ende 1910	41'956,300	1'492,074
Zugang im Jahre 1911		
im ersten Halbjahr zu 4 %	1'468,400	58,736
zu $3^1/_2$ %	2'030,500	71,068
Seite	45'455,200	1'621,878

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
M	
1'123,562	
44,634	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 9 Monate.
133,513	
14,782	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 3 Monate.
17,964	
1'334,455	
1'229,355	
105,100	
1'492,074	
44,052	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 9 Monate.
53,301	
1'589,427	

Vortrag	Kapitalsbetrag	Jahreszins hieraus
	M	M
Übertrag	45'455,200	1'621,878
Noch Zugang im Jahre 1911		
im zweiten Halbjahr zu 4 %	1'458,400	58,336
zu 3½ %	2'007,500	70,262
Stand der Schuld Ende 1911	48'921,100	1'750,476
Summe		
Hievon ab die von den Darlehensnehmern für 1911 zu entrichtenden Zinsen und Zinsraten zu		
verbleibt Zinsbedarf für 1911		
Hiezu „ „ 1910		
Summe Tit. 1 für die beiden Jahre 1910 und 1911		
Durchschnitt für ein Jahr		
rund		
Tit. 2. Hinausvergütete Depositalzinsen		
Summe § 1. Bedarf für Verzinsung für ein Jahr . . .		

Bedarf für Verzinsung	Erläuterungen
ℳ	
1'589,427	
14,584	Mutmaßlicher Zinsbedarf für 3 Monate.
17,566	
1'621,577	
1'513,726	
107,851	**Durchschnittsberechnung.**
105,100	Die Zinsen aus den Rentenscheinen betragen: für 1910 . . . 1'334,455 ℳ, „ 1911 . . . 1'621,577 ℳ, Summe 2'956,032 ℳ, Durchschnitt 1'478,016 ℳ, rund 1'478,020 ℳ
212,951	Hievon ab: die von den Darlehensnehmern zu entrichtenden Zinsen und Zinsraten für 1910 . . . 1'229,355 ℳ, „ 1911 . . . 1'513,726 ℳ,
106,475	Summe 2'743,081 ℳ, Durchschnitt 1'371,541 ℳ, rund 1'371,540 ℳ,
106,480	mithin Zinsbedarf für ein Jahr 106'475 ℳ, rund 106,480 ℳ.
—	
106,480	

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 24.

Landtag.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				M
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Landtags-Versammlung.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	58,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	59,000
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten und Einrichtungsgegenstände für den Bureauvorstand der Kammer der Abgeordneten	300
		2	Für Ergänzung und Vermehrung der Landtagsbibliothek	6,000
		3	Kosten der Landtagsversammlung	600,000
			Summe § 2	606,300
			Hiezu " § 1	59,000
			Summe A	665,300
			B. Landtags-Archiv.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	10,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	10,200
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	950
			Summe § 2	950
			Hiezu " § 1	10,200
			Summe B	11,150
			Hiezu " A	665,300
			Summe Kap. 1	676,450

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
50,600	7,400	—	S. 8	* Hierunter 3,430 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
—	—	—		
—	1,000	—		
50,600	8,400	—		
300	—	—		
5,500	500	—		
650,000	—	50,000		Minder wegen Wegfalles des Aufwandes für den besonderen Ausschuß zur Beratung der Gesetzentwürfe über die direkten Steuern 2c.
655,800	500	50,000		
		49,500		
50,600	8,400	—		
706,400		41,100		
20,370	—	10,170	S. 9	
—	—	—		
—	—	—		
20,370	—	10,170		
950	—	—		
950	—	—		
20,370	—	10,170		
21,320	—	10,170		
706,400	—	41,100		
727,720	—	51,270		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
2			**Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	12,000
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			**Umzugskosten**	—
			Summe Kap. 3 für sich.	
4			**Unterstützungen für das Kanzlei- und Botenpersonal**	1,000
			Summe Kap. 4 für sich.	
5			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	4,500
	2		Für Gebäudeunterhaltung	7,500
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	—
			Summe Kap. 5	12,000
			Hiezu „ „ 4	1,000
			„ „ 3	—
			„ „ 2	12,000
			„ „ 1	676,450
			Summe der Ausgaben (Etat Nr. 24) . . .	701,450

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
12,000	—	—		
—	—	—		
1,000	—	—		
4,500	—	—		*) 748,525 M ursprünglicher Budgetbetrag, 6,195 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 754,720 M Summe wie neben.
9,500	—	2,000		
—	—	—		
14,000	—	2,000		
1,000	—	—		
—	—	—		
12,000	—	—		
727,720	—	51,270		
754,720*)	—	53,270		

Außerdem sind im Etat Nr. 31
an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten 3,100 M,
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . . . 5,000 M.

Summe 8,100 M.

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . 701,450 M.

Summe der Ausgaben auf den Etat des Landtags im ordentlichen Budget . . . . 709,550 M.

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget . . . . — M.

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Landtags . . . . 709,550 M.

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerien des Innern und der Finanzen.

von Pfaff. von Brettreich.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 6. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:					
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Etat des Landtags.							
	A. Landtags-Versammlung.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Kanzleidirektor der Kammer der Reichsräte	1	—	6,830				
7	Bureauvorstand der Kammer der Abgeordneten . . .	1	—	6,940				
7	Vorstand des Stenographischen Instituts	1	—	6,000				
10	Assessoren des Stenographischen Instituts	7	3000 bis 6500	33,000				
17	Sekretär des Stenographischen Instituts	1	—	1,800				
	Summe a	11	—	54,570	—	3,430	58,000	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	11	—	54,570	—	3,430[1]	58,000	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	15[2]					45,320[2]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					5,280	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	15					50,600	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					7,400[3]	
	weniger	4[3]						

[1]) Künftig wegfallend.

[2]) 5 Beamte mit 22,975 ℳ Bedarf nach Anlage A,
10 Beamte mit 22,345 ℳ „ nach Anlage B,
15 Beamte mit 45,320 ℳ Bedarf.

[3]) Hievon treffen:
5,280 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs und
2,020 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
200 ℳ werden ausgeglichen durch den Mehranfall an Mietentschädigungen,
7,840 ℳ durch den Wegfall von Nebenbezügen.
Die Differenz zu
7,940 ℳ erklärt sich dadurch, daß die Besoldungen von 4 Landtagsbeamten, die auf Dienstvertrag angestellt sind, nunmehr bei Kap. 1 A § 2 Tit 3 „Kosten der Landtagsversammlung“ erscheinen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Landtagsarchiv.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Landtagsarchivar mit Rang und Gehalt eines Regierungsdirektors . . .	1	—	10,200	—	—	10,200	
	Summe a	1	—	10,200	—	—	10,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1	—	10,200	—	—	10,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6[1]					19,455[1]	[1]) 1 Beamter mit 8,370 M Bedarf nach Anlage A, 5 Beamte mit 11,085 M " nach Anlage B, 6 Beamte mit 19,455 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					915	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 u. 1909	6					20,370	
	Sohin für 1910 und 1911 weniger	5[2]					10,170[2]	[2]) Dem ausgewiesenen Minderbedarfe zu 10,170 M stehen die Besoldungen der 5 Beamten mit 11,085 M gegenüber, die seither außerdem bei dem Besoldungsetat veranschlagt waren, nunmehr aber bei Kap. 1 A § 2 Tit. 3 „Kosten der Landtagsversammlung" erscheinen, weil diese Beamten seit 1. Januar 1909 auf Dienstvertrag angestellt sind. Bei Berücksichtigung dieses Abgangs ergibt sich ein Mehrbedarf von 915 M, der seinen Grund in der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs für die Neuregelung des Gehalts des Landtagsarchivars hat.
	Zusammentrag.							
	Summe A . . .	11	—	54,570	—	3,430	58,000	
	Summe B . . .	1	—	10,200	—	—	10,200	
	Summe des Jahresvoranschlags für den Etat des Landtags für 1910 und 1911 .	12	—	64,770	—	3,430	68,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	21[3]					64,775[3]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					6,195	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 u. 1909	21					70,970	[3]) 6 Beamte mit 31,345 M Bedarf nach Anlage A, 15 Beamte mit 33,430 M " nach Anlage B, 21 Beamte mit 64,775 M Bedarf.
	Sohin für 1910 und 1911 weniger	9					2,770	

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerien des Innern und der Finanzen.

von Pfaff. von Brettreich.

Etat Nr. 25.

Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Staatsministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	260,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,200
			Summe § 1	262,400
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	24,500
			Summe § 2	24,500
			Hiezu „ § 1	262,400
			Summe A	286,900
			B. Geheimes Haus- und Staatsarchiv.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
			Besoldungen der Beamten	30,350
			Summe § 1	30,350
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen, ferner für Erwerbung von Dokumenten und Archivalien)	4,000
			Summe § 2	4,000
			Hiezu „ § 1	30,350
			Summe B	34,350

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
236,500	23,700	—	A S. 18	
—	1,000[1]	—		[1] Die Erfahrungen der letzten Jahre lassen es erforderlich erscheinen, für Stellvertretung und Geschäftsaushilfe etatsmäßige Mittel zur Verfügung zu haben.
1,200	—	—		
237,700	24,700	—		
22,500	2,000[2]	—		[2] Die Erhöhung der Position ist dringend geboten, weil die bisherige Summe zur Bestreitung der erhöhten Kosten für Beheizung, Beleuchtung und Schreibmaterial nicht mehr zureicht und weil einige Ausgaben, welche bisher auf Kap. 4 § 1 verrechnet wurden, künftig aus dieser Position zu bestreiten sein werden. Die Position Kap. 4 § 1 hat eine entsprechende Minderung erfahren.
22,500	2,000	—		
237,700	24,700	—		
260,200	26,700	—		
26,563	3,787	—	A S. 19	
26,563	3,787	—		
4,000	—	—		
4,000	—	—		
26,563	3,787	—		
30,563	3,787	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
1			**C. Gesandtschaften.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
			Besoldungen der Beamten	351,900
			Summe § 1	351,900
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume sowie für sonstigen mit den Gesandtschaften zusammenhängenden Aufwand)	64,000
			Summe § 2	64,000
			Hiezu " § 1	351,900
			Summe C	415,900
			D. Gewerbeaufsicht.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	149,115
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	52,000
			Summe § 1	202,115
	2		Sächliche Ausgaben (für die Jahresberichte und die ausscheidbaren besonderen Regiebedürfnisse der Gewerberäte, z. B. für benötigte Fachliteratur, Druckkosten, Formularien ꝛc.) . . .	10,000
			Summe § 2	10,000
			Hiezu " § 1	202,115
			Summe D	212,115

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
336,650	15,250	—	A S. 20	
336,650	15,250	—		
64,000	—	—		
64,000	—	—		
336,650	15,250	—		
400,650	15,250	—		
128,645	20,470	—	A S. 21	
1,000	—	—		
49,000	3,000[1]	—		[1]) Mehrbedarf durch die Personalvermehrung veranlaßt.
178,645	23,470	—		
7,000	3,000[2]	—		[2]) Mehrbedarf durch die Notwendigkeit der Miete und Ausstattung von Amtsräumen für den neupostulierten Gewerberat; hievon 1200 M künftig wegfallend.
7,000	3,000	—		
178,645	23,470	—		
185,645	26,470	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
1			**E. Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	3,500
		2	Tagegelder und Reisekosten	9,400
			Summe § 1	12,900
	2		Sächliche Ausgaben für Gutachten in gewerblichen und industriellen Fragen, für Untersuchungen und Versuche, für Unterstützung von Einrichtungen zur Förderung des Handwerks und dergleichen	18,000
			Summe § 2	18,000
			Hiezu „ § 1	12,900
			Summe E	30,900
			F. Arbeitermuseum.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	6,590
		2	Tagegelder und Reisekosten	600
			Summe § 1	7,190
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Kanzleikosten, Regieerfordernisse und sonstige Betriebskosten	10,600
		2	Für neue Erwerbungen	1,300
			Summe § 2	11,900
			Hiezu „ § 1	7,190
			Summe F	19,090

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2,825	675	—	A S. 22	
9,400	—	—		
12,225	675	—		
18,000	—	—		
18,000	—	—		
12,225	675	—		
30,225	675	—		
5,405	1,185	—	A S. 23	
300	300[1]	—		[1]) Mehrbedarf durch die in Aussicht genommene Vortragstätigkeit des Museumsleiters außerhalb Münchens veranlaßt.
5,705	1,485	—		
7,600	3,000[2]	—		[2]) Mehrbedarf durch die Erweiterung des Museums veranlaßt.
1,000	300[3]	—		[3]) Der bisherige Betrag hat sich als nicht genügend erwiesen.
8,600	3,300	—		
5,705	1,485	—		
14,305	4,785	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
1			**G. Bergbehörden.**	
			I. Oberbergamt.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	38,050
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	4,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,500
			Summe § 1	44,550
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	3,700
			Summe § 2	3,700
			Hiezu „ § 1	44,550
			Summe I	48,250
			II. Berginspektionen.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	43,110
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	11,300
		4	Aufwand für die Berggewerbegerichte	1,500
			Summe § 1	57,310
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	4,200
			Summe § 2	4,200
			Hiezu „ § 1	57,310
			Summe II	61,510

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
36,320	1,730	—	A S. 24	
4,000	—	—		
2,500	—	—		
42,820	1,730	—		
3,200	500[1]	—		[1]) Mehrbedarf veranlaßt insbesondere durch Steigen der Heizungs-, Beleuchtungs- und Reinigungskosten.
3,200	500	—		
42,820	1,730	—		
46,020	2,230	—		
36,205	6,905	—	A S. 24	
1,600	—	200		[2]) Diese Position ist durch die Einsetzung von Kanzleiassistenten für die Berginspektionen entlastet; indes ist nur eine Minderung um 200 ℳ möglich, weil Mittel für die Schreibaushilfe des exponierten Assessors und für die zeitweise Verwendung von Praktikanten bei den Berginspektionen erforderlich sind.
10,900	400[3]	—		
1,500	—	—		[3]) Der bisherige Betrag hat sich als nicht genügend erwiesen.
50,205	7,305	200		
	7,105	—		
4,350	—	150[4]		[4]) Die Mehrung, welche diese Position in der vorigen Finanzperiode erfahren hatte, war teilweise durch vorübergehende Bedürfnisse veranlaßt und deshalb auch im Budget für 1908 und 1909 (cfr. S. 9 Bem. 3) als teilweise künftig wegfallend bezeichnet worden. Neue Bedürfnisse (insbesondere der Regiebedarf für die Expositur in Schwandorf und die erhöhten Kosten für Beheizung und Beleuchtung) verbieten jedoch eine größere Minderung.
4,350	—	150		
50,205	7,105	—		
54,555	7,105	150		
	6,955	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
1 G			III. Geognostische Untersuchung des Königreichs.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	36,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	7,000
			Summe § 1	44,200
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Kanzleikosten (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	4,500
		2	Kosten für Kartierung und Publikation . . . 4,800 ℳ Hievon ab die Einnahmen . . . 300 „	4,500
			Summe § 2	9,000
			Hiezu „ § 1	44,200
			Summe III	53,200
			IV. Beitrag zur Bergschule Saarbrücken als Gegenleistung für die Aufnahme bayerischer Bergschüler	3,000
			Summe IV	3,000
			Hiezu „ III	53,200
			„ II	61,510
			„ I	48,250
			Summe G	165,960
			Hiezu „ F	19,090
			„ E	30,900
			„ D	212,115
			„ C	415,900
			„ B	34,350
			„ A	286,900
			Summe Kap. 1	1'165,215

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
32,710	3,490	—	A S. 25	
1,000	—	—		
6,500	500[1]	—		[1]) Mehrbedarf veranlaßt durch die in der vorigen Finanzperiode eingetretene Personalmehrung.
40,210	3,990	—		
4,000	500[2]	—		[2]) Mehrbedarf veranlaßt durch Einrichtungsgegenstände für agrogeologische Untersuchungen, deren notwendige Anschaffung die im vorigen Budget in Aussicht genommene Kürzung der Position nicht gestattet.
4,500	—	—	B S. 28	[3]) Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
8,500	500	—		
40,210	3,990	—		
48,710	4,490	—		
3,000	—	—		
3,000	—	—		
48,710	4,490	—		
54,555	6,955	—		
46,020	2,230	—		
152,285	13,675	—		
14,305	4,785	—		
30,225	675	—		
185,645	26,470	—		
400,650	15,250	—		
30,563	3,787	—		
260,200	26,700	—		
1'073,873	91,342	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
2			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	140,200
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			**Umzugskosten**	2,500[2)]
			Summe Kap. 3 für sich.	
4			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	1,500
	2		Für Gebäudeunterhaltung	9,750[4)]
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	4,150[6)]
			Summe Kap. 4	15,400
5			**Konsulate**	350
			Summe Kap. 5 für sich.	
6			**Orden**	7,000
			Summe Kap. 6 für sich.	
7			**Kosten für Unterhaltung und Berichtigung der Grenzen**	9,500[7)]
			Summe Kap. 7 für sich.	
8			**Unterstützung hilfsbedürftiger Bayern im Auslande**	10,000
			Summe Kap. 8 für sich.	
9			**Übrige Ausgaben.**	
	1		Beitrag zu den Ausgaben des Polytechnischen Vereins in München	26,000
	2		Beitrag zu den Ausgaben der Landesgewerbeanstalt in Nürnberg	245,000[9)]
	3		Beitrag zu den Ausgaben des Gewerbemuseums in Kaiserslautern	21,000
	4		Für sonstige industrielle und gewerbliche Zwecke	120,000
	5		Sonstige Ausgaben (für unvorhergesehene, nicht unter eine der vorstehenden Positionen fallende Bedürfnisse)	500
			Summe Kap. 9	412,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
120,400	19,800[1]	—	
500	2,000	—	
2,800	—	1,300[3]	
13,950	—	4,200[5]	
44,500	—	40,350	
61,250	—	45,850	
350	—	—	
7,000	—	—	
12,500	—	3,000	
10,000	—	—	
30,000	—	4,000[8]	
130,000	115,000	—	B S. 28/29
18,000	3,000[10]	—	
120,000	—	—	
300	200[11]	—	
298,300	118,200	4,000	
	114,200		

Erläuterungen

[1]) Die Bauschalvergütung für die Postbeförderungen beträgt nunmehr 114,700 ℳ statt der bisherigen 103,100 ℳ und der Anteil an den Kosten für die Verbreitung der Wetterprognose ist von 8,300 ℳ auf 16,500 ℳ gestiegen.

[2]) Der Mehrbedarf ist zum Vollzuge der Vorschriften des Art. 39 Abs. 3 und des Art. 52 Abs. 4 des Beamtengesetzes erforderlich, wonach den Beamten, die ihren dienstlichen Wohnsitz außerhalb des Königreichs haben, bei ihrer Versetzung in den Ruhestand die Kosten des Umzugs in die Heimat zu vergüten sind.

[3]) Diese Minderung ist in den neuen Bestimmungen über die Verrechnung der früheren sogenannten „Ständigen Bauausgaben" begründet; ihr entspricht eine Mehrung bei Kap. 1 A § 2 und Kap. 4 § 2.

[4]) Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

[5]) Von dem Budgetbetrag für 1908 und 1909 waren 4750 ℳ als künftig wegfallend erklärt. Dieser Betrag ist nunmehr in Wegfall gekommen, dagegen ist aus den zu Kap. 4 § 1 angegebenen Gründen [cfr. Erläuterung [3])] ein Mehrbedarf von 550 ℳ vorgesehen.

[6]) Auf spätere Finanzperioden übertragbar. Künftig wegfallend. Der Betrag ist benötigt für Adaptierung von Räumen im alten Landgerichtsgebäude in Bayreuth für die Berginspektion daselbst. Auf das außerordentliche Budget wird hier Bezug genommen.

[7]) Hievon 4000 ℳ künftig wegfallend. Zurzeit ist noch die böhmische und die oberösterreichische Grenzrevision im Gange. Sobald diese, außerordentliche Mittel fordernden Grenzbereinigungen beendet sein werden, kann die Etatsposition auf den früheren normalen Betrag von 5500 ℳ zurückgebracht werden.

[8]) Diese 4000 ℳ waren in dem Budget für die vorige Finanzperiode, weil für vorübergehende Bedürfnisse bestimmt, bereits als künftig wegfallend bezeichnet.

[9]) Hievon 15,000 ℳ künftig wegfallend.

[10]) Der Voranschlag des Museums für 1909 schließt mit einem Defizit von 3532 ℳ ab, da der Aufwand für die Bibliothek, die Sammlungsgegenstände und die Versicherungen eine Erhöhung der Ausgaben bedingten; auch wird der Gehalt des Direktors künftig mehr Mittel beanspruchen. Um den Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben herbeizuführen, ist eine Erhöhung des Staatszuschusses um 3000 ℳ veranlaßt.

[11]) Die Erhöhung ist vorgeschlagen, um die Mittel für die Kosten etwaiger Disziplinarstrafverfahren, soweit solche die Staatskasse treffen, zu gewinnen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Wiederholung der Ausgaben.	
			Summe Kap. 1	1'165,215
			" " 2	140,200
			" " 3	2,500
			" " 4	15,400
			" " 5	350
			" " 6	7,000
			" " 7	9,500
			" " 8	10,000
			" " 9	412,500
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 25)	1'762,665

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1'073,873	91,342	–		
120,400	19,800	—		
500	2,000	—		
61,250	—	45,850		
350	—	—		
7,000	—	—		
12,500	—	3,000		
10,000	—	—		
298,300	114,200	—		
1'584,173*)	227,342	48,850		
	178,492			

*) 1'538,258 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
45,915 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
1'584,173 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 85,830 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . 43,600 ℳ

Summe 129,430 ℳ

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . 1'762,665 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des K. Hauses und des Äußern im ordentlichen Budget . . . . 1'892,095 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget, und zwar auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziff. I e u. k) 293,000 ℳ oder für ein Jahr . . . . 146,500 ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des K. Hauses und des Äußern 2'038,595 ℳ.

München, den 28. Juli 1909.

K. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern.

Dr. Frhr. von Podewils.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	A. Staatsministerium.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
1	Staatsminister	1	—	24,000	16,000[1]			
4	Ministerialdirektoren . . .	2[2]	—	24,000	2,400[3]			
5	Ministerialräte	6	8400 bis 10200	54,600	1,000[4]			
7	Legationsräte	3	6500 bis 7000	20,500	—			
9	Legationssekretäre 1. Kl. bezw. Regierungsassessor . . .	3	4800 bis 5800	15,900	—			
12	Legationssekretäre 2. Kl. .	2	3500 bis 4000	7,500	—			
13	Geheimer Rechnungskommissär	1						
	Geheime Sekretäre . . .	4						
	Geheime Registratoren . .	2 7	4600 bis 5400	36,200	—			
14	Sekretäre und Registratoren	5	3000 bis 4200	18,300	—			
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	8	1800 bis 2400	16,650	—			
21	Boten und Diener	10	1950 bis 2550	21,900	—			
	Summa a	47	—	239,550	19,400	1,250	260,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:	47		239,550	19,400	1,250[5]	260,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	46[6]					220,900[6]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	(1)[7]					15,600	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909:	46 (47)					236,500	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr:	—					23,700[8]	

Erläuterungen:

[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.

[2]) An die Spitze der in sich geschlossenen, in ihrer Bedeutung und in ihrem Geschäftsumfang stets wachsenden Ministerialabteilung für Handel und Gewerbe soll ein Ministerialdirektor treten. — Die aus diesem Anlaß eintretende effektive Mehrung beziffert sich auf 1800 M.

[3]) Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.

[4]) Nebenbezug des Vorstandes des Geheimen Haus- und Staatsarchivs.

[5]) Künftig wegfallend.

[6]) 28 Beamte mit 185,240 M Bedarf nach Anl. A,
18 Beamte mit 35,660 M „ nach Anl. B,
46 Beamte mit 220,900 M Bedarf.

[7]) Vergl. Denkschrift zur Frage der Neuregelung der Dienst-, Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Staatsbeamten S. 250 Bem. 2.

[8]) Hievon treffen:
15,600 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
8,100 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Stellenumwandlung.
23,700 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	B. Geheimes Haus- und Staatsarchiv.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Räte	3	7000 bis 7500	22,000				
12	Assessor	1	—	4,000				
25	Diener[1])	1	—	2,550				[1]) Für seine Person nach Klasse 21 behandelt.
	Summe a	5		28,550	—	—	28,550	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Praktikant	1		1,800	—	—	1,800	
	Summe b für sich.							
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	6		30,350	—	—	30,350	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6[2])					24,183[2])	[2]) 4 Beamte mit 20,430 ℳ Bedarf nach Anl. A, 2 Beamte mit 3,753 ℳ „ nach Anl. B, 6 Beamte mit 24,183 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .						2,380	
	Summe des Budgetbebetrags für 1908 und 1909	6					26,563	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					3,787[3])	[3]) Hievon treffen: 2380 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 1407 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen 3787 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	C. Gesandtschaften.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
3	Gesandte mit dem Gehalte der Regierungspräsidenten .	3	14000	42,000			
5	Geheime Legationsräte 1. Kl.	4	9000 bis 10200	39,600			
6	Geheime Legationsräte 2. Kl.	2	8200 bis 8700	16,900			
7	Legationsräte	3	6500 bis 7500	21,500			
9	Legationssekretär 1. Kl. . .	1	—	5,800			
12	Legationssekretär 2. Kl. . .	1	—	4,000			
13	Geheime Sekretäre . . .	2	5000 bis 5400	10,400			
14	Kanzleisekretäre[1])	3	3000 bis 4200	11,100			
22	Boten und Diener . . .	2	2200	4,400			
	Summe a	21		155,700	196,200	—	351,900
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	21		155,700	196,200	—	351,900
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	20[2])					325,650[2])
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	(1)[3])					11,000
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	20 (21)					336,650
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					15,250[4])

Erläuterungen

[1]) Für Wien wird statt einer Kanzleiassistentenstelle eine Sekretärsstelle postuliert. Der Umfang der Geschäfte bei der Gesandtschaft in Wien hätte schon länger die Schaffung einer Sekretärsstelle erforderlich gemacht, wenn nicht bisher ein nun verstorbener Offizier a. D. die Sekretärsgeschäfte daselbst besorgt hätte.

[2]) 18 Beamte mit 318,840 ℳ Bedarf nach Anl. A,
2 Beamte mit 6,810 ℳ „ nach Anl. B,
20 Beamte mit 325,650 ℳ Bedarf.

[3]) Vergl. Denkschrift zur Frage der Neuregelung der Dienst-, Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Staatsbeamten und Staatsbediensteten S. 252 Bem. 1.

[4]) Hievon treffen:
11,000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
4,250 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Stellenumwandlung
15,250 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	D. Gewerbeaufsicht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Zentralinspektor für Fabriken und Gewerbe	1		7,700				
7	Regierungs- und Gewerberäte	4	6000 bis 7500	27,668				
9	Gewerberäte	8[1]	4800 bis 5800	40,075				[1]) 1 Gewerberat mehr mit Rücksicht auf die Teilung des Aufsichtsbezirks Mittelfranken.
9	Gewerbeassessoren mit dem Gehalte von Gewerberäten	4[2]	4800 bis 5300	21,347				[2]) Früher pragmatisierte Assistenten; im Fall der Erledigung sollen diese Stellen mit Gewerbeaufsichtsassistenten besetzt werden.
12	Gewerbeassessoren	10	3000 bis 3500	31,700				
16	Gewerbeaufsichtsassistenten .	3[3]	2400 bis 2700	6,425				[3]) 1 Assistent mehr als Gehilfe des zweiten Gewerberats für Mittelfranken.
16	Gewerbeaufsichtsassistentinnen	5[4]	2400 bis 3600	14,200				[4]) 1 Assistentin mehr, da die bisher im diesseitigen Bayern verwendeten 3 Assistentinnen nicht mehr ausreichen.
	Summe a	35		149,115			149,115	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte:	—	—	—	—	—	—	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	35		149,115	—	—	149,115	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	32[5]					118,645[5]	[5]) 21 Beamte mit 93,180 ℳ Bedarf nach Anl. A, 11 Beamte mit 25,465 ℳ " nach Anl. B, 32 Beamte mit 118,645 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					10,000	[6]) Hievon treffen: 10,000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 4,070 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 6,400 ℳ auf die ausgewiesenen Personalvermehrungen 20,470 ℳ Summe wie neben.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	32					128,645	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	32					20,470[6]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	E. Zentralstelle für Industrie, Gewerbe und Handel.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Gewerbeinspektor	1		3,500				
	Summe a	1		3,500	—	—	3,500	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—		—	—	—	—	
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1		3,500	—	—	3,500	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1					2,640	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					185	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	1					2,825	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					675*	* Hievon treffen: 185 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs; 490 M auf Mehrbedarf für Gehaltsvorrückung; 675 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	F. Arbeitermuseum.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Gewerberat	1[1]		4550				[1]) Zurzeit bekleidet der Museumsbeamte die Stelle eines Gewerbeassessors mit 4000 ℳ Gehalt, ist aber nicht selbständig, sondern dem Gewerberat für München unterstellt; im Interesse des Museums liegt es, einen Beamten mit der Leitung des Museums im Hauptamt zu betrauen; die Stelle des Museumsbeamten soll also selbständiger und verantwortungsvoller als bisher gestaltet werden; dem entspricht ihre Umwandlung in eine Gewerberatsstelle.
22	Maschinist	1		1900				
	Summe a	2		6450	—	140	6590	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—		—	—	—	—	
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	2		6450	—	140[2]	6590	[2]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2[3]					4755[3]	[3]) 1 Beamter mit 3240 ℳ Bedarf nach Anl. A, 1 Beamter mit 1515 ℳ " nach Anl. B, 2 Beamte mit 4755 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					650	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2					5405	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1185[4]	[4]) Hievon treffen: 650 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 535 ℳ auf den Mehrbedarf für Umwandlung der Gewerbeassessorstelle in eine Gewerberatsstelle 1185 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	G. Bergbehörden.							
	I. Oberbergamt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Oberbergdirektor	1		9,000				
7	Oberbergräte	2	6000 bis 7000	13,000				
12	Oberbergamtsmarkscheider .	1		3,500				
16	Sekretär	1		3,300				
23	Kanzleiassistenten	3	2100 bis 2250	6,600				
25	Bote und Diener	1		1,500				
	Summe a	9		36,900		1150	38,050	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—		—	—	—	—	
	Summe I	9		36,900		1150	38,050	
	II. Berginspektionen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Berginspektoren	3	5300 bis 6300	18,110				
12	Bergamtsassessor	1		3,000				
16	Berginspektionsassistenten .	4	3000 bis 3300	13,000				
16	Markscheider der Berginspektionen	2	3300	6,600				
26	Kanzleiassistenten	3*)	1200	2,400				*) Für jede Berginspektion wird zur Entlastung der Inspektionsbeamten je eine Kanzleiassistentenstelle benötigt. Bisher gab es bei den Berginspektionen keine ständigen Schreibkräfte.
	Summe a	13		43,110	—	—	43,110	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe II	13		43,110	—	—	43,110	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	III. Geognostische Untersuchung des Königreichs.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Oberbergrat	1		7,500				
10	Geologen	5	3500 bis 5500	21,700				
12	Assessor	1		3,000				
17	Kartograph	1		2,400				
25	Bote und Diener	1		1,600				
	Summe a	9		36,200			36,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe III	9		36,200	—	—	36,200	
	Hiezu „ II	13		43,110	—	—	43,110	
	„ I	9		36,900	—	1,150	38,050	
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	31		116,210	—	1,150[1]	117,360	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	28[2]					99,135[2]	[2]) 15 Beamte mit 69,600 M Bedarf nach Anl. A, 13 Beamte mit 29,535 M „ nach Anl. B, 28 Beamte mit 99,135 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					6,100	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	28					105,235	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	3					12,125[3]	[3]) Hievon treffen: 6,100 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 3,625 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 2,400 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung 12,125 M Summe wie neben.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe A	47		239,550	19,400	1,250	260,200	
	" B	6		30,350	—	—	30,350	
	" C	21		155,700	196,200	—	351,900	
	" D	35		149,115	—	—	149,115	
	" E	1		· 3,500	—	—	3,500	
	" F	2		6,450	—	140	6,590	
	" G	31		116,210	—	1,150	117,360	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den Etat des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern für 1910 und 1911	143		700,875	215,600	2,540[1]	919,015	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	135[2]					795,908[2]	[2]) 88 Beamte mit 693,170 ℳ Bedarf nach Anl. A, 47 Beamte mit 102,738 ℳ " nach Anl. B, 135 Beamte mit 795,908 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	(2)					45,915	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	137					841,823	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	6					77,192[3]	[3]) Hievon treffen: 45,915 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 22,477 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen ꝛc., der Rest mit 8,800 ℳ auf die ausgewiesenen Personalvermehrungen 77,192 ℳ Summe wie neben.

München, den 28. Juli 1909.

K. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern.

Dr. Frhr. von Podewils.

Erläuterungen.

a. Erläuterungen zu Kap. I G III „Geognostische Untersuchung des Königreichs“.

I. Stand der Geognostischen Untersuchung des Königreichs bis zum Schlusse der 29. Finanzperiode.

Während der 29. Finanzperiode wurden die verschiedenartigen Arbeiten des Geognostischen Bureaus in Ergänzung und im Anschluß an die früheren Aufnahmen und Untersuchungsarbeiten fortgesetzt.

Bei den Aufnahmsarbeiten ergab sich insoferne eine erfreuliche Verbesserung, als für das in Frage kommende Gelände nunmehr die neuen topographischen Karten (1 : 25 000) des topographischen Bureaus des K. Generalstabs, die im Vergleiche zu früher eine weit genauere geologische Aufnahme gestatten, vorliegen und benützt werden. Die Aufnahmen werden zurzeit in einigen Gebietsteilen des unterfränkischen Kreises, in den Saalegegenden mit Vorrhöngebiet, ausgeführt. Hier verlangt die Gegend von Kissingen im Hinblick auf die wertvollen Mineralquellen eine besonders sorgfältige Behandlung, wobei es namentlich darauf ankommt, die wichtigen tektonischen Verhältnisse richtig zu ermitteln. Nach dem Abschluß der Begehungen im Kissinger Land werden die Arbeiten in der Gegend von Brückenau fortgesetzt. Außer der geologischen Kartierung verfolgen diese Untersuchungen noch den Zweck, für die Festlegung des Schutzbereiches der Heilquellen die nötige wissenschaftliche Unterlage zu gewinnen. Für das Quellgebiet von Bad Steben sind die einschlägigen Untersuchungen bereits vorgenommen worden. Ferner wurde mit den Versuchen begonnen, einzelne Gebietsteile geologisch-agronomisch zu kartieren: Das Terrain eines in der weiteren Umgebung von München befindlichen Gutes ist beispielsweise nach dieser Richtung hin schon ausgearbeitet. Zu solchen Verrichtungen ist die Mitwirkung eines ausgebildeten Agronomen unerläßlich. Kann dies auch jetzt wohl aushilfsweise geschehen, so ist doch späterhin die Aufnahme eines solchen landwirtschaftlich Geschulten in den Personalstand des Bureaus dringend geboten. Zurzeit konnte keine Stelle dafür im Etat vorgesehen werden, da bei den beschränkten Lokalitäten die für den Betreffenden notwendigen Arbeitsräume fehlen.

Die Bearbeitung des Stoffes wie die Sichtung der durch die Beobachtung im Felde erzielten Ergebnisse findet hauptsächlich während der Wintermonate statt. Die Bestimmung der eingesammelten Versteinerungen, die petrographische und chemische Prüfung der Gesteine und das Niederschreiben des Textes für die laufenden Publikationen bilden einen Teil dieser Arbeiten, wozu noch die Abfassung von Gutachten oder sonstigen dienstlichen Arbeiten kommt. Besondere Aufmerksamkeit wurde der Untersuchung von Kohlen und anderen den praktischen Zwecken dienenden Substanzen zugewendet, weiters auch wichtigeren hydrogeologischen Objekten. Eine eingehende Prüfung erheischte unter anderm die zum Zwecke bergrechtlicher Entscheidungen wichtige Frage, ob die oberbayerische Pechkohle zur Gruppe der Steinkohlen oder der Braunkohlen gehöre. Was die jüngeren Kohlen betrifft, so fanden genaue Ermittelungen über die bayerischen Braunkohlenlager statt, wobei namentlich die Beschaffenheit, der Heizwert und die Verwertungsart der Kohle an den verschiedenen Fund- oder Förderplätzen in Betracht kam. Eine ausführliche Berücksichtigung wurde wiederholt den Vorkommnissen des vulkanischen Tuffes im Ries zu teil, welches Gestein nicht nur als Bausteinmaterial, sondern, wie neuerdings durch Sachverständige im Baufach festgestellt worden ist, auch als Mörtelbildner geeignete Verwendung finden kann. Mehrfach gab sich die Gelegenheit, den betreffenden sich um die Ausnützung des Riestrasses bemühenden Interessenten vom geologischen Standpunkt aus förderliche Aufschlüsse zu erteilen. Auskunft und Rat wurde auch sonst in vielen Fällen gewährt. Die Bestellung auf Kartenkopien nach den geognostischen Originaldarstellungen in Blättern größeren Maßstabs war während der letzten beiden Jahre gleichwie früher ebenfalls sehr rege.

Was die Publikationsarbeiten anlangt, so hat deren Programm eine bedeutsame Erweiterung dadurch erfahren, daß beabsichtigt ist, auf der Grundlage der obenerwähnten topographischen Blätter (1 : 25 000) geologische Spezialkarten in diesem Maßstab in der Ausstattung mit Höhenkoten — im Anschluß an die deutsche Publikationspraxis außerhalb Bayerns — herauszugeben; für den wissenschaftlichen und volkswirtschaftlichen Wert einer geologischen Karte ist ihr Maßstab von der wesentlichsten Bedeutung; je größer der Maßstab, um so größer die Deutlichkeit, Wahrheit und Genauigkeit des Kartenbilds, um so eher möglich eine rasche Aufeinanderfolge der Publikationen und ein billiger Preis derselben.

Daneben wird die Publikation der geognostischen Karte des Königreichs in Blättern 1 : 100 000 bis zur Vollendung des großen Werks fortgesetzt werden. Zurzeit wird mit

allen Kräften angestrebt, die beiden auf die Nordpfalz treffenden Blätter zur Veröffentlichung zu bringen. Für das eine Blatt haben sich bei weiterer Verarbeitung des Materiales noch einzelne ergänzende Untersuchungen zur völligen Richtigstellung der für die Lithographie und den Farbendruck der Karte erforderlichen Vorlage als notwendig ergeben, vom andern Blatt befindet sich der Farbenabzug bereits unter der Presse, auch wird zurzeit der Text für die Beschreibung des Blattgebietes ausgearbeitet.

Von den geologisch-agronomisch bearbeiteten kartistischen Darstellungen ist ein Blatt, die Karte des Gutes Häusern bei Röhrmoos (1 : 5000) druckfertig geworden und steht dessen Publikation mit den zugehörigen Erläuterungen demnächst bevor.

Von den geognostischen Jahresheften gelangten zwei Jahrgänge zur Veröffentlichung. Die erste Arbeit des 19. Jahrganges (1906) legt die petrographischen Eigenschaften der zur Diabas- und Melaphyr-Gruppe gehörigen Eruptivgebilde aus der permokarbonischen Formation der Rheinpfalz dar, eine zweite Abhandlung bespricht diese Gesteine, namentlich die der Niederkirchner Masse, als geologische Körper und führt dabei wichtige tektonische Einzelheiten vor. Die nächste Abhandlung ist der Beschreibung von Muschelresten aus dem Unterrotliegenden der Pfalz und des Saar-Nahe-Landes gewidmet. Ein Aufsatz über die Eisenglimmervorkommen am Gleissinger Fels im Fichtelgebirge liefert zur Kenntnis unserer Eisenerzvorkommen einen Beitrag, andere Aufsätze bringen bemerkenswerte Versteinerungen, beispielsweise eine neue jurassische Medusenart aus der Sammlung der Landesuntersuchung zur Anschauung, während der Schlußartikel des Jahrgangs die geologischen Verhältnisse des Quellgebietes für die neue Wasserversorgung der Stadt Nürnberg behandelt. Im 20. Bande der Jahreshefte (1907) werden zunächst Pflanzenreste, Hölzer, die für die Bestimmung der einzelnen Schichtenkomplexe der kohlenführenden Formationen der Pfalz eine gewisse Bedeutung haben, beschrieben. Die 2. Abhandlung schildert die Ausbildung des oberen braunen Jura, insbesondere die Verbreitung des in Franken einen durchgehenden Wasserhorizont bildenden Ornatentons. Eine kurze Mitteilung führt ein granitisches Gestein aus dem Fichtelgebirge vor. Dann folgt die Monographie: Geologie der Umgebung von Bad Steben mit geologischer Karte 1 : 25 000. Eine größere Abhandlung beschäftigt sich mit den Pflanzeneinschlüssen des Karbons und des pfälzischen Oberrotliegenden, wobei die durch die Landesaufnahme eingebrachten Funde einer neuen permischen Flora beschrieben und bildlich vorgeführt werden. Hydrogeologische Studien, den Schutz der Quellen zu Bad Steben und zu Langenau betreffend, beschließen den Inhalt des Jahresheftes.

II. Zum Etat der geognostischen Untersuchung des Königreichs.

Die Position von 4500 ℳ, § 2 Tit. 2 „Kosten für Kartierung und Publikationen“ ist in der Spalte „Bemerkungen“ als „auf spätere Finanzperioden übertragbar“ bezeichnet worden. Durch die Zustimmung des Landtags zur Übertragbarkeit des nichtverwendeten Kredits aus dieser Position auf spätere Finanzperioden soll eine auf das Jahr 1889 zurückgehende Praxis legitimiert werden. Damals wurde der Erlös für die vom K. Oberbergamt an Behörden abgesetzten Exemplare der geognostischen Publikation (Teil IV Abs. I) zu 2860 ℳ zur Deckung der Kosten der weiter in Aussicht stehenden Publikationen reserviert und bei der K. Filialbank verzinslich angelegt. In der Folge sind dann Erübrigungen aus der obigen Etatsposition und weitere Verkaufserlöse dem Depot zugeführt worden. Die beteiligten Staatsministerien erklärten sich mit dieser Reservierung von Erübrigungen und Einnahmen mit Rücksicht darauf einverstanden, daß aus der fraglichen Etatsposition an den Verleger der Publikationen Zahlungen zu machen sind, die in unregelmäßigen Perioden entsprechend dem Fortgang der Publikation der Ergebnisse der geognostischen Landesuntersuchung erfolgen und zur Zeit ihrer Fälligkeit regelmäßig den Betrag der Etatsposition übersteigen.

Formell entbehrte diese Reservierung von Etatserübrigungen und Einnahmen der budgetmäßigen Grundlage. Die Gründe, die zur Anlegung des deponierten Fonds geführt haben und auch zurzeit noch fortbestehen, sind aber geeignet, die bisherige Übung materiell zu rechtfertigen und die Notwendigkeit ihrer Aufrechterhaltung zu erweisen.

Das in Frage stehende Depot wies am Schlusse des Jahres 1908 den Stand von 15,100 ℳ auf; dem Landtag soll künftig über diesen Fonds eine Rechnungsnachweisung vorgelegt werden.

Die Einnahmen der geognostischen Landesuntersuchung aus den Zinsen des Fonds sind im Etat vorgesehen (§ 2 Tit. 2).

b. Erläuterungen zu Kap. 9 § 2. „Bayerische Landesgewerbeanstalt (bisher Gewerbemuseum) in Nürnberg.“

Für die Budgetjahre 1906 und 1907 wurde der Staatszuschuß für das Bayerische Gewerbemuseum von 100,000 ℳ auf 130,000 ℳ erhöht und zur Deckung des vorhandenen Defizits ein außerordentlicher Zuschuß von je 15,000 ℳ für 1 Jahr der Finanzperiode bewilligt.

Auch mit diesem erhöhten Zuschuß ist es nicht ermöglicht worden, die finanziellen Verhältnisse des Instituts zu ordnen. Denn die Abrechnungen des Museums weisen stets Fehlbeträge auf. So schließt die Rechnung für 1908 mit einem Fehlbetrage von rund 12,000 ℳ ab; der Voranschlag für 1909 zeigt, obwohl der vorhandene Erneuerungsfonds mit 13,000 ℳ zur Deckung der Ausgaben herangezogen wurde, eine Mehrausgabe von 59,000 ℳ. Dabei sind die schon seit Jahren fälligen Raten zu je 5000 ℳ aus dem staatlichen Darlehen für die Erbauung der Maschinenhalle mit 80,000 ℳ nicht eingestellt. Der ungünstige Abschluß ist bedingt durch die nicht länger zu verschiebende Aufbesserung der Gehalte der Beamten und Bediensteten des Instituts nach dem Vorgange der Gehaltserhöhung für die Staatsbeamten, und ferner durch den Aufwand für die Nebenstellen in Landshut, Augsburg, Regensburg, Bayreuth und Hof.

Zur teilweisen Deckung der im Jahre 1909 erwachsenden Mehrausgaben, für welche keine Mittel vorhanden sind, ist der Gesamtbetrag von 30,000 ℳ (d. i. 15,000 ℳ pro Jahr der Finanzperiode) in den Etat eingestellt worden. Der hienach noch verbleibende Restbetrag soll durch außerordentliche Staatszuschüsse aus den gewerblichen Fonds und außerordentliche Beiträge von Mitgliedern und Gönnern der Anstalt seine Deckung finden. Im Jahre 1909 u. ff. steht eine weitere Erhöhung der Ausgaben durch die Nebenstellen und durch die nicht mehr verschiebbaren Anschaffungen für die Vorbilder- und Mustersammlung sowie die einzelnen Abteilungen von 31,000 ℳ zu erwarten, während die Ein-

nahmen eine Minderung von rund 13,000 ℳ (3500 ℳ weniger von der Versuchsanstalt für Brauerei, 5000 ℳ weniger Platzmiete der Maschinenhalle und 4500 ℳ wegfallend für Vorträge für Juristen) erfahren werden.

Der ohne Rücksicht auf die fernere Ausdehnung und Entwicklung der Anstalt sicher eintretende Mehraufwand ist sonach auf über 100,000 ℳ anzuschlagen.

Mit der vorgesehenen Erhöhung des ordentlichen Zuschusses um 100,000 ℳ wird es jedoch unter Hinzunahme der außerordentlichen Beiträge gelingen, die finanziellen Verhältnisse der Anstalt zu ordnen und die ersprießliche Tätigkeit derselben zu sichern.

Die Notwendigkeit einer Erhöhung des Staatszuschusses wurde bereits bei den Ausschußverhandlungen der vorgehenden Landtagssession betont und anerkannt: es wurde damals nur mit Rücksicht auf die Finanzlage hievon abgesehen.

Die Leistungen der Landesgewerbeanstalt für Hebung und Förderung des Gewerbes durch Meisterkurse, Vorträge, Fertigung von Entwürfen ꝛc. für die einzelnen Handwerkszweige, unentgeltliche Raterteilung in allen gewerblichen Fragen, durch Unterstützung der Gewerbetreibenden seitens der einzelnen Abteilungen der Anstalt finden allseitige Anerkennung. Namentlich wird die Errichtung der Nebenstellen lebhaft begrüßt, da diese die Vorteile der Anstalt auch den übrigen Regierungsbezirken immer mehr zugänglich machen.

München, den 28. Juli 1909.

K. Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern.

Dr. Frhr. v. Podewils.

Etat Nr. 26.

Staatsministerium der Justiz.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 191[1]
				ℳ
			Ziffer I. Allgemeiner Etat der Justiz.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Justizministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	314,995[1)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	4,500
			Summe § 1	321,895
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen, ferner für Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der übrigen Geschäftsräume des Justizpalastes und des Justizgebäudes an der Luitpoldstraße in München	165,000
		2	Für statistische Erhebungen und Publikationen	3,600
		3	Für Gesetzgebungsarbeiten	5,000
			Summe § 2	173,600
			Hiezu „ § 1	321,895
			Summe A	495,495
			B. Oberstes Landesgericht.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	243,250[2)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,200[3)]
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
			Summe § 1	245,950
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände und dergleichen)	8,000
			Summe § 2	8,000
			Hiezu „ § 1	245,950
			Summe B	253,950

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
284,860	30,135	—	A S. 26/27	[1]) Hierunter 6600 ℳ künftig wegfallend, nämlich 3900 ℳ Besoldung des Registrators außer dem Status, 2700 ℳ persönliche und besondere Zulagen.
2,400	—	—		
4,500	—	—		
291,760	30,135	—		
165,000	—	—		
3,600	—	—		
5,000	—	—		
173,600	—	—		
291,760	30,135	—		
465,360	30,135	—		
226,655	16,595	—	A S. 28	[2]) Hierunter 3400 ℳ künftig wegfallend, nämlich 600 ℳ Dienstaufwandsaversum des Präsidenten als Staatsrat und 2800 ℳ persönliche und besondere Zulagen.
2,600	—	400		[3]) Der Ansatz ist um 400 ℳ zu mindern, weil die bisher den zwei Sekretariatsassistenten gewährte fortlaufende jährliche Zulage von je 200 ℳ weggefallen ist (vgl. Bem. 5 zu lit. B Anlage A S. 28).
500	—	—		
229,755	16,195	—		
8,000	—	—		
8,000	—	—		
229,755	16,195	—		
237,755	16,195	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911 ℳ
			Ziffer I.	
1			C. Oberlandesgerichte.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	926,920[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	5,400[2]
		3	Tagegelder und Reisekosten	9,500
			Summe § 1	941,820
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	87,000
			Summe § 2	87,000
			Hiezu „ § 1	941,820
			Summe C	1'028,820
			D. Landgerichte.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	4'073,880[3]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	27,000[4]
		3	Tagegelder und Reisekosten	10,000
			Summe § 1	4'110,880
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	289,000
			Summe § 2	289,000
			Hiezu „ § 1	4'110,880
			Summe D	4'399,880

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
845,925	80,995	—	A S. 29	1) Hierunter künftig wegfallend 5900 M persönliche und besondere Zulagen.
6,400	—	1,000		2) Der Ansatz ist um 1000 M zu mindern, weil die den fünf dienstälteren Sekretariatsassistenten bisher gewährte fortlaufende Zulage von je 200 M jährlich weggefallen ist (vgl. Bem. 7 zu lit. C Anlage A S. 29).
9,500	—	—		
861,825	79,995	—		
87,000	—	—		
87,000	—	—		
861,825	79,995	—		
948,825	79,995	—		
3'689,145	384,735	—	A S. 30/31	3) Hierunter künftig wegfallend 35,065 M persönliche und besondere Zulagen.
32,000	—	5,000		4) Der Ansatz ist um 5000 M zu mindern, weil die den 25 dienstälteren Sekretariatsassistenten bisher gewährte fortlaufende Zulage von je 200 M jährlich weggefallen ist (vgl. Bem. 5 zu lit. D Anlage A S. 31).
10,000	—	—		
3'731,145	379,735	—		
289,000	—	—		
289,000	—	—		
3'731,145	379,735	—		
4'020,145	379,735	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**E. Amtsgerichte.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	10'047,819[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	128,000[2]
		3	Tagegelder und Reisekosten	13,500
			Summe § 1	10'189,319
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	697,000
		2	Mietzinse	12,000
			Summe § 2	709,000
			Hierzu „ § 1	10'189,319
			Summe E	10'898,319
			F. Staatsanwaltschaften.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	1'051,040[3]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	17,300[4]
		3	Tagegelder und Reisekosten	11,500
			Summe § 1	1'079,840
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	77,000
		2	Entschädigung an die unmittelbaren Städte für die Besorgung der Amtsanwaltschaft	104,850[5,6]
			Summe § 2	181,850
			Hierzu „ § 1	1'079,840
			Summe F	1'261,690

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
9'086,675	961,144	—	A S. 32/33	
138,000	—	10,000		
13,500	—	—		
9'238,175	951,144	—		
697,000	—	—		
12,000	—	—		
709,000	—	—		
9'238,175	951,144	—		
9'947,175	951,144	—		
936,150	114,890	—	A S. 34/35	
22,500	—	5,200		
11,500	—	—		
970,150	109,690	—		
77,000	—	—		
98,250	6,600	—		
175,250	6,600	—		
970,150	109,690	—		
1'145,400	116,290	—		

[1]) Hierunter künftig wegfallend 190,974 ℳ persönliche und besondere Zulagen.

[2]) Der Ansatz ist um 10,000 ℳ zu mindern, weil die den 50 dienstälteren Sekretariatsassistenten bisher gewährte fortlaufende Zulage von je 200 ℳ jährlich weggefallen ist (vgl. Bem. 6 zu lit. E Anlage A S. 33).

[3]) Hierunter künftig wegfallend 8130 ℳ persönliche und besondere Zulagen.

[4]) Der Ansatz ist um 5200 ℳ zu mindern, und zwar um 4000 ℳ, weil die den 20 dienstälteren Sekretariatsassistenten bisher gewährte fortlaufende Zulage von jährlich je 200 ℳ, und um 1,200 ℳ, weil die einzelnen Sekretären für die Leitung der staatsanwaltschaftlichen Kanzlei gewährten Nebenbezüge weggefallen sind (vgl. Bem. 6 zu lit. F Anlage A S. 35).

[5]) Die bisher den Stadtgemeinden Freising, Rosenheim, Würzburg, Bayreuth, Amberg, Regensburg, Ansbach, Kempten, Memmingen, Lindau und Neuulm für die Besorgung der Amtsanwaltschaft gewährten Beträge stehen mit dem ihnen hierauf erwachsenden Aufwande nicht mehr im Einklang. Es ist deshalb die Erhöhung dieser Beträge, und zwar um 200 ℳ für Freising, 300 ℳ für Rosenheim, 1000 ℳ für Würzburg, 600 ℳ für Bayreuth, 800 ℳ für Amberg, 700 ℳ für Regensburg, 300 ℳ für Ansbach, 300 ℳ für Kempten, 100 ℳ für Memmingen, 100 ℳ für Lindau und 200 ℳ für Neuulm beabsichtigt.
Die Stadt Kissingen hat die Amtsanwaltschaft seit dem 1. Januar 1908 besorgt, eine Entschädigung hierfür aber nicht erhalten. Als solche ist der Betrag von jährlich 1000 ℳ angemessen. Es ist daher in diesem Etat der volle Bedarf für 4 Jahre vorzusehen, hiernach für jedes Jahr der Finanzperiode der Betrag von 2000 ℳ.

[6]) Künftig wegfallend 1000 ℳ.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**G. Notariate.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldung der Beamten	37,130
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,500
		3	Ergänzung des Einkommens von Notariaten	2,000
		4	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	43,630
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	4,750
		2	Für Mietzinse	600[1]
		3	Für erstmalige Einrichtung von Notariatsarchiven	10,000[2]
			Summe § 2	15,350
			Hierzu " § 1	43,630
			Summe G	58,980
1			**H. Gerichtsgefängnisse.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	520,462
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
			Summe § 1	526,962
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten und dergleichen	8,000
		2	Für Gerätschaften und Einrichtungsgegenstände	120,000
		3	Für Mietzinse	1,700
			Summe § 2	129,700
			Hierzu " § 1	526,962
			Summe H	656,662

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
34,795	2,335	—	A S. 36	
3,500	—	—		
2,000	—	—		
1,000	—	—		
41,295	2,335	—		
4,750	—	—		
400	200	—		[1]) Der für die Amtsräume des auf Rechnung des Staates geführten Notariats Stadtprozelten bisher gezahlte Mietzins von 150 M ist nicht ausreichend; es ist angemessen, ihn um 200 M zu erhöhen.
10,000	—	—		[2]) Künftig wegfallend.
15,150	200	—		
41,295	2,335	—		
56,445	2,535	—		
467,899	52,563	—	A S. 37/38	[3]) Hierunter künftig wegfallend 8400 M persönliche und besondere Zulagen.
6,000	—	—		
500	—	—		
474,399	52,563	—		
8,000	—	—		
120,000	—	—		
1,700	—	—		
129,700	—	—		
474,399	52,563	—		
604,099	52,563	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**Wiederholung.**	
			Summe A	495,495
			„ B	253,950
			„ C	1'028,820
			„ D	4'399,880
			„ E	10'898,319
			„ F	1'261,690
			„ G	58,980
			„ H	656,662
			Summe Kap. 1	19'053,796
2			**Besondere Kosten in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, Dienststrafsachen und Justizverwaltungssachen.**	
	1		Kosten der Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuchs und der Nebengesetze	400,000[2]
	2		Kosten der Versammlungen der Waisenräte	30,000
	3		Sonstige Ausgaben	132,500
			Summe Kap. 2	562,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
465,360	30,135	—		
237,755	16,195	—		
948,825	79,995	—		
4'020,145	379,735	—		
9'947,175	951,144	—		
1'145,400	116,290	—		
56,445	2,535	—		
604,099	52,563	—		
17'425,204[1]	1'628,592	—		[1]) 16'490,304 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 934,900 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten, 17'425,204 ℳ Summe wie neben.
420,000	—	20,000		[2]) Künftig wegfallend. Mit Rücksicht auf das Fortschreiten der Grundbuchanlegung kann der Ansatz um 20,000 ℳ ermäßigt werden.
30,000	—	—		
132,500	—	—		
582,500	—	20,000		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I.	
3			**Besondere Kosten in Strafsachen.**	
	1		Untersuchungs- und Strafvollzugskosten	2'050,000
			Diese Position setzt sich zusammen aus folgenden Beträgen:	
			a) Tagegelder und Reisekosten des Gerichtspersonals und der Staatsanwälte . . . . ℳ 180,000.—	
			b) Gebühren der Zeugen und Sachverständigen . . . . . . ℳ 967,000.—	
			c) Gebühren der Verteidiger nach § 150 der Strafprozeßordnung ℳ 25,000.—	
			d) Kosten der Verpflegung der Gefangenen . . . . ℳ 1'200,000.—	
			e) Übrige Kosten (Einrückungskosten, Gewährung von Unterstützungen an mittellose Beschuldigte[1]), Kosten der Bekleidung der Gefangenen, Kosten der Vollstreckung von Todesurteilen ꝛc.) . . . . ℳ 105,000.—	
			Summe ℳ 2'477,000.—	
			Hievon gehen ab die Einnahmen, und zwar:	
			I. an Rückersätzen mit . . . . ℳ 375,000.—	
			II. an Erübrigungen an dem Arbeitsverdienste der Gefangenen.	
			bei einer Einnahme von . . . . . . 92,000 ℳ	
			bei einer Ausgabe von . . . . 40,000 ℳ — ℳ 52,000.—[2])	
			Summe der Einnahmen ℳ 427,000.—	
			Verbleibt Rest zu § 1 von ℳ 2'050,000.—	
	2		Kosten der Schwur- und Schöffengerichte.	
		1	Tagegelder und Reisekosten der Beamten der Schwurgerichte und Reisekosten der Geschworenen	25,000
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen des Kanzlei- und Botenpersonals im schwurgerichtlichen Dienst	5,300
		3	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume der Schwurgerichte und dergleichen	8,700
		4	Reisekosten der Vertrauensmänner und Schöffen	25,000
			Summe § 2	64,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2'050,000	—	—		
				[1]) Es wird um die Ermächtigung gebeten, Beschuldigten, die sich vor Gericht zu verantworten haben und nicht die Mittel besitzen, um die Reise an den Ort des Gerichts und die Kosten des Aufenthalts an ihm zu bestreiten, aus dieser Position mäßige Beträge für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.
				[2]) Die Verdienstanteile der Gefängniswärter im jährlichen Betrage von . . . . 9,000 ℳ und der Gefängnisverwalter im jährlichen Betrage von . . . . 13,000 ℳ aus dem Arbeitsbetriebe der Gerichtsgefängnisse sind weggefallen; die Erübrigungen aus dem Arbeitsverdienste der Gefangenen erhöhen sich daher um den Betrag von . . . . 22,000 ℳ (vgl. Bemerkung 6 zu lit. E „Amtsgerichte" der Anlage A S. 33 und Bemerkung 4 zu lit. H „Gerichtsgefängnisse" der Anlage A S. 38 dieses Etats-Entwurfs).
25,000	—	—		
14,000[3]	—	—		[3]) Im Etat 1908 und 1909: Ziff. I Kap. 3 § 2 Tit. 2 (S. 16/17).
25,000[4]	—	—		[4]) Im Etat 1908 und 1909: Ziff. I Kap. 3 § 2 Tit. 3 (S. 16/17).
64,000	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag		Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
					ℳ
			Ziffer I.		
3	3		Sonstige Ausgaben.		
		1	Entschädigung für unschuldig erlittene Haft		8,000
		2	Vergütung der Auslagen freigesprochener Angeschuldigter nach § 499 Abs. 2 der Strafprozeßordnung		5,000
		3	Unfallfürsorge für die Gefangenen		5,000
			Summe § 3		18,000
			Hiezu „ § 2		64,000
			„ § 1		2'050,000
			Summe Kap. 3		2'132,000
4			**Umzugskosten**		20,000
			Summe Kap. 4 für sich.		
5			**Aufwand an Unterstützungen.**		
	1		Für Unterstützungen des Kanzleipersonals der Gerichte und Staatsanwaltschaften und der Hinterbliebenen desselben		70,000
	2		Staatszuschuß an den Pensions- und Unterstützungsverein der Kanzlisten bei den Justizbehörden Bayerns		12,000
	3		Aufwand für Notare, Notariatsgehilfen und Hinterbliebene von solchen.		
		1	Für Sustentationen von Notaren, welche gemäß Art. 88 des Notariatsgesetzes vom Amte enthoben wurden	25,000 ℳ[1])	
		2	Für Unterstützungen an Notare und ihre Hinterbliebenen	20,000 ℳ	
		3	Für fortlaufende und vorübergehende Unterstützungen an Notariatsgehilfen und ihre Hinterbliebenen	75,000 ℳ	
		4	Staatszuschuß an den Pensionsverein für die Witwen und Waisen der Notare	55,000 ℳ	
		5	Staatszuschuß an den Pensions- und Unterstützungsverein der Notariatsgehilfen	15,000 ℳ	25,000
			Summe § 3	190,000 ℳ	
			Hievon ab infolge der von den Notaren nach dem Gesetzentwurf, betr. die Aufbringung der Mittel für die Versorgungseinrichtungen des Notariats, zu zahlenden Abgabe	165,000 ℳ	
			Verbleibt Rest zu § 3	25,000 ℳ	
			Summe Kap. 5		107,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
8,000	—	—		
5,000	—	—		
5,000	—	—		
18,000	—	—		
64,000	—	—		
2'050,000	—	—		
2'132,000	—	—		
20,000	—	—		
70,000	—	—		
12,000	—	—		
				[1]) Künftig wegfallend. Minderung infolge Wegfalls Sustentierter.
145,000[2])	—	120,000		[2]) Im Etat 1908 und 1909 (S. 18/19) unter Ziffer I Kap. 5 §§ 3 bis 7 vorgetragen.
227,000	—	120,000		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer I.	ℳ
6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	90,000
	2		Für Gebäudeunterhaltung	460,000[1]
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	173,500[2]
			Summe Kap. 6	723,500
7			**Übrige Ausgaben**	1,000
			Summe Kap. 7 für sich.	
			Hiezu „ „ 6	723,500
			„ „ 5 . . .	107,000
			„ „ 4	20,000
			„ „ 3 . . .	2'132,000
			„ „ 2	562,500
			„ „ 1	19'053,796
			Summe der Ausgaben Ziffer I (Allgemeiner Etat der Justiz)	22'599,796

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
90,000	—	—		
460,000	—	—		[1]) Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
173,500	—	—	B S. 43/49	[2]) Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
723,500	—	—		
1,000	—	—		
723,500	—	—		
227,000	—	120,000		
20,000	—	—		
2'132,000	—	—		
582,500	—	20,000		
17'425,204	1'628,592	—		
21'111,204[3])	1'628,592	140,000		[3]) 20'176,304 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 934,900 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten, 21'111,204 ℳ Summe wie neben.
	1'482,592			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer II. Etat für die Strafanstalten.	
1			**Staatszuschuß an Zuchthäuser und Gefangenanstalten.**	
			A. **Ausgaben.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	1'545,887*
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	13,800
			Summe § 1	1'559,687
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Haushaltung	1'664,000
		2	Kanzleibedürfnisse	15,000
		3	Bewachung	27,500
		4	Sonstige Ausgaben	22,613
			Summe § 2	1'729,113
			Hierzu „ § 1	1'559,687
			Summe der Ausgaben	3'288,800
			B. **Einnahmen.**	
			1. Erträgnisse aus dem Arbeitsverdienste der Gefangenen	857,000
			2. Erstattete Unterhaltskosten und sonstige Einnahmen	190,000
			3. Zuschuß des Staatsministeriums des Innern:	
			a) Für die in der Gefangenanstalt Niederschönenfeld verwahrten jugendlichen Gefangenen	5,000
			b) Für das mit dem Arbeitshause St. Georgen-Bayreuth gemeinsame Personal .	13,215
			Summe der Einnahmen	1'065,215
			Abgleichung zu Kap. 1.	
			Summe der Ausgaben	3'288,800
			Hievon ab Summe der Einnahmen	1'065,215
			wonach sich ein **Staatszuschuß** an Zuchthäuser und Gefangenanstalten ergibt von	2'223,585

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'547,861	—	1,974	A S. 40/41	* Hierunter künftig wegfallend 27,647 M persönliche und besondere Zulagen.
16,000	—	2,200		
1'563,861	—	4,174		
1'942,000	—	278,000	D S. 55/57	
20,600	—	5,600		
69,000	—	41,500		
40,399	—	17,786		
2'071,999	—	342,886		
1'563,861	—	4,174		
3'635,860	—	347,060		
1'000,000	—	143,000	D S. 55/57	
171,800	18,200	—		
5,000	—	—		
10,750	2,465	—		
1'187,550	—	122,335		
3'635,860	—	347,060		
1'187,550	—	122,335		
2'448,310	—	224,725		

Im Laufe der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden die Gefangenanstalt Landsberg und die Strafanstalt Aichach in Betrieb genommen, die Zuchthäuser Wasserburg, Würzburg, Plassenburg, die Strafanstalten Kaiserslautern und Sulzbach aufgelassen. Es bestehen demnach 12 Strafanstalten. Hiervon sind 11 Männerstrafanstalten, nämlich 3 Zuchthäuser (Ebrach, Kaisheim, Straubing), 6 Gefangenanstalten für Erwachsene (Amberg, Landsberg, Laufen, Lichtenau, St. Georgen-Bayreuth, Zweibrücken), das Zellengefängnis Nürnberg und die Gefangenanstalt für Jugendliche, Niederschönenfeld. Zur Aufnahme der sämtlichen in Bayern verurteilten weiblichen Gefangenen, soweit sie nicht in die Gerichtsgefängnisse einzuweisen sind, dient die Strafanstalt Aichach. Der Rückgang des Bevölkerungsstandes hat auch in den beiden letzten Jahren angehalten. Es konnte deshalb der Aufstellung des Etats für ein Jahr der Finanzperiode 1910 u. 1911 ein Bevölkerungsstand von 6000 gegenüber 7000 Gefangenen in der Finanzperiode 1908 u. 1909 zu Grunde gelegt werden Die Verminderung der Strafanstalten und die Abnahme des Bevölkerungsstandes ermöglichten es, die Zahl der etatsmäßigen Beamten der Strafanstalten um 75 zu verringern. An neuen Stellen wurde nur ein Obermaschinist für die Gefangenanstalt Landsberg eingesetzt (siehe Anlage A).

Die Ansätze für die Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen, für die sächlichen Ausgaben und für die Ausgaben auf Gebäude konnten entsprechend ermäßigt werden.

Militärische Bewachung besteht nur noch bei den Zuchthäusern Kaisheim und Ebrach; bei den übrigen Männerstrafanstalten wurde sie durch Aufseher ersetzt.

Die Erträgnisse aus dem Arbeitsverdienste der Gefangenen mindern sich entsprechend der Minderung des Bevölkerungsstandes. Dagegen konnte der Ansatz für erstattete Unterhaltskosten und sonstige Einnahmen unter Zugrundelegung der tatsächlichen Rechnungsergebnisse der Vorjahre erhöht werden.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer II.	
2			**Zentralstelle für Gefangenenobsorge** . . . . Summe Kap. 2 für sich.	25,000
3			**Aufwand für Festungssträflinge.**	
	1		Vergütung für die Verpflegung der Gefangenen	1,000
	2		Kosten für die Seelsorge	—
			Summe Kap. 3	1,000
4			**Umzugskosten** . . . . Summe Kap. 4 für sich.	2,000
5			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	28,000
	2		Für Gebäudeunterhaltung	130,000[1]
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	64,350[2]
			Summe Kap. 5	222,350
6			**Übrige Ausgaben** (Auslagen in Dienststrafsachen, Prozeßkosten und dergleichen) . . . . Summe Kap. 6 für sich.	200[3]
			Hiezu „ „ 5 . . .	222,350
			„ „ 4 . . .	2,000
			„ „ 3 . . .	1,000
			„ „ 2 . . .	25,000
			„ „ 1 . . .	2'223,585
			Summe Ziffer II (Etat für die Strafanstalten)	2'474,135

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
25,000	—	—		
1,000	—	—		
—	—	—		
1,000	—	—		
5,000	—	3,000		
30,000	—	2,000		
140,000	—	10,000		[1]) Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
65,750	—	1,400	C S. 51/53	[2]) Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
235,750	—	13,400		
—	200	—		[3]) Der Ansatz ist zur Deckung von möglicherweise erwachsenden Auslagen in Dienststrafsachen vorgesehen.
235,750	—	13,400		
5,000	—	3,000		
1,000	—	—		
25,000	—	—		
2'448,310	—	224,725		
2'715,060[4])	—	240,925		[4]) 2'689,870 M ursprünglicher Budgetbetrag, 25,190 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten, 2'715,060 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer III. Gemeinsame Ausgaben.	
1			Bibliothekfonds	65,000
			Summe Kap. 1 für sich.	
2			Zur weiteren Förderung der Ausbildung der Justizbeamten und der Bewerber um Anstellung im höheren Justizstaatsdienste	6,000
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			Post-, Telegramm- und Telephongebühren	1'831,590
			Summe Kap. 3 für sich.	
			Summe Ziffer III (Etat der gemeinsamen Ausgaben)	1'902,590
			Wiederholung.	
			Ziffer I (Allgemeiner Etat der Justiz)	22'599,796
			„ II (Etat für die Strafanstalten)	2'474,135
			„ III (Etat der gemeinsamen Ausgaben)	1'902,590
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 26) . . .	26 976,521

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
65,000	—	—		
6,000	—	—		
1'650,000	181,590[1]	—		
1'721,000	181,590	—		
21'111,204	1'488,592	—		
2'715,060	—	240,925		
1'721,000	181,590	—		
25'547,264[2]	1'670,182	240,925		
	1'429,257			

[1]) Um den Mehrbetrag erhöht sich die an die Postverwaltung zu zahlende Vergütung.

[2]) 24'587,174 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
960,090 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten,
25'547,264 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an
Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
auf Rechnung des Etats des Staatsministeriums der Justiz vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	2'635,000 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	1'365,670 ℳ
Summe	4'000,670 ℳ
Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . .	26'976,521 ℳ
Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Justiz im ordentlichen Budget	30'977,191 ℳ
Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:	
a) auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziffer I f) 864,000 ℳ oder für ein Jahr 432,000 ℳ	
b) auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziffer III d) 1'600,000 ℳ oder für ein Jahr . . . . 800,000 ℳ	
	1'232,000 ℳ
Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Justiz	32'209,191 ℳ

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als esondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Auf-sserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer I. Allgemeiner Etat der Justiz.							
	A. Staatsministerium.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
1	Staatsminister	1	—	24,000	10,000[1]			[1]) Je 5000 ℳ nichtpensionsfähige Wohnungsentschädigung und nichtpensionsfähiger Repräsentationsbezug.
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	2,400[2]			[2]) Nichtpensionsfähige Zulage des als Staatsrat mit der Vertretung des Staatsministers betrauten Ministerialdirektors.
5	Ministerialräte	5	9000 bis 9600	47,400	—			
6	Oberregierungsräte . . .	4	7200 bis 8200	30,300	—			
7	Regierungsräte	4						
	I. Staatsanwälte	2						
		6	6000 bis 6500	38,300	—			
9	Landgerichtsrat	1						
	II. Staatsanwalt	1						
		2	4800 bis 5300	10,000	—			
13	Geheimer Rechnungskommissär	1	—					
	Geheime Sekretäre	2	—					
	Geheimer Registrator . .	1						
		4	4600 bis 5400	20,400	—			
14	Sekretäre und Registratoren	9[3]	3000 bis 4500	32,950	—			[3]) Hiervon 1 Registrator außer dem Status künftig wegfallend (3900 ℳ).
19	Obermaschinisten	2						
	Druckereiwerkmeister . . .	1						
		3	2400 bis 2700	7,800	—			
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	8	1800 bis 2250	16,300	—			
	Seite	43	—	239,550	12,400			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	43	—	239,550	12,400		
21	Boten und Diener . . .	7[1]					
	Palier	1					
		8	1800 bis 2400	15,000	—		
22	Maschinisten	2					
	Steindrucker	13					
		15	1800 bis 2200	31,700	—		
27	Heizer	5[1]	1400 bis 1700	7,435	—		
	Summe a	71	—	293,685	12,400	2,700	308,785
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Rechtskundige Hilfsarbeiter	3	2400	6,210	—	—	6,210[2]
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	74	—	299,895	12,400	2,700[3]	314,995
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	71					272,160[4]
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					12,700
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	71					284,860
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	3					30,135[5]

Erläuterungen

[1]) Die Zunahme der Geschäftslast macht die Aufstellung von 2 weiteren Boten, die Bedienung der Heizanlage die Beigabe eines weiteren Heizers notwendig.
Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[2]) Die Bezüge der rechtskundigen Hilfsarbeiter sollen von 1410 M auf jährlich je 2400 M erhöht werden.
Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[3]) Künftig wegfallend.

[4]) 32 Beamte mit 198,930 M Bedarf nach Anl. A,
39 Beamte mit 73,230 M " nach Anl. B,
71 Beamte mit 272,160 M Bedarf.

[5]) Hiervon treffen:
12,700 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
3,335 M auf die Personalvermehrung,
1,980 M auf die Aufbesserung der Bezüge der rechtskundigen Hilfsarbeiter,
9,520 M auf Gehaltsvorrückungen
27,535 M. Die Differenz von 2,600 M wird ausgeglichen durch die Mehreinnahme an Mietzinsen aus Dienstwohnungen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Oberstes Landesgericht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
2	Präsident	1	—	15,000	600[1]			[1]) Dienstaufwandsaversum als Staatsrat, künftig wegfallend.
4	Senatspräsidenten	2	12000	24,000	—			
6	Räte	19	7700 bis 8700	155,000	3,800[2]			[2]) Je 200 M Entschädigung für den Entgang eines Geschäftszimmers.
13	Obersekretär	1	—	5,400	—			
14	Sekretäre	3	4500	13,500	—			
18	Kanzleiexpeditoren	3	2250 bis 2550	7,050	—			
21	Sekretariatsassistenten . .	2	1800	3,600	—			
22	Boten	6	1900 bis 2300	12,500	—			
	Summe a	37	—	236,050	4,400	2,800	243,250	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	[3]) Künftig wegfallend.
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	37	—	236,050	4,400	2,800[3]	243,250	[4]) 26 Beamte mit 192,410 M Bedarf nach Anl. A, 11 Beamte mit 23,745 M " nach Anl. B, 37 Beamte mit 216,155 M Bedarf.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	37					216,155[4]	[5]) Hiervon treffen: 10,500 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 5,225 M auf Gehaltsvorrückungen
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					10,500	15,725 M. Die Differenz wird ausgeglichen durch 270 M Mehreinnahmen an Mietzinsen, den Wegfall der Tantiemen des Obersekretärs im durchschnittlichen Betrag von jährlich
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	37					226,655	2 0 M, und den Wegfall der fortl. Zulagen von 400 M für 2 Sekretariatsassistenten (vgl. Bem. 2 zu lit. B, Oberstes Landesgericht, S. 3 des Etatsentw.).
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					16,595[5]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	C. Oberlandesgerichte.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
3	Präsidenten	5	14000	70,000	—		
5	Senatspräsidenten	7	8400 bis 10200	67,600	—		
7	Räte	77	6500 bis 7500	558,600	15,400[1]		
13	Obersekretäre	5	4000 bis 5400	26,200	—		
14	Sekretäre	13	3300 bis 4500	52,800	—		
18	Kanzleiexpeditoren	21	2250 bis 2400	47,100[2]	—		
22	Maschinisten	2	1800	3,600	—		
23	Sekretariatsassistenten	9	1500 bis 1650	13,300[3]	—		
25	Steindrucker	8[3]					
	Boten	26					
		34	1500 bis 2000	58,550	—		
27	Heizer	4	1500 bis 1600	6,200	—		
	Summe a	177		903,950	15,400	5,900	925,250
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Rechtskundiger Hilfsarbeiter	1	1800	1,670	—	—	1,670[4]
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	178		905,620	15,400	5,900[5]	926,920
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	174					798,925[6]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					47,000
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	174					845,925
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	4					80,995[7]

Erläuterungen

[1]) Je 200 ℳ Entschädigung für den Entgang eines Geschäftszimmers.

[2]) Die Zunahme der Geschäfte erfordert die Aufstellung von 2 weiteren Kanzleibeamten (1 Kanzleiexpeditor und 1 Sekretariatsassistent). Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[3]) Die Einrichtung einer autographischen Druckerei beim Oberlandesgericht Augsburg macht die Aufstellung von 2 Steindruckern erforderlich. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[4]) Der Bezug des rechtskundigen Hilfsarbeiters soll von 1410 ℳ auf jährlich 1800 ℳ erhöht werden. — Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[5]) Künftig wegfallend.

[6])
107 Beamte mit 674,065 ℳ Bedarf nach Anl. A,
67 Beamte mit 124,860 ℳ Bedarf nach Anl. B,
174 Beamte mit 798,925 ℳ Bedarf.

[7]) Hiervon treffen:
47,000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
4,500 ℳ auf die Personalvermehrung,
260 ℳ auf die Aufbesserung der Bezüge des rechtskundigen Hilfsarbeiters und
23,615 ℳ auf Gehaltsvorrückungen
75,375 ℳ; die Differenz wird ausgeglichen
3,300 ℳ; durch den Wegfall der Tantiemen der Obersekretäre im durchschnittlichen Betrage von jährlich
1,320 ℳ durch Mehreinnahme an Mietzinsen im Betrage von
1,000 ℳ und durch den Wegfall der fortlaufenden Zulagen von für 5 Sekretariatsassistenten (vgl. Bem. 2 zu lit. C, Oberlandesgerichte, S. 5 des Etatsentw.).

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	D. Landgerichte.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Präsidenten	28	8400 bis 10200	244,700				
7	Direktoren	60						
	Stellvertretende Direktoren	88						
		148	6500 bis 7500	1'056,000				
9	Räte	277	4800 bis 6300	1'581,100				
14	Obersekretäre	40[1]	3300 bis 4500	172,500				[1]) 1 Obersekretärstelle wird bei eintretender Erledigung in eine Sekretärstelle (Klasse 17 der Gehaltsordnung) umgewandelt.
17	Sekretäre	110	1800 bis 3300	303,100				
18	Kanzleiexpeditoren	75	2250 bis 2400	172,350				
22	Maschinist	1	—	1,900				
25	Steindrucker	1	—	1,600				
26	Sekretariatsassistenten	184	1200 bis 1800	249,500				
27	Heizer	6	1500 bis 1600	9,100				
28	Boten	106	1300 bis 1800	168,185[2]				[2]) Bei mehreren Landgerichten ist die Vermehrung des Botenpersonals notwendig; es werden 2 weitere Stellen verlangt. — Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.
	Summe a	976		3'960,035	—	35,065	3'995,100	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Rechtskundige Hilfsarbeiter	8	1800	13,360 [1]				[1]) Die Bezüge der rechtskundigen Hilfsarbeiter sollen von 1410 ℳ auf jährlich je 1800 ℳ erhöht werden. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.
	Gerichtsschreibergehilfen . .	68	720 bis 1110	65,420 [2]				[2]) Die Bezüge der Gerichtsschreibergehilfen der Landgerichte, der Amtsgerichte, der Amtsanwälte in der Pfalz und der Notariate sollen um jährlich 60 ℳ aufgebessert werden. Hierfür sind bei den Landgerichten 4080 ℳ in Ansatz gebracht.
	Summe b	76	—	78,780	—	—	78,780	
	hiezu „ a	976	—	3'960,035	—	35,065	3'995,100	[3]) Künftig wegfallend.
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1052	—	4'038,815	—	35,065 [3]	4'073,880	[4]) 603 Beamte mit 2'783,955 ℳ Bedarf nach Anlage A, 447 Beamte mit 626,190 ℳ Bedarf nach Anlage B, 1050 Beamte mit 3'410,145 ℳ Bedarf
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1050					3'410,145 [4]	
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					279,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	1050					3'689,145	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					384,735 [5]	

[5]) Hiervon treffen:
279,000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs;
1,735 ℳ auf Personalvermehrung;
2,080 ℳ auf die Aufbesserung der Bezüge der rechtskundigen Hilfsarbeiter;
4,080 ℳ auf die Aufbesserung der Bezüge der Gerichtsschreibergehilfen;
75,120 ℳ auf Gehaltsvorrückungen
362,015 ℳ; die Differenz wird ausgeglichen durch den Wegfall der Tantiemen der Obersekretäre im durchschnittlichen Betrag von jährlich
14,000 ℳ, den Wegfall der fortlaufenden Zulagen von
5,000 ℳ für 25 Sekretariatsassistenten (vgl. Bem. 4 zu lit. D — Landgerichte — des Etatsentw. S. 5)
und
3,720 ℳ Mehreinnahme an Mietzinsen aus Dienstwohnungen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	E. Amtsgerichte.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
5	Amtsgerichtspräsident . .	1	—	8,400			
6	Vorstände der Amtsgerichte mit Bezirken von mehr als 100 000 Einwohnern	4	7200 bis 8700	31,800			
7	Vorstände der Amtsgerichte mit Bezirken von 40 000 bis 100 000 Einwohnern	22					
	Vorstände der Abteilungen des Amtsgerichts München I	3					
	Vorstände der Abteilungen der übrigen Amtsgerichte mit Bezirken von mehr als 100 000 Einwohnern	4					
9	Vorstände der übrigen Amtsgerichte	240					
	Vorstände der Abteilungen der Amtsgerichte mit Bezirken von 50 000 bis 100 000 Einwohnern . .	12					
	Nichtdienstaufsichtführende Oberamtsrichter	41[1]	4800 bis 6300	1'724,900			
		293					
12	Amtsrichter	520	3000 bis 5000	2'085,000[2]			
14	Obersekretäre	146	3300 bis 4500	565,900[3]			
17	Sekretäre	332	1800 bis 3800	855,700			
18	Kanzleiexpeditoren	356	2250 bis 2400	801,600[4]			
21	Gerichtsvollzieher	360	1800 bis 2550	820,000	118,000[5]		
25	Gefängniswärter	198[6]	[7]				
	Gerichtsvollzieher in Strafsachen	20[8]	1500 bis 2000	379,750			
		218					
26	Sekretariatsassistenten . .	1087	1200 bis 1950	1'419,000			
27	Heizer	4	1400 bis 1500	5,800			
28	Amtsgerichtsdiener	299	1300 bis 1800	475,085[9]			
	Summe a	3649	—	9'373,135	118,000	190,974	9'682,109

Erläuterungen

[1]) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung in Amtsrichterstellen (Klasse 12 der Gehaltsordnung) umgewandelt.

[2]) Die Geschäftsverhältnisse der Amtsgerichte Laufen und St. Ingbert erfordern die Aufstellung je eines weiteren Amtsrichters. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[3]) Der beim Etat der Gebühren und Strafen (Etat Nr. 3) bisher postulierte rechnungsführende Obersekretär der Abteilung für Strafsachen des Amtsgerichts München I ist mit seinen Bezügen auf die Personalexigenz der Amtsgerichte übertragen worden (vgl. Bem. zum Etat der Gebühren und Strafen S. 7).

[4]) Die Zunahme der Geschäftslast der Amtsgerichte macht die Aufstellung von 70 Kanzleibeamten (10 Kanzleiexpeditoren und 60 Sekretariatsassistenten) notwendig. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[5]) Gebührenanteile der Gerichtsvollzieher.

[6]) 1 Gefängniswärterstelle ist entbehrlich.

[7]) Vom 1. Januar 1909 an sind die Gefängniswärterstellen in Erlangen, Ingolstadt, Ludwigshafen und Pirmasens in Gefängnisverwalterstellen umgewandelt und auf die lit. H „Gerichtsgefängnisse" übertragen worden (vgl. Bem. 1 zu lit. H „Gerichtsgefängnisse" der Anlage A dieses Etatsentw. S. 37).

[8]) Die bisher bei lit. H „Gerichtsgefängnisse" vorgetragenen Amtsgerichtsdiener beim Amtsgerichte I für Strafsachen wurden vom gleichen Zeitpunkt an hierher übertragen (vgl. Bem. 2 zu lit. H „Gerichtsgefängnisse" der Anlage A dieses Etatsentw. S. 37).

[9]) Zur ordnungsmäßigen Besorgung des Botendienstes ist es geboten, bei mehreren Amtsgerichten einen weiteren Amtsgerichtsdiener aufzustellen; es sind 5 neue Stellen notwendig. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
		M	M	M	M	M
Übertrag	3649	—	9'373,135	118,000	190,974	9'682,109
b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
Rechtskundige Hilfsarbeiter	6[1]	1800	7,670[2]	—	—	—
Gerichtsschreibergehilfen	351	720 bis 1110	358,040[3]	—	—	—
Summe b	357	—	365,710	—	—	365,710
Summe E. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 .	4006	—	9'738,845	118,000	190,974[4]	10'047,819
Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
Ursprünglicher Budgetbetrag	3924					8'552,675[5]
Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					534,000
Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	3924					9'086,675
Sohin für 1910 und 1911 mehr	82					961,144[6]

Erläuterungen

[1] Zum Zwecke der Entlastung der Jugendrichter soll den Amtsgerichten München I, Ludwigshafen, Würzburg, Nürnberg und Augsburg je ein rechtskundiger Hilfsarbeiter beigegeben werden. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[2] Die Bezüge der rechtskundigen Hilfsarbeiter sollen von 1410 M auf jährlich je 1800 M erhöht werden. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[3] Es wird auf die Bem. 2 der Anlage A lit. D (Landgerichte S. 30) hingewiesen. Die Aufbesserung der Gerichtsschreibergehilfen der Amtsgerichte erfordert 21,060 M.

[4] Künftig wegfallend.

[5]
1322 Beamte mit . . . 4'618,822 M Bedarf nach Anlage A,
2588 Beamte mit . . . 3'924,758 M Bedarf nach Anlage B,
3910 Beamte mit . . . 8'543,580 M Bedarf.
Wegen Übertragung der 4 Gefängniswärterstellen auf lit. H mindert sich der Ansatz um . . . . . 3,040 M Bedarf (vgl. Bemerk. 7 S. 32)
3906 Beamte mit . . . 8'540,540 M Bedarf,
dagegen erhöht sich wegen Übertragung der Stellen der 18 Amtsgerichtsdiener am Amtsgerichte München I für Straff. auf lit. E (vgl Bemerk. 8 S. 32) der Ansatz um 12,135 M Bedarf
3924 Beamte mit . . . . 8'552,675 M Bedarf.

[6] Hiervon treffen:
534,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
76,035 M auf Personalvermehrung,
1,560 M auf die Aufbesserung der rechtskundigen Hilfsarbeiter,
21,060 M auf die Aufbesserung der Gerichtsschreibergehilfen,
3,834 M auf den Bezug des vom Etat der Gebühren und Strafen hierher übertragenen Obersekretärs (vgl. Bem. 3 S. 32),
161,795 M auf Gehaltsvorrückungen.
798,284 M. Die Differenz wird ausgeglichen durch den Wegfall der Tantiemen der Gerichtsschreiber im durchschnittlichen Betrage von jährlich
82,500 M, den Wegfall der fortl. Zulagen von
10,000 M für 50 Sekretariatsassistenten (vgl. Bem. 2 zu lit. E — Amtsgerichte — S. 7 des Etatsentw.),
durch Mehreinnahmen an Mietzinsen von jährlich
61,360 M und den Wegfall der Verdienstanteile der Gefängniswärter im jährlichen Betrage von
9,000 M (vgl. Bem. 2 zu Kap. 3 § 1 „Untersuchungs- und Strafvollzugskosten" S. 13 des Etatsentwurfes).

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	F. Staatsanwaltschaften.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
4	Generalstaatsanwalt des Obersten Landesgerichts .	1	—	12,000				
5	Oberstaatsanwälte der Oberlandesgerichte	5	8400 bis 9600	46,000				
6	Staatsanwälte des Obersten Landesgerichts	2	7200 bis 8200	15,800				
7	Staatsanwälte der Oberlandesgerichte	6						
	I. Staatsanwälte der Landgerichte	29						
		35	6000 bis 7000	229,700				
9	II. Staatsanwälte der Landgerichte	65	4800 bis 5300	302,300[1]				
12	III. Staatsanwälte der Landgerichte	35	3000 bis 3500	106,800[1]				
14	Obersekretäre der Staatsanwaltschaften	1	—	3,900				
17	Sekretäre der Staatsanwaltschaften	5						
	Amtsanwälte der Amtsgerichte der Pfalz . . .	25						
		30	2400 bis 3000	74,850				
18	Kanzleiexpeditoren der Generalstaatsanwaltschaft	2						
	der Oberstaatsanwaltschaften	6						
	der Staatsanwaltschaften .	51						
		59	2250 bis 2700	133,950[2]				
21	Sekretariatsassistenten der Generalstaatsanwaltschaft	—						
23	Sekretariatsassistenten der Oberstaatsanwaltschaften	1		1,650				
26	Sekretariatsassistenten der Staatsanwaltschaften . .	74	1200 bis 1650	100,050[2]				
	Summe a	308	—	1'027,000	—	8 130	1'035,130	

[1]) Die Geschäftsverhältnisse der Staatsanwaltschaften der Landgerichte München I und Augsburg machen die Aufstellung je eines weiteren II. Staatsanwalts, die Geschäftsverhältnisse der Staatsanwaltschaft in Kempten die Beigabe eines weiteren III. Staatsanwalts notwendig. Der Bedarf für die Stellen ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[2]) Die durch die Einführung der Jugendgerichte gesteigerte Geschäftslast einiger Staatsanwaltschaften erfordert die Vermehrung der Kanzleibeamten um 8 (3 Kanzleiexpeditoren und 5 Sekretariatsassistenten). Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Übertrag	308	—	1'027,000	—	8,130	1'035,130
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Rechtskundige Hilfsarbeiter	8[1]	1800	11,950[2]			
	Gerichtsschreibergehilfen der Amtsanwälte in der Pfalz	4	930	3,960[3]			
	Summe b	12	—	15,910	—	—	15,910
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	320	—	1'042,910	—	8,130[4]	1'051,040
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	306					890,150[5]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					46,000
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	306					936,150
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	14					114,890[6]

Erläuterungen

[1]) Zum Zwecke der Entlastung der Staatsanwälte der Jugendgerichte soll bei den Staatsanwaltschaften der Landgerichte Traunstein, Kaiserslautern und Nürnberg je ein rechtskundiger Hilfsarbeiter aufgestellt werden. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[2]) Die Bezüge der rechtskundigen Hilfsarbeiter sollen von 1410 ℳ auf jährlich je 1800 ℳ erhöht werden. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[3]) Es wird auf die Bem. 2 der Anlage A lit. D (Landgerichte S. 31) hingewiesen. Die Aufbesserung der Bezüge der Gerichtsschreibergehilfen der Amtsanwälte erfordert 240 ℳ.

[4]) Künftig wegfallend.

[5])
146 Beamte mit 618,915 ℳ Bedarf nach Anlage A,
160 Beamte mit 271,235 ℳ Bedarf nach Anlage B
306 Beamte mit 890,150 ℳ Bedarf.

[6]) Hievon treffen:
46,000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Betrags,
19,720 ℳ auf Personalvermehrung
2,080 ℳ auf die Aufbesserung der Bezüge der rechtskundigen Hilfsarbeiter,
240 ℳ auf die Aufbesserung der Bezüge der Gerichtsschreibergehilfen,
41,650 ℳ auf Gehaltsvorrückungen
109,690 ℳ; die Differenz wird ausgeglichen durch den Wegfall der Nebenbezüge einzelner Sekretäre mit
1,200 ℳ und durch den Wegfall der fortlaufenden Zulagen von
4,000 ℳ für 20 Sekretariatsassistenten (vgl. Bem. 4 zu lit. F — Staatsanwaltschaften — S. 7 des Etatsentw.).

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			ein-zeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	G. Notariate.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
17	Sekretäre	10	2400 bis 3000	29,000				
26	Sekretariatsassistent . . .	1	—	1,200				
	Summe a	11	—	30,200	—	—	30,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Gerichtsschreibergehilfen . .	7	930	6,930[1]	—	—	6,930	[1]) Es wird auf die Bem. 2 der Anlage A lit. D (Landgerichte S 31) hingewiesen. Die Aufbesserung der Bezüge der Gerichtsschreibergehilfen erfordert 420 M.
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	18	—	37,130	—	—	37,130	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	18					34,295[2]	[2]) 10 Beamte mit 25,295 M Bedarf nach Anlage A, 8 Beamte mit 9,000 M Bedarf nach Anlage B, 18 Beamte mit 34,295 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					500	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	18					34,795	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					2,335[3]	[3]) Hiervon treffen: 500 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 420 M auf die Aufbesserung der Bezüge der Gerichtsschreibergehilfen, 1415 M auf Gehaltsvorrückungen. 2335 M

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	H. Gerichtsgefängnisse.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Gefängnisinspektoren . . .	3	4800 bis 5300	15,180				
12	Hausärzte	3	—	—				
	Hausgeistliche	2	—					
		5	3000 bis 4500	16,500				
19	Gefängnisverwalter . . .	48[1]	2100 bis 2850	109,400				[1]) Wegen der Übertragung der Gefängniswärterstellen in Erlangen, Ingolstadt, Ludwigshafen und Pirmasens auf lit. H „Gerichtsgefängnisse" vgl. Bem. 7 zu lit. E „Amtsgerichte" der Anlage A S. 32 dieses Etatsentwurfs.
22	Nachrichter	1	—	—				
	Maschinist	1						
		2	1900 bis 2300	4,200				
24	Oberaufseher	25	1700 bis 2000	47,400				
25	Gerichtsvollzieher in Strafsachen [2])	—	—	—				[2]) Wegen der Übertragung der Amtsgerichtsdiener beim Amtsgericht München I, Abteilung für Strafsachen auf die Position lit. E „Amtsgerichte" vgl. Bem. 8 zu lit. E der Anlage A S. 32 dieses Etatsentwurfs.
27	Heizer	8	1400 bis 1600	12,000				
28	Gefängnisaufseher	182	1300 bis 1800	262,100[3])				[3]) Die Zahl der Gefängnisaufseher kann um 10 verringert werden.
29	Gefängnisaufseherinnen . .	29	1200 bis 1600	33,040				
	Summe a	302	—	499,820	—	8,400	508,220	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	302	—	499,820	—	8,400	508,220	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Seelsorger	[1] 38	—	11,600				[1]) Die Vergütungen der 7 Hausärzte der Gerichtsgefängnisse sind infolge der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse weggefallen.
	Gehilfe des Nachrichters .	1	—	642				
	Summe b	39	—	12,242	—	—	12,242	[2]) Künftig wegfallend.
	Summe H. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	341	—	512,062	—	8,400 [2]	520,462	[3]) 6 Beamte mit 18,315 M Bedarf nach Anl. A, 366 Beamte mit 453,479 M Bedarf nach Anl. B, 372 Beamte mit 471,794 M Bedarf Wegen Übertragung der 4 Gefängniswärterstellen auf lit. H erhöht sich der Ansatz um 3,040 M Bedarf 376 Beamte mit 474,834 M Bedarf Wegen Übertragung der Stellen der 18 Amtsgerichtsdiener des Amtsgerichts München I, Abt. f. Strafsachen, auf lit. E mindert sich der Ansatz um 12,135 M Bedarf 358 Beamte mit 462,699 M Bedarf (vgl. Bem. 7, 8 zu lit. E „Amtsgerichte“ Anlage A S. 32).
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	358					462,699 [3]	
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					5,200	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	358					467,899	
	Sohin							
	für 1910 und 1911 mehr:	—					52,563 [4]	[4]) Hiervon treffen: 5,200 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 12,163 M auf Gehaltsvorrückungen 17,363 M. Die Differenz wird ausgeglichen durch den Wegfall der Verdienstanteile der Gefängnisverwalter mit jährlich 13,000 M (vgl. Bem. 2 zu Kap. 3 § 1 „Untersuchungs- und Strafvollzugskosten“ S. 13 des Etatsentwurfs) und durch 22,200 M Mehreinnahme an Mietzinsen aus Dienstwohnungen.
	weniger	17					—	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1908 und 1909: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Wiederholung von Ziffer I.							
	Summe A	74	—	299,895	12,400	2,700	314,995	
	" B	37	—	236,050	4,400	2,800	243,250	
	" C	178	—	905,620	15,400	5,900	926,920	
	" D	1052	—	4'038,815	—	35,065	4'073,880	
	" E	4006	—	9'738,845	118,000	190,974	10'047,819	
	" F	320	—	1'042,910	—	8,130	1'051,040	
	" G	18	—	37,130	—	—	37,130	
	" H	341	—	512,062	—	8,400	520,462	
	Summe des Jahresvoranschlags des **allgemeinen Etats der Justiz** für 1910 und 1911 .	6026	—	16'811,327	150,200	253,969	17'215,496	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	5938					14'637,204[1]	[1] 2252 Beamte mit 9'130,707 M Bedarf nach Anlage A, 3686 Beamte mit 5'506,497 M Bedarf nach Anlage B, 5938 Beamte mit 14'637,204 M Bedarf
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					934,900	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	—					15'572,104	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	88					1'643,392	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer II. Etat für die Strafanstalten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktoren	7	6500 bis 7500	50,000				
9	Inspektoren	5	5300 bis 5800	28,500				
12	Assessoren	13						
	Hausgeistliche	16						
	Hausärzte	12						
		41	3000 bis 5000	169,300				
12	Hauslehrer	6	4000 bis 5000	28,000				
15	Hauslehrer	7	2400 bis 3000	19,800				
17	Hauslehrerin	1	—	2,100				
18	Buchhalter	15	2250 bis 2850	37,350				
19	Hausverwalter	12						
	Obermaschinist	1[1]						
		13	2100 bis 2550	29,450				
21	Baupaliere	9	2100 bis 2550	20,100				
22	Werkführer	60	1800 bis 2300	121,400				
24	Oberaufseher	21						
	Oberaufseherinnen	2						
		23	1700 bis 2200	45,000				
26	Kanzlei- und Rechnungsassistenten	39	1200 bis 1950	64,050				
27	Werkaufseher	97						
	Werkaufseherinnen	6						
		103	1500 bis 1900	184,400				
28	Aufseher	430	1300 bis 1800	669,700				
29	Aufseherinnen	32	1200 bis 1700	42,900				
	Summe a	791	—	1'512,050	—	27,647	1'539,697	

[1]) Bei dem Umfange der Beleuchtungs- und Beheizungsanlage der Gefangenanstalt Landsberg, die allein von allen Strafanstalten ein eigenes Elektrizitätswerk besitzt, und bei der mit der Oberleitung dieser Anlagen verbundenen Verantwortlichkeit ist die Aufstellung eines Obermaschinisten bei dieser Anstalt notwendig. Der Bedarf hierfür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	791	—	1'512,050	—	27,647	1'539,697	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Rechtskundige Hilfsarbeiter .	2	1800	3,600				
	Protestantische Hausgeistliche	2	—	2,590				
	Summe b	4	—	6,190	—	—	6,190	
	Summe Ziffer II. Jahresvoranschlag **für die Strafanstalten** für 1910 und 1911	795	—	1'518,240	—	27,647[1]	1'545,887	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	869					1'522,671[2]	[2]) 68 Beamte mit 260,521 ℳ Bedarf nach Anlage A, 801 Beamte mit 1'262,150 ℳ Bedarf nach Anlage B, 869 Beamte mit 1'522,671 ℳ Bedarf
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					25,190	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	869					1'547,861	
	Sohin							
	für 1910 und 1911 mehr	—					—	
	weniger	74					1,974[3]	[3]) Die Minderung erhöht sich weiter um 25,190 ℳ Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs und um 46,400 ℳ Mehreinnahme an Mietzinsen aus Dienstwohnungen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe Ziffer I	6026	—	16'811,327	150,200	253,969	17'215,496	
	" " II	795	—	1'518,240	—	27'647	1'545,887	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den **Etat des Staatsministeriums der Justiz** 1910 und 1911	6821	—	18'329,567	150,200	281,616	18'761,383	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6807					16'159'875[1]	1) 2320 Beamte mit 9'391,228 M Bedarf nach Anlage A, 4487 Beamte mit 6'768,647 M Bedarf nach Anlage B, 6807 Beamte mit 16'159,875 M Bedarf
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					960,090	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	6807					17'119,965	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	14					1'641,418	

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Justiz.
Dr. von Miltner.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

bei den

Gerichts- und Gefängnisgebäuden.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamt-kostenbedarf	Jahresvor-anschlag für 1910 und 1911
				M	M
1	Oberbayern	Haag	Ankauf eines unter dem Amtsgerichtsgebäude befindlichen Kellers und eines angrenzenden Grundstücks	11,000	5,500
2	Pfalz	Pirmasens	Verlegung der Registratur des Amtsgerichts in ein Nebengebäude. Erweiterung des Gefängnishofes	11,200	5,600
3	Oberpfalz	Amberg	Erweiterung des Landgerichtsgebäudes zum Zwecke der Herstellung von Räumen für das Schwurgericht	109,000	54,500
			Seite	131,200	65,600

Erläuterungen

Über die Diensträume im Erdgeschosse des Amtsgerichtsgebäudes in Haag wird lebhaft geklagt, weil sie sehr kalt und auf der Nordseite dumpf und schlecht belichtet sind. Schuld hieran tragen der unter dem Gebäude befindliche, einer Brauerei gehörende große Eiskeller und die großen dicht belaubten Bäume eines angrenzenden Gartengrundstücks, die dem Gerichtsgebäude Licht und Luft nehmen. Durch den Erwerb des Kellers und des Grundstücks könnte diesen Übelständen abgeholfen werden. Auch würde hierdurch genügender Platz für einen später notwendig werdenden Erweiterungsbau oder Neubau gewonnen, was bei der guten Lage des Gerichtsgebäudes und der Schwierigkeiten, in Haag andere geeignete Bauplätze zu finden, von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist.

Die Diensträume des Amtsgerichts Pirmasens sind ungenügend. Um zunächst dem dringendsten Bedürfnis abzuhelfen, soll ein bisher unbenütztes Nebengebäude für die Zwecke der Registratur eingerichtet und der hierdurch freiwerdende Raum im Gerichtsgebäude zu Diensträumen umgestaltet werden. Der Aufwand beträgt 2300 *M.* Der zum Gefängnis gehörende Arbeits- und Spazierhof ist zu klein und gegen die Nachbargrundstücke ungenügend gesichert. Die Mauern, die den Hof abschließen, sind zu niedrig, baufällig und gehören zum Teil den Nachbarn. Es ist dringend notwendig, daß der Hof in einer den Anforderungen des Gefängnisdienstes entsprechenden Weise erweitert wird. Der Aufwand für die Erweiterung und die damit zu verbindende Erneuerung der Einfriedung ist auf 8 900 *M* veranschlagt.

Das alte kurfürstliche Regierungsgebäude in Amberg enthält das Landgericht, das Amtsgericht mit Gerichtsvollzieherei, das oberpfälzische Kreisarchiv und einige Wohnungen für Bedienstete. Für das Schwurgericht ist in demselben kein Raum, weshalb seit dem Jahre 1851 die Stadtgemeinde Amberg den großen Rathaussaal mit einigen Nebenräumen zur Verfügung gestellt hat. Es finden im Jahre sechs Sessionen statt. Der Rathaussaal selbst ist zwar durchaus entsprechend, aber die Nebenräume lassen viel zu wünschen übrig. Diese bestehen aus einem alten, architektonisch besonders schönen, hohen Nebensaale, der als Zeugenzimmer benützt wird, dann nur noch aus zwei weiteren Zimmern, nämlich dem Beratungszimmer der Geschworenen und einem sehr ungenügend erhellten Zimmer, welches für den Schwurgerichtsvorsitzenden als Arbeitszimmer bestimmt ist aber auch als Beratungszimmer für die Richter dienen muß und obendrein den Aufenthaltsort für den Schreibgehilfen des Vorsitzenden, die Boten und die Sachverständigen bildet, welche während der Beratungen sich auf den Gang entfernen müssen. Es fehlt ein eigenes Arbeitszimmer für den Vorsitzenden, ein Zimmer für den Gerichtsarzt, ein Zimmer für die Sachverständigen, ein Zimmer für die Verteidiger, eine Garderobe für die Geschworenen (diese hängen ihre Überröcke, Hüte, Stöcke und Schirme an einen Kleiderständer im Sitzungssaal) und insbesondere ein Haftraum für die verhafteten Angeklagten und etwa in Haft befindlichen Zeugen. Die verhafteten Angeklagten müssen, wenn bisweilen der vorausgehende Fall noch nicht beendet ist, auch während der Beratung der Geschworenen und der Verkündigung ihres Wahrspruches, im Zeugenzimmer unter der Obhut eines Gendarmen warten, selbst wenn auch noch Zeugen und andere Personen anwesend sind. Das Rathaus ist etwa 400 m vom Gerichtsgebäude entfernt. Diese Trennung ist außerordentlich mißlich und stört den Dienstbetrieb beim Landgericht und der Staatsanwaltschaft in hohem Maße. Der Vorsitzende sowie die Richter und Staatsanwälte sind genötigt, täglich mehrere Male sich vom Rathause nach dem Gerichtsgebäude zu begeben, um in ihren dortigen Arbeitszimmern Verfügungen zu treffen über die für sie inzwischen eingelangten Anträge, Gesuche usw. Auch das Hin- und Herschaffen der Akten und der sehr umfangreichen Strafrechtsliteratur bringt Unzukömmlichkeiten und Störungen mit sich, besonders, wenn es erst im Laufe der Sitzung notwendig wird; auch die Roben müssen täglich mindestens einmal hin- und hergetragen werden. Das Landgericht Amberg ist der einzige Schwurgerichtssitz in Bayern, bei welchem die für das Schwurgericht bestimmten Räume sich nicht im Gerichtsgebäude selbst befinden.

Die Stadt Amberg hat die Mittel genehmigt zum Umbau ihres historisch und architektonisch hoch interessanten Rathauses. Mit diesem Umbau wird schon im kommenden Herbste begonnen werden. Dabei werden die beiden Säle, die jetzt als Schwurgerichtssitzungssaal und Zeugenzimmer dienen, wieder in einen entsprechend würdigen Zustand umgewandelt werden, so daß sie für die Zwecke des Schwurgerichts mit dem starken Verkehr des Publikums nicht mehr gut passen.

Um all diesen Mißständen abzuhelfen, soll das Gerichtsgebäude durch einen Anbau erweitert werden. Als Bauplatz ist der an das Gerichtsgebäude südwestlich angrenzende dem Staate gehörige Gartenhof in Aussicht genommen, der genügend Raum bietet. Der Anbau soll einen Sitzungssaal nebst den erforderlichen Nebenräumen erhalten und mit den übrigen Räumen des Landgerichts in Verbindung gebracht werden.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M	M
			Übertrag	131,200	65,600
4	Oberpfalz	Nabburg	Erweiterung des Amtsgerichtsgebäudes	30,000	15,000
5	Unterfranken	Aub	Umbau des Amtsgerichtsgefängnisses	25,000	12,500
6	Unterfranken	Eltmann	Umbau des Registraturgebäudes bei dem Amtsgerichtsgebäude und Instandsetzungen im Hauptgebäude	12,000	6,000
7	"	Hammelburg	Ankauf eines Bauplatzes zum Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes	11,000	5,500
8	"	Würzburg	Erneuerung der Heizanlage im Mittelbau und Südflügel des Gerichtsgebäudes	22,000	11,000
			Seite	231,200	115,600

Erläuterungen

Das im Jahre 1862 erbaute Amtsgerichtsgebäude ist zu klein und genügt nicht mehr den Bedürfnissen des mit 3 Richtern besetzten Gerichts. Die dringend notwendige Erweiterung kann durch einen Stockwerksaufbau geschaffen werden. In dem aufzubauenden Stockwerke soll die Dienstwohnung des Gerichtsvorstands eingerichtet werden. Die Räume, in denen sich jetzt die Dienstwohnung befindet (erstes Obergeschoß), wären dann dem Gerichte zuzuteilen, das jetzt nur über das Erdgeschoß verfügt.

Amtsgericht und Gefängnis in Aub sind in einem vormals bischöflich Würzburgischen Jagdschloß untergebracht. Während die Diensträume des Gerichts den Bedürfnissen genügen, geben die Räume des Gefängnisses zu vielfachen Klagen Anlaß. Sie sind in einem Querflügel in der Weise untergebracht, daß das Erdgeschoß Hafträume und das erste Obergeschoß die Wohnung des Gefängniswärters enthält. Das zweite Obergeschoß ist unbenützt. Von den sieben Hafträumen des Erdgeschosses sind vier finster, dumpf und ungesund, weil sie in den engen Hof gehen und nicht durchlüftet werden können. Die übrigen drei aber reichen nicht aus, weil das der Landesgrenze nahegelegene Gefängnis immer stark belegt ist. Ein Aufnahmezimmer ist nicht vorhanden, die Gefangenen müssen im Gange oder zur kalten Jahreszeit in einem Zimmer der Dienstwohnung aufgenommen werden. Äußerst mangelhaft sind auch die Waschküche und die Abortanlage.

Um diesen Mißständen gründlich abzuhelfen, empfiehlt es sich, das Gefängnis umzubauen. Es sollen die Hafträume in das zweite Obergeschoß verlegt werden. Im Erdgeschosse wären ein Aufnahmezimmer, eine Waschküche, ein Baderaum und ein Arbeitsraum einzurichten.

Das Amtsgerichts- und Gefängnisgebäude in Eltmann besteht aus drei Teilen. Der älteste mittlere Teil — ein schmales langes Gebäude — stammt aus dem 18. Jahrhundert. Im Jahre 1820 wurde das Vordergebäude am Marktplatz errichtet und in den Jahren 1869/70 an der Rückseite ein Gefängnis angebaut. Außerdem ist noch ein aus der ältesten Zeit stammendes Nebengebäude vorhanden, das im Erdgeschosse Waschküche, Holz- und Kohlenräume und im Obergeschosse die Registratur des Amtsgerichts enthält. Dieses Nebengebäude ist baufällig und muß, da für die Zwecke, denen es jetzt dient, anderweitige Räume nicht beschafft werden können, umgebaut werden. Im Anschlusse hieran sollen auch im Hauptgebäude verschiedene dringende Instandsetzungsarbeiten ausgeführt werden. Insbesondere läßt es sich nicht umgehen, die Abortanlage, die gleichfalls aus der ältesten Zeit zu stammen scheint, von Grund aus zu erneuern.

Im Schlosse zu Hammelburg befinden sich die Diensträume des Bezirksamts, des Rentamts und des Amtsgerichts und die Dienstwohnungen der Vorstände der beiden erstgenannten Ämter. Der Vorstand des Amtsgerichts hat keine Dienstwohnung. Die Diensträume des Amtsgerichts, die im östlichen Flügel des Schlosses liegen, sind außerordentlich beschränkt. Der Sitzungssaal ist viel zu klein, es fehlt an genügenden Räumen für das Grundbuchamt und für die Gerichtsschreiberei. Ein Zimmer für den Gerichtsvollzieher ist überhaupt nicht vorhanden. Der Mangel einer Dienstwohnung für den Amtsgerichtsvorstand macht sich sehr unangenehm bemerkbar.

Durch einen Stockwerksaufbau können die Diensträume nicht erweitert werden, weil hierdurch befriedigende Zustände nicht geschaffen würden. Auch wären die Kosten unverhältnismäßig hoch. Es bleibt daher nur die Errichtung eines Neubaues übrig. Zunächst soll der Bauplatz erworben werden. Der Bau selbst kann noch auf die nächste Finanzperiode verschoben werden. Von den Plätzen, die der Justizverwaltung angeboten wurden, ist am geeignetsten der sogenannte Industriegarten vor dem oberen Tore an der Straße nach Bad Kissingen. Er gehört der Stadtgemeinde Hammelburg und wird von dieser zu angemessenem Preise zur Verfügung gestellt.

Durch das ordentliche Budget für 1908 und 1909 sind die Mittel für die Erneuerung der Heizanlage im nordöstlichen Flügel des Gerichtsgebäudes in Würzburg bewilligt worden. In den Erläuterungen zu dem Budgetansatz ist darauf hingewiesen, daß die im Jahre 1891 eingerichtete, auf einem veralteten System beruhende Heizanlage fortwährend zu Klagen Anlaß gibt. Es wurde deshalb vorgeschlagen, die Anlage nach und nach zu erneuern. Die Auswechslung im nordöstlichen Flügel ist im Sommer 1908 mit befriedigendem Ergebnisse durchgeführt worden. Im Anschlusse hieran soll nunmehr auch der übrige Teil der Anlage erneuert und damit den Klagen der im Gebäude untergebrachten Beamten vollständig abgeholfen werden.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	231,200	115,600
9	Schwaben	Dillingen	Einrichtung einer Dienstwohnung für den Vorstand des Amtsgerichts	13,000	6,500
10	"	Illertissen	Erweiterung der Diensträume des Amtsgerichts . .	23,500	11,750
11	"	Neuburg a. D.	Einrichtung des alten Amtsgerichtsgebäudes für Gefängniszwecke und teilweiser Umbau des Gefängnisgebäudes	—	—
12	"	Sonthofen	Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes, 1. Rate . . .	54,000	27,000
13	—	—	Baureserve und innere Einrichtung	25,300	12,650
			Summe	347,000	173,500

Erläuterungen

Im Schlosse zu Dillingen sind außer dem Amtsgerichte noch das Bezirksamt, das Rentamt, das Forstamt und das Straßen- und Flußbauamt untergebracht. Alle Vorstände dieser Ämter sind im Genusse von Dienstwohnungen; nur der Vorstand des Amtsgerichts entbehrt einer solchen. Um diesem Mangel abzuhelfen, der bei den Verhältnissen in Dillingen sehr fühlbar ist, soll in leerstehenden Räumen des Schlosses eine Dienstwohnung für den Gerichtsvorstand eingerichtet werden.

Die Diensträume des Amtsgerichts Illertissen befinden sich in dem dortigen Schlosse, in dem außerdem auch das Bezirksamt und das Rentamt untergebracht sind. Die Diensträume des Gerichts sind sehr beschränkt, es fehlt insbesondere an geeigneten Räumen für das Grundbuchamt, auch ist es nicht möglich, den Gerichtsvollzieher unterzubringen. Dem Mangel kann durch einen Umbau im Innern abgeholfen werden.

Durch das Finanzgesetz vom 20. August 1906 wurden die Mittel für den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes in Neuburg a. D. bewilligt. Der Neubau ist fertig und bezogen. Das alte Amtsgerichtsgebäude kann nicht veräußert werden, weil es an das Landgerichtsgefängnis angrenzt und mit diesem in enger Verbindung steht. Die Räume des Gebäudes lassen sich aber in durchaus zweckmäßiger Weise für das Gefängnis verwenden. Es können darin die dem Gefängnisse fehlenden Verwaltungsräume sowie ein Betsaal eingerichtet werden. Auch soll dorthin die jetzt in einem Nebengebäude untergebrachte Wohnung des Gefängnisverwalters verlegt werden. Das Nebengebäude, dessen baulicher Zustand viel zu wünschen übrig läßt, wäre abzubrechen, wodurch der jetzt sehr beschränkte Gefängnishof an Ausdehnung gewinnen würde.

Die Kosten der Bauvornahmen mit Einschluß des Aufwandes für die Einrichtung des Betsaales und der übrigen neugewonnenen Räume betragen 25,000 *M.* Sie können aus Ersparungen an dem durch den § 18 A Nr. 7 des Finanzgesetzes vom 20. August 1906 bewilligten Kredite bestritten werden.

Die Diensträume des Amtsgerichts Sonthofen liegen im Erdgeschosse des Bezirksamtsgebäudes zu beiden Seiten der Durchfahrt, auf der einen Seite der Sitzungssaal, das Zimmer des Amtsgerichtsvorstandes, die Gerichtsschreiberei und das Botenzimmer, auf der anderen Seite das Grundbuchamt und die Registraturen. Außer dem Zimmer des Gerichtsvorstandes, das keinen eigenen Eingang hat, sind alle Räume ungenügend. Der Sitzungssaal ist sehr klein, die Gerichtsschreiberei bietet nur für den Sekretär und einen Gehilfen notdürftig Unterkunft. Ein Kanzleibeamter muß sich ständig in dem anstoßenden Botenzimmer aufhalten, das auch noch als Wartezimmer dient. Das Zimmer des Grundbuchamtes, in dem ein Amtsrichter mit einem Gehilfen untergebracht ist, ist ein tiefes, aber sehr schmales Gelaß, das selbst an sonnigen Tagen zum Teil im Dunkeln liegt. Ein eigenes Zimmer für den Grundbuchrichter ist nicht vorhanden. Auch zur Unterbringung des Gerichtsvollziehers fehlt es an Raum.

Die dringend notwendige Abhilfe kann nur durch einen Neubau geschaffen werden, in dem außer den Diensträumen des Gerichts auch die bisher fehlende Dienstwohnung des Gerichtsvorstandes einzurichten wäre. Ein geeigneter Bauplatz ist vorhanden. Das staatliche Grundstück, auf dem sich jetzt das Bezirksamts- und Amtsgerichtsgebäude und das Gefängnis befinden, ist so groß, daß es ohne jede Schwierigkeit auch für den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes verwendet werden kann.

Der vorgeschlagene Betrag ist zur Deckung der Kosten der inneren Einrichtung der Erweiterungsbauten unter Nr. 3, 4, 5 und 10, dann als Baureserve bestimmt.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

bei den

Strafanstalten.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
1	Schwaben	Kaisheim	Die Erbauung eines Wohnhauses für vier Beamte des Zuchthauses Kaisheim	35,000	17,500
2	Oberfranken	Ebrach	Die Schaffung von Dienstwohnungen für die Beamten bei dem Zuchthause Ebrach durch den Kauf und den Umbau des sogenannten Orangeriegebäudes in Ebrach	36,700	18,350
3	Oberfranken	Ebrach	Die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Zuchthause Ebrach	57,000	28,500
			Summe	128,700	64,350

Erläuterungen

Die Vermehrung der Dienstwohnungen für die Beamten bei dem Zuchthause Kaisheim ist dringend notwendig. Mehr als 50 verheiratete Beamte dieser Anstalt wohnen in Privathäusern. Es ist zunächst die Herstellung eines weiteren Wohngebäudes für vier Beamte auf einem der Anstalt gehörenden Grundstücke in Aussicht genommen.

Die Kosten sind auf 35,000 ℳ veranschlagt.

Mehr als 40 verheiratete Beamte des Zuchthauses Ebrach sind nicht im Genusse einer Dienstwohnung. Da im Markt Ebrach selbst passende Privatwohnungen immer schwieriger zu erhalten sind, macht sich das Bedürfnis für die Vermehrung der Dienstwohnungen sehr fühlbar. Dem Mangel kann abgeholfen werden durch den Kauf des Anwesens Haus Nr. 11 in Ebrach, der sogenannten Orangerie, für das mit den dazu gehörenden Grundstücken der wertentsprechende Preis von 28,700 ℳ gefordert wird. In dem Gebäude können vier geräumige Wohnungen eingerichtet werden. Die Kosten des Umbaues sind auf 8000 ℳ veranschlagt.

Der erforderliche Gesamtaufwand beträgt demnach 36,700 ℳ.

Im Zuchthaus Ebrach werden für die Beleuchtung der Hafträume, der Arbeits- und Schlafsäle, der Gänge und eines Teiles der Höfe Petroleumlampen verwendet; ein weiterer Teil der Höfe wird durch Spiritusglühlichtlampen beleuchtet; einige Höfe entbehren der Beleuchtung. Aus Gründen der Sicherheit der Anstalt im allgemeinen, der Feuersicherheit und aus gesundheitlichen Gründen ist die Verbesserung dieser ungenügenden Beleuchtung dringend notwendig. Die Verbesserung wird am zweckmäßigsten durch die Herstellung einer elektrischen Beleuchtungsanlage in der Anstalt selbst erreicht werden.

Die Ausführung des hierfür von der Firma Siemens-Schuckertwerke in Nürnberg ausgearbeiteten geprüften Projektes erfordert einen Kostenaufwand von 57,000 ℳ.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. v. Miltner.

Übersicht

der

Einnahmen und Ausgaben

der

Verwaltungen der Strafanstalten.

Bezeichnung der Strafanstalt	Etatsmäßige Kopfzahl der Gefangenen	Einnahmen				Gesamtsumme der Einnahmen
		a Arbeitsverdienst der Gefangenen	b Erstattete Unterhaltskosten und sonstige Einnahmen	Summe der Einnahmen	Staatszuschuß	
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Aichach	500	63,000	12,000	75,000	155,000	230,000
Amberg	620	90,000	16,000	106,000	215,000	321,000
Ebrach	550	75,000	10,000	85,000	227,000	312,000
Kaisheim	500	50,000	10,000	60,000	281,800	341,800
Landsberg	500	65,000	12,000	77,000	167,000	244,000
Laufen	510	70,000	22,000	92,000	167,000	259,000
Lichtenau	480	68,000	19,000	87,000	148,000	235,000
Niederschönenfeld . .	160	37,000	4,000	41,000	70,000	111,000
Nürnberg	340	80,000	15,000	95,000	126,000	221,000
St. Georgen-Bayreuth	460	67,000	15,000	82,000	189,000	271,000
Straubing	920	125,000	38,000	163,000	330,200	493,200
Zweibrücken	460	67,000	17,000	84,000	152,000	236,000
Summe	6,000	857,000	190,000	1'047,000	2'228,000	3'275,000
				hiezu 5,000	ab 5,000	Zuschüsse de
				„ 13,215	„ 13,215	
				1'065,215	2'209,785	
					hiezu 13,800	13,800
					2'223,585	3'288,800

Persönliche Ausgabe	Sächliche Ausgaben für die Haushaltung	Kanzleibedürfnisse	die Bewachung	sonstige Ausgaben	Summe der sächlichen Ausgaben	Summe der persönlichen und sächlichen Ausgaben
ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
97,385	130,000	1,100	—	1,515	132,615	230,000
147,976	170,000	1,200	—	1,824	173,024	321,000
149,303	150,000	1,100	9,500	2,097	162,697	312,000
155,726	165,000	1,000	18,000	2,074	186,074	341,800
110,885	130,000	1,100	—	2,015	133,115	244,000
123,608	132,000	1,400	—	1,992	135,392	259,000
112,262	120,000	1,300	—	1,438	122,738	235,000
62,124	47,000	800	—	1,076	48,876	111,000
117,602	100,000	2,000	—	1,398	103,398	221,000
147,544	120,000	1,100	—	2,356	123,456	271,000
198,092	290,000	1,800	—	3,308	295,108	493,200
123,380	110,000	1,100	—	1,520	112,620	236,000
1'545,887	1'664,000	15,000	27,500	22,613	1'729,113	3'275,000
taatsministeriums des Innern						
13,800 Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen						hiezu 13,800
1'559,687						3'288,800

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Justiz.

Dr. von Miltner.

Etat Nr. 27.

Staatsministerium des Innern.

Inhaltsangabe.

I. Haupt-Etat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I. Etat der allgemeinen inneren Verwaltung.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Staatsministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	284,310[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	4,800
		3	Tagegelder und Reisekosten	9,000
			Summe § 1	298,110
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Mietzinse für Diensträume und dergleichen)	39,500
			Summe § 2	39,500
			Hiezu „ § 1	298,110
			Summe A	337,610
			B. Statistisches Landesamt.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	89,460[4]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	97,200[5]
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000[6]
			Summe § 1	187,660
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	20,800[7]
		2	Kosten für statistische Veröffentlichungen	26,500[8]
		3	Sonstige Ausgaben	14,000[9]
			Summe § 2	61,300
			Hiezu „ § 1	187,660
			Summe I	248,960
			II. Einnahmen.	
	1		Aus dem Verkaufe des Statistischen Jahrbuchs	400
	2		Aus dem Verkaufe der Zeitschrift des Statistischen Landesamts	400
	3		Aus dem Verkaufe der Beiträge zur Statistik des Königreichs Bayern	200
	4		Aus dem Verkaufe des Hof- und Staatshandbuchs	10,000
			Summe II	11,000
			Restausgabe B	237,960

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
240,010	44,300	—	A S. 82	[1]) Hierunter 1290 ℳ künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
4,800	—	—		
6,000	3,000 [2])	—		[2]) Der Aufwand für den Zentralwohnungsinspektor mit 2500 ℳ ist in die besondere Etatsposition „Für Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge" übertragen worden. Dagegen sind die Tagegelder und Reisekosten des Landwirtschaftsreferenten, des Medizinalreferenten und des Landestierarztes, die bisher aus der landwirtschaftlichen Bauschsumme und aus der Position „Vorkehrungen gegen Epidemien und Viehseuchen" bestritten wurden, nunmehr mit im ganzen 5500 ℳ hier vorgesehen.
250,810	47,300	—		
33,750	5,750 [3])	—		[3]) Die Vermehrung des Personals erfordert erhöhte Ausgaben an erstmaliger Einrichtung, dann für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung. Davon 2000 ℳ künftig wegfallend.
33,750	5,750	—		
250,810	47,300	—		
284,560	53,050	—		
73,170	16,290	—	A S. 83	[4]) Hierunter 1250 ℳ künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen, ferner 6000 ℳ für nichtetatsmäßige Beamte (wissenschaftliche Hilfsarbeiter), deren Bezüge bisher auf Tit. 2 verrechnet wurden.
47,100	50,100	—		[5]) Hierunter 40,500 ℳ für die Volkszählung vom 1. Dezember 1910 und 2500 ℳ zum Abschluß der Erhebungen über das Heimat- und Armengesetz künftig wegfallend.
700	300	—		[6]) Neu 300 ℳ für den Statistischen Beirat.
120,970	66,690	—		
17,500	3,300	—		[7]) Hierunter 6500 ℳ für Volkszählungsformulare künftig wegfallend.
14,000	12,500	—		[8]) Hierunter neu für das Hof- und Staatshandbuch 8500 ℳ, für die Arbeitsmarktstatistik 2500 ℳ, für weitere Hefte der „Beiträge zur Statistik des Königreichs" 1500 ℳ.
14,000	—	—		[9]) Insbesondere Kopialgebühren der Standesbeamten.
45,500	15,800	—		
120,970	66,690	—		
166,470	82,490	—		
—	400	—		
—	400	—		
—	200	—		
—	11,000	—		
—	10,000 [10])	—		[10]) Bisher nicht im Etat durchgeführt.
166,470	71,490	—		

Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
			Ziffer I.	
1			**C. Verwaltungsgerichtshof.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	204,380[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	500
			Summe § 1	204,880
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	7,300
			Summe § 2	7,300
			Hiezu „ § 1	204,880
			Summe C	212,180
			D. Regierungen, Kammern des Innern.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	1'796,500
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	58,000
			Summe § 1	1'860,500
			Ab die Vergütung der 8 Versicherungsanstalten	83,555
			Restsumme § 1	1'776,945
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	136,000
		2	Zur Ausstattung der Repräsentationsräume der Dienstwohnungen der Regierungspräsidenten	10,000
			Summe § 2	146,000
			Hiezu „ § 1	1'776,945
			Summe D	1'922,945

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
189,270	15,110	—	A S. 84	[1]) Hierunter 980 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
500	—	—		
189,770	15,110	—		
7,300	—	—		
7,300	—	—		
189,770	15,110	—		
197'070	15,110	—		
1'535,805	260,695	—	A S.85/86	[2]) Hierunter 19,580 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
6,000	—	—		
44,000	14,000[3])	—		[3]) Die Tagegelder und Reisekosten der Regierungsveterinärräte wurden seither auf den Etatsansatz „Auf Vorkehrungen gegen Epidemien und Viehseuchen, Sonstige Kosten" verrechnet.
1'585,805	274,695	—		
66,855	16,700	—		
1'518,950	257,995	—		
121,900	14,100	—		[4]) Der Bedarf für die sächlichen Ausgaben ist zur Hälfte auf den Etat des Staatsministeriums des Innern und zur anderen Hälfte auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen veranschlagt. Der bei Tit. 1 veranschlagte Mehrbedarf ist in erster Linie durch die gesteigerten Preise für Schreibbedürfnisse sowie für Heizungs- und Beleuchtungsmaterial bedingt. Außerdem verursachen die Personalvermehrungen, die sowohl bei den Regierungen, Kammern des Innern, als auch bei den Regierungen, Kammern der Finanzen, infolge der gesteigerten Geschäftslast namentlich aus Anlaß der Durchführung der Steuerreform sich nicht umgehen lassen, einen wesentlich höheren Aufwand für Regie.
10,000	—	—		
131,900	14,100	—		
1'518,950	257,995	—		
1'650,850	272,095	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**E. Polizeidirektion und Schutzmannschaft München.**	
			a. Polizeidirektion.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	808,000[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	22,000
		3	Wohnungsbeiträge für 3 Polizeiärzte	1,260
			Summe § 1	831,260
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	90,000
		2	Mietzinse für Dienstlokalitäten	107,000
		3	Für Herausgabe des Adreßbuchs	50,000[3]
		4	Zuschuß zum Münchener Amtsblatt	1,800
		5	Zur Bestreitung der auf Grund des Art. 16 und 20 des Polizeistrafgesetzbuchs erwachsenen Kosten	1,713
		6	Außerordentliche Ausgaben im Interesse der öffentlichen Sicherheit	14,000
			Summe § 2	264,513
			Hierzu „ § 1	831,260
			Summe I	1'095,773
			II. Einnahmen.	
			Aus dem Verkaufe des Adreßbuchs	75,000
			Restausgabe a	1'020,773

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
M	M	M		
				Wegen eines neuen Polizeigebäudes vergl. außerordentliches Budget.
646,850	161,150	—	A S. 87	[1]) Hierunter 23,590 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
15,200	6,800[2])	—		[2]) Die Position hat schon bisher nicht gereicht und mußte regelmäßig überschritten werden. Vergl. auch Erläuterung zu § 2 Tit. 3.
14,400	—	13,140[3])		[3]) Die Wohnungsentschädigungen für die Sicherheitskommissäre werden nunmehr bei den Besoldungsnebenbezügen verrechnet.
676,450	167,950	13,140		
	154,810	—		
80,000	10,000	—		
75,000	32,000[4])	—		[4]) Mehr wegen Vermehrung des Personals und Erhöhung der Wohnungsmieten.
—	50,000	—		[5]) Die Einnahmen und Ausgaben des Adreßbuchs wurden bisher nicht im Etat durchgeführt. Der Betrag enthält die sächlichen Ausgaben, die persönlichen sind in § 1 Tit. 1 und 2 inbegriffen. Die Einnahmen sind an den Ausgaben unter Ziffer II in Abzug gebracht.
1,800	—	—		
1,713	—	—		
10,000	4,000[6])	—		[6]) Mehr wegen Wegfalls der Trambahnfreifahrt der Polizeibeamten.
168,513	96,000	—		
676,450	154,810	—		
844,963	250,810	—		
—	75,000	—		
844,963	175,810	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer I.	
1			**b. Schutzmannschaft.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	1'614,000[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	4,500
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
		4	Unterstützungen	19,000
			Summe § 1	1'638,000
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . .	45,000
		2	Mietzinse	160,000
		3	Pferdegelder	34,000
		4	Sonstige Ausgaben	13,500
			Summe § 2	252,500
			Hierzu „ § 1	1'638,000
			Summe b	1'890,500
			Hierzu „ a	1'020,773
			Summe E	2'911,273
			Hievon ab Beitrag der Stadtgemeinde München auf Grund des Gesetzes vom 15. Juni 1898 (Ges. u. VOBl. S. 293)	570,424[6]
			Restsumme E	2'340,849

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'370,131	243,869	—	A S. 88	[1]) Hierunter 10,650 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
6,600 } 4,500 }	—	6,600		
500	—	—		
16,000	3,000 [2])	—		[2]) Mit Rücksicht auf die Erhöhung des Mannschaftsstandes und die Mehrung der Verheirateten insbesondere.
1'397,731	246,869	6,600		
	240,269			
43,000	2,000	—		
98,000	62,000 [3])	—		[3]) Mit der Zunahme der verheirateten Mannschaften wächst das Bedürfnis, bei den Stationen Dienstwohnungen für solche Mannschaften zur Verfügung zu haben. Übrigens fließt in Gestalt der von den Mannschaften nach Art. 37 des Beamtengesetzes zu entrichtenden Mietentschädigungen ein Teil der Summe in die Staatskasse zurück.
29,254	4,746 [4])	—		[4]) Infolge außerordentlicher Steigerung der Fouragepreise erwiesen sich die Pferdegelder in den letzten Jahren als unzulänglich und mußten durch jährliche Zuschüsse ergänzt werden. Fortan soll das Pferdegeld auf je 540 M für die Offiziere, je 360 M für die Mannschaft festgesetzt werden; daneben sollen die Fouragekosten nach den vom Kriegsministerium halbjährig bekanntgegebenen Vergütungspreisen (Satz II) gewährt werden. Vermehrung der berittenen Abteilung um 2 Mann.
3,500	10,000 [5])	—		[5]) Mehr infolge Einführung des Turnunterrichts und von Polizeihunden.
173,754	78,746	—		
1'397,731	240,269	—		
1'571,485	319,015	—		
844,963	175,810	—		
2'416,448	494,825	—		
392,150	178,274	—		[6]) Von dem Aufwande zu 2'911,273 M, soweit er die Summe von 1'200,000 M übersteigt, hat die Stadtgemeinde München ¹/₃ beizutragen.
2'024,298	316,551	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
			Ziffer I.	
1			**F. Bezirksämter.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	3'387,030[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	122,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	314,900
			Summe § 1	3'823,930
	2		Sächliche Ausgaben.	
			Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	282,400
			Summe F	4'106,330
			G. Maß- und Gewichtspolizei.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	9,700
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (Funktionsbezüge)	7,680
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,510
			Summe § 1	18,890
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	1,400
		2	Revision der Normale und Apparate	2,000
		3	Sonstige Ausgaben	100
			Summe § 2	3,500
			Hiezu „ § 1	18,890
			Summe G	22,390

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
2'864,840	522,190	—	A S. 89	[1]) Hierunter 40,310 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
104,000	18,000[2])	—		[2]) Der Jahresaufwand für Entlohnung der älteren Bezirksamtsinzipienten mit 72,000 M, der in der letzten Finanzperiode erstmals in Rechnung kam, tritt im vollen Jahresbetrage zur Erscheinung.
313,720	1,180[3])	—		[3]) Die Reisekostenaversen der Bezirksamtmänner in Riedenburg und Lauf erscheinen nunmehr im vollen Jahresbetrage.
3'282,560	541,370	—		
246,600	35,800[4])	—		[4]) Dieser Ansatz reicht bei der Steigerung aller Materialpreise und Arbeitslöhne nicht mehr aus. Ferner entspricht die Entschädigung der Amtsdiener für Beheizung und Reinigung den heutigen Verhältnissen und den in anderen Geschäftszweigen gewährten Bezügen nicht mehr. Künftig wegfallend 4800 M für Anschaffung von Schreibmaschinen.
3'529,160	577,170	—		
7,845	1,855	—	A S. 90	
6,880	800[5])	—		[5]) Infolge des Beamtengesetzes Minderbedarf von 1200 M, dem ein Mehraufwand von 1500 M gegenübersteht, veranlaßt durch Aufstellung eines Technikers für die Durchführung der neuen Maß- und Gewichtsordnung.
1,510	—	—		
16,235	2,655	—		
1,400	—	—		
2,000	—	—		
600	—	500[6])		[6]) Auf § 1 Tit. 2 (Kosten für Stellvertretung rc.) übertragen.
4,000	—	500		
16,235	2,655	—		
20,235	2,655	500		
	2,155	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I.	
1			**H. Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	7,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,500
			Summe § 1	9,700
	2		Sächliche Ausgaben	—[1]
	3		Zur Förderung der Wohnungsfürsorge	75,000[2]
			Summe H	84,700
			Hiezu „ G	22,390
			„ F	4'106,330
			„ E	2'340,849
			„ D	1'922,945
			„ C	212,180
			„ B	237,960
			„ A	337,610
			Summe Kap. 1	9'264,964
2			**Umzugskosten**	8,060
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			**Aufwand an Unterstützungen.**	
	1		Staatszuschuß an den Pensionsverein der bayerischen Eichmeister	8,000
	2		Staatszuschuß an den Unterstützungsverein der Bezirksamtsgehilfen	4,000
			Summe Kap. 3	12,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
—	7,200	—	A S. 90
—	—	—	
—	2,500	—	
—	9,700	—	
—	—	—	
20,000	55,000	—	
20,000	64,700	—	
20,235	2,155	—	
3'529,160	577,170	—	
2'024,298	316,551	—	
1'650,850	272,095	—	
197,070	15,110	—	
166,470	71,490	—	
284,560	53,050	—	
7'892,643	1'372,321	—	
8,060	—	—	
6,000	2,000	—	
4,000	—	—	
10,000	2,000	—	

Erläuterungen

[1]) Die Regiebedürfnisse werden aus den Mitteln des K. Staatsministeriums des Innern bestritten.

[2]) Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Von Ziffer IV Kap. 5 des Etats für 1908 und 1909 hieher übertragen.

Die Kosten für Förderung der Wohnungsfürsorge wurden bisher außer aus dem Etatsansatze aus der in Tit. IV § 15 lit. C Ziff. 17 des Finanzgesetzes vom 10. August 1902 vorgesehenen und in den folgenden Finanzgesetzen bis jetzt aufrecht erhaltenen Willigung zu 300,000 ℳ bestritten. Diese Willigung geht nunmehr ihrem Ende entgegen. Andererseits steht zu erwarten, daß mit der Weiterentwicklung der Wohuungsfürsorge erhöhte Ansprüche zu befriedigen sein werden. Insbesondere erscheint es wünschenswert, der Gartenstadt Nürnberg, e. G. m. b. H., die in der Nähe Nürnbergs eine größere Wohnungsanlage plant, in Anbetracht der sozialen und gesundheitlichen Bedeutung des Unternehmens die Erwerbung des erforderlichen Baugeländes, wegen der zurzeit Verhandlungen mit dem K. Forstärar schweben, durch Gewährung eines Zuschusses — etwa 25,000 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode — zu erleichtern.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I.	
4			**Übrige Ausgaben.**	
	1		Kosten auf den Vollzug des Militär-Ersatzgeschäftes	28,000
	2		Kosten der Wahlen der Landtagsabgeordneten	2,000
	3		Kosten der Landratswahlen	100
	4		Kosten der Wahlen der Gemeinde- und Kirchenverwaltungen	40,000[1]
	5		Schiffahrts- und Strompolizei	6,000
	6		Kosten auf den Vollzug des Reichsgesetzes über die Beurkundung des Personenstandes und die Eheschließung	24,500
	7		Kosten auf den Vollzug des Art. 110 des Forstgesetzes vom 28. März 1852 bezw. 17. Juni 1896	700
	8		Zuschuß zur weiteren Ausgestaltung und Unterhaltung des Deutschen Museums . . .	50,000
	9		Zur Förderung der weiteren Ausbildung der Verwaltungsbeamten	6,000
	10		Für Zwecke des Heimatschutzes	5,000
	11		Sonstige Ausgaben	3,000
			Summe Kap. 4	165,300
			Hierzu „ „ 3	12,000
			„ „ 2	8,060
			„ „ 1	9'264,964
			Summe Ziffer I (Etat der allgemeinen innern Verwaltung)	9'450,32[illegible]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
28,000	—	—		
2,000	—	—		
100	—	—		
5,000	35,000	—		[1]) Im Jahre 1911 finden die ordentlichen Wahlen im rechtsrheinischen Bayern statt, hiefür war bisher der Betrag von 79,000 *M* vorgesehen. Für Ergänzungswahlen im ganzen Königreiche sind 1000 *M* einzusetzen, somit ein Gesamtbedarf von 80,000 *M* oder von 40,000 *M* für ein Jahr.
6,000	—	—		
30,000	—	5,500		[2]) Der tatsächliche Bedarf in den letzten Jahren ermöglicht die vorgesehene Minderung.
700	—	—		
50,000	—	—		[3]) Vergleiche außerordentliches Budget.
6,000	—	—		[4]) Mit Hilfe dieses in der letzten Finanzperiode erstmals eingesetzten Betrages wurden bei sämtlichen Regierungen unter zahlreicher Beteiligung und mit bestem Erfolge Fortbildungskurse mit Besichtigungen abgehalten, ferner wurden jüngeren Verwaltungsbeamten Zuschüsse zum Besuche der staatswissenschaftlichen Fortbildungskurse in Berlin, Frankfurt a. M. und Köln sowie zu Studienreisen gewährt.
5,000	—	—		
500	2,500	—		[5]) Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
				[6]) Mehrung: Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Lieferung des Hof- und Staatshandbuchs für die Verwaltungsbehörden an Stelle des Bezugs auf Rechnung der Regieetats, Einvernahme von Sachverständigen und dergleichen im Staatsministerium des Innern.
133,300	37,500	5,500		
	32,000			
10,000	2,000	—		
8,060	—	—		
7'892,643	1'372,321	—		[7]) 7'568,648 *M* ursprünglicher Budgetbetrag, 455,355 *M* Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 20,000 *M* übertragen aus Etat Ziff. IV Kap. 5 „Zur Förderung der Wohnungsfürsorge", 8'044,003 *M* Summe wie neben.
8'044,003[7])	1'406,321	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer II. Etat der Landesarchive.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Allgemeines Reichsarchiv.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	104,850[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	500[2]
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,100
			Summe § 1	106,450
	2		Sächliche Ausgaben für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	9,750[3]
			Summe A	116,200
			B. Kreisarchive.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	126,880[4]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	500[5]
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,200[6]
			Summe § 1	128,580
	2		Sächliche Ausgaben für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	16,200[7]
			Summe B	144,780
			Hierzu „ A	116,200
			Summe Kap. 1	260,980
2			**Umzugskosten**	480
			Summe Kap. 2 für sich.	
			Summe Ziffer II (Etat der Landesarchive)	261,460

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
91,445	13,405	—	A S. 92	1) Hierunter 420 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen. Ferner 2970 M für den Techniker zur Ausübung der Röckl'schen Metallgußerfindung — vom Etat des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten übernommen.
1,000	—	500		
1,100	—	—		2) Minderung, da auch für Kreisarchive eigene Mittel vorgesehen. Vergl. unten B § 1 Tit. 2.
93,545	13,405	500		
	12,905	—		
9,000	750	—		3) Darunter 750 M für Ausübung der Röckl'schen Metallgußerfindung, vergl. § 1 Tit. 1.
102,545	13,655	—		
112,870	14,010	—	A S. 93	4) Hierunter 230 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
—	500	—		5) Vergl. oben A § 1 Tit. 2.
—	1,200	—		6) Die Beamten der Kreisarchive haben bei Ordnung der Gemeindearchive mitzuwirken; den Gemeinden sollen bei Bedürftigkeit die Kosten der Abordnung ganz oder teilweise abgenommen werden.
112,870	15,710	—		
13,750	2,450	—		7) Mehr infolge des stets wachsenden Aufwands für Heizmaterial, Buchbinderlöhne; Büchergänzung, Reinigung. 1000 M für Urkundenumschläge künftig wegfallend.
126,620	18,160	—		
102,545	13,655	—		
229,165	31,815	—		
480	—	—		
229,645[8]	31,815	—		8) 214,645 M ursprünglicher Budgetbetrag, 15,000 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 229,645 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer III. Etat der Staatsbauverwaltung (einschließlich des kulturtechnischen Staatsdienstes.)	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Oberste Baubehörde.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	162,530[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	11,500[3]
		3	Tagegelder und Reisekosten	20,600
			Summe § 1	194,630
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente, Karten, Literalien, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	14,400[5]
		2	Förderung der Ausbildung der Staatsbaupraktikanten und Regierungsbaumeister	4,500
		3	Prüfungskosten der Bau- und Kulturingenieurpraktikanten	1,500
		4	Mietzinse für die Diensträume des Wasserkraftbureaus im Hause Nr. 19 an der Salvatorstraße	5,000[8]
		5	Sonstige Ausgaben	121
			Summe § 2	25,521
			Hiezu „ § 1	194,630
			Summe A	220,151

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
				Ueber die Organisation des Staats- und Distriktsbauwesens und des kulturtechnischen Dienstes siehe die Anlagen D und E.
116,765	39,140	—	A S. 94/95	[1]) Hierunter 400 *M* künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
6,625[2])			D S. 172 E S. 176	[2]) Landeskulturingenieur, übertragen aus Etat für Landwirtschaft Ziff. VIII S. 56/57 des Budgets 1908 und 1909.
13,100	—	1,600		[3]) Hierunter befindet sich der Gehalt für den stellvertretungsweise für das Jahr 1910 als Hilfsarbeiter des kulturtechnischen Ministerialreferenten einzuberufenden Regierungsbaumeister mit 2400 *M* Jahresbezug.
18,000	—	—		
2,600[4])				[4]) Aufwand des Landeskulturingenieurs, übertragen wie oben.
157,090	39,140	1,600		
	37,540			
14,000	—	300	D S. 172	[5]) Hierunter 2500 *M* für innere Einrichtung. Künftig wegfallend.
700[6])				[6]) Aufwand des Landeskulturingenieurs, übertragen wie oben.
1,714	2,786	—		
1,000	—	—		
500[7])				[7]) Prüfungskosten der Kulturingenieurpraktikanten, übertragen wie oben.
—	5,000	—		[8]) Von Ziff. I Kap. 1 § 2 hieher übertragen.
121	—	—		
18,035	7,786	300		
	7,486			
157,090	37,540	—		
175,125	45,026	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer III.	
1			**B. Hydrotechnisches Bureau.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	73,020[1)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	28,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	17,000
			Summe § 1	118,020
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	13,300
		2	Kosten für Veröffentlichungen	19,600
		3	Kosten für Unterhaltung und Einrichtung der Beobachtungsstation und für Instrumente	10,600
			Summe § 2	43,500
			Hiezu „ § 1	118,020
			Summe B	161,520
			C. Kreisbauverwaltung.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	273,410[3)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	600
		3	Tagegelder und Reisekosten	58,000
			Summe § 1	332,010
	1		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	5,000
		2	Sonstige Ausgaben	400
			Summe § 2	5,400
			Hiezu „ § 1	332,010
			Summe C	337,410

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
59,920	13,100	—	A S. 96 D S. 172	[1]) Hierunter 1580 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
17,300	10,700	—		
17,000	—	—		
94,220	23,800	—		
8,500	4,800	—		
10,800	8,800	—		
6,700	3,900	—		
26,000	17,500	—		
94,220	23,800	—		
120,220	41,300 [2])	—		[2]) Die beantragten Mehrforderungen sind begründet in der vermehrten Inanspruchnahme des Bureaus, die äußerst notwendige Erweiterung des Betriebes, die nunmehr nicht mehr zurückstellbare Verarbeitung und Veröffentlichung des Beobachtungsmaterials.
251,560	21,850	—	A S. 97 D S. 172	[3]) Hierunter 460 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
600	—	—		
55,000	3,000 [4])	—		[4]) Mehrung infolge Zugangs von 12 Regierungsbaumeistern.
307,160	24,850	—		
4,350	650 [5])	—		[5]) Mehrung aus obenbezeichnetem Anlasse.
400	—	—		
4,750	650	—		
307,160	24,850	—		
311,910	25,500	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer III.	
1			**D. Sektionen für Wildbachverbauungen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	53,720[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	8,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	20,000
			Summe § 1	81,720
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . .	2,400
		2	Mietzinse für Dienstlokalitäten	3,150
			Summe § 2	5,550
			Hierzu „ § 1	81,720
			Summe D	87,270
			E. Äußere Bauverwaltung (Bauämter).	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	2'834,770
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	150,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	400,000
		4	Für den Beginn des Anschlusses des distriktiven Baudienstes an die Staatsbauverwaltung	50,000
		5	An die Kreisgemeinde Pfalz Ersatz des Gehaltshälfte-Aufwandes für die 6 Dammeister des Regierungsbezirkes (Kreisbeamte in Kl. 22 der Gehaltsordnung [1800×6 : 2])	5,400
			Summe § 1	3'440,170
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	90,000
		2	Mietzinse für Dienstlokalitäten	30,000
		3	Sonstige Ausgaben einschließlich Kosten des Heilverfahrens aus Unfällen (Art. 89 Abs. 6 des Beamtengesetzes)	5,000
			Summe § 2	125,000
			Hiezu „ § 1	3'440,170
			Summe E . . .	3'565,170

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	M	M	
68,710	—	14,990 [2]	A S. 98 D S. 173
8,000	—	—	
25,500	—	5,500 [3]	
102,210	—	20,490	
3,900	—	1,500 [4]	
3,000	150 [5]	—	
6,900	150	1,500	
		1,350	
102,210	—	20,490	
109,110	—	21,840	
2'487,745	347,025	—	A S. 99/100 D S. 173
82,000	68,000 [7]	—	
387,000	13,000 [8]	—	
—	50,000	—	D S. 173
—	5,400 [9]	—	
2'956,745	483,425	—	
83,000	7,000 [10]	—	D S. 173
30,000	—	—	
1,000	4,000 [11]	—	
114,000	11,000	—	
2'956,745	483,425	—	
3'070,745	494,425	—	

Erläuterungen

[1]) Hierunter 20 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.

[2]) Die Minderung ist durch die Übernahme des größten Teiles freiwilliger Staatszuschüsse zu den Wildbachverbauungen auf Anlehen (siehe Erläuterungen zum außerordentlichen Budget) veranlaßt, weil die Mittel für das hiezu benötigte, nichtstatusmäßige Personal, welche mit dem Betrage von 21,000 M unter dem Besoldungsaufwande des ordentlichen Budgets 1908 und 1909 S. 26/27 enthalten waren, nunmehr aus dem Anlehenskredite geschöpft werden.

Dem gleichen Anlasse entsprangen die Minderungen bei den Ausgabepositionen § 1, Tit. 3 und § 2 Tit. 1.

[3]) Siehe Bemerkung oben.

[4]) Siehe Bemerkung oben.

[5]) Erhöhung des Mietzinses für das von der K. Wildbachverbauungssektion Kempten benützte Gebäude.

[6]) Hierunter 870 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.

[7]) Die im Besoldungsausweise Anlage B S. 116 des Budgets 1908 und 1909 für nichtstatusmäßiges Personal ausgewiesenen Mittel zu 150,850 M waren nach Abzug des auf Schaffung von neuen etatsmäßigen Stellen für Bauführer und Kanzleiassistenten, dann des auf die Minderung des Aufwandes für Ingenieur-, Erweiterungs- und Neubauten im ordentlichen Budget treffenden Anteiles an solchen Bezügen, welcher durch das außerordentliche Budget Deckung findet, hier in Zugang zu bringen.

Siehe die Erläuterungen zum außerordentlichen Budget.

[8]) Mehrbedarf infolge der Personalvermehrung um 11 Assessoren, 25 Bauführern und 24 Straßenmeistern.

[9]) Für fragliche Dienstleistungen wurden bisher aus Staatsfonds 1482 M zu Lasten der Position für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen gewährt (6 × 247 M Jahresremuneration). Der wirkliche Mehraufwand beziffert also 3918 M. Übernahme durch Landratsbeschluß vom 25. November 1908 erbeten.

Der Dienst dieser Beamten erstreckt sich vorzugsweise auf Arbeiten des Staates. (Wasserbauunterhaltung und Neubauten am Rhein, Fahrwasser, Untersuchung, Strom- und Schiffahrtspolizei, Schiffahrtsstatistik.)

[10]) Mehrbedarf infolge der Personalvermehrung von 11 Assessoren, 25 Bauführern und 24 Straßenmeistern.

Hierunter 5000 M für Bureaueinrichtung künftig wegfallend.

[11]) Der Mehrbetrag zu 4000 M ist für die Kosten des Heilverfahrens vorgesehen, welche Beamten gemäß Art. 89 Abs. 6 des Beamtengesetzes zu ersetzen sind.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
			Ziffer III.	
1			**F. Kulturtechnischer Dienst bei den Regierungen.** [1] [2]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	62,976
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	400
		3	Tagegelder und Reisekosten	14,200
			Summe § 1	77,576
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreib- und Zeichenmaterialien, Formularien, Drucksachen, Steuerblätter, Karten, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente und dergleichen	1,600
		2	Sonstige Ausgaben	—
			Summe § 2	1,600
			Hiezu " § 1	77,576
			Summe F	79,176
			Hievon ab die Zuschüsse der Kreise zu den Kosten des kulturtechnischen Staatsdienstes mit 1/4 der Summe, das sind	19,794 [4]
			Mithin Restsumme F	59,382
			G. Kulturbauämter. [5] [6]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	197,203 [7]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	39,485 [8]
		3	Tagegelder und Reisekosten	105,000
			Summe § 1	341,688

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
				1) Erläuterungen allgemeiner Natur siehe Anlage E.
			A S. 101 E S. 175/8	2) Persönlicher und sächlicher Aufwand übertragen aus Etat für Landwirtschaft, Ziff. VIII S. 58 und 59 des Budgets 1908 und 1909.
3)				3) Im Budget für 1908 und 1909 konnte eine Ausscheidung zwischen den Kosten des kulturtechnischen Dienstes bei den Regierungen und den Kulturbauämtern noch nicht gemacht werden. Eine Gegenüberstellung des Anschlages für die Jahre 1910 und 1911 gegenüber den Budgetsätzen der Jahre 1908 und 1909 ist somit erst am Schlusse der Aufstellungen für den kulturtechnischen Staatsdienst summarisch möglich. (Siehe die vergleichende Übersicht am Schlusse Seite 29.)
				4) Siehe Denkschrift zum Etat des Staatsministeriums des Innern für 1908 und 1909, Anlage E S. 182. Kulturtechnischer Etat von der Kammer der Abgeordneten genehmigt in der 111. Sitzung am 30. März 1908 (Sten. Ber. S. 249) und von der Kammer der Reichsräte in der 15. Sitzung am 21. Mai 1908 (Sten. Ber. S. 394).
				5) Erläuterungen allgemeiner Natur siehe Anlage E.
				6) Persönlicher und sächlicher Aufwand übertragen aus Etat für Landwirtschaft, Ziff. VIII S. 58 und 59 des Budgets 1908 und 1909.
			A S. 101 E S.175/178	7) Darunter 7 neue Bezirkskulturingenieurstellen mit dem vorläufigen Anfangsgehalt der Klasse 15 (2400 M) zur etatsmäßigen Anstellung der funktionierenden Vorstände der neugeschaffenen Kulturbauämter ab 1. September 1910. Vier ältere Bezirkskulturingenieure mit einem bisherigen Gehalte von 2400 M (Klasse 15) sollen ab 1. Januar 1911, 6 jüngere ab 1. Oktober 1911 in die Klasse 12 (Anfangsgehalt 3000 M) vorrücken. Für die letzten 6 Kulturbauführerstellen ist ab 1. September 1910 ein Anfangsgehalt von je 1500 M (Klasse 25) vorgesehen Hierunter weiter die Bezüge 7 ehemaliger statusmäßiger Assistenten, jetzt funktionierender Bezirkskulturingenieure bis zu ihrer etatsmäßigen Anstellung am 1. September 1910, dann von 19 Regierungsbaumeistern und 19 Kulturaufsehern.
				8) Hierunter 37,985 M für geprüfte Praktikanten und Kulturgehilfen und 500 M Zulagen für sog. fliegende Bauführer und Kulturgehilfen, dann 500 M Versicherungskosten für die nichtetatsmäßigen Beamten und das Hilfspersonal.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer III.	
1 G	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreib- und Zeichenmaterialien, Formularien, Drucksachen, Steuerblätter, Karten, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente, Geräte, Werkzeuge und dergleichen	32,000
		2	Mietzinse für Diensträume	10,800
		3	Sonstige Ausgaben	—
			Summe § 2	42,800
			Hierzu „ § 1	341,688
			Summe G	384,488
			Hievon ab die Zuschüsse der Kreise zu den Kosten des kulturtechnischen Staatsdienstes mit 1/4 der Summe, das sind	96,122
			Mithin Restsumme G	288,366
			H. Kulturtechnische Schule.	
			1910.	
	1		Persönliche Ausgaben . . . 5,040 ℳ [4]	
	2		Sächliche Ausgaben . . . 2,060 ℳ	
			Summe . 7,100 ℳ	
			1911.	
	1		Persönliche Ausgaben . . . 6,140 ℳ [4]	
	2		Sächliche Ausgaben . . . 2,060 ℳ	
			Summe . 8,200 ℳ	
			Summe 1910 und 1911 . . . 15,300 ℳ	
			Sonach für ein Jahr der Finanzperiode	7,650
			Summe H	7,650
			Hierzu „ G	288,366
			„ F	59,382
			„ E	3'565,170
			„ D	87,270
			„ C	337,410
			„ B	161,520
			„ A	220,151
			Summe Kap. 1	4'726,919

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2)				[1]) Darunter 5500 ℳ für einmalige Neuanschaffungen von Instrumenten und Einrichtungsgegenständen und 1800 ℳ Vergütung an den Regierungsbezirk Mittelfranken für überlassene Instrumente und Einrichtungsgegenstände künftig wegfallend.
				[2]) Siehe Bemerkung Ziff. 1 bei F.
				[3]) Siehe Bemerkung Ziff. 2 bei F.
			E S. 176	[4]) Der gesamte Unterricht wird von den Beamten des Kulturbauamtes Pfarrkirchen und den Lehrern der Landwirtschaftsschule daselbst im Nebenamte erteilt.
—	7,650	—		
—	7,650	—		
180,428	167,320	—		
3'070,745	494,425	—		
109,110	—	21,840		
311,910	25,500	—		
120,220	41,300	—		
175,125	45,026	—		
3'967,538	781,221	21,840		
— 15,880 [5])	+ 15,880 [5])	—		
3'951,658	797,101	21,840		
	775,261			

Vergleichende Übersicht.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	Budgetbetrag für 1909	Sohin mehr für 1910 und 1911
	ℳ	ℳ	ℳ
Persönliche Ausgaben:			
Besoldungen der etatsmäßigen und nichtetatsmäßigen Beamten . .	275,669	217,238	58,431
Für Stellvertretung usw.	41,085	3,029	38,056
Tagegelder und Reisekosten . . .	121,800	108,485	13,315
Summe	438,554	328,752	109,802
Sächliche Ausgaben:	48,160	23,248	24,912
Gesamtsumme	486,714	352,000	134,714

d. i. 38,3% mehr als im Jahre 1909 einschließlich der Kosten der kulturtechnischen Schule und ohne Abzug der 25%igen Kreiszuschüsse.

[5]) Minderbedarf für die neugeschaffenen Stellen infolge späterer Besetzung. Siehe Seite 26 und 27 des Budgets 1908 und 1909.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 191
				M
			Ziffer III.	
2			**Umzugskosten**	6,000
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			**Aufwand an Unterstützungen**	13,000
			Summe Kap. 3 für sich.	
4			**Straßen-, Brücken- und Wasserbauten.**	
	1		Reparatur- und Unterhaltungskosten.	
		1	Straßenbauten	3'000,000
		2	Brückenbauten	140,000
		3	Wasserbauten	720,000
		4	Für Teerung und sonstige Versuche zur Staubbekämpfung auf den Staatsstraßen	50,000
		5	Hauptreserve für Elementarereignisse	80,000
			Summe § 1	3'990,000
	2		Erweiterungs- und Neubauten.	
		1	Straßenbauten	750,75
		2	Brückenbauten	411,00
		3	Wasserbauten	601,68
		4	Reserve	129,03
		5	Bedarf für Verzinsung und Tilgung des zum Zwecke der raschen Förderung der Korrektionsbauten aufzunehmenden allgemeinen Staatsanlehens	525,19
			Summe § 2	2'417,65
	3		Kosten für Schneeräumen auf den Staatsstraßen	80,000
	4		Freiwillige Zuschüsse zu Brücken, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt	136,000
	5		Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärar nicht obliegt	121,53
			Summe § 5	121,53
			Hiezu „ § 4	136,000
			„ § 3	80,000
			„ § 2	2'417,65
			„ § 1	3'990,000
			Summe Kap. 4	6'745,19

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
3,000	3,000[1]	—	
8,000	5,000[2]	—	
2'745,000	255,000	—	
178,000	—	38,000	
714,000	6,000	—	
—	50,000	—	
80,000	—	—	
3'717,000	311,000	38,000	
	273,000		
860,850	—	110,100	B S. 126/33
579,500[3]	—	168,500	S. 134/39
1'245,600	—	643,915	S. 140/42
128,050	984	—	S. 142
—	525,190	—	S. 142
2'814,000	526,174	922,515	
		396,341	
80,000	—	—	
—	136,000[5]	—	B S. 144/54
376,870	—	255,339	B S. 155/62
376,870	—	255,339	
—	136,000	—	
80,000	—	—	
2'814,000	—	396,341	
3'717,000	273,000	—	
6'987,870	409,000	651,680	
		242,680	

Erläuterungen

[1]) Um nebigen Betrag erhöht, und zwar:
zu 1000 ℳ mit Rücksicht auf den der Staatsbauverwaltung angegliederten kulturtechnischen Staatsdienst,
zu 2000 ℳ mit Rücksicht auf die bisherige Unzulänglichkeit der Mittel gegenüber dem wirklichen Aufwande.

[2]) Nebige Erhöhung ist veranlaßt, und zwar:
zu 3000 ℳ mit Rücksicht auf den angegliederten kulturtechnischen Staatsdienst,
zu 2000 ℳ wegen Unzureichendheit der bisherigen Mittel und da eine weitere Mehrung berücksichtigungswürdiger Unterstützungsgesuche zu erwarten ist.

Zu Kap. 4 § 1.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

Die bisherige Budgetsumme zu Kap. 4 § 1 ist feststehend seit dem Jahre 1902. Seit dieser Zeit sind aber die Arbeitslöhne und Materialpreise erheblich gestiegen. Wenn daher die Bauobjekte in gleichem Zustand erhalten werden sollen, so müssen die Mittel erhöht werden.

Zu Tit. 2. Die Minderung ist begründet in dem allmählichen Ersatz der hölzernen Brücken durch massive.

Zu Tit. 4. Durch den Automobilverkehr ist allmählich die Staubplage so groß geworden, daß die Bauverwaltungen gezwungen sind, Vorkehrungen zu treffen. Vom internationalen Straßenkongreß in Paris sind hauptsächlich Versuche mit Oberflächenteerung und Teer-Makadam empfohlen. Außerdem dürften verschiedene, in der Neuzeit erfundene Besprengungsmittel zur Staubdämpfung zu erproben sein.

Zu Kap. 4 § 2.

Auf spätere Finanzperioden übertragbar.

[3]) Hierunter waren 136,000 ℳ fakultative Beiträge zu Brücken, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärare nicht obliegt, enthalten, welche nunmehr unter § 4 gesondert vorgetragen erscheinen.

Zu Tit. 3 und 5. Siehe auch die Anlagen zum außerordentlichen Budget.

[4]) Zinsenbetrag . . . . 418,600 ℳ
Tilgungsbetrag . . . . 106,590 ℳ
Summe 525,190 ℳ

Zu Kap. 4 §§ 4 und 5.

Auf spätere Finanzperioden übertragbar.

[5]) Bisher unter den Brückenbaukosten unter Tit. 2 enthalten gewesen. Siehe Vormerk. zu § 2 Tit. 2.

Vgl. auch die Erläuterungen zum außerordentlichen Budget.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziff. III.	
5			**Übrige Ausgaben.**	
	1		Zuschuß an die biologische Versuchsstation für Fischerei in München zur Ausgestaltung als gutachtliches Organ in Abwasserfragen	14,764
			Summe § 1 für sich.	
	2		Aufwand für die mit der Aufsicht über die Reinhaltung der Gewässer zu betrauenden Sachverständigen.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Funktionsbezüge	3,150
			b) Tagegelder und Reisekosten	5,050
		2	Sächliche Ausgaben.	
			a) Aufwand für Beschaffung von Chemikalien	350
			b) Aufwand für Beschaffung von literarischen Hilfsmitteln (Handbücher und laufende Zeitschriften)	350
			Summe § 2	8,900

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
8,660*)	6,104	—		Zu § 1.
2,400	750[6]	—		
4,580	470[7]	—		
350	—	—		
—	350[8]	—		
7,330	1,570	—		

Zu § 1.

*) Für 1908 wurde der Betrag erst für die Zeit ab 1. April festgesetzt. Der Zuschuß von 14,764 ℳ umfaßt:

a. Persönliche Ausgaben.

1 Chemiker[1]) (Kl. 9 d. Gehaltsordnung)	4,800 ℳ
1 Assistent[2])	2,400 ℳ
1 Assistent[3])	1,800 ℳ
1 Diener (Klasse 25 der Gehaltsordnung 1500 ℳ Gehalt, 54 ℳ besondere Zulage nach § 5 der Gehaltsordnung)	1,554 ℳ
Für Schreibhilfe[4])	960 ℳ
Tagegelder und Reisekosten	500 ℳ
Summe a.	12,014 ℳ

b. Sächliche Ausgaben.

Aufwand für Heizgas[5])	300 ℳ
" " elektrisches Licht	200 ℳ
" " Wasser	250 ℳ
Innere Einrichtung des Laboratoriums (1/2 v. 1000)	500 ℳ
Anschaffung von Chemikalien	500 ℳ
" " Glassachen	500 ℳ
" " Zeitschriften	300 ℳ
Für Schreibmaterialien 2c.	200 ℳ
Summe b	2,750 ℳ
Summe § 1	14,764 ℳ

[1]) Begründung: Der gegenwärtige Inhaber dieser Stelle bezieht den Gehalt eines außerordentlichen Professors der Tierärztlichen Hochschule (Kl. 11 d. Gehaltsordnung) mit 3600 ℳ und eine persönliche Zulage von 270 ℳ nach Art. 211 des Beamtengesetzes. Im Hinblick auf sein Lebensalter, den Umfang seiner verantwortungsvollen Dienstgeschäfte und zur Verhinderung des Ausscheidens in eine andere einträglichere Stellung, was für das Gutachterwesen in der so wichtigen Abwasserfrage von dem größten Nachteil wäre, möchte dem gegenwärtigen Inhaber der Stelle ein von der Gehaltsordnung abweichender höherer Gehalt (Bauamtmann Kl. 9 Gehaltsordnung) zu gewähren sein (Art. 27 Abs. 1 des Beamtengesetzes.)

[2]) Da der Inhaber der Assistentenstelle im Jahre 1911 voraussichtlich zum Gymnasiallehrer (Kl. 12 d. Gehaltsordnung mit 3000 ℳ) befördert wird, so war dieser Betrag als Gehalt für 1911 vorzusehen, während für 1910 der Gehalt von 1800 ℳ eingesetzt wurde.

[3]) Wegen Zunahme der Dienstgeschäfte (1. April 1908 bis 1. April 1909 „824" Gutachten, davon der dritte Teil größeren Umfangs) ist die Aufstellung eines zweiten Assistenten, der schon jetzt gegen Taggeld beschäftigt ist, dringend notwendig.

[4]) Wegen Zunahme der Dienstgeschäfte ist Erhöhung erforderlich; die mit der Schreibhilfe betraute Persönlichkeit ist 8—9 Stunden täglich beschäftigt.

[5]) Bisher war der biologischen Versuchsstation zur Vornahme von Abwasseruntersuchungen ein Laboratorium im Gebäude der Baugewerkschule und des Gewerbelehrerinstitutes überlassen. Dieser Raum ist viel zu klein. Der Vorstand der Station hat jede Verantwortung für eine richtige Untersuchung der Abwässer abgelehnt, wenn nicht geeignete Räume zur Verfügung gestellt werden. In der Tierärztlichen Hochschule ist kein Raum verfügbar. Das Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten will für 1910 und 1911 das für obige Zwecke geeignete große Laboratorium im Gebäude der K. Baugewerkschule und des Gewerbelehrerinstitutes für die Geschäfte der Biologischen Versuchsstation bereitstellen, wenn der Aufwand für Gas, elektrisches Licht, Beheizung und Reinigung auf den Etat des Staatsministeriums des Innern übernommen wird. Erforderlich sind für die Ergänzung der inneren Einrichtung 1000 ℳ und für Beleuchtung, Wasserverbrauch, Beheizung 2c. jährlich 750 ℳ.

[6]) Zu § 2 Tit. 1a. Bei der außerordentlichen Steigerung der Arbeitslast soll auch das Aufsichtsorgan für Oberbayern einen Funktionsbezug erhalten.

[7]) Zu Tit. 1b. Vermehrter Bedarf für den Kurs für die Sachverständigen.

[8]) Zu Tit. 2b. Die Beschaffung von literarischem Hilfsmaterial ist zur wissenschaftlichen Fortbildung der Aufsichtsorgane dringend notwendig.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
			Ziffer III.	
5	3		Kosten für Durchführung der Wasserschau (Art. 201 des Wassergesetzes)	5,000
			Summe § 3 für sich.	
	4		Kosten für eine Abhandlung über die Ausnützung der Wasserkräfte an den öffentlichen und Staatsprivatflüssen in Bayern	—
			Summe § 4 für sich.	
	5		Tagegelder und Reisekosten für die Mitglieder des Wasserwirtschaftsrates [1])	1,500
			Summe § 5	1,500
			Hiezu „ § 4	—
			„ § 3	5,000
			„ § 2	8,900
			„ § 1	14,764
			Summe Kap. 5	30,164
			Hiezu „ „ 4	6'745,190
			„ „ 3	13,000
			„ „ 2	6,000
			„ „ 1	4'726,919
			Summe Ziffer III (Etat der Staatsbauverwaltung)	11'521,273

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
5,000	—	—		
10,000	—	10,000		
—	1,500	—		[1]) Errichtet durch K. Verordnung vom 25. November 1908.
—	1,500	—		
10,000	—	10,000		
5,000	—	—		
7,330	1,570	—		
8,660	6,104	—		
30,990	9,174	10,000		
		826		
6'987,870	—	242,680		
8,000	5,000	—		
3,000	3,000	—		
3'951,658	775,261	—		
10'981,518[2])	783,261	243,506		[2]) 10'497,895 M ursprünglicher Budgetbetrag, 187,423 M übertragen aus Etat Ziffer VIII (Kulturtechnischer Dienst), 296,200 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 10'981,518 M Summe wie neben.
	539,755	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
			Ziffer IV. Etat für Gesundheit.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Obermedizinalausschuß.	
	1		Persönliche Ausgaben (Vergütungen)	4,860
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse)	180
			Summe A	5,040
			B. Medizinalkomitees an den Universitäten.	
	1		Persönliche Ausgaben (Vergütungen)	5,544
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten und dergleichen	1,330
			Summe B	6,874
			C. Kreismedizinalausschüsse. Summe C für sich.	7,200
			D. Ärzte.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	861,430
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	10,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	49,400[4)]
			Summe § 1	920,830
	2		Sächliche Ausgaben für Amtsärzte (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen, dann für Amtssiegel und Instrumente)	16,610
			Summe § 2	16,610
	3		Förderung der fachlichen Fortbildung der Ärzte einschließlich Reisestipendien Summe § 3 für sich.	19,000[5)]
	4		Unterstützungen.	
		1	An den Pensionsverein für Witwen und Waisen bayerischer Ärzte	8,430
		2	An den Unterstützungsverein für invalid gewordene Ärzte	3,430
			Summe § 4	11,860
			Hiezu „ § 3	19,000
			„ § 2	16,610
			„ § 1	920,830
			Summe D	968,300

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
4,500	360[1]	—		[1]) Mehr infolge Zuziehung eines Amtsarztes.
180	—	—		
4,680	360	—		
5,544	—	—		
670	660[2]	—		[2]) Künftig wegfallend; für neuzeitliche Ergänzung der Ausrüstung des Medizinalkomitees München.
6,214	660	—		
7,200	—	—		
680,580	180,850	—	A S. 103	
28,880	—	18,880[3]		[3]) Die Bezüge der Bezirksärzte I. Klasse für Versehung eingezogener Bezirksarztstellen II. Klasse kommen in Wegfall, dagegen sind Mittel nötig zum Vollzuge des Art. 35 Abs. 1 des Beamtengesetzes.
—	49,400	—		[4]) Die Tagegelder und Reisekosten der Landgerichts- und Bezirksärzte wurden seither zum Teil auf bezirksamtliche Regie, zum größten Teil auf den Etatsansatz „Auf Vorkehrungen gegen Epidemien ꝛc., Sonstige Kosten" verrechnet.
709,460	230,250	18,880		
	211,370	—		
16,610	—	—		
16,610	—	—		
9,000	10,000	—		[5]) Die Kosten für Förderung der fachlichen Fortbildung der Amtsärzte sowie der privaten Ärzte wurden seither aus dem Ansatze „Auf Vorkehrungen gegen Epidemien ꝛc., Sonstige Kosten" bestritten.
8,430	—	—		
3,430	—	—		
11,860	—	—		
9,000	10,000	—		
16,610	—	—		
709,460	211,370	—		
746,930	221,370	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer IV.	
1			**E. Zentralimpfanstalt.**	
			A. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	12,480*)
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	450
		3	Tagegelder und Reisekosten	600
			Summe § 1	13,530
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Ankauf und Unterhalt von Tieren	10,500
		2	Für Instrumente und Präparate	1,000
		3	Sonstige sächliche Ausgaben	4,130
			Summe § 2	15,630
			Hierzu „ § 1	13,530
			Summe A	29,160
			B. Einnahmen.	
	1		Aus dem Verkauf von Tieren	6,000
	2		Aus dem Verkauf von Impfstoff	4,700
			Summe B	10,700
			Restausgabe E . . .	18,460
			F. Bader und Hebammen.	
	1		Bezüge der Hebammen	162
	2		Für den Unterricht der Bader	2,000
	3		Für den Unterricht der pfälzischen Hebammenschülerinnen	1,715
			Summe F	3,877

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
10,925	1,555	—	A S. 104	*) Hierunter 130 ℳ künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
450	—	—		
600	—	—		
11,975	1,555	—		
10,500	—	—		
1,000	—	—		
4,130	—	—		
15,630	—	—		
11,975	1,555	—		
27,605	1,555	—		
6,000	—	—		
4,700	—	—		
10,700	—	—		
16,905	1,555	—		
162	—	—		
2,000	—	—		
1,715	—	—		
3,877	—	—		

Kap	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer IV.	
1			G. Tierärzte.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	674,710
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	17,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	102,000[2]
			Summe § 1	793,710
	2		Sächliche Ausgaben (Regieaversen der Bezirkstierärzte)	3,280
	3		Förderung der fachlichen Fortbildung der Tierärzte einschließlich Reisestipendien	10,000[3]
	4		Staatszuschuß an den Unterstützungsverein für die Hinterbliebenen bayerischer Tierärzte	5,000[3]
	5		Sonstige sächliche Ausgaben	320[4]
			Summe I	812,310
			II. Einnahmen.[5])	
			Aus dem bisherigen Viehbesichtigungsgebührenfonds	25,000
			Restausgabe G	787,310
			H. Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel bei den K. Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	107,050[6]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (Kassen- und Rechnungsführung)	5,200
		3	Tagegelder und Reisekosten	23,900
			Summe § 1	136,150
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Vergütung für Raumbenützung, Bauunterhaltung, Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und dergleichen	16,500
		2	Sonstige sächliche Ausgaben	5,800
			Summe § 2	22,300
			Hierzu „ § 1	136,150
			Summe I	158,450
			II. Einnahmen.	
	1		Gebühren	65,000
	2		Strafen	22,500
			Summe II	87,500
			Restausgabe H	70,950

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Hinweis auf die Anlage
ℳ	ℳ	ℳ	
554,590	120,120	—	A S. 105
440	16,560 [1]	—	
—	102,000		
555,030	238,680	—	
3,280	—	—	
—	10,000	—	
—	5,000	—	
320	—	—	
558,630	253,680	—	
—	25,000	—	
558,630	228,680	—	
89,815	17,235	—	A S. 106
4,900	300	—	
16,400	7,500	—	
111,115	25,035 [7]	—	
16,300	200	—	
4,520	1,280	—	
20,820	1,480	—	
111,115	25,035	—	
131,935	26,515	—	
54,205	10,795	—	
19,500	3,000	—	
73,705	13,795 [8]	—	
58,230	12,720	—	

Erläuterungen

[1] Mehrung
a) 8500 ℳ im Hinblick auf Art. 35 Abs. 1 des Beamtengesetzes,
b) 8000 ℳ für die Besorgung amtstierärztlicher Geschäfte in kreisunmittelbaren Städten durch städtische Tierärzte; diese Kosten bisher aus dem Etatsansatz „Auf Vorkehrungen gegen Epidemien und Viehseuchen, Sonstige Kosten“.

[2] Die Tagegelder und Reisekosten der Amtstierärzte bisher ebenfalls aus dem zu [1]) bezeichneten Etatsansatze.

[3] Vergl. unten II. Einnahmen.

[4] Bisher „Für Abhaltung der bezirkstierärztlichen Prüfung“.

[5] Bisher nicht etatisiert.

[6] Hierunter 450 ℳ künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.

Von den Ausgaben treffen auf die Anstalt in

§ 1	Titel	München ℳ	Erlangen ℳ	Würzburg ℳ
	1	49,728	30,595	26,727
	2	4,000	700	500
	3	11,200	7,220	5,480
Summe § 1		64,928	38,515	32,707
§ 2	Titel			
	1	9,000	3,300	4,200
	2	3,000	1,600	1,200
Summe § 2		12,000	4,900	5,400

Von den Einnahmen treffen auf die Anstalt in

	München	Erlangen	Würzburg
§ 1	32,000	20,300	12,700
2	15,800	3,600	3,100
Summe	47,800	23,900	15,800

Zu H vergl. außerordentliches Budget.

[7] Mehr für 12,000 ℳ für Einrichtung der Weinkontrolle nach dem Weingesetz vom 7. April 1909 im rechtsrheinischen Bayern, nämlich 2 × 3000 ℳ Gehalt und 2 × 3000 ℳ Tagegelder und Reisekosten für zwei Sachverständige im Hauptamte.
7500 ℳ werden hiervon voraussichtlich in Mehreinnahmen aus den von Gemeinden und Distrikten für die Mitwirkung dieser Sachverständigen beim Gesetzesvollzuge zu bezahlenden Bauschvergütungen Deckung finden. Im übrigen mehr für eine Inspektor- und Kanzleiassistentinnenstelle bei der Untersuchungsanstalt in Erlangen, für auswärtige Besichtigungen entsprechend den Verträgen mit Gemeinden und Distrikten, und für Ergänzung der Apparate, Bibliothek und dergleichen.

[8] Infolge wachsenden Umfanges der Tätigkeit der drei Anstalten.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer IV.	
1			**J. Bakteriologische Untersuchungsanstalten bei den hygienischen Instituten der Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg.*)**	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	14,475
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (Kassen- und Rechnungsführung)	1,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	16,475
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Kosten der Errichtung der Anstalten (der Raumbeschaffung und ersten Einrichtung)	38,400[1]
		2	Vergütung für Raumbenützung, Kosten der Beheizung, Beleuchtung, Reinigung, Bauunterhaltung	1,900
		3	Sonstige sächliche Ausgaben	4,000
			Summe § 2	44,300
			Summe I	60,775
			II. Einnahmen.	
			Gebühren	5,500
			Restausgabe J	55,275
			Hiezu Summe H	70,950
			" G	787,310
			" F	3,877
			" E	18,460
			" D	968,300
			" C	7,200
			" B	6,874
			" A	5,040
			Summe Kap. 1	1'923,286

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen		
	mehr	weniger				
ℳ	ℳ	ℳ		Von den Ausgaben treffen auf die Anstalt in		
				München	Erlangen	Würzburg
				ℳ	ℳ	ℳ
—	14,475	—	A S. 107	4,825	4,825	4,825
—	1,000	—		500	250	250
—	1,000	—		500	250	250
—	16,475	—		5,825	5,325	5,325
—	38,400	—		11,750	11,900	14,750
—	1,900	—		500	900	500
—	4,000	—		1,500	1,250	1,250
—	44,300	—		13,750	14,050	16,500
—	60,775	—		19,575	19,375	21,825
				Von den Einnahmen treffen auf die Anstalt in		
				München	Erlangen	Würzburg
				ℳ	ℳ	ℳ
—	5,500	—		2,800	1,350	1,350
—	55,275	—		16,775	18,025	20,475
58,230	12,720	—				
558,630	228,680	—				
3,877	—	—				
16,905	1,555	—				
746,930	221,370	—				
7,200	—	—				
6,214	660	—				
4,680	360	—				
1'402,666	520,620	—				

[1]) Künftig wegfallend.

*) Die Ausgestaltung des bakteriologischen Untersuchungswesens ist eine der wichtigsten Grundlagen für den Ausbau der öffentlichen Gesundheitspflege, da sie die Voraussetzung für die erfolgreiche Bekämpfung der ansteckenden Krankheiten bildet.

Zurzeit führen die hygienischen Institute der drei Landesuniversitäten bakteriologische Untersuchungen für Behörden aus. Diese Institute sind jedoch nach ihren Raum- und Personalverhältnissen nicht in der Lage, die Untersuchungen in dem Umfange zu übernehmen, wie er nach den Erfahrungen der Wissenschaft geboten erscheint. Es war deshalb auch nicht tunlich, ihre Dienste allgemein der Ärzteschaft zur Verfügung zu stellen oder die hohen Untersuchungsgebühren zu ermäßigen. Die Unzulänglichkeit dieser Einrichtung drängt dazu, das bakteriologische Untersuchungswesen nach dem Beispiele der anderen größeren Bundesstaaten auszugestalten.

Es ist beabsichtigt, in Verbindung mit den hygienischen Instituten der drei Landesuniversitäten ab 1. Januar 1911 eigene bakteriologische Untersuchungsanstalten zu schaffen, die gegen geringes Entgelt nicht nur für Behörden, sondern auch für Ärzte bakteriologische Untersuchungen ausführen und die nach ihrer Einrichtung und Besetzung auch größeren Anforderungen zu genügen vermögen. Die Verbindung mit den hygienischen Instituten ermöglicht eine Nutzbarmachung der Untersuchungen für die wissenschaftliche Forschung und Lehrtätigkeit, zugleich bietet sie eine erhöhte Gewähr für entsprechende Leistung der Anstalten.

Die Anstalt in München soll bis zum Neubau des hygienischen Instituts in der alten Anatomie, die Anstalt in Erlangen in die durch Verlegung der Untersuchungsanstalt für Nahrungs- und Genußmittel frei werdenden Räume und die Anstalt in Würzburg bis zu einem Neubau des pharmakologischen Instituts in einer festen Baracke untergebracht werden.

Die Anstalten sollen unter dem jeweiligen Hochschullehrer für Hygiene stehen und je mit einem ständigen Bakteriologen in der Gehaltsklasse 9, einem nichtetatsmäßigen wissenschaftlichen Hilfsarbeiter mit einem Gehalte von 2400 ℳ, einem Präparator und einem Diener in der Gehaltsklasse 21 und 28 besetzt werden.

Die Einnahmen aus Gebühren können bei Berücksichtigung der in Aussicht genommenen niedrigen Gebührensätze nicht höher als auf jährlich 11,000 ℳ oder 5500 ℳ für ein Jahr der Finanzperiode veranschlagt werden.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer IV.	
2			**Umzugskosten**	—
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			**Auf Vorkehrungen gegen Epidemien und Tierseuchen.**	
	1		Leistungen für Viehverluste auf Grund des Reichs-Viehseuchengesetzes vom $\frac{\text{23. Juni 1880}}{\text{1. Mai 1894}}$ und des bayerischen Ausführungsgesetzes hiezu vom 21. März 1881	10,000
	2	1	Leistungen für Viehverluste infolge von Milzbrand	100,000
		2	Außerordentliche Beihilfe für Viehverluste infolge der Maul- und Klauenseuche ꝛc. .	30,000
	3		Kosten der seuchenpolizeilichen Überwachung der Einfuhr von Tieren aus dem Auslande .	54,000[1)]
	4		Sonstige Kosten	50,000[2)]
			Summe Kap. 3	244,000
			Zur Förderung der Wohnungsfürsorge (Kap. 5 des Etats für 1908 und 1909)	— [3)]
4			**Zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit**	50,000[4)]
			Summe Kap. 4 für sich.	
5			**Für Veröffentlichung von Arbeiten auf dem Gebiete des Medizinaldienstes**	3,000
			Summe Kap. 5 für sich.	
6			**Übrige Ausgaben**	22,000[5)]
			Summe Kap. 6 für sich.	
			Hiezu „ „ 5	3,000
			„ „ 4	50,000
			„ „ 3	244,000
			„ „ 2	—
			„ „ 1	1'923,286
			Summe Ziffer IV (Etat für Gesundheit)	2'242,286

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
500	—	500[2]		2) Die Etatsposition wurde in den letzten Jahren nicht in Anspruch genommen.
10,000	—	—		
100,000	—	—		
30,000	—	—		1) Die Kosten wurden bisher aus den anfallenden Untersuchungsgebühren gedeckt. Die Gebühren werden künftig auf den Gebührenetat vereinnahmt.
—	54,000	—		
130,000	—	80,000		2) Aus diesem Etatsansatze wurden bisher auch die Tagegelder und Reisekosten für die Amtsärzte und Amtstierärzte sowie die Vergütungen an die städtischen Tierärzte für die Wahrnehmung amtstierärztlicher Geschäfte bestritten. Der einschlägige Aufwand ist jetzt bei den persönlichen Ausgaben für die bezeichneten Beamten vorgetragen. Anderseits mußte der Etatsansatz infolge erhöhter Aufwendungen für die Bekämpfung des Typhus, für Unterstützung von Personen, die sich wegen Tollwutverdachts der Heilimpfung unterzogen, für bakteriologische Kurse für Ärzte, für Schutz und Heilimpfungen gegen Tierseuchen und dergleichen schon seit Jahren überschritten werden.
270,000	54,000	80,000		
		26,000		
—	—	—		3) Auf Ziff. I H übertragen.
50,000	—	—		4) Der Betrag wurde auf Antrag des Landtags erstmals in das Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 eingesetzt (s. Gesamtbeschluß der beiden Kammern vom 14. August 1908, Beilage 659 A VIII 3) und soll zur Unterstützung von Gemeinden und Vereinen dienen
3,000	—	—		
9,000	13,000	—		5) Kosten für amtstierärztliche Überwachung der Metzgereien und ähnlicher Betriebe, dann für den Vollzug des Schlachtvieh- und Fleischbeschaugesetzes, Untersuchung und gesundheitspolizeiliche Behandlung des in das Zollinland eingehenden Fleisches, Überwachung der Beschauer und dergleichen. Den Kosten der Beschau stehen Einnahmen aus Untersuchungsgebühren gegenüber, die künftig auf den Gebührenetat (Ziff. II Kap. 2 § 6) vereinnahmt werden.
3,000	—	—		
50,000	—	—		
270,000	—	26,000		
500	—	500		
1'402,666	520,620	—		6) 1'639,081 M ursprünglicher Budgetbetrag 116,085 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 1'755,166 M 20,000 M ab auf Ziff. I H übertragen, 1'735,166 M Summe wie neben.
1'735,166[6]	533,620	26,500		
	507,120	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer V. Etat für Wohltätigkeit.	
1			Beiträge an Armen- und Krankenanstalten	108,285*)
			Summe Kap. 1 für sich.	
2			Leistungen, die der Staatskasse auf Grund des Heimat- und Armengesetzes obliegen	350,000
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			Entschädigung der pfälzischen Kreisfonds für den Entgang eines Drittels der Polizeistrafgelder	8,571
			Summe Kap. 3 für sich.	
			Summe Ziffer V (Etat für Wohltätigkeit)	466,856

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
108,285	—	—		*)
350,000	—	—		
8,571	—	—		
466,856	—	—		

*) Aus der für 1908 und 1909 bewilligten Summe waren zunächst die als zivilrechtlich begründet anerkannten 33 Staatsreichnisse mit einem Gesamtaufwande von 58,773 M 48 ₰ zu entrichten. Hiervon wurde im Laufe der Finanzperiode 1908 und 1909 ein Reichnis zu 186 M 29 ₰ zur Ablösung gebracht. Mit dem verfügbaren Rest wird die Ablösung eines weiteren Teilreichnisses im Jahresbetrag von rund 1000 M noch 1909 ermöglicht.

Beim Beginn der Finanzperiode 1910 und 1911 werden daher noch 32 Reichnisse vorhanden sein, deren Leistung einen jährlichen Aufwand von rund 57,600 M erfordert.

Es ist beabsichtigt, aus dem Budgetsatz die nachstehenden widerruflichen Beiträge:

a) an die orthopädische Anstalt des bayerischen Frauenvereins vom Roten Kreuz in München (vormals Krieger'sche orthopädische Anstalt zu	3,428 M 57 ₰
b) an das Mutterhaus der barmherzigen Schwestern in München zu	6,857 M 14 ₰
c) an die Diakonissenanstalten in Bayern zu	2,000 M — ₰
d) an die Universitäts-Augenklinik (vormals Dr. Rothmund'sche Augenheilanstalt) in München zu	5,143 M — ₰
e) an die Augenheilanstalt in Nürnberg	1,200 M — ₰
f) an die Entbindungsanstalt in Bamberg (ständiger Zuschuß) zu	5,500 M — ₰
g) an das Frauenstift für höhere Stände in Augsburg zu	200 M — ₰
h) an einzelne Wohltätigkeitsanstalten	10,000 M — ₰
zusammen	34,328 M 71 ₰

zu leisten, um diesen Anstalten und Unternehmungen die Fortführung ihrer verdienstlichen gemeinnützigen Tätigkeit in ungeschmälertem Umfange zu ermöglichen.

Der nach Abzug sämtlicher Passivreichnisse und freiwilligen Beiträge verbleibende Rest von 16,360 M soll die Mittel gewähren, um mit der Ablösung rechtlich begründeter Staatsreichnisse fortfahren zu können.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer VI. Etat der Polizeiverwaltung.	
1			**Gendarmerie.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen	4'687,000[1]
		2	Unterhalt der Gendarmeriebewerber	16,500
		3	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	21,750
		4	Tagegelder und Reisekosten einschließlich Marschkostenentschädigungen, Überfahrts- und Übernachtungskosten	65,089[2]
		5	Unterstützungen	85,000
			Summe § 1	4'875,339
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	69,000
		2	Mietzinse	400,000
		3	Sonstige Ausgaben einschließlich Bewaffnung und Ausrüstung	4,000
			Summe § 2	473,000
			Hiezu " § 1	4'875,339
			Summe Kap. 1	5'348,339
2			**Ausgaben für Zwecke der öffentlichen Sicherheit.**	
	1		Persönliche Ausgaben, und zwar	
			Besoldungen der Beamten	4,330
			Summe § 1 für sich.	
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Fahndungsblätter	
			a) Bayerisches Zentralpolizeiblatt	7,400
			b) Deutsches Fahndungsblatt	10,000[4]
		2	Belohnungen für Aufbringung gefährlicher Menschen, Hilfeleistung bei Unglücksfällen etc.	2,400
		3	Transport von Verhafteten und Verpflegung während des Transports	195,000[5]
			Summe § 2	214,800
			Hiezu " § 1	4,330
			Summe Kap. 2	219,130

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
3'891,803	795,197	—	A S. 109	[1]) Hierunter 3750 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
16,500	—	—		
21,800	—	50		
65,089	—	—		[2]) Nach § 61 der Organisationsverordnung vom 21. Dezember 1908 sind bezüglich der Entschädigungen für auswärtige Dienstgeschäfte — ebenso wie bezüglich der Umzugskosten (Kap. 5) — die bisherigen Bestimmungen bis auf weiteres in Kraft geblieben.
85,000	—	—		
4'080,192	795,197	50		
	795,147			
69,000	—	—		
355,000	45,000[3])	—		[3]) Mehr namentlich infolge Mietzinssteigerungen und Vermehrung der verheirateten Mannschaft (nach dem vorigen Etat 1430 — gegenwärtig 1545).
4,000	—	—		
428,000	45,000	—		
4'080,192	795,147	—		
4'508,192	840,147	—		
3,898	432	—	A S. 110	
7,400	—	—		
9,000	1,000	—		[4]) Der Aufwand betrug in den letzten 3 Jahren: 9236 M — 9885 M — 10,933 M.
2,400	—	—		
250,000	—	55,000		[5]) Der Aufwand ist auch neuerdings zurückgegangen: 1906: 258,617 M, 1907: 214,430 M, 1908: 196,077 M.
268,800	1,000	55,000		
	—	54,000		
3,898	432	—		
272,698	432	54,000		
	—	53,568		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziff. VI.	
3			**Arbeitshäuser und Staatserziehungsanstalten.** [1]	
			A. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	190,000 [2]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	14,710
			Summe § 1	204,710
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Haushaltung	200,000
		2	Kanzleibedürfnisse	2,400
		3	Bewachung	5,000 [3]
		4	Sonstige Ausgaben	12,000
			Summe § 2	219,400
	3		Übrige Ausgaben	18,215 [4]
			Summe § 3 für sich.	
			Hiezu " § 2	219,400
			" § 1	204,710
			Summe der Ausgaben	442,325
			B. Einnahmen.	
	1		Ertrag der Beschäftigung und der Landwirtschaft	83,000
	2		Erstattete Unterhaltskosten und sonstige Einnahmen	36,000
			Summe der Einnahmen	119,000
			Restausgabe Kap. 3	323,325

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
160,921	29,079	—	A S.111/12
2,850	11,860	—	
163,771	40,939	—	
165,300	34,700	—	
1,800	600	—	
500	4,500	—	
6,714	5,286	—	
174,314	45,086	—	
39,750	—	21,535	
174,314	45,086	—	
163,771	40,939	—	
377,835	86,025	21,535	
	64,490	—	
78,200	4,800	—	
21,700	14,300	—	
99,900	19,100	—	
277,935	45,390	—	

Erläuterungen

[1]) Die Staatserziehungsanstalten Wasserburg und Würzburg, erstere für schulpflichtige, letztere für ältere Knaben bestimmt, sind zur Zeit der Etatsaufstellung erst in der Einrichtung begriffen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß sich bei einzelnen Etatsansätzen ein Mehr ergibt, wobei jedoch der Gesamtbedarf voraussichtlich nicht überschritten werden wird.

[2]) Hierunter 950 ℳ künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.

[3]) Die Militärwache beim Arbeitshause Rebdorf soll durch eine Zivilwache ersetzt werden.

[4]) Zuschuß an die Justizverwaltung, und zwar 13,215 ℳ für das der Gefangenanstalt und dem Arbeitshause St. Georgen—Bayreuth gemeinschaftliche Personal und 5000 ℳ für die Unterbringung jugendlicher Arbeitshausgefangener in der Gefangenanstalt Niederschönenfeld.

Zu Kap. 3 vergleiche außerordentliches Budget.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer VI.	
4			**Fürsorge für Gefährdete und Verwahrloste.**	
	1		Staatsbeiträge an Erziehungsanstalten für verwahrloste jugendliche Personen	12,000
	2		Zwangserziehung	270,000[1]
	3		Staatsbeiträge an Vereine, insbesondere für Arbeiterkolonien und Jugendfürsorge . . .	15,000[2]
			Summe Kap. 4	297,000
5			**Umzugskosten** . . . . Summe Kap. 5 für sich.	7,900
6			**Übrige Ausgaben auf den Polizeidienst** (einschließlich Auslagen im Disziplinarverfahren)	18,000
			Summe Kap. 6	18,000
			Hierzu „ „ 5	7,900
			„ „ 4	297,000
			„ „ 3	323,325
			„ „ 2	219,130
			„ „ 1	5'348,339
			Summe Ziffer VI (Etat der Polizeiverwaltung)	6'213,694

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
12,000	—	—		
180,000	90,000	—		[1]) Auf Grund des Zwangserziehungsgesetzes waren zu leisten: 1906 . . . 85,293 M, 1907 . . . 110,824 M, 1908 . . . 147,315 M. Etwaige Erübrigungen sollen wie bisher auf spätere Finanzperioden übertragen werden behufs Gewährung von Zuschüssen für Gründung neuer und Erweiterung bestehender Zwangserziehungsanstalten.
10,000	5,000	—		
202,000	95,000	—		[2]) Bisher nur 10,000 M für die Arbeiterkolonialvereine; in neuerer Zeit tritt rege Vereinstätigkeit ein bezüglich der Fürsorge für sittlich gefährdete und verwahrloste Personen, zumal auf dem Gebiete des Jugendschutzes.
7,900	—	—		
18,000	—	—		
18,000	—	—		
7,900	—	—		
202,000	95,000	—		
277,935	45,390	—		
272,698	—	53,568		
4'508,192	840,147	—		
5'286,725[3])	980,537	53,568		[3]) 4'834,090 M ursprünglicher Budgetbetrag, 452,635 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 5'286,725 M Summe wie neben.
	926,969			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 19[11]
				M
			Ziffer VII. Etat für Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung.	
1			**Kosten auf den Vollzug der Arbeiterversicherungsgesetze.**	
			A. Landesversicherungsamt.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	36,010
		2	Funktionsbezüge der ständigen, richterlichen und nichtständigen Mitglieder	19,000
		3	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,600
		4	Tagegelder und Reisekosten	1,400
			Summe § 1	60,010
	2		Sächliche Ausgaben für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Gebühren für Zeugen und ärztliche Gutachten sowie sonstiges	11,00[0]
			Summe I	71,01[0]
			II. Einnahmen.	
			Erlös aus den „Mitteilungen des Landesversicherungsamts"	1,24[0]
			Restausgabe A	69,77[0]
			B. Schiedsgerichte.	
			Funktionsbezüge der Vorsitzenden bezw. ihrer Stellvertreter	3,40[0]
			Summe B für sich.	
			C. Verwaltung der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.	
	1		Persönliche Ausgaben, und zwar Funktionsbezüge der Vorsitzenden	2,40[0]
	2		Sächliche Ausgaben (Miete, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Diensträume)	3,30[0]
			Summe C	5,70[0]
			Hiezu „ B	3,40[0]
			„ A	69,77[0]
			Summe Kap. 1	78,87[0]
2			**Zur Förderung der gemeindlichen Arbeitsvermittlung, gemeindlicher Rechtsauskunftstellen und dergleichen**	23,00[0]
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			**Umzugskosten**	—
			Summe Kap. 3 für sich.	
			Summe Ziffer VII (Etat für Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung)	101,87[0]

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
28,080	7,930	—	A S. 114	1) Hierunter 110 ℳ künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
19,300	—	300		2) Bisher aus den Mitteln für sächliche Ausgaben bestritten.
—	3,600	—		
900	500[3]	—		3) Reisekosten der zu Visitationen abgeordneten Rechnungskommissäre der Versicherungsanstalten, bisher auf § 2 verrechnet.
48,280	12,030	300		
	11,730	—		
11,000[4]	—	—		4) Eine Herabsetzung der sächlichen Ausgaben ist trotz der Überführung verschiedener Ausgaben in § 1 wegen der Mehrung der Geschäftslast und der Auslagen für ärztliche Gutachten und der Ausgaben für die Herausgabe der „Mitteilungen des Landesversicherungsamts" unmöglich.
59,280	11,730	—		
—	1,240	—		
59,280	10,490	—		
3,140	260	—		
7,600	—	5,200		5) Die Bezüge von 4 Vorsitzenden und die Vergütungen der Boten sind eingezogen worden.
1,050	2,250[6]	—		6) Für die land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Oberbayern müssen vom 1. Juli 1910 ab die erforderlichen Räume gemietet werden.
8,650	2,250	5,200		
		2,950		
3,140	260	—		
59,280	10,490	—		
71,070	10,750	2,950		
	7,800	—		
20,000	3,000	—		7) Der Ausbau der bestehenden Einrichtungen, insbesondere einzelner großer Arbeitsämter erfordert höhere Zuschüsse.
—	—	—		
91,070[8]	10,800	—		8) 88,770 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 2,300 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 91,070 ℳ Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer VIII. Etat für Landwirtschaft.[1]	
1			**Auf Landeskultur.**	
			A. Landeskultur-Rentenkommission.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Funktionsbezüge	4,900[2]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,200
			Summe § 1	6,100
	2		Sächliche Ausgaben	500
			Summe A	6,600
			Seither B. Kulturtechnischer Dienst	—[3]
			B. Agrikulturbotanische Anstalt.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	32,240[4]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,240
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,700
			Summe § 1	41,180
	2		Sächliche Ausgaben.[5]	
		1	Kanzleikosten und Regieerfordernisse, Gebäudeunterhaltung, Bibliothek und Sammlungen, Geräte und Einrichtungsgegenstände	10,000
		2	Versuchsfelder und Versuchsanstellungen	21,500[6]
		3	Arbeitslöhne	7,000
		4	Gebäudemiete	3,600
		5	Reserve	3,000
			Summe § 2	45,100
			Hiezu „ § 1	41,180
			Summe der Ausgaben	86,280
			II. Einnahmen.	
	1		Aus Gebühren	7,000
	2		Aus Versuchsfeldern	2,500
	3		Aus Materialien für Pflanzenschutz und dergleichen	3,500
	4		Für vermitteltes Saatgut	1,000[7]
	5		Sonstige Einnahmen	1,300
			Summe der Einnahmen	15,300
			Restausgabe B	70,980

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
				1) Der Aufbau des Etats für Landwirtschaft ist im Interesse einer systematischen Ordnung des Stoffes großenteils umgeändert.
3,500	2,600	—		2) Mehr infolge Aufstellung eines weiteren Hilfsarbeiters und Gewährung eines Funktionsbezuges an das vom Landwirtschaftsrat gewählte Kommissionsmitglied sowie Herübernahme der aus den sächlichen Ausgaben bestrittenen Funktionsbezüge für die Besorgung des formellen Dienstes.
3,500	2,600	—		
1,500	—	1,000		
5,000	2,600	1,000		
	1,600			
—		—		3) In Ziffer IIIF übertragen.
25,580	6,660	—	A S. 115	4) Hierunter 1030 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen. Die Aufgaben der Anstalt können mit den jetzt zur Verfügung stehenden Kräften nicht mehr bewältigt werden. S. a. § 2 Tit. 3.
—	6,240	—		
2,700	—	—		
28,280	12,900	—		5) Die Tätigkeit in den 5 Abteilungen der Anstalt ist erheblich gestiegen. Die gepachteten Versuchsfelder umfassen nun gegen 35 Tagwerk. Hiedurch Mehrung für Regieerfordernisse, Geräte usw., dann für Versuchsfelder und Reserve.
7,800	2,200	—		
18,000	3,500	—		
9,000	—	2,000		6) 2000 M auf „Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen" übertragen.
3,340	260	—		
2,000	1,000	—		
40,140	6,960	2,000		
	4,960	—		
28,280	12,900	—		
68,420	17,860	—		
3,720	3,280	—		
2,000	500	—		
2,300	1,200	—		
1,500	—	500		7) Die Vermittlung des Saatgutes geht mehr und mehr an die Saatzuchtanstalt über.
1,300	—	—		
10,820	4,980	500		
	4,480			
57,600	13,380	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer VIII.	
1			C. Moorkulturanstalt.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	47,760[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	5,460
		3	Tagegelder und Reisekosten	15,000
			Summe § 1	68,220
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Kostenlose Voruntersuchungen für Moorkulturen, Ausarbeitung von Projekten	10,000
		2	Beihilfe und Belehrung bei Durchführung von Moorkulturen	9,000
		3	Vermittlung von Dünger und Samen	35,000
		4	Ausführung von Moorkulturen für Staat und Private	
			a) Urbarmachungsarbeiten	36,000
			b) Bewirtschaftung	36,000
		5	Wissenschaftliche Versuche	8,000
		6	Bureaubedürfnisse, Bibliothek, Drucksachen 2c.	9,000
		7	Bauten, Wasserleitung, Viehbeschaffung 2c.	25,000
		8	Reserve	8,000
			Summe § 2	176,000
			Hiezu „ § 1	68,220
			Summe der Ausgaben	244,220
			II. Einnahmen.	
	1		Beitrag des Donaumooskulturfonds und Verschiedenes	2,000
	2		Erlös für Dünger und Samenvermittlung	35,000
	3		„ „ Ernteerzeugnisse	39,000
	4		„ „ Kulturunternehmungen	25,000
	5		Zuschüsse von Kreisen und Distrikten	2,000
			Summe der Einnahmen	103,000
			Restausgabe C	141,220

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
35,345	12,415 [2]	—	A S. 116	[1]) Hierunter 900 *M* künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.
2,640	2,820	—		[2]) Mit Rücksicht auf die geplante Errichtung einer Gefangenanstalt im Moore bei Bernau, dann wegen Errichtung einer Moorkulturstation für Niederbayern, Oberpfalz und Oberfranken (in Regensburg) und für das Dachauermoos ist eine Vermehrung des Personals der Anstalt unvermeidlich.
12,000	3,000	—		
49,985	18,235	—		
129,700	46,300 [3]	—		[3]) Infolge der vorerwähnten Errichtung einer Gefangenanstalt im Moore bei Bernau sowie einer Moorkulturstation in Regensburg wird die Moorkulturanstalt insbesondere in den Chiemseemooren, dann in der Oberpfalz und in Niederbayern eine wesentliche gesteigerte Tätigkeit zu entwickeln haben. Es liegen aus den beteiligten Gegenden auch schon neue Kulturanträge für über 500 ha Moorgründe vor. Dieser Umstand in Verbindung mit der Steigerung der Arbeitslöhne bedingt eine erhebliche Erhöhung der Ausgaben für Kulturunternehmungen. Gleichzeitig ist auch der Umsatz in Dünger und Sämereien sehr gestiegen. Den gestiegenen Ausgaben stehen jedoch infolge vermehrter Kulturtätigkeit der Anstalt und der Vergrößerung des Umsatzes in Dünger und Sämereien wesentlich höhere Einnahmen gegenüber.
129,700	46,300	—		
49,985	18,235	—		
179,685	64,535	—		
1,000	1,000	—		
15,000	20,000	—		
20,000	19,000	—		
17,000	8,000	—		
3,000	—	1,000		
56,000	48,000	1,000		
	47,000			
123,685	17,535	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer VIII.	
1			**D. Flurbereinigung.**	
			I. Flurbereinigungskommission.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	392,800[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	10,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	35,000
			Summe § 1	438,200
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	24,000
		2	Kosten für Triangulierung und Polygonierung:	
			a) Steinmaterial	6,000
			b) Entlohnung des Hilfspersonals	8,000
			Summe § 2	38,000
			Hiezu „ § 1	438,200
			Summe I	476,200
			II. Zuschuß zum Flurbereinigungsfonds	30,000
			Summe II für sich.	
			Hiezu „ I	476,200
			Summe D	506,200
			Hiezu „ C	141,220
			„ B	70,980
			„ A	6,600
			Summe Kap. 1	725,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
304,685	88,115[2]	—	A S. 117	[1]) Hierunter 7500 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen. [2]) Infolge der stets wachsenden Rückstände der Flurbereinigungskommission kann eine weitere Vermehrung des Personals nicht zurückgestellt werden. Den Mehrausgaben für Personal steht eine Minderung von 40,000 M beim Zuschuß für den Flurbereinigungsfonds gegenüber, der zurzeit so weit erstarkt ist, daß er mit einem Zuschuß von 30,000 M seinen Zwecken genügen kann.
2,400 / 8,000	—	—		
35,000	—	—		
350,085	88,115			
24,000	—	—		
6,000	—	—		
8,000	—	—		
38,000	—	—		
350,085	88,115	—		
388,085	88,115	—		
70,000	—	40,000[2]		
388,085	88,115	—		
458,085	88,115	40,000		
	48,115			
123,685	17,535	—		
57,600	13,380	—		
5,000	1,600	—		
644,370	80,630	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer VIII.	ℳ
2			**Auf Hebung der Tierzucht.**	
			I. Landesinspektor für Tierzucht.[1]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldung des Beamten	7,200
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäfts- und Schreibaushilfe und besondere Leistungen	600
		3	Tagegelder und Reisekosten	3,800
			Summe § 1	11,600
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	800
			Summe I	12,400
			II. Auf Hebung der Tierzucht überhaupt.	
	1		Im allgemeinen	480,000[2]
	2		Kosten für Körung der Zuchtstiere	85,000
			Summe II	565,000
			Hiezu „ I	12,400
			Summe Kap. 2	577,400

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
				[1]) Früher unter Ziff. IV G vorgetragen.
—	7,200	—	A S. 119	
—	600	—		
—	3,800	—		
—	11,600	—		
—	800	—		
—	12,400	—		
500,000	—	20,000		[2]) Mit Rücksicht auf die Finanzlage ist eine mäßige Kürzung dieser Summe geboten. Die Hauptzwecke der Position sind mit dem gekürzten Betrag zu erreichen.
85,000	—	—		
585,000	—	20,000		
—	12,400	—		
585,000	12,400	20,000		
		7,600		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer VIII.	ℳ
3			**Zur Förderung des Wein- und Obstbaues sowie der Bienenzucht.**	
			A. Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Neustadt a. H.	
			I. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	18,670*)
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,140
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,500
			Summe § 1	23,310
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Verzinsung und Tilgung des Kaufpreises für das Maucherſche Anwesen . . .	12,000
		2	Abzahlung, Verzinsung und Pachtvergütung für Land	4,000
		3	Düngung	1,000
		4	Materialien, Geräte, Apparate rc.	1,100
		5	Bureaubedürfnisse, Bibliothek, Drucksachen, Reinigung, Beleuchtung und Beheizung rc.	3,100
		6	Taglöhne	3,000
		7	Übrige Ausgaben	4,050
			Summe § 2	28,250
			Hiezu „ § 1	23,310
			Summe der Ausgaben	51,560

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Hinweis auf die Anlage
ℳ	ℳ	ℳ	
—	18,670	—	A S. 119
—	2,140	—	
—	2,500	—	
—	23,310	—	
—	12,000	—	
—	4,000	—	
—	1,000	—	
—	1,000	—	
—	3,100	—	
—	3,000	—	
—	4,050	—	
—	28,250	—	
—	23,310	—	
—	51,560	—	

Erläuterungen

*) Hierunter 170 ℳ künftig wegfallende persönliche Zulage.

Erläuterungen zu der Position wegen Verstaatlichung der K. Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Neustadt a. H.

Die Anstalt ist im Jahre 1899 als Anstalt der Stadtgemeinde Neustadt a. H., zunächst für Unterrichtszwecke, mit Zuschüssen des Staates, des Kreises und der beteiligten Distrikte ins Leben getreten.

Von Anfang an hat die Anstalt jedoch auch die Bekämpfung der Schädlinge des Wein- und Obstbaues als wichtige Aufgabe in ihr Arbeitsgebiet aufgenommen und schon im ersten Jahre ihres Bestehens aus Mitteln des Staatsministeriums des Innern einen Zuschuß hiefür erhalten.

Während sich der Schulbetrieb bei mäßiger Schülerzahl stets nur in verhältnismäßig bescheidenen Grenzen hielt, ist der Schwerpunkt der Arbeiten der Anstalt immer mehr auf die Versuchstätigkeit verlegt worden. Dies war bedingt durch die wachsende Bedeutung der Bekämpfung der sich immer mehr ausbreitenden pflanzlichen und tierischen Schädlinge der Reben (insbesondere des Heu- und Sauerwurms und der Peronospora) und der Obstbäume sowie durch die Vermehrung der chemischen und bakteriologischen Untersuchungen.

Das wachsende Bedürfnis nach einheitlicher Zusammenfassung der Erforschung und Bekämpfung der Rebenschädlinge in der Pfalz führte im Jahre 1907 zur Errichtung einer eigenen, an die Schule angegliederten Versuchsstation, für die aus Mitteln des Staatsministeriums des Innern jährlich 7500 ℳ zur Verfügung gestellt worden sind.

Die Aufgabe der Anstalt besteht sohin gegenwärtig in folgendem:

1. Lehrtätigkeit:
   a) Abhaltung eines Jahreskurses zur Heranbildung tüchtiger Weinbauer und Kellermeister,
   b) kürzere Sonderkurse über Weinbau und Weinbehandlung, Reblausbekämpfung, Obstbau- und Obstverwertung und dergleichen,
   c) Wanderlehrtätigkeit.
2. Versuchstätigkeit: Erforschung und Bekämpfung der Reben- und Obstbaumschädlinge; Untersuchungen über Bodenbearbeitung und Düngung, über Pflanzen- und Gärungsphysiologie, über die Behandlung des Mostes; Weinanalysen u. a.

Der Anstalt obliegt ferner eine ausgedehnte Auskunftserteilung sowie die Herstellung der Weinstatistik.

Die Kammern des Landtags haben in der letzten Sitzungsperiode beschlossen,

1. die Zustimmung zu erteilen, daß die Stelle des Schulvorstandes an der Wein- und Obstbauschule in Neustadt a. H. auf den Staat übernommen wird, wobei die Gehaltsbezüge des Schulvorstandes auf den Staatszuschuß für die Schule verrechnet werden sollen (Verh. d. K. d. Abg. Beil.Bd. 3 S. 818; d K. d. R.R. Beil. Bd. 3 S. 401),
2. die Position Kap. 32 Ziff. II des Etats Nr. 28 des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Zuschuß an die Wein- und Obstbauschule in Neustadt a. H, für ein Jahr der Finanzperiode um 5000 ℳ, sohin von 10,000 ℳ auf 15,000 ℳ zu erhöhen, wobei der Betrag von 5000 ℳ als künftig wegfallend erscheint (Verh. d. K. d. Abg. Beil.Bd. 3 S. 817; d. K. d. R.R. Beil.Bd. 3 S. 401),
3. das Postulat unter Ziff. VIII Kap. 2 § 3 des Etats des Staatsministeriums des Innern auf 90,000 ℳ zu erhöhen, um davon 10,000 ℳ zur Tilgung und Verzinsung der Baukosten der von der Stadt Neustadt a. H. zu errichtenden Anstalt zu entnehmen (Verh. d. K. d. Abg. Beil.Bd. 2 S. 862; d. K. d. R.R. Beil.Bd. 2 S. 397),
4. daß im nächsten Budget die zur Übernahme der Anstalt auf den Staat nötigen Mittel eingesetzt werden sollen (Verh. d. K. d. Abg. Beil.Bd. 2 S. 862, Bd. 4 S. 475/76; d. K. d. R.R. Bd. 2 S. 397).

Der Wunsch nach Verstaatlichung der Anstalt ist berechtigt. Gleichartige Anstalten sind nicht nur in den Nachbarstaaten, sondern auch in Bayern selbst Staatsanstalten (K. Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim, K. Gartenbauschule in Weihenstephan). Bei der großen Bedeutung, die der Obst- und vor allem der Weinbau für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Pfalz und damit Bayerns überhaupt besitzt, erscheint seine Förderung als eine wichtige Aufgabe des Staates. Für die Behandlung von Fragen, wie Bekämpfung verschiedener Rebschädlinge, Anbau sogenannter Amerikaner-Reben, Weinbehandlung u. a., die von außerordentlicher Bedeutung für weite Gebiete des Königreichs sind, müssen zuverlässig arbeitende staatliche Anstalten in den verschiedenen interessierten Landesteilen sein.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziff. VIII.	
3 A			Übertrag: Summe der Ausgaben	51,560
			II. Einnahmen.	
	1		Kreiszuschuß	1,600
	2		Zuschuß des Distrikts Neustadt a. H.	2,000
	3		„ „ „ Bad Dürkheim	670
	4		„ der Stadtgemeinde Neustadt a. H.	6,670
	5		Einnahmen aus Schulgeldern	670
	6		„ „ Erträgnissen	2,000
	7		„ „ der Versuchsstation	200
	8		„ „ Kellermiete	800
	9		„ „ Wohnungsmiete	450
			Summe der Einnahmen	15,060
			Restausgabe A	36,500

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
—	51,560	—		
—	1,600	—		
—	2,000	—		
—	670	—		
—	6,670	—		
—	670	—		
—	2,000	—		
—	200	—		
—	800	—		
—	450	—		
—	15,060	—		
—	36,500	—		

Die Anstalt soll daher mit Wirksamkeit vom 1. September 1910 ab verstaatlicht und in Zukunft wegen der überwiegenden Bedeutung der Versuchsanstalt auf Etat des K. Staatsministeriums des Innern übernommen werden.

Bisher war die Anstalt im Realschulgebäude zu Neustadt a. H. untergebracht, wo sie jedoch unter gänzlich unzureichenden räumlichen Verhältnissen litt, so daß die Beschaffung besserer Räume für die Anstalt dringend notwendig wurde.

Zu diesem Zwecke war ursprünglich beabsichtigt, für die Anstalt einen Neubau zu errichten, dessen Kosten auf 330,000 ℳ veranschlagt waren. Die Kosten sollten von der Stadt Neustadt a. H. vorgeschossen, vom Staate aber mit jährlichen Ratenzahlungen von 20,000 ℳ verzinst und getilgt werden. Im Jahre 1908 bot sich jedoch Gelegenheit, zu günstigen Bedingungen ein Privatanwesen, dessen Erwerb vom Schulvorstand, vom Landesinspektor für Weinbau und von der Regierung der Pfalz, Kammer des Innern, warm befürwortet war, um den Preis von 200,000 ℳ als Staatsbesitz für die Anstalt zu erwerben.

Dieses Anwesen genügt allen Ansprüchen der Schule und der Versuchsanstalt. Es besitzt insbesondere auch ausreichende und vorzügliche Kellereien und liegt zu den Versuchsfeldern der Anstalt sehr günstig. Mit einem Aufwand von etwa 100,000 ℳ wird es vollends den Zwecken der Anstalt angepaßt werden. Der Kaufpreis wurde vom Verkäufer gegen 4%ige Verzinsung gestundet, die Umbaukosten werden ebenfalls von ihm unter gleichen Bedingungen vorgeschossen. Zur teilweisen Abzahlung der Schuld sind 50,000 ℳ Brandentschädigung, die mit dem Anwesen auf den Staat übergegangen sind, verfügbar.

Folgende **Beamte** sind an der Anstalt zurzeit bereits angestellt:
- der Direktor,
- der Leiter der zoologischen Abteilung,
- der Fachlehrer für Weinbau,
- der Obstbaulehrer,
- der Gehilfe für Weinbau.

Der Direktor war schon seither Staatsbeamter mit dem Gehalt der Klasse 7 der Gehaltsordnung. Die übrigen sollen künftig übernommen werden.

Der Leiter der zoologischen Abteilung und der Fachlehrer für Weinbau, die gegenwärtig auf Grund ihres Dienstvertrages je 3100 ℳ Gehalt beziehen, wären mit dem Gehalt der Klasse 12 der Gehaltsordnung anzustellen und hätten bis zur ersten Gehaltsvorrückung den Mehrbetrag ihres bisherigen Gehalts noch als persönliche Zulage zu erhalten.

Der Obstbaulehrer soll mit dem Gehalt der Klasse 17 und der Gehilfe für Weinbau mit dem Gehalt der Klasse 25 der Gehaltsordnung angestellt werden.

An **neuen Stellen** sind erforderlich ein Leiter der chemischen Abteilung, für den gleichfalls der Gehalt der Klasse 12 vorgesehen ist, ferner ein Hausmeister nach Klasse 25 und ein Laboratoriumsdiener nach Klasse 30 der Gehaltsordnung.

Aus den Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen (2140 ℳ) werden die Bezüge von 5 Hilfslehrern, einem physiologischen Assistenten und einer Schreibaushilfe bestritten. Die Hilfslehrer, die schon bisher an der Anstalt gewirkt haben, beziehen für die Wochenstunde 90 ℳ, insgesamt 810 ℳ im Jahr. Sie lehren Physik, Rechtskunde, Feldmessen, Deutsch und Rechnen.

Der physiologische Assistent, der zunächst nicht etatsmäßig mit dem Gehalt der Klasse 17 angestellt werden soll, ist zur Unterstützung des Direktors in seiner Eigenschaft als Leiter der botanischen Abteilung notwendig.

Zur Entlastung des Vorstandes der Anstalt im Rechnungs- und Kanzleiwesen soll eine Schreibaushilfe dienen, für die 600 ℳ jährlich vorgesehen sind.

Ein Betrag für Reisekosten mit 2500 ℳ ist insbesondere wegen der Wanderlehrtätigkeit und wegen Untersuchungen an Ort und Stelle bei Schädlingsbekämpfungen nötig.

Die sächlichen Ausgaben zu 28,250 ℳ wurden unter Berücksichtigung des Bedarfes für Verzinsung und Tilgung der Ankaufs- und Umbauschuld sowie des Abschlusses der Vorjahrsrechnung bemessen.

Die Verstaatlichung soll nur unter der Voraussetzung erfolgen, daß die vom Kreis, von den Distrikten Neustadt und Dürkheim sowie von der Stadt Neustadt a. H. bisher geleisteten **Zuschüsse** von 10,940 (1600 + 2000 + 670 + 6670 ℳ) auch in Zukunft gewährt werden.

An sonstigen Einnahmen werden 4120 ℳ (Schulgelder 670 ℳ, Erträgnisse 2000 ℳ, Versuchsstation 200 ℳ, Kellermietzins 800 ℳ, Wohnungsmiete 450 ℳ) zur Verfügung stehen.

Im Etatsjahr 1909 waren für die Anstalt aus Staatsmitteln verfügbar: 17,500 ℳ vom K. Staatsministerium des Innern und 20,000 ℳ vom K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Da der Etat des letzteren um 20,000 ℳ entlastet wird, bedeutet die Verstaatlichung der Anstalt zurzeit keine tatsächliche Mehrbelastung des Staates.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer VIII.	
3			**B. Anstalt für Bienenzucht in Erlangen.**[1]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	10,600
		2	Tagegelder und Reisekosten	1,500
			Summe § 1	12,100
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Bureaukosten, Bibliothek, Drucksachen und Regieerfordernisse	2,100
		2	Versuche	1,400
		3	Pacht und Unterhaltung des Bienengartens und der Felder	600
		4	Sammlungs- und Einrichtungsgegenstände	1,150
		5	Taglöhne	750
			Summe § 2	6,000
			Hiezu „ § 1	12,100
			Summe B	18,100
			C. Auf Bekämpfung der Reblauskrankheit und zur Hebung der Weinkultur überhaupt	61,040
			Hiezu Summe B	18,100
			„ „ A	36,500
			Summe Kap. 3	115,640
4			**Landwirtschaftlicher Fachberater.**[3]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	22,930
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	900
		3	Tagegelder und Reisekosten	11,000
			Summe § 1	34,830
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Mietzinse für Dienstlokalitäten)	4,000
			Summe § 2 für sich.	
			Summe Kap. 4	38,830

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
—	10,600	—	A S. 120	
—	1,500	—		
—	12,100	—		
—	2,100	—		
—	1,400	—		
—	600	—		
—	1,150	—		
—	750	—		
—	6,000	—		
—	12,100	—		
—	18,100	—		
90,000	—	28,960[2]		
—	18,100	—		
—	36,500	—		
90,000	54,600	28,960		
	25,640			
—	22,930	—	A S. 121	
—	900	—		
—	11,000	—		
—	34,830	—		
—	4,000	—		
—	38,830	—		

[1]) Die Anstalt für Bienenzucht wurde im Oktober 1907 gegründet, um sowohl das Leben der Bienen und insbesondere ihre Krankheiten zu erforschen als auch um den praktischen Betrieb der Bienenzucht den Imkern in Kursen vorzuführen und durch Wanderlehrtätigkeit zu fördern. Die Anstalt gliedert sich demgemäß in eine wissenschaftliche (biologische) und eine praktische Abteilung, welch' letztere unter Leitung des Landesinspektors für Bienenzucht steht. Die Anstalt ist an das zoologische Institut der Universität Erlangen angegliedert.

Die Ausgaben für die Anstalt und für den Landesinspektor wurden seither aus der Bauschsumme für landwirtschaftliche Zwecke bestritten.

[2]) Der Ansatz ist gekürzt um:
a) den unter Kap. 4 § 1 mitvorgetragenen jährlichen Bedarf des Landesinspektors für Weinbau zu 11,460 ℳ,
b) die für die Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Neustadt a. H. bisher verausgabten Beträge (10,000 ℳ für Verzinsung und Tilgung des Kaufpreises für das Maucher'sche Anwesen, 7500 ℳ für den Leiter der zoologischen Versuchsstation).

[3]) Die bisher aus dem Ansatze „Auf Maßregeln zur Abwehr ꝛc. der Reblauskrankheit ꝛc." und „für landwirtschaftliche Zwecke überhaupt" bestrittenen Ausgaben für die landwirtschaftlichen Fachberater (Landesinspektoren für Weinbau, für Milchwirtschaft, für Obst- und Gartenbau, für Fischzucht und für Hopfenbau) sind hier gesondert vorgetragen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer VIII.	
5			**Für landwirtschaftliche Zwecke überhaupt.**	
	1		Für landwirtschaftliche Zwecke im allgemeinen (Bauschsumme)	335,000
			Summe § 1 für sich.	
	2		Staatszuschüsse für landwirtschaftliche Zwecke.	
		1	An die Kreisgemeinden	20,576
			Summe Tit. 1 für sich.	
		2	An den landwirtschaftlichen Verein.	
			a. An den Landwirtschaftsrat	16,000
			b. An die Kreisausschüsse	96,000
			Summe Tit. 2	112,000
		3	An die Hagelversicherungsanstalt	200,000
			Summe Tit. 3 für sich.	
		4	An die Viehversicherungsanstalt.	
			a. Im allgemeinen	100,000
			b. Zu außerordentlichen Beihilfen an einzelne überlastete Ortsviehversicherungsvereine behufs Ermäßigung der Beiträge	25,000
			Summe Tit. 4	125,000
		5	An die Pferdeversicherungsanstalt.	
			a. Im allgemeinen	60,000
			b. Zu außerordentlichen Beihilfen an einzelne überlastete Pferdeversicherungsvereine behufs Ermäßigung der Beiträge	40,000
			Summe Tit. 5	100,000
		6	Zum Zentrallandwirtschaftsfeste	15,000
			Summe Tit. 6 für sich.	
			Hiezu „ „ 5	100,000
			„ „ 4	125,000
			„ „ 3	200,000
			„ „ 2	112,000
			„ „ 1	20,576
			Summe § 2	572,576
			Hiezu „ § 1	335,000
			Summe Kap. 5	907,576

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
350,000	—	15,000*)		*) Die Finanzlage macht eine mäßige Kürzung dieses Ansatzes notwendig. Andererseits mußte eine weitergehende Kürzung ungeachtet der Ausscheidung mehrerer Ausgaben auf andere Positionen mit Rücksicht auf die neu hinzugetretenen Bedürfnisse für Förderung der Fischerei vermieden werden.
20,576	—	—		
16,000	—	—		
96,000	—	—		
112,000	—	—		
200,000	—	—		
100,000	—	—		
25,000	—	—		
125,000	—	—		
60,000	—	—		
40,000	—	—		
100,000	—	—		
15,000	—	—		
100,000	—	—		
125,000	—	—		
200,000	—	—		
112,000	—	—		
20,576	—	—		
572,576	—	—		
350,000	—	15,000		
922,576	—	15,000		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer VIII.	
6			**Gestütswesen.**	
			Königliche Gestütsanstalten.	
			A. Ausgaben.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	389,300[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	93,800
		3	Tagegelder und Reisekosten	71,400
			Summe § 1	554,500
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	10,200
		2	Kasernierungsbedürfnisse des Dienstpersonals	20,000
		3	Förderung der Pferdezucht	340,000
		4	Fourage und sonstiger Unterhalt der Tiere	397,000
		5	Ankauf und Transport von Pferden	203,000
		6	Wirtschaftskosten	151,000
		7	Zinsen und Tilgung für ein bei der Landeskulturrentenanstalt aufgenommenes Anlehen von 360,000 ℳ (infolge von Kursverlusten beim Verkauf von Kulturrentenscheinen 364,800 ℳ) zum Zwecke der Entwässerung und Bewässerung von Wiesen, dann für ein weiter aufzunehmendes Anlehen von 60,000 ℳ	17,850
		8	Kreis-, Distrikts- und Gemeindeumlagen	7,000
		9	Sonstige Ausgaben	18,500
			Summe § 2	1'164 550
			Hiezu „ § 1	554,500
			Summe der Ausgaben	1'719,050

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen[2] auf die Landgestütsverwaltung und 4 Landgestüte r/Rh.	auf das Stammgestüt Achselschwang	auf das Land- und Stammgestüt Zweibrücken
M	M	M		M	M	M
322,790	66,510	—	A.S. 122/3	261,123	49,158	79,019
74,500	19,300[3]	—		57,500	18,100	18,200
40,900	30,500[4]	—		58,000	2,000	11,400
438,190	116,310	—		376,623	69,258	108,619
9,800	400	—		8,750	350	1,100
18,200	1,800[5]	—		9,300	4,900	5,800
340,000	—	—		301,000	—	39,000
383,700	13,300[6]	—		227,500	74,000	95,500
212,000	—	9,000[4]		172,000	18,000	13,000
136,500	14,500[7]	—		20,000	62,000	69,000
17,850	—	—		—	—	17,850
6,500	500	—		600	1,700	4,700
40,500	—	22,000[8]		9,300	4,200	5,000
1'165,050	30,500	31,000		748,450	165,150	250,950
		500				
438,190	116,310	—		376,623	69,258	108,619
1'603,240	116,310	500		1'125,073	234,408	359,569
	115,810					

[1]) Hierunter 3000 M künftig wegfallende persönliche und besondere Zulagen.

[2]) Diese Summen verteilen sich: (siehe Tabelle)

[3]) Die allgemeine Lohnsteigerung machte die Aufbesserung der Löhne der ständigen Gestütswärtergehilfen und der Aushilfspferdewärter auf den Beschälstationen zur Gewinnung und Sicherung tüchtigen Personals unvermeidlich. Ferner ist die Errichtung zweier neuer Beschälstationen in den Bezirken Aibling und Friedberg beabsichtigt.

[4]) Mehr infolge Erhöhung der Kommandozulagen des Gestütspersonals auf den Beschälstationen, Errichtung der genannten neuen Beschälstationen, Stutbuchanlage und Kontrolle, dann infolge des Umstandes, daß die auf „Ankauf und Transport von Pferden" erwachsenen Tagegelder und Reisekosten künftig unter den persönlichen Ausgaben verrechnet werden.

[5]) Azetylenbeleuchtung in Achselschwang.

[6]) Mehr infolge anhaltender Preissteigerung für Fourage, besonders auf den Beschälstationen.

[7]) Aufbesserung der Löhne der landwirtschaftlichen Taglöhner und ständigen Dienstboten ist unvermeidlich.

[8]) Wegfall der Deckgeldanteile des Gestütspersonals.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer VIII.	
6			B. Einnahmen.	
	1		Deckgelder	110,000
	2		Erlös für verkaufte Pferde und Wirtschaftsvieh	150,000
	3		Erlös für Pferdedünger	5,000
	4		Ertrag der Ökonomie und der Waldungen	43,800
	5		Sonstige Einnahmen	5,600
			Summe der Einnahmen	314,400
			Summe der Ausgaben	1'719,050
			Restausgabe Kap. 6	1'404,650
7			**Umzugskosten**	—
8			**übrige Ausgaben**	—
			Summe Kap. 7 und 8 für sich.	
			Hiezu „ „ 6	1,404,650
			„ „ 5	907,576
			„ „ 4	38,830
			„ „ 3	115,640
			„ „ 2	577,400
			„ „ 1	725,000
			Summe Ziffer VIII (Etat für Landwirtschaft)	3'769,096

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen		
	mehr	weniger		Diese Summen verteilen sich		
				auf die Landgestütsverwaltung und 4 Landgestüte r/Rh.	auf das Stammgestüt Achselschwang	auf das Land- und Stammgestüt Zweibrücken
ℳ	ℳ	ℳ		ℳ	ℳ	ℳ
106,000	4,000	—		101,000	400	8,600
144,000	6,000	—		29,000	75,000	46,000
5,000	—	—		4,800	—	200
41,800	2,000[1]	—		—	10,700	33,100
5,325	275	—		2,700	1,700	1,200
302,125	12,275	—		137,500	87,800	89,100
1'603,240	115,810	—		1'125,073	234,408	359,569
1'301,115	103,535	—		987,573	146,608	270,469
—	—	—				
—	—	—				
1'301,115	103,535	—				
922,576	—	15,000				
—	38,830	—				
90,000	25,640	—				
585,000	—	7,600				
644,370	80,630	—				
3'543,061[2]	248,635	22,600				
	226,035					

[1]) Mehreinnahmen aus Forsten infolge Wegfalls der freien Beheizung des Gestütspersonals bei den Stammgestüten.

[2]) 3'671,159 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
59,325 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
3'730,484 ℳ Summe.
187,423 ℳ auf Ziff. III F übertragen,
3'543,061 ℳ Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer IX. Etat für besondere Leistungen des Staates an Gemeinden und Distrikte.	
1			Staatszuschüsse an überlastete und leistungswillige Distrikte für den Neubau und die Unterhaltung von Distriktsstraßen	1'900,000[1]
2			Staatsbeiträge zu den Kosten der Distriktspolizei in den kreisunmittelbaren Städten . .	345,500
3			Staatszuschuß an den Pensionsverein der berufsmäßigen bayerischen Gemeindebeamten .	22,000
4			Staatszuschuß an den Pensionsverein der berufsmäßigen bayerischen Polizeisoldaten und Schutzmänner	7,500
5			Staatszuschuß an die Pfälzische Pensionsanstalt	5,000
6			Sonstige Leistungen an Gemeinden (Beiträge zur Straßenbeleuchtung, für Turm- und Nachtwächter und sonstige Sicherheitsanstalten)	14,000
			Summe Ziffer IX (Etat für besondere Leistungen des Staates an Gemeinden und Distrikte	2'294,000
			Ziffer X. Gemeinsame Ausgaben.	
1			Ausgaben auf die Gebäude.	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	40,500
	2		Für Gebäudeunterhaltung	393,800[4]
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	383,500[5]
			Summe Kap. 1	817,800
2			Post-, Telegramm- und Telephongebühren	1'630,000
			Summe Kap. 2 für sich.	
			Summe Ziffer X (Etat der gemeinsamen Ausgaben)	2'447,800

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
2'000,000	—	100,000		1) Auf die nächste Finanzperiode übertragbar. Die volle Veranschlagung der im vorigen Budget bewilligten Summe ist angesichts der Finanzlage nicht tunlich. Mehrere Distrikte werden durch die bei Ziff. III Kap. 1 E § 1 Tit. 4 vorgetragene Position entlastet.
340,000	5,500[2]	—		2) Mehrung infolge der Verleihung der Kreisunmittelbarkeit an die Stadt Landau.
22,000	—	—		
5,000	2,500[3]	—		3) Zur Erhöhung der Pensionssätze für Witwen und Waisen.
5,000	—	—		
14'000	—	—		
2'386,000	8,000	100,000		
	—	92,000		
56,600	—	16,100		
393,800	—	—		4) Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.
447,500	—	64,000	C 163/9	5) Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
897,900	—	80,100		
1'470,000	160,000[6]	—		6) Vereinbarungsgemäße Erhöhung der an die Postverwaltung zu zahlenden „Bauschsumme für Ablösung der Portofreiheit".
2'367,900	160,000	80,100		
	79,900	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Wiederholung der Ausgaben.	
			Ziffer I	9'450,324
			„ II	261,460
			„ III	11'521,273
			„ IV	2'242,286
			„ V	466,856
			„ VI	6'213,694
			„ VII	101,870
			„ VIII	3'769,096
			„ IX	2'294,000
			„ X	2'447,800
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 27) . .	38'768,659

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
8 044,003	1'406,321	—		
229,645	31,815	—		
10'981,518	539,755	—		
1'735,166	507,120	—		
466,856	—	—		
5'286,725	926,969	—		
91,070	10,800	—		
3'543,061	226,035	—		
2'386,000	—	92,000		
2'367,900	79,900	—		
35'131,944*)	3'728,715	92,000		
	3'636,715	—		

*) 33'735,044 M ursprünglicher Budgetbetrag,
1'396,900 M Zugang von Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse.
35'131,944 M Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an

Pensionen und Unterhaltsbeiträgen

auf Rechnung des Etats des Staatsministeriums des Innern vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 2'356,400 M
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . 1'014,400 M

Summe 3'370,800 M

Hierzu die vorseitig veranschlagten Ausgaben mit . . 38'768,659 M

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern im ordentlichen Budget . 42'139,459 M

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:

a) auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziff. I g u. k) 2'687,000 M oder für ein Jahr . . . . 1'343,500 M
b) auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziff. III e) 21'488,000 M oder für ein Jahr . . . . 10'744,000 M

zusammen 12'087,500 M

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern . . . . . . 54'226,959 M

Die Beihilfen der Kriegsteilnehmer betragen 2'797,920 M

München, den 19. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als *persönliche* Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom . August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt rden; als *besondere* Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten ıfbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer I. Etat der allgemeinen inneren Verwaltung.							
	A. Staatsministerium.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
1	Staatsminister	1	—	24,000	5,000[1]			
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	2,400[2]			
5	Ministerialräte	9	8400 bis 9600	75,200[3]				
6	Oberregierungsräte . . .	4	7200 bis 7700	29,800				
7	Regierungsräte	3	6000 bis 6500	18,500				
9	Regierungsassessoren . . .	4	4800	17,600[4]				
13	Geheime Rechnungskommissäre	2						
13	Geheime Sekretäre . . .	3						
13	Geheimer Registrator . .	1						
		6	4200 bis 5400	28,000				
14	Sekretäre und Registratoren	8	3000 bis 3900	24,800[5]				
21	Kanzlei- und Registratur-assistenten	8	1800 bis 2250	15,300[5]				
21	Boten und Diener . . .	9	1950 bis 2550	21,150				
29	Kanzleiassistentinnen . . .	4	1200	3,200[5]				
	Summe a	57		269,550	7,400	1,290	278,240	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessisten	3	2400	6,070	—	—	6,070	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	60		275,620	7,400	1,290[6]	284,310	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	49[7]					229,010[7]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					11,000	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909:	49					240,010	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr:	11					44,300[8]	

[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.

[2]) Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.

[3]) Die dem Staatsministerium des Innern in den nächsten Jahren obliegenden gesetzgeberischen Arbeiten, insbesondere die Neugestaltung des Heimat- und Armengesetzes erfordern dringend die Schaffung einer weiteren Referentenstelle. Die Stelle ist ebenso wie alle anderen neuen Stellen, bei denen nichts Gegenteiliges bemerkt ist, vom 1. September 1910 an vorgesehen.

[4]) Die stets wachsenden Aufgaben des medizinischen Referates lassen die Aufstellung eines fachwissenschaftlich gebildeten Hilfsarbeiters als notwendig erscheinen.

[5]) Die gesteigerte Arbeitslast macht die Schaffung einiger neuen Stellen für den Kanzleidienst notwendig.

[6]) Künftig wegfallend.

[7]) 30 Beamte mit 194,070 ℳ Bedarf nach Anlage A,
17 Beamte mit 34,940 ℳ Bedarf nach Anlage B,
47 Beamte mit 229,010 ℳ Bedarf
3 Beamte Zugang aus Anlaß der Neuregelung (vergl. Verh. d. K. d. Abg. 1907/08 zu Beilage 532 Anlage 2),
50 Beamte,
1 Beamter wurde auf Ziffer I H übertragen,
49 Beamte wie neben.

[8]) Hievon treffen
11,000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
6,825 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
21,270 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung,
780 ℳ werden ausgeglichen durch den Mehranfall an Mietentschädigungen.

Der noch verbleibende Rest des Mehrbedarfs zu 4425 ℳ erklärt sich dadurch, daß einerseits infolge Übertragung der Beamten vom Etat des Ges. u. VBl.) sowie eines Beamten aus dem Etat Ziffer IV G auf den Ministerialetat ein Mehrbedarf von . . . . . 11,625 ℳ, andererseits durch die Übertragung des Gehaltes eines Beamten auf Ziffer I H ein Minderaufwand von 7200 ℳ eintritt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Statistisches Landesamt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	8,400				
9	Regierungsassessoren . . .	2	4800	9,600				
12	Bezirksamtsassessor . . .	1	—	2,660[1]				
13	Geheimer Sekretär	1[2]	—	5,400				
17	Sekretäre	16	1800 bis 3300	42,900[1]				
23	Kanzlei- und Rechnungsassistenten	7	1500 bis 1800	11,250				
25	Bote und Diener	1	—	2,000				
	Summe a	29		82,210	—	1250	83,460	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Wissenschaftliche Hilfsarbeiter (geprüfte Rechtspraktikanten und dergleichen) . .	4	—	6,000	—	—	6,000	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	33	—	88,210	—	1250[3]	89,460	[3]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	27[4]					68,670[4]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .						4,500	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	27					73,170	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	6					16,290[5]	

[1]) 1 voraussichtlich ab 1. Juli 1911 zum Regierungsassessor zu befördernder Bezirksamtsassessor und 1 Sekretär sind wegen Mehrung der Geschäftslast ab 1. September 1910 neu eingestellt.

[2]) Diese Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Obersekretärstelle nach Klasse 14 der Gehaltsordnung umgewandelt werden.

[3]) Künftig wegfallend.

[4]) 7 Beamte mit 28,870 M Bedarf nach Anlage A,
20 Beamte mit 39,800 M „ nach Anlage B,
27 Beamte mit 68,670 M Bedarf.

[5]) Hievon treffen:
4500 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
1360 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
9860 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung,
210 M werden ausgeglichen durch den Mehranfall an Mietentschädigungen und
360 M durch Wegfall einer besonderen Vergütung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	C. Verwaltungsgerichtshof.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
2	Präsident	1	—	15,000				
4	Senatspräsidenten	2	12000	24,000				
4	Generalstaatsanwalt . . .	1	—	12,000				
6	Räte	15	7700 bis 8700	120,000	3000[1]			[1]) Bureauentschädigungen
6	Staatsanwalt	1	—	7,700				
12	Sekretäre	2	5000	10,000				
16	Registrator	1	—	3,000				
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	2	1950 bis 2550	4,500				
22	Boten und Diener . . .	2	2000 bis 2200	4,200				
	Summe a	27		200,400	3000	980[2]	204,380	[2]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	27		200,400	3000	980	204,380	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	27[3]					177,270[3]	[3]) 23 Beamte mit 168,870 M Bedarf nach Anlage A, 4 Beamte mit 8,400 M " nach Anlage B, 27 Beamte mit 177,270 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .						12,000	[4]) Hievon treffen: 12,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2,770 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 340 M wird ausgeglichen durch den Wegfall von Zustellgebühren der Boten.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	27					189,270	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					15,110[4]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:					
			M	M	M	M	M	
	D. Regierungen, Kammern des Innern.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsidenten	8	14000	56,000[1]	14,400[2]			[1]) Die andere Hälfte der Gehalte der Regierungspräsidenten und der Repräsentationsbezüge ist im Etat des Staatsministeriums der Finanzen veranschlagt.
	hier die Hälfte	4						
5	Direktoren	10[3]	8400 bis 10200	91,800				[2]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.
6	Oberregierungsräte . . .	3[4]	8700	26,100				[3]) 2 Stellen werden je nach den dienstlichen Verhältnissen in Regierungsratsstellen umgewandelt werden oder in Wegfall kommen.
7	Regierungsräte (einschließl. Medizinalräte und Veterinäräte	86	6000 bis 7500	600,500[5]				[4]) 1 Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Regierungsratsstelle umgewandelt werden, die beiden anderen werden je nach den dienstlichen Verhältnissen vollständig in Wegfall kommen.
9	Regierungsassessoren . . .	21	4800 bis 5800	102,700[5]				
12	Bezirksamtsassessoren . . .	2[6]	—	4,750				[5]) Bei der Versicherungsanstalt für Oberbayern eine Regierungsratsstelle neu statt der bisherigen Bezirksamtsassessorenstelle, bei der Versicherungsanstalt für Mittelfranken eine Regierungsassessorenstelle; die Kosten dieser beiden Stellen sind von den Versicherungsanstalten zu tragen. Bei der Regierung der Pfalz ist eine weitere Regierungsratsstelle dringend notwendig.
	hier die Hälfte	1						
14	Präsidialsekretäre	6	3300 bis 4200	11,550				
	hier die Hälfte	3						
14	Rechnungskommissäre:							
	a) in den Rechnungskommissariaten	38	3000 bis 4500	150,150				[6]) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung in Präsidialsekretärstellen (Kl. 14 der Gehalts-Ordnung) umgewandelt werden.
	b) der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften . . .	8	3000 bis 3600	26,400				
17	Revisoren:							
	a) in den Rechnungskommissariaten	35	1800 bis 3300	84,000				
	b) bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften . . .	20	1800 bis 3300	48,000				
"	Regierungssekretäre und Registratoren:							
	a) der Kammer des Innern	70[7]	1800 bis 3300	175,600[8]				[7]) Davon 12 Beamte aus dem Etat des Staatsministeriums der Finanzen übernommen.
	b) der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften . . .	8	1800	9,600[8]				[8]) Von den neu vorgesehenen Stellen des mittleren Dienstes sind 8 Sekretärstellen und 1 Assistentenstelle bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wegen der bedeutenden Geschäftsmehrung notwendig.
"	Kanzlisten	22	2400 bis 3300	63,500				
	Seite	329		1'450,650	14,400			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	329		1'450,650	14,400		
23	Kanzleiassistenten der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften .	25	1500 bis 2250	44,350[1]			
"	Kanzlei- und Registraturassistenten	116	1000 bis 2250	102,370			
	hier die Hälfte	58					
25	Boten und Diener	77	1500 bis 2000	68,100			
	hier die Hälfte	38½					
"	Steindrucker	18	1500 bis 2000	15,850			
	hier die Hälfte	9					
	Summe a	459½	—	1'681,320	14,400	19,580	1'715,300
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Akzessisten	50	1800	81,200	—	—	81,200
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	509½	—	1'762,520	14,400	19,580[2]	1'796,500
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	478[3]					1'447,005[3]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					88,800
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	478					1'535,805
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	31½					260,695[4]

Erläuterungen

[1]) Von den neu vorgesehenen Stellen des mittleren Dienstes sind 8 Sekretärstellen und 1 Assistentenstelle bei den land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wegen der bedeutenden Geschäftsmehrung notwendig.

[2]) Künftig wegfallend.

[3])
209 Beamte mit 1'018,705 M Bedarf nach Anlage A,
260 Beamte mit 428,300 M Bedarf nach Anlage B,
469 Beamte mit 1'447,005 M Bedarf,
9 Beamte Zugang aus Anlaß der Neuregelung (vergl. Verh. d. K. d. Abg. 1907/08 zu Beilage 532 Anlage 2),
478 Beamte wie neben.

[4]) Hievon treffen
88,800 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
59,495 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
31,100 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.
Es werden ausgeglichen
4,680 M durch den Mehranfall an Mietentschädigungen,
3,955 M durch den Wegfall von Tantiemen der Taxbeamten, von besonderen Vergütungen und Zustellgebühren,
11,065 M durch die Vergütungen der Versicherungsanstalten.
Der Rest des Mehrbedarfs zu
61,600 M erklärt sich dadurch, daß einerseits durch die Übertragung des Hälftebetrages der Repräsentationsbezüge der Regierungspräsidenten auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen mit 14,400 M, andererseits durch die Übernahme der Gehaltsbezüge zu 34,600 M von 13 Beamten aus dem Etat des Staatsministeriums der Finanzen und der Gehälter der 8 Veterinärräte zu 41,400 M aus dem Etat für Gesundheit eine Mehrung bezw. Minderung der Ziffer eintritt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	E. Polizeidirektion und Schutzmannschaft.							
	a) Polizeidirektion.							
	I. Etatsmäßige Beamte.[1])							
5	Polizeipräsident	1	—	9,000				[1]) Mit Rücksicht auf die ständig wachsende Bevölkerung der Haupt- und Residenzstadt und die damit an Umfang und Schwierigkeit stets zunehmenden Aufgaben der Polizeidirektion sind die geforderten Sekretär- und Assistentenstellen nicht zu entbehren.
6	Polizeidirektor	1	—	8,700				
7	Regierungsräte	4	7000 bis 7500	29,000				
9	Regierungsassessoren	8	4800 bis 6300	46,000				
12	Bezirksamtsassessoren	3	3500 bis 4000	11,500				
14	Kassier	1	—	4,500				
16	Obersekretäre	4	3000 bis 3900	13,200				
16	Bezirkskommissäre und Sicherheitskommissäre	60	2400 bis 3900	188,200	12,960[2])			[2]) 24 Bezirks- und 17 Sicherheitskommissäre haben freie Dienstwohnung. Die übrigen erhalten eine nichtpensionsfähige Wohnungsentschädigung.
17	Amtsanwälte	7	2400	16,800				
17	Polizeisekretäre	93	1800 bis 3300	198,100				
17	Pflegerinnen	1	—	1,800				
21	Arrestverwalter	1	—	2,550				
21	Rottmeister	1	—	2,550				
23	Polizeiassistenten	75	1500 bis 2250	122,550				
25	Boten und Diener	47	1500 bis 2000	88,700				
25	Steindrucker	2	1700 bis 1800	3,700				
25	Arrestwärter	13	1700 bis 2000	24,600				
	Summe a	322	—	771,450	12,960	23,590[3])	808,000	[3]) Künftig wegfallend.
	II. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe a	322	—	771,450	12,960	23,590	808,000	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	b) Schutzmannschaft.						
	I. Etatsmäßige Beamte.						
7	Polizeimajor	1	—	7,500			
9	Polizeihauptleute	2[3]	5300 bis 6300	11,600			
18	Rendant	1	—	2,700			
19	Oberwachtmeister	49	2100 bis 2850	117,350[1]			
21	Wachtmeister	111	1800 bis 2550	218,700[1]			
25	Schutzmänner	733	1500 bis 2000	1'243,800[1]			
25	Diener	1	—	1,700			
	Summe I	898	—	1'603,350	—	10,650[2]	1'614,000
	II. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—
	Summe b	898	—	1'603,350	—	10,650	1'614,000
	Hiezu Summe a	322	—	771,450	12,960	23,590	808,000
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1220	—	2'374,800	12,960	34,240	2'422,000
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1150[4]					1'976,981[4]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					40,000
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	1150					2'016,981
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	70[6]					405,019[5]

Erläuterungen

[1]) Zur Errichtung neuer und zur Verstärkung bestehender Stationen, für Zwecke der Verkehrs-Sitten- und Kriminalpolizei ist eine Vermehrung um 44 Mann, nämlich 7 Oberwachtmeister, 27 Wachtmeister und 10 Schutzmänner vorgesehen, und zwar vom 1. September 1910 an.

[2]) Künftig wegfallend.

[3]) Bei eintretender Erledigung wird eine Stelle in eine Polizeioffiziersstelle (Klasse 12 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.

[4]) a) Polizeidirektion:
18 Beamte mit 86,590 ℳ Bedarf nach Anlage A,
278 Beamte mit 547,260 ℳ Bedarf nach Anlage B,
296 Beamte mit 633,850 ℳ Bedarf
b) Schutzmannschaft:
3 Beamte mit 17,694 ℳ Bedarf nach Anlage A,
851 Beamte mit 1'325,437 ℳ Bedarf nach Anlage B,
854 Beamte mit 1'343,131 ℳ Bedarf
1150 zusammen 1'976,981 ℳ.

[5]) Hiervon treffen:
40,000 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
66,674 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
73,040 ℳ auf Personalvermehrung,
135,000 ℳ Mehrbetrag des Zuschusses der Stadtgemeinde München,
46,000 ℳ Einnahmen an Mietentschädigungen.
auf den Wegfall von:
10,336 ℳ Entschädigung für Dienstleistung in Zivilkleidung,
4,400 ℳ Tantiemen und
10,500 ℳ Zustellgebühren.
Der Rest zu
19,069 ℳ erklärt sich durch die Übertragung der Gehälter von 8 Beamten aus der Adreßbuchkasse und von 2 Beamten aus dem Etat der Gebühren mit 14,254 ℳ beziehungsweise 4815 ℳ.

[6]) Davon 8 aus Adreßbuchfonds und 2 aus dem Etat Nr. 3 übernommen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	F. Bezirksämter.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Bezirksamtmänner	163	5400 bis 6900	1'015,700				
12	Bezirksamtsassessoren . . .	228	3000 bis 5000	859,500				
17	Bezirksamtssekretäre . . .	244	1800 bis 3300	660,600[1]				[1] Die auf Grund Ermächtigung des Landtags im Laufe der Finanzperiode 1908 und 1909 neuerrichteten 4 Sekretär- und 18 Assistentenstellen wurden als etatsmäßige Stellen eingesetzt. Die Aufstellung eines weiteren Sekretärs und von 3 weiteren Assistenten erweist sich als notwendig.
26	Bezirksamtsassistenten . .	413	1200 bis 1950	542,050[1]				
28	Bezirksamtsdiener	166	1350 bis 1800	268,870[2]				[2] Bei dem Bezirksamte München ist mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen räumlichen und dienstlichen Verhältnisse die Errichtung einer zweiten Amtsdienerstelle unumgänglich.
	Summe a	1214	—	3'346,720	—	40,310[3]	3'387,030	[3] Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1214	—	3'346,720	—	40,310	3'387'030	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1187[4]					2'566,340[4]	[4] 461 Beamte mit 1'602,870 ℳ Bedarf nach Anlage A, 726 Beamte mit 963,470 ℳ Bedarf nach Anlage B. 1187 Beamte mit 2'566,340 ℳ Bedarf
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					298,500	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	1187					2'864,840	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	27					522,190[5]	[5] Hiervon treffen: 298,500 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 92,920 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 23,670 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung. Es werden ausgeglichen durch Wegfall von 8,000 ℳ Tantiemen, 60,000 ℳ Zustellgebühren und 39,100 ℳ Mehranfall an Mietentschädigungen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	G. Maß- und Gewichtspolizei.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Vorstand (Ministerialrat) .	1	—	9,700	—	—	9,700	
	Summe a	1	—	9,700	—	—	9,700	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1	—	9,700	—	—	9,700	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1					7,290[1]	[1]) 1 Beamter mit 7290 ℳ Bedarf nach Anlage A.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					555	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	1					7,845	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1,855[2]	[2]) Hievon treffen: 555 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 100 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 1200 ℳ werden ausgeglichen durch den Wegfall eines bisher auf den Ansatz „für Stellvertretung" verrechneten Nebenbezuges.
	H. Wohnungsaufsicht und Wohnungsfürsorge.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Zentralwohnungsinspektor .	1	—	7,200	—	—	7,200	
	Summe a	1	—	7,200	—	—	7,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe H. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1	—	7,200	—	—	7,200	
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1[3]					—	[3]) Bisher unter I A vorgetragen.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					7,200	

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
		M	M	M	M	M	
Zusammenstellung von Ziffer I.							
Summe A . .	60		275,620	7,400	1,290	284,310	
" B . .	33		88,210	—	1,250	89,460	
" C . .	27		200,400	3,000	980	204,380	
" D . .	509 1/2		1'762,525	14,400	19,575	1'796,500	
" E . .	1220		2'374,800	12,960	34,240	2'422,000	
" F . .	1214		3'346,720	—	40,310	3'387,030	
" G . .	1		9,700	—	—	9,700	
" H . .	1		7,200	—	—	7,200	
Summe Ziffer I. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	3065 1/2		8'065,175	37,760	97,645	8'200,580	
Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
Ursprünglicher Budgetbetrag	2920[1]					6'472,566[1]	[1] 753 Beamte mit 3'124,959 M Bedarf nach Anlage A, 2156 Beamte mit 3'347,607 M Bedarf nach Anlage B, 2909 Beamte mit 6'472,566 M Bedarf; 11 Beamte zugegangen aus Anlaß der Neuregelung; 2920 Beamte wie neben.
Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					455,355	
Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2920					6'927,921	
Sohin für 1910 und 1911 mehr	145 1/2					1'272,659	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer II. Etat der Landesarchive.							
	A. Allgemeines Reichsarchiv.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	9,600				
7	Reichsarchivräte	9	6000 bis 7500	60,500				
12	Reichsarchivassessoren . .	2	3500 bis 4000	7,500				
19	Techniker zur Ausübung der Röckl'schen Metallgußerfindung	1	—	2,850[1]				[1]) Vom Etat des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten übernommen.
21	Kanzleiassistenten	5	1950 bis 2550	11,100				
25	Boten und Diener . . .	3	1600 bis 2000	5,200				
	Summe a	21	—	96,750	—	420[2]	97,170	[2]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Praktikanten	6	—	7,680	—	—	7,680	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	27		104,430		420	104,850	
	Jährlicher Bugetbetrag für 1908 und 1909:							[3]) 12 Beamte mit 60,945 ℳ Bedarf nach Anlage A, 14 Beamte mit 23,000 ℳ Bedarf nach Anlage B, 26 Beamte mit 83,945 ℳ Bedarf.
	Ursprünglicher Budgetbetrag	26[3]					83,945[3]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .						7,500	[4]) Hievon treffen 7500 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 3250 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 2655 ℳ auf die Übertragung der Gehaltsbezüge eines Beamten aus dem Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- u. Schulangelegenheiten.
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	26					91,445	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1[1]					13,405[4]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B Kreisarchive.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Kreisarchivare	8	4800 bis 6300	47,900				
12	Kreisarchivassessoren . . .	12	3000 bis 5000	47,500				
23	Kanzleiassistenten	10	1500 bis 2250	18,150				
28	Diener	8	1400 bis 1800	13,100				
	Summe a	38	—	126,650	—	230 [1]	126,880	[1]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe B Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	38		126,650		230	126,880	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	38 [2]					105,370 [2]	[2]) 20 Beamte mit 76,120 M Bedarf nach Anlage A, 18 Beamte mit 29,250 M Bedarf nach Anlage B, 38 Beamte mit 105,370 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .						7,500	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	38					112,870	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					14,010 [3]	[3]) Hievon treffen 7500 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 4490 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen; es werden ausgeglichen 2020 M durch Mehranfall an Mietentschädigungen.
	Zusammenstellung von Ziffer II.							
	Summe A	27		104,430	—	420	104,850	
	„ B	38		126,650	—	230	126,880	
	Summe Ziff. II. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	65		231,080	—	650	231,730	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	64 [4]					189,315 [4]	[4]) 32 Beamte mit 137,065 M Bedarf nach Anlage A, 32 Beamte mit 52,250 M „ nach Anlage B, 64 Beamte mit 189,315 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					15,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	64					204,315	[5]) Aus dem Etat des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten übernommen.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1 [5]					27,415	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:					
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer III.							
	Etat der Staatsbauverwaltung (einschl. des kulturtechnischen Staatsdienstes).							Wegen der neuen Stellen siehe Anlagen D Seite 171/73 u. E S. 175/8.
	A. Oberste Baubehörde.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
4	Ministerialdirektor	1		12,000				
5	Ministerialräte	7 [1])	8400 bis 9000	61,070				[1]) In Zugang die Stelle des Landeskulturingenieurs aus Etat für Landwirtschaft Ziff. VIII S. 98 des Budgets pro 1908 und 1909. 2 Stellen werden bei eintretender Erledigung in Oberregierungsratsstellen umgewandelt werden.
6	Oberregierungsrat	1		7,200				
7	Regierungs- und Baurat .	1 [2])	6000	4,000				[2]) Neue Stelle.
9	Regierungs- u. Bauassessoren	7 [3])	4800 bis 6300	30,650				[3]) Hierunter 3 neue Stellen.
12	Bauamtsassessoren . . .	2 [4])	3000	4,000				[4]) Neue Stellen statt 2 Regierungsbaumeistern.
12	Bezirkskulturingenieur . .	1 [5])	3000	1,500				[5]) Neue Stelle ab 1. Januar 1911. Siehe Anlage E S. 176.
13	Geheime Rechnungskommissäre	2 [6])	4200 bis 5400	9,600				[6]) Darunter 1 Beamter bei der Ausführungsbehörde für staatliche und gemeindliche Bauunfallversicherung verwendet, nunmehr budgetiert.
13	Geheime Sekretäre . . .	2 [7])	4200	5,600				[7]) Neue Stellen.
14	Sekretäre und Registratoren	7 [8])	3000 bis 3900	19,890				[8]) Hierunter 2 neue Stellen, dann 1 Sekretär bei vorbezeichneter Ausführungsbehörde verwendet, nunmehr budgetiert.
17	Bauführer	1 [9])		3,300				[9]) 1 Bauzeichner ab 1. Januar 1909 als Bauführer übergeleitet.
21	Kanzleiassistenten	3 [10])	1800 bis 1950	4,900				[10]) Hierunter 1 neue Stelle, dann 1 Kanzleiassistent bei vorbezeichneter Ausführungsbehörde verwendet, nunmehr budgetiert.
21	Bauzeichner	1 [11])	1800	1,200				[11]) Neue Stelle.
21	Boten und Diener . . .	3 [12])	1800 bis 2550	4,950				[12]) Hierunter 2 neue Stellen.
29	Kanzleiassistentin	1 [13])	1200	800				[13]) Neue Stelle.
	Summe a	40		170,660	—	400		

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	40	—	170,660	—	400	—	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe A	40	—	170,660	—	400[1]	171,060	[1] Künftig wegfallend.
	Hievon ab der auf die gemeindliche Bau-Unfallversicherung treffende Betrag	—	—	8,530	—	—	8,530	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	40	—	162,130	—	400	162,530	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	23[2]					108,365[2]	[2]) 15 Beamte mit 88,215 M Bedarf nach Anlage A, 8 Beamte mit 20,150 M Bedarf nach Anlage B, 23 Beamte mit 108,365 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					8,400	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	23					116,765	
	Sohin							
	für 1910 und 1911 mehr	17					45,765[3]	[3]) Hievon treffen: 8,400 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 1,480 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 35,885 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung und die übertragenen Stellen, 45,765 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Hydrotechnisches Bureau.							Wegen der neuen Stellen siehe Anlage D, Seite 172
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	8,400				
7	Regierungs- und Bauräte .	5	6000 bis 7000	31,500				
12	Bauamtsassessor	1[1]	3000	2,000				[1]) Neue Stelle statt 1 Regierungsbaumeisters.
17	Sekretäre und Bauführer .	11[2]	1800 bis 3000	24,990				[2]) Hierunter 2 neue Stellen.
23	Kanzleiassistenten	2[3]	1500 bis 1650	2,650				[3]) Hierunter 1 neue Stelle.
25	Bote und Diener	1	—	1,900				
	Summe a	21	—	71,440	—	1,580	73,020	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	21	—	71,440	—	1,580[4]	73,020	[4]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	18[5]					56,520[5]	[5]) 6 Beamte mit 31,155 M Bedarf nach Anlage A, 12 Beamte mit 25,365 M Bedarf nach Anlage B, 18 Beamte mit 56,520 M Bedarf
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					3,400	[6]) Hievon treffen: 3,400 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 1,710 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 7,780 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung, 210 M werden ausgeglichen durch Mehranfall an Mietentschädigungen, 13,100 M Summe wie neben.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	18					59,920	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	3					13,100[6]	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	C. Kreisbauverwaltung.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Regierungs- und Bauräte .	19[1]	6500 bis 7500	138,560	—			[1]) Hierunter 1 neue Stelle statt eines Regierungs- und Bauassessors, siehe Anlage D, Seite 172.
9	Regierungs- u. Bauassessoren	13	4800 bis 6300	70,960	—			
14	Rechnungskommissäre . . .	16	3000 bis 4200	58,500	1,200[2])			[2]) Bezug des Kassiers der Betriebskrankenkasse der Straßen- und Flußbauämter.
21	Bauzeichner	2	1800 bis 1950	3,730	—			
	Summe a	50	—	271,750	1,200	460	—	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	50	—	271,750	1,200	460[3])	273,410	[3]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	53[4])					233,560[4])	[4]) 39 Beamte mit 202,935 M Bedarf nach Anlage A, 14 Beamte mit 30,625 M " nach Anlage B, 53 Beamte mit 233,560 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					18,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	53					251,560	[5]) Hiervon treffen: 18,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2,310 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 700 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung, 840 M werden ausgeglichen durch Mehranfall an Mietentschädigungen 21,850 M Summe wie neben.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					21,850[5])	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	D. Sektionen für Wildbachverbauung.							Wegen der neuen Stellen siehe Anlage D, S. 173.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Vorstand (Regierungs- und Baurat)	1[1]	—	7,500				[1]) Wird bei eintretender Erledigung in Stelle nach Klasse 9 der Gehaltsordnung umgewandelt werden.
9	Vorstand (Bauamtmann) .	1	—	6,300				
12	Bauamtsassessoren	3	3000 bis 4000	9,880				
17	Bauführer	4	2100 bis 3300	10,470				
21	Bauzeichner	6[2]	1800 bis 2550	5,550				[2]) Hierunter 1 neue Stelle. 1 Stelle mit einem Flußmeister nach Klasse 21 besetzt.
21	Offizianten	2	1800	3,600				
22	Flußmeister	6[3]	1800	9,600				[3]) Hierunter 2 neue Stellen.
26	Kanzleiassistent	1[4]	1200	800				[4]) Neue Stelle.
	Summe a	21	—	53,700	—	20	53,720	[5]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	[6]) 5 Beamte mit 20,955 ℳ Bedarf nach Anlage A, 14 Beamte mit 43,455 ℳ " nach Anlage B, 19 Beamte mit 64,410 ℳ Bedarf.
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	21	—	53,700	—	20[5]	53,720	[7]) Bei dem Personalbedarf für die Sektionen für Wildbachverbauung ergibt sich ein Mehrbedarf von 6010 ℳ. Hiervon treffen: 4,300 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 610 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 1,100 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung 6,010 ℳ Summe wie neben. Dagegen kommen in Abgang 21,000 ℳ für das bisherige nichtstatusmäßige Personal, wofür der Bedarf nunmehr anderweitig ausgewiesen ist, so daß sich der neben angegebene Minderbedarf von 14,990 ℳ ergibt.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	19[6]					64,410[6]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					4,300	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	19					68,710	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2			An Bedarf weniger		14,990[7]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	E. Äußere Bauverwaltung.							Wegen der neuen Stellen siehe Anlage D Seite 173.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Bauamtmänner	59	4800 bis 6300	349,000	1200[1]			[1]) Bezug des stellvertretenden Vorsitzenden der Betriebskrankenkasse der Straßen- und Flußbauämter.
12	Bauamtsassessoren . . .	76[2]	3000 bis 5000	257,000				[2]) Hierunter 11 neue Stellen statt 11 Regierungsbaumeistern.
17	Bauführer	79[3]	1800 bis 3300	184,950				[3]) Hierunter 25 neue Stellen. 14 Bauzeichner wurden bei Neuregelung der Gehaltsverhältnisse als Bauführer übergeleitet.
21	Bauzeichner und Offizianten	66	1800 bis 2550	133,200				
21	Flußmeister	7[4]	1800 bis 2550	15,900				[4]) Diese 7 Stellen werden bei eintretender Erledigung in Flußmeisterstellen nach Klasse 22 umgewandelt werden.
22	Flußmeister	57[5]	1800	102,000				[5]) Hierunter 1 neue Stelle.
22	Straßenmeister	24[6]	1800	28,800				[6]) Neue Stellen.
22	Maschinist	1[7]	1800	1,200				[7]) Neue Stelle.
25	Hausmeister des Glaspalastes	1		1,700				
26	Kanzleiassistenten	30[8]	1200	24,000				[8]) Neue Stellen.
28	Diener	2[9]	1300	1,730				[9]) Neue Stellen.
30	Straßenwärter	1092	1200 bis 1600	1'590,000				
30	Schleusenwärter	7	1250 bis 1600	10,000				
30	Brunnwärter, Ländeplatz- und Magazinsaufseher .	10	1250 bis 1600	14,190				
30	Donaumooswegmacher . .	8	1250 bis 1600	11,200				
	Summe a	1519		2'724,870	1200	870		

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:					
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	1519		2'724,870	1,200	870	—	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Regierungsbaumeister . .	56[1]		111,000	—	—	—	[1])
	Summe a und b	1575	—	2'835,870	1,200	870	2'837,940	
	Hievon ab der Kreisfondszuschuß für 11 Flußmeister im Kreise Schwaben . .			3,170			3,170	
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1575		2'832,700	1200	870[2]	2'834,770	[2])
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1471[3]					2'229,075[3]	[3])
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					258,670	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	1471					2'487,745	
	Sohin							
	für 1910 und 1911 mehr	104					347,025[4]	[4])

[1]) Einschließlich der im Ministerium und bei den Zentralstellen, dann bei der Kreisbauverwaltung und den Sektionen für Wildbachverbauung verwendeten Regierungsbaumeister.
Wegen der Bezüge siehe Anlage D, Seite 172.

[2]) Künftig wegfallend.

[3])
124 Beamte mit 493,845 ℳ Bedarf nach Anlage A,
1347 Beamte mit 1'735,230 ℳ Bedarf nach Anlage B,
1471 Beamte mit 2'229,075 ℳ Bedarf.

[4]) Bei dem Personalbedarfe für die äußere Bauverwaltung ergibt sich ein Mehrbedarf von 347,025 ℳ. Hievon treffen
258,670 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
60,805 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
130,900 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung und Übertragung,
47,500 ℳ werden ausgeglichen durch den Mehranfall an Mietentschädigungen und Minderanfall an Bauführungszulagen rc.
497,875 ℳ in Summa.
Dagegen kommen in Wegfall
150,850 ℳ für das bisherige nichtstatusmäßige Personal, wofür der Bedarf nunmehr anderweitig ausgewiesen ist, so daß sich der neben bezifferte Mehrbedarf von
347,025 ℳ ergibt.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	F. Kulturtechnischer Staatsdienst bei den Regierungen.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
7	Regierungs- und Bauräte .	8	6000 bis 7000	50,940			50,940
12	Bezirkskulturingenieur . .	1	4500	4,500			4,500
17	Kulturbauführer	3	2100 bis 2875	7,536			7,536
	Summe a	12		62,976			62,976
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—		—			—
	Summe F	12		62,976			62,976
	G. Kulturbauämter.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
12	Bezirkskulturingenieure .	22[1]	2400 bis 4500	67,342			67,342
17	Kulturbauführer	39	1500 bis 3300	82,021			82,021
	Summe a	61	—	149,363			149,363
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Regierungsbaumeister . .	19	1800	34,340			34,340
	Kulturaufseher	19	1500	13,500			13,500
	Summe b	38		47,840			47,840
	Hiezu „ a	61		149,363			149,363
	Summe G	99		197,203			197,203
	Hiezu „ F	12		62,976			62,976
	Summe F und G. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:	111		260,179			260,179
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	84[2]					111,642[2]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					3,430
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	84					115,072
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	27					145,107[3]

Erläuterungen

Wegen der neuen Stellen bei F und G siehe die Anlage E Seite 175/76 und 178.

[1]) Darunter 7 neue Stellen mit 2400 M Anfangsgehalt.

[2])
25 Beamte . . . . . nach Anlage A } mit 111,642 M Bedarf
59 Beamte . . . . . nach Anlage B }
84 Beamte.

[3]) Hiervon treffen:

3,430 M	auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
2,500 M	auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
100,532 M	auf den Mehrbedarf für die Neuordnung des kulturtechnischen Dienstes wegen nunmehriger Veranschlagung des vollen Bedarfes und die ausgewiesenen Personalvermehrungen,
38,645 M	werden gedeckt durch die Mehrleistungen der Kreise,
145,107 M	Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer III.							
	Summe A	40		162,130		400	162,530	
	" B	21		71,440		1580	73,020	
	" C	50		271,750	1200	460	273,410	
	" D	21		53,700		20	53,720	
	" E	1575		2'832,700	1200	870	2'834,770	
	" F	12		62,976			62,976	
	" G	99		197,203			197,203	
	Summe Ziff. III. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1818		3'651,899	2400	3330[1]	3'657,629	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	1668[2]					2'803,572[2]	[2]) 214 Beamte . . . nach Anlage A, 1454 Beamte . . . nach Anlage B — mit 2'803,572 M Bedarf; 1668 Beamte.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .						296,200	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	1668					3'099,772	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	150					557,857	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer IV. Etat für Gesundheit.							
	D. Ärzte.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Landgerichtsärzte	30	4800 bis 6300	149,220[1]				[1]) Zweiter Landgerichtsarzt beim Landgerichte Nürnberg.
12	Bezirksärzte	169	3000 bis 5000	676,000[2]				[2]) Ständiger Assistent und Vertreter mit dem Gehalte eines Bezirksarztes für den Landgerichtsarzt beim Landgerichte München I.
	Summe a	199		825,220	—	—	825,220	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Physikatsassistenten, Polizeiärzte und bezirksärztliche Stellvertreter	35		36,210			36,210[3]	[3]) Die zu niedrigen Funktionsbezüge einiger Assistenten sollen erhöht werden.
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	234		861,430	—	—	861,430	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	197[4]					643,580[4]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					37,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	197					680,580	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	37					180,850[5]	

[4])
197 Beamte mit 609,770 M Bedarf nach Anlage A,
*) Beamte mit 33,810 M Bedarf nach Anlage B,
197 Beamte mit 643,580 M Bedarf.

*) Die Zahl war in früheren Etats nicht angegeben.

[5]) Hiervon treffen:
37,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
20,600 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
5,200 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.
Es werden ausgeglichen durch Wegfall der Entschädigungen zu
3,350 M für Hausärzte bei Gefängnissen und zu
21,700 M gemäß § 12 Abs. 1 der Verordnung vom 3. September 1879,
93,000 M sind veranlaßt worden durch eine günstigere Gehaltsüberleitung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	E. Zentralimpfanstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Zentralimpfarzt	1	—	5,000				
28	Diener	2	1300 bis 1500	2,750				
29	Kanzleiassistentin	1	—	1,200				
	Summe a	4		8,950		130[1]	9,800	[1]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	1200 bis 1800	3,000	400[2]		3,400	[2]) Für Kasse- und Rechnungsführung.
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	6		11,950	400	130	12,480	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6					9,940[3]	[3]) 1 Beamter mit 3600 M Bedarf nach Anlage A, 5 Beamte mit 6340 M " nach Anlage B, 6 Beamte mit 9940 M Bedarf.
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					985	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	6					10,925	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1,555[4]	[4]) Hiervon treffen: 985 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 390 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 180 M werden ausgeglichen durch Mehranfall an Mietentschädigungen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1908 und 1909: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	G. Tierärzte.[1]							[1]) Die Gehalte der tierärztlichen Referenten im Staatsministerium des Innern und bei den Regierungen, Kammern des Innern, sind bei den Etats dieser Stellen vorgesehen.
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Bezirkstierärzte	164[2])	2400 bis 5000	677,110			677,110	[2]) Einschließlich des Bezirkstierarztes bei der Polizeidirektion.
	Summe a	164		677,110			677,110	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe G	164		677,110			677,110	
	Davon ab der außerhalb des Etats des Staatsministeriums des Innern verrechnete Gehalt des Bezirkstierarztes bei der Polizeidirektion München .			2,400			2,400	
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	164		674,710	—	—	674,710	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	163[2])					483,590[3])	[3]) 173 Beamte mit 483,590 M Bedarf nach Anlage A, 9 Abgang aus Anlaß der Neuregelung (vgl. Verh. d. K. d. Abg. 1907/08 zu Beilage 532 Anl. 2) — 164 Beamte, 1 Beamter wurde auf Etat Ziffer VIII Kap. 2 übertragen — 163 Beamte wie neben.
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					71,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	163					554,590	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					120,120[4])	[4]) Durch die Übertragung der Gehalte vorbezeichneter Beamten auf andere Etats, und zwar mit 5,750 M auf Ziff. I A, 41,400 M „ „ I D und 7,200 M „ „ VIII Kap. 2 erhöht sich der Mehrbedarf auf 174,450 M. Hiervon treffen: 71,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 24,450 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 79,000 M auf eine günstigere Gehaltsüberleitung.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	H. Untersuchungsanstalten für Nahrungs- und Genußmittel bei den Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	II. Direktoren	3	7000	21,000				
10	Inspektoren	19	3000 bis 5800	68,200				
26	Kanzleiassistenten	1	—	1,200				
28	Diener	5	1400	7,000				
29	Kanzleiassistentin	1	—	800				
	Summe a	29	—	98,200	2,400[1]	450[2]	101,050	[1]) Bezüge der drei I. Direktoren. [2]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Weinkontrolleure	2	3000	6,000	—	—	6,000	
	Summe H. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	31	—	104,200	2,400	450	107,050	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	27[3]					82,715[3]	[3]) 14 Beamte mit 51,825 ℳ Bedarf nach Anlage A, 16 Beamte mit 30,890 ℳ Bedarf nach Anlage B, 30 Beamte mit 82,715 ℳ Bedarf. 3 Beamte (die nebenamtlichen drei I. Direktoren) wurden aus Anlaß der Neuregelung (Verh. d. K. d. Abg. 1907/08 zu Beil. 532 Anl. 2) bei Feststellung der Zahl außer Berücksichtigung gelassen, 27 Beamte wie neben.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					7,100	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	27					89,815	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	4					17,235[4]	[4]) Hievon treffen 7100 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2585 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 7550 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	J. Bakteriologische Untersuchungsanstalten bei den hygienischen Instituten der K. Landesuniversitäten München, Erlangen und Würzburg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
	Vorstände im Nebenamte .	—	—	—	750[1]			[1]) Die Hochschullehrer für Hygiene an den drei Landesuniversitäten sollen die Vorstandschaft im Nebenamte führen.
9	Bakteriologen als Leiter der Anstalten	3	4800	7,200	—			Ab 1. Januar 1911.
21	Präparatoren	3	1800	2,700	—			Ab 1. Januar 1911.
28	Diener	3	1300	1,950	—			Ab 1. Januar 1911.
	Summe a	9	—	11,850	750	—	12,600	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	3	2400	1,875	—	—	1,875[2])	[2]) Ab 1. Juli 1911.
	Summe J. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	12	—	13,725	750	—	14,475	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	—					—	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	12					14,475	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer IV.							
	Summe A	—	—	—	—	—	—	
	„ B . . .	—	—	—	—	—	—	
	„ C	—	—	—	—	—	—	
	„ D	234	—	861,430	—	—	861,430	
	„ E	6	—	11,950	400	130	12,480	
	„ F	—	—	—	—	—	—	
	„ G	164	—	674,710	—	—	674,710	
	„ H	31	—	104,200	2,400	450	107,050	
	„ J	12	—	13,725	750	—	14,475	
	Summe Ziffer IV. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 . . .	447	—	1'666,015	3,550	580	1'670,145	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1909 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	394						
		393[1]					1'219,825[1]	[1] 385 Beamte mit 1'148,785 M Bedarf nach Anlage A, 21 Beamte mit 71,040 M Bedarf nach Anlage B, 406 Beamte mit 1'219,825 M Bedarf; 12 „ hier abgerechnet aus Anlaß der Neuregelung; 394 Beamte. Davon 1 Beamter auf Rechnung des Etats Ziffer VIII Kap. 2 übertragen; 393 Beamte wie neben.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					116,085	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	393					1'335,910	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	54					334,235	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
				M	M	M	M
	Ziffer VI. Etat der Polizeiverwaltung.						
	Kap. 1. Gendarmerie.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
5	Korpschef	1	—	10,200			
7	Abteilungskommandeure	9[1]	6000 bis 7500	65,000			
9	Gendarmeriehauptleute	4[2]	4800 bis 6300	20,700			
12	Gendarmerieoffiziere	6	3000 bis 4500	22,500			
16	Rendant	1	—	3,800			
20	Stabsoberwachtmeister	20	1950 bis 2700	52,350			
21	Oberwachtmeister	172	1800 bis 2550	423,300			
25	Diener beim Korpskommando	1	—	1,800			
"	Wachtmeister	926[3]	1500 bis 2000	1'786,400			
28	Gendarmen	1538[4]	1300 bis 1800	2'284,400			
"	Diener bei den Abteilungen	8[5]	1800 bis 2000	13,300			
	Summe a	2686	—	4'683,250	—	3,750[7]	4'687,000
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.[6]	—	—	—	—	—	—
	Summe Kap. 1 Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	2686	—	4'683,250	—	3,750	4'687,000
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2671[8]					3'446,803[8]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					445,000
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	2671					3'891,803
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	15					795,197[9]

Erläuterungen

[1] 1 Stelle (Vorstand der Gendarmerieschule) künftig in Hauptmannstelle umzuwandeln.

[2] 3 Stellen künftig in Offiziersstellen umzuwandeln.

[3] 60 Stellen (überzählige Wachtmeister) künftig in Gendarmeriestellen umzuwandeln.

[4] 16 Mann Sollstandserhöhung vom 1. September 1910 an.

[5] 1 Diener bezieht als vormaliger Stationskommandant den Gehalt der Klasse 25.

[6] Die Bezüge des Militärjustizbeamten beim Korpskommando, des Elementarlehrers an der Gendarmerieschule und des Arztes der Gendarmerieschule sind als Kosten für Stellvertretung angesetzt.

[7] Künftig wegfallend.

[8]
21 Beamte mit 106,600 M Bedarf nach Anlage A,
2650 Beamte mit 3'340,203 M Bedarf nach Anlage B,
2671 Beamte mit 3'446,803 M Bedarf

[9] Nebiger Mehrbedarf erhöht sich um den auf den Etatsansatz „Kosten für Stellvertretung ꝛc." überwiesenen Betrag von 1900 M für nichtetatsmäßige Beamte auf 797,097 M.
Hievon treffen:
445,000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
128,727 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
13,870 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.
Es werden ausgeglichen:
2,500 M durch Einsparung an Belohnungen,
185,000 M Mehranfall an Mietentschädigungen,
22,000 M sind veranlaßt worden durch eine günstigere Gehaltsüberleitung.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 2. Ausgaben für Zwecke der öffentlichen Sicherheit.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
	1. Zentralpolizeiblatt.							
17	Polizeisekretär	1	—	2,100				
	2. Schubgefängnis in Nürnberg.							
28	Arrestwärter	1	—	1,500				
	Summe a	2	—	3,600	730[1]	—	4,330	[1]) 660 M Nebenbezüge des Gendarmerieoberwachtmeisters für Leitung des Schubgefängnisses; 73 M Nebenbezug eines Gendarmen für Beihilfe.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 2. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:	2	—	3,600	730	—	4,300	
	Jährlicher Budgetbetrag 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2[2])					3,763[2])	[2]) 2 Beamte mit 3763 M Bedarf nach Anlage B.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					135	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2					3,898	[3]) Hievon treffen 135 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 177 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 120 M werden ausgeglichen durch Einnahmen an Mietentschädigungen.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					432[3]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 3. Arbeitshäuser und Staatserziehungsanstalten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
	1. Arbeitshäuser.							
7	Direktor	1	—	7,500				
12	Assessor	1	—	4,000				
12	Hausgeistliche	2	5000	10,000				
12	Hauslehrer	1[1]	—	5,000				[1]) Künftig in Klasse 15.
17	Ökonomieverwalter	1	—	3,300				
18	Buchhalter	1	—	3,000				
19	Hausverwalter	1	—	2,850				
21	Baupalier	1	—	2,400				
22	Maschinist	1	—	2,000				
22	Küchenmeister	1	—	2,100				
22	Oberkrankenwärter	2	2000 bis 2300	4,300				
24	Oberaufseher	2[2]	1900 bis 2100	4,000				[2]) 1 künftig wegfallend.
26	Kanzlei- und Rechnungsassistenten	3	1800 bis 1950	5,700				
27	Werkaufseher	20	1400 bis 1900	36,700				
28	Aufseher	21	1300 bis 1800	33,900				
17	Hauslehrerin	1	—	1,800				
24	Oberaufseherinnen	1	—	2,100				
27	Werkaufseherinnen	5	1400 bis 1500	7,300				
29	Aufseherinnen	11	1200 bis 1600	14,500				
	Seite	77		152,450				

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	77	—	152,450				
	2. Staatserziehungsanstalten.							
12	Vorstände	3	3500 bis 5000	13,000				
15	Hauslehrer	4	2400	9,600				
27	Werkaufseher	5	1400 bis 1800	7,500				
28	Aufseher	5	1300	6,500				
	Summe a	94	—	189,050	—	950[1]	190,000	[1]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtsetatsmäßige Beamte [2])	—	—	—	—	—	—	[2]) Die Bezüge der nicht in Beamteneigenschaft Angestellten sind nunmehr als Kosten für Stellvertretung ꝛc. verrechnet.
	Summe Kap. 3. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	94	—	189,050	—	950	190,000	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	92[3])					153,421[3])	[3]) 7 Beamte mit 27,720 ℳ Bedarf nach Anlage A, 86 Beamte mit 125,701 ℳ Bedarf nach Anlage B, 93 Beamte mit 163,421 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					7,500	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	93					160,921	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					29,079[4])	[4]) Nebiger Mehrbedarf erhöht sich um den auf den Etatsansatz „Kosten für Stellvertretung ꝛc." übernommenen Betrag von 3950 ℳ auf 33,029 ℳ. Hievon treffen 7,500 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 6,929 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 13,000 ℳ auf Personalvermehrung, 1,080 ℳ Wegfall an Tantiemen ꝛc., 4,520 ℳ Mehranfall an Mietentschädigungen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer VI.							
	Summe Kap. 1	2686	—	4'683,250	—	3,750	4'687,000	
	" " 2	2	—	3,600	730	—	4,330	
	" " 3	94	—	189,050	—	950	190,000	
	Summe Ziff. VI. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	2782	—	4'875,900	730	4,700	4'881,330	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2766[1]					3'603,987[1]	[1] 28 Beamte mit 134,320 M Bedarf nach Anlage A, 2738 Beamte mit 3'469,667 M Bedarf nach Anlage B, 2766 Beamte mit 3'603,987 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					452,635	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	2766					4'056,622	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	16					824,708	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer VII. **Etat für Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung.**							
	A. Landesversicherungsamt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Präsident	1	—	10,200				
7	Regierungsräte (Referenten)	2	6500	13,000				
17	Sekretäre und Registratoren	2	2700 bis 3300	6,000				
23	Kanzleiassistenten	2[1]	1500	2,500				[1]) Aufstellung eines weiteren Assistenten ab 1. September 1910. Die Kosten eines Hilfsschreibers kommen hiefür in Wegfall.
25	Bureaudiener	1[2]	1500	1,000				[2]) Ein Bureaudiener ab 1. September 1910. Bei den sächlichen Ausgaben werden hierdurch jährlich 780 M eingespart.
	Summe a	8	—	32,700	—	110[3]	32,810	[3]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Akzessisten	2[4]	2400	3,200	—	—	3,200	[4]) 2 juristische Hilfsarbeiter.
	Summe Ziff. VII. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	10	—	35,900	—	110	36,010	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6[5]					25,780[5]	[5]) 4 Beamte mit 21,760 M Bedarf nach Anlage A, 2 Beamte mit 4,020 M Bedarf nach Anlage B, 6 Beamte mit 25,780 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					2,300	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	6					28,080	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	4					7,930[6]	[6]) Hievon treffen: 2,300 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 430 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 5,200 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer VIII. **Etat für Landwirtschaft.** **Kap. 1.** **B. Agrikulturbotanische Anstalt.** **a. Etatsmäßige Beamte.**							
7	Direktor	1	—	7,000				
12	Assessoren	5[1]	3000	13,000				[1]) Je 1 Assessor für jede der an der Anstalt bestehenden 5 Abteilungen.
17	Sekretär	1	—	2,400				
21	Obergärtner	1[2]	1800	1,200				[2]) Für die Überwachung des Versuchsgartens.
25	Diener	1	—	1,700				
29	Bureauassistentinnen . . .	2[3]	1200	2,100				[3]) Eine neue Stelle aus dem Ansatze „Arbeitslöhne" in den Etat überführt.
	Summe a	11	—	27,400	—	400	27,800	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2[4]	1860 bis 2040	3,810	—	630	4,440	[4]) Die Mittel für einen mit Arbeiten und Versuchen für die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft beschäftigten Assistenten werden von dieser bereitgestellt.
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	13	—	31,210	—	1,030[5]	32,240	[5]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	10[6]					25,080[6]	[6]) 1 Beamter mit 6,090 ℳ Bedarf nach Anlage A, 9 Beamte mit 18,990 ℳ Bedarf nach Anlage B, 10 Beamte mit 25,080 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					500	[7]) Hiervon treffen: 500 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 450 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 4,600 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung, 1,110 ℳ Mehranfall an Mietentschädigungen.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	10					25,580	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	3					6,660[7]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	C. Moorkulturanstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	7,000				
12	Assessoren	6	3000 bis 3500	18,500[1]				[1]) Neue Stelle wegen Errichtung einer Moorkulturstation in Regensburg.
17	Sekretär	1	—	2,400				
17	Kulturbauführer	2	1800 bis 2400	4,200				
21	Obergärtner	1	—	1,950				
23	Kanzleiassistent	1	—	1,500				
25	Kulturaufseher	6	1500	6,500[2]				[2]) 5 Stellen aus dem Ansatz „Arbeitslöhne" in den Etat überführt.
25	Diener	1	—	1,000				
	Summe a	19		43,050		270	43,320	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	1860 bis 1950	3,810		630	4,440	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	21		46,860		900[3]	47,760	[3]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	14[4]					33,160[4]	[4]) 3 Beamte mit 11,400 M Bedarf nach Anlage A, 11 Beamte mit 21,760 M Bedarf nach Anlage B, 14 Beamte mit 33,160 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse						2,185	[5]) Hievon treffen 2185 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 1190 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 8860 M auf Personalvermehrung, 180 M werden ausgeglichen durch Mehranfall an Mietentschädigungen.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	14					35,345	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	7					12,415[5]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	D. Flurbereinigungskommission.							
	a. Etatsmäßige Beamte.[1])							[1]) Die neuen Stellen vom 1. Januar 1911 an veranschlagt. Neu: 6 Geometer-, 9 Sekretär-, 2 Kulturbauführer-, 4 Rechnungsassistenten-, 2 Messungsgehilfenstellen.
5	Direktor	1		9,600				
7	Regierungs- und Steuerräte	3	7500	22,500				
9	Regierungs- und Steuerassessoren	4[2])	6300	25,200				[2]) 2 Stellen werden bei eintretender Erledigung in Obergeometerstellen umgewandelt werden.
9	Obergeometer	20	4800 bis 6300	100,000[3])				
12	Flurbereinigungsgeometer .	54	1800 bis 5000	165,100				[3]) 5 Stellen werden bei eintretender Erledigung in Flurbereinigungsgeometerstellen (Kl. 12 der Gehaltsordnung umgewandelt werden.
16	Kassier	1	—	3,600				
17	Sekretäre	10	2100 bis 3300	22,200				
17	Kulturbauführer	4	2100 bis 2400	6,600				
23	Rechnungsassistenten . . .	10	1500 bis 1800	13,000				
25	Boten und Diener . . .	2	1600 bis 1900	3,500				
28	Messungsgehilfen	11	1300 bis 1600	14,000				
	Summe a	120		385,300		7,500[4])	392,800	[4]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—		—		—	—	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	120		385,300		7,500	392,800	[5]) 70 Beamte mit 217,915 M Bedarf nach Anlage A, 33 Beamte mit 54,630 M Bedarf nach Anlage B, 103 Beamte mit 272,545 M Bedarf.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	103[5])					272,545[5])	[6]) Hievon treffen 32,140 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 6,085 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 17,800 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					32,140	Es werden ausgeglichen 31,880 M durch Wegfall an Entlohnungen und Tagegeldern im inneren Dienst und 210 M durch Mehranfall an Mietentschädigungen.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	103					304,685	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	17					88,115[6])	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Kap. 1.							
	Summe B	13		31,210		1,030	32,240	
	„ C	21		46,860		900	47,760	
	„ D	120		385,300		7,500	392,800	
	Summe Kap. 1. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	154		463,370		9,430	472,800	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	127[1]					330,785[1]	1) 74 Beamte mit 235,405 M Bedar[f] nach Anlage A, 53 Beamte mit 95,380 M Bedar[f] nach Anlage B, 127 Beamte mit 330,785 M Bedar[f]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					34,825	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	127					365,610	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	27					107,190	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 2. Auf Hebung der Tierzucht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Landesinspektor für Tierzucht	1	—	7,200	—	—	7,200	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 2. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	1		7,200			7,200	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	1[1]					—	[1]) Seither im Etat Ziffer IV G veranschlagt.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					7,200[2]	[2]) Siehe Erläuterungen bei Ziffer IV G.
	Kap. 3. Zur Förderung des Wein- und Obstbaues sowie der Bienenzucht.							
	A. Lehr- und Versuchsanstalt für Wein- und Obstbau in Neustadt a. H.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1		7,500				
12	Zoologe	1		3,000				
12	Fachlehrer für Weinbau ..	1	3000	2,000				
12	Leiter der chemischen Abteilung	1	3000	2,000				
17	Assistent für Obstbau und Bienenzucht	1	1800	1,200				
25	Gehilfe für Weinbau, Küferei, Kellerwirtschaft	1	1500	1,000				
25	Hausmeister	1	1500	1,000				
30	Laboratoriumsdiener ...	1	1200	800				
	Summe a	8		18,500		170[3]	18,670	[3]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	8		18,500		170	18,670	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	—					—	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	8					18,670	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Anstalt für Bienenzucht in Erlangen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							. Die Gehälter der Beamten wurden seither aus der landwirtschaftlichen Bauschsumme bestritten.
11	Leiter der Anstalt	1		3,600				
9	Landesinspektor	1		4,800				
28	Bienenmeister	1	1300	870				
28	Diener	1		1,330				
	Summe a	4		10,600			10,600	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	4		10,600			10,600	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	1[1]					—	[1]) Infolge Neuregelung (Verh. d. K. d. Abg. 1907/08 zu Beil. 532 Anl. 2).
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	3					10,600	
	Zusammenstellung von Kap. 3.							
	Summe A . . .	8		18,500		170	18,670	
	" B . . .	4		10,600		—	10,600	
	Summe Kap. 3 Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	12		29,100		170	29,270	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	1					—	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	11					29,270	

Anlage E.

Übersicht über die derzeitige Besetzung der einzelnen Kulturbauämter.

Name des Kulturbauamtes	Vorstand	Nebenbeamte	Regierungsbaumeister	Praktikanten	Kulturbauführer	Kulturaufseher	Kulturgehilfen
1. Oberbayern.							
München	etatsm. Bezirkskulturingenieur	—	1	1	2	—	1—2
Ingolstadt	funkt. „	—	1	1	1	—	1
Weilheim	etatsm. „	—	1	1	2	—	—
Rosenheim	„ „	—	1	1	2	—	1—2
Mühldorf	„ „	—	—	1	2	—	1—2
2. Niederbayern.							
Deggendorf	funkt. „	—	1	1	2	—	1—2
Pfarrkirchen	etatsm. „	—	1	—	2	—	1—2
3. Pfalz.							
Neustadt	etatsm. „	1 Bezirkskulturingenieur	—	1	—	—	2
Homburg	„ „	—	—	1	1	—	1—2
4. Oberpfalz.							
Regensburg	funkt. „	—	1	1	—	—	4—5
Weiden	etatsm. „	—	1	1	3	—	1
5. Oberfranken.							
Bayreuth	funkt. „	—	1	1	3	—	1
Bamberg	etatsm. „	—	—	1	2	—	1
6. Mittelfranken.							
Ansbach	etatsm. „	—	1	1	1	—	1
Nürnberg	„ „	—	—	2	1	—	—
7. Unterfranken.							
Würzburg	funkt. „	—	1	1	2	—	1
Schweinfurt	„ „	—	—	2	1	—	1
8. Schwaben.							
Donauwörth . . .	etatsm. „	—	1	1	2	—	1
Günzburg	funkt. „	—	1	2	1	—	1
Kaufbeuren	etatsm. „	—	—	1	1	—	1
Kempten	„ „	—	—	1	1	—	1
Summe	14 etatsm. Bezirkskulturingenieure 7 funkt. „	1	13	23	32	—	23—30

München, den 19. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 4. Landwirtschaftliche Fachberater.							
	a. Etatsmäßige Beamte.[1])							[1]) Die Gehälter wurden bisher aus den Ansätzen „Für landwirtschaftliche Zwecke im allgemeinen" und „Auf Maßregeln zur Abwehr und Unterdrückung der Reblauskrankheit und zur Hebung der Weinkultur" gedeckt.
	Landesinspektoren für:							
7	Weinbau	1		6,500				
9	Milchwirtschaft	1		5,550 80				
9	Obst- und Gartenbau . .	1		5,300				
11	Fischzucht	1		4,100[2])				[2]) Für den Landesinspektor für Fischzucht, der seither nur einen Funktionsbezug hatte, ist der etatsmäßige Gehaltsbezug nach Klasse 11 mit der 1. Dienstalterszulage vorzusehen.
—	Hopfenbau	—			500[3])			[3]) Im Nebenamt.
	Summe a	4		21,530	500	900[4])	22,930	[4]) Vertragsmäßiger Bezug.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 4. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	4		21,530	500	900	22,930	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	3[1])					—	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					22,930	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 6 Gestütsanstalten.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Oberlandstallmeister . . .	1	—	10,200				
7	Landstallmeister	4	6000 bis 7500	41,500				
7	Gestütsdirektoren	2						
7	Landgestütstierarzt	1	—	6,000				
12	Gestütstierärzte	2	2400	4,800				
13	Hauptkassier der Landgestütsverwaltung	1	—	5,000				
16	Gestütsrendant in Zweibrücken	1	—	3,900				
17	Sekretär der Landgestütsverwaltung	1	—	3,300				
21	Oberaufseher der Gestütsanstalten	6	2100 bis 2550	14,300				
23	Kanzleiassistenten der Landgestütsverwaltung . . .	2	1950 bis 2250	4,200				
25	Bote und Diener der Landgestütsverwaltung . . .	1	—	2,000				
25	Aufseher der Gestütsanstalten	12	1500 bis 2000	19,000[1]				[1]) 2 Aufseherstellen neu (für Stutbucharbeiten sowie für Beaufsichtigung der Meliorationsarbeiten).
25	Gestütsschmiede	7	1500 bis 1800	11,800				
30	Gestütswärter	175	1200 bis 1600	260,300				
	Summe a	216		386,300		3,000[2]	389,300	[2]) Künftig wegfallend.

Klasse der Gehaltsordnung	Bamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	216	—	386,300	—	3,000	389,300	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 6 Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	216		386,300		3,000	389,300	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	214[1]					298,290[1]	[1]) 11 Beamte mit 60,115 M Bedarf nach Anlage A, 203 Beamte mit 238,175 M Bedarf nach Anlage B, 214 Beamte mit 298,290 M Bedarf
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .						24,500	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	214					322,790	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					66,510[2]	[2]) Hiervon treffen: 24,500 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 4,210 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 2,000 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung. Es werden ausgeglichen: 22,000 M durch Wegfall von Deckgeldern und 13,800 M durch Mehranfall an Mietentschädigungen.
	Zusammenstellung von Ziffer VIII.							
	Summe Kap. 1	154		463,370	—	9,430	472,800	
	" " 2	1		7,200	—	—	7,200	
	" " 3	12		29,100	—	170	29,270	
	" " 4	4		21,530	500	900	22,930	
	" " 5	—		—	—	—	—	
	" " 6	216		386,300	—	3,000	389,300	
	Summe Ziffer VIII. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 . . .	387		907,500	500	13,500	921,500	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	346[3]					629,075[4]	[3]) Ursprüngliche Zahl 429. Davon sind . . . . 84 Beamte des kulturtechnischen Dienstes nun unter Ziffer III ausgewiesen; Rest . . . . 345; dazu aus Ziff. IV der Landesinspektor für Tierzucht . . . . . . 1; zusammen 346 Beamte.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					59,325	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	346					688,400	[4]) 87 Beamte mit 295,520 M Bedarf nach Anlage A, 259 Beamte mit 333,555 M Bedarf nach Anlage B, 346 Beamte mit 629,075 M Bedarf
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	41					233,100	

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
		ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
Hauptzusammenstellung.							
Summe Ziffer I. .	3065½	—	8'065,175	37,760	97,645	8'200,580	
„ „ II. .	65	—	231,080	—	650	231,730	
„ „ III. .	1818	—	3'651,899	2,400	3,330	3'657,629	
„ „ IV. .	447	—	1'666,015	3,550	580	1'670,145	
„ „ V. .	—	—	—	—	—	—	
„ „ VI. .	2782	—	4'875,900	730	4,700	4'881,330	
„ „ VII. .	10	—	35,900	—	110	36,010	
„ „ VIII. .	387	—	907,500	500	13,500	921,500	
Summe des Jahresvoranschlags für 1910 und 1911	8574½		19'433,469	44,940	120,515[1]	19'598,924	[1]) Davon 119,615 ℳ künftig wegfallend.
Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
Ursprünglicher Budgetbetrag	8163[2]					14'944,120[3]	[2]) Vgl. Anlage 2 zu Beil. 532 der Verh. der K. d. Abg. 1907/08 — Beil.Bd. III, S. 1041.
Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					1'396,900	
Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	8163[3]					16'341,020	[3]) 1496 Beamte nach Anlage A, 6645 „ „ „ B 8141 Beamte. 22 Beamte Zugang infolge Neuregelung der Gehaltsverhältnisse 8163 Beamte wie neben mit 14'944,120 ℳ Bedarf.
Sohin für 1910 und 1911 mehr	411½					3'257,904	

München, den 19. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Ausweis

über

Straßen-, Brücken- und Wasserbauten.

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
Ziffer III Kap. 4 § 2.		
Titel 1. Straßenbauten.		
Oberbayern.		
a. Umbau der Staatsstraße Nr. 82 „München—Mittenwald“ zwischen km 72,200—78,867 am Walchensee.		
Gesamtkosten: 360,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1906 und 1907 wurden als I. Rate bewilligt . . 80,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als II. Rate bewilligt . . 100,000 ℳ		
zusammen: 180,000 ℳ.		
Von dem Reste mit 180,000 ℳ werden für 1910 und 1911 als III. Rate vorgesehen	45,000	90,000
b. Umbau der Staatsstraße Nr. 82 „München—Mittenwald“ am Gasteigberg (sog. Dorfener Steige) bei Wolfratshausen, km 28,0—28,5.		
Die bezeichnete Bergstrecke hat Steigungen bis zu 18 % und ist dem sehr erheblichen Fuhrwerksverkehre äußerst nachteilig. Die Verbesserung kann nur durch eine Umlegung der Straße erzielt werden, wobei die Maximalsteigung auf 5 % abgemindert wird. Die Gesamtkosten der 1,194 km langen Neubaustrecke sind auf 300,000 ℳ veranschlagt. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird eine I. Rate vorgesehen von	45,000	90,000
c. Umbau der Staatsstraße Nr. 3 „Altenmarkt—Eggenfelden“ an der sogenannten Himmelsstiege bei Reischach, km 37—39.		
Die Strecke hat zwei verlorene Steigungen von zusammen 28 m Höhe mit Steigungsverhältnissen bis zu 11 %, die den sehr lebhaften und schweren Fuhrwerksverkehr in dem industriereichen Reischachtale wie den staatlichen Postautomobilverkehr der Linie Neuötting—Eggenfelden erheblich beeinträchtigen und bei Glatteisbildung gefährden. Durch seitliche Verlegung der Straße entfallen die verlorenen Steigungen, wobei das Maximalsteigungsverhältnis auf 2,4 % abgemindert wird. Die Gesamtkosten der 1,7 km langen Umbaustrecke sind auf 110,000 ℳ veranschlagt. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird eine I. Rate vorgesehen von	25,000	50,000
Seite	115,000	230,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 2 Tit. 1. Übertrag	115,000	230,000
d. Verlegung und Verbesserung der Staatsstraße Nr. 84 „München—Rain“ nächst Aichach am Pfaffenhofener-, Stoffel- und Gsickerberg, km 41,5—47,0.		
Die bestehende Straße weist mehrfache verlorene Steigungen auf und erschwert hiedurch den äußerst lebhaften Fuhrwerksverkehr zwischen der Stadt und Bahnstation Aichach und dem Markte Altomünster nebst zugehörigem ausgedehnten Hinterlande, das einer Bahnverbindung entbehrt. Die derzeitigen Steigungen von 8 und 11 % werden durch teilweise Verlegung der Straßenstrecke auf 5 % abgemindert.		
Die Gesamtkosten der im ganzen 2,79 km langen Neubaustrecke sind zu 135,000 M veranschlagt. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 sollen als I. Rate vorgesehen werden . .	20,000	40,000
e. Umbau der Staatsstraße Nr. 13 „Augsburg—Oberau“ zwischen Ramsau und Rottenbuch, km 72,3—78,0; hier Teilstrecke am Ramsauerberg, km 72,3—74,060.		
Die Straße erschwert durch die vielen verlorenen, steilen, bis zu 15,7 % gehenden Steigungen den Verkehr zwischen den Ortschaften Saulgrub, Bayersoien, Murgenbach, Ried, Rottenbuch nebst Umgebung und Schongau. Die Beseitigung der verlorenen Steigungen und die Abminderung derselben auf 0,9—4,2 %, auf einer kurzen Strecke auf 5 %, erfordert die Verlegung des ganzen Straßenzuges. Es soll zunächst die Teilstrecke am Ramsauerberg ausgeführt werden.		
Die Gesamtkosten der 1,760 km langen Neubaustrecke sind zu 103,000 M veranschlagt, wovon als I. Rate in Ansatz kommen	25,000	50,000
f. Umbau der Staatsstraße Nr. 116 a „Reichenhall—Schneitzlreit“ zwischen Reichenhall und Jettenberg, km 0—5,740.		
Die bezeichnete Strecke besitzt neben dem Luxusverkehre des Weltbades Reichenhall einen äußerst lebhaften Kraftwagen- und schweren, dichten Lastenverkehr, welchem die Straße bei ihrer geringen Breite von 3,5—4,0 m und mangelhaften Entwässerung durchaus nicht gewachsen ist. Es muß daher die Straße in einer Länge von 5,740 km auf 7,0 m verbreitert und mit Grundbau und aufzuwalzender Kalkstein- und Basaltdecke versehen werden.		
Die Gesamtkosten sind auf 366,000 M veranschlagt. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate vorgesehen	45,000	90,000
g. Verbesserung der Staatsstraße Nr. 120 „Landesgrenze bei Schellenberg—Berchtesgaden—Hirschbichl“ bei Ilsank, km 16,788—17,125.		
Die Straße durchzieht das durch seine Naturschönheiten weltberühmte Ramsauer Tal und hat zwischen km 16,788—17,125 eine Engstelle von 3,8—5,0 m Breite mit verlorener Steigung, welche den ganz außerordentlich starken Verkehr (Fuhrwerke, Radfahrer und Fußgänger) namentlich seit Einführung der breiten staatlichen Postautomobile gefährdet. Die Straße ist daher auf 6,5 m zu verbreitern, wobei die verlorene Steigung beseitigt wird.		
Die Gesamtkosten der 337 m langen Umbaustrecke sind zu 21,000 M veranschlagt und kommen ganz in Ansatz	10,500	21,000
Seite	215,500	431,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	215,500	431,000
Niederbayern.		
a. Umlegung der Staatsstraße Nr. 108 „Passau—Zwiesel" zwischen Kirchdorf und Rinchnach, km 46,3—52,7.		
Der ganze Straßenzug von Passau bis Zwiesel ist mit Ausnahme der den Markt Schönberg durchziehenden Strecke, deren Umbau ebenfalls vorgesehen ist, und der Strecke Kirchdorf—Rinchnach vollständig umgebaut; die wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Umgegend, darunter der Steinindustrie bei Grub, leidet jedoch noch an diesen beiden Verkehrserschwerungen und läßt auch die bereits durchgeführten Verbesserungen nicht voll zur Geltung kommen; insbesondere kann auch der Postautomobilverkehr Passau—Zwiesel, welcher bereits bis Schönberg im Betriebe ist, nicht durchgeführt werden, solange die vorbemerkten Verbesserungen nicht ausgeführt sind. Die Strecke Kirchdorf—Rinchnach weist Steigungen bis zu 19 % auf, welche durch die geplante vollständige Verlegung der Straße auf 3,5 % ermäßigt werden würden. Nachdem die Straße die Wasserscheide zwischen Regen und Ohe überschreiten und sich hiebei von 565 auf 720,5 m Meereshöhe heben muß, ist eine Beseitigung der verlorenen Steigung nicht möglich. Die Kosten der 6,4 km langen Neubaustrecke betragen 320,000 ℳ, hievon werden als I. Rate vorgesehen	24,500	49,000
b. Verbesserung der Staatsstraße Nr. 108 „Passau—Zwiesel" in der Ortsstrecke Schönberg, km 35,875—36,095 und von km 36,179—36,552.		
Die bezeichneten Bergstrecken haben 16 % Steigungen, die für den Fuhrwerksverkehr äußerst lästig und bei Glatteis sehr gefährlich sind. Es ist daher eine Verbesserung der Steigungsverhältnisse ein dringendes öffentliches Bedürfnis. Durch den Umbau, welcher durch die beiderseitigen Häuserreihen in seiner Entwicklung beschränkt ist, werden die Steigungen auf 5,5—8 % ermäßigt. Von der 593 m langen Umbaustrecke fallen 493 m Baulänge in die Ortsstrecke Schönberg. Die Frage der Unterhaltungspflicht an der Ortsstrecke ist noch zweifelhaft; es wird jedoch, auch wenn die Gemeinde Schönberg unterhaltungspflichtig sein sollte, notwendig sein, dieser in Anbetracht ihrer geringen Leistungsfähigkeit einen erheblichen Staatszuschuß zu geben, zumal die Verbesserung dem durchgehenden Verkehre förderlich ist. Die Gemeinde hat beschlossen, den Betrag von 5000 ℳ zur teilweisen Deckung der 39,000 ℳ betragenden Umbaukosten zu leisten; der Rest wird, gegebenenfalls als Staatszuschuß, vorgesehen und kommt ganz in Ansatz	17,000	34,000
c. Verlegung der Staatsstraße Nr. 65 „Landshut—Straubing—Böhmen am Höhenstadeler Berg, km 82,0—84,5.		
Die bis zu 18 % betragende Steigung am Höhenstadeler Berg erschwert den starken Verkehr außerordentlich und verhindert außerdem die Einführung des Postmotorverkehrs. Die Lokalbahn Straubing—Cham kann keinen Ersatz für die Staatsstraßen bieten, da die Zufahrtswege schlecht sind und bedeutende Steigungen aufweisen. Den Verkehr vermittelt die Motorpostlinie Straubing—Stallwang, welche die Landesprodukte, Düngemittel und Baumaterialien, befördert. Die Ausdehnung des Postmotorverkehrs, welcher zurzeit nur bis Stallwang möglich ist, wird dringend gewünscht. Von den vielen untersuchten Linien bietet die meisten Vorteile die bei km 82 nach rechts abzweigende, über Rißmannsdorf führende; die Gesamtkosten betragen 195,000 ℳ, wovon als I. Rate in Ansatz kommen	25,000	50,000
Seite	282,000	564,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	282,000	564,000
Pfalz.		
a. Verbreiterung der Staatsstraße Nr. 54 „Kaiserslautern—Ludwigshafen" zwischen km 31,5 und 31,7 in Bad Dürkheim.		
Die Staatsstraße in Bad Dürkheim hat eine sehr schmale Strecke von 150 m Länge und nur 4,6 m Breite. Eine Verbreiterung ist im Interesse der Verkehrssicherheit dringend geboten; sie ist aber nur durch Abbruch zweier größerer Anwesen und Verlegung eines Mühlbaches zu erreichen. Die Stadtgemeinde Bad Dürkheim hat die Anwesen bereits erworben und wird dem Ärar die zur Straßenverbreiterung nötigen Flächen gegen angemessene Entschädigung zur Verfügung stellen. Die Straße wird nach dem Umbau eine Breite von 12 m zwischen den Baulinien erhalten. Kosten	27,000	54,000
b. Pflasterung von Ortsdurchfahrten der Staatsstraßen:		
Nr. 33 „Einöd—Bisch" zwischen km 0 und 0,5 in Einöd auf 450 m Länge, zwischen km 1,9 und 2,7 in Ernstweiler auf 690 m Länge, zwischen km 13,6 und 14,0 in Hornbach auf 330 m Länge,		
Nr. 93 „Neustadt—Frankenstein" zwischen km 6,4 und 7,5 in Lambrecht auf 777 m Länge,		
Nr. 151 „Zweibrücken—Maximiliansau" zwischen km 65,6 und 66,0 in Godramstein auf 337 m Länge.		
Gesamtlänge 2584 m, Gesamtkosten 144,000 ℳ; hievon I. Rate	36,000	72,000
Oberpfalz und Regensburg.		
a. Verbesserung und Verlegung der Staatsstraße Nr. 101 „Nürnberg—Sulzbach—Waidhaus—Landesgrenze" zwischen km 118,6 und 1215 bei Waidhaus.		
Gesamtkosten (s. Etat 1908 und 1909) . . . . 74,000 ℳ Für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 37,000 ℳ Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als II. und letzte Rate beantragt . .	18,500	37,000
b. Verlegung der Staatsstraße Nr. 136 „Sulzbach—Rötz" zwischen km 0 und 0,4 bei Sulzbach.		
Die Staatsstraße hat am Stadtberg bei Sulzbach eine Steigung von 11,8 %, die nur durch Verlegung beseitigt werden kann. Die neue Straße zweigt kurz nach km 0 von der bestehenden in östlicher Richtung ab, umgeht den Stadtberg, wobei 2 Ökonomiegebäude zu beseitigen sind und mündet bei km 0,4 wieder ein. Die Steigung wird auf 5 % abgemindert. Neubaulänge 585 m. Gesamtkosten 60,000 ℳ; hievon als I. Rate	20,000	40,000
Seite	383,500	767,000

Vortrag	Voranschlag für der Finanzperiode 1 Jahr	2 Jahre
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	383,500	767,000
c. **Verlegung der Staatsstraße Nr. 115 „Regensburg—Waldmünchen“ zwischen km 11,3 und 13,0 bei Thanhausen.**		
Die Staatsstraße hat am Kühberg bei Thanhausen eine Steigung von 16,8 %. Abhilfe ist nur durch Verlegung möglich. Die neue Straße zweigt bei km 11,3 in westlicher Richtung von der bestehenden ab, gewinnt in Serpentinen erst auf der West-, dann auf der Ostseite die nötige Entwicklung und mündet bei km 13 zunächst Fürholz wieder ein. Die Steigung wird auf 5 % abgemindert. Die Neubaulänge beträgt 2235 m. Die Gesamtkosten sind veranschlagt auf 90,000 ℳ. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate beantragt . . .	15,000	30,000
Oberfranken.		
a. **Verlegung der Staatsstraße Nr. 16 „Bamberg—Bayreuth“ zwischen km 22,5 und 37,0, das ist von der Würgauer Höhe bis Hollfeld.**		
Gesamtkosten (s. Etat 1908 und 1909) . . . . 600,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . 150,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als II. Rate beantragt	50,000	100,000
b. **Verlegung der Staatsstraße Nr. 100 „Nürnberg—Plauen“ zwischen km 128 und 135, das ist zwischen Konradsreuth und Hof.**		
Die Staatsstraße überschreitet zwischen Konradsreuth und der Einmündung der Staatsstraße Nr. 37 „Gebenbach—Schleiz“ vor Hof 5 Bergrücken mit einer verlorenen Höhe von 110 m und Steigungen bis zu 12 %. Eine Verbesserung ist nur durch vollständige Verlegung dieser Strecke möglich. Die neue Straße zweigt von der bestehenden unmittelbar nach Konradsreuth in östlicher Richtung ab, folgt dem Tale des Untrenbaches bis Martinsreuth, überschreitet den Bärengrünbach, berührt die Orte Lausenhof und Schäferhaus, überschreitet den Rauhbach und führt über Erötenbach bis zur Staatsstraße Nr. 37 Gebenbach—Schleiz beim Anspann. Die Neubaulänge beträgt 7300 m, die größte Steigung 4 %. Die Kronenbreite ist zu 7,50 m angenommen, so daß die Benützung der Straße zu einer Kleinbahn von Konradsreuth nach Hof möglich ist. Die Gesamtkosten sind veranschlagt auf 373,000 ℳ. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate beantragt	25,000	50,000
c. **Verlegung der Staatsstraße Nr. 22 „Bayreuth—Horb“ zwischen km 29,2 und 30,0 in Schwarzach.**		
Die Staatsstraße biegt im Dorfe Schwarzach zwischen den Häusern zweimal rechtwinkelig um, so daß sie schwer zu übersehen und ein Langholzverkehr ganz unmöglich ist. Abhilfe ist im Interesse der Verkehrssicherheit dringend nötig. Sie erfolgt durch Verlegung der Straße vor dem Dorfe in nördlicher Richtung und Einmündung in eine andere Ortsstraße, wodurch der neue Straßenzug schlank und übersichtlich wird. Die Maximalsteigung wird dabei von 7 auf 5 % abgemindert. Die Neubauanlage beträgt 620 m. Kosten	10,500	21,000
Seite	484,000	968,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	484,000	968,000
d. Verlegung der Staatsstraße Nr. 143 „Würgau—Münchberg" zwischen km 41,2 und 41,7 bei Kupferberg.		
Die Staatsstraße hat vor dem Dorfe Kupferberg eine Steigung von 11 %. Durch geringe seitliche Verschiebung in den nördlichen Bergabhang kann die Steigung auf 5 % abgemindert werden. Neubaulänge 460 m. Kosten	9,500	19,000
Mittelfranken.		
a. Verlegung und Korrektion von 6 Teilstrecken der Staatsstraße Nr. 145 „Würzburg–Ellingen" zwischen km 43,0 und 81,3, d. i. bei Pfaffenhofen, Schwebheim, Möckenau, Gräfenbuch, Ansbach und Deßmannsdorf.		
Gesamtkosten (s. Etat 1908 und 1909) . . . . 444,000 ℳ In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 148,000 ℳ Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als II. Rate beantragt	51,750	103,500
b. Verlegung der Staatsstraße Nr. 30 „Donauwörth—Uffenheim" zwischen km 124,1 und 124,7 in Welbhausen.		
Die Staatsstraße biegt im Dorfe Welbhausen zwischen den Häusern zweimal rechtwinkelig um, so daß sie schwer zu übersehen und ein Langholzverkehr ganz unmöglich ist. Abhilfe ist im Interesse der Verkehrssicherheit dringend geboten. Sie ist dadurch möglich, daß die Straße vor der ersten Ecke durch eine andere Ortsstraße aus dem Dorfe geführt und 400 m außerhalb Welbhausen wieder in die bestehende Straße eingeleitet wird. Die Maximalsteigung wird dabei von 8 auf 1 % abgemindert. Baulänge 625 m. Kosten	15,500	31,000
c. Verlegung der Staatsstraße Nr. 53 „Ingolstadt—Weißenburg" zwischen km 16,0 und 17,1 bei Pietenfeld.		
Die Staatsstraße hat eine Steigung von 12,2 %, die deswegen besonders störend ist, weil der übrige Straßenzug verhältnismäßig eben verläuft. Abhilfe ist nur durch Verlegung möglich. Die neue Straße zweigt bei km 16,0 von der bestehenden in westlicher Richtung ab, kreuzt sich bei km 16,5 und mündet bei km 17 wieder ein. Die Steigung wird auf 5 % abgemindert. Neubaulänge 987 m. Kosten	21,000	42,000
Seite	581,750	1'163,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 1. Übertrag	581,750	1'163,500
d. Pflasterung der Staatsstraße Nr. 53 „Ingolstadt—Weißenburg" zwischen km 25,1 und 25,5, dann 26,7 und 27,2 in Eichstätt.		
Auf den bezeichneten Strecken besteht ein so lebhafter Verkehr, daß die Straße mit einer Schotterdecke nicht mehr instand gehalten werden kann. Wirtschaftliche und sanitäre Rücksichten erfordern eine Pflasterung. Das Pflaster erstreckt sich auf 646 m Länge und kostet 40,000 ℳ. Der Stadtmagistrat Eichstätt hat sich mit Beschluß vom 18. Dezember 1908 bereit erklärt, die Pflasterung gegen Überlassung der bezeichneten Summe selbst auszuführen und die fraglichen Straßenstrecken für alle Zeiten zum Eigentum und zur Unterhaltung zu übernehmen.		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate beantragt	10,000	20,000
Unterfranken und Aschaffenburg.		
a. Verlegung der Staatsstraße Nr. 149 „Würzburg—Meiningen" zwischen km 57 und 58,9 bei Münnerstadt.		
Die Staatsstraße hat vor Münnerstadt eine Steigung von 11,4 %. Diese Steigung ist für den hier stattfindenden schweren Lasten- und lebhaften Personenverkehr sehr erschwerend. Dazu kommt, daß die von der Staatseisenbahnverwaltung beabsichtigte Beseitigung der schienengleichen Überfahrt bei Münnerstadt nur in Verbindung mit einer gleichzeitigen Straßenverlegung in befriedigender Weise erfolgen kann. Die neue Straße soll bei km 57 von der bestehenden in östlicher Richtung abzweigen, über die Bahnlinie Schweinfurt—Meiningen hinweggeführt werden und bei km 58,9 unmittelbar vor Münnerstadt wieder in die alte Straße einmünden. Die Neubaulänge beträgt 2348 m. Die Steigung wird auf 5 % abgemindert. Außerdem ist für die durch die Verlegung aufgehobene Verbindung von Münnerstadt zum Viehmarkt durch eine 300 m lange Weganlage Ersatz zu schaffen. Die Brücke über den Bahndamm wird von der Staatseisenbahnverwaltung erbaut und ist in den hier angeforderten Kosten nicht inbegriffen. Diese betragen	82,500	165,000
b. Verlegung der Staatsstraße Nr. 147 „Würzburg—Fulda" zwischen km 54,5 und 55,5 bei Untererthal und zwischen km 73,1 und 75,8 bei Brückenau.		
Die erste Strecke weist eine Steigung von 21,4 % auf. Abhilfe ist nur durch Verlegung möglich. Die neue Straße zweigt bei km 54,5 in Untererthal von der bestehenden in östlicher Richtung ab, wobei eine Scheune zu beseitigen ist, entwickelt sich in Serpentinen erst auf der Ost-, dann auf der Westseite und mündet bei km 55,3 wieder ein. Die Steigung wird auf 5 % abgemindert. Die Neubaulänge beträgt 1104 m.		
Die zweite Strecke hat zwischen Oberleichtersbach und Brückenau eine Steigung von 10,3 %. Die neue Straße zweigt bei km 73,1 in nördlicher Richtung von der bestehenden ab, gewinnt die nötige Entwicklung im Gelände auf der Ostseite der alten Straße und mündet in diese bei km 75,7 vor der Sinnbrücke wieder ein. Die Steigung wird auf 5 % abgemindert. Die Neubaulänge beträgt 2500 m. Die Gesamtkosten sind veranschlagt auf 175,000 ℳ.		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate beantragt	27,500	55,000
Seite	701,750	1'403,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 2 Tit. 1. Übertrag	701,750	1'403,500
c. Umbau der Staatsstraße Nr. 125 „Stadtschwarzach—Enheim“ durch Aufwalzung einer Schotterdecke zwischen km 14,5 und 17,0, d. i. zwischen Marktsteft und Marktbreit.		
Diese Straße ist durch den seit Mai 1906 eingeführten Automobilomnibusverkehr vollständig abgenützt worden. Die Aufwalzung einer neuen Schotterdecke aus Basalt auf der ganzen 2500 m langen Strecke ist dringend notwendig. Kosten	10,000	20,000
Schwaben und Neuburg.		
a. Verbesserung der Staatsstraße Nr. 11 „Augsburg—Lindau“ zwischen km 97,2 und 98,5 bei Keck.		
Der starke Verkehr auf dieser in unmittelbarer Nähe der Stadt Kempten gelegenen, unübersichtlichen Engstelle von nur 4,9 m Breite macht die Verbreiterung zur Verhütung von Unfällen dringend nötig, was in Gesuchen der Gemeinde St. Mang, Haldenwang, Probstried und Dietmansried seit Jahren zum Ausdrucke gebracht wird. Die Kosten betragen 28,000 M und werden ganz eingesetzt.	14,000	28,000
b. Umbau der Staatsstraße Nr. 123 „Schwabmünchen—Memmingen“ zwischen km 2,1 und 2,650 am Saugriesle bei Hiltenfingen.		
Die Straße hat am Saugriesle eine verlorene Steigung von ca. 8%, die bei der sonst ebenen Lage des ganzen Straßenzuges zu einer verkehrshinderlichen Ladungsbeschränkung Anlaß gibt. Die Gesuche der Gemeinden Schwabmünchen und Hiltenfingen gehen bereits auf das Jahr 1898 zurück; letztere Gemeinde stellt den zum Straßenumbau benötigten Grund und Boden unentgeltlich zur Verfügung. Durch den Umbau werden die Steigungen auf 2% ermäßigt. Neubaulänge 550 m; die Kosten betragen 24,000 M und werden ganz in Ansatz gebracht	12,000	24,000
c. Umlegung der Staatsstraße Nr. 121 „Schwabach—Nördlingen“ zwischen km 74,0 und 75 bei Nördlingen am Totenberg.		
Die bezeichnete Bergstrecke ist bei einer Maximalsteigung von 9,6% und ihrer, die Glatteisbildung sehr begünstigenden Lage für den lebhaften Verkehr gefährlich. Nachdem sich bereits mehrmals Unfälle ereignet haben, sollen die Mißstände durch Umlegung der Straße beseitigt werden. Die Kosten betragen bei einer Baulänge von 470 m 26,000 M und werden ganz vorgesehen	13,000	26,000
Summa Tit. 1. Straßenbauten	750,750	1'501,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2.		
Titel 2. Brückenbauten.		
Oberbayern.		
a. Erweiterung der ärarialischen Isarbrücke bei Freising auf der Distriktsstraße von Freising nach Erding.		
Die Herstellung beiderseitiger Hochwasserdämme an der Isar nach Art. 94 des Wassergesetzes zwischen Garching-Erching und Freising zum Schutze dieses weitausgedehnten Gebietes bedingt, das gesamte Hochwasser der Isar durch die Brücke hindurch zu führen. Dies macht aber die Herstellung erheblich größerer Flutöffnungen an der in der ärarialischen Baupflicht stehenden Freisinger Brücke notwendig, als im Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 lediglich zur Hochwasserfreilegung von Freising vorgesehen war; die Gesamtweite dieser Flutöffnungen soll 40 m betragen, wobei auch der im Gefälle liegende Teil der bestehenden Brücke umgebaut werden muß; die Gesamtkosten betragen 104,000 ℳ, wovon in der Finanzperiode 1908 und 1909 bereits 40,000 ℳ bewilligt wurden. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird die Restsumme ganz vorgesehen mit	32,000	64,000
b. Umbau der Heiliggeistbrücke c 52 über die Traun bei Traunstein auf der Staatsstraße Nr. 124 „Schweig—Freilassing“ nebst Hochwasserfreilegung der anschließenden Staatsstraßenstrecke und Regulierung der Traunstrecke oberhalb der Brücke.		
Die Brücke besteht aus zwei steinernen Widerlagern und drei Eisenjochen und einem Eisenüberbau aus Blechbalkenträgern. Die Gesamtlichtweite beträgt 37,8 m. Das Brückendurchflußprofil hat sich bei den Hochwässern von 1896, 1897, 1899, 1901 und 1905 als unzulänglich erwiesen und zur Ueberschwemmung von Stadtteilen Traunsteins geführt. Das Projekt für den vollständigen Hochwasserschutz der Stadt Traunstein, dessen Kosten für den wasserbaulichen Teil in das außerordentliche Budget eingestellt sind, erfordert auch den Umbau der Heiliggeistbrücke. Dabei sollen die Widerlager beibehalten und ein Eisenüberbau ohne Zwischenstützen hergestellt werden. Gleichzeitig sind auch die anschließenden Straßenstrecken hochwasserfrei zu legen; auch ist die Flußstrecke unmittelbar oberhalb der Brücke zu verbreitern. Die Gesamtkosten betragen 165,000 ℳ. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate vorgesehen	40,000	80,000
Seite	72,000	144,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 2. Übertrag	72,000	144,000
c. Umbau der Ludwigsbrücke b 6 über den Inn bei Rosenheim auf der Staatsstraße Nr. 124 „Schwaig—Freilassing“ mit Umbau der anschließenden Staatsstraßenstrecke am Schloßberg.		
Diese im Jahre 1865 erbaute Brücke hat zwei steinerne Widerlager und zwei steinerne Pfeiler, einen Eisenüberbau aus Paulischen Trägern und eine Gesamtlichtweite von 127 m. Die Brücke entspricht bei den spärlichen Ausmaßen der Brückentafel mit 4,67 m Breite für die Fahrbahn und je 1,08 m für die beiderseitigen Fußwege nicht mehr dem erheblich angewachsenen Verkehre; auch haben die angestellten Untersuchungen ergeben, daß die Tragfähigkeit der Brücke für den Lastenverkehr zu gering ist, weshalb eine Lastenbeschränkung angeordnet werden mußte. Die Brücke soll daher unter Belassung der Widerlager und Pfeiler in Eisen oder Eisenbeton umgebaut und damit auch eine Regulierung der Staatsstraßenstrecke am Schloßberge mit ausgeführt werden.		
Von den Gesamtkosten, welche zu 315,000 ℳ veranschlagt sind, wird für die Finanzperiode 1910 und 1911 die I. Rate eingesetzt mit	35,000	70,000
d. Umbau der Tiefenbachbrücke b 42 in Polling auf der Staatsstraße Nr. 62 „Landsberg—St. Wolfgang“.		
Die Brücke hat 2 gemauerte Widerlager und 2 gemauerte Pfeiler, 1 hölzernen Überbau und eine Gesamtlichtweite von 9,8 m. Mauerwerk wie Überbau sind äußerst schadhaft, weshalb der Umbau mittels eines Eisenbetonbogens erfolgen soll. Kosten	7,500	15,000
e. Umbau der ärarialischen Mangfallbrücke bei Weyern auf der Distriktsstraße von Holzkirchen nach Miesbach.		
Die Brücke hat gemauerte Widerlager mit 24,4 m Lichtweite und eine hölzerne Hängwerkstragkonstruktion. Die Brücke wurde im Jahre 1786 erbaut und mußte bereits gestützt werden. Beim Umbau soll sie Eisenüberbau bei einer Lichtweite von 32 m erhalten.		
Die Gesamtkosten betragen 50,000 ℳ und kommen ganz in Ansatz	25,000	50,000
Niederbayern.		
a. Umbau der Brücke a 100 über die Vils in Vilshofen auf der Staatsstraße Nr. 114 „Regensburg—Passau“.		
Gesamtkosten . . . . 86,000 ℳ		
In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 43,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als II. und letzte Rate vorgesehen .	21,500	43,000
Seite	161,000	322,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 2. Übertrag	161,000	322,000
b. Verstärkung der Ludwigsbrücke c 1 über den Inn bei Passau auf der Staatsstraße Nr. 107 „Passau bis zur Landesgrenze gegen Schärding".		
Die Brücke hat bei 219,3 m Gesamtlänge 2 Widerlager und 8 Pfeiler aus Stein und 1 eisernen Parallel-Fachwerksüberbau, welcher in den Jahren 1874 und 1875 hergestellt wurde. Ihre Tragfähigkeit ist zu gering und erforderte eine Verkehrslastbeschränkung auf das Gewicht von 80 Zentner. Es muß daher die Tragkonstruktion verstärkt werden. Die Kosten werden im ganzen vorgesehen	12,500	25,000
Pfalz.		
a. Erbauung eines Steges über den Luitpoldhafen zu Ludwigshafen a. Rh.		
Der Personenverkehr über das Hafenbecken des Luitpoldhafens zu Ludwigshafen a/Rh. hat sich in neuerer Zeit derart entwickelt, daß er durch die vorhandenen drei Drehbrücken nicht mehr zur Zufriedenheit bewältigt werden kann. Gleichzeitig hat sich der Schiffsverkehr so gesteigert, daß die Drehbrücken sehr häufig geöffnet werden und die Leute auf die Wiederherstellung des Straßenverkehrs warten müssen.		
Insbesondere ist dies bei der mittleren Drehbrücke der Fall, die die Hauptverbindung von der Wittelsbacher Straße zum Stadtparke bildet. Der durchschnittliche Tagesverkehr ist hier auf 1335 Personen ermittelt. Es ist daher die Erbauung eines Steges neben der mittleren Drehbrücke in Aussicht genommen.		
Der Steg erhält Widerlager und Pfeiler von Beton und 3 Öffnungen mit 78 m Gesamtlichtweite, die mit eisernen Überbauten (Fachwerk) überdeckt werden. Die nutzbare Breite wird 3 m. Die Unterkante des Eisenwerkes muß 9,1 m über dem höchsten Schiffahrtswasserstande liegen. An beiden Enden sind Treppenaufgänge mit Podesten vorgesehen.		
Die Kosten sind veranschlagt auf . . . . 70,000 ℳ.		
Hievon übernimmt die Stadt Ludwigshafen nach Gemeinderatsbeschluß vom 14. Mai 1909 . . . . 50 % = 35,000 ℳ		
bleiben für das Ärar . . . . 35,000 ℳ	17,500	35,000
Oberpfalz und Regensburg.		
a. Umbau der Vilsbrücke b 59 bei Hahnbach auf der Staatsstraße Nr. 101 „Nürnberg—Sulzbach—Waidhaus".		
Die zuletzt im Jahre 1888 erneuerte Brücke hat steinerne Widerlager, 5 hölzerne Joche und hölzerne Überbauten mit unbekiester Fahrbahn. Die Gesamtlichtweite beträgt 39 m, die nutzbare Breite 4,7 m. Das Holz der Joche und Träger ist größtenteils stark angefault, so daß eine Erneuerung in nächster Zeit notwendig wäre. Die Baupflicht ist derart geregelt, daß die Brücke auf 2/5 ihrer Länge von der Marktgemeinde Hahnbach und auf 3/5 vom Ärar zu unterhalten ist. Nach vorläufigen Verhandlungen ist die Marktgemeinde bereit, künftig die Unterhaltung der ganzen Brücke zu übernehmen, wenn diese jetzt vom Ärar in massiver Bauweise erneuert wird.		
Die neue Brücke soll Widerlager und Pfeiler aus Beton und 4 Öffnungen erhalten, die mit Eisenbetonplattenbalken überdeckt werden. Die Gesamtlichtweite bleibt unverändert, die nutzbare Breite wird 6,5 m.		
Baukosten einschließlich Regulierung der Straße und des Bachbettes	25,000	50,000
Seite	216,000	432,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 2 Tit. 2. Übertrag	216,000	432,000
b. Umbau der Stadtmühlbrücke in Vilseck auf der Distriktsstraße Vilseck—Auerbach.		
Die bestehende Brücke hat steinerne Widerlager, ein gemauertes und 8 hölzerne Joche und hölzerne Überbauten mit unbekiester Fahrbahn. Die Gesamtlichtweite beträgt 69 m, die nutzbare Breite zwischen den Geländern 4,6 m. Die Baupflicht obliegt dem Staate. Die Holzteile stammen aus verschiedenen Zeiten, die Joche wurden 1877 bis 1881 erneuert, Auswechslungen von Straßenträgern, Deckhölzern und Geländerteilen fallen jährlich an. Das Holz der Joche ist zum Teil angefault, so daß in absehbarer Zeit eine Hauptreparatur notwendig werden wird. Wegen der unzureichenden Tragfähigkeit der hölzernen Brücke und der zahlreichen Verkehrsunterbrechungen, die mit ihrer Unterhaltung verbunden sind, wird die Erneuerung in massiver Bauweise beantragt. Die neue Brücke erhält Widerlager und Pfeiler aus Beton und 6 Öffnungen, die mit Eisenbetonplattenbalken überdeckt werden. Die Gesamtlichtweite bleibt unverändert, die nutzbare Breite wird 6 m. Die Gesamtkosten betragen einschließlich der Straßenregulierung und des Umbaues eines Grundablasses . . . 60,000 M Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate beantragt	15,000	30,000
Oberfranken.		
a. Umbau der Rodachbrücke d 52 bei Oberlangenstadt auf der Staatsstraße Nr. 17 „Bamberg—Lobenstein.		
Die zuletzt im Jahre 1880 erneuerte Brücke hat gemauerte Widerlager und 3 gemauerte Pfeiler, hölzerne Überbauten und unbekieste Fahrbahn. Die Gesamtlichtweite beträgt 41 m. Die nutzbare Breite 6,15 m. Das Holzwerk ist bereits durch Fäulnis angegriffen. Außerdem bestehen die Mängel, daß die Brücke nicht mit der Dampfstraßenwalze befahren werden kann, und der rasch abgenützte Dielenbelag hohe Unterhaltungskosten verursacht. Der Umbau soll in der Weise erfolgen, daß die noch gut erhaltenen Widerlager und Pfeiler bestehen bleiben und die Öffnungen mit Plattenbalken aus Eisenbeton überdeckt werden. Die nutzbare Breite der Brücke soll hiebei, dem lebhaften Verkehr entsprechend, auf 7 m gebracht werden. Kosten	22,500	45,000
b. Neubau der Trubachbrücke c 32 bei Forchheim auf der Staatsstraße Nr. 98 „Nürnberg—Bamberg".		
Die im Jahre 1787 erbaute Brücke hat gemauerte Widerlager, 5 hölzerne Joche, hölzerne Überbauten und bekieste Fahrbahn. Gesamtlichtweite 45 m. Breite zwischen den Geländern 5,7 m. Die Holzteile haben verschiedene Alter, das älteste Joch stammt aus dem Jahre 1876. Die Träger und Deckhölzer wurden 1893 erneuert. Die Brücke wurde vom Hochwasser im Jahre 1909 schwer beschädigt. Das rechtsseitige Widerlager wurde umgangen und nebst 3 Jochen tief ausgespült. Die Fahrbahn hat sich infolgedessen schief gesenkt. Die vor den Jochen stehenden Eisbrecher und eine zur Sohlenbefestigung dienende Querspundwand wurden weggerissen. Die Brücke ist jetzt für leichten Verkehr notdürftig instand gesetzt. Ein völliger Umbau ist dringend notwendig. Dabei soll von einer Holzkonstruktion in		
Seite	253,500	507,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 2. Übertrag	253,500	507,000
bisheriger Weise, womit doch die Tragfähigkeit für die auf den Staatsstraßen verkehrenden Lasten nicht erreicht werden könnte, abgesehen und eine massive Brücke mit ausreichender Lichtweite errichtet werden. Die neue Brücke erhält gemauerte Widerlager mit Spundwändern und Grundpfählen und eisernem Überbau (Fachwerk) mit 50 m Lichtweite. Die nutzbare Brückenbreite wird 6,5 m. Die Kosten betragen einschließlich der Regulierung des Trubaches, der Uferbefestigungen und Sohlenpflasterungen . . . . . 105,000 ℳ Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate beantragt	27,500	55,000
Mittelfranken.		
a. Umbau der Brücke b 18 über die fränkische Rezat auf der Staatsstraße Nr. 121 „Schwabach—Nördlingen" und Schaffung eines hochwasserfreien Talüberganges bei Wassermungenau. Gesamtkosten siehe Etat 1908 und 1909 . . . . . 86,000 ℳ Für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 43,000 ℳ Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als II. und letzte Rate beantragt . .	21,500	43,000
b. Neubau einer Brücke über den „oberen Bach" bei Westheim an Stelle des Durchlasses C 50 auf der Staatsstraße Nr. 121 „Schwabach—Nördlingen". Der „obere Bach" überschwemmt die Staatsstraße in Westheim jährlich mehrmals bei der Schneeschmelze und bei starken Gewitterregen. Die Straßenkrone kommt dabei auf 80 m Länge und bis zu 0,8 m Tiefe unter Wasser. Die Verkehrsunterbrechung ist um so lästiger, als an beiden Ufern Anwesen liegen. Die Ursache liegt in der tiefen Lage der Straße und dem völlig ungenügenden Lichtraum des gewölbten Durchlasses C 50 mit nur 3,5 m Lichtweite. Um Abhilfe zu schaffen, ist die Straße höher zu legen und eine dem Wasserzufluß entsprechende Brücke zu erbauen. Die neue Brücke erhält 3 Öffnungen mit je 8,0 m Lichtweite und eine nutzbare Breite von 6,5 m. Widerlager und Pfeiler werden aus Beton hergestellt und mit Spundwänden geschützt. Die Überbauten bestehen aus Eisenbetonplattenbalken. Außerdem ist das Bachbett zu regulieren und eine Flutmulde auszuheben. Kosten	22,500	45,000
Unterfranken und Aschaffenburg.		
a. Erneuerung der Standbilder auf der alten Mainbrücke zu Würzburg. Die im 18. Jahrhundert von den Fürstbischöfen von Hutten und von Schönborn errichteten 12 Standbilder von Sandstein sind vollständig verwittert, so daß eine Ausbesserung nicht mehr möglich ist. Zwei davon wurden im Jahre 1897 neuhergestellt, wobei die Mehrkosten über die im Budget für die Finanzperiode 1894 und 1895 bewilligte Summe von 4000 ℳ von der Stadt Würzburg übernommen wurden. Hinsichtlich der Baupflicht steht fest, daß die Brücke (mit Ausnahme der Fahrbahn und der Fußbänke) vom Ärar zu unterhalten ist. Ebenso ist das Eigentum des Staates an den Standbildern unbestritten. Die dem Ärar		
Seite	325,000	650,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 2 Tit. 2. Übertrag	325,000	650,000
obliegende Unterhaltungspflicht beschränkt sich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen auf diejenigen Bestandteile der Brücke, die zur Erfüllung ihres Zweckes notwendig sind. Andererseits besteht vom Standpunkte der Erhaltung der Kunstdenkmäler ein hohes Interesse für die Wiederherstellung des Brückenschmuckes. Das gleiche Interesse besteht für die Stadt Würzburg mit Rücksicht auf das Städtebild. Der Staat wird daher die Erneuerung der schadhaften 10 Standbilder übernehmen in der Voraussetzung, daß sich die Stadt Würzburg mindestens zur Hälfte an den Kosten beteiligt. Als Material für die neuen Standbilder wird frostbeständiger Muschelkalk mit feinem Korn in Aussicht zu nehmen sein. Für die völlige Wiederherstellung sind notwendig 63,000 ℳ. Hievon würde das Ärar die Hälfte treffen mit 31,500 ℳ. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird eine I. Rate beantragt von	5,250	10,500
Schwaben und Neuburg.		
a. Umbau der beiden Donaubrücken a 83 und b 23 bei Neuburg auf der Staatsstraße Nr. 51 „Ingolstadt—Günzburg".		
Gesamtkosten 420,000 ℳ.		
In den Finanzperioden 1904 und 1905, 1906 und 1907 und 1908 und 1909 wurden bewilligt 320,000 ℳ.		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 sind als IV. und letzte Rate vorzusehen . .	50,000	100,000
b. Umbau der Wertachbrücke bei Pfersee.		
Die Brücke ist eine hölzerne Balkenbrücke mit zwei Betonwiderlagern und acht Holzjochen und einer Länge von 83,3 m. Die Baupflicht obliegt dem Ärar und der Stadtgemeinde Augsburg. Die Brücke ist in all' ihren Teilen so schadhaft, daß ein vollständiger Neubau notwendig ist. Zunächst soll eine Notbrücke hergestellt, zum eigentlichen Neubau aber erst nach Ausnützung der Dauerzeit dieser Notbrücke geschritten werden. Die Kosten derselben betragen 20,000 ℳ; als Leistung des Ärars kommen nach der bisherigen Übung der Teilung der Brückenbaulast in Ansatz	5,000	10,000
c. Umbau der beiden Lechbrücken a und b 46 bei Rain auf der Staatsstraße Nr. 51 „Ingolstadt—Günzburg".		
Die hölzerne Brücke a 46 wurde im Jahre 1841 als Hang- und Sprengwerkbrücke erbaut und besitzt zehn Öffnungen zwischen 13,9 und 14,6 m Weite. Die Brücke b 46 hat zwei Öffnungen zu je 11,7 m Weite gemauerte Widerlager und ein Holzjoch. Nachdem die Brücken sehr baufällig sind, ist die Erneuerung unter Anwendung einer Betongewölbekonstruktion mit Gelenken beabsichtigt, wobei die Brücken zu einer einzigen von 146 m Gesamtlichtweite vereinigt werden sollen; hiebei sollen die bestehenden Brücken als Notbrücken dienen. Die Gesamtumbaukosten betragen nach überschlägiger Berechnung 220,000 ℳ, wovon als I. Rate angesetzt werden	25,750	51,500
Summe Titel 2. Brückenbauten	411,000	822,000

Vortrag		Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
		M	M
§ 2.			
	Titel 3. Wasserbauten.		
	A. Schiffbare Flüsse.		
1. Donau.	a) Oberbayern	45,960	91,920
	b) Niederbayern	53,050	106,100
	c) Oberpfalz und Regensburg	60,000	120,000
	d) Schwaben und Neuburg	10,000	20,000
2. Rhein.	Pfalz:		
	a) Beitrag Bayerns zur Rheinregulierung zwischen Sondernheim und Straßburg nach der Übereinkunft zwischen Baden, Bayern und Elsaß-Lothringen vom 28. November 1901 (Ges. u. V.Bl. Nr. 4/1907). Im ganzen in 10 Jahresraten 800,000 M. In der Finanzperiode 1906 und 1907 wurden als I. Rate bewilligt 80,000 M. In der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als II. und III. Rate bewilligt 160,000 M. In der Finanzperiode 1910 und 1911 werden als IV. und V. Rate beantragt	80,000	160,000
	b) Flußbauten in der bayerischen Strecke	33,000	66,000
3. Main und schiffbare Regnitz und Saale.	a) Oberfranken	3,000	6,000
	b) Unterfranken und Aschaffenburg	104,000	208,000
4. Inn.	a) Oberbayern	6,250	12,500
	b) Niederbayern	—	—
4a. Salzach.	Oberbayern	31,000	62,000
	Summe A. Schiffbare Flüsse	426,260	852,520

Erläuterungen

In das ordentliche Budget der Finanzperiode 1910 und 1911 sind für das Donaugebiet nur periodisch wiederkehrende und kleinere Postulate für vereinzelte nicht in ein systematisches Vorgehen passende Bauten aufgenommen, welche in der Finanzperiode 1910 und 1911 zur Vollendung gelangen. Der Ausbau bestehender Flußkorrektionen, die systematische Fortsetzung derselben und die Herstellung größerer Hochwasserdammanlagen finden sich im außerordentlichen Budget.

1. Donau.

a) Für Baggerungen zwischen Neustadt a. D. und Großmehring; Herstellung eines Hochwasserdammes bei Hannwöhr.

b) Für Baggerungen und Felssprengungen in der Donau zwischen Deggendorf und Passau und Herstellung von Hochwasserdämmen bei Fischerdorf und Straubing.

c) Ausbau der Korrektion zwischen Demling und Friesheim von km 222 bis 224,8. — Aufholung des rechtsseitigen Leitwerks zwischen km 227 und 228 bei Frengkofen. — Ausbau der linksseitigen Grundschwelle zwischen km 246,4 und 247,4 bei Pondorf. — Ausbau der rechtsseitigen Grundschwelle zwischen km 250,3 und 250,8 bei Zeitldorn.

d) Zur Fortsetzung versuchsweiser Niederwasserkorrektionen behufs Erzielung einer möglichst großen gleichmäßigen Fahrwassertiefe zwischen km 17—27 unter Ausdehnung der seitherigen Länge der Versuchsstrecke auf 10 km.

2b. Rhein, Flußbauten in der bayerischen Strecke.

Erhöhung niedriger Leitwerke nach dem Fortschritte der Verlandungen an 8 Baustellen zwischen km 3,2 und 3,3, 6,2 und 6,3, 10,7 und 10,9, 11,9 und 12,1, 19,9 und 20,1, 25,4 und 25,6, 44,2 und 44,4, 80,3 und 80,7 zusammen auf 1006 m Länge. — Ausbau der Lücken im Rheinufer bei Mechtersheim und Otterstadt, d. i. zwischen km 34,8 und 34,9, 53,9 und 54,1 zusammen auf 85 m Länge. — Schwellenbaggerungen gemeinschaftlich mit Baden zur Offenhaltung des Fahrwassers.

3. Main, schiffbare Regnitz und Saale.

a) Oberfranken. Main.

Ergänzung der Steinwürfe an den Leitwerken und Uferdeckungen je nach Anfall.

b) Unterfranken und Aschaffenburg. Main.

Baggerungen, Leitwerks- und Buhnenbauten zur Verbesserung des Fahrwassers und Ergänzung der Flußkorrektion an 21 Baustellen zwischen Aschaffenburg und Kitzingen, d. i. bei Nilkheimer Hof, Obernau, Großwaltstadt, Wörth, Haßloch, Eichel, Bettingen, Trennfeld, Hafenlohr, Rothenfels, Neustadt, Pflochsbach, Rodenbach, Lohr, Himmelstadt, Zellingen, Erlabrunn, Zell, Eibelstadt, Frickenhausen und Segnitz.

4. Inn.

a) Vollendung der Niederwasserkorrektion in der mit Österreich gemeinsamen Flußstrecke. Gesamtkosten 25,000 ℳ, wovon auf Bayern 12,500 ℳ treffen.

4a. Salzach.

Ausbau der Korrektion zwischen Salzburghofen und Burghausen durch Ergänzung der Steinwürfe.

Vortrag		Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
		M	M
§ 2 Tit. 3.	B. Floß- und triftbare Flüsse.		
1. Isar.	a) Oberbayern	—	—
	b) Niederbayern	2,925	5,850
2. Floßbarer Main mit der Regnitz und den Floßbächen des Frankenwaldes.	a) Oberfranken	172,500	345,000
	Summe B. Floß- und triftbare Flüsse	175,425	350,850
	Hiezu „ A. Schiffbare Flüsse	426,260	852,520
	Summe Titel 3. Wasserbauten	601,685	1'203,370
	Hiezu „ „ 2. Brückenbauten	411,000	822,000
	„ „ 1. Straßenbauten	750,750	1'501,500
	„ „ 4. Reserve	129,034	258,068
	„ „ 5. Bedarf für Verzinsung und Tilgung des zum Zwecke der rascheren Förderung der Korrektionsbauten aufzunehmenden allgemeinen Staatsanlehens	525,190	1'050,380
	Summe Kap. 4 § 2	2'417,659	4'835,318

Erläuterungen

1. Isar.

b) Für Hochwasserdammanlagen in den Gemeinden Aholming und Neutiefenweg.

2. Floßbarer Main mit der Regnitz und den Floßbächen des Frankenwaldes.

a) Main.

Konsolidierung der Korrektionsbauten zwischen Baunach und Kämmern. Erbauung eines Hochwasserdammes und einer Flutmulde zum Schutze des Dorfes Michelau. Herstellung eines 500 m langen Leitwertes bei Ebing. — Herstellung eines 400 m langen Leitwerkes bei Köften. — Konsolidierung der Korrektionsbauten bei Ebing und Unterleiterbach.

b) Regnitz.

Vollendung der Korrektion bei Hirschaid, II. und letzte Rate.

c) Rodach.

Verlegung der Floßgasse im Oberlangenstadter Wehr- und Rodachdurchstich oberhalb der Kriemsmühle bei Küps.

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Freiwillige Zuschüsse zu Brücken, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt.		
Oberbayern.		
1. Errichtung eines eisernen Fußgängersteges über die Salzach bei Laufen, K. Bezirksamts Laufen.		
Die Stadtgemeinde Laufen beabsichtigt, an der Stelle der früheren Salzachbrücke einen eisernen Fußgängersteg zu errichten. Die Kosten sind auf 69,000 ℳ veranschlagt. Zu deren Deckung stehen bis jetzt 1200 ℳ aus Distrikts- und 9000 ℳ aus Kreismitteln zur Verfügung. Laufen erhebt 1909 bei 2574 Einwohnern und einem Steuersoll von 8400 ℳ 130% Gemeinde- und 28% Distriktsumlagen. Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 94,875 ℳ, die gemeindliche Schuld 163,200 ℳ. Es dürfte ein Staatszuschuß zu bewilligen sein von	5,000	10,000
2. Umbau der Salzachbrücke bei Tittmoning, K. Bezirksamts Laufen.		
Die Stadtgemeinde Tittmoning, beabsichtigt an Stelle der schadhaften Holzbrücke über die Salzach eine Brücke aus Eisen und Beton mit einem Aufwand von 450,000 ℳ zu erbauen. Zur Aufbringung der Mittel soll nach den Landtagsverhandlungen 1903 und 1904 zunächst ein Baufonds angesammelt werden. Die Gemeinde hat die Haftung für die Aufbringung des Gesamtaufwandes übernommen und führt an den Baufonds jährlich 1000 ℳ ab, der Distrikt hat sich zur Leistung eines Beitrages von 10,000 ℳ bereit erklärt, der Kreis gewährt einen Beitrag von 50,000 ℳ. Für die 28. und 29. Finanzperiode wurde je ein Staatszuschuß von 50,000 ℳ bewilligt. Die Gemeinde erhebt 1909 bei 1640 Einwohnern und einem Steuersoll von 5200 ℳ 140% Gemeinde- und 37% Distriktsumlagen. Die Gemeindeschuld beträgt 153,330 ℳ. Zur Ansammlung des Brückenbaufonds dürfte ein weiterer Staatszuschuß zu gewähren sein von	25,000	50,000
Seite	30,000	60,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 4. Übertrag	30,000	60,000
Niederbayern.		
1. Bau von zwei Brücken über die Isar und ihre Altwässer bei Ettling, K. Bezirksamts Landau a. I.		
Die Gemeinde Ettling hat im Herbste 1904 und im Sommer 1905 an Stelle der schadhaften hölzernen Brücken über die Isar und ihre Altwässer 2 eiserne Brücken erbaut.		
Zur Deckung der Kosten, die sich nach Abrechnung auf 93,114 M belaufen, wurden der Gemeinde aus Distriktsmitteln 5000 M, aus Kreismitteln 10,000 M und aus Staatsmitteln in der 28. Finanzperiode 15,000 M bewilligt.		
Die Restkosten sowie die Kosten der Zufuhrstraßen wurden von der Gemeinde durch ein bis zum Jahre 1947 mit einer Kulturrente von 3656 M heimzuzahlendes Landeskulturrentendarlehen bestritten.		
Die Gemeinde Ettling erhebt 1909 bei 874 Einwohnern und einem Steuersoll von 3340 M 207,9 % Gemeinde- und 42,1 % Distriktsumlagen.		
Rentierendes Gemeindevermögen ist nicht vorhanden.		
Die Gemeindeschuld, bestehend in der Brückenbauschuld, beträgt nach Rechnung 1907 noch 78,993 M.		
Es dürfte ein letzter Staatszuschuß zu gewähren sein von	6,000	12,000
2. Bau einer Brücke über die Isar bei Gottfrieding, K. Bezirksamts Dingolfing.		
Die Gemeinde Gottfrieding erbaut an Stelle der baufälligen Holzbrücke über die Isar eine eiserne Brücke.		
Die Kosten sind auf 61,210 M veranschlagt und sollen — einschließlich der Nebenkosten — durch 2 Darlehen gedeckt werden, die zum Betrage von 35,000 M bei der Landeskulturrentenanstalt und zum Betrage von 30,000 M bei der Distriktssparkasse Dingolfing aufgenommen werden sollen.		
Die Gemeinde Gottfrieding erhebt 1909 bei 707 Einwohnern und einem Steuersoll von 3660 M 70 % Gemeinde- und 40 % Distriktsumlagen. Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 100 M, Schulden sind nicht vorhanden.		
Es erscheint ein Zuschuß angemessen von	5,000	10,000
3. Bau einer Brücke über die Aitrach bei Ittling, K. Bezirksamts Straubing.		
Die Gemeinde Ittling hat im Jahre 1908 zur Verhütung von Überschwemmungen an Stelle eines Durchlasses eine Brücke über die Aitrach aus Eisen und Beton mit einem Kostenaufwand von rund 6000 M erbaut. Daneben sind für die Herstellung der Uferböschungen, dann der Zufahrtsstraßen und zweier Durchlässe 1868 M Kosten erwachsen.		
Vom Distrikt hat die Gemeinde Zuschüsse im Gesamtbetrage von 3000 M erhalten.		
Der Rest der Kosten wurde durch ein Landeskulturrentendarlehen zu 4868 M, welches in 24½ Jahren mit einer Kulturrente von 292 M zu verzinsen und zurückzuzahlen ist, gedeckt.		
Die Gemeinde Ittling erhebt 1909 bei 955 Einwohnern und einem Steuersoll von 4471 M 80 % Gemeinde- und 16 % Distriktsumlagen.		
Es dürfte ein Zuschuß zu gewähren sein von	500	1,000
Seite	41,500	83,000

Vortrag	Voranschlag für der Finanzperiode 1 Jahr	2 Jahre
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	41,500	83,000
4. Bau einer eisernen Brücke über die Isar und einer Flutbrücke bei Loiching, K. Bezirksamts Dingolfing.		
Die Gemeinde Loiching hat 1907 und 1908 eine neue eiserne Brücke über die Isar und im Anschluß daran eine Flutbrücke erbaut. Zur Deckung der Baukosten von 91,889 ℳ, wovon 4529 ℳ auf Zufahrtsstraßen und Uferabböschungen entfallen, erhielt die Gemeinde: 3000 ℳ vom Distrikt, 10,000 ℳ vom Kreis und 25,000 ℳ vom Staate in der 29. Finanzperiode. Die Restkosten wurden durch ein bis 1960 mit einer Kulturrente von 2596 ℳ heimzuzahlendes Darlehen der Landeskultur-Rentenanstalt bestritten. Die Gemeinde Loiching erhebt 1909 bei 794 Einwohnern aus einem Steuersoll von 2450 ℳ 200% Gemeinde- und 39% Distriktsumlagen; einem rentierenden Vermögen von 5579 ℳ steht eine Schuldenlast von 80,370 ℳ gegenüber. Es dürfte ein letzter Staatszuschuß zu gewähren sein von	1,000	2,000
5. Bau einer Brücke über die Donau bei Passau.		
Die Stadt Passau beabsichtigt, in den Jahren 1910 und 1911 an Stelle des baufälligen „Kettenstegs" eine Fahrbrücke (Drahtkabelbrücke) über die Donau in Anpassung an das Landschaftsbild nach dem Projekte der Maschinenbau-Aktiengesellschaft Nürnberg-Augsburg vom 9. Oktober 1908 zu erbauen. Die Kosten der Brücke sind auf 307,000 ℳ veranschlagt; zur Deckung dieser Kosten stehen ein — in der 28. Finanzperiode zu dem damals auf 253,900 ℳ veranschlagten Bauaufwande — bewilligter Staatszuschuß von 50,000 ℳ, Beiträge der Altstadtinteressenten zu 44,082 ℳ und ein Fonds von 28,931 ℳ aus Erträgnissen des Zolles für die Benützung des Kettensteges zur Verfügung; der Rest soll aus einem im Jahre 1908 aufgenommenen Anlehen Deckung finden. Die Stadt Passau erhebt 1909 bei 21 113 Einwohnern und einem Steuersoll von 160,000 ℳ 180% Gemeinde- und 49% Kreisumlagen; das rentierende Kapitalvermögen beträgt 502,402 ℳ; die Schulden betragen 7'459,070 ℳ. Es dürfte noch ein Staatszuschuß zu gewähren sein von	5,000	10,000
6. Bau einer Brücke über die Isar bei Oberpöring, K. Bezirksamts Vilshofen.		
Die Gemeinde Oberpöring hat in den Jahren 1901 und 1902 an Stelle der baufälligen hölzernen Brücke über die Isar eine eiserne Brücke aufgeführt. Zur Deckung der Kosten, die sich nach Abrechnung auf 92,030 ℳ belaufen, wurden vom Distrikte 2000 ℳ, vom Kreise 10,000 ℳ und vom Staate in der 26. und 27. Finanzperiode 29,000 ℳ Zuschuß bewilligt. Die Gemeinde Oberpöring erhebt 1909 bei 513 Einwohnern und einem Steuersoll von 1797 ℳ 98 ₰ 300% Gemeinde- und 45% Distriktsumlagen. Das rentierende Vermögen beträgt 3853 ℳ, die Schulden betragen 62,195 ℳ, darunter 55,958 ℳ Brückenbauschuld. Es dürfte ein letzter Staatszuschuß zu bewilligen sein von	500	1,000
Seite	48,000	96,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 4. Übertrag	48,000	96,000
Pfalz.		
Kein Antrag.		
Oberpfalz und Regensburg.		
1. **Bau zweier Brücken über den Rötzerbach und über den Stadtgraben in Neunburg v. W.**		
Die Stadtgemeinde Neunburg v. W. hat zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im Jahre 1903 eine Brücke über den Rötzerbach aus Eisen mit Holzbelag und im Jahre 1908 eine Holzbrücke vom Bügerl über den Stadtgraben gebaut. Die Kosten für die Brücke über den Rötzerbach beliefen sich auf rund 9470 M, jene der Brücke über den Stadtgraben nach Voranschlag auf 4000 M. Zur Deckung der Kosten wurden von der städtischen Sparkasse Darlehen aufgenommen, die mit den Erträgnissen des Lokal-Malz- und Bieraufschlags und mit Gemeindeumlagen verzinst und zurückbezahlt werden. Vom Kreise wurden bisher 950 M Zuschuß gewährt. Die Stadtgemeinde Neunburg v. W. erhebt 1909 bei 2215 Einwohnern und einem Steuersoll von 6181 M 100% Gemeinde- und 52% Distriktsumlagen. Es dürfte ein Zuschuß zu gewähren sein von	1,000	2,000
2. **Erbauung einer Brücke über die Naab bei Pielenhofen, K. Bezirksamts Stadtamhof.**		
Die Ortschaft und Gemeinde Pielenhofen wird durch die Naab in zwei Teile geschieden, die früher durch einen einfachen Holzsteg verbunden waren. Um eine bessere Verkehrsverbindung herzustellen, erbaute die Gemeinde 1906 und 1907 nach dem Projekte der „Vereinigten Maschinenfabrik Augsburg und Maschinenbaugesellschaft Nürnberg A.-G.", eine eiserne Brücke mit einem Kostenaufwande von 109,508 M 80 ₰, wovon 106,808 M 80 ₰ auf den eigentlichen Brückenbau treffen. Zu teilweisen Kostendeckung hat die Gemeinde von der Landeskulturrentenanstalt ein Darlehen von 70,000 M und von der Bayerischen Handelsbank ein solches von 7000 M aufgenommen; das erstere ist mit einer Kulturrente von 2800 M in 52 Jahren, das letztere mit 332 M 50 ₰ in 54 Jahren heimzuzahlen und zu verzinsen. Vom Kreise und Distrikte wurden bisher Zuschüsse von 2950 und 900 M, vom Staat für die 29. Finanzperiode ein Zuschuß von 30,000 M geleistet. Die Gemeinde Pielenhofen erhebt 1909 bei 860 Einwohnern und einem Steuersoll von 1969 M 130% Gemeinde- und 60% Distriktsumlagen. Hiezu kommt noch eine jährliche Beitragsleistung der am Brückenbaue hauptsächlich interessierten Gemeindeangehörigen für Zollbefreiung zu 1335 M, die einer Umlage von 68% gleichkommt. Angemessener erscheint noch ein Staatszuschuß von	1,000	2,000
Seite	50,000	100,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	50,000	100,000
3. Wiederherstellung der Vilsbrücke in Rieden, K. Bezirksamts Amberg.		
Die Gemeinde Rieden hat in den Jahren 1892 und 1893 die Brücke über die Vils mit einem Kostenaufwand von 7000 ℳ erneuert und zu den auf 15,600 ℳ veranschlagten Baukosten einen Staatszuschuß von 4000 ℳ erhalten.		
Durch das Hochwasser 1909 wurde das linke Widerlager der Brücke samt Brückentafel zerstört; die Kosten der Wiederherstellung sind auf 5600 ℳ veranschlagt.		
Zur Deckung dieses Aufwandes hat die Gemeinde aus dem staatlichen Unterstützungsfonds zur Beseitigung von Hochwasserschäden einen Zuschuß von 1000 ℳ und ein unverzinsliches in 10 Jahren rückzahlbares Darlehen von 1500 ℳ erhalten.		
Zur Bestreitung der Restkosten sowie der Kosten der Ersetzung des Holzbelages der Brücke durch einen Eisenbelag im Betrage von 2700 ℳ bittet die Gemeinde um einen Staatszuschuß.		
Die Gemeinde erhebt 1909 bei 607 Einwohnern und 1200 ℳ Steuersoll 130 % Gemeinde- und 32 % Distriktsumlagen.		
Einem rentierenden Kapitalvermögen von 2685 ℳ stehen 10,655 ℳ Schulden gegenüber.		
Es dürfte ein Staatszuschuß angemessen sein von	750	1,500
4. Bau einer Brücke über die Fichtelnaab bei Oberbaumühle, K. Bezirksamts Neustadt a. W.N.		
Die Marktgemeinde Windischeschenbach hat gemeinschaftlich mit der Gemeinde Bernstein im Jahre 1908 an Stelle der baufälligen Holzbrücke über die Fichtelnaab bei Oberbaumühle eine Brücke aus Eisen und Beton gebaut.		
Von den Brückenbaukosten zu 8860 ℳ trifft rund die Hälfte auf die Marktgemeinde Windischeschenbach. Diese hat außerdem die Kosten für die Herstellung der Zufuhrstraße zu 8500 ℳ allein zu tragen.		
Die Kosten der Zufuhrstraße wurden durch ein 5 %iges Annuitätendarlehen gedeckt.		
Die Brückenbaukosten werden von der Marktgemeinde Windischeschenbach bis 1913 in 4 Raten bezahlt und bis zur Abzahlung mit 4 % verzinst.		
Kreis und Distrikt haben zu den Brücken- und Straßenbaukosten bisher je 850 ℳ, zusammen 1700 ℳ, Zuschüsse geleistet.		
Die Gemeinde Windischeschenbach erhob 1907 bei 1930 Einwohnern und einem Steuersoll von 5000 ℳ 155 % Gemeinde- und 50 % Distriktsumlagen.		
Es dürfte ein Zuschuß zu bewilligen sein von	500	1,000
Seite	51,250	102,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	*M*
§ 4. Übertrag	51,250	102,500
Oberfranken.		
1. Bau einer eisernen Brücke über den Main bei Michelau, K. Bezirksamts Lichtenfels.		
Der Gemeinde Michelau wurde in der 24. Finanzperiode zum Bau einer eisernen Brücke über den Main, deren Kosten auf 55,000 *M* veranschlagt waren, ein Staatszuschuß von 20,000 *M* bewilligt. Hievon wurden der Gemeinde zum Bau einer Notbrücke aus Holz der Betrag von 4000 *M* zur Verfügung gestellt, der Rest mit 16,000 *M* wurde mit Genehmigung des Landtags zur Erweiterung der beiden Flutbrücken in der über den Main führenden Bahnhofstraße verwendet. Die Notbrücke ist infolge des regen Verkehrs bald schadhaft geworden und im Januar 1908 eingestürzt. Die Gemeinde hat daher eine neue Brücke aus Eisen mit einem Aufwand von 52,000 *M* erbaut. Zur Deckung der Kosten hat die Gemeinde von der Versicherungsanstalt ein zu 3½% verzinsliches Darlehen von 50,000 *M* aufgenommen, welches in 35 Jahren zurückzubezahlen ist. Der Distrikt hat bisher 600 *M* und der Kreis 5500 *M* Zuschüsse geleistet. Die Gemeinde Michelau erhebt 1909 bei 2438 Einwohnern und einem Steuersoll von 4000 *M* 244% Gemeinde- und 31% Distriktsumlagen (1907: 175% Gemeinde- und 30% Distriktsumlagen). Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 16,650 *M*, die gemeindliche Schuld 131,000 *M*; letztere wird wegen eines Schulhausbaues eine Steigerung um 55,000 *M* erfahren. Es dürfte ein Zuschuß zu bewilligen sein von	8,000	16,000
2. Bau einer Brücke über die Regnitz bei Neuses, K. Bezirksamts Forchheim.		
Die Gemeinde Neuses beabsichtigt an Stelle der bisherigen Fähre eine feste Regnitzbrücke aus Beton und Eisen nach einem Projekt der Firma Wayß & Freitag mit einem Kostenaufwand von 148,000 *M*, wovon 101,287 *M* auf den Brückenbau allein treffen, zu erbauen. An Zuschüssen sind bewilligt vom Distrikt 40,000 *M*, vom Kreis 13,000 *M*, vom Staate 3080 *M* für die Ablösung der Unterhaltungspflicht an der Fähre und 15,000 *M* freiwillige Staatsbeiträge in der 28. und 5000 *M* in der 29. Finanzperiode. Zur Bestreitung des noch ungedeckten Aufwandes soll ein Anlehen aufgenommen und mit den Erträgnissen des einzuführenden Brückenzolls verzinst und getilgt werden. Soweit diese Erträgnisse nicht reichen, hat der Distrikt unter der Voraussetzung, daß die Gemeinde im ganzen 33,000 *M* Staatszuschüsse erhält, die Verzinsung und Tilgung des Anlehens übernommen. Die Gemeinde erhebt bei 223 Einwohnern und 794 *M* Steuersoll nach Rechnung 1907 50,6% Distriktsumlagen. Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 11,436 *M*. Es dürfte ein Zuschuß zu bewilligen sein von	5,000	10,000
Seite	64,250	128,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	64,250	128,500
3. Neubau einer eisernen Brücke über den Main bei Wiesen, K. Bezirksamts Staffelstein.		
Die Gemeinde Wiesen hat im April 1909 beschlossen, an Stelle einer baufälligen Holzbrücke eine neue Brücke aus Eisen und Beton über den Main zu erbauen. Die Kosten sind auf 42,047 ℳ veranschlagt, wovon 2764 ℳ auf Zufahrten treffen und sollen durch ein in 30 Jahren zu tilgendes Anlehen aufgebracht werden. Das Anlehen soll mit dem Ertrag eines Brückenzolles und mit sonstigen Einnahmen der Gemeinde, soweit nicht Zuschüsse aus öffentlichen Fonds hiefür Verwendung finden können, verzinst und heimbezahlt werden. Die Gemeinde erhebt 1909 bei 200 Einwohnern und einem Steuersoll von 860 ℳ 200% Gemeinde- und 35% Distriktsumlagen. Einem rentierenden Gemeindevermögen von 10,755 ℳ stehen 3740 ℳ Schulden gegenüber, eine weitere Schuldaufnahme von 14,000 ℳ für einen Schulhausneubau steht bevor. Als angemessen erscheint ein Staatszuschuß von	6,500	13,000
Mittelfranken.		
1. Bau einer Brücke über den Sittenbach bei Aspertshofen, K. Bezirksamts Hersbruck.		
Die Gemeinde Aspertshofen hat 1908 an Stelle der alten baufälligen Holzbrücke eine Brücke aus Eisen und Beton über den Sittenbach mit einem Aufwand von rund 8435 ℳ, wovon rund 750 ℳ auf die Herstellung der Zufahrtsstraßen entfielen, gebaut. 3931 ℳ 25 ₰ erforderte die infolge des Brückenbaues notwendige Verlegung des Hirtenhauses. Nacharbeiten werden noch einen Aufwand von rund 400 ℳ verursachen. Zur teilweisen Deckung der Kosten wurde ein Landeskulturrentendarlehen zu 8000 ℳ aufgenommen, welches in 33 Jahren mit einer Kulturrente von 400 ℳ zu verzinsen und abzutragen ist, die Kulturrente wird zum Teil durch die Erträgnisse des Lokal-Malz- und Bieraufschlages (etwa 160 ℳ) zum Restbetrage durch Umlagen gedeckt. Vom Kreis wurde 1907 ein Zuschuß von 1200 ℳ gewährt. Der Distrikt hat die Kosten der durch den Brückenbau notwendig gewordenen Erhöhung der vorbeiführenden Distriktsstraße und des Anschlusses der Straße an die neue Brücke im Betrage von 1000 ℳ übernommen. Die Gemeinde Aspertshofen erhebt 1909 bei 168 Einwohnern und einem Steuersoll von 560 ℳ 310% Gemeinde- und 40% Distriktsumlagen. Sie besitzt ein rentierendes Vermögen von 37,000 ℳ in Grundstücken und hat 8000 ℳ Schulden (die Brückenbauschuld). Es dürfte ein Zuschuß zu gewähren sein von	1,500	3,000
Seite	72,250	144,500

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	72,250	144,500
2. Bau einer eisernen Brücke über die Pegnitz bei Enzendorf, K. Bezirksamts Hersbruck.		
Die Ortschaft Enzendorf, Gemeinde gleichen Namens, hat Ende 1907 an Stelle der hölzernen, baufällig gewordenen Brücke über die Pegnitz eine Brücke aus Eisen und Beton mit einem Kostenaufwande von 16,094 ℳ 86 ₰ erbaut. An Zuschüssen hat die Ortschaft 2400 ℳ aus Kreismitteln erhalten, 12,800 ℳ wurden durch Schuldaufnahme gedeckt. Die Ortschaft erhebt 1909 bei 125 Einwohnern und 488 ℳ Steuersoll 50 % Gemeinde- und 40 % Distriktsumlagen. Die Mittel zur Verzinsung und Tilgung der Brückenbauschuld werden von den 20 Nutzungsberechtigten der Ortschaft freiwillig aufgebracht und belastet die Berechtigten mit 180 % ihres Steuersolls. Die Übernahme dieser Leistung auf die Ortschaft würde die Erhebung einer Ortschaftsumlage von 150 % erfordern. Das rentierende Ortschaftsvermögen besteht aus 3011 ℳ 60 ₰ Kapitalien und Grundstücken im Anschlag von 740 ℳ. Es dürfte ein Staatszuschuß zu gewähren sein von	2,500	5,000
3. Bau einer Altmühlbrücke bei Inching, K. Bezirksamts Eichstätt.		
Die Gemeinde Inching hat im Jahre 1906 an Stelle der alten schadhaften Holzbrücke über die Altmühl eine eiserne Brücke mit einem Kostenaufwande von rund 15,000 ℳ erbaut. Hiezu hat der Kreis in den Jahren 1906—1908 Zuschüsse im Gesamtbetrage von 4000 ℳ und der Staat für die 29. Finanzperiode einen Zuschuß von 2000 ℳ geleistet. Ein zur Kostendeckung aufgenommenes Darlehen der bayerischen Landwirtschaftsbank zu 8000 ℳ soll in 42 Jahren mit Annuitäten von 380 ℳ verzinst und heimbezahlt werden. Die Gemeinde erhebt 1909 bei 70 Einwohnern und einem Steuersoll von 400 ℳ 180 % Gemeinde- und 58 % Distriktsumlagen. Es wird noch ein Zuschuß für angemessen erachtet von	750	1,500
Unterfranken und Aschaffenburg.		
1. Bau einer eisernen Brücke über den Main bei Schwarzenau, K. Bezirksamts Kitzingen.		
Die Stadtgemeinde Dettelbach hat im Jahre 1890 eine eiserne Brücke über den Main mit einem Aufwand von 267,200 ℳ erbaut. Hiezu wurden in der 17., 18., 20., 21. und 27. Finanzperiode insgesamt 77,200 ℳ Staatszuschüsse geleistet. Die durch Zuschüsse nicht gedeckten Kosten wurden durch Schuldaufnahme gedeckt; die Schuld, die Ende 1907 noch 180,100 ℳ betrug, soll mit jährlich 8000 ℳ bis zum Jahre 1960 heimbezahlt werden. Hiezu leistete der Distrikt bis 1908 einen jährlichen Zuschuß von 1000 ℳ, der Kreis jährlich (mit Ausnahme des Jahres 1898) 2500 bis 3600 ℳ. Der Rest soll durch den Brückenzoll und einen Zuschuß der Gemeinde von 500 ℳ gedeckt werden.		
Seite	75,500	151,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	75,500	151,000
Die Erträgnisse des Brückenzolls sind nach anfänglichem Steigen im Laufe der letzten Jahre wieder zurückgegangen. Der Reinertrag beläuft sich auf durchschnittlich 3500 ℳ. Der Distrikt hat seine auf die Dauer von 20 Jahren zugesicherte Zuschußleistung nunmehr eingestellt.		
Die Stadtgemeinde Dettelbach hat deshalb um einen nochmaligen Zuschuß gebeten.		
Bei 2093 Einwohnern und einem Steuersoll von 13,568 ℳ werden in Dettelbach 1909: 125 % Gemeinde- und 41,2 % Distriktsumlagen erhoben.		
Außer der Brückenbauschuld bestehen noch 221,600 ℳ Gemeindeschulden.		
Es dürfte noch ein Staatszuschuß zu gewähren sein von	12,500	25,000
2. Bau einer Brücke über den Main bei Lengfurt, K. Bezirksamts Marktheidenfeld.		
Die Gemeinde Lengfurt hat in den Jahren 1903 und 1904 eine Brücke aus Eisen und Stein über den Main erbaut. Der Kostenaufwand betrug im ganzen 292,320 ℳ, wovon 267,181 ℳ auf den eigentlichen Brückenbau treffen.		
Hiezu erhielt die Gemeinde aus öffentlichen Fonds 47,200 ℳ, nämlich 200 ℳ vom Distrikt, 4000 ℳ vom Kreis, 25,000 ℳ vom Staat in der 27. und 18,000 ℳ in der 28. Finanzperiode. Private haben 11,300 ℳ freiwillige Beiträge geleistet.		
Der Rest wurde teils aus laufenden Mitteln, teils durch Einzehrung eines Stammvermögens von 61,000 ℳ und durch Aufnahme von Anlehen in der Höhe von 172,200 ℳ bestritten. Die Verzinsung und Tilgung der Anlehen erfordert bis zum Jahre 1968 durchschnittlich jährlich etwa 5800 ℳ und nach Abzug des Brückenzollreinertrages 2550 ℳ oder rund 85 % des Steuersolls. Nach Tilgung der Anlehen beginnt der Rückersatz des eingezehrten Stammvermögens.		
Die Gemeinde erhebt 1909 bei 951 Einwohnern und 2951 ℳ Steuersoll 140 % Gemeinde- und 48 % Distriktsumlagen. Einem rentierenden Gemeindevermögen von 109,950 ℳ steht eine Gemeindeschuld von 182,800 ℳ gegenüber.		
Es dürfte noch ein Staatszuschuß zu bewilligen sein von	6,000	12,000
3. Bau einer Brücke über den Main bei Zeil, K. Bezirksamts Haßfurt.		
Die Gemeinden Sand und Zeil beabsichtigen, an Stelle der dortigen Fähre eine eiserne Brücke über den Main zu erbauen.		
Die Kosten sind auf etwa 130,000 ℳ veranschlagt, darunter mehr als 100,000 ℳ für den eigentlichen Brückenbau. Hievon sind 5000 ℳ durch den Zuschuß des Distrikts Eltmann, 10,000 ℳ durch den für die 29. Finanzperiode gewährten Staatszuschuß gedeckt. Der Rest muß durch Aufnahme eines Anlehens bestritten werden, das nur zum Teil aus dem einzuführenden Brückenzoll verzinst und getilgt werden kann.		
Die Gemeinde Sand erhebt 1909 bei 1257 Einwohnern und 2383 ℳ Steuersoll 100 % Gemeinde- und 50 % Distriktsumlagen. Dem rentierenden Gemeindevermögen von 31,539 ℳ stehen 16,980 ℳ Schulden gegenüber. Die Gemeinde Zeil erhebt 1909 bei 1935 Einwohnern und 6987 ℳ Steuersoll 150 % Gemeinde- und 50 % Distriktsumlagen.		
Das rentierende Gemeindevermögen beträgt 74,091 ℳ, die Gemeindeschuld 18,019 ℳ.		
Es dürfte ein weiterer Staatszuschuß zu bewilligen sein von	9,000	18,000
Seite	103,000	206,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 4. Übertrag	103,000	206,000
Schwaben und Neuburg.		
1. Bau einer Donaubrücke bei Donauwörth.		
Die Stadtgemeinde Donauwörth hat 1905 und 1906 an Stelle der baufälligen Holzbrücke über die Donau eine Brücke aus Beton und Eisen mit einem Kostenaufwande von 180,000 M erbaut. Der Kreis hat einen Zuschuß von 10,000 M und der Staat für die 28. Finanzperiode einen Zuschuß von 25,000 M geleistet. Die Kosten wurden durch Aufnahme eines Anlehens aufgebracht, das mit jährlich 7650 M in 58 Jahren verzinst und heimbezahlt wird. Die Stadtgemeinde erhebt 1909 bei 4747 Einwohnern und einem Steuersoll von 29,100 M 180 % Gemeinde- und 60 bezw. 55 % Schulumlagen. Das rentierende Vermögen beträgt 347,956 M, die Schulden 618,284 M (einschließlich der Brückenbauschuld). Es dürfte ein letzter Staatszuschuß zu bewilligen sein von	5,000	10,000
2. Bau einer Brücke über den Argentobel zwischen Maierhöfen und Grünenbach, K. Bezirksamts Lindau.		
Die in der Nähe der württembergischen Grenze gelegene Gemeinde Maierhöfen ist samt einigen Ortschaften der Gemeinde Gestratz durch das tiefe Tal des Argenflusses, den sogenannten Argentobel, von dem übrigen bayerischen Staatsgebiet getrennt und war mit diesem bisher nur durch einen Weg verbunden, der sehr ungünstige Steigungsverhältnisse aufweist. Die Gemeinden Maierhöfen und Grünenbach haben daher 1905—1907 eine eiserne Hochbrücke über den Argentobel erbaut. Zur Deckung der Kosten, die sich nach Abrechnung auf 222,000 M, darunter 5618,35 M für Grunderwerbung belaufen, stehen bis jetzt zur Verfügung; 62,571,35 M Beitrag der beiden bauführenden Gemeinden, 6000 M Beiträge aus den Gemeinden Isny und Gestratz, 3500 M freiwillige Beiträge von Privaten, 24,000 M Distriktszuschuß, 64,500 M Kreiszuschuß und 53,000 M — für die 27., 28. und 29. Finanzperiode bewilligte — Staatszuschüsse, zusammen also 210,571 M 35 ₰. Die Gemeinde Maierhöfen erhebt 1909 bei 766 Einwohnern und einem Steuersoll von 2634 M 250 % Gemeinde-, 25 % Distrikts- und 40 % Kirchenumlagen. Das rentierende Vermögen beträgt 6868 M, die Schulden betragen 28,259 M. Die Gemeinde Grünenbach erhebt 1909 bei 672 Einwohnern und einem Steuersoll von 3950 M 150 % Gemeinde- und 25 % Distriktsumlagen. Sie besitzt ein rentierendes Vermögen von 23,440 M und hat 48,349 M Schulden. Es dürfte ein letzter Staatszuschuß zu gewähren sein von	5,500	11,000
Seite	113,500	227,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 4. Übertrag	113,500	227,000
3. Bau einer zweiten Brücke über die Donau zwischen Neuulm und Altulm.		
Die Verbindung zwischen den Städten Neuulm und Altulm wird zurzeit durch eine einzige Brücke über die Donau, das ist die in den Jahren 1828 bis 1832 von Bayern und Württemberg gemeinschaftlich erbaute Ludwig-Wilhelms-Brücke, vermittelt.		
Infolge ihrer geringen Breite ist diese Brücke für den Verkehr unzureichend.		
Die beiden Städte haben deshalb beschlossen, eine zweite Brücke über die Donau aus Beton mit einem Kostenaufwande von 600,000 ℳ zu erbauen.		
Hiezu leistet die K. Württembergische Regierung einen Zuschuß von 200,000 ℳ, den Rest haben die beiden Städte aufzubringen.		
Die Stadt Neuulm hat gebeten, zu dem von ihr übernommenen Kostenanteile zu 200,000 ℳ einen Staatszuschuß zu gewähren.		
Die Stadt Neuulm mit 10763 Einwohnern erhebt nach Voranschlag 1909 bei einem Steuersoll von 72,102 ℳ 120 % Umlagen; einem rentierenden Gemeindevermögen von 3'375,148 ℳ steht eine Schuld von 1'786,328 ℳ gegenüber, hiezu kommt noch eine weitere Schuld an den bayerischen Staat von 826,000 ℳ für Ablösung des Festungsgeländes.		
Da infolge des Baues einer zweiten Brücke die Notwendigkeit einer Verbreiterung der alten Staatsbrücke entfällt und hierdurch für die beteiligten Staaten eine erhebliche Einsparung eintritt, dürfte der Zuschuß über den der Leistungsfähigkeit der Stadt angemessenen Betrag zu erhöhen sein.		
Für die 29. Finanzperiode wurde ein Staatszuschuß von 45,000 ℳ bewilligt.		
Es dürfte noch ein weiterer Zuschuß zu gewähren sein von	22,500	45,000
Summe § 4. Freiwillige Zuschüsse zu Brücken, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt . . .	136,000	272,000

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 5. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt.		
Oberbayern.		
1. **Alzkorrektion in Trostberg.** (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
Die Instandsetzung dieser in den Jahren 1900 bis 1903 vom Staat, Kreis und Beteiligten hergestellten Korrektion ist auf 10,290 ℳ veranschlagt. Als Staatszuschuß werden entsprechend dem bisherigen Beitragsverhältnisse von 50% vorgesehen	2,575	5,150
2. **Herstellung eines linksseitigen Korrektions- und Uferschutzbaues an der Alz bei Wiesmühle, B.-A. Traunstein.** (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
Die Herstellung einer Korrektion der Alz bei Wiesmühle, die sich in das bereits aufgestellte Gesamtprojekt für die Alzkorrektion zwischen Tacherting und der Mündung einfügt, ist zur Rettung wertvoller Grundstücke unverschieblich und vom Kreise bereits in Angriff genommen. Die Gesamtkosten betragen 14,400 ℳ, wozu vom Kreise ein Staatszuschuß von 50% erbeten wird, der ganz in Ansatz kommt	3,600	7,200
3. **Herstellung eines rechtsseitigen Korrektions- und Uferschutzbaues an der Alz längs der Kulturgründe bei Wald, B.-A. Altötting.** (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
Zu dieser Teilkorrektion gilt das gleiche wie zu Ziff. 2. Die Korrektion ist jedoch noch nicht in Angriff genommen. Die Gesamtkosten betragen 18,000 ℳ, wozu sich der Kreis einen Zuschuß von 50% erbittet, der ganz vorgesehen wird	4,500	9,000
4. **Korrektion der Mangfall im Mühltale zwischen Weyarn und Valley, B.-A. Miesbach.** (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
Zwischen Weyarn und Valley durchfließt die Mangfall das Mühltal, in dieser Strecke sind 3 Stauwehre, wovon die beiden unteren bei dem herrschenden starken Flußgefälle in ihrem Bestande bedroht sind; da außerdem einige größere Uferanbrüche bestehen, die zur zunehmenden Verwilderung beitragen, soll die Mangfall auf 2,3 km Länge korrigiert und hiedurch außer dem Schutz der industriellen Anlagen und der Steilhänge auch die Wasserleitung der Stadt München gegen Beschädigung gesichert werden. Die Kosten des Entwurfes betragen einschließlich eines Unterhaltungsfonds mit 19,800 ℳ zusammen 151,800 ℳ. Es soll zunächst nur die im Entwurfe vorgesehene Durchstichsanlage mit einem Kostenaufwande von 10,500 ℳ ausgeführt werden, wozu vom Kreise ein 50%iger Staatszuschuß mit 5250 ℳ erbeten wird	2,625	5,250
Seite	13,300	26,600

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 5. Übertrag	13,300	26,000
5. Korrektion der „Tiroler Ache" zwischen dem Grenzmühlwehre und der Distriktsstraßenbrücke zu Marquartstein, B.-A. Traunstein. (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
In der bezeichneten Strecke befanden sich früher ungefähr zwei gleiche Flußarme, von denen der rechtsseitige im Laufe der Zeit so sehr versandete, daß die Inanspruchnahme des linksseitigen Armes bei Hochwasser sich beträchtlich steigerte und beiderseitige Uferabbrüche und eine starke Verwilderung des Flusses hier eintraten. Regelrechte Flußverhältnisse können nur bei Durchführung einer Korrektion mit ungefähr $1/2$ km Länge eintreten. Die mit Vorschüssen der Beteiligten bereits erfolgte Korrektion erfordert 16,200 M. In Anbetracht des dringenden Bedürfnisses der Achenregulierung wird der vom Kreise erbetene 50%ige Staatszuschuß ganz vorgesehen . . .	4,050	8,100
6. Korrektion der „Tiroler Ache" in den Gemeinden Übersee und Grabenstätt. (Hochwassergefährlicher Fluß).		
Zur Bildung eines Unterhaltungsfonds von 24,000 M werden als Staatszuschuß vorgesehen 50% mit . . .	6,000	12,000
7. Herstellung linksseitiger Schutzbauten an der Traun längs der Kulturgrundstücke der Gräfl. zu Törringschen Standesherrschaft zwischen Traunwalchen und Pertenstein, B.-A. Traunstein. (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
An 3 Stellen ober- und unterhalb Traunwalchen längs des bezeichneten Besitzes befinden sich Uferanbrüche an wertvollen Wiesengründen, deren Schutz vom Eigentümer beantragt ist. Die Kosten für die Herstellung des rund 380 m langen Uferschutzbaues betragen 8400 M. Vom Kreise wird ein 50%iger Staatszuschuß mit 4200 M erbeten, der ganz in Ansatz kommt	2,100	4,200
8. Herstellung einer Korrektion der Traun längs der Pl.-Nr. 98 und 90 der Gräfl. v. Arco-Zinnebergschen Gutsverwaltung Stein a. d. Traun, B.-A. Traunstein. (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
Die Gesamtkosten betragen 9000 M, wozu ein 50%iger Staatszuschuß mit 4500 M vom Kreise erbeten wird, welcher ganz vorgesehen wird . . .	2,250	4,500
9. Uferschutzbauten an der Saalach zwischen der Landesgrenze bei Melleck und Reichenhall. (Privatfluß.)		
Gesamtkosten: 18,000 M; hierzu wird als Staatszuschuß $1/5$ der Gesamtkosten vorgesehen	3,000	6,000
Seite	30,700	61,400

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 5. Übertrag	30,700	61,400
10. Verbauung des Dürrnbaches bei Neuhaus, B.-A. Miesbach.		
Der von den Ausläufern der Brecherspitze und Bodenschneid kommende, zum Leizachgebiete gehörige Dürrnbach befindet sich im Unterlaufe zwischen Neuhaus und der forstärarialischen Grenze in einem sehr verwilderten Zustande. Da die dortige Gegend bezüglich des Baumateriales ganz auf diesen Bach angewiesen ist, soll von einer Verbauung des Oberlaufes zunächst Abstand genommen und nur der Unterlauf in der Hauptsache mit Kiesfangsperren verbaut werden. Es wird ein Aufwand von 24,000 M erforderlich, wozu ein 45 %iger Gesamtstaatszuschuß mit 10,800 M geleistet werden soll.		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird eine I. Rate vorgesehen mit	2,700	5,400
11. Fortsetzung der Verbauung von Seitenbächen der Leizach in der Gemeinde Bayrisch Zell, B.-A. Miesbach.		
Die Verbauung bezweckt die Hintanhaltung der Geschiebezufuhr aus den Wildbächen Larchgraben, Beiwandgraben und Mühl- oder Dorfbach in die korrigierte Leizach. Die Gesamtkosten berechnen sich zu 51,000 M, wozu ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß im Betrage von 25,500 M von den Beteiligten erbeten wird.		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird eine I. Rate vorgesehen mit	6,375	12,750
12. Fortsetzung der Verbauung des Jenbaches in den Gemeinden Feilnbach, Wiechs, Litzldorf, Hundham und Brannenburg, K. Bezirksamts Aibling.		
Zur Sicherung des Bestandes der mit einem Kostenaufwande von 116,100 M nahezu vollendeten Verbauung des Jenbaches im Schuttkegellauf und bei den Ortschaften Jenbach und Kronritt ist es unbedingt erforderlich, daß auch der Oberlauf des Jenbaches und seine geschiebeführenden Seitenbäche verbaut werden. Die Gesamtkosten betragen 147,660 M; die Beteiligten erbitten sich einen 50%igen Gesamtstaatszuschuß von 73,830 M.		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate vorgesehen	7,383	14,766
13. Verbauung der Binswangergräben am Dandlberg bei Altenbeuern, K. Bezirksamtes Rosenheim.		
Die Gesamtkosten betragen 30,000 M. Mit dem Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde ein 50%iger Gesamtzuschuß bewilligt von . . . . 15,000 M		
desgleichen eine I. Rate von . . . . 7,500 M		
so daß noch aufzubringen sind . . . . 7,500 M		
die ganz in Ansatz kommen	3,750	7,500
Seite	50,908	101,816

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 5. Übertrag	50,908	101,816
14. Verbauung des Litzldorfer Baches mit 2 Seitenbächen in der Gemeinde Litzldorf, K. Bezirksamts Aibling.		
Die Gesamtkosten betragen 86,400 M. Mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 wurde ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß genehmigt von . . . . 43,200 M		
desgl. eine I. Rate von . . . . 8640 M		
für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurde als II. Rate genehmigt 8640 M		
zusammen: 17,280 M		
so daß noch aufzubringen sind . . . . 25,920 M		
hievon werden als III. Rate vorgesehen . . . . 8,640 M	4,320	8,640
wonach noch aufzubringen verbleiben . . . . 17,280 M		
15. Verbauung und Korrektion des Maigrabens in der Gemeinde Flintsbach, K. Bezirksamts Rosenheim.		
Die Gesamtkosten sind zu 28,500 M veranschlagt, mit dem Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde ein 50%iger Gesamtzuschuß von 14,250 M und zugleich als I. Rate der Betrag von 7,124 M genehmigt.		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird der Rest des Staatszuschusses vorgesehen	3,563	7,126
16. Verbauung und Korrektion des Pfaffenbergergrabens in den Gemeinden Grüntal und Jettenbach, K. Bezirksamts Wasserburg.		
Die Gesamtkosten betragen 78,000 M. Mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 wurde ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß genehmigt von . . . . 39,000 M		
und zugleich als I. Rate der Betrag von . . . . 19,500 M.		
Für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als II. Rate 9,750 M bewilligt.		
Zusammen: 29,250 M.		
so daß noch aufzubringen sind . . . . 9,750 M, die als III. und letzte Rate vorgesehen werden.	4,875	9,750
17. Verbauung des Riesengrabens in der Gemeinde Flintsbach, K. Bezirksamts Rosenheim.		
Der Zustand des Grabens hat sich durch eine im Mai 1908 niedergegangene Mur derart verschlechtert, daß seine Verbauung ein dringendes Bedürfnis ist. Die Gesamtkosten betragen 16,500 M, wozu von den Beteiligten ein 50%iger Staatszuschuß mit 8250 M erbeten wird, der voll in Ansatz kommt.	4,125	8,250
Seite	67,791	135,582

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 5. Übertrag	67,791	135,582
18. **Schluchtverbauung des Weißbaches bei Gmain, K. Bezirksamts Berchtesgaden.**		
Die beträchtliche Geschiebebewegung, insbesondere veranlaßt durch die unterhalb der Speichbachmündung befindliche Plaike, verursachte mehrfache Bauvornahmen, in erster Linie seitens des Salinenärars, und zwar dreier massiver Sperren; außerdem erfolgten Aufwendungen seitens des Forst- und Bauärars. Nunmehr erweist sich die Schluchtverbauung oberhalb der Staatsstraße Traunstein—Berchtesgaden als sehr vordringlich. Die Beteiligten erbitten sich zu den Gesamtkosten der Verbauung mit 32,286 ℳ einen Zuschuß von 28,06 %, d. h. 9060 ℳ, wovon als I. Rate beantragt werden	1,510	3,020
Niederbayern.		
1. **Rott.** (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
Herstellung von Uferschutzbauten bei der Weihmörtinger Brücke und der Suttenmühle. Gesamtkosten 1480 ℳ; hievon werden als Staatszuschuß vorgesehen 50 %	370	740
2. **Korrektion des Roßbaches in der Gemeinde Achdorf bei Landshut und Wiederherstellung der durch Wolkenbruch zerstörten Brücken und Wege.**		
Gesamtkosten 85,000 ℳ; hiezu wird ein Staatszuschuß vorgesehen von 50 % mit . .	21,250	42,500
Pfalz.		
Kein Antrag.		
Oberpfalz und Regensburg.		
Kein Antrag.		
Seite	90,921	181,842

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 5. Übertrag	90,921	181,842
Oberfranken.		
Kein Antrag.		
Mittelfranken.		
Verbauung der Seitenbäche und Klingen des Taubertales in den Gemeinden Bettwar, Tauberscheckenbach und Tauberzell, K. Bezirksamts Rothenburg o. T.		
Gesamtkosten siehe Etat 1908 und 1909 . . . 63,000 ℳ		
Hievon werden aufgebracht von den Gemeinden . . . 5,050 ℳ		
vom Distrikte Rothenburg . . . 5,450 ℳ		
vom Kreise Mittelfranken . . . 21,000 ℳ		
vom Staate . . . 31,500 ℳ		
Summe wie oben . . . 63,000 ℳ		
Für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als I. Rate bewilligt . . 15,750 ℳ		
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als II. und letzte Rate beantragt . .	7,875	15,750
Unterfranken und Aschaffenburg.		
1. Flußregulierungen und Uferschutzbauten an der fränkischen Saale von Neustadt bis Gräfendorf. (Hochwassergefährlicher Fluß.)		
Das Staatsministerium des Innern beabsichtigt, die fränkische Saale, die von der Schondramündung bei Gräfendorf bis zum Maine auf 11,3 km Länge öffentlicher Fluß ist, auf der Strecke von der Brendmündung bei Neustadt bis zur Schondramündung mit 86 km Länge als Privatfluß mit erheblicher Hochwassergefahr im Sinne des Art. 97 des Wassergesetzes zu erklären. Der Gesamtaufwand für Verbauung der zahlreichen Uferanbrüche in der erwähnten Strecke ist zu 488,000 ℳ ermittelt. Die Instandhaltung des Flusses ist nach Art. 98 Abs. 1 des Wassergesetzes Kreislast. Der Ausbau ließe sich unter Verteilung auf einen längeren Zeitraum mit einem Jahresaufwand von 20,000 ℳ bewerkstelligen, wozu nach Art. 98 Abs. 2 des Wassergesetzes die Leistung eines freiwilligen Staatszuschusses von 50 % in Aussicht zu nehmen wäre. Der Landrat von Unterfranken ist noch zu hören. Nachdem das Staatsbudget für die Finanzperiode 1910 und 1911 vor der Beschlußfassung des Landrats aufzustellen ist, wird vorsorglich für diese Finanzperiode ein Staatszuschuß beantragt von . . .	10,000	20,000
Seite	108,796	217,592

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	M	M
§ 5. Übertrag	108,796	217,592
2. Kaimauer am linken Mainufer bei Ochsenfurt.		
Die von der Stadt Ochsenfurt im Jahre 1869 erbaute Kaimauer vor ihrer Lände ober- und unterhalb der Mainbrücke ist vom Eisgang im Januar 1908 schwer beschädigt worden. Die 50 m lange Strecke unterhalb der Brücke ist eingestürzt, die 40 m lange Strecke oberhalb der Brücke wurde so deformiert, daß sie abgetragen werden mußte. Die Stadtgemeinde hat inzwischen mit einem Kostenaufwande von 17,000 M die untere Strecke neuhergestellt und die obere Strecke durch eine gepflasterte Böschung ersetzt. Ein im Jahre 1908 eingereichtes Gesuch der Stadt um einen Staatszuschuß konnte nicht berücksichtigt werden, da dem Staatsministerium des Innern keine etatsmäßigen Mittel für diesen Zweck zur Verfügung standen. Der Stadtmagistrat hat nunmehr um die Bewilligung eines Staatszuschusses in der Finanzperiode 1910 und 1911 nachgesucht. Es wird ein freiwilliger Staatszuschuß von 25% der Bausumme beantragt, d. i.	2,125	4,250
Schwaben und Neuburg.		
1. Instandsetzung und Instandhaltung der Vilskorrektion in den Gemeinden Pfronten—Steinach, Pfronten—Berg und Pfronten—Heitlern—Ried, K. Bezirksamts Füssen. (Hochwassergefährlicher Fluß).		
Zur Instandsetzung und Instandhaltung der Vilskorrektion in den genannten Gemeinden sind die Bauten mit Steinen abzudecken und Sohlenschwellen zu erneuern. Die Gesamtkosten sind zu 12,000 M veranschlagt; hiezu erbittet sich die Kreisgemeinde von Schwaben und Neuburg einen 50%igen Staatszuschuß von 6000 M, der ganz vorgesehen wird	3,000	6,000
2. Herstellung von Sicherungsanlagen im Iller- und Lechgebiet, K. Bezirksamts Sonthofen und Füssen.		
Die Bepflanzungs- und Begrünungsarbeiten sind überall sorgfältigst zu ergänzen, auch sind die obersten Rinnen früher verbauter Wildbäche zu sichern. Die Kosten belaufen sich auf 11,840 M, wozu die Kreisgemeinde Schwaben um einen 50%igen Staatszuschuß bittet, der ganz vorgesehen wird	2,960	5,920
3. Verbauung des Arainerbaches bei Kornau, Gemeinde Oberstdorf, K. Bezirksamts Sonthofen.		
Die infolge des Wolkenbruchs vom 30. Juni 1906 im Arainerbach hervorgerufenen Zerstörungen und die neuerdings drohende Zunahme der Abrutschungen darin ließ die Verbauung des Wildbaches äußerst dringend erscheinen. Die Verbauung wurde mit Vorschüssen der Gemeinde bereits ausgeführt. Die Kosten beliefen sich auf 7000 M. Die Gemeinde erbittet sich einen Staatszuschuß von 50%, d. i. 3500 M, die ganz vorgesehen werden	1,750	3,500
Seite	118,631	237,262

Vortrag	Voranschlag für 1 Jahr der Finanzperiode	Voranschlag für 2 Jahre der Finanzperiode
	ℳ	ℳ
§ 5. Übertrag	118,631	237,262
4. Korrektion des Hofbaches, Gemeinde Pfronten, K. Bezirksamts Füssen.		
Der Hofbach durchfließt zwischen der Staatsstraße Nr. 141 „Ulm—Vils" und der Bahnlinie Kempten—Pfronten auf etwa 320 m Länge fruchtbarstes Kulturland. Infolge der vorhandenen Bodengestaltung können die in die Bahn eingebauten Durchlässe erst bei sehr hohen Wasserständen wirksam werden, wodurch der Bach die Ufer überschreitet und die angrenzenden guten Wiesen versandet. Es ist daher eine Korrektion des Hofbaches zwischen der Staatsstraße und der Bahnlinie ein dringendes Bedürfnis. Die Kosten betragen 6000 ℳ, wozu sich die Beteiligten einen 50%igen Staatszuschuß, d. i. 3000 ℳ, erbitten. Ein solcher wird als einmalige Leistung vorgesehen	1,500	3,000
5. Vervollständigung der Verbauungen im Kessel- und Ahornbach, Gemeinde Pfronten, K. Bezirksamts Füssen.		
In den beiden Bächen wurden in den Jahren 1898—1900 mit einem Kostenaufwand von 11,000 ℳ Sicherungsanlagen hergestellt, und zwar mit Rücksicht auf die starke finanzielle Inanspruchnahme der Gemeinden Pfronten und Steinach wegen der damals unverschieblichen Vils- und Achkorrektion, nur um der Hauptgefahr, der Vermurung der unterhalb gelegenen Bergwiesen, entgegenzutreten. Die Verbauung in den obersten Gebieten wurde vorbehalten. Sie erscheint nunmehr als ein dringendes Bedürfnis. Die Kosten betragen 5600 ℳ, die beteiligten Gemeinden erbitten sich hierzu einen 50%igen Staatszuschuß im Betrage von 2800 ℳ, die ganz in Ansatz kommen	1,400	2,800
Summa § 5. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt	121,531	243,062

München, den 19. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Ausweis

über die

Erweiterungs- und Neubauten an Dienstgebäuden.

Laufende Nr.	Regierungsbezirk	Objekt der Bauführung	Kostenbetrag im ganzen	Kostenbetrag für ein Jahr der Finanzperiode
			ℳ	ℳ
		I. Etat der allgemeinen inneren Verwaltung.		
1	Niederbayern	Neubau eines Bezirksamtsgebäudes in Wegscheid	88,000	44,000
2	"	Erwerbung eines Bauplatzes zur Erweiterung des Bezirksamtsgebäudes in Regen	25,000	12,500
3	Oberfranken	Erwerbung eines Bauplatzes für den Neubau eines Bezirksamtsgebäudes in Lichtenfels	16,500	8,250
4	Unterfranken und Aschaffenburg	Erweiterung des Regierungsgebäudes in Würzburg. II. Rate. Hälftebetrag	80,000	40,000
5	"	Umbau des Bezirksamtsgebäudes in Neustadt a. S.	20,000	10,000
		Summe I	229,500	114,750
		II. Etat der Landesarchive.		
6	Oberpfalz und Regensburg	Neubau eines Kreisarchivs in Amberg, Restbetrag	100,000	50,000
		Summe II für sich.		

E r l ä u t e r u n g e n

Die Amtsräume sind in hohem Grade beschränkt; lediglich das Zimmer des Amtsvorstandes genügt bescheidenen Anforderungen; das Zimmer des Assessors und die Kanzlei sind viel zu klein, letztere außerdem schlecht beleuchtet, da ein Teil der Fenster gegen eine Reihe gerichtet ist. Die Amtsräume sind außerdem feucht, da ihr Fußboden nahezu gleich mit dem anstoßenden Grunde liegt. Bei der beschränkten Hofanlage ist eine Erweiterung des Gebäudes durch einen Anbau oder Aufbau ausgeschlossen. Das inmitten des Ortes liegende Gebäude kann um einen angemessenen Preis veräußert werden. Als Bauplatz wurde ein gleich günstig im Orte gelegener Privatgarten erworben. Der Aufwand ist unter Berücksichtigung des Verkaufserlöses, des Bauplatzpreises und des Bedarfs für die Ergänzung des Mobiliars berechnet.

Das Gebäude ist in seinen Räumen für den gesteigerten Geschäftsverkehr nicht mehr ausreichend. Eine Erweiterung ist ausgeschlossen; die Veräußerung ist um einen entsprechenden Preis möglich. Für die auf die Dauer nicht zu verschiebende Erbauung eines neuen Bezirksamtsgebäudes ist ein in unmittelbarer Nähe liegendes Gastwirtschaftsanwesen allseitig als der günstigste Bauplatz anerkannt, dessen Sicherung durch Ankauf infolge besonderer Verhältnisse im gegebenen Augenblick unter sehr günstigen Bedingungen ermöglicht ist.

Die Räume der Kanzleien genügen in keiner Weise mehr den gesteigerten Arbeitsverhältnissen. Da die Kosten für einen An- oder Aufbau bei der baulichen Beschaffenheit des ziemlich alten Gebäudes unverhältnismäßig hohe würden, es hiedurch auch nicht möglich wäre, manche Mängel wie die bestehende Feuchtigkeit zu beseitigen, so kann der Neubau eines Gebäudes auf die Dauer nicht umgangen werden. Es erscheint deshalb zweckmäßig, die gebotene Gelegenheit zu benützen und sich einen nach jeder Richtung hin günstigen Bauplatz zu sichern. Es steht außer Zweifel, daß das alte Anwesen, das sich in guter Stadtlage befindet und für welches bereits Kaufangebote vorliegen, um einen durchaus angemessenen Preis veräußert werden kann.

Der gleiche Betrag ist auch beim Etat des Staatsministeriums der Finanzen vorgesehen. Die II. Rate dient zur Fortsetzung der Erweiterung, für die bereits im Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 ein Betrag von 130,000 ℳ — auf die Etats der Staatsministerien des Innern und der Finanzen verteilt — genehmigt worden war.

In dem Gebäude sind Bezirksamt und Forstamt untergebracht. Die Geschäftslokalitäten beider Ämter sind durch eine breite Durchfahrt getrennt, welche auch die bezirksamtlichen Registraturen und sonstigen Nebenräume von den drei bezirksamtlichen Haupträumen (Vorstandszimmer, Assessorenzimmer und Kanzleizimmer) scheidet. In der Kanzlei sind die Platzverhältnisse die denkbar ungünstigsten; sie ist für das Kanzleipersonal viel zu klein, muß zugleich als Warteraum dienen und leidet unter dem in der Durchfahrt herrschenden Zuge. Zur Verbesserung und Erweiterung der bezirksamtlichen Diensträume ist ihre Vertauschung mit den Forstamtsräumen und der Ausbau der an die Registraturen anstoßenden Nebenräume geboten. Im Kostenbetrage ist die Instandsetzung der verlegten Forstamtsräume sowie die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung für beide Ämter mit enthalten.

Es sind bereits 310,000 ℳ genehmigt. In dem veranschlagten Betrage sind auch die Kosten der inneren Einrichtung enthalten.

Laufende Nr.	Regierungsbezirk	Objekt der Bauführung	Kostenbetrag im ganzen	Kostenbetrag für ein Jahr der Finanzperiode
			ℳ	ℳ
		III. Etat der Staatsbauverwaltung.		
7	Niederbayern	Erbauung eines Wohngebäudes für einen Straßenwärter bei Jacking, K. Bezirksamts Passau	8,000	4,000
8	Pfalz	Erbauung von Amtsgebäuden für die beiden K. Bauämter in Kaiserslautern, I. Rate	80,000	40,000
9	"	Erwerbung des Lagerhauses des Raiffeisenvereins in Maximiliansau und Adaptierung desselben als Wasserbaumagazin für das K. Straßen- und Flußbauamt Speyer	9,000	4,500
10	Oberpfalz und Regensburg	Erwerbung des Straßen- und Flußbauamtsgebäudes in Regensburg	55,000	27,500
11	"	Neubau eines Dienstgebäudes für die beiden Bauämter in Amberg, Restbetrag	73,000	36,500
12	"	Erbauung eines Wohngebäudes für den Straßenwärter in Pondorf, Bezirksamts Riedenburg	7,800	3,900
13	Oberfranken	Einrichtung von Diensträumen für das K. Straßen- und Flußbauamt sowie für das Kulturbauamt Bayreuth im ehemaligen Landgerichtsgebäude daselbst (Teilbetrag)	28,000	14,000
14	"	Erbauung eines Baumagazins für das K. Straßen- und Flußbauamt Bamberg in Lichtenfels mit Wohnungen für einen Flußmeister und einen Straßenwärter	24,000	12,000
		Summe III	284,800	142,400

Erläuterungen

Für den Straßenwärter der Station Jacking der Staatsstraße Nr. 108, Passau—Zwiesel, ist es unmöglich, innerhalb seiner Dienststrecke eine Mietwohnung zu erhalten. Das Staatsärar war daher gezwungen, ihm im Jahre 1904 eine entbehrliche Bauhütte als provisorische Wohnung einzurichten, die auf einem abseits der Straße gelegenen ärarialischen Grundstücke aufgestellt wurde. Die Bauhütte wurde inzwischen vom Hausschwamm ergriffen und ist kaum mehr bewohnbar. Infolgedessen wird ein Ersatzbau an geeigneterer Baustelle notwendig.

Durch das Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 wurde die Erwerbung eines Bauplatzes genehmigt. Die derzeitige Unterbringung der beiden Ämter in gemieteten Wohnungen ist äußerst notdürftig; zudem besteht keinerlei Gewähr für die dauernde Erhaltung des Mietverhältnisses, bei dessen Kündigung die Beschaffung anderweitiger geeigneter Mieträume nur sehr schwer und mit unverhältnismäßigen Kosten möglich wäre. Der längst als dringend erkannte Neubau eigener Dienstgebäude erscheint deshalb nicht mehr länger verschieblich. In dem insgesamt auf 128,000 ℳ veranschlagten Kostenbetrage sind auch die Kosten der inneren Einrichtung enthalten.

Die Notwendigkeit ist in den außerordentlich beengten Raumverhältnissen des gegenwärtigen Baumagazins begründet. Das am Hafen liegende, von der landwirtschaftlichen Zentraldarlehenskasse für Deutschland, Filiale Ludwigshafen, im Jahre 1898 auf ärarialischem Grunde neuerbaute massive Lagerhaus eignet sich nach Situation, Größe und Anlage vorzüglich für den beabsichtigten Zweck. Der angebotene Preis ist als ein außerordentlich mäßiger zu bezeichnen.

Das Straßen- und Flußbauamt Regensburg ist in einem von Baumeister Christian Zinstag im Jahre 1890 erbauten Hause mietweise untergebracht. Der bezügliche Mietvertrag läuft am 1. November 1910 ab und will seitens des Besitzers nicht mehr erneuert werden. Bei dem Mangel an geeigneten geräumigen Wohnungen würde die Mietung anderer Dienstlokalitäten auf große Schwierigkeiten stoßen, die Errichtung eines Neubaues in geeigneter Lage aber wegen der inzwischen gesteigerten Bauplatzpreise einen erheblich größeren Aufwand erfordern. Der Ankauf des für die dienstlichen Zwecke nach Lage und Einteilung durchaus geeigneten Gebäudes erweist sich daher nach jeder Richtung am vorteilhaftesten.

Es sind bereits 57,000 ℳ genehmigt. Im Kostenbetrage sind auch die Mittel für die Beschaffung bezw. Ergänzung der inneren Einrichtung enthalten.

Der Straßenwärter der Station Pondorf der Staatsstraße Nr. 63 Beilngries—Neustadt a. D. ist derzeitig in einer äußerst ungesunden Mietwohnung untergebracht, die überdies vom Hauswirt für eigene Zwecke benötigt ist. Eine andere Wohnung ist für ihn nicht erhältlich. Die Herstellung eines eigenen Gebäudes ist unvermeidlich.

Das durch den Neubau eines Justizgebäudes in Bayreuth freigewordene ehemalige Landgerichtsgebäude soll für staatliche Zwecke wieder verwendet werden. Dasselbe eignet sich zur Unterbringung der Diensträume des K. Straßen- und Flußbauamtes, des K. Kulturbauamtes, der K. Berginspektion, endlich zur Beschaffung von Niederlagsräumen für das K. Hauptzollamt. Im Gebäude soll auch eine Hausmeisterwohnung untergebracht werden. Die auf die Einrichtung dieser Räume sowie für eine gründliche Instandsetzung des Gebäudes erforderlichen Kosten sind auf die einschlägigen Etats verteilt; in dem auf den Etat des Staatsministeriums des Innern treffenden Teilbetrage sind auch die Kosten für die Ergänzung der inneren Einrichtung enthalten. An dem Postulate sind das Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern für die Berginspektion, das Staatsministerium der Finanzen — Zolletat — für die zollamtlichen Niederlagsräume beteiligt.

Das vorhandene Baumagazin befindet sich in einem kleinen Schupfen hinter dem Rentamtsgebäude mitten in der Stadt an einer steilen und sehr schmalen Straße; seit Errichtung einer Flußmeisterstation in Lichtenfels ist es für die Unterbringung der zahlreichen Werkzeuge und Geräte nicht mehr ausreichend. Seine Lage ist außerdem völlig ungeeignet. Das neue Magazin, in dem auch die Dampfstraßenwalze zeitweise einzustellen ist, soll wesentlich vergrößert und möglichst in der Nähe des Flusses hergestellt werden. Mit demselben soll der Bau eines Doppelwohnhauses, je eine Wohnung für den Flußmeister und den Straßenwärter enthaltend, verbunden werden, da das Baumagazin einerseits einer ständigen Beaufsichtigung bedarf und da anderseits derartige Wohnungen in Lichtenfels nur sehr schwer und um unverhältnismäßigen Preis zu erhalten sind.

Laufende Nr.	Regierungsbezirk	Objekt der Bauführung	Kostenbetrag im ganzen	Kostenbetrag für ein Jahr der Finanzperiode
			M	M
		IV. Etats der Polizeiverwaltung.		
15	Oberbayern	Verwendung des ehemaligen Rentamtsgebäudes in Garmisch als Dienstgebäude für Gendarmerie	30,000	15,000
16	Mittelfranken	Erwerbung eines Privatanwesens in Ansbach und Adaptierung desselben für Gendarmeriezwecke	43,000	21,500
17	„	Verwendung und Adaptierung des ehemaligen Amtsgerichtsgefängnisgebäudes in Scheinfeld für Gendarmeriezwecke. (Einnahmeentgang 2000 M, Adaptierungskosten 6000 M)	8,000	4,000
18	Unterfranken und Aschaffenburg	Verwendung und Adaptierung des ehemaligen Rentamtsgebäudes in Karlstadt für Gendarmeriezwecke. (Einnahmeentgang 15,000 M, Adaptierungskosten 6700 M)	21,700	10,850
		Summe IV	102,700	51,350
		V. Etat für Landwirtschaft.		
19	Oberbayern	Vornahmen zur Erhöhung der Feuersicherheit in den Ställen und für Erbauung einer Wagenremise beim K. Stammgestüt in Achselschwang	20,000	10,000
		Summe V für sich.		
		VI. Reserve.		
20		Als Reserven für obige Bauten werden eingestellt	30,000	15,000
		Summe VI für sich.		
		Hiezu „ V	20,000	10,000
		„ IV	102,700	51,350
		„ III	284,800	142,400
		„ II	100,000	50,000
		„ I	229,500	114.750
		Gesamtsumme	767,000	383,500

Erläuterungen

Das durch einen mit dem Finanzgesetz für die Finanzperiode 1902 und 1903 genehmigten Neubau freigewordene Rentamtsgebäude in Garmisch eignet sich zur Verwendung für Gendarmeriezwecke. Der als Einnahmeentgang bezeichnete Betrag ist seinerzeit an den Kosten des Neubaues in Abzug gebracht worden. Im übrigen wird auf die Begründung zu den in der 27. Finanzperiode budgetierten Erweiterungs- und Neubauten im Etat für Sicherheit (Seite 203 der Etatsanlage C) Bezug genommen.

Die Gendarmeriestation in Ansbach ist in einem ärarialischen Gebäude — ehemalige Hofbauschmiede — untergebracht, das in einem Berghang eingebaut und dadurch so stark durchfeuchtet ist, daß ein Teil der Räume aus gesundheitlichen Gründen unbenützbar ist. Das Gebäude ist infolgedessen räumlich beschränkt, außerdem unzweckmäßig. Die dauernde Fortbenützung kann nicht stattfinden, sondern müßte entweder ein Ersatz durch Mietwohnungen oder durch einen anderen geeigneten Bau geschaffen werden. Ein zur Unterbringung der Station geeignetes Privatanwesen steht zur Verfügung. An dem für die Erwerbung und Instandsetzung nötigen Kosten ist der Verkaufswert des bestehenden Stationsgebäudes in Abzug gebracht.

Das durch einen mit dem Etat für die Finanzperiode 1908 und 1909 genehmigten Neubau freigewordene Gefängnisgebäude eignet sich zur Verwendung für Gendarmeriezwecke.

Das durch einen in der Finanzperiode 1906 und 1907 genehmigten Neubau freigewordene Rentamtsgebäude eignet sich zur Verwendung für Gendarmeriezwecke.

Ein Teil der Stallungen bei den Gestütsvorwerken Engenried, Hübschenried und Stillerhof ist mit einfachen Holzdecken, teils mit, teils ohne Mörtelverputz überdeckt, über denen unmittelbar die Heuböden liegen. Durch den Stalldunst leiden die Heuvorräte; außerdem aber bieten diese Decken nicht den geringsten Schutz gegen die Übertragung eines im Heuboden entstehenden Brandes auf die Stallung, deren Inhalt an wertvollem Pferdematerial hiedurch ständig sehr gefährdet erscheint. Die Herstellung geeigneter, die Übertragung von Feuer und Stalldunst schützenden Decken erfordert

a) beim Gestütsvorwerk Engenried	6000 ℳ
b) „ „ Hübschenried	3000 ℳ
c) „ „ Stillerhof	8000 ℳ
zusammen	17,000 ℳ
hiezu ferner die Erbauung einer Wagenremise in Hübschenried, die zur Unterstellung der Ökonomiefahrzeuge nötig ist	3000 ℳ
Gesamtsumme	20,000 ℳ

München, den 19. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Erläuternde Bemerkungen

zu den

Besoldungen und Bureauausgaben

auf den

Etat der Staatsbauverwaltung (Ziffer III).

I.

Die dermalige Organisation des Staatsbauwesens besteht seit dem Jahre 1872 (K. Verordnung vom 23. Januar 1872 Reg.Bl. S. 337) und hat somit eine Zeit überdauert, in der das private und öffentliche Bauwesen eine gewaltige Veränderung erfahren hat. Im Hoch- und im Tiefbau hat die Tätigkeit in außerordentlichem Maße zugenommen; die künstlerische und die technische Ausführung der Bauten haben sich weitgehend vervollkommnet, die Entwicklung der Gesundheitslehre und der sozialen Fürsorge, die Erfindung neuer Verkehrsmittel haben umgestaltend auf das Bauwesen eingewirkt, das seinerseits einen immer größeren Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der ganzen Bevölkerung gewonnen hat.

Die in einer überhastigen Entwicklung fast vergessenen Lehren des Städtebaues müssen den neuen Verhältnissen angepaßt werden, eine der Natur der Landschaft und dem Volkscharakter sich anschmiegende Bauweise wird wieder angestrebt, neue Baustoffe und neue Verbindungen derselben drängen sich auf; Fahrrad und Kraftwagen haben viele fast verödete Landstraßen wieder belebt und erfordern neue Bau- und Unterhaltungsweisen; eine geregelte Wasserwirtschaft ist gegenüber den Bedürfnissen des Verkehrs nach Wasserstraßen, der Städte und Gemeinden nach Versorgung mit Trinkwasser und Abfuhr des Schmutzwassers, der Landwirtschaft nach Schutz des bebauten Bodens gegen Abbruch und Ueberschwemmung sowie nach befruchtender Befeuchtung, dann der Industrie, des Handwerks und der Landwirtschaft, ja der ganzen Bevölkerung nach billiger Kraft und Beleuchtung, ein unabweisbares Bedürfnis geworden.

Diesen an Zahl und Schwierigkeiten immer mehr anwachsenden Aufgaben, an denen allen das öffentliche Bauwesen unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, hat die Staatsbauverwaltung in ihrer bestehenden Organisation nur mit äußerster Anstrengung entsprechen können.

In einer noch schwierigeren Lage befindet sich aber der distriktive Baudienst. Die finanzielle Schwäche der meisten Distrikte und die Zersplitterung der technischen Aufgaben in so zahlreichen engbegrenzten Bezirken erlaubt nicht die Gewinnung von technischen Kräften, die für die doch häufig sehr schwierigen Aufgaben genügen. Es ist dies doppelt empfindlich, weil die von den Distrikten angestellten Techniker sehr stark auch mit direkt staatlichen Angelegenheiten (Bau-, Gewerbe- Sicherheits- und Wasserpolizei, Staatsaufsicht bei Gemeinden und Stiftungen) beschäftigt werden, was dann noch dazu geführt hat, daß die Distriktstechniker ihrer eigentlichen ursprünglichen Aufgabe, das ist die Sorge um eine gute Unterhaltung der Distriktsstraßen, zu sehr entzogen wurden. Für einen höher gebildeten Techniker, der allen erwähnten Aufgaben gewachsen wäre, bietet die zumeist unbefriedigende Bezahlung und Stellung der Distriktstechniker keinen Anreiz zum Eintritt in diesen Dienstzweig, während solche dem Staatsbaudienste fast im Uebermaß zugehen.

Unter diesen Umständen liegt der Gedanke einer möglichst engen Vereinigung der beiden technischen Dienstzweige auf der Hand. Hiebei wäre es möglich, die Beamten der allgemeinen Verwaltung für die an Zahl und Bedeutung ebenfalls zunehmenden Aufgaben ihres eigentlichen Gebietes freizumachen, die höher und besser geschulten technischen Beamten von niederen Dienstgeschäften zu entlasten und dem mittleren technischen Personale ein seiner Leistungsfähigkeit entsprechendes größeres Arbeitsgebiet einzuräumen. Selbstverständlich wären dabei die den Distrikten, Gemeinden und öffentlichen Stiftungen zustehenden Rechte nach Möglichkeit zu wahren und die Verhältnisse des gegenwärtigen distriktiven Baupersonales in loyaler Weise zu berücksichtigen. Ebenso selbstverständlich ist es, bei der Austeilung des technischen Personales dafür Sorge zu tragen, daß den Behörden der allgemeinen Verwaltung in dringenden Fällen technischer Rat und technische Hilfe nahe erreichbar ist.

Es ist beabsichtigt, die Einzelheiten einer solchen Organisation des ganzen öffentlichen Baudienstes in einer besonderen Denkschrift darzulegen und zu begründen. Um jedoch das erforderliche Personal vorher aus- und umbilden zu können und

praktische Erfahrungen über die Bewährung der beabsichtigten Organisation zu sammeln, ist in Aussicht genommen, diese Organisation nicht auf einmal, sondern allmählich einzuführen. Für je 1 Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 sind unter Ziff. III Kap. 1 § 1 Tit. 4 für den Beginn des Organisationswerkes 50000 ℳ in das Budget eingesetzt.

II.

Unabhängig von diesem Teile der Neuordnung des öffentlichen Baudienstes sind jedoch zur Förderung desselben in der Staatsbauverwaltung alsbald verschiedene Maßnahmen notwendig, um sie bis zur Vollendung der Organisation leistungsfähiger zu gestalten.

Es sind dies:

1. Gründliche Regelung der Verhältnisse der Regierungsbaumeister. Hierzu gehören eine Revision der K. Verordnung vom 5. Februar 1872, die Prüfungen für den Staatsbaudienst betreffend (Reg.Bl. S. 501), Bestimmungen über die Erteilung oder Verweigerung der Anwartschaft auf den Staatsdienst, Vorschriften über die technische und wirtschaftliche Ausbildung vor und nach der Staatsprüfung, Bestimmungen über Urlaub und Tätigkeit auch in der Privatpraxis und ähnliches. Während diese Punkte ohne nennenswerten Einfluß auf den Etat der Staatsbauverwaltung bleiben, sind im Budget als Bezüge der Regierungsbaumeister neu vorgesehen:
1800 ℳ jährlich für Beschäftigung bei Bauämtern,
2100 ℳ „ „ „ „ Regierungen,
2400 ℳ „ „ „ im Ministerium und bei den Zentralstellen.

2. Entlastung der akademisch gebildeten Beamten von den ihren eigentlichen Aufgaben fern liegenden oder ihrer Ausbildung nicht angemessenen Geschäften durch Zuteilung entsprechend vorgebildeter Hilfskräfte, wobei ein möglichst großer Teil des Arbeitsgebietes dem mittleren technischen Personale zuzuweisen ist. Regelung der Verhältnisse dieses Personales, insbesondere durch Einführung einer Vorbereitungszeit und einer Prüfung.

3. Weitere Vereinfachung im Geschäftsgange und im Etats- und Rechnungswesen. Vermeidung wiederholter Entwurfsbearbeitungen durch frühzeitige Aufstellung von Bauprogrammen und Vorentwürfen und durch erhöhte persönliche Einflußnahme der Regierungs- und Ministerialreferenten auf die Entwurfsarbeiten.

4. Bei der Obersten Baubehörde ist für das Tiefbauwesen eine systematische Gliederung der zahlreicher gewordenen Referate und ein fester Zusammenschluß der Organe (Straßen-, Brücken-, Wasserbau- und Landeskulturbauwesen, Wasserkraftanlagen, Wasserversorgung, Gewässerkunde) unter einheitlicher Leitung nötig.

III.

Zu den Etatspositionen im einzelnen ist folgendes zu bemerken:

A. Oberste Baubehörde:

Im Hochbauwesen ist entsprechend der Entwicklung der Technik ein Spezialist für Installation (Heizung, Lüftung, Wasser-Zu- und Ableitung) im Rang und Gehalt eines Re- Regierungs- und Bauassessors vorzusehen, der durch Prüfung von Projekten, Vergebung, Überwachung und Abnahme von Arbeiten, Überwachung des Betriebes ausgeführter Anlagen große Ersparnisse herbeiführen kann. Für elektrische Beleuchtungsanlagen kann der für das Tiefbauwesen beantragte Elektrotechniker hier mitwirken.

Außerdem sind erforderlich:
2 Geh. Sekretäre in Klasse 13 der Gehaltsordnung und
1 techn. Sekretär „ „ 14 „ „

Im Tiefbauwesen sind für die Durchführung der großen systematischen Flußkorrektionen
1 Regierungs- und Baurat und
1 Regierungs- und Bauassessor sowie
1 techn. Sekretär in Klasse 14 der Gehaltsordnung
erforderlich. Außerdem sind für die Wasserkraftabteilung
2 Bauamtsassessoren, statt der fortgesetzt wechselnden Regierungsbaumeister und
1 Elektrotechniker im Rang und Gehalt eines Regierungs- und Bauassessors vorgesehen.

Letzterer hätte auch im Hochbauwesen und zur Beratung für die Gemeinden und Genossenschaften bezüglich des elektrotechnischen Teiles von Wasserkraftprojekten tätig zu sein.

Die Wasserkraftabteilung soll auch noch
1 Kanzleiassistenten in Klasse 21 der Gehaltsordnung
1 Bauzeichner „ „ 21 „ „
1 Boten „ „ 21 „ „
erhalten.

Ferner sind bei der Obersten Baubehörde notwendig für Hoch- und Tiefbau zusammen:
1 Bote in Klasse 21 der Gehaltsordnung sowie
1 Kanzleiassistentin in Klasse 29 der Gehaltsordnung.

B. Hydrotechnisches Bureau.

Zur Erweiterung des Betriebes des Hydrotechnischen Bureaus, insbesondere zur Verarbeitung und Veröffentlichung des sich immer mehr anhäufenden Beobachtungsmateriales sind erforderlich:
1 Bauamtsassessor statt eines Regierungsbaumeisters
1 Bauführer in Klasse 17 der Gehaltsordnung.

Auch die Kanzlei-, Registratur- und Expeditionsgeschäfte haben sich derart vermehrt, daß weitere Hilfskräfte notwendig geworden sind und zwar:
1 Sekretär in Klasse 17 der Gehaltsordnung sowie
1 Kanzleiassistent in Klasse 23 der Gehaltsordnung.

C. Kreisbauverwaltung.

Für den eigentlichen Staatsbaudienst genügt die Zahl der vorhandenen Referenten. Nur in Mittelfranken ist die Schaffung der Stelle eines Regierungs- und Baurates statt eines Regierungs- und Bauassessors geboten, da die dort besonders verwickelten bau- und gewerbepolizeilichen Verhältnisse eine mit diesen wohl vertraute Kraft verlangen, welche durch die oft wechselnde Person eines Regierungs- und Bauassessors nicht mit Sicherheit geboten wird.

Was die Behandlung des distriktiven Baudienstes bei der Kreisbauverwaltung anlangt, so ist bei dessen jetziger Einrichtung eine wirklich fruchtbare Überwachung durch die Referenten der Regierung, selbst wenn deren Zahl vermehrt würde, kaum möglich und wird die Weitergestaltung hier erst bei der Neuorganisation des öffentlichen Bauwesens zu bestimmen sein.

Wichtig und notwendig dagegen ist es, Regierungsbaumeister als höher vorgebildete Hilfskräfte bei den Regierungen einzustellen, um den Referenten die umständliche

Revision der Projekte abzunehmen und sie mehr für Anregungen und Überwachung im äußeren Dienste freizumachen. Vor allem aber sollen im Hinblick auf die künftige Organisation durch diese Maßregel die Referenten selbst noch mehr und jüngere technische Kräfte neu mit den besonderen Anforderungen des distriktiven Baudienstes vertraut gemacht werden.

Zurzeit sind 5 Regierungsbaumeister bei den Regierungen verwendet. Erforderlich jedoch sind für den vorgedachten Zweck im ganzen 8 für den Hochbau (für jede Regierung ein Regierungsbaumeister) und 9 für den Tiefbau (für jede Regierung außer Oberbayern 1 Regierungsbaumeister, für Oberbayern 2). Im ganzen sind sonach neu anzustellen 12 Regierungsbaumeister mit einem Jahresgehalt von 2100 *M*.

D. Wildbachverbauungssektionen.

Die Zunahme der Geschäftsaufgabe bei den Wildbachverbauungssektionen erfordert eine Vermehrung des Hilfspersonales. Es sind notwendig:

1 Bauzeichner in Klasse 21 der Gehaltsordnung
2 Flußmeister " " 22 " "
1 Kanzleiassistent in " 26 " "

E. Äußere Bauverwaltung.

Die Bezirke mehrerer Bauämter sind sehr groß, namentlich gilt dies für den Straßen- und Flußbaudienst und verstärkt sich hier noch bei Durchführung der großen Flußkorrektionen. Es wäre daher die Errichtung einiger neuen Bauämter sehr erwünscht; es wird jedoch mit Rücksicht auf die Finanzlage und auf die noch nicht feststehenden Einzelheiten der neuen Organisation des öffentlichen Baudienstes hiervon abgesehen und es soll durch Zuteilung weiteren, insbesondere mittleren Personales und kleiner Kraftwagen versucht werden, den höheren Beamten die untergeordneten Geschäfte des täglichen Dienstes abzunehmen und ihnen einen freieren und rascheren Überblick über ihre großen Bezirke zu verschaffen und auch ihnen Gelegenheit zu geben, sich mit den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Bevölkerung, wie sie in dem distriktiven und Gemeindebaudienst zu Tage treten, vertraut zu machen, und sie durch Rat und Tat zu fördern.

Zu diesem Zwecke sind erforderlich:

3 neue Stellen von Bauamtsassessoren für das Hochbaufach,
8 neue Stellen von Bauamtsassessoren für das Tiefbaufach,

die den durch ihren Umfang und durch die neuen Dienstesaufgaben besonders belasteten Ämtern zu überweisen sein werden.

Von nicht minderer, ja fast von größerer Wichtigkeit ist die vermehrte Einstellung eines gut vorgebildeten, zuverlässigen und ständigen mittleren Personales. Denn es ist eine alte und berechtigte Klage, daß die höheren Beamten der Staatsbauverwaltung in ganz außerordentlicher Weise mit Arbeiten belastet sind, die sehr wohl von mittlerem Personale geleistet, und daß gewisse Arbeiten einem noch niedrigeren Personale übertragen werden könnten.

An neuen derartigen Stellen sind vorgesehen:

a) vorläufig 24 Stellen von Straßenmeistern.

Eine solche Forderung war bereits in der Finanzperiode 1902 und 1903 vorgesehen, wurde jedoch damals von der Kammer der Abgeordneten abgelehnt. Es muß heute auf sie zurückgekommen werden, denn seit dieser Zeit sind mit der Steigerung des Verkehrs auf den Zufahrtsstraßen zu den Eisenbahnen, mit der zunehmenden Verwendung von Kraftwagen auf den Landstraßen, wie überhaupt mit den ganz allgemein gesteigerten Anforderungen hinsichtlich der Leistungsfähigkeit und Bequemlichkeit der Verkehrswege stets neue Aufgaben im Straßenbau an die Bauämter hinzugekommen, zu deren Durchführung es vielfach einer häufigen und eingehenden Anweisung und Belehrung der Straßenwärter bedarf. Dies in die Wege zu leiten, ist wohl Sache der Amtsvorstände und Nebenbeamten, jedoch kann die unmittelbare und unausgesetzte Beaufsichtigung des Straßenunterhaltungsdienstes von ihnen dauernd nicht geleistet werden. Hier sollen nach dem Vorgange in anderen deutschen Bundesstaaten die Straßenmeister einsetzen. Sie sollen auf Grund eigener Erfahrung die Straßenwärter bei ihren Unterhaltungsarbeiten, stets rechtzeitig, dem Bau und dem jeweiligen Zustande der Straße, sodann dem Verkehr und der Witterung entsprechend anweisen.

Bei der Wahl dieses Personales wird in erster Linie auf eine praktische Erfahrung im Straßenunterhaltungsdienste zu sehen sein, sodaß die vorgesehenen Stellen zum Teil Vorrückungsstellen für besonders tüchtige Straßenwärter sein würden.

Der Jahresbedarf für einen Straßenmeister ist zu veranschlagen, wie folgt:

1800—2400 *M* Gehalt nach Klasse 22 der Gehaltsordnung, sodann an sächlichen Ausgaben für jeden Straßenmeister:
20 *M* Schreibaversum,
80 *M* Bureauaversum,
600 *M* Tagegelder und Übernachtungsgebühren gegen Nachweis,
100 *M* Pauschalentschädigung für Benützung eines Fahrrades,
150 *M* für unvermeidliche Eisenbahnfahrkarten,
zus. 950 *M* an sächlichen Ausgaben.

b) 25 Bauführer nach Klasse 17 der Gehaltsordnung (1800—3600 *M*) für sonstige Hilfeleistung bei Bureauarbeiten und bei Bauaufsicht sowohl bei den Straßen- und Flußbauämtern, wie bei Landbauämtern.

c) 30 Kanzleiassistenten nach Klasse 26 der Gehaltsordnung (1200—2100 *M*) zur Besorgung von Schreibgeschäften und dergleichen insbesondere wegen Entlastung des mittleren Personales von diesem.

d) Außerdem sind noch nötig
1 Maschinist nach Klasse 22 der Gehaltsordnung,
1 Flußmeister " " 22 " "
2 Diener " " 28 " "

Sämtliche neuen Stellen sind ab 1. September 1910 vorgesehen.

München, den 19. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Erläuternde Bemerkungen

zu den

Etatsansätzen des kulturtechnischen Dienstes (Ziffer III).

In der dem Etat des Staatsministeriums des Innern für die Periode 1908 und 1909 beigegebenen Denkschrift über die Personalvermehrung aus Anlaß des Vollzuges des Wassergesetzes (Anlage E des Etats Nr. 27) ist die Notwendigkeit der Verstaatlichung und des weiteren Ausbaues des kulturtechnischen Dienstes ausführlich begründet und dabei hauptsächlich auf die Mitwirkung der Kulturingenieure beim Vollzug des neuen Wassergesetzes hingewiesen.

In der Tat hat denn auch schon das erste Jahr der Wirksamkeit des bezeichneten Gesetzes gezeigt, daß die in der genannten Denkschrift ausgesprochene Ansicht, ohne Beiziehung der Kulturingenieure sei ein sachgemäßer Vollzug des neuen Wassergesetzes in vielen Fällen geradezu unmöglich, völlig zutreffend ist. Außer der Beihilfe bei der Beaufsichtigung der Privatflüsse und Bäche und deren Instandhaltung, der Gutachtensabgabe bei Stauanlagen, der Setzung von Eichpfählen, der Beihilfe bei Aufnahmen und Messungen in Überschwemmungsgebieten, bei der Bildung von Wassergenossenschaften, bei der Führung der Wasserbücher und der Teilnahme an den gesetzlichen Wasserschauen usw. hat insbesondere auch der Vollzug des Art. 19 des neuen Wassergesetzes eine ganz außerordentliche Inanspruchnahme der amtlichen Kulturingenieure herbeigeführt.

Diese teils durch den Vollzug des Wassergesetzes, teils durch den erfreulicherweise immer mehr hervortretenden Kultureifer der Landwirte bedingte wesentlich erhöhte Inanspruchnahme des öffentlichen kulturtechnischen Dienstes im Jahre 1908 zwang dazu, die in Aussicht genommenen Kulturbauämter möglichst bald und wenigstens in der Anzahl zu errichten, wie es die zur Verfügung stehenden Mittel und das vorhandene geeignete Personal ermöglichten. (Über die Errichtung von Kulturbauämtern siehe die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten

- in der 72. Sitzung vom 31./I. 1908, Stenogr. Ber. S. 1076, 1077, 1082 und 1086;
- in der 73. Sitzung vom 4./II. 1908, Stenogr. Ber. S. 1118;
- in der 110. Sitzung vom 27./III. 1908, Stenogr. Ber. S. 219, und
- in der 111. Sitzung vom 30./III 1908, Stenogr. Ber. S. 224, 229, 230, 234, 235, 237, 238, 239, 240, 245, 248;

dann in den Verhandlungen der Kammer der Reichsräte:

- in der Sitzung am 13./III. 1907, Stenogr. Ber. S. 530 und
- in der Sitzung des II. Ausschusses der Kammer der Reichsräte vom 4./V. 1908, gedrucktes Protokoll S. 21).

Vorerst war die Einrichtung von 21 Kulturbauämtern vom 1. Januar 1909 ab möglich und zwar, wie aus der später folgenden Übersicht hervorgeht, von 5 in Oberbayern, 4 in Schwaben und von je 2 in den übrigen Regierungsbezirken (siehe die K. Verordnung über die Neuregelung des kulturtechnischen Dienstes vom 21. Dezember 1908 und Ministerialbekanntmachung vom 22. Dezember 1908 [G. u. V.Bl. S. 1159 bezw. 1175]).

Diese auffällig verschiedene Verteilung der Ämter auf die einzelnen Kreise ist darauf zurückzuführen, daß die Kreise Oberbayern und Schwaben auf den Ausbau des kulturtechnischen Dienstes und dessen Dezentralisation bisher schon viel mehr Mittel aufgewendet und auch auf die Heranbildung eines entsprechenden Nachwuchses von höherem und unterem Personal mehr bedacht waren wie andere Kreise. Es wäre daher jedenfalls von jenen als Unrecht empfunden worden, wenn sie nun zugunsten der in dieser Hinsicht zurückgebliebenen Kreise von kulturtechnischem Personal entblößt worden wären.

Es mußte demgemäß bei der Einrichtung der Kulturbauämter in den Kreisen mit einer weniger guten kulturtechnischen Organisation im wesentlichen mit dem vorhandenen Personal solange auszukommen gesucht werden, bis ein geeigneter Nachwuchs und die zur Verfügung gestellten Mittel diese Lücken auszufüllen gestatten werden.

Die Unterbringung dieser 21 Ämter machte keine Schwierigkeiten; drei davon konnten in Staatsgebäuden eingerichtet werden und für die anderen wurden Privaträume gemietet, die zusammen nur etwa 11 000 ℳ Miete kosten. In den nächsten Jahren werden noch 2 dieser Ämter in staatlichen Gebäuden untergebracht werden können.

Die vollständige Angliederung eines Kulturbauamts an ein Straßen- und Flußbauamt erwies sich nach eingehender Prüfung nicht für durchführbar.

Die Besetzung dieser Kulturbauämter ist zurzeit gegenüber den anfallenden Dienstgeschäften noch vielfach eine un-

genügende; doch konnte jedem derselben ein vorschriftsmäßig ausgebildeter Kulturingenieur als Amtsvorstand mit dem allernotwendigsten Hilfspersonal zugeteilt werden.

Nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die derzeitige Besetzung der einzelnen Ämter.

Mit Rücksicht auf die Finanzlage und das vorhandene geeignete Personal sind an etatsmäßigen Stellen nur acht neue Bezirkskulturingenieurstellen eingesetzt, um wenigstens alle Leiter der Kulturbauämter etatsmäßig anstellen und dem kulturtechnischen Referenten im Staatsministerium des Innern einen Hilfsarbeiter beigeben zu können.

An nichtetatsmäßigen Stellen sind je 19 Regierungsbaumeister und Kulturaufseher vorgesehen, um vorerst den am meisten belasteten Ämtern tüchtiges und ständiges Hilfspersonal beigeben zu können; außerdem sind 37,985 ℳ für unständiges Hilfspersonal (geprüfte Praktikanten und Kulturgehilfen) in der Position für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen bei den Kulturbauämtern eingestellt.

Da der kulturtechnische Dienst sich fast während des ganzen Jahres in der Hauptsache im Freien abspielen muß, war eine Erhöhung der Position für Tagegelder und Reisekosten um 13,315 ℳ unvermeidlich. Ferner waren die sächlichen Ausgaben für Mieten für die in Privaträumlichkeiten untergebrachten Ämter, Beheizung und Beleuchtung, Neuanschaffung von Zeichen- und Meßinstrumenten, von Einrichtungsgegenständen und dergleichen um 24,912 (darunter einmalig 7300) ℳ zu erhöhen.

Der Bedarf für die neuerrichtete kulturtechnische Schule in Pfarrkirchen erscheint zum ersten Male im Etat.

Zum Zwecke der Errichtung dieser Schule wurde bereits im Etat für 1906 und 1907 der Staatszuschuß für den kulturtechnischen Dienst erhöht (Ziffer VIII, Kap. 1 B II); zur Errichtung der Schule kam es aber erst im Jahre 1909, da vorher der Neubau für die K. Landwirtschaftsschule in Pfarrkirchen, an welche die kulturtechnische Schule angegliedert ist, nicht vollendet war.

(Siehe die Stenogr. Ber. über die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten der Session 1903/04 Band 15 S. 243 und 245, dann die eingangs dieser Bemerkungen erwähnte Denkschrift S. 182, ferner die Stenogr. Ber. über die Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten Nr. 5 vom 10. X. 1907 S. 115, Nr. 72 vom 31. I. 1908 S. 1082, Nr. 110 vom 27. III. 1908 S. 217 und 218 und Nr. 111 vom 30. III. 1908 S. 246.)

Die Schule umfaßt zwei Kurse, einen ganzjährigen und einen Winterkurs. Der ganzjährige Kurs wurde an Ostern dieses Jahres mit 12 Schülern eröffnet. Das Lehrziel der Schule wird durch theoretischen Unterricht in der Schule und durch praktische Verwendung bei den Kulturbauämtern zu erreichen gesucht. Der gesamte Unterricht wird von den Beamten des Kulturbauamtes Pfarrkirchen und den Lehrern der Landwirtschaftsschule im Nebenamte erteilt. (Vergl. die Schulordnung für die kulturtechnische Schule, abgedruckt im Ministerialamtsblatt 1908 S. 279.)

Über die Tätigkeit der Kulturbauämter im ersten Jahre nach der Verstaatlichung des kulturtechnischen Dienstes werden seinerzeit besondere Mitteilungen zugehen.

Anlage E.

Übersicht über die derzeitige Besetzung der einzelnen Kulturbauämter.

Name des Kulturbauamtes	Vorstand	Nebenbeamte	Regierungsbaumeister	Praktikanten	Kulturbauführer	Kulturaufseher	Kulturgehilfen
1. Oberbayern.							
München	etatsm. Bezirkskulturingenieur	—	1	1	2	—	1—2
Ingolstadt	funkt. "	—	1	1	1	—	1
Weilheim	etatsm. "	—	1	1	2	—	—
Rosenheim	" "	—	1	1	2	—	1—2
Mühldorf	" "	—	—	1	2	—	1—2
2. Niederbayern.							
Deggendorf	funkt. "	—	1	1	2	—	1—2
Pfarrkirchen	etatsm. "	—	1	—	2	—	1—2
3. Pfalz.							
Neustadt	etatsm. "	1 Bezirkskulturingenieur	—	1	—	—	2
Homburg	" "	—	—	1	1	—	1—2
4. Oberpfalz.							
Regensburg	funkt. "	—	1	1	—	—	4—5
Weiden	etatsm. "	—	1	1	3	—	1
5. Oberfranken.							
Bayreuth	funkt. "	—	1	1	3	—	1
Bamberg	etatsm. "	—	—	1	2	—	1
6. Mittelfranken.							
Ansbach	etatsm. "	—	1	1	1	—	1
Nürnberg	" "	—	—	2	1	—	—
7. Unterfranken.							
Würzburg	funkt. "	—	1	1	2	—	1
Schweinfurt	" "	—	—	2	1	—	1
8. Schwaben.							
Donauwörth . . .	etatsm. "	—	1	1	2	—	1
Günzburg	funkt. "	—	1	2	1	—	1
Kaufbeuren	etatsm. "	—	—	1	1	—	1
Kempten	" "	—	—	1	1	—	1
Summe	14 etatsm. Bezirkskulturingenieure 7 funkt. "	1	13	23	32	—	23—30

München, den 19. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern.

von Brettreich.

Etat Nr. 28.

Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Mit Anlagen A—C.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer I. Allgemeiner Ministerial-Etat.	
			Staatsministerium.	
1			**Persönliche Ausgaben.**	
			A. **Allgemeines.**	
	1		Besoldungen der Beamten	240,529[1]
	2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,380
	3		Tagegelder und Reisekosten	6,000
			Summe A	247,909
			B. **Ministerialabteilung für die humanistischen und realistischen Mittelschulen.**	
	1		Besoldungen der Beamten	39,600
	2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
	3		Funktionsbezüge der Mitglieder des Obersten Schulrats	8,750
	4		Tagegelder und Reisekosten	7,500
			Summe B	55,850
			Hiezu „ A	247,909
			Summe Kap. 1	303,759
2			**Sächliche Ausgaben** (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl.)	27,500
			Summe Kap. 2	27,500
			Hiezu „ „ 1	303,759
			Summe Ziffer I (Allgemeiner Ministerialetat)	331,259

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
220,760	19,769	—	A S. 84	[1]) Hierunter 1299 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
1,380	—	—		
6,000	—	—		
228'140	19,769	—		
34,125	5,475	—	A S. 85	
—	—	—		
8,750	—	—		
7,500	—	—		
50,375	5,475	—		
228,140	19,769	—		
278,515	25,244	—		
28,950	—	1,450[2])		[2]) Minder: 1750 M durch den Wegfall der einmaligen Willigung für die Einrichtung der Bureaus der 5 technischen Beamten; mehr: 300 M, welche von Ziffer IV Kap. 3 § 1 hieher übertragen wurden; 1450 M effektiv minder.
28,950	—	1,450		
278,515	25,244	—		
307,465[3])	25,244	1,450		[3]) 288,035 M ursprünglicher Budgetbetrag, 19,430 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 307,465 M Summe wie neben.
	23,794			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung.	
			A. Allgemeine Bildungsanstalten.	
1			**Landes-Universitäten.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse.	
			a) An die Universität München	12,041
			b) An die Universität Würzburg	16,286
			c) An die Universität Erlangen	80,886
			Summe § 1	109,213
	2		Besondere Staatszuschüsse.	
		1	Im allgemeinen.	
			a) an die Universität München	1'802,234[1]
			b) An die Universität Würzburg	889,025
			c) An die Universität Erlangen	980,688[2]
		2	Für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen an den drei Landesuniversitäten	21,000
			Summe § 2	3'692,947[3]
			Hiezu „ § 1	109,213
			Summe Kap. 1	3'802,160

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
12,041	—	—		
16,286	—	—		
80,886	—	—		
109,213	—	—		
1'466,795	335,439	—	A S. 86/8 C S. 169/77	
788,085	100,940	—	A S. 86/8 C S. 178/83	
941,710	38,978	—	A S. 86/8 C S. 183/87	
21,000	—	—		
3'217,590	475,357	—		
109,213	—	—		
3'326,803[4]	475,357	—		

[1]) Die seitherigen Willigungen
a) zu jährlich 57,880 ℳ zum Ersatz des durch den Erweiterungsbau der Universität eingetretenen Rentenentganges und zur Ergänzung des aufgewendeten Kapitals und
b) zu jährlich 7000 ℳ zur Ergänzung des Bauunterhaltungsetats auf die Dauer der Annuitätenzahlungen für die Bauschulden der Universität kommen erst nach Beendigung der Kapitalsergänzung in Wegfall.

[2]) Darunter 7000 ℳ zur Einrichtung einer zahnärztlichen Poliklinik künftig wegfallend.

[3]) Hierunter 10,778 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.

[4]) 3'179,440 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
147,363 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
3'326,803 ℳ Summe wie neben.

Voranschlägige Einnahmen der Universitäten für jedes der Jahre 1910 und 1911:

Universität	aus Realitäten und Rechten	Zinsen aus Aktivkapitalien	Immatrikulations- und Promotionsgebühren sowie sonstige Zuschüsse	Summe
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
München	79,013	170,149	131,913	381,075
Würzburg . . .	135,942	187,184	48,623	371,749
Erlangen	2,334	44,430	38,141	84,905
Summe	217,289	401,763	218,677	837,729

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
2			**Technische Hochschule.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	658,694 [1)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	21,318
		3	Für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren, sowie zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen .	10,000
		4	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	691,012
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel für Sammlungen, Werkstätten, Laboratorien 2c.	244,940
		2	Für Exkursionen	5,750
		3	Stipendien	8,100
			Summe § 2	258,790
			Hiezu „ § 1	691,012
			Summe Kap. 2	949,802
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	112,000
			Restausgabe Kap. 2	837,802
3			**Lyzeen.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	1,200
	2		Besondere Staatszuschüsse	376,261 [4)]
			Summe Kap. 3	377,461

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
534,736	123,958	—	A S. 90 CS.188/191
13,408	7,910	—	CS.188/191
3,000	7,000	—	CS.188/191
1,000	—	—	
552,144	138,868	—	
224,475	33,965	13,500[2]	CS.188/191
5,750	—	—	
8,100	—	—	
238,325	33,965	13,500	
	20,465	—	
552,144	138,868	—	
790,469	159,333	—	
50,000	62,000	—	CS.188/191
740,469[3]	97,333	—	
1,200	—	—	
322,213	54,048[5]	—	A S. 91
323,413[6]	54,048	—	

Erläuterungen

[1]) Hierunter 5143 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.

Der Betrag von 658,694 ℳ setzt sich zusammen aus 650,721 ℳ nach Anlage A und 7973 ℳ für Aufbesserung der Assistentenbezüge.

[2]) Einmalige Willigungen in der Finanzperiode 1908 und 1909.

[3]) 709,082 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
31,837 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
740,469 ℳ Summe wie neben.

[4]) Hierunter 1086 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.

[5]) Mehr:
34,146 ℳ nach Besoldungsausweis Anlage A,
2,112 ℳ unabweisbarer Mehrbedarf für Unterrichtsmittel, Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und sonstige sächliche Bedürfnisse,
782 ℳ Ausfall an eigenen Einnahmen,
17,008 ℳ freiwilliger Zuschuß zur Aufbesserung der Gehälter der Professoren des Bischöflichen Lyzeums Eichstätt bis zum Betrage der Gehälter der außerordentlichen Professoren an den staatlichen Lyzeen.
54,048 ℳ Summe.

Die bisherigen Bezüge der Professoren an dem Bischöflichen Lyzeum in Eichstätt sind erheblich geringer als jene der Professoren an den staatlichen Lyzeen nach der neuen Gehaltsordnung. Die dem Bischofe in Eichstätt zum Unterhalte des Lyzeums zur Verfügung stehenden Mittel reichen jedoch zur Gewährung einer entsprechenden Gehaltsaufbesserung nicht aus. Das Bischöfliche Ordinariat Eichstätt hat deshalb um einen freiwilligen Staatszuschuß gebeten, damit die Gehälter der Professoren in Eichstätt wenigstens den Gehältern der außerordentlichen Professoren an den staatlichen Lyzeen angeglichen werden können. Diesem Antrage wurde aus Billigkeitserwägungen und um den Fortbestand der Anstalt wegen der sonst zu erwartenden Schwierigkeit des Professorenersatzes nicht zu gefährden durch Einstellung der vorbezeichneten Summe in das Budget entsprochen.

[6]) 302,275 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
21,138 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
323,413 ℳ Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
4			**Humanistische Gymnasien.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	66,135
			Summe § 1 für sich.	
	2		Besondere Staatszuschüsse	4'976,986[2)]
			Summe § 2 für sich.	
			Summe Kap. 4	5'043,121
5			**Realgymnasien.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	518,140[4)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	22,011
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	540,151
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel u. dergl.	50,373[5)]
		2	Mietzinse	28,708
			Summe § 2	79,081
	3		Für die pädagogisch-didaktische Vorbildung der Lehramtskandidaten für Realien und Mathematik, dann für Zeichnen und Modellieren	29,000
			Summe § 3 für sich.	
			Hiezu „ § 2	79,081
			„ § 1	540,151
			Summe Kap. 5	648,232
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	60,000
			Restausgabe Kap. 5	588,232

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
62,451	3,684[1]	—		[1]) Mehr infolge Steigerung der Naturalienpreise.
4'190,812	786,174	—	A S. 92/93 C S. 192	[2]) Hierunter 6078 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
4'253,263[3]	789,858	—		[3]) 3'893,447 M ursprünglicher Budgetbetrag, 359,816 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 4'253,263 M Summe wie neben.
415,957	102,183	—	A S. 94	[4]) Hierunter 420 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend. Der Betrag von 518,140 M setzt sich zusammen aus 517,600 M nach Anlage A und 540 M für Aufbesserung der Assistentenbezüge.
19,865	2,146	—	C S. } C S. } 193/4	
—	—	—		
435,822	104,329	—		
38,716	11,657	—	} C S. 193/4	[5]) Hierunter 1000 M einmaliger Bedarf (für die physikalisch-chemischen Schülerübungen) künftig wegfallend.
16,050	12,658	—		
54,766	24,315	—		
20,000	9,000	—		
54,766	24,315	—		
435,822	104,329	—		
510,588	137,644	—		
55,000	5,000	—		
455,588[6]	132,644	—		[6]) 418,538 M ursprünglicher Budgetbetrag, 37,050 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 455,588 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
6			**Technikum in Nürnberg.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	145,219[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	5,370
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	151,589
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Stipendien u. dergl.)	33,483
			Summe § 2 für sich.	
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	11,558
			Restausgabe § 2	21,925
			Hiezu Summe § 1	151,589
			Summe Kap. 6	173,514
7			**Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen.**	
	1		Baugewerkschule mit Gewerbelehrer-Institut.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Besoldung der Beamten	129,768[3]
			b) Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	12,000
			c) Tagegelder und Reisekosten	1,500
			Summe Tit. 1	143,268
		2	Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Stipendien u. dgl.	61,716
			Summe Tit. 2 für sich.	
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	19,650
			Restausgabe Tit. 2	42,066
			Hiezu Summe Tit. 1	143,268
			Summe § 1	185,334

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
119,704	25,515	—	A S. 95	[1]) Hievon 819 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend. Der Betrag von 145,219 ℳ setzt sich zusammen aus 145,039 ℳ nach Anlage A und 180 ℳ für Aufbesserung der Assistentenbezüge.
5,370	—	—	C S. } 194/5	
—	1,000	—	C S. } 194/5	
125,074	26,515	—		
28,094	5,389	—	C S. 194/5	
6,769	4,789	—	C S. 194/5	
21,325	600	—		
125,074	26,515	—		
146,399[2])	27,115	—		[2]) 135,350 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 11,049 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 146,399 ℳ Summe wie neben.
			A S. 96	[3]) Hierunter 938 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
173,206	12,128	—	C S. 195	

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
7	2		Zuschüsse an die übrigen Baugewerkschulen	99,000
			Summe § 2 für sich.	
	3		Zuschüsse an Fachschulen für Maschinenbau und Elektrotechnik	39,540
			Summe § 3 für sich.	
	4		Zuschüsse an Textilfachschulen	31,160
			Summe § 4 für sich.	
	5		Zuschuß an die Fachschule für Glasindustrie und Holzschnitzerei in Zwiesel	28,920
			Summe § 5 für sich.	
	6		Zuschuß an die Fachschule für Korbflechterei in Lichtenfels	29,092
			Summe § 6 für sich.	
	7		Zur Unterstützung gewerblicher Fortbildungsschulen	161,313
			Summe § 7 für sich.	
	8		—	—
			Hiezu Summe § 7	161,313
			" § 6	29,092
			" § 5	28,920
			" § 4	31,160
			" § 3	39,540
			" § 2	99,000
			" § 1	185,334
			Summe Kap. 7	574,359

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
99,000	—	—		
35,770	3,770[1]	—		[1]) 770 M Aufbesserungsmehrbedarf infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs, 3000 M mehr infolge Steigerung der Betriebsausgaben 3770 M Summe wie neben.
26,440	4,720[2]	—		[2]) 580 M Aufbesserungsmehrbedarf (wie vor), 4140 M mehr infolge Steigerung der Betriebsausgaben und Zuganges neuer Schulen 4720 M Summe wie neben. Aus dem budgetmäßigen Betrage wurden bisher Zuschüsse an die Webschulen Münchberg, Lambrecht und Passau geleistet. Im Jahre 1907 trat die Webschule in Augsburg dazu, wodurch Mehraufwendungen von jährlich 1500 M sich ergaben. Wünschenswert erschiene es ferner, wenn auch den Klöppelschulen aus dieser Position mäßige Beträge zugewendet werden könnten, da diese Schulen bisher ganz aus dem ohnehin überlasteten Hausierpatentgebührenfonds unterhalten werden mußten. Zu diesem Zweck wurde der Vortrag „Webschulen" in „Textilfachschulen" geändert.
25,460	3,460[3]	—		[3]) 460 M Aufbesserungsmehrbedarf (wie vor), 3000 M mehr infolge Steigerung der Betriebsausgaben 3460 M Summe wie neben. Die wirklichen Ausgaben der Schule betrugen 1907: 28,369 M 16 ₰; 1908: 29,064 M 51 ₰. Für 1909 betragen die Ausgaben nach dem Etat 28,500 M. Eine Erhöhung des Zuschusses um 3000 M ist deshalb unbedingt geboten.
21,546	7,546[4]	—		[4]) 1546 M Aufbesserungsmehrbedarf (wie vor), 6000 M mehr infolge Steigerung der Betriebsausgaben, 7546 M Summe wie neben. Der Etat für 1909 konnte nur unter beträchtlichen Abstrichen mit einem Staatszuschuß von 20,000 M bilanziert werden. Vom Herbst 1909 an wird das neue Schulgebäude bezogen; der Betrieb in demselben verursacht erhöhten Aufwand für Beheizung, Beleuchtung, Reinigung 2c.
161,313	—	—		
22,500	—	22,500[5]		[5]) Der Zuschuß zur Erbauung eines neuen Schulgebäudes für die Distrikts-Zeichen- und Schnitzschule in Oberammergau kommt in Wegfall.
161,313	—	—		
21,546	7,546	—		
25,460	3,460	—		
26,440	4,720	—		
35,770	3,770	—		
99,000	—	—		
173,206	12,128	—		
565,235[6]	31,624	22,500		[6]) 555,519 M ursprünglicher Budgetbetrag, 9,716 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 565,235 M Summe wie neben.
	9,124	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
8			**Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten.**	
			A. Vollständige Lehrerbildungsanstalten und Schullehrerseminarien.	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	1,029
	2		Besondere Staatszuschüsse	933,401[1]
			Summe A	934,430
			B. Präparandenschulen.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	441,333
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	44,191
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,500
			Summe § 1	488,024
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel u. dergl.	81,014[2]
		2	Mietzinse	37,254
			Summe § 2	118,268
	3		Sustentationen und Alimentationen	2,912
			Summe § 3 für sich.	
			Hiezu „ § 2 . . .	118,268
			„ § 1 . . .	488,024
			Summe B	609,204

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1,029	—	—		
766,812	166,589 [1]	—	A S. 97 C S. 196/97	[1]) Hierunter 327 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
767,841	166,589	—		
398,587	42,746	—	A S. 98 C S. 197/99	
44,823	—	632		
2,500	—	—		
445,910	42,746	632		
	42,114			
78,645	2,369	—	C S. 197/99	[2]) Hievon 3300 M künftig wegfallend. (Für die Ergänzung der inneren Einrichtung der neuen Präparandenschule Münchberg.)
32,273	4,981	—		
110,918	7,350	—		
2,939	—	27	C S. 197/99	
110,918	7,350	—		
445,910	42,114	—		
559,767	49,464	27		
	49,437			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
8			**C. Für Lehrerinnenbildungsanstalten.**	
			Bisheriger Zuschuß an das Ludwigs-Lehrerinnenseminar in Memmingen	8,600
			Summe C für sich.	
			D. Stipendien und Unterstützungen.	
			a) Für dürftige Schulseminaristen	63,000
			b) Für dürftige Präparanden	30,000
			c) Für die in der einjährigen Schulpraxis befindlichen absolvierten Seminaristen und Seminaristinnen	15,000
			d) Für dürftige Schulamtszöglinge an öffentlichen und privaten Lehrerinnenbildungsanstalten	25,000
			Summe D	133,000
			Hiezu „ C	8,600
			„ B	609,204
			„ A	934,430
			Summe Kap. 8	1'685,234
9			**Turnwesen.**	
			K. Zentralturnlehrerbildungsanstalt mit öffentlicher Turnanstalt in München.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	20,577[2]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,100
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,200
			Summe § 1	23,877
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterhaltung der Turnplätze, Unterrichtsmittel, Stipendien und dergleichen	8,647
			Summe § 2 für sich.	
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	2,100
			Restausgabe § 2	6,547
			Hiezu Summe § 1	23,877
			Summe Kap. 9	30,424

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
8,600	—	—		
63,000	—	—		
30,000	—	—		
15,000	—	—		
25,000	—	—		
133,000	—	—		
8,600	—	—		
559,767	49,437	—		
767,841	166,589	—		
1'469,208[1]	216,026	—		[1]) 1'393,363 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 75,845 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 1'469,208 ℳ Summe wie neben.
17,834	2,743	—	A S. 100	[2]) Hierunter 27 ℳ besondere Zulage künftig wegfallend.
2,100	—	—		
1,200	—	—		
21,134	2,743	—		
8,609	38[3]	—		[3]) 131 ℳ vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1 hieher übertragen, 93 ℳ Minderung an den übrigen sächlichen Ausgaben, 38 ℳ Summe wie neben.
2,100	—	—		
6,509	38	—		
21,134	2,743	—		
27,643[4]	2,781	—		[4]) 25,159 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 2,484 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 27,643 ℳ Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
10			**Staatszuschüsse an die Kreisfonds für Schulzwecke.**	
	1		Progymnasien und Lateinschulen.	
		1	Fundationsmäßige Reichnisse	6,280
		2	Aus der Kreisschuldotation	10,979
		3	Stellvertretungskosten	12,000
			Summe § 1	29,259
	2		Oberrealschulen und Realschulen.	
		1	Bisherige Zuschüsse für Realschulen	3,300
		2	Zuschüsse für die Oberrealschulen	268,070[2)]
		3	Stellvertretungskosten	30,000
		4	Zur Unterstützung des Personals der Oberrealschulen und Realschulen und deren Hinterbliebenen	10,000
			Summe § 2	311,370
	3		Volksschulen.	
		1	Auf speziellen Rechtstiteln und Bewilligungen beruhende Fundationsbeiträge	139,000
		2	Nach Anfall zahlbare Bauausgaben	1,000
		3	Kreisschuldotation, und zwar:	
			a) Seitherige budgetmäßige Kreisschuldotation	577,783
			b) Neue Kreisschuldotation behufs Unterstützung der mit Schullasten überbürdeten Gemeinden	500,000[4)]
		4	Zuschüsse an die Kreisfonds gemäß Art. 16 Abs. 2 Ziff. 2 und Abs. 3 des Schulbedarfgesetzes vom 28. Juli 1902 für Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern	1'800,000
		5	Bauschbeträge an die Schulkassen der Gemeinden mit 10 000 und mehr Einwohnern an Stelle der dem Lehrpersonal an den Volksschulen dieser Gemeinden seither aus Staatsfonds zugeflossenen Dienstalters- und sonstigen Zulagen gemäß Art. 14 Abs. 1 des Schulbedarfgesetzes	2'138,500
		6	Zuschuß nach Art. 16 Abs. 2 Ziff. 4 des Schulbedarfgesetzes	2'060,000
			Seite	7'216,283

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
5,860	420[1]	—		[1]) Mehr wegen Steigerung der Naturalienpreise.
10,979	—	—		
12,000	—	—		
28,839	420	—		
2,969	331[1]	—		
189,800	78,270[2]	—	C S. 199	[2]) Hierunter 15,000 M künftig wegfallend.
30,000	—	—		
10,000	—	—		
232,769	78,601	—		
133,000	6,000[3]	—		[3]) Wegen Steigerung der Naturalienpreise und wegen Erhöhung der Leistungen für die katholische Volksschule in Waldsassen, an der 3 neue Klassen errichtet wurden.
1,000	—	—		
577,783	—	—		
500,000	—	—		[4]) Hierunter 300,000 M künftig wegfallend.
1'800,000	—	—		
1'695,000	443,500[5]	—		[5]) Ergänzung des in der Finanzperiode 1908 und 1909 nur für ein Jahr (1909) bewilligten Mehrbedarfs für die Revision und Erhöhung der Bauschabfindungen.
2'060,000	—	—		
6'766,783	449,500	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
10	3		Übertrag	7'216,283
		7	Dienstalterszulagen für das Lehrpersonal an den Volksschulen der Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern	7'430,000
		8	Zur Unterstützung dienstunfähiger älterer Schullehrer, die bereits vor dem Entstehen der gesetzlichen Kreisvereine quiesziert worden sind	810
		9	a) Zuschüsse an die Kreispensionsanstalten für dienstunfähige Lehrpersonen	1'200,000
			b) Pensionszulagen nach einem Drittel der zuletzt bezogenen Dienstalterszulagen . .	380,000
			c) Zur Unterstützung der älteren pensionierten Lehrpersonen und zur Gewährung von Zuschüssen an die Pensions- und Reliktenunterstützungs-Zuschußkasse für das an gemeindlichen Pensionseinrichtungen nicht teilnehmende Lehrpersonal	95,000
		10	Unterstützungsbeiträge für die Hinterbliebenen der Volksschullehrer:	
			a) Im allgemeinen	1'020,000
			b) Zur Unterstützung der älteren Lehrerrelikten und zur Gewährung von Zuschüssen an die Pensions- und Reliktenunterstützungs-Zuschußkasse für das an gemeindlichen Pensionseinrichtungen nicht teilnehmende Lehrpersonal	70,000
			c) Für dürftige dem Unterstützungsalter entwachsene Lehrerwaisen	16,000
		11	Zur Anordnung außerordentlicher Schulvisitationen	13,720
		12	Zur Unterstützung dürftiger Schuldienstexspektanten während der Ableistung ihrer gesetzlichen Militärdienstpflicht	7,000
		13	Reservefonds für die Volksschulen	13,000
			Summe § 3	17'461,813
			Hiezu „ § 2	311,370
			„ § 1	29,259
			Summe Kap. 10	17'802,442

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
6'766,783	449,500	—		
5'612,500	1'817,500[1]	—		[1]) Hievon 1'782,500 ℳ zur Ergänzung des Mehrbedarfs wegen der vom Jahre 1909 an bewilligten Erhöhung der Dienstalterszulagen, 35,000 ℳ voraussichtlicher Mehrbedarf durch Vorrückungen.
810	—	—		
1'190,000	10,000[2]	—		[2]) Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf.
330,000	50,000[3]	—		[3]) Mehr nach dem voraussichtlichen Bedarf. Infolge der Erhöhung der Dienstalterszulagen ist mit einer größeren Bedarfssteigerung zu rechnen.
85,000	10,000[4]	—		[4]) Ergänzung des in der Finanzperiode 1908 und 1909 nur für ein Jahr (1909) bewilligten Unterstützungsbetrages von 20,000 ℳ.
944,500	75,500[5]	—		[5]) Hievon: 4,500 ℳ Ergänzung des in der Finanzperiode 1908 und 1909 bewilligten Mehrbedarfs wegen der vom Jahre 1909 an erfolgten Erhöhung der Unterstützungsbeträge, 71,000 ℳ Mehrbedarf nach dem derzeitigen Stande und für Neuzugänge.
60,000	10,000[6]	—		[6]) Wie bei 4 oben.
16,000	—	—		
13,720	—	—		
7,000	—	—		
13,000	—	—		
15'039,313	2'422,500[7]	—		[7]) Hievon: 2'225,000 ℳ Mehrbedarf infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs für die Aufbesserung des Einkommens der Volksschullehrer 2c., 197,500 ℳ eigentliche Mehrforderungen, 2'422,500 ℳ Summe wie neben.
232,769	78,601	—		
28,839	420	—		
15'300,921[8]	2'501,521	—		[8]) 13'075,921 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 2'225,000 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Aufbesserung des Einkommens der Volksschullehrer, 15'300,921 ℳ Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			B. Kunst- und besondere wissenschaftliche Bildungsanstalten.	
			a. Im allgemeinen.	
11			**Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates in München.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	12,100
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	12,100
	2		Sächliche Ausgaben (für Unterhaltung der elektrischen Kontrollapparate, der Feuerlöschrequisiten und Ausrüstungsgegenstände ꝛc.)	2,700
			Summe § 2	2,700
			Hiezu „ § 1	12,100
			Summe Kap. 11	14,800
12			**Für Studienreisen der Beamten der Kunstsammlungen des Staates**	3,000
			Summe Kap. 12 für sich.	
			b. Im besonderen.	
13			**I. Akademie der Wissenschaften.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	28,410[3)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,700
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 2	31,110
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	13,000
		2	Für wissenschaftliche Arbeiten	52,243
		3	Für die Kommission für internationale Erdmessung	5,708
			Summe § 2	70,951
			Hiezu „ § 1	31,110
			Summe Kap. 13 I	102,061

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
10,343	1,757	—	A S. 101	
—	—	—		
—	—	—		
10,343	1,757	—		
5,700	—	3,000[1]		[1]) Minder durch den Wegfall der einmaligen Willigung für Anschaffung von Feuerlöschrequisiten.
5,700	—	3,000		
10,343	1,757	—		
16,043[2]	1,757	3,000		[2]) 15,885 M ursprünglicher Budgetbetrag, 158 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 16,043 M Summe wie neben.
		1,243		
3,000	—	—		Zu Kap. 12. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
25,307	3,103	—	A S. 102 C S. 200/1	[3]) Hierunter 250 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
2,700	—	—		
—	—	—		
28,007	3,103	—		
5,000	8,000[4]	—	C S. 200/1	Kap. 13 § 2. Auf spätere Finanzperioden übertragbar. [4]) Darunter 3000 M durch Übertragung von Ziffer IV Kap. 3 § 1 und 5000 M künftig wegfallend.
42,243	10,000[5]	—	C S. 200/1	[5]) Darunter 3000 M künftig wegfallend.
5,708	—	—		
52,951	18,000	—		
28,007	3,103	—		
80,958[6]	21,303	—		[6]) 79,236 M ursprünglicher Budgetbetrag, 1,722 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 80,958 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
13			**II. Meteorologische Zentralstation.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	33,881[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,600
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	41,481
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	4,000
		2	Für Miete und Unterhaltung der Diensträume	6,500
		3	Für wissenschaftliche Zwecke einschließlich der Aufwendungen für die Beobachtungsstation auf der Zugspitze	17,680[4]
			Hievon ab die eigenen Einnahmen (für Wetterberichte)	2,050
			Restausgabe Tit. 3	15,630
		4	Zuschuß für eine Drachenstation am Bodensee	5,000
			Summe § 2	31,130
			Hiezu „ § 1	41,481
			Summe Kap. 13 II	72,611
			Hiezu „ „ 13 I	102,061
			Summe Kap. 13	174,672

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
26,606	7,275	—	A S. 103	[1] Hierunter 93 M für persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
6,600	—	—		
1,000	—	—		
34,206	7,275	—		
				Zu Kap. 13 II § 2. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
4,500	—	500[2]		[2] Minder, da der Aufwand für Porti und Telephongebühren auf die Etatsposition Ziff. IV Kap. 1 verrechnet wird.
6,200	300[3]	—		[3] Mehr infolge Steigerung des Mietpreises.
14,630	—	—		[4] Darunter 4880 M sächlichen Bedarf für die Beobachtungsstation auf der Zugspitze (2800 M für Verpflegung des Beobachters und 2080 M für Regiebedarf einschließlich Beheizung und Beleuchtung).
—	—	—		
14,630	1,000[5]	—		[5] Mehr 2000 M infolge notwendigen höheren Aufwandes für wissenschaftliche Ballonfahrten, minder 1000 M für Telegrammgebühren, da der bezügliche Aufwand auf die Etatsposition Ziff. IV Kap. 1 verrechnet wird, 1000 M effektive Mehrung.
3,700	1,300[6]	—		
29,030	2,600	500		[6] Mehrbedarf infolge höherer Betriebsanforderungen, von denen vereinbarungsgemäß 1/6 auf Bayern trifft. (Siehe Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten 1906 und 1907 Anlage D Seite 410.)
	2,100			
34,206	7,275	—		
63,236[7]	9,375	—		[7] 59,689 M ursprünglicher Budgetbetrag, 3,547 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 63,236 M Summe wie neben.
80,958	21,103	—		
144,194	30 478	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
14			**Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	225,485[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	227,885
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	16,700
		2	Regie- und Unterhaltungskosten für die einzelnen Institute und Sammlungen:	
			1. für die anatomische Anstalt	5,743
			2. für die anatomisch-pathologische Sammlung	515
			3. für die anthropologisch-prähistorische Sammlung	2,600
			Seite	25,558

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
197,557	27,928[1]	—	A S.104/5 C S.201/2	[1]) Mehr: 24,388 M nach dem Besoldungsausweis, Anlage A, 3,740 M zur Aufbesserung der Assistentenbezüge; 28,128 M in Summe; minder: 200 M durch Übertragung auf den Sachenetat des chemischen Instituts 27,928 M effektive Mehrung. In der Summe von 225,485 M sind 2,078 M persönliche und besondere Zulagen enthalten, die künftig wegfallen.
2,400	—	—		
—	—	—		Zu Kap. 14 § 2 Tit. 1 u. 2. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
199,957	27,928	—		
16,700	—	—		
5,743	—	—		
515	—	—		
2,600	—	—		
25,558	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
14	2	2	Übertrag	25,558
			4. für das Antiquarium	6,000[1]
			5. für den botanischen Garten	36,000
			6. für das botanische Museum	2,500
			7. für das pflanzenphysiologische Institut	3,500
			8. für das chemische Laboratorium	31,500
			9. für das ethnographische Museum	15,000
			10. für die geologische Sammlung	10,500
			11. für die mathematisch-physikalische Sammlung	1,800
			12. für die mineralogische Sammlung	5,500
			13. für das Münzkabinett	10,000[7]
			14. für das Museum von Gipsabgüssen	2,000
			15. für die paläontologische Sammlung	3,361
			16. für das physikalisch-metronomische Institut	1,500
			17. für das physiologische Institut	12,772
			18. für die Sternwarte	6,400
			19. für das erdmagnetische Observatorium	2,500
			20. für Erdbebenforschung	2,050
			21. für das Observatorium auf dem Hohenpeißenberg	345
			22. für die zoologische Sammlung	23,560[12]
			23. für das zoologische Institut	7,255[13]
			24. Zuschuß an die Sternwarte in Bamberg	2,700
			Summe § 2	212,301
			Hiezu „ § 1	227,885
			Summe Kap. 14	440,186

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage.	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
25,558	—	—		
6,000	—	—		[1]) Von jeder der zur Vermehrung der staatlichen Kunstsammlungen — Sammlungen von Gemälden älterer Meister, von Gemälden und Skulpturen neuerer Meister, von antiken Skulpturen, Graphische Sammlung, Münzkabinett, Vasensammlung, Antiquarium und Bayerisches Nationalmuseum — bestimmten budgetmäßigen Positionen kann ein Betrag bis zu 20% auch zu Ankäufen für andere Kunstsammlungen herangezogen werden.
34,228	1,772[2])	—	C S. 203	
2,500	—	—		
3,500	—	—		[2]) Von Ziffer IV Kap. 3 § 1 hieher übertragen.
25,000	6,500[3])	—	C S. 203	[3]) Darunter 200 ℳ, welche vom Personaletat Kap. 14 § 1 Tit. 1 und 1300 ℳ, die vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1 übertragen wurden.
3,680	11,320[4])	—	C S. 203	[4]) Darunter 3000 ℳ künftig wegfallend.
3,000	7,500[5])	—	C S. 203/4	[5]) 7500 ℳ künftig wegfallend.
1,800	—	—		
3,500	2,000[6])	—	C S. 204	[6]) 2000 ℳ künftig wegfallend.
10,000	—	—		[7]) Vergl. Vormerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2[4].
2,000	—	—		
21,861	—	18,500[8])		[8]) Wegfall der seitherigen einmaligen Willigung.
1,500	—	—		
7,772	5,000	—	C S. 204	
6,000	400[9])	—	C S. 204	[9]) Von Ziffer IV Kap. 3 § 1 hieher übertragen.
3,050	—	550[10])		[10]) Wegfall der seitherigen einmaligen Willigung.
500	1,550[11])	—	C S. 204/5	[11]) Darunter 950 ℳ künftig wegfallend.
345	—	—		[12]) Mehr: 1,500 ℳ dauernd, 13,060 ℳ einmalig (künftig wegfallend), 14,560 ℳ Summe; minder: 36,435 ℳ durch Wegfall der seitherigen einmaligen Willigung 21,875 ℳ effektive Minderung.
45,435	—	21,875[12])	C S. 205/6	
8,945	—	1,690[13])	C S. 206	
880	1,820	—	C S. 206	[13]) Mehr: 2040 ℳ einmalig (künftig wegfallend), minder: 3730 ℳ durch Wegfall der seitherigen einmaligen Willigung 1690 ℳ effektive Minderung.
217,054	37,862	42,615		
199,957	27,928	—		
417,011[14])	65,790	42,615		[14]) 404,839 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 12,172 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 417,011 ℳ Summe wie neben.
	23,175	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 ℳ
15			**Hof- und Staatsbibliothek.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	182,930[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	7,000
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	190,930
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	24,850
		2	Zur Anschaffung neuer Werke und deren Einband	100,000
			Summe § 2	124,850
			Hiezu „ § 1	190,930
			Summe Kap. 15	315,780
16			**Beiträge an die Kreisbibliotheken.**	
	1		Fundationsmäßige Reichnisse	907
	2		Budgetmäßige besondere Beiträge	38,226
			Summe Kap. 16	39,133
17			**Beiträge an gelehrte Gesellschaften und Vereine.**	
	1		Fundationsmäßiges Reichnis an die Botanische Gesellschaft in Regensburg	172
	2		Zuschüsse an sonstige gelehrte Gesellschaften und Vereine	21,465
			Summe Kap. 17	21,637

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	M	M	
164,637	18,293	—	A S. 106
3,000	4,000	—	C S. 207
—	1,000	—	C S. 207
167,637	23,293	—	
18,800	6,050[2]	—	C S. 207
100,000	—	—	
118,800	6,050	—	
167,637	23,293	—	
286,437[3]	29,343	—	
907	—	—	
35,495	2,731[4]	—	A S. 107
36,402[5]	2,731	—	
172	—	—	
17,315	4,150[6]	—	
17,487	4,150	—	

Erläuterungen

[1]) Hierunter 1440 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.

Zu Kap. 15 § 2.

Auf spätere Finanzperioden übertragbar.

[2]) Mehr: 6200 M zur Erhöhung des Regieetats,
250 M durch Übertragung von Ziff. IV Kap. 3 § 1
6450 M in Summe;
minder: 400 M für Post-, Telegramm- und Telephongebühren
6050 M effektive Mehrung.

[3]) 276,242 M ursprünglicher Budgetbetrag,
10,195 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
286,437 M in Summe wie neben.

[4]) Mehr:
2601 M nach dem Besoldungsausweis Anlage A,
130 M für vermehrten Regiebedarf,
2731 M in Summe.

[5]) 34,295 M ursprünglicher Budgetbetrag,
2,107 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
36,402 M Summe wie neben.

[6]) Mehr:
900 M zur Erhöhung des Staatsbeitrages an die Gesellschaft zur Herausgabe von Denkmälern der Tonkunst in Bayern,
500 M Zuschuß an die physikalisch-medizinische Sozietät in Erlangen,
250 M Zuschuß an den Verein für die Geschichte des Bodensees und seiner Umgebung,
2500 M (zusammen 5000 M) — künftig wegfallend — einmaliger Zuschuß an die Bayerische Botanische Gesellschaft in München zur Erwerbung eines Natur- und Kunstdenkmals,
4150 M in Summe.
Vergl. Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten (Stenogr. Bericht 1908 Bd. V S. 444—447).

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				M
18			**Akademie der bildenden Künste.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	149,668[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	8,650
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	158,318
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel und dergleichen)	79,659[2]
			davon ab die eigenen Einnahmen	28,000
			Restausgabe § 2	51,659
	3		Künstlerpensionen, Stipendien und Preise.	
		1	Künstlerpensionen	39,900
		2	Stipendien und Preise	7,809
			Summe § 3	47,709
	4		Zuschuß an den Künstlerinnenverein in München für die Unterrichtskurse desselben	5,000
			Summe § 4 für sich.	
			Hiezu " § 3	47,709
			" § 2	51,659
			" § 1	158,318
			Summe Kap. 18	262,686

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
138,982	10,686	—	A S. 108	[1]) Hierunter 157 ℳ für persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
8,650	—	—		
—	—	—		
147,632	10,686	—		
				Zu Kap. 18 § 2 und § 3. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
65,350	14,309[2])	—		[2]) Mehr: 5,059 ℳ für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung infolge Steigerung der Materialpreise und Erhöhung der Löhne für Reinigungsarbeiten, 1,000 ℳ (künftig wegfallend) für Mobiliarversicherung, 6,400 ℳ für Unterrichtsmittel (Modellgelder) infolge Frequenzsteigerung, 2,600 ℳ infolge Zugangs von der Etatsposition Ziff. IV Kap. 3 § 1 (Ausgaben auf die Gebäude), 15,059 ℳ Summe; minder: 750 ℳ wegen Übertragung des Bedarfs für Ausübung der Röckl'schen Metallgußerfindung auf den Etat des Staatsministeriums des Innern (Etat des Allgemeinen Reichsarchivs). 14,309 ℳ effektive Mehrung.
21,000	7,000[3])	—		[3]) Mehr infolge Steigerung der Einnahmen an Studienhonoraren.
44,350	7,309	—		
39,900	—	—		
7,809	—	—		
47,709	—	—		
5,000	—	—		
47,709	—	—		
44,350	7,309	—		
147,632	10,686	—		
244,691[4])	17,995	—		[4]) 235,111 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 9,580 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 244,691 ℳ Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
19			**Gemäldegalerien.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	79,762[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,850
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	83,612
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen einschließlich des Aufwandes für Regeneration und Restauration von Gemälden	27,700[4]
		2	Sonstige Bedürfnisse	1,200
			Summe § 2	28,900
			Hievon ab die eigenen Einnahmen (Garderobegebühren)	6,050
			Restausgabe § 2	22,850
	3		Für den Ankauf von Gemälden älterer Meister	30,000[7]
			Summe § 3 für sich.	
	4		Für den Ankauf von antiken Vasen für die Vasensammlung	2,000[7]
			Summe § 4 für sich.	
			Hiezu „ § 3	30,000
			„ § 2	22,850
			„ § 1	83,612
			Summe Kap. 19	138,462

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
				[1]) Hierunter 4846 ℳ für persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
66,055	13,707 [2])	—	A S. 109	[2]) 13,669 ℳ Mehrbedarf nach Anlage A, 38 ℳ mehr zur Aufbesserung eines Assistentenbezuges, 13,707 ℳ Summe.
1,850	—	—		
300	1,700 [3])	—		[3]) Mehr für die Dienstreisen der Galeriebeamten.
				Zu Kap. 19 § 2 mit 4. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
68,205	15,407	—		
				[4]) Hierunter 4900 ℳ künftig wegfallend (1900 ℳ für Zwecke der Katalogisierung der Bestände der Vasensammlung und 3000 ℳ für Ergänzung und Vermehrung der Handbibliothek und der Photographiensammlung für die Gemäldegalerien).
23,080	4,620 [5])	—		[5]) Mehr 750 ℳ für vermehrte Reinigung der Gemäldesäle in der Alten Pinakothek, 3000 ℳ (künftig wegfallend) für Ergänzung und Vermehrung der Handbibliothek und der Photographiensammlung für die Gemäldegalerien — siehe hiezu Erläuterung Nr. 4 vorstehend —, 870 ℳ infolge Zugangs von der Etatsposition Ziff. IV Kap. 3 § 1 (Ausgaben auf die Gebäude), 4620 ℳ Summe.
1,200	—	—		
24,280	4,620	—		
—	6,050 [6])	—		[6]) Die seither dem Dienerpersonal zugeflossenen Garderobegebühren werden nunmehr zugunsten der Staatskasse vereinnahmt.
24,280	—	1,430		
30,000	—	—		[7]) Vergl. die Vormerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 24.
2,000	—	—		
30,000	—	—		
24,280	—	1,430		
68,205	15,407	—		
124,485 [8])	15,407	1,430		[8]) 121,003 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 3,482 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 124,485 ℳ Summe wie neben.
	13,977	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
20			**Graphische Sammlung.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	30,092[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	480
		3	Tagegelder und Reisekosten	600
			Summe § 1	31,172
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergl. Summe § 2 für sich.	7,820
	3		Zum Ankauf von Kupferstichen und Handzeichnungen	20,000[4]
			Summe § 3 für sich.	
			Hiezu " § 2	7,820
			" § 1	31,172
			Summe Kap. 20	58,992
21			**Kunstgewerbeschulen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	227,297[6]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	6,100
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
			Summe § 1	233,897
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel und dergleichen)	70,181
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	22,200
			Restausgabe § 2	47,981
			Hiezu Summe § 1	233,897
			Summe Kap. 21	281,878

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
26,586	3,506[2]	—	A S. 110	[1]) Hierunter 1871 M für persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
480	—	—		[2]) 3467 M Mehrbedarf nach Anlage A, 39 M mehr zur Aufbesserung eines Assistentenbezuges, 3506 M Summe.
—	600	—		
27,066	4,106	—		
8,000	—	180[3]		Zu Kap. 20 § 2 und § 3. Auf spätere Finanzperioden übertragbar. [3]) Minderbedarf wegen Verrechnung der Ausgaben für Porti, Telegramm- und Telephongebühren auf die Etatsposition Ziff. IV Kap. 1.
20,000	—	—		[4]) Vergl. die Vormerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 2[4].
8,000	—	180		
27,066	4,106	—		
55,066[5]	4,106	180		[5]) 52,350 M ursprünglicher Budgetbetrag, 2,716 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 55,066 M Summe wie neben.
	3,926			
207,216	20,081	—	A S. 111	[6]) Hierunter 2232 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
4,100	2,000[7]	—		[7]) Mehr infolge des Ausbaues der Fachkurse an den beiden Kunstgewerbeschulen und der Einführung des Unterrichts in Erziehungslehre sowie in der Methodik des Zeichenunterrichts für die Schülerinnen der Kunstgewerbeschule Nürnberg.
500	—	—		
211,816	22,081	—		
65,570	4,611[8]	—		Zu Kap. 21 § 2. Auf spätere Finanzperioden übertragbar. [8]) Mehr: 3094 M infolge erhöhten Aufwandes für Regieerfordernisse und Unterrichtsmittel, 1517 M infolge Zugangs von der Etatsposition Ziff. IV Kap. 3 § 1 (Ausgaben auf die Gebäude) 4611 M Summe.
13,752	8,448[9]	—		
51,818	—	3,837		[9]) Infolge Mehranfalls an Schulgeld.
211,816	22,081	—		
263,634[10]	22,081	3,837		[10]) 251,544 M ursprünglicher Budgetbetrag, 12,090 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 263,634 M Summe wie neben.
	18,244			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
22			**Bayerisches Nationalmuseum.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	119,366[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	150
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	121,516
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterhaltung der Sammlungen und dergleichen)	50,450
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	12,200
			Restausgabe § 2	38,250
	3		Für neue Erwerbungen	12,000[5]
			Summe § 3 für sich.	
	4		Für den Unterhalt des alten Nationalmuseumsgebäudes	3,500
			Summe § 4 für sich.	
			Hiezu „ § 3	12,000
			„ § 2	38,250
			„ § 1	121,516
			Summe Kap. 22	175,266

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
106,862	12,504	—	A S. 112	[1]) Hierunter 6591 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
150	—	—		
1,000	1,000[2])	—		[2]) Mehr für Dienstreisen der Museumsbeamten.
108,012	13,504	—		
				Zu Kap. 22 § 2 mit 4. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
47,950	2,500[3])	—		[3]) Mehr: 1000 M zur sachgemäßen Fortführung des Katalogwerkes des Nationalmuseums, 1500 M infolge Zugangs von der Etatsposition Ziff. IV Kap. 3 § 1 (Ausgaben auf die Gebäude) 2500 M Summe.
8,000	4,200[4])	—		
39,950	—	1,700		[4]) Mehr an Garderobegebühren.
12,000	—	—		[5]) Vergl. die Vormerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 24.
3,500	—	—		
12,000	—	—		
39,950	—	1,700		
108,012	13,504	—		
163,462[6])	13,504	1,700		[6]) 160,454 M ursprünglicher Budgetbetrag, 3,008 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 163,462 M Summe wie neben.
	11,804			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
23			**Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	77,171[1)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	20,000
			Summe § 1	97,171
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	17,400
			Summe § 2 für sich.	
	3	1	Für Inventarisierung der Kunstdenkmale Bayerns	30,000
		2	Zuschuß zu den Kosten für den Druck des Inventarisationswerkes	4,500
			Summe § 3	34,500
	4		Zur Erhaltung kirchlicher und anderer Kunst- und Geschichtsdenkmale des Landes . . .	35,000
			Summe § 4 für sich.	
	5		Für Aufnahme von gefährdeten Denkmälern	500
			Summe § 5 für sich.	
	6		Zur Erforschung der Urgeschichte Bayerns	8,000
			Summe § 6 für sich.	
	7		Zur Förderung der Zwecke von Lokal- und Provinzialmuseen	10,000
			Summe § 7 für sich.	
			Hiezu „ § 6	8,000
			„ § 5	500
			„ § 4	35,000
			„ § 3	34,500
			„ § 2	17,400
			„ § 1	97,171
			Summe Kap. 23	202,571

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
68,400	8,771	—	A S. 113	[1]) Hierunter 708 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
—	—	—		
20,000	—	—		
88,400	8,771	—		**Zu Kap. 23 § 2 mit 7.** Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
24,300	—	6,900[2])		[2]) Mehr: 400 ℳ infolge erhöhten Aufwands für Reinigung, minder: 7300 ℳ durch Wegfall der seitherigen einmaligen Willigungen. 6900 ℳ effektive Minderung.
20,000	10,000[3])	—		[3]) Mehr 23,000 ℳ ab 1. Januar 1911, daher Ratenbetrag für 1 Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 — 11,500 ℳ. Im Jahre 1910 wird voraussichtlich das Inventarisationswerk für die Oberpfalz bis auf die Stadt Regensburg zu Ende geführt werden. Da gegenwärtig der Denkmälerbestand mehr als früher gefährdet ist, erscheint größere Beschleunigung der Publikation des Denkmälerinventars dringend notwendig. Es empfiehlt sich deshalb, die Inventarisationsarbeiten mit vermehrten Kräften zu betreiben. Da nunmehr unter den jüngeren Kunsthistorikern und kunsthistorisch geschulten Architekten die erforderlichen Arbeitskräfte vorhanden sind, sollen zwei Arbeitsgruppen gebildet werden, die voneinander unabhängig, jedoch mit Festhaltung eines gemeinsamen Planes die Denkmäler von zwei Regierungsbezirken gleichzeitig zu bearbeiten und zu publizieren hätten.
3,000	1,500[3])	—		
23,000	11,500	—		
35,000	—	—		
500	—	—		
8,000	—	—		
5,000	5,000[4])	—		[4]) Die Nutzbarmachung der Lokalmuseen, deren Zahl auf 108 gestiegen ist, die hohen Antiquitätenpreise sowie das rege Interesse der Lokalmuseen für die Denkmalpflege lassen eine Erhöhung der seitherigen Position von 5000 ℳ auf 10,000 ℳ als notwendig erscheinen.
8,000	—	—		
500	—	—		
35,000	—	—		
23,000	11,500	—		
24,300	—	6,900		
88,400	8,771	—		
184,200[5])	25,271	6,900		[5]) 177,784 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 6,416 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 184,200 ℳ Summe wie neben.
	18,371			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
24			**Beitrag an das Germanische Museum in Nürnberg**	42,594
			Summe Kap. 24 für sich.	
25			**Ruhmeshalle und Walhalla.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	11,929[2)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	540
		3	Tagegelder und Reisekosten	180
			Summe § 1	12,649
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	1,094
		2	Unterhaltung der Kunstwerke, Parke und Anlagen	6,698
			Summe § 2	7,792
			Hiezu „ § 1	12,649
			Summe Kap. 25	20,441
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	7,000
			Restausgabe Kap. 25	13,441
26			**Akademie der Tonkunst in München und Musikschule in Würzburg.**	
	1		Staatszuschuß an die Akademie der Tonkunst in München	81,884
	2		Staatszuschuß an die Musikschule in Würzburg	73,249
			Summe Kap. 26	155,133
27			**Übrige Ausgaben für Kunstzwecke.**	
	1		Auf Förderung und Pflege der Kunst	60,000
	2		Zur Erwerbung ausgezeichneter Kunstwerke insbesondere für die Kunstsammlungen des Staates	100,000[9)]
	3		Staatsbeitrag zur Förderung regelmäßiger internationaler Kunstausstellungen in München	8,600
			Summe Kap. 27	168,600

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
38,756	3,838 [1]	—		1) Der Mehrbedarf ist zur Durchführung der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Beamten und Bediensteten sowie zur Erhöhung der Zuschußleistung an die Versorgungskasse der Bediensteten des Germanischen Museums erforderlich. Von dem jährlichen Gesamtmehrbedarf zu 17,271 M treffen nach dem seitherigen Verteilungsmaßstab 6/9 = 11,514 M auf das Reich, 2/9 = 3838 M auf Bayern und 1/9 = 1919 M auf die Stadt Nürnberg.
10,526	1,403	—	A S. 114	2) Hierunter 395 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
540	—	—		
100	80	—		
11,166	1,483	—		
1,174	—	80		
5,950	748 [3]	—		3) Mehrbedarf für entsprechende Instandhaltung der Parkanlagen bei der Walhalla.
7,124	748	80		
	668			
11,166	1,483	—		
18,290	2,151	—		
4,900	2,100 [4]	—		4) Mehr infolge erhöhter Einnahmen an Eintrittsgebühren für Besteigung der Bavaria.
13,390 [5]	51	—		5) 12,668 M ursprünglicher Budgetbetrag, 722 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 13,390 M Summe wie neben.
74,178 [6]	7,706	—	A S. 115	6) 65,733 M seitheriger Staatszuschuß, 8,445 M Zuweisung vom Etat Nr. 34 nach Anlage A, 74,178 M Summe wie neben.
61,685 [7]	11,564	—	A S. 116	7) 54,227 M seitheriger Staatszuschuß, 7,458 M Zuweisung vom Etat Nr. 34 nach Anlage A, 61,685 M Summe wie neben.
135,863	19,270 [8]	—		8) Mehr für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs sowie für Gehaltsvorrückungen in der Finanzperiode 1910 und 1911.
60,000	—	—		Zu Kap. 27 § 1 mit 3. Auf spätere Finanzperioden übertragbar.
100,000	—	—		
8,600	—	—		9) Vergl. die Vormerkung zu Kap. 14 § 2 Tit. 24.
168,600	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			C. Besondere medizinische und landwirtschaftliche Unterrichts-Anstalten.	
28			**Hebammenschulen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	31,906[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,720
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	35,626
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	43,250
		2	Für Preismedaillen	444
			Summe § 2	43,694
			Hiezu „ § 1	35,626
			Summe Kap. 28	79,320

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
27,764	4,142	—	A S. 117	[1]) Darunter 276 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
3,720	—	—		
—	—	—		
31 484	4,142	—		
37,193	6,057 [2])	—		[2]) Die Mehrforderung ist veranlaßt durch beträchtliche Steigerung der Frequenz bei den Hebammenschulen München und Bamberg, Vermehrung des erforderlichen Pflege- und Dienstpersonals, Erhöhung der Verpflegungssätze für das Personal und die Wöchnerinnen. In dem Mehrbedarf sind auch 300 M enthalten, welche von Ziff. IV Kap. 3 § 1 hieher transferiert wurden.
444	—	—		
37,637	6,057	—		
31,484	4,142	—		
69,121 [3])	10,199	—		[3]) 66,287 M ursprünglicher Budgetbetrag, 2,834 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 69,121 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
29			**I. Tierärztliche Hochschule in München.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	156,564[1)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,480
		3	Tagegelder und Reisekosten	2,000
			Summe § 1	160,044
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Sammlungen und dergleichen	118,290[4)]
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	38,120
			Restausgabe Tit. 1	80,170
		2	Für Exkursionen	1,000
		3	Stipendien	4,400
			Summe § 2	85,570
			Hiezu „ § 1	160,044
			Summe Kap. 29 I	245,614

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	M	M	
138,104	18,460[2]	—	A S. 118
480	1,000[3]	—	
2,000	—	—	
140,584	19,460	—	
120,575	—	2,285[4]	
36,850	1,270[5]	—	
83,725	1,270	2,285	
		3,555	
1,000	—	—	
4,400	—	—	
89,125	—	3,555	
140,584	19,460	—	
229,709[6]	19,460	3,555	
	15,905		

Erläuterungen

[1]) Hierunter 3,121 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.

[2]) 14,955 M Mehrbedarf nach Anlage A,
3,505 M mehr zur Aufbesserung der Assistentenbezüge
18,460 M Summe.

[3]) Mehr für notwendige Aushilfen in den Klinikbetrieben.

[4]) Mehr:
1500 M (nämlich 1000 M für die notwendige bessere Ausstattung der anatomischen Abteilung und 500 M für Erforschung der Schlafsucht der Pferde) künftig wegfallend,
400 M wegen vermehrter Bedürfnisse an Demonstrations- und Lehrmitteln in einzelnen Instituten,
830 M infolge Zugangs von der Etatsposition Ziff. IV Kap. 3 § 1 (Ausgaben auf die Gebäude),
2730 M Summe;
minder:
4500 M durch Wegfall der seitherigen einmaligen Willigungen,
515 M für Porti-, Telegramm- und Telephongebühren, da der bezügliche Aufwand auf die Etatsposition Ziff. IV Kap. 1 verrechnet wird,
5015 M Summe;
2285 M effektive Minderung.

[5]) Mehr an Kanzleigebühren und infolge erhöhter Einnahmen aus den Klinikbetrieben.

[6]) 223,562 M ursprünglicher Budgetbetrag,
6,147 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
229,709 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
29			**II. Biologische Versuchsstation für Fischerei in München.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	17,153[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	3,800
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,090
			Summe § 1	22,043
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Laboratoriumsbedürfnisse und dergl.)	4,510[4]
			Summe § 2 für sich.	
			Hiezu „ § 1	22,043
			Summe Kap. 29 II	26,553
			Hievon werden gedeckt:	
			1. durch die eigenen Einnahmen	200
			2. durch den Zuschuß des Deutschen Reiches	5,000
			3. durch den Zuschuß des Staatsministeriums des Innern	14,764
			zusammen	19,964
			Restausgabe Kap. 29 II	6,589
			Hiezu Summe Kap. 29 I	245,614
			Summe Kap. 29	252,203

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
12,284	4,869[2]	—	A S. 119	[1]) Hierunter 78 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
3,365	435[3]	—		[2]) 4824 ℳ Mehrbedarf nach Anlage A, 45 ℳ mehr zur Aufbesserung eines Assistentenbezuges, 4869 ℳ Summe.
1,029	61[3]	—		[3]) Mehrbedarf gedeckt durch den Zuschuß des Staatsministeriums des Innern.
16,678	5,365	—		
3,260	1,250[3]	—		[4]) Davon 500 ℳ künftig wegfallend.
16,678	5,365	—		
19,938	6,615	—		
200	—	—		
5,000	—	—		
8,660	6,104[5]	—		[5]) Hinsichtlich des der Anstalt auf Rechnung des Etats des Staatsministeriums des Innern zukommenden Zuschusses und seiner Verwendung wird auf die einschlägigen Erläuterungen zu diesem Etat Bezug genommen.
13,860	6,104	—		
6,078[6]	511	—		[6]) 5615 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 463 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 6078 ℳ Summe wie neben.
229,709	15,905	—		
235,787	16,416	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
30			**Hufbeschlagschulen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	15,246
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	15,246
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Betriebserfordernisse und dergl.	20,715
		2	Stipendien	6,690
			Summe § 2	27,405
			Hiezu „ § 1	15,246
			Summe Kap. 30	42,651
31			**Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan.**	
			Staatszuschuß	181,013[3) 4]
			Summe Kap. 31 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	*M*	*M*		
13,062	2,184	—	A S. 120	
—	—	—		
—	—	—		
13,062	2,184	—		
20,305	410[1]	—		[1]) 13,605 *M* seitherige Position, 6,700 *M* Vergütungen für die Lehrschmiede aus Anlage B für 1908 und 1909 hieher übertragen, 20,305 *M* Summe. Davon ab: 90 *M* zur Position Tit. 2 „Stipendien" als dem seitherigen Bedürfnisse entsprechend, 20,215 *M* Rest. Dazu 500 *M* Mehrbedarf wegen Verlängerung der Dauer der Lehrkurse an der Hufbeschlagschule in Zweibrücken wie im rechtsrheinischen Bayern, 20,715 *M* Summe wie neben.
6,600	90[1]	—		
26,905	500	—		
13,062	2,184	—		
39,967[2]	2,684	—		[2]) 38,617 *M* ursprünglicher Budgetbetrag, 1,350 *M* Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 39,967 *M* Summe wie neben.
157,257	23,756	—	A S. 121/4 und C S. 208/211	[3]) Hierunter 481 *M* persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend. [4]) Betriebserübrigungen bei der Akademie und ihren Nebenanstalten sollen, soweit sie nicht zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen und zur Verstärkung des Betriebs- und Reservefonds zu verwenden sind, auf spätere Finanzperioden übertragen werden.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
32			**Wein-, Obst- und Gartenbauschulen,** und zwar:	
			I. Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	10,308[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,782
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000
			Summe § 1	14,090
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Betriebserfordernisse, Aufwendungen für den Haushalt u. dergl.	36,337
		2	Miet- und Pachtzinse	5,300
			Summe § 2	41,637
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	18,360
			Restausgabe § 2	23,277
			Hiezu Summe § 1	14,090
			Summe Kap. 32 I	37,367
			II. Zuschuß an die Wein- und Obstbauschule in Neustadt a. H.	—
			Summe Kap. 32	37,367

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
8,824	1,484	—	A S. 125	[1]) Hierunter 300 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
2,550	232[2])	—		[2]) Mehrbedarf notwendig zur Vergütung vermehrter Rechnungs= und Schreibarbeiten infolge größerer Ausdehnung der Schulbetriebe.
1,000	—	—		
12,374	1,716	—		
31,723	4,614[3])	—		[3]) Mehrbedarf für Arbeitslöhne und erhöhte Betriebsaufwendungen bei den Weinbergen, Schulgärten, der Kellerei, der Bienenzucht sowie für Haushaltsbedürfnisse des Internats. Dem Mehrbedarf stehen erhöhte Betriebseinnahmen gegenüber.
4,719	581[4])	—		[4]) Mehr infolge Zupachtung von Grundstücken zur Erweiterung der Baum= und Rebschulen.
36,442	5,195	—		
11,000	7,360[5])	—		[5]) Mehreinnahme infolge der zunehmenden Ergiebigkeit der verschiedenen Anstaltsbetriebe.
25,442	—	2,165		
12,374	1,716	—		
37,816[6])	—	449		[6]) 37,040 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 776 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 37,816 ℳ Summe wie neben.
15,000	—	15,000[7])		[7]) Minderbedarf wegen Übergangs der Anstalt auf den Etat des Staatsministeriums des Innern.
52,816	—	15,449		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
33			**Landwirtschaftlicher Wanderunterricht.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	181,542
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	1,500
		3	Tagegelder und Reisekosten	47,667
			Summe § 1	230,709
	2		Sächliche Ausgaben	12,000
			Summe § 2 für sich.	
			Hiezu „ § 1	230,709
			Summe Kap. 33	242,709
34			**Zuschüsse an landwirtschaftliche Schulen und für Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichts im allgemeinen**	48,000[*)]
			Summe Kap. 34 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
150,942	30,600	—	A S. 126	
1,500	—	—		
47,000	667[1]	—		[1]) Mehrbedarf vom 1. September 1910 an für 1 neuen landwirtschaftlichen Wanderlehrer, zu dessen Aufstellung ein dringliches Bedürfnis gegeben ist.
199,442	31,267	—		
12,000	—	—		
199,442	31,267	—		
211,442[2]	31,267	—		[2]) 192,384 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 19,058 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 211,442 ℳ Summe wie neben.
48,000	—	—		[3]) Hierunter 8000 ℳ (Zuschuß zur Verzinsung und Tilgung der von der Stadtgemeinde Pfarrkirchen aufgenommenen Schuld für den Neubau der dortigen Landwirtschaftsschule) künftig wegfallend.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			D. Beiträge an öffentliche Institute und Erziehungsanstalten.	
35			**Beiträge an Taubstummen-, Blinden- rc. Institute.**	
	1		An das Zentraltaubstummeninstitut in München.	
			a) Fundationsmäßiges Reichnis	1,372
			b) Besonderer Staatszuschuß	49,550[1])
	2		An das Zentralblindeninstitut in München	30,866
	3		An das Blindeninstitut in Nürnberg	4,000
	4		An die Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder in München	67,926[3])
	5		Für 8 Freiplätze in dieser Anstalt	2,880
	6		An die Gentner'sche Heilanstalt für Sprachkranke in München zur Abhaltung von Lehrkursen	2,000
	7		An die Taubstummenanstalt in Straubing	1,344
	8		Zur Förderung des Taubstummenunterrichts überhaupt	3,000
			Summe Kap. 35	162,938
36			**Zuschüsse an öffentliche Erziehungsanstalten.**	
	1		An das K. Erziehungsinstitut Albertinum in München	3,756
	2		An das K. Max-Joseph-Stift in München	51,520
	3		An das weibliche Erziehungsinstitut in Nymphenburg	5,838
			Fundationsmäßiges Reichnis an dasselbe	1,158
	4		An das weibliche Erziehungsinstitut in Dietramszell	1,715
	5		An das weibliche Erziehungsinstitut in Beuerberg	515
	6		An das Institut der Englischen Fräulein in Altötting	215
	7		An das Institut der Englischen Fräulein in Burghausen	858
	8		An das Institut der Englischen Fräulein in Aschaffenburg	1,155
	9		An das Institut der Englischen Fräulein in Günzburg	858
	10		An das Institut der Englischen Fräulein in Neuburg a. D.	1,492
	11		An das Institut der Servitinnen in München	420
	12		An das Aufseßsche Knabenseminar in Bamberg	412
	13		An das Knabenseminar in Freising (6 Freiplätze)	2,400
	14		An das protestantische Alumneum in Regensburg	2,060
	15		An das Studienseminar in Amberg	1,500
	16		An das Alumneum in Ansbach	9,945
	17		An das Studienseminar in Neuburg a. D.	43
	18		Zur Errichtung von Freiplätzen in Mädchenerziehungsanstalten	15,000
			Summe Kap. 36	100,860

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
1,372	—	—		
42,903	6,647[2])	—		
30,866	—	—		
4,000	—	—		
56,062	11,864[4])	—		
2,880	—	—		
2,000	—	—		
1,344	—	—		
3,000	—	—		
144,427	18,511	—		
3,756	—	—		
51,520	—	—		
5,838	—	—		
1,158	—	—		
1,715	—	—		
515	—	—		
215	—	—		
858	—	—		
1,155	—	—		
858	—	—		
1,492	—	—		
420	—	—		
412	—	—		
2,400	—	—		
2,060	—	—		
1,500	—	—		
9,945	—	—		
43	—	—		
15,000	—	—		
100,860	—	—		

[1]) Darunter 641 ℳ künftig wegfallend.

[2]) Davon:
3510 ℳ Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Erhöhung der Lehrerbezüge zur Gleichstellung mit dem Volksschullehrpersonal der Stadt München,
3137 ℳ für Einrichtung eines achten Schuljahres (nämlich 2496 ℳ für eine neue Lehrkraft und 641 ℳ — künftig wegfallend — für Lehrmittel und Mobiliar),
6647 ℳ Summe.

[3]) Darunter 40,000 ℳ künftig wegfallend zur Verzinsung und Tilgung eines für den Anstaltsneubau von der Anstaltsstiftung aufzunehmenden Anlehens; insoweit diese Zuschußsumme für den vorbezeichneten Zweck nicht benötigt wird, soll der Betrag bis zu jährlich 10,000 ℳ für vorläufige Vorkehrungen zu einer verbesserten und vermehrten Fürsorge für die Heilung armer krüppelhafter Kinder verwendet werden. (S. Gesamtbeschluß des Landtags vom 14. August 1908 zum Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten für 1908 und 1809 Ziffer 3 — Beilage 659 der Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten Seite 6 —), vergl. hiezu auch Erläuterung Nr. 4 nachstehend.

[4]) Davon:
1,652 ℳ Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Erhöhung der Lehrerbezüge zur Gleichstellung mit dem Volksschullehrpersonal der Stadt München,
212 ℳ Bedarf für zwei weitere katholische Religionsstunden,
10,000 ℳ zur Erhöhung des Zuschusses für Verzinsung und Tilgung des Anlehens für den Anstaltsneubau auf jährlich 40,000 ℳ, nachdem im Budget für 1908 und 1809 hiefür jährlich 30,000 ℳ bewilligt waren. — Vergl. hiezu Erläuterung Nr. 3 vorstehend
11,864 ℳ Summe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			E. Übrige Ausgaben auf Erziehung und Bildung.	
37			**Stipendien und sonstige Zuschüsse.**	
	1		Fundierte Stipendien für Studierende an Universitäten und Gymnasien.	
		1	Domstipendien in Regensburg	245
		2	Domstipendien in Augsburg	504
		3	Heilsbronner Stipendien in Oberfranken	3,352
		4	Heilsbronner Stipendien in Mittelfranken	1,950
		5	Weitere fundierte Stipendien in Mittelfranken	2,295
		6	Reisestipendien für Lehrer der neueren Sprachen an den staatlichen Mittelschulen	9,800
			Summe § 1	18,146
	2		Zuschuß zum allgemeinen Stipendienfonds	—
			Summe § 2 für sich.	
	3		Zuschuß zum Pensionsverein der staatlich geprüften Lehrerinnen in Bayern	2,000
			Summe § 3	2,000
			Hiezu „ § 2	—
			„ § 1	18,146
			Summe Kap. 37	20,146
38			**Kosten der staatlichen Aufsicht über die höheren Mädchenschulen**	10,000
			Summe Kap. 38 für sich.	
39			**Kosten der Prüfungen an sämtlichen Unterrichtsanstalten**	32,000
			Summe Kap. 39 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
245	—	—		
504	—	—		
3,352	—	—		
1,950	—	—		
2,295	—	—		
9,800	—	—		
18,146	—	—		
—	—	—		
2,000	—	—		
2,000	—	—		
—	—	—		
18,146	—	—		
20,146	—	—		
10,000	—	—		
32,000	—	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer II. Wiederholung.	
1			Landesuniversitäten	3'802,160
2			Technische Hochschule	837,802
3			Lyzeen	377,461
4			Humanistische Gymnasien	5'043,121
5			Realgymnasien	588,232
6			Technikum in Nürnberg	173,514
7			Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen	574,359
8			Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten	1'685,234
9			Turnwesen	30,424
10			Zuschüsse an die Kreisfonds für Schulzwecke	17'802,442
11			Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates	14,800
12			Für Studienreisen der Beamten der Kunstsammlungen des Staates	3,000
13			Akademie der Wissenschaften und Meteorologische Zentralstation	174,672
14			Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates	440,186
15			Hof- und Staatsbibliothek	315,780
16			Beiträge an Kreisbibliotheken	39,133
17			Beiträge an gelehrte Gesellschaften	21,637
18			Akademie der bildenden Künste	262,686
19			Gemäldegalerien	138,462
20			Graphische Sammlung	58,992
21			Kunstgewerbeschulen	281,878
22			Bayerisches Nationalmuseum	175,266
23			Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns	202,571
24			Beitrag an das Germanische Museum in Nürnberg	42,594
25			Ruhmeshalle und Walhalla	13,441
26			Akademie der Tonkunst in München und Musikschule in Würzburg	155,133
27			Übrige Ausgaben für Kunstzwecke	168,600
28			Hebammenschulen	79,320
29			Tierärztliche Hochschule in München und Biologische Versuchsstation für Fischerei	252,203
30			Hufbeschlagschulen	42,651
31			Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan	181,013
32			Wein-, Obst- und Gartenbauschulen	37,367
33			Landwirtschaftlicher Wanderunterricht	242,709
34			Zuschüsse an landwirtschaftliche Schulen ꝛc.	48,000
35			Taubstummen-, Blinden- ꝛc. Institute	162,938
36			Zuschüsse an öffentliche Erziehungsanstalten	100,860
37			Stipendien und sonstige Zuschüsse	20,146
38			Kosten der staatlichen Aufsicht über die höheren Mädchenschulen	10,000
39			Kosten der Prüfungen an sämtlichen Unterrichtsanstalten	32,000
			Summe Ziffer II (Ausgaben auf Erziehung und Bildung)	34'632,787

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
3'326,803	475,357	—		
740,469	97,333	—		
323,413	54,048	—		
4'253,263	789,858	—		
455,588	132,644	—		
146,399	27,115	—		
565,235	9,124	—		
1'469,208	216,026	—		
27,643	2,781	—		
15'300,921	2'501,521	—		
16,043	—	1,243		
3,000	—	—		
144,194	30,478	—		
417,011	23,175	—		
286,437	29,343	—		
36,402	2,731	—		
17,487	4,150	—		
244,691	17,995	—		
124,485	13,977	—		
55,066	3,926	—		
263,634	18,244	—		
163,462	11,804	—		
184,200	18,371	—		
38,756	3,838	—		
13,390	51	—		
135,863	19,270	—		
168,600	—	—		
69,121	10,199	—		
235,787	16,416	—		
39,967	2,684	—		
157,257	23,756	—		
52,816	—	15,449		
211,442	31,267	—		
48,000	—	—		
144,427	18,511	—		
100,860	—	—		
20,146	—	—		
10,000	—	—		
32,000	—	—		
30'043,486[1]	4'605,993	16,692		
	4'589,301			

[1]) 26'996,166 M ursprünglicher Budgetbetrag,
822,320 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
2'225,000 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge der Aufbesserung der Volksschullehrergehalte ꝛc.,
30'043,486 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer III. Etat der Ausgaben für kirchliche Zwecke.	
1			**Katholischer Kultus.**	
	1		Reichnisse des Staates an die Domkapitel.	
		1	Bezüge der Erzbischöfe, Bischöfe, Dignitäre, Domkapitulare und Vikare:	
			a) Präbenden	490,371
			b) Widerrufliche Zulagen	333,820
		2	Funktionszulagen:	
			a) für die Generalvikare und Sekretäre	10,890
			b) für Weihbischöfe	10,000
		3	Mietzinse für Wohnungen der Präbendierten und für Geschäftslokalitäten	10,000
		4	Beiträge zu den Regiekosten der Ordinariate und Generalvikariate	8,393
		5	Beiträge zu den Regiekosten der Domkirchen	66,802
		6	Beiträge zum Unterhalte der bischöflichen Klerikalseminare	51,022
			Summe § 1	981,298

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
490,011	360[1]	—		[1]) Mehrbedarf für das Domkapitel Würzburg infolge Minderung der Erträgnisse der Dompfarrei.
228,180	105,640[2]	—		[2]) Infolge der in der vorigen Finanzperiode bewilligten Einkommensaufbesserung (Ergänzung auf den vollen Jahresbedarf).
10,890	—	—		
—	10,000[3]	—		[3]) Zur Ermöglichung der Aufstellung von Weihbischöfen in einzelnen Diözesen sollen Zulagen gewährt werden.
9,050	950[2]	—		
11,393	—	3,000[4]		[4]) Wegfall des in der vorigen Finanzperiode bewilligten einmaligen Zuschusses von 6000 ℳ zur Ergänzung der inneren Einrichtung des neuen Ordinariatsgebäudes in Speyer.
65,302	1,500[5]	—		[5]) Mehr: Einmaliger Zuschuß von 500 ℳ, zusammen 1000 ℳ — künftig wegfallend — für Versetzung einer Glocke, Änderung des Schlagwerks und Instandsetzung des Chorgestühls im Dom zu Bamberg; 2000 ℳ vorerst dauernder Zuschuß zur Deckung des Mehrbedarfs der Domkirche in Augsburg, hauptsächlich veranlaßt durch Tilgung und Verzinsung einer für Erneuerung der Domorgel aufgenommenen Schuld (Tilgungsperiode 1902—1925), sodann durch Steigerung des sonstigen Bedarfs; minder: 1000 ℳ durch den Wegfall des einmaligen Zuschusses an das Domkapitel Bamberg für die Neunjahrhundertfeier des Hochstiftes Bamberg ꝛc.
51,022	—	—		
865,848	118,450	3,000		
	115,450			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
1	2		Leistungen des Staates an Kirchen, Pfarreien, Benefizien ꝛc.	
		1	Bezüge der Pfarrer	1'027,915
		2	Bezüge der Prediger	4,635
		3	Bezüge der Benefiziaten	28,495
		4	Bezüge der Kapläne	367,768
		5	Bezüge der Mesner und sonstigen Kirchendiener	56,878
		6	Beiträge zu den Kosten der Kirchenregie	112,973
			Summe § 2	1'598,664

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
985,646	42,269	—		Zu Tit. 1.
4,635	—	—		
27,769	726	—		Zu Tit. 3.
332,552	35,216	—		Zu Tit. 4.
55,766	1,112	—		Zu Tit. 5.
112,973	—	—		
1'519,341	79,323	—		

Zu Tit. 1.

Mehr:
1,594 ℳ zufolge früherer Landtagsbeschlüsse für die seit der letzten Finanzperiode neuerrichteten Pfarreien in der Diözese Passau,
3,000 ℳ zur Ergänzung des in der vorigen Finanzperiode für neue Seelsorgestellen wegen ihrer späteren Errichtung vorgenommenen Bauschalabstriches,
1,260 ℳ durch Übertragung von der Position „Bezüge der Kapläne" infolge der Umwandlung von Hilfspriesterstellen in Pfarreien,
34,290 ℳ wegen Veranschlagung der Naturalbezüge nach den Durchschnittsausgaben der Jahre 1906, 1907 und 1908 anstatt nach den bisherigen fixen Budgetpreisen,
2,125 ℳ für Errichtung einer Pfarrei in Wörth a. Rh.
42,269 ℳ in Summe.

Zu Tit. 3.

Mehr infolge Veranschlagung der Naturalbezüge nach den Durchschnittsausgaben der Jahre 1906, 1907 und 1908 anstatt nach den bisherigen fixen Budgetpreisen.

Zu Tit. 4.

Mehr:
7,000 ℳ zur Ergänzung des in der vorigen Finanzperiode für neue Seelsorgestellen wegen ihrer späteren Errichtung vorgenommenen Bauschalabstriches,
1,735 ℳ für die Abhaltung des katholischen Gottesdienstes in Bad Brückenau,
43 ℳ wegen höherer Naturalpreise,
27,698 ℳ für neue Hilfspriesterstellen
36,476 ℳ in Summe;
minder:
1,260 ℳ durch Übertragung zu der Position „Bezüge der Pfarrer" (s. Erläuterung zu Tit. 1)
35,216 ℳ effektive Mehrung.

Als neue Hilfspriesterstellen werden in Antrag gebracht:
1,004 ℳ für Errichtung einer Kaplanei in Milbertshofen,
1,600 ℳ für Errichtung einer 4. Hilfspriesterstelle (mit eigenem Haushalt) bei der Pfarrei Hl. Kreuz in München (Giesing),
1,104 ℳ für Errichtung einer 3. Hilfspriesterstelle bei der Pfarrei St. Maximilian in München,
1,200 ℳ für Errichtung einer 3. Hilfspriesterstelle in Lechhausen,
1,300 ℳ für Errichtung einer Expositur in Passau (Vorstadtbezirk Haidenhof),
700 ℳ für Errichtung einer Kooperatur in Eging,
255 ℳ für Errichtung einer Expositur in Kumreut,
980 ℳ für Errichtung einer Expositur in Ringelai,
1,170 ℳ für Errichtung einer Kaplanei in Erbach-Reiskirchen,
1,770 ℳ für Errichtung einer Expositur in Eisenberg,
1,170 ℳ für Errichtung einer Kaplanei in Rohrbach,
540 ℳ für Errichtung einer Expositur in Freihung,
1,450 ℳ für Umwandlung des Schulbenefiziums in Steinberg in ein Kuratbenefizium,
315 ℳ für Errichtung einer Expositur in Wildenreuth,
1,300 ℳ für Errichtung einer 3. Kaplanei in Bamberg (St. Gangolf),
1,480 ℳ für Errichtung einer Lokalkaplanei in Buchbach,
1,300 ℳ für Errichtung einer Kaplanei in Kulmbach,
2,160 ℳ für Errichtung einer 2. Kuratkaplanei bei der Stadtpfarrei Herz Jesu in Nürnberg (eigener Haushalt),
2,160 ℳ für Errichtung einer Kuratkaplanei in der Vorstadt St. Johannes der Liebfrauenpfarrei in Nürnberg,
1,440 ℳ für Errichtung einer Expositur in Heilsbronn,
1,300 ℳ für Errichtung einer 3. Kaplanei in Schweinfurt,
1,500 ℳ für Errichtung einer Kuratie in Maroldsweisach,
500 ℳ für Errichtung einer Hilfspriesterstelle in Gersthofen,
27,698 ℳ Summe für Errichtung neuer Hilfspriesterstellen wie oben.

Hinsichtlich der neubeantragten Stellen wird auf die besondere Zusammenstellung der Gesuche um Gewährung von Staatsbeiträgen zur Errichtung neuer oder Umwandlung bestehender katholischer Seelsorgestellen für die Jahre 1910 und 1911 Bezug genommen.

Zu Tit. 5.

Erläuterung wie zu Tit. 3.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
1	3		Zur Aufbesserung des Einkommens der katholischen Geistlichen auf unzureichend dotierten Seelsorgestellen	5‘607,100
			Summe § 3 für sich.	
	4		Fundationsmäßige Reichnisse an Kultusstiftungen	18,488
			Summe § 4 für sich.	
	5		Unterstützung der Geistlichkeit und zwar:	
		1	Staatszuschüsse an die Emeritenanstalten	207,768
		2	Tischtitel	62,000
		3	Steuervorschüsse an die unzureichend dotierten Benefizien	250
			Summe § 5	270,018
	6		Reichnisse an Stifte und Klöster:	
		1	An Männerklöster und Stifte	25,236
		2	An Frauenklöster	1,170
		3	Für das Freireisen der Klostergeistlichen	1,715
			Summe § 6	28,121
	7		Dispositionsfonds zur Bestreitung besonderer Bedürfnisse vormaliger Stifts- und Klosterkirchen	60,000
			Summe § 7 für sich.	
	8		Für periodische Visitation katholischer Pfründegebäude	—
			Summe § 8 für sich.	
	9		Zur Förderung der Gründung von Pfründebaufonds	30,000
			Summe § 9 .	30,000
			Hiezu „ § 8 .	—
			„ § 7 .	60,000
			„ § 6 .	28,121
			„ § 5 .	270,018
			„ § 4 .	18,488
			„ § 3 .	5‘607,100
			„ § 2 .	1‘598,664
			„ § 1 .	981,298
			Summe Kap. 1	8‘593,689

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
4'193,550	1'413,550[1]	—		[1]) Mehrbedarf als Folge der in der letzten Finanzperiode bewilligten Einkommensaufbesserung und Bedarf für Vorrückungen in höhere Altersklassen, und zwar: 1'363,550 M zur Ergänzung des Aufbesserungsbedarfes auf den vollen Jahresbetrag und 50,000 M für weitere Alterszulagen unter Berücksichtigung der Heimfälle.
18,488	—	—		
207,768	—	—		
57,000	5,000[2]	—		[2]) Der bisherige Betrag hat sich als nicht ausreichend erwiesen.
250	—	—		
265,018	5,000	—		
23,640	1,596[3]	—		[3]) Mehr infolge Veranschlagung der Naturalbezüge nach den Durchschnittsausgaben der Jahre 1906, 1907 und 1908 anstatt nach den bisherigen fixen Budgetpreisen.
270	900[4]	—		[4]) Widerrufliche Entschädigung an die Armen Schulschwestern für den Entzug der seitherigen Portofreiheit.
1,715	—	—		
25,625	2,496	—		
60,000	—	—		
6,000	—	6,000[5]		[5]) Kommt in Wegfall, da die fraglichen Kosten nach Übertragung der periodischen Pfründevisitationen an die staatlichen Baubehörden im Etat des Ministeriums des Innern bestritten werden.
30,000	—	—		
30,000	—	—		
6,000	—	6,000		
60,000	—	—		
25,625	2,496	—		
265,018	5,000	—		
18,488	—	—		
4'193,550	1'413,550	—		
1'519,341	79,323	—		
865,848	115,450	—		
6'983,870[6]	1'615,819	6,000		[6]) nämlich: 5'513,730 M ursprünglicher Budgetbetrag, 1'470,140 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge der Aufbesserung des Einkommens der katholischen Geistlichen, 6'983,870 M Summe wie neben.
	1'609,819	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
2			**Protestantischer Kultus.**	
	1		Persönliche und sächliche Ausgaben.	
			A. Oberkonsistorium.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Besoldungen der Beamten	66,427[1]
			b) Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . .	1,280[2]
			c) Tagegelder und Reisekosten	2,600
			Summe Tit. 1	70,307
		2	Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	5,400
			Summe Tit. 2	5,400
			Hiezu „ Tit. 1	70,307
			Summe A	75,707
			B. Kreiskonsistorien.	
		1	Persönliche Ausgaben.	
			a) Besoldungen der Beamten	120,208[3]
			b) Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . .	2,370
			c) Tagegelder und Reisekosten	6,100
			Summe Tit. 1	128,678
		2	Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	8,500
			Summe Tit. 2	11,560
			Hiezu „ Tit. 1	128,678
			Summe B	140,238

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
64,597	1,830	—	A S. 129	[1]) Darunter 697 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
1,280	—	—		[2]) Hievon 1160 ℳ künftig wegfallend.
2,000	600[3])	—		[3]) Mehr infolge der Unzureichendheit der bisherigen Position; häufigere Dienstreisen haben sich für den Präsidenten und die Räte des Oberkonsistoriums im Interesse einer ausreichenden Fühlungnahme des Kirchenregiments mit der Landeskirche als dringendes Bedürfnis erwiesen.
67,877	2,430	—		
5,300	100[4])	—		[4]) Von Ziffer IV Kap. 3 § 1 hieher übertragen.
5,300	100	—		
67,877	2,430	—		
73,177	2,530	—		
111,147	9,061	—	A S. 130	[5]) Darunter 1678 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
2,370	—	—		
5,900	200[6])	—		[6]) Mehr zur Erhöhung der bezüglichen bisher unzureichenden Position beim Konsistorium Bayreuth.
119,417	9,261	—		
7,900	600[7])	—		[7]) Mehr 100 ℳ durch Übertragung von Ziffer IV Kap. 3 § 1, dann 500 ℳ mehr zur Erhöhung der unzureichenden Position für Regie beim Konsistorium Ansbach von 3000 auf 3500 ℳ; sohin 600 ℳ Summe des Mehrbedarfs.
10,960	600	—		
119,417	9,261	—		
130,377	9,861	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
2	1		C. Dekanate.	
			Gehalts- und Funktionsbezüge	69,449
			Summe C für sich.	
			Hiezu „ B . . .	140,238
			„ A . . .	75,707
			Summe § 1	285,394
	2		Leistungen des Staates an Kirchen und Pfarreien.	
		1	Bezüge der Pfarrer	436,053
		2	Bezüge der Prediger	6,259
		3	Bezüge der Vikare	79,348
		4	Bezüge der Kirchendiener	25,040
		5	Beiträge zu den Kosten der Kirchenregie	3,430
		6	Fundationsmäßige Reichnisse an Kirchenstiftungen	5,540
			Summe § 2	555,670

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
61,214	8,235 [1]	—		
130,377	9,861	—		
73,177	2,530	—		
264,768	20,626	—		
406,814	29,239 [2]	—		
5,963	296 [3]	—		
73,014	6,334 [4]	—		
24,047	993 [3]	—		
3,430	—	—		
5,540	—	—		
518,808	36,862	—		

[1]) In der Finanzperiode 1908 und 1909 war die Aufbesserung der Bezüge der Dekane nur für 1 Jahr bewilligt; daher 8235 ℳ mehr als Ergänzung auf den vollen Jahresbetrag.

[2]) Zu § 2 Tit. 1.

Mehr:
3,000 ℳ für Errichtung einer Pfarrstelle in München—Neuhausen an der Christuskirche,
2,065 ℳ für Errichtung einer 2. Pfarrstelle bei der Pfarrei Ludwigshafen a. Rh. I (Süd),
2,165 ℳ für Errichtung einer Pfarrstelle in Edigheim,
1,560 ℳ für Erhebung des exponierten Vikariats Günzburg zur Pfarrei
8,790 ℳ Summe,
336 ℳ mehr für Abhaltung des protestant. Gottesdienstes in Bad Brückenau (Gesamtbedarf 660 ℳ; 324 ℳ bisher vorgesehen im rentamtlichen Spezialetat),
20,113 ℳ infolge Veranschlagung der Naturalbezüge nach der Durchschnittsausgabe der Jahre 1906, 1907, 1908 anstatt nach den bisherigen fixen Budgetpreisen
29,239 ℳ Summe des Mehrbedarfs.

Die Verhältnisse hinsichtlich der neubeantragten Stellen sind in der besonderen Zusammenstellung der Gesuche um Gewährung von Staatsbeiträgen zur Errichtung neuer oder Umwandlung bestehender protestantischer Seelsorgestellen für die Jahre 1910 und 1911 dargestellt.

[3]) Mehr infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise.

[4]) Zu § 2 Tit. 3.

Mehr:
1800 ℳ für Errichtung einer Hilfsgeistlichenstelle in Fürth — St. Paul,
1125 ℳ „ „ eines expon. Vikariats in Preßig—Rothenkirchen,
1600 ℳ „ „ „ „ „ Karlstadt,
1800 ℳ „ „ einer Hilfsgeistlichenstelle in Donauwörth,
6325 ℳ Summe.
9 ℳ infolge höherer Veranschlagung der Naturalpreise
6334 ℳ Summe des Mehrbedarfs.

Hinsichtlich der Errichtung neuer Stellen wird auf die besondere Zusammenstellung der Gesuche Bezug genommen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahres-voranschlag für 1910 und 1911
				M
2	3		Zur Aufbesserung des Einkommens der protestantischen Geistlichen auf unzureichend dotierten Seelsorgestellen	2'441,900
			Summe § 3 für sich.	
	4		Auf die Generalsynoden	3,050
			Summe § 4 für sich.	
	5		Unterstützungen.	
		1	Beitrag zu den Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen der Geistlichen . .	299,146
		2	Beitrag zur Bildung eines Pensionsfonds für die Geistlichen	130,200
		3	Zur Unterstützung hilfsbedürftiger großjähriger Pfarrwaisen	16,000
			Summe § 5	445,346
	6		Beitrag an das protestantische Predigerseminar in München	10,640
			Summe § 6 für sich.	
	7		Dispositionsfonds zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse, Orgeln, Glocken, Uhren 2c.	22,000
			Summe § 7 für sich.	
			Hiezu " § 6 . . .	10,640
			" § 5 . . .	445,346
			" § 4 . .	3,050
			" § 3 . . .	2'441,900
			" § 2 . . .	555,670
			" § 1 . .	285,394
			Summe Kap. 2	3'764,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
2'063,900	378,000[1]	—		
26,050	—	23,000[2]		
290,646	8,500[3]	—		
114,200	16,000[4]	—		
16,000	—	—		
420,846	24,500	—		
8,000	2,640[5]	—		
22,000	—	—		
8,000	2,640	—		
420,846	24,500	—		
26,050	—	23,000		
2'063,900	378,000	—		
518,808	36,862	—		
264,768	20,626	—		
3'324,372[6]	462,628	23,000		
	439,628			

[1]) Für 1908 und 1909 waren bewilligt im Budget . . . . 1'625,900 ℳ,
hiezu den vollen Aufbesserungsbetrag zu . . . . 876,000 ℳ
Summe 2'501,900 ℳ,
sohin mehr gegen den Budgetbetrag für 1908 und 1909, und zwar als Ergänzung des Aufbesserungsbedarfs auf den vollen Jahresbetrag . . . . 438,000 ℳ
Hievon ab Einsparung durch Wegfall hoher Alterszulagen infolge Ablebens und Emeritierung älterer Pfarrer, dann durch Heimfall von höheren Aufbesserungszulagen bei vorübergehender Erledigung von Pfarrstellen . . . . 60,000 ℳ
Hienach Mehrung des Jahresvoranschlags 378,000 ℳ.

[2]) In der Finanzperiode 1910 und 1911 werden Generalsynoden nicht abgehalten; in Ansatz kommt daher nur der bisherige Betrag für die beiden Generalsynodalausschüsse und das Moderamen der reformierten Synode.

[3]) Mehr mit Rücksicht auf die größere Zahl der bezugsberechtigten Witwen und Waisen in den Konsistorialbezirken r. d. Rh.

[4]) In der Finanzperiode 1908 und 1909 war der für 2 Jahre auf 32,000 ℳ berechnete Zuschuß für neue Emeritierungen nur für das Jahr 1909 bewilligt; daher 16,000 ℳ mehr zur Ergänzung der Willigung auf den vollen Jahresbetrag.

[5]) Mehr:
2400 ℳ zur Erhöhung der Sustentationen der 6 Seminarkandidaten von 1200 ℳ auf 1600 ℳ (= dem Bezug der Pfarrverweser);
240 ℳ zur Erhöhung des unzureichenden Bezugs für die Hausmeisterei von 600 auf 840 ℳ
2640 ℳ Summe des Mehrbedarfs.

[6]) 2'869,887 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
8,250 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
446,235 ℳ Zugang vom gleichen Etat infolge der Aufbesserung des Einkommens der protestantischen Geistlichen,
3'324,372 ℳ Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
3			**Israelitischer Kultus.**	
	1		Zur Aufbesserung des Einkommens gering dotierter Rabbinatsstellen und zur Gewährung von Zuschüssen für Kultuszwecke an leistungsschwache israelitische Kultusgemeinden	16,000
	2		Zur Fürsorge für dienstunfähige Rabbiner und für die Hinterbliebenen von Rabbinern .	2,000
	3		Zuschuß zur Unterstützungsstiftung des israelitischen Lehrervereins für das Königreich Bayern	2,000
			Summe Kap. 3	20,000
			Hiezu " " 2	3'764,000
			" " 1	8'593,689
			Summe Ziffer III (Ausgaben für kirchliche Zwecke)	12'377,689

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
12,000	4,000[1]	—		[1]) Zu vergl. Stenogr. Berichte der Kammer der Abgeordneten 1908 Bd. VI S. 542—544.
2,000	—	—		
—	2,000[2]	—		[2]) Dieser Zuschuß wurde bisher aus Erübrigungen an der Position Kap. 3 § 1 entnommen. Zu vergl. Stenogr. Berichte der Kammer der Abgeordneten 1902 Bd. X S. 832.
14,000	6,000	—		
3'324,372	439,628	—		
6'983,870	1'609,819	—		
10'322,242[3]	2 055,447	—		[3]) 8'397,617 M ursprünglicher Budgetbetrag, 8,250 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 1'916,375 M Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Aufbesserung des Einkommens der katholischen und protestantischen Geistlichen, 10'322,242 M Summe wie neben.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Ziffer IV. Gemeinsame Ausgaben.	
1			Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	415,600
			Summe Kap. 1 für sich.	
2			Umzugskosten	40,000
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			Ausgaben auf die Gebäude.	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	169,000[3]
	2		Für Gebäudeunterhaltung (einschließlich der ständigen Baukanones)	1'036,856[4]
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	1'615,473
			Summe Kap. 3	2'821,329
4			Übrige Ausgaben (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Prozeßkosten und dergleichen)	1,000[6]
			Summe Kap. 4	1,000
			Hiezu " " 3	2'821,329
			" " 2	40,000
			" " 1	415,600
			Summe Ziffer IV (Gemeinsame Ausgaben)	3'277,929

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
M	*M*	*M*	
365,600	50,000[1]	—	
25,500	14,500[2]	—	
220,400	—	51,400	
972,986	63,870[4]	—	
1'795,473	—	180,000[5]	B S. 132/67
2'988,859	63,870	231,400	
		167,530	
—	1,000	—	
—	1,000	—	
2'988,859	—	167,530	
25,500	14,500	—	
365,600	50,000	—	
3'379,959	65,500	167,530	
		102,030	

Erläuterungen

[1]) Darunter 45,778 *M* zur Erhöhung der Bauschvergütungen an die Postverwaltung von 341,600 *M* auf 387,378 *M*.

[2]) Mehr mit Rücksicht auf den effektiven Aufwand des Jahres 1907.

[3]) Übertragen wurden im Hinblicke auf die Budgetgrundsätze vom 23. Juni 1907:
300 *M* zu Ziffer I Kap. 2,
5,300 *M* zu Ziffer II Kap. 1 § 2 Tit. 1a,
1,940 *M* zu Ziffer II Kap. 2 § 2 Tit. 1,
9,000 *M* zu Ziffer II Kap. 4 § 2,
1,070 *M* zu Ziffer II Kap. 5 § 2 Tit. 1,
600 *M* zu Ziffer II Kap. 6 § 2,
250 *M* zu Ziffer II Kap. 7 § 1 Tit. 2,
3,600 *M* zu Ziffer II Kap. 8A § 2,
800 *M* zu Ziffer II Kap. 8B § 2 Tit. 1,
131 *M* zu Ziffer II Kap. 9 § 2,
3,000 *M* zu Ziffer II Kap. 13 § 2 Tit. 1,
3,472 *M* zu Ziffer II Kap. 14 § 2,
250 *M* zu Ziffer II Kap. 15 § 2 Tit. 1,
2,600 *M* zu Ziffer II Kap. 18 § 2,
870 *M* zu Ziffer II Kap. 19 § 2 Tit. 1,
1,517 *M* zu Ziffer II Kap. 21 § 2,
1,500 *M* zu Ziffer II Kap. 22 § 2,
300 *M* zu Ziffer II Kap. 28 § 2 Tit. 1,
830 *M* zu Ziffer II Kap. 29 § 2 Tit. 1,
100 *M* zu Ziffer III Kap. 2 § 1A Tit. 2,
100 *M* zu Ziffer III Kap. 2 § 1B Tit. 2a
33,870 *M* zu Ziffer IV Kap. 3 § 2.
71,400 *M* in Summe.

Seitheriger Etat . . . . 220,400 *M*,
Erhöhung infolge des effektiven Mehraufwandes in den letzten Jahren . . . . 20,000 *M*
Summe 240,400 *M*.
Hievon ab die obigen Übertragungen auf andere Positionen mit zusammen . . . . 71,400 *M*
Rest 169,000 *M*
als künftige Etatsposition.

Zu Kap. 3 § 2.

Auf die nächste Finanzperiode übertragbar.

[4]) Mehr:
30,000 *M* dauernder Mehrbedarf infolge Zugangs neuer Gebäude, dann erhöhter Preise und Arbeitslöhne,
33,870 *M* durch Übertragung von Ziffer IV Kap. 3 § 1
63,870 *M* in Summa.

Unter der Gesamtposition sind 80,000 *M* künftig wegfallend. Diese Summe ist für verschiedene größere Bauvornahmen bestimmt, die sich einerseits nicht zur Einstellung in den Neubauetat eignen, andererseits aber ohne Beeinträchtigung der übrigen Bedürfnisse nicht aus dem ordentlichen Landbauunterhaltungsetat ihre Deckung finden können.

Zu Kap. 3 § 3.

Auf spätere Finanzperioden übertragbar.

[5]) Davon treffen 150,000 *M* auf die in der letzten Finanzperiode bewilligten fakultativen Staatsbeiträge.

[6]) Die Position ist insbesondere zur Deckung der möglicherweise erwachsenden Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte vorgesehen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Wiederholung der Ausgaben.	
			Ziffer I. Allgemeiner Ministerialetat	331,259
			„ II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung	34'632,787
			„ III. Etat der Ausgaben für kirchliche Zwecke . . .	12'377,689
			„ IV. Gemeinsame Ausgaben	3'277,929
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 28) . . .	50'619,664

Jährlicher Budgetbetrag für 908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
307,465	23,794	—		
30'043,486	4'589,301	—		
10'322,242	2'055,447	—		
3'379,959	—	102,030		
44'053,152*	6'668,542	102,030		
	6'566,512	—		

*) 39'061,777 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
Zugang vom Etat Nr. 34, und zwar:
850,000 ℳ für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse der Staatsbeamten
1'916,375 ℳ für die Aufbesserung des Einkommens der katholischen und protestantischen Geistlichen
2'225,000 ℳ für die Aufbesserung der Volksschullehrergehalte 2c.
44'053,152 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31
an Pensionen und Unterhaltsbeiträgen
vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten 1'385,200 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . . 604,000 ℳ

Summe 1'989,200 ℳ

Hiezu die nebenveranschlagten Ausgaben mit . . . 50'619,664 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten im ordentlichen Budget . 52'608,864 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget:

a) auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziff. I h) 1'477,850 ℳ oder für ein Jahr . . . . 738,925 ℳ
b) auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens (Ziff. II f) 8'900,000 ℳ oder für ein Jahr . . . . 4'450,000 ℳ

5'188,925 ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten . . . . 57'797,789 ℳ.

München, den 16. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer I.							
	Allgemeiner Ministerialetat.							
	A. Allgemeines.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
1	Staatsminister	1		24,000	10,000 [1]			[1] Repräsentationsbezug und Wohnungsentschädigung.
4	Ministerialdirektor	1		12,000	2,400 [2]			[2] Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.
5	Ministerialräte	5	8400 bis 9000	43,350	—			
6	Oberregierungsräte . . .	3	7200 bis 7700	22,390	—			
7	Regierungsräte	2	6000 bis 6500	12,730	—			
9	Regierungsassessoren . . .	3	4800 bis 5300	14,800	—			
12	Bezirksamtsassessoren . . .	2	3500 bis 4000	7,870	—			
13	Geheime Rechnungskommissäre	3						
13	Geheime Sekretäre . . .	2						
13	Geheime Registratoren . .	2 [3]						[3] 1 Stelle wird bei eintretender Erledigung in eine Geheimsekretärstelle (Klasse 13 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden, da künftig nur mehr der Vorstand der Registratur den Gehalt der Klasse 13 der Gehaltsordnung erhalten wird.
		7	4200 bis 5400	33,420	—			
14	Sekretäre und Registratoren	8	3000 bis 3600	25,930	—			
21	Kanzlei- und Registratur-Assistenten	7	1800 bis 1950	13,670	—			
21	Boten und Diener . . .	7	1950 bis 2550	16,670	—			
	Summe a	46		226,830	12,400	1,299	240,529	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—		—	—	—	—	
	Summe A	46		226,830	12,400	1,299	240,529	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	B. Ministerialabteilung für die humanistischen und realistischen Mittelschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Ministerialräte	3	8400	25,200	—			
6	Oberregierungsräte . . .	2	7200	14,400	—			
	Summe a	5	—	39,600	—	—	39,600	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe B	5	—	39,600	—	—	39,600	
	Hiezu Summe A	46	—	226,830	12,400	1,299	240,529	
	Summe Ziffer I. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	51	—	266,430	12,400	1,299 [1]	280,129	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	51 [2]					235,455 [2]	[2]) 34 Beamte mit 202,170 ℳ Bedarf nach Anlage A, 17 Beamte mit 33,285 ℳ Bedarf nach Anlage B, 51 Beamte mit 235,455 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .						19,430	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	51					254,885	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					25,244 [3]	[3]) Hievon treffen: 19,430 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfes und 4,374 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, Die Differenz zu 1,440 ℳ wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen 25,244 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Ziffer II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung.							
	Kap. 1. Landesuniversitäten.							
7	Ordentliche Professoren . .	176[1]	6000 bis 13440	1'316,800	24,048[2]			
7	Oberbibliothekare	3	6000 bis 7500	20,600	350[3]			
8	Syndizi	3	5400 bis 5900	16,700	—			
9	Universitätsbauamtmänner .	2[4]	4800 bis 6300	9,500	—			
9	Universitätsrentamtmänner	3	6300	18,900	—			
9	Universitätsforstmeister . .	1	—	5,760	—			
9	Universitätsmusikdirektor .	1	—	6,300	—			
9	Bibliothekare[5])	5	4800 bis 6300	26,580	—			
11	Außerordentliche Professoren	56[6]	3600 bis 5100	249,640	5,500[7]			
11	Hauptkassekontrolleure . .	3	4100 bis 5100	13,800	—			
12	Oberärzte, dann Assistenten und Lektoren mit Beamteneigenschaft	30	3000	90,000	1,200[8]			
12	Bibliothekkustoden[5]) . . .	5	3000 bis 3500	15,730	—			
12	Universitätsbauassessoren .	1[9]	3000 bis 3500	4,460	—			
13	Inspektoren der botanischen Gärten	2	3900 bis 4500	8,510	—			
	Seite	291	—	1'803,280	31,098			

Erläuterungen:

¹) 4 Ersatzprofessuren neu zugegangen,
1 Professur neu beantragt,
1 Professur gegen eine außerordentliche neu beantragt,
6 Stellen in Summe, dagegen
5 Ersatzprofessuren heimgefallen,
1 Professur effektiv mehr.

²) Bezüge der Dekane, der Vorstände und Mitglieder des Verwaltungsausschusses, der Stipendienreferenten, der Archiv-, Bibliothek- und Klinikvorstände, dann für besondere Lehraufträge und für predigtamtliche Verrichtungen rc.

³) Bezug als Konservator der Kupferstich- und Kunstsammlung in Erlangen.

⁴) 1 Stelle vom 1. September 1910 an mehr, dagegen
1 Bauassessorstelle weniger.

⁵) Die Stellen der Bibliothekare und Kustoden der Universitätsbibliotheken, der Hof- und Staatsbibliothek, der Bibliothek der Technischen Hochschule und der Bibliothek in Bamberg sind gegenseitig übertragbar.

⁶) 1 Ersatzprofessur neu zugegangen,
3 Professuren neu beantragt,
4 Stellen in Summe zu, dagegen
1 Stelle zur Umwandlung in eine ordentliche Professur beantragt,
1 Ersatzprofessur heimgefallen,
2 in Summe ab, sohin
2 Stellen effektiv mehr.

⁷) Vergütungen für besondere Lehraufträge und für Vorträge, dann für gottesdienstliche Verrichtungen.

⁸) Vergütung für einen besonderen Lehrauftrag.

⁹) 1 Bauassessor vom 1. September 1910 an weniger, dagegen
1 Bauamtmann mehr.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	291		1'803,280	31,098			
14	Quästoren	3	3900 bis 4500	12,760	400 [1]			[1]) Vergütung für Unterstützung des Hypothekenreferenten.
14	Klinikverwalter	3	3000 bis 4500	11,960				[2]) 1 Kanzleisekretärstelle aus Universitätsmitteln mehr, 1 Registratorstelle vom 1. September 1910 an neu beantragt.
17	Kanzleisekretäre und Registratoren	9 [2]	1800 bis 3000	20,010				[3]) 1 Stelle für ein Universitätsrentamt vom 1. September 1910 an neu beantragt.
17	Kassasekretäre	10 [3]	1800 bis 3300	21,960				[4]) 1 Stelle vom 1. September 1910 an neubeantragt.
17	Bibliotheksekretäre	5 [4]	1800 bis 3300	11,100				[5]) 1 Stelle vom 1. September 1910 an neu beantragt.
17	Zahntechniker	2 [5]	1800	3,000				[6]) 2 weitere etatsmäßige Werkmeister werden auf die Zuschüsse an die Universitäts-Frauenklinik und an die Universitäts-Kinderklinik in München verrechnet.
17	Bauführer	3	1800 bis 2100	5,650				
17	Universitätsförster	2	3300	6,600				[7]) Vom 1. September 1910 an neu beantragt.
19	Werkmeister	6 [6]	2100 bis 2550	13,680				[8]) 1 Stelle aus der Bauschalwilligung in der vorigen Finanzperiode für den Betrieb des Universitätserweiterungsbaues in München in Zugang, 1 Maschinistenstelle neu beantragt, 1 weitere etatsmäßige Hausmeisterstelle wird auf den Zuschuß an die Universitäts-Frauenklinik in München verrechnet.
21	Mechaniker und Präparatoren	10	1800 bis 2550	22,460				
21	Bauzeichner	1 [7]	—	1,200				
21	Fecht- und Reitlehrer	3	1800	5,400				
22	Maschinisten, Oberdiener, Hausmeister	37 [8]	1800 bis 2300	73,060	1,100 [9]			[9]) Vergütung für Beiziehung von Hilfskräften.
23	Kanzlei- und Registratur-Assistenten	9 [10]	1500 bis 2250	15,230				[10]) Darunter 2 Stellen aus Universitätsmitteln mehr und 1 Stelle vom 1. September 1910 an neu beantragt.
25	Pedelle und Diener I. Ordnung, dann Bibliothekdiener	51 [11]	1500 bis 2000	85,530	600 [12]			[11]) Darunter 1 Stelle aus Universitätsmitteln mehr und 2 Stellen neu beantragt, davon eine vom 1. September 1910 an. [12]) Nebenbezug für das Halten von Hilfskräften.
	Seite	445	—	2'112,880	33,198			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	*M*	*M*	*M*	*M*
	Übertrag	445	—	2'112,880	33,198		
25	Oberhebammen der Universitäts-Frauenkliniken . .	1[1]	—	1,930	—		
26	Forstwart	1	—	1,950	—		
28	Diener II. Ordnung . . .	56[2]	1300 bis 1800	75,066	—		
	Summe a	503	—	2'191,826	33,198	10,778	2'235,802
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Assistenten	162[3]	1230 bis 2580	211,501	2,000[4]		
	Lehrer für Zahnheilkunde .	1	—	2,000	—		
	Summe b	163	—	213,501	2,000	—	215,501
	Hiezu Summe a	503	—	2'191,826	33,198	10,778	2'235,802
	Summe Kap. 1. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	666	—	2'405,327	35,198	10,778[5]	2'451,303
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	631[6]					2'035,587[6]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					147,363
	Summe des Budgetbetrags für 1908 u. 1909	631					2'182,950
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	35					268,353[7]

Erläuterungen

[1]) 1 weitere etatsmäßige Oberhebamme wird auf den Zuschuß zur Universitäts-Frauenklinik München verrechnet.

[2]) 10 Stellen neubeantragt, darunter 8 Stellen vom 1. September 1910 an. 3 weitere etatsmäßige Diener werden auf die Zuschüsse zum Reisingerianum und zur Universitäts-Frauenklinik in München verrechnet.

[3]) 1 Stelle weniger, dagegen 9 Stellen neubeantragt. Weitere 6 Stellen werden auf die Zuschüsse zum Reisingerianum, zur Universitäts-Frauenklinik und zur Universitäts-Kinderklinik in München verrechnet.

[4]) Vergütung für Beihilfe bei seminaristischen Übungen.

[5]) Künftig wegfallend.

[6])
261 Beamte mit 1'481,823 *M* Bedarf nach Anlage A,
370 Beamte mit 553,764 *M* Bedarf aus der Anlage B
631 Beamte mit 2 035,587 *M* Bedarf.

[7]) Hievon treffen:
147,363 *M* auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs;
18,000 *M* auf den Mehrbedarf infolge günstigerer Überleitung ꝛc.;
8,000 *M* sind ausgeglichen durch höhere Mietzinse zugunsten der Staatskasse;
45,924 *M* entfallen auf Gehaltsvorrückungen;
der Rest mit
49,066 *M* trifft auf Personalvermehrung ꝛc.
268,353 *M* Summe wie neben.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind auch
15,200 *M* Mehreinnahmen an Mietzinsen, die an die Universitätskassen fließen und
3,930 *M* Tantiemenanteile ꝛc. gekürzt.)

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 2. Technische Hochschule. a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Ordentliche Professoren	44[1]	6000 bis 10440	338,140	4,700[2]			[1]) 1 Stelle mehr wegen Befreiung eines Professors von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen, 1 Stelle mehr durch Umwandlung einer außerordentlichen Professur. [2]) Funktionsbezug des Rektors, des Vorstandes der landwirtschaftlichen Zentralversuchsstation und eines Professors als Sammlungskonservator sowie für Abhaltung einer besonderen Vorlesung.
8	Syndizi	2	5400	10,800	—			
9	Bibliothekar [3])	1	—	6,300	—			[3]) Vergl. hiezu Anmerkung in der Anlage A zu Kap. 1 (Seite 6 oben).
9	Konservator (am mechanisch-technischen Laboratorium)	1[4]	—	3,200	—			[4]) Neue Stelle (mit Raten).
11	Außerordentliche Professoren (einschließlich des Leiters der Versuchsanstalt und Auskunftstelle für Maltechnik)	4[5]	3600 bis 5100	16,510	—			[5]) 1 Stelle weniger wegen Umwandlung in eine ordentliche Professorenstelle, 1 Stelle neu.
12	Assistenten mit Beamteneigenschaft	9[6]	3000	24,300	—			[6]) 2 Stellen neu.
13	Kassier	1	—	5,250	—			
17	Kanzleisekretäre	3[7]	1800 bis 2700	6,300	—			[7]) 2 Stellen mehr.
17	Kassesekretär	1		2,700	—			
17	Registrator	1		3,300	—			
19	Werkmeister	8[8]	2100 bis 2850	18,210	—			[8]) 1 Stelle mehr.
21	Mechaniker und Präparatoren	7	1800 bis 2400	14,120	—			
21	Zeichner (an der Architektenabteilung)	1[9]		1,800	—			[9]) Neue Stelle unter Wegfall einer bisherigen nichtetatsmäßigen Assistentenstelle.
22	Maschinisten, Oberdiener und Hausmeister	6	1800 bis 2300	12,340	—			
23	Kanzleiassistenten	3[10]	1500 bis 2100	5,320	—			[10]) 1 Stelle mehr.
25	Diener I. Ordnung	18[11]	1500 bis 2000	31,720	—			[11]) 3 Stellen mehr.
28	Diener II. Ordnung	15	1300 bis 1700	21,580	—			
	Summe a	125	—	521,890	4,700	5,443	532,033	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	125		521,890	4,700	5,443	532,033	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	59[1]		118,688			118,688	[1]) 1 Stelle weniger (siehe Anmerkung Ziffer 8), 11 Stellen mehr.
	Summe Kap. 2. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	184		640,578	4,700	5,443[2]	650,721	[2]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	161[3]					503,349[3]	[3]) 50 Beamte mit 290,507 M Bedarf nach Anlage A, 111 Beamte mit 212,842 M Bedarf nach Anlage B, (2 Fachlehrer im Nebenamte sind hier außer Berücksichtigung geblieben) 161 Beamte mit 503,349 M Bedarf,
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					31,387	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	161					534,736	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	23					115,985[4]	[4]) Hievon treffen: 31,387 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 6,000 M desgleichen infolge günstigerer Überleitung, 300 M desgleichen, ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen, 21,931 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen, 46,167 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung; die Differenz wird ausgeglichen durch eine Erhöhung der eigenen Einnahmen um den Betrag von 10,200 M (Einzug von Zeugnisgebühren- und Tantiemenanteilen der Beamten zugunsten der Hochschulkasse) 115,985 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:					
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Kap. 3.						
	Lyzeen.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
6	Rektoren	5[1]	8700	43,500	2,260[2]		
7	Ordentliche Professoren . .	29[3]	6000 bis 7500	193,480	1,791[4]		
11	Außerordentliche Professoren[6]	18[3]	3600 bis 5100 (6300)	85,630	765[5]		
25	Pedelle und Diener . . .	5	1600 bis 2000	9,260	133[7]		
28	Diener II. Ordnung . . .	1[8]	—	1,800	—		
	Summe a	58	—	333,670	4,949	1,086	339,705
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—
	Summe Kap. 3. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	58	—	333,670	4,949	1,086[9]	339,705
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	58[10]					284,421[10]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					21,138
	Summe des Budgetbetrags für 1908 u. 1909	58					305,559
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					34,146[11]

Erläuterungen

[1]) Künftig wegfallend. Die Funktion der Rektoren soll künftig ordentlichen Professoren gegen eine Zulage übertragen werden.

[2]) Vergütungen für Kassaführung und für Besorgung der Schreibgeschäfte 2c.

[3]) 3 Professoren gegen drei außerordentliche neu beantragt vom 1. September 1910 an.

[4]) Vergütungen für Bibliothekführung und für gottesdienstliche Verrichtungen.

[5]) Vergütungen für Bibliothekführung 2c.

[6]) Darunter 2 Professoren für ihre Person nach Klasse 9 der Gehaltsordnung mit Rücksicht auf ihr früheres Dienstverhältnis.

[7]) Vergütung für Beiziehung von Aushilfen.

[8]) Künftig wegfallend.

[9]) Künftig wegfallen

[10]) 52 Beamte mit 273,811 ℳ Bedarf nach Anlage A,
6 Beamte mit 10,610 ℳ Bedarf nach Anlage B,
58 Beamte mit 284,421 ℳ Bedarf.

[11]) Hievon treffen:
21,138 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
6,998 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
3,000 ℳ auf den Mehrbedarf infolge günstigerer Überleitung 2c.,
1,210 ℳ sind ausgeglichen durch höhere Mietzinse,
der Rest zu
1,800 ℳ entfällt auf die ausgewiesene Stellenänderung
34,146 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 4. **Humanistische Gymnasien.** a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Rektoren	44	7200 bis 8700	351,980	21,490[1]			
7	Konrektoren	44	6500 bis 7500	311,630	690[2]			
9	Gymnasialprofessoren . .	407[3]	4800 bis 6300	2'410,240	2,410[2]			
12	Gymnasiallehrer	299[4]	3000 bis 5000	1'198,870	1,910[2]			
12	Gymnasiallehrer für Zeichnen	18[5]	3500 bis 5000	78,950	—			
12	Gymnasialturnlehrer . . .	24[6]	4000 bis 5000	108,240	—			
14	Zeichenlehrer	17[7]	3000 bis 4500	53,550	—			
14	Turnlehrer	20[8]	3000 bis 4500	64,270	360[9]			
14	Musiklehrer	25[10]	3000 bis 4500	85,790	360[9]			
16	Kassier der Gymnasien in Nürnberg	1	—	3,000	—			
21	Offizianten	9	1800 bis 2550	19,860	480[11]			
	Seite	908	—	4'686,380	27,700			

Erläuterungen:

[1]) Für Kasse- und Rechnungsführung, dann für Bibliothekverwaltung.
(Der Mehrbetrag an Nebenbezügen ergibt sich daraus, daß die bisherigen Tantiemen für Schulgelderhebung vom 1. Januar 1909 an in feste Vergütungen umgewandelt wurden.)

[2]) Für Bibliothekverwaltung.

[3]) 7 Stellen sind aus den Etats der Progymnasien Rosenheim und Fürth zugegangen, 10 weitere Stellen aus der Position zur Schaffung von sogen. Dreierprofessuren und zur Beförderung älterer Gymnasiallehrer für Zeichnen (vergl. Anlage D zum Budget für 1908 und 1909 Seite 221 lit. i).
Von den Professorenstellen fallen künftig 5 Stellen weg und werden mit Zeichenlehrern nach Klasse 14 der Gehaltsordnung besetzt. Außerdem werden diejenigen Stellen, welche zurzeit mit Lehrkräften ohne volle Lehrbefähigung besetzt sind, im Falle der Erledigung in den 4 unteren Klassen mit Gymnasiallehrern nach Klasse 12 der Gehaltsordnung besetzt.

[4]) 1 Stelle für katholische Religionslehre neu beantragt,
7 Stellen in Zugang aus den Etats der Progymnasien Rosenheim und Fürth, dagegen
6 Stellen weniger infolge Beförderung zu Professoren (vergl. Bemerkung Ziffer 3 oben).

[5]) Künftig wegfallend; dafür Zeichenlehrer nach Klasse 14 der Gehaltsordnung.
4 Stellen weniger wegen Beförderung zu Professoren (vergl. Bemerkung Ziffer 3) oben).

[6]) Künftig wegfallend; dafür Turnlehrer nach Klasse 14 der Gehaltsordnung,
6 Stellen mehr, da 6 Turnlehrer nach den seitherigen Normen noch im Jahre 1908 pragmatisiert wurden.

[7]) 1 Stelle aus dem Etat des Progymnasiums Fürth zugegangen.

[8]) 6 Stellen weniger (vergl. Bemerkung Ziffer 6 oben).

[9]) Für Schreibaushilfe.

[10]) 1 Stelle mehr.

[11]) Für Schulgelderhebung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	908	—	4'686,380	27,700		
25	Pedelle	45	1500 bis 2000	81,920	—		
28	Schuldiener	8[1]	1400 bis 1800	12,570	—		
	Summe a	961	—	4'780,870	27,700	6,078	4'814,648
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Gymnasialassistenten . . .	25[2]	1710	42,750	—	—	42,750
	Summe Kap. 4 Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	986	—	4'823,620	27,700	6,078[3]	4'857,398
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	960[4]					3'757,975[4]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					359,816
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	960					4'117,791
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	26					739,607[5]

Erläuterungen

1) Künftig wegfallend. (1 Stelle ist bereits in Wegfall gekommen.)

2) Neu gefordert.

3) Künftig wegfallend.

4)
767 Beamte mit 3'357,547 M Bedarf nach Anlage A,
178 Beamte mit 361,378 M Bedarf nach Anlage B *)
Hiezu kommen weiter aus der Anlage D:
Pos. 1 lit. i: zur Schaffung von sog. Dreierprofessuren und zur Verleihung des Professorengehaltes an ältere Gymnasiallehrer für Zeichnen 5,000 M Bedarf
Pos. 5 und 6:
15 Beamte der vormaligen Progymnasien Rosenheim und Fürth mit dem Aversalbetrage von . . . 34,050 M Bedarf
960 Beamte mit 3'757,975 M Bedarf

*) Von der Gesamtsumme der Anlage B sind die Bezüge der als Lehrer wirkenden Klostergeistlichen in Münnerstadt, der Aversalzuschuß an das Gymnasium St. Stephan in Augsburg, die Wochenstundenhonorare der Fachnebenlehrer ꝛc. mit zusammen 287,379 M hier außer Berücksichtigung geblieben.

5) Hievon treffen
359,816 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
135,000 M desgleichen infolge günstigerer Überleitung ꝛc.
15,100 M desgleichen, ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen,
151,972 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen u. Gehaltsergänzungen,
77,719 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung einschließlich der Ergänzung des Personalbedarfs für die vom 1. Januar 1909 auf den Staat übernommenen Unterklassen der Gymnasien Rosenheim und Fürth,
739,607 M Summe wie neben.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind außerdem 13,620 M infolge Wegfalls der Schulgeldtantiemen, der Tintengelder ꝛc. gekürzt.)

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 5. Realgymnasien.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Rektoren	4	8200 bis 8700	34,220	1,920[1]			[1]) Vergütungen für Kasse- und Bibliothekverwaltung. Der Mehrbedarf ist darauf zurückzuführen, daß die seitherigen Schulgeldtantiemen in feste Vergütungen umgewandelt wurden.
7	Konrektoren	4	7000 bis 7500	28,870	—			
9	Gymnasialprofessoren . .	36[2]	4800 bis 6300	211,090	490[3]			[2]) Eine Stelle mehr wegen Einrückens eines Religionslehrers in den Gehalt der Gymnasialprofessoren.
12	Gymnasiallehrer	55[4]	3000 bis 5000	201,330	180[4]			[3]) Vergütungen für Bibliothekverwaltung.
12	Gymnasialturnlehrer . . .	2[5]	4500	8,590	—			[4]) 1 Stelle weniger (siehe oben Ziffer 2), 6 Stellen mehr.
14	Turnlehrer	2[6]	3000	6,000	—			[5]) Künftig wegfallend; dafür 2 Turnlehrer nach Klasse 14 der Gehaltsordnung.
14	Musiklehrer	1	—	3,000	—			
21	Offiziant	1	—	2,140	—			[6]) Neue Stellen.
25	Pedelle	4	1900 bis 2000	7,730	—			
28	Schuldiener	1[7]	—	1,360	—			[7]) Künftig wegfallend.
	Summa a.	110	—	504,330	2,590	420[8]	507,340	[8]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Gymnasialassistenten . . .	6[9]	1710	10,260	—	—	10,260	[9]) Neue Stellen.
	Summe Kap. 5. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	116	—	514,590	2,500	420	517,600	[10]) 83 Beamte mit 343,177 M Bedarf nach Anlage A, 19 Beamte mit 35,730 M Bedarf nach Anlage B, 102 Beamte mit 378,907 M Bedarf.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	102[10]					378,907[10]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					37,050	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	102					415,957	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	14					101,643[11]	[11]) Hievon treffen: 37,050 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 6,000 M desgleichen infolge günstigerer Überleitung 2c., 1,200 M desgleichen, ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen, 23,953 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen, 33,440 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung, 101,643 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 6.							
	Technikum in Nürnberg.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	8,700	—			
7	Konrektor	1[1]	—	5,720	—			[1]) Neue Stelle ab 1. September 1910; dafür soll eine Professorenstelle in Wegfall kommen.
9	Professoren	13	4800 bis 6300	79,150	720[2]			[2]) Je 360 M für Bibliothekverwaltung und Leitung des Betriebes der elektrischen Zentrale und Heizanlage.
12	Reallehrer	7[3]	3000 bis 5000	23,420	—			[3]) 2 Stellen neu.
16	Kassier und Sekretär . .	1	—	3,850	—			
19	Werkmeister	4[4]	2100 bis 2550	8,750	—			[4]) 1 Stelle mehr.
21	Mechaniker	2	1800	3,600	—			
23	Kanzleiassistent	1	—	1,750	—			
25	Pedelle und Diener . . .	3	1600 bis 2000	5,140	—			
	Summe a	33	—	140,080	720	819	141,619	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2[5]	1710	3,420	—	—	3,420[5]	[5]) 2 Stellen neu.
	Summe b für sich.							[6]) Künftig wegfallend.
	Summe Kap. 6. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	35	—	143,500	720	819[6]	145,039	[7]) 20 Beamte mit 89,453 M Bedarf nach Anlage A, 10 Beamte mit 19,202 M „ nach Anlage B, 30 Beamte mit 108,655 M Bedarf.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	30[7]					108,655[7]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					11,049	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	30					119,704	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	5					25,335[8]	[8]) Hievon treffen: 11,049 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 3,106 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 10,380 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung; 800 M die Differenz zu wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen 25,335 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 7.							
	§ 1. Baugewerkschule mit Gewerbelehrerinstitut in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	6,330	1,000[1]			
9	Professoren	17	4800 bis 6300	90,740	—			
12	Reallehrer	6[2]	3000 bis 3500	16,710	—			
16	Kassier und Sekretär . . .	1	—	2,700	—			
19	Werkmeister	1	—	2,350	—			
21	Mechaniker	2	1800	3,600	—			
25	Pedelle und Diener . . .	3	1500 bis 2000	5,400	—			
	Summe a	31	—	127,830	1,000	938	129,768	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 7 §1. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	31	—	127,830	1,000	938[3]	129,768	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	29[4]					108,421[4]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					6,360	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	29					114,781	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					14,987[5]	

[1]) Vertragsmäßige persönliche Zulage.

[2]) 2 Stellen mehr.

[3]) Künftig wegfallend.

[4]) Anteil für 29 Beamte aus der Aversalwilligung für 1908 und 1908. (Die Anlagen A und B zum Budget für 1908 und 1909 enthielten nur den Personalstand zur Zeit der Etatsaufstellung, da damals die Organisation noch nicht durchgeführt war.)

[5]) Hievon treffen:
6,360 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
4,667 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen,
3,750 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung; die Differenz zu
210 M wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen
14,987 M Summe wie neben.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf
			Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:				
			M	M	M	M	M
	Kap. 8.						
	A. Vollständige Lehrerbildungsanstalten und Schullehrerseminare.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
7	Direktoren	13	6000 bis 7500	85,090	3,840[1]		
10	Präfekten	13	3000 bis 6000	53,920	—		
10	Seminaroberlehrer . . .	18[2]	5000 bis 6000	101,120	—		
12	Seminarlehrer und Seminarschullehrer	87[3]	3000 bis 5000	335,830	800[4]		
15	Präparandenlehrer . . .	27[5]	2400 bis 4500	66,890	—		
25	Pedelle	13[6]	1500 bis 2000	21,330	—		
28	Schuldiener	2[7]	1400 bis 1700	3,100	—		
	Summe a	173	—	667,280	4,640	327	672,247
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Seminarassistenten	17[8]	—	25,398	—	—	25,398[8]
	Summe Kap. 8 A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 . . .	190	—	692,678	4,640	327[9]	697,645
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	181[10]					521,157[10]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					44,256
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	181					565,413
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	9					132,232[11]

Erläuterungen

[1] Für Kasse- und Rechnungsführung.

[2] Künftig wegfallend; dafür Seminarlehrerstellen nach Klasse 12 der Gehaltsordnung.

[3] 1 Stelle mehr anstatt eines Seminaroberlehrers.
3 Stellen vom Etat der Präparandenschulen hieher transferiert, davon 2 künftig wegfallend.

[4] Für Bibliothekverwaltung.

[5] 1 Stelle neu,
1 Stelle vom Etat der Präparandenschulen zugegangen.

[6] 1 Stelle neu.

[7] 1 Stelle vom Etat der Präparandenschulen zugegangen. Beide Stellen künftig wegfallend.

[8] 1 Stelle mehr, 1 Stelle vom Etat der Präparandenschulen zugegangen.

[9] Künftig wegfallend.

[10]
103 Beamte mit 374,101 M Bedarf nach Anlage A,
78*Beamte mit 147,056 M Bedarf nach Anlage B
181 Beamte mit 521,157 M Bedarf.
* 7 Hausdiener (Dienstboten) sind hier außer Berücksichtigung geblieben.

[11] Hievon treffen:
44,256 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
20,000 M desgleichen infolge günstigerer Überleitung,
7,900 M desgleichen, ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen,
17,984 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen,
42,092 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung einschließlich der Ergänzungen für die neue Lehrerbildungsanstalt in Pasing und des Zuganges aus dem Etat der Präparandenschulen wegen Vereinigung der Präparandenschule Bamberg mit dem dortigen Schullehrerseminare zu einer vollen Lehrerbildungsanstalt,
132,232 M Summe wie neben.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind außerdem 1610 M weggefallene Nebenbezüge gekürzt.)

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	B. Präparandenschulen.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
10	Präparandenoberlehrer . .	12[1]	5000 bis 6000	66,080	3,480[2] (für beide Klassen)		
12	Hauptlehrer	17[3]	3500 bis 5000	82,440			
12	Seminarlehrer	22[4]	3500 bis 5000	96,690	—		
15	Präparandenlehrer	68[5]	2400 bis 4500	184,850	—		
28	Pedelle und Schuldiener .	6[6]	1300 bis 1800	7,793	—		
	Summe a	125	—	437,853	3,480	—	441,333
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—
	Summe Kap. 8 B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	125	—	437,853	3,480	—	441,333
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	130[7]					366,998[7]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					31,589
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	130					398,587
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					42,746[8]
	weniger	5					

Erläuterungen

[1]) Künftig wegfallend; dafür Hauptlehrerstellen nach Klasse 12 der Gehaltsordnung.

[2]) Für Kasse- und Rechnungsführung

[3]) 1 Stelle als Seminarlehrerstelle auf den Etat der vollen Lehrerbildungsanstalten transferiert.

[4]) Künftig wegfallend; dafür Präparandenlehrer nach Klasse 15 der Gehaltsordnung, 2 Stellen auf den Etat der vollen Lehrerbildungsanstalten transferiert, 7 Stellen nunmehr mit Präparandenlehrern besetzt.

[5]) 2 Stellen neu, dagegen 2 Stellen auf den Etat der vollen Lehrerbildungsanstalten transferiert (davon 1 als Seminarassistentenstelle).

[6]) Künftig wegfallend 1 Stelle auf den Etat der vollen Lehrerbildungsanstalten transferiert, 1 Stelle in Wegfall gekommen.

[7])
61 Beamte mit 219,017 M Bedarf nach Anl. A,
69*Beamte mit 147,981 M „ nach Anl. B,
130 Beamte mit 366,998 M Bedarf.

*) 14 nichtetatsmäßige Schuldiener sind hier außer Berücksichtigung geblieben.

[8]) Hievon treffen:

31,589 M	auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
10,000 M	desgleichen infolge günstigerer Überleitung,
1,550 M	desgleichen, ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen,
10,509 M	auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen,
6,238 M	auf die ausgewiesene Personalvermehrung einschließlich der Ergänzung des Personalbedarfs der neuen Präparandenschule Münchberg
59,886 M	Summe. Hievon ab
17,140 M	wegen Vereinigung der Präparandenschule Bamberg mit dem dortigen Schullehrerseminar zu einer vollen Lehrerbildungsanstalt, wovon 17,020 M zu lit. A übertragen,
42,746 M	Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Zusammenstellung von Kap. 8.							
	Summe A	190	—	692,678	4,640	327	697,645	
	„ B	125	—	437,853	3,480	—	441,333	
	Summe Kap. 8 Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	315	—	1'130,531	8,120	327	1'138,978	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	311					888,155 [1]	[1] 181 Beamte mit 521,157 ℳ Bedarf nach Anlage A, 130 Beamte mit 366,998 ℳ Bedarf nach Anlage B, 311 Beamte mit 888,155 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					75,845 [2]	[2] 44,256 ℳ bei lit. A, 31,589 ℳ bei lit. B, 75,845 ℳ Summe wie neben.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	311					964,000	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	4					174,978 [3]	[3] Dieser Mehrbedarf ist im einzelnen nachgewiesen mit 132,232 ℳ bei lit. A, 42,746 ℳ bei lit. B, 174,978 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 9. Turnwesen.							
	Zentralturnlehrerbildungsanstalt mit öffentlicher Turnanstalt in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	6,000	200[1]			[1]) Für Kasse- und Rechnungsführung.
10	Lehrer	1[2]	—	6,000	—			[2]) Künftig wegfallend; dafür 1 Lehrer nach Klasse 12 der Gehaltsordnung.
14	Gymnasialturnlehrer . . .	2[3]	3000 bis 3500	6,500	—			[3]) Hievon 1 für seine Person in Klasse 12 mit Rücksicht auf die frühere pragmatische Dienstesstellung.
25	Hausmeister	1	—	1,850	—			
	Summe a	5	—	20,350	200	27	20,577	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 9. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	5	—	20,350	200	27[4]	20,577	[4]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	5[5]					15,350[5]	[5]) 2 Beamte mit 9,980 M Bedarf nach Anl. A, 3 Beamte mit 5,370 M " nach Anl. B, 5 Beamte mit 15,350 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					2,484	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	5					17,834	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					2,743[6]	[6]) Hievon treffen: 2484 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 49 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen; 210 M werden ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen; 2743 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1908 und 1909:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 11. Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
25	Feuerwächter	8[1]	1500 bis 1600	12,100	—	—	12,100	[1]) 1 Stelle mehr, damit den Feuerwächtern bei Verhinderung, Erkrankung oder Beurlaubung des einen oder anderen ein Tag in der Woche freigegeben werden kann.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 11. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	8	—	12,100	—	—	12,100	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	7					10,185[2]	[2]) Nach Anlage B.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					158	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	7					10,343	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					1,757[3]	[3]) Hievon treffen: 158 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 99 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 1500 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Kap. 13.						
	I. Akademie der Wissenschaften.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
8	Syndikus	1	—	5,860	—		
11	Kassier	1[1]	—	4,680	360[2]		
17	Kanzleisekretär . . .	1	—	3,190	—		
17	Kassesekretär	1	—	2,120	—		
22	Hausmeister	1	—	1,250	—		
25	Diener I. Ordnung . . .	2	1500 bis 2000	3,500	—		
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,650	—		
	Kommission für die internationale Erdmessung.						
12	Kustos[3]	1	—	3,000	—		
21	Technischer Offiziant . . .	1	—	2,550	—		
	Summe a	10	—	27,800	360	250	28,410
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—
	Summe I. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	10	—	27,800	360	250[4]	28,410
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	10[5]					23,585[5]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					1,722
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	10					25,307
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					3,103[6]

Erläuterungen

[1] Diese Stelle wird bei eintretender Erledigung mit einem Kassier nach Klasse 14 besetzt.

[2] Für die Besorgung der Geschäfte der Hausinspektion.

[3] Die Stellen der Kustoden und Konservatoren bei der Kommission für internationale Erdmessung, bei der Meteorologischen Zentralstation und bei dem Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates sind gegenseitig übertragbar.

[4] Künftig wegfallend.

[5] 3 Beamte mit 11,340 M Bedarf nach Anl. A,
7 Beamte mit 12,245 M Bedarf nach Anl. B,
10 Beamte mit 23,585 M Bedarf.

[6] Hievon treffen:
1722 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
850 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
1140 M sind durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen.
3712 M in Summe.
Davon sind
609 M durch Heimfall an Alterszulagen infolge Personalveränderung gedeckt
3103 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 13.							
	II. Meteorologische Zentralstation.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1		7,500	—			
9	Konservatoren*	2	4800 und 5050	9,850	—			*) Die Stellen der Kustoden und Konservatoren bei der Kommission für internationale Erdmessung, bei der Meteorologischen Zentralstation und bei dem Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates sind gegenseitig übertragbar.
12	Kustoden*	2[1]	3000 und 3500	6,500	—			[1]) Zur Erledigung der mehr formalen Arbeiten der Zentralstation wurden statt einer Kustosstelle 2 Sekretärstellen vorgesehen.
17	Sekretäre	2[1]	1800	3,600	—			
23	Kanzlei- und Registraturassistent	1	—	1,538	—			
25	Diener	1	—	1,800	—			
	Summe a	9	—	30,788	—	93	30,881	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Beobachter auf der Zugspitze	1	—	3,000[2])	—	—	3,000	[2]) Bezugserhöhung von 1620 M auf 3000 M, da die bisherige Vergütung mit Rücksicht auf die besondere Art der Dienstleistung nicht ausreichend erscheint.
	Summe Kap. 13 II Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	10	—	33,788	—	93[3])	33,881	[3]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	9[4])					23,059[4])	[4]) 3 Beamte mit 12,758 M Bedarf nach Anlage A 6 Beamte mit 10,301 M Bedarf nach Anlage B 9 Beamte mit 23,059 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					3,547	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	9					26,606	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					7,275[5])	[5]) Hievon treffen 3547 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 328 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 1980 M auf die ausgewiesene Personalveränderung; die Differenz mit 1420 M wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen. 7275 M Summe wie neben.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Zusammentrag zu Kap. 13.							
	Summe Kap. 13 I Akademie der Wissenschaften	10	—	27,800	360	250	28,410	
	Summe Kap. 13 II Meteorologische Zentralstation	10	—	33,788	—	93	33,881	
	Summe Kap. 13. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	20	—	61,588	360	343	62,291	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	19	—	—	—	—	51,913	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1	—	—	—	—	10,378	
	Kap. 14. Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor der Ethnographischen Sammlung . . .	1	—	6,000	—			
7	Direktor des Münzkabinetts	1	—	6,000	—			
9	Konservatoren*)	10	4800 bis 6300	53,160	—			*) Die Stellen der Kustoden und Konservatoren bei der Kommission für internationale Erdmessung, bei der Meteorologischen Zentralstation und beim Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates sind gegenseitig übertragbar.
	14 Konservatoren (im Nebenamte)[1]	—	540 bis 3360	26,940	591			[1]) Im Hauptamte ordentliche Universitätsprofessoren.
12	Kustoden*)	11[2])	3000	31,130	—			[2]) 1 Stelle vom 1. September 1910 an neubeantragt.
14	Inspektor des Botanischen Gartens	1	—	3,750	—			
17	Kanzleisekretär	1	—	3,300	—			
19	Werkmeister	3	2250 bis 2850	7,830	500			
	Seite	28	—	138,110	1,091			

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Übertrag	28	—	138,110	1,091			
21	Präparatoren u. Mechaniker, Obergärtner	8	1800 bis 2250	16,390	—			
21	Offiziant	1	—	2,550	—			
22	Maschinisten und Hausmeister	3	1800 bis 2200	6,520	—			
25	Diener I. Ordnung . . .	15[1]	1500 bis 2000	23,970	600			[1]) 1 Stelle vom 1. September 1910 an neubeantragt.
28	Diener II. Ordnung . . .	5[2]	1300 bis 1500	5,947	—			[2]) 2 Stellen neubeantragt, davon 1 vom 1. September 1910 an.
	Summe a	60	—	193,487	1,691	2,078	197,256	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	20[3]	636 bis 2115	23,943	546	—	24,489	[3]) 2 Stellen neu beantragt, darunter 1 vom 1. September 1910 an.
	Summe b	20	—	23,943	546	—	24,489	
	Hiezu " a	60	—	193,487	1,691	2,078	197,256	[4]) Künftig wegfallend.
	Summe Kap. 14. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	80	—	217,430	2,237	2,078[4]	221,745	[5]) 17 Beamte mit 93,126 M Bedarf nach Anlage A, 57 Beamte mit 92,059 M Bedarf nach Anlage B, 74 Beamte mit 185,185 M Bedarf.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	74[5]					185,185[5]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					12,172	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	74					197,357	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	6					24,388[6]	

[6]) Hievon treffen:
12,172 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs.
3,765 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
7,217 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung,
2,880 M werden durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen,
26,034 M in Summe.
Davon ab
1,646 M Heimfall an Alterszulagen durch Personalveränderung,
24,388 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 15. Hof- und Staatsbibliothek.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	8,400	—			
7	Oberbibliothekare	4	6000 bis 7500	27,800	540[1]			[1]) Für die Kassa- und Rechnungsführung.
9	Bibliothekare 2)	11	4800 bis 6300	57,450	—			[2]) Die Stellen der Bibliothekare und Kustoden der Universitätsbibliotheken, der Hof- und Staatsbibliothek, der Bibliothek der Technischen Hochschule und der Bibliothek Bamberg sind gegenseitig übertragbar.
12	Kustoden 2)	11	3000 bis 4000	36,480	—			
17	Bibliotheksekretäre	4[3]	1800 bis 2100	6,660	—			[3]) 1 Stelle vom 1. September 1910 an neubeantragt.
22	Hausmeister und Oberdiener	2	1900 bis 2000	3,900	—			
23	Kanzleiassistent	1[4]	—	1,000	—			[4]) Vom 1. September 1910 an neubeantragt.
25	Boten und Diener . . .	24[5]	1500 bis 2000	39,260	—			[5]) 3 Stellen vom 1. September 1910 an neubeantragt, darunter 1 Heizerstelle.
	Summe a	58	—	180,950	540	1,440[6]	182,930	[6]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 15. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	58	—	180,950	540	1,440[6]	182,930	[7]) 21 Beamte mit 99,849 ℳ Bedarf nach Anlage A, 32 Beamte mit 54,593 ℳ Bedarf nach Anlage B; 53 Beamte mit 154,442 ℳ Bedarf.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	53[7]					154,442[7]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					10,195	[8]) Hievon treffen: 10,195 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2,448 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 5,200 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung; die Differenz mit 450 ℳ wird durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen; 18,293 ℳ Summe wie neben.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	53					164,637	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	5					18,293[8]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 16. **Bibliothek in Bamberg.** **a. Etatsmäßige Beamte.**							
8	Oberbibliothekar	1	—	6,900	—			
12	Kustoden*	2	3000 bis 4000	7,000	—			*) Die Stellen der Bibliothekare und Kustoden der Universitätsbibliotheken, der Hof- und Staatsbibliothek, der Bibliothek der Technischen Hochschule und der Bibliothek in Bamberg sind gegenseitig übertragbar.
28	Bibliothekdiener	1	—	1,500	—			
	Summe a	4	—	15,400	—		15,400	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—			
	Summe Kap. 16. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	4	—	15,400	—	—	15,400	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	4[1]					10,692[1]	[1]) 2 Beamte mit 7,819 M Bedarf nach Anlage A, 2 Beamte mit 2,873 M " nach Anlage B, 4 Beamte mit 10,692 M Bedarf.
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					2,107	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	4					12,799	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					2,601[2]	[2]) Hievon treffen: 2107 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs und 404 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 90 M sind durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen 2601 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 18. **Akademie der bildenden Künste.**							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	8,400	—			
7	Professoren	16	6000 bis 8140	118,936	900[1]			[1]) Für den Unterricht im anatomischen Zeichnen.
8	Syndikus	1	—	5,400	—			
17	Kanzlei- und Kassesekretär .	1	—	3,300	—			
22	Hausmeister	1	—	1,950	—			
25	Diener I. Ordnung . . .	5	1500 bis 2000	9,225	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,400	—			
	Summe a	26	—	148,611	900	157	149,668	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 18. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	26	—	148,611	900	157[2]	149,668	[2]) Künftig wegfallend. [3]) 18 Beamte mit 113,259 M Bedarf nach Anlage A, 9 Beamte mit 16,143 M " nach Anlage B, 27 Beamte mit 129,402 M Bedarf
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	27[3]					129,402[3]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					9,580	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	27					138,982	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					10,686[4]	[4]) Hievon treffen: 9,580 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2,456 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 1,620 M wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen; 13,656 M Summe. Davon gehen ab 2,970 M infolge Übertragung des Gehaltes des Technikers für die Ausübung der Röckl'schen Metallgußerfindung auf den Etat des Staatsministeriums des Innern (Etat des allgemeinen Reichsarchivs); 10,686 M Mehrbedarf wie neben.
	minder	1[4]						

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Kap. 19. Gemäldegalerien.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
5	Galeriedirektor	1	—	10,800			
9	Konservatoren[1]	3	4800 bis 6300	17,192			
12	Kustoden[1]	4[2]	3000 bis 4500	14,000			
22	Oberaufseher u. Hausmeister	2	1800 bis 2200	3,987			
23	Kanzlei- und Registratur-Assistent	1[3]	—	1,500			
25	Diener und Aufseher . . .	14	1500 bis 2000	24,154			
	Summe a	25	—	71,633		4,846	76,479
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Assistenten	1[4]	860 und 2385	3,245			
	Summe b	1	—	3,245	—	—	3,245
	Hiezu Summe a	25	—	71,633	—	4,846	76,479
	Summe Kap. 19. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	26	—	74,878	—	4,846[5]	79,724
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	25[6]					62,573[6]
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					3,482
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	25					66,055
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1[7]					13,669[7]

Erläuterungen

[1]) Die Stellen der Konservatoren und Kustoden an den Gemäldegalerien, der Graphischen Sammlung, des Nationalmuseums und des Generalkonservatoriums der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns sind gegenseitig übertragbar.

[2]) 1 Stelle mehr mit Rücksicht auf die ständig wachsenden Anforderungen im Restaurationsatelier der Alten Pinakothek. Eine Assistentenstelle im Restaurationsatelier kommt in Wegfall.
Der Bedarf für die Kustosstelle ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt — siehe hiezu Erläuterung Nr. 4 nachstehend.

[3]) Neue Stelle zur Erledigung der bei der Direktion der staatlichen Galerien anfallenden formalen Arbeiten.

[4]) Für 1 Assistenten ist der Bezug nur bis 1. September 1910 vorgesehen, da von diesem Zeitpunkt an die Assistentenstelle durch eine Kustosstelle ersetzt werden soll — siehe Erläuterung Nr. 2 oben.

[5]) Künftig wegfallend.

[6]) 7 Beamte mit 31,688 ℳ Bedarf nach Anl. A,
18 Beamte mit 30,885 ℳ Bedarf nach Anl. B,
25 Beamte mit 62,573 ℳ Bedarf.

[7]) Hievon treffen:
3,482 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
1,277 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
1,780 ℳ auf die ausgewiesene Personalveränderung;
die Differenz wird ausgeglichen mit
1,080 ℳ durch Mehreinnahmen an Mietzinsen,
6,050 ℳ durch Vereinnahmung der bisher dem Dienerpersonal zugeflossenen Garderobegebühren
13,669 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 20.							
	Graphische Sammlung.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Direktor	1	—	6,938	—			
9	Konservator [1]	1	—	4,862	—			[1]) Vergl. die Vormerkung Nr. 1 zu Kap. 19.
12	Kustos [1]	1	—	3,000	—			
21	Präparator	1	—	2,250	—			
25	Diener und Aufseher	4	1700 bis 2000	7,329	—			
	Summe a	8	—	24,379	—	1,871	26,250	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten Summe b für sich.	2	1778 und 2025	3,803	—	—	3,803	
	Summe Kap. 20. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	10	—	28,182	—	1,871 [2]	30,053	[2]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	10 [3]					23,870 [3]	[3]) 2 Beamte mit 9,503 M Bedarf nach Anlage A, 8 Beamte mit 14,367 M Bedarf nach Anlage B 10 Beamte mit 23,870 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					2,716	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	10					26,586	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					3,467 [4]	[4]) Hievon treffen: 2716 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 751 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen 3467 M Summe wie neben.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M.	M	M	M	M
	Kap. 21.						
	Kunstgewerbeschulen.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
7	Direktoren	2	7500	15,000	—		
9	Professoren	25	4800 bis 7200	145,171	—		
12	Lehrer	7[1]	3000 bis 5000	26,500	—		
14	Lehrerinnen	3	3000 bis 3900	9,713	—		
16	Kassiere und Sekretäre . .	2	3600 bis 3900	7,325	—		
17	Bibliotheksekretär	1	—	3,000	—		
19	Techniker	3	2100 bis 2850	7,781	—		
25	Pedelle und Diener . . .	6	1500 bis 2000	10,575	—		
	Summe a	49	—	225,065	—	2,232	227,297
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—
	Summe Kap. 21. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	49	—	225,065	—	2,232[2]	227,297
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	49[3]					195,126[3]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					12,090
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	49					207,216
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					20,081[4]

Erläuterungen

[1]) Die Stelle eines als Bibliothekar verwendeten Lehrers wird bei künftiger Erledigung in eine Bibliotheksekretärstelle nach Klasse 17 umgewandelt werden.

[2]) Künftig wegfallend.

[3]) 27 Beamte mit 146,030 M Bedarf nach Anlage A,
22 Beamte mit 49,096 M Bedarf nach Anlage B,
49 Beamte mit 195,126 M Bedarf.
Der seitherige Bedarf für 1 Hilfsheizer (Taglöhner) ist bei den sächlichen Ausgaben (Kosten für Beheizung) vorgesehen worden.

[4]) Hievon treffen
12,090 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
6,831 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen;
der Rest mit
1,160 M wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen,
20,081 M Summe wie neben.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind außerdem 120 M infolge Wegfalls von Schreibgebührenanteilen gekürzt.)

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 22. Bayerisches Nationalmuseum.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	7,700	—	—		
9	Konservatoren[1])	2	4800 bis 5800	9,663	—	—		[1]) Vergl die Vormerkung Nr. 1 zu Kap. 19.
12	Kustoden[1])	2	3000	6,000	—	—		
14	Kassier und Sekretär . . .	1	—	3,650	—	—		
22	Oberaufseher und Hausmeister	4	1800 bis 1900	7,492	—	—		
25	Diener und Aufseher . . .	47[2])	1500 bis 2000	78,270	—	—		[2]) 2 Dienerstellen mehr infolge Zugangs von Sammlungsräumen im Erweiterungsbau. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.
	Summe a	57	—	112,775	—	6591	119,366	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 22. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	57	—	112,775	—	6591[3])	119,366	[3]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							[4]) 5 Beamte mit 19,785 M Bedarf nach Anlage A, 50 Beamte mit 84,069 M Bedarf nach Anlage B; 55 Beamte mit 103,854 M Bedarf.
	Ursprünglicher Budgetbetrag	55[4])					103,854[4])	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					3,008	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	55					106,862	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					12,504[5])	[5]) Hievon treffen: 3,008 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 1,256 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 2,000 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung, der Rest wird ausgeglichen mit 600 M durch Mehreinnahmen an Mietzinsen, 5,640 M durch Vereinnahmung der bisher dem Dienerpersonal zugeflossenen Garderobegebühren; 12,504 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 23. Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	7,700	—			
9	Konservatoren [1])	8	4800 bis 6300	44,483	—			[1]) Vergl. Vormerkung Nr. 1 zu Kap. 19.
12	Kustoden [1])	2	3000 und 3250	6,250	—			
19	Werkmeister	1	—	2,100	—			
21	Präparatoren	4	1800 bis 1950	7,406	—			
22	Hausmeister	1	—	1,800	—			
23	Kanzleiassistenten	2	1650 und 2019	3,669	—			
25	Diener	2	1500 und 1555	3,055	—			
	Summe a	21	—	76,463	—	708	77,171	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 23. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	21	—	76,463	—	708 [2])	77,171	[2]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	21 [3])					61,984 [3])	[3]) 10 Beamte mit 43,410 ℳ Bedarf nach Anlage A, 11 Beamte mit 18,574 ℳ Bedarf nach Anlage B — 21 Beamte mit 61,984 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					6,416	[4]) Hievon treffen: 6416 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2115 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen; der Rest mit 240 ℳ wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen — 8771 ℳ Summe wie neben.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	21					68,400	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					8,771 [4])	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			M	M	M	M	M	
	Kap. 25.							
	I. Ruhmeshalle.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
25	Oberaufseher	1	—	1,500				
28	Aufseher	1	—	1'800				
	Summe a	2	—	3,300	—	122	3,422	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe I	2	—	3,300		122	3,422	
	II. Walhalla.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
17	Verwalter	1	—	1,913				
25	Oberaufseher	1[1]	—	2,000				[1]) Künftig wegfallend, dafür 1 Aufseher nach Klasse 28 der Gehaltsordnung.
28	Aufseher	3	1300 bis 1800	4,321				
	Summe a	5	—	8,234	—	273	8,507	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe II	5	—	8,234	—	273	8,507	
	Hiezu „ I	2	—	3,300	—	122	3,422	[2]) Künftig wegfallend.
	Summe Kap. 25. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	7		11,534	—	395[2]	11,929	[3]) 7 Beamte mit 9804 M Bedarf nach Anlage B. Der seither bei den persönlichen Ausgaben vorgetragene Bedarf zur Bestreitung der Wächterbezüge (Taglöhne) bei der Ruhmeshalle ist nunmehr unter den sächlichen Ausgaben vorgesehen worden.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	7[3]					9,804[3]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					722	[4]) Hievon treffen: 722 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 141 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, der Rest mit 540 M wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen. 1403 M Summe wie neben.
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	7					10,526	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1,403[4]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 26. **Musikschulen.**							
	I. Akademie der Tonkunst in München.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	7,200	—			
8	Professoren	9	5400 bis 6900	53,954	600[1]			
12	Lehrer	6[2]	3000 bis 5000	22,667	—			
14	Kassier und Sekretär . .	1	—	3,600	720[3]			
22	Hausmeister	1	—	2,200	—			
23	Kanzlei- und Kasseassistent	1	—	1,650	—			
25	Diener I. Ordnung . . .	3[4]	1500 bis 1900	5,242	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,608	—			
	Summe a	23	—	98,121	1,320	643	100,084	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.[5]	—	—	—	—	—	—	
	Summe I. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	23	—	98,121	1,320	643[6]	100,084	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	21[7]					73,863[7]	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					8,445	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	21					82,308	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					17,776[8]	

Erläuterungen:

[1]) Vergütung für den Unterricht in der Musikgeschichte.

[2]) 1 Stelle infolge der Frequenzsteigerung neubeantragt. Der Bedarf hiefür wird aus den erhöhten eigenen Einnahmen der Akademie bestritten.

[3]) Für die Verwaltung des Odeonsgebäudes.

[4]) 1 Stelle infolge der Frequenzsteigerung neubeantragt. Der Bedarf hiefür wird aus den erhöhten eigenen Einnahmen der Akademie bestritten.

[5]) Die Bezüge jener Lehrkräfte, die nach der Zahl der Unterrichtsstunden honoriert werden, kommen im Gehaltsausweise nicht mehr zum Vortrag.

[6]) Künftig wegfallend.

[7]) 15 Beamte mit 63,660 ℳ Bedarf nach Anl. A,
6 Beamte mit 10,203 ℳ Bedarf nach Anl. B,
21 Beamte mit 73,863 ℳ Bedarf.

[8]) Hievon treffen:
8,445 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
4,561 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen,
4,500 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung; weiter werden ausgeglichen
270 ℳ durch Mehreinnahmen an Mietzinsen
17,776 ℳ Summe wie neben.
Davon werden
10,070 ℳ aus Mehreinnahmen der Akademie bestritten; der Rest mit
7,706 ℳ ist durch erhöhten Staatszuschuß zu decken.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind 220 ℳ infolge Wegfalls von Schreibgebührenanteilen gekürzt.)

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 26. **II. Musikschule in Würzburg.** a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Direktor	1	—	6,546	—			
12	Lehrer	17	3000 bis 5000	73,125	—			
28	Diener	2	1300 bis 1434	2,734	—			
	Summe a	20	—	82,405	—	—	82,405	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe II. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	20	—	82,405	—	—	82,405	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	20[1]					63,383[1]	[1]) 7 Beamte mit 28,208 ℳ Bedarf nach Anl. A, 13 Beamte mit 35,175 ℳ Bedarf nach Anl. B, 20 Beamte mit 63,383 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					7,458	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	20					70,841	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					11,564[2]	[2]) Hievon treffen: 7,458 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2,000 ℳ auf günstigere Überleitung in die neue Gehaltsordnung, 1,956 ℳ auf Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen; der Rest mit 150 ℳ wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen; 11,564 ℳ Summe wie neben.
	Zusammenstellung von Kap. 26.							
	Summe I. Akademie der Tonkunst in München	23	—	98,121	1,320	643	100,084	
	Summe II. Musikschule in Würzburg . . .	20	—	82,405	—	—	82,405	
	Summe Kap. 26. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	43	—	180,526	1,320	643	182,489	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	41					153,149	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					29,340[3]	[3]) Hievon werden 10,070 ℳ aus Mehreinnahmen der Akademie der Tonkunst in München bestritten; der Rest mit 19,270 ℳ ist durch erhöhten Staatszuschuß zu decken.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 28. Hebammenschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Vorstand der Hebammenschule in Bamberg . . .	1						
9	Professoren	2	4800	14,400	—			
		3						
23	Kanzleiassistent	1	—	1,800	—			
28	Diener	3	1400 bis 1700	4,660	—			
	Summe a	7	—	20,860	—	276	21,136	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Hebammenlehrer	1	—	1,800	—			
	Assistenten	3[1]	1500 bis 1710	4,890	600[2]			[1]) 1 Assistent neubeantragt für die Hebammenschule Bamberg infolge Frequenzsteigerung.
	Repetitoren	3[3]	720 bis 900	2,340	—			[2]) Kostentschädigung. [3]) 1 Repetitor weniger.
	Oberhebamme	1	—	1,140	—			[4]) Künftig wegfallend.
	Summe b	8	—	10,170	600	—	10,770	[5]) 3 Beamte mit 9,630 ℳ Bedarf nach Anl. A, 12 Beamte mit 15,300 ℳ Bedarf nach Anl. B,
	Hiezu „ a	7	—	20,860	—	276	21,136	15 Beamte mit 24,930 ℳ Bedarf.
	Summe Kap. 28. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	15	—	31,030	600	276[4]	31,906	[6]) Hievon treffen: 2834 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	15[5]					24,930[5]	508 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen,
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					2,834	1610 ℳ auf Personalvermehrung zc., 270 ℳ sind durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	15					27,764	5222 ℳ in Summe. Davon ab 1080 ℳ Funktionsbezug eines Repetitors
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					4,142[6]	4142 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehalts-ordnung	Bamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Kap. 29.						
	I. Tierärztliche Hochschule in München.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
7	Ordentliche Professoren . .	8	6000 bis 8200	54,888	1,200[1]		
11	Außerordentliche Professoren	3	3600 bis 5100	12,488	1,200[2]		
12	Assistenten mit Beamteneigenschaft	3	3000	9,000	—		
14	Kassier und Sekretär . .	1	—	4,500	—		
17	Kanzleisekretär	1	—	2,300	—		
19	Werkmeister	2	2100 und 2250	4,350	—		
22	Hausmeister	1	—	1,900	—		
25	Diener I. Ordnung . . .	19[3]	1500 bis 2000	31,762	—		
28	Diener II. Ordnung . . .	3	1300 bis 1500	4,262	—		
	Summe a	41	—	125,450	2,400	3,121	130,971
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Assistenten	13[4]	1230 bis 2070	22,088	—	—	22,088
	Summe Kap. 29 I. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	54	—	147,538	2,400	3,121[5]	153,059
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	52[6]					131,957[6]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					6,147
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909 .	52					138,104
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					14,955[7]

Erläuterungen

[1]) Vergütung für den funktionierenden Direktor.

[2]) Zulage eines mit der Leitung der Lehrschmiede betrauten Professors.

[3]) Die Aufstellung eines weiteren Dieners an der chirurgischen Klinik ist dringend notwendig. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.

[4]) Mehr 1 Assistentenstelle für das botanische Institut zur notwendigen Entlastung des Fachprofessors.

[5]) Künftig wegfallend.

[6]) 12 Beamte mit 65,650 ℳ Bedarf nach Anlage A,
40 Beamte mit 66,307 ℳ „ nach Anlage B,
52 Beamte mit 131,957 ℳ Bedarf.

[7]) Hievon treffen:
6,147 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
4,708 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen,
2,710 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung;
die Differenz mit
1,390 ℳ wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen
14,955 ℳ Summe wie neben.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind außerdem 1600 ℳ infolge Wegfalls von Tantiemen und Kanzleigebührenanteilen gekürzt.)

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Kap. 29.						
	II. Biologische Versuchsstation für Fischerei in München.[1]						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
9	Chemiker	1[2]	—	4,800			
12	Assistenten mit Beamteneigenschaft	2[3]	3000	4,500			
25	Diener	2	1500 und 1775	3,275			
	Summe a	5	—	12,575	—	78	12,653
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Assistenten	2[4]	1755 und 1800	3,555 900[5]			
	Summe b	2	—	4,455	—	—	4,455
	Hiezu „ a	5	—	12,575	—	78	12,653
	Summe Kap. 29 II. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	7	—	17,030	—	78[6]	17,108
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6[7]					11,821[7]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					463
	Summe des Budgetbetrages für 1908 u. 1909	6					12,284
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					4,824[8]
	Wiederholung zu Kap. 29.						
	Summe Kap. 29 I	54	—	147,538	2,400	3,121	153,059
	Summe Kap. 29 II	7	—	17,030	—	78	17,108
	Summe Kap. 29. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	61	—	164,568	2,400	3,199	170,167
	Summe des Budgetbetrages für 1908 u. 1909	58					150,388
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	3					19,779[9]

Erläuterungen

[1]) Bezüglich der nachstehend ausgewiesenen Personalveränderungen, die mit den Arbeiten der Anstalt zum Vollzuge des neuen Wassergesetzes zusammenhängen, siehe Erläuterungen zum Etat des Staatsministeriums des Innern Ziff. III Kap. 5 § 1.

[2]) Dem gegenwärtigen Inhaber der Stelle, der zurzeit den Gehalt eines außerordentlichen Professors der Tierärztlichen Hochschule (Klasse 11 der Gehaltsordnung) bezieht, soll der Gehalt eines Bauamtmanns (Klasse 9 der Gehaltsordnung) gewährt werden — s. Ziffer 1.

[3]) Dem gegenwärtigen Inhaber einer Assistentenstelle soll vom 1. Januar 1911 an die etatsmäßige Diensteseigenschaft mit dem Gehalte der Klasse 12 der Gehaltsordnung verliehen werden — siehe Ziffer 1.

[4]) 1 Stelle neubeantragt s. Ziff. 1.

[5]) 1 Assistent soll vom 1. Januar 1911 an die etatsmäßige Diensteseigenschaft mit dem Gehalte der Klasse 12 der Gehaltsordnung erhalten — s. Erläuterung Ziff. 3 oben.

[6]) Künftig wegfallend.

[7]) 1 Beamter mit 3,387 M Bedarf nach Anlage A,
5 Beamte mit 8,434 M Bedarf nach Anlage B
6 Beamte mit 11,821 M Bedarf.

[8]) Hievon treffen:
463 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
1031 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen,
3330 M auf die ausgewiesenen Personalveränderungen,
4824 M Summe wie oben.

[9]) Dieser Mehrbedarf ist im einzelnen nachgewiesen mit:
14,955 M bei Kap. 29 I,
4,824 M „ „ 29 II
19,779 M Summe wie neben.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 30. Hufbeschlagschulen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Vorstände der Hufbeschlagschulen in Landshut und Regensburg	2	3834 und 4000	7,834	—			
	Summe a	2	—	7,834	—	—	7,834	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Vorstände der Hufbeschlagschulen in Zweibrücken, Nürnberg, Würzburg und Augsburg	4	—	7,412[1]	—			[1]) Mehr 500 ℳ Vergütung für den Schulvorstand in Zweibrücken wegen Verlängerung der Dauer der Lehrkurse von 3 auf 4 Monate wie im rechtsrheinischen Bayern.
	Summe b	4	—	7,412	—	—	7,412	
	Hiezu Summe a	2	—	7,834	—	—	7,834	
	Summe Kap. 30. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	6	—	15,246	—	—	15,246	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	6[2])					11,712[2])	[2]) 6 Beamte mit 11,712 ℳ Bedarf nach Anlage B. Die bisher bei den persönlichen Ausgaben vorgetragenen Vergütungen für die Lehrschmiede sind nunmehr unter den sächlichen Ausgaben (Betriebskosten) vorgesehen worden.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					1,350	[3]) Hievon treffen: 1,350 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 334 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 500 ℳ auf die ausgewiesene Erhöhung der Vergütung des Schulvorstandes in Zweibrücken, 2,184 ℳ Summe wie neben.
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	6					13,062	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					2,184[3])	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte: einzeln	Gehalte: zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Kap. 31. Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan.							
	I. Akademie.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
6	Direktor	1	—	8,054	—			
8	Professoren	10[1]	5400 bis 6900	61,680	800[2]			[1]) 1 Professor neubeantragt gegen Einzug einer Lehrerstelle. Der Bedarf hiefür ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.
12	Lehrer	3[1]	3000 bis 4000	11,814	—			[2]) Zulage eines Professors für die Geschäftsführung bei der landwirtschaftlichen Abteilung der Maschinenprüfungsanstalt Weihenstephan.
14	Kassier	1	—	3,900	—			
17	Kassesekretär	1	—	2,400	—			
23	Kanzlei-, Kasse- und Registraturassistenten	2	1556 und 1919	3,475	150[3]			[3]) Vergütung für Besorgung der Geschäfte der meteorologischen Station.
25	Diener I. Ordnung	1	—	2,000	—			
28	Diener II. Ordnung	4	1300 bis 1700	5,837	—			
	Summe a	23	—	99,160	950	40	100,150	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	2	1770 und 2070	3,840	—	—	—	
	Summe b	2	—	3,840	—	—	3,840	
	Hiezu Summe a	23	—	99,160	950	40	100,150	
	Summe I	25	—	103,000	950	40	103,990	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	II. Saatzuchtanstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
8	Professor	1[1]	—	3,600	—			[1]) 1 Professor neubeantragt gegen Einzug der Assessorstelle. Der Mehrbedarf ist vom 1. September 1910 an berücksichtigt.
12	Assessor		—	1,334	—			
28	Diener II. Ordnung ...	1	—	1,800	—			
	Summe a	2	—	6,734	—	—	6,734	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistenten	4[2]	1710 bis 2070	7,043	—			[2]) 1 Stelle neubeantragt.
	Summe b	4	—	7,043	—	—	7,043	
	Hiezu Summe a	2	—	6,734	—	—	6,734	
	Summe II	6	—	13,777	—	—	13,777	
	III. Gartenbauschule.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Schulvorstand (Inspektor) .	1[3]	—	5,000	—			[3]) Angeglichen für ihre Person an Klasse 12 bezw. 21 der Gehaltsordnung.
21	Obergärtner	3[3 u. 4]	1800 bis 1950	5,450	—			[4]) Der seither nichtetatsmäßige Obergärtner soll in etatsmäßiger Eigenschaft aufgestellt werden. Der hiefür erforderliche Bedarf wird aus den eigenen Einnahmen der Anstalt bestritten.
	Summe a	4	—	10,450	—	370	10,820	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte[4])	—	—	—	—	—	—	
	Summe III	4	—	10,450	—	370	10,820	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			ein-zeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	IV. Molkereischule.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Lehrer	1	—	3,000	—			
21	Molkereitechniker	1[1]	—	2,131	—			[1]) Angeglichen für seine Person an Klasse 21 der Gehaltsordnung.
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,300	—			
	Summe a	3	—	6,431	—	71	6,502	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistent	1	—	1,710	—			
	Summe b	1	—	1,710	—	—	7,710[2]	[2]) Der seither bei den persönlichen Ausgaben vorgetragene Bezug für den Lehrschweizer ist unter den sächlichen Ausgaben (Betriebskosten) vorgesehen worden.
	Hiezu Summe a	3	—	6,431	—	71	6,502	
	Summe IV	4	—	8,141	—	71	8,212	
	V. Versuchs- und Lehrbrauerei.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Lehrer	1	—	3,000	—			
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,338	—			
	Summe a	2	—	4,338	—	—	4,338	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Assistent	1	—	1,710	—			
	Summe b	1	—	1,710	—	—	1,710	
	Hiezu Summe a	2	—	4,338	—	—	4,338	
	Summe V	3	—	6,048	—	—	6,048	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	VI. Versuchs- und Lehrbrennerei.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
12	Lehrer	1	—	3,000	—		
28	Diener II. Ordnung . . .	1	—	1,300	—		
	Summe a	2	—	4,300	—	—	4,300
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.[1]	—	—	—	—	—	—
	Summe VI	2	—	4,300	—	—	4,300
	Hiezu „ V	3	—	6,048	—	—	6,048
	„ IV	4	—	8,141	—	71	8,212
	„ III	4	—	10,450	—	370	10,820
	„ II	6	—	13,777	—	—	13,777
	„ I	25	—	103,000	950	40	103,990
	Summe Kap. 31. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	44	—	145,716	950	481[2]	147,147
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	43[3]					113,341[3]
	Hierzu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					12,026
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	43					125,367
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					21,780[4]

Erläuterungen

[1]) Der bisher bei den persönlichen Ausgaben vorgetragene Bezug des Lehrbrennmeisters ist unter den sächlichen Ausgaben (Betriebskosten) vorgesehen worden.

[2]) Künftig wegfallend.

[3]) 17 Beamte mit 71,511 M Bedarf nach Anlage A,
26 Beamte mit 41,030 M Bedarf nach Anlage B;
hiezu kommt ferner ein seither unter den sächlichen Ausgaben vorgetragener Nebenbezug eines etatsmäßigen Beamten mit 800 M Bedarf
43 Beamte mit 113,341 M Bedarf.

[4]) Hievon treffen:
12,026 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
3,739 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen u. Gehaltsergänzungen,
4,155 M auf die ausgewiesenen Personalveränderungen; der Rest mit
1,860 M wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen.
21,780 M Summe wie neben.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind 1320 M in Wegfall gekommene Tantiemenbezüge gekürzt.)

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Kap. 32.							
	Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
15	Fachlehrer	2[1]	2675 und 2863	5,538				[1]) Angeglichen für ihre Person an Klasse 15 bezw. 21 der Gehaltsordnung.
21	Obergärtner	1[1]	—	1,800				
	Summe a	3	—	7,338	—	300	7,638	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.							
	Schulvorstand	1	—	2,670	—	—	—	
	Summe b	1	—	2,670	—	—	2,670	
	Hiezu Summe a	3	—	7,338	—	300	7,638	
	Summe Kap. 32. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	4	—	10,008	—	300[2]	10,308	[2]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	4[3]					8,048[3]	[3]) 4 Beamte mit 8048 M Bedarf nach Anlage B. Die seither bei den persönlichen Ausgaben vorgetragenen Bezüge der 2 Gartengehilfen sind nunmehr unter den sächlichen Ausgaben (Betriebskosten) vorgesehen worden.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					776	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	4					8,824	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1,484[4]	[4]) Hievon treffen: 776 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 468 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen; der Rest mit 240 M wird ausgeglichen durch Mehreinnahmen an Mietzinsen. 1484 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Kap. 33. Landwirtschaftlicher Wanderunterricht.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
12	Landwirtschaftslehrer . . .	44[1]	3000 bis 5000	181,542	—	—	—	[1]) Mehr für 1 neue Wanderlehrerstelle mit Rücksicht auf ein vorliegendes dringendes Bedürfnis. Die Mittel hiefür sind vom 1. September 1910 an berücksichtigt.
	Summe a	44	—	181,542	—	—	181,542	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte .	—	—	—	—	—	—	
	Summe Kap. 33. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	44	—	181,542	—	—	181,542	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	43[2]					131,884	[2]) 18 Beamte mit 60,840 ℳ Bedarf nach Anlage A, 24 Beamte mit 68,449 ℳ Bedarf nach Anlage B, 1 Stelle (für Homburg) bei der Budgetberatung zugesetzt mit 2,595 ℳ Bedarf 43 Beamte mit 131,884 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—	—				19,058	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	43					150,942	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	1					30,600[3]	[3]) Hievon treffen: 19,058 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 9,542 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen u. Gehaltsergänzungen, 2,000 ℳ auf die ausgewiesene Personalvermehrung. 30,600 ℳ Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer II.							
1	Landesuniversitäten . . .	666	—	2'405,327	35,198	10,778	2'451,303	
2	Technische Hochschule . . .	184	—	640,578	4,700	5,443	650,721	
3	Lyzeen	58	—	333,670	4,949	1,086	339,705	
4	Humanistische Gymnasien .	986	—	4'823,620	27,700	6,078	4'857,398	
5	Realgymnasien	116	—	514,590	2,590	420	517,600	
6	Technikum in Nürnberg .	35	—	143,500	720	819	145,039	
7	§ 1. Baugewerkschule mit Gewerbelehrerinstitut in München	31	—	127,830	1,000	938	129,768	
8	Lehrerbildungsanstalten . .	315	—	1'130,531	8,120	327	1'138,978	
9	Turnwesen	5	—	20,350	200	27	20,577	
11	Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates in München	8	—	12,100	—	—	12,100	
13	Akademie der Wissenschaften und Meteorologische Zentralstation	20	—	61,588	360	343	62,291	
14	Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates . .	80	—	217,430	2,237	2,078	221,745	
15	Hof- und Staatsbibliothek	58	—	180,950	540	1,440	182,930	
16	Bibliothek in Bamberg . .	4	—	15,400	—	—	15,400	
18	Akademie der bildenden Künste	26	—	148,611	900	157	149,668	
19	Gemäldegalerien	26	—	74,878	—	4,846	79,724	
20	Graphische Sammlung . .	10	—	28,182	—	1,871	30,053	
	Seite	2628	—	10'879,135	89,214	36,651	11'005,000	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	Übertrag	2628	—	10'879,135	89,214	36,651	11'005,000	
21	Kunstgewerbeschulen . . .	49	—	225,065	—	2,232	227,297	
22	Bayerisches Nationalmuseum	57	—	112,775	—	6,591	119,366	
23	Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns	21	—	76,463	—	708	77,171	
25	Ruhmeshalle und Walhalla	7	—	11,534	—	395	11,929	
26	Akademie der Tonkunst in München und Musikschule in Würzburg	43	—	180,526	1,320	643	182,489	
28	Hebammenschulen	15	—	31,030	600	276	31,906	
29	Tierärztliche Hochschule und biologische Versuchsstation für Fischerei in München	61	—	164,568	2,400	3,199	170,167	
30	Hufbeschlagschulen	6	—	15,246	—	—	15,246	
31	Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan	44	—	145,716	950	481	147,147	
32	Wein-, Obst- und Gartenbauschule in Veitshöchheim	4	—	10,008	—	300	10,308	
33	Landwirtschaftslehrer . . .	44	—	181,542	—	—	181,542	
	Summe Ziffer II	2979	—	12'033,608	94,484	51,476	12'179,568	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Ziffer III. Etat der Ausgaben für kirchliche Zwecke. Kap. 2. A. Oberkonsistorium.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsident	1	—	14,000	—			
6	Oberkonsistorialräte . . .	4	7200 bis 8700	31,670	—			
13	Oberkonsistorial-Rechnungskommissär	1	—	5,400	—			
16	Oberkonsistorial-Registrator	1	—	3,900	—			
17	Oberkonsistorial-Kanzlisten*	2	3300	6,600	—			*) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung in Kanzlei-Assistentenstellen (Klasse 21 der Gehaltsordnung) umgewandelt werden.
22	Oberkonsistorialdiener . .	2	1900 bis 2300	4,160	—			
	Summe a	11	—	65,730	—	697[1]	66,427	[1]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	11	—	65,730	—	697	66,427	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							[2]) 9 Beamte mit 57,394 M Bedarf nach Anlage A, 2 Beamte mit 4,410 M " nach Anlage B, 11 Beamte mit 61,804 M Bedarf.
	Ursprünglicher Budgetbetrag	11[2])					61,804[2])	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					2,793	[3]) Hievon treffen: 2,793 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 388 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 270 M sind durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	11					64,597	3,451 M in Summe; Davon ab 1,621 M durch Heimfall an Alterszulagen infolge Personalveränderung
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					1,830[3])	1,830 M Summe wie neben.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:				
			M	M	M	M	M
	B. Kreiskonsistorien.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
5	Konsistorialdirektor . . .	1	—	10,200	—		
7	Konsistorialräte	9	6000 bis 7500	60,520	—		
14	Konsistorial-Rechnungskommissäre	3	3300 bis 4200	11,400	—		
17	Konsistorial-Sekretäre . .	3	2700 bis 3300	9,300	—		
17	Konsistorial-Kanzlisten* . .	5	2400 bis 3300	13,150	—		
23	Konsistorial-Kanzleiassistenten	5[1]	1500 bis 1950	8,640	—		
25	Konsistorialdiener	3	1700 bis 1800	5,320	—		
	Summe a	29	—	118,530	—	1,678	120,208
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—
	Hiezu Summe a	29	—	118,530	—	1,678	120,208
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	29	—	118,530	—	1,678[2]	120,208
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	27[3]					105,690[3]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					5,457
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	—					111,147
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					9,061[4]

Erläuterungen

*) Diese Stellen werden bei eintretender Erledigung teils in Konsistorialregistratorenstellen (Klasse 17) teils in Kanzlei-Assistentenstellen (Klasse 23) umgewandelt werden.

[1]) 2 Stellen neu beantragt wegen starker Mehrung der Geschäfte bei den Konsistorien Ansbach und Bayreuth.

[2]) Künftig wegfallend.

[3]) 20 Beamte mit 92,888 M Bedarf nach Anlage A,
7 Beamte mit 12,800 M Bedarf nach Anlage B,
27 Beamte mit 105,690 M Bedarf.

[4]) Hievon treffen
5,457 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
2,531 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
3,000 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung,
420 M sind durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen,
11,408 M in Summe,
davon ab
2,347 M durch Heimfall von Alterszulagen 2c. infolge Personalveränderung,
9,061 M Summe wie neben.
(An dem Aufbesserungsbedarf sind außerdem 180 M weggefallene Nebenbezüge gekürzt.)

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Zusammenstellung von Ziffer III.							
	Summe A Oberkonsistorium	11	—	65,730	—	697	66,427	
	Summe B. Kreiskonsistorien	29	—	118,530	—	1,678	120,208	
	Summe Ziffer III. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	40	—	184,260	—	2,375	186,635	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	38[1]					167,494[1]	[1]) 29 Beamte mit 150,282 M Bedarf nach Anlage A. 9 Beamte mit 17,212 M Bedarf nach Anlage B. 38 Beamte mit 167,494 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					8,250	
	Summe des Budgetbetrages für 1908 und 1909	38					175,744	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	2					10,891[2]	[2]) Hievon treffen: 8,250 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2,919 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 3,000 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung 690 M sind durch Mehreinnahmen an Mietzinsen ausgeglichen, 14,859 M in Summe; davon ab 3,968 M durch Heimfall an Alterszulagen ꝛc. infolge Personalveränderung, 10,891 M Summe wie neben. (An dem Aufbesserungsbedarf sind außerdem 180 M weggefallene Nebenbezüge gekürzt.)

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	Hauptzusammenstellung.							
	Summe Ziffer I . .	51	—	266,430	12,400	1,299	280,129	
	" " II . .	2979	—	12'033,608	94,484	51,476	12'179,568	
	" " III . .	40	—	184,260	—	2,375	186,635	
	Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den **Etat des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten** für 1910 und 1911 . .	3070	—	12'484,298	106,884	55,150	12'646,332	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2937					10'048,469	
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					846,644*	*) Weitere 3,356 M sind für die Regelung der Besoldungsverhältnisse der in Anlage A nicht aufgeführten Beamten der gewerblichen Fachschulen bestimmt.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2937					10'895,113	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	133					1'751,219	

München, den 16. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche

der Unterrichts- und Kultusverwaltung.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M	M
				1. Ober-	
1	München	K. Hof- und Staatsbibliothek.	Staatseigentum.		
		a) Herstellung eines abgeschlossenen Ausleihbureaus.		5,000	2,500
		b) Einrichtung einer Entstaubungsanlage.		9,100	4,550
2	München	K. Akademie der bildenden Künste in München.	Staatseigentum.		
		a) Herstellung eines Ausstellungsraumes.		168,000	84,000
		b) Erneuerung von Dachungen.		10,200	5,100
3	München	K. Alte Pinakothek in München.	Staatseigentum.		
		a) Instandsetzung des Hochdaches und Erneuerung der Abdeckung des nördlichen Pultdaches.		34,500	17,250
		b) Herstellung neuer Arbeits- und Bibliothekräume für den Direktor der staatlichen Galerien.		11,500	5,750
4	München	K. Schloß in Schleißheim (K. Gemäldegalerie). Herstellung von Dachrinnen und Instandsetzung von Fensterläden.	Das Gebäude ist Eigentum der Zivilliste. Die Unterhaltungspflicht obliegt infolge seiner Überweisung für die Zwecke der K. Gemäldegalerie dem Staatsärar.	7,380	3,690
			Seite	245,680	122,840

Erläuterungen

Bayern.

Im Ausleihbureau der Hof- und Staatsbibliothek, das zwischen dem großen Treppenhause und dem Gange vor dem Lesesaal eingerichtet ist und zugleich als Durchgang zur Bibliothek dient, macht sich die Zugluft zum Schaden der Gesundheit der Ausleihbeamten geltend. Es soll deshalb unter Benützung des vorhandenen Raumes ein abgeschlossenes Ausleihbureau mit Eingang vom großen Korridor aus hergestellt, der Durchgang an die Nordseite des jetzigen Ausleihbureaus verlegt und für die Diener im großen Korridor ein Arbeitsraum geschaffen werden.

Für die gründliche Reinigung der Bibliotheksäle und der Bücherregale von Staub ist die Anlage einer maschinellen Entstaubungsanlage erforderlich. Es soll eine stationäre Preßluftanlage eingerichtet und die Maschinen im Kellerraum aufgestellt werden; für jeden Stock sind acht und für den Dachboden sechs Anzapfstellen vorgesehen. Die Anlage ist so berechnet, daß zu gleicher Zeit an vier verschiedenen Stellen gearbeitet werden kann.

Die Akademie der bildenden Künste muß während des Studienjahres behufs Entscheidung über die Neuaufnahmen im Winter- und Sommersemester, über Honorarbefreiungen, über Gesuche um Stipendienverleihungen und über Konkurrenzen, ferner für die Vorführung der Arbeiten am Jahresschlusse eine größere Zahl von Ausstellungen abhalten. Der Mangel eines Ausstellungssaales bei der Akademie hat sich bisher in empfindlicher und störender Weise geltend gemacht; die Schwierigkeiten wachsen mit der von Jahr zu Jahr steigenden Frequenz, die im Wintersemester 1908/1909 518 Studierende betrug. Es läßt sich daher die Schaffung eines besonderen Ausstellungsraumes nicht länger mehr zurückstellen. Derselbe soll dadurch gewonnen werden, daß die Nordwand des Mittelbaues der Akademie um 14 m gegen Norden verschoben und bis zur Höhe des I. Stockwerks geführt wird. Die Ateliers im II. und III. Stock bleiben unberührt. Im Erdgeschoß werden fünf Ateliers mit insgesamt 180 qm Fläche und im I. Stock ein Ausstellungssaal mit 357 qm Fläche und mit Nord- und Oberlicht gewonnen.

Durch Einwirkung schwefelhaltiger Rauchgase und durch Witterungseinflüsse sind die blauen Schiefer der Dachungen, insbesondere über dem Mittelbau, so schadhaft geworden, daß eine vollständige Umdeckung unter Wiederverwendung des brauchbaren Altmaterials unvermeidlich ist. Die Zinkblechabdeckungen sind brüchig und porös und müssen durch Abdeckungen aus verbleitem Eisenblech ersetzt werden.

Die kupfernen Dachrinnen des Hochdaches, die Dachscharen und die Hauptgesimsabdeckungen an diesem Dache müssen erneuert werden, da weiteres Ausflicken und Verlöten derselben nicht mehr möglich ist. Der Erneuerung bedarf ferner die vollständig verrostete und poröse Eisenblechabdeckung des nördlichen Pultdaches.

Das im südwestlichen Teil des Erdgeschosses der Alten Pinakothek sehr ungünstig gelegene, räumlich unzureichende Arbeits- und Bibliothekzimmer des Direktors der staatlichen Galerien soll in einen geeigneten und zweckmäßig gelegenen Raum im nordöstlichen Flügel der Alten Pinakothek verlegt und es soll neben dem Arbeitszimmer auch ein Sitzungszimmer eingerichtet werden.

Zur Erhaltung des Gebäudes in gut baulichem Zustande sind an dem über 1 m ausladenden Hauptgesimse Dachrinnen aus verbleitem Eisenblech anzubringen. Im Saale Nr. 26 müssen sechs Fensterläden instand gesetzt werden.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamt-kostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	245,680	122,840
5	München	K. Altes Nationalmuseum. Maßnahmen zur Erhöhung der Feuersicherheit.	Staatseigentum.	17,000	8,500
6	München	K. Odeon. Erneuerung des Kessels für die Garderobe und Stiegenhausheizung.	Staatseigentum.	5,300	2,650
7	München	Altes Galeriegebäude. (Ethnographisches Museum.)	Staatseigentum.		
		a) Erneuerung der Fenster des Ethnographischen Museums und Einrichtung der elektrischen Beleuchtung in den Sammlungsräumen dieses Museums.		12,300	6,150
		b) Herstellung von Aufbewahrungs- und Arbeitsräumen im Dachgeschosse des Ethnographischen Museums.		6,600	3,300
8	München	Chemisches Laboratorium des Staates. Instandsetzungsarbeiten.	Staatseigentum.	22,500	11,250
9	München	Universitäts-Kinder-Klinik. Instandsetzungsarbeiten am alten Hauptgebäude.	Staatseigentum.	53,000	26,500
			Seite	362,380	181,190

Erläuterungen

Von dem städtischen Feuerwehrkommando ist zur Beseitigung verschiedener Mängel eine größere Zahl von Auflagen gemacht worden, welche die Durchführung dringender Bauarbeiten im Interesse der Feuersicherheit des Gebäudes zur Folge haben. Diese Baufälle müßten auch dann unbedingt gewendet werden, wenn das Gebäude nicht für die Zwecke des Deutschen Museums verwendet wäre und gleichviel welches die künftige Zweckbestimmung des Gebäudes sein wird.

Der für die Garderobe- und die Nebentreppenheizung bestimmte kleine Kessel der Niederdruckdampfheizung im Odeonsgebäude muß, da er stark vom Rost angegriffen und die Heizrohre rissig geworden sind, erneuert werden. Die Heizfläche des Kessels soll so dimensioniert werden, daß auch das große steinerne Haupttreppenhaus an die Heizanlage angeschlossen werden kann.

Sämtliche Fenster des Ethnographischen Museums sind im Rahmenwerke verfault und schließen so schlecht, daß Regen- und Schneewasser in das Gebäude-Innere eindringen kann. Die Fenster müssen deshalb erneuert werden; auch ist die Herstellung von Winterfenstern und Holzrolläden nötig. Der hiefür erforderliche Aufwand beträgt 11,500 ℳ. In den Sammlungsräumen des Museums sollen 20 elektrische Glühlampen mit einem Aufwande von 800 ℳ installiert werden.

Zur Schaffung der für das Ethnographische Museum dringend notwendigen Depoträume soll ein feuersicherer Dachausbau auf eine Länge von 26 m und eine Breite von 7,5 m hergestellt werden. Im Zusammenhange damit ist auf eine Länge von 26 m das schadhafte Plattendach zu erneuern.

Für chemische Präparate, die im Kühlen aufbewahrt werden müssen, fehlt ein geeigneter Raum; diesem Mangel soll durch Einbau eines im Baugrunde versenkten, entsprechend isolierten Raumes im Kellergeschosse abgeholfen werden. Ferner erweist sich die Herstellung von Asphaltfußböden in einem Laboratoriumssaal und im Dampfdestillationsraum als erforderlich. In letzterem Raume bedarf die Ventilationsvorrichtung der Verbesserung; in einem weiteren Raume sind die durch eine darüber stehende elektrische Hochspannungsbatterie schwer belasteten Balkendecken durch konstruktive Maßnahmen zu sichern. Dazu kommt Erneuerung des abgenützten Gangbodens, Herstellung eines Traufpflasters an der West- und Ostseite des Gebäudes zur Beseitigung der Feuchtigkeit, Pflasterung der Einfahrt an der Arcisstraße und des nördlichen Hofraumes, Neutünchung der Laboratoriumssäle, Neuabdecken schadhafter Bodenkanäle, Einsetzen von Syphons in den Hauptsträngen der Abwasserleitung, Erneuerung von Dampfabzugskanälen, Aufstellung eines allgemeinen Arbeitstisches zur Vornahme größerer Operationen unter Verwendung von Dampf und Elektrizität sowie eine Erweiterung der elektrischen Lichtanlage in mehreren Laboratorien. Gesamtbedarf: 22,500 ℳ.

Im Anschluß an die Herstellung eines Anbaues und Isoliergebäudes bei der Kinderklinik, die mit den im letzten Budget bewilligten Mitteln ausgeführt wurde, hat sich die Notwendigkeit einer umfassenden Instandsetzung des Altbaues ergeben. Das Dach ist vielfach schadhaft und für Schneewasser und Ruß stark durchlässig, so daß der Speicher weder als Trockenboden noch als Vorrats- und Aufbewahrungsraum benützt werden kann. Auch ist der Dachboden in feuerpolizeilicher Hinsicht nicht einwandfrei. Eine durchgreifende Besserung kann, zumal da auch eine Übereinstimmung mit der Konstruktion des Daches des anstoßenden Neubaues herbeizuführen ist, die nicht so flach und niedrig wie die Dachkonstruktion des Altbaues gehalten ist, nur durch einen vollständigen Dachumbau bewirkt werden. Ferner ist die Ventilationseinrichtung veraltet und unzweckmäßig und es besteht das Bedürfnis für Schaffung einer natürlichen Fensteroberlichtventilation in den Krankenräumen. Die offenen Veranden im I. und II. Obergeschoß können wegen ihrer ungeschützten Lage nach Nordwesten und ihrer bußwürdigen Holzböden nicht als Erholungsräume für die kranken Kinder benützt werden. Durch Herstellung abgeschlossener Veranden in Eisenbeton läßt sich der bisher fehlende Tagesraum für Rekonvaleszenten und ein Wirtschaftsbalkon gewinnen. Die verwitterten Fassaden, von denen nicht selten Teile in sicherheitsgefährdender Weise abbröckeln, erheischen eine durchgreifende Instandsetzung. Zum Einstellen von Kinderwägen soll ein gedeckter Vorbau angebracht werden. Gesamtbedarf: 53,000 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	362,380	181,190
10	München	Sternwarte. Entwässerungsanlage.	Staatseigentum.	16,000	8,000
11	München	Wilhelminisches Gebäude. Instandsetzung der Fassade an der Neuhauserstraße.	Staatseigentum.	18,900	9,450
12	München	Zahnärztliches Institut. Herstellung eines Anbaues für die technische Abteilung.	—	36,000	18,000
13	München	Ludwigsgymnasium. Aufbau eines Stockwerks.	Staatseigentum.	70,000	35,000
14	München	Zentralturnlehrerbildungsanstalt. Instandsetzungsarbeiten bei der Turnhalle und den Turnplätzen auf Oberwiesenfeld.	Staatseigentum.	17,400	8,700
15	Burghausen	Humanistisches Gymnasium. Instandsetzungsarbeiten und Erbauung einer neuen Turnhalle.	Stiftungsvermögen; infolge der Unzulänglichkeit der Stiftungsmittel trifft die Baulast den Staat.	54,100	27,050
			Seite	574,780	287,390

Erläuterungen

Da demnächst der Sternwartweg kanalisiert werden soll, muß im Hinblick auf die ortspolizeilichen Vorschriften das Sternwartanwesen an den städtischen Kanal angeschlossen werden. Die Herstellung der Entwässerungs- und Klosettanlage sowie der Abwasserleitung und der Wasseranschlüsse erfordert mit Einschluß der mit den Installationsarbeiten unmittelbar zusammenhängenden Bauarbeiten und der Kanalanschlußgebühren einen Bedarf von 16,000 M.

Die Fassaden des Wilhelminischen Gebäudes sind vielfach verwittert und schadhaft. Um einer weiteren Ausdehnung der Baugebrechen vorzubeugen, erscheint zunächst die Instandsetzung der Fassade an der Neuhauserstraße geboten. Bedarf 18,900 M.

In der technischen Abteilung des zahnärztlichen Instituts ist die Zahl der Studierenden, die bei Eröffnung des Institutes 19 Praktikanten betrug, im Wintersemester 1908/09 auf 102 gestiegen. Um Arbeitsplätze für so viele Studierende zu gewinnen, mußten in dem nur 2,73 m hohen, schlecht belichteten Kellergeschoß des Institutsgebäudes Laboratorien eingerichtet werden, in denen zuletzt 57 Studierende unter sehr ungünstigen hygienischen Verhältnissen arbeiteten. Trotz Heranziehung der Kellerräume gelang es nur im ganzen 82 Arbeitsplätze vorzusehen. Um der infolgedessen fortwährend bestehenden Überfüllung und den hiemit verbundenen Übelständen abzuhelfen, soll im Hofe des an das Institutsgebäude angrenzenden, der Universität München gehörenden Nachbaranwesens ein Anbau hergestellt werden, in dem ein geräumiger Laboratoriums- und Demonstrationssaal, ferner der Schmelz- und Vulkanisierraum, der Gipsraum, ein Zimmer für den Abteilungsvorstand und Assistenten sowie ein Klosett Aufnahme finden können.

Der Bedarf für diesen Anbau ist auf 27,000 M veranschlagt, wozu noch etwa rund 9000 M für innere Einrichtung kommen. Zur Ausführung des auf Universitätsgrund herzustellenden Anbaues soll der Universität München ein dem ungefähren Aufwand entsprechender Betrag von 36,000 M als Aversalzuschuß gewährt werden.

Auf den Hauptflügel des Anstaltsgebäudes soll ohne Änderung der Fassade an der Maxburgstraße ein drittes Stockwerk aufgebaut werden. Hiedurch wird gewonnen: ein Physiksaal mit Vorbereitungszimmer, ein Zeichensaal, ein Musikzimmer, ein großer Bibliotheksaal sowie durch weiteren Umbau ein Konferenzzimmer. Diese Räume sind für den Anstaltsbetrieb unbedingt nötig. Bedarf einschließlich der inneren Einrichtung der neuen Räume 70,000 M.

Die große Turnhalle der Zentralturnlehrerbildungsanstalt auf Oberwiesenfeld bedarf durchweg einer gründlichen Instandsetzung durch Tünchung sämtlicher Gebäudeteile, Ausbesserung der Fassaden, Erneuerung mehrerer Öfen, Reparatur der Fußböden, Einrichtung neuer Bogenlampen und zahlreicher sonstiger Verbesserungsarbeiten. Auch die Turnplätze und Turngeräte im Freien bedürfen vielfach der Instandsetzung und Erneuerung. Voranschlagsmäßiger Gesamtkostenbetrag 17,400 M.

Die Dachungen des Gymnasialgebäudes bedürfen dringend der Instandsetzung. Der Dachstuhl muß zum Teil erneuert, die Dachung umgedeckt werden. In einzelnen Räumen des Schulgebäudes sollen neue Böden gelegt werden. Die Turnhalle des Gymnasiums ist im Untergeschoß untergebracht und für ihren Zweck ungeeignet. Neben dem Anstaltsgebäude soll deshalb eine neue Turnhalle erbaut werden, wobei die Erwerbung eines Grundstreifens aus einem Nachbaranwesen sich als notwendig erweist.

Bedarf:		
	Instandsetzungsarbeiten	10,500 M,
	Turnhalle mit Grunderwerbung und innerer Einrichtung	43,600 M,
	Gesamtbedarf	54,100 M.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	574,780	287,390
16	München	Technische Hochschule. Neueindeckung schadhafter Dachungen.	Staatseigentum.	6,250	3,125
17	München	K. Baugewerkschule mit Gewerbelehrerinstitut. Instandsetzungsarbeiten und Herstellung von Zeichensälen.	Staatseigentum.	13,406	6,703
18	München	Zuschuß zur Adaptierung des alten Schwabinger Krankenhauses für die Photographenfachschule in München.	—	50,000	25,000
19	Weihenstephan	Akademie für Landwirtschaft und Brauerei.	Staatseigentum.		
		a) Instandsetzung des vormals Hack'schen Anwesens.		26,700	13,350
			Seite	671,136	335,568

Erläuterungen

Die Schieferdachungen am nördlichen und südlichen Langbau der Technischen Hochschule haben durch Witterungseinflüsse und die Abdämpfe des chemischen Instituts so sehr Schaden gelitten, daß eine Ausbesserung nicht mehr möglich ist und eine vollständige Neueindeckung vorgenommen werden muß. Die Kosten für diese Neueindeckung wie für die notwendige Erneuerung der vom Rost zerfressenen Schneefänge, für die Anbringung von Dachfenstern und für die Wiederinstandsetzung der Blitzableitung sind veranschlagt auf 6250 *M*.

Die Decken in verschiedenen Sälen der Baugewerkschule sind infolge der weiten Spannung der Balken und die hiedurch entstehenden Bodenschwingungen schadhaft geworden und drohen abzustürzen. Zu ihrer Wiederinstandsetzung ist ein Betrag von 6036 *M* erforderlich. Außerdem macht die Überlassung des bisher der Industrieschule dienenden Gebäudes an die K. Baugewerkschule mit Gewerbelehrerinstitut infolge der vorwiegend zeichnerischen Richtung der das Gebäude jetzt benützenden Anstalt die Schaffung gut, womöglich einseitig belichteter, großer Zeichensäle notwendig. Zu diesem Zweck ist die Herausnahme verschiedener Zwischenwände und die Neueinziehung von solchen, die Herstellung von Unterzügen und die Legung neuer Parkettböden oder die Ergänzung vorhandener erforderlich. Die Kosten betragen 7370 *M*.

Die im Jahre 1900 errichtete Lehr- und Versuchsanstalt für Photographie, Chemigraphie, Lichtdruck und Gravüre zu München ist ein Unternehmen des süddeutschen Photographenvereins, das jedoch unter staatlicher Aufsicht steht und aus staatlichen Mitteln in sehr erheblicher Weise unterstützt wird. Die in der erfreulichsten Entwickelung begriffene Anstalt ist zurzeit in durchaus ungenügenden Räumen in einer Schulbaracke an der Rennbahnstraße untergebracht. Die Stadt München, welche schon bei der Gründung der Schule die Räume zur Verfügung stellte, hat nunmehr neuerlich in Anerkennung des Bedürfnisses nach verbesserten Räumlichkeiten beschlossen, der Anstalt das alte Schwabinger Krankenhaus für ihre Zwecke in widerruflicher Weise zu überlassen. Die Adaptur des Anwesens für die Zwecke der Fachschule erfordert einen Aufwand von rund 120,000 *M*. Die Aufbringung dieser ganzen Summe ist dem süddeutschen Photographenverein unmöglich. Es wird deshalb ein einmaliger staatlicher Zuschuß in der Höhe von 50,000 *M*, sohin für ein Jahr der Finanzperiode je ein Betrag von 25,000 *M* vorzusehen sein.

Das am Fuße des Weihenstephaner Berges gelegene vormals Hack'sche Anwesen ist aus Mitteln des Staatsgüterkaufschillingfonds angekauft worden, weil es zur Verbesserung der Betriebseinrichtungen der Akademie und des Staatsgutes Weihenstephan besonders gut geeignet erschien.

In dem Stalle sollen Einrichtungen für die Abgabe besonders sorgfältig gewonnener und behandelter Milch für Säuglinge getroffen werden, wofür nach dem Gutachten der Freisinger Ärzte ein dringendes Bedürfnis besteht. Der Umbau des Stalles und die Herstellung der erforderlichen Nebenräume wird 8600 *M* kosten.

In dem alten Wohnhause soll für den mit der Überwachung des Stalles und der Milchgewinnung betrauten Professor eine Dienstwohnung eingerichtet werden. Die Instandsetzung der ziemlich herabgekommenen Räume wird 9400 *M* erfordern. Ein im Stadel befindlicher Raum, der vormals zur Tabakfabrikation benutzt wurde, soll für die landwirtschaftliche Abteilung der Maschinenprüfungsanstalt Weihenstephan umgebaut werden. Die Kosten der Bauarbeiten sind einschließlich der notwendigen Instandsetzung des ganzen Stadels auf 8000 *M*, die der maschinellen und sonstigen inneren Einrichtung auf 3800 *M* veranschlagt. Zur teilweisen Deckung der Kosten kann der Betrag von 3100 *M* verwendet werden, der in der Finanzperiode 1906 und 1907 für die Herstellung eines Maschinenprüfungsraumes bewilligt und nicht verausgabt worden ist, weil das Projekt sich nachträglich als unzureichend erwies. Im ganzen werden die projektierten Bauarbeiten im vormals Hack'schen Anwesen demnach erfordern 26,700 *M*.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M	M
			Übertrag	671,136	335,568
noch 19	Weihenstephan	Akademie für Landwirtschaft und Brauerei.			
		b) Aufbau eines Stockwerks auf das Laboratorium der Versuchsbrauerei.		23,000	11,500
		c) Errichtung eines Werkgebäudes für die Gartenbauschule und Umbau des Lehrstalles der Molkereischule.		31,200	15,600
		d) Herstellung eines neuen Hörsaales für Chemie und Physik.		42,000	21,000
20	München	Erzbischöfliche Kurie. Dachinstandsetzung.	Staatseigentum.	5,500	2,750
21	Dachau	K. Schloß. Instandsetzung.	Staatseigentum.	24,300	12,150
22	Burghausen	K. Burg. Instandsetzung.	Staatseigentum.	12,000	6,000
			Seite	809,136	404,568

Erläuterungen

Zur Förderung einer geordneten Buchführung bei den Landwirten und kleineren Bräuern, für die nach den neuen Steuergesetzen ein erhöhtes Bedürfnis bestehen wird, soll an der Akademie Weihenstephan unter Mitwirkung des Bayerischen Landwirtschaftsrates eine Buchstelle errichtet werden. Der Leiter der Buchstelle soll neben dem Unterricht in der Buchführung für die Akademiestudierenden die praktische Belehrung und Beratung der Landwirte sowie der kleineren und mittleren Brauer in Buchführungsfragen übernehmen, die mit der Abhaltung von Buchführungskursen betrauten Wanderlehrer zu gleichheitlichem Vorgehen anleiten, entsprechende Informationskurse abhalten usw. Die für die Buchstelle erforderlichen Arbeitsräume sollen durch einen Aufbau auf das Laboratorium der Versuchsbrauerei gewonnen werden. Die Kosten sind mit dem Bedarf für innere Einrichtung veranschlagt auf 23,000 ℳ.

An der Stelle eines im März 1908 abgebrannten Packschuppens soll für die Gartenbauschule ein neues Werkgebäude erbaut werden. In dem Gebäude sollen die notwendigen Arbeits- und Übungsräume zu den Sonderkursen für Baum- und Straßenwärter, für Lehrer und für sonstige Obstbauinteressenten, eine Schreinerwerkstätte und Werkzeugkammer, dann Keller- und Aufbewahrungsräume für Obst, Gemüse usw., ferner eine Wärterwohnung und zwei Krankenzimmer für leicht erkrankte Gartenbauschüler untergebracht werden. Der Kostenaufwand für den Bau und seine innere Einrichtung ist nach Abzug der 1482 ℳ betragenden Brandentschädigung für den alten Schuppen, die für die Ergänzung und Unterfangung der bestehenden Stützmauer verwendet werden soll, veranschlagt auf 28,700 ℳ.

Im Lehrstall der Molkereischule sind Umbauten und Verbesserungen zu einer mustergültigen Aufstellung des Viehs notwendig. Die Kosten werden voranschlagsmäßig 2500 ℳ betragen.

Die fortwährend zunehmende Zahl der Studierenden an der K. Akademie Weihenstephan macht die Herstellung eines genügend großen Hörsaales für Chemie und Physik mit den erforderlichen Nebenräumen für Vorbereitung der Demonstrationen usw. unabweisbar notwendig. Der Hörsaal soll mit seinen Nebenräumen durch Umbauten im Langbau des Akademiegebäudes unter Einziehung einer vorläufig entbehrlichen Dienstwohnung gewonnen werden. Die Kosten sind mit dem Bedarf für innere Einrichtung veranschlagt auf 42,000 ℳ.

Infolge Verwitterung der Dachziegel ist eine vollständige Umdeckung des Daches über den Gebäudeteilen im Hofe unter Ergänzung des Deckmateriales, Erneuerung der vermorschten Latten, Ausbesserung der Kamineinfassungen, Dachscharen, Rinnen, Abfallröhren und Dachfenster unumgänglich notwendig geworden. Voranschlagsmäßige Kosten 5500 ℳ.

Die Instandsetzungsarbeiten am Schloß in Dachau, für die in der Finanzperiode 1906 und 1907 9500 ℳ und 1908 und 1909 8000 ℳ bewilligt worden sind, sollen fortgesetzt werden. Es soll insbesondere der große Saal mit einer entsprechenden Decke versehen, der Fußboden ausgebessert und die Wandflächen, Fenster und Türen instand gesetzt werden. Die Umfassungsmauern des Erdgeschosses sollen, um sie vor Zerfall zu schützen, trockengelegt werden. Die Kosten der Herrichtung des großen Saales sind auf 9800 ℳ, die der Entfeuchtung des Erdgeschosses auf 14,500 ℳ veranschlagt; Gesamtkosten sonach 24,300 ℳ.

Zur Fortführung der Instandsetzungsarbeiten an der Burg in Burghausen, für die zuletzt in der Finanzperiode 1906 und 1907 7000 ℳ bewilligt worden sind, sollen in den Räumen des I. Obergeschosses im Westbau Ausbesserungen vorgenommen, Böden, Fenster und eine neue Zugangstreppe hergestellt werden. Die Räume sollen zugleich der Erweiterung des Stadtmuseums in Burghausen dienen. Die Kosten der notwendigen Bauarbeiten sind veranschlagt auf 12,000 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	809,136	404,568
23	Mittergars, Bezirksamt Wasserburg	Katholischer Pfarrhof. Neubau.	Der Staat trägt die primäre Baulast. Leistung von Hand- und Spanndiensten wird nicht gefordert.	31,000	15,500
24	Polling, Bezirksamt Weilheim	Katholischer Pfarrhof. Neubau des Wohngebäudes.	Der Staat ist primär baupflichtig. Hand- und Spanndienste werden nicht in Anspruch genommen.	30,500	15,250
25	Reichenhall, Bezirksamt Berchtesgaden	Katholische Pfarrkirche St. Zeno. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast wird vom Staate getragen. Die Leistung von Hand- und Spanndiensten wird nicht verlangt, etwaige Rückersatzforderung des Aufwandes bleibt vorbehalten.	42,000	21,000
26	Tegernsee, Bezirksamt Miesbach	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	5,500	2,750
27	St. Wolfgang, Bezirksamt Wasserburg	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast wird vom Staate getragen. Die Leistung von Hand- und Spanndiensten wird nicht gefordert.	29,300	14,650
28	Ettal, Bezirksamt Garmisch	Katholische Pfarrkirche. Dachinstandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast trifft den Staat. Hand- und Spanndienste werden nicht beansprucht.	5,500	2,750
29	Seeon, Bezirksamt Traunstein.	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat hat die subsidiäre Baulast zu tragen. Leistung von Hand- und Spanndiensten wird nicht gefordert.	15,750	7,875
			Summe I	968,686	484,343

Erläuterungen

Das alte Pfarrgebäude ist infolge seiner ungünstigen Lage an einem Bergabhange so durchfeuchtet, daß die Trockenlegung einen großen Kostenaufwand erfordern würde. Zudem ist auch sonst der Bauzustand des Pfarrhofes ein schlechter; der Dachstuhl ist zu schwach, die alten Kamine und Aborte entsprechen nicht den Vorschriften, die Innenräume sind unzureichend. Es soll deshalb an einem besser geeigneten Platze in der Nähe der neuen Pfarrkirche und des neuen Schulhauses ein den Bedürfnissen entsprechender neuer Pfarrhof erbaut werden. Die Kosten sind abzüglich des auf 6220 ℳ geschätzten Erlöses aus dem zu verkaufenden alten Pfarranwesen veranschlagt auf 31,000 ℳ.

Das Erdgeschoß des alten Pfarrwohnhauses liegt tiefer als die Umgebung und ist ganz durchfeuchtet und unbewohnbar. Die Feuchtigkeit steigt auch in den oberen Stock hinauf und macht den Aufenthalt in den Räumen gesundheitsschädigend; gegenwärtig sind nur zwei Zimmer in dem Pfarrhofe wirklich bewohnbar. Der Neubau eines Pfarrwohngebäudes ist hienach unabweisbar geboten. Der Neubau soll auf einem geeigneten Platze des Pfarrgartens errichtet werden. Das alte Pfarrwohnhaus soll verkauft werden. Die Neubaukosten betragen voranschlagsmäßig nach Abzug des auf 5000 ℳ geschätzten Erlöses aus dem alten Wohngebäude 30,500 ℳ.

Die Kirche bedarf zu ihrer ungeschädigten Erhaltung einer umfassenden Instandsetzung. Erforderlich ist insbesondere: die Erneuerung des unrichtig konstruierten Dachstuhles über dem linken Seitenschiff und die Neueindeckung des Daches über den beiden Seitenschiffen, Herstellung des fehlenden Dachbodens über dem ganzen Kirchengewölbe, Ausbesserung des Verputzes und Neutünchung im Innern der Kirche, Ersatz des schadhaften Marmorpflasters im Presbyterium durch ein neues, Anbringung eines Scharpflasters um die Kirche und Verbesserung der Wasserableitung aus dem alten Teile des Friedhofs, Beseitigung der Bauschäden an den Umfassungsmauern des alten Friedhofs. Die Kosten sind veranschlagt auf 42,000 ℳ.

Die durch Frost und Schneedruck beschädigte Zinkblechdachung über den Seitenschiffen der Kirche soll durch verzinktes Eisenblech mit doppelten Falzen und Kupfernietung auf Asphaltpappenunterlage ersetzt werden, damit die Kirchengewölbe mit ihren kunstvollen Stukkaturen besser gegen eindringende Feuchtigkeit geschützt sind. Zu diesem Zwecke soll auch im Dachraume über dem Hauptschiff ein neuer Bretterboden gelegt werden. Das zerfallene Pflaster des Mittelganges der Kirche soll durch neue Platten aus Tegernseer Marmor ersetzt werden. An der Außenseite der Kirche gegen den Hof der Schloßbrauerei ist zur Ableitung des Wassers eine Betonschar notwendig. Die voranschlagsmäßigen Kosten beziffern im ganzen 5500 ℳ.

Die Pfarrkirche von St. Wolfgang, ein Baudenkmal von hohem Kunst- und Geschichtswert, liegt an einem Berghang mit mehreren Quellen. Es ist notwendig, durch Zusammenfassung der Quellen und Drainage das teilweise durchfeuchtete Kirchengebäude ganz trockenzulegen. Die Kirchenmauern sollen weiter durch Isolierungseinlagen und eine Betonschar gegen aufsteigende Feuchtigkeit geschützt werden. Die schadhaften Mauerstellen im Innern und am Äußern der Kirche müssen neu verputzt und getüncht werden. Das Dach und der Dachstuhl sind auszubessern. Verwitterte und ausgetretene Bodenbelege und Steinstufen sind durch neue Stücke aus Tegernseer Marmor zu ersetzen. Voranschlagsmäßiger Gesamtkostenbetrag 29,300 ℳ.

Die Kupfereindeckung des Presbyteriumsdaches an der Südseite der Kirche ist rissig und schadhaft und muß, um Schädigungen des Kirchenbaues zu verhüten, erneuert werden. Die Kosten sind abzüglich des Erlöses aus dem alten Kupfer veranschlagt auf 5500 ℳ.

Für Instandsetzungsarbeiten an der kunstgeschichtlich interessanten Kirche sind in der Finanzperiode 1906 und 1907 17,500 ℳ bewilligt worden. Bei der Durchführung der Arbeiten wurden im Kircheninnern Wandmalereien aus dem 17. und 18. Jahrhundert aufgedeckt, deren vollständige Freilegung und teilweise Erneuerung aus Gründen der Denkmalspflege geboten ist. Zur vollständigen Herstellung des ursprünglichen Zustandes sollen ferner zwei Chorfenster, die gegenwärtig zugemauert sind, wieder geöffnet werden. Außerdem sind Ausbesserungen an den Kirchengewölben, Simsen usw. notwendig. Die Gesamtkosten werden voranschlagsmäßig 15,750 ℳ betragen.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
				II. Nieder-	
1	Passau	Humanistisches Gymnasium. Erbauung einer Turnhalle.	Die Gebäude, in denen dermalen das Lyzeum, das Gymnasium sowie die Kreis- und Studienbibliothek untergebracht sind, stehen im Eigentum des Studienfonds Passau, während das zur Erweiterung dieser Gebäude erworbene „Altstadtschulhaus" Staatseigentum ist.	38,500	19,250
2	Aldesbach, Bezirksamt Vilshofen	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung des Innern.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht einschließlich der Hand- und Spanndienste obliegt dem Staate.	16,000	8,000
3	Attenhofen, Bezirksamt Mainburg	Katholischer Pfarrhof. Instandsetzung.	Der Staat trägt die unbedingte Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste vorbehaltlich eines vom Pfründebesitzer zu entrichtenden jährlichen Bauschillings von 46 ℳ 29 ₰.	5,600	2,800
4	Gangkofen, Bezirksamt Eggenfelden	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	7,800	3,900
5	Oberwinkling, Bezirksamt Bogen	Katholischer Pfarrhof. Neubau.	Der Staat trägt die unbedingte Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	48,500	24,250
6	Regen, Bezirksamt Regen	Katholischer Pfarrhof. Instandsetzung des Ökonomiegebäudes.	Der Staat ist primär baupflichtig und hat auch für Hand- und Spanndienste aufzukommen.	5,800	2,900
7	Uttlau, Bezirksamt Griesbach	Katholischer Pfarrhof. Neubau.	Der Staat trägt die unbedingte Baupflicht; auf Leistung von Hand- und Spanndiensten wird nicht bestanden.	65,050	32,525
			Seite	187,250	93,625

Erläuterungen

Bayern.

In der Finanzperiode 1904 und 1905 wurde das an das Lyzeal- und Gymnasialgebäude in Passau unmittelbar anstoßende „Altstadtschulhaus“ für den Staat zum Zwecke der Erweiterung der beiden Unterrichtsanstalten käuflich erworben. Der Erweiterungsbau konnte bisher wegen vordringlicher anderer Unterrichtsbedürfnisse nicht ausgeführt werden. Das Altstadtschulhaus soll abgebrochen und an seiner Stelle ein Unterrichtsbau hauptsächlich für das Lyzeum errichtet werden. Da sich in dem zum Abbruch bestimmten Gebäude auch die Turnhalle des Gymnasiums befindet, ist es notwendig, zunächst diese Turnhalle anderweitig unterzubringen. Sie soll im Hofraum des Gymnasialareals als Querbau zwischen dem Ost- und Westflügel in einer Länge von ungefähr 30 m und einer Breite von etwa 12 m hergestellt werden. Um für die Turnhalle Raum zu schaffen, müssen die im Hofe befindlichen Holzlegen, Waschküchen ꝛc. verlegt werden. Der Aufwand für alle diese Bauarbeiten einschließlich der inneren Einrichtung der neuen Turnhalle beläuft sich auf 38,500 ℳ.

Die Innenwände der Kirche müssen neu getüncht, die Stukkaturarbeiten an den Wänden und der Decke müssen ergänzt werden. Die Kosten sind mit der erforderlichen Einrüstung auf im ganzen 16,000 ℳ veranschlagt.

Die Dachung des Hauptgebäudes und die Fassaden des Haupt- und des Nebengebäudes sind schadhaft und bedürfen dringend der Ausbesserung. Fenster und Fensterläden sowie die Umfassungszäune müssen ergänzt und zum Teil ganz erneuert werden.

Zur Erhaltung des Kirchengebäudes und des Kirchturmes ist eine durchgreifende Ausbesserung der Außenwände und die teilweise Erneuerung des Gewölbeverputzes im Innern der Kirche, verbunden mit neuem Anstrich, notwendig.

Der alte Pfarrhof in Oberwinkling hat ganz durchfeuchtete Grundmauern und viel zu kleine Wohnräume und Ökonomiegebäude. Eine Verbesserung durch Umbau oder Anbauten ist nicht möglich. Es soll deshalb ein neuer Pfarrhof mit den erforderlichen größeren Nebengebäuden auf einem von der Pfarrpfründe unentgeltlich zur Verfügung gestellten Bauplatze in der Nähe der im Bau begriffenen neuen Pfarrkirche zwischen Ober- und Niederwinkling erbaut werden. Der alte Pfarrhof soll verkauft werden. Die Baukosten sind abzüglich des auf 9000 ℳ geschätzten Erlöses aus dem alten Pfarrhofe veranschlagt auf 48,500 ℳ.

Das schadhafte Pfarrökonomiegebäude muß einer durchgreifenden Instandsetzung unterzogen werden; es ist insbesondere das alte Schieferdach auszubessern und umzudecken; einzelne Gebäudeteile, Fenster, Tore, Dachrinnen usw. müssen erneuert werden.

Das Pfarrgebäude in Uttlau ist nahezu dreihundert Jahre alt, zum Teil aus Bruchsteinen, zum Teil aus Holzblockwänden hergestellt und in einem bedenklichen Bauzustande. Die Nebengebäude sind mangelhaft fundiert und zeigen Risse und schwere andere Bauschäden. Der Neubau des Pfarrwohnhauses und der Ökonomiegebäude mit Stadel ist unabweisbar notwendig; Waschküche, Kartoffelkeller und Holzlege können erhalten bleiben. Der Neubau soll nach Abbruch der alten Gebäude an ihrer bisherigen Stelle aufgeführt werden. Die Neubaukosten sind mit dem Aufwande für eine bessere Wasserversorgung des Pfarrhofes veranschlagt auf 65,050 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	187,250	93,625
8	Vornbach, Bezirksamt Passau	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung des nördlichen Turmes.	Die primäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat.	17,000	8,500
9	Ruhstorf, Bezirksamt Griesbach	Katholischer Pfarrhof. Erweiterung.	Der Staat trägt die primäre Baupflicht mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	9,100	4,550
			Summe II	213,350	106,675
			III. Pfalz.		
	Mittellose Gemeinden der Pfalz	Bauten für den katholischen und protestantischen Kultus.	Baupflichtig sind die Kirchengemeinden, die wegen geringer Leistungsfähigkeit zur Aufbringung des erforderlichen Baubedarfs nicht imstande sind.	120,000	60,000
			Summe III	120,000	60,000
			IV. Oberpfalz und		
1	Amberg	Humanistisches Gymnasium. Instandsetzung der Dachungen und der Fassaden, Ankauf der Turnhalle.	Staatseigentum.	91,200	45,600
2	Regensburg	Altes Gymnasium. Einrichtung der Zentralheizung.	Stiftungseigentum. Vertragsmäßige Baulast des Staates.	15,000	7,500
			Seite	106,200	53,100

Erläuterungen

Die Kupfereindeckung des nördlichen Turmes der Kirche ist im Laufe der Jahre undicht geworden. Regen und Schneewasser dringen in das Dachgebälk ein, so daß der Bestand des Turmes gefährdet ist. Vollständige Neueindeckung ist zur Erhaltung des Bauwerks notwendig. Die Kosten werden 15,000 ℳ betragen. Eine Marienstatue am Giebel der Kirche, deren hölzerner Kern vermorscht war, mußte wegen Absturzgefahr entfernt werden. Zum Ersatze soll eine kupfergetriebene Statue angebracht werden; die Kosten des neuen Bildes und seiner Aufstellung sind auf 1800 ℳ veranschlagt. Der Gesamtaufwand beziffert hienach einschließlich einer kleinen Reserve 17,000 ℳ.

Die Pfarrwohnung in Ruhstorf, die nur ganz unzureichende Räume aufweist, bedarf dringend der Erweiterung und soll deshalb durch einen Anbau vergrößert werden. Die Kosten des Anbaues und einiger kleiner Bauverbesserungen sind veranschlagt auf 9100 ℳ.

Im Budget für die Finanzperiode 1908 und 1909 waren für mittellose katholische und protestantische Gemeinden der Pfalz zur Unterstützung bei notwendigen Kultusbauten je 60,000 ℳ für die beiden Jahre der Finanzperiode bewilligt worden. Mit Rücksicht auf den unveränderten Fortbestand der in Betracht kommenden Verhältnisse werden auch für die Finanzperiode 1910 und 1911 hier eingestellt

a) für die katholischen Gemeinden	60,000 ℳ
b) für die protestantischen Gemeinden	60,000 ℳ
in Summa	120,000 ℳ

Regensburg.

Die Westfassade und die Dachungen des Gymnasialgebäudes bedürfen dringend der Instandsetzung (Kostenaufwand 9200 ℳ).

Gymnasium und Lehrerbildungsanstalt in Amberg besitzen keine eigene Turnhalle; der Turnunterricht wird in der städtischen Turnhalle erteilt, die auch noch anderweitig, namentlich von der dortigen Realschule, in Anspruch genommen wird. Es ist beabsichtigt, diese Turnhalle samt Turnplatz und Garten (zusammen 1 Tagwerk 48 Dezimalen) für die Zwecke des Gymnasiums und der Lehrerbildungsanstalt käuflich zu erwerben. Der geforderte Preis von 70,000 ℳ ist nach amtlicher Schätzung als angemessen zu erachten. Die gründliche Instandsetzung der Turnhalle erfordert einen weiteren Aufwand von 12,000 ℳ.

In einem Teile des Gymnasialgebäudes ist die Niederdruck-Dampfheizung eingerichtet. Diese Beheizungsart soll auch auf die übrigen Gebäudeteile ausgedehnt werden mit einem Kostenaufwand von 15,000 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	106,200	53,100
3	Tiefenbach, Bezirksamt Waldmünchen	Erwerbung eines Schulsaalgebäudes und Umbau desselben für Zwecke der Klöppelschule.	—	15,000	7,500
4	Wald, Bezirksamt Roding	Schulgebäude. Erweiterung des Schulsaalgebäudes und Umbau des alten Schulhauses zur Lehrerwohnung.	Die primäre Baupflicht mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste trifft den Staat. Die Hand- und Spanndienste werden beim Schulsaalgebäude von den am Schulsprengel beteiligten Gemeinden, beim alten Schul- und Mesnerhause je zur Hälfte von diesen und der Kirchengemeinde geleistet.	16,000	8,000
5	Holnstein, Bezirksamt Beilngries	Katholischer Pfarrhof. Neubau.	Der Staat hat die unbedingte Baulast mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	44,000	22,000
6	Prunn, Bezirksamt Riedenburg	Katholisches Expositurgebäude. Neubau.	Der Staat ist primär baupflichtig und hat auch für die Hand- und Spanndienste aufzukommen.	32,000	16,000
7	Regensburg	Domkirche. Instandsetzungsarbeiten.	Die Baupflicht obliegt zufolge konkordatmäßiger Bestimmungen dem Staate.	50,000	25,000
			Summe IV	263,200	131,600

Erläuterungen

In den an Böhmen angrenzenden Teilen der Bezirksämter Waldmünchen und Oberviechtach ist die Spitzenklöppelei seit Jahrzehnten heimisch. Um den Klöppelbetrieb auf eine höhere Stufe zu heben und den Beteiligten besseren Verdienst zu schaffen, wurden in Stadlern, Schönsee und Tiefenbach Klöppelschulen begründet, die in der Hauptsache aus Zentralfonds unterhalten werden. In Stadlern wurde auch ein Schulgebäude errichtet. Die gleiche Notwendigkeit ergibt sich nunmehr für Tiefenbach, da die Schule gegenwärtig in ungenügenden Räumen in einem Wirtschaftssaal untergebracht ist. Durch den beabsichtigten Neubau einer Volksschule in Tiefenbach wird für die Gemeinde ein in gutem baulichen Zustand befindliches Schulsaalgebäude frei. Es ist in Aussicht genommen, dieses für den Staat zu erwerben und es für die Zwecke der Klöppelschule entsprechend umzubauen. Die Kosten hiefür sind veranschlagt auf 15,000 ℳ.

Von den beiden Schulräumen in Wald befindet sich der eine im alten Schul- und Mesnerhause, für den andern ist 1889 ein erdgeschossiges Schulsaalgebäude hergestellt worden. Der Schulsaal im alten Schul- und Mesnerhause ist viel zu klein und schlecht beleuchtet; die Stiege ist sicherheitsgefährlich. Die Lehrerwohnung im Schul- und Mesnerhause hat nur drei Zimmer und ganz kleine Nebenräume; das Erdgeschoß ist feucht und der Aufenthalt in den Räumen gesundheitsgefährdend. Abhilfe soll dadurch geschaffen werden, daß ein neuer zweiter Schulsaal auf das vorhandene Schulsaalgebäude aufgebaut und das Schul- und Mesnerhaus mit den entsprechenden Verbesserungen ausschließlich für die Lehrerwohnung umgebaut wird. Die den Staat treffenden Kosten ohne Hand- und Spanndienste sind auf 16,000 ℳ veranschlagt.

Der in einem Berghang eingebaute alte Pfarrhof hat ganz durchfeuchtete Mauern und unzureichende Wohnräume, die unmittelbar an den Stallungen liegen. Dem unhaltbaren Zustande kann nur durch einen Neubau abgeholfen werden. Der neue Pfarrhof soll nach Abbruch des alten Wohngebäudes und der entbehrlich gewordenen Ökonomiegebäude an höher gelegener Stelle aufgebaut werden; der Kaufpreis eines hiezu noch zu erwerbenden Nachbargrundstücks kann zum Teil durch Veräußerung ungünstig gelegener Pfründegrundstücke gedeckt werden. Der gesamte aus Staatsmitteln zu deckende Bauaufwand ist veranschlagt auf 44,000 ℳ.

Das vorhandene Expositurgebäude ist räumlich ganz unzulänglich; das Erdgeschoß ist wegen Feuchtigkeit unbewohnbar. Es soll deshalb ein Neubau auf einem von der Kirchenstiftung erworbenen neuen Bauplatze hergestellt werden. Die Kosten der Bauplatzerwerbung und des Neubaues sind abzüglich des auf 1800 ℳ geschätzten Erlöses aus dem zu verkaufenden alten Expositurhause veranschlagt auf 32,000 ℳ.

Zwei Fialen, die große Kreuzblume und die Krappen am südlichen Giebel sind verwittert, drohen abzustürzen und müssen erneuert werden; die Kosten sind veranschlagt auf 11,150 ℳ.

Das von den Dächern abfließende Regenwasser, das gegenwärtig aus den Wasserspeiern auf die Straße fällt, soll zur besseren Schonung des Mauerwerks und im Interesse des Straßenverkehrs in Rinnen zusammengefaßt und durch Anschluß des Domes an die städtische Kanalanlage abgeleitet werden. Die Kosten hiefür werden 6300 ℳ betragen.

Im Innern des Domes sind durchgreifende Ausbesserungen, Auswechselungen schadhafter Architekturteile, Verputzergänzungen, Neutünchungen an den Gewölben, Erneuerungen der Plattenbeläge des Bodens, gründliche Reinigungsarbeiten usw. notwendig geworden, wofür 32,550 ℳ vorgesehen sind.

Der Gesamtaufwand für die projektierten Instandsetzungsarbeiten, die auch vom K. Generalkonservatorium der Kunstdenkmale und Altertümer Bayerns begutachtet worden sind, beziffert hienach 50,000 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
				V. Ober-	
1	Encheureuth, Bezirksamt Stadtsteinach	Neubau eines Schulgebäudes für die Stickereischule.	—	36,000	18,000
2	Bamberg	Haus Nr. 9 an der Domstraße. Umbau zu Wohnungen für Domgeistliche.	Staatseigentum. Der Staat hat nach den Bestimmungen des Konkordats für Wohnungen des Domkapitels zu sorgen.	70,000	35,000
3	Betzenstein, Bezirksamt Pegnitz	Schulhaus. Instandsetzung.	Der Staat hat die primäre und ausschließliche Baulast zu tragen.	14,400	7,200
4	Bernstein, Bezirksamt Wunsiedel	Protestantisches Pfarrhaus. Neubau.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht, mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind, obliegt dem Staate.	33,000	16,500
5	Burgwindheim, Bezirksamt Bamberg II	Katholische Kreuzkapelle. Instandsetzung der Zugangsbrücke.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baulast mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	8,600	4,300
6	Lauenhain, Bezirksamt Teuschnitz	Schul- und Mesnerhaus. Neubau.	Primär baupflichtig ist das Kirchen- und Schulvermögen, bei dessen Leistungsunfähigkeit die Kirchengemeinde und die zum Schulsprengel vereinigten Gemeinden zwei Dritteil und der subsidiär baupflichtige Staat ein Dritteil des Bauaufwands aufzubringen haben. Hand- und Spanndienste leisten die beteiligten Gemeinden.	8,650	4,325
7	Warmensteinach, Bezirksamt Bayreuth	Protestantische Pfarrkirche. Entfeuchtung und Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baulast, mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind, trifft den Staat.	5,200	2,600
			Summe V	175,850	87,925

Erläuterungen

franken.

In Enchenreuth wird die Weißstickerei schon seit dem vorigen Jahrhundert als Hausindustrie betrieben. Die gelieferten Arbeiten waren aber qualitativ von geringer Bedeutung; auch war der Verdienst der Arbeiterinnen ein sehr kärglicher. Im Jahre 1900 wurden auf Staatskosten Unterrichtskurse im Sticken eingerichtet, die seit dem Jahre 1905 sich auch auf den Unterricht im Malen und Entwerfen erstreckten. Die Einrichtung der Kurse hat bereits günstige Erfolge sowohl was die Qualität der geleisteten Arbeiten als was die Erzielung höherer Löhne anlangt, gezeitigt. Doch bildet für die weitere Entwicklung der Sache die Errichtung eines geeigneten Schulgebäudes eine Lebensfrage, da bisher die Kurse mangels eines anderen zur Verfügung stehenden Lokals in einem vollkommen ungenügenden, niedrigen und schlecht belichteten Wirtshaussaal, der auch für die Zwecke der Wirtschaft benützt wird, abgehalten werden mußten.

Die Gemeinde Enchenreuth wäre bereit, einen schön gelegenen, vollkommen entsprechenden Bauplatz unentgeltlich dem Staate zur Verfügung zu stellen. Die Kosten für Erbauung eines Schulgebäudes auf diesem Platz sind mit 36,000 ℳ berechnet.

Für den Umbau des Hauses, das die Wohnungen für drei ältere Domvikare und einen Kanoniker aufnehmen soll, sind in der Finanzperiode 1908 und 1909 als I. Rate 37,000 ℳ bewilligt worden. Der Gesamtbauaufwand ist abzüglich des Erlöses aus den zu verkaufenden alten Vikarshäusern auf 107,000 ℳ veranschlagt. Zur vollständigen Durchführung des Baues sind deshalb noch 70,000 ℳ erforderlich.

Das Gebäude bedarf im Innern und am Äußern durchgreifender Ausbesserungen. Das Dach muß instand gesetzt werden. Die vollständig unzureichende und schlechte Abortanlage soll durch einen neuen Anbau ersetzt werden. Voranschlagsmäßiger Kostenbetrag 14,400 ℳ.

Das alte protestantische Pfarrhaus in Bernstein leidet an solchen Baugebrechen, daß eine Instandsetzung sich nicht mehr lohnen würde. Die Wohnräume sind ungenügend und schlecht. Abhilfe kann nur durch einen Neubau geschaffen werden. Die Kosten des Neubaues sind mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 33,000 ℳ.

Die Flügelmauern der Fußgängerbrücke, die von Burgwindheim über die Ebrach zur Kreuzkapelle führt, sind baufällig und drohen dem Einsturz. Die Erneuerung ist veranschlagt auf 8600 ℳ.

Schulzimmer und Lehrerwohnung sind ganz ungenügend. Die Abortanlage ist gesundheitswidrig. Der Bauzustand des ganzen Hauses ist schlecht und einer Verbesserung nicht fähig. Es soll deshalb ein den Bedürfnissen entsprechendes neues Schulhaus mit Schulzimmer und Lehrerwohnung erbaut werden, wofür die Kosten ausschließlich des von den Gemeinden zu tragenden Aufwandes für Hand- und Spanndienste und die Blitzableitungsanlage veranschlagt sind auf 25,900 ℳ. Hievon trifft auf den Staat ein Dritteil, d. i. abgerundet 8650 ℳ.

Die Kirchenmauern müssen durch einen Isolierkanal entfeuchtet werden. Der schadhafte Verputz und die Tünchung an den Außen- und Innenwänden der Kirche und des Turmes muß erneuert, das Dach muß durchgreifend ausgebessert werden. Voranschlagsmäßige Kosten mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste 5200 ℳ.

VI. Mittel-

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M	M
1	Erlangen	Bauvornahmen bei der Universität Erlangen.	—		
		a) Chirurgische Klinik. Einrichtung eines elektrischen Aufzuges für Patienten.		22,000	11,000
		b) Medizinische Klinik. Verlegung des Krankenaufzuges und Einrichtung des elektrischen Betriebes.		12,000	6,000
		c) Anatomisches Institut. Einrichtung des elektrischen Betriebes bei dem Leichenaufzug.		5,200	2,600
		d) Aufstellung je eines vierten Dampfkessels für die Niederdruckdampfheizung in der chirurgischen und in der medizinischen Klinik.		9,300	4,650
		e) Anschaffung eines Elektromotors für das physikalische Institut und Änderungen der elektrischen Anlage.		10,000	5,000
			Seite	58,500	29,250

Erläuterungen

franken.

In der chirurgischen Klinik ist ein Aufzug für Patienten nicht vorhanden. Die Kranken müssen nicht nur zu den Operationen, sondern auch zur Vornahme des Verbandwechsels auf Tragbahren die Treppen heruntergetragen werden. Dies ist nicht nur eine sehr schwierige und mühsame Arbeit, sondern auch mit Gefahren für die Patienten verbunden. Die Fürsorge für die der Klinik anvertrauten Kranken legt deshalb die Einrichtung eines elektrischen Aufzuges dringend nahe. Um den Aufzug für die beiden im II. Stockwerk untergebrachten Krankenräume verwendbar zu machen, soll ein Verbindungsgang hergestellt werden. Die Kosten für den Aufzug und die Bauarbeiten sind auf 22,000 ℳ veranschlagt.

Der Krankenaufzug der medizinischen Klinik liegt ungefähr 80 m vom Haupteingang entfernt und kann deshalb für den Transport schwerer Kranker, die in die Klinik gebracht werden, in der Regel nicht benützt werden. Er soll deshalb in das Haupttreppenhaus verlegt werden. Ferner hat sich auch der hydraulische Betrieb des Aufzugs als unzweckmäßig erwiesen. Der Betrieb ist nicht vollständig sicher und verlässig. Um den hieraus entstehenden Gefahren zu begegnen, soll bei der Verlegung des Aufzugs elektrischer Betrieb an Stelle des hydraulischen eingerichtet werden. Der Gesamtbedarf wird sich nach dem Voranschlag auf 12,000 ℳ belaufen.

Das anatomische Institut besitzt einen Leichenaufzug mit Handbetrieb. Dieser Aufzug entspricht nicht den Vorschriften über Sicherheitsvorrichtungen für Aufzüge und setzt den Bedienenden der Gefahr aus, bei etwaiger Unachtsamkeit von einem schweren Unfall betroffen zu werden. Der Aufzug soll deshalb für elektrischen Betrieb eingerichtet werden, wodurch nach dem Voranschlag ein Aufwand von 5200 ℳ erwachsen wird.

In der chirurgischen Klinik sind für die Beheizung und die Warmwasserbereitung drei Niederdruckdampfkessel vorhanden. Ein vierter Kessel versorgt das Operationshaus mit Nebenräumen.

Bei strenger Kälte reichen diese Kessel nicht aus, um die sämtlichen Räume, namentlich die großen Krankensäle, genügend zu erwärmen. Es soll deshalb ein weiterer Kessel aufgestellt werden, der insbesondere auch als Reservekessel bei eintretender Beschädigung eines Kessels zu dienen hätte.

Aus den gleichen Gründen erweist sich auch bei der medizinischen Klinik die Aufstellung eines weiteren Dampfkessels als notwendig.

Der Gesamtbedarf für die Anschaffung und Einmauerung der beiden Kessel ist auf 9300 ℳ veranschlagt.

Das physikalische Institut besitzt zum Betrieb der Dynamomaschine, die das Institut mit Licht und der sonst erforderlichen elektrischen Energie versieht, einen Gasmotor. Dieser funktioniert seit einiger Zeit nicht mehr entsprechend und kann nach dem Gutachten von Sachverständigen auch auf dem Wege der Reparatur nicht mehr für längere Dauer gebrauchsfähig gemacht werden. Der Gasmotor muß deshalb durch einen neuen Motor ersetzt werden, und zwar erscheint es zweckmäßiger, einen mit städtischem Strom zu betreibenden Elektromotor aufzustellen. Gleichzeitig soll die elektrische Anlage im physikalischen Institut verschiedene Änderungen erfahren. Der Gesamtbedarf für die Anschaffung des Elektromotors und die Abänderungsarbeiten ist auf 10,000 ℳ veranschlagt.

Der Gesamtbedarf für obige Bauvornahmen bei der Universität Erlangen beträgt sohin 58,500 ℳ oder für ein Jahr der Finanzperiode 29,250 ℳ. Da die Universität nicht in der Lage ist, diese Kosten aus ihren eigenen Mitteln zu decken, wird der Bedarf als staatlicher Aversalzuschuß vorgesehen.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	58,500	29,250
2	Eichstätt	Humanistisches Gymnasium. Herstellung eines Flügelbaues.	Stiftungseigentum; wegen Unzulänglichkeit der Stiftungsrenten Baulast des Staates.	93,000	46,500
3	Erlangen	Humanistisches Gymnasium. Aufbau auf die beiden Seitenflügel.	Staatseigentum.	45,000	22,500
4	Nürnberg	Realgymnasium. Adaptierung von Räumen des alten Gymnasiums.	Baupflicht des Staates.	11,000	5,500
5	Schwabach	Schullehrerseminar. Instandsetzung des vormaligen Rentamtsgebäudes und Verbesserungen im Seminaraltbau.	Staatseigentum.	59,000	29,500
6	Eichstätt	Willibaldsburg. Instandsetzung.	Staatseigentum.	22,000	11,000
7	Eichstätt	Domprobsteigebäude. Instandsetzung.	Der Staat hat nach den Bestimmungen des Konkordats für die Wohnung des Domprobstes zu sorgen.	16,500	8,250
			Seite	305,000	152,500

Erläuterungen

Das Gymnasium Eichstätt besitzt eine nicht genügende Zahl von Klaßzimmern, insbesondere fehlt ein entsprechender Physiksaal. Abhilfe kann auf dem bisherigen Gymnasialareal nur durch den Ausbau des westlichen Flügels im Zusammenhang mit Änderungen in der inneren Einteilung der übrigen Gebäudeteile beschafft werden. In dem neuen Flügelbau sind vorgesehen im Erdgeschoß die Pedellswohnung, deren bisherige Räume für andere Anstaltszwecke verwendet werden sollen, im I. Stock ein Physiksaal mit Nebenräumen, im II. Stock zwei geräumige Schulzimmer. Außerdem ist ein Treppenhaus und eine neue Abortanlage notwendig. Der Bauaufwand einschließlich der Kosten für die innere Einrichtung der neuen Räume beziffert sich auf 93,000 ℳ.

Das Gymnasium Erlangen, an dem pädagogische Seminare für die Lehramtskandidaten der Philologie und der neueren Sprachen bestehen, besitzt hiefür nicht die erforderlichen Räume. Diese sollen unter Verwendung des jetzigen Musiksaales, des Zeichensaales und eines Teiles der Rektorswohnung durch Aufbau auf die beiden Seitenflügel des Gymnasialgebäudes gewonnen werden. Bedarf einschließlich der inneren Einrichtung 45,000 ℳ.

Das Realgymnasium Nürnberg, die größte Mittelschule Bayerns, reicht infolge der außerordentlichen Zunahme der Frequenz und der Anfügung der Reformrealgymnasialklassen mit seinen bisherigen Räumen im Landauer Kloster nicht mehr aus. Es mußten deshalb schon seit einer Reihe von Jahren Lokalitäten im alten Industrieschulgebäude, dem sogenannten Peunthof, dazu gemietet werden. Die Räume in diesem Gebäude sind wenig entsprechend und zudem schon wieder unzureichend. Dabei erschwert die Entfernung der Filiale vom Hauptgebäude die Aufsicht, die Disziplin und die Feststellung des Stundenplanes. Es ist deshalb in Aussicht genommen, von den Räumen des unmittelbar beim Landauer Kloster gelegenen alten Gymnasiums diejenigen für das Realgymnasium in Gebrauch zu nehmen, welche hygienisch einwandfrei sind, ferner einen Teil der Sammlungen des Realgymnasiums in das alte Gymnasium zu verlegen und dadurch im ersteren Gebäude neue Lehrzimmer zu gewinnen. Die Ausführung dieses Planes hat den Umbau der bisherigen Aborte im alten Gymnasium zur Voraussetzung. Der Kostenaufwand ist auf 11,000 ℳ veranschlagt.

Für Erweiterung des Schullehrerseminars in Schwabach waren in der Finanzperiode 1906 und 1907 200,000 ℳ bereitgestellt. Damit wurde ein neues Lehrsaalgebäude errichtet und das alte Seminargebäude instand gesetzt. Inzwischen ist das anstoßende bisherige Rentamtsgebäude dem Seminar überlassen worden. Dasselbe bedarf noch der Instandsetzung und Anpassung für seine neue Zweckbestimmung. Im Zusammenhange damit erscheinen noch einige bauliche Änderungen am Seminaraltbau teils zur Vergrößerung, teils zur hygienischen Verbesserung gewisser Räume geboten.

Zu Instandsetzungsarbeiten an der Willibaldsburg bei Eichstätt, die im Jahre 1903 vom Finanzärar ganz in die Verwaltung des Kultusministeriums übergegangen ist, sind in der Finanzperiode 1906 und 1907 34,500 ℳ bewilligt worden. Weitere durchgreifende Ausbesserungen an den ausgedehnten Schloßgebäuden und alten Befestigungen sind notwendig, um die historisch bedeutsamen Bauwerke zu erhalten und Gefährdungen der Besucher zu verhüten. In dem von Elias Holl erbauten neuen Schlosse müssen Abdeckplatten aus Stein, Hauptgesimse, Dachrinnen, Abfallrohre, Bretterverschalungen der Fenster- und Bogenöffnungen erneuert werden. Der Dachgiebel der Kapelle im alten Schlosse soll neu aufgemauert werden; Abschluß- und Stützmauern der Kapelle und der Bastionen bedürfen der Instandsetzung. Der Gesamtaufwand ist auf 44,000 ℳ veranschlagt. Zur Vornahme der vordringlichsten Arbeiten sind vorläufig 22,000 ℳ vorgesehen worden.

Das im Jahre 1672 erbaute Haus bedarf einer umfassenden Instandsetzung. Der Außenputz, Gurtgesimse und Portalarchitektur, Pilasterbasen und Sockel der oberen Stockwerke müssen ergänzt und teilweise erneuert werden. Die Dachungen sind teils neu einzudecken, teils umzudecken. Neue Dachrinnen, Blechabdeckungen, Dachgauben, Kamine und Blitzableitungen sind nötig. Die Gartenmauer ist auszubessern. Auch im Innern des Gebäudes sind Ausbesserungen notwendig. Der voranschlagsmäßige Kostenaufwand für diese Arbeiten beziffert im ganzen 16,500 ℳ.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	305,000	152,500
8	Bockenfeld, Bezirksamt Rothenburg o. T.	Protestantische Kirche und Kirchhofmauer. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	6,000	3,000
9	Diespeck, Bezirksamt Neustadt a. A.	Protestantische Kirche. Instandsetzung des Turmes.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	7,000	3,500
10	Feuchtwangen, Bezirksamt Feuchtwangen	Protestantisches Dekanatsgebäude. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baulast mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	13,000	6,500
11	Insingen, Bezirksamt Rothenburg o. T.	Protestantische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Der Staat trägt die subsidiäre Baulast mit Einschluß der Hand- und Spanndienste.	10,900	5,450
12	Kaubenheim, Bezirksamt Uffenheim	Protestantische Bergkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	5,500	2,750
13	Langensteinach, Bezirksamt Uffenheim	Protestantische Kirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	9,300	4,650
14	Lenkersheim, Bezirksamt Uffenheim	Protestantische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	5,500	2,750
			Seite	362,200	181,100

Erläuterungen

An der protestantischen Kirche in Bockenfeld muß der schadhafte Außenputz beseitigt, das Mauerwerk durch Auswechseln der verwitterten Sandsteinquadern ergänzt, das Dach ausgebessert und der Verputz mit Tünchung im Innern erneuert werden. Ein Teil der Kirchhofmauer muß neu hergestellt werden. Die Kosten sind ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 6000 *M.*

Der Kirchturm, der einen von oben bis unten gehenden Riß zeigt, bedarf der Verschlauderung zur Sicherung seines Bestandes. Die schadhafte Unterkonstruktion des Glockenstuhles muß erneuert, die schlechte Blechabdeckung des Turmdaches soll durch neues Kupferblech ersetzt werden. Die Kosten für diese Arbeiten und einige kleinere Ausbesserungen im Innern des Turmes sind ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 7000 *M.*

Die Ziegeldachung des Gebäudes ist im Laufe der Jahre schadhaft geworden und muß erneuert werden. Vermorschte Holzteile, Fenster, Dachrinnen, Abfallrohr usw. müssen ersetzt, Decken, Fußböden, Pflasterungen, Treppen, Türen, Öfen usw. im Hauptgebäude müssen ausgebessert werden. Auch das Nebengebäude und die Hof- und Garten-Umfriedungen bedürfen gründlicher Instandsetzung. Voranschlagsmäßige Kosten 13,000 *M.*

Die schadhaft gewordene Holzkonstruktion des Turmhelms muß erneuert, das Turmdach muß umgedeckt werden. Das Mauerwerk des Turmes und des Kirchenschiffs ist auszubessern und der Verputz zu erneuern. Das Kirchenschiffdach ist umzudecken, Dachrinnen, Abfallrohre, Eingangstüren, Fenster und Emporaufgänge sind auszubessern und teilweise auszuwechseln. Der Sandsteinplattenbelag und der Verputz im Innern der Kirche ist zu ergänzen. Ein Rinnenpflaster um die Kirche ist zur Wasserableitung notwendig. Die altertümliche Kirchhofmauer ist gründlich auszubessern. Voranschlagsmäßige Kosten 10,900 *M.*

Die Dachungen des Schiffes und des Turmes der Kirche müssen im Interesse der Gebäudeerhaltung umgedeckt und teilweise erneuert werden; schadhafte Mauerteile sind auszuwechseln, die alte Holzdecke im Innern der Kirche, Fenster, Verputz und Anstrich müssen neuhergestellt werden; eine Scharpflasterung um die Kirche ist zur Ableitung des Dachwassers anzubringen. Die Kosten sind ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 5500 *M.*

Der baufällige Dachstuhl der Kirche muß abgetragen und neu hergestellt werden. Damit soll eine durchgreifende Instandsetzung des Äußern und des Innern der Kirche verbunden werden. Die Kosten sind ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 9300 *M.*

In den Umfassungsmauern der Kirche, an den Strebepfeilern, Fensterbänken, Gurt- und Giebelgesimsen sind die vom Steinfraß ergriffenen Steine durch neue zu ersetzen. Das Dach des Kirchenschiffs und des Dachreiters sowie die Verkleidung des Dachreiters müssen ausgebessert, die Fenster des Kirchenschiffs müssen erneuert werden. Zur Wasserableitung soll ein Scharpflaster um die Kirche und ein Rohrkanal angelegt werden. Die Kosten sind ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 5500 *M.*

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M	M
			Übertrag	362,200	181,100
15	Neuhof, Bezirksamt Neustadt a. A.	Protestantische Kirche. Instandsetzung und Änderung des Sakristei- und Emporeausganges.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	6,300	3,150
16	Poppenreuth, Bezirksamt Fürth	Protestantische Kirche. Instandsetzung des Turmes.	Die primär baupflichtige Kirchen- und Landalmosenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	7,000	3,500
17	Rohr, Bezirksamt Schwabach	Protestantische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausnahme der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	23,800	11,900
18	Schornweisach, Bezirksamt Neustadt a. A.	Schulhaus. Neubau.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Kirchengemeinde zu leisten sind.	31,700	15,850
			Summe VI	431,000	215,500

VII. Unterfranken und

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
1	Würzburg	Bauvornahmen an Universitätsgebäuden: a) Herstellung eines Operationssaales mit Nebenräumen in der Frauenklinik.	—	44,020	22,010
			Seite	44,020	22,010

Erläuterungen

Die unzweckmäßigen Zugänge zur Sakristei, zur Empore und zur Kanzel sollen zur Verhütung von Gefährdungen der Geistlichen und der Kirchenbesucher abgeändert werden. Weiter sind Ausbesserungen am Kirchen- und Turmdach, an den Kirchenfenstern, am Außenverputz usw. sowie die Herstellung eines Wasserabzugskanales geboten. Die voranschlagsmäßigen Kosten betragen ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste 6300 ℳ.

An dem Mauerwerk des Turmes müssen die schadhaft gewordenen Steine ausgewechselt werden; die verwitterten Gesimse sind zu erneuern; die Maßwerke in den Schallöffnungen und die dort angebrachten Läden sind zu ergänzen usw. Die Kosten beziffern nach dem Voranschlag ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste 7000 ℳ.

Der schlechte Bauzustand der Kirche macht umfassende Instandsetzungsarbeiten notwendig, um das Gebäude zu erhalten. Die schadhaften Stellen der Umfassungsmauern, des Gebäudesockels, der Gesimse des Chorgewölbes, der Dachungen und des Innenpflasters müssen ausgewechselt und erneuert werden. Wände und Decken sind neu zu verputzen. Eine neue Wasserableitung ist herzustellen usw. Die Kosten sind ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 23,800 ℳ.

Das alte Schulgebäude in Schornweisach ist nach seiner Beschaffenheit und Lage ganz ungeeignet. Die Schulräume und die Lehrerwohnung sind zu klein, die Abortanlage ist schlecht und vorschriftswidrig; das Haus liegt im Überschwemmungsgebiet der Weisach und ist von Grund auf durchfeuchtet. Es soll deshalb an einem von der Kirchenstiftung erworbenen, guten Bauplatze an anderer Stelle ein den Bedürfnissen entsprechendes neues Schulhaus mit zwei Schulzimmern, der Wohnung für den Lehrer und Hilfslehrer und den erforderlichen Nebenräumen neu erbaut werden. Voranschlagsmäßige Kosten ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste 31,700 ℳ.

Aschaffenburg.

Das jetzige Operationszimmer der Frauenklinik leidet an erheblichen Mängeln. Abgesehen von der unzureichenden Belichtung und der ungünstigen Lage an der vielbegangenen Haupttreppe erweist es sich als großer Mißstand, daß bei dem gänzlichen Mangel an Nebenräumen in dem mit Schränken und Gebrauchsgegenständen überfüllten Operationszimmer auch alle unmittelbaren Vorbereitungen für die Operationen vorgenommen und überdies die Sterilisations- und Kochapparate für Instrumente, Verbandstoffe usw. aufgestellt werden müssen. Wegen der durch den strömenden Wasserdampf mit Feuchtigkeit überladenen Luft ist der Aufenthalt und das Operieren in diesem Raum für alle Beteiligten mit großer Belästigung verbunden. Abhilfe könnte ohne kostspieligen Neu- oder Anbau durch eine horizontale Teilung des 1889 für 206 Sitzplätze angelegten, mehr als 9 m hohen, übergroßen Hörsaales geschaffen werden. Hiedurch würde in der Höhe des I. Stockwerks ein geräumiger Operationssaal mit den nötigen Nebenräumen gewonnen, während der obere Teil immer noch einen vollkommen ausreichenden, $5^1/_2$ m hohen Hörsaal mit 140 Plätzen abgeben würde. Die Kosten dieser Bauvornahme würden sich mit Einschluß der Kosten einer Warmwasserheizung auf 25,670 ℳ belaufen.

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			Übertrag	44,020	22,010
noch 1	Würzburg	Universität.			
		b) Anbau an die Augenklinik.			
		c) Instandsetzung der Seitenportale an der alten Universität.			
2	Münnerstadt	Humanistisches Gymnasium. Herstellung eines Anbaues.	Staatseigentum.	20,000	10,000
3	Haard, Bezirksamt Kissingen	Schulsaalneubau mit Hilfslehrerwohnung.	Der Staat trägt die Baulast mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von der Pfarrgemeinde zu leisten sind.	18,500	9,250
4	Müdesheim, Bezirksamt Karlstadt	Katholischer Pfarrhof. Neubau.	Der Staat trägt die Baulast mit Ausschluß der Hand- und Spanndienste, die von den beteiligten Gemeinden zu leisten sind.	34,665	17,333
5	Würzburg	Katholische Pfarrkirche St. Burkard. Instandsetzung.	Der Staat trägt die unbedingte Baulast.	30,000	15,000
			Summe VII	147,185	73,593

Erläuterungen

In den für den poliklinischen Betrieb der Augenklinik bestimmten Räumen fehlt ein Zimmer, in dem innerliche Untersuchungen der ambulant zu behandelnden Kranken vorgenommen werden oder von plötzlichem Unwohlsein ergriffene Besucher der Sprechstunden sich aufhalten könnten. Die Kranken müssen jetzt, wenn innerliche Untersuchungen notwendig werden, Räume in anderen Stockwerken, zum Zwecke von Urinuntersuchungen und bakteriologischen Untersuchungen der Bindehaut sogar das entgegengesetzte Ende der Klinik aufsuchen. Bei der regen Inanspruchnahme der Poliklinik, in der jährlich ungefähr 7000 neue Fälle behandelt werden, entstehen hiedurch Betriebsstörungen und Zeitverlust. Durch einen kleinen Anbau an der Südseite des im Erdgeschosse der Klinik gelegenen Warteraums ließe sich mit geringen Kosten der erforderliche Untersuchungsraum herstellen; zugleich könnte mit diesem Anbau im I. Stockwerke die Herstellung eines als Teeküche erwünschten Nebenraumes für die stationäre Krankenabteilung verbunden werden. Gesamtbedarf 6800 *M.*

Von den beiden Seitenportalen des alten Universitätsgebäudes an der Domerschulgasse sind viele Teile vollständig verwittert und abgefallen, so daß jetzt schon eine genaue Rekonstruktion teilweise großen Schwierigkeiten begegnet. Eine baldige Instandsetzung der künstlerisch wertvollen Portale ist dringend geboten, um dem immer rascher vorwärts schreitenden Zerstörungprozeß Einhalt zu tun. Bedarf 11,550 *M.*

Zur Durchführung dieser drei Bauvornahmen, zu deren Bestreitung aus eigenen Mitteln die Universität Würzburg nicht imstande ist, soll dieser der dem veranschlagten Gesamtbedarf entsprechende Betrag von 44,020 *M* als Aversalzuschuß gewährt werden.

Das Gymnasium Münnerstadt besitzt keinen ausreichenden Physiksaal und kein entsprechendes Musikzimmer. Beide Räume können durch einen Anbau an das Gymnasialgebäude mit einem Kostenaufwand von 20,000 *M* beschafft werden.

Die Zahl der Schulkinder hat in Haard so zugenommen, daß ein zweites Schulzimmer und die Aufstellung eines Hilfslehrers notwendig ist. Das alte Schulhaus ist nicht erweiterungsfähig. Es soll deshalb ein Schulsaalneubau mit der Wohnung für den Hilfslehrer hergestellt werden. Die Kosten sind ohne den Aufwand für Hand- und Spanndienste veranschlagt auf 18,500 *M.*

Das alte Pfarrgebäude in Müdesheim ist feucht und ungesund; die Wohnräume sind klein und ganz unzureichend. Es soll deshalb ein dem Bedürfnisse angemessener Pfarrhofneubau auf einem höher gelegenen Platze ausgeführt werden. Voranschlagsmäßige Kosten für den Bau einschließlich der Kosten für die Bauplatzerwerbung und die Herstellung eines Zufahrtweges ohne den Aufwand für die von den Gemeinden zu leistenden Hand- und Spanndienste 34,665 *M.*

Hausteine und Putz an den Türmen, dem Querschiff und am Chor sind von der Witterung so angegriffen, daß Abstürze bereits erfolgten und weitere noch drohen. Eine umfassende Instandsetzung der Außenarchitektur und verschiedene konstruktive Verbesserungen sind im Interesse der Verkehrssicherheit und der Erhaltung des künstlerisch und geschichtlich bedeutsamen Bauwerkes unabweisbar geboten. Die voranschlagsmäßigen Kosten beziffern 30,000 *M.*

Fortl. Nummer	Ort der Bauführung	Bezeichnung der Gebäude und der Bauvornahmen	Baupflichtverhältnisse	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
			VIII. Schwaben		
1	Neuburg a. D.	Humanistisches Gymnasium. Erweiterungsbau, 2. Rate.	Staatseigentum.	66,600	33,300
2	Lauingen	Lehrerbildungsanstalt. Einrichtung von Bädern und Musikübungszimmern im Lehrsaalgebäude und Instandsetzung des alten Seminargebäudes, 2. Rate.	Staatseigentum.	237,700	118,850
3	Kaisheim, Bezirksamt Donauwörth	Katholischer Pfarrhof. Instandsetzung.	Der Pfarrhof steht im Eigentum des Staates, der ihn baulich unterhält.	6,900	3,450
4	Kempten	Katholische Pfarrkirche St. Lorenz. Instandsetzung.	Die primär baupflichtige Kirchenstiftung ist leistungsunfähig. Die subsidiäre Baupflicht trifft den Staat.	18,800	9,400
5	Ottobeuren, Bezirksamt Memmingen	Katholische Pfarrkirche. Instandsetzung.	Der Staat hat die unbedingte und ausschließliche Baulast zu tragen.	6,000	3,000
			Summe VIII	336,000	168,000

Erläuterungen

und Neuburg.

Für bauliche Zwecke des Gymnasiums Neuburg a. D. wurde für die Finanzperiode 1908 und 1909 ein Betrag von 42,300 *M* als erste Rate bewilligt (vergl. stenographische Berichte der Kammer der Abgeordneten: Sitzung vom 3. August 1908, Band VI Seite 547). Es soll nunmehr der Zwischenraum zwischen dem Hauptgebäude und der Turnhalle in einer Länge von ungefähr 25 m durch einen Erweiterungsbau ausgefüllt werden, der ein Erdgeschoß und drei Obergeschosse umfaßt. Hiedurch würden gewonnen eine neue Hausmeisterwohnung, ein Physiksaal mit Nebenräumen, ein Musiksaal, ein Zeichnungssaal, mehrere Klaßzimmer sowie neue Nebenräume (Garderobe und Lehrerzimmer) für die Turnhalle; außerdem soll die Abortanlage der Anstalt verbessert werden. Als weiterer Bedarf für diese Bauvornahmen (2. Rate) ergibt sich einschließlich der Kosten für die Beschaffung der inneren Einrichtung der neuen Räume ein Betrag von 66,600 *M*.

In der Finanzperiode 1908 und 1909 sind für die Erweiterung der Lehrerbildungsanstalt Lauingen 200,000 *M* als 1. Rate bewilligt worden. Damit wurde ein Lehrsaalneubau errichtet. Nunmehr sind in diesem noch Bäder und Musikübungszimmer herzustellen. Außerdem ist noch erforderlich eine gründliche Instandsetzung des Altbaues der Lehrerbildungsanstalt, welcher künftig für die Aufnahme von 180 Internatszöglingen (gegenwärtig 120 Zöglinge) dienen soll. Der voranschlagsmäßige Bedarf für Bauarbeiten beträgt 193,500 *M*, für innere Einrichtung 44,200 *M*. Letztere muß für 60 Zöglinge neu beschafft werden. Das vorhandene Inventar bedarf teilweise der Erneuerung.

Die Ziegelbachung der Wohn- und Ökonomiegebäude hat durch Witterungseinflüsse so gelitten, daß sie neu gedeckt werden muß. Dabei müssen auch die verfaulten Holzteile des Dachstuhles ausgewechselt werden. Feuergefährliche Kamine sind zu beseitigen. Schlechte Fußböden, Fenster und Öfen sollen durch neue ersetzt werden. Die Kosten sind veranschlagt auf 6900 *M*.

Die baufälligen Stützmauern der zur Kirche führenden großen Freitreppen müssen neu hergestellt werden. An den Dächern, Dachrinnen, Abfallrohren und Abzugsrinnen sind Ausbesserungen notwendig; die Ausgänge der Kirche bedürfen aus Gründen der Sicherheit für die Kirchenbesucher der Abänderung. Die Kosten betragen voranschlagsmäßig 18,800 *M*.

Einzelne Stukkaturteile des reichverzierten Kircheninnern drohen infolge Abrostens der eingezogenen Drähte abzustürzen. Die gründliche Ausbesserung ist ebenso sehr zur Erhaltung der künstlerisch bedeutsamen Kirchendekoration wie zur Verhütung von Schädigungen des Kirchengebäudes und von Gefährdungen der Besucher dringend geboten. Mit den Ausbesserungsarbeiten soll zugleich die notwendige Reinigung der sämtlichen Stukkaturen verbunden werden. Die voranschlagsmäßigen Kosten berechnen sich auf 6000 *M*.

Vortrag	Gesamtbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
	ℳ	ℳ
IX. Ablösung der Baupflicht des Staates an Kultusgebäuden.		
Gemäß Abschnitt III § 7 Ziffer 3 des Allerhöchsten Landtagsabschiedes vom 28. Mai 1852 wurden auch im Laufe der Finanzperiode 1908 und 1909 Verhandlungen über die Ablösung von Bauverpflichtungen des Staates an Kultusgebäuden gepflogen. Diese haben für die nachstehenden Bauten zu Vereinbarungen geführt, denen zufolge die beigesetzten Ablösungssummen zu leisten sind. In jenen Fällen, in denen eine Verzinsung der Ablösungskapitalien bis zum Auszahlungstage ausbedungen worden ist, sind die treffenden Zinserforderniſſe den Ablösungsbeträgen beigerechnet worden.		
Oberbayern.		
1. München, altes katholisches Pfarrhaus bei St. Anna am Lehel	12,480	6,240
2. Egern, katholische Kultusgebäude	57,780	28,890
3. Moosen, katholische Kultusgebäude	9,896	4,948
4. Steingaden, katholische Kultusgebäude	48,000	24,000
5. Oberwittelsbach, Burgkirche	6,000	3,000
Niederbayern.		
Englmar, Lehrer- und Mesnerhaus	30,240	15,120
Oberpfalz.		
Kastl, Pfaffenhofen und Ursensollen, katholische Kultusgebäude mit Ausnahme der Pfarrkirche St. Peter in Kastl	6,000	3,000
Oberfranken.		
1. Bayreuth, katholisches Pfarrhaus	10,000	5,000
2. Berg, protestantisches Schul- und Kantorhaus	30,000	15,000
3. Lauenstein, protestantisches Schul- und Kantorhaus	18,000	9,000
4. Mangersreuth, protestantisches Schul- und Kantorhaus	15,500	7,750
Mittelfranken.		
1. Eibach, protestantische Pfarrkirche	78,000	39,000
2. Herrnbergtheim, protestantische Pfarrkirche	16,000	8,000
3. Kirchensittenbach, protestantische Pfarrkirche und II. Pfarrhaus	22,000	11,000
4. Markt-Bechhofen, protestantisches Kultusgebäude	63,600	31,800
Schwaben und Neuburg.		
Untermaxfeld, protestantisches Schulhaus	14,000	7,000
Summe IX	437,496	218,748

Vortrag	Gesamt-bedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
	M	M
X. Reserve.		
Konkurrenz- und Reservefonds.		
Aus dem Konkurrenz- und Reservefonds sollen etwaige unvermeidbare Kostenüberschreitungen bei den voraufgeführten Neubauten bestritten, dann die Pflichtbeitragsleistungen des Staates bei Kultusbauten sowie die auf Grund richterlicher Entscheidungen und administrativer Bauprovisorien einzuzahlenden Beträge gedeckt werden. Hiefür werden nach Maßgabe des erfahrungsmäßigen Bedarfs in den letzten Jahren und der steigenden Anforderungen in Ansatz gebracht	138,178	69,089
Summe X	138,178	69,089
Hiezu „ IX	437,496	218,748
„ VIII	336,000	168,000
„ VII	147,185	73,593
„ VI	431,000	215,500
„ V	175,850	87,925
„ IV	263,200	131,600
„ III	120,000	60,000
„ II	213,350	106,675
„ I	968,686	484,343
Hauptsumme	3'230,945	1'615,473

München, den 16. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Erläuterungen.

Kap.	§	Tit.	
			Ziffer II. Etat der Ausgaben auf Erziehung und Bildung.
1			**Landes-Universitäten.**
	2		**Besondere Staatszuschüsse.**
		1	**a. Universität München.**

Für jedes der Jahre 1908 und 1909 sind an fortdauernden Ausgaben einschließlich des Anteiles am Etat Nr. 34 für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse zu 53,976 ℳ bewilligt . . . . 1'465,395 ℳ.

Hiezu kommen:

a. Die Ergänzung der in der vorigen Finanzperiode nur mit der treffenden Rate erfolgten Willigung für die Inbetriebnahme des Universitätserweiterungsbaues auf den Jahresbetrag . . . 13,700 ℳ,

b. der Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs . . . . 53,976 ℳ,

c. der Mehrbedarf infolge günstigerer Überleitung ꝛc. (darunter 8000 ℳ, welche durch Mehreinnahmen an Mietzinsen zugunsten der Staatskasse ausgeglichen sind) . . . . 18,000 ℳ,

d. die Mehrungen an Dienstalterszulagen . . . . 20,184 ℳ,

e. die im Laufe der Jahre 1908 und 1909 auf die allgemeine Reserve für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen übernommenen Beträge, und zwar:

für eine Ersatzprofessur in der theologischen Fakultät . . . 6,000 ℳ,
für einen Professor in der juristischen Fakultät . . . . . 2,400 ℳ,
für eine Ersatzprofessur in der medizinischen Fakultät . . . 6,000 ℳ,
für einen Ersatzprofessor in der gleichen Fakultät . . . . 2,400 ℳ,
für drei Professoren in der philosophischen Fakultät (2640 ℳ + 1500 ℳ + 500 ℳ) . . . . 4,640 ℳ.

Summe des Mehrbedarfs: 127,300 ℳ.

Davon gehen ab die heimgefallenen Ersatzprofessuren, und zwar:

eine Ersatzprofessur in der staatswirtschaftlichen Fakultät . . . . 3,648 ℳ,
eine Ersatzprofessur in der medizinischen Fakultät . . . . 3,180 ℳ,
eine Ersatzprofessur in der philosophischen Fakultät . . . . . 3,648 ℳ,
an Witwenpensionen . . . . 1,356 ℳ.

Summe des Minderbedarfs: 11,832 ℳ,

sohin Mehrbedarf: 115,468 ℳ.

Es gehen somit als Staatszuschuß aus der Finanzperiode 1908 und 1909 auf die Finanzperiode 1910 und 1911 über . . . . 1'580,863 ℳ.

Kap.	§	Tit.	
1	2	1a	

Die in der vorigen Finanzperiode bewilligten einmaligen Ausgaben

a. zur Erneuerung des Instrumentariums und zur Anschaffung von Apparaten bei der chirurgischen Poliklinik zu . . . . 900 ℳ,

b. zur Anschaffung wissenschaftlicher Apparate und Hilfsmittel bei der otiatrischen Poliklinik zu . . . . 500 ℳ

fallen heim.

Die seitherigen Willigungen

a. zu jährlich 57,880 ℳ zum Ersatz des durch den Erweiterungsbau der Universität eingetretenen Rentenentganges und zur Ergänzung des aufgewendeten Kapitals und

b. zu jährlich 7000 ℳ zur Ergänzung des Bauunterhaltungsetats auf die Dauer der Annuitätenzahlungen für die Bauschulden der Universität

kommen erst nach Beendigung der Kapitalsergänzung in Wegfall (wie auch im Budget bemerkt).

	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
An Neu- und Mehrforderungen kommen in Ansatz:	ℳ	ℳ
1. Für Erhöhung der Funktionsbezüge der Mitglieder des Verwaltungsausschusses	2,580	—

Von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses erhielt bisher der Komptabilitätsreferent einen Funktionsbezug von 900 ℳ, während die übrigen 3 Referenten je 540 ℳ bezogen. Seitens des Senats wird mit Rücksicht darauf, daß diese Bezüge seit 1873 trotz des starken Sinkens des Geldwerts und der beträchtlichen Steigerung der Arbeitslast keine Erhöhung erfahren haben, eine Hinaufsetzung der Bezüge auf 1500 ℳ für den Komptabilitätsreferenten und auf je 1200 ℳ für die übrigen Referenten als angemessen angeregt, um die Entschädigung wieder in ein besseres Verhältnis zur Arbeitslast zu bringen.

2. Für Vermehrung des Registratur- und Dienerpersonals durch

a. Aufstellung eines Registrators mit einem Gehalte von jährlich 1800 ℳ nach Gehaltsklasse 17 ab 1. September 1910; Bedarf für 1 Jahr der Finanzperiode . . . . 1200 ℳ

b. Aufstellung eines Kanzleidieners beim Rektorate mit einem Gehalte von jährlich 1300 ℳ nach Gehaltsklasse 28 ab 1. September 1910; Bedarf für 1 Jahr der Finanzperiode 867 ℳ

c. Aufstellung eines Torwartes mit einem Gehalte von jährlich 1500 ℳ nach Gehaltsklasse 25; Bedarf für 1 Jahr der Finanzperiode . . . . 1500 ℳ

	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
Summe	3,567	—

a. Die Universität besitzt zurzeit keinen Beamten, der sich ausschließlich oder auch nur hauptsächlich den Registraturgeschäften widmen könnte. Zur dringend notwendigen Neuordnung und entsprechenden Führung der bisher von wechselnden Kanzleibediensteten versehenen Registratur ist die Aufstellung einer eigenen Kraft geboten.

b. Der Universität steht bisher kein Bureaudiener zur Verfügung. Die 2 vorhandenen Pedelle sind durch den Boten- und Zustellungsdienst, den sie nur unter Beiziehung von Aushilfen bewältigen können, vollauf in Anspruch genommen.

c. Mit der Inbetriebnahme des Erweiterungsbaues an der Amalienstraße ergab sich das Bedürfnis, zur Überwachung des Verkehrs am Eingange sowie zur Aufsichtsführung im Neubau und zur Mitwirkung bei hausdienstlichen Verrichtungen einen Torwart aufzustellen, der einstweilen provisorisch aufgenommen und dessen Stelle nunmehr in etatsmäßiger Weise vorzusehen ist.

	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
Seite	6,147	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1a	Übertrag	6,147	—
			3. Für Aufstellung eines Kassasekretärs beim Universitätsrentamte mit einem Gehalte von jährlich 1800 ℳ nach Gehaltsklasse 17 ab 1. September 1910; Bedarf für 1 Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Trotz der gewaltigen Entwicklung der Universität München in den letzten Jahrzehnten und der hiemit verbundenen außerordentlichen Geschäftsmehrung weist das Universitätsrentamt noch die gleiche Besetzung wie im Jahre 1877 auf. Eine Personalvermehrung ist wegen Überlastung der den fortwährend steigenden Anforderungen nicht mehr gewachsenen Beamten dringend geboten.		
			4. Für Neuorganisation des Universitätsbauamtes jährlich 2160 ℳ ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode . . .	1,440	—
			Die zurzeit erledigte Stelle des Vorstandes des Universitätsbauamtes ist seither nur mit den Bezügen eines Universitätsbauassessors nach Gehaltklasse 12 ausgestattet. Für die umfassenden Aufgaben, die dem Leiter des Münchener Universitätsbauwesens obliegen, wird unter solchen Bedingungen eine über die notwendige praktische Erfahrung verfügende tüchtige Kraft kaum gewonnen werden können. Die laufende Beaufsichtigung der zahlreichen Universitätsgebäude mit ihren besonderen maschinellen und sonstigen Einrichtungen (z. B. Zentralheizanlagen, Kalt- und Warmwasserleitungen, elektrische Licht- und Kraftanlagen, Ventilations-, Verdunklungsvorrichtungen 2c.) erfordert einen akademisch gebildeten, vielseitig bewanderten Techniker. Namentlich wird auch die Unterhaltung des erweiterten Universitätsgebäudes die Tätigkeit des Baubeamten in weitgehendem Maße in Anspruch nehmen. Abgesehen davon, daß er auch für die bauliche Unterhaltung der rentierenden Universitätsanwesen und der von der Universität als Baulastträgerin zu erhaltenden Kultusgebäude zu sorgen hat, soll der Baubeamte ferner in der Lage sein, kleinere und größere Umbauten und auch Neubauprojekte zu instruieren und auszuführen, damit nicht für jeden größeren Universitätsbau die Bestellung und Besoldung eines eigenen Bauleiters notwendig wird.		
			Hienach ist beabsichtigt, nach dem Vorbilde der an der Universität Würzburg erprobten Einrichtung die Vorstandsstelle des Universitätsbauamtes künftig mit einem Bauamtmann (Gehaltsklasse 9) zu besetzen. Als Hilfskräfte wären ihm ein Bauführer (Gehaltsklasse 17) und ein Bauzeichner (Gehaltsklasse 21) beizugeben. Der Aufwand für diese Organisation könnte mit Einschluß einer mäßigen Erhöhung des bauamtlichen Regieetats (bisher 900, künftig 1500 ℳ) bis auf einen Betrag von 2160 ℳ aus den bisher im Universitätsetat für das Bauamt vorgesehenen Mitteln bestritten werden.		
			5. Für Aufstellung eines weiteren Sekretärs bei der Universitätsbibliothek mit einem Gehalte von jährlich 1800 ℳ nach Gehaltsklasse 17 ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			Das Ausleihgeschäft im Ausleihzimmer der Universitätsbibliothek wurde seit 1892 von zwei Beamten besorgt, bis 1901 einer der beiden zur Katalogisierung und zur Erledigung des Verkehrs mit den Buchbindern verwendet werden mußte. Seitdem ruht das Ausleihgeschäft im Ausleihzimmer in den Händen eines einzigen Beamten, obwohl die Zahl der ausgegebenen Bände von 7386 im Jahre 1892 auf 25135 im Jahre 1900 und auf 34000 im Jahre 1908 gestiegen ist. Es ist deshalb die Schaffung einer weiteren Ausleihbeamtenstelle erforderlich.		
			Seite	9,987	—

Kap.	§	Tit.		Fort-dauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1a	Übertrag	9,987	—
			6. Für erhöhten Bedarf für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung im erweiterten Universitätsgebäude jährlich	40,000	—

Für den Universitäts-Erweiterungsbau an der Amalienstraße wurde auf Grund einer vor der Inbetriebnahme im Jahre 1907 aufgestellten Schätzung der Bauleitung als Jahresbedarf für Beheizung 18,000 ℳ, für Beleuchtung 8100 ℳ, für Bedienung der Beheizungs- und Beleuchtungsanlage 2000 ℳ und für Hausreinigung 5600 ℳ, insgesamt 33,700 ℳ angenommen. Mit Rücksicht darauf, daß im Studienjahre 1908/09 noch nicht der ganze Neubau in Benützung genommen wurde, ist im Budget für 1908 und 1909 zunächst nur ein Teilbetrag von 20,000 ℳ vorgesehen worden, der in der kommenden Finanzperiode um jährlich 13,700 ℳ auf den Vollbedarf zu ergänzen ist.

Nach neuerlichen Berechnungen wird jedoch eine Summe von 33,700 ℳ bei weitem nicht ausreichen, um den künftigen Bedarf für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung des in vollem Umfange betriebenen Erweiterungsbaues zu decken. Die Bauleitung veranschlagt diesen Bedarf nunmehr auf 84,100 ℳ jährlich. Zur Erläuterung dieses beträchtlichen Mehraufwandes wird angeführt, der Seminarbetrieb gestalte sich gegenüber früheren Annahmen umfassender und erfordere deshalb mehr Beheizung und Beleuchtung; die Kokspreise seien vor 2 Jahren nach den niedrigen Sätzen der Münchener Gasanstalt veranschlagt worden, die aber die erforderlichen Mengen nicht liefern könne und deren Koks sich überhaupt für die Beheizung von Niederdruckdampfkesseln weniger eignet; zudem sei infolge der Vermehrung der Hörsäle eine Verschiebung der Vorlesungszeiten und eine Verlegung vieler Vorlesungen auf die Abendstunden eingetreten. Namentlich aber sei die früher für die Reinigung des Neubaues angesetzte Summe von 5600 ℳ um 21,500 ℳ zu gering gegriffen, da mit einem Massenverkehre von täglich 4—5000 Menschen und dem hiedurch bedingten außerordentlichen Aufwand an Arbeitskräften und Materialien für die Reinigung gerechnet werden müsse.

Die Bauleitung weist des weiteren darauf hin, daß auch die Beheizung, Beleuchtung und Reinigung des heuer einer durchgreifenden Instandsetzung unterzogenen Altbaues des Universitätsgebäudes in Zukunft einen weit höheren Aufwand notwendig mache. Die Gründe hiefür seien zu suchen in der Ersetzung der bisherigen Ofenheizung durch eine auf Gänge und Vorplätze ausgedehnte Zentralheizung, dann in der Einführung der kostspieligeren elektrischen Beleuchtung an Stelle der Gasbeleuchtung und in der intensiveren Ausgestaltung der neuen Beleuchtungsanlage sowie in der Ausstattung des Altbaues mit Riemen- und Linoleumböden, deren Reinigung mehr Arbeit und Sorgfalt wie bei den früheren Tafel- und Pflasterböden beanspruche.

Den künftigen Gesamtbedarf für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung des ganzen Universitätsgebäudes schätzt die Bauleitung auf 137,000 ℳ (52,900 ℳ für den Altbau, 84,100 ℳ für den Erweiterungsbau). Nach einer Aufstellung des Universitätsrentamts sind überdies für die aus allgemeinen Universitätsmitteln zu bestreitende Beheizung, Beleuchtung und Reinigung von nicht im Universitätsgebäude untergebrachten Universitätsinstituten im Jahre 1908 rund 17,200 ℳ verausgabt worden.

Der Verwaltungsausschuß der Universität München hat gebeten, zur Bestreitung des berechneten Mehrbedarfs für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung, soweit hiefür die der Universität zur Verfügung stehenden Deckungsmittel nicht ausreichen, einen entsprechenden Staatszuschuß bereitzustellen. Zur Erfüllung dieser Bitte wäre, da die vorhandenen Deckungsmittel mit Einrechnung der für den Erweiterungsbau bisher in Aussicht genommenen Bedarfssumme von 33,700 ℳ insgesamt 74,700 ℳ ausmachen, ein Staatszuschuß von 79,500 ℳ erforderlich. Nach dem Gutachten der K. Obersten Baubehörde kann jedoch die von der Bauleitung zu Grunde gelegte Zahl von Heiztagen wie auch der Durchschnittspreis für Koks niedriger gegriffen und namentlich der Reinigungsaufwand wesentlich geringer veranschlagt werden, so daß ein Gesamtbedarf von jährlich 110,000 ℳ genüge, wozu noch die 17,200 ℳ für die Institute außerhalb des Universitätsgebäudes kämen.

	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
Seite	49,987	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1a	Übertrag	49,987	—
			Eine sichere Bemessung des Bedarfes wird erst nach einer längeren Betriebsdauer unter den neuen Verhältnissen möglich sein. Durch Sparsamkeit im Betriebe der Beheizungs- und Beleuchtungsanlagen und durch sorgfältige Beaufsichtigung der Reinigungsarbeiten werden sich erhebliche Einsparungen erzielen lassen. Auch ist die große Zahl vorlesungsfreier Tage wohl noch mehr zu berücksichtigen, als in den vorgenommenen Berechnungen geschehen. Im Hinblick auf den tatsächlichen Aufwand für das Gebäude der Technischen Hochschule kann vorbehaltlich weiterer Erfahrungen ein Staatszuschuß von 40,000 ℳ als entsprechender Ausgleich für den Mehrbedarf angesehen werden.		
			7. Für ständige Bauausgaben für den Universitätserweiterungsbau jährlich	6,000	—
			Der Aufwand an sog. ständigen Bauausgaben (z. B. für Brandversicherung, Wasserzins, Straßen- und Trottoirreinigung, Beseitigung von Schnee und Eis, Fäkalieneinleitungsgebühren, Hausunratabfuhr usw.) wird für den Erweiterungsbau von der Bauleitung auf etwa 10,500 ℳ jährlich geschätzt. Auch hier wird abzuwarten sein, wie sich der Aufwand in Wirklichkeit gestaltet. Vorerst dürfte ein Betrag von 6000 ℳ für diesen Zweck anzusetzen sein.		
			8. Für Errichtung einer ordentlichen Professur für slavische Philologie mit einem Gehalte von jährlich 6000 ℳ ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	4,000	—
			Bei der gewaltigen Bedeutung der slavischen Welt in politischer, wirtschaftlicher und allgemeiner kultureller Beziehung kann eine Universität von dem Range der Münchener Hochschule den für unser höheres Bildungswesen heutzutage überaus wichtigen slavischen Kulturkreis nicht gänzlich vernachlässigen. Im Lehrprogramm einer großen Universität kann die slavische Philologie gewiß mit gleichem Rechte wie die orientalische Anspruch auf Berücksichtigung neben den an unseren Universitäten längst eingebürgerten Schwesterdisziplinen, der germanischen und romanischen Philologie, erheben. Die Pflege des Slavischen, insbesondere der russischen Sprache, ist nicht bloß ein Gebot der wissenschaftlichen Forschung, sondern entspricht auch einem unmittelbaren praktischen Interesse. Die Universität München ist unter den drei größten Universitäten (Berlin, München, Leipzig) die einzige, die noch keinen Lehrstuhl für slavische Philologie besitzt. Auch in Breslau und an den österreichischen Universitäten Wien, Prag und Graz bestehen slavische Professuren.		
			9. Für Errichtung von zwei außerordentlichen Professuren für die Leiter der dermatologischen Poliklinik und der chirurgischen Abteilung der Kinderklinik mit einem Gehalte von je 3600 ℳ jährlich ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode nach Abrechnung des seitherigen Funktionsbezugs von 1200 ℳ für Leitung der chirurgischen Abteilung der Kinderklinik	4,000	—
			Die Leitung der dermatologischen Poliklinik und der chirurgischen Abteilung der Kinderklinik wird seit langen Jahren von zwei mit Titel und Rang außerordentlicher Professoren ausgestatteten Dozenten besorgt. Der Vorstand der dermatologischen Poliklinik widmet seine Tätigkeit dem Reisingerianum schon über 20 Jahre ohne jedes Entgelt. Auch der Leiter der chirurgischen Abteilung der Kinderklinik hat seine ihn vollauf in Anspruch nehmende Funktion in den Jahren 1891 mit 1897 ohne jede Besoldung, seitdem gegen den geringen Bezug von jährlich 1200 ℳ versehen. Der dienstlichen Aufgabe der so lange in ebenso uneigennütziger wie erfolgreicher Weise im Interesse des medizinischen Unterrichts tätigen Lehrkräfte und der Bedeutung der treffenden Einrichtungen für die Unterweisung der Studierenden und für die Krankenfürsorge erscheint es angemessen, daß die beteiligten Persönlichkeiten gleich den Leitern anderer ähnlicher Universitätsinstitute die Stellung etatsmäßiger außerordentlicher Professoren erhalten.		
			Seite	63,987	—

Kap.	§	Tit.		Fort-dauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1a	Übertrag	63,987	—
			10. Für Erhöhung des Staatszuschusses für den Betrieb des neuen Poliklinikgebäudes an der Pettenkoferstraße um jährlich 110,000 ℳ ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	73,334	—
			Das neue Poliklinikgebäude, in dem acht Polikliniken, nämlich die medizinische, chirurgische und orthopädische Poliklinik, ferner die Polikliniken für Frauen-, Hals- und Kehlkopf- sowie Haut- und Geschlechtskrankheiten, dann die Ohren- und Kinderpoliklinik Unterkunft finden werden, kann voraussichtlich ab 1. September 1910 dem Betrieb übergeben werden.		
			Unter den weitaus größeren Verhältnissen im neuen Hause werden sowohl die allgemeinen Hausbedürfnisse als auch die Aufwendungen für den Betrieb der einzelnen Polikliniken eine sehr erhebliche Steigerung erfahren.		
			Während der Etat des alten Reisingerianums, der für 1909 mit 91,575 ℳ in Einnahmen und Ausgaben abschloß, mit einem Staatszuschusse von 43,818 ℳ 65 ₰ dotiert war, wird auf Grund genauer Prüfung aller Ansätze zur Deckung des künftigen Mehrbedarfs eine Erhöhung des Staatszuschusses um jährlich 110,000 ℳ notwendig werden.		
			Dieser große Mehrbedarf ist insbesondere zurückzuführen auf die beträchtlichen Aufwendungen für Beheizung (26,866 ℳ), elektrisches Licht, elektrische Kraft und Gas (21,315 ℳ), Hausreinigung (4,500 ℳ). Dazu kommen die Ausgaben für vermehrte Bureaubedürfnisse, für Einstellung von 14 Krankenschwestern bei den im Anschluß an die Polikliniken neu zu errichtenden stationären Krankenabteilungen, für die Schaffung von Freibetten für diese Krankenabteilungen, für die Besoldung und Verpflegung des zahlreichen weiblichen Dienstpersonals, für Aufstellung einer Hilfskraft für die Anstaltsapotheke. Ferner fordert die Ausdehnung des Betriebs im neuen Hause die Vermehrung der nichtetatsmäßigen Assistentenstellen um je zwei Stellen II. und III. Ordnung und die Ersetzung von zwei bisherigen Hilfsassistentenstellen durch ständige Stellen III. Ordnung. Während für die engen Verhältnisse im alten Hause zwei etatsmäßige Dienerstellen nach Gehaltsklasse 28 ausreichten, sind künftig zur Bewältigung der umfangreichen Verwaltungs- und Hausgeschäfte, dann zur Dienstleistung bei den einzelnen Polikliniken folgende etatsmäßige Stellen notwendig: Die Stelle eines Verwalters nach Klasse 14, eines Kanzleisekretärs nach Klasse 17, eines Werkmeisters nach Klasse 19, eines Pförtners nach Klasse 22, eines Dieners I. Ordnung nach Klasse 25, eines Heizers und von acht Dienern II. Ordnung nach Klasse 28.		
			Die Erhöhung der Realetats der acht Polikliniken, deren Betrieb in den neuen großen Räumen eine bedeutende Ausdehnung erfahren wird, beansprucht nach Abzug der Mittel für Freibetten etwas über 8000 ℳ.		
			Sobald seinerzeit nach Räumung des alten Reisingerianums an der Sonnenstraße dessen Veräußerung bewirkt werden kann, werden die Renten aus dem Kaufschillinge zur Deckung eines Teiles des Mehrbedarfs für den Poliklinikbetrieb im neuen Hause heranzuziehen sein.		
			11. Für Erhöhung des Staatszuschusses zum Realetat der Frauenklinik um jährlich 18,000 ℳ; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode nach Abzug von 10,000 ℳ, die durch Kürzung des Staatszuschusses an die psychiatrische Klinik gedeckt werden	8,000	—
			Infolge eingreifender Änderungen im Betriebe der Frauenklinik erweist sich der ihr für ihre sächlichen Bedürfnisse bisher gewährte Staatszuschuß von 31,500 ℳ als unzulänglich. Die Einrichtung einer räumlich getrennten gynäkologischen Abteilung, die Einführung der elektrischen Beleuchtung in einem Teile der Kliniräume, die Erhöhung des früheren zu geringen Satzes für Verpflegung des Wirtschafts- und Pflegepersonals, die namhafte Vermehrung der Zahl der Krankenschwestern, der Mehrbedarf an Medikamenten, Desinfektionsmitteln und sonstigen Krankenbedürfnissen, der Aufwand für Betrieb und Beleuchtung eines neu eingerichteten Laboratoriums,		
			Seite	145,321	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
1	2	1 a	Übertrag	145,321	—
			dazu die allgemeine Preissteigerung sind die hauptsächlichen Ursachen einer erheblichen Erhöhung des Staatszuschusses. Seitens der Direktion der Frauenklinik ist eine Erhöhung um 25,000 M beantragt. Auf Grund der Betriebsergebnisse des Jahres 1908 wird insbesondere mit Rücksicht darauf, daß infolge des ausgedehnteren Betriebes namentlich der gynäkologischen Abteilung auch mit einer Steigerung der eigenen Anstaltseinnahmen gerechnet werden darf, eine Erhöhung des Staatszuschusses um 18,000 M zu einer entsprechenden Abgleichung des Kliniketats ausreichen. Von diesem Mehrbedarfe können 10,000 M dadurch gedeckt werden, daß der Staatszuschuß an die psychiatrische Klinik, deren eigene Einnahmen sich sehr gesteigert haben, um diesen Betrag gekürzt wird.		
			12. Für Erhöhung des Staatszuschusses zum Betriebsetat der Kinderklinik von 24,000 auf 39,000 M	15,000	—
			Für die laufende Finanzperiode wurde der Staatszuschuß an die Kinderklinik um 6000 M erhöht. Hiebei wurde schon darauf aufmerksam gemacht, daß für die nächste Finanzperiode mit Rücksicht auf den neubewilligten Erweiterungsbau eine weitere Erhöhung des Betriebsetats zu beantragen sein wird. Der Erweiterungsbau gestattet die Errichtung einer Säuglingsabteilung mit Milchküche und Ammenbetrieb sowie eines klinischen Laboratoriums. Der Betrieb dieser neuen Einrichtungen, wozu noch der mäßige Bedarf für allmähliche Anlegung einer im unterrichtlichen Interesse notwendigen Lehrmittelsammlung kommt, erfordert mit Einschluß der Mittel für einen nicht etatsmäßigen Assistenten III. Ordnung bei der Säuglingsabteilung und einen etatsmäßigen Diener II. Ordnung einen jährlichen Mehrbedarf von 10,500 M. Hiezu kommt noch der Aufwand für Beleuchtung und Beheizung der neuen Räume mit 4500 M.		
			13. Für das medizinisch-klinische Institut. a. Errichtung einer etatsmäßigen Maschinistenstelle nach Gehaltsklasse 22 mit einem Gehalte von jährlich . . . . 1800 M b. Erhöhung des Realetats um . . . . 1200 M	3,000	—
			Das medizinisch-klinische Institut hat sich zu einer Art von Kollegienhaus für die medizinische Fakultät entwickelt, das von einer ganzen Reihe von Dozenten zu Vorlesungen benützt wird. Die Folge hievon ist eine namhafte Steigerung des Bedarfs für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung. Da auch der jetzt ausgedehntere Laboratoriumsbetrieb höheren Aufwand erfordert, ist zumal bei der Steigerung der Preise und Löhne ein Auskommen im Rahmen des bisherigen Realetats um so weniger möglich, als hieraus auch noch der im Institute verwendete Aushilfsmaschinist zu besolden ist. Dem Umfange der mit der Aufgabe des Maschinisten verbundenen dienstlichen Obliegenheiten, die außer der Besorgung der Heiz- und Beleuchtungsanlagen die Instandhaltung und zum Teil auch die Neuherstellung von Apparaten und die Mitwirkung bei Projektionen in sich begreifen, entspricht es, wenn hiefür eine etatsmäßige Stelle vorgesehen wird. Unter der Voraussetzung, daß der Realetat auf diese Weise entlastet wird, erscheint seine Erhöhung um 1200 M als ausreichend.		
			14. Für Erhöhung des Realetats des pathologischen Instituts um	4,000	—
			Der bisher mit 9431 M 44 ₰ dotierte Realetat des pathologischen Instituts ist infolge der allgemeinen Preissteigerung sowie des Mehrbedarfs für Beheizung, Beleuchtung und Chemikalien, der im Zusammenhange mit der größeren Ausdehnung des Institutsbetriebes eingetreten ist, nicht einmal mehr zur Bestreitung der notwendigsten laufenden Bedürfnisse ausreichend, geschweige denn, daß er die Mittel zur Ergänzung des Instrumentariums und des sehr beschränkten und veralteten Bestandes an Mikroskopen oder zu einer im unterrichtlichen Interesse gelegenen Ausgestaltung der Sammlung darbieten würde.		
			Seite	167,321	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1a	Übertrag	167,321	—

15. Für die Ohrenklinik:

a. Aufstellung von zwei nicht etatsmäßigen Assistenten III. Ordnung mit einem Jahresbezuge von je 1230 ℳ.
b. Erhöhung des Realetats von 4000 ℳ auf 4500 ℳ.

	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
Summe	2,960	—

Der neue Vertreter der Ohrenheilkunde beabsichtigt neben der therapeutischen Seite des Faches, die bisher vorzugsweise gepflegt wurde, auch der operativen Seite ein besonderes Augenmerk zuzuwenden. Mit Rücksicht auf den in Aussicht genommenen ausgedehnteren Betrieb ist es angezeigt, daß anstatt der zwei bisher aus dem Realetat mit geringen Bezügen dotierten Hilfsassistentenstellen zwei ständige Assistentenstellen vorgesehen und die Betriebsmittel etwas erhöht werden.

16. Für das zahnärztliche Institut:

	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
a. Ersatz des Mietentganges für die vom Institute benützten Räume in dem im Universitätseigentum stehenden Anwesen Hs.-Nr. 14 an der Pettenkoferstraße	2,440	—
b. Aufstellung von zwei weiteren nichtetatsmäßigen Assistenten III. Ordnung mit einem Bezuge von je 1230 ℳ jährlich	2,460	—
c. Erhöhung des Realetats um jährlich	11,500	—

a. Der Raummangel des zahnärztlichen Instituts hat die Inanspruchnahme des Erdgeschosses des Nachbaranwesens Hs.-Nr. 14 an der Pettenkoferstraße, eines im Universitätseigentum stehenden Miethauses notwendig gemacht. Der Ausfall an Rente, der sich für die Universität infolge des auf 2440 ℳ berechneten Mietentgangs ergibt, soll der Universität, die das Anwesen vor drei Jahren im Hinblick auf die Bedürfnisse des zahnärztlichen Instituts angekauft hat, aus Staatsmitteln ersetzt werden, zu welchem Zwecke in Erfüllung einer vor der Erwerbung erteilten Zusicherung die Bewilligung eines entsprechenden Staatszuschusses beantragt wird.

b. und c. Außer durch Hinzunahme des Erdgeschosses des Anwesens Hs.-Nr. 14 an der Pettenkoferstraße haben die Räume des zahnärztlichen Instituts in den letzten zwei Jahren durch den Bau einer großen Baracke für die konservierende Abteilung und die Einrichtung eines wissenschaftlichen Laboratoriums in der alten Anatomie eine beträchtliche Erweiterung erfahren. Infolgedessen haben sich die Betriebskosten insbesondere für Beheizung, Beleuchtung, Verbrauch von Gas für die Institutsarbeiten, dann für Reinigung, Telephon u. s. w. erheblich vermehrt. Eine weitere ganz namhafte Steigerung des Betriebsbedarfs wird eintreten, wenn der zur Verbesserung der mißlichen Verhältnisse in der technischen Abteilung in Aussicht genommene Bau eines vom übrigen Institute räumlich getrennten Laboratoriums- und Demonstrationssaales samt Nebenräumen ausgeführt und in Betrieb genommen sein wird. Dazu kommt die außerordentliche Zunahme der Zahl der Studierenden, die einen wachsenden Aufwand an Materialien, Unterrichtsmitteln und Einrichtungsgegenständen bedingt.

Unter solchen Verhältnissen reichen die seitherigen Betriebsmittel bei weitem nicht mehr aus; vorbehaltlich der Erfahrungen beim künftigen Betriebe des neuen Anbaues für die technische Abteilung wird eine Erhöhung des Realetats um jährlich 11,500 ℳ als entsprechend angenommen.

Bei der Ausdehnung des Institutsbetriebs erweist sich ferner eine Vermehrung der seitherigen drei ständigen Assistentenstellen namentlich auch im Hinblick auf die Schwierigkeiten als erforderlich, mit denen die Anleitung und Überwachung der Studierenden bei ihren praktischen Arbeiten künftig infolge der Auseinanderlegung der technischen Abteilung in zwei durch einen größeren Zwischenraum getrennte Gebäude verbunden sein wird.

	Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
Seite	186,681	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
1	2	1a	Übertrag	186,681	—
			17. Für einen nichtetatsmäßigen Assistenten II. Ordnung bei dem anthropologischen Institute mit einem Bezuge von jährlich 1710 ℳ ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,140	—
			Bei der großen Zahl von Zuhörern bei den von rund 300 Studierenden besuchten Vorlesungen über Anthropologie und der lebhaften Beteiligung an den Kursen im anthropologischen Institute bedarf der Institutsvorstand für die umfassenden Vorbereitungen, dann für die Leitung und Kontrolle der Arbeiten der Kursteilnehmer der Unterstützung durch eine wissenschaftliche Hilfskraft.		
			18. Für bisher auf Ausgaben für Staatsgebäude verrechnete Bedürfnisse, die künftig aus den Regieetats von Universitätsinstituten zu bestreiten sind	5,300	—
			Hier steht keine eigentliche Mehrausgabe in Frage, sondern nur eine Übertragung von einer Etatsposition auf die andere. Bisher sind nämlich bei in Staatsgebäuden untergebrachten Universitätsinstituten (Frauenklinik, Anatomie, Kinderklinik, Augenklinik, zahnärztliches Institut) Ausgaben für Reinigung von Fenstern, Gängen, für Gas- und Elektrizitätsmesser ꝛc. ꝛc. auf die allgemeine Position der nach Anfall zahlbaren sogenannten ständigen Bauausgaben verrechnet worden, während sie fortan im Einklange mit den neuen Budgetgrundsätzen auf die Regieetats der einzelnen beteiligten Anstalten zu übernehmen sind.		
			19. Für Aufbesserung der Bezüge der nichtetatsmäßigen Assistenten	28,250	—
			Die nichtetatsmäßigen Assistenten der Hochschulen gliedern sich bisher in drei Gruppen, in solche I. Ordnung mit 2175 ℳ, solche II. Ordnung mit 1710 ℳ und solche III. Ordnung mit 1230 ℳ Jahresbezug. Von den Assistenten der drei Landesuniversitäten gehören etwa zwei Drittel der mit 1230 ℳ jährlich besoldeten Klasse der Assistenten III. Ordnung an. Durch die unter den heutigen Teuerungsverhältnissen besonders empfindliche Unzulänglichkeit der Besoldung wird die Gewinnung einer entsprechenden Anzahl tüchtiger Kräfte für die Assistentenstellen sehr erschwert; namentlich die medizinischen Institute sehen sich häufig außerstande ihre Assistentenstellen mit approbierten Ärzten zu besetzen, da diese nach den jetzt geltenden Bestimmungen schon vor ihrer Approbation noch ein praktisches Jahr zurücklegen müssen und sich deshalb nicht leicht dazu entschließen, auch nach der Approbation im Interesse ihrer weiteren Ausbildung auf längere Zeit mit den knappen Assistentenbezügen vorlieb zu nehmen. Für die Hochschulassistenten, die gleich den übrigen nicht etatsmäßigen Assistenten an der jüngsten Beamtenaufbesserung nicht teilgenommen haben, ist deshalb aus Rücksichten der Billigkeit, aber auch im dienstlichen Interesse der beteiligten Unterrichtsinstitute eine finanzielle Besserstellung in der Art in Aussicht genommen, daß in Zukunft die nichtetatsmäßigen Hochschulassistenten in der Regel einen Jahresbezug von 1800 ℳ erhalten sollen. Einzelne Assistentenstellen von besonderer Wichtigkeit sollen, um hiefür die entsprechenden Kräfte leichter zu gewinnen und zu erhalten, mit einem Bezuge von jährlich 2400 ℳ ausgestattet werden. Auf die gleiche Höhe sollen auch die Bezüge der bisher zum Teil nur als Assistenten II. Ordnung geführten Lektoren gebracht werden, da gerade die Besetzung der Lektorate mit geeigneten Ausländern bei den gegenwärtigen niedrigen Bezügen erfahrungsgemäß besonderen Schwierigkeiten begegnet.		
			Der Gesamtbedarf für die Neuregelung der Assistentenbezüge bei der Universität München erfordert mit Einschluß des Aufwandes für die entsprechende Aufbesserung der neu beantragten, zunächst noch mit den seitherigen Bezügen angesetzten Assistentenstellen . . . . 28,250 ℳ		
			Summe	221,371	—
			Diese Summe zu der aus den Jahren 1908 und 1909 auf 1910 und 1911 übergehenden Willigung von	1'580,863	—
			gerechnet, ergibt einen Gesamtzuschußbedarf von	1'802,234	—

Kap.	§	Tit.	
1	2	1	

b. Universität Würzburg.

Für jedes der Jahre 1908 und 1909 sind an fortdauernden Ausgaben einschließlich des Anteiles am Etat Nr. 34 für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse zu 45,033 ℳ bewilligt . . . . 770,893 ℳ.

Hiezu kommen:

a. die Ergänzung der in der vorigen Finanzperiode nur mit der treffenden Rate erfolgten Willigung für das pathologische Institut auf den Jahresbetrag . . . . 5,250 ℳ,

b. der Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs . . . . 45,033 ℳ,

c. der Mehrbedarf infolge günstigerer Überleitung ꝛc. . . . . . 4,000 ℳ,

d. die Mehrungen an Dienstalterszulagen . . . . 12,338 ℳ,

e. die im Laufe der Jahre 1908 und 1909 auf die allgemeine Reserve für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen übernommenen Beträge, und zwar:
für eine Ersatzprofessur in der philosophischen Fakultät . . . 6,000 ℳ,
für einen Professor in der gleichen Fakultät . . . . 1,360 ℳ,
für einen Professor in der medizinischen Fakultät . . . . . 1,800 ℳ.

Summe des Mehrbedarfs: 75,781 ℳ.

Davon gehen ab: die heimgefallenen Ersatzprofessuren, und zwar:
eine Ersatzprofessur in der theologischen Fakultät . . . . . 4,560 ℳ,
eine Ersatzprofessur in der medizinischen Fakultät . . . . . 5,100 ℳ,
an Witwenpensionen . . . . 1,296 ℳ,
dann an Dienstalterszulagen durch Personalveränderungen . . . 3,440 ℳ.

Summe des Minderbedarfs: 14,396 ℳ,

sohin Mehrbedarf . . . . . . 61,385 ℳ.

Es gehen somit als Staatszuschuß aus der Finanzperiode 1908 und 1909 auf die Finanzperiode 1910 und 1911 über . . . . 832,278 ℳ.

Die in der vorigen Finanzperiode bewilligten einmaligen Ausgaben

a. zum Ersatz der von der Universität vorschußweise bestrittenen Kosten für das pathologische Institut zu . . . . 6,450 ℳ,

b. zur Instandsetzung des pharmakologischen Instituts zu . . . . 2,500 ℳ,

c. für die erste Einrichtung der otiatrischen Poliklinik ꝛc. zu . . . 5,027 ℳ,

d. für bauliche Bedürfnisse und innere Einrichtung des zahnärztlichen Instituts zu . . . . 3,215 ℳ,

zusammen 17,192 ℳ

fallen heim.

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1b	An Neu- und Mehrforderungen kommen in Ansatz:		
			1. Für Aufstellung eines Kanzleiassistenten mit einem Gehalte von jährlich 1500 ℳ nach Klasse 23 der Gehaltsordnung ab 1. September 1910; Bedarf für 1 Jahr der Finanzperiode	1,000	—
			Zur Besorgung der umfangreichen Schreibgeschäfte des Rektorats, der Quästur, des Senats und der vier Fakultäten ist seit Jahrzehnten nur eine einzige Kanzleikraft vorhanden, die infolge Zunahme der Geschäfte für die ordnungsmäßige Aufrechterhaltung des Dienstes nicht mehr ausreicht.		
			2. Für die Universitätsbibliothek: a. zur Erhöhung der Dotation um . . . . 4000 ℳ b. zur Aufstellung eines weiteren Dieners mit einem Gehalte von jährlich 1500 ℳ nach Klasse 25 der Gehaltsordnung ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode 1000 ℳ		
			Summe	5,000	—
			a. Der Bücheraufwandsfonds der Universitätsbibliothek ist zum größten Teil für Fortsetzungen und Zeitschriften festgelegt; für die Anschaffung neuer, insbesondere medizinischer, naturwissenschaftlicher und juristischer Werke genügen die Mittel nicht mehr. b. Für die Bewältigung der ständig wachsenden Arbeiten reichen die zwei vorhandenen Diener nicht aus; ein dritter Diener ist notwendig.		
			3. Für Erhöhung des Realetats des hygienischen Instituts von 3500 auf 4500 ℳ	1,000	—
			Der seitherige Realetat, der seit 10 Jahren keine Erhöhung erfahren hat, ist infolge der großen Ausdehnung der Institutsbenützung, des hiedurch bedingten Mehrbedarfs an Verbrauchsgegenständen und der Preissteigerung aller Bedürfnisse nicht mehr zureichend, so daß selbst die notwendigsten laufenden Anschaffungen von Apparaten und Büchern unterbleiben mußten.		
			4. Für Aufstellung eines Heizers für das pathologische Institut mit einem Gehalte von jährlich 1300 ℳ nach Klasse 28 der Gehaltsordnung ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			Infolge der in der letzten Finanzperiode bewilligten Umbauten im Institutsgebäude ist die Aufstellung einer eigenen Kraft zur Bedienung der neuen Heiz- und Wasseranlagen (zwei Kessel für die Warmwasserheizung, ein Dampfkessel, ein Warmwasserofen, Luftkammern) unerläßlich.		
			5. Für Errichtung einer nichtetatsmäßigen Assistentenstelle III. Ordnung mit einem Bezuge von jährlich 1230 ℳ an dem pharmakologischen Institut ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	820	—
			Zur Unterstützung des Institutsvorstandes bei den umfassenden und zeitraubenden Vorbereitungen für die Demonstrationen, dann bei den Arbeiten im chemischen Laboratorium und im Operationszimmer sowie bei der Überwachung der neugegründeten Serumsabteilung ist die Aufstellung eines zweiten Assistenten dringend geboten.		
			Seite	8,687	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben ℳ	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben ℳ
1	2	1 b	Übertrag	8,687	—
			6. Für die chirurgische Klinik: a. zur Erhöhung des Realetats um . . . . 6000 ℳ, b. zur Erhöhung des Freibettenfonds um . . . . 1500 ℳ, c. zur Erhöhung des Etats für Hausbedürfnisse um . . . . 3000 ℳ.		
			Summe	10,500	—
			a. Der Realetat der chirurgischen Klinik beträgt bisher 10,553 ℳ. Die Poliklinik allein, für die hievon nur 800 ℳ ausgeworfen sind, beanspruchte 1908 über 10,000 ℳ, darunter 6440 ℳ für Arzneien und Verbandmittel. Die sehr erhebliche Zunahme der Patienten, die Teuerung der Verbandstoffe, der Aufwand für die zahlreichen Röntgenaufnahmen, dann für Laboratoriumsuntersuchungen für wissenschaftliche Versuche und für die Anlage einer Sammlung von Operationspräparaten für Unterrichtszwecke erfordern steigende Ausgaben, zu denen die vorhandenen Mittel trotz der Erhöhung des Realetats in der letzten Finanzperiode um 3000 ℳ bei weitem nicht ausreichen. b. Die nach Vollendung des Krankenhausneubaues eintretende Lostrennung vom Juliusspital wird für die Würzburger Universitätskliniken mit einem sehr empfindlichen Ausfall an wertvollem klinischen Krankenmaterial verbunden sein. Dieser schwere Verlust für den klinischen Unterricht wird sich nur durch Bereitstellung einer entsprechenden Zahl von Freibetten einigermaßen ausgleichen lassen. Um den Übergang in die künftigen Verhältnisse allmählich anzubahnen, ist es angezeigt, daß die Mittel für Freibetten in der chirurgischen Klinik, die bisher nur 1500 ℳ betragen, schon jetzt mindestens verdoppelt werden, da ohne Gewährung freier Verpflegung sowie von Beihilfen für die Fahrt weitere Kreise von solchen Kranken, die gegenüber dem Juliusspital nicht stiftungsberechtigt sind, an die Inanspruchnahme der Klinik kaum gewöhnt werden können. Nach Eröffnung des neuen Krankenhauses wird eine bedeutende Erhöhung des Freibettenfonds nicht zu umgehen sein. c. Der Etat für Hausbedürfnisse, der früher 4500 ℳ betrug und in der letzten Finanzperiode um 2000 ℳ erhöht wurde, ist den Anforderungen des gegen früher beträchtlich ausgedehnten Klinikbetriebs nicht gewachsen. Die Zahl der Operationen, die an Herbst- und Wintertagen selbst mittags nicht ohne Beleuchtung ausgeführt werden können, hat sehr erheblich zugenommen; die jetzige elektrische Beleuchtung bedingt gegenüber der früheren Gasbeleuchtung erhöhte Aufwendungen, ferner erfordert der Betrieb des Röntgenapparates eine große Menge elektrischer Kraft; dazu kommt, daß infolge des intensiveren Klinikbetriebs jetzt eine größere Zahl von Räumen als früher zu beleuchten und zu beheizen ist.		
			7. Für Erhöhung des Freibettenfonds der medizinischen Klinik von 1500 auf 3000 ℳ	1,500	—
			Die Gründe für diese Erhöhung sind dieselben wie bei der chirurgischen Klinik.		
			Seite	20,687	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1b	Übertrag	20,687	—
			8. Bedarf für den Betrieb der neuerrichteten Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten: a. für Miete der Kliniträume . . . . 1850 ℳ, b. für sächlichen Bedarf . . . . 6000 ℳ, c. für Freibetten . . . . 625 ℳ, d. für Errichtung einer Dienerstelle II. Ordnung nach Klasse 28 der Gehaltsordnung . . . . 1300 ℳ, e. für Errichtung einer nichtetatsmäßigen Assistentenstelle III. Ordnung . . . . 1230 ℳ. Summe	11,005	—
			Infolge Bewilligung der Mittel für Errichtung einer neuen außerordentlichen Professur in der letzten Finanzperiode konnte eine Trennung des Lehrauftrags für Nasen- und Kehlkopfkrankheiten von dem für Haut- und Geschlechtskrankheiten durchgeführt werden. Im Zusammenhange mit dieser Neuorganisation hat sich für das jetzt über einen eigenen Lehrstuhl verfügende Fach der Haut- und Geschlechtskrankheiten, das nach der ärztlichen Prüfungsordnung zu den Prüfungsgegenständen zählt, die Schaffung besserer Einrichtungen im poliklinischen und unterrichtlichen Betrieb als unvermeidlich erwiesen. Zu diesem Zwecke wurde in dem Anwesen Paradeplatz Nr. 2 ab 1. Juli 1909 eine Wohnung um den Preis von jährlich 1,850 ℳ gemietet und als Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten aus Universitätsmitteln eingerichtet. Der persönliche und sächliche Betriebsaufwand für das zweite Halbjahr 1909 wurde gleichfalls von der Universität bestritten in der Annahme, daß vom Jahre 1910 an der Aufwand für Miete, Besoldung eines Assistenten und eines Dieners, sowie der auf jährlich 6000 ℳ veranschlagte sächliche Bedarf (2500 ℳ für Reinigung, Beleuchtung, Beheizung, elektrische Kraft und sonstige Hausbedürfnisse, 3500 ℳ für Arzneimittel, Verbandstoffe, Apparate, Instrumente, Präparate, Bücher und Zeitschriften, Laboratoriumsbetrieb, Telephon ꝛc.) auf Staatsmittel übernommen werden wird.		
			9. Für Erhöhung des Realetats der medizinischen Poliklinik und ambulanten Kinderklinik von 4829 ℳ auf 5329 ℳ	500	—
			Die Mehrung ist hauptsächlich veranlaßt durch die großen Ausgaben für den Betrieb des Röntgenlaboratoriums.		
			10. Gewährung eines Zuschusses von 3600 ℳ an die psychiatrische Klinik zur Bestreitung der vom Klinikneubau herrührenden Annuitätenschuld	3,600	—
			Für die psychiatrische Klinik wurde 1891 mit einem Aufwande von 300,000 ℳ ein Neubau hergestellt. Der durch den Verkauf des früheren Klinikanwesens nicht gedeckte Restbedarf von 180,000 ℳ wurde aus dem Universitätsvermögen vorgeschossen und ist aus den Betriebseinnahmen der Klinik mittels 4%iger bis zum Jahre 1955 laufender Annuitäten zu 7200 ℳ zu verzinsen und zu tilgen. Durch diese Last wird der Klinik das Auskommen mit ihren an sich sehr beschränkten Mitteln bedeutend erschwert. Um der Klinik in ihrer schwierigen finanziellen Lage, die durch die Teuerung aller Lebensbedürfnisse noch empfindlicher wird, die Abgleichung ihres Etats etwas zu erleichtern, soll ihr zur Bestreitung der Annuitäten zu 7200 ℳ eine Beihilfe von 3600 ℳ gewährt werden. Auf diese Weise würde der Klinik, die im Hinblick auf die bestehende Annuitätenschuld schon seit dem Jahre 1894 eine Erhöhung ihres Staatszuschusses um 3600 ℳ erfahren hat, tatsächlich der Aufwand für die Aufbringung der Annuitäten abgenommen.		
			Seite	35,792	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1b	Übertrag	35,792	—
			11. Zuschuß von 600 ℳ zur Miete der Räume der rhino-laryngologischen Poliklinik	600	—
			Bei der rhino-laryngologischen Poliklinik hat sich das Bedürfnis für eine Erweiterung der vom Institute für psychisch-nervöse Kranke mitbenützten Räume ergeben, wodurch sich der Mietpreis von bisher 800 ℳ auf 1400 ℳ erhöht.		
			12. Für das zahnärztliche Institut. a. Aufstellung eines etatsmäßigen Zahntechnikers mit einem Gehalt von 1800 ℳ nach Klasse 17 der Gehaltsordnung ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode . . . . 1200 ℳ b. Errichtung einer Dienerstelle II. Ordnung mit einem Gehalte von jährlich 1300 ℳ nach Klasse 28 der Gehaltsordnung ab 1. September 1910; Bedarf (nach Abzug des Bezuges von jährlich 780 ℳ für den seitherigen Aushilfsdiener) für ein Jahr der Finanzperiode: . . . . 347 ℳ Summe	1,547	—
			a. Den zur Überwachung der technischen Arbeiten der Praktikanten berufenen Assistenten fehlt mangels ständiger Übung die manuelle Fähigkeit zur Fertigung von Musterarbeiten in Kronen, Brücken und Zahnkorrektionsmaschinen. Um dem künftigen Zahnarzte mustergültige Arbeiten auf diesem Gebiete vorführen zu können, ist die Aufstellung eines Institutszahntechnikers geboten. b. Das zahnärztliche Institut hat bisher keinen etatsmäßigen Diener. Die Reinigungs- und Heizarbeiten für 11 große Säle und die Instandhaltung der von mehr als 100 Praktikanten benützten Maschinen und Instrumente werden jetzt von einer mit 780 ℳ aus dem Realetat besoldeten Aushilfskraft versehen.		
			13. Für Errichtung einer Dienerstelle II. Ordnung mit einem Gehalte von 1300 ℳ nach Klasse 28 der Gehaltsordnung für das archäologisch-kunstgeschichtliche, psychologische und astronomische Institut ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			Für die drei im alten Universitätsgebäude untergebrachten wissenschaftlichen Institute steht bisher nur ein Aushilfsdiener zur Verfügung. Die Dienstleistungen in den drei Instituten sind aber so ausgedehnt, daß sie eine volle Kraft in Anspruch nehmen, und zudem so vielseitig, daß wechselnde Aushilfskräfte sich in die verschiedenen Aufgaben nicht einzuarbeiten vermögen. Sowohl der Umfang als auch die Art der Dienstleistungen erfordern die Errichtung einer ständigen Dienerstelle.		
			14. Für Errichtung einer Dienerstelle II. Ordnung mit einem Gehalte von 1300 ℳ nach Klasse 28 der Gehaltsordnung für das physikalische Institut ab 1. September 1910; Bedarf (nach Abzug des Aufwandes von 864 ℳ für eine bisher aus dem Realetat besoldete Hilfskraft) für ein Jahr der Finanzperiode .	291	—
			Zur Bedienung der Maschinen, Apparate und Heizungsanlagen, die bisher durch eine Hilfskraft versehen wurden, ist die Schaffung einer etatsmäßigen Dienerstelle angezeigt.		
			15. Für Erhöhung des Realetats des zoologischen Instituts von 2100 ℳ auf 2600 ℳ	500	—
			Die Ausgaben für den Laboratoriumsbetrieb und das Halten der unentbehrlichen wissenschaftlichen Zeitschriften, dann für die allmähliche Vermehrung der Sammlung und der Lehrmittel sowie für Anschaffung von Mikroskopen und Sammlungsschränken, können mit den bisherigen zu knappen Mitteln nicht bestritten werden.		
			Seite	39,597	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
1	2	1b	Übertrag	39,597	—
			16. Für Aufbesserung der Assistentenbezüge	17,150	—
			Summe	56,747	—
			Diese Summe zu der aus 1908 und 1909 auf 1910 und 1911 übergehenden Willigung von	832,278	—
			gerechnet, ergibt einen Gesamtzuschußbedarf von	889,025	—

c. Universität Erlangen.

Für jedes der Jahre 1908 und 1909 sind an fortdauernden Ausgaben einschließlich des Anteiles am Etat Nr. 34 für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse zu 48,354 M bewilligt . . . . 848,445 M.

Hiezu kommen:

a. die Ergänzung der in der vorigen Finanzperiode nur mit der treffenden Rate erfolgten Willigung für die Universitätsfrauenklinik auf den Jahresbetrag . . . . 11,250 M,

b. der Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs . . . . 48,354 M,

c. der Mehrbedarf infolge günstigerer Überleitung 2c. . . . . . . 4,000 M,

d. die Mehrungen an Dienstalterszulagen . . . . 13,402 M,

e. die im Laufe der Jahre 1908 und 1909 auf die allgemeine Reserve für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren sowie zur Abwendung von Berufungen übernommenen Beträge und zwar:
für eine Ersatzprofessur in der theologischen Fakultät . . . . 6,000 M,
für einen Professor in der medizinischen Fakultät . . . . . . 600 M.

Summe des Mehrbedarfs: 83,606 M.

Davon gehen ab:

eine heimgefallene Ersatzprofessur in der philosophischen Fakultät mit 3,283 M,
an Dienstalterszulagen durch Personalveränderungen . . . . . 3,448 M,

Summe des Minderbedarfs: 6,731 M,

sohin Mehrbedarf: 76,875 M.

Es gehen somit als Staatszuschuß aus der Finanzperiode 1908 und 1909 auf die Finanzperiode 1910 und 1911 über . . . . 925,320 M.

Die in der vorigen Finanzperiode bewilligten einmaligen Ausgaben:

a. zum Ersatz des Kaufschillings für das Heineke'sche Haus zu . . . . 23,090 M,

b. für die Universitätsfrauenklinik zu . . . . 23,425 M,

c. für die orthopädische Anstalt zu . . . . 10,000 M,

d. für das physiologische Institut zu . . . . 1,750 M,

e. für die Universitäts-Kinderklinik zu . . . . 35,000 M

zusammen: 93,265 M

fallen heim.

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
1	2	1 c	An Neu- und Mehrforderungen kommen in Ansatz:		
			1. Erhöhung der Etatsposition „Regie für Prorektorat und Universitätsbehörde" von 3386 M auf 5000 M	1,614	—
			Seit einer Reihe von Jahren hat sich diese Etatsposition als unzulänglich erwiesen. Die Druckkosten, Buchbinderlöhne und Insertionskosten sind beträchtlich höher geworden, die Ausgaben für Beheizung und Beleuchtung sind gestiegen. Auf die Instandhaltung des Inventars konnte bei der Bemessenheit der Mittel in den letzten Jahren nicht die nötige Sorgfalt verwendet werden. Die Handbibliothek bedarf dringend der Ergänzung. Aus diesen Gründen erscheint eine Erhöhung der seit dem Jahre 1892 unveränderten Position angezeigt.		
			2. Erhöhung der Etatsposition „Ständige Bauausgaben und Bauunterhaltungskosten" von 38,000 M auf 45,000 M	7,000	—
			Aus dieser Position wird der Wasserzins für sämtliche Universitätsgebäude bestritten. Infolge der Vermehrung und Erweiterung der Attribute, insbesondere der Kliniken, sind die Kosten für Wasserbeschaffung erheblich gestiegen, im Jahre 1908 allein um 2500 M. Daneben sind auch namentlich wegen des Zuganges neuer Gebäude die Ausgaben für Bauunterhaltung gewachsen, so daß eine Erhöhung der Position um 7000 M gerechtfertigt erscheint.		
			3. Errichtung einer außerordentlichen Professur für Pharmakologie nach Klasse 11 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 3600 M vom 1. September 1910 an.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	1,140	—
			Die Universität Erlangen ist die einzige deutsche Universität, die keinen eigenen Lehrstuhl für Pharmakologie besitzt. Zurzeit ist die Professur für Pharmakologie verbunden mit der Professur für medizinische Poliklinik und Kinderheilkunde. Da die Vereinigung der drei Fächer auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann, soll ein Extraordinariat für Pharmakologie errichtet werden. Zur Deckung des Bedarfs steht ein Betrag von 1890 M zur Verfügung, der bisher für einen besoldeten Lehrauftrag für Pharmakologie verwendet wurde. Der neu zu fordernde Restbedarf berechnet sich sohin auf jährlich 1710 M, für die Zeit vom 1. September 1910 bis Ende 1911 auf 2280 M oder für ein Jahr der Finanzperiode auf 1140 M.		
			4. Für Einrichtung eines zahnärztlichen Unterrichts.		
			a. Kosten der Einrichtung einer zahnärztlichen Poliklinik 14,000 M, für ein Jahr der Finanzperiode	—	7,000
			b. Mietpreis für die Räume der Poliklinik zu jährlich 1800 M ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,200	—
			c. Besoldung für einen Assistenten III. Ordnung mit 1230 M jährlich ab 1. September 1910, Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	820	—
			d. Besoldung für einen etatsmäßigen Diener mit einem Gehalte von jährlich 1300 M nach Klasse 28 der Gehaltsordnung ab 1. September 1910, Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			e. Sachlicher Bedarf der Poliklinik mit jährlich 3350 M ab 1. September 1910; Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	2,233	—
			Seite	14,874	7,000

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben ℳ	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben ℳ
1	2	1c	Übertrag	14,874	7,000
			An der Universität Erlangen ist das Fach der Zahnheilkunde zurzeit nicht vertreten. Die Universität legt auf die Beseitigung dieses Mangels, den sie nur noch mit einer Universität in Deutschland teilt, um so größeren Wert, als durch das Fehlen des zahnärztlichen Unterrichts nicht nur die Frequenz der Universität beeinträchtigt wird, sondern auch den Studierenden der Medizin die Gelegenheit genommen ist, sich auf diesem auch für die praktischen Ärzte wichtigen Gebiete auszubilden. Die Aufnahme der Zahnheilkunde unter die Lehrfächer der Universität ist in der Weise gedacht, daß einem Privatdozenten ein Lehrauftrag erteilt wird. Die Mittel zur Besoldung des Dozenten werden dem Kollegiengeldsfond entnommen werden. Für die Einrichtung einer Poliklinik, ohne die ein zahnärztlicher Unterricht nicht möglich ist, kommt ein einmaliger Bedarf von 14,000 ℳ in Ansatz. Da ein Universitätsgebäude zur Aufnahme der Poliklinik nicht zur Verfügung steht, sollen entsprechende Räume gemietet werden, wodurch eine Ausgabe von jährlich 1800 ℳ erwachsen wird. Für den Betrieb der Poliklinik erscheint die Aufstellung eines Assistenten III. Ordnung (mit einem Jahresgehalte von 1230 ℳ) und eines Dieners (mit einem jährlichen Gehalte von 1300 ℳ) notwendig. Der laufende sächliche Bedarf der Poliklinik ist auf 3350 ℳ jährlich veranschlagt.		
			5. Umwandlung der außerordentlichen Professur für semitische Philologie in eine ordentliche Professur nach Klasse 7 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 6000 ℳ vom 1. September 1910 an.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	600	—
			Die Umwandlung rechtfertigt sich durch die Bedeutung der semitischen Philologie, die als wissenschaftliche Disziplin der durch ein Ordinariat vertretenen Sanskritphilologie ebenbürtig ist. Durch die Umwandlung soll gleichzeitig die Möglichkeit geschaffen werden, den verdienten Vertreter der semitischen Philologie zum Ordinarius zu befördern. Da dieser bereits einen Jahresgehalt von 5100 ℳ bezieht, erfordert die Umwandlung nur einen Mehrbedarf von 900 ℳ, sohin für die Zeit vom 1. September 1910 bis Ende 1911: 1200 ℳ.		
			6. Übernahme des Grundgehaltes des Lesezimmerdieners auf die Staatskasse	960	—
			Die Kosten des akademischen Lesezimmers in Erlangen werden ausschließlich aus den Beiträgen der Studierenden und Dozenten gedeckt. Der Etat des Lesezimmers bedarf dringend der Entlastung, weil zurzeit wegen der Bemessenheit der verfügbaren Mittel weder der Zeitschriftenbestand dem Wachstum der Zeitschriftenliteratur entsprechend ausgebaut noch die Handbibliothek ergänzt werden kann. Um das Lesezimmer, das alle seine Zeitschriften und einen großen Teil seiner Zeitungen an die Universitätsbibliothek unentgeltlich abgibt, für die Erfüllung seiner Aufgabe leistungsfähiger zu machen, soll der Grundgehalt des Lesezimmerdieners auf die Staatskasse übernommen werden, aus der auch schon bisher die Dienstalterszulagen für den Diener bezahlt wurden.		
			Seite	16,434	7,000

Kap.	§	Tit.		Fort-dauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1c	Übertrag	16,434	7,000
			7. Errichtung einer vierten nichtetatsmäßigen Assistentenstelle mit einem Jahresgehalte von 1230 ℳ bei der chirurgischen Klinik vom 1. September 1910 an.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	820	—
			An der chirurgischen Klinik bestehen zurzeit drei Assistentenstellen, eine weitere im letzten Budget bewilligte Assistentenstelle ist für den Dienst in der orthopädischen Klinik bestimmt. Die Frequenz der chirurgischen Klinik hat sich in den letzten Jahren sehr gehoben (1902: 1376 Patienten, 1907: 2133 Patienten, 1908 bis Anfang Dezember: 2150 Patienten). Die Zahl der gleichzeitig in der Klinik zu behandelnden Patienten ist von durchschnittlich 90—100 im Jahre 1902 auf durchschnittlich 160—170 gestiegen. Der hiedurch erheblich gesteigerten Arbeitslast ist das ärztliche Personal der Klinik auf die Dauer nicht gewachsen. Es soll deshalb eine weitere Assistentenstelle errichtet werden.		
			8. Erhöhung des Realetats des anatomischen Instituts von 8229 ℳ auf 9229 ℳ	1,000	—
			Der Betriebsetat des anatomischen Instituts reicht zur Deckung der Ausgaben nicht mehr hin. Die Kosten für Beheizung und Beleuchtung sind infolge der Vermehrung der Räume und der Erhöhung der Materialpreise erheblich gestiegen (z. B. Ausgabe für Koks 1903/04: 1826 ℳ, 1907/08: 2810 ℳ), die Besoldung der im Taglohn beschäftigten Arbeiter mußte aufgebessert werden, die Chemikalien sind teuerer geworden und der Bedarf für Leichenbeschaffung hat sich erhöht. Mit Rücksicht hierauf erscheint es angezeigt, dem Betriebsetat weitere 1000 ℳ zuzuführen.		
			9. Errichtung einer etatsmäßigen Dienerstelle II. Ordnung nach Klasse 28 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 1300 ℳ bei der psychiatrischen Klinik vom 1. September 1910 an.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			Die mit der Kreisirrenanstalt in Erlangen verbundene psychiatrische Universitätsklinik hat keinen eigenen Diener. Da der Klinikdirektion die Verwendung des Dienstpersonals der Irrenanstalt nicht mehr gestattet wird, ist sie darauf angewiesen, die Dienergeschäfte durch einige Kranke, die sich hiezu eignen, besorgen zu lassen. Um diesen für die Dauer nicht haltbaren Zustand zu beseitigen, soll ein Diener II. Ordnung aufgestellt werden.		
			10. Erhöhung des Realetats der Kinderklinik von 9170 ℳ auf 19,670 ℳ	10,500	—
			Durch das Budget für die Jahre 1908 und 1809 sind die Mittel (70,000 ℳ) bereitgestellt worden, um bei der Universitätskinderklinik in Erlangen ein Isoliergebäude für ansteckende Krankheiten und eine Milchküche zu errichten. Der Neubau ist vollendet und wird demnächst in Benützung genommen. Hiedurch wird der Betrieb der Klinik eine Erweiterung erfahren, die sowohl eine Vermehrung des Dienst- und Pflegepersonals notwendig macht als auch eine Erhöhung der sächlichen Ausgaben nach sich zieht. Bisher sind ständig 30 Kinder verpflegt worden, künftig werden regelmäßig 50 Betten belegt sein. Eine Steigerung der Ausgaben wird auch dadurch verursacht, daß die Klinik nunmehr eine eigene Waschküche und Plättstube besitzt und daß die Heizanlage erweitert werden mußte. Es sollen drei neue Krankenschwestern und drei		
			Seite	29,621	7,000

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
1	2	1c	Übertrag	29,621	7,000
			neue Dienstboten aufgenommen werden, wodurch sich ein Mehrbedarf von 3762 ℳ ergibt. Für Beheizung und Beleuchtung werden Mehrausgaben im Betrage von 3770 ℳ erwachsen, und der übrige sächliche Mehrbedarf (Verpflegskosten, Ausgaben für Wäsche, Arzneien, Verbandstoffe, Nährmittel, Gerätschaften, Geschirre 2c. 2c.) ist auf 9000 ℳ veranschlagt. Dem Gesamtmehrbedarf von 16,532 ℳ werden Mehreinnahmen aus Verpflegskosten 2c. 2c. im ungefähren Betrage von 6000 ℳ gegenüberstehen, so daß noch ein Bedarf von rund 10,500 ℳ durch Erhöhung des Realetats der Kinderklinik zu decken ist.		
			11. Erhöhung des Realetats der Ohrenklinik von 3000 ℳ auf 4000 ℳ	1,000	—
			Als der Realetat der Ohrenklinik auf 3000 ℳ festgesetzt wurde, betrug die Zahl der behandelten Patienten jährlich 700. Im Jahre 1908 sind über 2200 Kranke in der Klinik behandelt worden. Diese bedeutende Frequenzsteigerung verursacht eine wesentliche Mehrausgabe für Medikamente, Verbandstoffe und Instrumente. Ferner hat auch die Zahl der Studierenden, die die Ohrenklinik besuchen, beträchtlich zugenommen. Infolgedessen müssen für Abbildungen und Modelle größere Aufwendungen gemacht werden. Hienach erscheint eine Erhöhung des Realetats um 1000 ℳ angezeigt.		
			12. Errichtung einer neuen Dienerstelle II. Ordnung nach Klasse 28 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 1300 ℳ beim Universitätskrankenhause vom 1. September 1910 an.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			Das Universitätskrankenhaus besitzt seit dem Jahre 1887 zwei Dienerstellen. Inzwischen hat sich die Zahl der Kranken von 2240 auf 4680, die Zahl der Betten von 228 auf 380 erhöht. Bei den stetig wachsenden Anforderungen des Dienstes ist im Interesse eines ordnungsmäßigen Krankenhausbetriebes die Aufstellung eines dritten Hausdieners dringend erforderlich, da die beiden anderen Diener bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen sind und auch der Portier einer Entlastung bedarf.		
			13. Errichtung einer zweiten nichtetatsmäßigen Assistentenstelle III. Ordnung mit einem jährlichen Gehalte von 1230 ℳ bei dem physikalischen Institut vom 1. September 1910 an.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	820	—
			Zur Unterstützung des Ordinarius beim Unterricht im physikalischen Institut reicht ein Assistent nicht aus. Es kommt insbesondere in Betracht, daß die Anforderungen an die physikalische Ausbildung der Studierenden, namentlich der Lehramtskandidaten, stets wachsen, daß der Besuch des physikalischen Instituts in den letzten Jahren sich gehoben hat und daß bei der Besonderheit des physikalischen Unterrichts die Unterweisung der Studierenden in einzelnen Gruppen erfolgen muß.		
			14. Für Aufbesserung der Assistentenbezüge	16,060	—
			Summe	48,368	7,000
			Diese Summe zu der aus der Finanzperiode 1908 und 1909 auf die Finanzperiode 1910 und 1911 übergehenden Willigung zu	925,320	—
			gerechnet, ergibt einen Gesamtzuschuß von	973,688	7,000
			wovon 7000 ℳ künftig wegfallend.	980,688	

Kap.	§	Tit.
2		

Technische Hochschule.

Der Mehrbedarf für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird wie folgt ausgewiesen:

A. Ergänzungen, Gehaltsvorrückungen und dergleichen.

1. Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs nach Vortrag in der Anlage A . . . . 47,887 ℳ
(Hievon werden 10,200 ℳ durch Erhöhung der eigenen Einnahmen gedeckt; siehe unten.)

2. Für Gehaltsvorrückungen in den Jahren 1910 und 1911 . . . . 17,011 ℳ

3. Für die im Laufe der Jahre 1908 und 1909 auf die Position „zur Abwendung von Berufungen und zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen" sowie auf Erübrigungen übernommenen höheren Gehalte von drei neu berufenen Professoren . . 4,920 ℳ

4. Für eine Ersatzprofessur an Stelle eines im Jahre 1909 gemäß Art. 187 Abs. 3 des Beamtengesetzes von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen befreiten ordentlichen Professors . . . . 8,500 ℳ

B. Neuforderungen.

Die Neuforderungen scheiden sich in zwei Gruppen:

a. Ausgaben für persönliche und sächliche Zwecke, welche bisher schon alljährlich angefallen sind, aber nicht aus budgetmäßigen Mitteln, sondern aus Mehreinnahmen der Technischen Hochschule bestritten wurden.

b. Eigentliche Neuforderungen.

ad a. Die eigenen Einnahmen der Technischen Hochschule haben in den letzten Jahren, insbesondere seit Einführung der Ausländergebühren (vom S.S. 1906 an) eine erhebliche Steigerung erfahren. Andererseits mußte eine Reihe von dringlichen persönlichen und sächlichen Ausgaben, wie der Bedarf für Assistentenstellen, deren Schaffung durch die Erhöhung der Frequenz nötig wurde, dann für Lehraufträge, deren Erteilung das Interesse des Unterrichts erforderte, weiter für Vermehrung des Kanzleipersonals, endlich Ausgaben für den Betrieb, soweit die butgetmäßigen Ansätze sich als unzureicheud erwiesen, auf diese Mehreinnahmen übernommen werden.

Da diese Ausgaben sämtlich dauernder Natur sind, entspricht es den budgetrechtlichen Grundsätzen, sie in das Budget einzusetzen, dafür aber die eigenen Einnahmen der Technischen Hochschule um den Betrag dieser Ausgaben zu erhöhen. Eine Mehrbelastung der Staatskasse tritt durch diese Maßnahme nicht ein.

Die hier in Betracht kommenden Ausgaben sind folgende:

5. Für sieben Assistenten (nichtetatsmäßige Beamte) . . . . 10,830 ℳ

6. Für Lehraufträge . . . . 5,930 ℳ

7. Für eine Kanzleisekretärstelle zur Besorgung der Geschäfte der Diplomprüfungskommissionen und der Abteilungskollegien (Klasse 17 der Gehaltsordnung) . . . . 1,800 ℳ

8. Für eine Kanzleiassistentenstelle für die Kanzlei der Hochschule (Klasse 23 der Gehaltsordnung) . . . . 1,500 ℳ

9. Für Regiebedürfnisse, und zwar:

a. Für Kanzleibedürfnisse, Schreibmaterialien, Drucksachen, Buchbinderlöhne, Repräsentation zc. — bisher 10,000 ℳ, wirklicher Bedarf 20,000 ℳ — . 10,000 ℳ
b. Für Möbel und Gerätschaften — bisher 12,000 ℳ, wirklicher Bedarf 16,000 ℳ — 4,000 ℳ
c. Für Ankündigung der Kollegien — bisher 2600 ℳ, Bedarf 3200 ℳ — . 600 ℳ
d. Für Beheizung — bisher 30,000 ℳ, Bedarf 38,500 ℳ — . . . . 8,500 ℳ
e. Für Beleuchtung — bisher 11,000 ℳ, Bedarf 14,000 ℳ — . . . . . . 3,000 ℳ
f. Für Heiz- und Motorengas — bisher 9000 ℳ, Bedarf 12,000 ℳ — . . 3,000 ℳ
g. Für Reinigung der Lokalitäten — bisher 10,000 ℳ Bedarf 12,640 ℳ — . 2,640 ℳ

Gesamtbedarf zu pos. 5—9 51,800 ℳ

Seite 130,118 ℳ

Kap.	§	Tit.		
2			Übertrag	130,118 M
			ad b. Eigentliche Neuforderungen.	
			10. Umwandlung der a. o. Professur für landwirtschaftliches Bauwesen in eine ordentliche Professur: Bedarf 6000 — 5038 M = 962 M Jahresbedarf vom 1. September 1910 an = für ein Jahr der Finanzperiode	642 M
			Die große Wichtigkeit des landwirtschaftlichen Bauwesens, wie sie auch vom Deutschen Landwirtschaftsrat in seiner 37. Versammlung vom 16. — 19. Februar 1909 nachdrücklich betont wurde, verlangt einen ordentlichen Lehrstuhl für diese Disziplin.	
			11. Neue a. o. Professur für Mathematik mit Lehrauftrag für elementare Mathematik, Trigonometrie, Wahrscheinlichkeits- und Ausgleichsrechnung. Gehalt 3600 — 1620 M für Lehraufträge = 1980 M Jahresbedarf vom 1. September 1910 an = für ein Jahr der Finanzperiode	1,320 M
			Die Schaffung dieser Professur erscheint geboten vor allem im Interesse der Lehramtskandidaten der Mathematik, für die eine Einführung in das Gebiet der elementaren Mathematik unter spezieller Berücksichtigung der ihrer künftig wartenden Lehraufgaben Bedürfnis ist. Mit diesem Lehrstuhl könnten gleichzeitig die schon zurzeit bestehenden Lehraufträge für Trigonometrie und Ausgleichsrechnung verbunden werden.	
			12. Errichtung der Stelle eines Konservators am mechanisch — technischen Laboratorium nach Klasse 9 der Gehaltsordnung: 4800 M Jahresbedarf vom 1. September 1910 an = für ein Jahr der Finanzperiode	3,200 M
			Durch die Errichtung dieser Stelle soll das wichtige Gebiet der wissenschaftlichen Untersuchung von armiertem Beton ebenso in den Tätigkeitsbereich der Technischen Hochschule gezogen werden, wie dies im ausgedehnten Maße bereits an anderen technischen Hochschulen der Fall ist. Zu diesem Zweck ist die Aufstellung einer eigenen Kraft als Nebenbeamter am mechanisch — technischen Laboratorium der Hochschule erforderlich. Der dermalige Konservator ist durch die übrigen am mechanisch — technischen Laboratorium ausgeführten Untersuchungen und durch sein Hauptamt als Professor so in Anspruch genommen, daß er nicht in der Lage ist, auch noch diese die ganze Arbeitskraft eines Mannes erfordernde Aufgabe zu übernehmen.	
			13. Errichtung von 2 neuen Assistentenstellen mit Beamteneigenschaft nach Klasse 12 der Gehaltsordnung vom Jahre 1911 ab und zwar für die Betriebsleitung des Maschinenlaboratoriums und für das neu zu errichtende Laboratorium für Wasserkraftanlagen, je $\frac{3000\ M}{2}$ für ein Jahr der Finanzperiode sohin 1500 + 1500 M = ...	3,000 M
			Diese Forderungen hängen mit dem im außerordentlichen Budget erscheinenden Neubaupostulat für die Technische Hochschule zusammen, das die Errichtung eines gegen das jetzige Laboratorium bedeutend vergrößerten Maschinenlaboratoriums in Verbindung mit der Licht- und Kraftzentrale und eines Wasserkraftlaboratoriums vorsieht. Für die Leitung des umfangreichen Betriebs in dem ersteren Laboratorium muß dem Vorstand eine Kraft zur Seite stehen, die nicht alle paar Jahre wechselt, sondern dauernd dem Verband der Hochschule angehört. Von größtem Wert für das Laboratorium und den Betriebsleiter ist es, wenn dieser schon beim Bau und bei der Einrichtung des Laboratoriums mit tätig sein kann, weshalb die Mittel für die neue Stelle bereits vom 1. Januar 1911 ab gefordert sind.	
			Dieselben Gründe sprechen für die Forderung eines Assistenten mit Beamteneigenschaft für das völlig neu zu begründende Wasserkraftlaboratorium.	
			14. Errichtung der Stelle eines Zeichners nach Klasse 21 der Gehaltsordnung an der Architektenabteilung.	
			1800 M abzüglich 1545 M für einen Assistenten III. Ordnung	255 M
			Für die Vorlesungen aus der Hochbaukonstruktionslehre ist die Anfertigung von Wandtafeln, Vorlagen, Modellzeichnungen und dergl. notwendig. Hiezu ist eine Persönlichkeit mit dem Bildungsgrad eines mittleren Technikers (Bauzeichners) erforderlich, aber auch genügend. Die bisher für diesen Zweck verwendete Assistentenstelle III. Ordnung kann bei Bewilligung der Stelle in Wegfall kommen.	
			Seite	138,535 M

Kap.	§	Tit.		
2			Übertrag	138,535 M
			15. Errichtung der Stelle eines Kanzleisekretärs nach Klasse 17 der Gehaltsordnung	1,800 M
			Die große Zunahme der Kanzleigeschäfte, nicht nur der rein mechanischen Schreibgeschäfte, sondern auch der selbständig zu erledigenden Arbeiten (Kollegieninskription, Zeugnisausfertigung, Statistiken) erfordert die Aufstellung eines weiteren Kanzleisekretärs.	
			16. Errichtung der Stelle eines Werkmeisters nach Klasse 19 der Gehaltsordnung für die zu erbauende neue Zentrale für Beheizung und Beleuchtung vom Jahre 1911 an $\frac{2100 \mathcal{M}}{2}$	1,050 M
			Auch diese Stelle hängt mit dem Neubaupostulat zusammen und gilt das zu Ziffer 13 Gesagte auch hier. Für die ausgedehnten Maschinenanlagen ist die Aufstellung eines eigenen Werkmeisters, der auch zur Herstellung der laufenden Instandsetzungsarbeiten an den Maschinen imstande sein soll, ein dringliches Bedürfnis.	
			17. Errichtung dreier neuen Dienerstellen nach Klasse 25 der Gehaltsordnung, 3 × 1500 M	4,500 M
			Für den Schul- und Sammlungsdienst an der Bauingenieurabteilung, ferner für den Laboratoriumsdienst am elektro-chemischen Institut und für die landwirtschaftliche Zentralversuchsstation, die bisher ohne eigenen Diener sind und sich mit Aushilfen begnügen mußten, ist die Aufstellung je eines Dieners dringend geboten. Der Aufwand für einen Hilfsdiener an der landwirtschaftlichen Versuchsstation mit 1500 M wurde bisher auf Rechnung des Sachetats bestritten; die bezügliche Position kann demgemäß um 1500 M gekürzt werden. (Siehe unten).	
			18. Schaffung von 2 Assistentenstellen à 2175 M und zweier Assistentenstellen à 1710 M	7,770 M
			Die Assistentenstellen zu 2175 M sind für die Bauingenieurabteilung (Prof. Hager) und für die Architektenabteilung (Prof. Fischer), die zu 1710 M für die allgemeine Abteilung (Prof. v. Gottl-Ottlilienfeld) und für die Maschineningenieurabteilung (Prof. Kadrnozka) bestimmt.	
			19. Für Aufbesserung der Bezüge der nichtetatsmäßigen Assistenten auf 1800 M und 2400 M sind erforderlich	7,973 M
			20. Schaffung neuer Lehraufträge und zwar: α. für Luftschiffahrt, 3 ständig . . . . 540 M, β. für Fabrikbetrieb und Verwaltung, 2 ständig . . . . 360 M, γ. für Bauführung, 2 ständig . . . . 360 M, δ. für Buchhaltung und Selbstkostenwesen industrieller Großbetriebe, 4 ständig . . . . 720 M,	1,980 M
			Die ungeahnte Entwicklung, welche die Luftschiffahrt in den letzten Jahren genommen hat, läßt es wünschenswert erscheinen, für diese Disziplin einen amtlichen Lehrauftrag zu erteilen. Die übrigen Lehraufträge sollen der Verwirklichung des von dem neuberufenen Professor der Nationalökonomie entworfenen umfassenden Planes einer Reorganisation des staats- und technisch-wirtschaftlichen Unterrichts der Ingenieure dienen. Einen Bestandteil dieses Planes bildet noch die Schaffung weiterer Lehraufträge für Rechtskunde des Bau- und Fabrikwesens, für die jedoch bei der Knappheit der Mittel ein Ansatz im gegenwärtigen Budget nicht erfolgen konnte.	
			Seite	163,608 M

Kap.	§	Tit.		
2			Übertrag	163,608 ℳ

21. Zur Abwendung von Berufungen, zur Ermöglichung von Berufungen mit höheren Gehaltsbezügen, sowie für unvorhergesehene und dringliche Ersatzprofessuren 10,000 ℳ sohin mehr . . . . 7,000 ℳ

Durch Art. 187 Abs. 3 des Beamtengesetzes haben die Professoren der Technischen Hochschule das bisher nur den Universitätsprofessoren eingeräumte Recht erhalten, nach Vollendung eines bestimmten Lebensalters von der Verpflichtung zur Abhaltung von Vorlesungen unter Belassung des von ihnen erdienten Gehalts entbunden zu werden. Dies macht die Erweiterung des Vortrags in Tit. 3 in derselben Weise, wie er bei den Universitäten sich findet und die entsprechende Erhöhung der Position erforderlich.

Sächliche Ausgaben.

22. Erhöhung des Realetats

a. bei der kunstgeschichtlichen Sammlung von 430 ℳ auf 600 ℳ . . . . mehr 170 ℳ,
b. bei der bisherigen staatswissenschaftlichen Sammlung, künftig bei dem technisch-wirtschaftlichem Institut von 170 ℳ auf 800 ℳ . . . . mehr 630 ℳ,
c. bei der Modellsammlung für Ingenieurbaukunde von 1715 ℳ auf 2200 ℳ mehr 485 ℳ,
d. für ingenieur-wissentschaftliche Versuche und Demonstrationen von 1000 ℳ auf 2000 ℳ . . . . mehr 1000 ℳ,
e. des elektrotechnischen Laboratoriums von 7000 ℳ auf 8000 ℳ . . . mehr 1000 ℳ,
f. des organisch-chemischen Laboratoriums von 4500 ℳ auf 5000 ℳ . . mehr 500 ℳ,
g. für die landwirtschaftlichen Sammlungen von 2575 ℳ auf 3075 ℳ . mehr 500 ℳ,
h. für das landwirtschaftliche Laboratorium und Versuchsfeld von 3500 ℳ auf 4000 ℳ . . . . mehr 500 ℳ,
i. für die neu zu gründende Sammlung für Städtebau und Entwerfen . . . . 1000 ℳ.

Begründung:

Der Sachaufwand einer Anzahl von Sammlungen, Laboratorien und sonstigen Lehrinstituten bedarf infolge der steigenden Betriebskosten oder der Unzulänglichkeit der bisherigen Existenz oder infolge der Schaffung neuer Lehrstühle einer Erhöhung. Für den Sachbedarf des Lehrstuhls für Städtebau ist eine neue Position vorgesehen.

23. Zugang vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1 . . . . 1,940 ℳ

Summe 178,333 ℳ.

Hievon gehen ab:

a. Die Minderung am Sachenetat der landwirtschaftlichen Zentralversuchsstation (vergleiche die Begründung Ziff. 17 oben) . . . 1,500 ℳ,
b. Die seitherige Position für Prüfungsgebühren zu . . . . . . 4,000 ℳ,
(Die Vergütungen aus Anlaß der Diplomprüfungen sollen künftig ausschließlich aus den zur Erhebung kommenden Prüfungsgebühren bestritten werden.)
c. Die Willigung für außerordentliche sächliche Bedürfnisse in der Finanzperiode 1908 und 1909 zu . . . . 13,500 ℳ,
d. Die Erhöhung der eigenen Einnahmen zur Deckung der Ausgaben unter Ziff. 5 mit 9 oben . . . . 51,800 ℳ,
e. Die weitere Erhöhung der Einnahmen aus eingezogenen Zeugnisgebühren und Tantiemen-Anteilen (vergleiche Begründung Ziff. 1 oben) . . . . 10,200 ℳ,

Zusammen 81,000 ℳ.

Bleibt Mehrbedarf 97,333 ℳ.

Kap.	§	Tit.	
4			

Humanistische Gymnasien.

§ 2

Der Mehrbedarf an besonderen Staatszuschüssen mit . . . . 786,174 ℳ
wird in folgender Weise ausgewiesen:

Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs nach Anlage A . . . . 509,916 ℳ
(359,816 + 135,000 + 15,100)

Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen . . . . 151,972 ℳ

Ergänzung des Bedarfs für die Unterklassen der Gymnasien Rosenheim (16,250 ℳ) und Fürth (17,800 ℳ), der in der vorausgehenden Finanzperiode erst vom 1. Januar 1909 an auf den Staat übernommen worden ist . . . . 34,050 ℳ

Ergänzung des Bedarfs für die pädagogischen Seminare der Lehramtskandidaten für neuere Sprachen, der gleichfalls erst vom 1. Januar 1909 an bewilligt war 10,000 ℳ

Neue Stellen:

a. Katholische Religionslehrerstelle nach Klasse 12 der Gehaltsordnung für das Gymnasium Bayreuth vom 1. September 1910 an . . 1,280 ℳ,
b. Musiklehrerstelle für das Gymnasium Lohr . . . . 939 ℳ,
c. 25 Assistenten à 1710 ℳ . . . . 42,750 ℳ,

Zusammen 44,969 ℳ

abzüglich des Bedarfs für eine in Wegfall gekommene Schuldienerstelle am Gymnasium Bayreuth mit . . . . 1,300 ℳ — 43,669 ℳ

ad a. Da der katholische Pfarrklerus von Bayreuth nicht mehr imstande ist, am dortigen Gymnasium den katholischen Religionsunterricht zu erteilen, dürfte für diese Anstalt, die von etwa 80 katholischen Schülern besucht wird, ein eigener katholischer Religionslehrer aufzustellen sein.

ad b. Am Gymnasium Lohr wurde nach früheren Normen auf Grund einer vom Landtage ausgesprochenen allgemeinen Ermächtigung aus Stundenhonoraren eine statusmäßige Musiklehrerstelle errichtet, für die nunmehr der durch die Stundenhonorare und den Zuschuß des Progymnasiums nicht gedeckte Mehrbedarf postuliert wird.

ad c. An den humanistischen Gymnasien befindet sich eine Reihe von Assistenten, für welche etatsmäßig die Mittel nicht vorgesehen sind, deren Honorierung vielmehr aus Erübrigungen erfolgen muß. Um in dieser Beziehung nach und nach geordnete Verhältnisse zu schaffen, werden, wie seit mehreren Finanzperioden, wieder die Mittel für eine Anzahl von Assistenten, und zwar diesmal für 25 postuliert.

Festsetzung des Gehaltsbezuges der Gymnasialassistenten auf jährlich 1800 ℳ; Mehrbedarf . . . . 2,250 ℳ

Wie bei den Assistenten der Hochschulen, dürfte auch bei den Assistenten der Gymnasien eine Neuregelung der Gehaltsbezüge veranlaßt sein, wobei ihr Jahresgehalt auf 1800 ℳ festzusetzen wäre.

Mehrbedarf für sächliche Ausgaben, und zwar:

Für Regiebedürfnisse, Unterrichtsmittel ꝛc. . . . . 20,277 ℳ
(hauptsächlich infolge Steigerung der Preise für Beheizung, Beleuchtung, Reinigung ꝛc.)

Für Lokalitätenmiete . . . . 5,040 ℳ
(hauptsächlich für das Maximiliansgymnasium in München, das einen Teil der freigewordenen Räume der Kreislehrerinnen-Bildungsanstalt übernommen hat.)

Zugang vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1 . . . . 9,000 ℳ — 34,317 ℳ
(Bisher ständige Bauausgaben.)

Summe 786,174 ℳ.

Kap.	§	Tit.		
5			**Realgymnasien.**	
			Der Mehrbedarf gegenüber den Willigungen in der Finanzperiode 1908 und 1909 wird wie folgt ausgewiesen:	
	1		Persönliche Ausgaben.	
			1. Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs nach Vortrag in Anlage A	44,250 ℳ
			2. Ergänzung des Bedarfs für die in der Finanzperiode 1908 und 1909 mit Raten bewilligten neuen Stellen	2,842 ℳ
			3. Für Gehaltsvorrückungen und sonstige Gehaltsergänzungen	21,111 ℳ
			4. Mehrbedarf infolge Einrückens eines Religionslehrers in den Gehalt der Gymnasialprofessoren	300 ℳ
			5. Neue Stellen, und zwar:	
			a. für Würzburg zwecks Ausbaues der Anstalt zu einer Vollanstalt einen Gymnasiallehrer (Klasse 12 der Gehaltsordnung)	3,000 ℳ
			b. für Augsburg einen Gymnasialturnlehrer (Klasse 14 der Gehaltsordnung) 3000 ℳ abzüglich der bisherigen Aufwendungen für den gemeinsamen Turnlehrer des humanistischen Gymnasiums St. Anna und des Realgymnasiums zu 1120 ℳ + 1728 ℳ = 2848 ℳ	152 ℳ
			c. infolge der Frequenzmehrungen, die sich auf sämtliche Anstalten verteilen, und der infolgedessen nötig gewordenen Klassenteilungen:	
			5 Gymnasiallehrerstellen (Klasse 12) à 3000 ℳ = ...	15,000 ℳ
			1 Gymnasialturnlehrerstelle (Klasse 14)	3,000 ℳ
			6 Assistentenstellen à 1710 ℳ = ...	10,260 ℳ
			6. Für Aufbesserung der Bezüge der Assistenten sind erforderlich	540 ℳ
			7. Für München war infolge der Lokalitätenvermehrung die Aufstellung eines ständigen Schuldieners in nichtetatsmäßiger Eigenschaft geboten; Jahresbedarf .	1,278 ℳ
			8. Für Wochenstundenhonorare — Fachnebenunterricht — ergibt sich ein Mehrbedarf von	1,946 ℳ
			9. Für Besorgung des Kasse- und Rechnungswesens und für Schreibaushilfe beim Realgymnasium Augsburg . . . . . (Diese Vergütungen waren bisher unter den sächlichen Ausgaben vorgetragen.)	650 ℳ
			Summe § 1	104,329 ℳ
	2		Sächliche Ausgaben.	
			An sächlichen Ausgaben ergibt sich durch Steigerung der Beträge für Beheizung, Beleuchtung, Reinigung und für Unterrichtsmittel ein Mehr von . . . . . (abzüglich des nach Ziffer 9 oben zu den persönlichen Ausgaben transferierten Betrages von 650 ℳ),	8,587 ℳ
			ferner an Lokalitätenmieten (in München, Nürnberg und Augsburg) ein Mehr von . . .	12,658 ℳ
			Vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1 kommen hier in Zugang	1,070 ℳ
			Für die allgemeine Einführung der physikalisch-chemischen Schülerübungen vom Schuljahre 1911/12 an ergibt sich ein dauernder Mehrbedarf, dessen Höhe erst auf Grund weiterer Erfahrungen festgestellt werden kann. Vorläufig wird hiefür ein Teilbetrag von . für jedes Jahr der Finanzperiode in Ansatz gebracht.	1,000 ℳ
			Für einmalige Anschaffungen aus Anlaß der Einführung dieser Schülerübungen werden vorerst 2000 ℳ vorgesehen, verteilt auf die beiden Jahre der Finanzperiode = . .	1,000 ℳ
			Summe § 2	24,315 ℳ

Kap.	§	Tit.		
5	3		**Für die pädagogisch-didaktische Vorbildung der Lehramtskandidaten.**	
			Ebenso wie für die Lehramtskandidaten der alten und der neueren Sprachen, der Mathematik und der Realien Seminare zur pädagogisch-didaktischen Ausbildung bestehen, soll nunmehr auch für die Zeichenlehramtskandidaten ein einjährig pädagogisches Seminar eingerichtet und der Besuch den Kandidaten zur Pflicht gemacht werden. Die Kosten hiefür sind auf jährlich 12,000 ℳ und mit Rücksicht auf den erst für den Herbst des Jahres 1910 in Aussicht genommenen Beginn für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 auf . . veranschlagt.	9,000 ℳ
			Summe § 3 für sich.	
			Hiezu Summe § 2	24,315 ℳ
			„ § 1	104,329 ℳ
			Gesamter Mehrbedarf	137,644 ℳ.
			Mit Rücksicht auf die fortgesetzte Steigerung der Schülerzahl sowie darauf, daß die Schulgeldtantiemen in Wegfall gekommen sind, kann der Budgetansatz der eigenen Einnahmen um	5,000 ℳ
			erhöht werden, so daß ein Mehrbedarf verbleibt von	132,644 ℳ.
6			**Technikum in Nürnberg.**	
	1		**Persönliche Ausgaben.**	
			Der Mehrbedarf für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird wie folgt ausgewiesen:	
		1	1. Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs nach Vortrag in Anlage A	11,849 ℳ
			2. Für Gehaltsvorrückungen	3,106 ℳ
			3. An neuen Stellen sind gefordert:	
			Eine Konrektorstelle nach Kl. 7 der Geh.-Ordg. gegen Einzug einer Professorenstelle nach Kl. 9 der Geh.-O. und des bisher für die Vertretung des Direktors ausgeworfenen Bezugs von 360 ℳ (6000 — [4800 + 360 ℳ]) = 840 ℳ Jahresbedarf vom 1. September 1910 an = für ein Jahr der Finanzperiode	560 ℳ
			Für die Schaffung einer Konrektorstelle am Technikum besteht das gleiche dienstliche Bedürfnis wie für derartige Stellen an den Gymnasien. Die Masse der Verwaltungsgeschäfte ist eher noch größer; die Gliederung des Technikums in 4 Abteilungen, die zahlreichen Sammlungen, Laboratorien und Betriebsstätten, die Verschiedenartigkeit des Schülermaterials erfordern eine intensive Tätigkeit der Leitung.	
			1 Reallehrerstelle vom 1. Januar 1910 an	3,000 ℳ
			2 Assistentenstellen à 1710 ℳ vom 1. Januar 1910 an	3,420 ℳ
			1 Reallehrerstelle = 3000 ℳ Jahresbedarf vom 1. September 1910 an = für ein Jahr der Finanzperiode	2,000 ℳ
			1 Werkmeisterstelle à 2100 ℳ vom 1. September 1910 an = für ein Jahr der Finanzperiode	1,400 ℳ
			Die Schaffung dieser Stellen erscheint geboten durch den Ausbau des Technikums und durch die erfreuliche Entwicklung der Schülerfrequenz, welche Klassenteilungen notwendig macht. Die Werkmeisterstelle ist für die elektrotechnische Abteilung bestimmt, die eine solche zurzeit noch nicht besitzt.	
			Für die Aufbesserung der Assistentenbezüge sind erforderlich	180 ℳ
			Seite	25,515 ℳ

Kap.	§	Tit.		
6	1		Übertrag	25,515 ℳ
		3	Tagegelder und Reisekosten	1,000 ℳ
			Die Position ist für Exkursionen bestimmt, welche alljährlich von den Lehrern der Anstalt mit den Schülern zum Besuch von Fabriken, Ingenieurbauten ꝛc. im Interesse des Unterrichts unternommen werden sollen und für welche die Lehrer Tagegelder und Reisekosten nach den geltenden Bestimmungen zu liquidieren berechtigt sind.	
			Summe § 1	26,515 ℳ
	2		**Sächliche Ausgaben.**	
			Der Mehrbedarf von 4789 ℳ für Regiebedürfnisse (Beheizung, Beleuchtung, Reinigung) und Unterrichtsmittel ist gedeckt durch die Erhöhung der eigenen Einnahmen.	
			Vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1 kommen in Zugang	600 ℳ
			Gesamter Mehrbedarf zu Kap 6	27,115 ℳ.
7			**Gewerbliche Fach- und Fortbildungsschulen.**	
	1		**Baugewerkschule mit Gewerbelehrerinstitut in München.**	
			Durch das Budget für 1908 und 1909 war für persönliche und sächliche Ausgaben einschließlich der Stipendien für Gewerbelehrer ein Aversalbetrag von	166,846 ℳ
			bewilligt; dazu kommt der Anteil am Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse mit	6,360 ℳ
			demnach Willigung für 1908 und 1909	173,206 ℳ.
			Im Budget für 1910 und 1911 ist, da die Organisation der Anstalt in der Hauptsache als durchgeführt zu erachten ist, der persönliche und sächliche Bedarf ausgeschieden veranschlagt; er beträgt zusammen	185,334 ℳ
			sohin mehr .	12,128 ℳ.
			Dieser Mehrbedarf wird wie folgt ausgewiesen:	
			1. Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs nach Vortrag in Anlage A	6,570 ℳ
			2. Für Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen	4,667 ℳ
			3. Für neue Stellen, und zwar 2 Reallehrerstellen für die zu erwartende Parallelabteilung des 5. Kurses vom Wintersemester 1910/11 an: 6000 ℳ Jahresbedarf vom 1. Oktober 1910 an = für ein Jahr der Finanzperiode	3,750 ℳ
			4. Zugang vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1	250 ℳ
			Summe .	15,237 ℳ
			Hievon gehen ab als durch höhere eigene Einnahmen und durch den Winterbedarf für nebenamtliche Lehrkräfte gedeckt	3,109 ℳ
			bleibt Mehrbedarf zu § 1 .	12,128 ℳ

Kap.	§	Tit.	
8			**Lehrer- und Lehrerinnenbildungsanstalten.**
			A. Vollständige Lehrerbildungsanstalten und Schullehrerseminare.
	2		Der vorliegende Etat weist gegenüber dem Budget der vorigen Finanzperiode einen Mehrbetrag von . . . 166,589 M aus.
			Davon treffen:
			1. auf den Mehrbedarf für Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs nach Vortrag in Anlage A . . . 72,156 M
			2. auf Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen . . . 17,984 M
			3. Die neue Lehrerbildungsanstalt in Pasing konnte nicht, wie in Aussicht genommen war, schon mit Beginn des Schuljahres 1909/10 eröffnet werden, wird aber mit Beginn des Schuljahres 1910/11 in Benützung genommen werden. Demgemäß ist im Budget für 1910 und 1911 der Bedarf dieser Anstalt für die Zeit vom 1. September 1910 bis 31. Dezember 1911 und für 2 Lehrstellen vom 1. Januar 1910 an vorgesehen. Diese beiden Stellen sind bestimmt für eine am Schullehrerseminar Freising zu bildende, wegen Platzmangel bis zur Eröffnung der Pasinger Anstalt nach Eichstätt zu verlegende Parallelabteilung des 1. Seminarkurses, welche bei rechtzeitiger Eröffnung der Pasinger Anstalt bereits zum Bestande der letzteren gehört hätte.
			Der Mehrbedarf der Lehrerbildungsanstalt Pasing ergibt für ein Jahr der Finanzperiode
			für Besoldungen der Beamten . . . 20,918 M,
			für sonstige persönliche Ausgaben . . . 1,043 M,
			für sächliche Ausgaben . . . 9,623 M,
			zusammen . 31,584 M.
			4. Durch Gesamtbeschluß des Landtags zum Etat für 1908 und 1909 (Beil. 659 S. 476 Z. 4) ist die Ermächtigung erteilt worden, das im Laufe dieser beiden Jahre infolge Errichtung von Parallelabteilungen notwendig werdende Lehrpersonal vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtags aufzustellen. Auf Grund dieser Ermächtigung wurden aufgestellt:
			1 Präparandenlehrer an dem Lehrerseminar Freising . . . 2,400 M,
			1 Präparandenhilfslehrer an der gleichen Anstalt . . . 1,710 M.
			5. An der Lehrerbildungsanstalt Lauingen soll ein Pedell, der zugleich die Stelle eines Haus- und Speisemeisters zu versehen hätte, mit einem Bezug von 1500 M aufgestellt werden. Von diesem Betrage gehen infolge anderweitiger Regelung der Kostgebung ab die bisherigen etatsmäßigen Leistungen an den Speisemeister für Verpflegung des Dienstpersonals mit 1456 M, sohin wirklicher Mehrbedarf . . . 44 M
			6. Die Vergütungen für Anstaltsärzte in Kaiserslautern, Amberg und Bayreuth erfordern einen Mehrbedarf von 430 M, die Honorare für Unterricht in Nebenfächern in Kaiserslautern, Freising und Amberg einen solchen von 288 M und die Aufstellung eines nichtetatsmäßigen Pedells bei der Lehrerbildungsanstalt Amberg einen solchen von 300 M, zusammen . . . 1,018 M
			Seite 126,896 M

Kap.	§	Tit.		
8	2		Übertrag	126,896 ℳ
			7. Mit Beginn des Schuljahrs 1909/10 wurden mit Allerhöchster Genehmigung das Lehrerseminar und die Präparandenschule in Bamberg zu einer vollen Lehrerbildungsanstalt vereinigt. Infolge dieser organisatorischen Maßnahme ergibt sich ein Zugang beim Etat der Lehrerbildungsanstalt Bamberg in folgenden Beträgen, welche bisher im Etat der Präparandenschule enthalten waren, nämlich für Besoldungen der Beamten . . . . 17,020 ℳ, für sonstige persönliche Ausgaben . . . . 1,764 ℳ, für sächliche Ausgaben . . . . 3,178 ℳ, zusammen	21,962 ℳ
			8. Der Bedarf für die vom 1. Januar 1910 an in Aussicht genommene Aufbesserung der Bezüge der Seminarassistenten auf 1800 ℳ berechnet sich auf	4,730 ℳ
			9. Für sächliche Ausgaben ergibt sich bei verschiedenen Anstalten für Entlohnung des Dienstpersonals, für Regiebedürfnisse, Beleuchtung, Beheizung, Pachtung von Spielplätzen, Ergänzung der Unterrichtsmittel, Schulgottesdienst, Krankenpflege u. dgl. ein Mehrbedarf im Gesamtbetrage von	9,401 ℳ
			10. Endlich ergibt sich ein Mehrbedarf an sächlichen Ausgaben durch Zugang von Ziff. IV Kap. 3 § 1 des Etats im Betrage von	3,600 ℳ
			sohin Gesamtmehrbedarf	166,589 ℳ
			Es wird beabsichtigt, wenn tunlich schon mit Beginn des Schuljahres 1911/12 den vollen Lehrerbildungsanstalten, dann den Lehrerseminarien einen weiteren Kurs (III. Seminarkurs) anzugliedern. Da derselbe vorwiegend der praktischen Ausbildung der Seminaristen gewidmet sein soll, so wird er voraussichtlich eine wesentliche Vermehrung des Lehrpersonals nicht bedingen. Nur bei Aufnahme einer Fremdsprache als obligatorischen Unterrichtsgegenstand in den neuen Lehrplan würde für die Erteilung dieses Unterrichts mit der allmählichen Durchführung durch die sämtlichen Kurse nach und nach die Aufstellung geeigneter Lehrkräfte notwendig werden. Bestimmte Angaben hierüber können noch nicht gemacht werden. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 erscheint ein Postulat noch nicht angezeigt, da im Bedarfsfalle der fremdsprachliche Unterricht fast überall zunächst durch nebenamtlich beschäftigte Lehrkräfte wird erteilt werden können.	
8			**B. Präparandenschulen.**	
			Für die Präparandenschulen ergibt sich gegenüber dem Budget der letzten Finanzperiode ein Gesamtmehrbedarf von	49,437 ℳ
			Derselbe wird wie folgt ausgewiesen:	
	1		Zu § 1. Persönliche Ausgaben sind erforderlich:	
			1. Für Aufbesserung nach Vortrag in Anlage A	43,139 ℳ
			2. Für Gehaltsvorrückungen und Ergänzungen	10,509 ℳ
			3. Bei der mit 1. September 1908 ins Leben getretenen Präparandenschule in Münchberg ist mit Beginn des Schuljahres 1909/10 der zweite und mit Beginn des Schuljahres 1910/11 der dritte Kurs zu errichten. Hiefür ergibt sich folgender Mehrbedarf: a. für Ergänzung der in der Finanzperiode 1908 und 1909 nur mit Raten bewilligten Besoldung der Beamten . . . . 3,438 ℳ Wochenstundenhonorare und sonstige persönliche Ausgaben . . 795 ℳ 4,233 ℳ b. für einen weiteren Präparandenlehrer vom 1. September 1910 an 1600 ℳ c. für einen nichtetatsmäßigen Schuldiener . . . . 300 ℳ sohin für Münchberg zusammen	6,133 ℳ
			Seite	59,781 ℳ

Kap.	§	Tit.		
8	1		Übertrag	59,781 ℳ
			4. Auf Grund der durch Gesamtbeschluß des Landtags zum Etat für 1908 und 1909 erteilten Ermächtigung (Beil. 659 S. 476 Ziff. 4) wurde an der Präparandenschule Kronach eine neue Präparandenlehrerstelle errichtet mit einem Bedarf von 2400 ℳ. Von diesem gehen aber ab die Stundenhonorare für Zeichen- und Turnunterricht mit . . . . 1200 ℳ	
			demnach Mehrbedarf	1200 ℳ
			5. Für Erhöhung der Bezüge nichtetatsmäßiger Schuldiener in Rosenheim, Landshut, Kirchheimbolanden, Kulmbach und Neustadt a. S. sind erforderlich	306 ℳ
			sohin Gesamtbedarf für persönliche Ausgaben	61,287 ℳ
			Hievon kommen infolge der am 1. September 1909 durchgeführten Vereinigung der Präparandenschule Bamberg mit dem dortigen Lehrerseminar zu einer vollen Lehrerbildungsanstalt in Wegfall	19,173 ℳ
			(davon 18,784 ℳ auf den Etat der Lehrerbildungsanstalt Bamberg übertragen), so daß verbleibt zu § 1 eine Mehrung von	42,114 ℳ
	2		**Zu § 2. Sächliche Ausgaben.**	
			1. Der Ausbau der neuen Präparandenschule in Münchberg erfordert . . . . . an dauernden und wie in der vorigen Finanzperiode 3300 ℳ für jedes Jahr der Finanzperiode für Ausstattung mit Unterrichtsmitteln, insbesondere Musikinstrumenten.	1,485 ℳ
			2. Für Regie- und Unterrichtsmittel sämtlicher Anstalten ergibt sich ein Mehrbedarf von	4,502 ℳ
			3. Für Mietzinse in Münchberg, Landsberg, Pfarrkirchen, Edenkoben, Regensburg, Weiden, Neustadt a. A. und Haßfurt ein Mehrbedarf von	4,981 ℳ
			und 4. vom Etat Ziff. IV Kap. 3 § 1 ein Zugang von	800 ℳ
			zusammen	11,768 ℳ.
			Diese Mehrungen sind bedingt durch die im allgemeinen anhaltende Frequenzsteigerung bei den Präparandenschulen, bei den Mietpreisen teils durch Zumietung weiterer Räume, teils durch Mietsteigerungen anläßlich baulicher Änderungen und Verbesserungen an den Mietobjekten.	
			Hievon geht ab der seitherige Sachenetat der Präparandenschule Bamberg mit . . (wovon 3178 ℳ auf den Etat der Lehrerbildungsanstalt Bamberg übertragen wurden — s. A. Z. 7 —)	4,418 ℳ
			sohin wirklicher Mehrbedarf für sächliche Ausgaben	7,350 ℳ.
	3		**Zu § 3. Sustentationen und Alimentationen.**	
			Durch den Wegfall eines unterstützungsberechtigten Kindes ergibt sich ein Minderbedarf von	27 ℳ.

Kap.	§	Tit.	
8	1 mit 3		**Zusammenstellung.**

Mehrbedarf zu § 1	42,114 ℳ
„ „ § 2	7,350 ℳ
zusammen	49,464 ℳ
Minderbedarf zu § 3	27 ℳ
bleibt Gesamtmehrung	49,437 ℳ.

Für Abhaltung von Ferienkursen ist wie in der letzten Finanzperiode der Betrag von 5500 ℳ insgesamt vorgesehen. Davon sind 3000 ℳ bei den vollen Lehrerbildungsanstalten und Seminarien und 2500 ℳ bei den Präparandenschulen eingestellt. Es dürfte, wie bisher, die Staatsregierung zu ermächtigen sein, von dieser Gesamtsumme den Hauptteil, etwa jährlich 4500 ℳ, zur Gewährung von Unterstützungen an die zu Hochschulstudien behufs Ablegung der Lehramtsprüfung beurlaubten Lehrkräfte von Lehrerbildungsanstalten, den Rest zur Veranstaltung periodischer Ferienkurse für Lehrerbildner zu verwenden.

10 | 2 | 2

Zuschüsse für die Oberrealschulen.

a. Die Staatszuschüsse für die Oberrealschulen waren seither mit 1/4 des Gesamtbedarfs der vormaligen sechsklassigen Anstalten unter Zugrundelegung der Etats für das Jahr 1907 nach Abzug der eigenen Einnahmen bemessen. Schon bei Errichtung der Oberrealschulen aber war den Kreisen eine Erhöhung des Staatszuschusses bis zu 1/3 des nach dem Etatsentwurf für 1907 nach Abzug der eigenen Einnahmen sich ergebenden Gesamtbedarfs der sechsklassigen Anstalt in Aussicht gestellt worden, wenn sich herausstellen sollte, daß mit dem Viertel der durch die Anfügung der 3 oberen Klassen verursachte Mehrbedarf nicht gedeckt wäre. Diese Voraussetzung wird nach den gepflogenen Erhebungen im Jahre 1910 für alle Oberrealschulen gegeben sein. Schon nach dem Stande des Jahres 1909 überschreitet der Mehraufwand für die 3 oberen Klassen — ohne Einrechnung des Aufbesserungsbedarfs — den gewährten Staatszuschuß bei allen Anstalten mit Ausnahme von München und Regensburg. Auch bei den beiden letzteren Anstalten wird schon im Jahre 1910 der Aufwand für die oberen Klassen, zumal bei Einrechnung des Aufbesserungsbedarfs, das Viertel übersteigen. Die Erhöhung des Staatszuschusses auf ein 1/3 des Gesamtbedarfs nach dem Stand von 1907 erfordert einen Mehrbedarf von jährlich 63,270 ℳ.

b. In der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 12. Juni 1908 (Sten. Ber. Bd. V. S. 413) war von seiten des K. Staatsministers erklärt worden, es werde bei Aufstellung des nächsten Budgets in Erwägung gezogen werden, ob nicht für jene Oberrealschulen, welche durch Gewährung des Viertels ganz außerordentlich im Rückstand geblieben sind, eine einmalige Zuwendung über das Viertel hinaus gegeben werden könnte. Ein außerordentlicher Mehraufwand über das gewährte Viertel hinaus hat sich bei den Oberrealschulen in Kaiserslautern, Ludwigshafen, Nürnberg und Augsburg ergeben. Es ist deshalb in Aussicht genommen, für die Oberrealschule in Kaiserslautern einen einmaligen Zuschuß von 10,000 ℳ, für die in Ludwigshafen einen solchen von 6000 ℳ und für die Oberrealschulen in Nürnberg und Augsburg einen solchen von je 7000 ℳ zu gewähren. Der Gesamtbedarf beliefe sich auf 30,000 ℳ, für ein Jahr der Finanzperiode sohin auf 15,000 ℳ.

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
13			**Akademie der Wissenschaften.**		
			An Neu- und Mehrforderungen kommen in Ansatz:		
	2	1	1. Erhöhung des Etats für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Beheizung, Beleuchtung, Reinigung ꝛc. ꝛc. von 5000 ℳ auf 8000 ℳ. Es handelt sich hier nicht um eine eigentliche Mehrforderung, sondern lediglich um die Übertragung des Bedarfs für eine Reihe von Ausgaben, die bisher auf die allgemeine Position der nach Anfall zahlbaren sog. ständigen Bauausgaben verrechnet wurden, aus dieser Position auf den Etat für Regiebedürfnisse.	3,000	—
			2. Ersatz der dem Hausmeister der Akademie der Wissenschaften Ludwig Sachs abhanden gekommenen Banknotensumme von 10,000 ℳ. Am 30. März 1907 kamen dem Hausmeister der Akademie der Wissenschaften und Diener des K. Generalkonservatoriums der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates Ludwig Sachs 10,000 ℳ, die er in Banknoten bei der K. Filialbank für die Kasse der K. Akademie und des K. Generalkonservatoriums erhoben hatte, auf dem Wege von der Bank zum Akademiegebäude abhanden. Die von der K. Polizeidirektion eingeleiteten Erhebungen waren ergebnislos, ebensowenig führte die Aussetzung einer Belohnung von 500 ℳ durch die K. Akademie zur Wiederbeschaffung des Geldes. Die K. Rechnungskammer, die sich mit der Frage der Haftung des Hausmeisters Sachs zu befassen hatte, gelangte auf Grund der gepflogenen Erhebungen zu der Überzeugung, daß Sachs bei dem Geldtransporte fahrlässig gehandelt habe und erklärte ihn mit Bescheid vom 27. Juli 1907 für verpflichtet, die abhanden gekommene Summe von 10,000 ℳ an die Akademiekasse zu ersetzen. Nachdem dieser Beschluß die Rechtskraft beschritten hatte, wurde angeordnet, daß von der Pension des inzwischen in den Ruhestand versetzten Hausmeisters Sachs zu 2031 ℳ jährlich ein Betrag von 231 ℳ zur teilweisen Tilgung der ärarialischen Ersatzforderung einzubehalten sei. Von einem weitergehenden Zugriff wurde mit Rücksicht auf das geringe Vermögen des Sachs und dessen Familienverhältnisse abgesehen. Da sich die Ersatzsumme, die durch die Pensionsabzüge erreicht werden wird, nicht im voraus bestimmen läßt und anderseits die Akademiekasse der baldigen Deckung des Fehlbetrages bedarf, erscheint es angezeigt, die Gesamtsumme von 10,000 ℳ anzufordern, während die Pensionsabzüge in der Staatsfondsrechnung unter den „Gemischten Einnahmen" verrechnet werden.	—	5,000
		2	3. Erhöhung der Etatposition für akademische Druckschriften von 24,000 ℳ auf 30,000 ℳ . . . . Die Druckpreise haben in den letzten Jahren eine wiederholte Steigerung erfahren. Ohne Erhöhung des Druckschriftenetats wäre die Akademie gezwungen, ihre Veröffentlichungen einzuschränken, wodurch das wissenschaftliche Ansehen der Akademie leiden würde.	6,000	—
			4. Erhöhung der Etatsposition zur Herausgabe eines Thesaurus linguae latinae von 5000 ℳ auf 6000 ℳ . . . . Die Kommission zur Herausgabe des Thesaurus linguae latinae will drei weitere Assistenten aufstellen, um die Arbeiten zu beschleunigen. Nach den bisherigen Erfahrungen können die seinerzeit dem subskribierenden Publikum gemachten Zusagen (Abschluß des Werkes im Jahre 1915) nur eingehalten werden, wenn die jährliche Arbeitsleistung gesteigert wird. Zur Deckung der durch die Personalmehrung erwachsenden Kosten soll jede der beteiligten Akademien (Berlin, Göttingen, München, Leipzig und Wien) ihren jährlichen Zuschuß um 1000 ℳ erhöhen.	1,000	—

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
13	2	2	5. Zuschuß zu den Kosten des im Verlage von F. Bruckmann in München erscheinenden Werkes Monumenta Palaeographica von Dr. Anton Chroust	—	3,000
			Der o. Professor an der Universität Würzburg Dr. Anton Chroust gibt im Verlage v. F. Bruckmann in München unter dem Titel: „Monumenta Palaeographica, Denkmäler der Schreibkunst des Mittelalters“, ein groß angelegtes Werk heraus, das den Zweck verfolgt, das allgemein zugängliche Material für die theoretische Erforschung der Geschichte der Schrift zu vermehren und den praktischen paläographischen Unterricht durch ein neues Lehrmittel zu fördern. Die Kosten für die Herstellung des Werkes sind sehr hoch und können durch die Einnahmen aus dem Verkauf der einzelnen Lieferungen nicht gedeckt werden. Im Hinblick auf den hohen wissenschaftlichen Wert des Unternehmens, das der Oberaufsicht der Zentraldirektion der Monumenta Germaniae historica unterstellt ist, hat das Reichsamt des Innern einen Beitrag von 10,000 ℳ bewilligt. Ferner hat die Akademie der Wissenschaften in Wien eine Unterstützung von 2000 Kronen zugesichert. Der nach dem Finanzierungsplane noch erforderliche Restzuschuß von 6000 ℳ dürfte, da es sich um das Werk eines bayerischen Gelehrten handelt, aus der bayerischen Staatskasse bereitgestellt werden.		
14			**Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates.**		
	1		Persönliche Ausgaben.		
			An Neu- und Mehrforderungen kommen in Ansatz:		
		1	1. Errichtung einer neuen Dienerstelle I. Ordnung nach Klasse 25 der Gehaltsordnung mit einem Gehalte von jährlich 1500 ℳ beim K. Münzkabinett vom 1. September 1910 an.		
			Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	1,000	—
			Zur Ergänzung der im Münzkabinett vorhandenen Sicherheitsvorrichtungen und neben der Feuerwache im Wilhelminischen Gebäude ist die Aufstellung eines weiteren Dieners für das Münzkabinett erforderlich, der täglich von 6 Uhr abends bis 8 Uhr morgens und an Sonn- und Feiertagen von 1—6 Uhr nachmittags zum Schutz und zur Bewachung der überaus wertvollen Bestände der Sammlung anwesend sein muß und der auch im übrigen für die Geschäfte des Münzkabinetts, insbesondere zur Aufsicht während der öffentlichen Besuchsstunden, zu verwenden ist.		
			2. Errichtung einer nichtetatsmäßigen Assistentenstelle III. Ordnung mit einem Bezuge von jährlich 1230 ℳ an dem physiologischen Institut	1,230	—
			Infolge der Einführung der obligatorischen physiologischen Kurse für die Mediziner hat sich eine Vermehrung des wissenschaftlichen Hilfspersonals, das bisher aus zwei Assistenten bestand, als notwendig erwiesen. Die Kurse sind so stark besucht, daß Parallelkurse eingerichtet werden müssen. Auch abgesehen von diesen Kursen hat sich die Frequenz des physiologischen Instituts sehr gehoben. Um dem dringenden Bedürfnisse abzuhelfen, wurde einstweilen ein Aushilfsassistent aufgenommen und aus Universitätsmitteln besoldet. Da aber das Bedürfnis ein dauerndes ist, soll eine neue Assistentenstelle errichtet werden.		

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben ℳ	Einmalige künftig wegfallend Ausgaben ℳ
14	1	1	3. Errichtung einer neuen Dienerstelle II. Ordnung nach Klasse 28 der Gehaltsordnung mit einem Gehalte von jährlich 1300 ℳ bei dem physiologischen Institut	1,300	—
			Für diese Forderung sind die gleichen Gründe maßgebend wie für die Errichtung einer neuen Assistentenstelle. Bisher hatte das physiologische Institut zwei Diener. Diese sind den infolge der Frequenzsteigerung fortwährend sich mehrenden Obliegenheiten nicht mehr gewachsen. Es wurde deshalb zunächst ein Aushilfsdiener aufgenommen und vorläufig von der Universität besoldet. Da aber der dritte Diener nicht wieder entbehrt werden kann, soll eine etatsmäßige Dienerstelle errichtet werden.		
			4. Errichtung einer Kustosstelle nach Klasse 12 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalt von 3000 ℳ bei der K. Sternwarte vom 1. September 1910 an.		
			Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	2,000	—
			Die Sternwarte besitzt nur zwei wissenschaftlich gebildete Hilfskräfte, einen Konservator und einen Assistenten. Diese Besetzung reicht für die der einzigen staatlichen Sternwarte in Bayern obliegenden Aufgaben nicht aus. Da es im Interesse der wissenschaftlichen Tätigkeit der Sternwarte gelegen ist, daß die Hilfskräfte tunlichst lang dem Institut erhalten bleiben, soll die erforderliche neue Stelle als Kustosstelle errichtet werden.		
			5. Errichtung einer neuen Dienerstelle II. Ordnung nach Klasse 28 der Gehaltsordnung mit einem jährlichen Gehalte von 1300 ℳ für die zoologische Sammlung vom 1. September 1910 an.		
			Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	867	—
			Bei der zoologischen Sammlung bestehen zurzeit zwei Dienerstellen. Ein Diener ist ständig im Gerberaum beschäftigt, so daß für die mannigfachen Dienergeschäfte in der Sammlung nur ein Diener verfügbar ist. Da dieser den vielen Anforderungen, die an ihn gestellt werden, nicht genügen kann, soll eine weitere Dienerstelle errichtet werden.		
			6. Errichtung einer nichtetatsmäßigen Assistentenstelle III. Ordnung mit einem Bezuge von jährlich 1230 ℳ bei dem zoologischen Institut vom 1. September 1910 an.		
			Bedarf für ein Jahr der Finanzperiode	820	—
			Die Frequenz des zoologischen Instituts hat sich in den letzten Semestern in sehr erheblichem Maße gesteigert, (S.S. 1906: 112 Praktikanten, W.S. 1906/07: 95 Prakt. S.S. 1908: 189 „ W.S. 1908/09: 145 „). Nach vorliegenden Anzeigen ist damit zu rechnen, daß die Frequenz sich auch künftig auf dieser Höhe halten wird. Dem Vorstande stehen für den Unterricht und für die Vorbereitung des Unterrichts nur ein Kustos und ein Assistent zur Seite. Da diese Hilfskräfte zur Bewältigung der umfangreichen und verantwortungsvollen Aufgabe nicht ausreichen, soll ein weiterer Assistent aufgestellt werden.		
			7. Für Aufbesserung der Assistentenbezüge	3,740	—
			Die Verhältnisse sind bei den Assistenten der wissenschaftlichen Sammlungen ganz ähnlich wie bei den Assistenten der Hochschulen gelagert. Die künftige Regelung der Bezüge soll hier in gleicher Weise wie bei letzteren erfolgen.		

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
14	2		**Sächliche Ausgaben.**		
		2	1. Erhöhung des Regieetats für den botanischen Garten von 34,228 ℳ auf 36,000 ℳ	1,772	—
			Es handelt sich hier nicht um eine eigentliche Mehrforderung, sondern lediglich um die Uebertragung des Bedarfs für eine Reihe von Ausgaben, die bisher auf die allgemeine Position der nach Anfall zahlbaren sog. ständigen Bauausgaben verrechnet wurden, aus dieser Position auf den Etat für Regiebedürfnisse.		
			2. Erhöhung des Regieetats für das chemische Laboratorium von 25,000 ℳ auf 31,500 ℳ (einschließlich 200 ℳ durch Übertragung vom Personaletat).	6,500	—
			a) Die Kosten für Beheizung, Beleuchtung ꝛc. haben sich beim chemischen Laboratorium in den letzten Jahren namentlich infolge der aus feuerpolizeilichen und hygienischen Gründen durchgeführten Änderungen im Heizsystem und in der Ventilationsanlage, dann aber auch infolge der Frequenzsteigerung um mehr als 4500 ℳ erhöht. Ferner sind die Preise für Metallwaren und chemische Apparate in der letzten Zeit um 10—25 % gestiegen. Es ist deshalb eine Erhöhung des Regieetats um jährlich 5000 ℳ notwendig.		
			b) Bei der weiteren Erhöhung um 1300 ℳ handelt es sich nicht um eine Mehrforderung, sondern — wie beim botanischen Garten — lediglich um eine Übertragung aus der Position der nach Anfall zahlbaren sog. ständigen Bauausgaben auf den Etat für Regiebedürfnisse.		
			3a) Erhöhung des Regieetats für das ethnographische Museum von 3680 ℳ auf 12,000 ℳ	8,320	—
			Die bisherige Position reicht nicht mehr entfernt aus, um die wachsenden Bedürfnisse für Verwaltung, Beheizung und Katalogisierung, sowie für Neuerwerbungen des Museums zu bestreiten; auch ist die Handbibliothek zu ergänzen. Im Hinblick auf den Aufschwung, den das Museum in den letzten Jahren den heutigen Anforderungen entsprechend genommen hat, ist die beantragte Erhöhung des Etats ein dringendes Bedürfnis.		
			3b) Bedarf für den Ankauf von Sammlungsschränken für das ethnographische Museum: 6000 ℳ.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	—	3,000
			Die meisten Sammlungsschränke des Museums sind alte Wandschränke, in denen eine sachgemäße Aufstellung und Konservierung der Sammlungsobjekte nicht möglich ist. Dieselben sollen allmählich durch neue Schränke ersetzt werden, um die wertvolleren und am meisten gefährdeten Objekte besser unterbringen und aufstellen zu können.		

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
14	2	2	4. Bedarf für die Einrichtung einer allgemeinen geologischen Sammlung: 15,000 ℳ. Für ein Jahr der Finanzperiode	—	7,500
			Durch die Bereitstellung neuer Räume im Wilhelminum für die geologische und paläontologische Sammlung hat sich die Möglichkeit ergeben, durch Einrichtung einer allgemeinen geologischen Sammlung einem längst empfundenen Bedürfnisse abzuhelfen. Diese Sammlung, die zugleich der Wissenschaft dienen und eine volkstümliche Aufgabe erfüllen soll und zu deren Einrichtung sich gerade der derzeitige Inhaber der Professur für Geologie in besonderem Maße eignet, wird den Bau der Erdkruste, die verschiedenen geologischen Formationen, alle geologischen Vorgänge, die Einwirkungen des Wassers, der Luft auf die Gesteinsbildung, die vulkanischen Erscheinungen in zahlreichen Modellen, Naturstücken und Photographien in einer allgemein verständlichen Form vor Augen führen. Zurzeit ist nur eine auf Bayern beschränkte geologische Lokalsammlung vorhanden. Die Kosten, die durch die Erweiterung dieser Sammlung zu einer allgemeinen geologischen Sammlung erwachsen, können aus dem ständigen Realetat nicht gedeckt werden. In einer späteren Finanzperiode wird voraussichtlich eine weitere Rate im gleichen Betrage gefordert werden.		
			5. Bedarf für die Anschaffung von Sammlungsschränken für die mineralogische Sammlung: 4000 ℳ. Für ein Jahr der Finanzperiode	—	2,000
			Die mineralogische Sammlung erhält eine Reihe neuer Räume, die bisher von der paläontologischen Sammlung benutzt wurden. Hiedurch bietet sich Gelegenheit, die Sammlung der Minerallagerstätten, die bisher nur zum Teil aufgestellt war, ihrem ganzen Umfang nach zu ordnen und der Benutzung zugänglich zu machen. Diese Vermehrung der Sammlungsbestände läßt sich aber nur durchführen, wenn neue Schränke angeschafft und alte umgearbeitet werden. Für diesen Zweck ist ein Betrag von 4000 ℳ eingestellt.		
			6. Erhöhung des Regieetats des physiologischen Instituts von 7772 ℳ auf 12,772 ℳ	5,000	—
			Im physiologischen Institut sind durch die Hinzunahme von Räumen im alten Anatomiegebäude die Kosten für Heizung und Beleuchtung erheblich gewachsen. Die vorhandenen Lehrmittel sind unvollständig und zum Teil veraltet, die Bibliothek bedarf dringend der Ergänzung. Aus diesen Gründen erweist es sich als notwendig, den Regieetat um 5000 ℳ zu erhöhen.		
			7. Erhöhung des Regieetats der K. Sternwarte von 6000 ℳ auf 6400 ℳ	400	—
			Es handelt sich hier — wie beim botanischen Garten, vergl. oben — lediglich um eine Übertragung aus der Position der nach Anfall zahlbaren ständigen Bauausgaben auf den Etat für Regiebedürfnisse.		

Kap.	§	Tit.		Fortdauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				M	M
14	2	2	8. a) Einmaliger Bedarf für die Errichtung einer seismischen Nebenstation in Nördlingen 1900 M.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	—	950
			b) Jährlicher Bedarf für den Betrieb der Nebenstation . . .	600	—
			Der seismische Beobachtungsdienst ist in Deutschland in der Weise organisiert, daß mit der Kaiserlichen Hauptstation in Straßburg eine Reihe von Haupt- und Nebenstationen in den einzelnen Bundesstaaten in Verbindung stehen. Für Bayern ist eine Hauptstation bei dem erdmagnetischen Observatorium in München im Jahre 1905 errichtet worden. Außerdem sollen nach dem Vorschlage des Kuratoriums der Kaiserlichen Hauptstation in Straßburg zwei Nebenstationen für Erdbebenforschung in Bayern eingerichtet werden und zwar in Nördlingen und Passau. Die Passauer Station soll in dem Lyzealneubau untergebracht werden und kann deshalb erst später errichtet werden. Um so mehr erscheint es erwünscht, die Nördlinger Station bald in Betrieb zu nehmen. Der einmalige Aufwand berechnet sich auf 1900, der jährliche Bedarf auf 600 M.		
			9. a) Erhöhung des Regieetats der zoologischen Sammlung von 9000 M auf 10,500 M	1,500	—
			Infolge der großen räumlichen Ausdehnung der zoologischen Sammlung und des zoologischen Instituts ist der Regieetat durch die Ausgaben für Reinigung sehr stark belastet. Da überdies noch neue Räume hinzugekommen sind, können die Reinigungskosten im Rahmen des bisherigen Etats nicht mehr bestritten werden. Es erscheint deshalb angezeigt für die Reinigung der Sammlungs- und Institutsräume eine eigene Position mit 1500 M einzustellen.		
			b) Einmalige Forderung für sächliche Bedürfnisse der zoologischen Sammlung: 19,120 M.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	—	9,560
			In das Budget für die Jahre 1908 und 1909 war für Einrichtung neuer Räume, Anschaffung von Glasutensilien und Anschaffung von Schachteln ein Betrag von 36,700 M (für ein Jahr der Finanzperiode 18,350 M) mit dem Beifügen eingestellt, daß der Gesamtbedarf auf 55,000 M sich belaufe und daß die Restsumme zu 18,300 M in dem Budget für die Jahre 1910 und 1911 angefordert werde. Außer dieser Summe kommt noch ein Betrag von 820 M zur Anschaffung eines Entfettungsapparates für Skelette in Ansatz. Bisher wurde die Entfettung mit Benzin, Äther und ähnlichen Substanzen ausgeführt. Dieses Verfahren muß vom Standpunkte der Feuersicherheit als bedenklich angesehen werden, solange nicht zur Entfettung der Skelette ein Apparat benützt wird, der die Feuersgefahr ausschließt. Die Kosten des Apparats sind auf 820 M veranschlagt.		
			c) Einmalige Forderungen: zur Besoldung wissenschaftlicher Hilfsarbeiter . . . . 4000 M, zur Besoldung technischer Hilfsarbeiter . . . . 3000 M, sohin insgesamt 7000 M.		
			Für ein Jahr der Finanzperiode	—	3,500

Kap.	§	Tit.		Fort-dauernde Ausgaben	Einmalige künftig wegfallende Ausgaben
				ℳ	ℳ
14	2	2	Zur Bearbeitung, Ordnung und Bestimmung des in den letzten Jahren bei der zoologischen Sammlung aufgehäuften Materials ist auch in den nächsten beiden Jahren die Verwendung besoldeter wissenschaftlicher Hilfsarbeiter notwendig. Die ständigen Sammlungsbeamten allein können diese umfangreiche Aufgabe nicht bewältigen. Auch erscheint es angezeigt, für die Bearbeitung einzelner Gruppen spezialistisch gebildete Zoologen heranzuziehen.		
			Die zoologische Sammlung verfügt ferner über einen sehr großen, hauptsächlich aus Schenkungen stammenden Vorrat an Säugetierskeletten, die noch der Bearbeitung harren. Die Anfertigung und Reinigung der Skelettpräparate soll tunlichst beschleunigt werden, weil die Skelette, wenn sie lange im Rohzustande belassen werden, durch Zersetzung leiden. Zur Durchführung der Arbeiten ist die Verwendung technischer Hilfsarbeiter notwendig, da das ständige Personal durch andere Aufgaben in Anspruch genommen ist.		
			10. Einmalige Forderungen für das zoologische Institut: für Schränke . . . . 1080 ℳ, für Mikroskope . . . . 3000 ℳ, insgesamt 4080 ℳ. Für ein Jahr der Finanzperiode	—	2,040
			Infolge der erheblichen Frequenzsteigerung, die das zoologische Institut erfahren hat (vgl. oben „Persönliche Ausgaben" Ziff. 6), hat sich eine Ergänzung des Schrankmaterials als dringendes Bedürfnis erwiesen. Es sollen sechs Schränke zum Preise von 180 ℳ für den einzelnen Schrank angeschafft werden.		
			Aus dem gleichen Grunde ist eine Vermehrung der Mikroskope notwendig geworden. Die Anschaffung von 20 neuen Mikroskopen erfordert einen Aufwand von 3000 ℳ.		
			11. Erhöhung des Zuschusses an die K. Sternwarte in Bamberg von 880 ℳ auf 2700 ℳ.	1,820	—
			Der Direktor der Dr. Remeis-Sternwarte in Bamberg, Professer Dr. Ernst Hartwig, der seinerzeit hinsichtlich seiner Gehalts- und Pensionsansprüche den Beamten der Klasse VII c des Gehaltsregulativs vom 11. Juni 1892 gleichgestellt wurde und dermalen in der dritten Dienstaltersstufe einen jährlichen Bezug von 4080 ℳ genießt, hat um Angleichung seines Gehalts an die neue Gehaltsordnung der Staatsbeamten gebeten. Für die Genehmigung dieses Gesuches sprechen beachtenswerte Billigkeitsgründe. Im Hinblick auf die bisherige Regelung seiner Gehaltsverhältnisse wäre Professor Dr. Hartwig in die Klasse 9 der Gehaltsordnung einzureihen. Da er (— von der Verleihung pragmatischer Rechte an gerechnet —) im 12. Dienstjahre steht, würde sich sein Gehalt auf 6300 ℳ berechnen. Hievon wäre aber in Anwendung des Artikel 37 des Beamtengesetzes der Betrag von 400 ℳ als Mietentschädigung für die bisher freie Dienstwohnung in Abzug zu bringen, so daß der wirkliche Mehrbedarf auf jährlich 1820 ℳ sich berechnet. Dieser Betrag kann aus den Renten der Stiftung weder ganz noch teilweise bereitgestellt werden und wird deshalb — wie auch schon bisher die Dienstalterszulagen — auf die Staatskasse zu übernehmen sein.		

Kap.	§	Tit.	
15			**Hof- und Staatsbibliothek.**
			Die Geschäfte der Hof- und Staatsbibliothek haben seit der letzten Stellenvermehrung, für welche die Betriebsverhältnisse des Jahres 1906 zu Grunde gelegt waren, eine starke Zunahme erfahren. Die Zahl der Lesesaalbesucher stieg von 113 000 im Jahre 1906 auf 132 700 im Jahre 1908, die Zahl der im Lesesaal benützten Bücher in der gleichen Zeit von 173 000 auf 217 500. Die Zahl der abgegebenen Bestellzettel betrug im Jahre 1906 167 000, im Jahre 1908 197 600, die Zahl der ausgeliehenen Bücher in den gleichen Jahren 56 000 bezw. 78 600. Infolge der Erhöhung des Bücherankauffonds auf 100,000 ℳ ist die Zahl der neu zu katalogisierenden Bücher beträchtlich gestiegen. Der im Jahre 1905 erfolgte Anschluß an das Auskunftsbureau deutscher Bibliotheken erfordert nunmehr die Erledigung von jährlich 4000 Anfragen. Die Beteiligung an der Herausgabe eines Weltkatalogs der Inkunabeln und die damit im Zusammenhang stehende Revision der kleineren Bibliotheken Bayerns nehmen die Arbeitskraft eines wissenschaftlichen Beamten fast völlig in Anspruch.
	1	1	Es erweist sich die Vermehrung des Personals um einen Bibliotheksekretär und einen Kanzleiassistenten dringend notwendig. Dieselben sollen im Ausleihamte verwendet werden, damit von den drei daselbst beschäftigten wissenschaftlichen Beamten zwei für den übrigen Dienst der Bibliothek insbesondere für die Katalogisierung zur Verfügung stehen. Ferner sind mit Rücksicht auf den vermehrten Bücherdienst und den Dienst in den Lesesälen sowie zur Aufstellung eines Heizers, der zugleich die für die Bibliothek einzurichtende Entstaubungsanlage zu bedienen hätte und in der Garderobe zu verwenden wäre, drei weitere Diener erforderlich.
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen:
			Die bisherige Position von 3000 ℳ reicht nicht aus, um den vorhandenen 6 geprüften Bibliothekpraktikanten und den nach Bedarf insbesondere für den Signierdienst und für mehr untergeordnete Katalogisierungsarbeiten zu verwendenden wissenschaftlichen Hilfsarbeitern eine Entlohnung für ihre Dienste zu gewähren. Ihre Erhöhung um 4000 ℳ wird deshalb beantragt.
		3	Für Tagegelder und Reisekosten der Bibliothekbeamten wurde entsprechend den Budgetgrundsätzen ein Betrag von 1000 ℳ vorgesehen.
	2	1	Sächliche Ausgaben:
			Die Kosten für Schreibmaterialien, Druckkosten (insbesondere Bestell- und Leihscheine), Heizung, elektrische Beleuchtung, Büchterstellagen, Bücherwagen ꝛc. erfordern einen Mehraufwand von 6200 ℳ.

Kap. 31

Akademie für Landwirtschaft und Brauerei in Weihenstephan.

Der Jahresvoranschlag für 1910 und 1911 stellt sich für die Akademie, Saatzuchtanstalt, Gartenbauschule, Molkereischule, Versuchs- und Lehrbrauerei und Versuchs- und Lehrbrennerei wie folgt:

Vortrag	Akademie	Saatzucht-anstalt	Garten-bauschule	Molkerei-schule	Versuchs- und Lehr-brauerei	Versuchs- und Lehr-brennerei	Summe
	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
Besoldungen der Beamten (nach Anlage A)	103,990	13,777	10,820	8,212	6,048	4,300	147,147
Bedarf zur Aufbesserung der Assistentenbezüge	90	270	—	90	90	—	540
Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen . . .	10,338	200	1,900	1,164	—	1,950	15,552
Tagegelder und Reisekosten	2,000	1,600	80	500	50	150	4,380
Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, Unterrichtsmittel, Laboratoriumsbedürfnisse, Exkursionen, Aufwendungen für den Haushalt und dergleichen) . .	33,745	8,100	14,683	17,216	3,160	10,266	87,170
Kosten auf den Molkereibetrieb	—	—	—	38,445	—	—	38,445
Kosten auf den Betrieb der Versuchs- und Lehrbrauerei	—	—	—	—	51,068	—	51,068
Kosten auf den Betrieb der Versuchs- und Lehrbrennerei	—	—	—	—	—	21,820	21,820
Summe	150,163	23,947	27,483	65,627	60,416	38,486	366,122
Hievon werden gedeckt:							
durch das Erträgnis des Staatsgutes . .	25,540	—	—	—	—	—	25,540
„ „ „ der Baumschule . .	—	—	3,490	—	—	—	3,490
durch Unterrichtsgelder, Verpflegskostenbeiträge rc.	27,929	—	5,964	5,619	2,620	1,312	43,444
durch Einnahmen aus dem Betriebe							
der Molkerei	—	—	—	46,862	—	—	46,862
der Versuchs- und Lehrbrauerei . . .	—	—	—	—	47,723	—	47,723
der Versuchs- und Lehrbrennerei . . .	—	—	—	—	—	18,050	18,050
zusammen	53,469	—	9,454	52,481	50,343	19,362	185,109
Bleiben durch Staatszuschuß zu decken .	96,694	23,947	18,029	13,146	10,073	19,124	181,013
Staatszuschuß für 1908 und 1909:							
Ursprünglicher Zuschuß	73,363	17,050	16,060	11,662	8,568	18,528	145,231
Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	8,804	650	954	681	639	298	12,026
Budgetbetrag für 1908 u. 1909 .	82,167	17,700	17,014	12,343	9,207	18,826	157,257
Sohin für 1910 u. 1911 mehr	14,527	6,247	1,015	803	866	298	23,756

Kap.	§	Tit.		
31			Der Mehraufwand für die Akademie verteilt sich in folgender Weise:	
			a. Für die Neuregelung der Beamtenbesoldungen ergibt sich infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs ein Mehrerfordernis von wobei der Betrag von 1860 ℳ durch Mehreinnahmen an Mietzinsen für Dienstwohnungen ausgeglichen wird.	10,664 ℳ
			b. Zur Aufbesserung eines Assistentenbezuges von jährlich 1710 ℳ auf 1800 ℳ sind notwendig	90 ℳ
			c. Für Gehaltsvorrückungen und Gehaltsergänzungen sind erforderlich	3,587 ℳ
			d. An der brautechnischen Abteilung erweist sich die Schaffung einer neuen Professur mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der mit der Lehrstelle verbundenen Dienstesaufgaben als notwendig. Dem Professor soll insbesondere auch die Leitung des Praktikantenlaboratoriums der Versuchs- und Lehrbrauerei, das zumeist von älteren, bereits länger praktisch tätigen Brauern besucht wird und deshalb eines älteren, entsprechendes Ansehen genießenden Leiters bedarf, übertragen werden. Da eine Lehrerstelle dafür eingezogen werden kann, ergibt sich für die Professur ein Bedarf von	934 ℳ
			e. Den mit Vorlesungen in einzelnen Fächern an der Akademie Weihenstephan befaßten Professoren der Universität München, der Technischen Hochschule in München usw. ist bisher für die Wochenstunde im Semester eine Vergütung von 135 ℳ gewährt worden. Es erscheint angemessen, die Vergütung künftig auf 180 ℳ zu erhöhen. Zu dieser Vergütungserhöhung sind im ganzen erforderlich	1,190 ℳ
			f. Zur Neueinrichtung und zum Betriebe feldmäßiger Prüfungen von gezüchtetem Saatgetreide, dann zu einer neuen Kartoffel- Anbau- und Züchtungsstation sollen bei den sächlichen Ausgaben neu aufgewendet werden	1,000 ℳ
			in Summa	17,465 ℳ.
			Diesen Mehrerfordernissen stehen gegenüber:	
			a. eine Mehreinnahme aus Unterrichtsgeldern infolge Zunahme der Zahl der Studierenden zu	1,300 ℳ
			b. eine Erhöhung der Betriebserträgnisse des Staatsgutes Weihenstephan zu .	788 ℳ
			c. eine Ausgabenminderung infolge Übertragung des Bedarfs für die feuerungstechnische Station auf den Etat der Versuchs- und Lehrbrauerei zu	100 ℳ
			d. eine weitere Ausgabenminderung infolge Wegfalls der in der vorigen Finanzperiode für Verlegung des ökonomisch-botanischen Gartens gewährten einmaligen Willigung zu	750 ℳ
			in Summa	2,938 ℳ.
			Nach Abzug dieser Mehreinnahmen und Ausgabenminderungen beziffert der durch Staatszuschuß zu deckende wirkliche Mehrbedarf für die Akademie, wie oben angegeben ist, (17,465 — 2,938 ℳ =)	14,527 ℳ.
			Das Staatsgutserträgnis ist im ganzen für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 auf 25,540 ℳ veranschlagt, sohin um 788 ℳ höher als in der Finanzperiode 1908 und 1909.	

Kap.	§	Tit.	
31			Als Einnahmeüberschuß des Staatsgutes ließe sich zwar auch noch eine etwas größere Summe einstellen. Hievon wurde jedoch wie in den vorausgegangenen Finanzperioden Abstand genommen. Eine vorsichtige Veranschlagung der immer unsicher bleibenden Betriebsanfälle erscheint geboten. Ein Teil der Einnahmen aus dem Staatsgute und den mit der Akademie Weihenstephan verbundenen sonstigen Betrieben muß, wie bisher, mit Rücksicht auf die wachsende Ausdehnung der Betriebe zu notwendigen Verbesserungen der Betriebseinrichtungen der Staatsbrauerei, der Staatsgutsökonomie und anderer Akademiebetriebe herangezogen werden und es soll auch weiterhin je nach den verfügbaren Mitteln ein Teil des Staatsgutsertrages zur Verstärkung des Betriebsfonds einbehalten werden. Letzterer Fonds beträgt gegenwärtig 193,300 *M* und ist vorerst in 3½%igen Wertpapieren bei der K. Bank hinterlegt (vergl. Gesamtbeschluß des Landtags vom 28. Juni 1900 zum Staatsbudget für die Finanzperiode 1900 und 1901, Ziffer VII, 2).

Bei der **Saatzuchtanstalt** ist die Oberleitung bisher von einem Professor der landwirtschaftlichen Abteilung der Technischen Hochschule in München im Nebenamte geführt worden. Dieser Professor kann wegen der Zunahme seiner eigentlichen Dienstesaufgaben die Geschäfte der Oberleitung der Saatzuchtanstalt künftig nicht mehr versehen. Es soll deshalb ein selbständiger Vorstand für die Saatzuchtanstalt mit der Eigenschaft und der Besoldung eines Professors der Akademie Weihenstephan aufgestellt werden. Dafür soll die bisherige Stelle des Assessors der Saatzuchtanstalt wegfallen; außerdem werden die Bezüge des bisherigen Oberleiters der Saatzuchtanstalt einschließlich seiner Vergütung für Vorlesungen an der Akademie eingezogen werden.

Im übrigen läßt die zunehmende Ausdehnung des Wirkungskreises der Anstalt und ihre fortgesetzt steigende Inanspruchnahme durch die Landwirte weiteres ständiges Hilfspersonal sowie vermehrte Aufwendungen, insbesondere für Reiseentschädigungen und Versuche, notwendig erscheinen. Es soll deshalb der Anstalt, namentlich zur Pflege des häufigeren Verkehrs mit den Zuchtstellen im Lande und zur vermehrten Beratung der Saatgut züchtenden Landwirte in ihren Betrieben, ein weiterer Assistent beigegeben werden; anstatt eines unständigen wissenschaftlichen Hilfsarbeiters soll ferner künftig ein ständiger Assistent aufgestellt werden.

Die Anstalt wird hienach in Zukunft folgendes Personal aufweisen:

einen Vorstand mit dem Rang und Gehalt eines Professors der Akademie Weihenstephan, dann vier Assistenten und wie bisher einen etatsmäßig angestellten Diener II. Ordnung.

Im einzelnen setzt sich der durch Staatszuschuß zu deckende Mehraufwand für die Saatzuchtanstalt zusammen, wie folgt:

a. Für die Neuregelung der Beamtenbesoldungen sind infolge der nunmehrigen Veranschlagung des **ganzjährigen** Bedarfs erforderlich . . . . 650 *M*.

b. Die Aufbesserung der Assistentenbezüge auf jährlich 1800 *M* erfordert . . . . 270 *M*.

c. Auf Gehaltsvorrückungen treffen . . . . 23 *M*.

d. Der Aufwand für die ab 1. September 1910 in Aussicht genommene Gewährung des Gehalts eines Akademieprofessors an den künftigen Vorstand der Saatzuchtanstalt beziffert nach Abrechnung des Gehalts der wegfallenden Assessorstelle und der Bezüge des bisherigen Oberleiters . . . . 534 *M*.

e. Zur Aufstellung des neuen Assistenten sind erforderlich 1710 *M*, zur Umwandlung einer unständigen Hilfsarbeiterstelle in eine ständige Assistentenstelle 510 *M*, zusammen . . . . 2220 *M*.

f. Zur Erhöhung der für Reiseentschädigungen verfügbaren Mittel von jährlich 1200 *M* auf 1600 *M* sind notwendig . . . . 400 *M*.

g. Auf Erhöhung der Etatsposition für Laboratoriumsbedürfnisse, Versuchsfelder, Bibliothek und sonstigen Betriebsbedarf von jährlich 5960 *M* auf 8100 *M* treffen 2150 *M*.

Summe des Mehrbedarfs für die Saatzuchtanstalt 6247 *M*.

Kap.	§	Tit.	
31			

Bei der Gartenbauschule ergibt sich lediglich ein Mehrbedarf für die Neuregelung der Beamtenbesoldungen infolge der nunmehrigen Veranschlagung des ganzjährigen Bedarfs zu 954 *M* und für Gehaltsvorrückungen zu 61 *M*, sohin im ganzen ein Mehrerfordernis von 1015 *M*.

Bei der Molkereischule beziffert der Mehrbedarf im ganzen 803 *M*, nämlich 681 *M* für die Neuregelung der Beamtenbesoldungen, 90 *M* für die Aufbesserung eines Assistentenbezugs von 1710 *M* auf 1800 *M* und 32 *M* für Gehaltsvorrückungen.

Für die Versuchs- und Lehrbrauerei sind mehr erforderlich:

wegen der Neuregelung der Beamtenbesoldungen	639 *M*,
zur Aufbesserung eines Assistentenbezugs von 1710 *M* auf 1800 *M*	90 *M*,
für Gehaltsvorrückungen	37 *M*
und wegen der Übertragung des Aufwands für das feuerungstechnische Laboratorium aus dem Etat der Akademie (s. oben) in den Etat der Versuchs- und Lehrbrauerei	100 *M*,
in Summa	866 *M*.

Mit der Assistentenstelle an der Versuchs- und Lehrbrauerei soll vorerst probeweise eine von der Akademie Weihenstephan unter Mitwirkung des Bayerischen Landwirtschaftsrats zu errichtende Buchstelle verbunden werden. Aufgabe der Buchstelle soll die Förderung einer geordneten Buchführung bei den Landwirten und kleineren Brauern sein, wofür nach den neuen Steuergesetzen ein erhöhtes Bedürfnis bestehen wird. Der Leiter der Buchstelle, der vorläufig mit den Dienstesobliegenheiten eines Assistenten der Versuchs- und Lehrbrauerei auf Dienstvertrag aufgestellt werden wird, soll die praktische Belehrung und Beratung der Landwirte sowie der kleinen und mittleren Brauer in Buchführungsfragen übernehmen; er soll ferner die mit der Abhaltung von Buchführungskursen für die Landwirte betrauten landwirtschaftlichen Wanderlehrer zu gleichheitlichem Vorgehen anleiten und entsprechende Informationskurse abhalten usw. Außerdem wird er gegen die hiefür vorgesehenen besonderen Vergütungen zur Abhaltung von Vorlesungen über Buchführung für die Studierenden der Akademie und zu den Buchhaltungsgeschäften für die Versuchs- und Lehrbrauerei selbst herangezogen werden. Der Bedarf für die Buchstelle wird — abgesehen von den nach vorstehendem aus Mitteln der Versuchs- und Lehrbrauerei und der Akademie Weihenstephan gewährten persönlichen Bezügen des Leiters der Buchstelle — aus Zuschüssen des Staatsministeriums des Innern, des Bayerischen Landwirtschaftsrates und anderer beteiligter Korporationen sowie aus Gebührenanfällen bestritten werden.

Die weitere Ausgestaltung der Einrichtung bleibt vorbehalten. Wenn sie sich bewährt, soll insbesondere Fürsorge getroffen werden, daß der Leiter der Buchstelle in der nächsten Finanzperiode 1912 und 1913 zum etatsmäßigen Beamten mit dem Gehalte eines landwirtschaftlichen Fachberaters (Klasse 9 der Gehaltsordnung) ernannt werden kann.

Die Versuchs- und Lehrbrennerei weist lediglich einen Mehrbedarf von 298 *M* aus Anlaß der Neuregelung der Beamtenbesoldungen auf.

Im ganzen beziffert sohin der durch Staatszuschuß zu deckende Mehrbedarf für die Akademie Weihenstephan und ihre Institute für ein Jahr der Finanzperiode 1910 und 1911 23,756 *M*.

München, den 16. August 1909.

K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

Dr. von Wehner.

Etat Nr. 29.

Staatsministerium der Finanzen.

Inhaltsangabe.

I. Hauptetat.

II. Anlagen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer I. Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
			A. Staatsministerium.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	310,800[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	2,400
		3	Tagegelder und Reisekosten	3,500
			Summe § 1	316,700
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	31,000
			Summe § 2	31,000
			Hiezu „ § 1	316,700
			Summe A	347,700
			B. Oberster Rechnungshof.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	106,500[4]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
		3	Tagegelder und Reisekosten	15,230
			Summe § 1	121,730
	2		Sächliche Ausgabem (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	4,000
			Summe § 2	4,000
			Hiezu „ § 1	121,730
			Summe B	125,730

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Er äuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
272,860	37,940	—	A S. 20	[1]) Hierunter 1320 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
1,200	1,200[2])	—		[2]) Die seitherigen Beträge haben sich dem gesteigerten Bedarfe gegenüber als unzulänglich erwiesen.
2,230	1,270[2])	—		
276,290	40,410	—		
28,000	3,000[3])	—		[3]) Der Mehrbedarf ist teils durch die eingetretenen Personalvermehrungen, teils durch das wesentliche Steigen der Materialienpreise bedingt.
28,000	3,000	—		
276,290	40,410	—		
304,290	43,410	—		
97,316	9,184	—	A S. 21	[4]) Hierunter 800 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
374	—	374		
15,230	—	—		
112,920	9,184	374		
	8,810			
3,500	500[5])	—		[5]) Mehr mit Rücksicht auf die gestiegenen Materialienpreise.
3,500	500	—		
112,920	8,810	—		
116,420	9,310	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer I.	ℳ
1			**C. Rechnungskammer.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	84,570[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	300
		3	Tagegelder und Reisekosten	500
			Summe § 1	85,370
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	5,200
			Summe § 2	5,200
			Hiezu „ § 1	85,370
			Summe C	90,570
			D. Zentralstaatskasse.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	55,630[2]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	300
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	55,930
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen . . .	7,200
		2	Mietzinse für Amtsräume	20,000[4]
			Summe § 2	27,200
			Hiezu „ § 1	55,930
			Summe D	83,130

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
78,450	6,120	—	A S. 22	[1]) Hierunter 720 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
300	—	—		
500	—	—		
79,250	6,120	—		
5,400	—	200		
5,400	—	200		
79,250	6,120	—		
84,650	6,120	200		
	5,920			
52,710	2,920	—	A S. 23	[2]) Hierunter 1130 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
300	—	—		
—	—	—		
53,010	2,920	—		
5,000	2,200[3])	—		[3]) Von dem Mehrbedarf ist der Betrag von 1200 M — als künftig wegfallend — zur Bestreitung der Kosten des Umzugs in die neuen Geschäftsräume bestimmt. Die weitere Mehrung zu 1000 M ist für den gesteigerten fortdauernden Bedarf für Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der neuen Räume erforderlich.
—	20,000	—		[4]) Der Mietzins ist an die K. Bank für die Überlassung eines Teiles des Filialbankgebäudes in München zur Unterbringung der Zentralstaatskasse zu entrichten.
5,000	22,200	—		
53,010	2,920	—		
58,010	25,120	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer I.	M
1			**E. Kreisregierungen, Kammern der Finanzen.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	1'784,530[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	12,700
		3	Tagegelder und Reisekosten	61,000
			Summe § 1	1'858,230
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	136,000[3]
		2	Zur Ausstattung der Repräsentationsräume der Dienstwohnungen der Regierungspräsidenten	10,000
			Summe § 2	146,000
			Hiezu „ § 1	1'858,230
			Summe E	2'004,230
			F. Kreiskassen.	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	197,780[4]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	400
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	198,180
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen)	12,800
			Summe § 2	12,800
			Hiezu „ § 1	198,180
			Summe F	210,980

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
1'470,145	314,385	—	A S. 24/25	[1]) Hierunter 15,340 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
4,000	8,700[2])	—		[2]) Die Mehrung entfällt auf den Messungsdienst der Regierungsfinanzkammern. Der Bedarf hiefür war seither im Etat der direkten Steuern veranschlagt.
47,000	14,000[2])	—		
1'521,145	337,085	—		
120,000	16,000	—		[3]) Der Bedarf für die sächlichen Ausgaben ist zur Hälfte bei dem Etat des Staatsministeriums des Innern und zur andern Hälfte bei dem Etat des Staatsministeriums der Finanzen vorgesehen. Der bei Tit. 1 veranschlagte Mehrbedarf ist in erster Linie durch die gesteigerten Preise für Schreibbedürfnisse sowie für Beheizungs- und Beleuchtungsmaterial bedingt. Außerdem verursachen die Personalvermehrungen, die sowohl bei den Regierungen, Kammern des Innern, als auch bei den Regierungen, Kammern der Finanzen, infolge der gesteigerten Geschäftslast, namentlich aus Anlaß der Durchführung der Steuerreform, sich nicht umgehen lassen, einen wesentlich höheren fortdauernden Aufwand.
10,000	—	—		
130,000	16,000	—		
1'521,145	337,085	—		
1'651,145	353,085	—		
185,000	12,780	—	A S. 26	[4]) Hierunter 4180 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
400	—	—		
—	—	—		
185,400	12,780	—		
13,200	—	400		
13,200	—	400		
185,400	12,780	—		
198,600	12,780	400		
	12,380			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer I.	M
1			**G. Rentämter.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	4'785,850[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	320,000[2]
		3	Tagegelder und Reisekosten	270,000
			Summe § 1	5'375,850
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	340,000
		2	Mietzinse für Amtsräume	20
			Summe § 2	340,020
			Hiezu „ § 1	5'375,850
			Summe G	5'715,870
			H. Besonderer Aufwand bei den Regierungen, Kammern der Finanzen, und den Rentämtern aus Anlaß der Durchführung der Steuerreform	900,000[4]
			Summe H für sich.	
			J. Messungsämter.[5]	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	1'379,200[6]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	213,800
		3	Tagegelder und Reisekosten	420,000
			Summe § 1	2,013,000
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreib- und Zeichnungsbedürfnisse, Planmaterial, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Instrumente, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	160,000
		2	Mietzinse für Amtsräume	64,000
		3	Sonstige sächliche Ausgaben (Kosten für Steinmaterial zur Polygonisierung und dergleichen)	—
			Summe § 2	224,000
			Hiezu „ § 1	2'013,000
			Summe J	2'237,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
4'782,930	2,920	—	A S. 27	1) Hierunter 200,150 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
280,000	40,000	—		2) Nach dem gegenwärtigen Stande des Hilfspersonals und dem Aufwande für Stellvertretung im Jahre 1908 bemessen.
20,000	250,000[3]	—		
5'082,930	292,920	—		3) Der Mehranfall ist dadurch veranlaßt, daß die Gebührenanteile der Rentamtsdiener, die seither unter den Besoldungen veranschlagt waren, nunmehr ihrer Natur entsprechend hieher übertragen sind. Hierunter 10,000 M persönliche Zulagen künftig wegfallend.
340,000	—	—		
20	—	—		
340,020	—	—		
5,082,930	292,920	—		
5'422,950	292,920	—		
—	900,000	—		4) Die ausgewiesene Summe ist zur Deckung des Mehrbedarfs bei den Regierungen und Rentämtern aus Anlaß der Steuerreform erforderlich. Wegen der Einzelheiten dieses Bedarfs wird dem Landtage noch besondere Mitteilung gemacht werden.
			A S. 28	5) Der Bedarf für die Messungsämter wurde aus dem Etat der direkten Steuern hieher übertragen. Der Mehrbedarf findet durch die bei diesem Etat ausgewiesenen Minderausgaben sowie durch die bei dem Etat der übrigen Einnahmen veranschlagten Messungsgebühren mit 975,000 M zum größten Teile seine Ausgleichung.
				6) Hierunter 4400 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
—	2'237,000	—		

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer I.	M
1			**K. Lithographische Anstalt.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	42,500[1]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	600
		3	Tagegelder und Reisekosten	—
			Summe § 1	43,100
	2		Sächliche Ausgaben (für Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume, dann für Materialien, Druckgerätschaften und dergleichen)	6,140[2]
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	1,000
			Restsumme § 2	5,140
			Hiezu Summe § 1	43,100
			Summe K	48,240
			Hiezu " J	2'237,000
			" H	900,000
			" G	5'715,870
			" F	210,980
			" E	2'004,230
			" D	83,130
			" C	90,570
			" B	125,730
			" A	347,700
			Summe Kap. 1	11'763,450
2			**Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren**	1'014,300
			Hievon ab der auf die K. Bank treffende Anteil der Bauschsumme für abgelöste Postsendungen	134,300
			Restsumme Kap. 2	880,000
3			**Umzugskosten**	15,000
			Summe Kap. 3 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
39,940	2,560	—	A S. 29	1) Hierunter 180 M persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.
600	—	—		
—	—	—		
40,540	2,560	—		2) Hierunter 1000 M künftig wegfallender Bedarf für die Beschaffung einer weiteren Schnellpresse. Die weitere Erhöhung ist eine Folge des Steigens der Materialienpreise.
4,000	1,140	—		
40,540	2,560	—		
44,540	3,700	—		
—	2'237,000	—		
—	900,000	—		
5'422,950	292,920	—		
198,600	12,380	—		
1'651,145	353,085	—		
58,010	25,120	—		
84,650	5,920	—		
116,420	9,310	—		
304,290	43,410	—		
7'880,605	3'882,845	—		
880,000	—	—		
10,000	5,000[3]	—		3) Mehr mit Rücksicht auf den Aufwand des Jahres 1908 sowie mit Rücksicht darauf, daß nunmehr auch der Bedarf an Umzugskosten für das Personal der Messungsämter hier in Zugang kommt.

Kap.	§	Tit	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			Ziffer I.	*M*
4			**Zur Förderung der weiteren Ausbildung der Beamten und Aspiranten des höheren Finanzverwaltungsdienstes**	6,000
			Summe Kap. 4 für sich.	
5			**Aufwand an Unterstützungen.**	
	1		Für Unterstützungen des Personals der Rentämter und der Hinterbliebenen desselben . .	130,000
	2		Staatszuschuß an den Pensionsverein der Rentamtsgehilfen	15,000
	3		Staatszuschuß an den Unterstützungsverein für Witwen und Waisen der Steuer-, Gemeinde- und Stiftungseinnehmer der Pfalz	4,000
			Summe Kap. 5	149,000
6			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Reinigung der Abort-, Dung- und Versitzgruben, Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung der Gebäude bei festlichen Gelegenheiten	50,000
	2		Für Gebäudeunterhaltung	214,000
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten	116,500
			Summe Kap. 6	380,500
7			**Übrige Ausgaben** (Auslagen im Disziplinarverfahren gegen Beamte, Prozeßkosten und dergl.)	12,000
			Summe Kap. 7 für sich.	
			Hiezu " " 6	380,500
			" " 5	149,000
			" " 4	6,000
			" " 3	15,000
			" " 2	880,000
			" " 1	11'763,450
			Summe Ziffer I (Etat der allgemeinen Finanzverwaltung)	13'205,950

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
ℳ	ℳ	ℳ		
6,000	—	—		
130,000	—	—		
15,000	—	—		
4,000	—	—		
149,000	—	—		
50,000	—	—		
214,000	—	—		
118,000	—	1,500	B S. 35/37	
382,000	—	1,500		
10,000	2,000	—		
382,000	—	1,500		
149,000	—	—		
6,000	—	—		
10,000	5,000	—		
880,000	—	—		
7'880,605	3'882,845	—		
9'317,605*	3'889,845	1,500		* 9'107,445 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag, 210,160 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, 9'317,605 ℳ Summe wie neben.
	3'888,345			

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer II. Etat des Katasterbureaus.	
1			**Persönliche und sächliche Ausgaben.**	
	1		Persönliche Ausgaben.	
		1	Besoldungen der Beamten	660,800[1)]
		2	Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	113,600[2)]
		3	Tagegelder und Reisekosten	117,800
			Summe § 1	892,200
	2		Sächliche Ausgaben.	
		1	Für Schreib- und Zeichnungsbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände, Beheizung, Beleuchtung und Reinigung der Geschäftsräume und dergleichen	38,300
		2	Für Post-, Telegramm- und Telephongebühren	500
		3	Für Maschinen, Pressen und Druckmaterial	2,400
		4	Kosten der Katasterrenovationen	—
		5	Für Vermessungen	24,000
		6	Für Prüfungen und Fortbildungskurse	1,800
		7	Für sonstige sächliche Ausgaben	33,600
			Summe § 2	100,600
			Hiezu „ § 1	892,200
			Summe Kap. 1	992,800
2			**Umzugskosten**	—
			Summe Kap. 2 für sich.	
3			**Unterstützungen**	22,000
			Summe Kap. 3 für sich.	

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
665,440	—	4,640	A S. 31/32
7,000	106,600	—	
114,860	2,940[3]	—	
787,300	109,540	4,640	
	104,900		
38,700	—	400	
300	200	—	
2,400	—	—	
3,000	—	3,000	
72,500	—	48,500	
1,800	—	—	
34,200	—	600	
152,900	200	52,500	
		52,300	
787,300	104,900	—	
940,200	104,900	52,300	
	52,600		
—	—	—	
22,000	—	—	

Erläuterungen

[1]) Hierunter 7700 ℳ persönliche und besondere Zulagen künftig wegfallend.

[2]) Hierunter sind die Bezüge der Beamtenanwärter und der unständigen Hilfsarbeiter für den äußeren Dienst inbegriffen. Die erstgenannten Bezüge waren seither unter den Besoldungen, die letztgenannten unter den sächlichen Ausgaben (Vermessungen) veranschlagt. Die Bezüge der Geometerpraktikanten mit 9000 ℳ kommen künftig in Wegfall.

[3]) Die Zunahme der Messungsgeschäfte bedingt eine Erhöhung des Budgetansatzes.

(Zu den Beträgen 38,700 bis 34,200:) Der Bedarf für das Messungsamt München I ist nunmehr unter Ziffer I Kap. 1 J vorgesehen, worin die nebigen Minderungen ihre Begründung finden. Die Kosten der Katasterrenovation sind auf Tit. 1 übertragen.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Ziffer II.	
4			**Ausgaben auf die Gebäude.**	
	1		Brandversicherungsbeiträge, Kaminkehrerlöhne, Wasserzinse, für Instandhaltung, Beleuchtung und Reinigung der Straßen und Hofräume, für Beseitigung von Schnee und Eis, für Fäkalieneinleitung und Hausunratabfuhr, für Schmückung des Gebäudes bei festlichen Gelegenheiten . . .	2,200
	2		Für Gebäudeunterhaltung . . .	5,500
	3		Für Erweiterungs- und Neubauten . . .	—
			Summe Kap. 4	7,700
5			**Zuschuß an den Abmarkungsfonds** . . .	30,000
			Summe Kap. 5 für sich.	
6			**Übrige Ausgaben** . . .	1,000
			Summe Kap. 6 für sich.	
			Hiezu „ „ 5	30,000
			„ „ 4	7,700
			„ „ 3	22,000
			„ „ 2	—
			„ „ 1	992,800
			Summe Ziffer II	1'053,500
			Hievon ab die eigenen Einnahmen	138,500
			Restausgabe Ziffer II (Etat des Katasterbureaus) . . .	915,000
			Hiezu Summe Ziffer I (Etat der allgemeinen Finanzverwaltung) . . .	13'205,950
			Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 29) . . .	14'120,950

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911 mehr	Sohin für 1910 und 1911 weniger	Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
ℳ	ℳ	ℳ		
2,800	—	600		
3,500	2,000	—		
—	—	—		
6,300	2,000	600		
	1,400			
—	30,000	—		Aus dem Etat der direkten Steuern hieher übertragen.
1,000	—	—		
—	30,000	—		
6,300	1,400	—		
22,000	—	—		
—	—	—		
940,200	52,600	—		
969,500	84,000	--		
170,000	—	31,500		
799,500 *)	84,000	31,500		
	115,500			
9'317,605	3'888,345	—		
10'117,105 **)	4'003,845	—		

*) 767,000 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
32,500 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
799,500 ℳ Summe wie neben.

**) 9'874,445 ℳ ursprünglicher Budgetbetrag,
242,660 ℳ Zugang vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
10'117,105 ℳ Summe wie neben.

Außerdem sind im Etat Nr. 31 an **Pensionen und Unterhaltsbeiträgen** vorgesehen:

1. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten . . . . 909,100 ℳ
2. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten . 533,300 ℳ

Summe 1'442,400 ℳ

Hiezu die neben veranschlagten Ausgaben mit . 14'120,950 ℳ

Summe der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen im ordentlichen Budget 15'563,350 ℳ

Voranschlag der Ausgaben im außerordentlichen Budget und zwar auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden (Ziffer I i u. k) 4'413,540 ℳ oder für ein Jahr . . . . 2'206,770 ℳ

Gesamtvoranschlag der Ausgaben auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen . . . . 17'770,120 ℳ

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Vormerkung.

Als persönliche Zulagen kommen die Zulagen in Betracht, die auf Grund des Artikel 211 Abs. 3 des Beamtengesetzes vom 16. August 1908 (Ges. u. VOBl. S. 651) zur Wahrung eines nach den früheren Vorschriften sich berechnenden höheren Diensteinkommens bewilligt werden; als besondere Zulagen erscheinen die auf Grund des § 5 der K. Verordnung vom 6. September 1908 (Ges. u. VOBl. S. 683) gewährten Aufbesserungszulagen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ
	Ziffer I. Etat der allgemeinen Finanzverwaltung.						
	A. Staatsministerium.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
1	Staatsminister	1	—	24,000	5,000[1]		
4	Ministerialdirektor	1	—	12,000	2,400[2]		
5	Ministerialräte	10[3]	8400 bis 9600	90,000	1,200[4]		
6	Oberregierungsräte . . .	4[5]	7200 bis 7700	29,640	—		
7	Regierungsräte	4[5]	6000 bis 7000	25,500	—		
9	Regierungsassessoren . . .	4	4800 bis 5300	19,660	—		
13	Geheimer Rechnungskommissär	1					
	Geheime Sekretäre . . .	2					
	Geheime Registratoren . .	2					
		5	4600 bis 5400	25,580	—		
14	Sekretäre und Registratoren	10	3000 bis 4200	33,230	—		
21	Kanzlei- und Registraturassistenten	7	1800 bis 2250	14,120	—		
21	Boten und Diener	9	1950 bis 2550	22,350	—		
	Summe a	55	—	296,080	8,600	1,320	306,000
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Akzessisten	2[6]	2400	4,800	—	—	4,800
	Summe A. Jahresvoranschlag für 1910 u. 1911	57	—	300,880	8,600	1,320[7]	310,800
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	52[8]					260,340[8]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					12,520
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	52					272,860
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	5					37,940[9]

Erläuterungen

[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung.

[2]) Zulage als Staatsrat für die Vertretung des Staatsministers.

[3]) 1 Ministerialrat aus dem Nachtrage zum Etat Nr. 2 (Verh. d. K. d. Abg. 1907/08 Beil.Bd. III Beil. 441) hieher übertragen.

[4]) Zulage eines mit der Vertretung des Staatsministers als Staatsrat betrauten Ministerialrats.

[5]) Mit Rücksicht auf die dauernde Zunahme der Geschäftslast des Ministeriums erscheint es unvermeidlich, daß die in den Etats der beiden letzten Finanzperioden als künftig wegfallend bezeichneten Stellen eines Oberregierungsrats und eines Regierungsrats als bleibender Bedarf vorgesehen werden. Außerdem macht die gesteigerte Geschäftslast die Aufnahme eines weiteren Sekretärs (als Referatshilfsarbeiter) und eines weiteren Registrators notwendig. Der Bedarf für die beiden letzterwähnten Stellen ist vom 1. September 1910 an vorgesehen.

[6]) Wie in den übrigen Ministerien sollen künftig auch im Staatsministerium der Finanzen Akzessisten als Referatshilfsarbeiter verwendet werden.

[7]) Künftig wegfallend.

[8]) 35 Beamte mit 225,000 ℳ Bedarf nach Anlage A,
17 Beamte mit 35,340 ℳ Bedarf nach Anlage B,
52 Beamte mit 260,340 ℳ Bedarf.

[9]) Hievon treffen:
12,520 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
7,140 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
8,800 ℳ auf die ausgewiesenen Personalvermehrungen,
4,200 ℳ auf die vom Nachtrage zum Etat Nr. 2 (Direkte Steuern) hieher übertragene Ministerialratsstelle,
4,200 ℳ auf die Veranschlagung des vollen Bedarfs für diese Stelle.
Weitere
1,080 ℳ werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	B. Oberster Rechnungshof.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsident	1	—	14,000	—			
6	Räte	8	8200 bis 8700	68,480	—			
9	Rechnungskommissäre . . .	2	4800 und 6300	11,100	—			
16	Sekretäre und Registratoren	2	2400 bis 3300	5,750	—			
21	Kanzleiassistent	1	—	1,995	—			
22	Boten und Diener	2	2100 bis 2200	4,375	—			
	Summe a	16	—	105,700	—	800	106,500	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte . .	—	—	—	—	—	—	
	Summe B. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	16	—	105,700	—	800[1]	106,500	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	16[2]					89,916[2]	[2]) 12 Beamte mit 82,476 M Bedarf nach Anlage A, 4 Beamte mit 7,440 M Bedarf nach Anlage B, 16 Beamte mit 89,916 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					7,400	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	16					97,316	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					9,184[3]	[3]) Hievon treffen: 7400 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 1244 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen. Weitere 540 M werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	C. Rechnungskammer.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	9,165	—			
7	Regierungsräte	2	7500	15,000	—			
12	Finanzassessoren und Rechnungskommissäre . . .	12	3000 bis 5000	43,780	—			
17	Sekretäre und Registratoren	3	2100 bis 3300	7,800	—			
17	Kanzlist	1	—	3,000	—			
23	Kanzlei- und Registraturassistenten	1	—	1,835	—			
25	Boten und Diener	2	1500 bis 1700	3,270	—			
	Summe a	22	—	83,850	—	720	84,570	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte . .	—	—	—	—	—	—	
	Summe C. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	22	—	83,850	—	720[1]	84,570	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	22[2]					73,700[2]	[2]) 13 Beamte mit 56,800 M Bedarf nach Anlage A, 9 Beamte mit 16,900 M Bedarf nach Anlage B, 22 Beamte mit 73,700 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					4,750	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	22					78,450	[3]) Hievon treffen: 4750 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 1160 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen. Weitere 210 M werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					6,120[3]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	D. Zentralstaatskasse.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Vorstand	1	—	7,500	—			
9	Kontrolleur	1	—	6,300	—			
11	Zahlmeister	1	—	4,725	—			
14	Buchhalter	2	4200 bis 4500	8,950	—			
17	Sekretäre	7	2100 bis 3300	20,950	—			
22	Geldzähler	3	1800 bis 2200	6,075	—			
	Summe a	15	—	54,500	—	1,130	55,630	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe D. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	15	—	54,500	—	1,130[1]	55,630	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Bugetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	15[2]					51,130[2]	[2]) 9 Beamte mit 38,760 M Bedarf nach Anlage A, 6 Beamte mit 12,370 M Bedarf nach Anlage B, 15 Beamte mit 51,130 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					1,580	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	15					52,710	[3]) Hievon treffen: 1580 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 800 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen. Weitere 540 M werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					2,920[3]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	E. Regierungen, Kammern der Finanzen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
3	Präsidenten	8	14000					
	hier die Hälfte	4		56,000	14,400[1]			[1]) Repräsentationsbezug; außerdem freie Dienstwohnung. Die andere Hälfte der Gehalte sowie des Repräsentationsbezugs der Regierungspräsidenten ist im Etat des Staatsministeriums des Innern veranschlagt.
5	Direktoren	8	9000 bis 10200	75,000	—			
7	Regierungsräte	46	6000 bis 7500	315,000	—			
7	Regierungs- und Steuerräte[2]	8	6000 bis 7500	50,500	—			[2]) Vom Etat Nr. 2 (Direkte Steuern) hieher übertragen.
9	Regierungsassessoren	21	4800 bis 5300	105,800	—			
9	Regierungs- und Steuerassessoren[2])	8	4800 bis 5300	41,270	—			
9	Rechnungskommissäre mit dem Gehalte der Rechnungskommissäre des Obersten Rechnungshofs	3	5800 bis 6300	17,900	—			
12	Finanzassessoren und Rechnungskommissäre	183	3000 bis 5000	583,000	—			
12	Kreisgeometer[2])	30	3000	82,400[3]	—			[3]) Der Bedarf, der an sich 90,000 ℳ beziffern würde, ist deshalb geringer veranschlagt, weil der dienstjüngere Teil der Kreisgeometer noch nicht in die Gehaltsklasse 12 eingereiht ist, sondern vorläufig nur den Gehalt der Klasse 17 bezieht.
12	Bezirksamtsassessoren (Präsidialsekretäre)	2	4500 bis 5000					
	hier die Hälfte	1		4,750[4]	—			
14	Präsidialsekretäre	6	3300 bis 4200					
	hier die Hälfte	3		11,550[4]	—			[4]) Die Bezüge der Präsidialsekretäre, der Kanzlei- und Registraturassistenten, der Boten und Diener sowie der Steindrucker bei den Kreisregierungen werden je zur Hälfte auf den Etat des Staatsministeriums des Innern und den Etat des Staatsministeriums der Finanzen verrechnet.
14	Steuerrechnungskommissäre der Regierung der Pfalz	2	3000	6,000	—			
17	Sekretäre	15[5]	2100 bis 3300	41,400	—			[5]) Der Voranschlag entspricht der Zahl der bei den Finanzkammern tatsächlich verwendeten Sekretäre. $4^1/_2$ Stellen wurden auf den Etat des Staatsministeriums des Innern übertragen.
	Seite	332	—	1'390,570	14,400			

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte: einzeln	Gehalte: zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	Übertrag	332	—	1'390,570	14,400		
17	Registratoren	29[6]	1800 bis 3300	77,400	—		
17	Kanzlisten	12	2400 bis 3300	35,700	—		
23	Kanzlei- und Registraturassistenten	116[7]	1500 bis 2250				
	hier die Hälfte	58		102,370[4]	—		
25	Boten und Diener . . .	77[8]	1500 bis 2000				
	hier die Hälfte	38½		68,100[4]	—		
25	Steindrucker	18	1500 bis 2000				
	hier die Hälfte	9		15,850[4]	—		
	Summe a	478½	—	1'689,990	14,400	15,340	1'719,730
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Akzessisten	36	1800[9]	64,800	—	—	64,800
	Summe E. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	514½	—	1'754,790	14,400	15,340[10]	1'784,530
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	478[11]					1'386,565[11]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					83,580
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	478					1'470,145
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	36½					314,385[12]

Erläuterungen

[6] Wie zu Nr. 5. 7½ Stellen wurden auf den Etat des Staatsministeriums des Innern übertragen.

[7] 3 Stellen mehr wegen der gesteigerten Geschäftslast, hier die Hälfte.

[8] 2 Stellen mehr aus dem gleichen Grunde wie vor, hievon hier die Hälfte.

[9] Der Funktionsbezug der besoldeten Akzessisten soll auf jährlich 1800 M erhöht werden.

[10] Künftig wegfallend.

[11]
229 Beamte mit . . 963,565 M Bedarf nach Anlage A,
250 Beamte mit . . 423,000 M Bedarf nach Anlage B,
479 Beamte mit . . 1'386,565 M Bedarf.
1 Stelle in Abgang zum Etat des Staatsministeriums des Innern (aus Anlaß der Neuregelung der Besoldungsverhältnisse, vgl. Verh. d. K. d. Abg. 1907/8 Beil. Bd. III Beil. 532 S. 1041).
478 Stellen.
Weiter gehen ab:
4½ Sekretärstellen,
7½ Registratorstellen, im ganzen
12 Stellen, so daß
466 Stellen verbleiben.
In Zugang kommen die Stellen für:
8 Regierungs- und Steuerräte,
8 Regierungs- und Steuerassessoren,
30 Kreisgeometer,
1½ Kanzleiassistenten,
1 Boten
514½ Stellen wie neben.

[12] Wird zu dem nebigen Mehrbedarfe zu
314,385 M der Bedarf von
34,600 M für die hier abgehenden und auf den Etat des Staatsministeriums des Innern übertragenen Beamtenstellen hinzugerechnet, so ergibt sich bei dem Etat der Regierungsfinanzkammern ein Gesamtmehrbedarf von
348,985 M.
Hievon treffen:
83,580 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
55,630 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
2,500 M auf die ausgewiesene Personalvermehrung,
19,000 M auf den Mehrbedarf für die Aufbesserung der Bezüge der nichtetatsmäßigen Beamten,
128,800 M auf die vom Etat Nr. 2 (Direkte Steuern) hieher übertragenen Besoldungen der Beamten des Messungsdienstes,
42,500 M auf die nunmehrige Veranschlagung des vollen Bedarfs für diese Besoldungen,
14,400 M auf die Repräsentationsbezüge der Regierungspräsidenten, die seither im vollen Betrag auf den Etat des Staatsministeriums des Innern verrechnet wurden und nunmehr zur Hälfte hier erscheinen
346,410 M; die Differenz wird ausgeglichen durch den Mehranfall an Mietentschädigungen und den Wegfall von Nebenbezügen.

Klasse der Gehalts-ordnung	Bamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			M	M	M	M	M	
	F. Kreiskassen.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
9	Kreiskassiere	8	4800 bis 6300	48,445	—			
11	Kreiskassekontrolleure . .	8	4100 bis 5100	38,800	—			
14	Zahlmeister	8	3600 bis 4500	34,675	—			
17	Sekretäre	19	1800 bis 3300	54,725	—			
25	Boten und Diener . . .	9	1700 bis 2000	16,955	—			
	Summe a	52	—	193,600	—	4,180	197,780	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe F. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	52	—	193,600	—	4,180[1]	197,780	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	52[2]					176,000[2]	[2]) 33 Beamte mit 139,240 M Bedarf nach Anlage A, 19 Beamte mit 36,760 M Bedarf nach Anlage B, 52 Beamte mit 176,000 M Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					9,000	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	52					185,000	[3]) Hievon treffen: 9000 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 2480 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen, 900 M werden ausgeglichen durch den Mehranfall an Mietentschädigungen, 400 M durch den Wegfall von Nebenbezügen.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					12,780[3]	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	G. Rentämter.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
7	Regierungsräte	8	7000 bis 7500	59,000	—			
9	Rentamtmänner	219	4800 bis 6300	1'302,200	—			
12	Rentamtsassessoren ...	44	3000 bis 4000	151,000	—			
17	Rentamtssekretäre	589	1800 bis 3300	1'365,900	—			
25	Rentamtsdiener	522	1500 bis 2000	879,000	—			
26	Rentamtsassistenten ...	646	1200 bis 1500	828,600	—			
	Summe a	2028	—	4'585,700	—	200,150	4'785,850	[1]) Künftig wegfallend.
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	[2]) 423 Beamte mit 2'120,900 M Bedarf nach Anlage A, 1605 Beamte mit 2'572,500 M Bedarf nach Anlage B, 2028 Beamte mit 4'693,400 M Bedarf
	Summe G. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	2028	—	4'585,700	—	200,150[1])	4'785,850	[3]) Wird zu dem nebigen Mehrbedarf zu 2,920 M der Bedarf von 250,000 M für die hier abgehenden und auf „Tagegelder und Reisekosten" übertragenen Gebührenanteile und Fahrradentschädigungen der Rentamtsdiener hinzugerechnet, so ergibt sich bei dem Etat der Rentämter ein Gesamtmehrbedarf von 252,920 M.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							Hievon treffen:
	Ursprünglicher Budgetbetrag	2028[2])					4'693,400[2])	89,530 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse ..	—					89,530	120,790 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen.
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2028					4'782,930	Weitere 42,600 M werden durch den Mehranfall an Mietentschädigungen ausgeglichen.
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					2,920[3])	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
			M	M	M	M	M
	J. Messungsämter.						
	a. Etatsmäßige Beamte.						
9	Obergeometer	140	4800 bis 6300	662,000[1]	—		
12	Bezirksgeometer	122	3000	310,400[1]	—		
21	Offizianten	60	1800	104,700[1]	—		
26	Zeichnungsassistenten . . .	89	1200	80,700[1]	—		
28	Messungsgehilfen	102	1300	127,000[1]	—		
	Summe a	513	—	1'284,800	—	4,400	1'289,200
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Geprüfter Geometer . . .	50	1800	90,000	—	—	90,000
	Summe J. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	563[2]	—	1'374,800	—	4,400[3]	1'379,200[4]

Erläuterungen

[1]) Da einem Teil der Beamten mit Rücksicht auf ihr Dienstalter zunächst ein geringerer als der in der Gehaltsordnung vorgesehene Gehalt zugewiesen und ein Teil der Stellen vorläufig noch nicht besetzt ist, wurde der Bedarfsvoranschlag für das Personal der Messungsämter entsprechend geringer bemessen.

[2]) Im Budget der Jahre 1908 und 1909 sind bei dem Etat Nr. 2 (Direkte Steuern) für die Messungsämter
197 Stellen und im Nachtrage zu diesem Etat (Beil. 441 zu den Verh. d. K. d. Abg. 1907/08, Beil.Bd. III S. 368) weitere
306 Stellen ausgewiesen
503 Stellen.
Hiezu kommen die vom Etat des Katasterbureaus hieher übertragenen Stellen für:
1 Obergeometer,
2 Katastergeometer,
2 Sekretäre, deren Bezüge auf Offiziantenstellen verrechnet sind,
3 Zeichnungsassistenten,
2 Messungsgehilfen, dann die seither auf den Etat für Stellvertretung verrechneten
50 Stellen für gepr. Geometerpraktikanten
563 Stellen.

[3]) Künftig wegfallend.

[4]) Dieser Betrag wird ausgewiesen wie folgt:
858,200 M vom Etat Nr. 2 (Direkte Steuern) hieher übertragen,
324,500 M entfallen auf die nunmehrige Veranschlagung des vollen Bedarfs für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse und des Messungsdienstes,
90,000 M treffen auf die seither auf „Stellvertretung" verrechneten Bezüge der geprüften Geometer,
9,800 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
27,000 M auf die vom Etat des Katasterbureaus hieher übertragenen Stellen,
69,700 M entfallen auf den weiteren Vollzug der Neuorganisation des Messungsdienstes infolge der teilweisen Besetzung etatsmäßiger Stellen durch Beamte mit den vollen regulativmäßigen Gehalten und der Besetzung seither offen gebliebener Stellen.

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Zahl der Beamten	Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf	Erläuterungen
			ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	ℳ	
	K. Lithographische Anstalt.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
14	Inspektor	1	—	3,600	—			
22	Steindrucker	18	1800 bis 2300	38,720	—			
	Summe a	19	—	42,320	—	180	42,500	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.	—	—	—	—	—	—	
	Summe K. Jahresvoranschlag für 1910 und 1911	19	—	42,320	—	180[1]	42,500	[1]) Künftig wegfallend.
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
	Ursprünglicher Budgetbetrag	19[2]					38,140[2]	[2]) 1 Beamter mit 3,240 ℳ Bedarf nach Anlage A, 18 Beamte mit 34,900 ℳ Bedarf nach Anlage B, 19 Beamte mit 38,140 ℳ Bedarf.
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse	—					1,800	
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	19					39,940	
	Sohin für 1910 und 1911 mehr	—					2,560[3]	[3]) Hievon treffen: 1800 ℳ auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs, 400 ℳ auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen. Weitere 360 ℳ werden durch den Wegfall von Nebenbezügen ausgeglichen.

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
	Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
		ein-zeln	zusammen				
		M	M	M	M	M	
Zusammenstellung von Ziffer I.							
Summe A	57		300,880	8,600	1,320	310,800	
„ B	16		105,700	—	800	106,500	
„ C	22		83,850	—	720	84,570	
„ D	15		54,500	—	1,130	55,630	
„ E	514½		1'754,790	14,400	15,340	1'784,530	
„ F	52		193,600	—	4,180	197,780	
„ G	2028		4'585,700	—	200,150	4'785,850	
„ J	563		1'374,800	—	4,400	1'379,200	
„ K	19		42,320	—	180	42,500	
Summe des Jahresvoranschlags für den **Etat der allgemeinen Finanzverwaltung** für 1910 und 1911	3286½		8'496,140	23,000	228,220	8'747,360	
Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
Ursprünglicher Budgetbetrag	2682[1]					6'769,191[1]	[1] 754 Beamte mit 3'629,981 M Bedarf nach Anlage A, 1928 Beamte mit 3'139,210 M Bedarf nach Anlage B, 2682 Beamte mit 6'769,191 M Bedarf.
Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					210,160	
Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2682					6'979,351	
Sohin für 1910 und 1911 mehr	604½					1'768,009	

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			ein-zeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	Ziffer II. Etat des Katasterbureaus.							
	a. Etatsmäßige Beamte.							
5	Direktor	1	—	9,600	—			
7	Regierungs- und Steuerräte	4	6500 bis 7500	28,000	—			
9	Regierungs- und Steuer-assessoren	2	5800 bis 6300	12,500	—			
9	Obergeometer	23	4800 bis 6300	127,000	—			
12	Katastergeometer	30	3000 bis 4500	94,000	—			
11	Kassier	1	—	5,100	—			
14	Inspektor der Lithographischen Anstalt	1	—	3,900	—			
14	Kassekontrolleur	1	—	3,900	—			
16	Sekretär des Katasterbureaus	1	—	3,900	—			
16	Revisoren	13	2400 bis 3900	45,500	—			
17	Sekretäre und Registratoren	48	1800 bis 3300	126,800	—			
17	Katastergraveure	19	1800 bis 3300	48,000	—			
19	Druckereiwerkmeister . . .	1	—	2,100	—			
22	Maschinisten	3	1800 bis 2100	5,600	—			
23	Assistenten	35	1500 bis 2250	53,100	—			
25	Boten und Diener . . .	3	1800 bis 2000	5,800	—			
25	Steindrucker	17	1500 bis 2000	28,800	—			
25	Buchbinder	2	1600 bis 1800	3,500	—			
28	Messungsgehilfen	22	1300 bis 1800	35,200	—			
	Summe a	227		642,300	—	7,700	650,000	

Klasse der Gehaltsordnung	Beamtenklasse	Zahl der Beamten	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Gehalte einzeln	Gehalte zusammen	Nebenbezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamtbedarf
				M	M	M	M
	Übertrag	227	—	642,300	—	7,700	650,000
	b. Nichtetatsmäßige Beamte.						
	Geprüfte Geometer . . .	6[1]	1800	10,800	—	—	10,800
	Summe des Jahresvoranschlags für den **Etat des Katasterbureaus** für 1910 und 1911 . . .	233	—	653,100	—	7,700[2]	660,800
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:						
	Ursprünglicher Budgetbetrag	309[3]					632,940[3]
	Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse . .	—					32,500
	Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	309					665,440
	Sohin						
	für 1910 und 1911 mehr	—					—
	weniger	76					4,640[4]

Erläuterungen

[1]) 2 Stellen mehr wegen Zunahme der Geschäfte.

[2]) Künftig wegfallend.

[3]) 71 Beamte mit 259,625 M Bedarf nach Anlage A,
238 Beamte mit 373,315 M Bedarf nach Anlage B,
309 Beamte mit 632,940 M Bedarf.
Hiezu kommen durch die ausgewiesene Personalvermehrung
2 Beamte
311 Stellen.
In Abgang kommen die auf den Etat der Messungsämter übertragenen Stellen für:
1 Obergeometer,
2 Katastergeometer,
2 Sekretäre,
3 Zeichnungsassistenten,
2 Messungsgehilfen,
ferner
68 nichtetatsmäßige Stellen, wofür die Bezüge nunmehr auf den Etat für Stellvertretung verrechnet werden, so daß
233 Beamte verbleiben.

[4]) Nebigem Minderbedarf zu
4,640 M stehen gegenüber:
50,600 M bisher auf Besoldungen verrechnete Bezüge des Hilfspersonals, die nunmehr auf Stellvertretung verrechnet werden,
27,000 M bisher hier vorgetragene Besoldungen der Beamten des Messungsamts München I, die nunmehr bei den Messungsämtern erscheinen; es ergibt sich sohin ein Mehrbedarf von
72,960 M.
Hievon treffen:
32,500 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse infolge der nunmehrigen Veranschlagung des vollen Bedarfs,
20,210 M auf den Mehrbedarf für Gehaltsvorrückungen,
8,400 M auf die etatsmäßige Besetzung von Stellen aus Anlaß der Neuorganisation des Messungsdienstes.
Weiter werden ausgeglichen:
1,540 M durch den Mehranfall an Mietentschädigungen,
9,000 M durch den Wegfall der Tagegelder des Geometerpersonals für den Entgang von Messungsgebühren und
1,310 M durch den Wegfall weiterer Nebenbezüge.

Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
	Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
		einzeln	zusammen				
		M	M	M	M	M	
Haupt-zusammenstellung.							
Summe Ziffer I . .	3286 1/2	—	8'496,140	23,000	228,220	8,747,360	
" " II . .	233	—	653,100	—	7,700	660,800	
Gesamtsumme des Jahresvoranschlags für den **Etat des Staatsministeriums der Finanzen** für 1910 und 1911 .	3519 1/2	—	9'149,240	23,000	235,920	9'408,160	
Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909:							
Ursprünglicher Budgetbetrag	2991 *)					7'402,131 *)	*) 825 Beamte mit 3'889,606 M Bedarf nach Anlage A, 2166 Beamte mit 3'512,525 M Bedarf nach Anlage B, 2991 Beamte mit 7'402,131 M Bedarf.
Hiezu vom Etat Nr. 34 infolge Neuregelung der Besoldungsverhältnisse .	—					242,660	
Summe des Budgetbetrags für 1908 und 1909	2991					7'644,791	
Sohin für 1910 und 1911 mehr	528 1/2					1'763,369	

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Übersicht

über die

Erweiterungs- und Neubauten

im Bereiche

der allgemeinen Finanzverwaltung.

Fortl. Nr.	Regierungsbezirk	Ort der Bauführung	Art der Bauvornahme	Gesamtkostenbedarf	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ	ℳ
1	Unterfranken	Würzburg	Erweiterung des Regierungsgebäudes, II. Rate 160,000 ℳ; hier die Hälfte	80,000	40,000
2	Oberfranken	Pegnitz	Neubau eines Rentamtsgebäudes	100,000	50,000
3	Schwaben	Illertissen	Neubau eines rentamtlichen Bureaugebäudes mit Amtsdienerwohnung	46,000	23,000
4	—	—	Reserve	7,000	3,500
			Summe	233,000	116,500

Erläuterungen

Zur Begründung dieses Postulats wird auf die Anlage C zu dem Etat des Staatsministeriums des Innern für die Jahre 1910 und 1911 Nr. 27 Bezug genommen.

Das Rentamtsgebäude in Pegnitz wurde vor vielen Jahren durch einen Anbau erweitert, bietet aber nicht die unumgänglich notwendigen Räume für die geeignete Unterbringung des Personals. Eine wiederholte Erweiterung des Gebäudes ist nicht durchführbar, da das Gebäude von den Nachbargebäuden vollständig eingeschlossen ist. Es ist deshalb ein Neubau nötig, dessen Herstellung nach Abzug des mutmaßlichen Erlöses aus dem alten Gebäude einen Aufwand von 100,000 ℳ erfordert.

Bei dem Rentamt Illertissen sind außer dem Bureau des Amtsvorstandes nur 2 weitere Arbeitszimmer vorhanden, in denen 8 Beamte und Bedienstete untergebracht sind. Eine glatte Abwickelung der Geschäfte ist bei dem regen Parteiverkehr unmöglich. Außerdem sind die Amtsräume teilweise schlecht belichtet. Eine Erweiterung der derzeitigen Amtsräume ist nicht möglich. Es ist deshalb die Herstellung eines Neubaues für die Bureauräume nebst Amtsdienerwohnung dringendes Bedürfnis.

Aus der Reserve sollen etwaige unvermeidliche Kostenüberschreitungen (infolge Steigerung der Arbeitslöhne, der Preise der Baumaterialien und ähnlicher unvorhergesehener Verhältnisse) ihre Deckung finden.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 30.

Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

Inhaltsangabe.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				M
			Staatsministerium.	
1			**Persönliche Ausgaben.**	
	1		Besoldungen der Beamten	50,790*
	2		Kosten für Stellvertretung, Geschäftsaushilfe und besondere Leistungen	—
	3		Reise- und Umzugskosten.	
		1	Tagegelder und Reisekosten	7,000
		2	Umzugskosten	200
			Summe Kap. 1	57,990
2			**Sächliche Ausgaben.**	
	1		Schreibbedürfnisse, Drucksachen, Bücher, Buchbinderkosten, Einrichtungsgegenstände und dergleichen	7,000
	2		Sonstige Ausgaben	2,000
			Summe Kap. 2	9,000
			hiezu „ „ 1	57,990
			Summe der Ausgaben (Etat Nr. 30)	66,990

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Hinweis auf die Anlage	Erläuterungen
	mehr	weniger		
M	M	M		
80,475	—	29,685	S. 6/7	* Hierunter 90 M persönliche Zulagen künftig wegfallend.
—	—	—		
7,000	—	—		
1,000	—	800		
88,475	—	30,485		
7,000	—	—		
2,000	—	—		
9,000	—	—		
88,475	—	30,485		
97,475	—	30,485		Pensionen: Ohne Anfall. Außerordentliches Budget: Ohne Ansatz.

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Ausweis

der

Besoldungen der Beamten.

Anlage.

Klasse der Gehalts-ordnung	Beamtenklasse	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911:						Erläuterungen
		Zahl der Beamten	Gehalte		Neben-bezüge	Persönliche und besondere Zulagen	Gesamt-bedarf	
			einzeln	zusammen				
			M	M	M	M	M	
	a. Etatsmäßige Beamte.							
1	Staatsminister	1	—	24,000	10,000[1]			
5	Ministerialrat	—[2]	—	—	—			
7	Regierungsrat	1	—	7,500	—			
13	Geheimer Sekretär . . .	1						
	Geheimer Registrator . .	1						
		2	4200 bis 5000	9,200	—			
14	Bahnverwalter	—[3]	—	—	—			
14	Sekretäre des Staatministeriums	—[4]	—	—	—			
21	Ministerialboten	—[5]	—	—	—			
	Summe a	4	—	40,700	10,000	90	50,790	
	b. Nichtetatsmäßige Beamte	—	—	—	—	—	—	
	Summe des Jahresvoranschlags für 1910 und 1911	4	—	40,700	10,000	90[6]	50,790	
	Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	16[7]	—	—	—	—	80,475[7]	
	Sohin für 1910 und 1911 minder	12	—	—	—	—	29,685[8]	

[1] Hievon 5000 M Repräsentationsbezug, 5000 M Wohnungsentschädigung.

[2] Die Stelle ist in den Etat Nr. 8 — Staatseisenbahnen — übertragen worden.

[3] Von den 3 Stellen sind 2 entbehrlich und 1 Stelle ist in den Etat Nr. 8 — Staatseisenbahnen — übertragen worden.

[4] 2 Stellen sind als Bahnverwalterstellen — Klasse 14 — in den Etat Nr. 8 — Staatseisenbahnen — übertragen worden.

[5] Von den 6 Stellen sind 4 Stellen auf Etat Nr. 8 und 2 „ „ „ Nr. 9 übernommen worden.

[6] Künftig wegfallend.

[7] 10 Beamte mit 68,865 M Bedarf nach Anlage A,
6 Beamte mit 11,610 M „ nach Anlage B,
16 Beamte mit 80,475 M Bedarf.

[8] Hievon treffen:
13,950 M auf den Mehrbedarf für die Neuregelung der Besoldungsverhältnisse,
43,635 M ab für Minderbedarf infolge Stellenminderungen
29,685 M Summe wie neben.

München, den 11. August 1909.

K. Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten.

von Frauendorfer.

Etat Nr. 31.

Pensionen und Unterstützungen.

Kap.	§	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: A. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	B. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	Summe
			ℳ	ℳ	ℳ
		Ziffer I. Pensionen.			
1		Verwaltung der direkten Steuern	—	—	—
2		Verwaltung der Gebühren	—	—	—
3		Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	800,000	450,000	1'250,000
4		Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung	100,000	48,000	148,000
5		Münzanstalt	2,400	7,900	10,300
6		Staatseisenbahnverwaltung	8'390,000	3'360,000	11'750,000
7		Post- und Telegraphenverwaltung	1'961,800	1'133,800	3'095,600
8		Bodenseedampfschiffahrt	43,100	6,500	49,600
9		Ammerseedampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	—	—	—
10		Ludwig-Donau-Main-Kanal	18,000	17,000	35,000
11		Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	1,500	400	1,900
12		Frankenthaler Kanal	300	—	300
13		Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	900,000	620,000	1,520,000
14		Besondere Betriebe des Staates	21,800	7,600	29,400
15		Staatsschuldenverwaltung.			
	1	Allgemeine Staatsschuld	52,000	18,000	70,000
	2	Eisenbahnschuld	51,000	14,000	65,000
	3	Grundrentenschuld	6,300	2,700	9,000
	4	Kulturrentenschuld	—	—	—
		Summe Kap. 15	109,300	34,700	144,000
		Seite	12'348,200	5'685,900	18'034,100

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
M	M	M	
127,350	—	127,350	
600	—	600	
980,000	270,000	—	
145,500	2,500	—	
7,690	2,610	—	
9'105,000	2'645,000	—	
2'621,000	474,600	—	
40,730	8,870	—	
—	—	—	
35,800	—	800	
400	1,500	—	
300	—	—	
1'400,000	120,000	—	
28,630	770	—	
63,800	6,200	—	
66,750	—	1,750	
9,920	—	920	
—	—	—	
140,470	6,200	2,670	
	3,530		
14'633,470	3'529,380	128,750	

Zu Ziffer I und II.

Dem Voranschlage der Pensionen und Unterhaltsbeiträge liegt im allgemeinen der Stand zur Zeit der Etatsaufstellung zu Grunde. Da indes die staatliche Pensionslast noch nicht den Beharrungszustand erreicht hat, wurde bei dem Ausmaße der Voranschläge für die größeren Verwaltungen und vor allem für die Etats der Verkehrsverwaltung zugleich auf die voraussichtliche weitere Steigerung des Aufwandes an Pensionen in den Jahren 1910 und 1911 entsprechende Rücksicht genommen.

Hinsichtlich der unter Kap. 26 ausgewiesenen Bedarfssumme und der Mehrforderung zu Ziff. II wird auf die Begründung zu dem § 5 des Finanzgesetzentwurfs Bezug genommen.

Die Pensionen, die seither unter Kap. 1 und 2 veranschlagt waren, wurden auf den Etat des Staatsministeriums der Finanzen (Kap. 23 § 1) und den Etat des Staatsministeriums der Justiz (Kap. 19 § 1) übertragen.

Kap.	§	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: A. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	B. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	Summe
			M	M	M
		Ziffer I.			
		Übertrag	12'348,200	5'685,900	18'034,100
16		Staatsrat	12,000	3,300	15,300
17		Landtag	3,100	5,000	8,100
18		Staatsministerium des K. Hauses und des Äußern.			
	1	Allgemeiner Etat	70,000	36,500	106,500
	2	Industrie und Gewerbe	8,900	3,300	12,200
	3	Bergbehörden	6,930	3,800	10,730
		Summe Kap. 18	85,830	43,600	129,430
19		Staatsministerium der Justiz.			
	1	Allgemeiner Etat	2'400,000	1'300,670	3'700,670
	2	Strafanstalten	235,000	65,000	300,000
		Summe Kap. 19	2'635,000	1'365,670	4'000,670
20		Staatsministerium des Innern.			
	1	Allgemeiner Etat	990,000	510,000	1'500,000
	2	Landesarchive	26,800	21,200	48,000
	3	Staatsbauverwaltung	400,000	190,000	590,000
	4	Gesundheit	270,000	130,000	400,000
	5	Polizeiverwaltung	607,000	143,000	750,000
	6	Arbeiterversicherung und Arbeitsvermittlung	—	—	—
	7	Landwirtschaft	62,600	20,200	82,800
		Summe Kap. 20	2'356,400	1'014,400	3'370,800
21		Landgerichte früherer Ordnung	—	11,000	11,000
		Seite	17'440,530	8'128,870	25'569,400

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
14'633,470	3'529,380	128,750	
15,570	—	270	
6,000	2,100	—	
101,840	4,660	—	
10,290	1,910	—	
17,590	—	6,860	
129,720	6,570	6,860	
		290	
3'811,000	—	110,330	
262,000	38,000	—	
4'073,000	38,000	110,330	
		72,330	
1'319,000	181,000	—	
45,010	2,990	—	
535,300	54,700	—	
329,500	70,500	—	
707,160	42,840	—	
—	—	—	
73,790	9,010	—	
3'009,760	361,040	—	
12,640	—	1,640	
21'880,160	3'892,520	203,280	

Kap.	§	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: A. Ruhegehalte und Unterhaltsbeiträge der Beamten	B. Witwen- und Waisengelder sowie Unterhaltsbeiträge der Hinterbliebenen der Beamten	Summe
			M	M	M
		Ziffer I. Übertrag	17'440,530	8'128,870	25'569,400
22		Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.			
	1	Allgemeiner Etat	29,200	41,200	70,400
	2	Erziehung und Bildung	1'320,000	530,000	1'850,000
	3	Protestantischer Kultus	36,000	32,800	68,800
		Summe Kap. 22	1'385,200	604,000	1'989,200
23		Staatsministerium der Finanzen.			
	1	Allgemeiner Etat	854,800	500,500	1'355,300
	2	Etat des Katasterbureaus	54,300	32,800	87,100
		Summe Kap. 23	909,100	533,300	1'442,400
24		Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	—	—	—
25		Übrige Pensionen und Unterhaltsbeiträge	10,000	20,000	30,000
26		Zur Gewährung von Pensionszulagen an die Hinterbliebenen der vor dem 1. Januar 1909 verstorbenen oder in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten und Staatsbediensteten	—	1'000,000	1'000,000
		Summe Ziffer I. Pensionen	19'744,830	10'286,170	30'031,000*)

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
21'880,160	3'892,520	203,280	
65,900	4,500	—	
1'631,000	219,000	—	
58,010	10,790	—	
1'754,910	234,290	—	
1'093,000	262,300	—	
68,400	18,700	—	
1'161,400	281,000	—	
—	—	—	
49,260	—	19,260	
—	1'000,000	—	
24'845,730	5'407,810	222,540	
	5'185,270		

*) Außerdem gelangen im Bereiche des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur Verrechnung:

bei dem Etat der Universitäten:

49,403 ℳ Ruhegehalte, Pensionen 2c. der Professoren und Beamten,
112,745 ℳ für die Hinterbliebenen;

bei dem Etat der Präparandenschulen:

1,260 ℳ Unterhaltsbeiträge der Bediensteten,
1,652 ℳ für die Hinterbliebenen.

Von den Ruhegehalten, Pensionen 2c. der Universitäten werden indes 115,019 ℳ aus Universitätsmitteln aufgebracht, so daß nur der Betrag von 47,129 ℳ unmittelbar der Staatskasse zur Last fällt.

Die gesamte staatliche Pensionslast beläuft sich sohin auf rundt 30'081,040 ℳ.

Kap.	§	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
			ℳ
		Ziffer II. Unterstützungen und sonstige Beihilfen	1'060,000
		Ziffer III. Zuschuß an den Allgemeinen Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der K. B. Staatsdiener	350,000
		Hiezu Summe Ziffer I. Pensionen	30'031,000
		Gesamtbetrag der Ausgaben (Etat Nr. 31)	31'441,000

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
560,000	500,000	—	
696,540	—	346,540	Zu Ziffer III. (siehe unten)
24'845,730	5'185,270	—	
26'102,270	5'685,270	346,540	
	5'338,730		

Zu Ziffer III.

Der Zuschuß an den Allgemeinen Unterstützungsverein für die Hinterlassenen der K. B. Staatsdiener war im Etat für die Jahre 1908 und 1909 ursprünglich

mit . . . . 688,649 ℳ für das Jahr 1908
und mit . . . . 704,432 ℳ für das Jahr 1909,
sohin durchschnittlich mit . . . . 696,540 ℳ veranschlagt.

Der als Zuschuß für das Jahr 1909 in Aussicht genommene Betrag von 704,432 ℳ war nach dem § 21 der Denkschrift über die Neuregelung der Dienst-, Gehalts- und Pensionsverhältnisse der Staatsbeamten vom 20. Februar 1908 (Verh. d. K. d. Abg. 1907/08 Beil.Bd II S. 339) eventuell zur Deckung des Mehrbedarfs für diese Neuregelung in Aussicht genommen. Nachträglich wurde jedoch diese Summe durch den Etat der allgemeinen Reserve für den ursprünglichen Zweck vorsorglich wieder in Zugang gebracht und dadurch der Voranschlag für die Jahre 1908/09 zu Ziffer III auf die ursprüngliche Summe erhöht.

Als Staatszuschuß für die Jahre 1910 und 1911 wurde auf Grund einer seinerzeit angestellten vorläufigen Berechnung zunächst der Betrag von jährlich 350,000 ℳ eingestellt, da das endgültige Ergebnis der Erhebungen über die Leistungsfähigkeit des Vereins noch nicht vorliegt.

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Etat Nr. 32.

Allgemeine Reserve.

Kap.	§	Tit.	Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
				ℳ
			Allgemeine Reserve	735,016

Jährlicher Budgetbetrag für 1908 und 1909	Sohin für 1910 und 1911		Erläuterungen
	mehr	weniger	
ℳ	ℳ	ℳ	
511,009	224,007	—	Nach der dem Finanzgesetze vom 16. August 1908 beigegebenen Hauptübersicht war in dem Etat der Reserve für die Jahre 1908 und 1909 der Betrag von 1'972,216 ℳ für besondere Staatsbedürfnisse und der weitere Betrag von 511,009 ℳ für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben vorgesehen. Der erstbezeichnete Betrag zu 1'972,216 ℳ wurde mit 1'468,000 ℳ zu Kap. 4 des Etats der Grundgefälle (Etat Nr. 18), 152,000 ℳ zu Ziff. III Kap. 2 § 2 Tit. 1 des Etats der Staatsschuld (Etat Nr. 23) und mit dem Reste von 352,216 ℳ zu Ziff. III des Etats für Pensionen und Unterstützungen (Etat Nr. 31) übertragen, so daß hier nur mehr die Summe von 511,009 ℳ als Budgetbetrag für die Jahre 1908 und 1909 verbleibt. In dem Budgetvoranschlage für die Jahre 1910 und 1911 ist die Summe von jährlich 150,000 ℳ zur Gewährung freiwilliger Staatsbeiträge für Schul- und Kirchenbauten inbegriffen.

München, den 17. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

III.

Einzel-Übersicht

zum

außerordentlichen Budget.

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911 ℳ	₰	Hinweis auf die Erläuterungen Seite
Einnahmen.			
I. Überschüsse früherer Finanzperioden.			
a. Verfügbar gewordene Kredite aus den Überschüssen der Jahre 1904 und 1905 und zurück	224,138	15	11
b. Überschüsse der Jahre 1906 und 1907	16'490,176	43	11
c. Heimzahlung der Stadtgemeinde Vilshofen an der Brückenbauschuld	21,075	45	11
Summe I. Überschüsse früherer Finanzperioden	16'735,390	03	
Für ein Jahr der Finanzperiode	8'367,695	01	
II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds	15'133,500	—	12
Für ein Jahr der Finanzperiode	7'566,750	—	
Summe II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds für sich.			
III. Allgemeines Staatsanlehen	51'088,000	—	12
Für ein Jahr der Finanzperiode	25'544,000	—	
Der Teilbetrag von 5'000,000 ℳ oder für je ein Jahr der Finanzperiode von 2'500,000 ℳ wird dadurch beglichen, daß zu seiner Deckung die im ordentlichen Budget der Jahre 1908 und 1909 vorgesehene Summe für Tilgung der Allgemeinen Staatsschuld im gleichen Betrage verwendet wird, so daß als neu aufzunehmendes Anlehen nur die Summe von 46'088,000 ℳ oder von 23'044,000 ℳ für je ein Jahr der Finanzperiode verbleibt.			
Summe III. Allgemeines Staatsanlehen für sich.			
IV. Staatseisenbahnanlehen	—	—	
Zusammenstellung.			
Summe I. Überschüsse früherer Finanzperioden	16'735,390	03	
„ II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds	15'133,500	—	
„ III. Allgemeines Staatsanlehen	51'088,000	—	
„ IV. Staatseisenbahnanlehen	—	—	
Summe der Einnahmen des außerordentlichen Budgets . . .	82·956,890	03	
Für ein Jahr der Finanzperiode	41'478,445	01	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911 ℳ	₰	Hinweis auf die Erläuterungen Seite
Ausgaben.			
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden.			
a. Für Zwecke der Bergwerksverwaltung.			
Für Bohrungen und Schürfungen auf Kohle, Erze und Salz, für sonstige Aufklärungsarbeiten sowie für Erwerbung von Grubenfeldern	600,000	—	12
Für ein Jahr der Finanzperiode	300,000	—	
Summe a für sich.			
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.			
Für Postbauten sowie für Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Post- und Telephenverwaltung.			
1. Neubau eines Posthauses am Bahnhofe Garmisch-Partenkirchen	235,000	—	13
2. Umbau des Hauptpostgebäudes an der Residenzstraße in München	238,000	—	13
3. Neubau eines Posthauses in Neustadt a. Aisch	119,000	—	13
4. Neubau eines Posthauses am Bahnhofe Sonthofen	119,000	—	14
5. Neubau eines Posthauses am Bahnhofe Zweibrücken	285,000	—	14
6. Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung	610,000	—	14
7. Kosten für innere Einrichtung, Reserve und Verwaltungskosten	194,000	—	14
Summe b	1'800,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	900,000	—	
c. Für Zwecke der Bodensee-Dampfschiffahrt.			
Zuschuß zum Erneuerungsfonds für die Bodensee-Dampfschiffahrt	600,000	—	15
Für ein Jahr der Finanzperiode	300,000	—	
Summe c für sich.			
d. Für Zwecke der besonderen Betriebe des Staates.			
Für Verbesserungen in den ärarialischen Bädern	4'000,000	—	15
Für ein Jahr der Finanzperiode	2'000,000	—	
Summe d für sich.			
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des K. Hauses und des Äußern.			
Für Erwerbung von drei dem K. Arbeitermuseum benachbarten Anwesen	213,000	—	16
Für ein Jahr der Finanzperiode	106,500	—	
Summe e für sich.			

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911 M	₰	Hinweis auf die Erläuterungen Seite
Ziffer I.			
f. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz.			
1. Für den Neubau von Amtsgerichtsgebäuden in Fürstenfeldbruck, Griesbach, Burglengenfeld und Kipfenberg	484,000	—	17
2. Für die Errichtung einer Gefangenanstalt im Moore bei Bernau am Chiemsee	380,000	—	18
Summe f	864,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	432,000	—	
g. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern.			
1. Für Herstellung eines eigenen Gebäudes für die Anstalt zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln in Erlangen und innere Einrichtung des Neubaues	176,000	—	18
2. Für den Ausbau der Staatserziehungsanstalt Würzburg	100,000	—	18
3. Zuschuß für den Neubau des Deutschen Museums, 4. und 5. Rate	800,000	—	19
4. Außerordentliche Staatsbeihilfe aus Anlaß der Überschwemmungen im Februar 1909	600,000	—	19
5. Für Erweiterung des Staatshafens am Main bei Würzburg	131,000	—	19
6. Für die Gewährung eines Betriebsvorschusses an die Bayerische Zentraldarlehenskasse	800,000	—	20
Summe g	2'607,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	1'303,500	—	
h. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.			
1. Für Herstellung neuer Räume für die zweite gynäkologische Klinik in München	230,000	—	20
2. Für den Neubau der Universitätsbibliothek in Erlangen, 1. Rate	323,350	—	21
3. Für den Anbau eines Flügels an das Lehrerseminar in Altdorf mit Einschluß der Grunderwerbungskosten	460,000	—	21
4. Für Erwerbung eines Bauplatzes zur Herstellung eines Neubaues für die Lehrerbildungsanstalt in Speyer	75,000	—	21
5. Für Grunderwerb für Zwecke der Kunstgewerbeschule in München	124,500	—	22
6. Für einen Neubau der Handwerkerfachschule für Holzindustrie in Fürth	245,000	—	22
7. Reserve für vorstehende Bauten	20,000	—	22
Summe h	1'477,850	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	738,925	—	
i. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen.			
Für Bauvornahmen aus Anlaß der Reform der direkten Steuern	4'333,540	03	22
Für ein Jahr der Finanzperiode	2'166,770	01	
Summe i für sich.			

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911		Hinweis auf die Erläuterungen
	ℳ	₰	Seite
Ziffer I.			
k. Für Zwecke der Staatsministerien des K. Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen.			
Verwendung des ehemaligen Landgerichtsgebäudes in Bayreuth für Zwecke der Staatsministerien des K. Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen — Ersatz für den zur teilweisen Deckung der Kosten des Neubaues eines Land- und Amtsgerichtsgebäudes in Bayreuth bestimmten Erlös	240,000	—	23
Für ein Jahr der Finanzperiode	120,000	—	
Summe k für sich.			
Zusammenstellung zu I.			
Summe a	600,000	—	
„ b	1‘800,000	—	
„ c	600,000	—	
„ d	4‘000,000	—	
„ e	213,000	—	
„ f	864,000	—	
„ g	2‘607,000	—	
„ h	1,477,850	—	
„ i	4,333,540	03	
„ k	240,000	—	
Summe I. Ausgaben auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	16‘735,390	03	
Für ein Jahr der Finanzperiode	8‘367,695	01	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911 ℳ	₰	Hinweis auf die Erläuterungen Seite
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds.			
a. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.			
Für die Beschaffung selbsttätiger Wägevorrichtungen aus Anlaß der Besteuerung des Malzes nach dem Gewichte	2'500,000	—	23
Für ein Jahr der Finanzperiode	1'250,000	—	
Summe a für sich.			
b. Für Zwecke der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung.			
Für Verbesserungen bei den Berg-, Hütten- und Salzwerken	3'674,000	—	24
Für ein Jahr der Finanzperiode	1'837,000	—	
Summe b für sich.			
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.			
aa. Für Vervollständigung des bayerischen Telegraphennetzes.			
1. Herstellung neuer Leitungen	35,400	—	28
2. Ausdehnung des Telephons auf das flache Land	522,500	—	28
3. Neuanlage von Doppelgestängen an Telegraphenlinien mit einfachem Gestänge	8,850	—	28
4. Kabelanlagen	77,500	—	28
5. Gemeinsame Reserve	20,750	—	28
Summe 1—5	665,000	—	
Hiezu 10 % für Oberleitung, Bauführung usw.	66,500	—	
Summe aa	731,500	—	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911 M	₰	Hinweis auf die Erläuterungen Seite
Ziffer II c.			
bb. Für Vervollständigung des bayerischen Telephonnetzes.			
1. Erweiterung der bestehenden Ortstelephonnetze	5'450,000	—	28
2. Herstellung neuer Ortstelephonnetze und Ausdehnung des Telephons auf das flache Land	592,500	—	28
3. Herstellung telephonischer Verbindungsleitungen	1'122,400	—	29
4. Gemeinsame Reserve	315'100	—	29
Summe 1—4	7'480,000	—	
Hiezu 10 % für Oberleitung, Bauführung usw.	748,000	—	
Summe bb	8'228,000	—	
Hiezu „ aa	731,500	—	
Summe c	8'959,500	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	4'479,750	—	
Zusammenstellung zu II.			
Summe a	2'500,000	—	
„ b	3'674,000	—	
„ c	8'959,500	—	
Summe II. Ausgaben auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	15'133,500	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	7'566,750	—	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911 M	₰	Hinweis auf die Erläuterungen Seite
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens.			
a. Für allgemeine Staatszwecke.			
Zur Verstärkung des Allgemeinen Betriebskapitals	15'000,000	—	29
Für ein Jahr der Finanzperiode	7,500,000	—	
Summe a für sich			
b. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.			
Für Errichtung einer neuen Hauptzollamtsanlage am Hauptbahnhof in München, Restbedarf	2'600,000	—	30
Für ein Jahr der Finanzperiode	1'300,000	—	
Summe b für sich.			
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.			
Für Erhöhung des Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien, 2. Rate	1'500,000	—	30
Für ein Jahr der Finanzperiode	750,000	—	
Summe c für sich.			
d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz.			
Für den Neubau eines Zentraljustizgebäudes in Nürnberg, 2. Rate	1'600,000	—	31
Für ein Jahr der Finanzperiode	800,000	—	
Summe d für sich.			
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern.			
1. Für den Neubau eines Polizeidirektionsgebäudes in München, 1. Rate	2'000,000	—	31
2. Für die Erweiterung der Hafen- und Umschlaganlagen am Rhein bei Ludwigshafen, 1. Rate	4'100,000	—	31
3. Für Errichtung hochwasserfreier Lagerplätze bei den Holzeinwurfplätzen am Main zu Marktbreit, Ochsenfurt und Würzburg	488,000	—	31
4. Für Errichtung von Holzeinwurfplätzen und hochwasserfreien Lagerplätzen am rechten Regnitzufer bei Bamberg	900,000	—	35
5. Für Wasserbauten	14'000,000	—	36
Summe e	21'488,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	10'744,000	—	

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911 M	₰	Hinweis auf die Erläuterungen Seite
Ziffer III.			
f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.			
1. Für Erbauung eines die Universitätskliniken und die Krankenhäuser für die städtischen und klinischen Kranken umfassenden Krankenhauses in Würzburg, 2. Rate	2'500,000	—	50
2. Für Verlegung des Botanischen Gartens in München, 2. Rate	3'000,000	—	50
3. Für Erweiterungsbauten bei der Technischen Hochschule in München, 1. Rate	2'000,000	—	51
4. Für einen Neubau für das Maximilians- und das Realgymnasium in München, 1. Rate	1'400,000	—	52
Summe f	8'900,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	4'450,000	—	
Zusammenstellung zu III.			
Summe a	15'000,000	—	
" b	2'600,000	—	
" c	1'500,000	—	
" d	1'600,000	—	
" e	21'488,000	—	
" f	8'900,000	—	
Summe III. Ausgaben auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens	51'088,000	—	
Für ein Jahr der Finanzperiode	25'544,000	—	
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	—	—	
(Zu Ziffer IV werden dem Landtage Nachtragsetats zugehen.)			

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 191	
	M	
Hauptzusammenstellung.		
Summe I. Ausgaben auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	16'735,390	C
„ II. „ „ „ des Gefällsablösungsfonds	15'133,500	–
„ III. „ „ „ des Allgemeinen Staatsanlehens . . .	51'088,000	–
„ IV. „ „ „ des Staatseisenbahnanlehens	—	–
Summe der Ausgaben des außerordentlichen Budgets	82'956,890	0
Für ein Jahr der Finanzperiode	41'478,445	01

München, den 18. August 1909.

K. Staatsministerium der Finanzen.

von Pfaff.

Erläuterungen

zur

Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget.

Zu den Einnahmen.

I. Überschüsse früherer Finanzperioden.

a. Verfügbar gewordene Kredite aus den Überschüssen der Jahre 1904 und 1905 und zurück . . . . 224,138 ℳ 15 ₰.

Nach den Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1906 und 1907 (Nachweisung III S. 63) ist von den auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden bewilligten Krediten der Betrag von 224,138 ℳ 15 ₰ für die ursprünglich bestimmten Zwecke nicht mehr benötigt und dadurch für anderweitige Verwendung frei geworden. Dieser Betrag war daher — entsprechend den allgemeinen Grundsätzen für die Aufstellung und den Vollzug des Staatsbudgets — dem außerordentlichen Budget der Jahre 1910 und 1911 als Einnahme zuzuführen.

b. Überschüsse der Jahre 1906 und 1907 . . . . 16'490,176 ℳ 43 ₰.

Für die Jahre 1906 und 1907 haben die Rechnungsnachweisungen nach dem Vortrag auf Seite 16/17 der Hauptnachweisung mit einem Aktivreste von 24'739,693 ℳ 12 ₰ abgeschlossen.

Hievon sind zur Deckung der übertragenen Kredite erforderlich . . 3'249,516 ℳ 69 ₰,
so daß ein Einnahmsüberschuß von 21'490,176 ℳ 43 ₰ verbleibt.

Hievon muß die weitere Summe von 5'000,000 ℳ — ₰ zunächst zum Vollzuge des § 3 Abs. 3 des Finanzgesetzes vom 16. August 1908 in Reserve gehalten werden, da hienach der im ordentlichen Budget der Jahre 1908 und 1909 vorgesehene Bedarf für die Tilgung der Allgemeinen Staatsschuld mit jährlich 2'500,000 ℳ aus den Einnahmsüberschüssen der Jahre 1906 und 1907 zu bestreiten ist, wenn hiefür die Rechnungen der Jahre 1908 und 1909 nach Deckung des sonstigen Staatsbedarfs nicht die erforderlichen Mittel bieten, was zurzeit noch nicht sich beurteilen läßt.

Nach Abzug der zu reservierenden Summe verbleibt sohin aus den Jahren 1906 und 1907 zur Einstellung in das außerordentliche Budget der Jahre 1910 und 1911 ein verfügbarer Überschuß von . . . . . 16'490,176 ℳ 43 ₰.

Hiezu kommt als dritter Posten

c. die Heimzahlung der Stadtgemeinde Vilshofen an ihrer Brückenbauschuld mit . . . . 21,075 ℳ 45 ₰.

Durch § 10 des Finanzgesetzes vom 16. August 1908 wurde genehmigt, daß der Stadtgemeinde Vilshofen von ihrer Brückenbauschuld an den Staat der Betrag von 100,000 ℳ nachgelassen wird, wenn sie im Laufe des Jahres 1908 den Betrag von 21,075 ℳ 45 ₰ bar an die Staatskasse heimzahlt, den Rest von 20,000 ℳ an den Brückenbaufonds Vilshofen abführt und sich verpflichtet, bis längstens 31. Dezember 1918 den Brückenzoll vollständig aufzuheben. Die Stadtgemeinde Vilshofen hat infolgedessen die Summe von 21,075 ℳ 45 ₰ zurückbezahlt. Diese Summe steht hienach gleichfalls zur Dotierung des außerordentlichen Budgets der Jahre 1910 und 1911 zur Verfügung.

II. Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds . . . . . 15'133,500 ℳ.

Wie im außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 sollen auch für die kommende Finanzperiode für einen Teil der außerordentlichen Staatsbedürfnisse die Mittel dem Gefällsablösungsfonds entnommen und diesem nicht nur mit 4% verzinst sondern zugleich im Rahmen des ordentlichen Budgets zurückerstattet werden.

Die auf diesem Wege zu deckenden Bedürfnisse erfordern nach dem Vortrag unter Ziff. II der Übersicht (S. 6 und 7) die Summe von 15'133,500 ℳ, so daß der gleiche Betrag als Zuschuß aus dem Gefällsablösungsfonds in Einnahme zu stellen war.

III. Allgemeines Staatsanlehen . . . . 51'088,000 ℳ.

Die im Wege der Anlehensaufnahme zu bestreitenden allgemeinen Staatsbedürfnisse erfordern nach dem Vortrag auf Seite 8 und 9 der Übersicht einen Gesamtaufwand von . . . . 51'088,000 ℳ. Der gleiche Betrag war hienach als Einnahme vorzusehen.

Von dieser Summe kann indes der Teilbetrag von . . . . 5'000,000 ℳ dadurch beglichen werden, daß zu seiner Deckung die im ordentlichen Budget der Jahre 1908 und 1909 vorgesehene Summe für Tilgung der Allgemeinen Staatsschuld im gleichen Betrag in Anspruch genommen wird, so daß als neu aufzunehmendes Anlehen nur die Summe von 46'088,000 ℳ verbleibt.

IV. Staatseisenbahnanlehen . . . . — ℳ.

Zu den Ausgaben.

I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden.

a. Für Zwecke der Bergwerksverwaltung.

Für Bohrungen und Schürfungen auf Kohle, Erze und Salz, für sonstige Aufklärungsarbeiten sowie für Erwerbung von Grubenfeldern . . . . 600,000 ℳ.

Die durch das außerordentliche Budget der Jahre 1908 und 1909 auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden und des Allgemeinen Staatsanlehens für Bohrungen auf Kohle und Eisenerze sowie für Erwerbung von Grubenfeldern bewilligten und ihrer bestimmungsgemäßen Verwendung zugeführten Mittel im Betrage von (700,000 + 300,000 =) 1'000,000 ℳ werden im Laufe des Jahres 1910 vollständig erschöpft sein.

Die bis jetzt durchgeführten Bohrungen waren zum Teil von sehr günstigem Erfolge begleitet. Nach den bisherigen Resultaten der Bohrungen und sonstigen Aufschlußarbeiten kann schon derzeit eine Vermehrung des Kohlenvermögens des Peißenberger Bergwerks um 6 Millionen Tonnen Kohlen und eine Vermehrung des Erzvermögens im Erzbergbau Amberg um weitere 1,5 Millionen Tonnen Erz (seit der letztmaligen Feststellung im Frühjahr 1908 mit 3 Millionen Tonnen Erz) als sicher nachgewiesen angenommen werden.

Diese Ergebnisse berechtigen zu der Annahme, daß noch unerschlossene Vorkommen der wichtigsten Mineralien in größerer Ausdehnung vorhanden sind. Es erscheint daher eine weitere Durchforschung des staatseigenen Bergwerkbesitzes und des noch bergfreien Gebiets als dringend geboten, einerseits um durch Feststellung der Menge, des Gehalts und des Wertes der in den eigenen Grubenfeldern vorhandenen nutzbaren Mineralien die Grundlagen für die Maßnahmen zur Erhaltung und Fortentwickelung der bestehenden staatlichen

montanistischen Betriebe zu gewinnen, andererseits um in freier Konkurrenz mit privaten Unternehmern dem Staate an den noch im Bergfreien liegenden wertvollen Bodenschätzen einen Anteil zu sichern und damit im Interesse der Allgemeinheit eine Nationalreserve an unterirdischen Werten zu schaffen.

Die postulierten Mittel sollen verwendet werden:

1. zur Fortsetzung der Bohrungen und Schürfungen auf Kohlen und Eisenerze,
2. zur gelegentlichen Erwerbung von im Privatbesitze befindlichen Grubenfeldern,
3. zur weiteren eingehenden Untersuchung der bekannten Salzlager der Muschelkalkformation in fränkischen Gebieten mittels Tiefbohrungen im Anschluß an die in den Jahren 1899 und 1900 in Mittel- und Unterfranken (bei Burgbernheim, Schwebheim, Kleinlangheim und Mellrichstadt) unternommenen erfolgreichen Bohrungen.

b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.

1. Neubau eines Posthauses am Bahnhofe Garmisch-Partenkirchen . . . . 235,000 ℳ.

Die Diensträume des Postamts Garmisch sind in einem gemeindlichen Anwesen gemietet, das Postamt Partenkirchen ist mietweise in einem Privathaus untergebracht, während die Zweigdienststelle des Postamts Partenkirchen sich im Eisenbahnbetriebsgebäude befindet. Die Diensträume der beiden Postämter sind sehr beschränkt.

Die Gemeinde Garmisch konnte die von der Postverwaltung verlangte Erweiterung der Postdiensträume nicht ausführen. In Partenkirchen mußten vor einigen Jahren das Zimmer des Postamtsvorstandes und der Briefzustelldienst in das erste Obergeschoß eines Seitengebäudes verlegt werden, um im Erdgeschoß des Vorderhauses den nötigen Platz für den Abfertigungsdienst zu gewinnen.

Die jährlichen Einnahmen an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren betrugen beim Postamte Garmisch im Jahre 1898 26,698 ℳ, im Jahre 1908 50,994 ℳ, beim Postamte Partenkirchen im Jahre 1898 39,695 ℳ und im Jahre 1908 90,505 ℳ.

Es ist dringend notwendig, für den außergewöhnlich stark gestiegenen Postverkehr genügende Diensträume durch Erbauung eines Posthauses am neuen Bahnhofe Garmisch-Partenkirchen zu schaffen.

Die Postämter II. Klasse Garmisch und Partenkirchen sollen dann zu einem Postamte I. Klasse vereinigt werden, das den gesamten Post-, Telegraphen- und Telephondienst zu versehen haben wird. In den Orten Garmisch und Partenkirchen sollen die Postanstalten zur Annahme von Postsendungen jeder Art als Zweigdienststellen bestehen bleiben.

Die Eisenbahnverwaltung stellt den Bauplatz für das Posthaus um den Selbstkostenpreis (4000—5000 ℳ) zur Verfügung. Die Gesamtkosten für das Hauptgebäude, das Nebengebäude, die Nebenanlagen sowie für die Grunderwerbung sind berechnet auf 235,000 ℳ.

2. Umbau des Hauptpostgebäudes an der Residenzstraße in München . . . . 238,000 ℳ.

Die Fernleitungsstelle in München, die im zweiten Obergeschosse des Hauptpostgebäudes an der Residenzstraße untergebracht ist, muß erweitert werden. Da die bisher für die Fernleitungsstelle benützten Räume nicht mehr ausreichen, ist die Herstellung eines großen Saales mit den erforderlichen Nebenräumen im zweiten Obergeschosse des Hauptpostgebäudes auf der Seite gegen den Max-Joseph-Platz in Aussicht genommen. Ferner sollen im gleichen Stockwerke dieses Hauses auf der Ostseite die zur Einrichtung einer automatischen Umschaltestelle nötigen Räume und unterhalb im Keller-, Erd- und ersten Obergeschosse die Räume für die Einführung und Verteilung der Leitungen sowie für die Maschinen und Sammlerbatterien beschafft werden.

Die sämtlichen für den Telephondienst bestimmten Räume müssen feuersichere Fußböden und Decken erhalten. Sie werden elektrisch beleuchtet, an die zu erweiternde Zentralheizung des Gebäudes angeschlossen und, soweit nötig, mit einer Ventilationsanlage versehen.

Die Umbaukosten werden sich auf 238,000 ℳ belaufen.

3. Neubau eines Posthauses in Neustadt a. Aisch . . . . 119,000 ℳ

Das Postamt Neustadt a. Aisch ist mietweise in einem städtischen Gebäude untergebracht. Die Diensträume des Postamts reichen nicht mehr aus. Ihre Verteilung auf zwei Stockwerke erschwert den Dienst.

Die bauliche Anlage des Hauses läßt eine Erweiterung der Diensträume nicht zu. Einige Mängel in gesundheitlicher Hinsicht können nicht behoben werden. Da die Mietung anderer passenderer Postlokale nicht möglich war, muß die Erbauung eines Posthauses ins Auge gefaßt werden.

Der für den Neubau bestimmte Bauplatz mit 863 qm Flächeninhalt kostet 4071 ℳ 44 ₰. Die Baukosten sind auf 115,000 ℳ berechnet.

Die Gesamtkosten des Posthauses werden mithin 119,000 ℳ betragen.

4. Neubau eines Posthauses am Bahnhofe Sonthofen . . . . 119,000 ℳ

Im Jahre 1895 wurde für das Postamt Sonthofen ein Anbau an das Bahnbetriebshauptgebäude hergestellt.

Das Postamt hatte im Jahre 1898 34,786 ℳ, im Jahre 1908 58,705 ℳ an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren vereinnahmt. Infolge der Verkehrszunahme genügen die Diensträume in dem Anbau nicht mehr. Der Anbau kann aber nicht vergrößert werden, da der hiezu nötige Pla[tz] fehlt.

Es soll deshalb ein Posthaus am Bahnhofe Sonthofe[n] auf bahneigenem Grunde erbaut werden.

Die Baukosten sind veranschlagt auf 119,000 ℳ.

5. Neubau eines Posthauses am Bahnhofe Zweibrücken . . . . 285,000 ℳ

Die Postverwaltung hat in Zweibrücken seit dem Jahre 1882 ein aus Erd- und einem Obergeschosse bestehendes Privathaus gemietet, in dem sich das Postamt befindet. Im Jahre 1902 wurde die Dienstwohnung des Postamtsvorstandes im Obergeschoß aufgelassen, da die Räume für den Postdienst verwendet werden mußten.

Die Einnahmen des Postamts Zweibrücken an Post-, Telegraphen- und Telephongebühren betrugen im Jahre 1898 167,006 ℳ, im Jahre 1908 262,713 ℳ. Das Postamt vermittelt zudem einen erheblichen Umschlagverkehr.

Mit der Zunahme des Verkehrs machte sich der Raummangel bei allen Dienstzweigen des Postamts immer fühlbarer.

Die Erbauung eines posteigenen Hauses am Bahnhof[e] Zweibrücken läßt sich nicht mehr länger verschieben.

Den Bauplatz für das Posthaus kann die Eisenbahnverwaltung zur Verfügung stellen.

Die Kosten des Neubaues sind berechnet mit 285,000 ℳ.

6. Beschaffung von Wohnungen für Beamte und Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung . . . . . 610,000 ℳ.

Den Baugenossenschaften des Eisenbahnpersonals, die sich an mehreren größeren Orten zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse gebildet haben, gehören zahlreiche Beamte und Arbeiter der Post- und Telegraphenverwaltung als Mitglieder an.

Es soll sich daher auch die Post- und Telegraphenverwaltung an der Unterstützung beteiligen, die diesen Baugenossenschaften durch die Überlassung von staatlichem Baugelände im Erbbaurecht und durch Bewilligung von staatlichen Baudarlehen gewährt wird.

Außerdem ist beabsichtigt, an einigen Orten, an denen sich die Wohnungsverhältnisse besonders ungünstig gestaltet haben, verwaltungseigene Wohnungen herzustellen, die dem Post- und Telegraphenpersonal als Dienst- oder Mietwohnungen überlassen werden sollen.

Da die Wohnungsverhältnisse eines Ortes, wie die Erfahrung zeigt, sich unter Umständen rasch ändern, wird es dem Ermessen der Staatsregierung anheimgegeben bleiben müssen, an welchen Orten und in welchem Umfang an die Herstellung von Wohnungen herangetreten werden soll.

Ebenso dürfte es der Staatsregierung zu überlassen sein, darüber Bestimmung zu treffen, zu welchem Teile der bewilligte Betrag für die Herstellung von Wohnungen oder für die Unterstützung von Baugenossenschaften zu verwenden ist.

Für die Beschaffung von Wohnungen werden 610,000 ℳ vorgesehen.

7. Kosten für die innere Einrichtung, Reserve und Verwaltungskosten . . . . 194,000 ℳ.

a. Für die innere Einrichtung der nach Ziff. 1 bis 5 herzustellenden Postgebäude und Diensträume ist ein Betrag von . . . . 30,000 ℳ (etwa 3% aus den Baukosten von 987,000 ℳ) erforderlich.

b. Als Reserve sind ungefähr 5% aus den reinen Baukosten der Postgebäude (987,000) und dem Betrage von 610,000 für die Beschaffung von Wohnungen, demnach aus 1'597,000 = 80,000 ℳ einzustellen.

c. Die Verwaltungskosten sind mit 5% aus den Gesamtbauausgaben von 1'677,000 ℳ — die Kosten für innere Einrichtung der neuen Postgebäude und Diensträume sind hier nicht eingerechnet —, daher mit . . . . 84,000 ℳ anzusetzen.

Im ganzen sind demnach für innere Einrichtung, Reserve und Verwaltungskosten . . . . 194,000 ℳ vorzusehen.

c. Für Zwecke der Bodensee-Dampfschiffahrt.

Zuschuß zum Erneuerungsfonds für die Bodensee-Dampfschiffahrt . . . . 600,000 *M.*

Mit Beginn der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde ein Erneuerungsfonds für die staatliche Dampfschiffahrt auf dem Bodensee zu dem Zwecke errichtet, Mittel zur Beschaffung neuer Fahrzeuge, die als Ersatz für ausscheidende ältere Fahrzeuge zu dienen haben, bereitzustellen.

Am Ende der Finanzperiode 1908 und 1909 wird dieser Erneuerungsfonds eine Höhe von 400,000 *M* erreicht haben.

Es ist nun damit zu rechnen, daß in den nächsten Jahren die im Jahre 1869 beschafften Personendampfboote „Ludwig" und „Bavaria" und dann auch die im Jahre 1874 gebaute Dampffähre zur Ausscheidung kommen müssen. Da jedoch der Erneuerungsfonds zur Bestreitung der durch diese Beschaffung von Ersatzfahrzeugen notwendigen Aufwendungen nicht hinreichen wird, ist es nötig, ihm besondere Einnahmen zuzuführen.

Hiezu soll ein aus den Überschüssen der Jahre 1906 und 1907 zu schöpfender Betrag von 600,000 *M* verwendet werden.

d. Für Zwecke der besonderen Betriebe des Staates.

Für Verbesserungen in den ärarialischen Bädern . . . . 4'000,000 *M.*

Die ärarialischen Bäder haben seit einer Reihe von Jahren einen bedeutenden Aufschwung genommen, der seinen äußeren Ausdruck in der stetigen Zunahme der Zahl der Kurgäste findet. Hand in Hand mit der Steigerung der Frequenz geht das Bedürfnis nach Vermehrung und Verbesserung der Kureinrichtungen. Durch § 17 des Finanzgesetzes vom 20. August 1906 für die Finanzperiode 1906 und 1907 ist für Verbesserungen in den Bädern ein Betrag von 2'500,000 *M* aus den bei der Zentralstaatskasse angesammelten Ablösungsschillingen von Grundgefällen zur Staatskasse gegen entsprechende Verzinsung zur Verfügung gestellt worden. In gleicher Weise wurde durch das außerordentliche Budget 1908 und 1909 ein weiterer Betrag von 2'000,000 *M* zum nämlichen Zwecke bewilligt. Dieser Kredit von zusammen 4'500,000 *M* ist durch die während der letzten Jahre in den Bädern vorgenommenen Bauten und sonstigen Einrichtungen zu einem erheblichen Teile aufgebraucht worden; ein weiterer Teil wird in der allernächsten Zeit in Anspruch zu nehmen sein. Für welche Zwecke die einzelnen Beträge verwendet worden sind und unter welchen Bedingungen diese Verwendung erfolgt ist, hierüber wird sich eine dem Landtage zugehende Denkschrift über die staatlichen Bäder näher verbreiten. Da in dieser Denkschrift auch die in den Bädern noch zu befriedigenden Bedürfnisse im einzelnen beleuchtet werden, darf zur Vermeidung von Wiederholungen die Begründung des im außerordentlichen Budget gestellten Postulats sich auf folgende kurze Darlegungen beschränken.

Der aus den früheren Willigungen noch verfügbare Rest reicht in keiner Weise hin, die Kosten für die sämtlichen weiteren, als besonders vordringlich zu bezeichnenden Neubauten zu decken. Abgesehen davon sind die den Badeverwaltungen zur eigenen Verfügung stehenden, namentlich aus den Kurtaxen stammenden Mittel durch die Verzinsung der für Rechnung des Gefällsablösungsfonds bereits erwachsenen und in nächster Zeit noch erwachsenden Baukosten bereits so sehr in Anspruch genommen, daß eine weitere intensive Heranziehung dieser Mittel zur Verzinsung und Amortisierung von Baukapitalien teils überhaupt unmöglich ist, teils nur unter Gefährdung der mit den regelmäßigen Einkünften der Badeverwaltungen in erster Linie zu erfüllenden Zwecke bewerkstelligt werden könnte. Es ist daher im Interesse der weiteren Entwicklung der staatlichen Bäder notwendig, daß für sie unverzinsliche und nicht rückzahlbare Geldmittel zur Verfügung gestellt werden.

Im einzelnen erweisen sich nachstehende Bauvornahmen als notwendig und unverschieblich:

1. Bad Kissingen.

a. Der Badeort entbehrt vollkommen eines in ähnlichen größeren Bädern bestehenden Mittelpunkts für das gesellige Leben der Kurgäste. Der vorhandene Konversationssaal ist vor mehr als 70 Jahren, also zu einer Zeit erbaut worden, in der die Zahl der Kurgäste sich auf nur 2000 belief. Nachdem die Frequenz inzwischen auf über 30 000 Kurgäste gestiegen ist, entspricht der Saal den gegenwärtigen Bedürfnissen in keiner Weise mehr. Die Ungenügendheit der Räume hat es notwendig gemacht, die Lese- und Spielzimmer in verschiedenen Gebäuden unterzubringen, für größere Veranstaltungen, insbesondere für größere Konzerte, fehlt es überhaupt an entsprechenden Räumen. Diese Mängel erheischen dringend einer Abhilfe, wenn nicht das Bad Kissingen gegenüber anderen außerbayerischen Bädern, für die in den letzten Jahren große Aufwendungen gemacht worden sind, zurückbleiben soll. Es ist daher beabsichtigt, im Zusammenhange mit dem Arkadenbau, in dem sich der Konversationssaal befindet, ein neues K o n v e r s a t i o n s h a u s zu errichten, welches einen großen Konzertsaal mit Vestibül und Garderoben, eine Reihe von Lese-, Spiel- und Musikzimmern, dann ein vornehm ausgestattetes Restaurant mit den erforderlichen Nebenräumen enthalten soll.

b. Nicht minder notwendig als dieses der Geselligkeit dienende Gebäude ist eine größere g e s c h l o s s e n e W a n d e l h a l l e, die geeignet ist, an den kühlen und regnerischen Tagen der Saison, besonders aber in der Vor- und Nachsaison die große Zahl von promenierenden Fremden aufzunehmen. Hiebei soll auch durch zweckentsprechende Anordnung der Musiktribüne dafür Sorge getragen werden, daß die Musik bei schlechter und kalter Witterung im Innern der Wandelhalle spielen kann.

Der Gesamtaufwand für diese beiden Bauten ist auf 3'100,000 *M* veranschlagt.

2. Bad Brückenau.

Die Frequenz des Bades Brückenau ist ebenfalls in fortgesetzter Zunahme begriffen; während sie im Jahre 1895 noch 1500 Kurfremde betrug, hat die Zahl der letzteren jetzt 4000 überschritten.

Genügt auch der von weiland Seiner Majestät König Ludwig I. in weitblickender Weise erbaute Kursaal noch heute dem gesteigerten Bedürfnisse, so gilt dies nicht für die übrigen, auf einen weit geringeren Badbesuch zugeschnittenen älteren Einrichtungen.

Von den vorhandenen Quellen befinden sich 2, die Wernarzer- und die Sinnbergquelle, in ziemlicher Entfernung von den übrigen Kureinrichtungen; sie sind nur über eine verhältnismäßig schmale Brücke zu erreichen, über die sich auch der ganze Fuhrwerksverkehr, namentlich auch der Verkehr der Post- und Privatautomobile bewegt, eine Situation, die insbesondere bei ungünstiger Witterung den Kurgebrauch wesentlich stört und beeinträchtigt. In dieser Richtung soll dem dringenden Wunsche aller Kurgäste entsprechend dadurch Abhilfe geschaffen werden, daß ein gedeckter Verbindungsgang zwischen dem Kurgarten und den Quellen erstellt wird. Am Ende dieses Verbindungsganges soll eine in nächster Nähe der beiden Quellen zu errichtende, mit Glas abgeschlossene Halle den nötigen Schutz bei rauher und regnerischer Witterung bieten.

Der Aufwand für dieses Projekt beträgt rund 250,000 ℳ.

3. Bad Steben.

Das Bad Steben, welches noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit nur in beschränktem Umkreise bekannt war, hat sich insbesondere infolge der vom Staate gemachten Aufwendungen in einer kaum geahnten Weise entwickelt. Die Zahl der Besucher, die sich im Jahre 1895 auf nicht mehr als 850 belief, hat im Jahre 1909 über 2400 betragen. Dieser gesteigerten Zahl von Kurgästen entsprechen die derzeitigen Kureinrichtungen nicht mehr. Vor allem zeigt sich als erforderlich die Erbauung eines eigenen Kurhauses sowie die Errichtung zureichender gedeckter Räume, in denen bei kühlem oder regnerischem Wetter die Trinkkur stattfinden kann.

Der für die Erbauung eines Kurhauses erforderliche Aufwand von etwas über 400,000 ℳ kann aus den eigenen Einnahmen des Bades verzinst und amortisiert werden; es ist daher möglich, diese Summe den bereits bewilligten Krediten zu entnehmen; dagegen reichen die Mittel des Bades nicht hin, um auch noch den sich auf 240,000 ℳ belaufenden Aufwand für die weiter nötigen Bauten zu bestreiten. Dieser Betrag soll daher aus der postulierten Summe von 4'000,000 ℳ geschöpft werden.

4. Bad Reichenhall.

In Bad Reichenhall sind 2 größere Bauvornahmen unverschieblich: die Erbauung eines neuen Gradierhauses und die Vergrößerung der Wandelbahn, womit auch die Schaffung einer eigenen Trinkeinrichtung für die Soletrinkkur verbunden werden soll.

Die Einnahmen des Bades Reichenhall ermöglichen es nur, die Kosten für eines dieser beiden Projekte aufzubringen. Das seit längeren Jahrzehnten bestehende, für das Bad unentbehrliche Gradierhaus ist in hohem Maße baufällig geworden, so daß es bereits gestützt werden mußte. Die Erbauung eines neuen Gradierhauses erwies sich daher als besonders vordringlich und es soll hiemit noch in diesem Jahre begonnen und der Bauaufwand aus dem Gefälls-ablösungsfonds gedeckt werden.

Was die Wandelbahn anlangt, so ist das Bedürfnis nach einem Neu- und Erweiterungsbau namentlich in der erheblichen Zunahme der Frequenz begründet; denn auch in Reichenhall hat sich die Zahl der Kurgäste, die vor 30 Jahren 4500, vor 20 Jahren 7000 und im Jahre 1895 erst 9100 betrug, sehr bedeutend, nämlich auf 14,000 vermehrt; hiezu kommt noch die sehr beträchtliche Anzahl der Passanten. Für den Neubau der Wandelbahn (nebst Trinkeinrichtung) wird ein Baukapital von 250,000 ℳ erforderlich sein.

Der Gesamtaufwand für die in vorstehendem aufgeführten Bauten wird sich auf 3'840,000 ℳ belaufen. Der Restbetrag von 160,000 ℳ soll als Reserve dienen, die im Falle ihrer Nichtverwendung zu weiteren Verbesserungen der Badeeinrichtungen, insbesondere zur Erstellung einer modernen Flaschenfüllerei in Bad Brückenau verwendet würde.

e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern.

Für Erwerbung von drei dem K. Arbeitermuseum benachbarten Anwesen . . . . 213,000 ℳ.

Im Budget für die Finanzperiode 1906 und 1907 wurden die Mittel für den Ankauf eines Nachbargrundstücks zur Erweiterung des Arbeitermuseums, in dem für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurden die Mittel für die Überbauung dieses Grundstücks zur Verfügung gestellt. Es läßt sich jetzt bereits beurteilen, daß die zurzeit in der Ausführung begriffene Erweiterung des Museums nicht die letzte sein, sondern daß in nicht ferner Zeit abermals das Bedürfnis einer Beschaffung neuer Räume hervortreten wird. Es hängt dies mit dem außerordentlichen Interesse zusammen, das den sozialen Bestrebungen, denen das Museum dienen will, in unserer Zeit entgegengebracht wird, und das dazu führen wird, daß sich das Arbeitermuseum immer mehr als soziales Museum überhaupt entwickelt, wie es ja auch jetzt schon eine mannigfaltige Tätigkeit nicht nur auf seinem ursprünglichen Spezialgebiete des Unfallschutzes und der Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, sondern auch auf dem der Volkshygiene überhaupt, des Wohnungswesens, der Volksernährung, der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs usw. ausübt. Das Grundstück des Museums in seiner gegenwärtigen Ausdehnung ermöglicht eine künftige weitere Entwicklung des Instituts nicht; um sie zu sichern, wird es einer weitsichtigen Fürsorge entsprechen, wenn das gegenwärtige Areal durch die Erwerbung des Eckgrundstücks Pfarr- und Gewürzmühlstraße (Pfarrgrundstück) und der beiden Anwesen Gewürzmühlstraße 4 und 6 arrondiert wird. Die beiden letzteren Grundstücke sind dem

Staate gelegentlich der Verhandlungen über den Erweiterungsbau zum Kaufe um den Preis von je 65,000 ℳ angeboten worden; das Pfarrgrundstück wird zum Preise von ca. 83,000 ℳ durch den Staat erworben werden können; die Kosten für die Ablösung der auf dem Anwesen ruhenden staatlichen Baulast im Betrage von ca. 12,000 ℳ sind hier nicht einzurechnen.

Da nicht die Absicht besteht, die fraglichen Plätze sofort zu überbauen, wird zunächst die Zinsenlast zu einem Teile durch die Erträgnisse der beiden Anwesen Gewürzmühlstraße 4 und 6 (ca. 4000 ℳ) gedeckt werden.

Im Falle der Erwerbung der 3 Anwesen könnte die Überbauung in Etappen nach Maßgabe des Bedürfnisses erfolgen. Da das Museum in absehbarer Zeit einen so bedeutenden Raumbedarf wohl nicht haben wird, könnte das Areal auch für andere staatliche Zwecke mit ausgenützt werden; insbesondere werden hier definitive Amtsräume für die oberbayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten, die zurzeit nur provisorisch im Münzgebäude untergebracht sind, gewonnen werden können.

f. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz.

1. Für den Neubau von Amtsgerichtsgebäuden in Fürstenfeldbruck, Griesbach, Burglengenfeld und Kipfenberg 484,000 ℳ.

Das Amtsgerichts- und Gefängnisgebäude in Fürstenfeldbruck wurde in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts als „Bezirksfronfeste“ gebaut und in den sechziger Jahren zugleich für Gerichtszwecke eingerichtet. Die Diensträume des Gerichts sind außerordentlich beschränkt und für die Bedürfnisse des mit 4 Richtern und 2 Sekretären besetzten Gerichts vollständig unzureichend. Auch die Hafträume sind ungenügend. Eine Dienstwohnung für den Gerichtsvorstand ist nicht vorhanden. Die Wohnung des Gefängniswärters ist zu klein und in hygienischer Beziehung nicht unbedenklich. Durch einen Erweiterungsbau kann nicht geholfen werden, weil das Gebäude, das als Gefängnisgebäude gebaut wurde, seiner ganzen Anlage nach sich zu einem Gerichtsgebäude nicht eignet. Es erübrigt nur, ein neues Amtsgerichtsgebäude zu errichten und das alte Gebäude wieder ausschließlich für Gefängniszwecke zu verwenden. Durch den Etat der Finanzperiode 1908 und 1909 wurden die Mittel zur Erwerbung eines Bauplatzes bewilligt. Der Platz, der nur wenige Minuten von dem alten Gebäude entfernt ist, wurde inzwischen erworben. Der Neubau, der jetzt in Angriff zu nehmen ist, soll die Räume für das Gericht und eine Dienstwohnung für den Gerichtsvorstand enthalten. Die Kosten sind auf 145,000 ℳ veranschlagt.

In dem im Westen des Marktes Griesbach liegenden, dem Staate gehörenden Schlosse sind das Bezirksamt, das Rentamt, das Amtsgericht und das Gefängnis untergebracht. Die Räume des Bezirksamts mit der Dienstwohnung des Amtsvorstandes befinden sich in dem östlichen Hauptbau, das Rentamt hat den gegen Südwesten liegenden Flügel inne, die Diensträume des Amtsgerichts — eine Dienstwohnung des Gerichtsvorstandes ist nicht vorhanden — und das Gefängnis liegen zwischen beiden im mittleren Teile des Schlosses. Dieser Teil, der früher als Getreidespeicher diente, wurde im Jahre 1857 als „Bezirksfronfeste“ eingerichtet und im Jahre 1862 für das Gericht teilweise umgebaut. Die Diensträume des Amtsgerichts sind vollständig ungenügend; sie sind außerordentlich niedrig und viel zu klein; die tiefsitzenden, kleinen Fenster sehen in den mehr als zwei Meter dicken Mauern wie Schießscharten aus und gewähren eine äußerst spärliche Beleuchtung. Es fehlen Zimmer für den Grundbuchrichter, für den Sekretär, ein Beratungszimmer und ein Zeugenzimmer. Mit einem Umbau oder einem Erweiterungsbau wäre nichts getan; nur durch den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes kann abgeholfen werden. Als Bauplatz kann ein staatliches Grundstück in der nächsten Nähe des Schlosses verwendet werden. Die Kosten des Neubaues sind auf 95,000 ℳ veranschlagt. Die frei werdenden Räume sollen später zur Verbesserung der dumpfen und feuchten Wohnung des Gefängniswärters dienen.

Die Diensträume des Amtsgerichts Burglengenfeld befinden sich in dem Erdgeschosse des am Burgberge liegenden schloßartigen Bezirksamtsgebäudes und bestehen aus vier kleinen Zimmern und einem sehr bescheidenen Sitzungssaale. In den vier Zimmern sind zwei Richter, ein Sekretär, drei Kanzleibedienstete und zwei Amtsgerichtsdiener untergebracht. Für den Gerichtsvollzieher ist ein Zimmer außerhalb des Gebäudes gemietet. Über die durchaus ungenügenden Diensträume werden auch deshalb lebhafte Klagen geführt, weil sie dumpf und schlecht beleuchtet sind. In dem Grundbuchamt und in der Gerichtsschreiberei muß an trüben Tagen fast immer Licht gebrannt werden. Sehr zu beklagen ist auch der Mangel einer Dienstwohnung für den Gerichtsvorstand. Diesen erheblichen Mißständen kann in befriedigender Weise nur durch den Neubau eines Amtsgerichtsgebäudes abgeholfen werden. Den Bauplatz wird die Finanzverwaltung in dem zum Rentamtsgebäude gehörenden Garten zur Verfügung stellen. Die Kosten des Neubaues sind auf 98,000 ℳ veranschlagt.

Das am Marktplatze liegende, im Jahre 1761 erbaute Amtsgerichtsgebäude in Kipfenberg enthält die Diensträume des Gerichts und eine Wohnung für den Gerichtsvorstand. Die Diensträume des Gerichts sind sehr beschränkt. Die Gerichtsschreiberei und der Sitzungssaal sind zu klein. Außerdem fehlt es an Zimmern für den Grundbuchrichter und den Sekretär und an einem Beratungszimmer. Die nördlich gegen die schmale Seitengasse und südlich gegen eine enge Reihe gerichteten Räume sind schlecht belichtet und dumpf. Die Räume im Erd- und ersten Obergeschosse sind zu niedrig und die Lichtfläche der Fenster ist zu gering. Der bauliche Zustand des ganzen Gebäudes läßt außerordentlich viel zu wünschen übrig. Im Erdgeschosse machen sich Bodenkälte und Feuchtigkeit bemerkbar. Die Umfassungsmauern zeigen Risse; die Gebälklagen und Böden in den Obergeschossen sind stark geneigt; der innere Ausbau der Räume ist sehr mangelhaft. Änderungen im Innern des Gebäudes oder ein Erweiterungsbau würden großen Aufwand erfordern und nicht viel bessern. Abhilfe kann daher nur durch einen Neubau geschaffen werden. Als Bauplatz

wurde in widerruflicher Weise ein in der Nähe des im Jahre 1901 errichteten neuen Gefängnisgebäudes liegendes Grundstück erworben. Die Kosten des Neubaues mit Einschluß der Kosten der Grunderwerbung betragen 95,000 ℳ.

Der Aufwand für die innere Einrichtung der vier Neubauten ist auf 28,500 ℳ veranschlagt. Der Betrag von 22,500 ℳ dient als Reserve.

2. Für die Errichtung einer Gefangenanstalt im Moore bei Bernau am Chiemsee . . . . 380,000 ℳ.

Die Arbeiten zur Kultivierung der Moore wurden zwar schon bisher möglichst gefördert, die Einrichtungen sind aber von geringem Umfang und infolgedessen ist auch ihre Leistungsfähigkeit noch gering. Es bestehen Gefangenenstationen in den Mooren bei Bernau am Chiemsee und bei Großkarolinenfeld, in denen vom Frühjahre bis zum Spätherbst 85 Gefangene mit Kulturarbeiten beschäftigt werden. Die Stationen sind der Verwaltung der Gefangenanstalt Laufen unterstellt. Ihre Leitung und Beaufsichtigung ist jedoch wegen der ziemlich großen Entfernung mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft. Arbeiten zur Urbarmachung des Landes sind für Gefangene weitaus die geeignetsten. Nach den Erfahrungen der Justizverwaltung ist auch die Beschäftigung mit solchen Arbeiten von günstiger, insbesondere von bessernder Wirkung auf die Gefangenen. Es ist daher die Errichtung einer Gefangenanstalt mit eigener Verwaltung im Moore bei Bernau notwendig. Die Anstalt soll 150 Gefangene aufnehmen. Ihr Betrieb ist sichergestellt, da die Moorkulturanstalt als Arbeitgeberin auf mindestens 25 Jahre hinreichende Beschäftigung — auch mit Winterarbeiten — in Aussicht stellen kann. Das erforderliche Verwaltungs- und Aufsichtspersonal kann dem Personalbestande der übrigen Strafanstalten entnommen werden. Die Gefangenenstation bei Großkarolinenfeld mit einer Belegung von 50 Gefangenen könnte beibehalten und der Verwaltung der neuen Anstalt unterstellt werden. Die Bauten sollen im Barackensystem und möglichst einfach hergestellt werden. Es sind Räume für die Verwaltung, für den Arbeitsbetrieb, für eine Kirche und für Wirtschaftszwecke, ferner zur Unterbringung der Gefangenen und des ledigen Personals erforderlich. Auch Wohnungen für den Verwaltungsvorstand und den Assessor der Moorkulturanstalt, für einen verheirateten Oberaufseher und drei verheiratete Aufseher und ein Bureaugebäude mit einer Gärtnerwohnung müssen hergestellt werden. Ebenso braucht die Anstalt einen Stall für 12 Kühe, Jungvieh und 2 Maultiere, einen Molkereiraum und Wohnräume für einen Schweizer. Die innere Einrichtung der Anstalt kann zum größten Teile den Beständen anderer Strafanstalten entnommen werden.

Die Gesamtkosten sind auf 380,000 ℳ veranschlagt.

g. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern.

1. Für Herstellung eines eigenen Gebäudes für die Anstalt zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln in Erlangen und innere Einrichtung des Neubaues . . . . 176,000 ℳ.

Die Anstalt zur Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln in Erlangen ist seit ihrer Errichtung im pharmazeutisch-chemischen Institute der Universität mietweise untergebracht.

Die Tätigkeit der Anstalt ist in den 25 Jahren ihres Bestehens außerordentlich gewachsen. Die Zahl der untersuchten Proben ist von 3488 im Jahre 1885 auf 45 762 im Jahre 1907, die Zahl der bereisten Gemeinden in gleichem Zeitraume von 94 auf 1070 gestiegen; die Zahl der ständigen wissenschaftlichen Beamten wurde von 2 bei Errichtung der Anstalt auf 6 vermehrt, eine weitere Personalvermehrung ist dringend notwendig, scheitert aber an dem Mangel verfügbarer Räume.

Zurzeit verfügt die Anstalt über 4 größere und 2 kleine Zimmer, während sie bei einer den neuzeitlichen Anforderungen entsprechenden Ausgestaltung ungefähr des dreifachen Raumes bedarf. Dem Raumbedürfnisse kann, da weder in dem chemisch-pharmazeutischen noch in einem anderen Universitätsinstitute Räume für die Untersuchungsanstalt bereitgestellt werden können und auch Erweiterungsbauten nach den örtlichen Verhältnissen nicht möglich sind, nur durch einen Neubau entsprochen werden.

Der Bau soll auf einem im Privatsitze befindlichen, käuflich zu erwerbenden Bauplatz aufgeführt werden; die Kosten des Bauplatzes werden nach dem Ergebnisse der Kaufsverhandlungen rund 20,000 ℳ betragen. Die Kosten des Baues sind auf 120,000 ℳ, jene der inneren Einrichtung auf rund 36,000 ℳ zu veranschlagen.

Der Bau soll bis Sommer 1911 fertiggestellt werden.

2. Für den Ausbau der Staatserziehungsanstalt Würzburg . . . . 100,000 ℳ

Im Etat der Polizeiverwaltung 1908 und 1909 Kap. 3 § 3 war für Errichtung und Betrieb zweier neuer Staatserziehungsanstalten in Würzburg und Wasserburg ein Bauschbetrag von je 24,000 ℳ vorgesehen. Hiemit kann das Zuchthausanwesen in Würzburg nur notdürftig derart instand gesetzt werden, daß es vorläufig eine kleine Anzahl von Zöglingen aufnehmen kann. Zur gründlichen Instandsetzung derart, daß es dauernd seinem neuen Zwecke genügt, ist eine Summe von 80,000 ℳ erforderlich. Außerdem empfiehlt es sich dringend, ein Privatgrundstück, das von dem Anstaltsgarten umschlossen und nur durch diesen zugänglich ist, um den hiefür gebotenen und entsprechenden Preis von 20,000 ℳ zu erwerben.

3. Zuschuß für den Neubau des Deutschen Museums, 4. und 5. Rate . . . . 800,000 ℳ.

4. und 5. Baurate eines im Höchstbetrag auf 2'000,000 ℳ bemessenen (nach Willigung einer ersten Rate von 50,000 ℳ für die Finanzperiode 1906 und 1907, einer 2. und 3. Rate von je 400,000 ℳ für die Finanzperiode 1908 und 1909, im Restbetrag auf etwa 3 Jahre nach dem jeweiligen Bedarfe zu verteilenden Staatszuschusses für den Museumsneubau. Dieser Bau ist in vollem Gange und soll innerhalb 4 Jahren vollendet werden. Die Gesamtbaukosten sind auf 7'000,000 ℳ veranschlagt. Entsprechende Zuschußraten des Reichs, der Stadt München und aus Kreisen der Industriellen stehen in Aussicht.

4. Außerordentliche Staatsbeihilfe aus Anlaß der Überschwemmungen im Februar 1909 . . . . 600,000 ℳ.

Durch die rasche Schneeschmelze am 4. Februar 1909 wurde an diesem und an den folgenden Tagen in den Regierungsbezirken Niederbayern, Oberpfalz, Ober-, Mittel- und Unterfranken eine außerordentliche Hochwasserkatastrophe verursacht, welche für weite Landesteile schwere Schäden an Grundstücken, Bauwerken und beweglicher Habe zur Folge hatte. Die sofort eingeleiteten Erhebungen haben ergeben, daß von den örtlichen Kommissionen der Schaden auf insgesamt 10½ Millionen Mark geschätzt wurde. Von diesem Gesamtschaden entfällt ein Betrag von rund 3,7 Millionen Mark auf Privatpersonen, für welche durch die örtlichen Kommissionen behufs teilweiser Deckung des Schadens eine Unterstützung aus öffentlichen Mitteln als wünschenswert bezeichnet wurde. Durch eine Allerhöchste Spende Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten und die sofort eröffnete allgemeine Landessammlung, bei welcher der private Wohltätigkeitssinn in erfreulicher Weise sich betätigte, wurde zur Linderung der hauptsächlichen Notstände ein Gesamtbetrag von 1'105,000 ℳ bereitgestellt, welcher durch die Regierungen und Distriktsverwaltungsbehörden zur Verteilung gelangte. Von der Stadtgemeinde Nürnberg, welche von dem Hochwasser besonders betroffen war, wurden aus gemeindlichen Mitteln erhebliche Beträge zur Unterstützung der Gemeindeangehörigen bewilligt.

Aus Staatsmitteln wurde zunächst unterm 18. Februar 1909 zur Abwendung von Gesundheitsgefahren in den überschwemmten Anwesen ein Kredit von 80,000 ℳ eröffnet. Nachdem ein Überblick über die Hochwasserschäden in den einzelnen Landesteilen gewonnen war, wurde eine weitere Hilfsaktion des Staates in der Weise eingeleitet, daß mit gemeinschaftlicher Entschließung der K. Staatsministerien des Innern und der Finanzen vom 3. April 1909 den durch Hochwasser schwer Beschädigten zur Wiedereinrichtung des gestörten Wirtschaftsbetriebs, vor allem zur Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz unverzinsliche oder gering verzinsliche Darlehen und, soweit notwendig, nicht rückzahlbare Zuschüsse auf besonderes Ansuchen in Aussicht gestellt wurden. Die gleichen Unterstützungen wurden auch den betroffenen, nicht genügend leistungsfähigen Gemeinden und Distrikten zur Wiederherstellung von Hoch-, Straßen- und Wasserbauten und sonstigen Anlagen auf Ansuchen bewilligt.

Die hierauf eingekommenen Gesuche wurden von den Distriktsverwaltungsbehörden mit gutachtlicher Äußerung dem K. Staatsministerium des Innern vorgelegt und von diesem im Einvernehmen mit dem K. Staatsministerium der Finanzen gewürdigt und beschieden. Hiebei hat sich ein Bedarf von insgesamt rund 1'200,000 ℳ ergeben, wovon etwa drei Vierteile auf unverzinsliche oder gering verzinsliche Vorschüsse, ein Vierteil auf nicht rückzahlbare Zuschüsse entfallen.

Der obenbezeichnete Betrag von 80,000 ℳ sowie die Hälfte der bewilligten Vorschüsse und Zuschüsse konnte auf die allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben übernommen werden. Für den hienach noch ungedeckten Fehlbetrag von 600,000 ℳ wird im außerordentlichen Budget nachträgliche Deckung beantragt.

5. Für die Erweiterung des Staatshafens am Maine bei Würzburg . . . . 131,000 ℳ.

Der Staatshafen zu Würzburg wurde 1874—1877 mit einem Kostenaufwande von 510,000 ℳ erbaut und 1881 mit Bahnanschluß ausgestattet.

Der Schiffsverkehr im Hafen hat sich stetig gehoben. Er betrug

im Jahre	1900	223	Schiffe	mit	4 985 t	Ladung,
„ „	1905	648	„	„	50 842 t	„ ,
„ „	1906	716	„	„	65 140 t	„ ,
„ „	1907	748	„	„	59 204 t	„ .

Eine günstige und bequeme Ländegelegenheit ist nur für die in das städtische Lagerhaus und in den Zollhof zum Umschlage gelangenden Güter vorhanden, wo eine Kaimauer mit hochwasserfreier Krone vorhanden ist. Unterhalb der Kaimauer folgt eine gepflasterte Böschung mit tiefliegendem Ufer, die für den Umschlag sehr beschwerlich ist. Außerdem können die Schiffe wegen vorspringender Felsen bei kleinen Wasserständen nicht anlegen und ist namentlich die Hafeneinfahrt zu schmal.

Zur Beseitigung der Mißstände soll an Stelle der Uferböschung eine Kaimauer von 366 m Länge erbaut werden, die sich an die bestehende Kaimauer mit der Kronenhöhe auf 6,80 m Würzburger Pegel anschließt und allmählich zu einem Tiefkai mit der Kronenhöhe auf 3,50 m Würzburger Pegel absenkt. Das Ufergelände wird auf die gleiche Höhe aufgefüllt. Die der Schiffahrt hinderlichen Felsen sind mit dem Felsenstampfer zu zertrümmern und mit der Baggermaschine zu beseitigen. Zur Erweiterung der Hafeneinfahrt von 21 auf 26,5 m wird außer der Beseitigung der an beiden Ufern vorstehenden Felsen die Berme auf der Innenseite des Hafendamms schmaler und die Böschung steiler gemacht. Am Ende der Kaimauer wird noch ein 45 m langer Tiefkai mit der Kronenhöhe auf 1,70 m Würzburger Pegel für den Lokalumschlag angelegt. Die ganze Hafensohle wird auf 0,83 m Würzburger Pegel ausgebaggert.

6. Für die Gewährung eines Betriebsvorschusses an die Bayerische Zentraldarlehenskasse . . . . 800,000 ℳ.

Durch das Gesetz vom 1. Juli 1900 (G. u. VOBl. S. 569) war die K. Staatsregierung ermächtigt worden, der Bayerischen Zentraldarlehenskasse je nach Bedarf einen weiteren, mit 3 % verzinslichen, jederzeit kündbaren Betriebsvorschuß bis zum Betrage von 2 Millionen Mark zu gewähren und diesen Betrag den Mehreinnahmen des Jahres 1898 zu entnehmen. Hievon war 1 Million Mark dazu bestimmt, der Mittelfränkischen Kreisdarlehenskasse als Betriebsvorschuß durch die Zentraldarlehenskasse geliehen zu werden. Zufolge Vertrags zwischen der Zentraldarlehenskasse und der Mittelfränkischen Kreisdarlehenskasse vom 27. Juli 1900 erhielt diese den Betriebsvorschuß. Dabei war vorausgesetzt, daß der Betriebsvorschuß der Mittelfränkischen Kreisdarlehenskasse lediglich in ihrer Eigenschaft als Mitglied der Zentraldarlehenskasse gewährt werde. Mit 31. Dezember 1906 schied die Mittelfränkische Kreisdarlehenskasse aus der Zentraldarlehenskasse aus und zahlte von dem erhaltenen Betriebsvorschuß von 1 Million Mark den Betrag von 800,000 ℳ zurück. Der Restbetrag von 200,000 ℳ gelangte bisher nicht zur Rückzahlung. Über den zurückbezahlten Betrag von 800,000 ℳ wurde durch das Finanzgesetz vom 16. August 1908 anderweitig verfügt.

Mit Vertrag vom 2./7. September 1908 trat die Mittelfränkische Kreisdarlehenskasse der Zentraldarlehenskasse wieder bei. Sie bittet nun, ihr auch den zurückbezahlten Betriebsvorschuß von 800,000 ℳ unter den alten Bedingungen wieder zur Verfügung zu stellen.

Dieser Wunsch ist berechtigt. Die Mittelfränkische Kreisdarlehenskasse ist auf diesen gering verzinslichen Betriebsvorschuß angewiesen, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen soll. Durch den Wiederbeitritt der Mittelfränkischen Kreisdarlehenskasse zur Zentraldarlehenskasse sind auch die Voraussetzungen wieder gegeben, unter denen seinerzeit die Hingabe des ersten Betriebsvorschusses erfolgte und an denen auch künftig festgehalten werden muß.

h. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

1. Für Herstellung neuer Räume für die zweite gynäkologische Klinik in München . . . . 230,000 ℳ.

Die im Anschluß an die gynäkologische Abteilung des städtischen Krankenhauses München l. J. bestehende zweite gynäkologische Klinik ist seit 1891 in der chirurgischen Klinik an der Nußbaumstraße untergebracht. Für klinische Zwecke steht dort nur ein einziger, weder mit Vorbereitungszimmer noch mit Garderobe ausgestatteter Raum zur Verfügung, der zugleich als Hörsaal und als Operationszimmer dienen soll. Dieser Raum, der den heutigen Anforderungen an einen Operationssaal in keiner Weise entspricht, bietet höchstens 30 Sitzplätze, die Vorlesungen, die von mehr als 100 Hörern besucht werden, konnten deshalb schon seit mehreren Jahren in diesem Raume nicht mehr abgehalten werden, sondern mußten in einen von der chirurgischen Klinik widerruflich überlassenen Kurssaal verlegt werden, der jedoch gleichfalls räumlich beschränkt und für Vorlesungs- und Demonstrationszwecke wenig geeignet, zudem auch für die chirurgische Klinik selbst mehrfach benötigt ist. Ein Raum zur Abhaltung theoretischer Vorlesungen dann von mikroskopischen Kursen und Operationskursen fehlt gänzlich, ebenso auch ein klinisches Laboratorium.

Infolge dieser auch schon im Landtag (Stenographischer Bericht der Kammer der Abgeordneten 1908 Band III Seite 199 f.) erörterten Mißstände besteht das dringende Bedürfnis für Schaffung entsprechender Räume für die zweite gynäkologische Klinik. Die Möglichkeit einer Abhilfe ergab sich dadurch, daß von der Stadtgemeinde München die Verlegung der gynäkologischen Abteilung aus der chirurgischen Abteilung des städtischen Krankenhauses München l. J. in Aussicht genommen wurde. Im Zusammenhange mit der Errichtung eines Neubaues für die gynäkologische Krankenabteilung durch die Stadtgemeinde wird am zweckmäßigsten auch für die Herstellung neuer klinischer Räume Sorge getragen werden können. Nachdem die medizinische Fakultät die Erledigung der Angelegenheit auf diesem Wege einstimmig befürwortet hatte, wurde im Juli 1908 dem Senate der Universität München seinem Antrag entsprechend die Ermächtigung zur Einleitung der erforderlichen Verhandlungen mit dem Stadtmagistrate München erteilt.

Die hierauf gepflogenen Verhandlungen haben zu dem Ergebnisse geführt, daß die gemeindlichen Kollegien der Haupt- und Residenzstadt München die Aufführung eines eigenen Neubaues für die gynäkologische Abteilung des Krankenhauses München l. J. auf dem Gelände dieses Krankenhauses nächst der Universitätskinderklinik beschlossen haben. Mit dem Neubau für die Krankenabteilung sollen auch die erforderlichen Räume für die zweite gynäkologische Klinik verbunden werden. Bei der gemeindlichen Beschlußfassung wurde davon ausgegangen, daß der Staat den auf Herstellung der klinischen Räume entfallenden Aufwand trägt und einen späterer Vereinbarung vorbehaltenen Betriebskostenzuschuß für die Klinik übernimmt. Die rechtlichen Verhältnisse zwischen Staat und Stadtgemeinde München hinsichtlich der neuen zweiten gynäkologischen Klinik werden im Vertragswege näher zu regeln sein. Die Kosten der Herstellung und Ausstattung der klinischen Räume sind nach einem beiläufigen Überschlage des Stadtbauamts München mit rund 200,000 ℳ angenommen; den Aufwand für innere Einrichtung veranschlagt der Klinikvorstand auf etwa 30,000 ℳ. Hienach wurde vorbehaltlich der endgültigen Festsetzung des Bedarfs, die erst auf Grund einer Prüfung des noch auszuarbeitenden detaillierten Projektes erfolgen kann, ein Betrag von 230,000 ℳ der Budgetierung zu Grunde gelegt.

2. Für den Neubau der Universitätsbibliothek in Erlangen, 1. Rate . . . . 323,350 ℳ.

Das Fassungsvermögen der im Schloßgebäude zu Erlangen untergebrachten Bibliothek der Universität Erlangen wird im Jahre 1913 erschöpft sein. Es muß deshalb in den nächsten Jahren an einen Neubau dieser Bibliothek herangetreten werden.

Der hiefür erforderliche Bauplatz hätte nach fachmännischem Gutachten bei Zugrundelegung von 250 000 Bänden als gegenwärtigem Bestande der Bibliothek, von 20 000 Bänden als Zuwachs der Bibliothek in den nächsten 5 Jahren und von 400 000 Bänden als Zuwachs in weiteren 100 Jahren eine Bodenfläche von 3 300 qm für die Bauten — Verwaltungs- und Bücherräume — und für die Umgebung der Bauten zu umfassen.

Als das für den Bibliothekneubau geeignetste Gelände kommt ein Häuserblock in Betracht, der eine Grundfläche von 1 Tagwerk 21 Dezimal = 4 110 qm hat, ein von der unteren Karl-, der Schuh- und der Universitätsstraße sowie einem städtischen Schulhaus umschlossenes Rechteck bildet, in unmittelbarer Nähe der Universitätsgebäude liegt und auch nach einstimmiger Erklärung des Universitätssenats für einen Bibliothekbau ausreichend ist.

Von den Besitzern der betreffenden Anwesen wird ein Kaufpreis von insgesamt 223,350 ℳ gefordert. Die Erwerbung der Anwesen wird vorbehaltlich der Bewilligung der erforderlichen Mittel durch den Landtag und der Allerhöchsten Sanktion des bezüglichen Beschlusses durch Vorverträge sichergestellt werden.

Nach dem für den Bibliothekneubau aufgestellten generellen Projekte ist für ein Verwaltungsgebäude mit Sockel, Mittel- und Obergeschoß sowie für das an das Verwaltungsgebäude anstoßende Büchermagazin ein Bauaufwand von ungefähr 720,000 ℳ erforderlich. Das Bücherhaus würde zunächst mit einem Fassungsvermögen von etwa 480 000 Bänden errichtet, es könnte sohin den Bücherzuwachs der nächsten 40 bis 50 Jahre aufnehmen. Die neben dem Bücherhause freibleibende Grundfläche würde eine spätere beträchtliche Erweiterung gestatten.

Damit dürfte eine genügende Grundlage für die Aufstellung eines Detailprojektes und für die Postulierung einer 1. Baurate gegeben sein.

Um den Bau einer neuen Universitätsbibliothek in Erlangen alsbald in Angriff nehmen zu können, ist in dem Postulat für die 1. Baurate außer den Grunderwerbungskosten zu 223,350 ℳ ein Betrag von 100,000 ℳ vorgesehen.

3. Für den Anbau eines Flügels an das Lehrerseminar in Altdorf mit Einschluß der Grunderwerbungskosten 460,000 ℳ.

Die Räume des Schullehrerseminars in Altdorf sind infolge Frequenzsteigerung seit Jahren unzulänglich. Dem dringlichsten Bedürfnisse wurde einstweilen abgeholfen durch Verwendung der Präfektenwohnung, der Bibliothek und des Krankenzimmers für Unterrichtszwecke und durch Bewilligung des Externats an eine Anzahl von Schülern. Die Unterkunftsverhältnisse in der Stadt sind aber schwierig. Die jetzigen Raumverhältnisse im Seminar sind in unterrichtlicher, erziehlicher und hygienischer Hinsicht bedenklich. Die Sache wird noch schlimmer, wenn ein 3. Seminarkurs eingerichtet werden soll. Die hienach dringend notwendige Erweiterung des Lehrerseminars Altdorf soll (ähnlich wie in Lauingen) in der Weise durchgeführt werden, daß auf einem an das Seminar anschließenden und um angemessenen Preis zu erwerbenden Gelände ein ausschließlich für Unterrichtszwecke bestimmter Neubau errichtet und die Räume des jetzigen Seminars vorwiegend für Internatszwecke adaptiert werden. Nach Verlegung des zurzeit im gleichen Gebäudekomplexe wie das Seminar untergebrachten Rentamts sollen auch dessen Räume übernommen und für Unterrichts- und Internatszwecke adaptiert werden. Nach Durchführung dieser Maßnahme werden ca. 210 Schüler und 175 Internisten Aufnahme finden können.

Die Kosten für das gesamte Unternehmen sind auf 700,000 ℳ geschätzt. Davon sollen zunächst 460,000 ℳ für Grunderwerb und Aufführung des Lehrsaalgebäudes aufgewendet werden.

Durch die vorgeschlagene Erweiterung des Lehrerseminars Altdorf bietet sich die Möglichkeit, auch diejenigen Schüler, welche in anderen protestantischen Anstalten (in erster Linie Bayreuth) wegen Raummangels keine Aufnahme finden können, unterzubringen. Ferner kann die Errichtung einer neuen protestantischen Lehrerbildungsanstalt, welche sonst unverschieblich wäre, auf diese Weise vorerst noch zurückgestellt werden.

4. Für Erwerbung eines Bauplatzes zur Herstellung eines Neubaues für die Lehrerbildungsanstalt in Speyer 75,000 ℳ.

Die Lehrerbildungsanstalt Speyer leidet seit Jahren infolge Frequenzsteigerung in bedenklicher Weise an Raummangel. Der Hofraum ist infolge früherer Einbauten sehr beengt, die Innenräume sind übermäßig ausgenützt. Weitere Anbauten auf dem Anstaltsgelände sowie der Zukauf von Nachbaranwesen sind ausgeschlossen. Die gegenwärtigen Raumverhältnisse in der Anstalt sind dem Unterrichtsbetriebe hinderlich und erregen in hygienischer Hinsicht große Bedenken. Ein weiteres Raumbedürfnis ergibt sich insbesondere bei Einführung eines dritten Seminarkurses, dessen Unterbringung in der jetzigen Anstalt schlechthin unmöglich ist. Gründliche Abhilfe kann nur durch einen Neubau geschaffen werden. Ein geeigneter Bauplatz in freier gesunder Lage im Süden der Stadt ist ausfindig gemacht. Derselbe umfaßt eine Fläche von annähernd 17 000 qm und gestattet nicht nur eine zweckmäßige Situierung der Gebäude, sondern auch die Anlage eines entsprechenden Turn- und Spielplatzes und von Gärten. Der Preis erscheint mit 3,50 ℳ pro qm angemessen.

Die Gesamtkosten für die neue Anstalt einschließlich Grunderwerbung und innerer Einrichtung sind auf 955,000 ℳ veranschlagt. Aus dem Verkaufe der alten Anstalt, welche die Stadtgemeinde Speyer zu erwerben geneigt ist, können 165,000 ℳ erlöst werden, welche von der Anschlagssumme abgehen.

Trotz der Dringlichkeit des Neubaues soll mit Rücksicht auf die Finanzlage und die noch dringlichere Erweiterung des Lehrerseminars in Altdorf zunächst nur der Bedarf für die Erwerbung des Bauplatzes postuliert werden.

5. Für Grunderwerb für Zwecke der Kunstgewerbeschule in München . . . . 124,500 ℳ.

Die unmittelbar neben dem Gebäude der weiblichen Abteilung der K. Kunstgewerbeschule München an der Richard-Wagner-Straße gelegenen unbebauten Grundstücke Pl.-Nr. 5433 1/3 und 5433 1/4 zu insgesamt 0,311 Tagwerk = 1060 qm = 12 444 qf sind um den Preis von 124,500 ℳ dem Staate zum Kauf angeboten. Die Erwerbung dieser beiden Grundstücke ist notwendig, weil ein anderes Bauterrain in der Nähe der Kunstgewerbeschule nicht zur Verfügung steht und weil die Ausgestaltung der Schule, z. B. durch Angliederung weiterer Werkstätten und technischer Versuchsräume, einen Erweiterungsbau erfordert.

Der Ausführung eines Erweiterungsbaues wird wohl allerdings in der nächsten Zeit mit Rücksicht auf andere vordringlichere Bedürfnisse auf dem Gebiete des Unterrichts nicht näher getreten werden können. Dagegen erscheint es im staatlichen Interesse dringend geboten, die jetzt gegebene Gelegenheit zur Grunderwerbung wahrzunehmen, da sich voraussichtlich kaum wieder günstigere Verhältnisse für die Erwerbung bieten werden, als sie zurzeit gegeben sind.

6. Für einen Neubau der Handwerkerfachschule für Holzindustrie in Fürth . . . . 245,000 ℳ.

Die im Jahre 1900 errichtete Handwerkerfachschule für Holzindustrie in Fürth ist formell zwar ein Unternehmen des dortigen Gewerbevereins; in der Tat wird die Schule jedoch in der Hauptsache aus dem Hausierpatentgebührenfonds vom Staate erhalten, der auch auf Betrieb und Leitung durch die Genehmigung der Lehrpläne und die Aufstellung der Lehrkräfte weitgehenden Einfluß nimmt. In den 9 Jahren ihres Bestehens hat die Fachschule sich unter tüchtiger Leitung in erfreulicher Weise entwickelt und auch bei den der Schule anfangs ablehnend gegenüberstehenden Handwerkerkreisen Anerkennung gefunden. Vom Anfang an litt die Schule jedoch unter den ungenügenden, ihr zur Verfügung gestellten Räumen. Der Schulbetrieb ist auf 3 Gebäude verteilt. Der Zeichenunterricht findet in der Realschule, der theoretische Unterricht in einem Volksschulgebäude und der praktische Werkstättenunterricht im Gebäude des ehemaligen Progymnasiums an der Mathildenstraße statt. Letzteres ist hiefür in keiner Weise geeignet. Die Räume sind für Werkstätten viel zu klein und niedrig, die für den Betrieb nötigen Nebenräume zum Beizen, Mattieren und Polieren, eine Fournier-, eine Trockenkammer, Räume zur Aufbewahrung der fertigen Arbeiten, zur Lagerung leicht brennbarer Stoffe 2c. fehlen vollständig. In jüngster Zeit wurde zwar durch Miete eines kleinen Hinterhauses in etwas Abhilfe geschaffen. Aber die Hauptmängel bestehen noch ungemindert fort; die Beschränktheit der bisherigen Räume hatte auch eine unerwünschte Einschränkung der Schülerzahl im Gefolge. Mehr wie 40 Schüler konnten nicht Aufnahme finden. Gerade aber in Fürth ist das Bedürfnis nach einer allseitigen Ausbildung der jungen Leute im Schreinergewerbe, wie sie die Fachschule vermittelt, von großer Bedeutung, um der einseitigen Ausbildung, die die weitgehende Arbeitsteilung in den Fabriken mit sich bringt, mit Erfolg entgegenwirken zu können.

Ein Neubau der Schule, durch den ihr entsprechend große Räume zur Verfügung gestellt werden, ist deshalb eine unerläßliche Notwendigkeit.

Bereits im Jahre 1905 wurde von der Stadtgemeinde Fürth ein günstig gelegener Bauplatz an der Turnstraße im Werte von rund 100,000 ℳ und in der Größe von etwa 1 Tagwerk dem Staate unentgeltlich zum Zwecke der Erbauung eines neuen Fachschulgebäudes zur Verfügung gestellt. Auf diesem Platze soll nunmehr der Neubau erstehen, dessen Kosten ohne innere Einrichtung auf 225,000 ℳ veranschlagt sind. Die innere Einrichtung wird einen weiteren Betrag von 20,000 ℳ erfordern. Dabei ist jedoch angenommen, daß das Mobiliar von der Fachschule selbst angefertigt wird.

7. Reserve für vorstehende Bauten . . . . 20,000 ℳ.

Aus der Reserve sollen etwaige unvermeidliche Kostenüberschreitungen bei den angeführten Projekten gedeckt werden.

i. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen.

Für Bauvornahmen aus Anlaß der Reform der direkten Steuern . . . . 4'333,540 ℳ.

Die Durchführung der in Aussicht genommenen Reform der direkten Steuern erfordert bei zahlreichen Rentämtern eine größere oder geringere Vermehrung des Personals. Die aus Anlaß der Neuorganisation der Rentämter errichteten neuen Rentamtsgebäude bieten für diese Personalvermehrung die erforderlichen Räume. Die meisten übrigen Rentamtsgebäude wurden dagegen bei der Neuorganisation voll ausgenützt, so daß sich eine Erweiterung der Amtsräume nicht umgehen läßt, soweit bei den betreffenden Ämtern nunmehr eine weitere Personalvermehrung notwendig wird. Für eine Anzahl von Rentamtsgebäuden muß, da ein Umbau infolge ihres baulichen Zustandes nicht mehr möglich ist, durch neue Gebäude Ersatz geschaffen werden. Dazu kommen noch Neubauten für einige Rentamtsgebäude, deren unbedingt notwendige Erweiterung auf dem derzeitigen Platze nicht durchführbar ist. Es erscheint notwendig, etwa 20 neue Rent-

amtsgebäude herzustellen. In mehr als 40 Rentamtsgebäuden sind umfangreiche Bauvornahmen mit einem Kostenaufwande von je 10,000—60,000 ℳ veranlaßt und bei einer weiteren Anzahl solcher Gebäude sind kleine bauliche Änderungen mit einem Aufwande von je weniger als 10,000 ℳ nicht zu umgehen.

Auch für die innere Einrichtung der neuen Amtsgebäude und für die Beschaffung der durch die Vermehrung der Arbeitskräfte erforderlichen Möbel und Literalien ist ein nicht unerheblicher Kostenaufwand notwendig.

Zur Bestreitung dieser Ausgaben ist die vorgesehene Gesamtsumme von rund 4'333,540 ℳ bestimmt. Da bezüglich einzelner Bauvornahmen die Erhebungen noch nicht vollständig abgeschlossen sind, mußte zunächst davon abgesehen werden, die geplanten Bauvornahmen einzeln auszuweisen. Dem Landtage wird jedoch in dieser Beziehung baldmöglichst besondere Mitteilung zugehen.

k. Für Zwecke der Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen.

Verwendung des ehemaligen Landgerichtsgebäudes in Bayreuth für Zwecke der Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen: Ersatz für den zur teilweisen Deckung der Kosten des Neubaues eines Land- und Amtsgerichtsgebäudes in Bayreuth bestimmten Erlös . . . 240,000 ℳ.

Das durch den Neubau eines Land- und Amtsgerichtsgebäudes in Bayreuth — genehmigt unter § 16 B e des Finanzgesetzes vom 30. Juni 1900 (Ges. u. VOBl. Seite 500) — frei gewordene ehemalige Landgerichtsgebäude dortselbst war zum Verkaufe bestimmt. Der als Einnahmeentgang bezeichnete Betrag von 240,000 ℳ ist als mutmaßlicher Erlös für dieses Gebäude, entsprechend der amtlichen Schätzung, seinerzeit an den Kosten des Neubaues in Abzug gebracht worden.

Das ehemalige Landgerichtsgebäude ist ein Teil des früheren Markgräflichen Residenzschlosses und von großem kunsthistorischen Werte, der bei der Veräußerung voraussichtlich zerstört würde. Das Gebäude soll nunmehr durch Aufnahme der K. Berginspektion, des Straßen- und Flußbauamts und des Kulturbauamts Bayreuth, dann durch Überlassung der anderen Hälfte des sogenannten Turniersaales an die Zollverwaltung für staatliche Zwecke Verwendung finden.

Die erforderlichen Adaptierungskosten sind bei den einschlägigen Etats berücksichtigt.

II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds.

a. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Für die Beschaffung selbsttätiger Wägevorrichtungen aus Anlaß der Besteuerung des Malzes nach dem Gewichte 2,500,000 ℳ.

Der Entwurf eines Malzaufschlaggesetzes sieht an Stelle der bisherigen Besteuerung des zur Bierbereitung bestimmten Malzes nach dem Hohlmaße die Besteuerung nach dem Gewichte vor. Zur Feststellung der Menge des steuerpflichtigen gebrochenen Malzes sind zurzeit an den Malzmühlen Meßvorrichtungen angebracht. Künftig sollen zur Feststellung des steuerpflichtigen Gewichts des Malzes die Malzmühlen mit selbsttätigen Wägevorrichtungen versehen werden. Die Abänderung der vorhandenen Meßvorrichtungen in selbsttätige Wägevorrichtungen erscheint nicht angängig. Es ergibt sich daher die Notwendigkeit, an Stelle der jetzt im Gebrauche befindlichen Meßvorrichtungen selbsttätige Wägevorrichtungen neu zu beschaffen. Nach der Absicht des Gesetzentwurfs sollen die hiedurch entstehenden Kosten auf die Staatskasse übernommen werden (vergl. Art. 71 des Entwurfs und die Begründung zu diesem Artikel). Die Kosten der Anschaffung einer selbsttätigen Wägevorrichtung einschließlich deren Anbringung an der Malzmühle sind auf etwa 930 ℳ zu veranschlagen. Im Geltungsbereiche des bayerischen Malzaufschlaggesetzes sind zurzeit 2690 Malzmühlen mit Meßvorrichtung vorhanden. Der Ersatz dieser Meßvorrichtungen durch selbsttätige Wägevorrichtungen wird hienach einen Aufwand von rund 2'500,000 ℳ erfordern. Dieser Betrag soll dem Gefällsablösungsfonds entnommen, jedoch innerhalb vier Finanzperioden wieder getilgt werden. Die in der Finanzperiode 1910 und 1911 für Verzinsung und Tilgung erforderlichen Mittel sind im Etat Nr. 4, Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern, bei Kap. 13 eingestellt.

b. Für Zwecke der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung.

Für Verbesserungen bei den Berg-, Hütten- und Salzwerken . . . . 3'674,000 ℳ.

Hievon entfallen: 1'450,000 ℳ auf die Bergwerke,
1'644,000 ℳ „ „ Hüttenwerke,
580,000 ℳ „ „ Salzwerke.

A. Bergwerke.

Für Abteufen eines neuen Förderschachtes beim Bergwerke Peißenberg und für Verbesserung und Ausrüstung der Kohlenbergwerke mit maschinellen Hilfsmitteln einschließlich der zugehörigen Gebäude sind erforderlich . . . 1'450,000 ℳ.

Hievon sind bestimmt:

aa. Für das Bergwerk Peißenberg 1'250,000 ℳ.

a. Das Abteufen eines neuen Förderschachtes ist durch die Entwicklung der Betriebsverhältnisse zum Bedürfnis geworden. Das Bergwerk hat zurzeit nur einen, 5½ km vom Werksplatz entfernten und deshalb für die (in überwiegender Mehrzahl) in Unterpeißenberg wohnende Belegschaft nur mit einem größeren Zeitaufwand erreichbaren Förderschacht am Unterbaustollen zur Verfügung, was zu der in den letzten Jahren beträchtlich erhöhten Förderung nicht mehr im richtigen Verhältnis steht, ferner vom Standpunkte der Betriebssicherheit nicht unbedenklich erscheint und auch insoferne mißlich ist, als bei der geringsten Betriebsstörung, insbesondere bei eintretender Erneuerungsbedürftigkeit des nur in Holz ausgebauten Schachtes am Unterbaustollen, Ausfälle in der Förderung entstehen können, die natürlich für das Werk sehr nachteilige Folgen hätten.

Es ist deshalb beabsichtigt, am Werksplatze bei der Tiefstollenanlage einen genügend weiten, gemauerten und volleistungsfähigen Schacht abzuteufen, diesen Schacht mit einer besonders kräftigen Fördermaschine zum Heben von 8 Grubenwagen auf einmal auszurüsten und ihn so in den Stand zu setzen, späterhin die gesamte Förderung, selbst wenn sie wesentlich gesteigert wird, zu übernehmen und so zugleich die Möglichkeit zu schaffen, den bestehenden Schacht bei der Unterbaustollenanlage den sich ergebenden Bedürfnissen und Aufschlüssen entsprechend um- und auszubauen.

Der neue Schacht bietet eine bequeme Anfahrtsstelle für die in Unterpeißenberg und Umgebung wohnenden Bergleute. Der vorhandene Schacht bei der Unterbaustollenanlage wird beibehalten zur Anfahrt der Mannschaft von Hohenpeißenberg und Peiting und wird zum Heben der Förderung der im Westfelde über der zweiten Tiefbausohle noch anstehenden Kohlen dienen. Der neue Schacht wird direkt in der vierten Tiefbausohle, mithin 160 m seiger bezw. 200 m flach unter der jetzigen Tiefbausohle, die Flözgruppe erschließen.

Die Ausführung der neuen Schachtanlage erfordert einen Gesamtaufwand von 1'056,800 ℳ, der sich auf die einzelnen Bauarbeiten und maschinellen Einrichtungen verteilt, wie folgt:

1. Dem Beginne der bergmännischen Abteufarbeiten des Förderschachtes muß vorausgehen die Erweiterung der bestehenden Kessel- und Maschinenanlage am Tiefstollen durch Anbau des Kesselhauses, Aufstellen zweier weiterer Kessel, deren Einmauerung, Ökonomiser und Rohrleitungen, ferner Anbau an das bestehende Maschinenhaus, Aufstellen eines Maschinen-Aggregats, bestehend aus Tandemmaschine mit Drehstromgenerator, Kondensations- und Rückkühlanlage und Speisewasserversorgung (Bedarf 255,200 ℳ).

2. An maschinellen Vorrichtungen zum Abteufen des Schachtes selbst sind nötig: Maschinenraum für den elektrischen Abteufhaspel mit Schachtturm und Schachtkaue, Preßluftbohrmaschinen, Abteufpumpen und Vorrichtung zur Ventilation des abzuteufenden Schachtes einschließlich Rohrleitungen und Wetterlutten (Bedarf 69,300 ℳ).

3. Das Abteufen des Schachtes ist in 6,2 m lichter Weite auf 300 m bei Mauerung der Schachtwände und Ausbau des Schachtes in Eisen vorgesehen (Bedarf 237,800 ℳ).

4. Die eigentliche maschinelle Ausrüstung des Schachtes wird umfassen: Fördermaschinen zum Heben von 8 Förderwagen auf einmal, Seilscheibengerüst, Schachtüberbau, Förderseile inkl. Reserveseil und Reserveseilscheiben, Förderschalen inkl. Reserveförderschale, Aufsetzvorrichtung, Signalvorrichtungen, elektrische Beleuchtung und 2 elektrische Wasserhaltungsmaschinen für zusammen 5 cbm Leistung pro Minute samt Rohr- und Kabelleitungen (Bedarf 417,100 ℳ).

5. Schließlich wird das Ausrichten der 4. Tiefbausohle, d. h. die Verbindung des Schachtfußes und seines Füllortes mit der Flözzone nötig werden. Zu diesem Zwecke sind auszusprengen und auszumauern ein geräumiger Füllort, die Querschläge nach der Flözgruppe und zu beschaffen Grubenschienen und Rohrleitungen. Gleichzeitig mit dem Abteufen soll von der tiefsten, 2. Tiefbausohle des derzeitigen Bergbaues mit dem Abteufen von Gesenken in den Flözen vorgegangen werden, um nach Vollendung des Schachtes und der Querschläge in kürzester Zeit Durchschlag zwischen dem neuen Schacht und den Gegenörtern (Gesenke) zu erlangen und so Wetterverbindung mit der alten Bergwerksanlage und deren Ventilatoren herzustellen. Hiezu sind nötig: Preßlufthaspel mit Fördergefäßen, da die vorhandenen Grubenwagen der Kohlenförderung des laufenden Betriebes nicht entzogen werden dürfen (Bedarf 77,400 ℳ).

Ein finanzielles Risiko ist mit der Ausführung der neuen Schachtanlage nicht verbunden.

Über der zweiten, zurzeit tiefsten Tiefbausohle des Bergwerkes stehen im Ostfelde nach dem Stande vom 1. Juli 1909
noch rund . . . . 330 000 t
im Westfelde noch rund . . . . 700 000 t
zusammen 1 030 000 t
gewinnbarer Kohle an. Dieses Quantum würde bei einer jährlichen Gewinnung von rund 200 000 t verkäuflicher Kohle noch auf 5 Jahre ausreichen und ermöglicht die Abzahlung der alten Schuld.

b. An Verbesserungen und Erweiterungen der maschinellen Hilfsmittel des Bergwerkes werden nötig:

1. Der Einbau des 2. Siebsystems mit Wipper, Rost und Leseband, Waggonwage und Stückkohlengleise, wie dies bei Erbauung der Separation für spätere Ausdehnung der Förderleistung von Anfang an disponiert war und nach Eingreifen des neuen Förderschachtes in die Förderung direkt nötig sein wird (Aufwand 32,500 ℳ).

2. Der Einbau von Feinkornsetzmaschinen zum Waschen von Förder- und Lagergries samt Becherwerken und Pumpe. Es hat sich nämlich gezeigt, daß der Rohgries in den Mengen, wie sie bei der steigenden Förderung nunmehr anfallen, nicht mehr glatt untergebracht werden kann, daß dagegen der gewaschene Feingries, wie er auf zweien, im Frühjahr 1909 probeweise in Betrieb genommenen Feinkornsetzmaschinen hergestellt wird, glatten Absatz findet (Aufwand 37,500 ℳ).

3. Schließlich werden nötig eine Spirituslokomotive zwecks Aufnahme der Förderung in der Sohle des Schachttiefsten und zwei elektrische Haspel für die durch das Schachtabteufen gewonnenen Abbaupfeiler (Bedarf 40,000 ℳ).

Einschließlich einer, nach menschlicher Voraussicht genügend erscheinenden allgemeinen Reserve zu a und b in der Höhe von 83,200 ℳ ergibt sich der veranschlagte Gesamtaufwand von 1'250,000 ℳ.

Wenn nicht unvorhersehbare Betriebsstörungen bei den bergmännischen Arbeiten des Schachtabteufens eintreten, so wird ein Zeitraum von 2 bis 2½ Jahren ausreichen, den Förderschacht betriebsfähig fertigzustellen. Verzögerung und Verteuerung durch unvorherzusehende Ereignisse, wie Wassereinbrüche, Gaseinbrüche, druckhaftes Gebirge, muß vorbehalten bleiben. Es besteht jedoch nach den Ergebnissen der Bohrung kein Anlaß, besondere Reserven hiefür in dem Voranschlage vorzusehen.

Die Möglichkeit der Verzinsung und Amortisation der für das Kohlenbergwerk Peißenberg postulierten Gesamtbedarfssumme (a und b) erscheint nach den bisherigen Erfahrungen der letzten Jahre beim Betriebe dieses Bergwerkes nicht zweifelhaft. Die mit dem Baukostenaufwande von 1'250,000 ℳ zu erschließende 4. Tiefbausohle von 200 m flacher Höhe und einem Kohlenvorrat von 3 000 000 t ermöglicht für sich allein Amortisation und Verzinsung des aufgewendeten Baukapitals neben zufriedenstellendem Gewinn. Bei einer Förderung von 300 000 t wird die 4. Tiefbausohle 10 Jahre lang in Betrieb stehen. Bei 4%iger Verzinsung und Amortisation in 10 Jahren in Annuitäten sind aufzuwenden 12,3% des Baukapitals. Aufwand pro Jahr für Verzinsung und Amortisation mithin 153,750 ℳ. Der voraussichtliche Grubenreingewinn bei 300 000 t Förderung wird nach den bisherigen Erfahrungen 300,000 ℳ bis 450,000 ℳ pro Jahr betragen und kann daher leicht die Abtragung und Verzinsung des Baukapitals übernehmen, zumal nicht nur durch den neuen Schacht die Gewinnung dreier weiterer Tiefbausohlen vorbereitet wird, sondern auch das Fortsetzen der Flöze unter die durch die Bohrung nachgewiesene Teufe von 800 m sicher angenommen werden kann.

bb. Für das Bergwerk Stockheim . . . 244,000 ℳ.

Mit den in der Finanzperiode 1908 und 1909 für das Bergwerk Stockheim auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds für vordringliche Werksverbesserungen und Bohrungen im Stockheimer Grubenfelde zur Verfügung gestellten Beträgen von 340,000 ℳ und 300,000 ℳ = 640,000 ℳ ist die Ausstattung und Ausgestaltung des alten Bergwerkes in ziemlich vollkommener Weise erreicht worden. Es erübrigt lediglich, einige Verbesserungen und Ergänzungen der maschinellen Hilfsmittel in der Finanzperiode 1910 und 1911 zu beschaffen und Vorrichtungen zu treffen, welche einen sicheren Abbau des zur Selbstentzündung neigenden Stockheimer Kohlenflözes ermöglichen sollen.

Es wurde ausgeführt: eine Kohlenaufbereitungsanlage mit Gleiseanschluß im Bahnhofe Stockheim, und zwar nicht als Provisorium, sondern endgültig und verdoppelungsfähig, sodann der Umbau der elektrischen Zentrale auf Sophienschacht zu ungefähr doppelter Leistung, die Ausstattung dieser Anlage mit einem neuen Kesselhaus und einem großen weiteren Kessel mit Speisewasserreiniger, Rückkühlanlage und Dampfkamin, die Aufstellung einer gebrauchten Fördermaschine beim Maxschacht und einer neuen, unterirdischen elektrischen Wasserhaltung daselbst, schließlich die Einrichtung für den elektrischen Antrieb des Ventilators auf Katharinenschacht und der Kohlenwäsche.

Es befinden sich ferner zurzeit in Instruktion die Herstellung einer Seilbahnverbindung zwischen Maxschacht und Kohlenwäsche und die Herstellung eines schmiedeisernen Seilscheibengerüstes auf Sophienschacht sowie die Aufstellung eines weiteren Dampfkessels ebenda.

Die neupostulierten Mittel sollen verwendet werden:

1. für den Ersatz der auf dem Sophienschacht vorhandenen alten und für größere Förderung nicht genügend leistungsfähigen sowie für die Mannschaftsfahrung nicht mit den wünschenswerten, modernen Sicherheitsvorrichtungen und Meldeapparaten ausgestatteten Fördermaschine durch eine neue, leistungsfähige und völlig betriebssichere Dampffördermaschine (Bedarf einschließlich der Kosten für das Maschinenhaus und das Ausmauern eines Teiles des Förderschachtes 70,000 ℳ);

2. für die Hersterllung einer neuen Drahtseilbahn vom Sophienschacht zum Bahnhof Stockheim.

Da die Anbrüche im Sophienschacht nach der Tiefe zu sich besonders günstig gestalten, der Ausbau dieses Schachtes auch von einwandfreier Beschaffenheit ist und eine raschere Förderung als der Maxschacht gestattet, so wird die Sophienschachtabteilung in den nächsten Jahren, schon ehe der Durchschlag mit letzterem Schacht erzielt ist, lebhaft zur Gesamtförderung mit herangezogen werden müssen. Hiefür genügt aber die vor 30 Jahren errichtete, vollkommen veraltete Drahtseilbahn von Sophienschacht nach Bahnhof Stockheim nicht mehr, weshalb sie durch eine leistungsfähige, moderne Drahtseilbahn ersetzt werden soll (Bedarf 70,000 ℳ);

3. für Einrichtung einer Spülversatzanlage beim Max- und beim Sophienschachte.

Beim Abbau des Kohlenflözes mit trockenem Versatz, der nie vollkommen dicht eingebracht werden kann, pflegt besonders an Stellen, wo das Stockheimer Kohlenflöz sehr mächtig ist, infolge Selbstentzündung Brand aufzutreten. Diese Erscheinung erschwert einen intensiven und ungestörten Betrieb und birgt nicht zu unterschätzende Gefahren für das Leben und die Gesundheit der Belegschaft. Es soll deshalb sowohl beim Max-, wie beim Sophienschacht eine Spülversatzanlage eingerichtet werden, um die ausgebauten Räume möglichst dicht zu verschlämmen. Als Material für den Spülversatz sollen beim Maxschachte die in großer Menge anfallenden Waschberge, gemischt mit totgebrannten Kesselschlacken, beim Sophienschacht die dort vorhandene Bergehalde, deren Material einen Steinbrecher passieren müßte, verwendet werden (Bedarf 70,000 ℳ);

4. für die Ausstattung der Förderschächte mit neuen Förderschalen mit Fangvorrichtung und je einer Reserveförderschale (Bedarf 14,000 ℳ);

5. für die Errichtung von Mannschaftsbädern an beiden Schachtanlagen in vorhandenen Gebäuden zur Verbesserung der ungenügenden Badeeinrichtungen (Bedarf 20,000 ℳ).

Die Ausführung der in den Erläuterungen zum VII. Nachtrag zum außerordentlichen Budget für 1908 und 1909 erwähnten Projekte bezüglich der Errichtung einer neuen Schachtanlage und einer Kokerei setzt eine weitergehende Klärung der Lagerungsverhältnisse und des Kohlenvermögens, als dies bis jetzt möglich war, voraus. Sobald die Aufklärung geglückt ist, wird diesen Projekten nähergetreten werden.

B. Hüttenwerke.

Der außerordentliche Aufwand für Fortsetzung der Sanierung der Hüttenwerke beziffert sich auf 1'600,000 ℳ.

Hievon entfallen auf:

aa. Hüttenwerk Amberg . . . . . . 1'400,000 ℳ.

1. Die während der Finanzperiode 1908 und 1909 zur Ausführung gebrachten Neuanlagen, Gießerei und Zementfabrik, sollen mit Beginn der Finanzperiode 1910 und 1911 in Betrieb kommen. Dadurch ist die Weiterverarbeitung des größten Teiles von der bisherigen Produktion eines Hochofens im Eigenbetrieb sowie eine lohnende Verwertung der anfallenden Hochofenschlacke gewährleistet. Durch direkte Verwendung der Gichtgase zum Antrieb der neuen Kraftmaschinen an Stelle von Generatorgasen, die durch Vergasung von Koks erzeugt werden und für die Heizung der ausgedehnten Trockenanlagen in Gießerei und Zementfabrik werden sich weiterhin erhebliche Betriebsersparnisse erzielen lassen. Voraussetzung hiefür ist aber die Inbetriebnahme des im November 1908 fertiggestellten Ersatzhochofens, welcher mit den Vorrichtungen für explosionssichere Gasentnahme an der Gicht ausgerüstet ist. Der alte, im Frühjahr 1907 von einer schweren Explosion heimgesuchte Ofen I besitzt solche Vorrichtungen nicht, ist also für sich allein zum Antrieb von Gasmaschinen nicht brauchbar, er hat sich indessen seit seiner Bandagierung bis jetzt so gut in Betrieb gehalten, daß auf seine Forterhaltung für mehrere Jahre noch gerechnet werden darf. Es erweist sich aus vorstehenden Gründen der gleichzeitige Betrieb beider Öfen als wirtschaftlich und sogar als notwendig. Die nötigen Erze sind für lange Jahre hinaus vorhanden und ebenso ist der Verkauf der Roheisenproduktion des zweiten Hochofens auf längere Zeit zum jeweiligen Marktpreis bereits vertragsmäßig sichergestellt.

Um den Ersatzhochofen in Betrieb setzen zu können, muß vorher eine größere Anzahl von Anlagen und Betriebseinrichtungen beschafft werden, als deren wichtigste 4 Winderhitzungsapparate (System Cowper) nebst Kamin und den dazugehörigen Leitungen, 1 Gebläsemaschine, 1 Kraftmaschine, die Erweiterung der Gasreinigungsanlage sowie die Vergrößerung der Koksstapelplätze und die Erweiterung der Industriegleisanlagen zu nennen sind.

2. Im Interesse eines geordneten Betriebs sind ferner ein Materialmagazin, Arbeiterkontrolluhren, Rangier- und Verladevorrichtungen 2c., sodann als Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen ein Bad mit Mannschaftsstube für die Gießerei, ein Trinkwassernetz zu den einzelnen Arbeitswerkstätten und Sauerstoffapparate in den Gasmaschinengebäuden zu beschaffen.

3. Für die Abwässer des Hüttenwerkes müssen Klär- und Kühlanlagen sowie eine Pumpenstation zur Rückgewinnung der gereinigten Abwässer für Betriebszwecke geschaffen werden. Dadurch wird für künftig sich erreichen lassen, daß ein Ablassen von Abwässern aus dem Hüttenwerk in den Vilsfluß trotz der Vergrößerung des Betriebs völlig unterbleibt.

4. Die vorgesehene neue Kraftmaschine soll auch die zur Versorgung der Stadt Amberg mit elektrischem Strom erforderliche Kraft liefern.

Was die Rentabilität der vorgesehenen Neuanlagen betrifft, so ergaben die angestellten Berechnungen, daß allein durch die gründliche Ausnützung der gereinigten Gichtgase sich eine angemessene Verzinsung und Amortisation des aufzuwendenden Kapitals erzielen lassen wird.

Die Tatsache, daß trotz des seit Ende des Jahres 1907 in der gesamten Eisenhüttenindustrie herrschenden Tiefstandes es möglich war, für das Berg- und Hüttenamt Amberg für die Finanzperiode 1910 und 1911 einen Etat aufzustellen, der mit einem Aktivrest von 47,720 ℳ gegenüber einem Passivrest von 25,690 ℳ in der Finanzperiode 1908 und 1909 abschließt, läßt bereits auf eine günstige wirtschaftliche Wirkung der vorgenommenen Werksverbesserungen schließen. Der Veranschlagung der Einnahmen aus der neu vorgesehenen Roheisenproduktion von 36 500 t für 1 Jahr ist übrigens ein Verkaufspreis unterlegt, der vorsichtshalber pro Tonne um 10 ℳ niedriger bemessen ist als in dem mit Verlust abschließenden Werksetat der Finanzperiode 1908 und 1909. Es kann deshalb für die Jahre 1910 und 1911 auf ein Betriebsergebnis des Amberger Werkes in der etatierten Höhe mit Sicherheit wohl auch bei Fortdauer der dermaligen ungünstigen Lage des Eisenmarktes gerechnet werden. Im Falle des Wiederanziehens der Eisenpreise würden sich die Werkserträgnisse noch erheblich bessern.

Die neue Kapitalsschuld des Hüttenwerkes Amberg an den Gefällsablösungsfonds zu 1'400,000 ℳ soll mit 4 % verzinst und in 16 Jahren amortisiert werden. Hiezu ist erforderlich eine Annuität von 8,6 %. Für die Jahre 1910 und 1911 ist eine entsprechende Zinsrate in den ordentlichen Etat eingestellt.

bb. Hüttenwerk Sonthofen . . . . . 200,000 ℳ.

Das Hüttenwerk Sonthofen hat vor mehreren Jahren mit dem Bau von Maschinen, insbesondere von Bau- und Betonmischmaschinen begonnen. Diese Fabrikation hat sich vor allem durch die Verwertung vorzüglicher Patente als gewinnbringend erwiesen und hat bereits einen derartigen Umfang angenommen, daß die bisherigen, zum Teil recht mangelhaften Betriebseinrichtungen nicht mehr genügen. Außerdem zwingt die stark anwachsende Konkurrenz das Werk zu einem möglichst vollkommenen und leistungsfähigen Betrieb, wenn die Rentabilität des Unternehmens festgehalten werden soll. Das Werk hat sich in den letzten 5 Jahren günstig entwickelt. Der Durchschnitt der rechnungsmäßigen Aktivreste des Werkes betrug in den 10 Jahren von 1895 bis mit 1904 5136 ℳ. Seine Erträgnisse von 1905 mit 1908 bezifferten sich auf:

1905	mit	6,509 ℳ,
1906	„	13,419 ℳ,
1907	„	72,678 ℳ,
1908	„	86,609 ℳ.

Vorerst ist nur der dringendste Bedarf zur Sanierung der bisherigen Verhältnisse vorgesehen, und zwar für Verbesserung der Zustände in der Gießerei, Sandaufbereitung, Putzerei

und in den Magazinen sowie für Verlängerung der Montagehalle und Verlegung der Schmiede, für den Ausbau der Wasserkraftanlage, endlich für Einfriedung des Werkes und Verlegung eines bis jetzt mitten durch den Werksbereich führenden öffentlichen Weges.

Die Bedarfssumme von 200,000 ℳ hat das Werk mit 4% zu verzinsen. Für die Jahre 1910 und 1911 ist eine entsprechende Zinsrate im ordentlichen Etat vorgesehen. Mit der Amortisierung der Kapitalsschuld wird nach Fertigstellung der neuen Einrichtungen begonnen werden.

C. Salzwerke . . . . 580,000 ℳ.

Hievon entfallen auf

aa. Saline Rosenheim . . . . 60,000 ℳ.

Durch das außerordentliche Budget für die Jahre 1908 und 1909 sind 95,000 ℳ zur Erschließung der Hochrunstfilze bei Raubling für den Torfstichbetrieb der Saline Rosenheim bewilligt worden. Die Aufwendungen dauern in der Finanzperiode 1910 und 1911 noch fort; eine Lokomotivremise mit zwei Werkstätten und einer Heizerwohnung ist zu bauen, außerdem sind die auf dem Untergrunde des Torflagers anzulegenden, das Torflager erschließenden Förderbahnen (Feldortstrecken) fortzusetzen. Hiefür sind 60,000 ℳ erforderlich.

Zur Rückzahlung des in dieser Höhe aufzunehmenden Kapitals ist ein Zeitraum von 12 Jahren vorgesehen und dementsprechend neben 4%iger Verzinsung eine Amortisation im Betrage von 5000 ℳ jährlich.

Die Rentabilität der Aufschließung der Hochrunstfilze wird seinerzeit Ausdruck finden in den Betriebsergebnissen der Salinen.

bb. Saline Reichenhall . . . . 520,000 ℳ.

Die Sudbetriebseinrichtungen der Saline Reichenhall sind seit dem Neubau nach dem Brand im Jahre 1834 unverändert geblieben. Die Leistung genügt den heutigen Anforderungen nicht mehr.

In neuester Zeit machen die außerbayerischen Salinen besondere Anstrengungen, um ihre Einrichtungen auf den neuesten Stand zu bringen; es kann deshalb auch bei den bedeutenderen bayerischen Salinen mit Verbesserungen nicht zurückgehalten werden.

In Reichenhall muß eines der vorhandenen Sudhäuser erweitert und für die neue Sudbetriebsanlage adaptiert werden (Bedarf 156,000 ℳ); die Anlage wird bestehen aus 2 Kesselpfannen mit mechanischer Austragvorrichtung, 3 Zentrifugen und 3 Trockentrommeln; die im Pfannenbrodem gebundene Wärme wird in einem Vakuumapparat zur Gewinnung von feinstkörnigem Tafel- und Molkereisalz vollends ausgenützt (Bedarf für den maschinellen Teil der Sudbetriebsanlage 200,000 ℳ).

Anschließend hieran ist ein Magazinsraum mit 10 Silos von zusammen 500 t Fassungsraum, ausgestattet mit mechanischen Transport-, Siebe- und Verwiegevorrichtungen, vorgesehen (Bedarf 23,000 ℳ).

Gleichzeitig wird die Salzverladung, welche bisher bei jeder Witterung auf dem Hauptbahnhofe Reichenhall-St. Zeno im Freien geschehen mußte, unter Benützung eines, nahe der Saline an der Lokalbahn Reichenhall-Berchtesgaden stehenden massiven Baurequisitengebäudes vorteilhafter eingerichtet werden können.

Der Gleisanschluß ist nach dem Voranschlage der Eisenbahndirektion München in bequemer Weise möglich (Bedarf 15,000 ℳ).

Die Verbindung zwischen der Saline und dem Verladegebäude soll durch eine unterirdische Förderstrecke unter der Kammerbotenstraße hergestellt werden (Bedarf 126,000 ℳ).

Für diese Einrichtungen wird ein Betrag von 520,000 ℳ aufzuwenden sein.

Zur Verzinsung des aufzunehmenden Kapitals im Gesamtbetrage von 520,000 ℳ mit 4% ist bereits im ordentlichen Etat für die Jahre 1910 und 1911 ein entsprechender Betrag vorgesehen. Wegen der Amortisation wird nach Inbetriebsetzung der Anlage Bestimmung zu treffen sein.

Der in den Verhältnissen begründete Rückgang der Erträgnisse der Salinen drängt dazu, die Sanierung dieser Werke durch die als unabwendbar erkannte Konzentration der Salinenbetriebe in Reichenhall und Traunstein an ersterem Orte einzuleiten, wo durch die vorgesehenen zwei Kesselpfannen mit Vakuumapparat auch die Traunsteiner Produktion von jährlich 8000 t Salz aufgenommen werden kann. Hierbei werden an direkten Betriebskosten (Löhne und Materialien) jährlich . . . . 40,000 ℳ gegenüber den alten Planpfannen eingespart. Ferner werden durch Zusammenlegung der Betriebe von Reichenhall und Traunstein an Gehältern, Amtsregie, Maschinen-, Werkzeug- sowie Bauunterhaltung, Lasten und sonstigen Betriebsausgaben sicher erspart weitere . . . . . 86,000 ℳ.

Es ergibt sich sohin als sichere Ersparung: 126,000 ℳ.

Hievon kommen in Abzug die Mehrkosten für Salztransporte von Reichenhall bis Traunstein und für Brennmaterial (Torf-) Transporte von Traunstein nach Reichenhall, welche berechnet sind zu . . . . 17,000 ℳ.

Die verbleibende Einsparung aus der Zusammenlegung beider Salinen und aus der Erzeugung der Traunsteiner Produktion in Reichenhall mit Kesselpfannen und Vakuumapparat beträgt daher jährlich . . . . 109,000 ℳ.

Die Verzinsung des Anlagekapitals für die neue Sudbetriebseinrichtung in Reichenhall mit 379,000 ℳ zu 4% bei Amortisation in 12 Jahren erfordert eine jährliche Annuität von 10,66%, d. i. 40,300 ℳ; mithin beträgt die reine Mehrung des Werksgewinns in Reichenhall noch 68,700 ℳ jährlich.

Die Verladevorrichtung mit ihrem Aufwand von 141,000 ℳ muß aus der Differenz zwischen den Achsfrachten der neuveranschlagten Gesamtproduktion von Reichenhall zu 16 000 t und den Achsfrachten der dieser Erzeugung entsprechenden Brennmaterialmengen gegenüber den Kosten der Förderung in der unterirdischen Verbindungsstrecke zuschläglich der von der Bahn erhobenen Zustreifgebühren verzinst und amortisiert werden. Die Achsfrachten betragen 26,500 ℳ; nach Abzug der Betriebskosten der neuen Anlage verbleiben noch . . . . 16,000 ℳ.

Dieser Betrag genügt, um die Transportanlage, durch welche ein unhaltbarer Zustand beseitigt wird, in 11 Jahren bei gleichzeitiger 4%iger Verzinsung des Anlagekapitals zu amortisieren.

c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.

aa. Für Vervollständigung des bayerischen Telegraphennetzes.

1. Herstellung neuer Leitungen . . . . 35,400 M.

Einige Telegraphenleitungen sind, namentlich während der Sommermonate, sehr stark belastet. Den hiedurch auftretenden, oft erheblichen Verzögerungen der Telegramme soll durch Errichtung neuer Leitungen, Ausführung von Leitungsergänzungen usw. begegnet werden.

2. Ausdehnung des Telephons auf das flache Land . . . . 522,500 M.

Die Ausbreitung des Telephons auf das flache Land ist, wie bisher, durch Errichtung von Telegraphenanstalten mit Telephonbetrieb und zugleich öffentlichen Telephonstellen, von gemeindlichen öffentlichen Telephonstellen und von Nebentelegraphen sowie durch den Umbau bestehender Telegraphenleitungen mit Telephonbetrieb in Doppelleitungen zu fördern. Da die bezeichneten Einrichtungen sowohl dem Telegramm- als auch dem Telephonverkehre dienen, sind die Kosten je zur Hälfte auf Telegraph und Telephon zu verrechnen.

Der Gesamtbedarf stellt sich auf:

300,000 M	für 250—300 Telegraphenanstalten mit Telephonbetrieb,
560,000 M	für rund 400 gemeindliche öffentliche Telephonstellen,
100,000 M	für den Nebentelegraphen und
85,000 M	für Umbau von Telegraphenleitungen mit Telephonbetrieb,
zusammen 1'045,000 M.	Hier sind sonach 522,500 M vorzusehen.

3. Neuanlage von Doppelgestängen an Telegraphenlinien mit einfachem Gestänge . . . . 8,850 M.

An einigen Telegraphenlinien erweist sich wegen Überlastung der Gestänge die Neuanlage von Doppelgestängen als nötig.

4. Kabelanlagen . . . . 77,500 M.

Die Verkehrssicherheit erfordert, daß an einigen Strecken die an überlasteten Gestängen oberirdisch geführten Staatstelegraphenleitungen in Kabel verlegt werden.

5. Gemeinsame Reserve für nicht vorhersehbare Bedürfnisse . . . . 20,750 M.

bb. Für Vervollständigung des bayerischen Telephonnetzes.

1. Erweiterung der bestehenden Ortstelephonnetze . . . . 5'450,000 M.

Der Bemessung des Bedarfs ist eine Schätzung des voraussichtlichen Zugangs an Teilnehmern zu Grunde gelegt. Die Schätzung beruht auf dem wirklichen Teilnehmerzugange der letzten Jahre.

In der Bedarfssumme sind auch Mittel enthalten, die für den beabsichtigten, schrittweise durchzuführenden Ausbau des Ortstelephonnetzes München für den vollautomatischen Betrieb und für eine neue Fernleitungsstelle München benötigt sind.

2. Herstellung neuer Ortstelephonnetze und Ausdehnung des Telephons auf das flache Land . . . . 592,500 M.

Mit dem fortschreitenden Ausbau des staatlichen Telephonnetzes mindern sich die Gesuche um Errichtung neuer Ortstelephonnetze. Die Telegraphenverwaltung glaubt deshalb mit einem Betrage von 70,000 M die in den Jahren 1910 und 1911 auftretenden Bedürfnisse befriedigen zu können.

Für die Errichtung von Telegraphenanstalten mit Telephonbetrieb und zugleich öffentlichen Telephonstellen, von gemeindlichen öffentlichen Telephonstellen und von Nebentelegraphen sowie für den Umbau bestehender Telegraphenleitungen mit Telephonbetrieb in Doppelleitungen ist hier die Hälfte des Gesamtbedarfs (vergl. Ziffer aa, 2) mit 522,500 M vorzusehen.

3. Herstellung telephonischer Verbindungsleitungen . . . . 1'122,400 ℳ.

Der telephonische Verkehr auf den bestehenden Verbindungsanlagen ist in stetem Aufschwunge begriffen. Um eine tunlichst rasche Abwickelung der Ferngespräche auch weiterhin zu ermöglichen und um andererseits den Sprechbereich auf weitere Orte in anderen Verwaltungsgebieten ausdehnen zu können, wird auf eine Vermehrung der Verbindungsleitungen für bestehende Ortstelephonnetze Bedacht genommen werden müssen. Der Bedarf für diese Zwecke ist auf 1'072,400 ℳ zu veranschlagen.

Für den Anschluß der Ortstelephonnetze, die mit der in Ziffer bb, 2 erwähnten Summe von 70,000 ℳ ausgeführt werden sollen, an den allgemeinen Telephonverkehr ist ein Bauschbetrag von 50,000 ℳ vorzusehen.

4. Gemeinsame Reserve für nicht vorhersehbare Bedürfnisse . . . . 315,100 ℳ.

Sollte die in Aussicht genommene Neuregelung des Telephongebührentarifs einen außergewöhnlichen Zugang an Teilnehmern bringen, so würde die Telegraphenverwaltung gezwungen sein, von der ihr nach langjähriger Übung erteilten Überschreitungsbefugnis in ausgiebigem Maße Gebrauch zu machen.

III. Auf Rechnung des allgemeinen Staatsanlehens.

a. Für allgemeine Staatszwecke.

Zur Verstärkung des Allgemeinen Betriebskapitals . . . . 15'000,000 ℳ.

Das Allgemeine Betriebskapital der Zentralstaatskasse, das seit der letztmals im Jahre 1902 eingetretenen Erhöhung 53'951,838 ℳ beträgt, hat sich in diesem Betrag in steigendem Maße als unzulänglich erwiesen.

Wie bereits bei früheren Gelegenheiten festgestellt wurde, erscheint es zur Fernhaltung von Stockungen im Staatshaushalt unerläßlich, daß das Allgemeine Betriebskapital mindestens 25 % der eigentlichen Staatsaufwandsausgaben beträgt (vergl. Verh. d. K. d. Abg. 1877/81, Beil.Bd. IV S. 263/65, 1893/94 Beil.Bd. III S. 7, 1901/02 Beil.Bd. X S. 7). Da nach dem Budgetentwurfe für die kommende Finanzperiode die Staatsaufwandsausgaben die Summe von 300'000,000 ℳ überschreiten, erscheint schon von diesem Gesichtspunkt aus ein Betriebskapital von mindestens 75'000,000 ℳ erforderlich. Hiezu kommt indes der weitere Umstand, daß ein nicht unerheblicher Teil des Allgemeinen Betriebskapitals — zurzeit nicht weniger als 7'700,000 ℳ — seiner eigentlichen Bestimmung dadurch entzogen ist, daß diese Summe für die vorschußweise Bestreitung des Aufwandes für Bauten in Anspruch genommen wird, der aus den Erlösen älterer Gebäude seine Deckung finden soll, deren Veräußerung sich mehr oder minder in die Länge zieht. Außerdem ist das Allgemeine Betriebskapital noch dadurch in besonderer Weise belastet, daß nach dem § 19 des Finanzgesetzes vom 15. Juni 1898 der Staatseisenbahnverwaltung hieraus im Bedarfsfalle Vorschüsse zur Bestreitung von Grunderwerbungskosten bis zu einem Betrage von 6'000,000 ℳ gewährt werden müssen. Schließlich kommt in Betracht, daß sich im Laufe der Jahre der Zeitpunkt des Einganges der Staatseinnahmen mehr und mehr zu ungunsten der Staatskasse verschoben hat und infolgedessen die in der ersten Hälfte des Jahres anfallenden Ausgaben in erhöhtem Maße anderweitig ihre Deckung finden müssen.

Solange noch bedeutende Überschüsse zur Verfügung standen, machte sich die Unzulänglichkeit des Allgemeinen Betriebskapitals weniger fühlbar. Seit aber die früheren beträchtlichen Überschüsse mehr und mehr ihrer Verwendung zugeführt wurden und neue Überschüsse in ähnlicher Höhe nicht mehr an ihre Stelle traten, oder wenn gar — wie im Jahre 1908 — die finanziell wichtigsten Etats in Bezug auf die Einnahmen erheblich hinter den Voranschlägen zurückbleiben, reicht das Allgemeine Betriebskapital in keiner Weise mehr aus, um die unvermeidlichen Staatsausgaben bis zum Fließen reichlicherer Mittel bestreiten zu können. Diese Unzulänglichkeit nötigt dann zur Ausgabe von Schatzanweisungen in höheren Beträgen und auf längere Zeit, als sich mit einer gesunden Finanzgebarung verträgt.

Mit Rücksicht hierauf erscheint es unvermeidlich, daß das Allgemeine Betriebskapital vorläufig wenigstens um die in Aussicht genommene Summe von 15'000,000 ℳ erhöht wird. Die Würdigung der Frage, in welchem Umfang eine weitere Erhöhung des Allgemeinen Betriebskapitals notwendig erscheint, soll einem späteren Zeitpunkte vorbehalten bleiben.

b. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

Für Errichtung einer neuen Hauptzollamtsanlage am Hauptbahnhofe München, Restbedarf . . . . . . 2'600,000 ℳ.

Im außerordentlichen Budget für 1908 und 1909 ist zum Zwecke der Errichtung einer neuen Hauptzollamtsanlage am Hauptbahnhofe in München als erste Rate aus einem Gesamtbedarfe von 9'000,000 ℳ der Betrag von 6'000,000 ℳ bewilligt worden. Nach den inzwischen ausgearbeiteten Detailkostenanschlägen beträgt der Gesamtbedarf nur 8'340,000 ℳ. Die Minderung von 660,000 ℳ rührt zum kleinsten Teile von Änderungen in den Einzelbeträgen bei der genauen Veranschlagung her, der größte Teil der Einsparung ergibt sich aus folgender veränderter Sachlage:

Bei der Hauptzollamtsanlage war ursprünglich die Errichtung einer besonderen Halle für die Abfertigungen von ausländischem Obst und Gemüse auf dem östlich der Auffahrt zur Donnersberger Brücke gelegenen bahneigenen Bretterlagerplatze in Aussicht genommen. Inzwischen ist vom Stadtmagistrat München das dringende Ersuchen gestellt worden, die Obstabfertigungshalle an der Donnersberger-Brücke nicht zur Ausführung zu bringen, sondern die Abfertigung des vom Ausland eingehenden Obstes, Gemüses usw. in die von der Stadtgemeinde München am Südbahnhof München zu errichtende Großmarkthalle zu verlegen. Obwohl die Errichtung der Obstabfertigungshalle auf dem ursprünglich hiefür in Aussicht genommenen Platze bei der neuen Hauptzollamtsanlage vom dienstlichen Standpunkt aus vorzuziehen gewesen wäre, ist mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Bedeutung des geplanten städtischen Unternehmens dem Ansuchen des Stadtmagistrats München entgegengekommen worden. Zwischen der Stadtgemeinde München und der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern ist ein Übereinkommen getroffen worden, in welchem sich die Stadtgemeinde München verpflichtet hat, auf dem ihr gehörigen Grundstück in der Thalkirchner-, Lagerhaus- und Tumblingerstraße, auf dem die Großmarkthalle erbaut werden soll, eine besondere Zollabfertigungsanlage für die zollamtliche Behandlung des vom Ausland eingehenden Obstes und Gemüses zu errichten und dem Zollärar zur ausschließlichen und unentgeltlichen Benützung für Zollzwecke dauernd zu überlassen. Ferner hat sich die Stadtgemeinde München verpflichtet, in der Nähe dieser Zollabfertigungshalle ein Dienstwohngebäude für 9 Beamte der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern bis zum 1. Juli 1910 zu erbauen. Die K. Staatsregierung hat sich unter dem Vorbehalte der Genehmigung durch den Landtag bereit erklärt, der Stadtgemeinde München eine Zuschußleistung zur Herstellung der Obstabfertigungsanlage am Südbahnhof in der Höhe der Hälfte der Baukosten, jedoch nicht über den Höchstbetrag von 250,000 ℳ zu gewähren und ihr die Kosten für das an der Thalkirchnerstraße zu erbauende Dienstwohngebäude gegen Übertragung dieses Wohngebäudes zu Eigentum der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern zu ersetzen.

Die finanzielle Wirkung dieses Übereinkommens ist für die Zollverwaltung folgende:

Die Ausführung der Obstabfertigungsanlage auf den bahneigenen Bretterlagerplätzen an der Donnersberger-Brücke hätte erfordert:

1. für den Erwerb des bahneigenen Bretterlagerplatzes östlich der Donnersberger-Brücke	500,000 ℳ;
2. für Errichtung der Obstabfertigungshalle mit Gleisanlagen auf dem unter 1 angegebenen Bauplatze . .	669,540 ℳ;
Summe	1'169,540 ℳ.

Nach dem mit der Stadtgemeinde München getroffenen Übereinkommen hat das Zollärar zu leisten:

1. als Zuschuß an die Stadtgemeinde München für Errichtung der Obstabfertigungshalle mit Gleisanlagen und Freiladehöfen am Südbahnhofe München	250,000 ℳ;
2. für die innere Einrichtung der unter 1 bezeichneten Abfertigungshalle . .	6,200 ℳ;
3. für den Erwerb des von der Stadtgemeinde München zu erbauenden Dienstwohngebäudes an der Thalkirchnerstraße einschließlich der 42,792 ℳ betragenden Kosten des Bauplatzes	254,792 ℳ.
Außer diesen an die Stadtgemeinde München zu leistenden Beträgen hat das Zollärar der Staatseisenbahnverwaltung zu den Kosten der Verlängerung der Donnersberger-Brücke einen Zuschuß zu gewähren von	50,000 ℳ
Summe	560,992 ℳ.

Hienach ergibt sich durch Nichtausführung der Obstabfertigungsanlage an der Donnersberger-Brücke und durch die Verlegung der Obstabfertigungsanlage an den Südbahnhof eine Minderung von 608,548 ℳ. Es empfiehlt sich jedoch, von dieser Gesamteinsparung im Betrage von rund 600,000 ℳ den Betrag von 200,000 ℳ als Reserve für außergewöhnliche, nicht voraussehbare Fälle vorzubehalten.

Zu der im außerordentlichen Budget 1908 und 1909 aus einem Gesamtbedarfe von 9'000,000 ℳ bewilligten ersten Rate von 6'000,000 ℳ ist daher nunmehr als zweite Rate die Summe von 2'600,000 ℳ erforderlich.

c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.

Für Erhöhung des Betriebs- und Reservefonds für Motorpostlinien, 2. Rate . . . . 1'500,000 ℳ

Aus dem Betriebs- und Reservefonds der Motorpostlinien werden die Anschaffungskosten der für die Motorpostlinien erforderlichen Fahrzeuge und ihrer Ersatzteile, ferner der Motorwagenhallen und ihrer Einrichtung (Maschinen und Werkzeuge) sowie die Kosten der Ausbildung des Fahr- und Werkstättepersonals bestritten.

Die dem Fonds entnommenen Beträge werden ihm nach Maßgabe eines Abschreibungsplanes in jährlichen Raten aus

dem ordentlichen Budget wieder zugeführt, so daß der Fonds im genauen Verhältnisse zum Betriebsverbrauche der Linien fortlaufend erneuert, der ordentliche Etat aber nur mit den in Wirklichkeit auf das Etatsjahr entfallenden Ausgabebeträgen belastet wird.

Der im außerordentlichen Budget 1908 und 1909 bewilligte Betrag des Fonds zu 2'500,000 ℳ ist aufgebraucht, da bei der zunehmend guten finanziellen Entwicklung der Motorpostlinien zur Errichtung von mehr neuen Linien geschritten werden konnte, als ursprünglich anzunehmen war.

Der nunmehr als zweite Rate vorgesehene Betrag wird nach den bisherigen Erfahrungen hinreichen, um von den zahlreichen angestrebten und zur Errichtung bereiften Motorpostlinien in den nächsten Jahren etwa 15 Linien einrichten zu können.

d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz.

Für den Neubau eines Zentraljustizgebäudes in Nürnberg, 2. Rate . . . . 1'600,000 ℳ.

Durch das außerordentliche Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 ist für den Neubau eines Zentraljustizgebäudes in Nürnberg sowie für die Vornahme baulicher Änderungen beim Zellengefängnisse und die Errichtung eines Wohngebäudes für die Beamten des Zellengefängnisses als erste Rate der Betrag von 1'800,000 ℳ bewilligt worden. Zur Fortführung der Bauarbeiten beim Neubau des Zentraljustizgebäudes ist eine weitere Rate von 1'600,000 ℳ erforderlich.

e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern.

1. Für den Neubau eines Polizeidirektions-Gebäudes in München, 1. Rate . . . . 2'000,000 ℳ.

Durch das Finanzgesetz für die Finanzperiode 1908 und 1909 sind für Arrondierung des Staatsbesitzes am sogenannten Augustinerstock in München durch Ankauf der Anwesen Nr. 3 bis 6 an der Löwengrube und Veranstaltung eines Wettbewerbes zur Gewinnung von Entwürfen für ein neues Polizeidirektionsgebäude dortselbst 1'200,000 ℳ zur Verfügung gestellt worden. Diese Häuser sind angekauft und der veranstaltete Wettbewerb hat eine Fülle ästhetisch und praktisch verwertbarer Ideen ergeben, auf Grund deren seitens der Staatsregierung nunmehr die Aufstellung eines endgültigen Entwurfs in die Wege geleitet ist. Nach den früher angestellten Berechnungen sind die Kosten des Neubaues schätzungsweise mit 3'300,000 ℳ ermittelt worden, welcher Betrag auch im allgemeinen bei den im Wettbewerbe gelieferten Entwürfen eingehalten werden konnte. Eine genaue Angabe der Kosten kann erst nach der Ausarbeitung des endgültigen Entwurfs erfolgen; bis dahin muß auch die weitere Begründung des Postulats vorbehalten werden. Den Baukosten stehen die Werte der durch den Neubau freiwerdenden Gebäude der K. Polizeidirektion sowie die voraussichtlichen Mieterträgnisse an den Läden gegenüber.

2. Für die Erweiterung der Hafen- und Umschlaganlagen am Rheine bei Ludwigshafen, 1. Rate . . . 4'100,000 ℳ.

Die Hafen- und Umschlagsanlagen bei Ludwigshafen umfassen:

a. den Frei- oder Zollhafen am freien Strom mit 5,45 km Werftlänge,

b. den Winterhafen mit 2,9 ha,

c. den Luitpoldhafen mit 11,5 ha und

d. den Mundenheimer Altrheinhafen mit 7 ha Wasserfläche.

Dem Umschlagsverkehr dienen 9 Lagerhäuser, 26 Lager-, Werft- und Abfüllhallen, 3 Tanklager mit 22 Tanks, 9 Elevatoren, 55 elektrische- und Dampfkranen, 3 Pumpwerke mit Dampfbetrieb und 1 Kohlenverladebrücke.

Der Gesamtaufwand des Staates für die Ludwigshafener Anlagen beträgt von 1886 bis Ende 1909 5 Millionen Mark.

Verkehrsübersicht in den oberrheinischen Häfen.

Hafenplatz	Uferstaat	Ufer	Wasserfläche ha	Verkehr in 1000 t	
				1906	1907
Straßburg	Elsaß-Lothringen	links	38	635	627
Kehl	Baden	rechts	47	168	121
Lauterburg	Elsaß-Lothringen	links	5	217	242
Karlsruhe	Baden	rechts	37	515	559
Speyer	Bayern	links	5	98	142
Rheinau	Baden	rechts	58	1456	1799
Mannheim	Baden	rechts	110	5506	6096
Ludwigshafen	Bayern	links	21	1777	2180
Worms	Hessen	links	8	341	355

Nach vorstehender Übersicht hat Ludwigshafen mit über 2 Millionen Tonnen Umschlag nach Mannheim den bedeutendsten Verkehr von den Hafenplätzen des Oberrheins.

Die Aufwendungen der Rheinuferstaaten für Hafenbauten in den letzten Jahren sind in den Protokollen der technischen Rheinstrombefahrung vom Jahre 1908 angegeben. Hieraus wird entnommen:

Aufwand in den Jahren 1896 bis 1907 für Hafenbauten.

Rheinstrecke	Aufwand in Millionen Mark			
	Baden	Elsaß-Lothringen	Bayern	Hessen
Basel—Lauterburg	9,426	1,072	—	—
Lauterburg—Worms	9,287	—	1,852	—
Worms—Mainz	—	—	—	0,796
zusammen	18,713	1,072	1,852	0,796

Hieraus ergibt sich, welche gewaltigen Summen Baden aufgewendet hat, um den Umschlagsverkehr auf dem rechten Rheinufer zu fördern.

Am Hafenplatz Ludwigshafen sind nun die verfügbaren Umschlags-, Lager- und Industrieplätze fast vollständig belegt, eine weitere Verkehrssteigerung würde nicht mehr bewältigt werden können und die Industrie würde sich zum Schaden der bayerischen Staatsbahn und der aufblühenden Stadt Ludwigshafen nach den Hafenplätzen Rheinau und Mannheim verziehen, wo noch ausgiebige Plätze und Räume zur Verfügung stehen.

Verkehrsentwicklung im Hafen zu Ludwigshafen.

Jahr	1000 t	Jahr	1000 t
1891	820	1900	1777
1892	834	1901	1763
1893	899	1902	1624
1894	754	1903	1916
1895	769	1904	1844
1896 *	1094	1905	1821
1897	1219	1906	1777
1898	1324	1907	2180
1899	1447		

* Eröffnung des Luitpoldhafens.

Die Zufuhr (1907 1 664 000 t) besteht hauptsächlich aus:

1. Steinkohlen, 2. Weizen und Spelz, 3. Erzen, 4. Roh- und Brucheisen, 5. Zucker, Melasse und Sirup, 6. Braunkohlen, 7. Petroleum und anderen Mineralölen, 8. Hülsenfrüchten, 9. Mauersteinen, Fliesen, Dachziegeln und Tonröhren, 10. Gerste, 11. Erde, Lehm, Sand, Kies und Kreide, 12. Hafer.

Die Abfuhr (1907 516,000 t) umfaßt hauptsächlich:

1. Erde, Lehm, Sand, Kies und Kreide, 2. Erze, 3. verarbeitetes Eisen, 4. Roh- und Brucheisen, 5. Steine und Steinware, 6. Düngermittel, 7. Mehl- und Mühlenfabrikate.

Die Gegenstände sind nach der Größe der Verkehrsmassen geordnet. An Steinkohlen allein betrug 1907 die Zufuhr 740 232 t und die Abfuhr 681 t. Die Zufuhr findet fast ausschließlich zu Berg, die Abfuhr zu Tal statt.

Bei dem scharfen Wettbewerbe der rechtsrheinischen Hafenplätze darf Bayern mit Maßnahmen zugunsten von Ludwigshafen nicht länger zurückstehen. Es ist dringend notwendig, daß die Ludwigshafener Anlagen dem immer mehr steigenden Verkehr entsprechend in ausreichender Weise erweitert werden. Insbesondere ist die Aufschließung eines geräumigen Industriegeländes zu erstreben, das gleichzeitig Bahn- und Wasseranschluß hat. Zu dem Zwecke sind folgende bauliche Maßnahmen beabsichtigt:

I. Hafenanlage.

Der Mundenheimer Altrheinhafen wird gegen Süden um 600 m verlängert, das bestehende Hafenbecken erweitert und zum Umschlag auf beiden Ufern eingerichtet. Am Südende wird ein Schiffswendeplatz hergestellt. Die Gesamtlänge des Hafens wird damit auf 1650 m gebracht, die Sohle auf 55 m verbreitert. Das umgebende Gelände wird hochwasserfrei aufgefüllt.

Das östliche Ufer des Hafens wird auf eine Länge von 500 m als Kaimauer ausgebaut; diese soll am südöstlichen Eck des Schiffswendeplatzes beginnen und von hier sich gegen Norden zu erstrecken. Sonst werden die Ufer bis auf 6,0 m Ludwigshafener Pegel 2 malig, darüber 1½ malig abgeböscht und gepflastert.

Für den Petroleum- und Benzinumschlag werden zwei besondere Abteilungen geschaffen, die von dem übrigen Hafen durch abgepflasterte Kiesdämme getrennt sind. Diese Dämme werden bis auf 3,6 m Ludwigshafener Pegel 2 malig, bis 5,5 m Ludwigshafener Pegel 1 malig abgeböscht und erhalten einen bis auf 8 m Ludwigshafener Pegel reichenden Aufsatz aus Beton; der Verschluß der Einfahrtsöffnungen wird durch eiserne Schwimmervorrichtungen bewirkt. Die bestehende Hafenmündung wird zur Erzielung einer bequemeren Einfahrt erweitert. Zur Erneuerung des Wassers im Hafenbecken ist eine Verbindung des südlichen Hafenendes mit dem Rheine durch einen Spülkanal von 1 m Lichtweite vorgesehen.

Die Gesamtwasserfläche des Mundenheimer Hafenbeckens wird von 7,0 auf 15,3 ha erweitert.

II. Hochwasserfreier Ausbau des Stromufers.

Das Rheinufer wird von der Rehbachmündung bis zur Hafeneinfahrt auf eine Länge von 2 km auf 9,0 Ludwigshafener Pegel erhöht und, soweit dies noch nicht der Fall ist, in die Normaluferlinie gelegt. Das Ufer wird in der am Rheine üblichen Weise zweimalig abgeböscht und gepflastert und in der Tiefe mit Steinsenkfaschinen gesichert.

III. Lager- und Industrieplätze.

An solchen werden neu geschaffen:

a. auf der Westseite des Hafenbeckens bis zum Schiffswendeplatz . . . . 1,55 ha,
b. am Südende des Hafens, um den Schiffswendeplatz herum . . . . 3,19 ha,
c. auf der östlichen Seite des Hafenbeckens bis zur Hafenstraße auf der Insel Kaiserwörth . . . . 12,89 ha,
d. zwischen der Hafenstraße und dem Rheine sowie rheinaufwärts bis zur Rehbachmündung . . . . 26,52 ha,

zusammen 44,15 ha.

Die unter a aufgeführten Flächen sind als Lagerplätze für die allgemeine Benützung in Aussicht genommen und werden mit Grundbau und Schotterdecke befestigt; im übrigen wird die Befestigung der Plätze den seinerzeitigen Pächtern überlassen.

IV. Hafenstraßen.

Die Hauptzufuhr zum Hafen erfolgt auf der bei der Dr. Rasching'schen Fabrik von der Staatsstraße Nr. 36 Friedensau-Ludwigshafen abzweigenden Waldbuschstraße, die mittels einer Drehbrücke über den Hafen auf das Gelände zwischen diesem und dem Rheine fortgesetzt wird und hier auf die die Insel Kaiserwörth der Länge nach durchschneidende Hauptstraße trifft.

Von dieser zweigen Querstraßen zum Rheine und zum östlichen Hafenufer ab. Die verlängerte Waldbuschstraße sowie die Hauptstraße auf dem Kaiserwörth erhalten 13 m Breite, die Querstraßen 10 m Breite.

Eine andere, 12 m breite Hauptstraße führt vom Eintritt der Waldbuschstraße in das Hafengebiet entlang dem westlichen Hafenufer bis zur Giulini'schen Fabrik, wo sie mit der von Mundenheim kommenden Scheffelstraße zusammentrifft, und wendet sich dann auf dem Hauptrheindamm nach Süden bis zur Rehbachmündung.

Die Straßen erhalten Grundbau und Schotterdecke sowie beiderseits Pflasterrinnen. Die Gesamtlänge der Straßen beträgt 4,680 km.

V. Drehbrücke.

Die Drehbrücke ist als eiserne Fachwerkbrücke wie die drei bestehenden Drehbrücken im Luitpoldhafen gedacht. Die Hauptdurchfahrtsöffnung ist wegen der starken Krümmung des Hafens auf 35 m bemessen; die nutzbare Breite beträgt 8 m.

VI. Gleisanlagen.

Zur Erschließung einer möglichst großen Geländefläche holt die neue Hafenbahn vom Bahnhof Mundenheim gegen Süden aus, umfährt die chemische Fabrik von Giulini in einem weiten Bogen und bestreicht das Hafengelände von Süden her. Je 2 Gleise werden entlang dem westlichen und dem östlichen Hafenufer der Hauptstraße auf dem Kaiserwörth und dem Rheinufer geführt. Ferner soll auf dem westlichen Hafenufer ein Verschubbahnhof mit 8 Gleisen angelegt werden.

Die neu anzulegenden Gleise haben eine Gesamtlänge von 24 km mit 30 einfachen und 10 Doppelweichen, dazu kommt eine Wagendrehscheibe von 8 m Durchmesser auf dem westlichen Hafenufer und eine Lokomotivdrehscheibe von 20 m Durchmesser auf dem Hafenkopfe.

Die Weichen werden in mehreren Gruppen zentralisiert.

VII. Umschlagseinrichtungen.

Die Kaimauer erhält einen elektrisch betriebenen, zwei Bahngleise überspannenden Vollportalkran mit 10 m Ausladung und 3,5 t Tragfähigkeit. Zum Umschlag an dem neuen Rheinufer sind zwei weitere, ebenfalls elektrisch betriebene Hebekranen von je 12,5 m Ausladung und 4 t Tragfähigkeit auf je einem Steinunterbau von 50 m Länge vorgesehen.

VIII. Elektrische Zentrale und Beleuchtungsanlagen.

Die bestehende elektrische Zentrale im Luitpoldhafen wird für den Kraftbedarf im neuen Hafen nicht genügen. Es ist deshalb eine Erweiterung der elektrischen Zentrale durch einen Dampfkessel mit 80 bis 100 qm Heizfläche und eine zugehörige Dampfturbine vorgesehen.

Die vollständige elektrische Beleuchtung des Hafens, seiner Gleise und sonstigen Einrichtungen wird zwar erst mit der Besiedelung des Hafens notwendig werden, doch sind schon für den Anfang an einigen Stellen, so am Hafenkopf, am Verschubbahnhof, an den Hafenufern und am Rheinufer eine Anzahl elektrischer Bogenlampen nötig. Im Kostenanschlag sind 12 Lampen mit den erforderlichen Masten und Leitungen vorgesehen.

IX. Wasserleitung und Entwässerung.

Das für den Betrieb des Hafens erforderliche Brauch- und Trinkwasser wird der Wasserleitung der Stadt Ludwigshafen entnommen, der Anschluß erfolgt an der Waldbuschstraße.

Die Leitungen werden in die Fußbänke der Hafenstraßen verlegt. Die Rohre erhalten eine Gesamtlänge von 3,650 km. Angeschlossen sind 18 Hydranten für Feuerlöschzwecke und 5 öffentliche Ventilbrunnen.

Die Entwässerung der Lagerplätze auf der Westseite des Hafenbeckens vollzieht sich in das Hafenbecken mittelst einer Tonrohrleitung von 665 m Länge.

Zur Entwässerung des Geländes auf der Insel Kaiserswörth wird in der Hauptstraße ein 700 m langer Sammelkanal aus Beton angelegt, in den von Norden her ein 270 m langer Tonrohrkanal, von Süden her ein 260 m langer Betonkanal einmünden; der letztere nimmt die Entwässerungskanäle der südlichen Hafenstraße mit zusammen 750 m Länge auf. Die vereinigten Abwässer dieses Gebiets werden vom Sammelkanal aus mit einem Betonkanal von 140 m Länge in den Rhein geleitet. Die Gesamtlänge der Kanäle beträgt 2,825 km; dazu gehören 20 Revisions- und Verbindungsschächte und 80 Straßensinkkasten.

X. Sonstige Anlagen.

Die chemische Fabrik Giulini besitzt am Rheinufer bei km 68 eine Verladevorrichtung mit 2 Kranen und einer 60 m langen eisernen Ladebrücke, ferner eine elektrische Verbindungsbahn zwischen ihrer Fabrik und diesem Verladeplatz.

Diese Einrichtungen sind in ihrer jetzigen Gestalt für den zukünftigen Bahn- und Umschlagbetrieb im Hafen und am Rheinufer störend und müssen geändert werden. Die Kranen und die elektrische Bahn sollen nach dem neuen Hafenbecken an dessen Südende verlegt und der Fabrik soll dort ein entsprechender Raum zur Ausübung ihres Verladegeschäftes überlassen werden.

Die Kosten werden zwar zum Teil von der Fabrik zu übernehmen sein, doch erscheint es aus Billigkeitsgründen angemessen, ihr einen Zuschuß zu gewähren und ist dafür im Kostenanschlag ein entsprechender Betrag vorgesehen.

XI. Arbeitsleistung und Baubetriebsplan.

An Grundstücken sind zu erwerben 67 ha nebst den darauf befindlichen Gebäuden der Ziegelei Kaiserswörth.

Die Auffüllung des gesamten Geländes erfordert an Füllmaterial . . . . 1'772,000 cbm.

Durch den Aushub des Hafenbeckens, dann durch die Zurückverlegung des Rheinufers in die Normallinie werden gewonnen 677,000 cbm.

Es verbleibt somit anderweitig zu beschaffendes Füllmaterial . . . . 1'095,000 cbm.

Dieses Material wird aus dem Otterstadter Altrhein, 12 km stromaufwärts von der Hafenbaustelle, gebaggert und zu Wasser beigefahren.

Die Kaimauer, dann die Drehbrücke, die Betonaufsatzmauern auf den Trennungsdämmen des Petroleum- und Benzinhafens erfordern an Beton- und Mauerwerk 17,000 cbm.

Für die Uferbefestigungen sind herzustellen:

a. an Pflaster:
im Hafen 26,500 qm
am Rheinufer 20,000 qm
zusammen 46,500 qm.

b. an Steinwürfen und Senkfaschinen:
im Hafen 27,000 qm
am Rhein 11,000 qm
zusammen 38,000 qm.

Die mit Grundbau versehenen und chaussierten Hafenstraßen haben eine Gesamtlänge von . . . . 4,680 km.
An Bahngleisen sind zu verlegen rund . . . 24,000 km.
Die Länge der Entwässerungkanäle beträgt . 2,825 km
und die der Wasserleitungen . . . . 3,650 km.

Dazu kommen dann noch die Lieferung und Aufstellung der Drehbrücke, des Vollportalkranens auf der Kaimauer und zweier fahrbarer Kranen am Rheinufer, schließlich die Erweiterung der elektrischen Zentrale und der Ausbau und die Installation der Kraftleitungen und der Beleuchtungseinrichtung. Für diese gesamten umfangreichen Arbeiten ist eine Bauzeit von 6 Jahren vorgesehen.

In den ersten vier Jahren wird das Hafenbecken mit Kaimauer und Drehbrücke, die das Hafenbecken umgebenden Lagerplätze, dann die Hafenbahn und der Verschubbahnhof hergestellt, die elektrische Zentrale erweitert und der Vollportalkran auf der Kaimauer aufmontiert, sodaß vier Jahre nach Baubeginn der Umschlag im Altrheinhafen im vollen Umfang aufgenommen werden kann. In den folgenden zwei Jahren wird die Ausfüllung der Insel Kaiserswörth und der Ausbau des Rheinufers betätigt.

XII. Baukosten.

Die Gesamtkosten der Erweiterung der Hafen- und Umschlagsanlagen betragen . . . . 8'200,000 ℳ.

Hievon treffen

a. auf den Etat des Staatsministeriums des Innern . . . . 6'820,000 ℳ,

b. auf den Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten . . . 1'380,000 ℳ.

Die Verteilung dieser Kosten nach den einzelnen baulichen Maßnahmen ist aus nachstehender Kostenübersicht zu entnehmen:

Lfd. Nr.	Gegenstand	Etat des Staatsministeriums des Innern Millionen	Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten Millionen	Insgesamt
		ℳ	ℳ	ℳ
1	Grunderwerbung . .	1,159	—	1,159
2	Erdarbeiten und Uferbefestigung	3,551	—	3,551
3	Bahngleise	—	0,895	0,895
4	Straßen und Brücken .	0,533	—	0,533
5	Wasserleitung und Entwässerung	0,148	—	0,148
6	Erweiterung der elektrischen Zentrale . . .	—	0,149	0,149
7	Kaimauer	0,450	—	0,450
8	Kranen	—	0,185	0,185
9	Verschiedenes	0,192	—	0,192
10	Reserve für Unvorhergesehenes	0,787	0,151	0,938
	Gesamtkosten	6,820	1,380	8,200

3. Für Errichtung hochwasserfreier Lagerplätze bei den Holzeinwurfplätzen am Maine zu Marktbreit, Ochsenfurt und Würzburg . . . . 488,000 ℳ.

1. Beim letzten großen Hochwasser im Februar 1909 sind von den Holzeinwurfplätzen am Maine bei Marktbreit, Ochsenfurt und Würzburg zahlreiche Holzstämme und Bretter abgetrieben worden, die dort über den Winter gelagert waren. Das Treibholz hat im Unterlaufe des Flusses großen Schaden angerichtet, namentlich an Gärten, Zäunen und Obstbäumen. Wenn auch nach § 32 Abs. 3 der Schiffahrtsordnung für den nicht kanalisierten Main das Lagern von Floßholz an solchen Orten, wo es vom Hochwasser abgetrieben werden kann, verboten ist, so hat doch die Erfahrung gezeigt, daß dieses Verbot trotz behördlicher Warnungen und Einschreitungen immer wieder übertreten wird, weil an den bezeichneten Stellen hochwasserfreie Lagerplätze in der Nähe des Flusses nicht vorhanden sind. Die Errichtung solcher Lagerplätze kommt nicht nur dem Bedürfnisse des Holzhandels entgegen, sondern liegt auch in hohem Maße im öffentlichen Interesse insofern, als das Abtreiben des Holzes bei Hochwasser ernstliche Gefahren für die flußabwärts liegenden Brücken, Fähren, Wehre, Gebäude usw. bedeutet.

Die hinter dem Zufuhrgleise landeinwärts gelegenen Flächen werden dadurch hochwasserfrei gemacht, daß sie mit Längs- und soweit nötig mit Querdämmen eingefaßt werden.

Der Betrieb des Holzumschlags erfordert es, daß die Holzstämme von den Lagerplätzen über die Dämme zum Wasser geschleift werden können. Die Binnenböschung der Längsdämme muß daher sehr flach, nämlich mit 6% Steigung,

angelegt werden. Die Krone, die die Gleise trägt, soll eine Breite von 10 m, die Außenböschung die Anlage 3 : 1 erhalten. Die Querdämme erhalten eine 2 m breite Krone, 3 malige Außen- und $1^1/_2$ malige Binnenböschungen. Binnenseits der Längsdämme werden 3 m hohe hölzerne Stützen als Widerlager für die Holzstöße errichtet. In dieser Weise erhalten:

der Holzeinwurfplatz Marktbreit 900 m Längsdämme, 250 m Querdämme und 44 Stützen,
der Holzeinwurfplatz Ochsenfurt 1000 m Längsdämme, 150 m Querdämme und 63 Stützen,
der Holzeinwurfplatz Würzburg 380 m Längs- und 100 m Querdämme.

Die bestehenden Zufuhrgleise sind abzubrechen und auf die neuen Hochwasserdämme zu legen.

2. Der unmittelbare Holzumschlag von der Bahn zum Flusse wird in der Art betrieben, daß die die Holzstämme auf den Bahnwagen zusammenhaltenden Befestigungen auf der Flußseite gelöst werden, worauf die Stämme auf die Uferböschungen herabstürzen und in die Hafenbecken abrollen. Bei diesem Betriebe war es bisher nicht möglich, die Uferböschungen instandzuhalten. Sie durften nicht gepflastert werden, weil die Stämme auf den harten Steinen leicht in Splitter gingen, andere Befestigungsmittel, wie Rasen oder Lehmschlag haben sich nicht als haltbar erwiesen. Im Jahre 1905 wurde beim Holzeinwurfplatze Kitzingen die Böschung versuchsweise mit Bahnschienen befestigt, die in Abständen von 2,5 m in der Gefällsrichtung liegen und auf Holzrahmen ruhen. Die Flächen zwischen den Schienen wurden auf Schienenunterkante abgeglichen und gepflastert. Außerdem wurden statt der Steinwürfe am Böschungsfuße Spundwände geschlagen, um das Abrutschen des Erdreichs in das Hafenbecken, das zu Versandungen führte, zu verhindern. Diese Anlagen haben sich vollständig bewährt. Sie sollen daher auch in Marktbreit und Ochsenfurt zur Anwendung kommen.

Beabsichtigt ist die Anlage von 10 befestigten Einpollerböschungen von je 30 m Länge, wovon 4 in die zwei Hafenbecken bei Marktbreit und 6 in die drei Hafenbecken bei Ochsenfurt kommen. Die übrigen nicht zum Einpollern dienenden Böschungen werden in gewöhnlicher Weise gepflastert und mit Steinwürfen geschützt.

Kostenübersicht.

Gegenstand	Ort	Auf den Etat des Staatsministeriums des Innern	Auf den Etat des Staatsministeriums f. Verk.-Angel.	Zusammen
		ℳ	ℳ	ℳ
Hochwasserfreie Lagerplätze	Marktbreit	142,000	15,000	157,000
	Ochsenfurt	145,000	20,000	165,000
	Würzburg	79,000	12,000	91,000
Befestigte Einpollerböschungen	Marktbreit	27,000	—	27,000
	Ochsenfurt	48,000	—	48,000
zusammen	—	441,000	47,000	488,000

4. Für Errichtung von Holzeinwurfplätzen und hochwasserfreien Lagerplätzen am rechten Regnitzufer bei Bamberg 900,000 ℳ.

Bei dem außerordentlichen Hochwasser vom Februar 1909 sind in den Floßbächen des Frankenwaldes, dann von den Holzeinwurfplätzen bei Lichtenfels, Zapfendorf, Staffelbach usw. große Mengen Langholz abgetrieben worden und haben vielfach Schaden an Wehren, Brücken und Fluren verursacht. Insbesondere ist der Einsturz der Mainbrücke bei Zapfendorf auf angeschwemmtes Langholz zurückzuführen.

Wenn auch nach § 4 der Floßordnung für die Floßbäche des Frankenwaldes, welche auch für den oberen Main bis Bischberg Geltung hat, im Winter das Holz an Orte gebracht werden soll, wo es vom Hochwasser nicht erreicht werden kann, so hat doch die Erfahrung gezeigt, daß sich trotz des Verbots der Behörden diese Anordnung nicht durchführen läßt, weil hochwasserfreie Lagerplätze überhaupt am Maine nicht vorhanden sind. Das Beischaffen von Langholz aus den Wäldern auf die Lagerplätze ist überdies eine nicht zu ersetzende Winterarbeit für die im Sommer mit Flößerei beschäftigte Bevölkerung.

Die Anlage von hochwasserfreien Lagerplätzen ist also ein dringendes Bedürfnis und wird neuerdings von den Vertretern der Flößerei und des Holzhandels mit allem Nachdruck angestrebt. Aber auch im öffentlichen Interesse ist die Anlage der Lagerplätze anzustreben, um den durch Abtreiben von Langholz zu befürchtenden Schaden zu verhüten.

Die Hochwasserfreilegung der bisherigen Holzlagerplätze stößt aber auf verschiedene Schwierigkeiten. Der Bamberg zunächst gelegene Lagerplatz bei Staffelbach kann mit Einführung der Mainkettenschiffahrt nicht mehr in der bisherigen Weise benützt werden. Es sind hier keine Einwurfbecken vorhanden und werden die Langhölzer unmittelbar in den Main eingeworfen und dort zu Flößen zusammengestellt. Dieses Verfahren kann später nicht mehr vorgenommen werden, weil es zu Unzuträglichkeiten für die Schiffahrt führen würde. Die Interessenten sprechen sich aber einstimmig gegen Herstellung einer zeitgemäßen Anlage bei Staffelbach aus und wünschen insbesondere der besseren Bahnverbindung halber eine Neuanlage bei Bamberg.

Die Holzlagerplätze bei Zapfendorf und bei Lichtenfels haben ebenfalls keine Einwurfbecken, die Anlage solcher und von hochwasserfreien Lagerplätzen ist aber hier der beschränkten Terrainverhältnisse wegen nicht in einem dem gegenwärtigen Verkehr entsprechenden Maße möglich.

In Bamberg vereinigen sich die verschiedenen Hauptbahnlinien und münden drei Lokalbahnen ein, welche aus waldreichen Gegenden kommen und bei Anlage der Holzlagerplätze in Bamberg diesen insbesondere aus den Staatswaldungen Holz zuführen werden.

Diese Gründe veranlaßten in der am 12. Juli in Bamberg stattgehabten, vom Staatsministerium des Innern einberufenen Versammlung der Interessenten diese einstimmig zu dem Antrage, die Anlage von hochwasserfreien Lagerplätzen und Einpollerbecken in möglichster Nähe von Bamberg auszuführen, woselbst auch die Abfallprodukte des Holzhandels besser als an anderen Plätzen verwertet werden könnten.

Zum Entwurfe selbst ist folgendes zu bemerken:

Dem Wunsche der Interessenten entsprechend werden 4 Einwurfbecken mit je 150 m Länge und 45 m Sohlenbreite, dann 2 Gleise längs der Einwurfsböschung und 1 Gleis auf

der Rückseite des Lagerplatzes vorgesehen, letzteres Geleise soll 1,5 m höher liegen, um das Aufstapeln von Holzvorräten während der Wintermonate zu erleichtern. Die Lagerplätze liegen mit der Vorderkante auf der Kote des Hochwassers vom Februar 1909 und steigen landeinwärts mit 1% an.

Die Böschungen der Einwurfbecken sind 3malig und in jedem Becken an 2 Stellen von je 30 m Länge mit Eisenbahnschienen armiert. Diese Armierung hat sich in den Einwurfbecken bei Kitzingen bewährt.

Die übrigen Ufer werden mit einmaliger Böschung hergestellt und gepflastert.

Da das Hauptsiel der städtischen Kanalisation längs des rechten Ufers des rechtsseitigen Regnitzarmes gelegen ist, so ist es nicht möglich, die Einwurfbecken im Ufer auszuheben. Es muß deshalb der jetzige Regnitzarm als Einwurfbecken umgestaltet und für das Fahrwasser ein neues Bett ausgehoben werden.

Nach Ansicht der Flößereiinteressenten ist eine Breite von 50 m für dieses neue Flußbett längs der Einwurfbecken nötig und soll dieses dann vom letzten Becken abwärts bis zur Einmündung des Fabrikkanals auf 80 m verbreitert werden, um hier die Flöße zu der für die Weiterfahrt im Main zulässigen Breite zusammenzustellen und bis zur Abfahrt anzusammeln.

Wie in der Eingabe des Stadtmagistrats Bamberg vom 25. August 1909 an das Staatsministerium des Innern erwähnt ist, haben sich die städtischen Kollegien bereit erklärt, den für die Durchführung dieser erbetenen Anlage erforderlichen Grund und Boden zu erwerben und dem Staate kostenlos zur Verfügung zu stellen.

Der Grund und Boden für die Lagerplätze und Einwurfbecken und für die Regnitzverlegung umfaßt 17 ha = 50 Tagwerk guter Gartenfelder, Äcker und Wiesen im Werte von 5000 ℳ für das Tagwerk, so daß die Leistung der Stadt auf rund 250,000 ℳ zu veranschlagen wäre.

Die Kosten für die bauliche Ausführung der ganzen Anlage ohne Grunderwerbung sind veranschlagt auf 900,000 ℳ.

Hievon treffen auf den Etat des Staatsministeriums des Innern . . . . 820,000 ℳ,
auf den Etat des Staatsministeriums für Verkehrsangelegenheiten . . . . 80,000 ℳ.

5. Für Wasserbauten:		
	a. Korrektion der öffentlichen Flüsse	10'106,000 ℳ,
	b. Zuschüsse zur Korrektion oder Verbauung der Privatflüsse und Wildwässer . .	2'898,865 ℳ,
	c. Reserve	995,135 ℳ,
	Summe	14'000,000 ℳ.

Das bisherige System, die Regulierung der Gebirgsflüsse in Oberbayern, Niederbayern und Schwaben mit jährlichen Bewilligungen nach Maßgabe der jeweils vorhandenen Mittel des ordentlichen Budgets zu bestreiten, hat im Laufe der Jahre zu immer größer werdenden Schwierigkeiten geführt und allmählich höchst unbefriedigende, teilweise sogar unhaltbare Zustände geschaffen. Außerdem hat das Wassergesetz von 1907 dem Staate neue Aufgaben auf dem Gebiete des Flußbaues gestellt, welche bedeutende Mittel erfordern, deren Beschaffung auf dem bisherigen Wege, namentlich bei der gegenwärtigen Finanzlage, ganz unmöglich ist.

Zur Beseitigung der eingetretenen Mißstände und zur vollkommenen Erfüllung der neuen Aufgaben gibt es nur den einen Weg, das bisherige System der Bewilligungen im ordentlichen Budget zu verlassen und auf eine Reihe von Jahren große Mittel durch Anlehen zur Verfügung zu stellen, wie in der hierüber dem Landtage zugehenden Denkschrift über den Stand der Wasserbauten in Bayern näher erläutert ist.

Das erste Anlehen soll in einem Betrage von 35 Millionen aufgenommen und verwendet werden wie folgt:

1. Öffentliche Flüsse.

a. Zum Ausbau der bestehenden Flußkorrektionen durch Versteinung der nur aus Faschinen bestehenden Korrektionsbauten, deren Unterhaltung alljährlich viel zu hohe Summen erfordert, so daß ohne einen einmaligen großen Aufwand der bereits teilweise eingetretene Rückgang einiger Korrektionsstrecken nicht mehr aufzuhalten ist.

b. Festlegung der Sohle solcher Korrektionen, welche sich zu sehr in das Gelände eingesenkt haben oder einzusenken drohen, durch Schwellen oder Profilverbreiterungen.

c. Raschere Fortsetzung der Flußkorrektionen nach einheitlichen Gesamtprojekten.

d. Hochwasserschutz an den öffentlichen Flüssen unter Heranziehung der Beteiligten zu den Kosten nach Artikel 94 des Wassergesetzes.

Auf die vorbezeichneten Bauvornahmen an den öffentlichen Flüssen treffen von dem Anlehen zu 35 Millionen Mark . . . . 27'171,000 ℳ.

II. Privatflüsse.

Zur Instandhaltung der Privatflüsse gewährt der Staat nach Artikel 98 und 101 des Wassergesetzes freiwillige Zuschüsse an die Unternehmer (Kreise, Gemeinden, Genossenschaften). Nachdem der Staat mit diesen Zuschüssen gegenüber den Kreisen und Beteiligten bis zum Jahre 1909 bereits um 1,5 Millionen im Rückstande geblieben ist, was auf den wirtschaftlichen Fortbetrieb der bereits begonnenen, zum Teil sehr bedeutenden Unternehmungen äußerst ungünstig einwirkt, und nachdem diese durch den Erlaß des Wassergesetzes von 1907 bedingte volkswirtschaftlich wichtige Bautätigkeit kräftig gefördert werden muß, ist es veranlaßt und begründet, die hiezu erforderlichen freiwilligen Staatszuschüsse im Anlehenswege zu beschaffen; hierauf trifft von dem Anlehen zu 35 Millionen ein Betrag von . . 5'956,157 ℳ.

Als Reserve sind vorzusehen . . . . 1'872,843 ℳ;
zusammen 35'000,000 ℳ.

Für die Finanzperiode 1910 und 1911 ist von diesem Gesamtanlehen ein Teilbetrag von . . . 14'000,000 ℳ in Ansatz zu bringen. Hievon treffen:

1. Auf die öffentlichen Flüsse . 10'106'000 ℳ,
2. Auf freiwillige Staatszuschüsse . 2'898,865 ℳ,
3. Auf die Reserve zu 1 und 2 . 995,135 ℳ,

Summe 14'000,000 ℳ.

Ein Sonderausweis für die Finanzperiode 1910 und 1911 ist angefügt.

Sonder-Ausweis

über die

Wasserbauten

im

außerordentlichen Budget der Finanzperiode 1910 und 1911.

Vortrag			Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
			M
I. Donau-Gebiet.			
a. Staatsausgaben für die öffentlichen Flüsse.			
A. Schiffbare Flüsse.			
1. Donau.	a. Oberbayern.	Bauamt Ingolstadt	1'200,000
	b. Niederbayern.	Bauamt Deggendorf	700,000
	c. Oberpfalz und Regensburg.	—	—
	d. Schwaben und Neuburg.	Bauamt Dillingen	300,000
2. Inn.	a. Oberbayern.	1. Bauamt Rosenheim . . .	940,000
		2. Bauamt Traunstein . . .	800,000
	b. Niederbayern.	Bauamt Simbach	850,000
3. Salzach.	Oberbayern.	Bauamt Traunstein	538,000
		Summe A. Schiffbare Flüsse	5'328,000
B. Floß- und triftbare Flüsse.			
1. Isar.	a. Oberbayern.	Bauamt München	1'800,000
	b. Niederbayern.	1. Bauamt Landshut . . .	600,000
		2. Bauamt Deggendorf . .	400,000
2. Loisach.	Oberbayern.	Bauamt Weilheim	48,000
3. Lech.	a. Oberbayern.	Bauamt Weilheim	300,000
	b. Schwaben und Neuburg.	Bauamt Augsburg	400,000
			560,000
4. Wertach.	Schwaben und Neuburg.	Bauamt Augsburg	300,000
5. Iller.	Schwaben und Neuburg.	Bauamt Dillingen	270,000
		Bauamt Kempten	100,000
		Summe B. Floß- und triftbare Flüsse	4'778,000
		Hiezu „ A. Schiffbare Flüsse	5'328,000
		Summe Ia. Öffentliche Flüsse des Donaugebiets	10,106,000

Bemerkungen

a. Ausbau der Korrektion, Herstellung von Hochwasserdämmen unterhalb Ingolstadt mit Baggergut; neue Korrektion Kelheim bis zur Bauamtsgrenze.

b. Ausbau der bestehenden Korrektionsstrecken, Herstellung von Hochwasserdämmen; Neubau von Korrektionsstrecken.

c. Im ordentlichen Budget vorgesehen.

d. Ausbau der Korrektionen sowie des Donaudurchstiches bei Münster.

a 1. Ausbau der Korrektionen, Baggerungen bei und unterhalb Rosenheim, Herstellung von Hochwasserdämmen ober- und unterhalb Rosenheim mit Baggergut; Verlegung der Rottmündung; neue Korrektionen, insbesondere zwischen Kraiburg, Mühldorf und Mühlehring.

2. Ausbau der Korrektion bei Holzhausen; neue Korrektion in der Gemeinde Töging, dann zwischen Marktl und Kreisgrenze.

b. Ausbau der Korrektion; Herstellung neuer Leitwerke, insbesondere bei Hartkirchen.

Ausbau der Korrektionen zwischen Saalachmündung und Habermark, neue Korrektionen bei Raithenhaslach, Piesing und Haiming, Herstellung von Hochwasserdämmen bei Triesenbach, Pietling und Tittmoning mit Baggergut.

Ausbau der Korrektion bei Puppling, Unterföhring, Grüneck, Freising, Oberhummel und Moosburg bis zur Kreisgrenze, Anlage einer Flutmulde bei Freising; Herstellung von Hochwasserdämmen von Dietersheim bis Freising und bis Oberhummel mit Baggergut; neue Korrektion Einöd—Schäftlarn und Moosburg—Oberhummel.

b 1. Ausbau der Korrektion; Sohlenfixierung zwischen Landshut und Wörth.

2. Ausbau der Korrektion; Ausbaggerungen bei Plattling unter Herstellung von Hochwasserdämmen.

Korrektion bei Achmühle und Erweiterung unterhalb der Grundschwelle bei Großweil.

a. Ausbau der Korrektionen bei Landsberg, Scheuring, Prittriching und Epfach.

b. Fortsetzung der Korrektion von der Gemeindegrenze Unterbergen—Merching bis zum Hochablaß.

Ausbau der Korrektion abwärts vom Gersthofener Wehr, dann zwischen Füssen und Deutenhausen, Herstellung von Hochwasserdämmen in den Gemeinden Oberpeiching, Unterpeiching und Rain.

Ausbau der Korrektion; neue Korrektion von der Gemeindegrenze Stockheim—Schlingen bis zur Pforzener Wertachbrücke.

Ausbau der Korrektion; Herstellung von Sohlenschwellen zwischen Ferthofen und Kellmünz.

Ausbau der Korrektion; neue Korrektion Kempten—Ferthofen.

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	ℳ
b. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärar nicht obliegt.	
A. Privatflüsse mit erheblicher Hochwassergefahr.	
Oberbayern.	
1. Korrektion der Alz vom Beginne der Trostberger Korrektion bis zum Tachertinger Wehr, K. Bezirksamts Traunstein.	
Die wiederholten Bestrebungen des Komitees zur Wahrung der Interessen des Alztales veranlaßten die Aufstellung mehrerer Entwürfe für die Korrektion der Alz zwischen Altenmarkt und der Mündung in den Inn, um das Alztal vor völliger Übermuhrung und Versumpfung zu bewahren. Die Korrektion der 45 km langen Flußstrecke wird überschlägig die Summe von 5½ Millionen Mark erfordern. Durch die beschleunigte Ausnutzung der Wasserkräfte der Alz durch den Kunstmühlbesitzer Rieger in Trostberg und die Cyanid-Gesellschaft m. b. H. in Berlin — nunmehr Bayer. Stickstoffwerke A.G. — ist die schleunige Durchführung der Korrektion der Strecke vom Beginne der Trostbergerkorrektion bis zum Tachertinger Wehr erforderlich. Die Gesamtkosten betragen 710,000 ℳ, wozu von der Kreisgemeinde Oberbayern ein 50%iger Staatszuschuß mit 355,000 ℳ erbeten wird, der ganz vorzusehen ist	355,000
2. Korrektion der Mangfall von der Willinger Gemeindegrenze bei Heufeld bis zu den Uferschutzbauten bei Kolbermoor in den Gemeinden Aibling, Willing und Kolbermoor, K. Bezirksamts Aibling.	
Die Gesamtkosten betragen 360,000 ℳ. Mit dem Budget der Finanzperiode 1900 und 1901 wurde ein 50%iger Gesamtzuschuß genehmigt von . . . . 180,000 ℳ, ferner in der Finanzperiode 1900 und 1901 für 1901 . . . . 15,000 ℳ und in den Finanzperioden 1902/03, 1904/05, 1906/07 und 1908/09 je 30,000 ℳ = 120,000 ℳ zusammen 135,000 ℳ, so daß noch aufzubringen sind . . . . 45,000 ℳ. Hievon kommen als VI. Rate in Ansatz . . . . 30,000 ℳ, wonach ein Rest verbliebe von . . . . 15,000 ℳ.	30,000
3. Korrektion der Mangfall zwischen Westerham und Heufeld, K. Bezirksamts Aibling.	
Die 13,8 km lange Mangfallstrecke ist insbesondere von der Leizachmündung abwärts ganz verwildert und verursacht bei jedem Hochwasser ausgedehnte Abbrüche gut kultivierter Grundstücke und Waldflächen, so daß ungeheure Mengen von Kiesgeschieben, Treibzeug und Bäume in das Flußbett gelangen, die nicht nur weitere Beschädigungen an industriellen Anlagen, Wegen, Brücken und Wehren verursachen, sondern auch die in Ausführung begriffene Korrektion Heufeld—Kolbermoor und die unterhalb gelegene gesunde Mangfallstrecke bis Rosenheim stark gefährden. Gesamtkosten 693,000 ℳ; die Kreisgemeinde Oberbayern erbittet hiezu einen 50%igen Staatszuschuß im Betrage von 346,500 ℳ. Hievon kommen als I. Rate in Ansatz	100,000
Seite	485,000

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	M
Übertrag	485,000
4. Regulierung der Mangfall zwischen Gmund und dem Müller am Baum, K. Bezirksamts Miesbach. Durch die Hochwasserkatastrophe vom September 1899 und spätere Hochwässer sind in dieser 5,9 km langen Mangfallstrecke große Hochufereinbrüche entstanden, fast sämtliche Wehre und Brücken zerstört worden und ist eine außerordentliche Menge von Geschieben in die Mangfall gelangt, wodurch eine beträchtliche Verwilderung des Flußbettes eintrat. Zur Verhütung weiterer Beschädigungen, insbesondere auch an der mit einem Aufwande von über 1 Million Mark ausgeführten Korrektion zwischen dem Müller am Baum und Thalham ist die Instandsetzung der Strecke Gmund—Baum dringend nötig. Die Gesamtkosten betragen einschließlich eines Unterhaltungsfonds mit 30,000 *M* insgesamt 331,200 *M*. Hiezu erbittet sich die Kreisgemeinde Oberbayern einen 50%igen Staatszuschuß mit 165,600 *M*. Hievon werden als I. Rate vorgesehen	30,000
5. Korrektion der Traun zur Beseitigung der Hochwassergefahr in den Gemeinden Au und Traunstein, K. Bezirksamts Traunstein. Die Gesamtkosten des vollständigen Hochwasserschutzes für die Gemeinden Au und Traunstein sind auf 529,000 *M* festgesetzt. Vom Kreise wird ein 50%iger Staatszuschuß von 264,500 *M* erbeten, wovon als I. Rate vorgesehen werden.	132,250
Niederbayern. Kein Antrag!	
Schwaben und Neuburg. **6. Korrektion der oberen Iller und Entwässerung des Illertales, Abteilungen II mit IV, zwischen der Gemeindebrücke Fischen—Au und Immenstadt, K. Bezirksamts Sonthofen.** Die Gesamtkosten betragen 1'100,000 *M*, wozu mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 ein 50%iger Staatszuschuß genehmigt wurde, somit Gesamtstaatsleistung . . . . 550,000 *M*, ferner wurden bereits genehmigt in der Finanzperiode 1906 und 1907 eine I. Rate von . . . . . 150,000 *M*, in der Finanzperiode 1908 und 1909 eine II. Rate von . . . . . 100,000 *M*, zusammen 250,000 *M*, so daß noch aufzubringen sind . . . . 300,000 *M*, die als III. und letzte Rate vorgesehen werden	300,000
7. Instandsetzung und Instandhaltung der Illerkorrektion in der I. Abteilung, Gemeinden Fischen, Langenwang, Au und Rubi, K. Bezirksamts Sonthofen, dann zwischen Ried—Ranns in den Gemeinden Martinszell, Waltenhofen und Sulzberg, schließlich bei Landorf in der Gemeinde Waltenhofen, K. Bezirksamts Kempten. Die Wasserbauten sind veranlaßt durch die Instandsetzung und Instandhaltung der Iller durch Sicherung der Faschinenbauten in starken Flußkrümmungen mittelst Steinabdeckungen und durch Konsolidierungsarbeiten. Die Gesamtkosten betragen 44,700 *M*, wozu vom Kreise ein Staatszuschuß von 50% mit 22,350 *M* erbeten wird, der ganz in Ansatz kommt	22,350
Summe A. Privatflüsse mit erheblicher Hochwassergefahr .	969,600

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	ℳ

B. Sonstige Privatflüsse.

a. Ohne Wildbachcharakter.

Oberbayern.

1. Regulierung der oberen Ammer in den Gemeindefluren Ettal und Oberammergau, K. Bezirksamts Garmisch.

Von der veranschlagten Gesamtsumme zu 396,000 ℳ wurde mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 ein staatlicher 50%iger Gesamtzuschuß genehmigt von . . . . 198,000 ℳ,
desgleichen eine I. Rate von . . . . 50,000 ℳ,
weiteres für die Finanzperiode 1908 und 1909 eine II. Rate von . . . . . 50,000 ℳ,
zusammen 100,000 ℳ,
so daß noch aufzubringen sind . . . . 98,000 ℳ,
die als III. und letzte Rate vorgesehen werden 98,000

2. Korrektion der Amper zwischen Allershausen und Wang, K. Bezirksamts Freising.

Die veranschlagten Gesamtkosten betragen . . . . 2'400,000 ℳ.
Mit dem Budget der Finanzperiode 1904 und 1905 wurde ein 60%iger Gesamtzuschuß mit 1'440,000 ℳ
und zugleich eine I. Rate genehmigt mit . . . . 86,000 ℳ,
desgleichen für die Finanzperiode 1906 und 1907 eine II. Rate von . . . 60,000 ℳ,
und für die Finanzeriode 1908 und 1909 eine III. Rate von . . . . . . 120,000 ℳ,
zusammen 266,000 ℳ,
so daß noch aufzubringen sind . . . . 1'174,000 ℳ.
Hievon werden als IV. Rate bewilligt . . . . 500,000 ℳ, 500,000
wonach ein Rest verbliebe von . . . . 674,000 ℳ.

Niederbayern.

Kein Antrag.

Mittelfranken.

3. Regulierung der Altmühl von Wald bis Pappenheim.

Bei der Regulierung der Abflußverhältnisse im Altmühltale zwischen Gunzenhausen und Pappenheim handelt es sich vor allem um die Fernhaltung der unzeitigen Überschwemmungen zum Schutze des Wiesfutters vor Beschmutzung und Abschwemmen in einem zusammenhängenden Talgebiete von rund 2000 ha, dann um Entwässerung einzelner Gebietsteile und die Wiederbewässerung des Geländes und auch um die Fernhaltung gesundheitlicher Schädigungen der Anwohner. Der Futterertrag des bezeichneten Talabschnittes bildet die Grundlage der Viehhaltung für einen großen Teil des südlichen Mittelfranken. Der Landrat von Mittelfranken hat daher in seiner Sitzung vom 15. November 1907 beschlossen, das auf 1'000,000 ℳ Kosten veranschlagte, genossenschaftliche Kulturunternehmen mit einem Kreiszuschuß von 200,000 ℳ unter der Voraussetzung zu unterstützen, daß der Staat mindestens einen doppelt so hohen Zuschuß leiste.

Der Kreiszuschuß ist auf 8 Jahre verteilt und für 1908 und 1909 bereits bewilligt. Das Zustandekommen der Genossenschaft ist gesichert.

Es wird daher ein Staatszuschuß von 400,000 ℳ beantragt, der ganz in Ansatz kommt 400,000

Summe B. Sonstige Privatflüsse. a. Ohne Wildbachcharakter 998,000

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	ℳ
b) Wildbäche.	
Oberbayern.	
1. Verbauung von Wildbächen im Graswangtale und Herstellung von Schutzbauten im Lindergries, Gemeinde Ettal, K. Bezirksamts Garmisch.	
Veranschlagte Gesamtkosten 120,000 ℳ, mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 genehmigter Gesamtstaatszuschuß . . . 60,000 ℳ, desgleichen als I. Rate . . . 15,000 ℳ, für die Finanzperiode 1908 und 1909 als II. Rate genehmigt . . . 15,000 ℳ, zusammen 30,000 ℳ, so daß noch aufzubringen sind . . . 30,000 ℳ, die als III. und letzte Rate vorgesehen werden . . .	30,000
2. Verbauung der Wildbäche des oberen Ammertales in der Gemeinde Oberammergau, K. Bezirksamts Garmisch.	
Zur Sicherung des Erfolges der in Ausführung begriffenen Ammerregulierung in den Gemeinden Ettal und Oberammergau beabsichtigt die Gemeinde Oberammergau die in ihrer Markung befindlichen 4 Wildbäche, Wildbachlaine, Esellaine, Schmitzelgraben und Kraislaine zur Geschiebezurückhaltung und Beruhigung der in Abbruch befindlichen Steilhänge zu verbauen. Die Gesamtkosten betragen 51,300 ℳ, wozu sich die Gemeinde Oberammergau einen 50%igen Staatszuschuß erbittet, der ganz in Ansatz kommt . . .	25,650
3. Verbauung der Wildbäche des oberen Ammertales in der Gemeinde Unterammergau, K. Bezirksamt Garmisch.	
Der für die Gemeinde Oberammergau bestimmende Grund, die in Ziff. 2 angegebenen Wildbäche zu verbauen, veranlaßte die Gemeinde Unterammergau, die Wildbäche Engellaine, Schleifmühlenlaine, Kappellaine und Scherenauerlaine zu verbauen. Die Gesamtkosten sind zu 164,400 ℳ veranschlagt, wozu von der Gemeinde Unterammergau ein 50%iger Staatszuschuß erbeten wird, der wegen Dringlichkeit der auszuführenden Verbauung im ganzen vorgesehen wird . . .	82,200
4. Verbauung und Korrektion des Steinbaches und seiner Nebenbäche bei Bichl, K. Bezirksamts Tölz.	
Die Gesamtkosten betragen 300,000 ℳ. Mit dem Budget der Finanzperiode 1904 und 1905 wurde ein 60%iger Gesamtstaatszuschuß genehmigt mit . . . 180,000 ℳ, zugleich als I. Rate der Betrag von 45,000 ℳ ebensoviel als II. Rate in der Finanzperiode 1906 und 1907 und als III. Rate in der Finanzperiode 1908 und 1909, zusammen . . . 135,000 ℳ, so daß noch aufzubringen sind . . . 45,000 ℳ, die als IV. und letzte Rate vorgesehen werden . . .	45,000
5. Verbauung des Lahnegrabens und seiner Nebenbäche bei Grafenaschau, K. Bezirksamts Garmisch.	
Der Lahnegraben nimmt bei einem 6 km langen Lauf im oberen Teile mehrere äußerst unterwühlende seitliche Zuflüsse auf. Die schon früher an ihm bestandenen gefahrdrohenden Zustände sind durch den am 25. Juli 1906 niedergegangenen Wolkenbruch ganz unhaltbar geworden, indem nur durch die angestrengteste Tätigkeit der Beteiligten ein gänzlicher Ausbruch des Wildbaches aus dem mit massenhaftem Geröll des sogenannten Unsinnigen Grabens überschütteten Bachbett über die am Schuttkegel befindlichen Häuser und Fluren von Grafenaschau und Aschau verhütet werden konnte. Die Gesamtkosten betragen 110,000 ℳ, wozu von den Beteiligten ein 50%iger Gesamtzuschuß mit 55,000 ℳ erbeten wird. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 wird eine I. Rate beantragt von . . .	27,500
Seite	210,350

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	ℳ
Übertrag	210,350
6. Fortsetzung der Leizachkorrektion unterhalb der Distriktsstraßenbrücke bei Ried, K. Bezirksamts Miesbach.	
Die Gesamtkosten betragen 108,000 ℳ; mit dem Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß genehmigt von . . . 54,000 ℳ und zugleich eine I. Rate von . . . 27 000 ℳ, so daß noch verbleiben . . . 27,000 ℳ, die im ganzen eingesetzt werden . . .	27,000
7. Verbauung der Schlierseebäche, und zwar des Leitner-, Ledersberger- und Rottmaurer-Grabens, dann Fortsetzung der Verbauung des Oster-, Reiter- und Kreiter-Grabens in der Gemeinde Schliersee, K. Bezirksamts Miesbach.	
Die Gesamtkosten betragen 93,600 ℳ. Mit dem Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß bewilligt von . . . 46,800 ℳ und zugleich eine I. Rate von . . . 23,400 ℳ; der Rest in der gleichen Höhe wird hier vorgesehen . . .	23,400
8. Verbauung des Alpbaches mit Nebenbächen bei Tegernsee, K. Bezirksamts Miesbach.	
Der Alpbach, der den Ort Tegernsee durchfließt, wird schon seit vielen Jahren ausschließlich von der Gemeinde Tegernsee insoweit instandgehalten, als es für den Bestand der anliegenden Anwesen unumgänglich notwendig ist. Doch sind die älteren Holzbauten, insbesondere die im Unterlaufe auf einer längeren Strecke ausgeführte Sohlenbretterung so schadhaft, daß eine Erneuerung dieser Bauten, und zwar in Stein und Beton, baldigst erforderlich wird, wenn nicht größere Beschädigungen und sanitäre Nachteile gewärtigt werden wollen. Auch im Oberlaufe des Alpbaches und seinen Seitenbächen, wo Bauten gänzlich fehlen und größere Unterwühlungen und Hangrutschungen eintreten, ist eine Verbauung dringend notwendig. Die Gesamtkosten betragen 94,710 ℳ, wozu von den Beteiligten ein 50%iger Gesamtsstaatszuschuß mit 47,355 ℳ erbeten wird, der ganz beantragt wird . . .	47,355
9. Verbauung des Feldbaches mit 4 Nebenbächen in den Gemeinden Willing, Götting, Irschenberg und Dettendorf, K. Bezirksamts Aibling.	
Im Oberlaufe und an den Seitengräben des Feldbaches bestehen an den steilen Talhängen zahlreiche Anbrüche, aus denen im Verlaufe der Zeit große Geschiebemassen der 3,6 km langen Unterlaufstrecke zugeführt wurden, so daß sich das Bachbett derartig erhöhte, daß es stellenweise einige Meter hoch über dem umliegenden Gelände liegt und bei jedem Gewitter- oder Landregen die angrenzenden, gut kultivierten Wiesen und Ackergrundstücke überflutet werden. Dies ist auch der Grund, daß die beabsichtigte Flurbereinigung in den Gemeinden Willing und Götting mit einer Fläche von 433 ha bisher nicht durchgeführt werden konnte. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 70,300 ℳ; die Beteiligten erbitten sich einen 50%igen Gesamtstaatszuschuß im Betrage von 35,150 ℳ, der voll vorgesehen wird . . .	35,150
10. Korrektion des Kieferbaches in der Gemeinde Kiefersfelden zwischen Landesgrenze bei Wachtl und dem Triftwehr bei Kohlstatt, K. Bezirksamts Rosenheim.	
Die Gesamtkosten betragen 102,000 ℳ. Mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 wurde ein 50%iger staatlicher Gesamtzuschuß bewilligt mit . . . 51,000 ℳ, desgleichen als I. Rate . . . 17,000 ℳ, für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurden genehmigt als II. Rate . . . 17,000 ℳ, zusammen 34,000 ℳ, so daß aufzubringen sind . . . 17,000 ℳ, die als III. und letzte Rate vorgesehen werden . . .	17,000
Seite	360,255

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	M
Übertrag	360,255
11. Ergänzung und Verbauung des Tennbodenbaches und Torgrabens in der Gemeinde Grassau, K. Bezirksamts Traunstein.	
Infolge eingetretener Elementarereignisse sind die im Tennbodenbach und Torgraben hergestellten Verbauungen teilweise beschädigt worden; außerdem mußte wegen der für einzelne Anwesen zu Niedernfels bestehenden Gefahr die Unterlaufkorrektion des Tennbodenbaches mit Vorschußmitteln der Gemeinde Grassau in Angriff genommen werden. Die Kosten für die bereits getroffenen und noch zu treffenden baulichen Maßnahmen belaufen sich auf 163,200 M, der erbetene 50%ige Gesamtstaatszuschuß beträgt 81,600 M. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden hievon vorgesehen	27,200
12. Verbauung des Auerbaches in den Gemeinden Flintsbach, Ober- und Niederaudorf, K. Bezirksamts Rosenheim.	
Der Auerbach ist in seinem Ober- und Unterlaufe vollständig verwildert und hat bei der Hochwasserkatastrophe im Jahre 1899 große Verheerungen angerichtet und insbesondere den zu den Arzmoosalmen führenden Weg nahezu ganz zerstört. Da auch der neuhergestellte Weg ständig gefährdet ist, außerdem große Hangbrüche entstanden sind und eine Vergrößerung davon jederzeit befürchtet werden muß, ist die Verbauung des Baches dringend notwendig, da sonst wiederholte Beschädigungen der an den Ufern des Unterlaufs gelegenen Anwesen und der Eisenbahnlinie Rosenheim—Kufstein zu befürchten sind. Die Gesamtkosten betragen 155,100 M, wozu von den Beteiligten ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß von 77,550 M erbeten wird. Für die Finanzperiode 1910 und 1911 kommt als I. Rate in Ansatz der Betrag von	15,510
13. Verbauung des Lochgrabens in den Gemeinden Hohen- und Niederaschau, K. Bezirksamts Rosenheim.	
Zur Sicherstellung des Erfolges der nach dem Hochwasser vom Jahre 1899 ausgeführten Korrektion der Prien in den Gemeinden Hohen- und Niederaschau ist die baldige Verbauung des Unterlaufes des Lochgrabens, eines rechtseitigen Zuflusses der Prien, dringend geboten. Der Oberlauf, der im Gebiete des herrschaftlichen Besitzes des erblichen Reichsrates Freiherrn von Cramer-Klett gelegen ist, ist bereits verbaut. Die Gesamtkosten der Unterlaufverbauung sind zu 30,000 M veranschlagt; die Beteiligten erbitten sich einen 50% igen Staatszuschuß mit 15,000 M, der ganz vorgesehen wird	15,000
14. Verbauung des Weissenerbaches mit Kaltenbach und Hammergraben durch die Gemeinde Unterwessen, K. Bezirksamts Traunstein.	
Die Gesamtkosten sind zu 300,000 M veranschlagt, wovon 126,000 M auf die Schluchtverbauung treffen. Zu letzterer wurde bereits in der Finanzperiode 1908 und 1909 ein Staatszuschuß von 50% und eine I. Rate von 21,000 M genehmigt. Von dem Rest der Gesamtsumme sind 149,300 M für die Tallaufkorrektion und 24,700 M für den zu bildenden Unterhaltungsfonds bestimmt, zusammen 174,000 M; die Gemeinde bittet auch für diese 174,000 M um einen Staatszuschuß von 50%.	
Gesamtstaatszuschuß hienach . . . . 150,000 M.	
Bereits genehmigt im Budget 1908/09 ist eine I. Rate mit . . . . 21,000 M,	
als II. Rate werden vorgesehen . . . . 42,000 M,	42,000
zusammen . . . . . 63,000 M;	
noch zu leisten in den späteren Finanzperioden . . . . 87,000 M.	
Seite	459,965

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	M
Übertrag	459,965
15. Verbauung des Grießenbaches in der Gemeinde Rottau, K. Bezirksamts Traunstein.	
Zum Schutze der an den Grießenbach angrenzenden Felder sowie zur Abwendung weiterer Gefahr für die beiden Anwesen Nr. 59 und 60 zu Rottau soll der bezeichnete Bach verbaut werden. Die Kosten belaufen sich hiefür auf 43,800 M, wozu die Beteiligten einen 50%igen Staatszuschuß erbitten, der voll angesetzt werden soll	21,900
16. Verbauung und Korrektion der Weißachen bei Bergen, K. Bezirksamts Traunstein.	
Die immer wiederkehrenden beträchtlichen Beschädigungen von Kulturgründen durch Übermuhrung veranlaßten die Gemeindeverwaltung Bergen, eine durchgreifende Verbauung der Weißachen durchzuführen. Die Gesamtkosten des Unternehmens sind auf 320,000 M veranschlagt, wozu die Gemeindeverwaltung Bergen sich einen 50%igen Gesamtstaatszuschuß von 160,000 M erbittet.	
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 kommen als I. Rate in Ansatz	20,000
17. Verbauung und Korrektion der Oberteisendorfer Ache in den Gemeinden Neukirchen und Oberteisendorf, K. Bezirksamts Laufen.	
Die nunmehr festgesetzten Gesamtkosten betragen 430,000 M. Der Gesamtstaatszuschuß wurde im Prinzip mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 mit 55% genehmigt, das sind 236,500 M.	
Für die Finanzperiode 1906 und 1907 wurde weiters bewilligt eine I. Rate von . . . . . 34,374 M	
und für die Finanzperiode 1908 und 1909 eine II. Rate von . . . . . 30,000 M,	
zusammen 64,374 M.	
Es werden hier vorgesehen als III. Rate . . . . . 50,000 M,	50,000
so daß hienach aufgebracht wären . . . . . 114,374 M,	
wonach noch aufzubringen wären . . . . . 122,126 M.	
18. Fortsetzung der Verbauung und Korrektion der Stoißer Ache und des Aufhammerbaches, K. Bezirksamts Berchtesgaden.	
Die Sicherstellung der in den Jahren 1902—1905 vorgesehenen Tallaufverbauung der Stoißer Ache sowie der Schlucht- und Schuttkegelverbauung des Aufhammerbaches erfordert eine beträchtliche Ergänzung der angeführten Bauausführungen. Der Gesamtaufwand beläuft sich auf 147,200 M, wozu ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß mit 73,600 M von den Beteiligten erbeten wird.	
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate beantragt	18,400
Niederbayern.	
19. Verbauung des Seebaches und Regulierung des weißen Regens bis Englmühle, K. Bezirksamts Kötzting.	
Die vorgesehene Verbauung bezweckt die Behebung von Mißständen, die insbesondere bei der Benützung beider Wasserläufe zur Trift und durch die Versumpfung der Talwiesen am Regen sehr nachteilig empfunden werden.	
Die Gesamtkosten belaufen sich überschlägig auf 200,000 M, wozu ein 50%iger Gesamtstaatszuschuß von 100,000 M geleistet werden soll.	
Für die Finanzperiode 1910 und 1911 werden als I. Rate vorgesehen	50,000
Seite	620,265

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	ℳ
Übertrag	620,265
Schwaben und Neuburg.	
20. Herstellung von Verbauungen und Sicherungsanlagen im oberen Iller- und Lechgebiete, K. Bezirksämter Sonthofen und Füssen.	
Die Gesamtkosten betragen 343,100 ℳ. Mit dem Budget der Finanzperiode 1906 und 1907 wurde hiezu ein Staatszuschuß genehmigt von . . . 172,000 ℳ und zugleich eine I. Rate von . . . 43,000 ℳ. Für die Finanzperiode 1908 und 1909 wurden als II. Rate bewilligt 43,000 ℳ, zusammen 86,000 ℳ, so daß noch aufzubringen sind . . . 86,000 ℳ, die als III. und letzte Rate vorgesehen werden . . .	86,000
21. Korrektion der Rottach in den Gemeinden St. Lorenz und Kempten, K. Bezirksamts Kempten.	
Das Unternehmen bezweckt den Schutz kultivierter Grundstücke und Ansiedelungen, insbesondere des Ortes Rottach, gegen Abriß, Überschwemmung und Vermuhrung. Durch die Verbauung der im Oberlaufe vorhandenen zahlreichen Gehängeanbrüche soll außerdem die Geschiebezufuhr nach dem Bach und die Abfuhr nach der Iller hintangehalten werden. Die Gesamtkosten betragen 64,000 ℳ, wozu die Beteiligten sich einen 50 %igen Staatszuschuß von 32,000 ℳ erbitten. Dieser Betrag kommt als einmalige Staatsleistung in Ansatz . . .	32,000
22. Ergänzung der Verbauungen am Oberdorfer Wildbach, dann neue Verbauung des Hasennestbaches und des Rosenbaches in der Gemeinde Hindelang, K. Bezirksamts Sonthofen.	
Das Unternehmen bezweckt die Ergänzungen der Verbauungen am Hauptbache und die neue Verbauung von 2 Seitenrinnen zum Schutze der Ortschaft Oberdorf und zur Verhütung der Übersandung und Überschwemmung wertvollen Kulturlandes und stark besuchter Verkehrswege. Die Kosten betragen 32,000 ℳ, wozu von den Beteiligten ein 50 %iger Staatszuschuß von 16,000 ℳ erbeten wird, die als einmalige Leistung vorgesehen werden . . .	16,000
23. Verbauung der Bsonderach mit Seitenbächen im Retterschwanger Tal, Gemeinde Hindelang und Schöllang, K. Bezirksamts Sonthofen.	
Die Verbauung dient einerseits dem Schutze fruchtbarer Alpweiden und Waldungen gegen Abbruch, Vermuhrung und Überschwemmung, andererseits der Zurückhaltung des massenhaften Gerölles des Einzuges in die Ostrach und Iller. Die Gesamtkosten betragen 140,000 ℳ, wozu sich die Beteiligten einen 50 %igen Staatszuschuß erbitten in der Höhe von 70,000 ℳ, die voll in Ansatz kommen . . .	70,000
24. Verbauungen im Gebiete der Wertacher Starzlach in der Gemeinde Wertach, K. Bezirksamts Sonthofen.	
Die Gesamtkosten betragen 100,000 ℳ; mit dem Budget der Finanzperiode 1908 und 1909 wurde ein Staatszuschuß genehmigt von . . . 50,000 ℳ und zugleich eine I. Rate von . . . 17,000 ℳ, so daß noch aufzubringen sind . . . 33,000 ℳ, die im ganzen beantragt werden . . .	33,000
Seite	857,265

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	ℳ
Übertrag	857,265
25. Verbauung des Wald- und Hornbaches, Gemeinde Görisried, K. Bezirksamts Oberdorf.	
Das Hochwasser vom 25. Juni 1906 zerstörte sämtliche Brücken, Stege und Wehre in der Gemeinde Görisried und verursachte namentlich im Orte selbst große Uferabrisse, Überflutungen und den Einsturz eines Wohnhauses. Zum Zwecke der Hintanhaltung künftiger Beschädigungen und Schaffung gesicherter Zustände sollen beide Bäche verbaut werden.	
Die Kosten betragen 48,000 ℳ, wozu von den Beteiligten ein 50%iger Staatszuschuß von 24,000 ℳ erbeten wird, die als einmalige Staatsleistung vorgesehen werden	24,000
26. Verbauung des oberen Bergbaches und des Mühlenbaches (Schloß- oder Weidachbaches), Gemeinde Nesselwang, K. Bezirksamts Füssen.	
Durch die Verbauung der beiden Bäche sollen die hohen Bruchgehänge gegen Abrutsch gesichert und der Markt Nesselwang und seine Fluren gegen Überschwemmung und Vermuhrung geschützt werden.	
Die Kosten belaufen sich auf 72,000 ℳ, wozu sich die Gemeinde Nesselwang einen 50%igen Staatszuschuß von 36,000 ℳ erbittet, die in ihrem ganzen Betrage vorgesehen werden	36,000
27. Verbauung des Hößgrabens, Rosenbaches und Mittelgrabens mit Seitenrinnen, Gemeinde Pfronten, K. Bezirksamts Füssen.	
Die Verbauungen bezwecken die Sicherung der hohen Bruchgehänge gegen Abrutsch und die Zurückhaltung der Geschiebe, den Schutz der Ortschaften Halden und Rößleuten vor Überschwemmung und Vermuhrung und schließlich den Schutz der genannten Gemeinden und der Gemeinde Pfronten-Berg.	
Die Kosten betragen 28,000 ℳ, wozu von den Beteiligten ein 50%iger Staatszuschuß von 14,000 ℳ erbeten wird, der als einmalige Leistung in Ansatz kommt	14,000
Summe b. Wildbäche (Privatflüsse)	931,265
Hiezu „ a. Privatflüsse ohne Wildbachcharakter	998,000
Summe B. Sonstige Privatflüsse	1'929,265
Hiezu „ A. Privatflüsse mit erheblicher Hochwassergefahr	969,600
Summe b. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärar nicht obliegt . . .	2'898,865

Vortrag	Voranschlag für die beiden Jahre 1910 und 1911
	M
II. Rheingebiet.	—
Im ordentlichen Budget vorgesehen.	
III. Reserve.	
1. Für sächliche und persönliche Ausgaben der Bauämter und Wildbachverbauungssektionen für die Ausführung der Wasserbauten, darunter kleine Dienstautomobile für die Bauämter mit besonders entlegenen, ausgedehnten Wasserbauten, ferner Wohlfahrtseinrichtungen und dergl.	650,000
2. Für Wasserbauten, die in der Budgetaufstellung wegen unvollständiger Sachinstruktion oder aus sonstigen Gründen nicht berücksichtigt werden konnten, die sich jedoch infolge besonderer Ereignisse im Laufe der Finanzperiode als vordringlich erweisen, und als allgemeine Reserve	345,135
Summe III. Reserve	995,135
Zusammenstellung.	
I. Donaugebiet.	
a. Staatsausgaben für die öffentlichen Flüsse:	
A. Schiffbare Flüsse . . . . 5'328,000 M	
B. Floß- und triftbare Flüsse . . . . 4'778,000 M	
Summe a. Staatsausgaben für die öffentlichen Flüsse	10'106,000
b. Freiwillige Zuschüsse für Wasserbauten, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staatsärare nicht obliegt:	
A. Privatflüsse und Bäche mit erheblicher Hochwassergefahr . . . . 969,600 M	
B. Sonstige Privatflüsse:	
a. ohne Wildbachcharakter . . . . 998,000 M	
b. Wildbäche . . . . 931,265 M	
Summe b. Freiwillige Zuschüsse	2'898,865
II. Rheingebiet (im ordentlichen Budget vorgesehen)	—
III. Reserve	995,135
Gesamtbedarf für Wasserbauten	14'000,000

f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

1. Für Erbauung eines die Universitätskliniken und die Krankenhäuser für die städtischen und klinischen Kranken umfassenden Krankenhauses in Würzburg, 2. Rate . . . . 2'500,000 ℳ.

Im außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 ist für den Bau eines für die Universität und die Stadtgemeinde Würzburg zu errichtenden neuen Krankenhauses eine 1. Rate von 500,000 ℳ bewilligt worden.

Mit der Juliusspitalstiftung wurde ein Kaufvertrag auf der Grundlage vereinbart, daß sie als Bauplatz für das neue Krankenhaus aus ihrem zwischen der Oberdürrbacher und Versbacherstraße gelegenen Grundbesitz eine Fläche von 12,703 ha zu dem Einheitspreise von 4 ℳ für den Quadratmeter, abgerundet auf einen Gesamtpreis von 500,000 ℳ abtritt.

In dem Krankenhause sollen für städtische und klinische Kranke 600 Betten vorgesehen werden. Hievon sollen 250 auf den Anteil der Stadt, 350 auf den Anteil des Staates treffen.

Die Krankenhausanlage soll aus folgenden Gebäudegruppen und Einzelbauten bestehen:

A. Verwaltungs- und Wirtschaftsgebäude.
1. ein Verwaltungsgebäude,
2. eine Kläranlage,
3. ein Kessel- und Maschinenhaus,
4. eine Wasch- und Kochküche,
5. ein Leichenhaus mit Prosektur,
6. ein Gärtnerhaus.

B. Klinische Anstalten und Krankenabteilungen.
1. ein Gebäudekomplex, der
   a. das chirurgisch-klinische Institut,
   b. das medizinisch-klinische Institut,
   c. die chirurgische Krankenabteilung,
   d. die medizinische Krankenabteilung und im Anschluß an diese
   e. die Abteilung für Tuberkulose umfaßt;
2. ein Gebäudekomplex für die Nebenkliniken und die zugehörigen Krankenabteilungen, bestehend aus
   a. der Ohren- und Kinderklinik,
   b. der Klinik für Kehlkopf- und Hautkranke,
   c. der Krankenstation für diese vier Nebenkliniken;
3. ein Block für Typhuskranke;
4. ein Block für ansteckende Krankheiten (Diphtherie, Scharlach, Masern und Erysipel);
5. zwei kleine Reservebaracken.

Über die für die einzelnen Baulichkeiten vorzusehenden Räume wurde ein genaues Bauprogramm aufgestellt. Mit der Stadtgemeinde Würzburg besteht Einverständnis darüber, daß mit Ausnahme des vom Staat allein zu übernehmenden Bedarfs für die klinischen Anstalten der Aufwand für Grunderwerbungs-, Bau- und Einrichtungskosten sowie für den Personalbedarf und den Bedarf der allgemeinen Verwaltungsregie auf Stadt und Staat nach Maßgabe der auf jeden Teil treffenden Bettenzahl verteilt werden soll, während die eigentlichen Betriebskosten (Haushalt, Heilmittel, Krankenpflegeeinrichtungen usw.) von beiden Beteiligten nach dem Verhältnisse der auf ihre Kranken tatsächlich entfallenden Verpflegstage aufzubringen sein werden.

Die Einzelheiten des Gemeinschaftsverhältnisses zwischen Stadt und Staat werden in Form eines Gesellschaftsvertrags geregelt.

Ein von dem Universitätsbauamte Würzburg gefertigter genereller Kostenüberschlag berechnet unter Zugrundelegung der gegenwärtigen Preise und Löhne vorbehaltlich des Ergebnisses der Detailprojektierung den Gesamtaufwand für den Bau des Krankenhauses und der Kliniken mit Einschluß der Grunderwerbungskosten, jedoch ohne den noch nicht feststehenden Bedarf für innere Einrichtung auf rund

6'675,000 ℳ.

Hievon würden nach obigem Beitragsverhältnis zufolge der bauamtlichen Berechnung 4'566,000 ℳ auf den Staat und 2'109,000 ℳ auf die Stadt Würzburg entfallen.

Das einzelne Bett würde, wenn der Aufwand für Grunderwerbung, klinische Anstalten und innere Einrichtung außer Betracht gelassen, also nur der Baubedarf für die Krankenhausanlage zu Grunde gelegt wird, auf 7848 ℳ zu stehen kommen.

Als 2. Rate ist in der kommenden Finanzperiode ein Betrag von 2'500,000 ℳ bereitzustellen.

Da einerseits das Fortschreiten der Bauarbeiten von manchen nicht sicher vorauszusehenden Zufällen abhängt, andererseits zu vermeiden ist, daß die im Gange befindlichen Bauarbeiten etwa wegen Erschöpfung der Baumittel abgebrochen werden müßten, dürfte zweckmäßigerweise die Ermächtigung zur Überschreitung der obigen Summe auf Rechnung der 3. Rate für den Fall des Bedürfnisses zu erteilen sein.

2. Für Verlegung des Botanischen Gartens in München, 2. Rate . . . . 3'000,000 ℳ.

Durch das Budget für die Jahre 1908 und 1909 wurde für die Verlegung des Botanischen Gartens eine 1. Rate im Betrage von 635,000 ℳ zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln wurden die für den neuen Botanischen Garten in Aussicht genommenen Grundstücke angekauft, ein Teil der erforderlichen Erdarbeiten durchgeführt und die Projektierungsarbeiten für die Gartenlage und die Gebäude eingeleitet. In der kommenden Finanzperiode sollen die Gebäude in Angriff genommen und die Gartenanlage in der Hauptsache durchgeführt werden. Der Bedarf für die Gebäude ohne innere Einrichtung wird sich auf etwa 1'250,000 ℳ, für die Gartenanlage einschließlich der schon bisher hiefür gemachten Aufwendungen auf etwas über 2'370,000 ℳ belaufen. In diese letztere Summe sind auch die Kosten einbezogen, die durch den Bau einer Zufahrtstraße zum Botanischen Garten erwachsen werden. Die Zufahrtstraße, deren Anlage die Vor-

aussetzung für die Weiterführung der Straßenbahn bis zum Botanischen Garten bildet, soll nach dem vorläufigen Plane die von der Ludwig-Ferdinand-Straße abzweigende Kemnatenstraße jenseits der Moosacherstraße in westlicher Richtung fortsetzen. Da diese Straße den staatlichen Grundbesitz in zwei Teile schneiden würde, von denen keiner für sich allein die für den Botanischen Garten notwendige Mindestfläche bieten würde, ist in Aussicht genommen, mit den benachbarten Grundbesitzern — der Zivilliste und dem Institute der Englischen Fräulein — einen Grundflächentausch durchzuführen. Die Verhandlungen hierüber haben zwar zu einer grundsätzlichen Verständigung geführt, sind jedoch zurzeit noch nicht vollständig zum formalen Abschlusse gelangt.

Um den staatlichen Grundbesitz entsprechend abzurunden und um nach Fertigstellung der neuen Straße die Menzingerstraße im Interesse des Botanischen Gartens dem öffentlichen Verkehr entziehen zu können, ist ferner beabsichtigt, einen an den staatlichen Besitz angrenzenden Teil des Kapuzinerhölzchens sowie das Krankenhaus des Hausritterordens vom hl. Georg käuflich zu erwerben. Auch in dieser Richtung konnten die Verhandlungen noch nicht ganz zu Ende geführt werden. Ebenso stehen die Kosten, die durch diese Erweiterungen des staatlichen Areals erwachsen würden, noch nicht endgültig fest.

Da hienach mehrere Fragen noch der abschließenden Regelung bedürfen und da ferner die Erörterung aller einschlägigen Verhältnisse den üblichen Rahmen der Budgeterläuterung überschreiten würde, wird die Begründung der Forderung für die 2. Rate, die den Hauptteil der Verlegungskosten in runder Summe umfaßt und dem eine letzte Forderung im nächsten Budget folgen wird, späterer gesonderter Darlegung vorbehalten.

3. Für Erweiterungsbauten bei der Technischen Hochschule in München, 1. Rate . . . . 2'000,000 M.

Die Gebäulichkeiten der Technischen Hochschule zu München genügen schon seit Jahren nicht mehr den Ansprüchen, die die gesteigerte Frequenz der Anstalt, die Fortschritte auf allen Gebieten der Technik und der Vergleich mit den anderen Technischen Hochschulen des Deutschen Reichs an sie stellen.

Die Frequenz bei Eröffnung der Technischen Hochschule im Jahre 1868 betrug rund 300 Studierende und Hörer. Gegenwärtig ist sie auf über 2800 gestiegen. Mit dieser Frequenz ist die Münchner Hochschule an die erste Stelle unter sämtlichen deutschen technischen Hochschulen gerückt.

Hand in Hand mit dieser Frequenzsteigerung gingen mehrfache Erweiterungsbauten. An den ersten Erweiterungsbau im Hof schloß sich die Errichtung des mechanisch-technischen Laboratoriums, des Laboratoriums für theoretische Maschinenlehre, des elektrotechnischen Instituts, dann in den letzten 10 Jahren der Erweiterungsflügel an der Theresienstraße (das sogenannte Theresianum), die Anbauten an den Altbau auf der Westseite für das geodätische und physikalische Institut und das physikalische und mathematische Auditorium, der Neubau an der Luisenstraße für die landwirtschaftliche Zentralversuchsstation, der zurzeit auf Grund der Willigung in der Finanzperiode 1908 und 1909 zu einem Gebäude für die gesamte landwirtschaftliche Abteilung erweitert wird.

In Angliederung an den ersten Erweiterungsbau im Hof wurde endlich im Jahre 1905 die erste Hälfte des neuen chemischen Instituts erbaut. Trotz dieser namhaften Bauten, die im Laufe einer vierzigjährigen Entwicklung entstanden sind, ist es nicht gelungen, befriedigende Verhältnisse zu schaffen. Vor allem leiden die technisch-wissenschaftlichen Laboratorien Not. Das mechanisch-technische Laboratorium wurde 1869, das maschinentechnische Laboratorium 1875 erbaut. Damals die ersten ihrer Art und vorbildlich für die übrigen Hochschulen, sind sie heute weit überholt und nicht entfernt mehr für ihre Zwecke ausreichend. Wenn hier nicht bald Wandel geschaffen wird, besteht die Gefahr, daß die Münchner Technische Hochschule — im Gegensatz zu den anderen deutschen Hochschulen, welche große und modern eingerichtete Laboratorien besitzen — nicht mehr in der Lage sein wird, an der Lösung der wichtigen technischen Fragen, welche gegenwärtig im Fluß und auch wirtschaftlich von der höchsten Bedeutung sind, in entsprechender Weise mitzuarbeiten. Die wichtigen Neugestaltungen im Dampfmaschinenbau, die neuen Erfordernisse im Betrieb der schnell laufenden Maschinen, die Frage des Turbinenbaues, der Brennstoffverwertung, der zweckmäßigsten Ausnützung der Wasserkräfte können nur durch die Verbindung theoretischer Untersuchungen mit praktischen Versuchen gelöst werden. Auch der Unterricht bedarf heutzutage solcher Laboratorien um so dringender, als die Fülle des gerade auf diesen Gebieten neu hinzukommenden Stoffes eine möglichst anschauliche Darlegung fordert und eine weitgehende Unterstützung der theoretischen Vorträge durch die Vorführung praktischer Experimente erheischt.

Diesen Anforderungen können die zurzeit vorhandenen Laboratorien nicht mehr nachkommen. Das Laboratorium für theoretische Maschinenlehre und das mechanisch-technische Laboratorium sind viel zu klein und beengt. Ein Wasserkraftmaschinenlaboratorium ist überhaupt nicht vorhanden. Das im Jahre 1902 errichtete Laboratorium für technische Physik befindet sich in gemieteten Räumen in der Lotstraße, die ihrem Zwecke nur notdürftig entsprechen und in absehbarer Zeit überhaupt nicht mehr zur Verfügung stehen werden.

Außer den Laboratorien bedarf namentlich die Architektenabteilung neuer Räume. In den Übungssälen sind nur 312 Arbeitsplätze vorhanden, während zurzeit 490 Studierende eingeschrieben sind; die Räume für Freihandzeichnen sind ungenügend und entbehren des unbedingt erforderlichen Nordlichtes; die wertvollen Sammlungen der Abteilung sind zerstreut und unübersichtlich untergebracht; die Räume für Modellieren befinden sich in einer viel zu kleinen provisorischen Baracke im Anstaltshof.

Weiter besteht für die Bibliothek der Hochschule das dringende Bedürfnis nach räumlicher Erweiterung in übersichtlicher Aufstellung. Das Lesezimmer faßt kaum 30 Leser; der Ausleiheraum ist zu beengt; die für die Bücheraufbewahrung zur Verfügung stehenden Räume sind völlig ungenügend. Schon bei Errichtung des neuen chemischen Instituts war beabsichtigt, die Bibliothek nach der Vollendung dieses Instituts in den dadurch freiwerdenden Südflügel zu verlegen und diesen für die Zwecke der Bibliothek zu adaptieren. Aber der Umstand, daß in dem Chemieneubau nur Räume für die anorganische und organische Chemie, die Elektro- und Gärungschemie, dann für die Mineralogie geschaffen werden konnten, während das chemisch-technische Laboratorium und

die maltechnische Versuchsstation vorerst in dem Südflügel verblieben, verhinderte die Ausführung dieses Projekts.

Endlich sind es die **Verwaltungsräume der Hochschule**, die mit dem Steigen der Frequenz, der Zunahme des Lehrkörpers, dem Anwachsen der Institute und der Ausdehnung der Prüfungsgeschäfte nicht Schritt halten konnten. Es fehlt insbesondere an ausreichenden Räumen für die Kanzlei und die Registratur.

Der Landtag hat dem bestehenden Erweiterungsbedürfnis bereits durch den im Jahre 1904 (Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten vom 5. August 1904, stenogr. Bericht Band XV Seite 1123, Verhandlungen der Kammer der Reichsräte, 49. Sitzung vom 8. August 1904 Seite 314) gefaßten Beschluß Rechnung getragen, durch den die Staatsregierung ermächtigt wurde, den für die Erwerbung des sogenannten Ostermaiergartens an der Ecke der Gabelsberger- und Luisenstraße erforderlichen Betrag dem Staatsgüterkaufschillingsfonds zu entnehmen. Bei den damaligen Verhandlungen im Finanzausschuß wurde insbesondere betont, daß das Bedürfnis nach Erweiterung der Maschinenlaboratorien die Erwerbung dieses Platzes notwendig mache. Im Jahre 1905 gelang der Ankauf des bezüglichen Areals zum Preise von 1'190,436 ℳ. Schon für das Budget der Jahre 1906 und 1907 und wiederholt für das der Jahre 1908 und 1909 trat die Technische Hochschule mit Anträgen auf Bebauung des Ostermaiergartens hervor. Nunmehr aber ist das Bedürfnis nach Inangriffnahme der Neubauten ein so dringendes geworden, daß eine weitere Verschiebung einen schweren Nachteil für die Technische Hochschule bedeuten würde.

Das von der Technischen Hochschule vorgelegte Gesamtprojekt zerfällt in 4 Teile:

1. Überbauung des Ostermaiergartens,
2. Herstellung des Nordflügels an dem neuen Chemiebau,
3. Erweiterung des elektrotechnischen Instituts,
4. Adapturen im Altbau.

Für 1 und 2 liegt ein ausgearbeitetes Projekt mit einem veranschlagten Kostenaufwand von 4'708,965 ℳ mit innerer Einrichtung vor. Die Ausführung von Teil 3 und 4, für die ein genauerer Plan und Kostenanschlag noch nicht ausgearbeitet ist, wird mit Einschluß eines entsprechenden Anteils an der Baureserve und der Bauleitung schätzungsweise einen Kostenaufwand von rund 800,000 ℳ erfordern.

Die Durchführung des Gesamtprojekts wird sohin auf etwa 5½ Millionen Mark zu stehen kommen. Es wird darauf Bedacht genommen werden, das Gesamtprojekt in den 2 Finanzperioden 1910 und 1911 und 1912 und 1913 zur Ausführung zu bringen. Die Genehmigung wird zunächst nur für das Projekt, soweit es die Neubauten auf dem Ostermaiergarten und den Anbau an das chemische Institut enthält, erbeten, während für Projekt 3 und 4 die bezüglichen Anträge, wenn irgend tunlich, zum Finanzgesetz der Jahre 1912 und 1913 werden gestellt werden.

Als 1. Rate ist für die Finanzperiode 1910 und 1911 die Summe von 2'000,000 ℳ angesetzt. Es wird jedoch um die Ermächtigung gebeten, diesen Betrag gegebenenfalls überschreiten zu dürfen, um nicht bis zur Bewilligung der Restsumme mit dem Bau ins Stocken zu geraten.

Das Projekt der Überbauung des Ostermaiergartens sieht zweistöckige Flügelbauten mit ausgebautem Dachgeschoß an der Gabelsberger- und Luisenstraße, dann große Hallenbauten im Hofe vor. In diesen Hallenbauten soll in erster Linie eine neue elektrische Licht- und Kraftzentrale für den gesamten Bedarf der Technischen Hochschule Platz finden, da die zurzeit bestehende Anlage aus dem Jahre 1892 stammt und ihrer Aufgabe infolge der seit dieser Zeit wesentlich gestiegenen Anforderungen in keiner Weise mehr gewachsen ist. Diese Zentrale soll gleichzeitig für Studien- und Lehrzwecke der Maschineningenieurabteilung dienen und es soll deshalb das Laboratorium für theoretische Maschinenlehre unmittelbar mit ihr verbunden werden. Außerdem sollen die Hallenbauten noch das Laboratorium für Wasserkraftmaschinen und das für technische Physik aufnehmen. Das Erdgeschoß der Flügelbauten ist für die zu den genannten Laboratorien gehörigen Arbeits- und Nebenräume, dann für das Laboratorium für technische Mechanik bestimmt. Im ersten Stock sollen für die allgemeine Abteilung Räume geschaffen werden, da deren Räume im Altbau für die anderen Abteilungen und für Verwaltungszwecke beansprucht werden. Das 2. Stockwerk dient vorwiegend der Architektenabteilung, die auch noch einen Teil des Dachgeschosses benötigt. In den anderen Teil desselben sollen die maltechnische Versuchsstation, dann Dienerwohnungen untergebracht werden. Außerdem sind in den Flügelbauten 4 Hörsäle für 426, 130 und zweimal 100 Studierende für die Zwecke der allgemeinen und der Maschineningenieurabteilung vorgesehen.

Das ganze Areal des Ostermaiergartens soll unterkellert werden. Der **Anbau an das chemische Institut**, der auf die Stelle des jetzigen Maschinenlaboratoriumsbaues kommen soll, würde im Erdgeschoß der Erweiterung der mineralogischen und geologischen Sammlung dienen und den jetzt noch in provisorischen Räumen (Baracken gegen den Ostermaiergarten) untergebrachten Teil des organisch-chemischen Instituts aufnehmen. Das erste Stockwerk und das Dachgeschoß ist in der Hauptsache für das chemisch-technische Institut bestimmt.

4. Für einen Neubau für das Maximilians- und das Realgymnasium in München, 1. Rate . . . . . 1'400,000 ℳ.

Das Maximiliansgymnasium und das Realgymnasium in München befinden sich seit ungefähr 40 Jahren in Miete in Gebäulichkeiten an der Ludwigstraße, die im gemeinsamen Eigentum des Damenstiftes zur hl. Anna und des Zentral-Schulbücherverlags stehen. Der jährliche Mietzins für beide Gymnasien beträgt zurzeit 36,900 ℳ. Diese Gebäude, die ursprünglich zur Aufnahme von Privatwohnungen bestimmt waren, genügen fast in keiner Beziehung den an ein Schulhaus zu stellenden Anforderungen. Hauptsächlich leiden die Anstalten unter der Unruhe und dem Staub der Ludwigstraße, so daß es nahezu unmöglich ist, während des Unterrichts die Fenster zu öffnen. Die Klassenzimmer sind vielfach zu klein und überfüllt, meist auch schlecht beleuchtet, die Gänge zum Teil finster, die Treppen sicherheitsgefährlich. Am meisten tritt die Unzulänglichkeit der Räume beim Realgymnasium zutage, von dem verschiedene Klassen außerhalb des Hauptgebäudes in zwei Filialen und einer Baracke untergebracht sind. Wegen Raummangel können am Realgymnasium die unteren drei Klassen überhaupt nicht errichtet, physikalische Schülerübungen nicht eingeführt werden. Diese Mängel sind

seit Jahren allseitig anerkannt und haben namentlich in Elternkreisen und in der Öffentlichkeit nicht selten Anlaß zu absprechender Kritik gegeben.

Um an Ort und Stelle auf die Dauer befriedigende Verhältnisse zu schaffen und namentlich die Rechtslage durch Konstituierung eines Erbbaurechtes, einer Reallast oder dergleichen zu ordnen, müßten in Anbetracht des Wertes des Besitztums an der Ludwigstraße aus Staatsfonds ungewöhnlich hohe Aufwendungen gemacht werden. Es empfiehlt sich deshalb, für beide Gymnasien an anderer Stelle Neubauten zu errichten. Als Bauplatz stünde das Areal des ehemaligen Landgestütes an der Leopoldstraße zur Verfügung, das nach Lage und Beschaffenheit für die Zwecke der beiden Gymnasien vollkommen geeignet wäre. Dieses Anwesen in der Größe von 2,31 ha = 6,781 Tagwerk steht im Eigentum des Staates, ist aber auf Grund der in der Landtagssession 1900/01 gepflogenen Verhandlungen nach Maßgabe der damals vorgenommenen Schätzungen mit einem Vorschußkredit aus der Staatskasse in der Höhe von 1'386,000 ℳ belastet, der bei anderweitiger Verwertung der Grundstücke an die Staatskasse zurückerstattet werden muß (Beilage Nr. 281 zu den Verhandlungen der Kammer der Abgeordneten 1900 Beilagenband II Seite 957). Da für die Gymnasien nur die Hälfte des Anwesens, und zwar der nach rückwärts gelegene Teil gegen die Siegfriedstraße im Umfange von etwas über 3 Tagwerk in Anspruch zu nehmen wäre, muß bei dieser Gelegenheit die Hälfte des Vorschußkredites mit rund 650,000 ℳ an die Staatskasse zurückerstattet werden.

Die Bauprojekte für die beiden Gymnasien sind auf das unumgänglich Notwendige beschränkt, müssen aber immerhin mit Rücksicht auf die bisherige große Frequenz der Anstalten in ansehnlichen Dimensionen gehalten werden.

Beim Maximiliansgymnasium sind 22 Schulzimmer vorgesehen, dazu die erforderlichen Räume für Physik, Zeichnen und Musik, die Verwaltungsräume (Rektorat, Zimmer für den Konrektor, Konferenzzimmer, Sprech- und Wartezimmer, Bibliothek, Sammlungen ꝛc.), eine Turnhalle und eine Dienstwohnung für den Rektor und den Pedell.

Das Realgymnasium kann in etwas geringerem Umfange gehalten werden, da die Absicht besteht, seinerzeit für diese Anstalt in dem Gebäude der Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder an der Klenzestraße in München dauernd eine Filiale einzurichten. Demgemäß sieht das Projekt für das Realgymnasium im Hauptgebäude nur 18 Klaßzimmer vor, dazu die Lehrsäle für Chemie, Physik, Zeichnen und Musik, die Verwaltungsräume wie bei der humanistischen Anstalt, dann gleichfalls eine Turnhalle sowie eine Dienstwohnung für den Rektor und den Pedell.

Der Bauaufwand für beide Anstalten einschließlich der inneren Einrichtung ist auf etwa 1'500,000 ℳ veranschlagt; hievon werden zunächst für die Finanzperiode 1910 und 1911 als 1. Rate 750,000 ℳ postuliert.

Beilage 1206.

(Vergl. Beil. 1040, 1175, 1182 und 1205.)

Gesamt-Beschluß.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

Die alleruntertänigst treugehorsamsten Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten haben über den von der K. Staatsregierung unterm 29. September 1909 vorgelegten

Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1910 und 1911 samt Nachtrag (Beil. 1040)

in ihren öffentlichen Sitzungen vom 10. beziehungsweise 5. ds. Mts. Beratung gepflogen und beschlossen,

1. dem Antrage der K. Staatsregierung vom 4. August l. Js.:

„Es sei in der Einzelübersicht zum außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911

a) bei den **Einnahmen:**

zu

Ziff. I. „Überschüsse früherer Finanzperioden“

nachstehender Vortrag anzufügen:

e) Rückzahlungen aus den in den Jahren 1882, 1899 und 1904 aus Anlaß von Notständen bewilligten Darlehen . . . . . . 110,000 M, für ein Jahr der Finanzperiode . 55,000 M;

b) bei den **Ausgaben:**

zu

Ziff. I. „Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden“

g) Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern

8. Zur Gewährung außerordentlicher Staatsbeihilfen aus Anlaß der Überschwemmungen im Juni 1910 die Summe von 147,000 M auf 356,000 M und für ein Jahr der Finanzperiode von 73,500 M auf 178,000 M zu erhöhen“,

sowie dem weiteren in der Denkschrift über die Herstellung von Dienstgebäuden der K. Brandversicherungsinspektoren und die Beschaffung von Wohnungen für Beamte der K. Versicherungskammer unter Ziffer IV (Beil. 1175 S. 2 ff.) enthaltenen Antrag gleichen Datums:

„Es wolle die Zustimmung dazu erteilt werden: daß aus dem Vorschußfonds der Brandversicherungsanstalt der Betrag von 420,000 M, und zwar

a) 110,000 M zur Erbauung von Dienstgebäuden der Brandversicherungsinspektoren in Weilheim und in Kempten,

b) 310,000 M zur Herstellung von weiteren drei Gebäuden mit Mietwohnungen für Beamte der K. Versicherungskammer in München entnommen werde“

zuzustimmen;

2. dem Entwurf des Finanzgesetzes für die Jahre 1910 und 1911 in der aus der Anlage ersichtlichen Fassung die Zustimmung zu geben.

In allertiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Majestät

München, den 10. August 1910

alleruntertänigst treugehorsamste

Kammer der Reichsräte:	Kammer der Abgeordneten:
Der I. Präsident:	Der Präsident:
(gez.)	(gez.)
Ernst Fürst zu Löwenstein.	Dr. Georg von Orterer.
Der I. Sekretär:	Der I. Schriftführer:
(gez.) Graf von Drechsel.	(gez.) Wörle.

Anlage 1.

Entwurf des Finanzgesetzes
für die Jahre 1910 und 1911.

Im Namen Seiner Majestät des Königs.

Luitpold,

von Gottes Gnaden Königlicher Prinz von Bayern, Regent.

Wir haben nach Vernehmung des Staatsrats mit Beirat und, soweit die Erhebung der direkten Steuern, die Festsetzung der Maximalbeträge der Tarife für den Transport auf den Eisenbahnen und der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Main-Kanal sowie die Bestimmung in § 5 in Betracht kommen, mit Zustimmung der Kammer der Reichsräte und der Kammer der Abgeordneten beschlossen und verordnen, was folgt:

A. Zum Budget für die Jahre 1910 und 1911.

§ 1.

1. Das Budget der Jahre 1910 und 1911 wird nach Maßgabe der beigefügten Übersicht

im ordentlichen Bedarf

mit 626'148,628 *M* Ausgaben,
626'148,628 *M* Einnahmen;

im außerordentlichen Bedarf

mit 86'447,252 *M* Ausgaben,
86'447,252 *M* Einnahmen

für ein Jahr festgesetzt.

2. Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt, den im außerordentlichen Budget vorgesehenen, nicht durch anderweitige Mittel gedeckten Bedarf von 131'881,200 *M* mit dem Betrage von 46'088,000 *M* durch Aufnahme eines Allgemeinen Anlehens und mit dem Betrage von 85'793,200 *M* durch Aufnahme eines Eisenbahnanlehens flüssig zu machen.

§ 2.

1. An direkten Steuern sind für jedes Jahr der Finanzperiode zu erheben:

a) an Grundsteuer $7^{6}/_{10}$ Pfennig für jede Einheit der Steuerverhältniszahl,
b) an Haussteuer, und zwar an Arealsteuer wie an Mietsteuer $3^{85}/_{100}$ Pfennig für jede Mark der Steuerverhältniszahl,
c) die Gewerbsteuer nach dem Gesetze vom 9. Juni 1899,
d) die Steuer vom Gewerbebetrieb im Umherziehen nach dem Gesetze vom $\frac{\text{10. März 1879}}{\text{20. Dezember 1897}}$,
e) die Kapitalrentensteuer nach dem Gesetze vom 9. Juni 1899,
f) die Einkommensteuer nach dem Gesetze vom 9. Juni 1899,

je mit einem Zuschlage von zweiundzwanzig vom Hundert.

2. Der nach dem Abs. 1 zu erhebende Zuschlag bleibt für die Berechnung der Umlagen und der Hebgebühren der Steuereinnehmer der Pfalz außer Betracht.

§ 3.

Bezüglich der Maximalsätze der Tarife für den Transport auf den Staatseisenbahnen sowie der Kanalgebühren für den Ludwig-Donau-Main-Kanal verbleiben die in Art. 2 des Gesetzes vom 7. Februar 1874, die provisorische Steuererhebung und vorläufige Bestreitung besonderer Ausgaben pro 1874 betreffend, getroffenen Bestimmungen auch für die Jahre 1910 und 1911 mit dem Abmaß in Geltung, daß in Ansehung der Staatseisenbahnen

a) der bei Benutzung von Schnellzügen zur Erhebung gelangende Zuschlag, für welchen unter dem 7. Februar 1874 der Betrag von 3 Kreuzer für die Meile als Maximalsatz festgesetzt wurde, 85 Pfennig für je auch nur angefangene 75 Kilometer in keiner Klasse übersteigen,
b) für den Transport von Reisegepäck an Stelle des ebenda bekanntgegebenen Satzes von 7,3 Kreuzer für den Zentner und die Meile ein solcher von 35 Pfennig für je angefangene 25 Kilogramm und 25 Kilometer als Maximalsatz gelten soll.

§ 4.

Die von der Brandversicherungsanstalt nach Art. 90 des Brandversicherungsgesetzes an die Staatskasse zu zahlende Bauschsumme zur Bestreitung der Gesamtausgaben, die für den Bedarf der Versicherungskammer und durch die Aufstellung der Brandversicherungsinspektoren entstehen, wird für jedes Jahr der Finanzperiode auf 1'000,000 *M* festgesetzt.

§ 5.

Die Staatsregierung wird ermächtigt, die in § 3 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1910, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichshaushalt-Etat für das Rechnungsjahr 1910 (Reichsgesetzblatt S. 801), vorbehaltene Zustimmung zu erklären.

§ 6.

1. Die Staatsminister des Innern und der Finanzen werden ermächtigt, aus Anlaß der im Sommer dieses Jahres in den verschiedenen Kreisen des Königreichs durch Wolkenbrüche und Hochwasser verursachten Schäden an hilfsbedürftige Personen zur Wiedereinrichtung des gestörten Wirtschaftsbetriebs, vor allem zur Erhaltung in ihrer wirtschaftlichen Existenz, ferner an nicht genügend leistungsfähige Gemeinden und Distrikte zur Wiederinstandsetzung baulicher oder sonstiger öffentlicher Anlagen gering verzinsliche oder unverzinsliche Darlehen oder nicht rückzahlbare Zuschüsse zu gewähren.

². Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt, den hiefür erforderlichen Bedarf, soweit er nicht aus der Allgemeinen Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben für die Jahre 1910 und 1911 bestritten werden kann, einstweilen vorschußweise der Staatskasse zu entnehmen und die erforderliche Deckung im nächsten Budget vorzusehen.

³. Weiter wird der Staatsminister der Finanzen ermächtigt, dem Staatsminister des Innern zur Wiederinstandsetzung der durch das Hochwasser im Juni ds. Js. beschädigten staatlichen Straßen-, Brücken- und Wasserbauten die Summe von 1'000,000 ℳ nach Bedarf zur Verfügung zu stellen und, soweit hiefür die Allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben für die Jahre 1910 und 1911 nicht ausreicht, gleichfalls die erforderliche Deckung im nächsten Budget vorzusehen.

B. Sonstige Bestimmungen.

§ 7.

¹. Die Staatsregierung wird ermächtigt, den vor dem 1. Januar 1909 in den Ruhestand getretenen pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen statusmäßigen Staatsbeamten und Staatsbediensteten, dann den Witwen und Waisen der pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen statusmäßigen Staatsbeamten und Staatsbediensteten, die vor dem 1. Januar 1909 gestorben sind oder am 1. Januar 1909 sich im Ruhestande befanden und nach diesem Zeitpunkte nicht mehr wiederangestellt worden sind, Pensionszulagen nach folgenden Bestimmungen zu gewähren.

². Die im Ruhestande befindlichen pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen statusmäßigen Staatsbeamten und Staatsbediensteten erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu zweihundertfünfzig Mark einschließlich:
   den zur Erreichung eines Bezugs von dreihundert Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als zweihundertfünfzig Mark bis zu fünfhundert Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als fünfhundert Mark bis tausend Mark einschließlich:
   zwölf vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von sechshundert Mark erforderlichen Betrag;
4. bei einem Pensionsbezuge von mehr als tausend Mark bis fünfzehnhundert Mark einschließlich:
   acht vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von elfhundertzwanzig Mark erforderlichen Betrag;
5. bei einem Pensionsbezuge von mehr als fünfzehnhundert Mark:
   fünf vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von sechzehnhundertzwanzig Mark erforderlichen Betrag.

³. Eine Zulage wird den in Abs. 2 Ziff. 5 bezeichneten Pensionsempfängern nicht gewährt, soweit die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von achtzehnhundert Mark übersteigt.

⁴. Die Witwen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu dreihundert Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von zweihundert Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als dreihundert Mark bis zu neunhundert Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens sechzig Mark;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als neunhundert Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

⁵. Eine Zulage zu der Witwenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 4 Ziff. 2 bezeichneten Witwen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von neunhundertneunzig Mark und bei den in Abs. 4 Ziff. 3 bezeichneten Witwen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zwölfhundert Mark übersteigt.

⁶. Die Doppelwaisen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu neunzig Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von sechzig Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als neunzig Mark bis zu zweihundertsiebzig Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens achtzehn Mark;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als zweihundertsiebzig Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

⁷. Eine Zulage zur Doppelwaisenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 6 Ziff. 2 bezeichneten Doppelwaisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zweihundertsiebenundneunzig Mark und bei den in Abs. 6 Ziff. 3 bezeichneten Doppelwaisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von dreihundertsechzig Mark übersteigt.

⁸. Die einfachen Waisen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu sechzig Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von vierzig Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als sechzig Mark bis zu einhundertachtzig Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens zwölf Mark;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als einhundertachtzig Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

⁹. Eine Zulage zur Waisenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 8 Ziff. 2 bezeichneten Waisen die

Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von einhundertachtundneunzig Mark und bei den in Abs. 8 Ziff. 3 bezeichneten Waisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zweihundertvierzig Mark übersteigt.

10. Vorstehende Zulagen werden auch zu den aus der Staatskasse fließenden Pensionsbezügen von solchen vor dem 1. Januar 1909 in den Ruhestand getretenen Beamten und Bediensteten gewährt, die im Zeitpunkt ihres Ausscheidens aus dem Dienste weder zu den pragmatischen noch zu den statusmäßigen nichtpragmatischen Beamten zählten, jedoch nach den in diesem Zeitpunkt in Geltung gestandenen Normen Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag aus der Staatskasse hatten. Ebenso werden die Zulagen zu den aus der Staatskasse fließenden Bezügen der Witwen und Waisen derjenigen vor dem 1. Januar 1909 gestorbenen oder in den Ruhestand versetzten Beamten und Bediensteten gewährt, die im Zeitpunkt ihres Ablebens oder ihres Ausscheidens aus dem Dienste weder zu den pragmatischen noch zu den statusmäßigen nichtpragmatischen Beamten zählten, jedoch nach den in diesem Zeitpunkt in Geltung gestandenen Normen Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag aus der Staatskasse hatten.

11. Die Pensionszulagen werden aus dem Pensionsbezug einschließlich der etwaigen Hälftezulage und der finanzgesetzlichen Zulage berechnet.

12. Die Pensionszulagen werden vom Beginne der Pensionsberechtigung, jedoch frühestens vom 1. Januar 1910 an gewährt und erlöschen mit dem Pensionsbezug, aus welchem sie berechnet worden sind. Den einmaligen Abfertigungen nach Artikel XXIV § 17 der Dienstespragmatik vom 1. Januar 1805 ist der Jahresbetrag der Pensionszulage hinzuzurechnen. Soweit die zum Bezuge der Pensionszulagen Berechtigten vor der Verkündung dieses Gesetzes gestorben sind, findet eine Nachzahlung nur an Witwen und Waisen statt.

13. Bezieht eine im Pensionsgenusse stehende Person zwei oder mehrere Pensionen, auf welche vorstehende Bestimmungen Anwendung finden, so wird die Zulage nach dem Gesamtbetrage berechnet, den sie an solchen Pensionen erhält.

14. Ruht die Pension wegen eines anderweitigen Bezugs, aus dem keine Zulage zu gewähren ist, teilweise, so wird die Zulage aus dem nicht ruhenden Teile der Pension, mindestens aber in dem Betrage gewährt, der unter Hinzurechnung des anderweitigen Bezugs zur Erreichung des Gesamtbetrags der Pension und Pensionszulage erforderlich ist. Ruht die Pension wegen eines anderweitigen Bezugs, aus dem keine Zulage zu gewähren ist, im ganzen Betrage, so wird die Zulage aus der Pension insoweit gewährt, als es unter Hinzurechnung des anderweitigen Bezugs zur Erreichung des Gesamtbetrags der Pension und Pensionszulage erforderlich ist.

15. Sofern die Pension einschließlich der Zulage nicht bereits einen durch drei teilbaren vollen Markbetrag ergibt, wird die Zulage auf denjenigen nächsthöheren Betrag festgesetzt, welcher unter Hinzurechnung der Pension einen durch drei teilbaren vollen Markbetrag ergibt.

16. Eine Pensionszulage nach vorstehenden Bestimmungen wird nicht gewährt:

1. soweit infolge der Pensionszulage die Militärpension oder ein sonstiger aus einem militärischen Dienstverhältnisse zustehender Bezug ruhen oder auf die Zivilpension angerechnet würde;
2. soweit infolge der Pensionszulage eines im öffentlichen Dienste verwendeten Gendarmeriepensionisten der für den Bezug der Gendarmeriepension maßgebende Diensteinkommensatz überschritten würde;
3. sofern ein zum Bezuge der Zulage berechtigter Gendarmeriepensionist als etatmäßiger Beamter angestellt wird.

17. Die vorstehenden Grundsätze für die Gewährung von Pensionszulagen finden entsprechende Anwendung auf diejenigen Beamten und Bediensteten, die im Zeitpunkt ihrer Ruhestandsversetzung gegenüber der Kreisgemeinde ihres Dienstorts Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag gehabt haben. Ebenso finden sie auf die Hinterbliebenen von solchen Beamten und Bediensteten entsprechende Anwendung, die im Zeitpunkt ihres Ablebens oder ihres Ausscheidens aus dem Dienste gegenüber der Kreisgemeinde ihres Dienstorts Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag gehabt haben. Die Kreisgemeinden sind verpflichtet, den erforderlichen Bedarf bereitzustellen.

§ 8.*)

Der Höchstbetrag, den die gleichzeitig umlaufenden Landeskultur-Rentenscheine nicht übersteigen dürfen, wird auf siebzig Millionen Mark festgesetzt.

§ 9.

Der Staatsminister der Finanzen wird ermächtigt, der Staatseisenbahnverwaltung zur Bestreitung von Grunderwerbungskosten für Eisenbahnbauzwecke aus bereiten Staatsmitteln Vorschüsse bis zum Höchstbetrage von sechs Millionen Mark gegen Rückersatz aus den späteren Krediten zur Verfügung zu stellen.

Gegeben . . . .

*) Hiedurch ist auch der von der K. Staatsregierung unterm 14. Juni l. Js. vorgelegte Nachtrag zum Finanzgesetzentwurf (Beil. 1040) erledigt.

Beilage 1207.

(Vergl. Beil. 706, 719, 727, 729, 730 mit 732, 734, 736, 739, 740, 746, 747, 752, 754, 757, 764 mit 767, 773, 778, 779 mit 783, 786 mit 790, 792, 793, 795, 797, 798, 805, 807, 811, 812, 820, 822, 823, 826, 829, 830, 831, 834, 836, 837, 839, 842, 854 mit 860, 878 mit 880, 886, 888, 892, 893, 895, 896, 899, 900, 908, 912, 913, 915 mit 918, 919, 921, 924, 925, 927, 931, 932, 936 mit 938, 939, 941, 945, 946, 958, 960, 964, 969 mit 971, 973, 977 mit 980, 983, 989, 994 mit 998, 999, 1008 mit 1010, 1014, 1016, 1027, 1029, 1035, 1036, 1042 mit 1047, 1051, 1063, 1068, 1069, 1073, 1076, 1078, 1079, 1086, 1089, 1097, 1099, 1101, 1102, 1108 mit 1111, 1114, 1115, 1117, 1118, 1120, 1121, 1122, 1125, 1126, 1127, 1129, 1132, 1133, 1135, 1149, 1150, 1153, 1154, 1160 mit 1169, 1171, 1172, 1174, 1176, 1177, 1178 mit 1181, 1184 mit 1192, 1196 mit 1206.)

Gesamt-Beschluß.

Allerdurchlauchtigster, Großmächtigster König!

Allergnädigster König und Herr!

Die alleruntertänigst treugehorsamsten Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten haben das ihnen von der K. Staatsregierung vorgelegte

Budget für die Jahre 1910 und 1911, samt Nachträgen hiezu

der verfassungsmäßigen Prüfung unterstellt und dasselbe, wie die Beilage ersehen läßt, festzustellen beschlossen.

Zugleich haben die Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten nachstehenden besonderen Anträgen zum Budget die Zustimmung erteilen zu sollen geglaubt:

A. Zum ordentlichen Budget.

I. Zum Etat der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 5).

A.

1. Der Geschäftsbericht der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung soll allen Mitgliedern des Landtags zugänglich gemacht werden.
2. Dem Betriebsreservefonds darf jeweils die Hälfte des Mehrerträgnisses sämtlicher Werke gegenüber dem Etatssoll zugeführt werden.
3. Es soll baldmöglichst bei allen staatlichen Berg-, Hüttenwerken und Salinen die kaufmännische, doppelte Buchführung, wie sie in den entsprechenden Privatbetrieben üblich ist, eingeführt werden;

B.

dem seitens der K. Staatsregierung gestellten Ansuchen um Indemnität bezüglich der bei B „Hüttenwerke" Ausgaben Kap. 9 § 1 „Rückersätze an den Betriebsreservefonds" gemachten Kreditüberschreitung und wegen der an sich unzulässigen Transferierung der Kreditreste sei zu entsprechen.

II. Zum Etat der Staatseisenbahnen für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 8).

Zu den persönlichen Ausgaben Kap. 1 „Besoldungen der Beamten":

A.

Es seien nachstehende Verfügungen zu genehmigen:

Bei Überführung eines Oberlokomotivführers in die Verwendung als Oberwerkführer tritt für die Dauer dieser Verwendung eine Erhöhung des Gehaltes um jährlich 300 ℳ ein.

Bei Überführung eines Packers im Stationsdienste (Klasse 25) zum Packer im Fahrdienste (Klasse 27), dann eines Packmeisters (Klasse 24) zum Zugspackmeister (Klasse 25) oder umgekehrt wird der Gehalt so berechnet, wie wenn der zu Überführende schon von seinem Eintritt in eine etatmäßige Stelle des Packerdienstes an ausschließlich im Fahrdienste beziehungsweise im Stationsdienste verwendet gewesen wäre.

Bei Verwendung von Wagenwärtern oder Wagenwärtergehilfen im Wagenaufsichtsdienst wird auf die Dauer dieser Verwendung eine nach dem jährlichen Betrag von 150 ℳ zu bemessende Vergütung gewährt. Bei Beförderung eines Wagenwärters zum Wagenmeister wird der um 150 ℳ erhöhte Wagenwärtergehalt der Gehaltsermittlung nach Art. 30 Abs. 1 bis 3 des Beamtengesetzes zugrunde gelegt;

ferner:

Es sei der K. Staatsregierung für die Jahre 1910 und 1911 für den Fall einer unerwartet stärkeren Verkehrssteigerung die Ermächtigung zur Vermehrung des etatmäßigen Fahrpersonals unter den gleichen Voraussetzungen wie bisher zu erteilen — vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtags.

B.

Weiter haben die beiden Kammern in der Erwägung, daß Staatsregierung und Landtag zur Verbesserung der Lage der in den Verkehrsanstalten Beschäftigten eine so weitgehende Fürsorge betätigen, als sie nur immer nach der Finanzlage möglich ist, in der weiteren Erwägung, daß ein Ausstand in den Betrieben der Verkehrsanstalten eine schwere Gefährdung des öffentlichen Wohles und der wichtigsten Staatsinteressen unvermeidlich zur Folge hätte, nachstehender Resolution zugestimmt:

I. Die Kammern erachten die Inanspruchnahme des Streikrechtes in den Betrieben der Verkehrsanstalten für unzulässig;

II. sie stellen an die K. Staatsregierung das Ersuchen mit voller Entschiedenheit allen Bestrebungen entgegenzutreten, welche die Gefahr eines Ausstandes in den Betrieben der Verkehrsanstalten herbeizuführen geeignet sind.

C.

1. Zu den Ausgaben Kap. 4 § 1 „Kosten für den bahnärztlichen Dienst“:

es seien die hiezu in den Erläuterungen getroffenen Bestimmungen über die Unfallfürsorge zu genehmigen;

2. bei den Ausgaben Kap. 4 § 9 „Unterstützungen an Beamte der Gehaltsklassen 1 bis 14 sowie an deren Hinterbliebene“:

seien im Dispositiv die Worte „an Beamte der Gehaltsklassen 1 bis 14 sowie deren Hinterbliebene“ zu streichen.

III. Zum Etat der Post- und Telegraphenverwaltung für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 9).

Zu den Ausgaben:

1. Zu Kap. 1 § 1 Tit. 1 und Kap. 4 § 1 und § 4 Tit. 1 und 2:

Es sei der K. Staatsregierung für die Finanzperiode 1910/11 die Ermächtigung zu erteilen, für den Fall einer unerwarteten Verkehrssteigerung eine Vermehrung des etatmäßigen Personals für den äußeren Dienst über die im Etat vorgesehene Stellenzahl hinaus vorzunehmen — vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtags;

2. zu Kap. 1 § 1 Tit. 4:

Diese Position sei in der im Etat festgesetzten Höhe unter Genehmigung der in den Erläuterungen gegebenen Bestimmungen über die Unfallfürsorge zu bewilligen;

3. a) es seien die unter Kap. 4 § 1 und § 4 Tit. 1 und 2 neu bewilligten Mittel für sofort verfügbar zu erklären;

b) es sei die K. Staatsregierung zu ermächtigen, auf die Finanzperiode 1912/13 bei Kap. 4 § 1 und § 4 Tit. 1 und 2 an dauernden Ausgaben einen Gesamtbetrag bis zu 38,280 ℳ über die im Budget festgesetzte Summe übergehen zu lassen.

IV. Zum Etat der Forst-, Jagd- und Triftverwaltung für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 16).

A. Zu den Einnahmen,

und zwar:

Zu Kap. 1 § 1 „Aus der forstamtlichen Holzverwertung“:

Es sei der K. Staatsregierung die Ermächtigung zu erteilen, der Konjunktur entsprechend in der nächsten Kampagne die Mehrfällungen einzuschränken oder auszudehnen.

B. Zu den Ausgaben Ziffer I,

und zwar:

Zu Kap. 4 § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten“:

I.

Es sei die mit dem Forstetat für die Finanzperiode 1908 und 1909 (Anlage B Ziff. 1) genehmigte Dienstwohnung für den Förster von Oberwössen, Forstamts Marquartstein-Ost, aus organisatorischen Rücksichten nicht wie vorgesehen in Oberwössen, sondern in Unterwössen zu erbauen.

II.

Bei der neuen örtlichen Organisation der K. B. Forstämter ist die Vereinigung des Forstamts Schnaittach mit dem Forstamte Engelthal in Aussicht genommen.

Mit Rücksicht hierauf wolle die K. Staatsregierung ermächtigt werden, den mit dem Forstetat für die XXVII. Finanzperiode 1906 und 1907 (Budget, Anlage C Ziff. 19) für das Forstamt Engelthal genehmigten Forstamtsneubau nicht in Engelthal sondern in Hersbruck zu erbauen.

III.

Bei der neuen örtlichen Organisation der K. B. Forstämter soll das Forstamt Buch a/F. mit dem Forstamt Langheim vereinigt werden. Als Forstamtssitz ist die Stadt Lichtenfels in Aussicht genommen. Da in diesem Falle in Lichtenfels ein neues Forstamtsgebäude erstellt werden muß, wolle das K. Staatsministerium der Finanzen ermächtigt werden, bei gegebener Gelegenheit zunächst einen geeigneten Bauplatz in Lichtenfels für ein Forstamtsgebäude zu erwerben.

IV.

Das K. Staatsministerium der Finanzen wolle ermächtigt werden, die Erlöse aus solchen Forstdienstanwesen, welche infolge der neuen örtlichen Organisation der Staatsforstverwaltung für die letztere entbehrlich geworden sind oder entbehrlich werden, zur teilweisen Bestreitung der Kosten für anderweitige Forsthausneubauten in Verwendung nehmen zu dürfen — mit der Maßgabe, daß im Budget bei den betreffenden zu postulierenden Neubauten die zu verwendenden Einzelerlöse ziffermäßig anzugeben sind.

V. Zum Etat der Überweisungen seitens des Reichs und der Ausgaben für Reichszwecke für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 20):

Es sei dem Entwurf eines Finanzgesetzes für die Jahre 1910 und 1911 nachstehende Bestimmung anzufügen:

§ . . . .*)

Die K. Staatsregierung wird ermächtigt, die in § 3 des Reichsgesetzes vom 22. Mai 1910, betreffend die Feststellung eines Nachtrags zum Reichs-

*) Nunmehr § 5 des Finanzgesetzentwurfs.

VI. Zum Postulat der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, hier Ausgaben für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern.

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. II lit. a (S. 6).]

Es sei das Dispositiv dieses Postulats:

„Für die Beschaffung selbsttätiger Wägevorrichtungen aus Anlaß der Besteuerung des Malzes nach dem Gewichte" zu ändern in:

„Für die Beschaffung selbsttätiger Wägevorrichtungen und zu Zuschüssen an Brauereien zur Anschaffung von Vorrichtungen zur trockenen Aufbewahrung des Malzes aus Anlaß der Besteuerung des Malzes nach dem Gewichte."

VII. Zum Postulat der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, hier Ausgaben für die Zwecke des K. Staatsministeriums der Justiz.

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. III lit. d (S. 8).]

Es sei die Genehmigung zu erteilen, daß aus der für den Neubau eines Zentraljustizgebäudes in Nürnberg bewilligten II. Rate von 1'600,000 ℳ ein Betrag von 100,000 ℳ dazu verwendet wird, das im Westen an den Bauplatz vor dem Zellengefängnis angrenzende, an der Fürtherstraße gelegene Grundstück Plan-Nr. 391 der Steuergemeinde Gostenhof zu 0,181 ha für den Staat zu kaufen.

VIII. Zum I. Nachtrag zum außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, Eisenbahnbauten betreffend.

(Beil. 727.)

Zu den Ausgaben IVa Ziff. 5 „Beschaffung von Güterwagen":

Es sei für die bereits erfolgte Bestellung von Güterwagen aus den hier geforderten Krediten die nachträgliche Genehmigung zu erteilen.

IX. Zum IV. Nachtrag zum außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911.

(Beil. 1035.)

Es sei dieser Nachtrag provisorisch mit der Änderung zu genehmigen, daß bei den Ausgaben der Vortrag unter Ziff. I Buchstabe a zu streichen und dafür unter Buchstabe g als Ziff. 8 einzufügen sei:

8. Zur Gewährung außerordentlicher Staatsbeihilfen aus Anlaß der Überschwemmungen im Juni 1910 . . . . 147,000 ℳ.

Zugleich sei Ziff. 4 der „Erläuterungen" zu den Ausgaben (Beil. 1035 S. 7) wie folgt zu fassen:

4. Sollten sich bei der seinerzeitigen Veräußerung der Restbestände der Fonds höhere Erlöse ergeben, als vorstehend angenommen wurde, so wäre der etwaige Mehrerlös bei dem Grenzwachfonds und dem Gratifikationsfonds zur weiteren Gewährung außerordentlicher Staatsbeihilfen aus Anlaß der Überschwemmungen im Juni 1910 und ein etwaiger Mehrerlös bei den übrigen Fonds zur weiteren Ausgestaltung des Dienstwohngebäudes für die Schutzmannschaft München zu verwenden.

X. Zum V. Nachtrag zum außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911.

(Beil. 1036.)

Zum Postulat „Neubau eines Verkehrsmuseums in Nürnberg" (Ausgaben Ziff. VI):

Die K. Staatsregierung sei zu ermächtigen, den von der Stadtgemeinde Nürnberg zum Zweck der Errichtung eines Neubaues für das Verkehrsmuseum vorzuschießenden Betrag im vorläufigen Anschlage von 820,000 ℳ zu 4 vom Hundert von dem auf dem Baubeginn folgenden Jahre an aus laufenden Eisenbahn- und Postbetriebsmitteln zu verzinsen und in zehn jährlichen Teilbeträgen zurückzuzahlen.

In allertiefster Ehrfurcht

Euerer Königlichen Majestät

München, den 10. August 1910

alleruntertänigst treugehorsamste

Kammer der Reichsräte:	**Kammer der Abgeordneten:**
Der I. Präsident:	Der Präsident:
I. V.:	(gez.)
(gez.) von Auer.	Dr. Georg von Orterer.
Der I. Sekretär:	Der I. Schriftführer:
(gez.) Graf von Drechsel.	(gez.) Wörle.

Beilage.

Übersicht

der

veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

für die Jahre 1910 und 1911.

I. Ordentliches

A. Einnahme-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebs-ausgaben	Reineinnahme
		ℳ	ℳ	ℳ
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	94,273	—	94,273
2	Direkte Steuern	59'292,000	209,070	59'082,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	34'764,100	550,000	34'214,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	65'622,700	20'077,880	45'544,820
5	Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung	18'241,025	17'234,093	1'006,932
6	Münzanstalt	506,218	402,236	103,982
7	Betrieb der K. Bank in Nürnberg	3'400,000	—	3'400,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	278'767,510	195'524,000	83'243,510
9	Post- und Telegraphenverwaltung	72'070,910	59'056,420	13'014,490
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	759,640	709,910	49,730
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	87,022	108,760	21,738
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	121,470	217,040	Fehlbetrag 95,570
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	220,600	216,700	Fehlbetrag 3,900
14	Frankenthaler Kanal	6,870	8,003	1,133
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	74,230	32,243	Fehlbetrag 41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	59'608,000	27'401,393	32'206,607
17	Besondere Betriebe des Staates	4'448,250	2'480,490	1'967,760
18	Grundgefälle	4'800,100	1'470,200	3'329,900
19	Leistungen der Pfälzischen Eisenbahnen	—	—	—
20	Überweisungen seitens des Reiches	19'368,110	—	19'368,110
21	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	3'895,600	6,000	3'889,600
	Abschluß der Einnahme-Etats	626'148,628	325'704,438	300'444,190

haushalt-Etat für das Rechnungsjahr 1910 (Reichsgesetzblatt S. 801), vorbehaltene Zustimmung zu erklären.

VI. Zum Etat des Königlichen Hauses und Hofes für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 22).

Zu Kap. 3 § 3:

Es seien die Worte: „Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Karl in Bayern" abzuändern in: „Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs Ludwig Wilhelm in Bayern".

VII. Zum Etat des Landtags für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 24).

Zu Kap. 1 A § 2 Tit. 3 „Kosten der Landtagsversammlung":

Es seien

1. ein fachmännisch gebildeter Bibliothekbeamter zur Herstellung eines systematischen Katalogs für die Landtagsbibliothek und zur Mitarbeit an dem Generalrepertorium unter Oberaufsicht des Landtagsarchivars auf Dienstvertrag zunächst bis 1. Januar 1912 mit einem Jahresgehalt von 3000 ℳ ab 1. September 1910,

dann

2. zur Entlastung des Archivsekretärs ein Assistent für das Landtagsarchiv als etatmäßiger Landtagsbeamter im Sinne der Satzung vom 14. August 1908 in Angleichung an Klasse 17 der Gehaltsordnung ab 1. September 1910

aufzustellen und die Ausgaben hiefür auf die Etatsposition Kap. 1 A § 2 Tit. 3 „Kosten der Landtagsversammlung" zu verrechnen.

VIII. Zum Etat des K. Staatsministeriums der Justiz für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 26).

Zu Ziffer I Kap. 3 § 3 „Sonstige Ausgaben":

Es sei die Ermächtigung zu erteilen, Beschuldigten, die sich vor Gericht zu verantworten haben und nicht die Mittel besitzen, um die Reise an den Ort des Gerichts und die Kosten des Aufenthalts an ihm zu bestreiten, aus dieser Position mäßige Beträge für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen.

Ferner sei die zu Ziffer I Kap. 1 E einschlägige Petition des Stadtmagistrats Lechhausen um Errichtung eines Amtsgerichts dortselbst der K. Staatsregierung zur Berücksichtigung hinüberzugeben.

IX. Zum Etat des K. Staatsministeriums des Innern für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 27).

1.

Zu Ziffer I „Etat der allgemeinen inneren Verwaltung", und zwar:

a) zu Kap. 1 E lit. b § 2 Tit. 2 „Mietzinse", dann ebenda zu F § 2 „Sächliche Ausgaben", sowie zu Ziffer IV Kap. 3 § 4 „Sonstige Kosten":

Es sei die Ermächtigung zur Überschreitung dieser Etatspositionen zu erteilen;

b) zu Kap. 1 E a I § 2 Tit. 3 „Für Herausgabe des Adreßbuchs":

Es sei das Einverständnis damit zu erklären, daß der aus Überschüssen früherer Jahre bei Herausgabe des Adreßbuchs herrührende Adreßbuchfonds mit den besonderen Unterstützungsfonds der K. Polizeidirektion (Hundevisitationsgebühren-, Dultwachgebühren- und Privatdarlehens-Fonds der Polizeifunktionäre) vereinigt werde;

c) zu Kap. 1 G § 2 Tit. 3 „Sonstige Ausgaben":

Es sei das Einverständnis damit zu erklären, daß der aus den Erübrigungen beim Etat der Maß- und Gewichtspolizei angesammelte Fonds im Betrage von 10,849 ℳ 77 ₰ samt Zinsen zur Bestreitung des Aufwands diene, der aus Anlaß der am 1. Januar 1912 in Kraft tretenden neuen Maß- und Gewichtsordnung notwendig wird.

2.

Zu Ziffer III „Etat der Staatsbauverwaltung (einschließlich des kulturtechnischen Dienstes)":

1. Kap. 1 A § 1 Tit. 4 „Für den Beginn des Anschlusses des distriktiven Baudienstes an die Staatsbauverwaltung" sei zu streichen,
2. sei im Besoldungsausweis E „b) Nichtetatmäßige Beamte" Seite 100 in den Erläuterungen beizufügen:

   „Die Regierungsbaumeister beziehen 1800 ℳ jährlich";
3. in den Erläuterungen zum „Etat für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten", und zwar:

   a) zu Ziffer III Kap. 4 § 2 Tit. 1 „Straßenbauten", Anlage B „Schwaben und Neuburg" (S. 133 des Etats) sei der Vortrag zu lit. a umzuändern in:

   „a) Umbau der Straße Nr. 11 „Augsburg—Lindau" zwischen km 97,1 und 98,5 zwischen Keck und Kempten",

   b) zu Ziffer III Kap. 4 § 4 „Freiwillige Zuschüsse zu Brücken, deren Herstellung und Unterhaltung dem Staate nicht obliegt", Anlage B „Niederbayern" Ziff. 6 und „Schwaben und Neuburg" Ziff. 1 (S. 146 und 153 des Etats) in der letzten Zeile der Begründung sei das Wort „letzter" zu streichen,

   c) zu Ziffer X Kap. 1 § 3 „Für Erweiterungs- und Neubauten", Anlage C „III. Etat der Staatsbauverwaltung, Niederbayern" lfd. Nr. 7 (S. 166 des Etats) habe der Wortlaut des Budgetpostulats nachstehende Fassung zu erhalten:

   „Erbauung oder Ankauf und Adaptierung eines Wohngebäudes für einen Straßenwärter bei Jacking, K. Bezirksamts Passau";

ferner sei die zu diesem Etatsteil einschlägige Petition der Mühlbesitzerswitwe Maria Schweiger in Ebenwies, K. Bezirksamts Stadtamhof, um Übernahme der Kosten für den Neubau eines Wehres in der Naab auf die Staatskasse der K. Staatsregierung zur Berücksichtigung hinüberzugeben.

3.

Zu Ziffer VI „Etat der Polizeiverwaltung“:

In Kap. 4 § 2 „Zwangserziehung“ sei das Dispositiv wie folgt festzulegen:

a) zur Deckung der gesetzlichen Leistungen 180,000 M,
b) zur Gründung neuer und Unterstützung bestehender Anstalten . . . . 90,000 M.

4.

Zu Ziffer VIII „Etat für Landwirtschaft“:

I. Es sei bei Kap. 2:

a) der Überschrift „I. Landesinspektor für Tierzucht“ anzufügen „und Tierzuchtinspektoren“;
b) in I. § 1 Tit. 1 „Besoldung des Beamten“ statt „des“ „der“ zu setzen;
c) in dem Ausweis der Besoldungen der Beamten Anlage A zum Etat Nr. 27 Seite 119 habe der Vortrag „Kap. 2. Auf Hebung der Tierzucht“, die in der Beilage zu diesem Antrage (siehe Anlage zum Bericht) bezeichnete Fassung zu erhalten;

II. bei Kap. 3 A „II. Einnahmen“ seien die Positionen:

§ 2. Zuschuß des Distrikts Neustadt a/H. 2000 M,
§ 3. Zuschuß des Distrikts Bad Dürkheim . . . . 670 M,
§ 4. Zuschuß der Stadtgemeinde Neustadt a/H. . . . . 6670 M,

im Gesamtbetrage von 9340 M

zu streichen;

III. zu Kap. 5 § 1 „Für landwirtschaftliche Zwecke im allgemeinen (Bauschsumme)“:

Es sei an die K. Staatsregierung die Bitte zu richten, dieselbe möge zur Hebung des Tabakbaues in der Rheinpfalz Mittel im Budget bereitstellen, die verwendet werden sollen:

1. zur Errichtung einer Samenzuchtstelle,
2. zur Prämiierung von Versuchsfeldern und Tabaken, die nach Anordnung der Tabakbauvereine gebaut wurden, und zwar erst beim Verkauf an der Wage.

X. Zum Etat des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 28).

1.

Zu Ziffer II:

A.

Kap. 1 § 2 Tit. 1a (Etat der Universität München):

Es sei dem Antrag der K. Staatsregierung:

„Der Landtag wolle sich damit einverstanden erklären, daß die Dotation der außerordentlichen Professur für Patrologie und christliche Archäologie an der Universität München bis auf weiteres auch zur Gewinnung eines außerordentlichen Professors für Pädagogik und Katechese in der theologischen Fakultät dieser Universität verwendet werden dürfe“

die Zustimmung zu erteilen;

ferner:

Es sei die K. Staatsregierung zu ersuchen, im Einvernehmen mit den kirchlichen Oberbehörden die Neuregelung des Lehrplans für die philosophischen und theologischen Fakultäten der Lyzeen in Erwägung zu ziehen und dabei speziell die Errichtung von Professuren für Pädagogik und die Hilfswissenschaften derselben ins Auge zu fassen.

B.

Zu

I. Kap. 7:

1. § 1. „Baugewerkschule mit Gewerbelehrer-Institut“:

Es sei die Zustimmung dazu zu erteilen, daß aus den laufenden Etatsmitteln der Baugewerkschule mit Gewerbelehrer-Institut für 1908 und 1909 ein Betrag von 10,000 M als Betriebsfonds für die am Gewerbelehrer-Institut einzurichtende Vermittlungsstelle für die Ausstattung der gewerblichen Fortbildungsschulen mit Lehrmitteln verwendet und daß dieser Betriebsfonds auch in Zukunft durch Zuweisungen aus Erübrigungen am Sachenetat nach Bedarf ergänzt und verstärkt werde;

2. § 4. „Zuschüsse an Textilfachschulen“:

es sei das Einverständnis mit der Verwendung von etwa 2000 M aus der Position für Textilfachschulen zum Zwecke der Verstaatlichung der Webschule Lambrecht zu erklären;

II. Kap. 8:

1. A § 2. „Besondere Staatszuschüsse“:

die K. Staatsregierung sei zu ermächtigen, das im Laufe der Jahre 1910 und 1911 infolge der Errichtung von Parallelkursen notwendig werdende Lehrpersonal an den vollständigen Lehrerbildungsanstalten, Schullehrerseminarien und Präparandenschulen vorbehaltlich der nachträglichen Genehmigung des Landtags aufzustellen;

2. B „Präparandenschulen“:

die K. Staatsregierung sei wieder zu ermächtigen, von der für Abhaltung von Ferienkursen eingestellten Summe von 5500 M den Hauptteil, etwa 4500 M, zu verwenden für Unterstützungen an Lehrpersonen von Lehrerbildungsanstalten, welche zwecks Ablegung der Lehramtsprüfung an Hochschulen beurlaubt werden;

III. Kap. 10:

1. § 2. „Volksschulen“:

es sei sich damit einverstanden zu erklären, daß der Bedarf, der sich durch Einberufung einer technischen Hilfskraft in das K. Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur Unterstützung des Volksschulreferates ergibt, auf den allgemeinen Ministerialetat übernommen werde, nötigenfalls unter Überschreitung der Etatsziffern;

Anlage 2.

Übersicht

der

veranschlagten Einnahmen und Ausgaben

für die Jahre 1910 und 1911.

I. Ordentliches

A. Einnahme-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Verwaltungs- und Betriebs-ausgaben	Reineinnahme
		ℳ	ℳ	ℳ
1	Einnahmen und Ausgaben aus früheren Finanzperioden	94,273	—	94,273
2	Direkte Steuern	59'292,000	209,070	59'082,930
3	Erbschaftssteuern, Gebühren, Stempelabgaben und Strafen	34'764,100	550,000	34'214,100
4	Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern	65'622,700	20'077,880	45'544,820
5	Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung	18'241,025	17'234,093	1'006,932
6	Münzanstalt	506,218	402,236	103,982
7	Betrieb der K. Bank in Nürnberg	3'400,000	—	3'400,000
8	Staatseisenbahnverwaltung	278'767,510	195'524,000	83'243,510
9	Post- und Telegraphenverwaltung	72'070,910	59'056,420	13'014,490
10	Bodensee-Dampfschiffahrt	759,640	709,910	49,730
11	Ammersee-Dampfschiffahrt und Schiffahrt auf der Amper	87,022	108,760	21,738
12	Ludwig-Donau-Main-Kanal	121,470	217,040	Fehlbetrag 95,570
13	Kettenschleppschiffahrt auf dem Main	220,600	216,700	Fehlbetrag 3,900
14	Frankenthaler Kanal	6,870	8,003	1,133
15	Gesetz- und Verordnungsblatt	74,230	32,243	Fehlbetrag 41,987
16	Forst-, Jagd- und Triftverwaltung	59'608,000	27'401,393	32'206,607
17	Besondere Betriebe des Staates	4'448,250	2'480,490	1'967,760
18	Grundgefälle	4'800,100	1'470,200	3'329,900
19	Leistungen der Pfälzischen Eisenbahnen	—	—	—
20	Überweisungen seitens des Reiches	19'368,110	—	19'368,110
21	Übrige Einnahmen und übrige Verwaltungsausgaben	3'895,600	6,000	3'889,600
	Abschluß der Einnahme-Etats	626'148,628	325'704,438	300'444,190

Budget.

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
		M
22	K. Haus und Hof	5'402,475
23	Staatsschuld	84'796,665
24	Landtag	701,150
25	Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	1'771,115
26	Staatsministerium der Justiz	26'928,521
27	Staatsministerium des Innern	38'883,429
28	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	50'775,054
29	Staatsministerium der Finanzen	13'626,750
30	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	66,990
20	Ausgaben für Reichszwecke	45'420,601
31	Pensionen und Unterstützungen	31'641,000
32	Allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben	430,440
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	300'444,190
	Abgleichung des ordentlichen Budgets.	
	Staatseinnahmen	626'148,628
	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	325'704,438
	Staatsaufwandsausgaben	300'444,190
	Gesamtbetrag der Ausgaben	626'148,628
	Verbleibt	—

II. Außerordentliches

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Ausgaben
	M	M
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	8'941,528	
a. Für Zwecke der Bergwerksverwaltung		300,000
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		1'055,833
c. Für Zwecke der Bodensee-Dampfschiffahrt		300,000
d. Für Zwecke der besonderen Betriebe des Staates		2'090,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern		106,500
f. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		432,000
g. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		1'669,000
h. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten		701,425
i. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen		2'166,770
k. Für Zwecke der Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen		120,000
Summe I	8'941,528	8'941,528
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	7'531,750	
a. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern		1'250,000
b. Für Zwecke der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung		1'802,000
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		4'479,750
Summe II	7'531,750	7'531,750

2. § 3 Tit. 7 „Dienstalterszulagen für das Lehrpersonal an den Volksschulen der Gemeinden bis zu 10 000 Einwohnern":
die K. Staatsregierung sei zu ersuchen, so bald als tunlich eine Statistik vorzulegen, aus der ersichtlich ist
a) die Zahl der ständigen und unständigen Schulstellen in den einzelnen Regierungsbezirken,
b) die Zeit, berechnet nach dem durchschnittlichen Erfahrungssatz der letzten fünf Jahre, welche das unständige Lehrpersonal in der Stellung des Hilfslehrers und Schulverwesers in den einzelnen Regierungsbezirken zubringt,
unter Ausscheidung nach männlichem und weiblichem Lehrpersonal, ferner nach Schulstellen,
a) mit und b) ohne Ortsstatut.

C.

1.

Zu
a) Kap. 19 „Gemäldegalerien":
Es sei die K. Staatsregierung zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den breiten Schichten des Mittelstandes und der Arbeiterschaft der unentgeltliche Besuch der staatlichen Sammlungen mehr als bisher erleichtert werde;
b) D Kap. 35 § 4 „An die Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder in München", hier zur Anmerkung 3 (Etat S. 59):
Es sei der verfügbare Betrag für vorläufige Vorkehrungen zu einer verbesserten und vermehrten Fürsorge für die Heilung armer krüppelhafter Kinder auf jährlich bis zu 15,000 ℳ zu erhöhen.

2.

Zu Ziffer III:
a) Kap. 1 § 1 Tit. 2 „Funktionszulagen b) für Weihbischöfe" beizufügen, daß die hier postulierte Summe von 10,000 ℳ bis zum Betrage von 12,000 ℳ überschreitbar sei;
b) Kap. 2 C § 3 „Zur Aufbesserung des Einkommens der protestantischen Geistlichen auf unzureichend dotierten Seelsorgestellen":
Es sei die Zustimmung dazu zu erteilen, daß aus der Etatsposition Ziffer III Kap. 2 C § 3 „Zur Aufbesserung des Einkommens der protestantischen Geistlichen auf unzureichend dotierten Seelsorgestellen" der Administration der allgemeinen protestantischen Pfarrunterstützungsanstalten in Nürnberg für Besorgung der Auszahlung der treffenden staatlichen Aufbesserungszulagen an die protestantischen Geistlichen diesseits des Rheins ein stets widerruflicher Verwaltungskostenbeitrag von 2000 ℳ gewährt werde;
c) Kap. 3 § 1 „Zur Aufbesserung des Einkommens gering dotierter Rabbinatsstellen und zur Gewährung von Zuschüssen für Kultuszwecke an leistungsschwache israelitische Kultusgemeinden":
Es sei das Einverständnis damit zu erklären, daß den Inhabern gering dotierter Rabbinatsstellen aus der Etatsposition Ziffer III Kap. 3 § 1 Aufbesserungszuschüsse insoweit gewährt werden dürfen, daß das Diensteinkommen 2400 ℳ erreicht; ferner, daß bei der Festsetzung des Aufbesserungszuschusses nach dem Ermessen des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten insbesondere Vergütungen für Nebenfunktionen, dann persönliche Zulagen und ähnliche Einnahmeposten, die den Stelleninhabern erst nach Ablauf einer angemessenen Dienstzeit von den Kultusgemeinden bewilligt werden, außer Betracht gelassen werden dürfen.

3.

Zu Ziffer IV Kap. 3 § 3 Anlage B (S. 148) Ziffer IV Nr. 1:
Es sei der zurückgestellte Restbetrag von (70,000 ℳ bezw. 12,000 ℳ) zusammen 82,000 ℳ oder für ein Jahr der Finanzperiode 41,000 ℳ für den Ankauf und die Instandsetzung der Turnhalle beim humanistischen Gymnasium Amberg zu bewilligen und außerdem dem Antrage der K. Staatsregierung:
„Sofern das Postulat für den Ankauf des Turnplatzes und der Turnhalle für das Gymnasium Amberg und zur Instandsetzung der Turnhalle mit zusammen 82,000 ℳ wegen Erhöhung des Kaufpreises nicht zum Vollzug gelangen sollte, möge sich der Landtag damit einverstanden erklären, daß der hiedurch verfügbare Betrag von 82,000 ℳ als erste Rate für den Umbau des Lyzeal- und Gymnasialgebäudes in Passau (Landneubau-Etat für die Jahre 1910/11 Niederbayern Ziffer 1 — Passau — Seite 146) verwendet werde",
die Zustimmung zu erteilen.

XI. Zum Etat des K. Staatsministeriums der Finanzen für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 29).

Zu Ziffer I Kap. 1 H „Besonderer Aufwand bei den Regierungen, Kammern der Finanzen, und den Rentämtern aus Anlaß der Durchführung der Steuerreform":
Es seien von der postulierten Summe von 407,000 ℳ 210,000 ℳ als künftig wegfallend und auf die nächste Finanzperiode übertragbar zu erklären.

Weiterhin zu der zu Ziffer II Kap. 1 § 1 Tit. 1 einschlägigen Petition der Hilfsgraveure des K. Katasterbureaus um Schaffung von weiteren Graveurassistentenstellen und um Erhöhung des Tagegeldes zur Angleichung an den ortsüblichen Taglohn:
Es möge die K. Staatsregierung die Lohnverhältnisse der Hilfsgraveure einer Neuregelung unterziehen.

XII. Zum Etat der Pensionen und Unterstützungen für die Jahre 1910 und 1911 (Nr. 31).

1. Dem § 5*) des Entwurfs des Finanzgesetzes für die Jahre 1910 und 1911 sei nachstehende Fassung zu geben:

*) Nunmehr § 7 des Finanzgesetzentwurfs.

§ 7.

1. Die Staatsregierung wird ermächtigt, den vor dem 1. Januar 1909 in den Ruhestand getretenen pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen statusmäßigen Staatsbeamten und Staatsbediensteten, dann den Witwen und Waisen der pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen statusmäßigen Staatsbeamten und Staatsbediensteten, die vor dem 1. Januar 1909 gestorben sind oder am 1. Januar 1909 sich im Ruhestande befanden und nach diesem Zeitpunkte nicht mehr wieder angestellt worden sind, Pensionszulagen nach folgenden Bestimmungen zu gewähren.

2. Die im Ruhestande befindlichen pragmatischen Staatsbeamten und nichtpragmatischen statusmäßigen Staatsbeamten und Staatsbediensteten erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu zweihundertfünfzig Mark einschließlich:
   den zur Erreichung eines Bezugs von dreihundert Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als zweihundertfünfzig Mark bis zu fünfhundert Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als fünfhundert Mark bis tausend Mark einschließlich:
   zwölf vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von sechshundert Mark erforderlichen Betrag;
4. bei einem Pensionsbezuge von mehr als tausend Mark bis fünfzehnhundert Mark einschließlich:
   acht vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von elfhundertzwanzig Mark erforderlichen Betrag;
5. bei einem Pensionsbezuge von mehr als fünfzehnhundert Mark:
   fünf vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von sechzehnhundertzwanzig Mark erforderlichen Betrag.

3. Eine Zulage wird den in Abs. 2 Ziff. 5 bezeichneten Pensionsempfängern nicht gewährt, soweit die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von achtzehnhundert Mark übersteigt.

4. Die Witwen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu dreihundert Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von zweihundert Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als dreihundert Mark bis zu neunhundert Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens sechzig Mark;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als neunhundert Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

5. Eine Zulage zu der Witwenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 4 Ziff. 2 bezeichneten Witwen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von neunhundertneunzig Mark und bei den in Abs. 4 Ziff. 3 bezeichneten Witwen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zwölfhundert Mark übersteigt.

6. Die Doppelwaisen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu neunzig Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von sechzig Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als neunzig Mark bis zu zweihundertsiebzig Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens achtzehn Mark;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als zweihundertsiebzig Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

7. Eine Zulage zur Doppelwaisenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 6 Ziff. 2 bezeichneten Doppelwaisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zweihundertsiebenundneunzig Mark und bei den in Abs. 6 Ziff. 3 bezeichneten Doppelwaisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von dreihundertsechzig Mark übersteigt.

8. Die einfachen Waisen erhalten — unbeschadet der Vorschriften in Abs. 13 bis 15 — als Zulage:

1. bei einem Pensionsbezuge bis zu sechzig Mark einschließlich:
   zwanzig vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens den zur Erreichung eines Bezugs von vierzig Mark erforderlichen Betrag;
2. bei einem Pensionsbezuge von mehr als sechzig Mark bis zu einhundertachtzig Mark einschließlich:
   fünfzehn vom Hundert des Bezugs, jedoch mindestens zwölf Mark;
3. bei einem Pensionsbezuge von mehr als einhundertachtzig Mark:
   zehn vom Hundert des Bezugs.

9. Eine Zulage zur Waisenpension wird nicht gewährt, soweit bei den in Abs. 8 Ziff. 2 bezeichneten Waisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von einhundertachtundneunzig Mark und bei den in Abs. 8 Ziff. 3 bezeichneten Waisen die Pension unter Hinzurechnung der Zulage den Betrag von zweihundertvierzig Mark übersteigt.

10. Vorstehende Zulagen werden auch zu den aus der Staatskasse fließenden Pensionsbezügen von solchen vor dem 1. Januar 1909 in den Ruhestand getretenen Beamten und Bediensteten gewährt, die im Zeitpunkt ihres Ausscheidens aus dem Dienste weder zu den pragmatischen noch zu

Budget.

B. Staatsaufwands-Etats.

Nr. der Etats	Bezeichnung der Etats	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
		ℳ
22	K. Haus und Hof	5'402,475
23	Staatsschuld	84'796,665
24	Landtag	701,150
25	Staatsministerium des Königlichen Hauses und des Äußern	1'771,115
26	Staatsministerium der Justiz	26'928,521
27	Staatsministerium des Innern	38'883,429
28	Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten	50'775,054
29	Staatsministerium der Finanzen	13'626,750
30	Staatsministerium für Verkehrsangelegenheiten	66,990
20	Ausgaben für Reichszwecke	45'420,601
31	Pensionen und Unterstützungen	31'641,000
32	Allgemeine Reserve für unvorhergesehene und unabweisbare Ausgaben	430,440
	Abschluß der Staatsaufwands-Etats	300'444,190
	Abgleichung des ordentlichen Budgets.	
	Staatseinnahmen	626'148,628
	Verwaltungs- und Betriebsausgaben	325'704,438
	Staatsaufwandsausgaben	300'444,190
	Gesamtbetrag der Ausgaben	626'148,628
	Verbleibt	—

II. Außerordentliches

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Ausgaben
	M	M
I. Auf Rechnung der Überschüsse früherer Finanzperioden	8'941,528	
a. Für Zwecke der Bergwerksverwaltung		300,000
b. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		1'055,833
c. Für Zwecke der Bodensee-Dampfschiffahrt		300,000
d. Für Zwecke der besonderen Betriebe des Staates		2'090,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußern		106,500
f. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		432,000
g. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		1'669,000
h. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten		701,425
i. Für Zwecke des Staatsministeriums der Finanzen		2'166,770
k. Für Zwecke der Staatsministerien des Königlichen Hauses und des Äußern, des Innern und der Finanzen		120,000
Summe I	8'941,528	8'941,528
II. Auf Rechnung des Gefällsablösungsfonds	7'531,750	
a. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern		1'250,000
b. Für Zwecke der Bergwerks-, Hütten- und Salinenverwaltung		1'802,000
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		4'479,750
Summe II	7'531,750	7'531,750

Budget.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Ausgaben
	ℳ	ℳ
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens	25'544,000	
a. Für allgemeine Staatszwecke		7'500,000
b. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern		1'300,000
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		750,000
d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		800,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		10'744,000
f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten		4'450,000
Summe III	25'544,000	25'544,000
(Von der Summe zu 25'544,000 ℳ wird der Teilbetrag von 2'500,000 ℳ dadurch beglichen, daß zu seiner Deckung die im ordentlichen Budget der Jahre 1908/09 vorgesehene Summe für Tilgung der Allgemeinen Staatsschuld im gleichen Betrage verwendet wird, so daß als neu aufzunehmendes Anlehen nur die Summe von 23'044,000 ℳ für je ein Jahr der Finanzperiode verbleibt.)		
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	42'896,600	42'896,600
Summe IV für sich.		
V. Auf Rechnung der Anlehensreste der vormaligen Pfalzbahngesellschaften . .	1'521,100	1'521,100
Summe V für sich.		
VI. Auf Rechnung der besonderen Einnahmen der Staatseisenbahnverwaltung.		
Für Zwecke der Staatseisenbahnverwaltung	12,274	12,274
Summe VI für sich.		
Hiezu „ V . . .	1'521,100	1'521,100
„ IV . . .	42'896,600	42'896,600
„ III . . .	25'544,000	25'544,000
„ II . . .	7'531,750	7'531,750
„ I . . .	8'941,528	8'941,528
Abschluß des außerordentlichen Budgets . . .	86'447,252	86'447,252

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
	M
A. Einnahmen.	
Einnahmen des ordentlichen Budgets	626'148,628
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	86'447,252
Gesamtbetrag der Einnahmen	712'595,880
B. Ausgaben.	
Ausgaben des ordentlichen Budgets	626'148,628
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	86'447,252
Gesamtbetrag der Ausgaben	712'595,880
Verbleibt	—

den statusmäßigen nichtpragmatischen Beamten zählten, jedoch nach den in diesem Zeitpunkt in Geltung gestandenen Normen Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag aus der Staatskasse hatten. Ebenso werden die Zulagen zu den aus der Staatskasse fließenden Bezügen der Witwen und Waisen derjenigen vor dem 1. Januar 1909 gestorbenen oder in den Ruhestand versetzten Beamten und Bediensteten gewährt, die im Zeitpunkt ihres Ablebens oder ihres Ausscheidens aus dem Dienste weder zu den pragmatischen noch zu den statusmäßigen nichtpragmatischen Beamten zählten, jedoch nach den in diesem Zeitpunkt in Geltung gestandenen Normen Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag aus der Staatskasse hatten.

11. Die Pensionszulagen werden aus dem Pensionsbezug einschließlich der etwaigen Hälftezulage und der finanzgesetzlichen Zulage berechnet.

12. Die Pensionszulagen werden vom Beginne der Pensionsberechtigung, jedoch frühestens vom 1. Januar 1910 an gewährt und erlöschen mit dem Pensionsbezug, aus welchem sie berechnet worden sind. Den einmaligen Abfertigungen nach Artikel XXIV § 17 der Dienstespragmatik vom 1. Januar 1805 ist der Jahresbetrag der Pensionszulage hinzuzurechnen. Soweit die zum Bezuge der Pensionszulagen Berechtigten vor der Verkündung dieses Gesetzes gestorben sind, findet eine Nachzahlung nur an Witwen und Waisen statt.

13. Bezieht eine im Pensionsgenusse stehende Person zwei oder mehrere Pensionen, auf welche vorstehende Bestimmungen Anwendung finden, so wird die Zulage nach dem Gesamtbetrage berechnet, den sie an solchen Pensionen erhält.

14. Ruht die Pension wegen eines anderweitigen Bezugs, aus dem keine Zulage zu gewähren ist, teilweise, so wird die Zulage aus dem nicht ruhenden Teile der Pension, mindestens aber in dem Betrage gewährt, der unter Hinzurechnung des anderweitigen Bezugs zur Erreichung des Gesamtbetrags der Pension und Pensionszulage erforderlich ist. Ruht die Pension wegen eines anderweitigen Bezugs, aus dem keine Zulage zu gewähren ist, im ganzen Betrage, so wird die Zulage aus der Pension insoweit gewährt, als es unter Hinzurechnung des anderweitigen Bezugs zur Erreichung des Gesamtbetrags der Pension und Pensionszulage erforderlich ist.

15. Sofern die Pension einschließlich der Zulage nicht bereits einen durch drei teilbaren vollen Markbetrag ergibt, wird die Zulage auf denjenigen nächsthöheren Betrag festgesetzt, welcher unter Hinzurechnung der Pension einen durch drei teilbaren vollen Markbetrag ergibt.

16. Eine Pensionszulage nach vorstehenden Bestimmungen wird nicht gewährt:

1. soweit infolge der Pensionszulage die Militärpension oder ein sonstiger aus einem militärischen Dienstverhältnisse zustehender Bezug ruhen oder auf die Zivilpension angerechnet würde;
2. soweit infolge der Pensionszulage eines im öffentlichen Dienste verwendeten Gendarmeriepensionisten der für den Bezug der Gendarmeriepension maßgebende Diensteinkommensatz überschritten würde;
3. sofern ein zum Bezuge der Zulage berechtigter Gendarmeriepensionist als etatmäßiger Beamter angestellt wird.

17. Die vorstehenden Grundsätze für die Gewährung von Pensionszulagen finden entsprechende Anwendung auf diejenigen Beamten und Bediensteten, die im Zeitpunkt ihrer Ruhestandsversetzung gegenüber der Kreisgemeinde ihres Dienstorts Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag gehabt haben. Ebenso finden sie auf die Hinterbliebenen von solchen Beamten und Bediensteten entsprechende Anwendung, die im Zeitpunkt ihres Ablebens oder ihres Ausscheidens aus dem Dienste gegenüber der Kreisgemeinde ihres Dienstorts Anspruch oder Anwartschaft auf eine Pension oder einen Unterhaltsbeitrag gehabt haben. Die Kreisgemeinden sind verpflichtet den erforderlichen Bedarf bereitzustellen.

2. Das Dispositiv sei wie folgt zu ändern:

a) in Ziffer I Kap. 26 „Zur Gewährung von Pensionszulagen an die Hinterbliebenen der vor dem 1. Januar 1909 verstorbenen oder in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten und Staatsbediensteten" in:

„Zur Gewährung von Pensionszulagen an die vor dem 1. Januar 1909 pensionierten Staatsbeamten und Staatsbediensteten sowie an die Hinterbliebenen der vor dem 1. Januar 1909 verstorbenen oder in den Ruhestand getretenen Staatsbeamten und Staatsbediensteten";

b) in Ziffer II „Unterstützungen und sonstige Beihilfen" in:

Ziffer II. Unterstützungen und sonstige Beihilfen.

a) Unterstützungen . . . . . . 560,000 ℳ,
b) Beihilfen für die vor dem 1. Januar 1909 pensionierten Staatsbeamten und Staatsbediensteten, soweit sie an den Pensionszulagen nicht teilnehmen . . . 100,000 ℳ.

B. Zum außerordentlichen Budget.

I. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, hier Ausgaben für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung.

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. I lit. b (S. 3), Ziff. II lit. c (S. 6 und 7) und Ziff. III lit. c (S. 8).]

1.

Es sei das Dispositiv des Regierungspostulats Ausgaben I lit. b Ziff. 7 „Kosten für innere Einrichtung, Reserve und Verwaltungskosten" zu ändern in:

„Kosten für innere Einrichtung und Reserve".

2.

Es sei die K. Staatsregierung zu ermächtigen, beim Hervortreten besonderer Bedürfnisse auf Er-

richtung von Telegraphenanstalten mit Telephonbetrieb oder auf Herstellung neuer oder Erweiterung bereits bestehender Ortstelephonnetze oder telephonischer Städteverbindungen über die vorgesehenen Kredite hinauszugehen — vorbehaltlich nachträglicher Genehmigung des Landtags.

II. Zum Postulat der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, hier Ausgaben für Zwecke der besonderen Betriebe des Staates.

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. I lit. d (S. 3).]

Es sei dieses Postulat in unveränderter Weise provisorisch zu genehmigen mit der Bestimmung, daß gemäß dem Antrage der K. Staatsregierung eine Übertragbarkeit der in dieser Summe enthaltenen Einzelpostulate stattfinden könne;

ferner sei die Zustimmung dazu zu erklären,

1. daß die Erübrigung, die sich voraussichtlich mit dem Betrage von 100,000 ℳ an der Willigung des außerordentlichen Budgets der Jahre 1908 und 1909 für die Neufassung der Heilquellen in Brückenau, Steben und Bocklet (200,000 ℳ) ergeben wird, zur Neufassung des Maxbrunnens in Bad Kissingen sowie zur Ausführung der mit der Nutzbarmachung des neuen Sprudels bei Bad Kissingen zusammenhängenden Arbeiten (insbesondere Erbauung einer Pumpenanlage, Herstellung einer Rohrleitung) verwendet werde;
2. daß eventuell zur Erhöhung der im außerordentlichen Budget für die Jahre 1908 und 1909 für den Neubau des Moorbads in Brückenau genehmigten, aber nicht zureichenden Summe von 118,000 ℳ auf 228,000 ℳ von dem im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911 für Brückenau postulierten Teilbetrag von 250,000 ℳ die Summe von 100,000 ℳ entnommen werde.

III. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, hier Ausgaben für Zwecke des Staatsministeriums des Innern und zur einschlägigen Denkschrift über den gegenwärtigen Stand der Wasserbauten in Bayern.

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. I lit. g Nr. 5 (S. 4) und Ziff. III lit. e Nr. 2, 3, 4 und 5 (S. 8), dann Denkschrift über den gegenwärtigen Stand der Wasserbauten in Bayern.]

I. Es wird für förderlich und im finanziellen Interesse des Staates gelegen erachtet, daß die Ausführung größerer Straßen-, Brücken- und Wasserbauten an leistungsfähige Unternehmer im Akkord übertragen werde, und an die K. Staatsregierung das Ersuchen gestellt, hienach soweit möglich zu verfahren.

II. Es wird der dringende Wunsch ausgesprochen, es möge dem Landtag jeweils bei Beginn der Landtagssession eine gedrängte Darstellung über den Beginn, die Fortführung und beziehungsweise Vollendung derjenigen größeren Wasserbauten vorgelegt werden, für welche in der vorausgehenden Session Mittel bewilligt worden sind.

IV. Zu den Postulaten der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, hier Ausgaben für Zwecke des K. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten.

1.

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. I lit. h Nr. 1 und 2 (S. 4), dann Ziff. III lit. f Nr. 1, 2, 3 und 4 (S. 9) sowie Beilage 916.]

Zu den Postulaten in Ziffer III lit. f der Ausgaben im außerordentlichen Budget, und zwar zu Nr. 1, 2 und 3:

Es sei die Zustimmung dazu zu erklären, daß die K. Staatsregierung ermächtigt werde, für den Fall des Bedürfnisses die oben bezeichneten Summen auf Rechnung der für die Jahre 1912/13 anzufordernden 3. beziehungsweise (bei Nr. 3) 2. Rate zu überschreiten.

Ferner sei zu dem Postulat Ausgaben Ziffer III lit. f Nr. 4 die Genehmigung mit der Abänderung zu erteilen,

daß aus der geforderten 1. Rate von 1'400,000 ℳ nicht der Wert des Areals des Landgestüts mit 650,000 ℳ der Staatskasse zurückersetzt, sondern daß dieser Betrag verwendet werde

1. zur Entschädigung der Stiftung der Zentralanstalt für Erziehung und Bildung krüppelhafter Kinder in München für die Überlassung ihres Gebäudes für die Filiale des Realgymnasiums mit 500,000 ℳ,
2. zur Adaptierung dieses Gebäudes für die Zwecke des Realgymnasiums mit zirka 90,000 ℳ,
3. zur Erhöhung der für den Neubau selbst geforderten Rate um den Restbetrag von rund 60,000 ℳ.

2.

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. I lit. h (Nr. 4 S. 4).]

Es sei die Summe von 75,000 ℳ im außerordentlichen Budget, Ausgaben I lit. h Nr. 4 (Erwerbung eines Bauplatzes zur Herstellung eines Neubaues für die Lehrerbildungsanstalt in Speyer) der Summe von 356,000 ℳ ebendaselbst lit. g Nr. 8: „Gewährung außerordentlicher Staatsbeihilfe aus Anlaß der Überschwemmungen im Juni 1910" zuzusetzen, und demnach diese Summe auf 431,000 ℳ zu erhöhen.

V. Zum Postulat der K. Staatsregierung im außerordentlichen Budget für die Jahre 1910 und 1911, hier Ausgaben für Zwecke des K. Staatsministeriums der Finanzen

[Außerordentliches Budget, Ausgaben Ziff. I lit. i (S. 4).]

Zu der zu obigem Postulat vorgelegten Einzelübersicht der einzelnen Bauvornahmen (Beil. 1166):

Es sei die Zustimmung dazu zu erteilen, daß etwaige Erübrigungen, die bei dem einen oder anderen Postulat eintreten, zur Deckung eines anderweitigen Mehraufwandes sowie für etwa nachträglich hervortretende Bedürfnisse Verwendung finden und daß die Erlöse aus jenen Rentamtsanwesen, welche infolge von Neubauten entbehrlich werden und für andere staatliche Zwecke nicht verwendet werden können, für spätere Neubauten reserviert werden.

Budget.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911: Einnahmen	Ausgaben
	ℳ	ℳ
III. Auf Rechnung des Allgemeinen Staatsanlehens	25'544,000	
a. Für allgemeine Staatszwecke		7'500,000
b. Für Zwecke der Verwaltung der Zölle und indirekten Steuern		1'300,000
c. Für Zwecke der Post- und Telegraphenverwaltung		750,000
d. Für Zwecke des Staatsministeriums der Justiz		800,000
e. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern		10'744,000
f. Für Zwecke des Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten		4'450,000
Summe III	25'544,000	25'544,000
(Von der Summe zu 25'544,000 ℳ wird der Teilbetrag von 2'500,000 ℳ dadurch beglichen, daß zu seiner Deckung die im ordentlichen Budget der Jahre 1908/09 vorgesehene Summe für Tilgung der Allgemeinen Staatsschuld im gleichen Betrage verwendet wird, so daß als neu aufzunehmendes Anlehen nur die Summe von 23'044,000 ℳ für je ein Jahr der Finanzperiode verbleibt.)		
IV. Auf Rechnung des Staatseisenbahnanlehens	42'896,600	42'896,600
Summe IV für sich.		
V. Auf Rechnung der Anlehensreste der vormaligen Pfalzbahngesellschaften	1'521,100	1'521,100
Summe V für sich.		
VI. Auf Rechnung der besonderen Einnahmen der Staatseisenbahnverwaltung.		
Für Zwecke der Staatseisenbahnverwaltung	12,274	12,274
Summe VI für sich.		
Hiezu „ V	1'521,100	1'521,100
„ IV	42'896,600	42'896,600
„ III	25'544,000	25'544,000
„ II	7'531,750	7'531,750
„ I	8'941,528	8'941,528
Abschluß des außerordentlichen Budgets	86'447,252	86'447,252

Hauptabgleichung.

Vortrag	Jahresvoranschlag für 1910 und 1911
	M
A. Einnahmen.	
Einnahmen des ordentlichen Budgets	626'148,628
Einnahmen des außerordentlichen Budgets	86'447,252
Gesamtbetrag der Einnahmen . . .	712'595,880
B. Ausgaben.	
Ausgaben des ordentlichen Budgets	626'148,628
Ausgaben des außerordentlichen Budgets	86'447,252
Gesamtbetrag der Ausgaben . . .	712'595,880
Verbleibt . . .	—